

„BERUFSSTAND“ ODER „STAND“?

EIN POLITISCHER SCHLÜSSELBEGRIFF
IM ÖSTERREICH DER ZWISCHENKRIEGSZEIT

ERIKA KUSTATSCHER

böhlau

VERÖFFENTLICHUNGEN
DER KOMMISSION FÜR NEUERE GESCHICHTE ÖSTERREICHS

Band 113
Kommission
für Neuere Geschichte Österreichs
Vorsitzende: em. Univ.-Prof. Dr. Brigitte Mazohl
Stellvertretender Vorsitzender: Univ.-Prof. Dr. Reinhard Stauber

Mitglieder:
Dr. Franz Adlgasser
Univ.-Prof. Dr. Peter Becker
Univ.-Prof. i. R. Dr. Ernst Bruckmüller
Univ.-Prof. Dr. Laurence Cole
Univ.-Prof. Dr. Margret Friedrich
Univ.-Prof. Dr. Elisabeth Garms-Cornides
Univ.-Prof. Dr. Michael Gehler
Univ.-Doz. Mag. Dr. Andreas Gottsmann
Univ.-Prof. Dr. Margarete Grandner
em. Univ.-Prof. Dr. Hanns Haas
Univ.-Prof. i. R. Dr. Wolfgang Häusler
Univ.-Prof. i. R. Dr. Ernst Hanisch
Univ.-Prof. Dr. Gabriele Haug-Moritz
Dr. Michael Hochedlinger
Univ.-Prof. Dr. Lothar Höbelt
Mag. Thomas Just
Univ.-Prof. i. R. Dr. Grete Klingenstein
em. Univ.-Prof. Dr. Alfred Kohler
Univ.-Prof. Dr. Christopher Laferl
Gen. Dir. Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Maderthaner
Dr. Stefan Malfèr
Gen. Dir. i. R. H.-Prof. Dr. Lorenz Mikoletzky
Dr. Gernot Obersteiner
Dr. Hans Petschar
em. Univ.-Prof. Dr. Helmut Rumpler
Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Scheutz
em. Univ.-Prof. Dr. Gerald Stourzh
Univ.-Prof. Dr. Arno Strohmeyer
Univ.-Prof. i. R. Dr. Arnold Suppan
Univ.-Doz. Dr. Werner Telesko
Univ.-Prof. Dr. Thomas Winkelbauer

Sekretär:
Dr. Christof Aichner

Erika Kustatscher

„Berufsstand“ oder „Stand“?

Ein politischer Schlüsselbegriff im Österreich
der Zwischenkriegszeit



2016

BÖHLAU VERLAG WIEN KÖLN WEIMAR

Die in den Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs gemachten Aussagen sind die der jeweiligen Verfasser, nicht die der Kommission.



Veröffentlicht mit Unterstützung des
Austrian Science Fund (FWF): PUB 340-G28

Open Access: Wo nicht anders festgehalten, ist diese Publikation lizenziert unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung 4.0; siehe <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung: Ambrogio Lorenzetti: Die Wirkungen der guten und der schlechten
Regierung, Freskenzyklus, Rathaus von Siena

© 2016 by Böhlau Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG, Wien · Köln · Weimar
www.boehlau-verlag.com

Satz: Bettina Waringer, Wien
Umschlaggestaltung: Michael Haderer, Wien
Druck und Bindung: General Druckerei, Szeged
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in the EU

ISBN 978-3-205-20341-4

Gewidmet
meiner Großmutter Maria Trabold (1886–1975)
und
meiner Mutter Helene Kortleitner (1928–2013)
mit Dank für die von ihnen vermittelten Werte

INHALT

Vorwort	11
Abkürzungen und Siglen	17
1. Das Erkenntnisinteresse	19
1.1 Die geltende Meistererzählung – und was sie offen lässt	20
1.2 Stand: Der begriffliche Ausgangspunkt	33
1.3 Das Arbeitsvorhaben	38
2. Zur Methode	45
2.1 Der diskursanalytische Ansatz	45
2.2 Literarische und autobiographische Texte	52
2.3 Das Textcorpus	55
3. Der politisch-geistesgeschichtliche Rahmen	59
3.1 Österreich 1918–1938	59
3.2 Geistige Anregungen aus den frühen zwanziger Jahren: Othmar Spann, Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi	84
3.3 Die „Gesellschaftsreform“ auf christlich-sozialer Grundlage . .	90
3.4 Die Enzyklika <i>Quadragesimo anno</i> und die katholischen Sozialtheoretiker	96
3.5 Die Nachbarschaft des faschistischen Italien	105
3.6 Berufsständische Entwürfe	156
3.7 Die Verfassung vom 1. Mai 1934	163
3.8 Die Organe der Bundesgesetzgebung und ihre Besetzung . . .	165
3.9 Die Maiverfassung in der Analyse kritischer Zeitgenossen . .	170
4. Die politisch-gesellschaftliche Lage in der Wahrnehmung bürgerlicher Kreise	181
4.1 Das „Erbe“ von 1789: Die Französische Revolution als „Urgrund“ von Individualismus, Liberalismus, Kapitalismus und Marxismus	182
4.2 Kritik an der parlamentarischen Demokratie	193
5. Der Mensch ist Person	211
5.1 Für Freiheit und Menschenwürde	211
5.2 Individualität versus Individualismus	213
5.3 Freiheit und Ordnung	215

5.4 Leben und Geist	227
5.5 Persönlichkeit und Gemeinschaft	256
5.6 Kultivierung personaler Werte	265
5.7 Legitimität versus Legalität	287
6. Standesbewusstsein	301
6.1 Semantische Unschärfen	301
6.2 Exkurs: „Stand“ bei Othmar Spann	303
6.3 Der Stand und das Standesgemäße	306
6.4 Adel in der Bewährung	323
6.5 Bauerntum als Ideal	329
6.6 Die Familie	354
6.7 Heimatbewusstsein versus Nationalismus	375
6.8 Österreichbewusstsein versus Nationalsozialismus	396
7. Die berufsständische Ordnung	435
7.1 Vorläufige Begriffsbestimmung	435
7.2 Die christlich-soziale „Gesellschaftsreform“ aus der Sicht der Mandatare	437
7.3 Exkurs: Das Genossenschaftswesen	439
7.4 Aspekte der berufsständischen Ordnung	442
7.5 Probleme der berufsständischen Ordnung	458
7.6 Stände jenseits der Berufe	480
8. Staat und Gesellschaft	487
8.1 Die Gesellschaft als Entfaltungsraum der Person	488
8.2 Wesen, Aufgaben und Grenzen des Staates, Verhältnis zu den Ständen	490
8.3 Das Subsidiaritätsprinzip	494
8.4 Föderalismus versus Zentralismus	498
8.5 Das Autoritäre	503
8.6 Schul- und Volksbildung	511
8.7 Ständestaat und autoritäres System auf dem Prüfstand	518
9. Resümee: <i>status</i> ist <i>ordo</i>	527
10. Anhang	541
10.1 Mandatare, die für die Fragestellung der vorliegenden Studie relevante Schriften hinterließen	541
10.2 Mandatare, die mit eigenen Beiträgen in den genannten Periodika vertreten waren	545

10.3 Ständetheoretiker	546
10.4 Verfasser ergänzend herangezogener Texte	553
11. Quellen und Literatur	580
11.1 Quellen zur politischen Geschichte	580
11.2 Zeitgenössische Periodika	581
11.3 Monographische Arbeiten und vermischte Beiträge der Mandatare	595
11.4 Ständetheoretische und ähnliche Arbeiten	601
11.5 Ergänzende Quellen	603
11.6 Forschungsliteratur	607
11.7 Internetquellen	664

„Dies ist der Sinn von allem, was einst war:
Daß es nicht bleibt mit seiner ganzen Schwere,
Daß es in unserm Herzen wiederkehre,
In uns verwoben, tief und wunderbar.“
R. M. Rilke, Buch der Bilder

VORWORT

Die vorliegende Studie ist nicht das Ergebnis eines institutionell verankerten Forschungsprojekts, sondern entspringt rein persönlichem Interesse, das – ohne jede Förderung – neben einer vollen Berufstätigkeit befriedigt wurde. Sie versteht sich als Versuch, am Beispiel Österreichs in den Jahren 1933–1938 bisher nicht beachtete Aspekte des Ständediskurses der Zwischenkriegszeit freizulegen. Den Anstoß dazu gab das Befremden über die Diskrepanz zwischen dem großen Aufwand, mit dem die Errichtung der berufsständischen Ordnung betrieben wurde, und dem bescheidenen Ergebnis, das am Ende aller Bemühungen stand. Was außerdem zu denken gab, war die Divergenz zwischen der zeitgenössischen Selbstbezeichnung „Ständestaat“ und der Nomenklatur der heute geltenden Meistererzählung, für die die autoritären Züge des Systems alles andere überlagern (häufige Bezeichnungen sind „Austrofaschismus“ bzw. „Diktatur“). Dagegen wird die Rolle der Vertreter des Ständestaats als Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus eher unterschätzt, jedenfalls relativiert.

Die Spur, die es zu verfolgen galt, führte rasch von der Zeitgeschichte im engeren Sinn weg, zurück in ältere Epochen, vor allem aber von den Ereignissen zu den Ideen und Mentalitäten. Während die Ordnung der mittelalterlichen Zünfte auch erklärtermaßen ein Vorbild darstellte, wirkten andere Elemente ständischen Denkens, wie sie in der Frühen Neuzeit zum Tragen kamen, eher unsichtbar, aber nicht minder mächtig. Von hier kamen Anstöße, die nicht an den Anachronismen einer längst – und irreversibel – überholten Arbeitsverfassung scheitern mussten, sondern zeigten, dass etwas am ständischen Denken tatsächlich „bleibend“ ist (W. Höfler). Daher konnten nicht jene Aspekte desselben in den Mittelpunkt rücken, die in der berufsständischen Ordnung eine politische Alternative zur parlamentarischen Demokratie erkennen ließen, sondern solche, die das Thema „Stand“ im Spannungsfeld zwischen traditionaler und rationaler Herrschaft (M. Weber) ansiedeln. Daher bleibe ich bei der Bezeichnung „Ständestaat“, und zwar ohne sie in Anführungszeichen zu setzen.

Als besonders wichtige Zeit erwies sich das 19. Jahrhundert: Durch die Französische Revolution wurde der sogenannte dritte Stand zum politi-

schen Faktor. Durch die Zivilrechtskodifikationen der Jahre um 1800 hörte der Stand dann aber auf, eine rechtliche Kategorie zu sein. Andererseits erlebte er gerade in dieser Zeit eine regelrechte Renaissance: Es war freilich nicht mehr das „alt“-ständische, sondern ein sich bewusst davon absetzendes „neu“-ständisches Denken, das bisher nicht bzw. wenig repräsentierte Gruppen die politische Bühne betreten ließ. Die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten boten dafür keinen geeigneten Rahmen. Die in der Zeit des Konstitutionalismus geführten Debatten um die Erweiterung des Wahlrechts brachten zutage, dass ständisches Denken nicht nur dem Gleichheitspostulat, sondern auch dem Konzept repräsentativer Demokratie widersprach.

Das 20. Jahrhundert begann mit einer „Urkatastrophe“ (George F. Kennan). Der Erste Weltkrieg stand am Ende einer Zeit, die die Forderungen der Französischen Revolution umzusetzen versucht bzw. ihre Folgen zu tragen gehabt hatte: Für die Idee der Freiheit war ein hoher Preis zu zahlen gewesen, vor allem der Verlust von Bindungen, der durch übersteigerte nationale Gefühle kompensiert wurde. Von Gleichheit war man weiter entfernt denn je, und auch von Brüderlichkeit konnte keine Rede sein, gerade nicht in den jungen Republiken, in denen nach 1918 aus der Sicht vieler Zeitgenossen die Demokratie die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllte.

Daher verwundert es nicht, dass in manchen Kreisen die Bereitschaft entstand, sich wieder älterer Strukturen zu entsinnen – und damit auch der Stände. Ein Idealbild derselben vor Augen, akzentuierte man daran aber nicht mehr die rechtlichen Aspekte, sondern sah in ihnen Gruppen, die nicht, wie die Klassen, egoistisch, sondern solidarisch wirken, nicht auf vertragliche Pflichten, sondern auf Ehre und Dienst drängen, natürliche Gemeinschaften nicht zerreißen, sondern stärken, die stilbildend wirken und ein spezifisches Bewusstsein schaffen. In diesem Zusammenhang gewinnt Max Webers Klassifizierung ständischer Herrschaft als „konventional“ an Aktualität. Nicht zuletzt ist der Begriff „Stand“ die deutsche Entsprechung zum lateinischen *ordo*, der Bezeichnung für jene metaphysische, auch mit christlichem Geist gut vereinbare Ordnung, die sich menschlichem Zugriff entzieht, ja vielleicht überhaupt mit rationaler Herrschaft schwer in Einklang zu bringen ist. Mit dem *ordo*-Denken ist aber gleichsam per se ein hohes Wertbewusstsein verbunden, das – ein im realen Leben freilich nie erreichbares Ideal – rationale Normen nicht nötig hat. Seine Verfechter fühlen sich strengen ethischen Maßstäben verpflichtet.

Gleichwohl ist es heute geradezu verpönt, Standesbewusstsein zu zeigen oder gar zu kultivieren, weil dies als Zementierung sozialer Ungleichheit verstanden und mit dem Wunsch nach Privilegien in Verbindung gebracht wird. Wer solche Standpunkte vertritt, übersieht aber eine Grundbefindlichkeit des Menschen, nämlich das durch Institutionen rationaler Herrschaft

allein nicht zu befriedigende Bedürfnis nach Anerkennung, Schutz und Geborgenheit im Kreis Gleichgesinnter, eben „unter seinesgleichen“. Von diesem „Vorurteil“ (in der positiven Bedeutung des Begriffs im Sinne Hans-Georg Gadamers) geht die vorliegende Studie aus, in der, mitunter implizit, immer wieder Facetten traditionaler Herrschaft zum Thema werden.

Der Ständegedanke eignet sich hervorragend, neben den Brüchen im geschichtlichen Verlauf auch Kontinuitäten sichtbar zu machen. Die Arbeit entspringt der Überzeugung, dass es Aufgabe der Historiker ist, auch Gedanken zu ihrem Recht kommen zu lassen, aus denen sich die jeweils anerkannte Meistererzählung gerade nicht speist. Eine Fülle bislang völlig unberücksichtigt gebliebener Äußerungen wichtiger Personengruppen machte dies zu einem lohnenden Unternehmen: Möge das Ergebnis auch jenen Vertretern der österreichischen Zeitgeschichtsforschung, die mit den Jahren 1933–1938 hart ins Gericht gehen, eine Auseinandersetzung wert sein!

Freilich leben auch Historiker in einer Zeit, erleben diese, mitunter im Bewusstsein der eigenen Ohnmacht, sie in dem Maße mitzugestalten, wie sie es möchten. „In Wahrheit gehört die Geschichte nicht uns, sondern wir gehören ihr“, stellte Gadamer bescheiden fest. Damit meinte er, dass unser persönlicher Erfahrungshorizont zu einem Teil der Deutung werden muss, es gar nicht nicht werden kann. Gegenwärtig findet ein politisch-gesellschaftlicher Umbruch statt, der sich in Gestalt wachsender Beschleunigung, angeblicher Offenheit (recte: Beliebigkeit), abhanden kommender Wertmaßstäbe und durch eine Reihe von „quasitotalitären Erscheinungen in Gesellschaft, Staat und Kirche“ bzw. in einem „demokratischen Relativismus“ (Ch. Noser) äußert, also wiederum als Krise der Demokratie. Dazu kommt das durch den Verfall ethischer Standards vorangetriebene Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich, die – neben der schwer angegriffenen Umwelt – mittelfristig wohl größte Gefahr für die Welt. Beides konnte weder durch diktatorische noch durch vermeintlich demokratische, auf die Aufklärung sich berufende politische Systeme, die den Menschen nach 1945 die Freiheit wiederzugeben versprochen und in deren Namen agierten, verhindert werden. Max Horkheimer und Theodor Adorno beschrieben schon 1944 das drohende Szenario jener Aufklärung, die ob ihrer Sympathien für sozialen Zwang zu „Verstrickung in blinder Herrschaft“ mutieren kann, und warnten vor der „Selbsterstörung der Aufklärung“. Nicht anders Reinhart Kosellecks 1954 ausgesprochene und auch zwei Jahrzehnte später nicht zurückgenommene Beobachtung, Aufklärung könne absoluter auftreten als jeder Absolutismus, weil sie die Politik moralisiere und zum Zweck der Stabilisierung von Herrschaft instrumentalisiert werde. Lässt man diese Entwicklung eskalieren, wird der neuerliche Verlust von Freiheit und Demokratie im Zeichen eines grausamen Materialismus die unweigerliche Folge sein.

In dieser Situation scheint es eine sinnvolle Option zu sein, dem *homo politicus* den Menschen selbst entgegenzustellen, den Träger der *humanitas*, das mit hohem Verantwortungsbewusstsein seine Bestimmung erfüllende Geschöpf, das den Platz, den es in Welt und Gesellschaft einnimmt, so gut wie möglich zu besetzen bestrebt ist, so, wie es dem *ordo*, nicht politischem Kalkül entspricht: Die Quellen, aus denen sich die vorliegende Studie speist, erlauben dies in hohem Maße – und ohne Preisgabe wissenschaftsethischer Ansprüche, die mit Betroffenheit durchaus vereinbar sind. In der Auseinandersetzung mit totalitären Systemen ist es besonders wichtig, sich nicht von den eindeutig klingenden Ergebnissen der „terrible simplificateurs“ (J. Burckhardt) aus dem vermeintlich streng rationalen Lager blenden zu lassen. Thema der Arbeit sind nicht die äußeren Merkmale einer bestimmten Form von Demokratie bzw. einer Diktatur (oder wie immer man das politische System in Österreich in den Jahren 1933–1938 benennen kann), sondern ein Verständnis von Politik, das über das Tages-, wenn nicht sogar das Zeitgeschehen hinausgehende Weltansichten und Werthaltungen der Akteure in den Blick nimmt.

Die vielen Personen, denen ich innigen Dank schulde, an dieser Stelle zu nennen, ist nicht möglich. Eine Ausnahme muss ich für Brigitte Mazohl, Innsbruck, machen, die mich, wiewohl nicht meine Lehrerin im eigentlichen Sinn des Wortes, als Mentorin und Förderin schon seit vielen Jahren begleitet und mir Mut machte, die Studie in Innsbruck als Habilitationsschrift einzureichen: Was nunmehr zum Druck kommt, ist eine gekürzte und leicht überarbeitete Fassung dieser 2013 approbierten Arbeit. Ähnliches gilt für Helmut Alexander, Innsbruck, der mir durch sein breites Wissen und sein entsagungsvolles Arbeiten seit jeher Vorbild ist: Er war einer der Ersten, denen ich das Manuskript anvertraute. Als weitere Leser, deren Urteil mir viel bedeutete, muss ich Marjan Cescutti, Bozen, und Eleonore de Felip, Innsbruck, nennen. Anregende Kritik kam von Ernst Hanisch und Laurence Cole, beide Salzburg, Karl Vocolka, Wien, und Margret Friedrich, Innsbruck.

Wichtige Sachinformationen aus schwer zugänglichen Quellen und Literaturhinweise gaben mir mit größter Bereitwilligkeit Franz Adlgasser und Georg Pawlik, Wien, Hansjörg Hager und Margit Oberhammer, Bozen, sowie Wilhelm Wadl, Klagenfurt.

Mein wärmster Dank gebührt indes Hans Heiss, Brixen: Obwohl er nie ein Hehl daraus machte, dass ihm das Thema „Stände“ persönlich kein Herzensanliegen ist, anerkannte er dessen Wichtigkeit und sprach mir beharrlich Mut zu, daran weiterzuarbeiten. Die „ja, aber ...“, die er bei der Lektüre des Manuskripts immer wieder an den Rand schrieb, waren zwar mitunter ernüchternd, aber viele von ihnen glaubte ich ernst nehmen zu müssen. Es ist ihm hoch anzurechnen, dass er bei allen Vorbehalten stets zwischen welt-

anschaulicher Bedingtheit und wissenschaftlicher Qualität zu unterscheiden wusste und das Bemühen um Objektivität und Sauberkeit der Methode anerkannte – ein Liberaler im besten und echten Sinn, für den Pluralismus und Toleranz nicht Lippenbekenntnisse, sondern Lebensmaximen sind. Groß ist schließlich meine Verbundenheit gegenüber Michael Gehler, Hildesheim, der mir in schwerer Zeit vorbehaltlosen Rückhalt gab.

Der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs danke ich für die Aufnahme der Arbeit in ihre Reihe, dem Böhlau Verlag für gute Zusammenarbeit.

Bozen, im März 2016

Erika Kustatscher

ABKÜRZUNGEN UND SIGLEN

ADB	Allgemeine Deutsche Biographie
ADÖ	Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938*
BBKL	Biographisch-bibliographisches Kirchenlexikon
BKR	Bundeskulturrat
BT	Bundestag
BWR	Bundeswirtschaftsrat
CS	Der Christliche Ständestaat
CSP	Christlichsoziale Partei
CV	Cartellverband katholischer deutscher Studentenverbindungen, far- bentragend
DBE/I	Deutsche Biographische Enzyklopädie, 1. Auflage
DBE/II	Deutsche Biographische Enzyklopädie, 2. Auflage
GG	Geschichtliche Grundbegriffe, hg. von Otto Brunner/Werner Conze/ Reinhart Koselleck
KA	Katholische Aktion
KLA	Kärntner Landesarchiv
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KV	Kartellverband katholischer deutscher Studentenvereine, nicht farben- tragend
KVK	Karlsruher virtueller Katalog
LK	Lexikon des Konservatismus
LR	Länderrat
LThK/I	Lexikon für Theologie und Kirche, 1. Auflage
LThK/III	Lexikon für Theologie und Kirche, 3. Auflage
MIÖG	Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung
MSchKP	Monatsschrift für Kultur und Politik
NDB	Neue Deutsche Biographie
NR	Das Neue Reich
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖBL	Österreichisches Biographisches Lexikon
ÖZG	Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften
OFM	Ordo fratrum minorum (Franziskaner)
OP	Ordo praedicatorum (Dominikaner)
PMR	Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik 1918–1938
PNF	Partito nazionale fascista
Prot.	Protokoll
QA	Quadragesimo anno (Enzyklika)
RN	Rerum novarum (Enzyklika)

sc.	scilicet: natürlich, versteht sich
SGL	Partei aller Schwarzgelben Legitimisten
SJ	Societas Jesu (Jesuiten)
SR	Staatsrat
StL	Ständisches Leben
SVD	Societas Verbi Divini (Gesellschaft der Steyler Missionare)
SZ	Schönere Zukunft
VF	Vaterländische Front

„In unserem Verhalten zur Vergangenheit,
das wir ständig betätigen,
ist jedenfalls nicht Abstandnahme und Freiheit
vom Überlieferten das eigentliche Anliegen.“
Hans-Georg Gadamer¹

1. DAS ERKENNTNISINTERESSE

Revolution sei immer nur der exzessive Ausklang einer Evolution, stellte Leopold Kunschak 1936, zwei Jahre nach der Proklamation der berufsständischen Verfassung in Österreich, fest: „Solcher Bewertung unterliegt auch die Tatsetzung, die vor allem uns Österreicher ganz in ihrem Banne hält, die Erhebung der ständischen Idee zum Grundgesetz für Staat und Gesellschaft.“² Was die Leitfigur der christlichen Arbeiterbewegung Österreichs hiermit aussprach, ist nichts weniger als das Faktum, dass am 1. Mai 1934 mit der genannten Verfassung ein politisches Modell sanktioniert wurde, das die parlamentarische Demokratie in ihren Grundfesten erschütterte. Eine realpolitische Bedeutung der in der Maiverfassung niedergelegten ständischen Ideen war freilich kaum gegeben, weil das Konzept, eine „pseudo-mittelalterliche(n) Konstruktion“ (O. Rathkolb)³, völlig anachronistisch war: Die Bildung der Berufsstände „blieb eine Chimäre“ (P. Berger).⁴ Es sollte in einer Zeit umgesetzt werden, in der Österreich in Erfüllung der Friedensbedingungen von Saint-Germain und anfänglich unterstützt vom (seit 1922) faschistischen Italien um seine Unabhängigkeit vom (seit 1933) nationalsozialistischen Deutschen Reich zu kämpfen hatte. In dieser äußerst angespannten Situation, in der es überdies eine schwere Wirtschaftskrise zu überwinden galt, etablierte sich unter den Bundeskanzlern Engelbert Dollfuß und Kurt Schuschnigg ein autoritäres politisches System, das die Macht vom Parlament zur Regierung verschob. Durch den sogenannten „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich am 13. März 1938 wurde das ständestaatlich-autoritäre Experiment kurzerhand abgebrochen.

Österreich stellte in den Jahren 1933–1938 mit seinem Ständestaat⁵ keine Ausnahme dar: Auch in Italien, Spanien, Portugal und vielen weite-

1 GADAMER, Hermeneutik 1, 286.

2 KUNSCHAK, Werden, 3.

3 RATHKOLB, Erste Republik, 504.

4 P. BERGER, Kurze Geschichte, 170.

5 Begriffliche Varianten: „faschistischer Korporativstaat“, „sozial-konservatives Konzept“, „leistungsgemeinschaftliche Gesellschaft auf der Basis des Subsidiaritätsprinzips“; LThK/III 9 (2000), 929 f. (V. ZSIFKOVITS); vgl. auch BOTZ, Gewalt, 234–244.

ren Staaten setzten sich, wenn auch mit Unterschieden, autoritäre Systeme durch.⁶ In Österreich stand dahinter das Bestreben, Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime in Deutschland zu leisten.⁷ Es gab Zeitgenossen, die „tiefe innere Kräfte des Widerstands“ geradezu als Wesensmerkmal österreichischer Lebensform betrachteten, ohne die eine der essenziellen Voraussetzungen des Ständestaates nicht vorhanden gewesen wäre.⁸ Dieser Widerstand war ein in erster Linie geistiger, wie ausführlich zu begründen sein wird: Aus diesem Grund fanden auch katholisch-konservative Emigranten aus Deutschland in Österreich „eine gleichsam kongeniale Existenz- und Operationsbasis“ (E. Seefried).⁹ Dieses Land war zwar autoritär, auch nicht demokratisch nach heutigem Verständnis, aber es war nicht totalitär; Österreich blieb ein „Normenstaat“ (K. D. Bracher).¹⁰ Wer das Denken der politischen Protagonisten der Zwischenkriegszeit aus dem katholisch-konservativen Lager genauer analysiert, insbesondere jener, die im Ständestaat der Regierung am nächsten standen, wird nachgerade die Negierung jeglichen totalitären Ansatzes konstatieren müssen. Das in Österreich entwickelte antiparlamentarisch-ständische Modell steht in einer weit zurückreichenden Tradition; es war einer auf menschliche Grundbedürfnisse rekurrierenden Ideenwelt verpflichtet, der der Charakter einer Utopie¹¹ bescheinigt werden kann.

1.1 Die geltende Meistererzählung – und was sie offen lässt

Die wissenschaftliche Literatur über die Jahre 1933–1938 ist kaum noch überschaubar. Im Folgenden soll kein Forschungsbericht erfolgen: Es genügt die Nennung jener wissenschaftlichen Marksteine, aus denen die Fragestellungen sichtbar werden und die den derzeitigen Kenntnisstand umreißen. Die Aufmerksamkeit gilt zunächst den Spezialstudien, sodann der Berücksichtigung dieses Zeitraums in zeitgeschichtlichen Handbüchern bzw. Überblicksdarstellungen, schließlich den Formulierungen, für die sich die Auto-

6 BOHN, Ständestaatskonzepte, 2 und 13; BOTZ, Gewalt, 245; BRACHER, Nationalsozialismus, 12–18; NEWMAN, Zerstörung, 299; NOVOTNY, Der berufsständische Gedanke, 214 f.; OBERLÄNDER, Autoritäre Regime; PAYNE, Geschichte, 302–355; REICHOLD, Kampf, 370–373; SIMONNETT, Die berufsständische Ordnung, 63–66.

7 KINDERMANN, Österreich, 21 und 83; kritisch BINDER, „Austrofascismus“, 583; polemisch DREIDEMY, Der Dollfuß-Mythos, 246 f.

8 THUN-HOHENSTEIN, Österreichische Lebensform, 8.

9 SEEFRIED, Reich, 13.

10 BRACHER, Nationalsozialismus, 9; SEEFRIED, Reich, 38–44.

11 SAAGE, Der zerstörte Traum?, 22.

ren der gängigen wissenschaftlichen Gesamtdarstellungen der Geschichte Österreichs entschieden haben.

Am Beginn der Spezialforschung steht die 1984 erschienene Arbeit *Der österreichische Ständestaat* des deutschen Historikers Ulrich Kluge.¹² Einen ersten Höhepunkt erreichte die Ständestaat-Historiographie im Dezennium 1985–1994¹³, einen weiteren kann man in den letzten Jahren feststellen. Die nach der Jahrtausendwende erschienenen Arbeiten tragen in hohem Maße die Handschrift des Wiener Politologen Emmerich Tálos, dessen seit den achtziger Jahren betriebene Forschungen in die 2013 erschienene Monographie *Das austrofaschistische Herrschaftssystem* mündeten.¹⁴ Die Quintessenz der darin ausführlich dargelegten Aussagen hatte er 2005 in einem Aufsatz vorweggenommen¹⁵, der als das gleichsam „letzte Wort“ in einem von ihm (in Zusammenarbeit mit Wolfgang Neugebauer) herausgegebenen einschlägigen Sammelband zu betrachten ist. Als Orientierung hilfreich ist ein ebenfalls 2013 vorgelegter Sammelband mit dem Titel *Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938*, in dem zwei ambitionierte junge Historiker, Florian Wenninger und Lucile Dreidemy, den Anspruch erheben, Forschungsberichte zu einzelnen Aspekten der Thematik mit der Formulierung von Desiderata zu verbinden.¹⁶ Fast zeitgleich erschien unter der Herausgeberschaft eines Teams um die Wiener Rechtshistorikerin Ilse Reiter-Zatloukal eine weitere Aufsatzsammlung.¹⁷ Als vorläufig letztes Werk ist – trotz der begrenzten Thematik, aber wegen des weltanschaulichen Gleichklangs und des apodiktischen Stils – eine Arbeit über den „Dollfuß-Mythos“ von Lucile Dreidemy zu nennen.¹⁸

Im eben genannten Reigen stellt Kluge eine Gruppe dar, alle anderen Autoren bzw. Herausgeber die andere, und diese Letztere tritt mit einer Sicherheit und Kompaktheit auf, dass man dem von ihr entworfenen Bild den Charakter einer Meistererzählung bescheinigen kann.¹⁹ Die Titel der Monographien von Kluge und Tálos bringen die zentrale Forschungsfrage auf den Punkt: War das politische System in Österreich faschistisch oder nicht? In

12 KLUGE, Ständestaat.

13 SAUEREGGER, „Niemals vergessen?“, 37; zu den Forschungsdefiziten vgl. SONNLEITNER, Widerstand, 22.

14 TÁLOS, *Das austrofaschistische Herrschaftssystem* (2013).

15 TÁLOS, *Das austrofaschistische Herrschaftssystem* (2005).

16 WENNINGER/DREIDEMY, *Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938*.

17 REITER-ZATLOUKAL/ROTHLÄNDER/SCHÖLNBERGER, *Österreich 1933–1938*.

18 DREIDEMY, *Der Dollfuß-Mythos*.

19 Wenninger/Dreidemy heben ausdrücklich hervor, dass der von ihnen herausgegebene Sammelband einem Double-Blind-Review unterzogen wurde; WENNINGER/DREIDEMY, *Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime*, 9.

der hier gebotenen Kürze muss die Antwort – vergrößernd²⁰ – in ersterem Fall „nein“, in letzterem „ja“ lauten.

Kluge stellt unter Hinweis auf die bis in die Monarchie zurückreichenden Probleme des Parlamentarismus²¹ insbesondere die These in Abrede, dass Dollfuß die Staatskrise vom März 1933 „aus antidemokratischer Vorsätzlichkeit“ herbeigeführt habe.²² Vielmehr glaubt er in dessen Regierungszeit „situationsbedingte Abschnitte“ erkennen zu müssen²³; an eine definitive Abkehr von der Demokratie habe Dollfuß nicht gedacht.²⁴ Weit davon entfernt, eine Apologie des Kanzlers verfassen zu wollen, stellt er an ihm eine unreflektierte Verbundenheit mit dem vormodernen Staatsideal fest und hält es für „zweifelhaft, ob Dollfuß das Talent zur kritischen Reflexion seines Kurses besaß, um die Widersprüchlichkeiten seiner Lage zu erkennen“²⁵, bzw. ortet in seiner nach außen demonstrierten „Vernunftpolitik“ auch unlogische Elemente.²⁶ Und es entgeht ihm auch nicht die wachsende Distanz zwischen Ständegesellschaft und Ständestaat.²⁷

Tálos hingegen unterstellt Dollfuß sehr wohl den Willen zu einer dauerhaften Veränderung des politischen Systems²⁸ und betont seine Nähe sowohl zum deutschen als auch zum italienischen Faschismus.²⁹ Ein Schwerpunkt seines Bemühens liegt im Aufzeigen des repressiven Charakters des autoritären Staates und der Mängel im sozialen Bereich.³⁰ In bewusster Abgrenzung von vorsichtig abwägenden Politologen wie Karl Dietrich Bracher oder Juan Linz ortet er am politischen System in Österreich 1933–1938 nicht nur autoritäre, sondern totalitäre Züge. Daher lehnt er auch den von Helmut Wohnout geprägten Begriff „Regierungsdiktatur“ als unzureichend ab.³¹ Die Absicht, Widerstand gegen den Nationalsozialismus leisten zu wollen, spricht er dem

20 Eine auch die Feinheiten berücksichtigende Darstellung der Problematik des Begriffs „Austrofaschismus“ gelingt HANISCH, „Christlicher Ständestaat“, 177.

21 KLUGE, Ständestaat, 15–17.

22 KLUGE, Ständestaat, 51 f.; KLUGE, Bauern, 427.

23 KLUGE, Ständestaat, 59.

24 KLUGE, Bauern, 431; so auch E. NOLTE, Die Krise, 306; F. L. Carsten stellt diesbezüglich einen allmählichen Gesinnungswandel fest; CARSTEN, Faschismus, 212 f.

25 KLUGE, Ständestaat, 61 f.; vgl. auch CARSTEN, Faschismus, 211.

26 KLUGE, Bauern, 428.

27 KLUGE, Ständestaat, 74.

28 TÁLOS/NEUGEBAUER, Austrofaschismus I; TÁLOS, Herrschaftssystem (2005), 394.

29 TÁLOS, Herrschaftssystem (2005), 400 f.

30 TÁLOS, Herrschaftssystem (2005), 404–411; diesbezüglich sehr griffig auch die jüngste Charakterisierung des Ständestaats als „Schulbeispiel eines Unrechtsstaats“; WIEDERIN, Die Rechtsstaatskonzeption, 90.

31 TÁLOS, Herrschaftssystem (2005), 413–416; Wohnout präziserte den Begriff später selbst und sprach von „Kanzlerdiktatur“; WOHNOUT, Anatomie, 964.

System nicht ab, aber als Zweck nennt er die „Aufrechterhaltung einer Diktatur, die in Konkurrenz zum Nationalsozialismus stand“.³² Ausdrücklich stellt er in Abrede, dass die Entwicklung in Österreich die Reaktion auf die außenpolitische Situation war, anerkennt diese aber als fördernden Faktor.³³

Im Schlepptau von Tálos bewegen sich Wenninger/Dreidemy, die das Bekenntnis zum Terminus „Austrofaschismus“ programmatisch an den Beginn des von ihnen konzipierten Sammelbandes stellen und wie selbstverständlich auch mit dem Begriff „Diktatur“ operieren.³⁴ Dem entspricht die ausdrückliche Distanzierung vom Terminus „Ständestaat“ durch einen der Beiträger, der die Selbstbezeichnung des Systems nicht in die Sprache der Wissenschaft übernehmen möchte.³⁵ Noch schärfer im Ton sind Reiter-Zatloukal und ihre Mitarbeiterinnen.³⁶ Den vorläufigen Höhepunkt an vermeintlich „kritischer“ Reflexion der Thematik markiert Lucile Dreidemys Monographie über den „Dollfuß-Mythos“, in der sämtliche jemals gegen den Kanzler erhobenen Vorwürfe kulminieren: der „diktatorische Charakter“ seines Regimes und die Bewunderung für Mussolinis Italien³⁷, die Widerstände gegen das System in Exekutive und Heimwehr³⁸, die Fixierung auf den Machterhalt, das Fehlen eines Sinns für die drängenden Probleme des Landes, ein ambivalentes Verhältnis zum Deutschtum und zu den Nationalsozialisten; der „Anschluss“ sei das „Resultat des politischen Versagens“.³⁹ Das Argument, dass es angesichts des Drucks von innen und außen keine Alternative gegeben habe, sei ein „Topos“.⁴⁰ Autoren, die mit Dollfuß nicht, wie sie, umfassend ins Gericht gehen, macht Dreidemy „paradox anmutende Milde“ zum Vorwurf⁴¹; sie vertreten „erstaunlich wohlwollende“ Positionen bzw. übten „Nachsicht“.⁴² Nicht nur Gottfried Karl Kindermann⁴³ und Gudula Walterskirchen⁴⁴ können vor Dreidemy nicht bestehen, selbst gegen den wahrlich kritischen Ernst Harnisch bleibt sie unbeugsam: Er sei „im Bemühen um einen versöhnlichen Ton manchmal auch zu fragwürdigen Behauptungen“ gelangt („verstieg sich“).⁴⁵

32 TÁLOS, Herrschaftssystem (2005), 412.

33 TÁLOS/MANOSCHEK, Zum Konstituierungsprozess, 21 f.

34 WENNINGER/DREIDEMY, Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime, 7.

35 SENFT, Neues 243; vgl. auch TÁLOS, Deutungen, passim.

36 ZATLOUKAL/ROTHLÄNDER/SCHÖLNBERGER, Einleitung.

37 DREIDEMY, Der Dollfuß-Mythos, 15 f. und 57.

38 DREIDEMY, Der Dollfuß-Mythos, 35–43.

39 DREIDEMY, Der Dollfuß-Mythos, 177.

40 DREIDEMY, Der Dollfuß-Mythos, 229.

41 DREIDEMY, Der Dollfuß-Mythos, 219.

42 DREIDEMY, Der Dollfuß-Mythos, 221.

43 DREIDEMY, Der Dollfuß-Mythos, 272–276.

44 DREIDEMY, Der Dollfuß-Mythos, 281–285.

45 DREIDEMY, Der Dollfuß-Mythos, 278.

In beiden eben angesprochenen Sammelbänden kommen allerdings auch Autoren zu Wort, die den Begriff „Austrofaschismus“ für nur eingeschränkt brauchbar halten.⁴⁶ Unter diesen ist besonders Helmut Wahnout als stete Referenz wichtig, der sich seit seiner 1990 vorgelegten Wiener Dissertation zur Verfassungstheorie und zur Herrschaftspraxis im autoritären Österreich⁴⁷ durch weiterführende Studien derart profiliert (und qualifiziert) hat, dass er auch von den wissenschaftlichen Gegnern nicht mehr übergangen werden kann.⁴⁸ Zentrale von ihm gewonnene Einsichten verdichten sich in der Formulierung, dass es auf dem Weg, den Österreich nach dem 4. März 1933 nahm, keinen „Masterplan“ gab, sondern dass ein „Schneeballeffekt“ wirksam geworden sei.⁴⁹ Und, ein weiteres „heißes Eisen“: Das Ende der parlamentarischen Demokratie könne nur in Zusammenhang mit den Entwicklungen in Deutschland und in Italien gesehen werden.⁵⁰

Man erkennt die beiden hiermit in aller Kürze vorgestellten Interpretationsgemeinschaften schon an der Diktion: Die eine schreibt das Wort „Ständestaat“, soweit objektsprachlich verwendet, ohne Anführungszeichen, gibt aber durch die Verwendung derselben für „Austrofaschismus“ ihre Distanz zu dieser in der Regel mit einem Schuldspruch verbundenen Deutung zu erkennen, die andere handhabt es genau umgekehrt. Im Einzelnen wären freilich auf beiden Seiten viele Modifizierungen und Differenzierungen zu berücksichtigen, insbesondere weit ausholende Überlegungen zu Begriffen wie „Halbfaschismus“, „Imitationsfaschismus“, „Demokratie“, „Diktatur“, „Krisendiktatur“, „autoritär“, „totalitär“, „repressiv“, „antimodern“ ...⁵¹ Aus der amerikanischen Außenperspektive ist die christliche Prägung des österreichischen Ständestaats das Hauptargument gegen den Faschismusvorwurf.⁵²

46 Am deutlichsten: EBNER, Politische Katholizismen 159; THALER, Legitimus, 70.

47 WAHNOUT, Verfassungstheorie.

48 WAHNOUT, Anatomie, 962 f.

49 WAHNOUT, Schritte, 51.

50 WAHNOUT, Schritte, 71.

51 Entsprechende Bemühungen sind mittlerweile Legion; sie finden sich auch in den Einleitungen zu Arbeiten über Teilaspekte, wobei, je nach dem Charakter des jeweiligen Verfassers, unterschiedliche Grade des Engagements erkennbar sind. Sie alle hier zu nennen, führte zu weit, aber einige besonders markante Positionen seien angeführt. Die Faschismusthese vertreten (in hohem Maße): FALLE, Wurzeln, 19–22 und 137; HAUCH, Vom Androzentrismus, 351; HÖCK, Medienpolitik, 38–41; KRAUS, „Volksvertreter“, 13–17; MITTELMEIER, Austrofaschismus, 142 f.; SONNLEITNER, Widerstand, 25–34; Vorbehalte gegen die Faschismusthese haben BOTZ, Gewalt, 234–246; JEDLICKA, Vom alten, 219 f.; KINDERMANN/RUMPLER/LIEBMANN/HANISCH, Politik, 88 f. (E. HANISCH) und 102 (H. RUMPLER); KRIECHBAUMER, Front, 35–44; REICHHOLD, Kampf, 71–73 und 383–389; TANCSITS, Katholischer Widerstand, 257; VOGEL, Reflektiertes Geschichtsbewusstsein, 46–57.

52 Ihm wird das Verdienst bescheinigt, „to realize Catholic social principles, probably more fervently than any regime in Europe“; CONNELLY, From Enemy, 107.

Weniger polarisierend sind die einschlägigen Kapitel in zeitgeschichtlichen Handbüchern und Überblicksdarstellungen. In der 1983 von Erika Weinzierl und Kurt Skalník herausgegebenen *Geschichte der Ersten Republik* verwendet Gerhard Jagschitz „Ständestaat“ ohne Anführungszeichen; er referiert zwar diverse Faschismusthesen, hält es aber für „unangebracht, von einer Faschismustheorie ausgehend, sich da und dort ein Stück herauszuklauben und damit zu beweisen, wie faschistisch der Austrofaschismus war“.⁵³

Keine zwei Lustren nach Jagschitz, 1992, nahm sich Dieter A. Binder der Thematik an: Bei der Neubearbeitung des einschlägigen Abschnitts von Walter Goldinger in der 1962 von Heinrich Benedikt herausgegebenen *Geschichte der Republik Österreich 1918–1938* hatte er nicht die Absicht, die „große Fülle sozialistischer Selbstdarstellungen“⁵⁴ zu ergänzen, sondern ein ausgewogenes Bild der Fakten zu zeichnen. Wie er dies machte, zeigen schon die Überschriften der diese Zeit betreffenden Kapitel: „Die Krise der parlamentarischen Demokratie“ und „Österreich als Objekt totalitärer Außenpolitik“. Ohne die Züge zu verschweigen, die unter Umständen als „faschistisch“ (oder: „diktatorisch“) bezeichnet werden könnten⁵⁵, ist als seine wichtigste Aussage die folgende zu zitieren – die nicht nur für Bundeskanzler Dollfuß im März 1933, sondern für jeden politisch Handelnden gilt: „Was immer der Kanzler tat, es sprach meist ebensoviel dafür wie dagegen. Es war schwer, eine klare Linie einzuhalten, Dollfuß verließ sich da mehr auf seinen Instinkt und nahm Missgriffe in Kauf.“⁵⁶ Die Zeit Schuschniggs betreffend, betont er die spätestens 1938 gegebene außenpolitische Isolation.⁵⁷

1994 erschien Ernst Hanischs grundlegendes Werk *Der lange Schatten des Staates*. Wie Binder hatte sich auch dieser Autor schon zuvor bereits mehrmals in tiefschürfender Weise, auch unter Heranziehung neuer Quellen mit besagter Zeit bzw. mit diversen mit der Thematik in Zusammenhang stehenden Aspekten befasst. Entsprechend vorsichtig ist seine Diktion: Den Begriff „Ständestaat“ setzt er zwar unter Anführungszeichen, legt aber Wert darauf, diese Zeit im Rahmen der Ersten Republik abzuhandeln, und was den Faschismusvorwurf anbelangt, wägt er mit größter Vorsicht ab und mahnt zu begrifflicher Sorgfalt.⁵⁸ Auch Hanischs wissenschaftliche Arbeit ist

53 JAGSCHITZ, Ständestaat, 498–500.

54 GOLDINGER/BINDER, Geschichte 10.

55 GOLDINGER/BINDER, Geschichte 291.

56 GOLDINGER/BINDER, Geschichte 202.

57 GOLDINGER/BINDER, Geschichte, 273.

58 HANISCH, Der lange Schatten, 311–315; vgl. auch HANISCH, Die Politik, 128–130; HANISCH, Der Politische Katholizismus, 68 f.; HANISCH, „Christlicher Ständestaat“, 177–179; vorsichtig abwägend auch STEINER, Wahre Demokratie?, 40–49.

vom Bewusstsein diktiert, dass „bei der theoretischen Einordnung des Regimes [...] gewiss politische Einstellungen mit[spielen]“, aber auch dass „die Kurzzeitperspektive der Zeitgeschichtsforschung, die kaum über 1918 zurückreicht“, hemmend wirke.⁵⁹ Aus diesem Grund akzentuiert er das weiter zurückreichende Phänomen „Lagerbildung“, das er aus der Verschiedenheit zweier „Lebensentwürfe“, des sozialdemokratischen und des christlichsozialen, erklärt.⁶⁰ Bei allem kritischen Geist, der aus jeder Zeile spricht, stellt er zu Dollfuß fest, dass er kein Faschist war⁶¹, und konzediert, dass die Notwendigkeit des Kampfs um die Unabhängigkeit „eine klare Linie [war], die von der Forschung akzeptiert werden muss [...]“.⁶²

Ein Jahr nach Hanischs wissenschaftlicher Synthese erschien – bereits in fünfter Auflage – eine auch außerwissenschaftliche Leserkreise ansprechende Überblicksdarstellung. Dass sie hier genannt wird, liegt an der Person der Verfasserin des einschlägigen Abschnitts, Erika Weinzierl. Die Doyenne der österreichischen Zeitgeschichtsforschung verwendete das Wort „Ständestaat“ ohne Anführungszeichen und vermied es, mit Dollfuß ins Gericht zu gehen: Er sei nicht von vornherein auf einen autoritär-faschistischen Zug festgelegt gewesen⁶³ und er habe die Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten länger aufgeschoben, als Mussolini es wünschte.⁶⁴ Unter seinem Nachfolger Kurt Schuschnigg erkennt sie Anzeichen einer gewissen Demokratisierung.⁶⁵

1997 stellte sich wiederum Dieter A. Binder dem Thema „Ständestaat“: Das von ihm verfasste einschlägige Kapitel in einem von Rolf Steiniger und Michael Gehler herausgegebenen zweibändigen *Studienbuch*⁶⁶ ist mit *Der „Christliche Ständestaat“ Österreich 1934–1938* überschrieben, also anders als die fünf Jahre zuvor erschienene Darstellung. Dass die gerade in diesem Zusammenhang sensiblen Anführungszeichen verwendet werden, allerdings nur im Titel⁶⁷, ist als Zeichen kritischer Aufgeschlossenheit zu verstehen, in der Substanz weicht die Darstellung von der früheren aber nicht ab; unverkennbar ist das Bemühen, auch die Problematiken rund um die Lösungen der Sozialdemokraten⁶⁸, insbesondere deren natürliche Affinitäten zum Na-

59 HANISCH, *Der lange Schatten*, 310.

60 HANISCH, *Der lange Schatten*, 292 f.

61 HANISCH, *Der lange Schatten*, 298.

62 HANISCH, *Der lange Schatten*, 317; vgl. auch NEWMAN, *Zerstörung*, 301 und 305.

63 WEINZIERL, *Zeitgeschichte*, 221.

64 WEINZIERL, *Zeitgeschichte*, 224.

65 WEINZIERL, *Zeitgeschichte*, 228.

66 STEINIGER/GEHLER, *Österreich im 20. Jahrhundert*.

67 Im Text kommt „Ständestaat“ durchwegs ohne das Attribut „christlich“ vor.

68 BINDER, *Der „Christliche Ständestaat“*, 203 f.; man beachte auch die ausführliche Berücksichtigung von Sichtweisen Otto Bauers (EBD. 203 f.) und Karl Renners (EBD. 206).

tionalsozialismus⁶⁹, und die Unterschiede zu einem faschistischen System sichtbar zu machen.⁷⁰ Die Geschichte Österreichs ab März 1933 wird als „semidiktatorische Phase“⁷¹ bzw. als „semifaschistisch-autoritäre Diktatur“⁷² beschrieben, doch nicht ohne den Hinweis auf die 1935 eingeleitete „partielle(n) Defaschisierung“⁷³. Schuschniggs Handlungsspielraum sei insgesamt gering gewesen⁷⁴, seine Politik im Juli 1936 allerdings gleichwohl schwer nachvollziehbar.⁷⁵ Dasselbe gelte für die in die Westmächte gesetzten Erwartungen.⁷⁶

Ähnlich lautet der Tenor der Ausführungen von Peter Berger in seiner 2008 erschienenen *Kurze(n) Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert*. Das Kapitel über die Jahre 1933–1938 ist mit „Ständestaat“ (ohne Anführungszeichen) überschrieben, mitunter verwendet er aber auch das Wort „Autrofaschismus“. Auch er unterstellt der österreichischen Regierung nicht die Absicht, auf Dauer mit Notstandsparagraphen zu regieren, allmählich habe sich aber eine Eigendynamik entwickelt.⁷⁷ Obwohl das primäre Ziel die Bekämpfung des Nationalsozialismus gewesen sei, seien de facto die Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie mehr ins Gewicht gefallen.⁷⁸ Auch Berger gesteht Dollfuß den Willen zu, sich von Mussolini zu emanzipieren⁷⁹, und Schuschnigg versucht er verstehend gerecht zu werden.⁸⁰ Obwohl er die Möglichkeit einer Öffnung nach links andenkt, räumt er ein, dass es 1938 für Österreich kaum noch Möglichkeiten gegeben hätte, sich der Bedrohung durch das Deutsche Reich zu entziehen.⁸¹ Die aus heutiger Sicht bestehenden Demokratiedefizite spricht Berger klar an, aber er ortet sie nicht nur innerhalb der (ehemaligen) christlichsozialen Partei, sondern vermisst in allen Lagern echten Pluralismus. Bei den Sozialdemokraten habe dem Konzept der organischen, „wahren“ Demokratie das Konzept von Demokratie als zeitgebundenen Organisationsrahmens für ein bestimmtes Stadium des Klassenkampfes entgegengestanden. Für keine der beiden Gruppen sei Demokratie demnach „ein Wert an sich“ gewesen.⁸²

69 BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 205 und 211–213.

70 BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, besonders 203 und 210.

71 BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 209.

72 BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 210.

73 BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 210.

74 BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 214 f.

75 BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 219 f.

76 BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 226 f.

77 P. BERGER, *Kurze Geschichte*, 153.

78 P. BERGER, *Kurze Geschichte*, 155–160.

79 P. BERGER, *Kurze Geschichte*, 160.

80 P. BERGER, *Kurze Geschichte*, 175 f.

81 P. BERGER, *Kurze Geschichte*, 185.

82 P. BERGER, *Kurze Geschichte*, 420.

Auch die kurzgefassten Gesamtdarstellungen der Geschichte Österreichs stimmen größtenteils nicht in den Chor der richtenden Historiker ein. In der 1990 erschienenen achten Auflage des „Zöllner“ wird der Begriff „Ständestaat“ ohne Anführungszeichen, „Austrofaschismus“ hingegen mit Anführungszeichen verwendet.⁸³ Zöllner räumt zwar ein, dass die Methoden von Dollfuß’ autoritärer Politik „fragwürdig“ und „jedenfalls nicht mehr aktuell sind“⁸⁴, akzentuiert aber auch die Notwendigkeit, sich dem wachsenden Druck aus Deutschland entgegenzustemmen, und betont die prinzipielle Unvereinbarkeit des nationalsozialistischen Gedankenguts mit dem der konservativen Kreise in Österreich.⁸⁵ In außenpolitischer Hinsicht seien die Handlungsspielräume Österreichs eng gewesen⁸⁶; den Westen betreffend spricht er von „platonischen Sympathien“.⁸⁷ Sein Fazit über die „geschichtliche Stellung“ des „autoritär-ständischen Regimes“ lautet: Es sei nicht wahrscheinlich, dass ein demokratisches Österreich in der Lage gewesen wäre, auf Dauer dem Dritten Reich zu widerstehen.⁸⁸

Folgt man der Chronologie des Erscheinens der Werke, so hat die Aufmerksamkeit an dieser Stelle der seit 2006 vorliegenden englischsprachigen Gesamtdarstellung der Geschichte Österreichs des britisch-amerikanischen Historikers Steven Beller zu gelten. Er verwendet zwar das Wort „Austrofaschismus“, aber doch eher als (terminologisch kaum thematisierten) Konventionsbegriff, nicht in der Absicht, das Regime dezidiert als faschistisch zu verurteilen.⁸⁹ Auch Dollfuß wird nicht vor den Richterstuhl geholt: Eher als politisch anfechtbare Absichten sei es Mangel an politischer Klugheit und Weitblick gewesen, der sein Handeln bestimmt hätte.⁹⁰ Seinem System bescheinigt Beller den Willen zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus, fasst aber beide als „bürgerliche“ Kulturen zusammen, die sich voneinander zwar hinsichtlich der Letztwerte („ultimate loyalties“), aber kaum in den äußeren Formen unterschieden und somit beide im Gegensatz nicht nur zur sozialistischen, sondern auch zur modernen (jüdischen) Kultur stünden.⁹¹ Beller zeichnet Schuschnigg als konservativen Katholiken, der zwar auto-

83 ZÖLLNER, Geschichte Österreichs, 523.

84 ZÖLLNER, Geschichte Österreichs, 517.

85 ZÖLLNER, Geschichte Österreichs, 512 f.

86 ZÖLLNER, Geschichte Österreichs, 518–521.

87 ZÖLLNER, Geschichte Österreichs, 524.

88 ZÖLLNER, Geschichte Österreichs, 523.

89 Ähnlich der amerikanische Historiker John Connelly: „Austrofascism moved not toward revolution but toward a more uniform bureaucratic authoritarianism, evolving into a conservative caretaker regime“; CONNELLY, *From Enemy*, 105.

90 BELLER, *A Concise History*, 222.

91 BELLER, *A Concise History*, 224 f.

ritäre Züge an den Tag gelegt habe, aber kein Faschist gewesen sei.⁹² Er spricht ihm auch nicht den Willen ab, dem Druck aus Deutschland entgegenzutreten, und glaubt, dass er 1936 bzw. 1938 keine politischen Alternativen gehabt hätte.⁹³

In seiner Knappheit sehr ausgewogen ist das 2007 von Alois Niederstätter gezeichnete Bild: Er bezeichnet den „Ständestaat“ (so in der Überschrift, im Text ohne Anführungszeichen) als „durchaus repressiv“, aber „nicht grundsätzlich terroristisch“ und betont dessen konservativen Grundzug und den Unterschied zum „vollfaschistischen Typ“.⁹⁴ Die Erklärung findet er darin, dass es seit der Gründung der Republik nicht gelungen sei, „dem demokratischen System eine breite Vertrauensbasis zu schaffen“.⁹⁵ Durch die Akzentuierung der bei den Wahlen von 1930 sichtbar gewordenen Nähe von Sozialdemokratie und Nationalsozialismus⁹⁶ wird das System zwar nicht demokratiepolitisch rehabilitiert, aber doch verstanden. Dasselbe gilt für die realen politischen Möglichkeiten Schuschniggs.⁹⁷

Anders hingegen die Darstellung von Karl Vocelka (⁵2002): Schon die Tatsache, dass er „Austrofaschismus und Nationalsozialismus“ in einem Kapitel vereint, macht deutlich, dass er der entscheidend von Tólos geprägten Meistererzählung folgt. Seine Kernaussage: „Der Austrofaschismus hatte gesiegt.“⁹⁸ Und: „Auch der oft gehörte Einwand, das ‚System‘ sei milder gewesen als der Nationalsozialismus, ist ein Argument des Biertisches [...]“.⁹⁹ Schließlich: „Dollfuß wurde zu einer Legende stilisiert, die bis heute anhält und in den Augen der Konservativen seine eigenen Schandtaten überdeckte.“¹⁰⁰

In diesem Fall soll die wörtliche Zitierung auch sichtbar machen, wie wichtig für Historiker sprachliche Sorgfalt ist/wäre. Entscheidet sich ein Gelehrter für die Gattung Essay, ist die Sprache gleichsam per definitionem ein Teil der Botschaft, so beim österreichisch-französischen Germanisten Felix Kreissler, der 1996 auch auf diese Weise seiner Aversion gegen den Ständestaat Ausdruck verlieh. Auch er postulierte weitreichende Affinitä-

92 So auch CONNELLY, *From Enemy*, 104.

93 BELLER, *A Concise History*, 227.

94 NIEDERSTÄTTER, *Geschichte Österreichs*, 226 f.

95 NIEDERSTÄTTER, *Geschichte Österreichs*, 223; in der Sprache der Politologen lautet derselbe Befund so: „Es handelte sich demnach auch im Falle Österreichs um typische Erscheinungen der Anfangsdemokratie“; NEWMAN, *Zerstörung*, 305.

96 NIEDERSTÄTTER, *Geschichte Österreichs*, 224.

97 NIEDERSTÄTTER, *Geschichte Österreichs*, 228.

98 VOCELKA, *Geschichte Österreichs*, 292.

99 VOCELKA, *Geschichte Österreichs*, 293.

100 VOCELKA, *Geschichte Österreichs*, 294.

ten zwischen „Austrofaschismus“ und Nationalsozialismus¹⁰¹ und sprach bei Ersterem von einer „katholisch-faschisierenden Ideologie“.¹⁰²

Oliver Rathkolb, um auch noch die rezenteste, um Sachlichkeit bemühte Überblicksdarstellung zu berücksichtigen, handelt die Jahre 1933–1938 ebenfalls im Geist der geltenden Meistererzählung ab: Das Wort „Ständestaat“ setzt er unter Anführungszeichen¹⁰³; die von ihm bevorzugte, gleichsam selbstverständliche Terminologie ist „austrofaschistisches Regime“¹⁰⁴, und bei der Beschreibung der schon länger bestehenden politischen Lager bringt er die Begriffe „rechtskonservativ“ und „bürgerlich“ in engen Zusammenhang.¹⁰⁵ Im März 1933 sei eine „Kanzlerdiktatur“ entstanden¹⁰⁶ (daher auch die Bezeichnung „Kanzlerdiktator“¹⁰⁷). Die politischen Maximen von Dollfuß beschreibt er mit „setzte [...] auf die faschistische Karte“¹⁰⁸ und akzentuiert die Nähe der von ihm geführten Regierung zu Mussolinis Italien.¹⁰⁹ Betreffend die Person Schuschnigg konzediert er zwar, dass dieser 1936 unter großem innen- und außenpolitischen Druck von Seiten der Nationalsozialisten gestanden habe, erklärt seine Politik aber auch aus einer „zögerlichen und deutschfreundlichen Haltung“¹¹⁰, ja er habe versucht, „Deutschland zu kopieren“¹¹¹ – eine schwer nachvollziehbare Gleichsetzung von „Deutschland“ und „NS-Deutschland“. Für beide Kanzler gilt der sehr endgültig klingende Satz: „Der Alltag des sogenannten austrofaschistischen Regimes war eigentlich nur von einer konsequent durchgeführten Politik geprägt: Ausschaltung der ‚Linken‘.“¹¹²

Die Sorge vor einer „Verharmlosung“ bzw. einer „verklärenden“ Sicht des Ständestaats¹¹³ ist vor allem im sozialdemokratischen Milieu vorhanden, meist verbunden mit dem Hinweis auf Parallelen zwischen „Austrofaschismus“ und Nationalsozialismus¹¹⁴ und mit der These, jener hätte dem „An-

101 KREISSLER, Kultur, 136 f.

102 KREISSLER, Kultur, 146.

103 RATHKOLB, Erste Republik, 510.

104 RATHKOLB, Erste Republik, 496, 502, 508 u. a.

105 RATHKOLB, Erste Republik, 494.

106 RATHKOLB, Erste Republik, 480.

107 RATHKOLB, Erste Republik, 481.

108 RATHKOLB, Erste Republik, 504.

109 RATHKOLB, Erste Republik, 499–501.

110 RATHKOLB, Erste Republik, 481.

111 RATHKOLB, Erste Republik, 503.

112 RATHKOLB, Erste Republik, 503.

113 SONNLEITNER, Widerstand, 25 und 37 f.

114 Ablehnung von Marxismus und Liberalismus, hohe Bedeutung der Wehrverbände, Versuch umfassender Integration der Volksgemeinschaft, Gemeinsamkeiten im Vokabular; HANISCH, Der lange Schatten, 311–313; SCHRETTNER, Das ideologische Nahverhältnis, 26 f.

schluss“ den Weg bereitet.¹¹⁵ Nicht überhört werden sollten aber auch die Historiker, die in der „Dämonisierung des Austrofaschismus“ die Gefahr der Verharmlosung des Nationalsozialismus erkennen.¹¹⁶ So bedauerlich es ist, in einer wissenschaftlichen Arbeit derlei Kontroversen referieren zu müssen, es gibt noch weitere: In rezenten Forschungsberichten zur österreichischen Zeitgeschichte ordnen als kritisch sich verstehende Autoren Ergebnisse, die ihrem Denken nicht entsprechen, der sogenannten „Koalitionsgeschichtsschreibung“ zu¹¹⁷, und die angeblich „konservativen Geschichtsauffassungen“ werden zum Feindbild.¹¹⁸ Selbstbewusst geben sich gerade junge Historiker auch in ihrer Rolle als Wissenschaftler als „politische Menschen“¹¹⁹ zu erkennen, mit dem Argument, dadurch Werthaltungen offenzulegen.¹²⁰ Ausdrücklich loben Wenninger/Dreidemy jene Scientific Community, der sich die heute gültige Meistererzählung verdankt, weil sie mit neuen Fragestellungen an den Gegenstand herantreten sei.¹²¹

Es sind dies aber die Fragestellungen, die die Verfasserin der vorliegenden Studie mit Dieter A. Binder als „die Interpretation der Geschichte als geradlinige(n) naturgesetzlichen Fortschritt vom Niederen zum Höheren“ ablehnt, weil dahinter nichts als „naive(r) Fortschrittsglaube“¹²² steht. Das Gefährliche daran ist das daraus abgeleitete Recht, unter dem Schutz der vermeintlichen Vernunft, die sich, wie einst die unfehlbare *Volonté générale*, absolut setzt¹²³ und daher das Recht beansprucht, „ein scharf umrissenes Richtigkeitsbild der sozialen und politischen Ordnung“ (K. Mannheim)¹²⁴ zu verwirklichen, folglich mit dem Habitus des Richters an die Vergangenheit heranzutreten und leichtfertig Schuldzuweisungen vorzunehmen, anstatt von Rahmenbedingungen, Auslösern, Abläufen und Folgen zu sprechen.¹²⁵

Ziel der Studie ist es daher nicht, die eben referierte Polemik durch die Beschreibung weiterer Details aus dem politischen Tagesgeschehen fortzuführen, sondern einen Beitrag zur Einlösung eines bereits vor Jahrzehnten angemahnten¹²⁶ und in den erwähnten rezenten Forschungsberichten neu-

115 DREIDEMY, *Der Dollfuß-Mythos*, 238 f.; Argumente dagegen: KINDERMANN/RUMPLER/LIEBMANN/HANISCH, *Politik*, 92 (M. LIEBMANN); LANDGREBE/WEIGL, *Aktualität*, 139.

116 BINDER, 12. Februar 1934, 108.

117 SCHMIT, „Im Namen“, 143; TÁLOS/NEUGEBAUER, *Austrofaschismus* 1.

118 DREIDEMY, *Der Dollfuß-Mythos*, 220.

119 DREIDEMY, *Der Dollfuß-Mythos*, 15; vgl. auch WENNINGER, *Austrian Missions*.

120 REITER-ZATLOUKAL/ROTHLÄNDER/SCHÖLNBERGER, *Einleitung*, 13.

121 WENNINGER/DREIDEMY, *Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime*, 7.

122 GOLDINGER/BINDER, *Geschichte*, 142.

123 KOSELLECK, *Kritik und Krise*, 137.

124 MANNHEIM, *Konservatismus*, 167 f.

125 BINDER, 12. Februar 1934, 92.

126 JEDLIČKA, *Juliabkommen*, 439 f.; vgl. aber auch noch (1996) FELLNER, *Reichsgeschichte*, 363;

erlich benannten Desideratums zu leisten – und folglich in Gestalt eines ideengeschichtlichen Zugriffs das Selbstverständnis der politischen Akteure zu analysieren, ihre Mentalitäten und mentalen Dispositionen nicht nur aus den tagespolitischen Maßnahmen, sondern auch aus dem schriftlichen Nachlass zu erschließen.¹²⁷ Diese Absicht trägt dem ebenfalls schon seit langem konstatierten Faktum Rechnung, dass die Intentionen der Regierenden und die realen historischen Prozesse nicht notwendigerweise konform sein müssen – und im Österreich der dreißiger Jahre auch nicht waren: Ideeller Anspruch und politische Praxis klappten teilweise weit auseinander.¹²⁸

Den entscheidenden Ansatz bietet die beim Studium der vorhandenen Literatur gewonnene Einsicht, dass – bei aller Vielfalt der Themen – ein Aspekt bislang kaum Berücksichtigung gefunden hat, nämlich der Begriff „Stand“: Die Empörung der als kritisch sich verstehenden Wissenschaft über die autoritären Züge des Systems hat nicht nur zur Ablehnung des Begriffes „Ständestaat“ geführt, sondern auch den Blick dafür versperrt, dass nicht nur die Berufsstände, sondern der Begriff „Stand“ als solcher einer näheren Analyse würdig sein könnten, umso mehr, als der Aufbau eines Ständestaates ja nicht per se mit der Forderung nach Stärkung der staatlichen Autorität identisch war.¹²⁹ Soweit auf das Thema Bezug genommen wurde, geschah dies, und zwar unabhängig von der Gesamtbeurteilung des Systems, nur in Gestalt von Hinweisen auf die versuchte Bildung der Berufsstände und die dabei auftretenden Probleme – und hierbei konnte nichts anderes konstatiert werden als ein Scheitern.¹³⁰ Worum es tatsächlich ging, so die These der vorliegenden Studie, war indes ein Denken und Fühlen in Kategorien des Ständischen in einem sehr umfassenden Sinn, in dem eine überwunden gewähnte, vor dem Zeitalter der Massendemokratie anzusiedelnde Mentalität fortlebte: Die Berufsstände waren hierfür nur die äußere Hülle. Die Rede ist von einer Form von Konservatismus¹³¹, dessen Bedeutung viel weiter reicht

kurz zuvor hatte Helmut Rumpler die Selbstdarstellung der gesellschaftlichen und politischen Positionen des Ständestaates und seiner Träger als Forschungsdesiderat bezeichnet; KINDERMANN/RUMPLER/LIEBMANN/HANISCH, Politik, 87 (H. RUMPLER).

127 REITER-ZATLOUKAL/ROTHLÄNDER/SCHÖLNBERGER, Einleitung, 9; das hier im Rekurs auf E. Tálos verwendete Attribut „ideologisch“ (für das Selbstverständnis) wird wegen der pejorativen Konnotation (Intoleranz gegenüber anderen Sichtweisen) vermieden.

128 HANISCH, Der lange Schatten, 310; JAGSCHITZ, Ständestaat, 497; STEINER, Wahre Demokratie?, 48.

129 KLUGE, Ständestaat, 49; KLUGE, Bauern, 427.

130 P. BERGER, Kurze Geschichte, 170; BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 207; TÁLOS/MANOSCHEK, Aspekte, 136; WOHNOUT, Anatomie, 964 und 970; im Einzelnen wird dies in Kap. 7 der vorliegenden Studie nachgewiesen.

131 Im Sinn von MANNHEIM, Konservatismus; vgl. auch HEIDENREICH, Politische Theorien, 9 f.; GÖHLER, Konservatismus, 20 f. und 28 f.; SEEFRIED, Reich, 27 f.; diese Begriffsbestimmung

als das kaum ein Lustrum währende autoritäre System in Österreich. Dass manche Intellektuelle – besonders griffige Formulierungen fand Ernst Karl Winter¹³² – den Konservatismus in diesem Land als wirksames Mittel gegen den damals drohend sich aufschwingenden Nationalsozialismus betrachteten, ist ein Grund, die Forschungsfrage wie folgt zu stellen: „Was bedeutet ‚Stand‘ für die Protagonisten des österreichischen Ständestaates?“

1.2 Stand: Der begriffliche Ausgangspunkt

„Stand“, Ausdruck einer stabilen, auf Gruppen mit unterschiedlichen Rechten und Pflichten beruhenden Gesellschaftsordnung¹³³, aber auch der Bejahung gemeinsamen Stehens in einem rechtsverbindlichen größeren Ganzen, das metaphysisch zu begreifen ist (*ordo*)¹³⁴, ist seit der Antike eine politische Kategorie. Im europäischen Mittelalter war damit vornehmlich der Geburtsstand gemeint, aber schon damals kam auch die Ordnung der Berufe mit ins Spiel.¹³⁵ Ab dem Spätmittelalter waren Stände sodann Organe jener „geteilten Herrschaft“, bei der die Fürsten nur eine Seite waren.¹³⁶ Im Zeichen der wirtschaftlichen Umbrüche der Neuzeit, die, von England ausgehend, dem Kapitalismus den Weg bereiteten, nahm „Stand“ auch die Bedeutung *status* an, worin eine gewisse Leistungsorientierung zum Ausdruck kommt.¹³⁷

Max Weber bezeichnete ständisches Denken als Aspekt traditionaler Herrschaft.¹³⁸ Gegenkräfte erwuchsen dieser in den Vereinheitlichungstendenzen des Absolutismus und der Aufklärung und der parallel dazu einsetzenden „demokratischen“ Strömung, in deren Weltbild Sondergemeinschaften, die das Individuum vom Staat trennten, nicht passten.¹³⁹ So wurde der Stand in dieser Zeit des Übergangs zur rationalen Herrschaft¹⁴⁰ zunehmend in Frage gestellt.

erlaubt es nicht, das politische System in Österreich als „konservative Diktatur“ zu bezeichnen; THALER, Legitimus, 70, Anm. 4.

132 EPEL, *Österreicher* 2, 421.

133 BOHN, *Ständestaatskonzepte*, 12 f.

134 GG 6 (1990), 158 (Stand/Klasse, O. G. OEXLE); LThK/III 9 (2000), 924 f. (N. GLATZEL).

135 BOHN, *Ständestaatskonzepte*, 26; LThK/III 2 (1994), 296 f. (U. NOTHELLE-WILDFEUER).

136 MAZOH-WALLNIG, *Zeitenwende*, 69–71.

137 Vgl. die bündige Darstellung bei SCHREYER, *Die „Nation“*, 51.

138 WEBER, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 130–140.

139 GG 6 (1990), 211–217 (Stand/Klasse, W. CONZE); MAYER-TASCH, *Korporativismus*, 7; SCHAMBECK, *Kammerorganisation*, 452; SCHWINN, *Ständische Verhältnisse*, 78.

140 WEBER, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 124.

Die Vorbehalte gegen die Folgen der Französischen Revolution führten zu einer Revision des Gleichheitsbegriffs im Sinn einer ständischen Mediatisierung des Individuums.¹⁴¹ Nach 1789 dienten ständische Konzepte als Ausdruck konservativen Widerstands gegen Demokratie und Kapitalismus¹⁴²; der Konservatismus als politische Bewegung ist als Antwort auf 1789 zu verstehen.¹⁴³

Mit dem *Allgemeinen Landrecht* in Preußen im Jahr 1794¹⁴⁴ und dem *Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch* in Österreich im Jahr 1811¹⁴⁵ verlor der Stand seine Qualität als rechtliche Kategorie.¹⁴⁶ Gleichwohl entwarfen beide Kodifikationen faktisch eine ständische Gesellschaft, in der Staat und Gesellschaft noch ungeschieden zu sein schienen; manche Aspekte ständischen Denkens wurden darin geradezu zementiert.¹⁴⁷ Ziel der egalitären Staatsbürgergesellschaft des 19. Jahrhunderts war nur die Gleichheit vor dem Gesetz, nicht die politische Gleichheit.¹⁴⁸

Der preußische Staatsminister Karl Freiherr vom Stein machte kein Geheimnis daraus, dass er den Ständegedanken für geeignet hielt, eine Erneuerung des preußischen Staates zu erwirken. Er setzte ihn nicht nur dem Gedanken der Demokratie entgegen, sondern versprach sich von ihm auch die Vermeidung absolutistischer Tendenzen.¹⁴⁹ Artikel XIII der Deutschen Bundesakte verankerte das Prinzip der „landständischen Verfassung“ – auch wenn über deren Umsetzung weder Klarheit noch Einigkeit herrschte.¹⁵⁰ In den Territorien ist das Weiterleben von Praktiken der altständischen Zeit im Vormärz nicht zuletzt am hohen Stellenwert von Erbhuldigungen erkennbar.¹⁵¹

Damals traten, freilich ohne vorerst den monarchischen und feudalen Charakter des Staates anzutasten, an die Stelle „altständischer“ Ideen sogenannte „neuständische“, weil Bürger und Bauern eine stärkere Repräsentation erhielten. Diese neuen Stände verstanden sich als Vermittler zwischen Staat und Gesellschaft, die in Wirklichkeit keine Einheit mehr bildeten.¹⁵²

141 MAYER-TASCH, Korporativismus, 10–16.

142 SIMONETT, Die berufsständische Ordnung, 11.

143 MANNHEIM, Konservatismus, 50 f. und 127 f.; HANISCH/URBANITSCH, Prägung, 62 und 67.

144 Vgl. KOSELLECK, Preußen.

145 Vgl. RUMPLER, Eine Chance, 108–111.

146 GG 6 (1990), 234–236 (Stand/Klasse, R. WALTHER).

147 FRIEDRICH, Vom Umbau, 453–455.

148 LANGEWIESCHE, Liberalismus, 29.

149 BOHN, Ständestaatskonzepte, 29.

150 MAYER-TASCH, Korporativismus, 19 f.; MAZOHL, Die politischen und rechtlichen Voraussetzungen, 234 f.

151 MAZOHL/SCHNEIDER, Translatio Imperii, 121.

152 BRUNNER, Die Freiheitsrechte, 187 f.; HANISCH, Konservatives und revolutionäres Denken, 215.

Bei der Bekleidung von Führungspositionen traten immer häufiger Bürgerliche an die Seite der bisher allein zum Zuge gekommenen Adligen, so dass sie allmählich in diesen Stand hineinwuchsen.¹⁵³

1848 wurden Versuche der Vermittlung zwischen Alt und Neu unternommen. In Wien tagte auf Einladung der niederösterreichischen Stände der vornehmlich von den deutschösterreichischen Ländern beschickte *Ständische Zentralausschuss*, um Vorschläge für eine zeitgemäße Form des Ständewesens auszuarbeiten. Ziel war die Schaffung einer Reichsvertretung, die durch Vertreter der „modernen“ Stände (Landwirtschaft, Industrie, Handel, Wissenschaften) erweitert sein sollte.¹⁵⁴ In Bayern versuchte die Abgeordnetenversammlung in diesem Revolutionsjahr Standesgrenzen begrifflich zu fixieren: An die Stelle des personal verstandenen Standesbegriffs traten wirtschaftliche Interessenbereiche¹⁵⁵; der Berufsstand nahm schärfere Konturen an.¹⁵⁶

Andererseits legte, ebenfalls 1848, der Benediktinermönch Albert Jäger aus dem Tiroler Stift Marienberg in einer Studie über die ständische Verfassung seines Heimatlandes ein vehementes Plädoyer für das altständische System ab: „Eine Verwischung der Stände durch eine Volksvertretung im modernen Sinne passt für uns nicht. Wir Tiroler sind keine abstrakte Volksmasse, wir sind wie im Privat-, so im öffentlichen Leben scharf in Stände geschieden.“¹⁵⁷

Diese Abhandlung war einer der ersten Versuche über landständische Verfassungen; im Zeitalter des Liberalismus nahm das Interesse der Wissenschaft an diesem Thema zu.¹⁵⁸ Damals gehörten das Bild einer Ausgleichs- und Vermittlungsfunktion der Stände zwischen Monarch und Volk und die konsensorientierte Rechtsauffassung des Alten Reichs noch zum Gemeingut der Staatstheoretiker.¹⁵⁹ Die geburts- und machtständische Sozialstruktur überdauerte also die politisch-rechtliche Entmachtung der Stände.¹⁶⁰ Nach 1848 wurde der Ständegedanke vornehmlich von jenen besetzt, die sich in einem „modernerem“ Zeitalter nicht zurechtfinden.¹⁶¹ Auch Otto von Bismarck war ein Befürworter ständischer Modelle.¹⁶²

153 SCHWINN, Ständische Verhältnisse, 84.

154 GOTTMANN, Der Reichstag, 21.

155 GG 6 (1990), 270 (Stand/Klasse, R. WALTHER).

156 BOHN, Ständestaatskonzepte, 21 und 30; MAYER-TASCH, Korporativismus, 8.

157 JÄGER, Ständische Verfassung, IV f.

158 AMMERER, Die Stände, 21.

159 GG 6 (1990), 243 (Stand/Klasse, R. WALTHER); STOLLBERG-RILINGER, Reich, 14.

160 MAYER-TASCH, Korporativismus, 9.

161 STREITENBERGER, Leitbild, 88.

162 BOHN, Ständestaatskonzepte, 30.

In manchen Kreisen hatte der Begriff „Stand“ allerdings etwas beinahe Anrühiges. In Österreich nahmen 1874 die Deutschliberalen den Vorschlag, Kaiser Franz Josef solle in Prag von „Geistlichkeit und Adel“ empfangen werden, zum Anlass für eine grundsätzliche Erklärung in der Presse: „Das Ständethum ist vor dem Begriff des allgemeinen und gleichen Staatsbürgerthums vollständig in unserem Staatsrechte zurückgewichen. Einzig und allein in den Wahlordnungen für die Landtage und nach diesen auch für den Reichsrath hat sich etwas erhalten, was an die ständische Adelscorporation erinnert und von derselben sich herleitet, nämlich das Wahlrecht des [...] Großgrundbesitzes.“¹⁶³

Gleichwohl waren „Stand“ bzw. „ständisch/standesgemäß“ während des gesamten 19. Jahrhunderts – und bis weit ins 20. Jahrhundert – lebendige Wertbegriffe; gerade im gehobenen Bürgertum¹⁶⁴, aber auch bei der Seelsorgsgeistlichkeit, die häufig bäuerlichen Kreisen entstammte¹⁶⁵, waren sie von hoher Tragweite. Die Kirche kultivierte ständisches Gedankengut sogar aktiv.¹⁶⁶ So darf mit Fug und Recht von einer Kontinuität ständischer Deutungen der Gesellschaft im 19. Jahrhundert gesprochen werden¹⁶⁷, von einer „ständische(n) Atmosphäre“ (A. Kolnai).¹⁶⁸ Im 1917 kodifizierten kanonischen Recht bedeutete „Stand“ die ständige Zugehörigkeit zu einem Lebenskreis, mit der ein bestimmtes Maß an Rechtsfähigkeit verbunden war. Dies setzte gesellschaftliche Ungleichheit geradezu „altständischen“ Zuschnitts voraus, wie in den dreißiger Jahren mit Wohlgefallen zur Kenntnis genommen wurde.¹⁶⁹ Nicht zu vergessen ist schließlich das Wahlrecht, das in Österreich erst 1907 bzw. 1919 zu einem „gleichen“ bzw. „allgemeinen“ wurde, während zuvor nach Kurien, also – trotz der vornehmlich materiellen Komponente dieses Systems – Einrichtungen einer „ständischen“ Gesellschaft, gewählt worden war.¹⁷⁰ Im Österreich der dreißiger Jahre wurde darin mitunter ein Überrest der Landstände gesehen.¹⁷¹ Nach rezenter wissenschaftlicher Auffassung hatte das System aber eher berufsständischen Charakter.¹⁷²

163 Zit. nach VOCELKA, *Gegenkräfte*, 122 f.

164 GALL, *Von der ständischen*, 37.

165 KUSTATSCHER, *Haus und Familie*, 121.

166 BUKOSCHEGG, *Das ständisch-autoritäre Österreich*, 70.

167 GALL, *Von der ständischen*, 24; P. NOLTE, *Ständische Ordnung*, 237.

168 KOLNAI, *Ideologie*, 16.

169 HOHENLOHE, *Ständestaat*, 5.

170 MAYER-TASCH, *Korporativismus*, 21; SCHAMBECK, *Kammerorganisation*, 453.

171 LORENZ, *Katholisches Geistesleben*, 23; F. SCHAUSBERGER, 16; SENFT, *Im Vorfeld*, 53 f.; VOCELKA, *Gegenkräfte*, 126.

172 URBANITSCH, *Gemeindevertretungen*, 2280.

Berufsständische Konzepte waren seit dem 19. Jahrhundert in der Tat weit verbreitet.¹⁷³ In *Meyers Konversationslexikon* von 1897 begegnet der Begriff „Stände“ als „Bezeichnung für die verschiedenen Klassen (sic!) von Personen, welche durch Gemeinsamkeit eines Berufes verbunden sind“.¹⁷⁴ Manche Verfechter dieser Leistungsgemeinschaften betonten deren „neu-ständischen“ Charakter, der sich von den „altständischen“ Vorstellungen unterscheide, legten also Wert darauf, für eine gesunde Variation des liberalen Zeitgeists einzutreten.¹⁷⁵ In der Zwischenkriegszeit wurde die korporative Ordnung der Gesellschaft propagiert, wobei drei Varianten auszumachen sind: eine katholisch-konservative, eine autoritär-charismatische und eine sozialdemokratische (Rätebewegung).¹⁷⁶

In vorliegender Studie gilt das Augenmerk vornehmlich der katholisch-konservativen Ständelehre. Johannes Messner, einer der führenden Theoretiker des österreichischen Ständestaates, setzte den Fokus auf die Berufsstände.¹⁷⁷ Das LThK/I definierte „Stand“ als Leistungsgemeinschaft zum Zweck der „kulturellen Wertverwirklichung“; für den Berufsstand gelte dies in unmittelbarer, für Lebens-, Geburts- und Besitzstände in mittelbarer Weise.¹⁷⁸ Besondere Relevanz besaß dieser Gedanke für jene, die im Zuge der politisch-gesellschaftlichen Krise nach dem Ersten Weltkrieg die parlamentarische Demokratie in Frage stellten, weil sie sie als Derivat der Ereignisse von 1789 betrachteten.¹⁷⁹ Die als Alternative in den Raum gestellten Konzepte erklärten den Gesellschaftsvertrag für obsolet und begünstigten autoritäre Systeme.¹⁸⁰ Im Bewusstsein, in einer gefährdeten sozialen Ordnung zu leben, griff man auf Modelle der Vergangenheit zurück, die eine harmonische, allerdings wirklichkeitsferne Ordnung auf der Basis natürlicher gesellschaftlicher Hierarchien versprochen.¹⁸¹

Betreffend die politische Alternative zum Parlamentarismus herrschte freilich eine begriffliche Verwirrung, der selbst die Hauptakteure nicht ganz entkamen, indem sie zwischen Ständen als autonomen sozialen Organen und als Organen des öffentlichen Rechts nicht unterschieden, geschweige

173 MAYER-TASCH, Korporativismus, 25 f.

174 Zit. nach BOHN, Ständestaatskonzepte, 30.

175 BOHN, Ständestaatskonzepte, 19 f.

176 REITMAYER, Politisch-soziale Ordnungsentwürfe, 52 f.; SEEFRIED, Reich, 115 f., 137–142 und 408 f.

177 MESSNER, Ordnung, 17.

178 LThK/I 9 (1937), 768 f. (G. GUNDLACH).

179 Zu den Problemen der Friedensordnung von 1919/20 vgl. prägnant GEHLER, Europa, 122; zum Krisenempfinden SEEFRIED, Reich, 31–35.

180 HANISCH, Auf der Suche, 142.

181 P. NOLTE, Die Ordnung, 159–161.

denn, dass sie sich über weitere Komponenten des Begriffs „Stand“ in jedem Fall bewusst Rechenschaft gegeben hätten.¹⁸² Für Josef Dobretsberger waren die Stände eine verfassungsrechtliche Kategorie.¹⁸³ Für Bundeskanzler Dollfuß stand hingegen fest, dass die Berufsstände, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen sollten, mehr sein müssten als eine einfache Rechtsnorm: „Sie müssen organisch und lebendig sein.“¹⁸⁴

1.3 Das Arbeitsvorhaben

Ziel der Studie ist es, das Denkfeld¹⁸⁵, in das der Begriff „Stand“ eingebettet war, auszuleuchten. Zu diesem Zweck wird die Geistigkeit zahlreicher Persönlichkeiten umrissen, die in den Augen der Regierungsspitze besonders zuverlässige Träger des Systems waren, nämlich der Mitglieder der in der Maiverfassung beschriebenen sogenannten vorbereitenden Organe („Mandatare“), die – als vorläufige Lösung – allesamt durch Ernennung in ihre Positionen gerückt waren. Dieses Verfahren ist umso berechtigter, als in einem System, das Politik in hohem Maß durch Expertise ersetzte, von den handelnden Personen sehr viel abhing.¹⁸⁶

Die Ernennung der Mandatare, fast ausnahmslos geradezu Säulen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, oblag dem Bundespräsidenten, de facto war sie aber das Werk des Bundeskanzlers¹⁸⁷, also Kurt Schuschnigg. Daher ist spätestens an dieser Stelle auch insofern eine kritische Auseinandersetzung mit der geltenden Meistererzählung geboten, als diese gern undifferenziert vom „Dollfuß/Schuschnigg-Regime“ spricht.¹⁸⁸ Dabei wies schon Ulrich Kluge auf die strukturellen Besonderheiten der Regierung dieses Intellektuellen hin, der keineswegs nur der Vollstrecker der Politik des Volkstribunen Dollfuß war.¹⁸⁹ Dieser Aussage kommt mit Blick

182 BOHN, Ständestaatskonzepte, 115; DIAMANT, Katholiken, 175; P. NOLTE, Ständische Ordnung, 23.

183 BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 215; BINDER, Stepan/Dobretsberger, 37.

184 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 236.

185 Die wirtschaftliche Situation würde eine eigene Studie erfordern.

186 WIEDERIN, Christliche Bundesstaatlichkeit, 41.

187 JAGSCHITZ, Ständestaat, 502 f.; KRAUS, „Volksvertreter“, 94; RATHKOLB, Erste Republik, 481; SENFT, Im Vorfeld, 144; STEINER, Wahre Demokratie?, 145; TÁLOS/MANOSCHEK, Austrofaschismus, 117.

188 So etwa der Titel bzw. Untertitel der jüngsten Forschungsberichte: WENNINGER/DREIDEMY, Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime; REITER-ZATLOUKAL/ROTHLÄNDER/SCHÖLNBERGER, Österreich 1933–1938.

189 KLUGE, Ständestaat, 71 f.; vgl. auch GOLDINGER/BINDER, Geschichte 239; JAGSCHITZ, Ständestaat, 500.

auf die im Folgenden zunächst grob skizzierte Methodik zentrale Bedeutung zu.

Seit 1991 liegt eine prosopographische Arbeit vor, die alle Mandatare in ihrem Wirken vorstellt und ihre Biogramme nach demographischen, sozialen und politischen Kriterien auswertet.¹⁹⁰ Die, sofern vorhanden, ebenfalls verzeichneten wissenschaftlichen, literarischen, journalistischen und autobiographischen Arbeiten dieser Personen wurden jedoch ausgespart, weil die Darstellung der Tätigkeit in den Organen der Bundesgesetzgebung darin nur geringen Raum einnehme.¹⁹¹ Diese Einschätzung ist richtig, als Zeugnisse des Denkens der betreffenden Personen sowie als Quellen zur Geistes- und Mentalitätsgeschichte der Zeit verdienen die Äußerungen aber sorgfältige Beachtung.¹⁹² In ihrer Gesamtheit bilden sie – unabhängig von der kaum noch zu klärenden Frage nach dem Grad ihrer Rezeption bei den Zeitgenossen – eine wichtige Ergänzung zu einer mit präzisen Parametern arbeitenden Soziologie.¹⁹³ Zugleich bilden sie die Grundlage zur Erfüllung der von Grete Klingenstein in Zusammenhang mit den Schwierigkeiten der Verwendung des Begriffs „Austrofaschismus“ bereits 1970 erhobenen Forderung, spezifische Fragestellungen, insbesondere Personen und Personengruppen, subtilen Einzelanalysen zu unterziehen.¹⁹⁴

Die Studie bedarf ausführlicher Prämissen: Nach Überlegungen zur Methode (Kap. 2) hat das Interesse, ehe zur Ständethematik im engeren Sinn übergegangen werden kann, der politischen Situation Österreichs (Kap. 3, mit besonderer Berücksichtigung der nach wie vor viele Fragen aufgebenden Beziehungen zum faschistischen Italien¹⁹⁵) und ihrer Wahrnehmung von Seiten der politisch-gesellschaftlichen Hauptakteure des Ständestaates (Kap. 4) zu gelten, sodann der Wertewelt, die deren Denken und Handeln bestimmte (Kap. 5). Auf diesem Weg gelingt die Hinführung zu zentralen Komponenten des Begriffs „Stand“ (Kap. 6). Die berufsständische Ordnung erscheint im Vergleich dazu als ein Thema von geradezu nachrangiger Bedeutung (Kap. 7), keineswegs ausreichend, die als selbstverständlich erachtete Trennung von Staat und Gesellschaft zu rechtfertigen, jedenfalls nicht ohne Mitberücksichtigung zusätzlicher Aspekte des Ständischen (Kap. 8).

190 ENDERLE-BURCEL, Mandatare, passim.

191 KRAUS, „Volksvertreter“, 8–12.

192 Einen analogen Ansatz verfolgt SEEFRIED, Reich, 24.

193 Vgl. etwa das in seiner Art fraglos verdienstvolle Werk von STIMMER, Eliten.

194 KLINGENSTEIN, Bemerkungen, 9.

195 REITER-ZATLOUKAL/ROTHLÄNDER/SCHÖLNBERGER, Einleitung, 9; unzureichend MITTELMEIER, Austrofaschismus.

Das Herzstück der Arbeit sind die Kapitel 5 und 6. Hier kommen komplexe Kategoriensysteme zur Anwendung: Die Erfassung sozialer Einheiten erfolgt nicht nach materiellen oder sozialen Kriterien, sondern berücksichtigt Verhaltensstandards und Werthaltungen. Bei einem Vorrang der Ersteren spricht die soziologische Forschung von Klassen oder Eliten, lässt sich eine Dominanz der Letzteren feststellen, von Ständen.¹⁹⁶ Aber auch beim Elitenbegriff ist die soziologische Definition keineswegs zwingend, man kann ihn auch, wie Max Scheler, philosophisch begründen.¹⁹⁷ Dass dieser Denker in der Zeit des Übergangs von der ständischen zur bürgerlichen Zeit in der Relation der Menschen zur Wertordnung eine tiefe Krise feststellte¹⁹⁸, verleiht ihm im gegebenen Kontext besonderes Gewicht.

Einer der in der Studie häufig vorkommenden Begriffe ist „Liberalismus“. In der Sprache der meist konservativen Denker, die darin befragt werden, bezeichnete er weder Offenheit des Denkens im Dienst von Vernunft und Menschenwürde¹⁹⁹ noch nahm er auf die Entwicklung in Österreich nach 1848 Bezug (Trennung zwischen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aspekten, Kampf gegen den gesellschaftlichen Einfluss der katholischen Kirche).²⁰⁰ Man verband mit dem Begriff nur den Verzicht auf höhere, metaphysische Bindungen²⁰¹, kalten, mechanistischen Rechtspositivismus und egoistischen Individualismus, der den Nächsten nicht als Mitmenschen, sondern – im Geist des Manchestertums – als Konkurrenten betrachtet.²⁰² Diese stark negative Konnotation schwingt häufig mit, wenn die Begriffe „Liberalismus“ bzw. „liberal“ ohne weiteren Zusatz verwendet werden. Die im Zeichen einer ökonomischen Krise sich vollziehende Entwicklung des Liberalismus in Österreich nach 1879, die das (positive) Erbe der Aufklärung in der Tat verspielt hatte, indem sie im Vergleich zu den Ländern des Westens doktrinärere und autoritärere Varianten zuließ, förderte die Tendenz, auf vorindustrielle Traditionen zurückzugreifen.²⁰³ Es sei aber darauf hingewiesen, dass sich aus den untersuchten Quellen auch ein positiver Liberalismusbegriff herauschälen lässt, etwa im Sinn des nach 1945 aufgenommenen sogenannten Ordoliberalismus (Kap. 4.1). Zu beachten ist, dass in viele Überlegungen – gleichsam als Grundbefindlichkeit – das Gefühl,

196 REITMAYER, Politisch-soziale Ordnungsentwürfe, 39–41.

197 RÖD, Der Weg, 438 f.; zur Kritik an Schelers Soziologie vgl. PÖGGELER, Max Scheler, 153 f.

198 SCHNEIDER, „Vorbilder“, 181–185.

199 GÖHLER, Liberalismus, 222–224; HEIDENREICH, Politische Theorien, 11 f.

200 HANISCH, Aus den Tiefen, 26–28; HANISCH/URBANITSCH, Prägung, 35–50.

201 SCHREYER, Die „Nation“, 57.

202 GG 3 (1982), 741–744 (Liberalismus, R. VIERHAUS); zu den Schwierigkeiten einer verbindlichen Definition von Liberalismus vgl. GLASS/SERLOTH, Selbstverständnis, 27.

203 HANISCH/URBANITSCH, Prägung, 59 f.

etwas verloren zu haben, einfluss. Unschwerwiegend kam eine gewisse „Sehnsucht“ nach der Zeit vor 1789 zum Ausdruck. In manchen Fällen ging diese mit der Tendenz einher, Ereignisse der Vergangenheit verkürzt zu sehen.²⁰⁴

Mehr als Fakten interessiert also die Mentalität der Wortführer des gesellschaftlichen Diskurses bzw. der Personen, die politische Weichenstellungen vornahmen. Es wird versucht, in Tiefenschichten des Bewusstseins vorzudringen²⁰⁵, auch in den Bereich unhinterfragten Meinungswissens und unreflektierter Grundannahmen über die soziale Welt, dessen, was Pierre Bourdieu als *Doxa* bezeichnet hat: Erst durch dieses Wissen werde den Menschen der Glaube an die Existenz distinkter sozialer Gebilde – eben auch Stände – vermittelt.²⁰⁶ Der Soziologe Theodor Geiger unterschied die Mentalität als geistig-seelische Haltung von der Ideologie als geistigem Gehalt.²⁰⁷ Bei autoritären Regimes zog er den Begriff „Mentalität“ dem der „Ideologie“ vor, weil sie kaum intellektuell ausgearbeitet und strukturiert seien: Denn Mentalität sei psychische Voraussetzung, Ideologie hingegen Reflexion.²⁰⁸ Noch weiter ging José Ortega y Gasset: „Will man den Menschen genauer erkennen, muss man in die Schicht der ‚Glaubensgewissheiten‘ vorstoßen, seiner profunden Selbstverständlichkeiten, die er kaum bewusst denkt, die er aber lebt, ja, die er ist.“²⁰⁹ Im gegenständlichen Fall ist besonders eine 1934 von Johann Kleinhappl SJ, einem bislang wenig rezipierten konservativen Kapitalismuskritiker²¹⁰, getätigte, in Österreich publizierte Äußerung hilfreich: „Wollen wir den ständischen Gedanken richtig erfassen, so müssen wir von der Wesensart des Menschen selbst ausgehen.“²¹¹

Eine feste argumentative Stütze dieses Konzepts ist das mit *Bleibende Stände* überschriebene und mit dem Untertitel *Ich dien*²¹² versehene Buch des als Chemiker in der Industrie tätigen Wolfgang Höfler, der rund vier Jahrzehnte nach dem Ende des Ständestaates seinem Unmut über den aus dem Westen sich ausbreitenden „Stoffglauben“ Ausdruck verlieh. Seit die ersten Ansätze freier Marktwirtschaft wirksam geworden seien, habe sich

204 Vgl. hierzu grundsätzlich GHEZZI, *Nostalgia*, 58.

205 VESTER, *Kollektive Identitäten*, 11.

206 REITMAYER, *Politisch-soziale Ordnungsentwürfe*, 45 f.

207 Zit. nach RAULFF, *Mentalitäten-Geschichte*, 10.

208 LINZ, *Regime*, 132.

209 Zit. nach RAULFF, *Mentalitäten-Geschichte*, 10.

210 Zu seiner Person vgl. Anhang 10.4.

211 CS 23. 12. 1934 (J. KLEINHAPPL SJ).

212 Das Helmkleinod im Wappen des Prince of Wales enthält ein Spruchband mit dem Wahlspruch „Ich dien“. Diesen deutschen Spruch hatte Edward of Woodstock der Legende zufolge nach der Schlacht von Crécy (1346) aus dem Wappen des getöteten Königs Johann von Luxemburg übernommen, der für die Zeitgenossen der Inbegriff ritterlicher Tapferkeit war; HÖFLER, *Bleibende Stände*, 23.

das liberale System nicht mehr auf dem Boden der protestantischen Ethik innerweltlicher Askese bewegt; daher laufe es auf Vernichtung der Person, ja der gesamten Schöpfung hinaus.²¹³ In einem Atemzug mit Adam Smith und David Ricardo, jenen klassischen Verfechtern dieses Systems, deren anthropologisches Axiom das dem Menschen angeborene, wenn auch von einem an moralischen Normen orientierten Gewissen domestizierte Selbstinteresse als Ursprung des Leistungswillens war²¹⁴, nannte Höfler weitere Vertreter der „modernen Wissenschaft“, die ähnlich „verderbliche Methoden“ entwickelt hätten, nämlich Karl Marx, Charles Darwin und Sigmund Freud.²¹⁵ Gegen diese materialistisch-naturwissenschaftlich geprägten Autoren, die, anders als er selbst, einen eher nomothetischen als idiographischen Zugriff auf ihre Gegenstände wählten, berief sich Höfler auf so prominente Anwälte einer autonomen Geisteswissenschaft wie Wilhelm Dilthey oder Wilhelm Windelband²¹⁶ und identifizierte sich mit Klassikern der Weltliteratur²¹⁷ bzw. kulturkritischen Autoren²¹⁸, die existentielle Fragen um persönliche Verantwortung und um das Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft zum Thema ihrer Dichtungen bzw. sonstigen Äußerungen gemacht hatten. Trotz aller nicht zu übersehenden Sorge lassen Höflers Ausführungen nicht Pessimismus, sondern christliche Zuversicht erkennen.²¹⁹ Hervorzuheben ist sein Anknüpfen an die scholastische *philosophia perennis*²²⁰, weil sich hierin der auch bei den in der vorliegenden Studie befragten Personen tief verankerte Glaube an zeitlose Werte spiegelt, die, anders als Interessen, nicht verhandelbar sind und keine Kompromisse erlauben.²²¹ Auf dieser Grundlage definierte Höfler den Begriff „Stand“ ganz unorthodox – und mit einem Wertewandel nicht rechnend – als „die nach alter Schule gebildeten Menschen“.²²² Die „bleibenden Stände“ seien schwer zu beschreibende „erhaltende kleine Kreise unserer Gesellschaft“, die in Gegensatz zu den „jetzigen“ [sc. späte 1970er-Jahre, E. K.] Staaten [Hervorhebung von mir, E. K.] stünden.²²³ So ist also ein viel

213 THIENEN-ADLERFLYCHT, Einleitung, 9 f.

214 SCHÄFER, Perspektiven, 137 f.

215 HÖFLER, Bleibende Stände, 145.

216 HÖFLER, Bleibende Stände, 329–331.

217 Beispielsweise Antoine de Saint-Exupéry, Alexander Solschenizyn, Charles Dickens, Rudyard Kipling oder Selma Lagerlöf.

218 Beispielsweise Ernst Wiechert oder Imma von Bodmershof.

219 THIENEN-ADLERFLYCHT, Einleitung, 11 f.

220 HÖFLER, Bleibende Stände, 217.

221 STOLLBERG-RILINGER, Die Historiker, 36.

222 HÖFLER, Bleibende Stände, 20.

223 HÖFLER, Bleibende Stände, 200 f.

weiterer Raum auszuleuchten als der durch das Stichwort „Stand“ allein gekennzeichnete.

Die Komplexität der Thematik zeigt sich nicht zuletzt am Faktum, dass gesellschaftspolitische Fragen in den Reihen der konservativen Zeitgenossen bei allem Gleichklang im Grundsätzlichen in den Details unterschiedlich bewertet wurden – wie überhaupt von weltanschaulicher Homogenität nur mit Vorbehalt gesprochen werden kann. Unter der Oberfläche gab es Interessengruppen²²⁴, die zum Teil auch gegeneinander operierten.²²⁵ Interessant sind manche durchaus kritische Äußerungen von Mandataren über andere Mandatare.²²⁶

Als heuristisch einschränkend erweist sich der Umstand, dass der „Anschluss“ bereits zu einer Zeit erfolgte, da das groß angelegte Konzept nicht einmal in Ansätzen umgesetzt war. Den politischen Protagonisten der Zeit war die Vorläufigkeit all dessen, was sie taten, bewusst.²²⁷ Bei den Mandataren kommt hinzu, dass ihre Handlungsspielräume eng waren. Dass es sich gleichwohl um sehr ernst zu nehmende (und genommene) Persönlichkeiten handelte, zeigt schon allein der Umstand, dass gerade die profiliertesten unter ihnen im April 1938 in sogenannten Prominententransporten nach Dachau gebracht wurden.²²⁸ Auch Karl D. Brachers im Vergleich gewonnene Erkenntnis, dass in Österreich demokratische Optionen länger bestanden hätten als in Deutschland, dass das Wählerpotential für den Radikalismus kleiner gewesen sei und – dies vor allem – dass personale Aspekte eine ungleich größere Bedeutung gehabt hätten²²⁹, weckt das Interesse an dem, was in den politischen Akteuren vorging, die in Gestalt einer „Krisendiktatur“ eine besondere Variante der Kriegsregime in den kleineren Nachkriegsdemokratien realisierten.²³⁰

224 Zur soziologischen Zusammensetzung der Regierungen vgl. STIMMER, Eliten, 824–840.

225 ENDERLE-BURCEL/NEUBAUER-CZETTL, Staat im Umbruch, 424; SPIELHOFER, Pressefreiheit, 149.

226 Friedrich Funder stellte zu Edmund Glaise von Horstenau fest: „Ein springlebendiges Temperament, sympathisch, vielseitig gebildet, politisch zwischen Christlichsozialen und Deutschnationalen stehend, der Typus des wohltrainierten Intellektuellen, begabt mit den Vorzügen und Schwächen des Österreicher.“; FUNDER, Sturm, 246 f.; der auf diese Weise Beurteilte ging selbst mit seinen Zeitgenossen hart ins Gericht; Guido Zernatto warf er „namenlosen Ehrgeiz“ vor und nannte ihn einen „Bajazzo“, den er nicht ernst nehmen könne; GLAISE-HORSTENAU, Erinnerungen, 154.

227 ADAM, Die neue Taktik, 31; BRAUN, Der politische Lebensweg, 248; DACHS, Franz Rehr, 249; MEISTER, Der Staatslenker, 88 f.; ZERNATTO, Die Wahrheit, 98; vgl. auch P. BERGER, Kurze Geschichte, 153; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 96; WILTSCHIEGG, Heimwehr, 101.

228 G. HARTMANN, CV, 149 f.; zu den in der österreichischen Forschung lange vernachlässigten Details vgl. KINDERMANN, Österreich, 337–340.

229 BRACHER, Zwischen Machtvakuum, 218.

230 BRACHER, Zwischen Machtvakuum, 212.

Es war ein Wesensmerkmal dieses Regimes, dass die Gruppe seiner Unterstützer zwar mächtig, aber zahlenmäßig klein war.²³¹ Dass es in Österreich bereits 1933, wie Bundeskanzler Dollfuß in einem Schreiben an Mussolini festhielt, zu einer „allgemeine(n) Umstellung der öffentlichen Meinung im Sinne berufsständischer und autoritärer Reformen“ gekommen wäre²³², entsprang bloßem Wunschdenken, schon deshalb, weil gerade die städtische Bevölkerung bereits weitgehender Säkularisierung erlegen war.²³³ Die Realität dürfte eher die vom päpstlichen Nuntius Enrico Sibia Ende 1935 beschriebene gewesen sein, nämlich dass die österreichische Regierung höchstens 30 Prozent der Bevölkerung hinter sich habe.²³⁴

Alexander Lernet-Holenia hatte eine noch kleinere Gruppe vor Augen, als er die Befindlichkeit der Mehrheit der Bevölkerung Österreichs am Vorabend des „Anschlusses“ wie folgt einschätzte: „Widerstand gegen die Wegnahme des Staates wird überhaupt weder in der Aristokratie selbst zu suchen sein, noch im Bürgertum selbst, noch unter der Arbeiterschaft oder unter den Bauern, die ja Staaten im Staate sind.“ Der Dichter ortete diesen Widerstand „nur in jener hoffnungslos dünnen Schicht, die sich aus Partikeln aller anderen Schichten zusammensetzt und ergänzt und um deretwillen die Welt noch die Welt ist.“²³⁵

In der letztgenannten Formulierung verdichtet sich das eigentliche Anliegen der Studie. Die Analyse bewegt sich nicht im realhistorischen Bereich, wohl aber im Diskurs einer konservativen Elite, der sich am Ende als utopisch erweisen sollte. Ziel ist es, dem von dieser Seite kommenden Widerstand gegen den Nationalsozialismus schärfere Konturen zu verleihen und eine gewisse Klarheit in die nach wie vor als schwierig empfundene „theoretische Einordnung“²³⁶ des Ständestaates zu bringen, auch die „Diskrepanzen zwischen deklariertem Selbstverständnis und politischer Wirklichkeit“²³⁷ besser zu verstehen.

231 MITTELMEIER, Austrofaschismus, 98 f.

232 MADERTHANER/MAIER, Der Führer, 32.

233 HANISCH, Der Politische Katholizismus, 80 f.

234 CARSTEN, Faschismus, 253; vgl. auch GOLDINGER/BINDER, Geschichte, 193.

235 LERNET-HOLENIA, Der Graf, 150 f.; vgl. ROČEK, Die neun Leben, 249.

236 HANISCH, Der lange Schatten, 310.

237 TÁLOS/MANOSCHEK, Aspekte, 124; vgl. auch WOHNOUT, Verfassungstheorie, V.

„Übrigens ist jede Methode bestreitbar, und keine allgütig.
Jedes betrachtende Individuum kömmt auf seinen Wegen,
die zugleich sein geistiger Lebensweg sein mögen,
auf das riesige Thema zu, und mag dann diesem Weg gemäß
seine Methode bilden.“
Jacob Burckhardt¹

2. ZUR METHODE

Gegenstand der Analyse sind schriftliche Zeugnisse, die unterschiedliche Textsorten vertreten, keineswegs nur die klassischen Akten. Paradoxer- oder sinnigerweise war es ein Autor, in dessen Berufsleben das Produzieren von Akten essentiell war, der auf den Wert dessen, „was nicht in den Akten steht“, aufmerksam gemacht hat: Der Jurist Franz Brandl, ein guter Kenner der Geschichte Österreichs, von Oktober 1932 bis März 1933 Wiener Polizeipräsident, ein besorgter Beobachter der Parlamentskrise von 1933², setzte sich zum Ziel, dieses „für den Geschichtsschreiber aufzubewahren und für dessen Gebrauch auch das Aktenmäßige so wiedererstehen zu lassen, wie es erlebt wurde“.³

2.1 Der diskursanalytische Ansatz

Der großzügige Umgang mit den Textsorten trägt einem seit den sechziger Jahren im angloamerikanischen Raum artikulierten neuen Verständnis von Geistes- und Ideengeschichte Rechnung, demzufolge es darum gehe, nicht große Einzelleistungen von vermeintlich zeitloser Gültigkeit, sondern gesellschaftliche Kontexte und die Verstrickung von Ideen mit sozialen Interessen zu untersuchen.⁴ Überzeugt davon, dass sich die Kapazitäten einer Epoche nicht nur aus der olympischen Perspektive der Verfasser klassischer Texte ermitteln ließen („Höhenkammforschung“), richtete man das Augenmerk auf eine mittlere Textebene, welche die großen Denker besser verstehbar mache⁵: Bei den Verfassern solcher Texte sei weniger als bei jenen mit Manipu-

1 Jacob BURCKHARDT, Über das Studium der Geschichte, 135.

2 NECK, 1918, 69 f.; TÁLOS, Das Herrschaftssystem, 238 und 540.

3 BRANDL, Kaiser, 9; zum Quellenwert von Texten mit nicht normierten Formen vgl. LANDWEHR, Historische Diskursanalyse, 115.

4 SKINNER, Bedeutung, 84; POCKOCK, The Concept, 96; vgl. BEVIR, Geist, 206 f.; HELLMUTH/von EHRENSTEIN, Intellectual History, 151–153.

5 POCKOCK, The Concept, 99–103; vgl. BÖDEKER, Ausprägungen, 19; DANIEL, Kompendium, 347;

lation der Konventionen zu rechnen⁶, und sie helfen zu verstehen, dass sich eine Kohärenz geschlossener Systeme im Sinn einer „reinen Lehre“ nicht erzwingen lässt.⁷ In diesem Sinne richtet sich das Augenmerk auf die gesellschaftliche Konstituierung von Wissen und Wirklichkeit, auf das, was hinter dem Subjekt steht, auf leitende, das öffentliche Interesse prägende und das politische Verhalten legitimierende Merkmale.⁸

Dies wird im sogenannten Diskurs greifbar. Hier kommt ein neues, im Zuge des *linguistic turn* gewachsenes Verständnis von Sprache zur Geltung, die nicht bloßes Aussagemittel oder Reflex der Wirklichkeit sei, sondern etwas, das diese selbst konstituiert.⁹ Das Verhältnis zwischen Kontext und einzelner Äußerung ist nicht als ein kausales oder hierarchisches, sondern als ein auf Wechselseitigkeit beruhendes zu verstehen.¹⁰ Diskurs setzt die Grundannahme voraus, dass bestehende Strukturen zugleich perpetuiert und verändert werden.¹¹ Besondere Aufmerksamkeit gilt illokutionären Sprechakten, also der Rekonstruktion der mit den (auch materiellen) Handlungen verbundenen Intentionen.¹²

Ziel der Historischen Diskursanalyse ist es, Wissens-, Wirklichkeits- und Rationalitätsstrukturen vergangener Gesellschaften aufzudecken und zu analysieren, indem sie Gegebenheiten in den Blick nimmt, die zu einem bestimmten Zeitpunkt als „wahr“ gelten.¹³ In diesem auf der synchronen Ebene angesiedelten Verfahren, das „Systeme der Streuung“ beschreibt, soll Selbstverständliches bewusst gemacht werden.¹⁴

Die Facetten des Verhältnisses zwischen dem Subjekt und der überindividuellen Realität, in die es eingebunden ist, sind von den Klassikern der

LANDWEHR, Historische Diskursanalyse, 35; LOTTES, Neue Ideengeschichte, 267 f.; MULSOW/MAHLER, Einleitung, 7 f.; NOIRIEL, Die Wiederkehr, 366; SCHORN-SCHÜTTE, Neue Geistesgeschichte, 273–276; STOLLBERG-RILINGER, Einleitung, 17.

6 HAMPsher-MONK, Ideengeschichte, 299; HELLMUTH/SCHMIDT, Pocock, Skinner, 271; M. RICHTER, Zur Rekonstruktion, 153–155.

7 SKINNER, Bedeutung, 69–74.

8 ANGERMÜLLER, Einleitung, 8 f.; IGGERS, Zur „Linguistischen Wende“, 562–564; LANDWEHR, Historische Diskursanalyse, 18, 33 f. und 91–93; MOSER, Konstruktivistisch Forschen?, 19; SARASIN, Geschichtswissenschaft, 28.

9 FOUCAULT, Archäologie, 116; vgl. HAMPsher-MONK, Ideengeschichte, 295; HELLMUTH/von EHRENSTEIN, Intellectual History, 156; HÖHNE, „Alles konstruiert, oder was?, 29–31; LANDWEHR, Historische Diskursanalyse, 21 und 50 f.; M. RICHTER, Zur Rekonstruktion, 143–145; SARASIN, Geschichtswissenschaft, 11 f.; SARASIN, Diskursanalyse, 56; SCHORN-SCHÜTTE, Neue Geistesgeschichte, 276; STOLLBERG-RILINGER, Einleitung, 22.

10 LANDWEHR, Historische Diskursanalyse, 105 f., 127 und 162.

11 LANDWEHR, Historische Diskursanalyse, 94–96.

12 BEVIR, Geist, 212–214; MULSOW/MAHLER, Einleitung, 9 f.

13 FOUCAULT, Archäologie, 243; vgl. LANDWEHR, Historische Diskursanalyse, 20.

14 FOUCAULT, Archäologie, 57 f.; vgl. BUSSE/TEUBERT, Diskurs, 24; DANIEL, Kompendium, 353.

Historischen Diskursanalyse unterschiedlich beschrieben worden: Während Michel Foucault dem Subjekt weniger Wirkmöglichkeiten bescheinigte als den Faktoren, die es determinieren¹⁵, (gern sprach er von Konventionen¹⁶, kollektiver Denkpraxis bzw. dem kulturellen Unbewussten¹⁷, ja nachgerade von Machtbeziehungen¹⁸) und den Anspruch erhob, diese als Regeln und Voraussetzungen menschlichen Handelns erkennen und, gleichsam mit dem Blick des Archäologen bzw. des Anatomen, präzise beschreiben zu können¹⁹ (sie nach Art der klassischen Ideengeschichte in der Tiefenstruktur zu verstehen und zu interpretieren, war nicht sein Anliegen²⁰), akzentuierte die Cambridge School, die ebenfalls um Rekonstruktion des Kontexts bemüht war²¹, auch die mehr oder weniger weit reichenden Gestaltungsmöglichkeiten des Subjekts.²² Stärker an die klassische Geistesgeschichte anschließend, machte sie die Perspektive der Akteure zum Thema und lotete das Spannungsverhältnis zwischen Tradition und situativer Innovation aus.²³ Anders als bei Foucault setzte dieses Verständnis keine monolithische Struktur des Diskurses voraus, sondern begriff ihn als lebendigen, komplexen Prozess.²⁴ Auch wird nicht, wie bei Foucault, die Richtigkeit bestehender Grammatiken²⁵ und jede Kohärenz in den Diskursen – bis hin zur Idee einer geordneten Schöpfung, die es zu entdecken gelte – grundsätzlich, mithin voluntaristischer Spekulation Tür und Tor öffnend, in Frage gestellt²⁶, auch nicht der

15 FOUCAULT, Archäologie, 48–50 und 199; vgl. FISCH, Werke, 224; JÄGER, Kritische Diskursanalyse, 37; JÄGER, Diskurs, 86; JÜTTE, Diskursanalyse, 314; LANDWEHR, Historische Diskursanalyse, 67–70; MARTSCHUKAT, Diskurse, 71; SARASIN, Michel Foucault, 114; SARASIN, Diskursanalyse, 56. STOLLBERG-RILINGER, Einleitung, 33.

16 FOUCAULT, Archäologie, 33 f.; vgl. LANDWEHR, Geschichte des Sagbaren, 100; MOSER, Konstruktivistisch Forschen?, 11.

17 FOUCAULT, Archäologie, 35–40; vgl. FISCH, Werke, 179; SARASIN, Michel Foucault, 101.

18 FOUCAULT, Archäologie, 67–69 und 75–82; FOUCAULT, Ordnung, 166–170; BOGDAL, Historische Diskursanalyse, 22; FISCH, Werke, 55; LANDWEHR, Historische Diskursanalyse, 73; RUFFING, Michel Foucault, 27 f.; SARASIN, Michel Foucault, 115 f.; SARASIN, Diskursanalyse, 55.

19 FISCH, Werke, 212; JÄGER, Kritische Diskursanalyse, 11; KELLER, Diskursforschung, 44 f.; SARASIN, Michel Foucault, 68 f. und 105 f.; SARASIN, Geschichtswissenschaft, 58 f.

20 FOUCAULT, Archäologie, 195–198; vgl. KELLER, Diskursforschung, 47; RUFFING, Michel Foucault, 37; SARASIN, Geschichtswissenschaft, 37; STOLLBERG-RILINGER, Einleitung, 34.

21 SKINNER, Bedeutung, 92; POCKOCK, The Concept, 98; vgl. BEVIR, The role, 162–164; HAMPSHER-MONK, Ideengeschichte, 294.

22 HELLMUTH/von EHRENSTEIN, Intellectual History, 171; LANDWEHR, Geschichte des Sagbaren, 98 f.

23 RAPHAEL, Diskurse, 170.

24 HELLMUTH/SCHMIDT, Pocock, Skinner, 276.

25 FOUCAULT, Archäologie, 51–54.

26 FOUCAULT, Archäologie, 213–217.

Akzent auf Diskontinuitäten und Brüche²⁷ und auf das nicht Gesagte²⁸ gesetzt. Aus diesem Grund orientiert sich die vorliegende Studie nicht primär an Foucault²⁹, sondern an den Anregungen, die Quentin Skinner und John Pocock gegeben haben.³⁰

Skinner, philosophisch von Ludwig Wittgenstein und Robin George Collingwood und linguistisch von John Langshaw Austin geprägt, hielt Sprechakte für absichtsvolle Versuche, die Wirklichkeit zu gestalten; sie seien aber nur vor dem Hintergrund konventioneller Formen identifizierbar.³¹ Zu diesem Zweck – und um zu verhindern, dass im Sinn eines radikal aufklärerischen Absolutheitsanspruchs der Vernunft mit Begriffen gearbeitet werde, die zur Zeit der Entstehung eines Textes nicht gebräuchlich waren – müssten Gesprächszusammenhänge rekonstruiert werden.³² Bei aller Wichtigkeit, die er dem Kontext beimaß, widersetzte er sich strengem Konstruktivismus; daher sprach er dem jeweiligen Autor die Fähigkeit, bewusst in das Geschehen einzugreifen, nicht ab.³³ Lieber als von Kausalitäten sprach er von Einflüssen, die das Handeln des Einzelnen bestimmten, und ließ auch die Kontingenz des Handelns gelten.³⁴ Das Kennenlernen politischer und moralischer Ordnungsentwürfe der Vergangenheit stimuliere mittelbar den Denkprozess über die Gegenwart; daher sei auch „großen Autoren“ nicht jede Bedeutung für das Hier und Jetzt abzusprechen.³⁵

Steckte Skinner gewissermaßen den erkenntnistheoretischen Rahmen ab, besteht der Beitrag Pockocks darin, die den einzelnen Sprechakten zu-

27 FOUCAULT, Archäologie, 242 und 290.

28 FOUCAULT, Archäologie, 41–43.

29 Bei aller Wichtigkeit, die diesem Denker nicht abzusprechen ist, erschwert seine mitunter unscharfe – und im Laufe seines Lebens sich ändernde – Begrifflichkeit die Rezeption; LANDWEHR, Historische Diskursanalyse, 66. Auch wäre jede Form dogmatischer Anlehnung an sein Konzept nicht in seinem Sinne; EBD., 78.

30 HELLMUTH/VON EHRENSTEIN, *Intellectual History*, 150–152; STOLLBERG-RILINGER, Einleitung, 35. Dass beide Theoretiker in der Praxis kaum über das 18. Jahrhundert hinausgegangen sind, stellt kein grundsätzliches Rezeptionshindernis dar; M. RICHTER, Zur Rekonstruktion, 140.

31 HAMPSHER-MONK, *Ideengeschichte*, 296; HARLAN, *Der Stand*, 163; HELLMUTH/VON EHRENSTEIN, *Intellectual History*, 154 f.; LANDWEHR, *Historische Diskursanalyse*, 41 f.; M. RICHTER, Zur Rekonstruktion, 151 f.

32 CATÓN, Quentin Skinner, 454 f.; M. RICHTER, Zur Rekonstruktion, 141; STOLLBERG-RILINGER, Einleitung, 20 f.

33 BEVIR, *Geist*, 209–211; BEVIR, *The role*, 165–168; HARLAN, *Der Stand*, 159–161; HELLMUTH/SCHMIDT, Pocock, Skinner, 269 f.; HELLMUTH/VON EHRENSTEIN, *Intellectual History*, 157; PALONEN, *Entzauberung*, 12–14 und 65.

34 PALONEN, *Entzauberung*, 69 und 78.

35 HELLMUTH/SCHMIDT, Pocock, Skinner, 273; HELLMUTH/VON EHRENSTEIN, *Intellectual History*, 162.

grunde liegenden Regeln beschrieben zu haben. Er stützte sich auf die von Ferdinand de Saussure begründete Unterscheidung zwischen den Begriffen „langue“ und „parole“, die das Regelwerk der Sprache und deren Konventionen bzw. die Einzelaussagen bezeichnen und in ihrer Wechselwirkung beschreibbar machen.³⁶

Da sich Diskursanalyse nach dem Verständnis der Cambridge School als Weiterentwicklung der Hermeneutik versteht³⁷, bleibt sie partiell auf deren Methoden angewiesen. Dies gilt insbesondere für jenen Akt, der methodisch am Beginn steht, nämlich die Corpusbildung. Die hierbei leitenden Gesichtspunkte sind die semantischen Beziehungen zwischen den auf den Forschungsgegenstand bezogenen Texten, die möglichst vollständig und mit Blick auf repräsentative Aussagen erfasst werden müssen. Semantik in diesem Sinne (und nach Foucault) überschreitet den durch bloße Wort- und Satzgrenzen definierten Bereich.³⁸ Was zählt, sind nicht nur einzelne Begriffe, sondern Begriffsnetze, die sich in mehreren Texten zugleich entfalten, nicht nur lexikalische Bedeutungen, sondern auch Voraussetzungen und Möglichkeitsbedingungen, bis hin zu einer Art Tiefensemantik des nicht offen Ausgesprochenen.³⁹

Im gegenständlichen Fall ist bei den diesbezüglichen Entscheidungen die bereits zitierte Äußerung von Johann Kleinhappl SJ hilfreich: „Wollen wir den ständischen Gedanken richtig erfassen, so müssen wir von der Wesensart des Menschen selbst ausgehen“⁴⁰ – und nicht, so muss man mit Blick auf die geltende Meistererzählung über den österreichischen Ständestaat ergänzen, von den unter dem Eindruck eines in der Tat epochalen Umbruchs⁴¹ gesetzten äußeren Maßnahmen des Systems, deren teilweise Anfechtbarkeit heute selbstverständlich außer Streit steht. Zu berücksichtigen ist insbesondere, dass damals noch viele Menschen der für den modernen Staat typischen Versachlichung⁴² mit Angst begegneten. Es gilt, diese zu „verstehen“, im Sinne der Bedeutung dieses Wortes als der – bei allem kritischen Bemü-

36 POCK, *The Concept*, 96–106; vgl. BEVIR, *Geist*, 210; BEVIR, *The role*, 165 f.; BÖDEKER, *Ausprägungen*, 20; HELLMUTH/SCHMIDT, *Pocock, Skinner*, 266; HELLMUTH/von EHRENSTEIN, *Intellectual History*, 157–160; JÜTTE, *Diskursanalyse*, 308; LANDWEHR, *Historische Diskursanalyse*, 40 f.; MULSOW/MAHLER, *Einleitung*, 12; SCHORN-SCHÜTTE, *Neue Geistesgeschichte*, 275; STOLLBERG-RILINGER, *Einleitung*, 22 f.

37 Vgl. hierzu BOGDAL, *Historische Diskursanalyse*, 12; IGGERS, *Zur „Linguistischen Wende“*, 557 f.

38 BUSSE/TEUBERT, *Diskurs*, 12–14; LANDWEHR, *Historische Diskursanalyse*, 110.

39 BUSSE/TEUBERT, *Diskurs*, 23.

40 CS 23. 12. 1934 (J. KLEINHAPPL SJ).

41 NOSER, *Die historische Tragik*, 193.

42 BREUER, *Anatomie*, 102; SCHNEIDER, „Vorbilder“, 182.

hen – vornehmsten Aufgabe des Historikers, der, will er nicht zum Richter werden, niemals die Maßstäbe der eigenen Zeit auf die Vergangenheit übertragen darf.⁴³ Es wäre nicht statthaft, von den Protagonisten der dreißiger Jahre ein Wertbewusstsein zu verlangen, das erst später entstand.⁴⁴ Skinner hielt es für eine Form von Borniertheit, wenn ein Forscher versucht, den Sinn eines Werkes aus seinem eigenen Blickwinkel zu bestimmen.⁴⁵

Das Corpus ist somit weit mehr als lediglich eine Datenbasis. Seine Bildung lässt sich von der Fragestellung nicht trennen, ja konkretisiert diese laufend; sie setzt eine Vorkenntnis des Inhalts der Texte voraus, beruht auf Erwartungshaltungen, die dem historischen Bewusstsein der Gesellschaft Rechnung zu tragen versuchen, kurz: auf einem Vorurteil im Sinn Gadammers.⁴⁶ Dieses kann der Erkenntnis zwar auch hinderlich sein, wie insbesondere Skinner zu bedenken gab⁴⁷, ist letztlich aber der eigentlich konstitutive Akt der Forschung.⁴⁸ Nicht zufällig vermieden es sowohl Skinner als auch Pocock, eine systematische Methode für das Studium der Begriffe vorzugeben, die ihre Diskurse konstituierten.⁴⁹ Auch im gegenständlichen Fall wird zwischenmenschliche Kommunikation als kreativer Prozess verstanden, der keinem festen Regelwerk unterliegen kann.⁵⁰

Corpusbildung und -analyse sowie Analyse des Kontexts erfolgen daher parallel; Diskurs und Einzelaussage werden als unentwirrbar ineinander verschlungen betrachtet.⁵¹ Einer der leitenden Gesichtspunkte ist die Unterscheidung zwischen dem *analytical and constructed context* und dem *natural and reconstructed context*: Nur Letzterer kann als Bezugspunkt gelten, weil er für eine hermeneutische Sichtweise von Text und Kontext geeignet ist, während Ersterer mit zu Klischees erstarrten Kategorien operiert.⁵²

Diskursanalyse im Sinn der Cambridge School ist eine „weiche“ Methode, die auf der permanenten Überprüfung der Richtigkeit der Wahl des einzelnen Textes innerhalb des Ganzen beruht.⁵³ Mit Blick auf Skinner und Pocock ist heute allerdings umstritten, inwieweit sie die von ihnen entwickelte Me-

43 So etwa in der jüngsten aus einseitig sozialdemokratischer Perspektive erfolgenden Verurteilung des Schulsystems des Ständestaats; GOBER, Schule, passim.

44 KINDERMANN, Österreich, 103 und 351.

45 SKINNER, Bedeutung, 81.

46 GADAMER, Hermeneutik 1, 276–290; vgl. HARLAN, Der Stand, 189.

47 SKINNER, Bedeutung, 66; vgl. HARLAN, Der Stand, 165–167; PALONEN, Entzauberung, 71.

48 BUSSE/TEUBERT, Diskurs, 15 f.; LANDWEHR, Historische Diskursanalyse, 102 f. und 110; M. RICHTER, Zur Rekonstruktion, 166.

49 M. RICHTER, Zur Rekonstruktion, 161.

50 HELLMUTH/VON EHRENSTEIN, Intellectual History, 169 f.

51 LANDWEHR, Geschichte des Sagbaren, 108–111 und 130.

52 HELLMUTH/VON EHRENSTEIN, Intellectual History, 167.

53 BUSSE/TEUBERT, Diskurs, 18.

thode umgesetzt haben.⁵⁴ Nach Gadamer ist Verstehen kein methodisches Verfahren im strengen Sinn, sondern ein Vorgang der Verschmelzung von Horizonten, ein Prozess, der in Gang kommt, wenn historisches Interesse wach wird. Dieses ist notwendigerweise an den Standort des nach Erkenntnis Suchenden gebunden. Ein Anspruch auf restlose Objektivität käme geistlosem Objektivismus gleich.⁵⁵ Eine ganz und gar saubere Überwindung der Distanz zwischen dem Text und dem, der ihn analysiert, liegt, wie Gadamer dem als Übersetzer sich verstehenden Skinner zu bedenken gab, außerhalb der Reichweite der Wissenschaft.⁵⁶ Die rezenteste kritische Auseinandersetzung mit der Cambridge School warnt davor, aufgrund der alltagspsychologisch motivierten Annahme einer Norm der Kohärenz bewusste Formulierungen zur Verifikation von Thesen zu erwarten bzw. in positivistischer Vorgangsweise Thesen heraufzubeschwören, die ihren Subjekten niemals bewusst wurden.⁵⁷ Auch ist in Rechnung zu stellen, dass immer viele diskursive Formationen nebeneinander bestehen, in Konkurrenz zueinander gleichsam, aus denen sich Möglichkeiten individueller Positionierung und je eigene Formen der Aussage und Wahrnehmung ergeben.⁵⁸

Gleichwohl sind nicht Willkür oder Beliebigkeit am Werk.⁵⁹ Wissenschaft hat die Aufgabe strenger Selbstreflexion und darf nicht den Anspruch auf letztgültige Wahrheiten erheben.⁶⁰ Und es bleibt stets der Vorbehalt, dass die Rechtfertigung der getroffenen Wahl erst durch die Analyse selbst erfolgen kann: „Diskursanalyse bedarf daher immer eines Kredits auf noch zu Leistendes.“⁶¹ Die arbeitstechnische Konsequenz ist eine mitunter aufkommende Haltung des Dokumentierens und Referierens. So werden intertextuelle Bezüge sichtbar, die ihrerseits Interpretationscharakter haben.

Die diskursanalytische Annäherung an das Thema „Stand“ erfolgt im Bewusstsein, dass auch nach der Wirksamkeit von Diskursen gefragt werden muss, ja dass unter Umständen auch eine „gewalthafte Grundierung und Begrenzung des Politischen“ in Rechnung zu stellen ist.⁶² Nicht nur Foucault

54 BEVIR, Geist, 204; MULSOW/MAHLER, Einleitung, 11.

55 DANIEL, Kompendium, 104–107.

56 PALONEN, Entzauberung, 330 f.

57 BEVIR, Geist, 236–239.

58 LANDWEHR, Historische Diskursanalyse, 94.

59 Ein leicht zu erfüllendes Objektivitätskriterium ist eine bestimmte diachrone und synchrone Häufigkeit miteinander verbundener Aussagen, die von Foucault geforderte Wiederholung und Gleichförmigkeit von immer wieder ähnlich Gesagtem und Geschriebenem; LANDWEHR, Historische Diskursanalyse, 71.

60 LANDWEHR, Historische Diskursanalyse, 171.

61 BUSSE/TEUBERT, Diskurs, 17.

62 HAUPT, Historische Politikforschung, 311.

mahnte die Ergründung der materiellen Produktivität von Diskursen ein⁶³, sondern auch die Cambridge School berücksichtigte bei der Textanalyse den außersprachlichen Kontext.⁶⁴ Dass es gerade einer der besten Kenner der österreichischen Zeitgeschichte war, Ernst Hanisch nämlich, der die Befürchtung aussprach, durch die synchronen Zugangsweisen verliere die Geschichtswissenschaft ihre Wissenschaftlichkeit⁶⁵, ist ein Grund, die Studie auch als methodisches Exerzierfeld zu deklarieren.

2.2 Literarische und autobiographische Texte

Goethes berühmtes Wort, alle Dichtungen seien „nur Bruchstücke einer großen Konfession“, lebt in der Überzeugung weiter, dem fiktionalen Diskurs sei als Quelle für politische Befunde dieselbe Qualität zu bescheinigen wie dem historischen.⁶⁶ Sehr ernst zu nehmen ist die Option, jeden Text in gewissem Sinne autobiographisch zu lesen.⁶⁷ Hier wird eine extreme Variante des *linguistic turn* angesprochen, die zwischen Faktischem und Fiktivem keinen Unterschied mehr kennt und – mit Lucien Febvre – die Sprache als Stütze betrachtet, mit deren Hilfe die Menschen denken.⁶⁸

Noch weiter gehen jene, die die Fiktion dem Tatsachenbericht hierarchisch überordnen, als Mittel verstehen, Grundwahrheiten des Lebens darzustellen, eben Dichtung für Wahrheit halten.⁶⁹ Goethes Autobiographie, auf die diese Begriffe rekurren, rät vom Anspruch, die Vergangenheit „mit detektivischem Ehrgeiz“ rekonstruieren zu wollen, ab, die Grundaussagen vorwegnehmend, die der amerikanische Historiker und Literaturwissenschaftler Hayden White in seinem 1986 ins Deutsche übersetzten Buch *Auch Klio dichtet* niederlegte.⁷⁰ Die sowohl als autobiographische Schriftstellerin als auch als Germanistin tätige Ruth Klüger hat die spezifischen Leistungen des Wissenschaftlers und des Dichters nicht anders beschrieben als einst Aristoteles: Jener handle vom Besonderen, dieser vom Allgemeinen, dem letztendlich Bedeutenderen.⁷¹ Als prominenter Vertreter der ös-

63 MARTSCHUKAT, Diskurse, 75.

64 RAPHAEL, Diskurse, 171.

65 HANISCH, Die linguistische Wende, 212 f.; MARTSCHUKAT, Diskurse, 70.

66 ANDRES, „Politik“, 341; HELLMUTH/VON EHRENSTEIN, *Intellectual History*, 149; NOIRIEL, *Die Wiederkehr*, 366.

67 HINCK, *Selbstannäherungen*, 7–9; WAGNER-EGELHAAF, *Autobiographie*, 8 f.

68 IGGERS, *Zur „Linguistischen Wende“*, 559–561.

69 LANDWEHR, *Historische Diskursanalyse*, 161; WAGNER-EGELHAAF, *Autobiographie*, 3.

70 HINCK, *Selbstannäherungen*, 8.

71 KLÜGER, *Gelesene Wirklichkeit*, 71.

terreichischen Zeitgeschichte, der Dichter zur Befriedigung seiner wissenschaftlichen Interessen „in den Zeugenstand gebeten“ hat, weil sie „die noch immer einmalige historische Situation über den Tag hinaus für kommende Geschlechter zu bannen wissen“, sei Kurt Skalnik zitiert⁷², dessen Person im Kontext dieser Studie auch wegen seiner geistigen Nähe zur christlichen Ideenwelt von Interesse ist.⁷³ Die Literaten, denen die vorliegende Studie viel verdankt, werden im Folgenden kurz vorgestellt.

In Bezug auf Rudolf Henz⁷⁴ lautet eine (ältere) Forschungsmeinung, Dichten und Sein bildeten „eine untrennbare Einheit“.⁷⁵ In seinen historischen Romanen wollte er für breite Schichten relevante Botschaften transportieren. Da er sich nach 1938 in die „Innere Emigration“ begeben hatte, ist die germanistische Forschung streng mit ihm ins Gericht gegangen.⁷⁶ Die an ihm beanstandete Haltung dürfte mit dem politischen Konformitätsdruck zusammenhängen, dem er ausgesetzt war.⁷⁷ Dass sich sein Widerstandspotenzial nicht auf die Ideologie, sondern nur auf die Partei bezogen habe, ist aber wohl ein zu hartes Urteil, und dass er 1939 für fünf Monate im Kriegsdienst des Deutschen Reichs stand⁷⁸, beweist nicht seine Nähe zum Denken der Machthaber. Vielmehr war er um Wahrung der geistigen Eigenständigkeit bemüht, was auch daran zum Ausdruck kommt, dass er sich, wiewohl eine Art „Staatsdichter“ des Ständestaates (Kap. 8.6), dagegen verwahrte, sein Österreichbewusstsein an dessen Verfassung zu binden.⁷⁹

Ein ebenfalls umstrittener Dichter ist der sehr national ausgerichtete Franz Karl Ginzkey.⁸⁰ Über die Mitgliedschaft im SR hinaus vermied er jede offene Identifikation mit dem Regime.⁸¹ Im Dezember 1936 trat er in den *Bund deutscher Schriftsteller in Österreich* ein, eine getarnte nationalsozialistische Organisation.⁸² 1938 erklärte er, er sei nicht als Politiker, sondern als Vertreter des Schrifttums in den SR berufen worden, und zwar gegen seinen Willen.⁸³ Er hatte allerdings auch in Deutschland den Ruf eines „Mantelwenders“.⁸⁴ Nach dem „Anschluss“ im März 1938 betonte er seine groß-

72 SKALNIK, Auf der Suche, 98.

73 ADUNKA, Friedrich Heer, 212.

74 Vgl. das Biogramm bei WÖGERER, Innere Emigration, 61–64.

75 O. M. FONTANA, Einleitung, 5.

76 WÖGERER, Innere Emigration, 28–30, 65–68; 74 f., 87 und 130–132.

77 KRIST, Kontinuität, 30.

78 WÖGERER, Innere Emigration, 71 f. und 111.

79 HENZ, Fügung, 189.

80 HAWLE, Wer war Franz Karl Ginzkey?, 99.

81 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 274.

82 K. AMANN, Die Dichter, 68–79.

83 Zum Hintergrund vgl. PFOSE/RENNER, Ein Toter, 346 f.

84 HAWLE, Wer war Franz Karl Ginzkey?, 102–104; KRIST, Kontinuität, 27 f.

deutsche Gesinnung⁸⁵ – um nach 1945 den altösterreichischen Aspekt seiner Werke wieder hervorzuheben.⁸⁶

Guido Zernatto war als Generalsekretär der VF (seit 1936) eng ins politische System integriert. Er bekleidete führende Positionen im *Verband katholischer Schriftsteller und Schriftstellerinnen Österreichs*, der dem politischen Katholizismus verpflichtet war; 1935 wurde er Vizepräsident des Österreichischen Bundesverlags. 1936 berief ihn Kurt Schuschnigg als Staatssekretär im Bundeskanzleramt in sein Kabinett. Wenige Wochen vor dem „Anschluss“ wurde er Minister ohne Portefeuille; im März 1938 emigrierte er in die USA.⁸⁷

Als im engeren Sinne autobiographisch kann man Friedrich Funders Œuvre bezeichnen, vor allem seine memoirenhaften Werke. Bei einem Autor mit derart markantem weltanschaulichen Profil sind die Probleme der Gattung in besonderem Maß in Rechnung zu stellen. Nach Ruth Klüger gehöre das Werk des Autobiographen, auch wenn nicht in jedem Detail nachprüfbar, in den Bereich der Geschichte.⁸⁸ Dass die subjektive Autorposition dem Anspruch auf Wirklichkeit nicht hinderlich ist⁸⁹, sofern die sprachliche Vermitteltheit der vorgestellten Wirklichkeit berücksichtigt wird, hat inzwischen allgemeine Anerkennung gefunden.⁹⁰

Zweifel an der Tauglichkeit der Autobiographie als Quelle für historische Forschung nähren sich von den „unbewussten Polemiken des Gedächtnisses“.⁹¹ In der Tat kann Erinnerung zum Problem werden⁹², andererseits hat das menschliche Gedächtnis – wie wiederum Goethe in *Dichtung und Wahrheit* darlegte – auch eine selektive Kraft⁹³, so dass die zeitliche Distanz der Niederschrift einer Autobiographie auch als Korrektiv wirken kann.⁹⁴

85 HEYDEMANN, *Literatur und Markt*, 199.

86 HEYDEMANN, *Literatur und Markt*, 204.

87 FISCHER, *Zur Geschichte*, 149; KRIECHBAUMER, *Front*, 69; ROSSBACHER, *Dichtung*, 539; ZIMMER, *Guido Zernatto*, 35–37 und 44 f.

88 KLÜGER, *Gelesene Wirklichkeit*, 86.

89 WAGNER-EGELHAAF, *Autobiographie*, 2.

90 LEHMANN, *Bekennen*, 1 f.; SCHLÖSSER, *Dichtung*, 16.

91 SCHLÖSSER, *Dichtung*, 17.

92 WAGNER-EGELHAAF, *Autobiographie*, 12.

93 WAGNER-EGELHAAF, *Autobiographie*, 85.

94 HINCK, *Selbstannäherungen*, 8–10.

2.3 Das Textcorpus

Insgesamt 63 Mandatare, also rund 30 Prozent aller in die vorberatenden Organe Berufenen, hinterließen Arbeiten, die Aussagen zum Thema „Stand“ enthalten⁹⁵; in weiteren drei Fällen⁹⁶ werden einzelne einschlägige Äußerungen sekundär erfasst. In fünf Fällen liegen keine für die vorliegende Arbeit relevanten selbständigen Publikationen, sondern nur Aufsätze in Zeitschriften vor.⁹⁷ Von diesen 66 Personen⁹⁸ hatten 40 einen akademischen Grad (37 Doktoren, drei Ingenieure); zwölf von ihnen waren Universitätsprofessoren bzw. an Hochschulen Lehrende, davon sieben Juristen (Ludwig Adamovich, Alois Dienstleder, Richard Kerschagl, Adolf Lenz, Wilhelm Taucher, Gustav Walker, Hans Karl Zeßner-Spitzenberg), zwei Vertreter der Geisteswissenschaften (Richard Meister, Oswald Redlich), ein Theologe (Georg Baumgartner), ein Physiker (Victor Franz Hess) und ein Architekt (Clemens Holzmeister).

Neben diesen und anderen Intellektuellen, insbesondere Dichtern (Ginzkey, Henz, Zernatto) und Publizisten (Funder), hinterließen auch Mandatare, die keine höhere Bildung besaßen⁹⁹, Schriften, denen hoher Quellenwert zu bescheinigen ist (Johann Blöchl¹⁰⁰, Pius Fink, Ulrich Ilg), oder waren fallweise publizistisch tätig (Rudolf Buchinger¹⁰¹, Florian Fördermayr¹⁰², Josef Reither¹⁰³). Leopold Kunschak, von Beruf Sattlermeister, gab im Vorwort seines im Oktober 1934 erschienenen Buches *Österreich 1918–1934*, das aus einer Artikelserie hervorgegangen war¹⁰⁴, hohes Methodenbewusstsein zu erkennen. Dies ist umso bemerkenswerter, als es sich bei ihm nicht um den Absolventen eines Gymnasiums oder einer Universität, sondern um einen Autodidakten handelte.¹⁰⁵

Sämtliche Beiträge der Mandatare in der Tages- und Wochenpresse vollständig zu erfassen, würde eine bibliographische Überforderung darstellen; sie werden nur fallweise berücksichtigt. Ausnahmen werden für einige für

95 Die Texte selbst sind im Literaturverzeichnis in einer eigenen Rubrik (11.3) ausgewiesen.

96 Alois Dienstleder, Lorenz Karall, Alois Schönburg-Hartenstein.

97 Ludwig Hülgerth, Eugen Margarétha, Franz Rehrl, Josef Reither, Josef Resch.

98 Vgl. Kap. 10.1.

99 Zur schulischen Ausbildung agrarischer Eliten in der Zwischenkriegszeit vgl. LEBENSAFT/MENTSCHL, Feudalherren, 160.

100 Der geplante Besuch einer Ackerbauschule blieb ihm wegen des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges versagt; SLAPNICKA, Oberösterreich, 49.

101 LEBENSAFT/MENTSCHL, Feudalherren, 28; Auflistung seiner Schriften EBD. 31.

102 LEBENSAFT/MENTSCHL, Feudalherren, 50; Auflistung seiner Schriften EBD. 52.

103 LEBENSAFT/MENTSCHL, Feudalherren, 108.

104 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 263.

105 PRIBYL, Leopold Kunschak, 71; REICHOLD, Leopold Kunschak, 7.

die Thematik im engeren Sinn einschlägige Periodika gemacht, nämlich *Die Monarchie/Das Neue Reich* (1918–1931), *Schönere Zukunft* (1925–1938), *Ständisches Leben* (1931–1937), *Der christliche Ständestaat* (1933–1938) und *Monatsschrift für Kultur und Politik* (1936–1938). Diese werden systematisch durchgesehen¹⁰⁶ – so wie auch monographische Arbeiten der darin vertretenen Autoren herangezogen werden. Hier ergibt sich eine insgesamt heterogene Gruppe, in der bedeutende, sehr bekannte Denker neben völlig unbekannten stehen.¹⁰⁷

Den Kreis der den Diskurs tragenden Personen in dieser Weise zu erweitern, gebieten die epistemischen und methodischen Vorgaben der Historischen Diskursanalyse, die thematischen Zusammenhängen einen höheren Stellenwert beimessen als bestimmten Institutionen oder Personengruppen.¹⁰⁸ Berücksichtigung finden daher auch die einschlägigen Äußerungen der Bundeskanzler Ignaz Seipel (1922–1924, 1926–1929), Engelbert Dollfuß (1932–1934) und Kurt Schuschnigg (1934–1938): Ersterer war ein wichtiger geistiger Wegbereiter des Ständestaates, Letztere nahmen alle politischen Weichenstellungen vor. Aufmerksamkeit verdienen zudem Verfassungsminister Otto Ender und andere politische Protagonisten der Zeit, auch solche, die das System nur teilweise mittrugen. Hoch zu veranschlagen ist der Einfluss der Vordenker der katholischen Soziallehre¹⁰⁹, wie Karl Freiherr von Vogelsang, Franz Martin Schindler, Albert M. Weiss, Heinrich Pesch, Oswald von Nell-Breuning, Gustav Gundlach, Johannes Messner, Anton Orel und Ernst Karl Winter.¹¹⁰

Angesichts zahlreicher unmittelbarer Einflüsse oder auffälliger Parallelen werden außerdem, von den fallweise berücksichtigten großen Namen der Zeit wie Oswald Spengler, Hugo von Hofmannsthal oder Thomas Mann abgesehen, prominente Vertreter des zeitgenössischen Geisteslebens, insbesondere Othmar Spann und Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi, systematisch analysiert. Ersterer schuf wichtige Grundlagen für die Ständetheorie, Letzterer befasste sich mit dieser nicht direkt, sein Denken wies aber so zahlreiche Affinitäten zu dem vieler Mandatäre auf, dass es sinnvoll erscheint, diese freizulegen. Dasselbe gilt für die Herausgeber wichtiger Periodika wie Dietrich von Hildebrand und Josef Eberle, außerdem für den Philosophen Max Scheler und den Dichter Leopold von Andrian.

106 Vgl. Kap. 10.2.

107 Vgl. Kap. 10.4.

108 LANDWEHR, Historische Diskursanalyse, 101.

109 Zur Definition vgl. LINDGENS, Die politischen Implikationen, 83 f.; zu den Berührungspunkten mit der Ständethematik vgl. P. NOLTE, Ständische Ordnung, 242–246.

110 REITMAYER, Politisch-soziale Ordnungsentwürfe, 52.

Österreich besitzt keine systematische Untersuchung theoretischer Ständestaatsmodelle, wie sie 2010 für die Weimarer Republik vorgelegt wurde.¹¹¹ Diese hat gezeigt, dass die zahlreichen Entwürfe nicht auf einer gemeinsamen geistigen Grundlage beruhten, sondern dass unterschiedliche Gruppen ausdifferenziert werden müssten. Die für Österreich vorliegenden einschlägigen Arbeiten¹¹² werden daher ebenfalls zur Kenntnis genommen (Kap. 3.6).

Der Versuch, die Texte zu klassifizieren, stößt bald an seine Grenzen. Die den Diskurs tragenden Personen hatten in Hinblick auf Bildung, Interessen und kommunikative Fähigkeiten, auch auf das intellektuelle Niveau und die daraus resultierende analytische Qualität der Texte teilweise nur wenige Gemeinsamkeiten. Das Corpus bildet ein Nebeneinander von wissenschaftlichen (bei juristischen Lehrbüchern sind besonders die Einleitungen mit grundsätzlichen Aussagen von Interesse¹¹³), journalistischen, essayistischen und literarischen Arbeiten; zwischen den beiden letztgenannten Kategorien sind memoirenhafte Texte anzusiedeln; manches fällt in die Kategorie „graue Literatur“. Die darin behandelten Themen sind gesellschaftlicher, politischer, wirtschaftlicher, religiöser, historischer, mitunter philosophischer Natur. Explizite Bezugnahmen auf das Thema „Stand“ sind kaum zu finden, subsemantisch oder fragmentarisch kam in verschiedenen Schreibsituationen aber vieles zum Ausdruck, was diesbezüglich relevant ist.

111 In einer Magisterarbeit wurden alle Werke mit ständestaatlichem Bezug aus Deutschland zwischen 1918 und 1933 erfasst, sofern sie einen staatsrechtlichen bzw. staatsorganisatorischen Anspruch haben; BOHN, Ständestaatskonzepte, 5–8 und 125.

112 Vgl. die Liste der Autoren (Kap. 9.3) und das Verzeichnis der Schriften (Kap. 11.4)

113 Selbst Ludwig Adamovichs Lehrbücher, die kaum explizite theoretische Teile enthalten, sind instruktiv; vgl. BUKOSCHEGG, Das ständisch-autoritäre Österreich, 2 und 67–69.

„Der Staat ist das Haus, in dem die Staatsbürger leben.
Es muss dauernd instand gehalten,
dauernd ausgebessert werden.“
Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi¹

3. DER POLITISCH-GEISTESGESCHICHTLICHE RAHMEN

Einleitend wird, um nicht „in Fallen der Textimmanenz zu tappen“², der von der Historischen Diskursanalyse geforderte Kontext umrissen. Berücksichtigt werden Aspekte, die zum Verständnis des Begriffs „Stand“ notwendig erscheinen und die das Wirken der politischen Akteure dokumentieren. Aus diesem Grund muss es sich um eine Darstellung der Geschichte der Ersten Republik aus vornehmlich christlichsozialer Perspektive handeln.

3.1 Österreich 1918–1938

Politisch-gesellschaftliche Spannungen in der jungen Republik

Am 12. November 1918 wurde die Republik Deutschösterreich ausgerufen³; parallel dazu kam es zu Ausschreitungen der äußersten Linken.⁴ Im Februar 1919 fanden Wahlen statt, bei denen erstmals das allgemeine und gleiche Wahlrecht auch für Frauen zur Anwendung kam. Am 1. Oktober 1920 verabschiedete die konstituierende Nationalversammlung eine auf Entwürfen von Hans Kelsen beruhende Verfassung, die einen starken Nationalrat vorsah⁵ – eine Erziehung der Österreicher zum Parlamentarismus „von oben“⁶, wenn man so will.

In der Wahrnehmung konservativer Zeitgenossen befand sich die junge Republik in einer Art Gegenrevolution⁷ gegen den Umbruch von 1918.⁸ Bundeskanzler Ignaz Seipel setzte einen starken Akzent auf den Kampf gegen

1 COUDENHOVE-KALERGI, *Totaler Mensch*, 14.

2 LANDWEHR, *Historische Diskursanalyse*, 108.

3 ADÖ 1/15 A.

4 KRIECHBAUMER, *Erzählungen*, 198–204.

5 GOLDINGER/BINDER, *Geschichte*, 94–100; TÁLOS, *Handbuch*, 45–50 (O. LEHNER); TÁLOS, *Herrschaftssystem* (2013), 10.

6 KLUGE, *Ständestaat*, 19.

7 Zur Kritik dieses Begriffs vgl. FELLNER, *Der Zerfall*, 244; zum Begriff „österreichische Revolution“ vgl. BOTZ, *Gewalt*, 22 f.

8 MOSSER, *Legitimusismus*, 106.

die Wirtschaftskrise. 1922 sicherte er Österreich eine internationale Anleihe – mit der Auflage allerdings, im Sinne der Friedensordnung von Saint-Germain auf einen Anschluss an Deutschland zu verzichten.⁹ Das „Szenario der Krisen“ (E. Hanisch) ging freilich weit über das rein Wirtschaftliche hinaus, bis hin zur Frage nach der Lebensfähigkeit der Republik.¹⁰

Ab 1923 musste die vormals mächtige CSP, die seit 1907 im Reichsrat auch katholisch-konservative Bevölkerungsschichten vertrat¹¹, bei Wahlen Verluste hinnehmen.¹² 1929 kulminierte die Wirtschaftskrise im Sog des Börsenkrachs an der Wall Street. Die Folgen waren eine sprunghaft steigende Arbeitslosigkeit und soziale Spannungen¹³, allesamt Faktoren, die, von den österreichischen Regierungen nicht genügend ernst genommen, die Nationalsozialisten stärkten.¹⁴ 1932 gewann Bundeskanzler Engelbert Dollfuß den Völkerbund zu einer weiteren Anleihe für Österreich; das Anschlussverbot wurde um zehn Jahre verlängert.¹⁵

In dieser Situation erhoben viele Zeitgenossen ideologische Ausschließlichkeitsansprüche; mit den Grundlagen der Demokratie wenig vertraut, verwechselten sie Opposition mit Feindschaft und bauten entsprechende Bilder des jeweiligen politischen Gegners auf.¹⁶ In der politisch-historischen Diskussion hat sich der militaristisch anmutende Begriff „Lager“ etabliert: Hier wurden Totalentwürfe des Lebens vorgegeben; jeder wollte nur mehr mit „eigenen“ Leuten verkehren und legte Wert auf Abgrenzung vom anderen.¹⁷ Die Sozialdemokraten bauten eine umfassende Organisationskette auf

9 P. BERGER, *Im Schatten*, 20–25; GOLDINGER/BINDER, *Geschichte*, 106–116; K. v. KLEMPERER, Ignaz Seipel, 102–104; WEINZIERL, *Zeitgeschichte*, 211 f.; WOHNOUT, *Bürgerliche Regierungspartei*, 193.

10 HANISCH, *Der lange Schatten*, 306–309.

11 IBER, *Vom Syllabus*, 31–38; STAUDINGER, *Österreich-Ideologie*, 29; WANDRUSZKA, *Struktur*, 312 f.; WOHNOUT, *Bürgerliche Regierungspartei*, 181.

12 Übersicht über die Nationalratswahlergebnisse 1919–1930 bei GÄRTNER/PALLAVER, *Liberale Parteien*, 172.

13 BRANDTNER, *Diskursverweigerung*, 35–37; ERNEGGER, *Staatliche Sozialpolitik*, 56 f. und 62–68; GEIDER, *Sozialabbau*, 34–64 und 78–89; GOLDINGER/BINDER, *Geschichte*, 134 f.; HANISCH, *Der lange Schatten*, 67; PASTEUR, *Kruckenkreuz*, 21–24 und 151–159; REICHOLD, *Geschichte*, 508–510; SCHMIT, *Christliche Arbeiterbewegung*, 50–52; TÁLOS, *Zum Herrschaftssystem*, 149 f.; TÁLOS, *Handbuch*, 18–21 (H. FASSMANN); TÁLOS, *Herrschaftssystem* (2013), 359–379.

14 K. BAUER, *Elementarereignis*, 134 und 144.

15 P. BERGER, *Im Schatten*, 244–249; GOLDINGER/BINDER, *Geschichte*, 195–197; JAGSCHITZ, *Dollfuß*, 198; konzise Darstellung der wirtschaftspolitischen Maximen der Bundesregierung bei TÁLOS, *Herrschaftssystem* (2013), 313–333; WEINZIERL, *Zeitgeschichte*, 219 f.

16 GÄRTNER/PALLAVER, *Liberale Parteien*, 171; HANISCH, 1934, 18; HANISCH, *Traditionelle Männlichkeitsrollen*, 220; NEWMAN, *Zerstörung*, 296; PELINKA, *Stand*, 11–13.

17 HANISCH, *Demokratieverständnis*, 74; HANISCH, *Dilemma*, 107; HANISCH, *Der lange Schatten*,

und konstruierten ein Milieu, das als Gegenkultur sowohl zur bürgerlichen als auch zur katholischen Kultur zu verstehen ist; weltanschauliche Gegner wurden als Klassenfeinde abgewertet.¹⁸ Aber auch die seit 1921 unter Seipels Führung stehende CSP glaubte nicht an die Möglichkeit einer Verständigung mit der Sozialdemokratie; in den Bereichen Schule und Ehe fand eine Art Kulturkampf statt.¹⁹

Die mächtige christliche Arbeiterbewegung war sozioökonomisch ein Teil der Arbeiterschaft, verstand sich aber als Gegengewicht zur Sozialdemokratie; in ihrer realpolitischen Ausrichtung war sie dem politischen Konservatismus verpflichtet und hatte das Bild einer harmonischen Gesellschaft vor Augen.²⁰ Die Einbindung der Arbeiter in den Staat gelang ihr aber nicht.²¹ Im *Linzer Programm* von 1923 wurden die Maximen festgeschrieben. Redakteur und offizieller Kommentator war Karl Lugmayer, eine der prägenden Gestalten des Ständestaates.²²

Eine Verschärfung des politischen Klimas brachte das Auftreten paramilitärischer²³ Verbände, die die stark reduzierte österreichische Armee zahlenmäßig übertrafen; als außerparlamentarische Hilfskräfte der Parteien ließen sie das Bild einer „Gewaltinflation“²⁴ entstehen. Während der *Republikanische Schutzbund* dem sozialdemokratischen Lager zuzuordnen ist, wurde in den Reihen der Gegner des Marxismus die *Heimwehr* aufgebaut. Am Anfang hatten Bürgerwehren ehemaliger Frontkämpfer gestanden, die sich nach Kriegsende – in einer traumatischen psychischen Situation der Bevölkerung²⁵ – gebildet hatten.²⁶ In sozialer Hinsicht bildeten Bauern die

292 f.; TÁLOS, Handbuch, 152 (H. DACHS) und 432–434 (D. LEHNERT); WANDRUSZKA, Struktur, 291.

18 BRUCKMÜLLER, Sozialgeschichte, 407 f.; SELIGER, Scheinparlamentarismus, 25.

19 EBNER, Politische Katholizismen, 163; SCHMIT, „Im Namen“, 152; WOHNOUT, Bürgerliche Regierungspartei, 184–189.

20 PASTEUR, Kruckenkreuz, 20; PELINKA, Stand, 30–34 und 195–200; SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 3 f., 9 f., 64–73, 85 f., 126–129 und 144 f.; SELIGER, Scheinparlamentarismus, 25; STREITENBERGER, Leitbild, 81 f.; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 257–261; UNTERRAINER, Wirtschaftspolitik, 48.

21 JAGSCHITZ, Ständestaat, 510 f.; STEINER, Wahre Demokratie?, 197.

22 KLUGE, Bauern, 426; F. LUGMAYER, Karl Lugmayer, 141; PELINKA, Stand, 28–30; PRIBYL, Der christlichsoziale Politiker, 136–139; REICHOLD, Geschichte, 436 und 440–443; SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 29 f.

23 Zur Problematik dieses Begriffs in Hinblick auf die politischen Zwecke der Wehrverbände vgl. TÁLOS, Handbuch, 261 f. (C. EARL EDMONDSON); eine Chronologie der Aktivitäten, die zugleich ein Bild von der Vielfalt der Organisationen entstehen lässt, bei BOTZ, Gewalt, 88–107.

24 NEUGEBAUER, Die Anfänge, 73.

25 NEWMAN, Zerstörung, 293.

26 FALLE, Wurzeln, 66–71; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 545–547; RATHKOLB, Erste Republik,

Basis, Führungspositionen bekleideten Akademiker. An der Spitze stand seit September 1930 Ernst Rüdiger Fürst Starhemberg, ein Angehöriger der Hocharistokratie.²⁷ Die Heimwehr kann indes keinesfalls mit dem christlichsozial-konservativen Österreich identifiziert²⁸ oder gar als „Bewegung im altösterreichischen Sinne“²⁹ bezeichnet werden, sie wurde in diesen Kreisen eher als Instrument zur Beförderung eigener Interessen verstanden.

Im Besonderen gilt dies für Bundeskanzler Ignaz Seipel. Dieser hatte 1927, als aus einem Schusswechsel mit Angehörigen des Schutzbunds ein Bürgerkrieg entstanden war, der die Heimwehr weiter erstarken ließ³⁰, eine Unbeugsamkeit an den Tag gelegt, die ihm den Ruf des „Prälaten ohne Milde“ einbrachte.³¹ Er sah in dem Wehrverband – jedenfalls anfänglich³² – eine Hilfe, sein Konzept der „wahren Demokratie“ zu verwirklichen³³, bediente sich selbst aber „kultivierterer“ Formen.³⁴ 1929 trat er zurück, beeinflusste die Politik aber weiterhin in antiparlamentarischem Sinn.³⁵ Die in diesem Jahr verabschiedete Verfassungsnovelle – mit einer Machtverschiebung vom Parlament zum Bundespräsidenten – war von der Heimwehr entscheidend mitgestaltet worden, die ihrerseits unter dem Druck Italiens stand³⁶, von wo bereits seit der Gründung finanzielle Hilfe kam.³⁷

491; STIMMER, Eliten, 718–722; TÁLOS, Handbuch, 265–268 (C. Earl EDMONDSON); WILTSCHEGG, Heimwehr, 23–37.

27 BRUCKMÜLLER, Sozialgeschichte, 413; BURKERT-DOTTOLO, Das Land, 93; STEKL, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung, 165; STIMMER, Eliten, 728–733; TÁLOS/MANOSCHEK, Konstituierungsprozess, 7–9; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 12 f.; WANDRUSZKA, Struktur, 362.

28 CARSTEN, Faschismus, 223–227; KLUGE, Ständestaat, 32–43.

29 NEWMAN, Zerstörung, 298.

30 MARSCHNIG, Militarisierung, 60–62; Details bei BOTZ, Gewalt, 107–111 und 141–160.

31 GOLDINGER/BINDER, Geschichte, 150; RATHKOLB, Erste Republik, 492 f.; WEINZIERL, Zeitgeschichte, 214–216; ZÖLLNER, Geschichte Österreichs, 507.

32 Später distanzierte er sich; SIMON, Die verirrte Erste Republik, 91.

33 v. HILDEBRAND, Engelbert Dollfuß, 9; vgl. GOLDINGER/BINDER, Geschichte, 154; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 15–19.

34 ZÖLLNER, Geschichte Österreichs, 508.

35 BOYER, Wiener Konservatismus, 347; K. v. KLEMPERER, Ignaz Seipel, 108–110 und 113–116; WOHNOUT, Bürgerliche Regierungspartei, 196.

36 HASIBA, Verfassungsnovelle, passim; JABLONER, Wenigstens formale Kontinuität?, 99 f.; KLUGE, Ständestaat, 24 f.; RATHKOLB, Erste Republik, 479 f. und 496 f.; TÁLOS, Zum Herrschaftssystem, 148; TÁLOS, Handbuch, 51–53 (O. LEHNER); TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 17; TÁLOS/MANOSCHEK, Konstituierungsprozess, 10; WOHNOUT, Anatomie, 965.

37 BRITZ, Die Rolle, 7; GEHLER, Politischer Wandel, 41; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 550–586; MARSCHNIG, Militarisierung, 6–14; ORLANDO, Rolle, 17 f. und 24; PAYNE, Geschichte, 303; SCHMÖLZER, Beziehungen, 4–6; SCHOLZ, Italienischer Faschismus, 425; TÁLOS, Zum Herrschaftssystem, 143 und 152; WILTSCHEGG, Heimwehr, 34–99; WIPPERMANN, Europäischer Faschismus, 80–86; WIPPERMANN, Faschismus, 69; WOLLER, Rom, 93.

Die Entwicklung der Heimwehr verlief regional unterschiedlich. Der Tiroler Anton Klotz erwähnte nicht ohne Stolz, dass der Wehrverband in seinem Bundesland eine besonders starke Basis hatte.³⁸ Er schätzte an ihm, dass er sich nicht einfach damit begnüge, die Sozialdemokratie niederzuwerfen, sondern dem ständischen Gedanken in positiver Weise zuarbeite.³⁹ Insgesamt handelte es sich aber um ein Konglomerat heterogener Gruppen, denen die Einigung auf ein tragfähiges Programm nicht gelang.⁴⁰

Im Herbst 1929 nannte die Bundesführung den ständischen Staat als Endziel der Bewegung.⁴¹ Im Mai 1930, im Korneuburger Eid, legte sich die Heimwehr auf außerparlamentarische Strategien fest; allerdings verweigerten manche Mitglieder die Eidesleistung, weil sie faschistische Elemente orteten; auch das Verhältnis zur Bundesregierung verschlechterte sich.⁴² 1931 kam es nach einem Putschversuch des Steirers Walter Pfrimer zu einer Spaltung.⁴³

1933 kulminierten die antiparlamentarischen Äußerungen in der Forderung nach Auflösung aller Parteien.⁴⁴ Anlässlich der Feier des „Türkenjahres“ 1683 lieferte die Heimwehr einen eindrucksvollen Beweis patriotischer Gesinnung.⁴⁵ Bundeskanzler Dollfuß begleitete die stete Sorge, sie plane einen Putsch.⁴⁶ Kritische Zeitgenossen wollten Analogien zum Nationalsozialismus erkennen.⁴⁷

Am 4. März 1933 kam es im Wiener Parlament im Zuge einer Geschäftsordnungskrise zu dessen Ausschaltung⁴⁸; gestützt durch die Ereignisse in

38 KLOTZ, Sturm, 10 f.; vgl. TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 192–196.

39 KLOTZ, Sturm, 44.

40 BOTZ, Soziale „Basis“, 20; KRIECHBAUMER, Front, 63; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 548–550 und 606–609; RIEDMANN, Das Bundesland Tirol, 881 f.; STIMMER, Eliten, 722–728; TÁLOS, Handbuch, 265 (C. Earl EDMONDSON); WANDRUSZKA, Struktur, 340 f. und 360–363; WILTSCHEGG, Heimwehr, 17 und 247.

41 WILTSCHEGG, Heimwehr, 309–313.

42 FALLE, Wurzeln, 76; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 553–556 und 589; POTOČNIK, Bewusstsein, 150–152; REITER-ZATLOUKAL, Parlamentarismus, 40 f.; TÁLOS, Voraussetzungen, 258; TÁLOS, Handbuch, 270 (C. Earl EDMONDSON); TÁLOS, Herrschaftssystem (2013); WOHNOUT, Verfassungstheorie, 27 f.; WOLLER, Rom, 93.

43 BOTZ, Gewalt, 182–186; BRANDTNER, Diskursverweigerung, 244–255; KARNER, Steiermark, 26 f.; RATHKOLB, Erste Republik, 497; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 19; zu Pfrimer vgl. auch SONNLEITNER, Widerstand, 55–65 und 71–77.

44 WILTSCHEGG, Heimwehr, 315.

45 WOHNOUT, Bürgerliche Regierungspartei, 200; zur Kritik und überhaupt zu den Gefahren der Identitätsstiftung durch Jubiläen vgl. SUPPAN, Was bleibt, 105 f.

46 KINDERMANN, Österreich, 143 f.; ROSS, Hitler, 158–265.

47 BRANDL, Kaiser, 442.

48 BRAUNEDER, Verfassungsgeschichte, 232; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 32; TÁLOS, Zum Herrschaftssystem, 151; zum Ablauf P. BERGER, Kurze Geschichte, 146 f.; JANISTYN-NOVÁK, Vorwort, 7–12.

Deutschland, erklärte die Regierung ihre Absicht, „für einige Zeit autoritär“ zu regieren.⁴⁹ Grundlage war das *Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz* vom 24. Juli 1917.⁵⁰ Obwohl die Verantwortlichen von „Selbstausschaltung“ sprachen, herrscht heute Konsens, dass es sich um einen Verfassungsbruch handelte⁵¹, umso mehr, als kurz darauf auch der Verfassungsgerichtshof aufgehoben wurde.⁵² Viele Österreicher, darunter Bundespräsident Wilhelm Miklas⁵³, erfüllte der Vorfall mit Sorge; auch in der Führungsriege der CSP war man sich der Problematik bewusst.⁵⁴ Stellvertretend für die – auch bürgerlichen – Intellektuellen, die den Akt missbilligten, sei Gertrud Fussenegger genannt: Sie bewertete ihn als Ausdruck eines „eigenen hausgemachten Absolutismus“, den der Kanzler und „etliche Politiker von sehr undurchsichtigem Charakter“ an seiner Seite unter dem Eindruck der Ereignisse in Deutschland und Italien in Gang gesetzt habe.⁵⁵

Der Ausgang der Wahlen in Deutschland am 5. März 1933 bestätigte Engelbert Dollfuß in seinen politischen Maximen⁵⁶; auch in internationalen Diplomatenkreisen wurde ein Zusammenhang gesehen.⁵⁷ In einer Rundfunkansprache bezeichnete er die Ausschaltung des Parlaments als Abschnitt einer organischen Entwicklung, die „zu neuen Formen einer gesunden Volksvertretung führen“ werde.⁵⁸ Im Mai löste er sich noch entschiedener vom Gedanken einer Rückkehr zum bisherigen Parlamentarismus.⁵⁹ Im Juli

49 Zit. nach KLUGE, Ständestaat, 12; vgl. DIAMANT, Katholiken, 240–242; FALLE, Wurzeln, 52–59; REICHOLD, Kampf, 62–65; TÁLOS/MANOSCHEK, Konstituierungsprozess, 11–17; TÁLOS, Handbuch, 53 f. (O. LEHNER) und 65 f. (A. PELINKA); WOHNOUT, Verfassungstheorie, 59–61; WOHNOUT, Bürgerliche Regierungspartei, 198 f.; WOHNOUT, Schritte, 52 f.

50 BRAUNEDER, Verfassungsgeschichte, 232; HANISCH, Der lange Schatten, 305; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 33 f.; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 269–273.

51 DREIDEMY, Der Dollfuß-Mythos, 248; RATHKOLB, Erste Republik, 497 f.; REITER-ZATLOUKAL/ROTHLÄNDER/SCHÖLNBERGER, Einleitung, 7; sehr versöhnlich die Formulierung eines der Sozialdemokratie nahestehenden Soziologen: „In Anbetracht der politischen Konstellation innerhalb wie auch jenseits der Grenzen Österreichs und der überaus fragwürdigen Beschlussfähigkeit des Parlaments erscheint es nicht angebracht, in diesem Zusammenhang die Schuldfrage zu stellen.“; SIMON, Die verirrt Erste Republik, 103.

52 WIEDERIN, Die Rechtsstaatskonzeption, 76–78.

53 LANG, Bundespräsident Miklas, 12–16, 28, 37, 45, 109–115 und 123; später versuchte Miklas den Nationalrat zu reaktivieren; EBD., 23–37.

54 WOHNOUT, Schritte, 54.

55 FUSSENEGGER, Spiegelbild, 251; vgl. SEEFRIED, Reich, 36 f.

56 F. SCHAUSBERGER, Letzte Chance, 39; G. STOURZH, Außenpolitik, 320–322; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 63 f.

57 WOHNOUT, Bundeskanzler Dollfuß, 611.

58 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 66; vgl. KINDERMANN, Konservatives Denken, 221; LANDGREBE/WEIGL, Aktualität, 153–158.

59 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 89.

sprach er bei einer Begegnung mit dem britischen Außenminister von einem aus Deutschland ausgehenden „Terrorismus in großem Umfang“. Seine Sorge war umso berechtigter, als die Nationalsozialisten ab 1930 bei Landtags- und Gemeindewahlen stark zugelegt hatten und staatliche Stellen und Behörden von deren Gedankengut durchsetzt waren.⁶⁰

Hitlers politisches Handeln war von tief sitzendem Hass auf das alte Österreich diktiert, den er auch auf die Republik übertrug.⁶¹ Je mehr sich der Nationalsozialismus in Deutschland etablierte, desto drückender wurden die gegen Österreich gerichteten Maßnahmen, und die Regierung war nicht mehr in der Lage, Außen- und Innenpolitik zu trennen. Das Dritte Reich inszenierte eine Art Propagandakrieg und startete eine landesweite Terrorkampagne. Am 19. Juni 1933 wurde die NSDAP verboten.⁶²

Am stärksten wurde Österreich durch Wirtschaftssanktionen getroffen⁶³, besonders durch die am 26. Mai 1933 verhängte sogenannte Tausendmarksperrre.⁶⁴ Deutsche Wirtschaftsinteressen in Österreich wurden auf dem Kreditweg begünstigt – wie überhaupt die österreichische Wirtschaft immer stärker in die Überlegungen der Deutschen einbezogen wurde.⁶⁵ Viktor Kienböck, seit 1932 Nationalbankpräsident, suchte die Währung in enger Verknüpfung mit dem Westen zu stabilisieren und lehnte wirtschaftliche Verflechtungen mit Deutschland ab.⁶⁶

Am 11. September 1933 kündigte Bundeskanzler Dollfuß in einer Rede am Wiener Trabrennplatz die Abkehr von der parlamentarischen Demokratie und den ständischen Neubau auf christlicher Basis an.⁶⁷ Während der autoritäre Kurs auf Seiten der Regierung als Stabilisator gedacht war, bemerkte Otto Bauer dazu: „Auf die Dauer werden nicht 30 Prozent des Volkes über 70 Prozent, nicht das Dorf über die Großstadt, nicht der Klerikalismus

60 FRIEDL, Zusatzprotokolle, 69; GOLDINGER/BINDER, Geschichte, 205; KINDERMANN, Österreich, 39 und 55 f.; SIMON, Die verirrte Erste Republik, 95–100.

61 ROSS, Hitler, 29–76; WOHNOUT, Schritte, 55–58.

62 P. BERGER, Kurze Geschichte, 152; BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 205; BOTZ, Gewalt, 186–192, 215–219 und 260–266; CARSTEN, Faschismus, 231–234; HANISCH, Der lange Schatten, 319; KINDERMANN, Österreich, 49–53 und 183 f.; NEUGEBAUER, Die Anfänge, 74–76; REICHHOLD, Kampf, 52–55; SIMON, Die verirrte Erste Republik, 105–107; WEINZIERL, Zeitgeschichte, 228 f.; WOHNOUT, Dreieck, 89.

63 Zur Wahrnehmung von Österreichs Not im Westen vgl. P. BERGER, Im Schatten, 284 f.

64 BINDER, Alte Träume, 497 f.; KINDERMANN, Österreich, 47–49 und 136; ROSS, Hitler, 47; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 501.

65 BINDER, Alte Träume, 505 f.; vorsichtigere Einschätzung dieses Einflusses MATHIS, Wirtschaft oder Politik?

66 P. BERGER, Im Schatten, 221 f., 226–231 und 332–341; SENFT, Neues, 244–246.

67 BRAUNEDER, Verfassungsgeschichte, 234; JAGSCHITZ, Dollfuß, 206; TÁLOS, Voraussetzungen, 259; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 39 und 69; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 134 f.

über ein zu zwei Dritteln nicht klerikales Volk die Diktatur ausüben können.⁶⁸ So subjektiv die Diktion sein mag, die Zahlen kamen den realen Gegebenheiten nahe: Die zwei Drittel, die nicht den alten Eliten der staatlichen und kommunalen Bürokratie, dem katholischen Kleinbürgertum und bäuerlichen Kreisen entsprachen, waren Sozialdemokraten und illegale Nationalsozialisten. Für Letztere stellten gerade die unterprivilegierten Schichten, darunter viele Jugendliche und die ländliche Unterschicht, ein wichtiges Rekrutierungsfeld dar.⁶⁹

Seit dem Mai 1933 wurde als Trägerin der politischen Willensbildung die sogenannte *Vaterländische Front* (VF) aufgebaut.⁷⁰ Karl M. Stepan, der erste Geschäftsführer⁷¹, reklamierte für die VF die Grundsätze der katholischen Soziallehre.⁷² Dass er die schriftlichen Verlautbarungen nicht als Rundschreiben, sondern als Bundesbefehle bezeichnete, belegt den autoritären Charakter der VF.⁷³

Gründungsintention war die Schaffung einer Massenbasis, die dem Nationalsozialismus eine positive Alternative entgegenstellen sollte.⁷⁴ Im Besonderen ging es um die Kontrolle der kulturellen Produktion und die Vertiefung des vaterländisch-kulturellen Bewusstseins.⁷⁵ Die VF entwickelte sich zu einer Dachorganisation, die die bestehende Verbändevielfalt überwölbte.⁷⁶ Von weltanschaulicher Homogenität kann freilich keine Rede sein, in vielen Fällen war Opportunismus das Beitrittsmotiv.⁷⁷

Obwohl in der Forschungsliteratur häufig von einer Staatspartei die Rede ist, betonten die Zeitgenossen, dass es sich um keine Partei handelte. Die VF könne sich aber mit der (statischen) Hierarchie der katholischen Kirche vergleichen.⁷⁸ Da in ihr die traditionellen Parteien miteinander verschmelzen sollten⁷⁹, wurden diese – sehr zum Bedauern von

68 Zit. nach GOLDINGER/BINDER, Geschichte, 226; vgl. BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 204.

69 K. BAUER, Elementarereignis, 136–138, 141, 149–155, 162 f. und 192; KONRAD, Die Verankerung, 159–162.

70 TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 58–60.

71 PFERSCHY, Steiermark, 957; im August 1934 löste ihn Walter Adam ab, der im Mai 1936 seinerseits durch Guido Zernatto ersetzt wurde; HOPFGARTNER, Schuschnigg, 141; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 615 f. und 624.

72 P. HUEMER, Sektionschef, 326; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 633–643.

73 BINDER 1982, Karl Maria Stepan, 170.

74 KINDERMANN, Konservatives Denken, 223; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 147–151.

75 VENUS, Rudolf Henz, 33; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 152–161, 174 und 184.

76 KRIECHBAUMER, Erzählungen, 624–633; MOMMSEN, Theorie, 185.

77 CARSTEN, Faschismus, 222 f. und 250–252.

78 CS 16. 9. 1934 (O. M. FIDELIS).

79 STEINER, Wahre Demokratie?, 171; TÁLOS/MANOSCHEK, Aspekte, 126 f. und 145–153.

Bundespräsident Miklas⁸⁰ – in kurzen Intervallen aufgelöst.⁸¹ Im Fall der CSP erfolgte das Ende schrittweise durch freiwilligen Verzicht auf die Tätigkeit.⁸² Ehemalige Mitglieder erhielten beherrschende Positionen in der VF.⁸³

Von einer Imitation faschistischer Modelle kann trotz gewisser äußerer Parallelen nicht die Rede sein.⁸⁴ Anders als beim PNF oder der NSDAP blieb der bisherige Koalitionscharakter des Systems erhalten; die Sonderinteressen verschiedener Gruppen ließen sich nicht einebnen.⁸⁵ Selbst Minister und Beamte setzten der VF, insbesondere dem 1937 eingerichteten Traditionsreferat, Widerstände entgegen. Insgesamt blieb politische Bedeutung der VF bescheiden.⁸⁶

Tages-, Wochen- und Monatspresse

Eine wichtige Komponente der Neuordnung des Staates war das Pressewesen.⁸⁷ Die gegnerische Publizistik wurde unterdrückt⁸⁸, und auch Filme unterlagen der Zensur.⁸⁹ Die Regierung hielt dies für vertretbar, um zu verhindern, dass die Presse zur Waffe gegen den Staat werde. Eine Nivellierung und Uniformierung wie in Deutschland sei in Österreich aber nicht geplant, wurde 1935 erläutert; man strebe eine „mittlere Linie“ an, „die in elastischer Form gesellschafts- und staatsfeindliche Tendenzen ebenso zu behindern wie sie Möglichkeiten aufbauender Kritik zu erschließen vermag“.⁹⁰ Inse-

80 LANG, Bundespräsident Miklas, 99, 126 und 173.

81 Kommunistische Partei: Mai 1933, NSDAP: Juni 1933; Sozialdemokraten: Februar 1934, CSP: Mai/September 1934; BRAUNEDER, Verfassungsgeschichte, 233; FALLE, Wurzeln, 9 f.; TÁLOS, Zum Herrschaftssystem, 152; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 279–281.

82 WOHNOUT, Bürgerliche Regierungspartei, 202 f.

83 PELINKA, Stand, 14–17; WANDRUSZKA, Struktur, 346.

84 P. BERGER, Kurze Geschichte, 161 f.; BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 210; WIPPERMANN, Europäischer Faschismus, 90 f.

85 STIMMER, Eliten, 769; zur problematischen Zusammensetzung der Führung vgl. EBD., 774–778.

86 GOLDINGER/BINDER, Geschichte, 224; JAGSCHITZ, Ständestaat, 504 f.; KRIECHBAUER, Erzählungen, 618 f.; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 168–171 und 464–469; WOHNOUT, Traditionsreferat, 65 und 72–76; zur Erläuterung vgl. MSchKP 2, 1025 f.

87 S. AMANN, Kulturpolitische Aspekte, 119; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 306 f. und 421–426.

88 NEUGEBAUER, Repressionsapparat, 308 f.; SONNLEITNER, Widerstand, 299 f.

89 KROMAR, „Österreich-Mythos“, 56–63; PFOSE/RENNER, Ein Toter, 343 f.; PUTSCHK, Ständische Verfassung, 23 f.; SPIELHOFER, Pressefreiheit, 15 und 38 f.; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 426–428.

90 CS 19. 5. 1935 (E. MÜLLER).

samt war die Kontrolle der Presse nicht annähernd so rigoros wie im Dritten Reich oder in Italien.⁹¹

1936 wurde unter maßgeblicher Beteiligung von Rudolf Henz eine Pressekammer errichtet.⁹² Man wollte die Presse dafür verwenden, das „Einzelindividuum“ zum „geistigen Mitarbeiter“ zu machen.⁹³ Henz trat zwar für die Freiheit der Presse ein, forderte aber von allen in diesem Bereich Tätigen rückhaltloses Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Staat.⁹⁴

Die Pressekammer bemühte sich um die Ausbildung junger Journalisten; Übungsleiter waren u. a. Guido Zernatto, Friedrich Funder oder Walter Adam.⁹⁵ Eduard Ludwig war auch Präsident der 1935 gegründeten *Österreichischen Gesellschaft für Zeitungskunde*, die sich im Dienst einer „geordneten menschlichen Gesellschaft“ verstand; Funder saß im Vorstand. Dieselben Personen, dazu Ludwig Adamovich und Johannes Messner, waren als Dozenten an einer geplanten *Akademie für Presse und Politik* vorgesehen.⁹⁶

Die eben genannten Namen bekunden die Dichte personeller Verflechtungen im österreichischen Mediensystem der dreißiger Jahre.⁹⁷ Ludwig wurde 1937 mit einer Reform des Pressegesetzes betraut, das eine Machtkonzentration beim jeweiligen Hauptschriftleiter vorsah; es trat allerdings nicht in Kraft.⁹⁸ Seine Überzeugung, die Presse und überhaupt das geschriebene Wort müssten sich in den Rahmen der Gesamtarbeit des Staates eingliedern⁹⁹, blieb gleichwohl bestehen. Manche Blätter standen der Regierung bzw. der ehemaligen CSP sehr nahe, insbesondere die formell unabhängige *Reichspost*, eine der bestinformierten Zeitungen Österreichs.¹⁰⁰ Allerdings kritisierte gerade Friedrich Funder, ab 1902 Chefredakteur und ab 1904 auch Herausgeber dieses Blattes¹⁰¹, 1937 im Bundestag die Pressepolitik der Regierung und sprach offen von Zensurpraktiken.¹⁰²

91 EBNETH, Wochenschrift, 166; GOLOWITSCH, Der berufsständische Aufbau, 30; NEUGEBAUER, Repressionsapparat, 310.

92 S. AMANN, Kulturpolitische Aspekte, 125; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 428–431.

93 KROMAR, „Österreich-Mythos“, 36 f.

94 S. AMANN, Kulturpolitische Aspekte, 120–122; SPIELHOFER, Pressefreiheit, 50–52.

95 SPIELHOFER, Pressefreiheit, 57 f.

96 GOLOWITSCH, Der berufsständische Aufbau, 88–94; KROMAR, „Österreich-Mythos“, 74.

97 HÖCK, Medienpolitik, 49.

98 KROMAR, „Österreich-Mythos“, 35; SPIELHOFER, Pressefreiheit, 25.

99 DUCHKOWITSCH, Umgang, 363 f.; vgl. HUBER, Die Verfassung, 146 f.

100 BUSSHOFF, Dollfuß-Regime, 15; EBNER, Politische Katholizismen, 189; KROMAR, „Österreich-Mythos“, 77; SPIELHOFER, Pressefreiheit, 28; WEINZIERL, Konservatismus, 16.

101 STAUDINGER, Christlichsoziale Partei, 252; WOHNOUT, Bürgerliche Regierungspartei, 182.

102 SPIELHOFER, Pressefreiheit, 71 und 79.

Jenseits des Interesses an der Tagespresse ist ein Ausblick auf die katholisch-konservative Wochen- und Monatspresse geboten. Am 1. Oktober 1918 erschien in Wien die erste Nummer der Wochenschrift *Die Monarchie*, deren Programm christliche Ideale und die Rechte der Völker der Habsburgermonarchie waren. Mehrere Mitarbeiter standen dem Legitimus nahe, von einem Organ desselben kann aber nicht die Rede sein.¹⁰³ Die achte Nummer am 21. November erschien angesichts der inzwischen veränderten staatsrechtlichen Situation unter dem Titel *Das Neue Reich*.¹⁰⁴

Von den Mandataren stand vor allem Hans Karl Zeßner-Spitzenberg hinter diesem Blatt.¹⁰⁵ Kennzeichnende Züge waren die tiefe Verankerung in der katholischen Lehre, der Glaube an die österreichische Staatsidee und die Ablehnung des Gedankens der Volkssouveränität mit entsprechenden Vorbehalten gegen die Republik. Das NR zeichnete sich durch ein hohes kulturelles Niveau aus; es sprach vornehmlich Akademiker an, und zwar auf internationaler Ebene.¹⁰⁶ Hauptschriftleiter war der aus Württemberg nach Österreich gekommene Josef Eberle, ab 1913 Redakteur der *Reichspost*.¹⁰⁷ Zu Friedrich Funder hatte er ein kühles, aber von Respekt getragenes Verhältnis.¹⁰⁸ Im Wiener Salon seines späteren Schwiegervaters knüpfte er Kontakte zu konservativen Katholiken.¹⁰⁹ Er zeigte große Sympathien für den Legitimus und verurteilte die Pariser Friedensordnung.¹¹⁰

1925 beendete Eberle die Tätigkeit beim NR, weil ihm schien, der Einfluss aus Deutschland werde übermächtig und dränge das Konservative und Österreichische zurück. Daher gründete er die Wochenschrift *Schönere Zukunft*¹¹¹, die durch „positive Herausarbeitung der allgemeinen christlichen Wahrheiten und Werte“ wirken sollte.¹¹² Die darin vertretenen Ideale waren eine berufsständische Ordnung, eine an vormodernen Mustern orientierte Sozial- und Wirtschaftspolitik und ein hoher Stellenwert der Familie in der

103 EPPLE, *Zwischen Kreuz*, 17 und 311; HOFER, Joseph Eberle, 85 und 97.

104 FELLNER, *Reichsgeschichte*, 363; HOFER, Joseph Eberle, 93–95; D. J. WEISS, *Transformationen*, 97; WERNER, *Die Wiener Wochenschrift*, 3–7; ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, *Schönere Zukunft*, 398.

105 O. WEISS, *Rechtskatholizismus*, 25.

106 WERNER, *Die Wiener Wochenschrift*, 14 und 27–32; WOHNOUT, *Bürgerliche Regierungspartei*, 192.

107 O. WEISS, *Rechtskatholizismus*, 16 f.; WERNER, *Die Wiener Wochenschrift*, 8.

108 HOFER, Joseph Eberle, 82 f.; ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, *Schönere Zukunft*, 396 f.

109 EPPLE, *Zwischen Kreuz*, 36; ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, *Schönere Zukunft*, 397.

110 ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, *Schönere Zukunft*, 406 f.

111 EBNER, *Politische Katholizismen*, 190; EPPLE, *Zwischen Kreuz*, 18; HOFER, Joseph Eberle, 116; WERNER, *Die Wiener Wochenschrift*, 9.

112 ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, *Schönere Zukunft*, 398 f.

Gesellschaft¹¹³, aber auch ein starker Antisemitismus.¹¹⁴ Die Ideen von 1789 bereiteten Eberle Unbehagen. Aus seinem antirationalistischen Geschichtsbild resultierte eine nicht immer sachliche Kritik an Liberalismus, Kapitalismus und Sozialismus.¹¹⁵

Gern hob Eberle kulturelle Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und Österreich hervor.¹¹⁶ Eines seiner leitenden Prinzipien war die Absicht, dem Nationalsozialismus den Wind aus den Segeln zu nehmen.¹¹⁷ Er hoffte, der direkten Konfrontation mit dem Dritten Reich entgehen zu können, indem sich das Blatt auf die rein geistige Ebene zurückzog.¹¹⁸ Sein 1945 erschienenes Buch *Das Los der christlichen Presse im Dritten Reich, beleuchtet am Beispiel der Zeitschrift „Schönere Zukunft“*, in dem sich die in der Zwischenkriegszeit kultivierten konservativen Ideale verdichten, belegt seine innere Ferne vom Nationalsozialismus. Er hatte aber zu bedenken, dass zwei Drittel der Leser seines Blattes in Deutschland lebten.¹¹⁹ Und es mussten auch Rücksichten auf die deutsche Regierung genommen werden, damit es nicht verboten werde.¹²⁰ Friedrich Funder, einer der vehementesten Gegner des Nationalsozialismus in Österreich, war einer von wenigen, die dies erkannten; er bezeichnete NR und SZ als „Spitzenleistungen vornehmster Publizistik“.¹²¹

Obwohl Eberles Bemühungen um einen Ausgleich Österreichs mit dem Dritten Reich nicht in die Substanz gingen¹²², vermitteln die Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus mitunter ein verzerrtes Bild desselben; die Unterschiede zum eigenen Denken wurden zu wenig akzentuiert.¹²³ Auch lassen sich im Laufe der Zeit Veränderungen wahrnehmen: Waren 1930 noch im echten Sinne konservative Anliegen vorrangig, traten seit 1931 verfängliche Formulierungen häufiger auf. 1933 wurde die redaktionelle Linie noch weiter im Sinne einer Rücksichtnahme auf Deutschland modifiziert. Allerdings wehrte sich Eberle nach Kräften gegen jede Gleichschaltung, und er war sich auch der Problematik des Verschweigens bestimmter Vorkomm-

113 EPPEL, Zwischen Kreuz, 101–107.

114 EPPEL, Zwischen Kreuz, 40 und 144–192; HOFER, Joseph Eberle, 152; O. WEISS, Rechtskatholizismus, 20 f.

115 EPPEL, Zwischen Kreuz, 83 f. und 94–97; HOFER, Joseph Eberle, 126.

116 EPPEL, Zwischen Kreuz, 138; CONNELLY, From Enemy, 94.

117 EPPEL, Zwischen Kreuz, 39–44 und 343 f.; skeptisch die diesbezüglichen Formulierungen bei O. WEISS, Rechtskatholizismus, 18 f.; vgl. auch SEEFRIED, Reich, 217–221.

118 EPPEL, Zwischen Kreuz, 303.

119 SCHWEITZER, Volkstumsideologie, 61.

120 EPPEL, Zwischen Kreuz, 277 f.

121 HOFER, Joseph Eberle, 107.

122 HOFER, Joseph Eberle, 352 f.

123 EPPEL, Zwischen Kreuz, 93 und 139–141.

nisse bzw. von verharmlosenden Darstellungen bewusst.¹²⁴ Trotzdem bleibt das Verdikt, er sei ein „Brückenbauer“ zum Hitlerregime gewesen.¹²⁵

Am 1. Oktober 1932 wurde die SZ mit dem NR zusammengelegt.¹²⁶ Ab November 1933 erschien als „Gegengründung“ die Wochenzeitung *Der Christliche Ständestaat*¹²⁷, die Eberle vorwarf, nicht mehr genügend österreichisch zu sein.¹²⁸ Der Titel, zu dem Friedrich Funder angeregt hatte, wurde auf Wunsch von Bundeskanzler Dollfuß gewählt – gegen den Widerstand anderer Weggefährten.¹²⁹ Herausgeber Dietrich von Hildebrand, ein in München lehrender Philosoph, der nach Hitlers Machtergreifung aus Deutschland geflüchtet und von Dollfuß in Österreich aufgenommen worden war¹³⁰, erklärte, es sei nicht seine Absicht, ein undemokratisches System zu verteidigen.¹³¹ Das bis Februar 1938 erscheinende Blatt wurde vielleicht aus französischen Quellen mitfinanziert.¹³²

Hildebrand, von Papst Pius XII. als „der Kirchenlehrer des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet¹³³, ein „klassischer“ Konservativer, der den Nationalsozialismus als unversöhnlichen weltanschaulichen Gegner begriff¹³⁴, beobachtete Eberles Umgang mit diesem System mit Sorge.¹³⁵ Er war indes eine zu vornehme Persönlichkeit, als dass er zu billiger Polemik geschritten wäre, und räumte daher ein, dass er manches an der SZ durchaus schätzte. Eberle zollte seinerseits dem CS den gebührenden Respekt¹³⁶, bedauerte aber den Verzicht auf Kontaktnahme mit seinem Blatt. Das Juliabkommen von 1936 festigte die Position der SZ und schwächte die des CS.¹³⁷ 1937 trat Hildebrand als Herausgeber zurück; ihm folgte Hans Karl Zeßner-Spitzenberg nach.¹³⁸

124 EPPEL, Zwischen Kreuz, 85–89, 193–198 und 206–215.

125 HOFER, Joseph Eberle, 5; ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Schöner Zukunft, 401–403.

126 EPPEL, Zwischen Kreuz, 20; ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Schöner Zukunft, 400 f.

127 EBNER, Politische Katholizismen, 191; EBNETH, Wochenschrift, 103; HOFER, Joseph Eberle, 126; NOSER, Die historische Tragik, 188 f. und 233 f.; SCHWEITZER, Volkstumsideologie, 62.

128 EPPEL, Zwischen Kreuz, 89.

129 KUGLER, Die frühe Diagnose, 125 f.

130 BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 219; CONNELLY, From Enemy, 111; EBNETH, Wochenschrift, IX und 14; EPPEL, Zwischen Kreuz, 283 f.; SEEFRIED, Reich, 87 und 107 f.; TÁLOS, Handbuch, 485 (H. HAAS).

131 v. HILDEBRAND, Memoiren, 69; zur Kritik am autoritären politischen System vgl. SEEFRIED, Reich, 240 f.

132 BERTOLASO, Die erste Runde, 167 f.

133 CONNELLY, From Enemy, 108.

134 CONNELLY, From Enemy, 95; SEEFRIED, Reich, 221 und 356.

135 CS 11. 3. 1934 (D. v. HILDEBRAND); vgl. EPPEL, Zwischen Kreuz, 240.

136 HOFER, Joseph Eberle, 359–364.

137 SCHWEITZER, Volkstumsideologie, 63; SEEFRIED, Reich, 240–252.

138 EPPEL, Zwischen Kreuz, 284–287; WOHNOUT, Traditionsreferat, 80; WOHNOUT, Hans Karl Zeß-

1936 erhielt Österreich in der auf Anregung von Bundeskanzler Schuschnigg begründeten und von Johannes Messner (Kap. 3.4) herausgegebenen *Monatsschrift für Kultur und Politik* ein katholisch-konservatives Blatt, das ganz und gar „österreichisch“ war, sich aber, ohne unkritisch zu sein, vom radikal antinationalsozialistischen CS distanzierte.¹³⁹ Dass alle genannten Organe, wenn auch auf unterschiedlichen Wegen, dasselbe Ziel verfolgten, zeigt die Tatsache, dass Messner zunächst Mitarbeiter des NR gewesen und dann über Eberle in die Schriftleitung der SZ gekommen war.¹⁴⁰

Der österreichische Ständestaat als christlicher Staat

Entsprechend der im LThK/I zitierten Auffassung der Kirche, menschliche Gesetze dürften nur Ausfluss der göttlichen sein und Gottesverehrung könne nicht „Privatsache des einzelnen Bürgers“ sein¹⁴¹, arbeiteten Staat und Kirche in Österreich in den dreißiger Jahren eng zusammen.¹⁴² Die Integration des religiösen Lebens in das staatliche darf geradezu als Wesenszug des damaligen politischen Systems bezeichnet werden. Die als kritisch sich verstehende Forschung hat darauf mit der sogenannten Akkomodationsthese reagiert¹⁴³, neuerdings auch mit der These beiderseitiger Machtinteressen als Motiv für die Zusammenarbeit.¹⁴⁴ Eine Demonstration dieser Zusammenarbeit bot der *Allgemeine Deutsche Katholikentag* am 9. September 1933 in Wien.¹⁴⁵

In der 1934 nach italienischem Vorbild neu organisierten KA vollzogen sich in Abstimmung mit dem Heiligen Stuhl Prozesse, die denen im Staat vergleichbar waren, etwa die Berufung der Mitarbeiter seitens der hierarchischen Führung: Der Autoritätsgedanke entspreche dem Wesen der katholischen Kirche; der Bischof sei nur nach oben, in letzter Konsequenz Gott, nicht nach unten verantwortlich.¹⁴⁶ Ständisches Denken war in der KA stark

ner-Spitzenberg, 9; zu den Vorgängen um den CS vgl. auch SEEFRIED, Reich, 189 und 208–210.

139 BUCHMAYR, Der Priester, 111; HOFER, Joseph Eberle, 126; RUMPLER, Ständestaat, 234; STREITENBERGER, Leitbild, 131.

140 SCHWEITZER, Volkstumsideologie, 60.

141 LThK/I 9 (1937), 745–748 (A. SCHARNAGL).

142 TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 248–251.

143 EBNER, Politische Katholizismen, 166.

144 EBNER, Politische Katholizismen, 185.

145 EBNER, Politische Katholizismen, 167–169; HANISCH, Der Politische Katholizismus, 76 f.; JUFFINGER, Politischer Katholizismus, 42; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 242–245.

146 BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 207 f.; EBNER, Politische Katholizismen, 182 f.; LIEB-

präsent, allerdings nicht im Sinn von etwas Gewachsenem, sondern als Rahmen für Organisationsstrukturen, „von oben“ gleichsam. Eine echte Erneuerung des kirchlichen Lebens brachte der Dachverband nicht.¹⁴⁷

Am Tag der Promulgierung der ständischen Verfassung wurde auch ein Konkordat ratifiziert.¹⁴⁸ Dies ist nach aktuellem Forschungsstand allerdings eher als Äußerlichkeit zu betrachten, hatte der Text doch insgesamt mit dem Ständestaat weniger Berührungspunkte, als die Zeitgenossen glauben machen wollten: Er war in den Grundzügen schon vor 1932 ausverhandelt worden.¹⁴⁹

In Kreisen der Beamten, der Bauern und der in den freien Berufen und im Kleinergewerbe Tätigen fand auch außerhalb der Parteien ein reges politisches Engagement in katholischem Geist statt.¹⁵⁰ Soweit im Folgenden von politischem Katholizismus gesprochen wird, ist damit die Haltung jener gemeint, die auf die Herausforderungen der Französischen Revolution reagieren zu müssen glaubten, auch jener, die grundsätzlich jedes politische Engagement in der katholischen Lehre verwurzelt sehen wollten.¹⁵¹ Es gab freilich auch in den Reihen der Katholiken Stimmen, die Vorbehalte gegen die in ihren Augen zu konservativen Spielarten äußerten.¹⁵² Alles in allem zeigte der Katholizismus in sich wenig Geschlossenheit.¹⁵³ Und die städtische Gesellschaft war ohnehin weitgehend säkularisiert.¹⁵⁴

Als einflussreicher Vordenker ist Johannes Hollnsteiner zu nennen; Friedrich Heer nannte ihn den „Chefideologen des österreichischen Bundeskanzlers Kurt von Schuschnigg“.¹⁵⁵ 1920 war er in Wien der CV-Verbindung *Norica* beigetreten.¹⁵⁶ CV-Verbindungen stellten das personelle Reservoir des politischen Katholizismus dar.¹⁵⁷ Ihre Mitglieder waren eng verflochten

MANN, Katholische Aktion, 605–619, 615; SCHMIT, „Im Namen“, 150 f.; TÁLOS, Handbuch, 448 (E. HANISCH).

147 LIEBMANN, Katholische Aktion, 603 f.

148 EBNER, Politische Katholizismen, 166; LIEBMANN, Die Kirche, 118.

149 SCHIMA, Überschätzt, passim.

150 EBNER, Politische Katholizismen, 160 f.; FALLE, Wurzeln, 34–36; HANISCH, Der Politische Katholizismus, 81; IBER, Vom Syllabus, 39

151 DIAMANT, Die österreichischen Katholiken, 12–14; EBNER, Politische Katholizismen, 162.

152 K. BAUER, Elementarereignis, 168, 185 f., 194 f. und 198; EBNER, Politische Katholizismen, 163.

153 STIMMER, Eliten, 746 und 759.

154 HANISCH, Der Politische Katholizismus, 80 f.

155 BUCHMAYR, Der Priester, 112 und 118; vgl. auch 101 f.; G. HARTMANN, Eliten, 231.

156 BUCHMAYR, Der Priester, 29; FRITZ, Farben tragen, 202; 1906 war Clemens Holzmeister in die Verbindung eingetreten; POSCH, Clemens Holzmeister, 25–29.

157 GEHLER, Hochschule, 125; G. HARTMANN, Im Gestern, 320; G. HARTMANN, Der CV, 115 f.; KRAUSE, CV, 110; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 57 f.; POPP, Der CV, 164 f.; TÁLOS, Handbuch,

mit der CSP¹⁵⁸ und anderen Eliten.¹⁵⁹ Durch eine gewisse Prädisposition für autoritäre Stile war eine Gemeinsamkeit mit der Heimwehr gegeben.¹⁶⁰ Insgesamt gilt der CV als starke Stütze des Ständestaates.¹⁶¹

Nach den Vorstellungen der leitenden Altherrenclique sollte der CV eine Intelligenzbewegung sein.¹⁶² Als wichtiges Prinzip galt die Lebensfreundschaft: Eine intensive Sozialisation in der Studentenzeit legte den Grund für eine langfristige Einflussnahme auf die Politik, direkt oder über Vorfeldorganisationen.¹⁶³ Von zwölf Bundeskanzlern der Zwischenkriegszeit waren acht CVer.¹⁶⁴ Bei der Neubesetzung von Stellen in den Jahren 1934–1938 kamen CVer stark zum Zuge.¹⁶⁵ Ein eindruckliches Beispiel für die Tragfähigkeit der in den katholischen Studentenverbindungen geknüpften personellen Netze ist die Wiener *Bürgerschaft* unter Bürgermeister Richard Schmitz.¹⁶⁶ Anton Rintelen beobachtete diese Entwicklung mit Sorge¹⁶⁷; allerdings hatten gerade für seinen politischen Kontrahenten Dollfuß¹⁶⁸ Sachkenntnis und Qualifikation Vorrang, und er ließ – im Rahmen seines autoritären Politikverständnisses – keinen Nepotismus aufkommen.¹⁶⁹

Manche CVer wünschten den Anschluss an Deutschland, stärker war aber die Gruppe derer, die eine Infiltration mit nationalsozialistischem Gedankengut fürchteten. Diese österreichischen Verbindungen traten im Juli 1933 aus dem deutschen CV aus und organisierten sich neu.¹⁷⁰ Friedrich Funder, ein Mandatar, der die Prinzipien des CV zeit seines Lebens

447 (E. HANISCH); WANDRUSZKA, Struktur, 338.

158 G. HARTMANN, Eliten, 228–231; POPP, Der CV, 257 f.; STIMMER, Eliten, 140–144.

159 STIMMER, Eliten, 526.

160 GEHLER, Hochschule, 19.

161 BINDER, Politischer Katholizismus, 49–53; LEISCHING, Die römisch-katholische Kirche, 181–183; POPP, Der CV, 167–169; STIMMER, Eliten, 529–531.

162 POPP, Der CV, 170.

163 POPP, Der CV, 135 f. und 253 f.; GEHLER, Hochschule, 21; SCHÖPFER, Umbrüche, 339.

164 G. HARTMANN, Im Gestern, 322; POPP, Der CV, 163; Engelbert Dollfuß gehörte vor dem Ersten Weltkrieg zu den führenden Köpfen der Studentenfunktionäre; JAGSCHITZ, Dollfuß, 191; MILLER, Engelbert Dollfuß, 23–25; Kurt Schuschnigg spielte in der Verbindung *Austria* eine wichtige Rolle; FRITZ, Farben tragen, 320–322; GOLDINGER, Schuschnigg, 219.

165 POPP, Der CV, 244–253; G. WAGNER, Hochschülerschaft, 284; Ehrenmitglieder waren Otto Ender, Leopold Kunschak, Julius Raab, Franz Rehrl, Josef Reither, Josef Resch, Richard Schmitz, Carl Vaugoin; POPP, Der CV, 161 f.; FRITZ, Farben tragen, 156, 296–298 und 301 f.

166 G. HARTMANN, Eliten, 230 f.; SELIGER, Scheinparlamentarismus, 279.

167 RINTELEN, Erinnerungen, 249.

168 Zum schwierigen Verhältnis der beiden Politiker vgl. KARNER, Steiermark, 33 und 37 f.; SONNLEITNER, Widerstand, 55 f.

169 MILLER, Engelbert Dollfuß, 75 f.

170 BINDER, Politischer Katholizismus, 56–59; G. HARTMANN, Der CV, 83.

besonders konsequent verwirklichte¹⁷¹, war auf diesen Schritt sehr stolz.¹⁷² Spätestens ab 1933 überwog im österreichischen CV das Bekenntnis zu einem Ständestaat; später wurde der Verband geradezu zu einer Eliteorganisation desselben.¹⁷³ Kritik aus monarchistischen Kreisen fing Kurt Schuschnigg durch deren stärkere Beiziehung ab. Alle Mitglieder hatten die Pflicht, der VF beizutreten.¹⁷⁴ Erwähnt sei aber auch, dass es im CV weder das Führerprinzip noch die Besetzung von Schlüsselpositionen durch Ernennungen gab.¹⁷⁵

Manches an der realen politischen Situation war den Homogenitätswünschen des CV abträglich. Einige Mitglieder fühlten sich unter Druck gesetzt und sprachen von innerer Emigration.¹⁷⁶ Eine Art Opposition kam von Karl Lugmayer, aber auch Leopold Kunschak, Josef Resch, Otto Ender oder Carl Vaugoin ordneten sich nicht restlos den Zielen der Cartellfreundschaft unter.¹⁷⁷ Friedrich Heer stellte fest, die erzieherische Wirkung des Farbentragens verhindere es nicht, auch im CV Individualist zu bleiben: Auch innerhalb des Verbands könne man sich „der Flut stellen“. ¹⁷⁸ Dass dem CV 1936 die Auflösung drohte, stärkte allerdings das Gemeinschaftsgefühl.¹⁷⁹

Nicht nur die in Verbindungen organisierten Studenten traten 1933 aus den gesamtdeutschen Strukturen aus, auch jene, die bisher die *Deutsche Studentenschaft* als Sachwalterin ihrer Interessen betrachtet hatten, verließen diese; mit der *Sachwalterschaft der Hochschülerschaft Österreichs* gründeten sie eine eigene, dem Regime nahestehende Interessenvertretung.¹⁸⁰ 1935 wurde im Bundesministerium für Unterricht ein beratendes Komitee eingerichtet, dem u. a. Richard Meister angehörte.¹⁸¹ 1936 forderte die *Österreichische Hochschulzeitung*, die Studierenden sollten in die berufsständische Organisation ihres späteren Lebensberufs eingebunden werden.¹⁸²

Die evangelischen Christen in Österreich fühlten sich durch die Zusammenarbeit des Ständestaates mit der katholischen Kirche benachteiligt;

171 FRITZ, Farben tragen, 168 f.; G. HARTMANN, Im Gestern, 176 und 367 f.; G. HARTMANN, Eliten, 230 f.

172 G. HARTMANN, Der CV, 126–129; KRAUSE, CV, 105.

173 GEHLER, Hochschule, 35; G. HARTMANN, Im Gestern, 349, 351 und 364.

174 KRAUSE, CV, 111–115.

175 G. WAGNER, Hochschülerschaft, 168.

176 G. WAGNER, Hochschülerschaft, 28.

177 POPP, Der CV, 171 und 260–266.

178 Zit. nach ADUNKA, Friedrich Heer, 23.

179 G. WAGNER, Hochschülerschaft, 284.

180 STIMMER, Eliten, 577–579; G. WAGNER, Hochschülerschaft, 12.

181 G. WAGNER, Hochschülerschaft, 280.

182 G. WAGNER, Hochschülerschaft, 166 f.

viele suchten daher die Annäherung an das Deutsche Reich.¹⁸³ Der Protestantismus wirkte auch als Bezugspunkt für die Anhänger der *Los-von-Rom-Bewegung*.¹⁸⁴ Daraus entstand das Odium deutschnationaler, wenn nicht nationalsozialistischer Sympathie.¹⁸⁵ Dies war nicht nur Bundeskanzler Schuschniggs Einschätzung, sondern auch lokale Behörden reagierten hierauf sensibel, selbst im Umgang mit Geistlichen.¹⁸⁶ Walter Adam warf den Protestanten geradezu die Förderung staatsfeindlicher Ideen vor.¹⁸⁷

Das offizielle Österreich teilte die Evangelischen in Neu- und Altprotestanten ein. Die Letzteren wurden akzeptiert, weil sie schon lange in Österreich lebten und sich daher zu diesem Staat bekannten; gegen die Neuprotestanten, die sich aus der österreichischem Wesen fremden Anhängerschaft Georg von Schönerers rekrutierten, bestanden hingegen Vorbehalte.¹⁸⁸ Der Wiener Erzbischof Kardinal Theodor Innitzer verwendete den für die evangelischen Christen neuralgischen Begriff „Gegenreformation“¹⁸⁹, und zu diesem Bekenntnis Übertretende wurden mitunter zwangsweise psychiatrisch behandelt oder bestraft, weil man Konversionen für politische Bekenntnisse zu Sozialdemokratie oder Nationalsozialismus hielt.¹⁹⁰ Der österreichische Superintendent, Johannes Heinzelmann, lehnte in einem Schreiben an Bundeskanzler Schuschnigg vom 14. Dezember 1935 das Wort „Bekenntnis“ für die Beziehung der evangelischen Christen zum Ständestaat unter den gegebenen Umständen ausdrücklich ab, sicherte dessen „Anerkennung“ aber zu.¹⁹¹

Nach der damaligen Wahrnehmung des obersten Vertreters der evangelischen Kirche in Österreich war eine „Auslieferung des gesamten öffentlichen

183 BARTON, *Evangelisch*, 171; EBNER, *Politische Katholizismen*, 175–178; GOBER, *Schule*, 98–101; PUTSCHK, *Ständische Verfassung*, 25 und 63 f.; REINGRABNER, *Protestanten*, 266 f.; SELIGER, *Scheinparlamentarismus*, 378 f.

184 REINGRABNER, *Eine Wiener Predigt*, 252 f.; G. P. SCHWARZ, *Ständestaat*, 8–11; SELIGER, *Scheinparlamentarismus*, 231.

185 K. BAUER, *Elementarereignis*, 165–167 und 185.

186 G. P. SCHWARZ, *Ständestaat*, 13–16.

187 G. P. SCHWARZ, *Ständestaat*, 51; TÁLOS, *Herrschaftssystem* (2013), 252 f.

188 G. P. SCHWARZ, *Ständestaat*, 78.

189 Vgl. einen offenen Brief des evangelischen Superintendents Johannes Heinzelmann vom 10. 1. 1935 an Außenminister Egon Berger-Waldenegg über die Unzufriedenheit der evangelischen Christen Österreichs mit ihrer Lage; AEBI et al., *Gegenreformation*, 4 f.; vgl. auch EBD., 48. Zu dieser nicht in jeder Hinsicht objektiven Publikation vgl. G. P. SCHWARZ, *Ständestaat*, 90–92.

190 BARTON, *Evangelisch*, 169; vgl. hierzu aber kritisch G. P. SCHWARZ, *Ständestaat*, 24; TÁLOS, *Herrschaftssystem* (2013), 122 f.

191 AEBI et al., *Gegenreformation*, 6 f.; zu seiner Haltung insgesamt DREIDEMY, *Der Dollfuß-Mythos*, 88 f.

und privaten Lebens in Österreich an die katholische Kirche“ im Gang¹⁹²; die Regierung erhebe einen katholischen Absolutheitsanspruch.¹⁹³ In der VF komme der „totalitäre Grundzug“ des politischen Katholizismus zum Tragen, es herrsche Gesinnungszwang¹⁹⁴ und es werde jeglicher kulturelle Liberalismus verweigert.¹⁹⁵ Die zentralen Kritikpunkte lauteten: Beitrittsdruck, Organisation nach dem Führerprinzip, oligarchische Struktur, Personalunion mit der Staatsführung, autokratisch-absoluter Staat.¹⁹⁶ Ungern sah man außerdem die politische Zusammenarbeit Österreichs mit Italien und die positiven Stimmen zur österreichischen Maiverfassung, die aus Frankreich kamen.¹⁹⁷ Der Begriff „vaterländisch“ habe als „vorbehaltlose und bedingungslose Unterwerfung unter die politischen Ziele“ einer kleinen Gruppe von Menschen eine durch nichts zu rechtfertigende Umdeutung erfahren; dass dieses Kriterium zur Voraussetzung für die Beteiligung am öffentlichen Leben erhoben worden sei, widerspreche den Lehren des Christentums.¹⁹⁸ Es musste den Superintendenten daher hart treffen, dass 72 Prozent der evangelischen Theologen der VF angehörten.¹⁹⁹ Am 26. September 1935 brachte er in einem an alle Pfarrämter gerichteten Rundschreiben seine persönlichen Vorbehalte gegen den Erlass des Oberkirchenrates an die geistlichen Amtsträger zum Beitritt zur VF zum Ausdruck²⁰⁰, und in einem Briefwechsel mit Generalsekretär Walter Adam fand er ebenfalls klare Worte des Missfallens.²⁰¹

Es gab freilich auch evangelische Geistliche, die den Nationalsozialismus als die größere Gefahr betrachteten als das österreichische politische System.²⁰² Erich Stoekl, der Vertreter der evangelischen Kirche im BKR, bescheinigte dieser eine starke integrative Kraft – also das, was zu schaffen eines der Anliegen des Ständestaates war. Vor allem am Land umfasse jede Gemeinde „Glieder jedweden Berufs, ein Spiegelbild der Wirklichkeit des Lebens, auch der Verschiedenheit des politischen Bekenntnisses der Gemeindeglieder. Man mag darüber Klage führen. Man kann aber auch – und ich

192 AEBI et al., *Gegenreformation*, 24; vgl. EBNER, *Politische Katholizismen*, 177.

193 AEBI et al., *Gegenreformation*, 26–39.

194 AEBI et al., *Gegenreformation*, 104–108.

195 AEBI et al., *Gegenreformation*, 43–47.

196 AEBI et al., *Gegenreformation*, 86–98 und 116–176; vgl. TÁLOS, *Herrschaftssystem* (2013), 255 f.

197 AEBI et al., *Gegenreformation*, 41 f.; die Maiverfassung widerspreche allen Grundsätzen der Demokratie; EBD., 49–83.

198 AEBI et al., *Gegenreformation*, 83–85.

199 BARTON, *Evangelisch*, 170.

200 AEBI et al., *Gegenreformation*, 98–100.

201 AEBI et al., *Gegenreformation*, 101–104.

202 REINGRABNER, *Protestanten*, 267; G. P. SCHWARZ, *Ständestaat*, 73.

will es – darin einen besonderen Vorzug sehen, dass, soweit die politischen Gegensätze die Menschen, die auf demselben Schicksals- und Arbeitsgebiet zusammengedrängt sind, voneinander trennen mögen, unsere Gemeinden [...] so verschiedenen Menschen geistliche Herberge zu geben imstande sind und dadurch wirklich Gemeinden – etwas Grundverschiedenes als Vereine –, das heißt eine Vielheit [...] sind.“²⁰³

Ein weiterer evangelischer Geistlicher, der loyal zum Ständestaat stand, war Jakob Ernst Koch; dass ihn der CS als „bodenständigen Österreicher“ bezeichnete, der dem evangelischen Christentum zu hoher Wertschätzung ver helfe, steht für den ehrlichen Willen zur Integration. So wie im Kreis um Dietrich von Hildebrand „gewisse Missverständnisse von evangelischer Seite“ bedauert wurden, kritisierte Koch manche evangelische Christen für ihr „Schielen nach dem Nationalsozialismus“. Er hielt Bundeskanzler Dollfuß zugute, dass er alles unternommen habe, um diese Ideologie – wie auch den Marxismus – zu bekämpfen, und zeigte Verständnis für die immense Schwierigkeit dieser Aufgabe. Für die Berufung von Vertretern der evangelischen Kirche in die vorberatenden Organe war er dankbar, und er bezeichnete es als gemeinsames Anliegen der katholischen und der evangelischen Christen, gegen den „Geist der Entkonfessionalisierung“ der Schule vorzugehen. Es sei nicht gut, dass manche Katholiken die Protestanten „in einer Reihe mit dem Freisinn“ sähen: Hass gegen die jeweils andere Kirche dürfe es nicht geben.²⁰⁴

Den Juden gegenüber herrschte eine zwiespältige Haltung, und zwar in allen Lagern²⁰⁵, besonders in kleinbürgerlichen Kreisen der CSP waren die seit jeher bestehenden Vorbehalte unauslöschlich.²⁰⁶ Ein gewisser Druck kam aus Italien, wo man der Meinung war, durch Antisemitismus könne dem Nationalsozialismus der Wind aus den Segeln genommen werden.²⁰⁷ Stellvertretend für das Denken vieler Zeitgenossen dürften die 1933 in der SZ geäußerten Vorbehalte gegen die Übermacht der Juden sein, die vor allem an Universitäten sowie in Presse und Kultur bestehe.²⁰⁸ Von „prakti-

203 STOECKL, *Die evangelische Kirche*, 14.

204 CS 13. 9. 1936 (J. E. KOCH).

205 SCHMIT, „Im Namen“, 143; TÁLOS, *Herrschaftssystem* (2013), 474–487.

206 CARSTEN, *Faschismus*, 263 f.; CONNELLY, *From Enemy*, 106 f.; GOBER, *Schule*, 64 f.; KÖNIGSEDER, *Antisemitismus*, 59–62; MITTELMEIER, *Austrofaschismus*, 105–108 und 112 f.; PAYNE, *Geschichte*, 83; SCHWEITZER, *Volkstumsideologie*, 84–86; TÁLOS, *Herrschaftssystem* (2013), 459 und 471; WOHNOUT, *Bürgerliche Regierungspartei*, 186 f.

207 MADERTHANER/MAIER, *Der Führer*, 66–68; MITTELMEIER, *Austrofaschismus*, 108–111.

208 SZ 24. 12. 1933 (J. MESSNER); vgl. RATHKOLB, *Erste Republik*, 507 f.

schem²⁰⁹ bzw. „informellem Antisemitismus“²¹⁰ zu sprechen, dürfte der Realität nahekommen.

Von den Mandataren ist allen voran Richard Schmitz als Antisemit einzustufen, desgleichen Leopold Kunschak.²¹¹ Auch von Guido Zernatto gibt es entsprechende Äußerungen.²¹² In manchen Publikationen der VF wurde antisemitische Propaganda betrieben. Die Heimwehr zeigte in der Judenfrage eine opportunistische Haltung.²¹³ Bundeskanzler Schuschnigg unternahm aktiv zwar nichts gegen die Juden, stattete 1937 sogar einem jüdischen Jugendlager einen offiziellen Besuch ab²¹⁴, unterband aber von anderer Seite kommende Aktionen gegen sie in wenig entschiedener Weise.

Andererseits wurden offizielle Vertreter des österreichischen Judentums in die staatlichen Lenkungsorgane berufen, und es gab keine explizit gegen die Juden gerichteten Gesetze.²¹⁵ Dies liegt daran, dass Antisemitismus ins weltanschauliche Substrat des Ständestaates nicht passte und dass viele der in Österreich so einflussreichen Emigranten aus Deutschland, allen voran Dietrich von Hildebrand, jüdische Wurzeln hatten.²¹⁶ So etwa wandten sich Passagen aus dem Hirtenbrief der österreichischen Bischöfe von 1933 gegen jeden Rassismus. Der Linzer Bischof Johannes Maria Gföllner hob die Unvereinbarkeit von Christentum und Nationalsozialismus hervor, hatte zu den Juden allerdings ein ambivalentes Verhältnis.²¹⁷ Der CS bezeichnete deren Verfolgung als eines der dunkelsten Kapitel der Geschichte und als unchristlichen Akt. 1936 sprach sich die Wochenschrift gegen die Ausrichtung der Olympischen Spiele in Berlin aus, weil das Dritte Reich in der Judenfrage eine repressive Politik betreibe.²¹⁸ 1937 verfassten katholische Intellektuelle, darunter Dietrich von Hildebrand und Jacques Maritain, ein Memorandum, in dem sie Katholizismus und Antisemitismus für unvereinbar erklärten. Ihr Denken in dieser Frage war freilich nicht frei von Widersprüchen.²¹⁹ Der Amtskirche fiel insbesondere die Unterscheidung zwischen

209 KÖNIGSEDER, Antisemitismus, 55.

210 BELLER, A Concise History, 224.

211 CONNELLY, From Enemy, 32.

212 SCHWEITZER, Volkstumsideologie, 94 f.

213 MADEREGGER, Die Juden, 116–126; MITTELMEIER, Austrofaschismus, 114; SCHWEITZER, Volkstumsideologie, 87–91.

214 KINDERMANN, Österreich, 80; MITTELMEIER, Austrofaschismus, 111 und 115 f.; zu Schuschniggs positiver Einstellung vgl. auch KÖNIGSEDER, Antisemitismus, 57.

215 TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 473 f.

216 CONNELLY, From Enemy, 101 f.

217 CONNELLY, From Enemy, 30 und 58–61.

218 KINDERMANN, Österreich, 76–79; KÖNIGSEDER, Antisemitismus, 57 f.

219 CONNELLY, From Enemy, 130–140, 152 f. und 170–172.

Antijudaismus und Antisemitismus nicht leicht.²²⁰ Mehr Akzeptanz fand das nationale und religiöse Judentum, weniger das assimilierte. Für die Juden sprach deren Wunsch nach Erhaltung Österreichs als unabhängiger Staat, zudem ihr Lob der Habsburger und der katholischen Kirche als Säulen des Österreichertums.²²¹ Auch bejahten sie das ständische Prinzip, zeigten Sympathien für den autoritären Gedanken und verurteilten die „Formaldemokratie“ (Kap. 4.2).²²² Stellvertretend für jene, die aus den genannten Gründen loyal zum Ständestaat standen, sei Sigmund Freud genannt.²²³

Politische Krisen der dreißiger Jahre

Das eigentliche Feindbild der Bundesregierung waren indes die Nationalsozialisten und die Sozialdemokraten. Obwohl die Ersteren im Januar 1934 ihren Terror in Österreich intensivierten²²⁴, galt Letzteren mehr Aufmerksamkeit.²²⁵ Am 12. Februar 1934 forderten Kämpfe zwischen Mitgliedern des *Schutzbundes*, der die in Gang befindliche Illegalisierung der Sozialdemokratie nicht länger zu tolerieren bereit war, und der Regierung mehrere hundert Tote.²²⁶ Die katholische Kirche trug diese Politik weitgehend mit²²⁷: Sie sei der Regierung „von unglücklichen Fanatikern aufgezwungen“ worden²²⁸, so die mit Blick auf die Befindlichkeit des Kanzlers („eine besonders radikale Form politischer Panik“²²⁹) und den aus Italien kommenden Druck²³⁰ verständliche, wenn auch nicht zu teilende Deutung.²³¹ In der Folge wurde die Verfassung durch eine ständisch-autoritär ausgerichtete ersetzt, die am 1. Mai kraft eines Ermächtigungsgesetzes verlautbart wurde (Kap. 3.7).²³²

220 CONNELLY, *From Enemy*, 96–99.

221 MADEREGGER, *Die Juden*, 67–69; TÁLOS, *Herrschaftssystem* (2013), 78.

222 MADEREGGER, *Die Juden*, 88.

223 PAYNE, *Geschichte*, 308 f.

224 WOHNOUT, *Dreieck*, 87 f.

225 TÁLOS, *Herrschaftssystem* (2013), 49–53 und 283–285.

226 P. BERGER, *Kurze Geschichte*, 165 f.; BOTZ, *Gewalt*, 246–258; MADERTHANER, 12. Februar, 175–183; Versuch, beide Seiten zu verstehen: GOLDINGER/BINDER, *Geschichte*, 221.

227 EBNER, *Politische Katholizismen*, 171 f.

228 v. HILDEBRAND, *Engelbert Dollfuß*, 27.

229 KLUGE, *Ständestaat*, 61.

230 WEINZIERL, *Zeitgeschichte*, 223–227.

231 DREIDEMY, *Der Dollfuß-Mythos*, 111; KONRAD, *Der 12. Februar 1934*, 97 f.; RATHKOLB, *Erste Republik*, 499 f.; WOHNOUT, *Bürgerliche Regierungspartei*, 201; WOHNOUT, *Dreieck*, 89.

232 BRAUNEDER, *Verfassungsgeschichte*, 234 f.; NEGER, *Verfassung*, 45–48 und 69 f.; TÁLOS/MANOSCHEK, *Aspekte*, 125 f.

Auf Verständigungsversuche der Nationalsozialisten war Dollfuß nach den Februarkämpfen nicht eingegangen²³³, umso mehr, als diese ja auch von Seiten ehemaliger Schutzbündler einigen Zustrom hatten.²³⁴ Am 25. Juli 1934 verlor der Kanzler bei einem im Rahmen eines nationalsozialistischen Putschs auf ihn verübten Attentat sein Leben.²³⁵ Die Annahme, dass der Putsch zwar nicht aktiv von Berlin aus gesteuert, dort aber auch nicht bedauert wurde, ist naheliegend.²³⁶ Von Dollfuß' Ermordung abgesehen, hatte er dank des Widerstands des Heimatschutzes und des Bundesheeres²³⁷ keinen nachhaltigen Erfolg.²³⁸

Kurt Schuschnigg, der Nachfolger des ermordeten Kanzlers, der sich – trotz aller Unterschiede in der Persönlichkeit²³⁹ – als Fortsetzer von dessen Politik verstand²⁴⁰, glaubte an die Zusammenarbeit mit dem „großen Reich“, die Ideologie des Nationalsozialismus teilte er aber nicht.²⁴¹ Nicht zufällig wurde seine Bestellung daher gerade im Kreis um Dietrich von Hildebrand sehr begrüßt, der auch seinen besonnenen Charakter schätzte.²⁴² In Schuschniggs Auftrag pflegte Friedrich Funder, ein Gegner der italienischen Ausrichtung der Politik Österreichs, intensiven Kontakt mit Franz von Papen, Hitlers seit dem 26. Juli in Wien tätigem Sonderbotschafter²⁴³, der seinerseits auf die christlichsoziale Bewegung zählte.²⁴⁴

233 ROSS, Hitler, 175–184.

234 P. BERGER, Kurze Geschichte, 171; zum Nationalsozialismus in Österreich vgl. CARSTEN, Faschismus, 236–242.

235 BOTZ, Gewalt, 266–275; GOLDINGER/BINDER, Geschichte, 232–239; HOPFGARTNER, Schuschnigg, 115–122; POTOČNIK, Bewusstsein, 197–201; WEINZIERL, Zeitgeschichte, 229–231.

236 P. BERGER, Kurze Geschichte, 175–177; BERTOLASO, Die erste Runde, 64–70; BRACHER, Nationalsozialismus, 21; DE FELICE, Breve Storia, 81; DI NOLFO, Rapporti, 71; FRIEDL, Zusatzprotokolle, 70; KINDERMANN, Hitlers Niederlage, 151–155; zu den Reaktionen in Berlin ROSS, Hitler, 236–246; Dollfuß hatte bereits im Sommer 1933 einen von Deutschland aus gesteuerten Putsch in Österreich für möglich gehalten; KINDERMANN, Österreich, 186; für die These der Steuerung des Putschs aus Deutschland: CS 24. 2. 1935 (H. MATAJA), dagegen: Gerhard Jagschitz und Fritz Wolfram (STOURZH/ZAAR, Österreich, 97 und 104) – und zuletzt sehr vehement DREIDEMY, Der Dollfuß-Mythos, 35–43.

237 Zu diesem vgl. TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 212–221.

238 CARSTEN, Faschismus, 243–248; KINDERMANN, Österreich, 147, 221–227 und 244 f.

239 GOLDINGER/BINDER, Geschichte, 239; KLUGE, Ständestaat, 71.

240 HOPFGARTNER, Schuschnigg, 84, 120 und 136.

241 Zu seinem Begriff des Deutschtums vgl. K. SCHUSCHNIGG, Requiem, 167–175; zur tiefen weltanschaulichen Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus EBD. 23 f.; GOLDINGER/BINDER, Geschichte, 288.

242 CONNELLY, From Enemy, 116.

243 POTOČNIK, Bewusstsein, 204; zu seinem Stil CARSTEN, Faschismus, 267; KINDERMANN, Österreich, 233 f.

244 PASTEUR, Kruckenkreuz, 205 f.

Schuschnigg gelang es nicht, die Lage zu stabilisieren, wie häufige Regierungsumbildungen²⁴⁵ und ein schleichender Abbau des Sozialsystems²⁴⁶ zeigen. Von den unter seiner Kanzlerschaft gesetzten Maßnahmen sei insbesondere die Revision des Habsburgergesetzes vom 3. April 1919²⁴⁷ erwähnt, das am 10. November 1920 in Verfassungsrang erhoben worden war²⁴⁸. Am 10. Juli 1935, in einer außenpolitisch günstiger sich präsentierenden Situation, wurde es in den einfachen Gesetzesrang zurückgestuft; die Landesverweisung für die Mitglieder der ehemaligen kaiserlichen Familie wurde aufgehoben, Teile des Vermögens wurden rückerstattet.²⁴⁹ Diese in erster Linie zum Zweck der Verhinderung des Anschlusses an Deutschland gesetzte Maßnahme hatte im Ausland besorgte Reaktionen zur Folge.²⁵⁰

Bis 1935 kooperierten die österreichischen Regierungen mit dem faschistischen Italien, um für den in seiner Eigenständigkeit als bedroht empfundenen Staat einen Rückhalt gegen das Deutsche Reich zu gewinnen (Kap. 3.5). Der 1935/36 stattfindende Abessinienkrieg entfremdete Italien den Westmächten und förderte die Annäherung an Deutschland. In diesem Zusammenhang zeigte die österreichische Regierung auch zunehmende Skepsis gegenüber der Heimwehr. 1936 wurde der Wehrverband aufgelöst und durch die neu gegründete *Frontmiliz* ersetzt. Diese Maßnahme diente der politischen Stärkung von Bundeskanzler Schuschnigg, der seinen politischen Widersacher Starhemberg aus allen seinen Positionen entließ.²⁵¹

Bereits im Herbst 1930 hatte Schuschnigg in Tirol die *Ostmärkischen Sturmscharen* gegründet, eine den Ideen der christlichen Sozialreform verpflichtete, anfänglich nicht militante kulturpolitische Erneuerungs- und Schutzbewegung, die sich von der Heimwehr grundlegend unterschied.²⁵² Anton Klotz spendete ihm dafür großes Lob.²⁵³

245 KLUGE, Ständestaat, 88–90.

246 PASTEUR, Kruckenkreuz, 162 f.; SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 55–63; TÁLOS, Voraussetzungen, 263; UNTERRAINER, Wirtschaftspolitik, 100–103.

247 Vgl. dazu BINDER, Von 1918, 16–20.

248 TÁLOS, Handbuch, 47 (O. LEHNER); WALTERSKIRCHEN, Adel, 181; HOPFGARTNER, Schuschnigg, 139.

249 BINDER, Von 1918, 20; LOVREK, Die legitimistische Bewegung, 235 f.; MOSSER, Legitimusismus, 129–194, 359–364; STEKL, Österreichs Adel, 119; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 265.

250 GOLDINGER/BINDER, Geschichte, 246; G. STOURZH, Außenpolitik, 340.

251 BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 210 und 214; CARSTEN, Faschismus, 255–257; GOLDINGER/BINDER, Geschichte, 252; JAGSCHITZ, Ständestaat, 506 f.; MARSCHNIG, Militarisierung, 40–45 und 66–69; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 65 und 225–227; WILTSCHEGG, Heimwehr, 97–112.

252 BUSSHOFF, Dollfuß-Regime, 31 f.; GOLDINGER, Schuschnigg, 221; STIMMER, Eliten, 749–752; TÁLOS, Handbuch, 272 (C. EARL EDMONDSON); TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 201–204.

253 KLOTZ, Sturm, 12.

Der wachsende Druck des Deutschen Reichs auf Österreich kulminierte am 11. Juli 1936 in einem Abkommen, in dem sich Schuschnigg zu einer weitreichenden Berücksichtigung deutscher Interessen verpflichtete.²⁵⁴ Formell handelte es sich um einen Nichteinmischungspakt, in Wirklichkeit wurde der „Anschluss“ antizipiert.²⁵⁵ Der österreichischen Verhandlungsdelegation gehörte u. a. Guido Zernatto an. Edmund Glaise von Horstenau, einer der prominentesten Repräsentanten der sogenannten „betont Nationalen“, war in die Vorbereitungen eingebunden.²⁵⁶ Im Zuge der anschließenden Regierungsumbildung wurde er ins Kabinett Schuschnigg aufgenommen²⁵⁷; das Innenministerium erhielt Arthur Seyss-Inquart.²⁵⁸ Obwohl Schuschnigg bereits unmittelbar nach dem Abschluss des Abkommens an der „Ehrlichkeit des Partners“ zweifelte und sich weiterhin vom Nationalsozialismus distanzierte²⁵⁹, geriet er in die Kritik.²⁶⁰ Leopold von Andrian schob die Verantwortung schlechten Ratgebern des Kanzlers zu; er wusste auch von Überlegungen, diesen durch Richard Schmitz abzulösen.²⁶¹ Otto von Habsburg teilte Schuschnigg seine Bedenken in einem ausführlichen Schreiben mit.²⁶²

Selbst zu einer Politik wie der der Nationalsozialisten nicht fähig, schätzte der Kanzler deren Ziele und Methoden falsch ein; daher verfehlten seine Beschwichtigungsversuche ihr Ziel.²⁶³ Seine insgesamt eher zaudernde Außenpolitik nährte sich nicht zuletzt von der Hoffnung auf Internationalisierung des Problems²⁶⁴, wird heute aber eher einem Wunschenken als realistischen Einschätzungen zugeschrieben.²⁶⁵ Am 12. Februar 1938, bei einem Treffen mit Hitler in Berchtesgaden, stand er vor vollendeten Tatsachen.²⁶⁶ Er konnte

254 BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 220 f.; POTOČNIK, Bewusstsein, 209–211; SEEFRIED, Reich, 46–48; G. STOURZH, Außenpolitik, 329–331; STUHLFARRER, Außenpolitik, 332 f.; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 66 und 506–518; WEINZIERL, Zeitgeschichte, 232 f.

255 P. BERGER, Kurze Geschichte, 182–184; BINDER, „Austrofaschismus“, 582; GOLDINGER, Schuschnigg, 226; GOLDINGER/BINDER, Geschichte, 258–264; HOPFGARTNER, Schuschnigg, 169–173; KLUGE, Ständestaat, 14 und 95 f.; TÁLOS, Zum Herrschaftssystem, 159.

256 KRIECHBAUMER, Front, 360; POTOČNIK, Bewusstsein, 212–216; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 502–505; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 564 f.

257 BROUCEK, Ein General II, 11; SLAPNICKA, Oberösterreich, 95 f.

258 HOPFGARTNER, Schuschnigg, 175; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 623–627; F. MÜLLER, Gemeinsam, 493 f.; NEUHÄUSER, Legitimus, 73.

259 K. SCHUSCHNIGG, Requiem, 31; vgl. KINDERMANN, Der Feindcharakter, 90.

260 BINDER, Alte Träume, 504; GOLDINGER/BINDER, Geschichte, 268 f.

261 PRUTSCH/ZEYRINGER, Leopold von Andrian, 602–608.

262 BAIER/DEMMELE, Otto von Habsburg, 130–135.

263 KINDERMANN, Österreich, 329; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 54–57 und 528 f.

264 BINDER, „Austrofaschismus“, 582 und 585.

265 BINDER, „Austrofaschismus“, 589; nach wie vor gültig KLUGE, Ständestaat, 128–132.

266 Vgl. den 1945 rückschauend darüber verfassten Bericht; K. SCHUSCHNIGG, Requiem, 37–52.

zwar einige besonders drückende Passagen verhindern, nicht aber dass eine quasi totale Unterwerfung Österreichs unter das Deutsche Reich und Maßnahmen zur Begünstigung der österreichischen Nationalsozialisten festgeschrieben wurden.²⁶⁷ Guido Zernatto berichtete von nationalsozialistischen Aufmärschen, die von reichsdeutscher Seite unterstützt worden seien.²⁶⁸ Am 12. März 1938 rückten deutsche Wehrmachts-, SS- und Polizeieinheiten in Österreich ein, einen Tag später wurde der „Anschluss“ durch das *Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich* vollzogen.²⁶⁹

1942 erklärte Schuschnigg in einem in der Haft in Sachsenhausen verfassten Schreiben an seinen Bruder Artur voll Bitterkeit, im März 1938 habe er unter schwerem Druck aus Deutschland gestanden; weder Glaise von Horsteanau noch Seyss-Inquart seien seine Gesinnungsverwandten gewesen.²⁷⁰

3.2 Geistige Anregungen aus den frühen zwanziger Jahren: Othmar Spann, Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi

1921 legte Othmar Spann, Professor für politische Ökonomie und Gesellschaftslehre an der Universität Wien²⁷¹, ein vielbeachtetes, freilich nach wie vor umstrittenes Buch vor: *Der wahre Staat* reagierte auf die revolutionären Ausschreitungen von 1918 mit einem elitären ständestaatlichen System, das Parlamentarismus und Demokratie verurteilte.²⁷²

Spann war ein spekulativer, eklektisch vorgehender Denker²⁷³, der Rationalismus, Positivismus, Utilitarismus, Liberalismus, Individualismus, Materialismus und Kapitalismus vehement ablehnte.²⁷⁴ Keinem der dominanten weltanschaulichen Lager eindeutig zuzuordnen, unternahm er eine

267 BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 230 f.; BRACHER, Nationalsozialismus, 22; F. MÜLLER, Gemeinsam, 495 f.; NEWMAN, Zerstörung, 460 f.; zu den Abläufen vgl. GOLDINGER/BINDER, Geschichte, 271–289; KINDERMANN, Österreich, 296–304; POTOČNIK, Bewusstsein, 226; STUHL-PFARRER, Außenpolitik, 334 f.; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 530–534.

268 ZERNATTO, Die Wahrheit, 242 f. und 265.

269 BOTZ, Gewalt, 289–292; HANISCH, Der lange Schatten, 337–345; KLUGE, Ständestaat, 132–135; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 547–549.

270 BINDER/H. SCHUSCHNIGG, „Sofort vernichten“, 228–230.

271 Zu seiner Person vgl. GAUGER, Gemeinwohl, 91; KETTERN, Spann; SENFT, Im Vorfeld, 79–81; STREITENBERGER, Leitbild, 217–221.

272 MEYER, Stand, 192; P. NOLTE, Die Ordnung, 179; SEEFRIED, Reich, 35 und 124 f.; SIEGFRIED, Universalismus, 50.

273 BOHN, Ständestaatskonzepte, 38; MAYER-TASCH, Korporativismus, 27; SIEGFRIED, Universalismus, 63 f.

274 G. KLEMPERER, Konzepte, 94 f.; LK, 519 (F. ROMIG); MEYER, Stand, 188; RESELE, Ständestaatskonzeption, 56 f.

umfassende Reflexion, die – in einer in ihren Urteilen unsicher gewordenen Zeit – allmählich Züge einer in sich geschlossenen Heilslehre annahm. Anders als Max Weber wollte er wissenschaftliche Fragen nicht von moralischen Werturteilen trennen.²⁷⁵ Sein Universalismus²⁷⁶ reagierte auf das naturwissenschaftliche Weltbild und die in manchen Kreisen als theorielos erachtete empirische Detailforschung.²⁷⁷ Von Platon übernahm er ein Modell ständischer Gliederung der Gesellschaft, das nicht an der Basis, sondern an der Spitze begann und aus diesem Grund dem Staat eine überragende Bedeutung beimaß („Staatsstand“).²⁷⁸

Als einer der meistgelesenen Autoren seiner Zeit²⁷⁹, den viele Hörer in den höchsten Tönen lobten²⁸⁰, prägte Spann einen großen Kreis von Schülern²⁸¹; mehrere von diesen besetzten in den dreißiger Jahren in Österreich politische Schlüsselpositionen²⁸²; auch Dollfuß bewunderte ihn.²⁸³ Gertrud Spinnhahn adaptierte in ihrer 1936 an der Hochschule für Welthandel in Wien approbierten Dissertation²⁸⁴ die Lehre Spanns bzw. seines Schülers Walter Heinrich für den Teilbereich Landwirtschaft²⁸⁵ – übrigens die einzige Arbeit mit ständetheoretischen Ansätzen aus weiblicher Feder. Großen Einfluss übte er in den Reihen der Heimwehr.²⁸⁶

275 KALTENBRUNNER, Europa, 384; KREMER, Staatsphilosophie, 6 f.; PICHLER, Werk, 245; RASSEM, Othmar Spann, 91 f.; SIEGFRIED, Universalismus, 198.

276 Zur Kritik dieser Begrifflichkeit vgl. KREMER, Staatsphilosophie, 7.

277 DIAMANT, Katholiken, 210; HANISCH, Der lange Schatten, 329 f.; KRIECHBAUMER, Front, 20; PICHLER, Werk, 246; RASSEM, Othmar Spann, 90; RESELE, Ständestaatskonzeption, 10; SCHNELLER, Zwischen Romantik und Faschismus, 10–15.

278 SPANN, Der wahre Staat, 205; vgl. NOVOTNY, Der berufsständische Gedanke, 211; WOHNOUT, Regierungsdiktatur, 53.

279 KALTENBRUNNER, Europa, 383 f.

280 KNOLL, Der soziale Katholizismus, 14.

281 Vgl. mehrere der in Kap. 10.4 präsentierten Biogramme, insbesondere die der Mitarbeiter der Zeitschrift StL; zu seinem Einfluss in Deutschland vgl. BOHN, Ständestaatskonzepte, 6 und 33.

282 P. NOLTE, Ständische Ordnung, 241; RESELE, Ständestaatskonzeption, 43; F. SCHAUSBERGER, Letzte Chance, 114 f.; SENFT, Im Vorfeld, 105; SIEGFRIED, Universalismus, 10 f.; WANDRUSZKA, Struktur, 335–337; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 13–17; nach anderer Auffassung war Spanns Einfluss unerheblich; NOVOTNY, Der berufsständische Gedanke, 211; P. HUEMER, Entstehung, 578 f.

283 JAGSCHITZ, Dollfuß, 208; MILLER, Engelbert Dollfuß, 28.

284 *Liberaler und ständischer Agrarpolitik. Unter besonderer Berücksichtigung des Problems der Landflucht und seiner Lösung in der ständischen Ordnung.*

285 SPINNHORN, Agrarpolitik, 7 f.

286 TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 9; WOHNOUT, Die Verfassung, 22.

Bei Richard Kerschagl wird eine gewisse Prägung durch Spann in der Studentenzeit angenommen, er selbst distanzierte sich aber von ihm.²⁸⁷ Gleichwohl publizierte er in den frühen dreißiger Jahren häufig im StL. Dort und in der SZ verarbeitete er in selbständigen Beiträgen²⁸⁸ und Rezensionen²⁸⁹ das Gedankengut des Meisters. Sein eigenes, 1932 erschienenes Buch *Devisenbewirtschaftung. Ein Abriss ihrer ökonomischen Probleme* wurde von Spann wohlwollend besprochen.²⁹⁰

Auch in der katholischen Soziallehre blieben Spanns Vorstellungen von der ständischen Ordnung – ungeachtet einzelner kritischer Stimmen – lange Zeit maßgebend; erst die Enzyklika *Mater et Magistra* (1961) bewirkte eine Revision.²⁹¹ Ein Vermittler seiner Ideen zu christlichsozialen Kreisen war Ignaz Seipel.²⁹² August M. Knoll nannte Spann den „Theoretiker“, Seipel den „Politiker des berufsständischen Freiheitsgedankens“.²⁹³ In katholischen Kreisen teilte man Spanns Kritik an Liberalismus und Kapitalismus, nicht aber seine autoritäre Verherrlichung des Staates auf Kosten des Individuums sowie von Kirche und Familie.²⁹⁴

Es gab aber auch ständischem Denken gegenüber offene Zeitgenossen, die Spann nicht ernst nahmen: Für jene, die von einer von unten nach oben führenden Struktur ausgingen, veranschlagte er die Rolle des Staates zu hoch.²⁹⁵ Edmund Glaise von Horstenau nannte ihn einen „politischen Phantasten“²⁹⁶, und in einem 1930 vor der *Grazer Philosophischen Gesellschaft* gehaltenen Vortrag fiel für seine Anhänger das auf bedingungslose Abhängigkeit deutende Wort „Jünger“.²⁹⁷

Gleichwohl gilt Spann als einer der einflussreichsten Denker der Zeit, dessen Handschrift auch in der Maiverfassung zu erkennen sei.²⁹⁸ Er selbst distanzierte sich von dieser allerdings, weil sie zu viele Konzessionen an den Liberalismus enthalte und weil sie den Begriff „Stand“ vornehmlich als „Berufsstand“ verstehe; dem Dollfuß-Regime warf er diktatorischen Charakter

287 B. DACHS, Richard Kerschagl, 9–15 und 34.

288 StL 1932, 203–210 (R. KERSCHAGL); SZ 19. 6. 1927 (R. KERSCHAGL); 27. 3. 1932 (R. KERSCHAGL); 4. 3. 1934 (R. KERSCHAGL).

289 StL 1932, 166 f. und 224 f. (R. KERSCHAGL).

290 StL 1932, 117 (O. SPANN).

291 O. WEISS, Rechtskatholizismus, 85.

292 K. v. KLEMPERER, Ignaz Seipel, 113; P. NOLTE, Die Ordnung, 181; WOHNOUT, Regierungsdiktatur, 21–23.

293 KNOLL, Der soziale Katholizismus, 13.

294 DIAMANT, Katholiken, 123 f.; SENFT, Im Vorfeld, 60; TALOS, Voraussetzungen, 257.

295 BECHER, Der Blick, 61.

296 GLAISE-HORSTENAU, Erinnerungen, 91 f.

297 KREMER, Staatsphilosophie, 5.

298 LACKNER, Die Ideologie, 57 f.; SCHNELLER, Zwischen Romantik und Faschismus, 110–112.

vor.²⁹⁹ In der rezenten Forschung bestehen Vorbehalte gegen Spann.³⁰⁰ Insbesondere die Tatsache, dass der Nationalsozialismus Teile seiner Philosophie instrumentalisierte³⁰¹, wird gegen ihn vorgebracht. Spann selbst legte Wert auf Abgrenzung seiner Positionen von denen der Nationalsozialisten.³⁰² Andererseits erschienen in der die von ihm herausgegebenen Zeitschrift *StL* Artikel, die um den Nachweis von Gemeinsamkeiten bemüht waren.³⁰³ Hitler selbst lehnte Spann und seinen Kreis ab.³⁰⁴

Zu den vielfältigen Tätigkeiten Othmar Spanns gehörten auch Referate bei Kongressen der 1922 gegründeten Paneuropa-Union. Ob er deren geistigen Vater, Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi³⁰⁵, kannte, weiß man nicht.³⁰⁶ Wichtiger ist, dass dieser in seinem 1923 erschienenen Buch *Pan-Europa* und in weiteren Werken Gedanken entwickelte, die auffällige Analogien zu denen der prägenden Denker des Ständestaates aufweisen³⁰⁷, insbesondere die Kritik am bürgerlichen Freiheits- und Gleichheitsideal und am modernen Parlamentarismus.³⁰⁸ Zentral ist weiters der Primat des Philosophischen vor dem Politischen, wie ihn der gegen Wertrelativismus und Skeptizismus ankämpfende Kreis um Dietrich von Hildebrand kultivierte.³⁰⁹ Tragende Säulen dieses komplexen Gedankengebäudes waren der Vorrang der Aristokratie als „Qualitätsprinzip“ vor der Demokratie als „Quantitätsprinzip“ und eine Herrschaft der Tüchtigsten und Weisesten als Gegenentwurf zur „Masse“.³¹⁰ Wichtig war ihm die Forderung, dass die Wirtschaft der Politik nachgeordnet zu sein habe.³¹¹ 1937 erklärte er in einer Rede in Wien

299 P. HUEMER, Entstehung, 578; KALTENBRUNNER, Europa, 384; NEISSER, Eric Voegelin, 22; NOVOTNY, Der berufsständische Gedanke, 213; ORGLER, Ständestaat, 182; PICHLER, Werk, 249; RESELE, Ständestaatskonzeption, 58; SIEGFRIED, Universalismus, 148 und 222; STREITENBERGER, Leitbild, 241 f.

300 HAMMER, Othmar Spann, passim; SELIGER, Scheinparlamentarismus, 38 f.

301 BELLER, A Concise History, 219; GEHLER, Hochschule, 76 f.; MEYER, Stand, 188. Es gibt aber auch nationalsozialistische Stellungnahmen gegen Spann; BRACHER, Nationalsozialismus, 8.

302 *StL* 1934, 93–95 (I. ROLOFF); 1934, 572–586 (E. v. LITTROW).

303 MÜHLFELD, Rezeption, 33; zu möglichen Berührungspunkten vgl. auch NEWMAN, Zerstörung, 352.

304 P. NOLTE, Ständische Ordnung, 253.

305 Biogramm bei GEHLER, Der lange Weg 1, 19.

306 ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Botschafter Europas, 394.

307 CONZE, Richard Coudenhove-Kalergi, 22; ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Botschafter Europas, 497.

308 COUDENHOVE-KALERGI, Held, 162 und 185; ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Botschafter Europas, 434 f.

309 KUGLER, Die frühe Diagnose, 19 und 123; SEIFERT, Dietrich von Hildebrand, 178.

310 CONZE, Richard Coudenhove-Kalergi, 13; ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Europäische Christdemokraten, 577; ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Botschafter Europas, 58.

311 ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Botschafter Europas, 273.

über die Bedrohung der „europäischen Seele“ durch Bolschewismus und Nationalsozialismus, es brauche eine Vereinigung „der wahrhaft Gebildeten aller Nationen gegen die Mächte der Halbbildung und der Unbildung“. ³¹² Die zu schaffenden vereinigten Staaten von Europa sollten in erster Linie eine geistige Gemeinschaft sein. ³¹³ Nicht zufällig setzte später die Reichsschrifttumskammer sein Gesamtwerk auf die Liste der Schriften, die das nationalsozialistische Kulturwollen gefährden. ³¹⁴

In Österreich fand Coudenhove-Kalergi seine Vorstellungen in vielen Aspekten verwirklicht. Er würdigte den in den dreißiger Jahren unternommenen Versuch, die Staatstotalität zu überwinden, und lobte den Vorrang sachlicher Kriterien vor politischen. ³¹⁵ Das Land war für ihn Symbol eines als natürliche Bildung, nicht bloß als politische Idee verstandenen Mitteleuropa ³¹⁶, das gegen den antieuropäischen Kurs Deutschlands kämpfe. Die Republik sei „föderalistisch, traditionsgebunden und im besten Sinne europäisch“, erläuterte er 1934 in einem Schreiben an Karl M. Stepan. ³¹⁷ Dollfuss nannte er einen Vorkämpfer der „Kulturmenscheit“; er sei ein „echter, warmer, menschlicher Mensch“ gewesen, der ein „Werk seelischer Erneuerung“ geschaffen habe. ³¹⁸ Auch die VF fand seinen Beifall, allerdings nicht die Heimwehr. ³¹⁹ Der Maiverfassung bescheinigte er vorbildliche Eigenschaften. ³²⁰

Der österreichischen Politik der Zwischenkriegszeit diene die Paneuropa-idee dazu, die aus ihren limitierten Möglichkeiten sich ergebenden Hindernisse zu überwinden. ³²¹ Dass mit ihr Konservatismus assoziiert wurde ³²², wirkte hierbei fördernd. Faktisch war eine starke Position Österreichs aufgrund der realen Machtverhältnisse allerdings illusorisch. ³²³

Als Coudenhove-Kalergi seine Bewegung startete, unterstützte ihn Ignaz Seipel, indem er sich als Präsident der *Paneuropa-Union Österreich* zur Verfügung stellte. 1925 wurde ein Büro in der Wiener Hofburg eröffnet. ³²⁴ Beim

312 Zit. nach ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Botschafter Europas, 354.

313 GEHLER, Der lange Weg 2, 60.

314 EPPLE, Österreicher 1, 14.

315 ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Botschafter Europas, 393 f.

316 GEHLER, Der lange Weg 1, 25.

317 ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Botschafter Europas, 491 f.

318 GEHLER, Der lange Weg 2, 59.

319 ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Botschafter Europas, 493.

320 ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Botschafter Europas, 256.

321 GEHLER, Der lange Weg 1, 19; vgl. hierzu auch KINDERMANN, Österreich, 72–76.

322 ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Europäische Christdemokraten, 602.

323 GEHLER, Der lange Weg 1, 33.

324 CONZE, Richard Coudenhove-Kalergi, 50; GEHLER, Der lange Weg 1, 24; GEHLER/ZIEGERHOFER,

ersten Paneuropa-Kongress in Wien im Oktober 1926 hielt Seipel die Eröffnungsrede.³²⁵ Bundeskanzler Johann Schober stellte anlässlich eines Besuchs in Berlin im Februar 1930 fest, nationale Kreise in Österreich sähen Paneuropa nicht gern; gleichwohl bestehe der Wunsch, Wien zum Mittelpunkt dieser Idee zu machen.³²⁶ Nach Seipels Tod übernahm Dollfuß das Ehrenpräsidium.³²⁷ Wissend, „dass Österreich ohne die Hilfe Europas verloren war“³²⁸, erhoffte er sich von Coudenhove-Kalergi weit reichenden Kontakten Unterstützung in seinen Bemühungen um die internationale Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs.³²⁹ Von Kurt Schuschnigg hatte Coudenhove-Kalergi mitunter den Eindruck, dieser engagiere sich zu wenig.³³⁰ 1935 verfasste er ein Paneuropa-Testament in Form eines Briefes an den Kanzler, in welchem er diesen für den Fall seines Ablebens als Nachfolger in der Führung der internationalen Paneuropa-Bewegung wünschte. Es ist nicht überliefert, ob der Adressat von diesem Schreiben jemals Kenntnis erhielt.³³¹

Belegt ist aber, dass Schuschnigg – wie schon Dollfuß – Anträge auf Verleihung des Friedensnobelpreises an Coudenhove-Kalergi befürwortete³³², weil die Paneuropa-Bewegung für Österreich identitätsstiftenden Charakter habe. Auch die Mitglieder der vorberatenden Organe zeigten großes Engagement.³³³ 1935 wurde im Haus der Bundesgesetzgebung eine Paneuropäische Wirtschaftszentrale eröffnet. Am vierten Paneuropa-Kongress im Mai³³⁴ nahmen u. a. Alois Schönburg-Hartenstein, Florian Födermayr, Carl Vaugoin und Eduard Ludwig teil³³⁵, Letzterer einer der wichtigsten Repräsentanten der Paneuropa-Bewegung in Österreich.³³⁶ 1936 fand eine Delegiertenversammlung mit Neuwahl des Ausschusses statt. Das Ehrenpräsidium bildete fast die gesamte Bundesregierung, dazu Friedrich Funder und die Landeshauptleute Josef Reither, Franz Rehrl und Karl M. Stepan.³³⁷

Richard Coudenhove-Kalergi, 293; KINDERMANN, *Konservatives Denken*, 216; WANDRUSZKA, *Struktur*, 330; ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, *Botschafter Europas*, 171.

325 GEHLER, *Der lange Weg* 1, 29; GEHLER, *Europa*, 125.

326 ADÖ 7/1007.

327 GEHLER, *Der lange Weg* 1, 53; 2, 63; GEHLER/ZIEGERHOFER, Richard Coudenhove-Kalergi, 297.

328 Zit. nach GEHLER/ZIEGERHOFER, Richard Coudenhove-Kalergi, 296.

329 ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, *Europäische Christdemokraten*, 588 f.

330 GEHLER, *Der lange Weg* 1, 57; ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, *Botschafter Europas*, 259 f.

331 ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, *Europäische Christdemokraten*, 592.

332 ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, *Botschafter Europas*, 65 f.

333 An einer Kundgebung im Jahr 1935 nahmen u. a. Florian Födermayr, Carl Vaugoin, Alois Schönburg-Hartenstein und Eduard Ludwig teil; GEHLER, *Der lange Weg* 1, 56.

334 ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, *Europäische Christdemokraten*, 590.

335 GEHLER/ZIEGERHOFER, Richard Coudenhove-Kalergi, 298 f.

336 N. SCHAUSBERGER, *Österreich*, 294.

337 ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, *Botschafter Europas*, 266–268.

Im März 1937 organisierte die *Paneuropa-Union* in Wien eine Kundgebung, an der u. a. Ludwig Draxler, Ludwig Hülgerth, Wilhelm Taucher und Alois Schönbürg-Hartenstein teilnahmen. 1938 flüchtete Coudenhove-Kalergi in die Schweiz.³³⁸

Coudenhove-Kalergis Denken, das vor allem bei Intellektuellen Anklang fand³³⁹, sollte jenseits tagespolitischer Überlegungen zur Kenntnis genommen werden – auch wenn sein Verständnis von Humanismus bereits zu seiner Zeit, etwa in der einflussreichen *Reichspost* oder in der *SZ*, verhalten, mitunter skeptisch beurteilt wurde; seine Aktivitäten beruhten auf bloßer Betriebsamkeit und seien überzogen und unrealistisch, so etwa Richard von Schaukal.³⁴⁰ Der CS beurteilte die Paneuropa-Bewegung differenziert: Als Gegengewicht gegen den Nationalsozialismus und als Versuch, eine Ordnung der Völker zu finden, sei sie zu begrüßen; auch dass sie in die Schulen Eingang zu finden bemüht sei, müsse man gutheißen. Vermisst wurde aber das ausdrückliche Bekenntnis zum Christentum: Die Bändigung und Rationalisierung nationaler Instinkte allein genüge nicht, so wichtig sie sei, denn dies wolle auch der sozialdemokratische Internationalismus.³⁴¹

3.3 Die „Gesellschaftsreform“ auf christlich-sozialer Grundlage

Im April und Mai 1933 versammelte Richard Schmitz mit Wissen von Bundeskanzler Dollfuß einen Kreis katholischer Intellektueller, der Vorschläge für einen ständischen Umbau der Verfassung unterbreiten sollte, u. a. August M. Knoll, Johannes Messner, Friedrich Funder und Karl Lugmayer.³⁴² Im September 1933 trat Schmitz, von Funder ermuntert, als Sozialminister ins Kabinett Dollfuß ein.³⁴³ Im Dezember erklärte er, der Verfassungsreform müsse eine Gesellschaftsreform vorausgehen.³⁴⁴

Versuche zu einer solchen reichten in das 19. Jahrhundert zurück; mitzudenken hat man die tiefe Verankerung berufsständischen Gedankenguts in katholischen Einrichtungen.³⁴⁵ 1891 – in einer Zeit der Renaissance des Thomas

338 CONZE, Richard Coudenhove-Kalergi, 51; GEHLER, Der lange Weg 1, 64–66.

339 ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Botschafter Europas, 331.

340 *SZ* 14. 11. 1926 (R. v. SCHAUKAL); GEHLER, Der lange Weg 1, 26 und 31.

341 CS 26. 5. 1935 (V. FRANKL).

342 RUMPLER, Ständestaat, 237; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 99–102; WOHNOUT, Die Verfassung, 19.

343 BRAUN, Der politische Lebensweg, 261–265.

344 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 172.

345 BUSSHOF, Berufsständisches Gedankengut, 453 f.; WOHNOUT, Bürgerliche Regierungspartei, 190.

von Aquin³⁴⁶ – hatte Papst Leo XIII. die Enzyklika *Rerum novarum* veröffentlicht. Der darin angekündigte Geist der „Neuerung“ ging freilich nicht so weit, dass die patriarchalisch-monarchische Auffassung vom Gemeinwesen in Frage gestellt worden wäre.³⁴⁷ In sozialer Hinsicht regte der Pontifex aber zu einem grundlegenden Umdenken an. Es entstanden mehrere katholische Denkschulen, die sich in zwei Hauptgruppen einteilen lassen: Die „Sozialreform“ wandte sich unbeugsam gegen den Kapitalismus und zielte auf Wiederherstellung der alten organischen Sozialordnung, die „Sozialpolitik“ war hingegen auf Versöhnung mit dem Kapitalismus bedacht und strebte nach behutsamen Reformen innerhalb des bestehenden Systems, verstand sich als eine Art soziale Marktwirtschaft.³⁴⁸ Während sich in Deutschland unter der Führung des Mainzer Bischofs Wilhelm Emanuel von Ketteler³⁴⁹ die Letztere durchsetzte, fand in Österreich die Sozialreform viel Zuspruch. Das *Linzer Programm* der christlichen Arbeiterbewegung mit seinen Idealen von Zusammenarbeit und Solidarität von Unternehmern und Arbeitern kam ihr nahe.³⁵⁰

Wichtigster Vertreter der Sozialreform in Österreich war Karl Freiherr von Vogelsang, ein 1864 nach Wien abgewanderter deutscher Aristokrat, dessen publizistische Arbeit³⁵¹ die ab 1883 in Österreich erlassenen Sozialgesetze anregte. Ab 1884 war er in der neu gegründeten *Union de Fribourg*, einem Kreis katholischer Sozialtheoretiker in der Schweiz, maßgeblich tätig.³⁵² 1888/89 rief er in Wien einen Diskussionskreis für Sozialreformer ins Leben, bekannt geworden als „Entenabende“ (nach einem Wiener Hotel), in dem christlichsoziale und konservative Denker ins Gespräch kamen.³⁵³ Vogelsangs gediegene Bildung verschaffte ihm selbst bei politischen Gegnern Respekt.³⁵⁴ Gleichwohl war sein Schwiegersohn und Herausgeber seiner Werke, Wiard von Kloppe, der Ansicht, er sei von den meisten Zeitgenossen

346 ANZENBACHER, Christliche Sozialethik, 133; D. BERGER, Aspekte, 427; HÄRING, Gesetz, 262 f.

347 ANZENBACHER, Christliche Sozialethik, 137–140; LINDGENS, Die politischen Implikationen, 84–87.

348 ANZENBACHER, Christliche Sozialethik, 143; SEEFRIED, Reich, 118 f.

349 Zu ihm vgl. LINDGENS, Die politischen Implikationen, 86.

350 DIAMANT, Katholiken, 144–146; PELINKA, Stand, 248 f.; TALOS, Voraussetzungen, 256; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 3 und 8 f.; WOHNOUT, Regierungsdiktatur, 14.

351 Er war Herausgeber der seit 1874 in Basel erscheinenden *Monatsschrift für Gesellschaftswissenschaft* und der der *Österreichischen Monatsschrift für Gesellschaftswissenschaft* [...], seit 1881 *Österreichische Monatsschrift für christliche Sozialreform* [...].

352 KNOLL, Der soziale Katholizismus, 15–17; SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 8 und 23; WEINZIHL-FISCHER, Aus den Anfängen, passim.

353 G. HARTMANN, Der CV, 71; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 4.

354 Victor Adler schrieb ihm: „Sie sind einer der wenigen, deren Urteil in diesen Dingen überhaupt Wert besitzt.“; HANISCH, Konservatives und revolutionäres Denken, 78.

nicht verstanden worden.³⁵⁵ Vogelsang lehnte den Kapitalismus ab, den er mit Judentum, Liberalismus und Sozialismus in Zusammenhang brachte. Er verstand darunter allerdings nicht ein bestimmtes Wirtschaftssystem, beispielsweise die Marktwirtschaft, sondern eine Form des Egoismus, die verantwortliches Handeln im christlichen Sinn nicht zulasse und zum Kampf aller gegen alle führe, eine Auffassung von Besitz als Selbstzweck. Ursache dieser Fehlhaltung sei das Fehlen basaler Ordnungskriterien.³⁵⁶ Der Sozialismus war für ihn die Umkehrung des Darwinismus, daher der sichere Weg zum Klassenkampf.³⁵⁷ Als Alternative schwebte ihm ein auf dem Naturrecht (Kap. 5.4) beruhender adlig-klerikaler Sozialkatholizismus vor.³⁵⁸ 1850 konvertierte er zum Katholizismus.³⁵⁹

Zu seinen Mitarbeitern hatte der Aristokrat ein personales Verhältnis, anders als in den Fabriken, entsprechend der Forderung, die Beziehung zwischen Unternehmer und Arbeiter sollte nicht nur rechtlich, sondern auch sittlich geordnet sein.³⁶⁰ Für ihn war es undenkbar, die feudale Ordnung mit unmenschlicher Ausbeutung gleichzusetzen.³⁶¹ Er übernahm von dieser auch nicht das geburtsständische Modell, sondern forderte ein berufsständisch-genossenschaftlich geordnetes Gemeinwesen.³⁶² Die Gesellschaft wünschte er sich organisch gegliedert, nicht als die gestaltlose, durch einen künstlichen Beamtenmechanismus gesteuerte Masse.³⁶³ Das Proletariat sollte von der Gesellschaft „aufgesaugt“, zu einem organischen Bestandteil derselben werden.³⁶⁴ Die Stände waren für ihn ein bunter Fächer, entstanden aus den diversen beruflichen Qualifikationen.³⁶⁵ Für den Tüchtigsten sah er Möglichkeiten, traditionelle Schranken zu durchbrechen, die Masse aber müsse auf einem mittleren ökonomischen Niveau gehalten werden.³⁶⁶ Konservativ zu sein war für ihn eins mit dem Wirken für eine Umgestaltung der Gesellschaft zum Besseren.³⁶⁷

355 CS 8. 4. 1934 (W. v. KLOPP).

356 BADER, *Der Friede*, 214 f.; BADER, Karl Lugmayer, 22 f.; HANISCH/URBANITSCH, *Prägung*, 67 f.; MEYER, *Stand*, 216; ROOS, *Entstehung*, 105 f.

357 HASIBA, *Der berufsständische Gedanke*, 107; IBER, *Vom Syllabus*, 15; SENFT, *Im Vorfeld*, 57; STREITENBERGER, *Leitbild*, 95.

358 BADER, *Christliche Sozialreform*, 155–157; BRUCKMÜLLER, *Sozialgeschichte*, 338; SCHMIT, *Christliche Arbeiterbewegung*, 24.

359 HANISCH, *Konservatives und revolutionäres Denken*, 73–77.

360 BADER, *Die geistige Grundlegung*, 168.

361 BADER, *Die geistige Grundlegung*, 148–152.

362 BADER, *Die geistige Grundlegung*, 163; EBNETH, *Wochenschrift*, 156; MEYER, *Stand*, 217 f.

363 IBER, *Vom Syllabus*, 17.

364 ALLMAYER-BECK, *Vogelsang*, 139.

365 ALLMAYER-BECK, *Vogelsang*, 146.

366 HANISCH, *Konservatives und revolutionäres Denken*, 198.

367 BADER, *Christliche Sozialreform*, 153.

Nach Vogelsangs Tod ging die geistige Führung der katholischen Soziallehre in Österreich auf Franz Martin Schindler über. Ab 1887 Inhaber der Lehrkanzel für Moraltheologie in Wien und Verfasser der ersten systematischen Darstellung der katholischen Soziallehre in Österreich³⁶⁸, war er einer der wichtigsten Theoretiker des ständischen Gedankens. Diesen betrachtete er als Korrektur und Stütze, nicht als Ersatz für den Parlamentarismus.³⁶⁹ Er wollte das feudal orientierte Programm des „Romantikers“ mit neueren gesellschaftlichen Entwicklungen harmonisieren. In Auseinandersetzung mit dem Sozialismus sprach er sich gegen die Aufrechterhaltung adliger Privilegien aus. Statt radikaler Gesellschaftsreform forderte er praktische Sozialpolitik; auch einen gemäßigten Kapitalismus hieß er gut. Wissend um die Schwierigkeiten, unter ungünstigen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen die Integrität des Handelns zu bewahren, forderte Schindler die Einbindung von Soziologie und Volkswirtschaftslehre in die Moraltheologie.³⁷⁰ 1891 formulierte er auf der Basis der Ergebnisse der „Entenabende“, denen er als geistiger Erbe Vogelsangs vorsah³⁷¹, das erste Programm der CSP.³⁷²

Ab 1892 baute Schindler die *Leo-Gesellschaft* auf, einen Verband österreichischer Gelehrter zur Pflege und Wahrung christlicher Weltanschauung, der sich zum intellektuellen Vordenkerkreis des politischen Katholizismus in Österreich entwickelte; hier fanden auch monarchistische und autoritäre Konzepte Platz.³⁷³ 1905 veröffentlichte Schindler seine Gedanken zum „Volksstand“, den er als genossenschaftliche Zusammenfassung aller Angehörigen des gleichen Berufs beschrieb. Der Staat sollte in die Organisation stützend, nicht lenkend eingreifen.³⁷⁴

Ein durch grundsätzliche Aussagen hervorgetretenes Mitglied der *Leo-Gesellschaft* war Albert M. Weiss OP, der 1894 über *Individuum und*

368 Biogramm bei STREITENBERGER, Leitbild, 96; Würdigungen bei HÖRMANN, Moraltheologie, 189–193; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 304–306; LEISCHING, Die römisch-katholische Kirche, 218; SCHÖNNER, Moraltheologe, 317–320.

369 IBER, Vom Syllabus, 19–22; KNOLL, Der soziale Katholizismus, 14; TALOS, Voraussetzungen, 255.

370 STREITENBERGER, Leitbild, 99 und 206; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 6 f.

371 LACKNER, Die Ideologie, 82 f.; WANDRUSZKA, Struktur, 317.

372 HÖRMANN, Moraltheologie, 193–198; SCHÖNNER, Moraltheologe, 321–324; STREITENBERGER, Leitbild, 97.

373 BOYER, Wiener Konservativismus, 344; DIAMANT, Katholiken, 112; DROBESCH, Vereine, 1108–1110; HÖRMANN, Moraltheologie, 195; SCHÖNNER, Moraltheologe, 326; STIMMER, Eliten, 685–689.

374 HÖRMANN, Moraltheologie, 194; PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 17; SCHÖNNER, Moraltheologe, 325; STREITENBERGER, Leitbild, 97–101; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 5; WOHNOUT, Regierungsdiktatur, 15.

Gesellschaft sowie *Wesen und Zweck des menschlichen Gesellschaftslebens* sprach. Seine Auffassung der Gesellschaft als Organismus und den Willen, sich von Individualismus, Liberalismus und Sozialismus zu distanzieren³⁷⁵, hatte er schon in den sechziger Jahren, als er in München studierte bzw. in der Seelsorge wirkte, geäußert. Die Auseinandersetzung mit Thomas von Aquin brachte ihn dem Dominikanerorden nahe, in den er 1876 eintrat. In den folgenden Jahren lehrte Weiss in Österreich. 1890 erhielt er einen Ruf an die Universität Fribourg, wo er fortan Gesellschaftswissenschaft lehrte. 1892–1894 wieder in Österreich (Graz und Wien), kehrte er 1895 auf seine Schweizer Lehrkanzel zurück, die er 1919 freiwillig verließ. 1898 erschien sein Hauptwerk *Apologie des Christentums vom Standpunkt der Sitte und Kultur*. Weiss war ein Theologe ultramontaner Gesinnung, der die Kirche nach Kräften vor modernistischen Tendenzen zu bewahren versuchte.³⁷⁶

Franz Martin Schindlers Nachfolger auf der Wiener Lehrkanzel für Moraltheologie (ab 1917) und ebenfalls Mitglied der *Leo-Gesellschaft* war Ignaz Seipel, der seine Ideen intellektuell und politisch weitertrug³⁷⁷, aber auch ein eigenes Profil entwickelte. Der nachmalige Bundeskanzler, der sich 1908 mit der Arbeit *Die wirtschaftsethischen Lehren der Kirchenväter* bei Schindler habilitiert hatte, verstand Politik als angewandte Moraltheologie und stellte sie in den Dienst der Seelsorge.³⁷⁸ Anders als Vogelsang betonte er die Rolle der Kirche in weltlichen Angelegenheiten als *ecclesia accomodata*.³⁷⁹ Sein wirtschaftspolitisches Credo ging auch weit über Schindler hinaus:³⁸⁰ „Wir machen bewusst und gewollt einen kapitalistischen Kurs.“³⁸¹

Einer der Wegbereiter desselben war, freilich in gemäßigten Formen, der Theologe und Nationalökonom Heinrich Pesch SJ.³⁸² Er ist der Begründer des sogenannten Solidarismus, des neben dem Universalismus einzigen geschlossenen ständestaatlichen Gesellschaftsbildes der Zeit.³⁸³ Diese Lehre,

375 A. M. WEISS, Individuum, 14.

376 RIVINIUS, Weiss, passim; vgl. KNOLL, Der soziale Gedanke, 97–100.

377 BOYER, Wiener Konservatismus, 344; DIAMANT, Katholiken, 98; HÖRMANN, Moraltheologie, 200–205; SCHÖNNER, Moraltheologe, 329; WANDRUSZKA, Struktur, 318; WOHNOUT, Bürgerliche Regierungspartei, 183.

378 K. v. KLEMPERER, Ignaz Seipel, 92 f.; LK, 502 (Chr. v. THIENEN-ADLERFLYCHT).

379 BOYER, Wiener Konservatismus, 343; K. v. KLEMPERER, Ignaz Seipel, 95; MARKO, Ernst Karl Winters Kritik, 136–140; SIEGFRIED, Universalismus, 83.

380 UNTERRAINER, Wirtschaftspolitik, 19–21; WOHNOUT, Bürgerliche Regierungspartei, 186.

381 Zit. nach KABELKA, Anton Orel, 73.

382 KLOSE, Geistige Grundlagen, 55; ROOS, Entstehung, 108; UNTERRAINER, Wirtschaftspolitik, 17 f.

383 ANZENBACHER, Christliche Sozialethik, 142 f.; BOHN, Ständestaatskonzepte, 32; P. NOLTE, Ständische Ordnung, 244; SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 29; SEEFRIED, Reich, 122 f.; UNTERRAINER, Wirtschaftspolitik, 26–28.

deren Ziel das Gemeinwohl³⁸⁴ war, forderte, jede wirtschaftliche Tätigkeit solle auf Solidarität beruhen. Im Sinne der „Sozialpolitik“ wurde die bestehende kapitalistische Eigentumsordnung nicht angetastet und die Marktwirtschaft nicht prinzipiell ausgeschlossen, aber die Möglichkeit einer Korrektur derselben durch die sittlichen Forderungen der Gerechtigkeit und Liebe vorgesehen.³⁸⁵ Die parlamentarische Demokratie fand grundsätzliche Zustimmung.³⁸⁶ Peschs Verständnis der Gesellschaft war das eines Leistungsorganismus, der durch solidarische Verbundenheit der Glieder nach dem Prinzip der Freiwilligkeit gedeihe.³⁸⁷

Die Lehre ging von der Natur des Menschen aus, der sowohl Individuum als auch soziales Wesen sei.³⁸⁸ Die Solidarität galt als Ausdruck der wesensmäßigen Verbundenheit der Menschen. Es war jene beim Personsein und bei der wesensmäßigen Gleichwertigkeit aller aufgrund der Gottebenbildlichkeit ansetzende „organische“ Solidarität, die Emile Durkheim von der „mechanischen“ unterschied. Hervorgehoben wurde aber auch die natürliche Begrenzung der menschlichen Individualität, verbunden mit der der zuteilenden Gerechtigkeit (Kap. 5.4) geschuldeten Einsicht, die Menschen wären zwar nicht gleichartig, aber gleichwertig.³⁸⁹

Im Zentrum von Peschs Denken stand der Gedanke des Dienens, für ihn der vornehmste, den es in einer Gemeinschaft geben könne. Ziel sei die geordnete Einfügung aller Bestrebungen in einen gemeinsamen moralischen Zweck, nicht eine nützliche Vereinbarung, letztendlich die Suche nach Ausgleich zwischen dem Einzelnen und der subsidiär ihm dienenden Gesellschaft.³⁹⁰ Franz Zehentbauer, der 1925 im NR Peschs *Lehrbuch der Nationalökonomie* wohlwollend rezensierte, zitierte als dessen Quintessenz den Satz „Was moralisch falsch ist, kann nicht politisch richtig sein“.³⁹¹ Kurt Schuschnigg studierte dieses Werk eingehend in der Zeit seiner Sachsenhauener Haft.³⁹² 1926 traf es Johannes Messner, einen Nachruf auf Pesch zu verfassen: Er bescheinigte ihm eine gelungene Verbindung von Wissenschaft und Leben und von Sozialökonomie und Sozialethik und teilte die Forde-

384 HÄTTICH, Wirtschaftsordnung, 19–22.

385 BEYER, Ständeideologien, 119 f.; MEYER, Stand, 219 f.; ROOS, Entstehung, 109.

386 BOHN, Ständestaatskonzepte, 51; MAYER-TASCH, Korporativismus, 60.

387 A. RAUSCHER, Personalität, 25.

388 BEYER, Ständeideologien, 124–127; BOHN, Ständestaatskonzepte, 49 f.; MAYER-TASCH, Korporativismus, 50–53; A. RAUSCHER, Personalität, 14 f.

389 NOTHELLE-WILDFEUER, Die Sozialprinzipien, 151–154; A. RAUSCHER, Personalität, 11.

390 DIAMANT, Katholiken, 146–151; A. RAUSCHER, Die soziale Natur, 28 und 35 f.; SENFT, Im Vorfeld, 76 f.; SIEGFRIED, Universalismus, 136–141.

391 NR 17. 1. 1925 (F. ZEHENTBAUER).

392 BINDER/H. SCHUSCHNIGG, „Sofort vernichten“, 325 und 359.

rung, auch in der Wirtschaft die Prinzipien der Gerechtigkeit und der Liebe zum Zuge kommen zu lassen.³⁹³

Genau diesen Aspekt befürwortete Othmar Spann nicht.³⁹⁴ Hier lag denn auch der entscheidende Unterschied zwischen Universalismus und Solidarismus: Zwar betrachteten beide die Gesellschaft als Organismus, aber für den Universalismus hatte die größere Gemeinschaft (Staat) Vorrang vor kleineren Einheiten (Stände). Der Solidarismus begriff dieses Verhältnis umgekehrt, nämlich das Ganze als Zusammenschluss, allerdings nicht Summe der Teile, wodurch das Einzelne eine Werterhöhung erfahre.³⁹⁵ Außerdem reduzierte er den Begriff „Stand“ nicht auf die rein geistige Gemeinschaft, sondern verstand darunter auch ein Gebilde im Gesellschaftsleben, das eine ökonomische Grundlage habe.³⁹⁶ Dieser Auffassungsunterschied wurde 1932 in der SZ thematisiert: Herausgeber Josef Eberle identifizierte das Blatt zwar nicht mit Spanns Schule, erklärte aber, einem Denker Gerechtigkeit widerfahren lassen zu wollen, der wegen seines politischen Konservatismus oft missverstanden werde.³⁹⁷

Karl Lugsch setzte den Akzent auf die Parallelen zwischen Spann und Pesch: Beide strebten auf unterschiedlichen Wegen nach demselben Ziel, der Jesuit auf aristotelisch-thomistischer Basis „Steinchen um Steinchen“ zusammentragend, der Wirtschaftsprofessor in platonisch-augustinischer Manier alles aus dem Ganzen heraus empfindend.³⁹⁸

3.4 Die Enzyklika *Quadragesimo anno* und die katholischen Sozialtheoretiker

Als wichtige Quelle der Maiverfassung gilt die am 15. Mai 1931 veröffentlichte Enzyklika QA Papst Pius' XI.³⁹⁹ Der Name bezieht sich auf den vierzigsten Jahrestag der Veröffentlichung von RN.⁴⁰⁰ Dem scholastischen Gedanken der Ordnung als „Einheit in wohlgegliederter Vielheit“ verpflich-

393 NR 17. 4. 1926 (J. MESSNER).

394 BUSSHOFF, Berufsständisches Gedankengut, 459; DIAMANT, Katholiken, 123; SIEGFRIED, Universalismus, 138 f.

395 BEYER, Ständeideologien, 125–129; BOHN, Ständestaatskonzepte, 52; MEYER, Stand, 220 f.; NOTHELLE-WILDFEUER, Die Sozialprinzipien, 145 f.; A. RAUSCHER, Die soziale Natur, 28.

396 P. NOLTE, Die Ordnung, 182.

397 SZ 22. 5. 1932 (J. EBERLE).

398 K. LUGSCH, Grundrisse, 133.

399 EBNER, Politische Katholizismen, 173; G. KLEMPERER, Konzepte, 54.

400 ANZENBACHER, Christliche Sozialethik, 144–149; HÄTTICH, Wirtschaftsordnung, 170–178; LThK/III 9 (2000), 763–765 (K. HILPERT); ROOS, Die Sozialenzykliken, 126 f.

tet⁴⁰¹, waren beide Rundschreiben um gesellschaftliche Harmonie bemüht. RN wandte sich gegen ein zu starkes Unternehmertum, QA eher gegen übersteigerte Forderungen der Arbeiterschaft. Außerdem behandelte Pius XI. die Wirtschaft als eigenen, von reiner Sozialethik getrennten Sachbereich und hob ihre ordnungspolitische Aufgabe hervor; jede Wirtschaftsordnung müsse eine geistig-ethische Zielsetzung im Sinn der klassischen Tugendlehre haben.⁴⁰²

Zwecks Abgrenzung vom Sozialismus kam zunächst die Arbeiterfrage, dann die gesellschaftliche Ordnung insgesamt zur Sprache. Aus der Erfahrung der Zeit heraus, in der individualistischer Geist überhand genommen habe⁴⁰³, räumte Pius XI. dem Staat mehr Initiativrecht ein als Leo XIII. In wirtschaftlicher Hinsicht waren die zentralen Aspekte die Anerkennung des Eigentums in seiner individuellen und sozialen Funktion und die Forderung, den Ertrag von Arbeit und Kapital dem allgemeinen Nutzen dienstbar zu machen. Weitere auch für Österreich wichtige Eckpunkte waren das Subsidiaritätsprinzip, der väterlich-autoritäre Führer, die hohe Stellung von Ehe und Familie sowie die Erziehung im Einklang von Staat und Kirche.⁴⁰⁴

Sozialreform im Sinn von QA bedeutete sowohl Strukturreform („Zuständereform“) als auch das Bemühen um eine Besserung der „Sitten“ („Gesinnungsreform“). Das Rundschreiben, dessen Erkenntnisquelle das Naturrecht (Kap. 5.4) darstellt, beruht auf einer anthropologischen Kernaussage der katholischen Kirche, nämlich dass die Person Ursprung, Träger und Ziel allen gesellschaftlichen Lebens ist. Eine zentrale Botschaft war die wesensmäßige Subsidiarität jeder Gesellschaftstätigkeit. Die Glieder des Sozialkörpers, gedacht als Gemeinschaften, darunter auch Berufsstände, sollten die benötigte Unterstützung bekommen, aber niemals zerschlagen oder aufgesaugt werden, auf dass dem Individuum die Freiheit erhalten bleibe. Von Ständen als Ersatz für Parteien war in QA nicht die Rede.⁴⁰⁵

401 Zum Kontext vgl. BEYER, Ständeideologien, 128; BOHN, Ständestaatskonzepte, 52; ISENSEE, Subsidiarität, 139; KLOSE, *Quadragesimo anno*, 25.

402 HÄTTICH, Wirtschaftsordnung, 13–17; NOVOTNY, Der berufsständische Gedanke, 213; ROOS, Die Sozialenzykliken, 128; SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 25–28.

403 ISENSEE, Subsidiarität, 138.

404 BÖCK, Öffentlichkeitsarbeit, 18 f.; DIAMANT, Katholiken, 155–160; GABRIEL, Die Wurzeln, 17–20; G. KLEMPERER, Konzepte, 56 f.; LINDGENS, Die politischen Implikationen, 90; MAYER-TASCH, Korporativismus, 61.

405 BURGHARDT, Das berufsständische Experiment, 224; HÄTTICH, Wirtschaftsordnung, 44–48; G. KLEMPERER, Konzepte, 58–60; LACKNER, Die Ideologie, 59 f.; LThK/III 2 (1994), 300 f. (A. RAUSCHER); MAYER-TASCH, Korporativismus, 61–63; MIKLUŠČÁK, Subsidiarität, 25; PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 33 f.; ROOS, Entstehung, 110.

Vermutungen, österreichische Politiker hätten auf die Entstehung des Rundschreibens direkten Einfluss genommen, konnten bislang nicht bestätigt werden. Unleugbar ist indes, dass der Situation der jungen Republik, deren führende Repräsentanten zum Heiligen Stuhl beste Beziehungen hatten, dessen besonderes Interesse galt, insbesondere nach der Verfassungsnovelle von 1929, und auch die nach 1931 gerade in Österreich sehr intensive Exegese von QA kam nicht von ungefähr. Für Bundeskanzler Dollfuß düften die Sichtweisen des Vatikans stärker ins Gewicht gefallen sein als jene Mussolinis, und Bundespräsident Miklas, ebenfalls ein Verfechter eines verstärkten Einflusses der katholischen Kirche auf die Politik, wandte sich im Frühjahr 1934 an den Papst um Rat.⁴⁰⁶

Die Enzyklika wurde häufig missverstanden: Während aus theologischer Sicht gilt, dass sie nur den Neubau der Gesellschaft betraf und dass ein Gegensatz zur parlamentarischen Demokratie nicht gesehen wurde, leiteten maßgebliche Gestalter der österreichischen Politik ein Staatsprogramm daraus ab⁴⁰⁷: Bundeskanzler Dollfuß bezeichnete QA anlässlich des *Allgemeinen Deutschen Katholikentages* 1933 als geeignete „Grundlage des Verfassungslebens“.⁴⁰⁸ Auch andere Politiker überhörten alle Mahnungen, beispielsweise von Seiten der christlichen Arbeiter.⁴⁰⁹ Der Begriff *ordines*, „Stände“, unterlag anachronistischen Verzerrungen.⁴¹⁰

Eindringlich erläuterte den Irrtum Ernst Karl Winter, 1934–1936 Vizebürgermeister von Wien, der begrifflich zwischen „berufsständischer Ordnung“ und „Ständestaat“ unterschied: Nicht mehr jene, sondern dieser sei das Ziel – obwohl die berufsständische Ordnung grundsätzlich mit jeder Staatsform vereinbar wäre.⁴¹¹ Nach August M. Knoll war QA nicht selbst Programm, sondern eine „Grundlage für Programme“; Josef Dobretsberger habe zu Recht hervorgehoben, dass die Enzyklika keineswegs einzig dem Gedanken der *oeconomia perennis* verpflichtet sei.⁴¹² Auch Richard Schmitz

406 EBNER, Politische Katholizismen, 173 f.; KLIBER, Quadragesimo anno, 348–358; LANG, Bundespräsident Miklas, 42 und 76; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 241, 246 f. und 574.

407 BEYER, Ständeideologien, 135 f.; BURGHARDT, Das berufsständische Experiment, 226; BUSSHOFF, Berufsständisches Gedankengut, 455; DIAMANT, Katholiken, 258 f.; EBNER, Politische Katholizismen, 168; HUBER, Die Verfassung, 19; KLIBER, Quadragesimo anno, 358–362; KLOSE, Quadragesimo anno, 26; F. LUGMAYER, Karl Lugmayer, 17; P. NOLTE, Ständische Ordnung, 245 f.; ORGLER, Ständestaat, 81 und 219; REICHOLD, Kampf, 378–382; RETTENBACHER, Bekenntnisfreiheit, 23; SIEGFRIED, Universalismus, 147; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 77; UNTERRAINER, Wirtschaftspolitik, 21–25.

408 Zit. nach LIEBMANN, Kirche und Politik, 32; vgl. JUFFINGER, Politischer Katholizismus, 49.

409 KLUWICK-MUCKENHUBER, Johann Staud, 93.

410 LINDGENS, Die politischen Implikationen, 90.

411 WINTER, Arbeiterschaft, 35; vgl. HEINZ, E. K. Winter, 166–168.

412 KNOLL, Der soziale Katholizismus, 14; KNOLL, Der soziale Gedanke, 231 f.

wusste das: Im März 1934 lehnte er im Ministerrat die Verbindung des Ständegedankens mit der Staatsform ab, weil die berufsständische Ordnung die Gesellschaft, nicht den Staat betreffe.⁴¹³

Selbst Ignaz Seipel verstand QA nicht richtig. Er fand darin u. a. die eigene Skepsis gegenüber den Parteien bestätigt.⁴¹⁴ Sein Wort hatte damals innerhalb des politischen Katholizismus solches Gewicht, dass Widerspruch gegen diese verengende Darstellung ausblieb.⁴¹⁵ Auch Johannes Hollnsteiner ließ ein irriges Verständnis des Rundschreibens erkennen.⁴¹⁶

Kritik an der politischen Instrumentalisierung der Enzyklika kam von deren „Autor“ Oswald von Nell-Breuning SJ und von Gustav Gundlach SJ, einem der Berater des Papstes, beides führende Vertreter des Solidarismus und Fortsetzer von Peschs Werk.⁴¹⁷ Eine Erläuterung aus der Feder Nell-Breunings, dem vor allem die Distanzierung vom Faschismus wichtig war, erschien noch 1931 im NR.⁴¹⁸ Gundlach setzte den Akzent auf den gesinnungsethischen Anspruch.⁴¹⁹ Im Sommer 1932 ließ die SZ betreffend die Umsetzung von QA zwei Autoren zu Wort kommen, die das Rundschreiben unterschiedlich bewerteten: den Solidaristen Heinrich Getzeny⁴²⁰ und – als Korrektiv – Walter Heinrich, der die universalistische Lesart vertrat.⁴²¹ Im selben Jahr forderte Anton Klotz bei der Verwirklichung der berufsständischen Ordnung die Orientierung an QA und Heinrich Pesch.⁴²² Im Dezember 1933 überreichten die österreichischen Bischöfe dem Bundeskanzler eine Denkschrift, die eine ambivalente Haltung zeigte.⁴²³ 1935 folgte in der SZ eine weitere Stellungnahme aus solidaristischer Perspektive.⁴²⁴ Der Papst selbst distanzierte sich vom Verständnis der Enzyklika als Muster für eine

413 PMR VIII/6, Prot. 930 (20.–29. 3. 1934), 141; ein weiterer Mandatar, der QA richtig deutete, war Ulrich Ilg; ILG, Lebenserinnerungen, 19; für Otto Bauer war dies ohnehin selbstverständlich; HANISCH, Illusionist, 291.

414 DIAMANT, Katholiken, 172; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 49–52.

415 WOHNOUT, Regierungsdiktatur, 51.

416 BUCHMAYR, Der Priester, 104.

417 BEYER, Ständeideologien, 123; HÄTTICH, Wirtschaftsordnung, 52–54; HANISCH, Die Ideologie, 24; HENSE, Der staats- und europarechtliche Gehalt, 405–409; P. HUEMER, Entstehung, 614–617; KRIECHBAUMER, Front, 24; KRÜGER, Demokratisches und ständisches Denken, 327 f.; ORGLER, Ständestaat, 82–85 und 180; ROOS, Entstehung, 109 f. und 114 f.; SIEGFRIED, Universalismus, 142; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 54 f.; WOHNOUT, Bürgerliche Regierungspartei, 197.

418 NR 8. 8. 1931 (O. v. NELL-BREUNING).

419 MEYER, Stand, 221 f.

420 SZ 26. 6. 1932 (H. GETZENY).

421 SZ 21. 8. 1932 (W. HEINRICH).

422 KLOTZ, Probleme 2, 161–163.

423 LIEBMANN, Die Kirche, 114; LIEBMANN, Kirche und Politik, 34.

424 SZ 20. 1. 1935 (J. KLEINHAPPL SJ).

konkrete Verfassung. Mussolinis Korporativmodell beurteilte er sehr zurückhaltend, weil es das Subsidiaritätsprinzip verletze und die Trennung von Staat und Gesellschaft vereitle.⁴²⁵ Mit derselben Begründung warnten die österreichischen Bischöfe vor faschistischen Einflüssen, die auf Österreich ausstrahlen könnten.⁴²⁶ Für Anton Klotz war ebenfalls klar, dass die Grundsätze von QA im faschistischen Italien nicht verwirklicht seien.⁴²⁷

Die fundierteste Klarstellung erfolgte von Seiten des Sozialwissenschafters Johannes Messner⁴²⁸, der über seinen Brixner Lehrer Sigismund Waitz mit dem Denken Franz Martin Schindlers vertraut geworden war und es weitertrug.⁴²⁹ Er stand, jedenfalls äußerlich, loyal zur Politik der Bundeskanzler Dollfuß und Schuschnigg⁴³⁰, erklärte aber, dass er den autoritären Staat als Übergangslösung betrachtete.⁴³¹

Erwähnung verdient seine Präferenz des Begriffs „Gemeinschaft“ vor „Solidarität“: Gemeinschaft sei eine ursprüngliche Idee der Sozialethik, auf das Gemeinwohl orientiert, Solidarität hingegen ein abgeleitetes Prinzip, auf den Ausgleich von Interessen bedacht, und habe einen utilitaristischen Zug.⁴³² Anfänglich stand Messner den „Romantikern“ nahe; später distanzierte er sich jedoch von diesen.⁴³³ Vogelsangs Abneigung gegen den Wettbewerb teilte er nicht; im Appell an die Gesamtverantwortung des Wirtschaftstreibenden sah er eine hinreichende Sicherung gegen Missbrauch. Er trat für Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie Subsidiarität und Selbstverwaltung ein. Zwischen Kapitalismus und berufsständischer Ordnung sah er keine Unvereinbarkeit, denn die Leistungsverpflichtung des Individuums diene auch dem Gemeinwohl.⁴³⁴ Die berufsständische Ordnung,

425 MAYER-TASCH, Korporativismus, 66; PELINKA, Stand, 253–257; REICHOLD, Opposition, 26; J. REITER, Entstehung, 263 f.; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 47 f.; WOHNOUT, Regierungsdiktatur, 49–52.

426 LIEBMANN, Kirche und Politik, 33.

427 KLOTZ, Probleme 2, 165 f.; vgl. MAYER-TASCH, Korporativismus, 145.

428 1935 erhielt Messner eine Lehrkanzel für Ethik und Christliche Sozialwissenschaften an der Universität Wien, die er 1938 verlor; nach einer längeren Zeit in Großbritannien kehrte er 1949 wieder dorthin zurück; WEILER, Ethik, 38.

429 PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 27; ROOS, Entstehung, 112; WEILER, Ethik, 37.

430 Zu möglichen Abstrichen von diesem Bild EBNER, Politische Katholizismen, 198 f.; RUMPLER, Ständestaat, 230.

431 BUSSHOF, Dollfuß-Regime, 14; NEGER, Verfassung, 35; PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 46 f., 50–55, 60 und 96–99; STREITENBERGER, Leitbild, 163 und 171.

432 HUBER, Die Verfassung, 22; PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 29–31 und 120; SENFT, Im Vorfeld, 78 f.

433 DIAMANT, Katholiken, 175 f.; KLOSE, Geistige Grundlagen, 55; PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 57.

434 STREITENBERGER, Leitbild, 180 f.; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 103.

so Messner, sei in der Verfassung zwar zu berücksichtigen, solle aber nicht deren Grundlage sein, weil sie von der staatlichen „wesenhaft verschieden“ sei. Sie verlange kein bestimmtes Wirtschaftssystem, sondern müsse als Gesellschaftsordnung von der politischen Ordnung getrennt sein.⁴³⁵

Messners Ruf, „der offizielle Chefideologe des Ständestaates“ gewesen zu sein⁴³⁶, bedarf einer differenzierten Analyse; sein Anteil an der Vorbereitung der Maiverfassung ist in der Forschung umstritten.⁴³⁷ 1934 distanzierte er sich vom Begriff „Ständestaat“ und sprach von „Ständedemokratie“.⁴³⁸ In der Frage der Parteien waren seine Einschätzungen schwankend. Während er sich in einem 1935 erschienenen Dollfuß-Buch⁴³⁹ negativ über sie äußerte, räumte er ihnen ein Jahr später in seinem Hauptwerk *Die Berufsständische Ordnung* eine gewisse Berechtigung ein.⁴⁴⁰ 1935 war er Mitorganisator einer von Kardinal Innitzer, Fürstbischof Waitz und Friedrich Funder geleiteten Tagung in Wien über die berufsständische Ordnung.⁴⁴¹

Messners Hauptwerk war unter den Zeitgenossen umstritten: Die MSchKP führte dies darauf zurück, dass die geistigen Voraussetzungen der neuen Ordnung erst erarbeitet werden müssten. Viele seien enttäuscht, weil sie sich zu rasche Erfolge erwartet hätten; auch lebe noch zuviel Klassengeist weiter.⁴⁴² Ein sehr gutes Zeugnis stellte dem Werk der 1928/29 an der Universität Graz⁴⁴³ und seit der Flucht vor den Nationalsozialisten in Istanbul lehrende deutsche Nationalökonom Wilhelm Röpke⁴⁴⁴ aus, der Messner zugute hielt, dass er die Notwendigkeit gesehen habe, „Probleme höherer Ordnung“ zu lösen, und vor allzu straffer Organisation gewarnt habe.⁴⁴⁵ Auch Minister Ludwig Strobl lobte das Buch.⁴⁴⁶ Offen bleibt, ob es Messners Einfluss zuzuschreiben ist, dass 1937 selbst Kurt Schuschnigg einräumte,

435 MESSNER, *Ordnung*, 66; vgl. LThK/III 2 (1994), 300 f. (A. RAUSCHER); NOVOTNY, *Der berufsständische Gedanke*, 214; RUMPLER, *Ständestaat*, 240; STREITENBERGER, *Leitbild*, 178.

436 RUMPLER, *Ständestaat*, 231.

437 Wenig Einfluss nehmen an: LUDWIG, *Österreichs Sendung*, 189; RUMPLER, *Ständestaat*, 236; (großen) Einfluss hingegen: BUSSHOFF, *Berufsständisches Gedankengut*, 14; FALLE, *Wurzeln*, 38–40; KLOSE, *Geistige Grundlagen*, 58; NOVOTNY, *Der berufsständische Gedanke*, 212; STREITENBERGER, *Leitbild*, 132.

438 PYTLIK, *Berufsständische Ordnung*, 66.

439 Vgl. WEILER, *Ethik*, 37 f.

440 Ein Vorabdruck der wichtigsten Thesen erschien 1936: MSchKP 1, 869–880 (J. MESSNER).

441 PYTLIK, *Berufsständische Ordnung*, 63–69; STREITENBERGER, *Leitbild*, 162.

442 MSchKP 2, 166 f.

443 HABERMANN, *Das Maß*, 11 und 201 f.

444 Vgl. das Biogramm bei MOOSER, *Liberalismus*, 137–141.

445 MSchKP 2, 325–332 (W. RÖPKE).

446 MSchKP 2, 414–427 (L. STROBL).

QA betreffe die Gesellschaft, nicht den Staat.⁴⁴⁷ Zahlreiche Bezugnahmen auf Messner enthält der 1936 erschienene utopische Roman *Die unsterbliche Stadt* von Josef Freiherr von Löwenthal, in dem eine Gesellschaft nach den Prinzipien von QA entworfen und die Maiverfassung zustimmend kommentiert wurde.⁴⁴⁸ Das Werk fand allerdings wenig Aufmerksamkeit; nur in der *Neuen Freien Presse*⁴⁴⁹ und in der MSchKP⁴⁵⁰ erschienen Rezensionen, beide sehr wohlwollend.

Kritik am Solidarismus mit seiner Öffnung gegenüber dem Kapitalismus übten Akademiker verschiedener Disziplinen, die sich 1929 als *Studienrunde katholischer Soziologen* konstituierten.⁴⁵¹ Als erster Band einer von ihnen getragenen Schriftenreihe erschien 1932 das *Katholisch-soziale Manifest*, in dem im Geist der „Sozialreform“ zeittypischen Opportunitätsströmungen der Kampf angesagt wurde.⁴⁵² Es empfahl u. a. die Lektüre von Othmar Spann's *Der wahre Staat*.⁴⁵³ Sein geistiger Vater war Anton Orel, ein von Heinrich Pesch ignorierte⁴⁵⁴ und von Richard Schmitz für überheblich gehaltener Soziologe⁴⁵⁵, von August M. Knoll hingegen als „der Anreger und Antreiber des sozialen Katholizismus in Österreich“⁴⁵⁶ bezeichnet. Als konservativer Denker in der Tradition Vogelsangs brachte Orel dessen seinerzeit nur verstreut publizierte Ideen in ein System.⁴⁵⁷ Schon früh war er mit der christlichen Arbeiterbewegung in Berührung gekommen; ab 1904 hatte er im Einsatz für die Arbeiterjugend ein ihn erfüllendes Tätigkeitsfeld gefunden.⁴⁵⁸ Der Titel seines 1930 erschienenen Hauptwerks, *Oeconomia perennis*, erinnert an die thomistische *philosophia perennis*, die feste, die Zeit überdauernde Ordnungsgrundsätze in allen Lebensbereichen annahm. Den Menschen sah Orel nicht nur als biologisches, sondern als geistiges Wesen an. So wie ein jeder im persönlichen Bereich zu dauerhafter Gewissenserforschung angehalten sei, müsse auch eine permanente bekenntnismäßig ausgerichtete Überprüfung der gesellschaftlichen Grundlagen stattfinden. Orel, als dessen prägende, auch auf sein geistiges Schaffen

447 HANISCH, Die Ideologie, 27.

448 HOFFMANN, Ständische Ordnung, 161 und 167 f.

449 HOFFMANN, Ständische Ordnung, 174.

450 MSchKP 1, 954 (H. BAYER).

451 BEYER, Ständeideologien, 158 f.

452 KABELKA, Anton Orel, 73–75; NEGER, Verfassung, 29; RAMBOUSEK, Daten, 46; REICHHOLD, Anton Orel, 13 f.; SEEFRIED, Reich, 126.

453 BUSSHOF, Berufsständisches Gedankengut, 460.

454 K. LUGMAYER, Orel, 18.

455 BRAUN, Der politische Lebensweg, 4.

456 KNOLL, Der soziale Katholizismus, 14.

457 ANZENBACHER, Christliche Sozialethik, 144; REICHHOLD, Anton Orel, 9.

458 RAMBOUSEK, Daten, 26; REICHHOLD, Anton Orel, 18–25.

sich auswirkende Charakterzüge ein Hang zur Askese und moralischer Rigorismus galten⁴⁵⁹, forderte von den katholischen Moral- und Sozialphilosophen dezidiert antiliberale und antimaterialistische Standpunkte.⁴⁶⁰ Kernbestand seines Werkes ist die Idee einer übergeschichtlichen, in der Natur des Menschen begründeten Wirtschaftsordnung, die sich über die moderne Soziologie hinwegsetzen könne.⁴⁶¹ Während Pius XI. manches aus der *Oeconomia perennis* in QA aufnahm, gab es im österreichischen Episkopat, insbesondere bei Sigismund Waitz, Vorbehalte gegen Orels unerbittliche Konsequenz.⁴⁶²

1934, vor Bekanntgabe der Maiverfassung⁴⁶³, veröffentlichte Orel die Schrift *Wahre Ständeordnung, ihr Geist, Wesen, Wirken*, in der er die Forderungen von QA in Hinblick auf die im Raum stehende Neugestaltung der Gesellschaft herausarbeitete. Er fasste darin Kernaussagen seiner umfangreicheren Werke und des *Katholisch-sozialen Manifests* zusammen, darunter allerdings auch antisemitische Ressentiments.⁴⁶⁴ QA schätzte er als Impuls zur Verwirklichung der schon länger bestehenden, in seinen Augen freilich allzu kapitalistischen ständischen Konzepte, er bedauerte aber, dass klare Vorstellungen über die Umsetzung fehlten. „Stand“ war für ihn „Berufsstand“.⁴⁶⁵ Dem Beruf räumte er einen überragenden Stellenwert im Leben ein und betonte das Recht eines jeden auf Arbeit und auf Eigentum.⁴⁶⁶ Alle mit dem Kapitalismus verbundenen Haltungen widersprächen dem Begriff des Berufs⁴⁶⁷; die moderne „Diesseitsgesinnung“ habe Arbeit und Eigentum auseinandergerissen und Klassenkampf erzeugt.⁴⁶⁸

Im November 1935 veranstaltete die *Studienrunde* in Wien eine *Katholisch-soziale Herbsttagung für die wahre Ständeordnung*.⁴⁶⁹ Obwohl Orel einem natürlich-organischen, familienhaft-ständischen Regierungssystem das Wort redete und dem Prinzip der Volkssouveränität misstraute⁴⁷⁰, scheiterten seine Versuche, sich mit dem Ständestaat ins Einvernehmen zu setzen, er blieb ein unverstandener Einzelgänger.⁴⁷¹ Dies dürfte nicht zuletzt an sei-

459 REICHHOLD, Anton Orel, 8.

460 OREL, *Ständeordnung*, 7–11; K. LUGMAYER, Orel, 19–23.

461 WIESINGER, Anton Orels „*Oeconomia perennis*“, 71.

462 RAMBOUSEK, Daten, 38.

463 OREL, *Ständeordnung*, 5.

464 OREL, *Ständeordnung*, 82–95; vgl. SCHWEITZER, *Volkstumsideologie*, 93.

465 OREL, *Ständeordnung*, 11–14.

466 OREL, *Ständeordnung*, 16–19.

467 OREL, *Ständeordnung*, 31–34.

468 OREL, *Ständeordnung*, 42 f.

469 KABELKA, Anton Orel, 75–77.

470 REICHHOLD, Anton Orel, 14–16.

471 RAMBOUSEK, Daten, 41; REICHHOLD, Anton Orel, 11.

ner Begrifflichkeit gelegen haben, die selbst Vokabeln wie „wahrer Kommunismus“ oder „Urkommunismus“ nicht scheute.⁴⁷²

Ebenfalls auf die Arbeiterschaft ausgerichtet, teilweise im Gleichklang mit Orel⁴⁷³, war das Denken von Ernst Karl Winter. Wiewohl seiner Grundeinstellung nach katholisch und konservativ (in der Tradition Vogelsangs⁴⁷⁴), in der Jugend sogar der *Action Française*, einer korporativistischen politischen Intellektuellenbewegung⁴⁷⁵, nahestehend⁴⁷⁶, bemühte er sich, auch die Sozialdemokraten zur Mitarbeit im Staat zu gewinnen.⁴⁷⁷ Davon überzeugt, dass es eine soziale Ordnung außerhalb der Rechtsordnung (im Sinn Hans Kelsens) gebe⁴⁷⁸, kritisierte er an dieser Partei, sie hätte die politische und die soziale Revolution verwechselt: In Wirklichkeit könne die politische Revolution die soziale nicht vorantreiben.⁴⁷⁹ Daher hielt er die Verbindung eines radikal sozialreformerischen Programms mit politischem Konservatismus für möglich.⁴⁸⁰ Als überzeugter Gegner des „Anschlusses“ forderte er, auch die Linke für die Eigenständigkeit Österreichs zu gewinnen.⁴⁸¹ Am 10. März 1933 erläuterte Winter in einem Brief an Bundespräsident Miklas⁴⁸², den „aus konservativer Verantwortung für das Ganze stammenden Gedanken der Verständigung aller Gruppen des Staates“ und forderte den Brückenschlag zur Opposition.⁴⁸³ Am 1. April schrieb er dem Staatsoberhaupt, es sei ein tiefes Gerechtigkeitsgefühl, das „die letzte Wurzel des konservativen Denkens ausmacht“. Auch ohne Sozialist zu sein müsse man den Brückenschlag mit der Linken vornehmen.⁴⁸⁴

Der 12. Februar 1934 bedeutete für Winter das Scheitern seines Verständigungsversuchs; er war aber weiterhin bereit, sich der Arbeiter anzunehmen.⁴⁸⁵ Mit der sogenannten *Aktion Winter* startete er einen in Vorträgen

472 NEGER, Verfassung, 24.

473 REICHHOLD, Anton Orel, 28.

474 ANZENBACHER, Christliche Sozialethik, 144; BADER, Ernst Karl Winter, 364; HEINZ, E. K. Winter, passim; HOPFGARTNER, Schuschnigg, 132 f.

475 KONDYLIS, Konservatismus, 460–462; PAYNE, Geschichte, 58.

476 O. WEISS, Rechtskatholizismus, 22.

477 BADER, Ernst Karl Winter, 363; BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 219; DIAMANT, Katholiken, 203; MARKO, Ernst Karl Winters Kritik, 128.

478 BADER, Ernst Karl Winter, 369; DIAMANT, Katholiken, 205.

479 MARKO, Ernst Karl Winters Kritik, 148.

480 BADER, Ernst Karl Winter, 365; DIAMANT, Katholiken, 208; sehr prägnant seine eigenen Formulierungen im amerikanischen Exil; EPPEL, Österreicher 2, 239 und 284 f.

481 POTOČNIK, Bewusstsein, 135–137; SELIGER, Scheinparlamentarismus, 31.

482 LANG, Bundespräsident Miklas, 113–118.

483 HEINZ, E. K. Winter, 19 f.

484 HEINZ, E. K. Winter, 26.

485 HEINZ, E. K. Winter, 173.

und Schriften sich äußernden Protest, der seinen Ideen zum Durchbruch verhelfen und die Demokratie herbeiführen sollte.⁴⁸⁶ Den Mord an Bundeskanzler Dollfuß am 25. Juli wertete er als Beweis für seine These, die Regierung habe einen verhängnisvollen Zweifrontenkrieg geführt.⁴⁸⁷ Während Dollfuß ihn noch geschützt, ja am Ende seines Lebens aktiv mit ihm zusammengearbeitet hatte, versagte ihm Kurt Schuschnigg die Unterstützung.⁴⁸⁸ Nach dem Juliabkommen von 1936 trat Winter mit besonderem Engagement für ein schon länger gehegtes Ideal ein, nämlich eine „Sozialmonarchie“ mit Otto von Habsburg als Kaiser.⁴⁸⁹ 1938 emigrierte er in die USA; in den frühen fünfziger Jahren kehrte er nach Österreich zurück.⁴⁹⁰

3.5 Die Nachbarschaft des faschistischen Italien

Dass in der Heimwehr Einflüsse aus dem faschistischen Italien zum Tragen kamen, wurde bereits erwähnt.⁴⁹¹ Nicht zu leugnen sind auch gewisse äußerliche Ähnlichkeiten zwischen dem autoritären Österreich und dem faschistischen Italien und Sympathien einzelner Personen für den Faschismus.⁴⁹² Gleichwohl ist die österreichische Politik insgesamt nicht dem Willen zuzuschreiben, das italienische Modell zu kopieren⁴⁹³: Vieles war einfach dem „Tumel der dreißiger Jahre“ (St. Payne)⁴⁹⁴ geschuldet. An den Heimwehrführern stellten italienische Diplomaten eine in ihren Augen zu große Kompromissbereitschaft fest, ja nannten sie „gemütlich“.⁴⁹⁵ Selbst die linksliberale Forschung räumt ein, dass Dollfuß häufig eher einseitig mit profaschistischen Aussagen zitiert wird und dass Mussolini der aktivere Partner

486 GÖHRING/PELLAR, Anpassung, 109–116; HEINZ, E. K. Winter, 342 f.; ORGLER, Ständestaat, 145 f.; SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 114–118; SELIGER, Scheinparlamentarismus, 401; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 345–348; O. WEISS, Rechtskatholizismus, 25.

487 HEINZ, E. K. Winter, 199.

488 P. BERGER, Kurze Geschichte, 178; GOLDINGER/BINDER, Geschichte, 254; MOMMSEN, Theorie, 185; SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 115, Anm. 75; WALTERSKIRCHEN, Dollfuß, 224 und 228–230.

489 BADER, Ernst Karl Winter, 368; BUCHMAYR, Der Priester, 108; JEDLICKA, Vom alten, 233; MARKO, Ernst Karl Winters Kritik, 129.

490 BADER, Ernst Karl Winter, 370–373.

491 BRACHER, Nationalsozialismus, 10; JEDLICKA, Österreich, 52; WOLLER, Rom, 80 f.

492 KUSSTATSCHER-ÖBERKOFER, Beziehungen, 223 f.; eher oberflächlich bleibt trotz konstruktiver Ansätze die Analyse von MITTELMEIER, Austrofascismus, 92–104.

493 FRIEDL, Zusatzprotokolle, 67 f.; KINDERMANN, Hitlers Niederlage, 117; SCHMÖLZER, Beziehungen, 262.

494 PAYNE, Geschichte, 29–32.

495 COLOTTI, Fascismo, 325 und 330.

war.⁴⁹⁶ Dieser habe, so der italienische Historiker Ennio di Nolfo, Dollfuß politisch zu seinem „Gefangenen“ gemacht.⁴⁹⁷ Der Kanzler selbst hielt sich von Italien nämlich fern, solange es ging.⁴⁹⁸ Besonders vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland waren die trennenden Momente im Verhältnis Österreich-Italien stärker als die verbindenden⁴⁹⁹; unter Druck gesetzt, habe Dollfuß dann aber „Realpolitik“ (D. v. Hildebrand) betrieben.⁵⁰⁰ Kurt Schuschniggs antifaschistische Einstellung kann ebenfalls keinem Zweifel unterliegen.⁵⁰¹

Italien hatte in Österreich handfeste Wirtschafts- und Finanzinteressen.⁵⁰² Nicht minder wichtig war Mussolini aber auch die Schaffung eines korporativen, am italienischen Modell orientierten Regimes.⁵⁰³ Österreich wiederum, so Theodor Hornbostel, seit 1933 Leiter der Politischen Abteilung im Außenministerium⁵⁰⁴, war aufgrund seiner wirtschaftlichen Misere zu einer selbständigen Gestaltung seiner Außenpolitik nicht in der Lage, und Mussolini habe dies schamlos ausgenützt.⁵⁰⁵ Seine anfänglichen Bemühungen, die Selbständigkeit Österreichs zu wahren, seien der eigenen Schwäche entsprungen, für die eine unmittelbare Nachbarschaft Deutschlands nicht wünschenswert sein konnte.⁵⁰⁶ Ähnlich beurteilte Egon Berger-Waldenegg, von August 1934 bis Mai 1936 Außenminister im Kabinett Schuschnigg und anschließend bis 1938 österreichischer Gesandter in Rom, die Lage.⁵⁰⁷

496 TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 39–43 und 491 f.

497 DI NOLFO, Rapport, 69; so auch die Einschätzung von DE FELICE, Breve Storia, 81.

498 ROSS, Hitler, 77; WOHNOUT, Bundeskanzler Dollfuß, 625–627.

499 SCHMÖLZER, Beziehungen, VII und 62–64.

500 V. HILDEBRAND, Engelbert Dollfuß, 22, 29, 34 und 74.

501 KINDERMANN, Österreich, 131 und 145; PAYNE, Geschichte, 307–309; die amerikanische Journalistin Dorothy Thompson bezeichnete den Kanzler als „a hero in the struggle against fascism.“; zit. nach CONNELLY, From Enemy, 107.

502 KUSSTATSCHER-OBERKOFER, Beziehungen, 35–37, 76–78, 83 und 86.

503 ARA, Österreichpolitik, 113 und 129; KUSSTATSCHER-OBERKOFER, Beziehungen, 108–115; SCHMÖLZER, Beziehungen, 113 und 261.

504 Zu ihm AGSTNER/ENDERLE-BURCEL/FOLLNER, Österreichs Spitzendiplomaten, 255–258; kritisch BINDER, „Austrofascismus“, 585–589.

505 So auch die quellengesättigte rezente Lehrmeinung; SCHMÖLZER, Beziehungen, 264–268; vgl. K. BAUER, Elementarereignis, 159.

506 HORNBOSTEL, Fremde Einflüsse, 129–133; vgl. WOHNOUT, Bundeskanzler Dollfuß, 605; WOHNOUT, Schritte, 60–63.

507 BERGER-WALDENEGG, Biographie, 407.

Der faschistische Korporativismus

Es ist hier nicht der Ort, einen umfassenden Vergleich zwischen dem italienischen Faschismus und dem österreichischen Ständestaat vorzunehmen.⁵⁰⁸ Das Interesse am Thema „Stand“ legt es aber nahe, das italienische Korporativsystem näher zu beleuchten. Angelpunkt der Überlegungen ist, dass der Begriff „Korporation“ in Italien auf juristische Aspekte reduziert wurde, so dass sich ihrem Wesen nach als Instrumente sozialer Integration zu verstehende Gebilde zu solchen des zentralistisch-autoritären Staates entwickeln.⁵⁰⁹ Hinter den einschlägigen Gesetzestexten verbarg sich die Absicht des Regimes, einen neuen Typ von Staatsbürger zu schaffen.⁵¹⁰ Für Österreich von Belang ist die Umschreibung des Unterschieds zwischen Stand und Korporation durch Johannes Messner: Der Stand gehe von der Gesellschaft aus, sei etwas „von unten“ Gewachsenes, die Korporation sei ein von staatlicher Seite, „von oben“, begründetes künstliches Gebilde.⁵¹¹ Aus diesem Grund, so Franz Rehr, sei der österreichische Ständestaat „diametral dem faschistischen Staat entgegengesetzt“.⁵¹²

Die Anfänge des modernen Korporativismus reichen ins 19. Jahrhundert zurück. Es waren Reaktionen auf diverse von der Französischen Revolution entwickelte Formen zentraler staatlicher Macht. Als Gegengewicht gegen den Sozialismus entwickelte sich ein spezifisch katholischer Korporativismus, dem zufolge die Vollmachten der Regierung darauf beschränkt sein sollten, die Autonomie gesellschaftlicher Gruppen sicherzustellen.⁵¹³

Die faschistische Bewegung in Italien ist nur in geringem Ausmaß auf die Ständetheorie des 19. Jahrhunderts zurückzuführen, und auch zum katholischen Korporativismus bestanden allenfalls äußerliche Parallelen.⁵¹⁴ Es handelte sich in erster Linie um eine Aktionsgemeinschaft zur Gewinnung und Bewahrung von Macht, die ein militanter Antiparlamentarismus kennzeichnete.⁵¹⁵ Zwar wurden die berufsständischen Ideen in Italien anfänglich innerhalb der katholisch-sozialen Bewegung und in Kreisen der Linken lanciert, aber am Ende erwies sich die philosophische Basis des Vitalismus als

508 Sehr voreingenommen diesbezüglich: MITTELMEIER, Austrofaschismus, 127 f.

509 OSSWALD, Korporation; J. REITER, Entstehung, 136 f.; TALOS, Herrschaftssystem (2013), 578.

510 J. REITER, Entstehung, 16 f.

511 BOHN, Ständestaatskonzepte, 22; NOVOTNY, Der berufsständische Gedanke, 216; SZ 4. 12. 1932 (J. MESSNER); vgl. WIPPERMANN, Europäischer Faschismus, 89; WIPPERMANN, Faschismus, 74 f.

512 CS 4. 2. 1934 (F. REHR); zu den Unterschieden vgl. REICHHOLD, Geschichte, 496 f.

513 PAYNE, Geschichte, 56 f.; WOLLER, Rom, 61.

514 SCHOLZ, Italienischer Faschismus, 79.

515 MAYER-TASCH, Korporativismus, 92.

übermächtig, und sie wurden in Gestalt des sogenannten Syndikalismus umgesetzt. Spektakulär war ein Verfassungsentwurf von Gabriele d'Annunzio von 1920 für den von ihm ausgerufenen Freistaat Fiume, der die Gliederung der Gesellschaft in autonome Korporationen vorsah. Diese Idee mündete in eine Beschränkung der Kompetenzen des Parlaments.⁵¹⁶

1921 von der Bewegung zur Partei geworden (PNF), waren die Faschisten seit dem Marsch auf Rom (27.–31. Oktober 1922), in dessen Folge Mussolini zum Ministerpräsidenten ernannt wurde, die beherrschende politische Kraft in Italien. Im Dezember 1922 schuf der Duce mit dem *Faschistischen Großrat* eine leitende Exekutive unter seiner Führung.⁵¹⁷ Bei den Wahlen vom 5. April 1924 erhielt seine Partei mithilfe eines manipulierten Wahlgesetzes fast zwei Drittel der Mandate.⁵¹⁸ In der Wertordnung seines Regimes stand der mit der Nation gleichgesetzte Staat obenan; die Gesellschaft sollte permanent mobilisiert und politisiert werden.⁵¹⁹ 1925 bezeichnete Mussolini sein Regime als „totalitär“.⁵²⁰ In den folgenden Jahren arbeitete sich die Partei in einer Art Gleichstellungsprozess immer weiter in die Gesellschaft und in die staatlichen Institutionen vor.⁵²¹

Eine der tragenden Säulen des italienischen Faschismus neben Staat und Partei war das Korporativsystem, das durch Kooperation von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter staatlicher Schirmherrschaft Klassengegensätze abbauen und die Produktion besser kontrollierbar machen sollte.⁵²² Sein Aufbau begann 1926⁵²³ unter der Federführung des damaligen Justizministers Alfredo Rocco⁵²⁴, der sich 1925 für eine staatliche Kontrolle des Gewerkschaftswesens ausgesprochen hatte. Seither hatten die faschistischen Organisationen das Recht auf Alleinvertretung der Arbeitnehmer.⁵²⁵ Durch ein Gesetz vom 3. April 1926 wurden zwölf sogenannte Syndikate errichtet.⁵²⁶

516 MAYER-TASCH, Korporativismus, 84–87; J. REITER, Entstehung, 114–116.

517 BAUERKÄMPER, Der Faschismus, 58; PAYNE, Geschichte, 137 und 147 f.; WIPPERMANN, Europäischer Faschismus, 27–30; WIPPERMANN, Faschismus, 39 f.; WOLLER, Geschichte, 95–97.

518 BAUERKÄMPER, Der Faschismus, 59; WIPPERMANN, Europäischer Faschismus, 31 f.; WOLLER, Geschichte, 97 f.

519 BAUERKÄMPER, Der Faschismus, 54; WOLLER, Geschichte, 99.

520 Der Liberale Giovanni Amendola hatte diesen Begriff bereits im Frühjahr 1923 für die faschistische Herrschaft verwendet; BAUERKÄMPER, Der Faschismus, 60; PAYNE, Geschichte, 161; SCHOLZ, Italienischer Faschismus, 2.

521 WOLLER, Geschichte, 101–104.

522 WOLLER, Geschichte, 108 f.

523 Zu den Details vgl. MITTELMEIER, Austrofaschismus, 118–123.

524 G. KLEMPERER, Konzepte, 39 f.; PAYNE, Geschichte, 92; J. REITER, Entstehung, 18; zu Roccas Denken vgl. GOETZ, Intellektuelle, 67–76 und 103 f.

525 MAYER-TASCH, Korporativismus, 90 f.; J. REITER, Entstehung, 91.

526 BAUERKÄMPER, Der Faschismus, 61; J. REITER, Entstehung, 92 und 145.

Dieser Terminus bezeichnete Wirtschaftsverbände zur rechtlichen Interessenvertretung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Berufsverbände beider Gruppen jeder Branche mussten registriert und vom Staat anerkannt werden. Ungeachtet des angestrebten Ziels der „harmonischen Selbstverwaltung aller Produzenten“ waren Arbeitnehmer und Arbeitgeber getrennt organisiert. Hier lag der wesentliche Unterschied zu den Berufsständen in Österreich; dazu kam die Unterstellung unter die Disziplinargewalt der jeweils zuständigen Staatsorgane.⁵²⁷

Das eigentliche Korporativorgan war die *confederazione*, eine aus der vertikalen Vereinigung mehrerer Syndikate sich ergebende, hierarchisch aufgebaute Struktur. Die Verklammerung in Gestalt der Korporationen erfolgte erst 1934; einstweilen begnügte man sich mit der Schaffung eines *Consiglio nazionale delle corporazioni* im Jahr 1926.⁵²⁸ Mussolini bezeichnete diesen als „denkendes Gehirn“ der Wirtschaft; in allen Organen desselben führte er selbst den Vorsitz.⁵²⁹ Bis 1929 leitete er auch das ebenfalls 1926 eingerichtete Ministerium für das Korporationswesen. Als Unterstaatssekretär stand ihm Giuseppe Bottai zur Seite, der 1929 zum Minister avancierte.⁵³⁰

Am 21. April 1927 beschloss der faschistische Großrat die sogenannte *Carta del Lavoro*, die als Arbeitsverfassung des faschistischen Staates gedacht war⁵³¹ und als „Richtschnur für die gesamte soziale Gesetzgebung“ gefeiert wurde. Als ihr geistiger Vater gilt Giuseppe Bottai.⁵³² Sie stand unter starkem Einfluss des Entwurfs, mit dem d’Annunzio sieben Jahre zuvor an die Öffentlichkeit getreten war.⁵³³ Trotz des grundsätzlichen Bekenntnisses zum Subsidiaritätsprinzip galten in bestimmten Fällen staatliche Interventionen als gerechtfertigt.⁵³⁴

Die Korporationen im strengen Sinn des Wortes, insgesamt 22, wurden am 5. Februar 1934 begründet.⁵³⁵ Entgegen den Grundsätzen eines echten Korporativismus, nämlich dass Berufsstände autonome Teilhaber an der Staatswillensbildung sein sollten⁵³⁶, handelte es sich um Organe staatlicher

527 G. KLEMPERER, Konzepte, 45–49; J. REITER, Entstehung, 130–132; SCHOLZ, Italienischer Faschismus, 80 f.

528 MAYER-TASCH, Korporativismus, 108; SCHOLZ, Italienischer Faschismus, 85.

529 MAYER-TASCH, Korporativismus, 124–128.

530 BAUERKÄMPER, Der Faschismus, 61 und 171; GOETZ, Intellektuelle, 195; J. REITER, Entstehung, 92; SCHOLZ, Italienischer Faschismus, 86 f.; THÖNDL, Oswald Spengler, 45 f.

531 J. REITER, Entstehung, 93; eine detaillierte Beschreibung des Inhaltes EBD., 232–234.

532 J. REITER, Entstehung, 353 f.; SCHOLZ, Italienischer Faschismus, 94 und 101.

533 J. REITER, Entstehung, 120 f.

534 MAYER-TASCH, Korporativismus, 95.

535 G. KLEMPERER, Konzepte, 50; PAYNE, Geschichte, 154 und 267.

536 SCHAMBECK, Kammerorganisation, 455.

Planwirtschaft, deren Funktionäre einer umfassenden staatlichen Kontrolle unterstanden. Die Korporationen besaßen keine Autonomie, und das Problem der Koordination mit den Hierarchien von Staat und Partei konnte nicht gelöst werden.⁵³⁷

Österreichisch-italienische Beziehungen: Eine fragile Partnerschaft

Nach dem Ersten Weltkrieg übertrug Italien seine historischen Vorbehalte gegen die Monarchie nicht auf die junge Republik.⁵³⁸ Vielmehr sah man hier einen Ausgangspunkt für die geplante handels- und wirtschaftspolitische Expansion im Donauraum.⁵³⁹ Die österreichischen Regierungen bemühten sich im Bewusstsein der eigenen Schwäche um eine Art Neutralitätspolitik.⁵⁴⁰

Im Frühjahr 1920 lud der italienische Ministerpräsident Francesco Nitti den österreichischen Staatskanzler Karl Renner zu Gesprächen über die Durchführung des Friedensvertrags nach Rom ein.⁵⁴¹ Nitti gab zu verstehen, dass Italien um die politische Selbständigkeit Österreichs bemüht sein werde, allerdings zum Preis einer weitreichenden Kontrolle der österreichischen Innen- und Außenpolitik.⁵⁴² Kurz nach der Romreise berichtete der Kanzler im Nationalrat über die erfolgreiche Behandlung vieler Fragen.⁵⁴³ Abgeordnete, die eine engere Anlehnung Österreichs an die Westmächte wünschten, vernahmen derartige Berichte mit Sorge.⁵⁴⁴ Im März 1921 kam es zur Einrichtung einer österreichischen Gesandtschaft in Rom.⁵⁴⁵

Trotz kritischer Stimmen in Österreich über die Brutalität der Faschisten⁵⁴⁶ galt der von Juni 1921 bis Mai 1922 amtierende Bundeskanzler Johann Schober als Freund Italiens.⁵⁴⁷ Sein Nachfolger Ignaz Seipel suchte

537 G. KLEMPERER, *Konzepte*, 51 f.; MAYER-TASCH, *Korporativismus*, 111–119.

538 MALFÈR, *Wien und Rom*, 13.

539 ADÖ 1/123.

540 KINDERMANN, *Hitlers Niederlage*, 62; MALFÈR, *Wien und Rom*, 19–21; REICHHOLD, *Kampf*, 65–69.

541 ADO 3/436.

542 ADÖ 3/438; vgl. KUSSTATSCHER-OBERKOFER, *Beziehungen*, 87–92; MALFÈR, *Wien und Rom*, 35–42.

543 ADÖ 3/441.

544 ADÖ 3/444.

545 MALFÈR, *Wien und Rom*, 29.

546 W. RAUSCHER, *Der Aufstieg*, 358.

547 HAAS, *Römische Allianz*, 71 f.; KUSSTATSCHER-OBERKOFER, *Beziehungen*, 338–348; MALFÈR, *Wien und Rom*, 65 und 89–107; SCHMÖLZER, *Beziehungen*, 1–3.

vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesem Land.⁵⁴⁸ Zunächst bedurfte es indes diplomatischer Interventionen in der Südtirolfrage⁵⁴⁹, die sich aufgrund einer antiitalienischen Kundgebung in Innsbruck im Juni zugespitzt hatte.⁵⁵⁰ Im Juli begannen Verhandlungen über eine wirtschaftliche Annäherung.⁵⁵¹

Die faschistische Machtergreifung, die außenpolitisch mit hohen Ambitionen verbunden war⁵⁵², wurde in Österreich von einigen wenigen mit Bewunderung⁵⁵³, größtenteils aber mit Sorge beobachtet. Obwohl das neue Regime außenpolitisch zunächst weitgehende Kontinuität wahrte⁵⁵⁴, waren Versuche der Einflussnahme auf innerösterreichische Angelegenheiten nicht zu übersehen, etwa Ende 1922, als die Ernennung eines neuen Präsidenten der Österreichischen Nationalbank anstand.⁵⁵⁵

Vorsichtiges Werben

Der PNF versuchte seit seiner Gründung, auch im Ausland für seine Konzepte zu werben. Zwischen 1921 und 1922 entstanden erste sogenannte *Fasci Italiani all'estero*, Zusammenschlüsse von im Ausland lebenden Kriegsveteranen, die Propaganda für das universalistische Credo betrieben.⁵⁵⁶ Ihr Hauptanliegen war es, persönliche Bekanntschaften oder Interessenverbindungen mit den Eliten des Gastlandes zu nutzen, um diese auf Mängel des jeweiligen politischen Systems hinzuweisen und ihnen die Erfolge des Faschismus zu veranschaulichen.⁵⁵⁷ Auch in Österreich spielten die Auslands-Fasci eine Rolle.⁵⁵⁸

Ende März/Anfang April 1923 führte Bundeskanzler Seipel in Rom politische Gespräche. Von Don Luigi Sturzo, dessen Denken dem christlichsozialen Kreise in Österreich entsprach⁵⁵⁹, erhielt er für ihn beruhigende Informationen: Der Mitbegründer des *Partito Popolare Italiano* betrachtete den

548 KUSSTATSCHER-OBERKOFER, Beziehungen, 118–146 und 188–191.

549 Mussolini wollte um jeden Preis an der Brennergrenze festhalten; DI NOLFO, Rapporti, 36.

550 ADÖ 4/670 und 675; vgl. KUSSTATSCHER-OBERKOFER, Beziehungen, 191–197; MALFÈR, Wien und Rom, 124–129.

551 KUSSTATSCHER-OBERKOFER, Beziehungen, 97–104; MALFÈR, Wien und Rom, 107–119.

552 DI NOLFO, Rapporti, 33.

553 KUSSTATSCHER-OBERKOFER, Beziehungen, 116 f.

554 MALFÈR, Wien und Rom, 120–123; W. RAUSCHER, Der Aufstieg, 360.

555 MALFÈR, Wien und Rom, 130 f.

556 BAUERKÄMPER, Der Faschismus, 63.

557 SCHOLZ, Italienischer Faschismus, 444 f.

558 SCHOLZ, Italienischer Faschismus, 12.

559 MSchKP 1, 284 f.; kritischer äußerte sich das NR 23. 4. 1927 (A. POSCH).

Faschismus als rein nationale und lediglich als Übergang zu betrachtende Bewegung, die niemals zu einer internationalen werden könne.⁵⁶⁰ Seipel selbst hielt Mussolinis Werk für notwendig, weil der Parlamentarismus versagt habe.⁵⁶¹

Hauptergebnis dieser Romreise war die Unterzeichnung eines bilateralen Handelsvertrags.⁵⁶² Außerdem trug sie – trotz der von Österreich beharrlich thematisierten Südtirolfrage⁵⁶³ – zum Entstehen eines guten Gesprächsklimas zwischen Seipel und Mussolini bei.⁵⁶⁴ Die Bemühungen des Duce um geordnete Verhältnisse in Österreich wurden von Sektionschef Richard Schüller unterstützt, der als Sonderbeauftragter für wirtschaftspolitische Fragen in Rom das Vertrauen der politisch Verantwortlichen besaß.⁵⁶⁵ Nüchtern schätzte hingegen Außenminister Alfred Grünberger⁵⁶⁶ die Lage ein: Die offiziellen Beziehungen zur italienischen Regierung seien befriedigend, aber nicht herzlich.⁵⁶⁷

Ende 1924 folgte Rudolf Ramek Seipel als Bundeskanzler nach. Er schlug im Gespräch über bzw. mit Italien rauere Töne an. Am 17. Februar 1926 übte er im Parlament Kritik an gewissen „Orgien der Fascistenpresse“ in Zusammenhang mit der Südtirolfrage⁵⁶⁸: Dass Österreich eine italophobe Einstellung habe, treffe nicht zu, auch wenn man die Brennergrenze nicht gutheiße; Gerüchte über einen geplanten italienischen Einfall über den Brenner habe Mussolini für haltlos erklärt.⁵⁶⁹ Rund drei Wochen später klärte er diese Fragen im Gespräch mit dem italienischen Außenminister Dino Grandi.⁵⁷⁰

Für eine gewisse Gereiztheit Österreichs in dieser Zeit gab es leicht nachvollziehbare Gründe: Am 20. Mai 1925 hatte Mussolini vor dem Senat erklärt, Italien würde eine Annektierung Österreichs durch das Deutsche Reich nicht dulden.⁵⁷¹ Wenig später gab er dagegen zu erkennen, dass er Österreich, je nach Entwicklung der internationalen Lage, auch fallen lassen

560 ADÖ 5/738.

561 W. RAUSCHER, *Der Aufstieg*, 361 f.

562 ADÖ 5/741; vgl. KUSSTATSCHER-OBERKOFER, *Beziehungen*, 104–107; MALFÈR, *Wien und Rom*, 135–140.

563 KUSSTATSCHER-OBERKOFER, *Beziehungen*, 184–214; MALFÈR, *Wien und Rom*, 148–162.

564 KUSSTATSCHER-OBERKOFER, *Beziehungen*, 154–157; MALFÈR, *Wien und Rom*, 144 f.

565 JEDLICKA, *Österreich*, 48; NAUTZ, *Unterhändler*, 148.

566 Zu ihm vgl. AGSTNER/ENDERLE-BURCEL/FOLLNER, *Österreichs Spitzendiplomaten*, 212–214.

567 ADÖ 5/786.

568 Zur damals eintretenden Verschärfung des Problems KUSSTATSCHER-OBERKOFER, *Beziehungen*, 242–275.

569 ADÖ 5/822.

570 ADÖ 5/827.

571 ARA, *Österreichpolitik*, 112; DI NOLFO, *Rapporti*, 38; FRIEDL, *Zusatzprotokolle*, 152.

würde⁵⁷², umso mehr, als Frankreich 1925 die Garantie der Unabhängigkeit Österreichs Italien allein zuschob.⁵⁷³

In Österreich waren damals eher feindselige Töne gegen Italien und Mussolini zu vernehmen, im Nationalrat⁵⁷⁴ und bei den Behörden verschiedener Ebenen, die in den faschistischen Mittelsmännern eine Gefahr für ihr Land sahen. Ein Verbot der Fasci wurde von der österreichischen Außenpolitik allerdings nicht erwogen. Wien hatte diesbezüglich gegenüber der Kärntner Landesregierung, die sich dafür aussprach, einen gewissen Argumentationsnotstand.⁵⁷⁵

Seit Ende Oktober 1926 stand wieder Ignaz Seipel an der Spitze der Bundesregierung. Im Dezember kam es im Nationalrat zu tumultartigen Szenen, als ein Abgeordneter von Übergriffen der italienischen Konsularbehörden in Kärnten berichtete. Mehrere Volksvertreter brachten ihre Empörung zum Ausdruck, einer nannte Mussolini einen „Falloten“. Als der Präsident wegen der Wahl dieses und ähnlicher Worte Ordnungsrufe erteilte, wurde er nicht gehört. Ein Abgeordneter fragte ihn, ob er den Faschismus schützen wolle, während ein anderer über Ortsgruppen der Schwarzhemden in Wien, Graz, Innsbruck und Villach berichtete, welche die Presse überwachten und monatliche Berichte nach Rom schickten: Dies dürfe nicht geduldet werden!⁵⁷⁶

Auf der diplomatischen Ebene standen indes komplexere Fragen im Vordergrund: Im Februar 1927 berichtete der österreichische Gesandte in Rom, Lothar Egger, dem Bundeskanzler, Mussolini habe in einem Interview mit der *Neuen Freien Presse* die Möglichkeit angedeutet, den Widerstand gegen das Anschlussverbot unter bestimmten Umständen aufzugeben; dieses Gerücht gehe auch in diplomatischen Kreisen um.⁵⁷⁷ Im Mai bekannte sich Seipel, von Leopold Kunschak sekundiert, im Nationalrat zur Ausgestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zu „unseren Brüdern im Deutschen Reich“ aufgrund der geistig-kulturellen Gemeinsamkeit.⁵⁷⁸

Vor dem Hintergrund eines eher unterkühlten Verhältnisses zu Deutschland bemühte sich Mussolini indes bald wieder um eine Verbesserung der Beziehungen zu Österreich. Dies erfolgte auf zwei Wegen: durch die Zusammenarbeit mit den österreichischen Regierungen und durch die Unterstützung der Heimwehr.⁵⁷⁹

572 DI NOLFO, Rapporti, 43.

573 DI NOLFO, Rapporti, 50.

574 JEDLICKA, Österreich, 49; W. RAUSCHER, Der Aufstieg, 368.

575 SCHOLZ, Italienischer Faschismus, 378–382.

576 ADÖ 6/851.

577 ADÖ 6/859.

578 ADÖ 6/871.

579 DI NOLFO, Rapporti, 54–59.

Neben den offiziellen Botschaftern hielt Italien in mehreren Ländern eine Art Paralleldiplomaten, die geheime politische und/oder propagandistische Missionen durchführten. In Österreich war dies Eugenio Morreale. Das Wesen des Nationalsozialismus mit klarem Blick durchschauend, bekämpfte er diesen nach Kräften und versuchte Österreich davor zu bewahren.⁵⁸⁰ Daher war es für ihn bedauerlich, in der Außenpolitik dieses Landes bis 1929 starke Rücksichten auf Berlin feststellen zu müssen, wie aus einem von ihm in deutscher Sprache verfassten Manuskript hervorgeht.⁵⁸¹

Morreale pflegte auch Beziehungen zu den Legitimisten.⁵⁸² Wenn man einer Ende April 1934 im Berliner Auswärtigen Amt entstandenen *Aufzeichnung betreffend die Restauration der Habsburger* folgen kann, waren viele Italiener der Meinung, nur durch die Restauration der Habsburger ließe sich die Eingliederung Österreichs ins Deutsche Reich verhindern.⁵⁸³ Über den ermordeten Bundeskanzler Engelbert Dollfuß war der Diplomat voll des Lobes: Im August 1934 veröffentlichte der CS von ihm verfasste „Gedankworte“, die den „erfolgreichen Baumeister des österreichischen Neuaufbaus“ zeichneten.⁵⁸⁴ 1936 gab Morreale neuerlich zu erkennen, dass er kein grundsätzlicher Gegner der Restauration Habsburgs war, denn die Geschichte Österreichs lasse sich von der Geschichte dieses Hauses nicht trennen.⁵⁸⁵

Der offiziellen italienischen Österreichpolitik entsprachen die legitimistischen Sympathien freilich nicht: Schon 1920 hatte Karl Renner gegenüber Ministerpräsident Nitti erklärt, Österreich werde auf eine Restauration der Habsburger verzichten.⁵⁸⁶ 1932 gab Mussolini dann aber zu verstehen, dass er einer Habsburgerrestauration nicht mehr um jeden Preis abgeneigt war.⁵⁸⁷ 1934 erklärte er im Gespräch mit Bundeskanzler Schuschnigg, Italien würde Österreich in diesem Fall keine Schwierigkeiten machen.⁵⁸⁸ Wenige Monate später, im April 1935, stellte Außenminister Egon Berger-Waldenegg beim italienischen Staatssekretär für Äußeres Fulvio Suvich⁵⁸⁹ großes Interesse für die legitimistische Bewegung fest. Er wusste auch von Gesprächen des österreichischen Gesandten beim Völkerbund, Imre von

580 COLOTTI, *Fascismo*, 304 f.; NIGLIA, Mussolini, 79; WOHNOUT, Bundeskanzler Dollfuß, 611 f.

581 JEDLICKA, *Österreich*, 46.

582 BROUCEK, *Ein General II*, 71; EBNETH, *Wochenschrift*, 43.

583 BERTOLASO, *Die erste Runde*, 201.

584 CS 19. 8. 1934 (E. MORREALE).

585 CS 8. 3. 1936 (E. MORREALE).

586 MALFÈR, *Wien und Rom*, 35–42.

587 KEREKES, *Abenddämmerung*, 106.

588 K. SCHUSCHNIGG, *Requiem*, 236.

589 Der aus Triest stammende Suvich hatte in Graz und Wien studiert; er galt als deutschfeindlich und schätzte Dollfuß; ÖSTERREICHER, Fulvio Suvich, 3, 45, 54 und 61.

Pflügl, eines engen Vertrauten Otto von Habsburgs, mit Mussolini, in denen der Duce ebenfalls keine völlige Ablehnung der Restauration zu erkennen gegeben habe.⁵⁹⁰ 1936 wies Mussolini im Gespräch mit Schuschnigg dann allerdings jeglichen legitimistischen Gedanken zurück⁵⁹¹ – obwohl er sich selbst weiterhin als Monarchisten bezeichnete.⁵⁹²

Die Ereignisse von 1927 brachten eine Stärkung der Heimwehr, und der italienische Einfluss nahm zu.⁵⁹³ Im österreichischen Nationalrat war dies Anlass, neuerlich auf die Südtirolfrage zu verweisen, von großdeutscher Seite im November 1927⁵⁹⁴, einige Monate später dann auch von christlichsozialer: Am 23. Februar 1928 hielt der Tiroler Abgeordnete Franz Kolb, später Mitglied des BKR, eine ausführliche, sehr emotionale Rede zu diesem Thema, die auch international Aufsehen erregte.⁵⁹⁵ Sie hatte die Abberufung des italienischen Gesandten aus Wien zur Folge.⁵⁹⁶

Der Bundeskanzler sah indes vornehmlich die übergeordnete Ebene des Problems.⁵⁹⁷ Im November 1927 sprach er den deutschen Reichskanzler Wilhelm Marx und Außenminister Gustav Stresemann anlässlich eines Besuchs in Wien auf Gerüchte über einen bevorstehenden Linksputsch in Österreich an, dem ein Rechtsputsch folgen werde: Mussolini habe ihm durch den österreichischen Gesandten in Rom entsprechende Hinweise gegeben. Stresemann gab an, ähnliche Informationen zu besitzen; vor allem die steirische Heimwehr werde aus Italien mit Geld und Waffen unterstützt. Für Seipel war diese Aussage Anlass zu betonen, für die Heimwehr insgesamt könne er bürgen, denn sie stehe der CSP nahe und er selbst ziehe die Fäden, indem er ständigen Kontakt mit der Führung halte. Die Mittel stammten aus dem Inland und seien reichlich. Gerade im Fall der Tiroler Heimatwehr sei es nicht denkbar, dass sie mit den Faschisten verbunden sei. Es treffe allerdings zu, dass in den Ländern große Verbitterung herrsche, und dies bewirke, dass manche eine faschistische Regierung einer Koalition mit den Sozialdemokraten vorzögen. Er könne versichern, dass kein italienisches Geld nach Österreich komme, allerdings neige Italien dazu, die eigene Rolle bei

590 BERGER-WALDENEGG, Biographie, 408.

591 ARA, Österreichpolitik, 118; THALER, Legitimus, 71 f.

592 K. SCHUSCHNIGG, Im Kampf, 194.

593 COLOTTI, Fascismo, 305–307; JEDLICKA, Österreich, 51; KUSSTATSCHER-OBERKOFER, Beziehungen, 356–385; K. SCHUSCHNIGG, Im Kampf, 81 und 129 f.

594 ADÖ 6/884.

595 ADÖ 6/908; vgl. BINDER, Politischer Katholizismus, 31–33; KUSSTATSCHER-OBERKOFER, Beziehungen, 288 f.; zum Kontext EBD. 276–281; REITMAIR, Msgr. Prof. Dr. Franz Kolb, 18.

596 ADÖ 6/940.

597 KUSSTATSCHER-OBERKOFER, Beziehungen, 289–291 und 305.

der Bekämpfung der Sozialdemokratie übermäßig zu akzentuieren.⁵⁹⁸ In den darauffolgenden Monaten nahm das Verhältnis zwischen Österreich und Italien einen so ungünstigen Verlauf, dass Seipel in der ersten Jahreshälfte 1928 um Normalisierung bemüht sein musste.⁵⁹⁹ Er ließ Mussolini ausrichten, Österreich betrachte die Südtirolfrage als inneritalienische Angelegenheit und betreibe keine antiitalienische Agitation; daher könnten die zwischenstaatlichen Beziehungen wieder „in die Atmosphäre der Herzlichkeit“ zurückgeführt werden.⁶⁰⁰ Dies war freilich umso schwerer, als im Parlament weiterhin eine italienkritische Haltung vorherrschte.⁶⁰¹

Den Volksvertretern bereitete es Unbehagen zu sehen, dass Österreich seit dem Frühjahr 1928 Objekt politischer Verhandlungen zwischen Italien und Ungarn war. Beide Länder wollten mithilfe der Heimwehr eine Rechtsregierung fördern: Für Ungarn sollte diese ein Gegengewicht gegen die Kleine Entente sein, Italien sah darin einen Vorteil für sich in der Tiroler Frage. Im Sommer 1928 liefen diesbezüglich intensive Verhandlungen. Für den 7. Oktober, an welchem die Sozialdemokraten eine Demonstration geplant hatten, war eine Großveranstaltung der Heimwehr vorgesehen. Einer ihrer führenden Funktionäre, der Tiroler Richard Steidle, sprach von der Möglichkeit, daraus einen *Marsch auf Wien* zu machen, wenn von Seiten der Sozialdemokraten entsprechende Provokationen kämen. Seipel bat die Heimwehr, auf Übergriffe zu verzichten, für den Fall von Zusammenstößen erklärte er sich aber bereit, Militär und Polizei zur Verfügung zu stellen. Als es zu dem geplanten Putsch schließlich nicht kam, reagierte Italien verstimmt.⁶⁰²

Um die Mitte des Jahres 1929 begann der Aufbau österreichischer Sonderbeziehungen zu Italien.⁶⁰³ Im Juni reiste mit Waldemar Pabst ein mächtiger Vertreter der Heimwehr nach Rom. Obwohl diese Mission mit Wissen von Heeresminister Carl Vaugoin erfolgte, war Mussolini mit Österreich unzufrieden. Für den 29. September 1929 war ein weiterer Putsch der Heimwehr geplant. Wiederum kam ein geplanter *Marsch auf Wien* nicht zustande.⁶⁰⁴

Bundeskanzler Schober sprach Ende September 1929 von der Bereinigung der „die Beziehungen zwischen Österreich und Italien zeitweise trü-

598 ADÖ 6/886 f.

599 ADÖ 6/916.

600 ADÖ 6/924 und 933; vgl. KUSSTATSCHER-OBERKOFER, Beziehungen, 312–315.

601 ADÖ 6/938; vgl. KUSSTATSCHER-OBERKOFER, Beziehungen, 330–332.

602 KEREKES, Abenddämmerung, 9–30; K. SCHUSCHNIGG, Im Kampf, 129 f.

603 COLOTTI, Fascismo, 308; DI NOLFO, Rapporti, 60; STUHLPFARRER, Außenpolitik, 323.

604 COLOTTI, Fascismo, 313; DI NOLFO, Rapporti, 61; KEREKES, Abenddämmerung, 39–53; WOHNOUT, Bundeskanzler Dollfuß, 606.

benden Unstimmigkeiten“.⁶⁰⁵ Er förderte die Politik der Verständigung mit Blick auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Österreichs und auf die anstehende Verfassungsreform.⁶⁰⁶ Offener als unter Seipel kamen die italienischen Versuche politischer Einflussnahme auf Österreich zur Sprache, darunter der Wunsch, der Kanzler möge den *Schutzbund* auflösen und die Heimwehr in eine konstitutionelle Partei umwandeln. Mussolini, so Lothar Egger im Oktober 1929, wünsche die österreichische Regierung in jeder Beziehung zu stärken, denn er wolle nicht von „extrem demokratischen Ländern“ umgeben sein; den Verfassungsentwurf billige er, ja wirke überhaupt versöhnt. Mit Blick auf die dringend erforderliche Anleihe sei dem Duce versichert worden, dass die österreichische Regierung nach Kräften auf die kritischen Tiroler Kreise einwirken werde, dass sie aber keine Verfügungsgewalt über die Landeshauptleute besitze.⁶⁰⁷ Auch die Beziehungen faschistischer Kreise zur Heimwehr wurden nicht mehr in Abrede gestellt.⁶⁰⁸

Immerhin besaß Schober aber genügend Rückgrat, um eine von Mussolini gewünschte Romreise von der vorherigen Zusage der Anleihe abhängig zu machen, weil er sie andernfalls in seinem Land nicht rechtfertigen könne.⁶⁰⁹ Als diese Zusage kam, wurde dem Bundeskanzler aus Rom nahegelegt, mit ihrer Bekanntgabe die Erklärung zu verbinden, dass die Freundschaft mit Italien ein wesentliches Element der österreichischen Politik sei.⁶¹⁰ Schober war es indes wichtiger, seine Politik den übrigen europäischen Staaten⁶¹¹ und dem eigenen Parlament zu erklären: Weder habe man Südtirol fallen gelassen noch hätten Gerüchte, Österreich werde seine Neutralität aufgeben und sich enger an Italien anlehnen, eine reale Grundlage. Diese Worte wirkten selbst auf oppositionelle Abgeordnete beschwichtigend, aber alle Vorbehalte gegen die wirtschaftliche Sanierung Österreichs zum Preis der Anlehnung an Italien ließen sich nicht ausschalten. Insgesamt wurde Schobers Südtirolpolitik besser bewertet als jene Seipels.⁶¹² Über den von italienischer Seite erhobenen Vorwurf einer konservativ-liberalen Gesinnung und eines zu wenig autoritären Stils⁶¹³ setzte sich der Kanzler souverän hinweg.

Der angekündigte Besuch in Rom fand vom 4. bis zum 7. Februar 1930 statt. Schober überreichte Mussolini das Große Goldene Ehrenzeichen der

605 ADÖ 6/980; vgl. JEDLICKA, Österreich, 54.

606 ADÖ 6/986 und 989.

607 ADÖ 6/983; COLOTTI, Fascismo, 309 f.

608 ADÖ 6/986; COLOTTI, Fascismo, 311.

609 ADÖ 6/985.

610 ADÖ 6/990.

611 ADÖ 6/992; COLOTTI, Fascismo, 317.

612 ADÖ 6/997.

613 COLOTTI, Fascismo, 311–319.

Republik Österreich und dankte für den Kredit. Bezüglich der Heimwehren mahnte Mussolini zu Einigkeit; über einzelne Führer besaß er erstaunlich detaillierte Informationen.⁶¹⁴ Den Höhepunkt des Besuchs bildete die Unterzeichnung eines Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrags zwischen Österreich und Italien am 6. Februar. Italien wurde dadurch zur „diplomatischen Schutzmacht“ Österreichs.⁶¹⁵

Dies schien angesichts des steilen Aufstiegs der NSDAP in Deutschland und der in diesem Land bestehenden Ambitionen in Betreff Österreichs in besonderer Weise geraten zu sein.⁶¹⁶ Ende Februar 1930 erläuterte Schober seine Politik in Berlin, wobei er vor allem die Wirtschaftskrise ansprach. Bei seinem Rombesuch sei er keinerlei Bindungen irgendwelcher Art eingegangen; Österreich werde an seiner Neutralität festhalten.⁶¹⁷

Im Sommer 1930 wurden die Zurufe aus Italien in Betreff der Heimwehr wieder lauter. Schon während seines Rombesuchs hatte Schober von Uneinigkeit innerhalb des Wehrverbands berichtet. Nach dem Korneuburger Eid im Mai verschlechterte sich das Verhältnis der Heimwehr zum Kanzler deutlich.⁶¹⁸ Parallel dazu suchte Österreich die Nähe zu Frankreich, was wiederum in Rom nicht gern gesehen wurde.⁶¹⁹ Im Juni überbrachte Außenminister Grandi Schober eine Botschaft Mussolinis, der Kanzler möge nicht zulassen, dass die Kraft seiner Regierung durch Zwischenfälle in der Heimwehr geschwächt werde; deren Führung müsse er so verändern, dass die Heimwehr völlig hinter der Regierung stehe. Der Angesprochene betonte die Wichtigkeit, die er der Freundschaft mit Italien beimesse, aber auch den Willen, die österreichische Neutralität aufrecht zu erhalten.⁶²⁰ Die Führung der Heimwehr sollte seinem Wunsch gemäß an Ernst Rüdiger Starhemberg übergehen. Dies hießen auch die italienischen Gesprächspartner gut.⁶²¹ Als Schober im September in Genf Grandi neuerlich traf, beglückwünschte ihn dieser zur jüngsten Entwicklung innerhalb des Wehrverbands.⁶²²

614 ADÖ 6/1005.

615 ADÖ 6/1004; vgl. POTOČNIK, *Bewusstsein*, 145–150; SCHMÖLZER, *Beziehungen*, 11–18.

616 BRITZ, *Die Rolle*, 7.

617 HAAS, *Römische Allianz*, 72 f.; SCHMÖLZER, *Beziehungen*, 19 f.

618 KEREKES, *Abenddämmerung*, 67–74.

619 SCHMÖLZER, *Beziehungen*, 21–28.

620 ADÖ 7/1027; SCHMÖLZER, *Beziehungen*, 34 f.

621 COLOTTI, *Fascismo*, 320 f.; KEREKES, *Abenddämmerung*, 74–77. Zu einer Art Geistesverwandtschaft zwischen Mussolini und Starhemberg vgl. REICHHOLD, *Kampf*, 67 f.

622 ADÖ 7/1040.

Ende September 1930 übernahm Carl Vaugoin die Kanzlerschaft. Auch er ließ der Heimwehr viel Spielraum.⁶²³ Wenige Tage nach der Amtseinführung brachte er in einem Schreiben an Mussolini seine Bewunderung für dessen Werk zum Ausdruck und bekundete die eigene Absicht, „auch in meiner Heimat die Grundsätze der Staatsautorität und die durch keinen Klassenkampf gestörte Volksgemeinschaft ebenso zu festigen, wie es mir im Bundesheer bereits gelungen ist“.⁶²⁴

Ende März 1931 vernahm Schober, nunmehr Vizekanzler im Kabinett Ender, aus dem Mund des italienischen Gesandten in Wien eher nüchterne Worte: Mussolini werde „ohne besondere Erregung die Lage betrachten und studieren“ und hoffe auch künftig auf gute Zusammenarbeit mit Österreich.⁶²⁵ Der Grund für die Vorbehalte des Duce könnte das Faktum gewesen sein, dass Ender keinen Heimwehrvertreter in sein Kabinett geholt hatte.⁶²⁶ Überhaupt durchlebte der Wehrverband 1931 eine Krise.⁶²⁷ Vor diesem Hintergrund legte die Zeitschrift StL Wert auf die Feststellung, dass es in Österreich faschistische Einflüsse keineswegs gebe.⁶²⁸

Es war allerdings ein Österreicher, der 1931 in der von Giuseppe Bottai herausgegebenen Zeitschrift *Critica Fascista*⁶²⁹ die Partei des Faschisten Asvero Gravelli ergriff. Der seit 1925 in Rom lebende Schriftsteller Gustav Glässer setzte sich für den im Jahrzehnt nach dem Marsch auf Rom zum Kreis der Vertrauten Mussolinis zählenden Journalisten ein, der später vom Duce fallen gelassen wurde. 1929 erschien erstmals die von Gravelli gegründete Zeitschrift *Antieuropa*⁶³⁰, die sich zum Sprachrohr junger, mit der bisherigen Entwicklung des faschistischen Regimes unzufriedener Korporativisten entwickelte und die Fortführung der faschistischen *rivoluzione* über die Grenzen Italiens hinaus forderte.⁶³¹ Sie popularisierte Gravellis Überzeugung vom Scheitern der Prinzipien von 1789 und die Ablehnung des Parlamentarismus und des Völkerbund-Pazifismus.⁶³² Gleich Bottai⁶³³ zählte Gravelli bei der Verbreitung faschistischen Gedankenguts im Ausland auf die nationalen Eliten, mit denen in „circoli antieuropoi“ Kontakt

623 COLOTTI, *Fascismo*, 322 f.; KEREKES, *Abenddämmerung*, 85.

624 ADÖ 7/1045.

625 ADÖ 7/1091.

626 KEREKES, *Abenddämmerung*, 88.

627 COLOTTI, *Fascismo*, 328 f.; KEREKES, *Abenddämmerung*, 92 f.

628 StL 1931, 538–542 (W. ANDREAE).

629 THÖNDL, Oswald Spengler, 45 und 186.

630 SCHOLZ, *Italienischer Faschismus*, 149–158.

631 SCHOLZ, *Italienischer Faschismus*, 127.

632 SCHOLZ, *Italienischer Faschismus*, 159 f.

633 SCHOLZ, *Italienischer Faschismus*, 97 und 123.

gepflegt werden solle.⁶³⁴ Die SZ brachte *Antieuropa* mit dem „paganen Imperialismus“ des Kulturphilosophen Julius Evola in Verbindung.⁶³⁵ 1935 erschien aus Gravellis Feder ein Buch mit dem Titel *Panfascismo*, in dem er dem Korporativismus bei der Einigung Europas große Bedeutung beimaß.⁶³⁶ Hinsichtlich Österreichs sprach er sich gegen den Anschluss an das Deutsche Reich aus, aber die Forderung nach Abtrennung Südtirols von Italien lehnte er ab.⁶³⁷ Dasselbe gilt für den Paneuropa-Gedanken, dem gegenüber sich auch Mussolini sehr abweisend verhielt. Nach einem Gespräch des Duce mit Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi im Jahr 1933 endeten allerdings gezielte Gegenaktionen.⁶³⁸

Das Jahr 1931 brachte eine allmähliche Annäherung Italiens an Deutschland.⁶³⁹ Im Oktober besuchte Außenminister Dino Grandi Berlin.⁶⁴⁰ In der Gestaltung des Verhältnisses Österreich-Italien kam Starhemberg eine Schlüsselposition zu.⁶⁴¹ Der eng mit ihm kooperierende Eugenio Morreale bot ihm Rückhalt gegen oppositionelle Strömungen innerhalb der Heimwehr. Der italienische Journalist hatte 1929 mit Sorge festgestellt, dem Wehrverband fehle es an einer homogenen Struktur sowie an einer einheitlichen politischen Linie. Ende 1929 hatte er sich für einen Schulterschluss von Heimwehr und CSP verwendet, was auch Ignaz Seipels Haltung entsprach. Als sich die Heimwehr daraufhin nach seinen Vorstellungen entwickelte, setzten 1931 reiche Geldflüsse aus Italien ein.⁶⁴²

1930, kurz vor seiner Ernennung zum Bundesführer, hatte Starhemberg, nach Hans Woller „ein subversiver Luftikus“, der zu unüberlegten, impulsiven Handlungen neige⁶⁴³, zunächst Kontakt mit Hitler⁶⁴⁴, dann mit Mussolini aufgenommen. Letzteres erfuhr Kanzler Schober am 15. Juni vom italienischen Außenminister, der ihm zusicherte, Starhemberg würde vom Duce nur mit seiner Zustimmung empfangen.⁶⁴⁵ Eine weitere Romreise, auf der er sich Mussolinis Rückendeckung sichern wollte, unternahm der Heimwehr-

634 SCHOLZ, Italienischer Faschismus, 169.

635 SCHOLZ, Italienischer Faschismus, 157.

636 SCHOLZ, Italienischer Faschismus, 175.

637 BAUERKÄMPER, Der Faschismus, 172.

638 ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Europäische Christdemokraten, 583.

639 DI NOLFO, Rapporti, 63.

640 DI NOLFO, Rapporti, 67 f.

641 BRITZ, Die Rolle, 113; COLOTTI, Fascismo, 329; WOHNOUT, Bundeskanzler Dollfuß, 607.

642 NIGLIA, Mussolini, 64–67.

643 WOLLER, Rom, 94.

644 KINDERMANN, Hitlers Niederlage, 111 f.

645 ADÖ 7/1027.

führer Anfang Juni 1932.⁶⁴⁶ Für den Herbst plante er einen Putsch, für den er Mussolini um Waffen bat.⁶⁴⁷

Dieser ließ dem Kanzler, inzwischen Engelbert Dollfuß, über den österreichischen Gesandten in Rom seine Wertschätzung ausrichten. Der eigentliche Grund für die Kontaktaufnahme war aber Hitler, denn den Duce, seit Juli 1932 auch italienischer Außenminister⁶⁴⁸, störte es, dass sich Deutschland über seinen Wiener Gesandten in Österreichs Innenpolitik einmische.⁶⁴⁹ Im Herbst 1932 führte Dollfuß Gespräche mit Ungarns Ministerpräsidenten Gyula Gömbös über den weiteren Ausbau der österreichisch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen.⁶⁵⁰ Im Raum stand eine österreichisch-ungarisch-italienische Zollunion.⁶⁵¹ Einer solchen stimmte Dollfuß nicht zu, aber eine Erleichterung des Warenverkehrs, erläuterte er im Clubvorstand der CSP, sei anzustreben.⁶⁵² Nach Eugenio Morreale machte er seine Bereitschaft, sich einem italienisch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsbündnis anzuschließen, von einer Revision der faschistischen Politik in Südtirol abhängig.⁶⁵³

Ebenfalls 1932 veröffentlichte Walter Heinrich den Essay *Der Faschismus. Staat und Wirtschaft im neuen Italien*.⁶⁵⁴ Im selben Jahr leugnete der italienische Journalist Diano Brocchi, dass es zwischen dem Faschismus in seinem Land und den österreichischen Heimwehren eine völlige Übereinstimmung gebe.⁶⁵⁵ Auch liegen keine Hinweise vor, dass Vertreter aus Österreich an einem im November anlässlich der faschistischen Dezennalien von der *Reale Accademia d'Italia* veranstalteten international besetzten Kongress in Rom zum Thema „Europa“ teilgenommen hätten.⁶⁵⁶

Sehr wohl präsent war Österreich hingegen bei einer Ende Mai 1932 in Mailand abgehaltenen Konferenz des dem Völkerbund angegliederten *Internationalen Instituts für geistige Zusammenarbeit*. Hier hatten sich „organisch eingestellte(r) Nationalökonomen mit den reinsten Liberalisten“ (R. Kerschagl) getroffen. Der österreichische Vertreter lobte das dabei vor-

646 KINDERMANN, Hitlers Niederlage, 113 f.; KINDERMANN, Österreich, 142 f.; SCHMÖLZER, Beziehungen, 51 f.

647 KEREKES, Abenddämmerung, 104–107.

648 ÖSTERREICHER, Fulvio Suvich, 18–24.

649 ADÖ 8/1242.

650 ADÖ 8/1246 f.; vgl. WOHNOUT, Bundeskanzler Dollfuß, 608 f.

651 KEREKES, Abenddämmerung, 116 f.; SCHMÖLZER, Beziehungen, 45–50.

652 GOLDINGER, Protokolle, 40; SCHMÖLZER, Beziehungen, 57.

653 JEDLICKA, Österreich, 56. Am 4. Februar 1933 bat Sektionschef Richard Schüller Mussolini um Erleichterungen für die Südtiroler auf kulturellem Gebiet; ADÖ 8/1266.

654 J. REITER, Entstehung, 31.

655 SCHOLZ, Italienischer Faschismus, 143.

656 BAUERKÄMPER, Der Faschismus, 172; SCHOLZ, Italienischer Faschismus, 213–215.

gestellte italienische Memorandum, in dem es nicht um rein ökonomische, sondern um weltanschauliche Fragen gehe. In seinem eigenen, die österreichische Position erläuternden Memorandum habe er die Notwendigkeit organischer Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft hervorgehoben und sei für ständische Gliederung und internationale Zusammenarbeit eingetreten. Er schloss seinen Bericht mit der Bemerkung, dass große Teile der Welt nach wie vor vom Liberalismus erfüllt seien und dass auch die Entwicklung des Faschismus noch nicht abgeschlossen sei.⁶⁵⁷

Im Januar 1933 berichtete der österreichische Gesandte in der Tschechoslowakei, Ferdinand Marek, Bundeskanzler Dollfuß von einem Besuch Giuseppe Bottais in Prag, wo dieser einen Vortrag über Korporativismus gehalten habe. Es habe sich auch Gelegenheit zu einer Unterredung mit dem tschechischen Diplomaten und Historiker Kamil Krofta ergeben, dem zufolge die Italiener alles täten, um den französischen Einfluss in Mitteleuropa zurückzudrängen: Österreich möge sich vor der italienischen Expansion in Acht nehmen, denn Italien wolle Ungarn die erste Rolle einräumen und Österreich allenfalls „mitnehmen“.⁶⁵⁸ London und Paris hatten ebenfalls Zweifel an der Zuverlässigkeit Italiens als Garanten der Unabhängigkeit Österreichs, die in der Folgezeit, als Mussolini die Westmächte immer wieder brüskierte, noch größer wurden.⁶⁵⁹

Verstärkte Annäherung zwischen Italien und Österreich

Um die Jahreswende 1932/33, in einer Phase intensiver Bemühungen Italiens um Österreich⁶⁶⁰, geriet die österreichische Regierung durch einen aus Italien kommenden Transport von Waffen aus dem Ersten Weltkrieg in schwere Turbulenzen.⁶⁶¹ Obwohl Dollfuß um Beschwichtigung bemüht war, sprechen die Fakten dafür, dass es sich um eine von langer Hand geplante Aktion handelte: Die Gewehre waren nicht, wie der Kanzler versicherte, lediglich zur Reparatur – auch um Arbeitsplätze zu schaffen⁶⁶² – nach Österreich gebracht worden und sollten wieder retourniert werden⁶⁶³, sondern waren für die Heimwehr bestimmt; ein Teil sollte nach Ungarn weitergeleitet werden.⁶⁶⁴

657 StL 1932, 508–513 (R. KERSCHAGL).

658 ADÖ 8/1257.

659 BERTOLASO, Die erste Runde, 205–213.

660 SCHMÖLZER, Beziehungen, 59–61.

661 KEREKES, Abenddämmerung, 121 f.; LINDER, Waffenaffäre, 64–69 und 86.

662 BEER, Anschluss, 165; LINDER, Waffenaffäre, 59 f.

663 LINDER, Waffenaffäre, 75 und 79.

664 LINDER, Waffenaffäre, 50–52 und 81; WILTSCHEGG, Heimwehr, 354.

Auch Starhemberg leugnete jegliche Beteiligung⁶⁶⁵, desgleichen Mussolini.⁶⁶⁶ Diese sogenannte Hirtenberger Waffenaffäre wurde am 8. Januar 1933 durch die *Arbeiterzeitung* aufgedeckt. Mussolini fühlte sich von den Sozialdemokraten bloßgestellt.⁶⁶⁷ Für die österreichische Regierung galt dasselbe hinsichtlich ihrer Abhängigkeit vom Faschismus; in den Augen der Garantiemächte der Pariser Friedensordnung lag eine Verletzung der Bestimmungen von Saint-Germain bzw. Trianon vor.⁶⁶⁸ Die Kleine Entente sowie Großbritannien und Frankreich machten die Auszahlung der 1932 Österreich zugesicherten Anleihe von einer Bereinigung dieser Angelegenheit abhängig.⁶⁶⁹ Im Licht des Aufstiegs der Nationalsozialisten in Deutschland erklärten sich die Westmächte in der zweiten Februarhälfte dann aber zum Einlenken bereit, sofern die Waffen bald an den italienischen Absender zurückgingen.⁶⁷⁰ Am 6. April 1933 erklärte Dollfuß im Clubvorstand der CSP, der Heeresminister werde für den Abtransport sorgen. Und er fügte hinzu, man werde sich „nicht mehr weiter an der Nase herumführen lassen von einem der größten Falloten Europas“. ⁶⁷¹ Allerdings erfolgte die Rücksendung der Waffen dann doch nicht⁶⁷², die Beziehung Rom-Wien wurde angesichts des Drucks aus Deutschland enger als je zuvor.⁶⁷³

Die Ausschaltung des Parlaments am 4. März 1933 soll ebenfalls auf italienische Anregung erfolgt sein.⁶⁷⁴ Ernst Karl Winter sprach in einem Schreiben an Mussolini von der Zusammenarbeit der Rechten und der Linken in Österreich unter italienischer Ägide im gemeinsamen Kampf gegen Hitler. Dabei rief er dem Duce dessen eigene Aussage in Erinnerung, der Faschismus sei kein Exportartikel. Winter veröffentlichte diesen Brief in den *Wiener Politischen Blättern*, die sofort konfisziert wurden; es ist nicht bekannt, ob er Mussolini erreichte.⁶⁷⁵

665 LINDER, Waffenaffäre, 60; WOLLER, Rom, 102.

666 LINDER, Waffenaffäre, 80.

667 BINDER, Der Skandal, passim; BRITZ, Die Rolle, 27 f.; KINDERMANN, Österreich, 129; LINDER, Waffenaffäre, 54 f.; zu den Details der Aufdeckung vgl. EBD. 60–63; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 29–31.

668 BEER, Anschluss, 163 f.; P. BERGER, Im Schatten, 286 f.; GEHLER, Politischer Wandel, 47; LINDER, Waffenaffäre, 56–58.

669 LINDER, Waffenaffäre, 76–78.

670 BEER, Anschluss, 169; KEREKES, Abenddämmerung, 123 f.; LINDER, Waffenaffäre, 84 f.

671 GOLDINGER, Protokolle, 219.

672 KEREKES, Abenddämmerung, 125.

673 HORNBOSTEL, Fremde Einflüsse, 135; LINDER, Waffenaffäre, 89; RATHKOLB, Erste Republik, 498.

674 JEDLICKA, Österreich, 56; im Vorfeld hatte Dollfuß mit Vertretern Italiens intensiv über die Verfassungsreform verhandelt; SCHMÖLZER, Beziehungen, 107 f. und 114.

675 G. STOURZH, Außenpolitik, 324 f., WOHNOUT, Schritte, 70.

Nach den Wahlen in Deutschland am 5. März 1933 begann Hitler eine Art kalten Krieg gegen Österreich mit dem Ziel einer nationalsozialistischen Durchdringung des Landes.⁶⁷⁶ Zugleich verstärkte Mussolini seine Bemühungen um Österreich. Bundeskanzler Dollfuß lehnte sich nach wie vor an ihn an, weil für ihn die Ausschaltung der Sozialdemokratie Vorrang hatte.⁶⁷⁷

Damals wurden auch die Kontakte zwischen Eugenio Morreale und Starhemberg enger, während gegen den Fürsten gerichtete Strömungen in der Heimwehr Gelder aus Deutschland erhielten. Mussolinis Mittelsmann war aber auch mit den österreichischen Nationalsozialisten im Gespräch – die ihn ihrerseits wachsam beobachteten. In Hitlers Bevollmächtigtem Theo Habicht⁶⁷⁸ sah er – gleich Starhemberg⁶⁷⁹ – einen Politiker, der die Situation dieses Landes aus einer preußischen Perspektive beurteile, also völlig falsch. Eines der zentralen Anliegen Morreales war es, Starhemberg und Dollfuß auf eine Linie zu bringen.⁶⁸⁰

Ab 1933 verloren die *Fasci all'estero* an Bedeutung; die Propaganda zur Verbreitung des Faschismus im Ausland übernahmen sogenannte *Comitati d'azione per l'Universalità di Roma* (CAUR), die sich zunehmend aggressiver Methoden bedienten. Im ersten Tätigkeitsbericht für Mussolini vom Oktober 1933 konnte der CAUR-Präsident auf die Gründung zahlreicher Sektionen und auf Besuche hochrangiger Vertreter der europäischen Rechten verweisen; auch Starhemberg sprach im CAUR-Hauptquartier in Rom vor.⁶⁸¹

Ein Diplomat, der vom italienischen Faschismus Gefahren für Österreich ausgehen sah, war der französische Gesandte in Wien, Gabriel Puaux. Im April 1936, anlässlich der Unterzeichnung eines österreichisch-französischen Kulturabkommens, würdigte er „die Gemeinsamkeit französischer und österreichischer Geisteshaltung“. Er sah sie vor allem in der „Achtung vor der Einzigartigkeit der menschlichen Persönlichkeit“, die eng mit der Neigung des Österreicherers zu Kompromissen und seiner Ablehnung des Zwangs zu gewaltsamer Vereinheitlichung zusammenhänge. Die Liebe beider Länder zur Kunst sei Ausdruck der Überwindung der „Neigungen und Leidenschaften des primitiven Menschen“. Das gemeinsame Anliegen der Errichtung einer christlichen Gesellschaftsordnung komme im Werk von Frederic Le Play in ähnlicher Weise zum Ausdruck wie bei Vogelsang. Er

676 BERTOLASO, Die erste Runde, 55–64; KINDERMANN, Österreich, 44–51.

677 BRITZ, Die Rolle, 41; COLOTTI, Fascismo, 334 f.; ORLANDO, Rolle, 24–26; POTOČNIK, Bewusstsein, 187–192; SCHMÖLZER, Beziehungen, 115 f.; SCHWEITZER, Volkstumsideologie, 15.

678 Vgl. KINDERMANN, Österreich, 40.

679 STARHEMBERG, Memoiren, 113.

680 P. BERGER, Im Schatten, 534; NIGLIA, Mussolini, 67–71.

681 BAUERKÄMPER, Der Faschismus, 172–175; SCHOLZ, Italienischer Faschismus, 287 und 304–346.

wusste auch von den in Fribourg regelmäßig stattfindenden sozialen Studienrunden (Kap. 3.3).⁶⁸²

Die erste persönliche Begegnung von Bundeskanzler Dollfuß mit Mussolini fand im April 1933 in Rom statt.⁶⁸³ Der damals ebenfalls dort weilende preußische Ministerpräsident Hermann Göring ließ den Duce wissen, Deutschland werde die Propaganda gegen Österreich so lange fortsetzen, bis die österreichische Regierung die Forderung der Nationalsozialisten nach Neuwahlen erfülle.⁶⁸⁴ Die an diesem Faktum zum Ausdruck kommenden Kontakte zwischen Italien und Deutschland erfüllten Dollfuß mit Sorge.⁶⁸⁵ Mussolini beruhigte ihn indes rasch – umso mehr, als er die Pläne zu einer berufsständischen Verfassung ausdrücklich goutierte.⁶⁸⁶ Entsprechend zufrieden klang der Bericht des Kanzlers über seine Romreise, den er am 20. April 1933 im Clubvorstand der CSP erstattete.⁶⁸⁷

Im Juni führte die Unterzeichnung des Konkordats Dollfuß neuerlich nach Rom, und wiederum ergab sich Gelegenheit zu politischen Gesprächen.⁶⁸⁸ Auch hierüber berichtete er anschließend im Clubvorstand der CSP: Mussolini habe beteuert, Österreich könne auf die italienische Freundschaft „unter allen Umständen“ rechnen.⁶⁸⁹ Im Juli lobte Mussolini die Gründung der VF, forderte aber ein härteres Vorgehen gegen die Sozialdemokraten und urgierte den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen. Auch rief er Dollfuß die Notwendigkeit in Erinnerung, an der neuen Verfassung zügig weiterzuarbeiten⁶⁹⁰: Der Kanzler wartete mit der Antwort drei Wochen – und setzte andere Schwerpunkte als die von Mussolini gewünschten.⁶⁹¹

Im August erhielt Dollfuß anlässlich eines Treffens mit Mussolini im Badeort Riccione dessen ausdrückliche Zusage, dass Italien im Fall einer Invasion „aus Bayern“ in Österreich militärisch reagieren werde.⁶⁹² Ver-

682 CS 2. 8. 1936 (G. PUAUX).

683 SCHMÖLZER, *Beziehungen*, 65–69 und 116 f.; WOHNOUT, *Bürgerliche Regierungspartei*, 200; WOHNOUT, *Bundeskanzler Dollfuß*, 613.

684 KEREKES, *Abenddämmerung*, 137 f.

685 GOLDINGER, *Protokolle*, 228; vgl. SCHMÖLZER, *Beziehungen*, 69 f.; STUHLPFARRER, *Außenpolitik*, 325–327.

686 KEREKES, *Abenddämmerung*, 138.

687 GOLDINGER, *Protokolle*, 229 f.

688 K. SCHUSCHNIGG, *Im Kampf*, 146; vgl. SCHMÖLZER, *Beziehungen*, 70–72 und 119–121; WOHNOUT, *Bundeskanzler Dollfuß*, 613.

689 GOLDINGER, *Protokolle*, 251 f.

690 BERTOLASO, *Die erste Runde*, 220; KEREKES, *Abenddämmerung*, 148 f. und 153; SCHMÖLZER, *Beziehungen*, 121–125.

691 ROSS, *Hitler*, 78 f.; WOHNOUT, *Bundeskanzler Dollfuß*, 614 f.

692 BERTOLASO, *Die erste Runde*, 221 f.; FRIEDL, *Zusatzprotokolle*, 153; KINDERMANN, *Hitlers Nie-*

pflichtungen betreffend eine stärkere Beteiligung der Heimwehr an der politischen Verantwortung ging er indes nicht ein, er versprach aber ein energisches Vorgehen gegen die Sozialdemokraten.⁶⁹³ Der Duce äußerte sich kritisch zu manchen Mitarbeitern des Kanzlers, darunter Otto Ender.⁶⁹⁴ Theodor Hornbostel, der als Dolmetscher fungierte, erinnerte sich später, Dollfuß sei gegenüber Mussolinis Ratschlägen⁶⁹⁵ sehr resistent gewesen, insbesondere sei er keine schriftlichen Verpflichtungen eingegangen. Die „Legende“, dass sich der Kanzler bei der Planung der Maiverfassung auf den Duce stützte, müsse dementiert werden.⁶⁹⁶ Ähnlich klang eine österreichische „Amtserinnerung“, die kurz nach der Unterredung der beiden Staatsmänner angelegt wurde.⁶⁹⁷ Auch seinem Parteifreund Josef Reither gegenüber brachte der Kanzler zum Ausdruck, dass er – wie viele weitere Österreicher⁶⁹⁸ – den aus Italien kommenden Druck nicht gutheißte.⁶⁹⁹ Anders hingegen die Wahrnehmung Otto Bauers: „Seit der Begegnung von Riccione regiert Italien in Wien.“⁷⁰⁰

Wenige Tage später suchte Starhemberg in Rom den Duce zu einem energischeren Eingreifen zu veranlassen. In einem anschließenden Schreiben Mussolinis an Dollfuß war von „Faschisierung des österreichischen Staates“ die Rede; er empfahl die Entlassung des Innenministers Franz Winkler (*Landbund*), eines Kritikers der Heimwehr und Anschluss-Befürworters⁷⁰¹, dessen ständisches Konzept demokratischer und föderalistischer war als das des Kanzlers.⁷⁰² Nach Winklers Einschätzung wünschte sich Starhemberg den Faschismus als Staatsform für Österreich – eine Aussage, von der sich der Heimwehrführer distanzierte.⁷⁰³

Franz Winkler war einer von jenen österreichischen Politikern, deren Präsenz in der Regierung auch in Eugenio Morreales Augen nicht wünschenswert war; er ortete bei ihm eine gewisse Nähe zur Sozialdemokratie. Die Regierungsumbildung im September 1933, in deren Zug Winkler und Carl

derlage, 67 und 118; KINDERMANN, Österreich, 187; SCHMÖLZER, Beziehungen, 125–127; K. SCHUSCHNIGG, Im Kampf, 146 f.; WOHNOUT, Bundeskanzler Dollfuß, 617.

693 O. BAUER, Werkausgabe 3, 975.

694 KEREKES, Abenddämmerung, 156 f.

695 MADERTHANER/MAIER, Der Führer, 37–40.

696 HORNPOSTEL, Fremde Einflüsse, 136; vgl. auch GOLDINGER/BINDER, Geschichte, 209 f.

697 K. SCHUSCHNIGG, Im Kampf, 147.

698 SCHMÖLZER, Beziehungen, 109.

699 REICHOLD, Geschichte, 448 f.

700 O. BAUER, Werkausgabe 3, 976.

701 P. BERGER, Im Schatten, 534; KARNER, Steiermark, 31; KEREKES, Abenddämmerung, 158 f.

702 REITER-ZATLOUKAL, Parlamentarismus, 41–44; STIMMER, Eliten, 662 f. und 772.

703 BRITZ, Die Rolle, 62.

Vaugoin ihre Ämter verloren, wurde von Italien aus gesteuert.⁷⁰⁴ Rom lieferte aber auch Österreich betreffende Geheiminformationen nach Berlin, so beispielsweise Ende Juli 1933, dass die Westmächte dafür einträten, die nationalsozialistischen Agitationen dem Völkerbund zu unterbreiten.⁷⁰⁵

Die Gespräche mit Mussolini über die Verfassungsfrage überließ Dollfuß seinem Sonderbeauftragten Richard Schüller. Am 15. September 1933 teilte dieser dem Duce mit, dass an der Verfassung gearbeitet werde, dass es der Kanzler aber nicht liebe, „wenn ihn dabei Freunde von rückwärts stoßen“. Mussolini war auch darüber befremdet, dass Dollfuß in der programmatischen Rede vom 11. September die von ihm angeratene „Faschisierung des österreichischen Staates“ nicht angesprochen hatte. In guter Diplomatenmanier zeigte er indes Verständnis und hieß die Politik des Kanzlers grundsätzlich gut. Dieser wiederum sicherte Mussolini am 22. September in einem Schreiben zu, das Erneuerungsprogramm energisch in die Tat umzusetzen.⁷⁰⁶ Parallel dazu versuchte Dollfuß – ohne das Ziel der Unabhängigkeit Österreichs aufzugeben – die Verständigung mit Deutschland.⁷⁰⁷

Um die Jahreswende 1933/34 drängte Italien besonders heftig auf Umgestaltung des politischen Systems in Österreich und urgierte die Schaffung eines Dreierbündnisses mit Ungarn.⁷⁰⁸ Dem britischen Außenminister erklärte Mussolini im Januar 1934, Italien habe bisher im Schutz Österreichs vor Deutschland die Hauptlast getragen.⁷⁰⁹ Sein Staatssekretär für Äußeres, Fulvio Suvich, der kurz zuvor in Berlin Gespräche geführt hatte⁷¹⁰, forderte bei einem im selben Monat abgestatteten Wien-Besuch eine Beschleunigung des Faschisierungsprozesses – einschließlich der Zurückdrängung demokratischer Kräfte im christlichsozialen Lager.⁷¹¹ Dollfuß hielt allerdings daran fest, das Tempo selbst zu bestimmen⁷¹² – nicht ohne in der Praxis mit der Umsetzung autoritärer Maßnahmen zu beginnen. Der 12. Februar 1934 ist auch im Licht des aus Italien kommenden Drucks zu sehen.⁷¹³

704 MADERTHANER/MAIER, *Der Führer*, 45; NIGLIA, *Mussolini*, 72; SCHMÖLZER, *Beziehungen*, 127–129; WOHNOUT, *Bundeskanzler Dollfuß*, 618 f.

705 BERTOLASO, *Die erste Runde*, 176; vgl. auch ROSS, *Hitler*, 95–97.

706 KINDERMANN, *Hitlers Niederlage*, 117 f.; KINDERMANN, *Österreich*, 149 f.; MADERTHANER/MAIER, *Der Führer*, 49–51; SCHMÖLZER, *Beziehungen*, 129 f.

707 ROSS, *Hitler*, 101–157.

708 KEREKES, *Abenddämmerung*, 176 f.

709 KINDERMANN, *Hitlers Niederlage*, 74.

710 SCHMÖLZER, *Beziehungen*, 79–81; WOHNOUT, *Bundeskanzler Dollfuß*, 621.

711 MADERTHANER/MAIER, *Der Führer*, 57–64; ÖSTERREICHER, *Fulvio Suvich*, 65–69; ROSS, *Hitler*, 166–168; TÁLOS, *Herrschaftssystem* (2013), 43 f.; WOHNOUT, *Bürgerliche Regierungspartei*, 201.

712 STUHLPFARRER, *Außenpolitik*, 328.

713 COLOTTI, *Fascismo*, 335; SCHMÖLZER, *Beziehungen*, 81–83 und 131–137; WOHNOUT, *Bundeskanzler Dollfuß*, 622–624.

Im März sicherte der Duce auf dem Parteitag des PNF Österreich neuerlich seine vorbehaltlose Unterstützung zu; Dollfuß teilte er mit, dass Italien die Erhaltung eines selbständigen Österreich als Angelpunkt seiner europäischen Politik erachte.⁷¹⁴ Damals schlossen Österreich, Italien und Ungarn ein Dreierbündnis, die am 17. März unterzeichneten sogenannten *Römer Protokolle*, die in Berlin verärgert registriert wurden.⁷¹⁵

Im April 1934 veröffentlichte der CS einen Artikel von Agostino Gemelli, der die Unabhängigkeit Österreichs beschwor und das Interesse Italiens an derselben beteuerte; in diesem Fall wurde als beide Länder verbindendes Element der Katholizismus genannt.⁷¹⁶ Ansonsten legte diese Zeitschrift indes Wert auf die Akzentuierung der Unterschiede zwischen Italien und Österreich.⁷¹⁷ Im Mai erschien in der Zeitschrift *Der Heimatschützer* ein Beitrag von Guido Bortolotto, in dem die Unterschiede zwischen Faschismus und Nationalsozialismus hervorgehoben wurden. Akzentuiert wurden vor allem das Fehlen des Rassenwahns und der geistige Charakter des italienischen Nationsbegriffs, der sich von dem auf Fleisch und Blut beruhenden des Nationalsozialismus unterscheidet.⁷¹⁸

Im Juni verteidigte die faschistische Zeitschrift *l'Universale* angesichts eines bevorstehenden Treffens Mussolinis mit Hitler das italienische Engagement für die österreichische Unabhängigkeit.⁷¹⁹ Herausgeber Berto Ricci ließ durchblicken, dass eine Zusammenarbeit Italiens mit Deutschland unter pragmatischen Erwägungen geduldet werden könne.⁷²⁰ In den am 14. und 15. Juni in Venedig geführten Gesprächen mahnte der Duce den Führer zur Einstellung des Terrors in Österreich.⁷²¹ Auf Hitlers Wunsch, Dollfuß als Bundeskanzler durch eine unabhängige Persönlichkeit abzulösen, ging Mussolini nicht ein.⁷²² Zuvor hatte er sich gegen den in Österreich in gewissen Kreisen ventilierten Gedanken verwendet, die neue Verfassung einer

714 Zit. nach FRIEDL, Zusatzprotokolle, 152 f.

715 ARA, Österreichpolitik, 113; BERTOLASO, Die erste Runde, 41 f. und 221; BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 225; DI NOLFO, Rapporti, 69; KEREKES, Abenddämmerung, 187 f.; KINDERMANN, Österreich, 194 f.; ORLANDO, Rolle, 21–23; ROSS, Hitler, 184–197; SCHMÖLZER, Beziehungen, 88–100; STUHLFARRER, Außenpolitik, 329; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 493 f.

716 CS 29. 4. 1934 (A. GEMELLI).

717 SCHMÖLZER, Beziehungen, 110–112.

718 KINDERMANN, Österreich, 140; vgl. CS 18. 3. 1934 (G. BORTOLOTTI).

719 Vgl. BERTOLASO, Die erste Runde, 224.

720 SCHOLZ, Italienischer Faschismus, 144 f.

721 KINDERMANN, Hitlers Niederlage, 144 f.; KINDERMANN, Österreich, 206 f.; SCHMÖLZER, Beziehungen, 100–102.

722 DI NOLFO, Rapporti, 70; STUHLFARRER, Außenpolitik, 328; WOHNOUT, Bundeskanzler Dollfuß, 610; im Herbst 1933 hatte auch Bundespräsident Miklas den Wunsch geäußert, den Kanzler abzusetzen; LANG, Bundespräsident Miklas, 128.

Volksabstimmung zu unterziehen.⁷²³ Insgesamt sollte aber Österreich den deutsch-italienischen Beziehungen nicht hinderlich sein.⁷²⁴

Am 19. Juni ließ Dollfuß dem französischen Außenminister Jean Louis Barthou gegenüber anklingen, dass der politische Schulterschluss mit Italien seinen wahren Neigungen nicht entsprach, und forderte Frankreich zu entsprechendem Einsatz auf.⁷²⁵ Im Gegenzug beklagte sich Mussolini über die Passivität der österreichischen Bevölkerung.⁷²⁶

Kurz darauf, am 25. Juli 1934, fand in Österreich, wie erinnerlich, der nationalsozialistische Putsch statt. Dieser bewirkte eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Deutschland und Italien.⁷²⁷ Eugenio Morreale hatte von einer geplanten Aktion der Nationalsozialisten schon im Vorfeld gewusst und sich nach Kräften darum bemüht, sie zu vereiteln.⁷²⁸ Eilig verlegte Mussolini sechs italienische Divisionen an den Brenner – eher eine psychologische Geste als eine realpolitisch wirksame Tat.⁷²⁹ Morreale begründete diesen Akt mit pathetischen Worten.⁷³⁰

Der Duce wusste, dass ein direktes Eingreifen Italiens nicht möglich sei, weil es die Bevölkerung Österreichs nicht akzeptieren würde. Auch hatte er im neuen Bundeskanzler Kurt Schuschnigg keinen so affinen Partner wie in Dollfuß⁷³¹; Richard Schüller sprach dies offen aus.⁷³² Allerdings wurden in Schuschniggs anschließend gebildetem Kabinett Schlüsselpositionen mit Heimwehrleuten besetzt, und der Kanzler war zur Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Italien bereit.⁷³³

Obwohl er zu wissen glaubte, dass diese Politik bei der österreichischen Bevölkerung wenig populär sei⁷³⁴, hatte er keine Scheu einzugestehen, dass er manche Maßnahmen des italienischen Faschismus gutheiße, beispielsweise die Urbarmachung der Pontinischen Sümpfe, die Gründung neuer

723 K. SCHUSCHNIGG, *Im Kampf*, 176.

724 DI NOLFO, *Rapporti*, 71.

725 FRIEDL, *Zusatzprotokolle*, 66 f.; KINDERMANN, *Österreich*, 190 und 193.

726 SCHMÖLZER, *Beziehungen*, 102.

727 BAUERKÄMPER, *Der Faschismus*, 171; BERTOLASO, *Die erste Runde*, 225; KINDERMANN, *Hitlers Niederlage*, 139–144; SCHMÖLZER, *Beziehungen*, 103–105 und 140–143.

728 NIGLIA, *Mussolini*, 73–75.

729 Der Aufmarsch am Brenner sollte insbesondere Frankreich die starke Position Italiens gegenüber Deutschland vor Augen führen; DE FELICE, *Breve Storia*, 81 f.; DI NOLFO, *Rapporti*, 73 f.; PAYNE, *Geschichte*, 309.

730 CS 19. 8. 1934 (E. MORREALE).

731 ARA, *Österreichpolitik*, 114; zur Einschätzung Schuschniggs in Italien vgl. SCHMÖLZER, *Beziehungen*, 143 f.

732 NAUTZ, *Unterhändler*, 153.

733 ORLANDO, *Rolle*, 26–29.

734 K. SCHUSCHNIGG, *Requiem*, 227.

Städte, die Gesundheits- und Familienpolitik und die bewusste Anknüpfung an das antike Imperium.⁷³⁵ Mussolini selbst bescheinigte er – anders als Hitler – ein Gefühl für die Grenzen des guten Geschmacks.⁷³⁶ Schuschnigg erreichte, dass am 27. September 1934 im Völkerbund von Seiten Frankreichs, Großbritanniens und Italiens eine Garantieerklärung für Österreich abgegeben wurde.⁷³⁷ Der Terror der Nationalsozialisten ließ etwas nach.⁷³⁸

Nach dem Juliputsch: Abrücken Italiens von Österreich

Ernst Rüdiger Starhemberg befand sich zur Zeit des Juliputschs in Italien. Um seine Sicherheit besorgt, stellte Mussolini für den Rückflug nach Wien eine italienische Verkehrsmaschine zur Verfügung.⁷³⁹ In einem Beileidstelegramm an den Heimwehrführer, damals auch Vizekanzler, versprach er, Italien werde die Unabhängigkeit Österreichs fortan noch energischer unterstützen. Die italienischen Medien reagierten auf den Putsch mit solcher Heftigkeit, dass sich der deutsche Gesandte in Rom offiziell beschwerte. Mussolini nannte Hitler in einem Privatgespräch mit Starhemberg einen „gefährlichen Narren“ und betonte die Unterschiede zwischen Faschismus und Nationalsozialismus.⁷⁴⁰ In diesem Zusammenhang ist die Stimme eines jungen Österreichers, der sich gerade in Triest und Venedig aufhielt, von Interesse: 1936 schrieb Frank Gerhard Zwillinger aus zweijähriger Rückschau im CS, das italienische Volk, das Österreich liebe und seinen Sinn für Heimattreue schätze, habe große Empörung über das Attentat gezeigt; Mussolini lobte er für seine „echte menschliche Anteilnahme“.⁷⁴¹

Im August 1934 traf Schuschnigg den Duce in Florenz; dass die Verhandlungen in deutscher Sprache geführt wurden, nahm der österreichische Kanzler zumal angesichts der Hilfsbedürftigkeit seines Landes mit Wohlgefallen zur Kenntnis.⁷⁴² Er hielt weitere Gewaltakte der Nationalsozialisten für möglich und einigte sich mit Mussolini darauf, dass Österreich seine Verteidigungskapazität ausbauen werde; ein Kompromiss mit dem Nationalsozialismus verbiete sich wegen des unlösbaren weltanschaulichen Gegensatzes. Die politische Zusammenarbeit mit Italien wurde bestätigt;

735 K. SCHUSCHNIGG, Requiem, 221.

736 K. SCHUSCHNIGG, Requiem, 229.

737 STUHLPFARRER, Außenpolitik, 330.

738 BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 218.

739 BRITZ, Die Rolle, 92; KINDERMANN, Österreich, 255.

740 KINDERMANN, Hitlers Niederlage, 174–178; KINDERMANN, Österreich, 236 f.

741 CS 26. 7. 1936 (F. G. ZWILLINGER).

742 K. SCHUSCHNIGG, Requiem, 219 f.

zugleich äußerte Österreich aber den Wunsch nach internationaler Absicherung seiner Unabhängigkeit.⁷⁴³ Außenminister Egon Berger-Waldenegg bezeichnete diese Wochen als eine Zeit „verstärkter nazistischer Wühlarbeit“, so dass sein Land keine andere Wahl als den Ausbau der Beziehungen zu Italien gehabt hätte.⁷⁴⁴ Der CS würdigte den Besuch als Beweis für den Willen Schuschniggs, die Politik seines Vorgängers fortzusetzen.⁷⁴⁵ Ähnlich hoffnungsvoll lautete ein Bericht über eine Reise des Kanzlers nach Rom im November.⁷⁴⁶ In diesem Zusammenhang sollte freilich nicht übersehen werden, dass in den Verhandlungen über Österreich auch Frankreich mitmischte, so dass italienische Alleingänge nicht möglich waren.⁷⁴⁷

Anfang 1935 veröffentlichte die *Wiener Zeitung* Auszüge aus einer Rede Mussolinis über Österreichs historische Mission. Dietrich von Hildebrand wollte diese „klassischen Ausführungen des großen Staatsmannes“ der österreichischen Leserschaft zur Gänze bekannt machen und nahm sie daher in den CS auf. Er schätzte Mussolinis Einsatz für Österreichs Unabhängigkeit und den Respekt für „das innige Verhältnis zwischen Österreichertum und Katholizismus“. ⁷⁴⁸ Gelegenheit, derlei Themen aufzugreifen, bot die Eröffnung eines österreichischen Kulturinstituts in Rom und eines italienischen in Wien⁷⁴⁹, anlässlich derer der CS Italiens Anteil am Aufbau des Abendlandes in Erinnerung rief.⁷⁵⁰ Im Rahmen der Feier in Wien wurde davor gewarnt, die Freundschaft beider Länder nur in taktischer Hinsicht zu verstehen. Bis in die Antike zurückreichende Beziehungen erlaubten es, „von einer österreichischen Sendung in Italien und einer italienischen Sendung⁷⁵¹ in Österreich“ zu sprechen.⁷⁵²

Eine Konferenz in Stresa am 13. April 1935 bestätigte die österreichische Unabhängigkeit, an der auch Frankreich und Großbritannien interessiert waren: Sie sei kein bloß italienisches, sondern ein europäisches Problem.⁷⁵³

743 SCHMÖLZER, Beziehungen, 143–149; K. SCHUSCHNIGG, Requiem, 233–238; KINDERMANN, Österreich, 255 f.; DI NOLFO, Rapporti, 72 f.

744 BERGER-WALDENEGG, Biographie, 408.

745 CS 26. 8. 1934; zur milden Beurteilung Italiens im CS vgl. SEEFRIED, Reich, 234–237.

746 CS 25. 11. 1934.

747 SCHMÖLZER, Beziehungen, 149–161.

748 CS 24. 2. 1935; vgl. SCHMÖLZER, Beziehungen, 160 f.

749 Vgl. SCHMÖLZER, Beziehungen, 138 f.

750 CS 13. 1. 1935 (D. v. HILDEBRAND).

751 Zum Begriff „Sendung“ vgl. Kap. 6.8..

752 CS 24. 3. 1935 (O. M. KARPFEN).

753 BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 227; BRITZ, Die Rolle, 101 und 112; KINDERMANN, Österreich, 238 und 257; ORLANDO, Rolle, 34–38; POTOČNIK, Bewusstsein, 202; SCHMÖLZER, Beziehungen, 161–170; STUHLPFARRER, Außenpolitik, 331; TALOS, Herrschaftssystem (2013), 497 f.

In diesem Standpunkt kommen Vorbehalte der Westmächte gegen Italien zum Ausdruck, die vor allem auf dessen imperialen Absichten gründeten.⁷⁵⁴ Österreich war über die zunehmende politische Isolation des südlichen Nachbarn besorgt.⁷⁵⁵

Besonderen Wert auf die Pflege guter Beziehungen zu Italien legte Starhemberg; die Politik des Deutschen Reichs kritisierte er hingegen auf das Schärfste. In einem Interview am 21. Mai 1935 sprach er mit Bezug auf Südtirol von einem Verrat des Nationalsozialismus am Deutschtum. Die österreichische Regierung habe am Schicksal der Deutschen in Südtirol wärmstes Interesse.⁷⁵⁶ Eine sehr negative Sicht der Politik Deutschlands ist auch den Äußerungen Richard Schüllers zu entnehmen. Hinsichtlich der mangelnden Vertrauenswürdigkeit Hitlers und seines engeren Umfelds war er einer Meinung mit Fulvio Suvich, der sich 1935 in Berlin für die Unabhängigkeit Österreichs einsetzte.⁷⁵⁷ Kurz nach einem neuerlichen Treffen Schuschniggs mit Mussolini in Florenz im Mai⁷⁵⁸ betonte auch der CS nachdrücklich, wie sehr Italien an Österreichs Selbständigkeit interessiert sei.⁷⁵⁹

Den in Wien gehegten Hoffnungen auf Italien steht indes das Faktum entgegen, dass Mussolini ab 1935 aufgrund anderer Prioritäten die Bereitschaft entwickelte, Österreich fallen zu lassen.⁷⁶⁰ So klang denn auch bereits im Juni die Berichterstattung des CS verhaltener: In Äußerungen sowohl Hitlers als auch Mussolinis wurden Zeichen geortet, dass Europa gegenüber Deutschland zum Einlenken bereit sei, und man verschloss sich auch nicht der Einsicht, dass im Stresa-Block Risse zu erkennen seien. Mussolini, der „doch ziemlich eindeutige Worte über Österreich“ gesprochen habe, wurde mit dem Satz zitiert, zwischen Italien und Deutschland stehe „in der Tat nichts als Österreich“.⁷⁶¹ Angesichts eines drohenden Kriegs Italiens in Ostafrika klammerte man sich aber an die Hoffnung, der Duce werde tatsächlich, wie angekündigt, die kolonialen Ambitionen Italiens mit dem Wunsch Österreichs nach Unabhängigkeit auf eine Stufe stellen; es sei falsch, Italien diese Ambitionen ausreden zu wollen, und man dürfe Mussolinis politischem Genie vertrauen.⁷⁶² Aber auch Bundeskanzler Schuschnigg erhielt Beifall: für seinen Hitler gegenüber zum Ausdruck gebrachten Einsatz für

754 Vgl. dazu WOLLER, Geschichte, 131–142.

755 ORLANDO, Rolle, 39–42; WOLLER, Geschichte, 142–145.

756 STARHEMBERG, Reden, 47–49.

757 NAUTZ, Unterhändler, 148.

758 SCHMÖLZER, Beziehungen, 171–173.

759 CS 19. 5. 1935; zur positiven Bewertung von Stresa vgl. SCHMÖLZER, Beziehungen, 169 f.

760 ARA, Österreichpolitik, 116 f.; DI NOLFO, Rapporti, 74–77.

761 CS 2. 6. 1935.

762 CS 2. 6. 1935.

die Selbstbehauptung Österreichs und für die auf Mussolini bezogene Ablehnung jeglicher Einmischung von außen in die Belange seines Landes.⁷⁶³

Am 3. Oktober 1935 begann der schon länger geplante Krieg in Äthiopien.⁷⁶⁴ Der Völkerbund reagierte mit Sanktionen. Dass sich Österreich diesen nicht anschloss⁷⁶⁵, belastete sein Verhältnis zu Großbritannien, und es wurden kritische Stimmen gegen die Regierungspolitik laut, nicht nur von sozialdemokratischer, sondern auch von christlichsozialer Seite (F. Funder).⁷⁶⁶ Gegen die Sanktionen sprach sich Richard Kerschagl aus, allerdings mit eher grundsätzlichen als auf den spezifischen Fall bezogenen Argumenten.⁷⁶⁷

Starhemberg war in die politischen Pläne des Duce in hohem Maß eingeweiht: So hatte er beispielsweise bereits Anfang 1933, also sehr früh, gewusst, dass dieser einen Kolonialkrieg in Ostafrika plante⁷⁶⁸, wie überhaupt die Rolle Österreichs in der Äthiopienkrise keineswegs nur passiv war:⁷⁶⁹ Kurt Schuschnigg berichtete später, der Duce habe mit ihm 1934 in Florenz von dem Plan gesprochen⁷⁷⁰, und Heinrich Mataja sprach darüber bereits zu Jahresbeginn 1935 wie über ein gegebenes Faktum, das ihn nicht nur in Hinblick auf Österreich besorgt machte, sondern dem er geradezu weltpolitische Relevanz bescheinigte.⁷⁷¹ Kurz vor dem Beginn des Kriegs gewährte der CS Eugenio Morreale Raum für eine Darlegung der italienischen Sicht⁷⁷², und ein weiteres Mal im November, als die Sanktionen des Völkerbunds bereits beschlossen waren. Der „geschätzte(n) Mitarbeiter“ lobte Österreich und Ungarn dafür, dass sie sich den Sanktionen nicht angeschlossen hatten.⁷⁷³ Ähnlich die Sicht von Erich Hula: Österreich fühle sich durch den Abessinienkonflikt zwar bedrückt, dass es sich den Sanktionen des Völkerbunds gegen Italien nicht anschließe, sei aber Ausdruck der Dankbarkeit: Denn Italien, nicht der Völkerbund habe die drohenden Gefahren abgewendet.⁷⁷⁴

763 CS 9. 6. 1935.

764 Zu dessen Verlauf vgl. WOLLER, Geschichte, 147–150.

765 Zur Haltung Österreichs im Abessinienkonflikt vgl. SCHMÖLZER, Beziehungen, 177–184.

766 BRITZ, Die Rolle, 117; KINDERMANN, Österreich, 259 f.; ORLANDO, Rolle, 43–57; SCHIEDER, Der italienische Faschismus, 74; SCHMÖLZER, Beziehungen, 184–187; WIPPERMANN, Europäischer Faschismus, 37; WOLLER, Geschichte, 145 f.

767 SZ 27. 10. 1935 (R. KERSCHAGL).

768 ORLANDO, Rolle, 3 und 58–62.

769 ORLANDO, Rolle, 67 f.

770 K. SCHUSCHNIGG, Im Kampf, 180.

771 CS 24. 2. 1935 (H. MATAJA).

772 CS 22. 9. 1935 (E. MORREALE).

773 CS 24. 11. 1935 (E. MORREALE).

774 CS 24. 11. 1935 (E. HULA); zum Befremden im Ausland vgl. TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 494–496.

Zum Jahreswechsel 1935/36 schickte Starhemberg Mussolini ein Glückwunschtelegramm, im Frühjahr 1936 sprach er aber seine Sorge über die nach dem Abessinienkrieg erkennbare Annäherung zwischen Italien und Deutschland aus.⁷⁷⁵ Er neigte dazu, als treibende Kraft nicht Mussolini, sondern Hitler zu betrachten.⁷⁷⁶ Der Duce hingegen war jetzt schon so weit, dass er sich bei einem Treffen mit dem deutschen Botschafter am 7. Januar 1936 für ein deutsch-österreichisches Abkommen aussprach, das die Unabhängigkeit Österreichs sichern solle. Am 22. Februar bestätigte er den Abbau der italienischen Schutzfunktion.⁷⁷⁷

Die Version, dass der politische Richtungswechsel von Deutschland ausging, verbreitete auch der CS.⁷⁷⁸ Dietrich von Hildebrand unternahm alles, um Italiens Anspruch auf Abessinien zu rechtfertigen und die Sanktionen des Völkerbunds zu verurteilen. Diese trafen nicht in erster Linie den Faschismus, so eine nicht unkritische Facette, sondern das italienische Volk – und somit den Träger einer Kultur, die dem christlichen Abendland viel geschenkt habe und, anders als das nationalsozialistische Deutschland, weiter an dieser Tradition festhalte. Aus diesem Grund könne man Italien und Abessinien, nur weil sie Mitglieder des Völkerbunds seien, nicht als „gleichwertige Größen“ behandeln.⁷⁷⁹ Dass bei der Beurteilung des Abessinienkriegs auch unterschiedliche Auffassungen über das Wesen der Kultur eine Rolle spielten, war der dem Herausgeber sehr willkommene Tenor eines im CS erschienenen Artikels.⁷⁸⁰

Im März und im April 1936 wurde wieder Eugenio Morreale zu Beiträgen eingeladen: Neuerlich beteuerte dieser, dass Österreichs Unabhängigkeit „derzeit“ nicht gefährdet sei. Das Land befinde sich in einer Konsolidierungsphase, „die eine sehr delikate Arbeit geistiger und materieller Organisation erheischt“. Letzte Reste einer Anschlusspropaganda an Deutschland müssten ausgemerzt werden. Zwar denke Italien als Garant der österreichischen Unabhängigkeit auch an die eigenen Interessen, es habe diese Aufgabe aber „mit einem Geist innerer Solidarität“ übernommen.⁷⁸¹ Die britische Haltung im Abessinienkonflikt unterzog er harscher Kritik.⁷⁸²

775 SCHMÖLZER, Beziehungen, 188 f.; WOLLER, Geschichte, 147.

776 BRITZ, Die Rolle, 121; ORLANDO, Rolle, 64.

777 ARA, Österreichpolitik, 111 f.; SCHMÖLZER, Beziehungen, 191–196; G. STOURZH, Außenpolitik, 327.

778 CS 26. 1. 1936 (F. KLEIN).

779 CS 23. 2. 1936 (D. v. HILDEBRAND); im Rahmen der Österreichischen Akademie referierte Hildebrand im Mai zum Thema Österreich und der italienische Kulturkreis; H. SCHUSCHNIGG, Die Österreichischen Akademien, 243.

780 CS 28. 6. 1936 (R. STEFFENS).

781 CS 8. 3. 1936 (E. MORREALE).

782 CS 12. 4. 1936 (E. MORREALE).

Zum erfolgreichen Abschluss des Konflikts schickte Starhemberg dem Duce ein Glückwunschtelegramm.⁷⁸³ Dieser ohne Wissen des Bundeskanzlers gesetzte Akt, der für Starhemberg im Mai die Entlassung als Vizekanzler zur Folge hatte⁷⁸⁴, löste negative Reaktionen der britischen und französischen Diplomatie aus.⁷⁸⁵

Mussolini zeigte zwar Verständnis, er wollte – und konnte – aber seine Zusagen hinsichtlich der Unabhängigkeit Österreichs nicht mehr aufrecht halten.⁷⁸⁶ Am 16. Mai 1936 erklärte er dem Heimwehrführer, was später sein neuer Außenminister und Schwiegersohn Galeazzo Ciano mit Richard Schüller besprechen sollte⁷⁸⁷, nämlich dass im Fall eines Angriffs Deutschlands auf Österreich aus Italien keine Hilfe mehr zu erwarten sei.⁷⁸⁸ Friedrich Funder schätzte die Lage daher richtig ein, wenn er den Abessinienkrieg die „Schicksalswende Österreichs“ nannte.⁷⁸⁹ Erschwerend kam eine Zuspitzung des Konflikts zwischen der christlichsozial-demokratischen und der faschistischen Richtung innerhalb der Heimwehr hinzu. Der Bundeskanzler bekräftigte seinen Willen zur Beibehaltung des autoritären Kurses, erklärte aber auch, dass für Österreich eine dem Faschismus völlig analoge Ordnung nicht in Frage komme.⁷⁹⁰

Im Juni besuchte er Mussolini auf dessen Sommersitz in Rocca delle Caminate nahe seinem Geburtsort Predappio, um ihn über zuvor geführte Gespräche mit Franz von Papen zu informieren.⁷⁹¹ Er hatte den aufrichtigen, im Licht der nachfolgenden Ereignisse freilich naiven Willen zur „Wiederherstellung der alten, naturgegebenen Freundschaft Österreichs mit dem Deutschen Reich“. Dass ihn der Duce dabei zu unterstützen vorgab⁷⁹², hatte freilich andere Gründe, denn Italien war nach dem Abessinienkrieg auf einen mächtigen Verbündeten angewiesen, und diesen sah es in Deutschland.⁷⁹³ Daher waren es nur hohle Worte, wenn Mussolini versicherte, Österreich sei durch die enger werdende Freundschaft Italiens mit Deutschland „mehr denn je und verlässlicher gesichert“.⁷⁹⁴ Kurt Schuschnigg machte ihm

783 BRITZ, *Die Rolle*, 132–134.

784 BINDER, *Der „Christliche Ständestaat“*, 219 f.; ORLANDO, *Rolle*, 62–64.

785 G. STOURZH, *Außenpolitik*, 328.

786 BRITZ, *Die Rolle*, 12; DE FELICE, *Breve Storia*, 84; SCHOLZ, *Italienischer Faschismus*, 436.

787 NAUTZ, *Unterhändler*, 154; zu Ciano vgl. ÖSTERREICHER, *Fulvio Suvich*, 93 f.

788 NIGLIA, *Mussolini*, 77.

789 G. STOURZH, *Außenpolitik*, 326; STUHLPFARRER, *Außenpolitik*, 331 f.

790 SCHMÖLZER, *Beziehungen*, 203–206.

791 ARA, *Österreichpolitik*, 117 f.; SCHMÖLZER, *Beziehungen*, 208 f.

792 K. SCHUSCHNIGG, *Requiem*, 226.

793 DI NOLFO, *Rapporti*, 77 f.

794 K. SCHUSCHNIGG, *Requiem*, 184; vgl. auch EBD. 246.

diese Politik aus späterer Rückschau zum Vorwurf und bezichtigte ihn des Machiavellismus.⁷⁹⁵

In Österreich mehrten sich denn auch die Zeichen der Sorge. Gleichwohl hörten die insbesondere im CS unternommenen Versuche, den Abessinienkrieg wenn schon nicht gutzuheißen, so zumindest zu verstehen und die vermeintlich problematischen Aspekte der Politik des Völkerbunds ins Licht zu rücken, nicht auf: „Pazifistischem Doktrinarismus“ verpflichtete Vorgehensweisen, so konnte man im Juni 1936 lesen, dürfe es nicht geben: Durch Österreich sei Italien unlösbar mit Europa verbunden, mit dessen Unabhängigkeit verteidige es auch seine eigenen Interessen und die Europas.⁷⁹⁶ Daher ist es schlüssig, wenn sich der CS auch mit den militärischen Folgen einer Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich befasste: Sollte es dazu kommen, so hätte dies für Österreich fatale Folgen.⁷⁹⁷

Es war ja in der Tat die weitgehende Preisgabe des vormals geschützten Österreich im Gang; Mussolini übte sogar, wie Theodor Hornbostel berichtete, Druck auf Schuschnigg aus, das Abkommen mit Hitler vom 11. Juli 1936 zu schließen.⁷⁹⁸ Als das Dokument unterzeichnet war, äußerte der Kanzler dem deutschen Botschafter in Rom gegenüber seine Zufriedenheit darüber, dass nunmehr „dem unbefriedigenden Zustand Österreichs als eines Spielballs fremder Interessen ein Ende“ bereitet sei.⁷⁹⁹ Nach einer Zeit wachsender Verunsicherung in Österreich betreffend die künftige Haltung Italiens⁸⁰⁰ brachte die Achse Rom-Berlin vom 1. November 1936 das definitive Ende der italienischen Schutzfunktion für Österreich.⁸⁰¹ Ihre Tragweite, gestand Schuschnigg später, habe man in Österreich zunächst nicht erkannt.⁸⁰²

Eugenio Morreale, dem Österreichs Unabhängigkeit ein Anliegen war, lehnte die Richtungsänderung des Duce hinsichtlich dieses Landes ab.⁸⁰³ Insbesondere über die Aufmunterung zum Abschluss des Juliabkommens zeigte er sich besorgt.⁸⁰⁴ Lange Zeit war er überzeugt, Mussolini werde in jedem

795 K. SCHUSCHNIGG, Requiem, 231 f.; K. SCHUSCHNIGG, Im Kampf, 182–185.

796 CS 7. 6. 1936 (N. DOHRN).

797 CS 14. 6. 1936 (W. P. HEBRA-HUZE).

798 HORNPOSTEL, Fremde Einflüsse, 136; vgl. BAUERKÄMPER, Der Faschismus, 177; ORLANDO, Rolle, 65 f.; REICHHOLD, Geschichte, 554; SCHMÖLZER, Beziehungen, 212–214; G. STOURZH, Vom Reich, 39.

799 K. SCHUSCHNIGG, Im Kampf, 194.

800 SCHMÖLZER, Beziehungen, 216–219.

801 POTOČNIK, Bewusstsein, 203; SCHMÖLZER, Beziehungen, 219–224.

802 K. SCHUSCHNIGG, Requiem, 232 f.

803 BROUCEK, Ein General II, 72.

804 ARA, Österreichpolitik, 119.

Fall die Stresa-Front reaktivieren, um Österreich zu retten.⁸⁰⁵ Im März 1936 kritisierte er aber auch das Verhalten österreichischer Politiker, die den Nationalsozialisten den Weg geebnet hätten; in weiten Teilen der Bevölkerung glaubte er indes eine andere Stimmung zu erkennen. Er selbst war in Rom bereits im Februar in Ungnade gefallen: Als die Ernennung eines Presseattachés in Wien anstand, wurde er übergangen. Hierfür könnte eine von Franz von Papen gesteuerte Intervention Hitlers in Rom mitentscheidend gewesen sein.⁸⁰⁶ Um Morreale aus Österreich endgültig zu entfernen, wurde er Ende des Jahres zum Konsul in Baltimore ernannt. Für diese nach außen hin ehrenvolle Beförderung dürfte von Deutschland ausgehender Druck maßgeblich gewesen sein, so dass Morreale im Januar 1937 Österreich für immer verließ.⁸⁰⁷ Der CS widmete dem Faktum eine Notiz, aus der Bedauern sprach: Der Scheidende sei „ein erprobter Freund Österreichs“, der ein Vertrauensverhältnis zu führenden Persönlichkeiten aus Österreich gehabt habe, von „staatsfeindlicher Seite“ allerdings heftigen Angriffen ausgesetzt gewesen sei.⁸⁰⁸

Diplomatisch verhielt sich der italienische Gesandte in Wien, Francesco Salata, der am 7. Dezember 1936 von einer Schwächung des ideologischen Potentials der österreichischen Regierung und von einem schwieriger gewordenen Verhältnis zu Italien sprach.⁸⁰⁹ Er bezog sich wohl auf die Haltung Schuschniggs, der schon längst, nach der Wahrnehmung Egon Berger-Waldeneggs seit dem Frühjahr 1935, Vorbehalte gegen eine zu enge Anbindung an Italien gezeigt hatte.⁸¹⁰ Der ehemalige Außenminister führte dies auf den wachsenden Einfluss seines von Schuschnigg berufenen Nachfolgers Guido Schmidt⁸¹¹ zurück, für ihn ein „schlechter Charakter“⁸¹², der auch wesentlich, in seinen Augen unrühmlichen Anteil am Zustandekommen des Juliabkommens gehabt habe. Schuschnigg habe erklärt, dieses Abkommen geschlossen zu haben, weil sich die italienische Politik weitgehend von Mitteleuropa distanziert habe.⁸¹³ 1942 stellte Schuschnigg in einem Brief an seinen Bruder jegliche persönliche Nähe zu Guido Schmidt in Abrede.⁸¹⁴

805 STARHEMBERG, *Memoiren*, 242 f.

806 STARHEMBERG, *Memoiren*, 222.

807 NIGLIA, Mussolini, 77 f.

808 CS 17. 1. 1937.

809 ARA, Österreichpolitik, 120.

810 BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 22.

811 G. SCHMITZ, Guido Schmidt, 207; vgl. auch RATHKOLB, *Erste Republik*, 506.

812 NAUTZ, *Unterhändler*, 173.

813 BERGER-WALDENEGG, *Biographie*, 412–416.

814 BINDER/H. SCHUSCHNIGG, „Sofort vernichten“, 228–230.

Trotz sichtlicher Verstimmung zwischen Wien und Rom⁸¹⁵ waren in Österreich noch nicht alle Hoffnungen auf Italien erloschen: Mitte April 1937 gelangten zwei Geheimdokumente in die Hände Berlins: ein Auftrag an den österreichischen Gesandten in London, dem britischen Außenminister mitzuteilen, dass sich Österreich zur Wahrung seiner Unabhängigkeit auf Italien angewiesen fühle, und ein Auftrag an die Gesandtschaft in Rom, die mitteilen möge, dass Österreich die Kündigung des Juliabkommens in Erwägung ziehe, weil Berlin die Bestimmungen in einer Weise verletze, dass sie zu einer Belastung für die österreichische Außenpolitik würden.⁸¹⁶

Am 22./23. April 1937 trafen Mussolini und Schuschnigg einander in Venedig. Der österreichische Kanzler, der, auch durch seine profunde humanistische Bildung, ein feines Organ für den Reiz der Lagunenstadt besaß, behielt diesen Besuch in wärmster Erinnerung, auch wenn ihm nicht entging, dass Mussolini zurückhaltender war als bei früheren Begegnungen.⁸¹⁷ Der Duce unterstrich die Wichtigkeit der Achse Rom-Berlin, betonte aber auch die Verbindlichkeit des Juliabkommens und forderte Österreich auf, Konflikte zu vermeiden.⁸¹⁸ Schuschnigg verstand auch die Botschaft, die er durch das Betreten eines in Venedig vor Anker liegenden KdF-Schiffes, also deutschen Bodens, aussandte.⁸¹⁹

Selbst in dieser Situation gab es in Österreich noch Versuche, der Politik des Duce positive Aspekte abzugewinnen. Der CS nahm den Bericht über eine in Palermo gehaltene Rede zum Anlass, ihn den „große(n) Meister der politischen Regie“ zu nennen – wenngleich das Gefühl für die propagandistischen Aspekte des Auftritts nicht fehlte.⁸²⁰

Im September 1937 reiste Mussolini nach Deutschland. Obwohl Österreichs Position weiterhin in der Schwebe war⁸²¹, erschienen im CS Notizen, die um Beschwichtigung bemüht waren.⁸²² Unter anderem wurden ältere Mussolini-Zitate in Erinnerung gerufen, die Österreichs kulturelle Mission und die besondere Aufgabe für das Deutschtum würdigten.⁸²³ Obwohl der Duce unmittelbar nach diesem Besuch erklärte, dass sich an der italienischen Politik in Österreich grundsätzlich nichts geändert habe⁸²⁴, gestand

815 SCHMÖLZER, Beziehungen, 224–230.

816 KINDERMANN, Der Feindcharakter, 92.

817 Er datierte den Besuch – acht Jahre später – auf Mai; K. SCHUSCHNIGG, Requiem, 247.

818 NAUTZ, Unterhändler, 157; SCHMÖLZER, Beziehungen, 230–239.

819 K. SCHUSCHNIGG, Requiem, 248.

820 CS 29. 8. 1937.

821 SCHMÖLZER, Beziehungen, 239–241.

822 CS 26. 9. 1937.

823 CS 26. 9. 1937.

824 K. SCHUSCHNIGG, Im Kampf, 270.

er am 6. November in einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter in London, das italienische Interesse an Österreich sei nicht mehr so lebendig wie in der Vergangenheit, weil andere Prioritäten hinzugekommen seien.⁸²⁵

Während eine Konferenz der Römer-Protokoll-Staaten in Budapest im Januar 1938 eine Bestätigung der seinerzeitigen Abmachungen brachte, verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland zusehends. In dieser Situation wandte sich Italien vom einstigen Schutzbefohlenen ab⁸²⁶: Das Treffen von Berchtesgaden am 12. Februar 1938 kommentierte Mussolini denn auch – bei allem Lob für das Verhalten Österreichs⁸²⁷ – verstimmt, und als der „Anschluss“ vollzogen war, erklärte er, gegen den Willen von Österreichs Bevölkerung brauche Italien dessen Unabhängigkeit nicht mehr zu verteidigen.⁸²⁸ Er hatte sichtliche Mühe, den „Anschluss“ nicht als italienischen Misserfolg erscheinen zu lassen.⁸²⁹ Nach Kurt Schuschniggs späterer Einschätzung hätte Hitlers Aktion gegen Österreich zumindest aufgeschoben werden können, wenn nicht Mussolini durch seine unberechenbare Politik das Misstrauen der Westmächte geweckt hätte.⁸³⁰

Die Beurteilung des italienischen Faschismus in Österreich

Explizite Aussagen zum italienischen Faschismus finden sich in Österreich vornehmlich in der katholisch-konservativen Presse, selten hingegen in den Schriften der Mandatare. Manche Autoren äußerten sich in selbständigen Publikationen. Das Spektrum der Themen war breit, berücksichtigte auch tief liegende Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Gesellschaft sowie weltanschauliche Fragen.

Eine Einschätzung des Verhältnisses zwischen italienischem Faschismus und Heimwehr versuchte Anton Klotz 1934: Die Heimwehr sei keine Partei, weswegen sie mehr Integrationskraft besitze als der PNF; beiden Bewegungen gehe es um die Wiederherstellung der staatlichen Autorität und um den berufsständischen Aufbau. Allerdings kenne Österreich Mussolinis elitären Gedanken von einer herrschenden Schicht nicht; die Grundwerte dieses Landes kämen aus einer konservativen Tradition, die Italien fremd sei.⁸³¹

825 ARA, Österreichpolitik, 121 f.; DI NOLFO, Rapporti, 80 f.

826 SCHMÖLZER, Beziehungen, 242–249.

827 K. SCHUSCHNIGG, Requiem, 249.

828 DE FELICE, Breve Storia, 86 f.

829 ARA, Österreichpolitik, 124–126; DI NOLFO, Rapporti, 41; SCHMÖLZER, Beziehungen, 250–259; vgl. K. SCHUSCHNIGG, Im Kampf, 350–353.

830 K. SCHUSCHNIGG, Im Kampf, 272 f.

831 KLOTZ, Sturm, 11 f.

Klotz' Ausführungen erinnern an die vom Politologen Richard Löwenthal angesprochenen „Elemente plebejischer Revolte gegen die Führerschicht von Fachbürokraten und Honoratioren“, von denen der Faschismus lebe, auch an die Skrupellosigkeit der von allen Traditionen losgelösten Führerschicht, die teilweise aus Dilettanten und Desperados bestand.⁸³²

Einen anderen Schwerpunkt setzte Guido Zernatto: Er nannte den Faschismus eine Ersatzreligion, mit der Mussolini dem Einzelnen das Gefühl vermittelt habe, in einer unsterblichen Gemeinschaft zu leben. Ohne den Faschismus insgesamt gutzuheißen, betonte er allerdings, man dürfe ihn nicht mit dem Nationalsozialismus gleichsetzen.⁸³³

Im CS kam der Unterschied zwischen den beiden Ideologien wiederholt zur Sprache, ebenfalls zum Vorteil des Faschismus.⁸³⁴ Eine positive Würdigung erfuhr dessen Bekenntnis zur historischen Tradition, weniger das Heraufbeschwören der imperialen Vergangenheit. Im Gegensatz dazu wende sich das nationalsozialistische Deutschland „von den Höhen seiner Geschichte“ (die im Mittelalter lägen) ab und greife auf die archaischen Anfänge zurück: Italien stelle „einen Kulturgedanken in den Brennpunkt seines neuen Lebens“, Deutschland mit der Rassenlehre einen naturwissenschaftlichen Begriff.⁸³⁵ Es fehlte auch nicht an Versuchen, die vielfach vorgenommene Gleichsetzung von Nationalsozialismus und italienischem Faschismus sowie die Prägung des Wortes „Austrofaschismus“ zu verstehen. Gemeinsamkeiten zwischen Italien und Deutschland seien die späte Einigung und die schwache parlamentarische Tradition, aber die Überlegungen gipfelten im Nachweis der Unterschiede. Nunmehr hätten sich die Faschismen auseinandergelebt, es bestehe eine „Wesensverschiedenheit“, eine Polarität geradezu: In Italien bestimme der zentralistische Einparteiensstaat das Denken, während der Nationalsozialismus zum „Machtträger gegen den Staat“ geworden sei, ja im Dritten Reich einen „mythischen Überstaat“ gebildet habe.⁸³⁶ Es werde übersehen, dass der deutsche Faschismus „viel bedrohlicher und virulenter ist“ als der italienische. Italien und Deutschland, so die im Spätherbst 1935 gereifte Einsicht, hätten nicht aus weltanschaulichen Gründen zusammengefunden, sondern aus einer revisionistischen Haltung heraus; nach den Friedensverträgen seien außenpolitische Notwendigkeiten stärker gewesen als Ideen. Allem Anschein nach stand damals in Österreich in konservativen Kreisen die Furcht vor einem

832 LÖWENTHAL, Faschismus [1935], 83–86.

833 ZERNATTO, Vom Wesen, 157 f.

834 Vgl. hierzu auch KUGLER, Die frühe Diagnose, 146 f.

835 CS 10. 12. 1933 (F. HAUSER).

836 CS 16. 6. 1935 (R. BRENDL).

möglichen Sturz des Faschismus in Italien im Raum, von dem Hitler profitieren würde.⁸³⁷

Diese Furcht nahm in den folgenden Jahren zu: Je mehr die nationalsozialistische Bedrohung wuchs, umso lauter wurde in Österreich die Kritik an einem vermeintlich leichtfertigen Umgang mit dem Begriff „Faschismus“ in abschätzigem Sinn. In Italien sei dadurch ein liberal-parlamentarisches System abgelöst und stattdessen einer „hohen Wertung der Persönlichkeit und dem politischen Realismus“ der Boden bereitet worden. Im Grunde stehe Mussolini in der konservativen Tradition, auch wenn diese in Italien aus historischen Gründen nicht „in reiner Form“ verwirklicht sei. Gemeint war: nach in Österreich nachvollziehbaren Mustern. Aber die auf den Heimatschutz ausgehenden Einflüsse müssten befürwortet werden. Anders als der Nationalsozialismus erhebe der italienische Faschismus nicht den Anspruch, eine „verbindliche Weltanschauung und Religionsersatz“ zu sein – geschweige denn, dass man ihn als totalitär bezeichnen könnte.⁸³⁸ Die Vertreter derartiger Positionen verschlossen sich der realen politischen Entwicklung Italiens nach dem Abessinienkrieg, die eine Radikalisierung mit sich brachte – einschließlich rassistischer Ansätze.⁸³⁹

Den Lateranverträgen versuchte der CS ebenfalls positive Aspekte abzugewinnen: Dass Mussolini kein „Religionsstifter“ sei, wusste man; das Konkordat habe er, das „tiefkatholische Wesen“ des Landes erkennend, aus realpolitischen Überlegungen geschlossen, um nicht durch einen Kulturkampf Kräfte zu vergeuden.⁸⁴⁰ Das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche wurde damit begründet, dass sich die Kirche als Verwalterin universaler Werte für die Frage nach dem politischen System nicht zuständig fühle. So konnte das Konkordat als ein Akt der „Staatsklugheit“ und als „Kulturtat erster Ordnung“ gewürdigt werden. Gleichsam zur Ehrenrettung des Duce wurde sein Bruder Arnaldo Mussolini wohlwollend erwähnt, ein überzeugter Katholik und Gründer der *Schule der faschistischen Mystik* in Mailand.⁸⁴¹

Auch in Hinblick auf die Außenpolitik, so der CS, gingen vom Faschismus nicht annähernd die Gefahren aus, die vom Nationalsozialismus zu erwarten seien: Jener enthalte per se eine europäische Komponente und sei daher zur „außenpolitischen Mäßigung“ gezwungen, während dieser die Fundamente jeder internationalen Zusammenarbeit negiere. Zwar bekenne sich der Faschismus zur Einheit von Staat und Nation, aber er bedrohe nicht in

837 CS 27. 10. 1935 (N. HEINRICH).

838 CS 11. 7. 1937 (W. BÖHM).

839 WOLLER, Geschichte, 153–161.

840 CS 11. 7. 1937 (W. BÖHM).

841 CS 24. 10. 1937.

derselben Weise wie der Nationalsozialismus die Interessen seiner Nachbarn.⁸⁴²

Waren bisher eher pragmatische, aus dem CS (im Licht der Entwicklung in Deutschland) auch teilweise positive Stellungnahmen zu referieren, so zeigt ein Blick in andere katholisch-konservative Blätter vornehmlich Ablehnung. Im NR erschien 1924 anlässlich von Mussolinis Erfolg bei den Wahlen ein skeptischer Kommentar zur politischen Kultur Italiens, zu der auch gewaltsame Exzesse der Faschisten gehörten.⁸⁴³ 1925 berichtete dasselbe Blatt, dieses Land stehe noch immer im Zeichen der Revolution; zwar seien Mussolinis für Bestimmtheit bürgende Maßnahmen nicht insgesamt abzulehnen, aber dass er sich an die „alte Ordnung“ nicht gebunden fühle, sei ihm gleichermaßen anzulasten wie sein schwieriges Verhältnis zur Kirche.⁸⁴⁴ Ein anonymen Verfasser beurteilte Mussolinis 1925 getroffene Maßnahmen gegen die Freimaurerei kritisch, weil sie nicht einer katholischen Grundeinstellung, also prinzipiellen Überlegungen, sondern solchen der politischen Opportunität geschuldet seien.⁸⁴⁵ Drei Jahre später griff im selben Ton auch Aemilian Schöpfer Mussolinis Verhältnis zur katholischen Kirche auf, aber auch sein kluges Entgegenkommen gegen dieselbe, das die Massen zufriedenstelle. Er legte dem Duce zwar einen kirchenfeindlichen Kurs und eine Überbewertung des Staates zur Last, lobte aber seine gegen Kommunismus und Sozialismus gerichtete Politik und die Effizienz mancher Strukturen.⁸⁴⁶ 1929 kommentierte der Prälat die Unterzeichnung der Lateranverträge: Mussolinis aus diesem Anlass gehaltene Rede habe Mangel an theologischer Bildung sowie Überheblichkeit und eine unhaltbare „Staatsvergötterung“ sichtbar gemacht.⁸⁴⁷ Die Reaktion von Papst Pius XI. zeige, dass die Staatslehre des italienischen Faschismus und die göttliche Autorität der Kirche einander unversöhnlich gegenüberstehen.⁸⁴⁸

Nicht minder wichtig waren dem NR wirtschaftliche Themen. In den Jahren 1926, 1927 und 1930 stellte es seine Seiten dem italienischen Gewerkschafter Giambattista Valente zur Verfügung, einem Kritiker des Faschismus, der dessen subtile Mechanismen durchschaut hatte: Viele Italiener, schrieb er, glaubten, im Faschismus die nationale Würde wiedererlangt zu haben, und dies verleihe ihnen moralische Stärke. Viele sprächen aber auch von einer Überschätzung des Staates. Den Kampf des Faschismus gegen die liberale

842 CS 7. 6. 1936 (N. DOHRN).

843 NR 23. 8. 1924 (K. INTHAL).

844 NR 9. 5. 1925 (K. INTHAL).

845 NR 29. 8. 1925.

846 NR 2. 6. 1928 (Ae. SCHÖPFER).

847 Vgl. PAYNE, Geschichte, 270.

848 NR 25. 5. 1929 (Ae. SCHÖPFER).

Wirtschaftspolitik und gegen den Klassenkampf hieß er gut, so wie er dessen Entstehung als Reaktion auf eine Reihe von im Gefolge von 1789 entstandenen Missständen nachvollziehen konnte. Ausführlich beschrieb er dessen Werte, die größtenteils auch die seinen waren: Familie, Kirche, ständische Gliederung, Aufopferung, Bereitwilligkeit, unermüdliche Tätigkeit, Vorrang der Pflichten vor den Rechten, Autorität, Disziplin, Hierarchie. Er gab aber zu bedenken, dass ein korporatives Wirtschaftssystem nicht notwendiger Weise in einen faschistischen Staat münden müsse: Die Idee des Ständestaates knüpfe an das katholische Mittelalter an, in welchem keineswegs alle organisierten wirtschaftlichen und geistigen Kräfte dem Staat eingegliedert gewesen seien und dem die Vorstellung des Nationalen fremd gewesen sei. Dass im gegenwärtigen Italien auch genuin katholisches Gedankengut zum Tragen komme, begrüßte er, aber er wusste, dass dies teilweise „ungewollt“ so sei, und sah daher Anlass, ausdrücklich zu fordern, die faschistischen Strukturen sollten Raum für geistig-religiöses Apostolat bieten.⁸⁴⁹ Entsprechend wichtig war es ihm, 1927 anlässlich des Erscheinens der *Carta del lavoro* die Haltung der Katholiken zu dieser Form der strengen staatlichen Regelung der Wirtschaft kritisch zu beleuchten.⁸⁵⁰ Drei Jahre später hatte er sich mit dem zunächst skeptisch beobachteten System versöhnt. Obwohl die Korporationen 1930 noch gar nicht formell bestanden, würdigte er sie als Garanten des sozialen Friedens, die sich Hauptgedanken der katholischen Soziallehre zueigen gemacht hätten. Es bestünden ein gesunder Idealismus und echte „Geistgläubigkeit“; das im Ausland kolportierte Bild von der faschistischen Diktatur sei falsch.⁸⁵¹

Eine nüchterne Beurteilung der Lage kam 1929, anlässlich des siebten Jahrestags des Marsches auf Rom, von Leopold Weismann, der im NR die Grundstruktur des Faschismus in Wirtschaft und Gesellschaft erläuterte: Diese zu kennen, so die Schriftleitung in einer Vorbemerkung, sei auch für die Gegner wichtig. Der Verfasser selbst bezeichnete als Kernprobleme den umfassenden Einfluss des Staates auf die Wirtschaft und die massiven Eingriffe in die Privatsphäre der Bürger.⁸⁵² Er hielt es für verfehlt, das Ideal der Gleichheit für wichtiger zu halten als jenes der Freiheit; auch die faschistische Aufforderung, viele Kinder zu zeugen, billigte er nicht.⁸⁵³

1934 erschienen auch im CS faschismuskritische Beiträge. Rudolf Stanka fehlte bei allem Verständnis für die Ursachen des Faschismus (die bekann-

849 NR 10. 7. 1926 (G. B. VALENTE).

850 NR 7. 5. 1927 (G. B. VALENTE).

851 NR 16. 8. 1930 (G. B. VALENTE).

852 Der Organisationsgrad der Bevölkerung war in der Tat hoch; BAUERKÄMPER, Der Faschismus, 55; SCHIEDER, Der italienische Faschismus, 66.

853 NR 26. 10. 1929 (L. WEISMANN).

ten Vorbehalte gegen die Ideale von 1789) nicht der Blick dafür, dass Mussolinis Vorgangsweise mitunter rücksichtslos war. Auch den vom Duce geforderten Primat der Verwaltung vor der Gesetzgebung, der den Rechtsstaat erschütterte, konnte er nicht gutheißen, ebenso wenig den Umstand, dass Syndikate und Korporationen hinter die Partei zurücktreten müssten: Obwohl Mussolini den Willen zum Ausbau des Ständestaates beweise, sei Italien noch weit davon entfernt, ein solcher zu sein. Diesbezüglich habe Österreich viel mehr erreicht; insbesondere den Grundsatz der Staatsomnipotenz kenne die Republik nicht, und, anders als in Italien, werde QA ernst genommen.⁸⁵⁴ Adolf Wanschura benannte die Mängel der Syndikate und Korporationen: Erstere könnten aufgrund der Trennung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern allenfalls als Ansatz zu einer berufsständischen Ordnung gewertet werden, das Konzept der Letzteren hingegen widerspreche diesem Gedanken, weil sie als staatliche Organe das Subsidiaritätsprinzip außer Kraft setzten. Insgesamt erfülle das italienische System die Forderungen von QA nicht.⁸⁵⁵

1935 analysierte Heinrich Getzeny den Einfluss des französischen Sozialphilosophen Georges Sorel, eines der Vordenker des Syndikalismus⁸⁵⁶, auf Mussolini. Die Aspekte, auf die er besonders einging, ergaben ein Bild der Ablehnung: Antiintellektualismus, Mythos der Gewalt, Verbindung von revolutionärem Sozialismus und revolutionärem Nationalismus. Zwar sei Sorel ein Revolutionär aus konservativer Gesinnung gewesen, der den 1789 eingeleiteten Zerfall der alten Ordnungen, auch der Familie, und der sozialen Autoritäten bedauert habe, er habe aber nicht verhindern können, dass nunmehr die Enkel „im Geist der Großeltern gegen die Eltern“ kämpften, ihre Sache aber nicht „mit der natürlichen Selbstverständlichkeit der Großeltern“ vertreten.⁸⁵⁷

Eindringlich entlarvte auch Herbert Stourzh den Faschismus als menschenverachtende Ideologie; nicht minder verurteilte er den Nationalsozialismus. Er sprach von „Abtrünnigkeit“ vom deutschen Geist und von einem „Angriff gegen die menschliche Kultur überhaupt“; er sei die „Weltanschauung eines Haufens Halbgebildeter“, der schon vor Hitlers Machtergreifung durch Gewalt verherrlichendes Schrifttum, darunter Houston Stewart Chamberlain, der Boden bereitet worden sei.⁸⁵⁸ Daher befürwortete er die Ziele des österreichischen Ständestaates, ohne jedoch zu dessen Establish-

854 CS 14. 1. 1934 (R. STANKA).

855 CS 29. 4. 1934 (A. WANSCHURA).

856 Vgl. dazu J. REITER, Entstehung, 24.

857 SZ 4. 8. 1935 (H. GETZENY).

858 CS 2. 6. 1935 (H. STOURZH).

ment zu gehören.⁸⁵⁹ Dem Staat, so seine Kernbotschaft, komme keinerlei Realität zu – so, wie es keine Behörden, sondern nur Beamte, keine Gerichte, sondern nur Richter, kein -land oder -reich, sondern nur die jeweiligen Bürger desselben gebe: Daher seien Begriffe wie „Staatsinteresse“ oder „Staatswohl“ abstrakter Natur. Der Staat habe einzig als Ordnungsmacht eine Berechtigung, die aber nur Mittel, nicht Zweck sei. Der „absolute und totale Staat“ sei „nichts als eine Entartung des reinen Staatsgedankens“.⁸⁶⁰ Deutlich hatte Stourzh erkannt, dass Mussolinis Staat kein echter Ständestaat war, „weil im wirklichen Korporationsstaat eben die Staatsmacht, vom ständisch geordneten Volk ausgehend, den Korporationen zukommt und nicht einer Führerkaste ohne Verantwortung und ohne Begrenzung der Amtsdauer. Ein wahrer Ständestaat kann niemals ein Diktaturstaat sein und ein Diktaturstaat ist kein Ständestaat“.⁸⁶¹ Nicht minder eindeutig legte er Mussolinis unlautere Beweggründe zur Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche offen, etwa in Gestalt der Kritik des Gedankenguts von Julius Evola.⁸⁶² Diese Einschätzung des Korporativsystems traf sich mit jener von Ernst Karl Winter, der es eine „ex auctoritate“ erfolgte „Konstruktion“ nannte, welche die organische Entstehung eines echten Ständestaates aus den Interessen der Wirtschaftsträger verhindere und die unabdingbare „Interessensolidarität“ nicht entstehen lasse.⁸⁶³

1937, aus Anlass des zehnjährigen Jubiläums der *Carta del Lavoro*, griff die MSchKP das Thema Faschismus auf. Sie würdigte das Dokument als „Magna Charta“ der faschistischen Sozialpolitik, hielt sich mit eigenen Stellungnahmen aber zurück, um stattdessen die von der italienischen Presse betonten Vorzüge zu referieren, insbesondere den Reichtum an ethischen und sozialen Grundsätzen, der zumal im Vergleich mit dem *Kommunistischen Manifest* Beifall verdiene.⁸⁶⁴ Klingen in diesem Artikel kritische Töne nur leise an, so sind diese schon deutlicher vernehmbar, wenn es an anderer Stelle hieß, der Staat sei „erheblich“ an der Willensbildung beteiligt und organisatorisch sei noch viel zu leisten⁸⁶⁵; außerdem bestehe auch im korporativen System die Gefahr der Verfolgung ausschließlich eigener Interessen und einer staatsfeindlichen Haltung der Korporationen.⁸⁶⁶

859 H. STOURZH, *Gegen den Strom*, 29.

860 H. STOURZH, *Gegen den Strom*, 125–131.

861 H. STOURZH, *Gegen den Strom*, 152.

862 H. STOURZH, *Gegen den Strom*, 36, 119 und 124; zu Evolas auf die Kirche bezogenen Äußerungen vgl. AZZARO, *Deutsche Geschichtsdenker*, 632–635; THÖNDL, *Oswald Spengler*, 51 f.

863 HEINZ, E. K. Winter, 49.

864 MSchKP 2, 866.

865 MSchKP 2, 578 f.

866 MSchKP 2, 483 f.

Zu Fragen der Gesellschaft zitierte die MSchKP 1937 mit sichtlicher Distanz eine faschistische Programmzeitschrift, der zufolge die menschlichen Beziehungen nicht zwischen Einzelpersonen, sondern zwischen diesen und höheren Gemeinschaften wie Familie, Partei, Gewerkschaft bestünden.⁸⁶⁷ Ein im selben Jahr erschienener Bericht über eine Deutschlandreise Mussolinis erhielt den vielsagenden Titel *Politisches Schaugepränge*: Der Empfang, bei dem die Filmtechnik entscheidend mitgewirkt habe, zeige, dass Diktatoren „den Glanz als Spiegel ihrer Macht“ liebten; er sei in höherem Maß von psychologischem als von politischem Interesse.⁸⁶⁸ Im Gegensatz dazu war die SZ voll des Lobes für die „kluge und vorausschauende“ Filmpolitik des italienischen Faschismus, der das Kino zu einer Volksbildungsstätte machen wolle.⁸⁶⁹

Die Stimmen, die Mussolinis Staat grundsätzlich guthießen, stammten zum größeren Teil nicht direkt aus Österreich. Der Bezug zu diesem Land ergibt sich aber durch die Person Othmar Spanns, des Herausgebers der in Berlin erscheinenden Zeitschrift StL, die 1931–1937 die Entwicklung in Italien mit Interesse verfolgte. Die Rezeption der Gedanken dürfte vorwiegend in Deutschland erfolgt sein, aber in Österreich war das Blatt ebenfalls verfügbar. Die Mehrzahl der Mitarbeiter hatte ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland, es kamen aber auch Österreicher zu Wort. Soweit die Curricula rekonstruierbar sind (Kap. 10.4), fällt in mehreren Fällen eine intellektuelle Sozialisation in beiden Ländern auf. Zahlreich vertreten waren Schüler Spanns bzw. ihm nahestehende Personen, darunter sein Sohn Rafael. Von den Mandataren des Ständestaates publizierte im StL nur Richard Kerschagl, der im italienischen Faschismus die ideale Verwirklichung von QA sah.⁸⁷⁰

1931 nahm Rafael Spann eine Rede Mussolinis vom 27. Oktober 1930 zum Anlass, den Übergang des Faschismus von einer Bewegung „zu einer theoretisch begründeten staatstragenden Körperschaft“ zu beschreiben. Ausgehend von den schweren, den liberalen Regierungen vor dem Ersten Weltkrieg angelasteten sozialen Problemen Italiens würdigte er die faschistische Neugestaltung im Sinn einer ständischen Gliederung des Volkes.⁸⁷¹ In einem späteren Heft desselben Jahrgangs erschien aus Rafael Spanns Feder eine Sammelanzeige faschistischer politischer Literatur: Diese zeige, dass

867 MSchKP 2, 579.

868 MSchKP 2, 918.

869 HOFER, Joseph Eberle, 300.

870 KERSCHAGL, Die Quadragesimo anno, 29–35; zur Kritik an Kerschagls Werk vgl. WOHNOUT, Verfassungstheorie, 169, Anm. 149, und 341; B. DACHS, Richard Kerschagl, 28 f.; SENFT, Im Vorfeld, 101.

871 StL 1931, 49–51 (R. SPANN).

Italien auch um theoretische Verankerung seines Systems bemüht sei. Zentrale Bedeutung maß er Büchern bei, die Thesen wie die vom Faschismus als Staatssozialismus bzw. banale Tyrannei zurückwiesen, das faschistische Pressewesen lobten, die Gesetzgebung als Ausfluss einer Idee und nicht als Folge des Gesellschaftsvertrags würdigten, die Einheit von Individuum und Staat annahmen und die Gesellschaft nicht als biologische Einheit, sondern als geistige Ganzheit verstanden. Als bedeutendstes Werk über den Faschismus in deutscher Sprache würdigte er jenes von Walter Heinrich, das die faschistische Wirklichkeit mit deutschem Ideengut in Verbindung bringe. Außerdem legte er Wert darauf, der deutschen Leserschaft die einschlägigen italienischen Fachzeitschriften bekannt zu machen. Besondere Aufmerksamkeit schenkte er einer Arbeit von Carlo Costamagna über das faschistische Korporativrecht: Die darin vorgenommene Überwindung des Individualismus in der Staatslehre und die Ablehnung des Kapitalismus fanden seinen Beifall, er beanstandete aber, dass den Ständen zu wenig Eigenleben gelassen werde.⁸⁷²

Ebenfalls 1931 kam Costamagna, vom Herausgeber als „hervorragender Gelehrter und Politiker“ gewürdigt, in einem rund zehnsseitigen Artikel auch selbst zu Wort. Ausgehend von harscher Kritik an der Zerstörung geistiger Kräfte durch Rationalismus, Individualismus und Positivismus und von der Ablehnung der Lehre von der Volkssouveränität, lobte er Mussolinis Staat als durch Intuition wahrgenommene gesellschaftliche Wirklichkeit. Es sei ein echter, souveräner, hierarchisch aufgebauter, als Endzweck verstandener Volksstaat, der sich als solcher sowohl von der älteren Staatsnation als auch von der kulturellen Nation unterscheide. In ihm verstehe sich das Individuum (einschließlich der Regierenden) als bloßes Mittel. Von besonderem Interesse ist Costamagnas Verständnis des Korporativismus: Man dürfe den Begriff nicht mit syndikaler Organisation als rein wirtschaftlichem Faktor verwechseln, sondern müsse ihn als Ausdruck vollkommener Entsprechung von rechtlicher Organisation und politischer Anforderung verstehen. So werde der Faschismus zur vollständigen („totalitaria“) Demokratie, die alle Schichten menschlicher Tätigkeit vereine, aber Privilegien ablehne und Kasten nicht kenne.⁸⁷³

Ein weiterer Theoretiker, der die Korporationen geradezu glorifizierte, war Giuseppe Renzetti. 1932 erläuterte er im StL, der Faschismus habe dem nach dem Ersten Weltkrieg am Rand der Anarchie befindlichen Italien nicht nur eine materielle und wirtschaftliche Erneuerung gebracht, sondern, was wichtiger sei, einen moralischen Aufstieg. Die von ihm erbrachte Integrati-

872 StL 1931, 527–537 (R. SPANN).

873 StL 1931, 566–575 (C. COSTAMAGNA).

onsleistung beziehe sich außer auf die Sachbereiche auch auf die einzelnen geographischen Regionen. Die korporative Ordnung sei ein Werkzeug staatlicher Zwecke; daher müssten Eingriffe des Staates in die Wirtschaft bei Bedarf hingenommen werden: Sie erfolgten ja nicht eher, als ein Unternehmer dem nationalen Interesse nicht gerecht werde. Das System beruhe auf hohem Pflichtethos und lehne jeglichen Egoismus ab. Die 1925 gegründete *Opera Nazionale Dopolavoro*⁸⁷⁴ ermögliche den Arbeitern eine sinnvolle Freizeitgestaltung – wie überhaupt die wirtschaftliche Erneuerung von sozialen, kulturellen und religiösen Faktoren beherrscht werde.⁸⁷⁵

Kritischere, die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit⁸⁷⁶ benennende Töne klingen in einem 1932 erschienenen Beitrag von Luisa Riva Sanseverino an. Ausgehend von den Ergebnissen eines im Mai 1932 in Ferrara abgehaltenen Kongresses über Syndikalismus und Korporativismus resümierte sie, noch sei der Erstere mächtiger, die Klassenspaltung sei also nicht voll überwunden. Auch hätten die Syndikate noch anarchische Züge und das Verhältnis zum Individuum sei noch nicht genügend geregelt. Sie forderte die Abkehr vom Freihandel als „politischer Ökonomie“ zugunsten einer „ökonomischen Politik“, d. h. einer, die auch andere als wirtschaftliche Überlegungen zum Zuge kommen lasse. Der Korporativismus sei ein universaler Gedanke; es müsse alles daran gesetzt werden, ihn zu verwirklichen.⁸⁷⁷

Costamagnas und Renzettis Auffassung vom Staat ging Walter Heinrich – bei aller Sympathie – zu weit. Er vermisste die in seinen Augen zentrale Unterscheidung zwischen staatlichen und ständischen Verrichtungen und lehnte die faktische Überordnung des Staates über die Wirtschaft ab, weil sie den Korporationen den Charakter von Selbstverwaltungsorganen raube. Der korporative Staat italienischen Musters nehme auf die Wirtschaft zu weit reichenden Einfluss, beschränke sich nicht auf seine Rolle als Ordnungsrahmen und beeinträchtige die Eigenständigkeit anderer als wirtschaftlicher Organisationen: Daher komme eine echt ständische Ordnung nicht auf. Als Vertreter des Universalismus konnte Heinrich einen Staat, der nicht mehr sei als die Summe der Institutionen („enti“), ein Bündel („fascio“) von solchen, nicht gutheißen. Diesen Auffassungsunterschied betrachtete er indes nicht als einen grundsätzlichen, sondern führte ihn auf die „Eigentümlichkeiten des Italieners“ zurück, der einem übersteigerten Fortschrittsglauben verfallen sei und daher Zivilisation und Technik überbewater-

874 Vgl. BAUERKÄMPER, Der Faschismus, 61 f. und 167; PAYNE, Geschichte, 275; WIPPERMANN, Europäischer Faschismus, 36; WOLLER, Geschichte, 118 f.

875 StL 1932, 233–244 (G. RENZETTI).

876 Vgl. TÁLOS, Zum Herrschaftssystem, 155.

877 StL 1932, 471–478 (L. RIVA SANSEVERINO).

te.⁸⁷⁸ Gleichwohl ließ er nicht locker: 1933, noch ehe es zur formellen Einrichtung der Korporationen kam, sprach er von einer Wirtschaftsordnung, „die man hierzulande als ‚Gleichschaltung‘ bezeichnen würde“. Die Syndikate seien noch auf der Grundlage der alten Klassenschichtung errichtet und böten als rein staatliche Einrichtungen keinen geeigneten organisatorischen Rahmen für die Pflege des Gemeinschaftsgedankens. Daher könne der eigentliche Sinn der italienischen Wirtschaftsverfassung nicht in den Syndikaten liegen; die geplante Errichtung der Korporationen gebe aber Anlass zur Hoffnung auf Verwirklichung echt ständischer Muster.⁸⁷⁹

Mit nüchternem Blick beobachteten bei allem grundsätzlichen Wohlwollen auch andere österreichische Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler die faschistische Realität Italiens. 1932 spendete Hans Riehl seinem Kollegen Wilhelm Andreae Beifall für dessen eben erschienenen, dem Universalismus verpflichteten Buch *Staatssozialismus und Ständestaat*. Er teilte die Auffassung, dass der italienische Faschismus staatssozialistische Züge aufweise. Staatssozialismus sei aber ein innerer Widerspruch, weil das Ideal des Sozialismus ein staatenloses sei, der Staat aber notwendig sei, um gesellschaftlichen Inhalten eine Form zu geben. Riehls Zustimmung erhielt Andreae auch für die Forderung nach einer klaren Trennung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft und für die Unterscheidung von Ökonomik und Chrematistik in aristotelischer Tradition⁸⁸⁰; der Stagirit wurde zu einem Othmar Spann ante litteram hochstilisiert.⁸⁸¹

1933 akzentuierte die Zeitschrift StL einen anderen Aspekt des italienischen Faschismus, nämlich die weitgehende Theorielosigkeit dieses Systems, in welchem zumal in der Frühzeit in der Tat nur Aktion und Dynamik sowie das Charisma bestimmter Persönlichkeiten zählten.⁸⁸² Dass seit den späteren zwanziger Jahren eine Rezeption der Gedanken Oswald Spenglers im Gang war, auch von Seiten des Duce selbst, die um 1933 einen Höhepunkt erreichte⁸⁸³, war nördlich der Alpen offensichtlich nicht bekannt.

Als erster griff Othmar Spann selbst das Thema auf: Bei aller Bewunderung für Mussolinis Leistung sei nunmehr, über zehn Jahre nach dem

878 StL 1932, 97–105 (W. HEINRICH); der konservative italienische Historiker Renzo De Felice neigte ebenfalls dazu, den Faschismus als modernisierende Kraft zu sehen, die sich aus der Aufklärung bzw. den prometheischen Konzepten des 18. Jahrhunderts ableitete; PAYNE, Geschichte, 17 und 575.

879 StL 1933, 643–651 (W. HEINRICH).

880 Vgl. REMBOLD, Das Bild, 81–83.

881 StL 1932, 375–381 (H. RIEHL).

882 BAUERKÄMPER, Der Faschismus, 66; DE FELICE, Deutungen, 116; PAYNE, Geschichte, 138; SCHIEDER, Der italienische Faschismus, 8 und 58.

883 THÖNDL, Oswald Spengler, 85 f. 104–109 und 144–146.

Marsch auf Rom, die Zeit gekommen, den spektakulären Aktionen die Theorie folgen zu lassen. In diesem Zusammenhang unterzog er die Lehre der Volkswirtschaft an den italienischen Universitäten, die in der liberalen Tradition stehe, harscher Kritik. Es gehe nicht an, den Studierenden zu vermitteln, dass die Wirtschaft einzig nach Naturgesetzen ablaufe, vielmehr müssten sie auf Eingriffe des Staates vorbereitet werden. Er forderte eine theoretische Wirtschaftslehre, die ihren Ausgang nicht vom Individuum, sondern von der Gemeinschaft nehme.⁸⁸⁴ Diese Gedanken wiederholte er im Rahmen eines am 9. Juni 1933 vor der *Confederazione Nazionale Fascista del Commercio* in Rom gehaltenen Vortrags.⁸⁸⁵ Noch weiter ging Rafael Spann, der von einem „Kampf um die geistige Gleichschaltung in Italien“ sprach. Für das Land sei es unerlässlich, ein „arteigenes Geistesgut“ zu bestimmen, wenn es mittelfristig nicht seinen liberalen Gegnern erliegen wolle. So müsse beispielsweise für eine Umgestaltung des Lehrkörpers in Universität und Schule gesorgt werden; gerade in den Geisteswissenschaften sei das Problem groß, hier sei die bloße Mitgliedschaft in der Partei zu wenig.⁸⁸⁶

Mit Blick auf die Lebenswelt breiter Schichten forderte Willi Kadletz die Abkehr vom elitären Kunstbegriff des Liberalismus. In der *Opera Nazionale Dopolavoro*, über die man durch die italienische Handelskammer in Berlin gut Bescheid wisse, sah er eine für die Umsetzung dieses Konzepts bestens geeignete Struktur.⁸⁸⁷ Dieselbe Ansicht begegnet 1936 in der SZ: Ihr Lob des Faschismus galt außer der Freizeitorganisation auch Mussolinis Bestreben, nicht nur ein Regierungssystem, sondern auch eine geistige Bewegung zu sein. Zwar beobachtete man im Stab um Josef Eberle das Verhältnis des Duce zum Glauben und zur Kirche, insbesondere seinen Versuch, einen Religionersatz zu schaffen, mit Sorge, stärker war aber die Akzentuierung jener Komponenten der faschistischen Doktrin, die man teilen könne, etwa die konservative Familienpolitik oder Ideale wie Liebe zum Vaterland und Opferbereitschaft.⁸⁸⁸ Letztere sei auch das eigentliche Geheimnis der an spektakulären Beispielen verdeutlichten faschistischen Wirtschaftspolitik.⁸⁸⁹

Im Dezember 1933, kurz vor der Errichtung der Korporationen, erschien im CS ein wohlwollender Bericht über eine im November desselben Jahres abgehaltene Tagung des *Consiglio nazionale delle corporazioni*. Mussolini

884 StL 1933, 10–13 (O. SPANN).

885 StL 1933, 353 (O. SPANN).

886 StL 1933, 285–287 (R. SPANN).

887 StL 1933, 393–397 (W. KADLETZ).

888 SZ 29. 3. 1936 (E. RAITZ v. FRENTZ).

889 SZ 12. 12. 1938 (F. STURM).

habe sich bemüht, den Vorwurf der Theorielastigkeit zu entkräften. Man wolle das korporative System organisch wachsen lassen, habe allerdings Bedenken gegen die Autonomie der Korporationen. Das eigentlich Neue am Korporativismus seien eine Milderung des Konkurrenzkampfs, der Zwang zur Solidarität und das Ziel, einer neuen Wirtschaftsgesinnung zum Durchbruch zu verhelfen. Mussolini gebühre Anerkennung, weil er einen rein „wirtschaftlichen Menschen“ nicht kenne, sondern nur den „integralen“. Dies sei ein „humanes Element“; überhaupt sei das Ziel des Korporativismus der Mensch.⁸⁹⁰

Beachtung verdient außerdem eine 1934, im Anschluss an die Errichtung der Korporationen, im StL publizierte Darstellung des italienischen Korporativsystems durch Hubert Hager. Der Aufsatz beschreibt die Struktur jeder einzelnen Korporation und enthält grundsätzliche Äußerungen zu den Hintergründen des Systems. Zwar wird darin nicht behauptet, dass am Faschismus bereits alles „optimal“ sei, aber die in 15 Jahren erzielten Fortschritte dürfe man nicht übersehen. Daher sei zu wünschen, dass auch „wir Deutsche das faschistische System als Vorbild betrachten“.⁸⁹¹ Diesem Anliegen diene Hager durch mehrere 1935 für das StL verfasste Rezensionen von Büchern italienischer Autoren über Aspekte der italienischen Wirtschaftspolitik.⁸⁹² Selbst dass der italienische Faschismus staatssozialistische Züge aufweise, stellte er in Abrede.⁸⁹³ Er warnte allerdings vor einer „Vergötterung des Staates“ auf Kosten der „Mannigfaltigkeit des völkischen Lebens“.⁸⁹⁴

1934, im selben Jahr wie Hagers Aufsatz über das Korporativsystem, erschien im CS ein mit *Weltanschauung und politische Form in der italienischen Verfassung* überschriebener Beitrag von Heinrich A. Chappell, in dem Mussolinis Leistung als eine „richtunggebende, in höchstem Sinne politische und staatsschaffende wie staatserhaltende“ bezeichnet wurde. Nicht zuletzt faszinierten den Autor die „Erfolge“ des Faschismus; daher müsse Italien „vom Ziele, nicht mehr [...] vom Wege her“ gesehen werden. Für den Faschismus, so im Rekurs auf Guido Bortolotto, liege der „Sinn der Revolution in der staatsschaffenden Evolution“. Die Verfassung sei „das Herz, nicht das Gerüst der Staatsordnung“, der Korporativismus ein System des Ausgleichs von Gegensätzen als dialektischer Prozess, „die Materie der sich gestaltenden Staatskunst“. Aus den italienischen Erfahrungen müssten auch für Österreich geeignete Konsequenzen gezogen werden. Hierbei trat Chappell für

890 CS 17. 12. 1933 (R. DEL GIUDICE).

891 StL 1934, 421–429 (H. HAGER).

892 StL 1935, 272 f., 424 (H. HAGER).

893 StL 1934, 427 (H. HAGER).

894 StL 1935, 526 (H. HAGER).

ein dynamisches Prinzip ein, dem zufolge „Verfassung aus dem politischen Leben immer neu geschaffen werden muss“. Dass in Österreich der alte deutsche „Reichsständegedanke“ gelte, begründe die „Wesensunterschiede“ zwischen dem italienischen und dem österreichischen System. Der *Consiglio nazionale delle corporazioni* könne nicht einfach nachgeahmt werden, weil er vor den Korporationen geschaffen worden sei, also von oben. Vor allem aber fehle dem Faschismus „die letzte Rückbeziehung, die Österreich [...] in der christlichen Idee [...] gefunden hat“. Als „inneres System des Ausgleichs aller Kräfte und ihrer Zusammenfassung in einer jeweils höheren Einheit“ sei er noch nicht voll entwickelt: Bis dies der Fall sei, müsse Mussolini Diktator bleiben.⁸⁹⁵

Ebenfalls 1934 veröffentlichte Hans von Hortenau in Wien eine 46 Seiten starke, durch ein Geleitwort von Vizekanzler Emil Fey in gleichsam „offiziellen“ Rang erhobene Broschüre über den Faschismus als Modell für Österreich. Schon der Titel des in die Reihe *Österreichische Volksschriften* aufgenommenen Werks verrät das Anliegen: *Ein kraftvolles Österreich. Der Faschismus als Vorbild*. In sieben Kapiteln wurden in eindringlicher Sprache völlig unkritisch die Vorzüge von Mussolinis System gewürdigt, das als Vorbild für alle Staaten gelten könne:⁸⁹⁶ *Faschismus, die Volksbewegung* (S. 11–15: übermächtiger, mit der Nation identischer Staat), *Der Faschismus verbessert den Menschen und sein Werk* (S. 16–20: Idealisierung des Sports), *Der Faschismus bekämpft die Arbeitslosigkeit* (S. 21–25: Aufzählung von Großprojekten), *Der Faschismus nützt die Hilfsquellen eines Landes voll aus* (S. 26–31: Nennung der Branchen, an denen in Österreich gearbeitet werden müsse), *Der Faschismus macht Ordnung im Inneren und nach außen hin* (S. 31–35: Expertentum statt „Parteiengewirr“), *Der Faschismus ist die Partei der Jugend* (S. 36–41: geschlechtsspezifische Werterziehung), *Der Faschismus und der Charakter des Österreichers* (S. 42–46: Tatkraft gegen Intellektualität).

Von völlig anderem, wenn auch gegen teilweise unkritische Verherrlichung des Faschismus (oder besser: Mussolinis) keineswegs gefeitem intellektuellen Format war Adolf Menzel, der 1935 das Buch *Der Staatsgedanke des Faschismus. Eine geistesgeschichtliche Untersuchung* vorlegte. Der Wiener Staatsrechtler hielt den italienischen Faschismus für „eine große Neuschöpfung des Geistes und der Politik“ (Vorwort) und sprach von einer neuen Weltanschauung „auf dem Boden einer idealistischen Philosophie“.⁸⁹⁷ Als solche sei der Faschismus aristokratischer Natur, während der empiris-

895 CS 25. 2. 1934 (H. A. CHAPPELL).

896 v. HORTENAU, *Ein kraftvolles Österreich*, 15.

897 BRAUNEDER, *Leseverein*, 308; E. MELICHAR, Adolf Menzel, 225 f.; J. REITER, *Entstehung*, 32.

tischen und positivistischen Philosophie eine demokratische Staatsauffassung entspreche. Mussolini sei ein großer Denker und eine „providentielle Persönlichkeit“, zu viel mehr fähig als zu bloßem Aktionismus: Dessen 1932 erschienenes Werk *Dottrina fascista* wolle er denn auch als Hauptquelle für seine Arbeit heranziehen (S. 1–4). Menzel stützte sich indes auch auf andere Quellen bzw. flocht seine umfassende philosophisch-historische Bildung ein.

Im ersten von insgesamt sieben in sich weiter gegliederten Kapiteln (*Die Weltanschauung des Faschismus*, S. 5–20) wurde Mussolini zwischen Tradition und Fortschritt verortet. Zugrunde lagen die Ablehnung materialistischer Erklärungen des Menschen und der Auffassung, der Geist wäre lediglich eine Funktion des Gehirns. Eudämonistische Ethik mit dem Ideal eines bequemen Lebens wies Menzel zurück; „wirtschaftliche Glückseligkeit“ in sozialistischem Sinn komme einem rein vegetativen Leben gleich. Echtes Leben bedeute Kampf, und daher könne, so ein würdiger Zweck erkennbar sei, selbst Gewalt nicht grundsätzlich abgelehnt werden. Obwohl sich der Faschismus als Diesseitsreligion verstehe (an die höchsten weltlichen Güter, Nation und Staat, müsse man „glauben“), lehne er positive Jenseitsreligionen nicht ab. Daher schütze er die katholische Kirche, mit der er auch durch die Hochschätzung von Autorität und Hierarchie verwandt sei.

Quellflüsse der faschistischen Weltanschauung (S. 21–41) ortete Menzel in der Antike, insbesondere bei Heraklit, sodann bei italienischen Denkern wie Giambattista Vico, Antonio Rosmini und Vincenzo Gioberti. Benedetto Croce und Giovanni Gentile hätten an Hegel angeknüpft, Vilfredo Pareto und Georges Sorel könnten in wirtschaftlich-gesellschaftlicher Hinsicht Vorbilder sein. An Kant schätzte er den Pflichtbegriff, an Fichte die Idee der Kulturnation, an Nietzsche den Willen zur Macht, an Henri Bergson die Ablehnung eines starren Mechanismus.

Als *Die polemische Seite der faschistischen Staatslehre* (S. 42–52) beschrieb Menzel den Kampf des Faschismus gegen Individualismus, Liberalismus und Sozialismus. Damit sei die Ablehnung der Demokratie einhergegangen, die auf der irrigen Annahme der Gleichheit aller Menschen beruhe; das Majoritätsprinzip sei anfechtbar, die Volkssouveränität eine Illusion. Der Faschismus erhebe den Anspruch, eine „wahre Demokratie“ und keine „Formaldemokratie“ zu sein, die das Volk nicht quantitativ, sondern qualitativ fasse. Während der Sozialismus das Ökonomische einseitig überbewerte und Klassenkampf betreibe, gleiche der Korporativismus Ungleichheiten aus.

Gegenstand des vierten Kapitels ist *Der positive Gehalt des faschistischen Staatsgedankens* (S. 53–80). Im Zentrum dieses Herzstücks der Abhandlung steht der als Organismus verstandene Staat, den Mussolini als oberste Ganzheit und einzige absolute, von der Gesellschaft nicht geschiedene und

mit der Nation identische Größe verstand. Er umfasse das Leben des Menschen in jeder Hinsicht, „total“, und werde von der Spitze aus autoritär geleitet. In Gestalt des Hinweises, dass die im faschistischen Staat vereinten Begriffe „autoritär“ und „totalitär“ keineswegs per se identisch seien, klingt Kritik an. Hinsichtlich des ebenfalls sehr eigenwilligen Verständnisses von Gewaltenteilung als Arbeitsteilung berief sich Menzel auf Alfredo Rocco. Den korporativen Aufbau bezeichnete er als „Eingliederung der Gesellschaft in den Staat“: Dieser langwierige Prozess sei noch im Gange. Die Korporationen beschrieb Menzel als Zwischenglieder zwischen dem Einzelnen und dem Staat.

Kritik am faschistischen Staat äußerte Menzel in Gestalt des Hinweises, dass sämtliche Organe ernannt seien und unter der Aufsicht des Staates stünden. Daher könne von einer Autonomie wie in der deutschrechtlichen Genossenschaft keine Rede sein. Rocco selbst habe den Unterschied zu den mittelalterlichen Korporationen klar akzentuiert: „Der korporative Staat ist nicht der Staat in der Hand der Korporationen, sondern die Korporationen in der Hand des Staates.“ Mussolini hielt er allerdings zugute, in den Korporationen – anders als Giuseppe Bottai – nicht nur Staatsorgane, sondern bis zu einem gewissen Grad auch selbständige Willensträger gesehen zu haben. Menzel ließ das Kapitel mit dem Versuch einer Antwort auf die wohl schwierigste Frage überhaupt ausklingen, und diese fiel differenziert aus: Dass es sich beim faschistischen Staat um eine Diktatur im juristischen Sinn handle, wie „von gegnerischer Seite“ gern behauptet, stellte er in Abrede, weil es neben dem Duce den König gebe, dass es sich in politischem Sinn aber sehr wohl um eine Diktatur handelte, gestand er ein, allerdings mit einer Einschränkung: Eine charismatische Herrschaft sei der italienische Faschismus nur in Teilaspekten, denn es gebe auch feste Institutionen, wie sie ein rationales System kennzeichnen.

Die drei Schlusskapitel sind historischer bzw. vergleichender Natur. Unter dem Titel *Der Faschismus und die Antike* (S. 81–91) beschrieb Menzel diese Ideologie „bis zu einem gewissen Grade“ als Erneuerung des antiken Staatsgedankens. Eine *Italienische Staatsphilosophie* (S. 92–105) glaubte er schon bei Thomas von Aquin, Dante und Marsilius von Padua orten zu dürfen, und eine enge innere Verwandtschaft mit dem Faschismus erkannte er bei Machiavelli. Antonio Rosmini und Vincenzo Gioberti schätzte er als Verfechter eines „ethischen“ Charakters des nationalen Staates; wegen des inneren Zusammenhangs von Nationalismus und Faschismus sei auch Giuseppe Mazzini einer seiner Väter. Der erste echte Faschist sei indes Gabriele d’Annunzio gewesen. *Beziehungen des faschistischen Staatsgedankens zu außeritalienischen Lehren* (S. 106–121) fand er – bei allen keineswegs gelegneten Unterschieden – bei Hobbes, Spinoza und Rousseau sowie in

der Staatslehre der Romantik mit Edmund Burke, Novalis und Adam Müller: Letzterer habe als erster neuzeitlicher Staatsdenker die Idee des Ständestaates vertreten.⁸⁹⁸ Am größten seien die Affinitäten bei Hegel.

Menzels Abhandlung endet mit zwei Anhängen. In Anlehnung an den deutsch-schweizerischen Schriftsteller Emil Ludwig⁸⁹⁹, der Mussolini allerdings keineswegs unkritisch gegenüberstand⁹⁰⁰, verglich er auf immerhin sieben Seiten zunächst *Mussolini und Goethe* (S. 122–128). In selektiver Vorgangsweise hob er als kennzeichnende Merkmale des Dichterfürsten Dynamismus, Aktivismus und Polarität des Denkens und Fühlens hervor. Auch die Ablehnung des Materialismus, das Ungenügen an der reinen Analyse und die große Bedeutung, die er der intuitiven Erkenntnis sowie der Tradition beimaß, waren für Menzel Parallelen zu Mussolini. Er operierte mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten und referierte den Inhalt berühmter Stellen: Im Kapitel *Die Pädagogische Provinz* im *Wilhelm Meister* komme „eine Vorahnung des faschistischen Systems“ zum Ausdruck. Das Buch endet mit einem kurzen Abschnitt *Der Faschismus und die „Energetische Staatslehre“* (S. 129–132). Hier stellte Menzel eine juristische Methode vor, in der er ein realistisches Korrektiv zur herrschenden abstrakten Vorgangsweise sah und die ihm als Gegengewicht zu Liberalismus und Marxismus geeignet erschien. Durch Mussolinis Staat werde diese Lehre insofern verkörpert, als dieser nicht Erzeugnis einer Theorie sei, sondern praktischer Notwendigkeit entspringe. In permanentem Kräftefluss zwischen dem Staat und dem Einzelnen würden die Leistungen der Individuen gesteigert und Energien im Sinn einer Unterordnung unter die Staatszwecke ausgeglichen.

So befremdend manche Teile dieser umfangreichen Schrift anmuten: Nur ein Jahr später erschien aus Menzels Feder in der MSchKP ein Aufsatz, der in einem Bekenntnis zur Freiheit als Anerkennung von etwas über uns stehendem, keineswegs mit dem Staat identischem Größeren mündete.⁹⁰¹

Nicht vergessen sei schließlich, dass Alma Mahler-Werfel, deren Wiener Salon in den dreißiger Jahren ein Treffpunkt von Prominenten aus Politik, Kunst und Kirche war, Sympathien für den italienischen Faschismus zeigte.⁹⁰² 1935 erschien in der Zeitschrift *Civiltà fascista* ein Artikel des ehemaligen Bundeskanzlers Ernst Streeruwitz, in dem er das faschistische Italien

898 Eher revolutionäre Züge bei Müller orten HANISCH/URBANITSCH, Prägung, 66.

899 Vgl. Mussolinis Gespräche mit E. Ludwig, Berlin – Wien – Leipzig 1932; zu diesem Buch und zu Ludwig selbst vgl. THÖNDL, Oswald Spengler, 118 f.

900 Erwähnt seien etwa seine Vorbehalte gegen die Überordnung des Staatsganzen über das Individuum und gegen den Zynismus und die Rachsucht Mussolinis; GOETZ, Intellektuelle, 41 und 53.

901 MSchKP 1, 101–108 (A. MENZEL).

902 BUCHMAYR, Der Priester, 76.

als zukunftsorientiertes Land lobte und als Vorbild für Österreich bezeichnete.⁹⁰³

3.6 Berufsständische Entwürfe

Die in den zwanziger Jahren in Österreich geführte politische Diskussion war von tiefem Unbehagen am Parlamentarismus geleitet; so entstand die Idee, einen Länder- und Ständerat einzuführen, um die Gesetzgebung zu entpolitisieren.⁹⁰⁴ 1917 und 1919 legte Paul Schrecker einschlägige Abhandlungen vor.⁹⁰⁵ Der Tiroler Michael Mayr, neben Hans Kelsen einer der Architekten der Verfassung von 1920, sprach Ende 1918 eine berufsständische Gliederung der Volksvertretung an.⁹⁰⁶ Auch Ignaz Seipel trat für die Errichtung einer ständischen Vertretung als zweite Kammer ein.⁹⁰⁷ Stellvertretend für das höhere Beamtentum der Monarchie sei Hans Schlitter erwähnt, der sich in den frühen zwanziger Jahren für eine Berufsvertretung anstelle des Bundesrates aussprach.⁹⁰⁸ Die Großdeutsche Volkspartei sprach 1926 von einer Wirtschaftskammer⁹⁰⁹; im selben Jahr wurde die *Wirtschaftliche Ständevereinigung* gegründet, 1931 die *Ständeorganisation Österreich*.⁹¹⁰ 1928 stellte auch der *Landbund* einen Antrag auf ein Ständeparlament.⁹¹¹

1929 forderte die Heimwehr eine ständische Verfassungsreform.⁹¹² Ein von Walter Heinrich⁹¹³ formulierter Entwurf wurde von Bundeskanzler Jo-

903 SCHMÖLZER, Beziehungen, 109.

904 HASIBA, Der berufsständische Gedanke, 115; P. HUEMER, Entstehung, 605; KRAUS, „Volksvertreter“, 66 und 80; MIMICA, Rechtsphilosophische Probleme, 87–93; STEINER, Wahre Demokratie?, 196; TÁLOS, Handbuch, 382–385 (E. TÁLOS).

905 *Bemerkungen zur Verfassungs-Reform in Österreich bzw. Für ein Ständehaus. Ein Vorschlag zu friedlicher Aufhebung der Klassengegensätze.*

906 SCHÖBER, Tirol, 38.

907 WOHNOUT, Bürgerliche Regierungspartei, 196.

908 KRÄLER, Gott schütze Österreich, 813 f.

909 HASIBA, Der berufsständische Gedanke, 112.

910 WILTSCHEGG, Heimwehr, 311.

911 AUGUSTIN, Bauernbünde, 25; HASIBA, Der berufsständische Gedanke, 113; KRAUS, „Volksvertreter“, 63.

912 BUSSHOF, Dollfuß-Regime, 235 f.; HASIBA, Der berufsständische Gedanke, 109; P. HUEMER, Entstehung, 602 f.; REICHOLD, Geschichte, 437; STREITENBERGER, Leitbild, 107.

913 KNOLL, Das Ringen, 18; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 18–20; zu pädagogischen Zwecken verfasste W. Heinrich 1957 das programmatische Werk *Wirtschaft und Persönlichkeit*, in dem er Liberalismus, Kollektivismus, Marxismus und Zentralismus ablehnte; LK, 241 f. (F. ROMIG); WANDRUSZKA, Struktur, 364; zur Verflechtung des Spann-Kreises mit der Heimwehr vgl. MOMMSEN, Theorie, 181.

hann Schober aber zurückgewiesen⁹¹⁴ – obwohl auch dieser in Hinblick auf die Verfassungsnovelle eine „Verbeugung [...] vor dem ständischen Gedanken“ wünschte.⁹¹⁵ Im November stellte er den Antrag, im Bundeskanzleramt eine Kommission zum Studium der ständischen Verfassung bzw. für den zu schaffenden Länder- und Ständerat einzurichten.⁹¹⁶ Als Vorsitzenden schlug er Ignaz Seipel vor; weitere Mitglieder sollten u. a. Othmar Spann und Ludwig Adamovich sein.⁹¹⁷ Die wenig später verabschiedete Verfassungsnovelle blieb hinsichtlich der ständischen Forderungen aber gleichwohl maßvoll.⁹¹⁸

Zwischen 1930 und 1937 häuften sich publizistische Neuerscheinungen über ständestaatliche Modelle; in der Österreichischen Nationalbibliothek, der Universitätsbibliothek Wien und der Bibliothek der Kammer für Arbeiter und Angestellte wurden insgesamt 53 einschlägige Arbeiten erhoben. Da die Forschung „eine dürftiger als die andere“⁹¹⁹ einschätzt, genügt bei der Vorstellung eine exemplarische Vorgangsweise.

1929 erschien Walter Heinrichs Abhandlung *Gegen Parteienstaat – für Ständestaat*.⁹²⁰ 1932 folgten in der SZ aus seiner Feder mehrere Beiträge zu Fragen der Wirtschaft; „Staatsführer“, erklärte er, könnten nur Menschen sein, die „gewisse Erziehungs- und Bewährungseinrichtungen durchlaufen“ haben.⁹²¹ Im Mai 1930 folgte Odo Neustädter-Stürmers Schrift *Der Ständestaat Österreich*⁹²², die faschistische Anklänge enthielt, aber keinen Sinn für die sozialen Aspekte der Thematik erkennen ließ.⁹²³ Stark von Othmar Spann beeinflusst war Franz Schweinitzhaupt⁹²⁴, der sich des gesamten begrifflichen Repertoires der zeitgenössischen Kritik an Liberalismus, Kapitalismus und Sozialismus bediente.⁹²⁵ Gemäßigter blieb Oskar Freiherr

914 PMR VI/1, Prot. 586/1 (30. 9. 1929), 216.

915 PMR VI/1, Prot. 589/1 (14. 10. 1929), 274 und 309.

916 PMR VI/1, Prot. 599/1 (18. 11. 1929), 449.

917 PMR VI/1, Prot. 600/12 (22. 11. 1929), 466 f.

918 HASIBA, Verfassungsnovelle, 134–136; MOMMSEN, Theorie, 178; STREITENBERGER, Leitbild, 108 f.; TALOS, Handbuch, 52 f. (O. LEHNER); WOHNOUT, Verfassungstheorie, 29–39.

919 PASTEUR, Kruckenkreuz, 30.

920 DASSEL, Gegen Parteienstaat, bes. 3–7 und 39 f.

921 SZ 28. 8. 1932; 4. 9. 1932; 11. 9. 1932 (W. HEINRICH); 1933 ließ er weitere Präzisierungen folgen, darunter ein Lob des italienischen Faschismus; StL 1933, 121–125 (W. HEINRICH).

922 1936 trat er mit einer ähnlichen Publikation, *Die berufsständische Gesetzgebung in Österreich*, an die Öffentlichkeit.

923 BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 209; ORGLER, Ständestaat, 99–102; REICHHOLD, Geschichte, 462; SENFT, Im Vorfeld, 151; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 21, 25 und 193; WOHNOUT, Regierungsdiktatur, 26–29.

924 SCHWEINITZHaupt, Vom Parteienstaat, bes. 2–6; vgl. KRAUS, „Volksvertreter“, 67.

925 Die Ablehnung galt nicht dem Sozialismus schlechthin, sondern dem revolutionären Sozialismus, desgleichen dem „feige(n) Bürgertum“, das sich der Sozialdemokratie gleichsam anbiedere; LACKNER, Die Ideologie, 22.

von Hohenbruck, der die Idee des Ständestaates 1930 in der *Tiroler Bauernzeitung* erläuterte: Echte Autorität verkrafte eine auf dem allgemeinen Wahlrecht beruhende Körperschaft zur Vertretung gemeinsamer Staatsinteressen neben einer Länderkammer und einer Ständekammer.⁹²⁶ Den italienischen Faschismus schloss er als mögliches Vorbild aus.⁹²⁷

1931 präsentierte Rudolf Kinsky einen *Entwurf einer ständischen Verfassung*, in dem er zum Spann-Kreis und zum italienischen Faschismus auf Distanz ging.⁹²⁸ Dies wurde in der *Reichspost* ausdrücklich anerkannt.⁹²⁹ Kinsky gehörte dem Landbund an, einer als liberal geltenden Partei, die die von der Heimwehr ausgehende politische Radikalisierung zu mildern versuchte.⁹³⁰ Für ihn begann die Demokratie auf Gemeindeebene, also in jenen Sprengeln, wo jeder jeden kennt. Die in „Urwahlen“ bestimmten Bürgermeister sollten sodann den Bezirkshauptmann, die Bezirkshauptleute den Kreishauptmann wählen; als Versammlung der Letzteren war der Nationalrat vorgesehen, der seinerseits den Bundespräsidenten wählen sollte.⁹³¹ Dasselbe Wahlsystem propagierte August Zell in einer Abhandlung⁹³², in der ansonsten aber gewisse Anklänge an den Nationalsozialismus auffallen.⁹³³

Kurz nach dem Erscheinen von QA bescheinigte Bartholomäus Fiala dem berufsständisch aufgebauten, die Sachkompetenz in den Mittelpunkt rückenden Staat aristokratische Qualitäten und hielt am Ideal dynastischer Legitimität fest.⁹³⁴ Hermann Struber trat mit der schon länger im Raum stehenden Forderung nach einem „Wirtschaftsparlament“ neben dem Nationalrat hervor.⁹³⁵

1933 häuften sich einschlägige Publikationen, wobei von weltanschaulicher Homogenität keine Rede sein kann. In populistischen Tönen erläuterte Peter Lütz die Unvereinbarkeit von Stände- und Parteienwesen und trat für die Trennung von Staat und Gesellschaft ein.⁹³⁶ Konstantin von Hohenlohe-Schillingsfürst OSB, der auf eigene Vorarbeiten aus den zwanziger Jahren zurückgreifen konnte⁹³⁷, begründete den Ständestaat aus dem Wesen des

926 v. HOHENBRUCK, Zur Frage, 28–33.

927 v. HOHENBRUCK, Zur Frage, 40–44.

928 KINSKY, Entwurf, 5.

929 KRAUS, „Volksvertreter“, 68; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 56.

930 KRIECHBAUMER, Landbund, 529.

931 KINSKY, Entwurf, 11 f.

932 ZELL, Ständische Staats-Gliederung, 5–11.

933 ZELL, Ständische Staats-Gliederung, 19.

934 FIALA, Die berufsständische Organisation, bes. 1–5 und 7–16.

935 STRUBER, Österreichs Wiederaufbau, 70.

936 LÜTZ, Der Ständestaat, bes. 3 und 10–19; KRAUS, „Volksvertreter“, 69.

937 SZ 14. 3. 1926, 21. 3. 1926, 25. 9. 1927 (K. v. HOHENLOHE-SCHILLINGSFÜRST).

Christentums.⁹³⁸ Im Grundsätzlichen⁹³⁹ verweilte auch Benno Karpeles, der, ausgehend von der Verfassung von 1920, zunächst die politische Reife des Volks kritisch ansprach. Weitere Akzente setzte er auf die Deutung von QA als gesellschaftlich, nicht staatsrechtlich verbindliches Dokument⁹⁴⁰ und auf die Distanzierung vom faschistischen Italien.⁹⁴¹ Ähnliche Gedanken entwickelte Friedrich Freiherr von Weichs⁹⁴², der sich bereits in den zwanziger Jahren in der konservativ-katholischen Wochenpresse kritisch zum kapitalistischen Konsumverhalten geäußert hatte.⁹⁴³ Dass das „Mussolinische Österreich“ der „Bettler Europas“ sei, störte ihn.⁹⁴⁴ Er entwarf ein detailliertes, auf bestehende Einrichtungen zurückgreifendes ständestaatliches Modell⁹⁴⁵, das er auch Kritikern⁹⁴⁶ gegenüber verteidigte: Zumal nach den Februarereignissen, resümierte er, habe der Staat nach dem Motto „So viel Freiheit als möglich und so viel Bindung als notwendig“ zu agieren.⁹⁴⁷ Ein weiterer Ständetheoretiker, der seine Gedanken aus QA ableitete, war Oskar Zaglits.⁹⁴⁸ Er bescheinigte dem faschistischen Italien die Umsetzung dieses Rundschreibens, betonte allerdings, dass Mussolini sein totalitäres System als vorläufig betrachte.⁹⁴⁹ In den Grundzügen Othmar Spann verpflichtet, berücksichtigte er die Anfechtbarkeit mancher Positionen dieses Denkers.⁹⁵⁰ Eine neutrale Paraphrase von QA bot Hans Schmitz.⁹⁵¹

Ein unvergleichlich höheres Niveau als alle bisher genannten Schriften zeigen die Arbeiten von August M. Knoll. Auffällig ist sein Bemühen, die berufsständische Idee als ein Charakteristikum Österreichs zu kennzeichnen. Diesem Land bescheinigte er eine „mächtige soziale Tradition“ und sprach von einem „österreichischen Sozialkonservativismus“, dessen tragende Säulen „Familie, Haus und Standschaft“ seien. Die Habsburger hätten die „Josefs-Idee, welche in ihrer väterlichen Substanz [...] jeder Staats- und Stän-

938 HOHENLOHE, Ständestaat, 3 f.

939 KARPELES, Klassenkampf, 37 und 40.

940 KARPELES, Klassenkampf, 3–9.

941 KARPELES, Klassenkampf, 27–31 und 43.

942 v. WEICHS, Der Weg, 5–12; vgl. NEGER, Verfassung, 16; im Januar 1934 publizierte die SZ eine dreispaltige Zusammenfassung dieser Abhandlung; SZ 21. 1. 1934 (F. v. WEICHS); 1933 erschien in Graz vom selben Verfasser die Schrift *Wie bauen wir den Ständestaat?*

943 NR 16. 1. 1926 (F. v. WEICHS); SZ 16. 6. 1929 (F. v. WEICHS).

944 NR 8. 9. 1928 (F. v. WEICHS).

945 v. WEICHS, Der Weg, 15–26; NEGER, Verfassung, 29.

946 StL 1934, 330 f. (S. M. RADDA).

947 CS 27. 1. 1935 (F. v. WEICHS).

948 ZAGLITS, Aufbauversuche; ZAGLITS, Bewegung, bes. 13 f.

949 ZAGLITS, Aufbauversuche, 4–11; ZAGLITS, Bewegung, 15–29.

950 ZAGLITS, Bewegung, 24.

951 H. SCHMITZ, Die berufsständische Ordnung, bes. 3 und 13.

deordnung ihre besten Kräfte gab“, kultiviert.⁹⁵² Berufsständische Ordnung und Kapitalismus seien nicht miteinander vereinbar.⁹⁵³

Knolls Gedanken wurden von Aurel Kolnai wiederholt kritisch rezipiert. Obwohl der ungarische Philosoph ein konservativer Denker war, der die Gesellschaft hierarchisch geordnet sah und soziale Privilegien verteidigte⁹⁵⁴, entlarvte er 1934, kurz vor der Veröffentlichung der Maiverfassung, im sozialdemokratischen Blatt *Der Kampf* ständische „Ideologien“ als nebulös, vieldeutig und widersprüchlich und wies sie als reaktionär im Dienst der Herrschaftsansprüche der „Oberklasse“ zurück.⁹⁵⁵ Harsche Kritik übte er an Othmar Spann und am Faschismus. An den katholischen Ständelehren bemängelte er ihre vermeintliche Demokratiefeindlichkeit.⁹⁵⁶

Josef Dobretsbergers Ständetheorie⁹⁵⁷ ist dem vor der „Herrschaft der Inkompetenten“ warnenden schwedischen Staatsrechtler und Reichstagsabgeordneten Rudolf Kjellén verpflichtet, dessen auf Deutsch verfasstes Hauptwerk *Der Staat als Lebensform* 1917 erschienen war.⁹⁵⁸ Auf den von vielen Zeitgenossen eingeschlagenen Kampftouren verzichtend und zwischen christlichsozialer Tradition und Manchester-Liberalismus sich bewegend⁹⁵⁹, vermied Dobretsberger generalisierende Aussagen. In diesem Sinne verwahrte er sich auch gegen mögliche faschistische Einflüsse auf Österreich.⁹⁶⁰ Als Ursache für die zeittypischen Vorbehalte gegen die Parteien nannte er die „Spaltung zwischen unserer Ideenwelt und unserer politischen Lebensform“. Das Problem Österreichs liege darin, dass die Lebensweise dieses Landes noch die der vergangenen Epoche sei und dass im Staatsrecht starrer Formalismus herrsche, während im kulturellen Bereich seit der Jahrhundertwende das Metaphysische eine neue Bedeutung erlangt habe. Diesem Widerstrebe der Ausgleich in der Mitte, es ziele auf Totalität.⁹⁶¹ In einem Vergleich des liberalen Staates mit dem autoritären Ständestaat verdichten sich alle zeittypischen Argumente gegen Gesellschaftsvertrag, Volkssouveränität und Parlamentarismus (Kap. 4.1).⁹⁶²

952 KNOLL, Das Ringen, 3 f. und 6.

953 KNOLL, Ziel, 11 f. und 17.

954 EPEL, Zwischen Kreuz, 78; GRASSL, Kolnai; HOFER, Joseph Eberle, 154 und 163 f.

955 KOLNAI, Ideologie, 13 f.

956 KOLNAI, Ideologie, 20–22

957 Vgl. auch seine Präsenz in der katholisch-konservativen Publizistik; SZ 16. 12. 1934 (J. DOBRETSBERGER); MSchKP 2, 927 f.

958 DOBRETSBERGER, Vom Sinn, 39; vgl. auch CS 14. 1. 1934 (E. PRETTENHOFER); BOTERMAN, Oswald Spengler, 177; Anton Klotz berief sich ebenfalls auf Kjellén; KLOTZ, Sturm, 47 f.

959 BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 217.

960 DOBRETSBERGER, Vom Sinn, 17 f.

961 DOBRETSBERGER, Vom Sinn, 10–14.

962 DOBRETSBERGER, Vom Sinn, 23 f.

An die Grenzen des berufsständischen Modells führt Felix Klezl Freiherr von Norberg, nicht aus politisch-weltanschaulicher, sondern aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht. Angelpunkt seiner auch für Vertreter des ganzheitlichen Denkens überzeugenden⁹⁶³ Argumentation ist die den Erfordernissen der Zeit geschuldete Einsicht, dass „in den Kulturstaaen“ mittlerweile der Betrieb an die Stelle des Berufs getreten sei.⁹⁶⁴ „Beruf“ habe die persönliche Tätigkeit im Auge, „Betrieb“ die sachlichen Erfordernisse.⁹⁶⁵ Beruf sei eine „soziale“, Betrieb eine „technische“ Kategorie; das Referat der in der volkswirtschaftlichen Literatur gängigen Sichtweisen nahm er als Gelegenheit wahr, seine eigene Präferenz für Lösungen zu artikulieren, die das Hauptgewicht auf das Zusammenwirken personaler und sachlicher Faktoren legten.⁹⁶⁶ Die Untersuchung der Begriffe im statistischen Schrifttum ließ ihn die Hinwendung zu einem vornehmlich wirtschaftlich definierten Berufsbegriff seit 1890 feststellen.⁹⁶⁷ Dass sich die Arbeitsabläufe im industriellen Zeitalter völlig veränderten, reichte für Klezl nicht aus, sich der mitunter erkennbaren Tendenz anzuschließen, die Betriebsorganisation als bolschewistisches, die Berufsorganisation als bürgerliches Prinzip zu betrachten. Er war einer jener vielen Zeitgenossen, für die der Marxismus denselben Grundprinzipien folgte wie der Kapitalismus (Kap. 4.1). Die Studie endet mit einem vorbehaltlosen Bekenntnis zur Arbeit: „Das Paradies der Menschheit hat erst in dem Augenblick begonnen, in dem sie zur ewigen Arbeit verdammt wurde“⁹⁶⁸, also völlig anders als die auch in der Ausbildung der Theologen wichtige Abhandlung von Josef Biederlack SJ von 1895, für den Arbeit Mühsal bedeutete, ja eigentlich nur die Folge der Sünde der Stammeltern war.⁹⁶⁹

Die Rezeption ständetheoretischen Denkens aus den Nachbarländern in Österreich, insbesondere aus Deutschland⁹⁷⁰, kann an dieser Stelle keine systematische Berücksichtigung finden. Von Interesse ist aber, dass einschlägige Ansätze in der Ukraine zur Kenntnis genommen wurden. Im StL wurde 1934 eine Arbeit von Wjaczeslaw Lipinsky vorgestellt. Der 1918–1931 als Gesandter seines Landes in Wien tätige Verfasser vertrat eine „klassokratische“, den Verhältnissen der Ukraine angepasste berufsständische Idee, die Staat und Gesellschaft in untrennbarer organischer Verbindung

963 StL 1935, 524–526 (W. HEINRICH).

964 KLEZL, Beruf, Vorwort, nicht pag.

965 KLEZL, Beruf, 26–42.

966 KLEZL, Beruf, 1–12.

967 KLEZL, Beruf, 13–25.

968 KLEZL, Beruf, 98.

969 Vgl. KUSTATSCHER, Haus und Familie, 170.

970 Vgl. BOHN, Ständestaatskonzepte, passim.

sah. Zwischen Kirche und Staat sollte ein Nahverhältnis bestehen, aber keine Vermischung erfolgen. Als hohe Werte wurden Föderalismus, eine monarchische Staatsspitze sowie Familie und Heimat angegeben.⁹⁷¹ Im CS nahm Wladimir R. Zaloziecky auf diese Arbeit Bezug.⁹⁷²

Erwähnung verdient weiters eine 1934 vorgelegte, auf die Schweiz⁹⁷³ bezogene Abhandlung von Frank Hofstetter-Leu, in der die Situation in Österreich mitberücksichtigt wurde.⁹⁷⁴ Für den dort geplanten Ständestaat bestanden im westlichen Nachbarland besonders in katholischen Kreisen große Sympathien.⁹⁷⁵ Einer der Schwerpunkte war die begriffliche Unterscheidung von „Korporation“ und „Stand“: Der erstere Begriff sei in Italien geläufiger, der letztere eher bei deutschsprachigen Autoren; „Vertreter der freisinnigen Weltanschauung“ lehnten „Korporation“ ab und sprächen sich für „berufsständische Ordnung“ aus. Bei aller Verworrenheit der Terminologie sah Hofstetter-Leu die für ihn erfreuliche Tendenz, die Begriffe „berufsständisch“ und „syndikalistisch“ einander anzunähern. „Ständestaat“ sei der richtige Begriff, wenn es nicht nur um wirtschaftliche, sondern auch um staatsrechtliche Verhältnisse gehe; in Österreich, so zitierte er eine Aussage Otto Enders vom März 1934, habe man mit wirtschaftlichen Aspekten begonnen, beabsichtige aber den Übergang auf das politische Gebiet.⁹⁷⁶ Walter Adolf Jöhr entwarf 1937 im StL unter dem Titel *Ständische Sittlichkeit* das Bild eines elitären Gemeinwesens mit transzendenter Legitimation.⁹⁷⁷

Etwa zur selben Zeit, als Hofstetter-Leu mit seinem Konzept an die Öffentlichkeit trat, fand in Zürich eine Studententagung über die berufsständische Neuordnung in der Schweiz statt. In Österreich wurde dies mit Wohlgefallen zur Kenntnis genommen, umso mehr als die Katholiken im Nachbarland ja eine Minderheit darstellten. Die meisten Parallelen zu den eigenen Vorstellungen fand man in den Ausführungen von Josef Piller, der einen Mittelweg zwischen berufsständischer Autonomie und staatlicher Kontrollfunktion vorgeschlagen habe.⁹⁷⁸ Es passte ins Konzept des CS, dass Piller auf die engen Beziehungen der Sozialpolitiker beide Länder hinwies,

971 StL 1934, 418–420 (E. GÖRLICH).

972 CS 15. 4. 1934 (W. R. ZALOZIECKY).

973 Zu ständestaatlichen Ansätzen in diesem Land vgl. KAESTLI, Selbstbezogenheit, 193–195 und 209–211; G. KLEMPERER, Konzepte; PAYNE, Geschichte, 376; REINHARDT, Kleine Geschichte, 144 f.; SIMONETT, Die berufsständische Ordnung, 66–82.

974 HOFSTETTER-LEU, Grundriss, 5.

975 ZAUGG-PRATO, Die Schweiz, 299.

976 HOFSTETTER-LEU, Grundriss, 7–10.

977 StL 1937, 143–152 (W. A. JÖHR).

978 CS 13. 5. 1934.

die bis 1874 zurückreichten, als Karl Freiherr von Vogelsang in Basel die *Monatsschrift für christliche Sozialreform* ins Leben rief.⁹⁷⁹

3.7 Die Verfassung vom 1. Mai 1934

1933 waren die Vorarbeiten für eine neue Verfassung voll im Gang.⁹⁸⁰ Im Juni legte die *Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften* einen von Karl Lugmayer erstellten Entwurf vor, der Elemente der parlamentarischen Demokratie mit berufsständischen Vorstellungen verband⁹⁸¹, aber vom Regierungslager als zu demokratisch abgelehnt wurde.⁹⁸² Am 10. Juli 1933 holte Kanzler Dollfuß zur Umsetzung der berufsständischen Ordnung den Vorarlberger Otto Ender⁹⁸³ in sein Kabinett, einen Vertreter der CSP, der sich hoher persönlicher Wertschätzung erfreute und dessen juristische Fachkompetenz unbestritten war.⁹⁸⁴ Er kannte die einschlägige ständetheoretische Literatur und hatte sich schon während der eigenen Kanzlerschaft (1930–1931) ständischen Ideen geöffnet; gleichwohl hielt er eine rasche Umsetzung nicht für möglich.⁹⁸⁵

In seiner neuen Funktion stieß Ender auf vielfache Widerstände: Der am 1. Mai 1934 verabschiedete Text⁹⁸⁶ war die neunte Redaktion des ursprünglichen Entwurfs.⁹⁸⁷ Helmut Wohnout glaubt feststellen zu dürfen, Ender sei nicht der Schöpfer, sondern lediglich der Redakteur der Verfassung gewesen, die in erster Linie die Handschrift des Heimwehrexponenten Odo Neustädter-Stürmer und des italienischen Staatssekretärs für Äußeres Fulvio Suvich trage.⁹⁸⁸ Der kritische Ansatz, mit dem Ender selbst 1937 sein Werk

979 CS 10. 6. 1934 (J. PILLER).

980 TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 79–82.

981 SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 30 f.; STAUDINGER, Bemühungen, 225.

982 F. LUGMAYER, Karl Lugmayer, 16; PELINKA, Stand, 47 f. und 185; WOHNOUT, Regierungsdiktatur, 16 f.

983 Biographische Details bei P. MELICHAR, Ein Fall, 185 f.

984 v. HILDEBRAND, Memoiren, 86; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 121–125; WOHNOUT, Bürgerliche Regierungspartei, 200; WOHNOUT, Die Verfassung, 21.

985 JUFFINGER, Politischer Katholizismus, 60; NOVOTNY, Der berufsständische Gedanke, 217; WANNER, Otto Ender, 168; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 122.

986 Beschreibungen bei FALLE, Wurzeln, 117–121; HUBER, Die Verfassung, 52–83; NOVOTNY, Der berufsständische Gedanke, 217 f.; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 82–93; WIEDERIN, Die Rechtsstaatskonzeption, 79–85; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 215 f.

987 HUEBMER, Dr. Otto Ender, 176–179; WANNER, Otto Ender, 169; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 105–109.

988 WOHNOUT, Bürgerliche Regierungspartei, 202; WOHNOUT, Die Verfassung, 17–28.

kommentierte⁹⁸⁹, stützt diese Annahme. Auch der ihm nahestehende Bundespräsident Miklas⁹⁹⁰ hieß die Verfassung nicht gut.⁹⁹¹

Die Präambel hob vier Prinzipien hervor: christlich, deutsch, bundesstaatlich, ständisch.⁹⁹² Die Berufung auf Gott, „von dem alles Recht ausgeht“, stand in Einklang mit der obrigkeitsstaatlichen Formulierung, das österreichische Volk „erhalte“ diese Verfassung. Die am Konstitutionalismus orientierten rechtsstaatlichen Prinzipien konnten durch einschränkende Klauseln *ad absurdum* geführt werden.⁹⁹³ Das ständische Prinzip kam außer in der Präambel in drei Artikeln zur Sprache (2, 32, 48), also insgesamt wenig.⁹⁹⁴ Die Bundesländer hatten ungeachtet theoretischer Bekenntnisse zum Föderalismus (Kap. 8.4) wenig Handlungsspielraum; die Landeshauptleute hingen faktisch vom Kanzler ab. Auch die Selbstverwaltung der Gemeinden war sehr eingeschränkt.⁹⁹⁵

Die Gesetzesinitiative lag allein bei der Bundesregierung. Innerhalb derselben besaß der Kanzler eine so große Machtfülle, dass sich die Bezeichnung „Kanzlerdiktatur“ etabliert hat.⁹⁹⁶ Die Vorrangstellung der Exekutive gegenüber der Legislative und die personelle Verflechtung zwischen Bundesregierung und Bundesgesetzgebung verleihen der Maiverfassung einen autoritären Charakter.⁹⁹⁷

Ingesamt hat man sich die Systemtransformation als langsamen Prozess vorzustellen, über den wenig Klarheit herrschte.⁹⁹⁸

989 MSchKP 2, 965–968 (O. ENDER); vgl. WOHNOUT, Die Verfassung, 29.

990 Er bezeichnete Ender als „seinen“ Mann; LANG, Bundespräsident Miklas, 160.

991 LANG, Bundespräsident Miklas, 186.

992 DIAMANT, Katholiken, 243; BINDER/WOHNOUT, Das autoritäre Regierungssystem, 151.

993 BRAUNEDER, Verfassungsgeschichte, 235–239; HOOR, Österreich, 111; HUBER, Die Verfassung, 83 f.; JUFFINGER, Politischer Katholizismus, 50 f.; NEGER, Verfassung, 53–55; PUTSCHEK, Ständische Verfassung, 28 f. und 195; SENFT, Im Vorfeld, 140–142; TÁLOS/MANOSCHEK, Aspekte, 126 f.; WIEDERIN, Die Rechtsstaatskonzeption, 85–91; WOHNOUT, Anatomie, 968 f.

994 BÖCK, Öffentlichkeitsarbeit, 166; KRAUS, „Volksvertreter“, 82–88; ORGLER, Ständestaat, 175 f.; WOHNOUT, Die Verfassung, 28 f.

995 BRAUNEDER, Verfassungsgeschichte, 243–247; HOOR, Österreich, 111; P. HUEMER, Entstehung, 598; SCHOBER, Tirol, 406–410.

996 NEGER, Verfassung, 64–66; SENFT, Im Vorfeld, 144–149; STEINER, Wahre Demokratie?, 148; TÁLOS/MANOSCHEK, Aspekte, 126–131; WOHNOUT, Anatomie, 964–968; WOHNOUT, Regierungsdiktatur, 178; WOHNOUT, Die Verfassung, 30.

997 HOOR, Österreich, 111; KRAUS, „Volksvertreter“, 226.

998 DIE NEUE ÖSTERREICHISCHE VERFASSUNG, 13; HUBER, Die Verfassung, 92; SENFT, Im Vorfeld, 50 f.

3.8 Die Organe der Bundesgesetzgebung und ihre Besetzung

Die Organe der Bundesgesetzgebung, nämlich Staatsrat, Bundeswirtschaftsrat, Bundeskulturrat und Länderrat als („vor“)beratende Organe sowie der Bundestag als beschließendes Organ, wurden in den Art. 44–54 der Maiverfassung beschrieben, ihr Wirken in den Art. 61–67.⁹⁹⁹ Für die Zeit nach der Konstituierung der Stände war ihre Besetzung durch dieselben vorgesehen.¹⁰⁰⁰

Da man im Sommer 1934 auf eine möglichst rasche Besetzung bedacht war, wollte man nicht warten, bis die Bildung der Berufsstände abgeschlossen sein würde; daher wurden – außer im LR – die Mitglieder berufen.¹⁰⁰¹ Die Berufungen oblagen dem Bundespräsidenten, faktisch wurden sie aber vom Bundeskanzler vollzogen, dessen Gegenzeichnung erforderlich war. Sie trugen also die Handschrift Kurt Schuschniggs.¹⁰⁰²

Obwohl betont wurde, dass die Nominierung der Mandatare nur nach Leistungskriterien erfolge, gab es Interventionen von außen.¹⁰⁰³ Insbesondere zwischen Heimwehr und CSP begann ein Feilschen um die Sitze.¹⁰⁰⁴ Was sich gleichwohl abzeichnet, ist die Berücksichtigung von Vorleistungen und der bereits erfolgten Bewährung auf niedrigeren Ebenen.¹⁰⁰⁵ Soweit es zu Neubesetzungen kam, hatten die Neuen stets dasselbe politische Profil wie die Ausgeschiedenen.¹⁰⁰⁶

Enge personelle Verflechtungen bestanden zwischen den vorberatenden Organen und wichtigen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Organisationen.¹⁰⁰⁷ Zahlreiche Mandatare kamen aus CV-Verbindungen. Unter

999 DIE NEUE ÖSTERREICHISCHE VERFASSUNG, 53–62; vgl. BRAUNEDER, Verfassungsgeschichte, 239 f.; P. HUEMER, Entstehung, 585–590; KNAUER, Das österreichische Parlament, 265; NEGER, Verfassung, 55–57; KRAUS, „Volksvertreter“, 89–93 und 104–139; PUTSCEK, Ständische Verfassung, 169.

1000 ORGLER, Ständestaat, 171–173; PUTSCEK, Ständische Verfassung, 182–184; STEINER, Wahre Demokratie?, 147–151; TÁLOS/MANOSCHEK, Aspekte, 128; WOHNOUT, Regierungsdiktatur, 160–172.

1001 NEGER, Verfassung, 73 f.

1002 JAGSCHITZ, Ständestaat, 502; ORGLER, Ständestaat, 168–171; SENFT, Im Vorfeld, 139–144; STEINER, Wahre Demokratie?, 198 f.; TÁLOS, Handbuch, 55 (O. LEHNER); die Berufungen erfolgten nach dem Tod von Dollfuß; NOVOTNY, Der berufsständische Gedanke, 218.

1003 KRAUS, „Volksvertreter“, 95 und 141; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 271 f.

1004 STEINER, Wahre Demokratie?, 186; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 258–269; WOHNOUT, Regierungsdiktatur, 193–200; BINDER/WOHNOUT, Das autoritäre Regierungssystem, 152 f.

1005 KRAUS, „Volksvertreter“, 28 f.

1006 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 528; WOHNOUT, Regierungsdiktatur, 375.

1007 KRAUS, „Volksvertreter“, 231 und 236; WOHNOUT, Regierungsdiktatur, 224; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 272–278.

jenen, die schriftliche Zeugnisse hinterlassen haben, betrug der Anteil 39 Prozent.¹⁰⁰⁸ Insgesamt 26 Prozent der Mandatare gehörten der Heimwehr an.¹⁰⁰⁹ Leopold Kunschak und Johann Staud waren vom *Freiheitsbund* in Vorschlag gebracht worden.¹⁰¹⁰

Am 1. November 1934 wurden die Namen in der *Wiener Zeitung* veröffentlicht.¹⁰¹¹ Manchen Mandataren, beispielsweise Josef Resch, Gustav Walker und Ludwig Adamovich, gelang es, gegenüber dem Bundeskanzler viel Autonomie zu bewahren.¹⁰¹² Die Rechtsprofessoren Walker und Adamovich hatten sich vor ihrer Berufung nicht direkt parteipolitisch engagiert, wurden dann aber stark in die Arbeiten eingebunden.¹⁰¹³ Zumal Adamovich war einer der führenden Exponenten des Systems, aufgrund seiner juristischen Kompetenz, aber auch seiner streng kirchlichen Einstellung.¹⁰¹⁴ Aufgrund seiner Schriften ist er jedoch schwer zu positionieren.¹⁰¹⁵

Der SR, der auch vollziehende Funktion hatte¹⁰¹⁶, nach Otto Ender ein „ausgleichendes, mäßigendes, ruhiges, konservatives Element“¹⁰¹⁷, bestand aus 40–50 Personen. Berufen werden sollten gemäß dem Wortlaut der Verfassung „charaktervolle Bundesbürger, von denen nach ihrem bisherigen Verhalten und nach ihren bisherigen Leistungen volles Verständnis für die Bedürfnisse und für die Aufgaben des Staates zu erwarten ist“.¹⁰¹⁸ Im allgemeinen Bewusstsein galt der SR als Nachfolger des ehemaligen Herren-

1008 G. HARTMANN, Der CV, 112–114, 127–139; G. HARTMANN, Im Gestern, 107, 117, 134, 175, 249, 228, 234, 321, 322, 323, 365 f.; KRAUSE, CV, 105 f. und 116; KRIECHBAUMER, Leopold Figl, 125; LEBENSATZ/MENTSCHL, Feudalherren, 45; POPP, Der CV, 167 f. SELIGER, Scheinparlamentarismus, 33 und 278.

1009 B. DACHS, Richard Kerschagl, 33 f.; GUTKAS, Niederösterreich, 865; HOPFGARTNER, Schuschnigg, 78, 141; JUFFINGER, Politischer Katholizismus, 26–36; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 569; KRIECHBAUMER, Front, 301; MARSCHNIG, Militarisierung, 23–27; WILTSCHEGG, Heimwehr, 13, 25, 50 f., 55 f., 61, 77, 98, 80, 87, 94 f., 98, 102–105, 108–111, 128 f., 131 f., 134 f., 149, 165, 171, 231, 256, 274, 276, 320 f., 327 f., 332 f., 337, 343, 345, 351, 359, 361 und 364 f.; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 277 und 293; vgl. auch TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 198 f.

1010 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 272.

1011 KRAUS, „Volksvertreter“, 130.

1012 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 542.

1013 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 275 f.

1014 RATHKOLB, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, 208; VETTER, Die Katholisch-theologische Fakultät, 186.

1015 OLECHOWSKI/STAUDIGL-CIECHOWICZ, Staatsrechtslehre, 240.

1016 NEGER, Verfassung, 57 f. und 74–76; PUTSCHK, Ständische Verfassung, 173–176.

1017 PMR VIII/5, Prot. 919/3 (1. 2. 1934), 512.

1018 Zit. nach STEINER, Wahre Demokratie?, 145; vgl. KRAUS, „Volksvertreter“, 93; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 217–221 und 270.

hauses¹⁰¹⁹; häufig ergingen die Berufungen an Adlige.¹⁰²⁰ Personelle Kontinuität war durch Alois Schönburg-Hartenstein gegeben.¹⁰²¹ Dieser Mandatar warnte allerdings davor, aus dem SR eine vergleichbare Einrichtung machen zu wollen, denn das Herrenhaus habe wenig Einfluss gehabt. Vielmehr werde die Bedeutung des SR davon abhängen, dass er nicht zu viele Mitglieder habe: Je geringer die Zahl, umso größer werde das Verantwortungsgefühl sein.¹⁰²²

Der LR hatte 18 Mitglieder, aus allen Bundesländern jeweils den Landeshauptmann und den Finanzreferenten.¹⁰²³ Er war das einzige der vorbereitenden Organe, das nach dem in der Verfassung festgelegten Modus zustande kam.¹⁰²⁴

Der BWR war die eigentliche Vertretung der Berufsstände.¹⁰²⁵ Seine Mitglieder wurden aufgrund von Gutachten beruflicher Organisationen und kultureller Gemeinschaften berufen.¹⁰²⁶ Einzig im Berufsstand *Land- und Forstwirtschaft* wurden die Mandatare gewählt, allerdings aus einer von der VF erstellten Kandidatenliste.¹⁰²⁷

Im BKR kamen Vertreter gesetzlich anerkannter Kirchen und Religionsgemeinschaften, des Schul-, Erziehungs- und Volksbildungswesens sowie von Wissenschaft und Kunst zum Zuge. Es handelte sich freilich um kein berufsständisches Organ im eigentlichen Sinn¹⁰²⁸, denn kulturelle Gemeinschaften stehen in einem anderen Kategoriensystem, gleichsam quer zu den Berufsständen.¹⁰²⁹ In einem Rundschreiben des Generalsekretärs der VF vom 15. Mai 1935 wurde die Meinung, in einem ständischen Staat hätten nur die Berufsstände politischen Einfluss, als falsch zurückgewiesen.¹⁰³⁰

1019 DIE NEUE ÖSTERREICHISCHE VERFASSUNG, 13; KRAUS, „Volksvertreter“, 200; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 280 f.; WOHNOUT, Regierungsdiktatur, 208 f.

1020 WALTERSKIRCHEN, Blaues Blut, 180.

1021 G. HARTMANN, Im Gestern, 206 f.; HOLUB, Fürst Alois Schönburg-Hartenstein, 24–27; KRIECHBAUMER, Dieses Österreich, 473; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 282.

1022 PMR VIII/6, Prot. 929/2 (12. 3. 1934), 126.

1023 NEGER, Verfassung, 60 f. und 85–87; ORGLER, Ständestaat, 172; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 225–229.

1024 PUTSCHK, Ständische Verfassung, 181 f.

1025 DIE NEUE ÖSTERREICHISCHE VERFASSUNG, 10; NEGER, Verfassung, 79–82; ORGLER, Ständestaat, 172; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 134 f.

1026 NEGER, Verfassung, 58–60; PUTSCHK, Ständische Verfassung, 177–181; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 284–294.

1027 TÁLOS/MANOSCHEK, Austrofaschismus, 117.

1028 WIEDERIN, Christliche Bundesstaatlichkeit, 35 f.; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 221.

1029 HUBER, Die Verfassung, 96; JAGSCHITZ, Ständestaat, 502; NEGER, Verfassung, 82–85; ORGLER, Ständestaat, 172; STEINER, Wahre Demokratie?, 148; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 518.

1030 KRIECHBAUMER, Front, 202.

Diskussionen über die Definition von Kultur ergaben, dass diese nicht rein formal sein sollte.¹⁰³¹ Gleichwohl wurde dem BKR die geringste Zahl an Gesetzesentwürfen zur Pflichtbegutachtung vorgelegt. Auch zahlenmäßig war er mit nur 30–40 Mitgliedern gegenüber dem BWR mit 70–80 Mandataren deutlich unterproportioniert.¹⁰³²

Aufgabe der vorberatenden Organe war die Vorlage von Gutachten zu Gesetzesanträgen der Regierung. Immer zu einem Gutachten verpflichtet war nur der SR; beim BWR und BKR entschied die Bundesregierung über die Vorlage eines Entwurfs zur Pflichtbegutachtung. Die Gutachten waren aber nicht bindend.¹⁰³³ Der BT hatte über Vorlagen nur abzustimmen, nicht zu debattieren. Alle Organe gemeinsam bildeten die Bundesversammlung, die einen Dreivorschlag zur Wahl des Bundespräsidenten erstattete, den Gewählten vereidigte und Beschlüsse über Krieg und Frieden fasste.¹⁰³⁴

Die vorberatenden Organe tagten ohne Beteiligung der Öffentlichkeit, um, so Otto Ender, Demagogie und Popularitätshascherei zu verhindern.¹⁰³⁵ Im Januar 1935 wurde die Wichtigkeit der vertraulichen Behandlung der von ihnen übermittelten Gesetzesentwürfe, nach außen und zwischen den Organen, im Ministerrat eigens hervorgehoben¹⁰³⁶; ein Jahr später waren die Regierungsmitglieder in dieser Frage hingegen geteilter Meinung.¹⁰³⁷

Auf dem eben beschriebenen Weg kam freilich nur ein Drittel der Gesetze zustande; zwei Drittel, besonders die wichtigeren, entstanden kraft des Ermächtigungsgesetzes.¹⁰³⁸ Ab 1936 wurden die Experten stärker zu Rate gezogen, aber vornehmlich für die weniger wichtigen Materien.¹⁰³⁹

Die gruppenbiographische Analyse¹⁰⁴⁰ der insgesamt 213 Personen, die zwischen 1. November 1934 und 12. März 1938 in den Organen der Bundesgesetzgebung tätig waren¹⁰⁴¹, lässt erkennen, dass die Bestellung nur teil-

1031 S. AMANN, Kulturpolitische Aspekte, 144–151; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 390.

1032 KRAUS, „Volksvertreter“, 165 f.; STEINER, Wahre Demokratie?, 148.

1033 PUTSCHK, Ständische Verfassung, 170–173; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 222–225.

1034 BINDER/WOHNOUT, Das autoritäre Regierungssystem, 152; NEGER, Verfassung, 62–64, und 87–89; ORGLER, Ständestaat, 173; SENFT, Im Vorfeld, 147 f.; STEINER, Wahre Demokratie?, 150 f.; TÁLOS/MANOSCHEK, Austrofaschismus, 118.

1035 STEINER, Wahre Demokratie?, 258.

1036 PMR IX/2, Prot. 981/5 (25. 1. 1935), 242–244.

1037 PMR IX/4, Prot. 1022/5 (7. 2. 1936), 340.

1038 JAGSCHITZ, Ständestaat, 502; PUTSCHK, Ständische Verfassung, 196; STEINER, Wahre Demokratie?, 149; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 100; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 232–239.

1039 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 417 f.

1040 Sehr differenziert bei STIMMER, Eliten, 779–792.

1041 Auflistung der Namen bei KNAUER, Das österreichische Parlament, 266–270; WOHNOUT, Regierungsdiktatur, 459–466.

weise mit Blick auf die Sozialstruktur der Bevölkerung erfolgte. Während die Repräsentation der Bundesländer¹⁰⁴² und, in geringerem Maße, die Wirtschafts- und Berufsstruktur Berücksichtigung fanden, wurden soziale Herkunft, Bildung und Alter kaum zu entscheidenden Kriterien.¹⁰⁴³ Besonders krass war das Missverhältnis beim Geschlecht.¹⁰⁴⁴

Rund 50 Prozent betrug der Anteil der Mandatare mit Hochschulabschluss¹⁰⁴⁵; im SR, im LR und im BKR besetzten die Akademiker rund 80 Prozent der Stellen. Die meisten waren Juristen, gefolgt von Geisteswissenschaftlern und Technikern.¹⁰⁴⁶

Im SR wirkte eine intellektuelle und Verwaltungselite, darunter viele Großgrundbesitzer und Freiberufler. Der BKR war eine Versammlung von Fachleuten, häufig aus den Bereichen Wissenschaft und Kunst¹⁰⁴⁷, die, sofern überhaupt Politiker, eine unabhängige Karriereentwicklung hinter sich hatten und für die politische Funktionen keinen Karrieresprung bedeuteten. Hier fanden sich am wenigsten eigentliche *homines novi*.¹⁰⁴⁸ Viele Bundeskulturräte waren Neopolitiker¹⁰⁴⁹, darunter klassische „Unpolitische“, die sich, wenn auch für das Tagesgeschäft wenig geeignet, zu grundsätzlichen Überlegungen berufen fühlten.

Von den 66 Mandataren, deren schriftliche Hinterlassenschaft Gegenstand der Analyse der vorliegenden Studie ist, gehörten 25 dem SR, je 17 dem BKR und dem BWR und 7 dem LR an. 25 waren auch Mitglieder des BT. Das Bedürfnis, in ihren Schriften Grundsätzliches festzuhalten, war auf Seiten der Mandatare, gemessen an der Gesamtstärke des Organs, bei den Mitgliedern des BKR am größten, gefolgt von jenen des SR. Allerdings präg-

1042 Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde waren Salomon Friedrich Frankfurter und Desider Friedmann, die evangelischen Christen AB repräsentierten Victor Capesius und Erich Stoekl; ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 51 f., 77 f. und 231 f.; REINGRABNER, Eine Wiener Predigt, passim; G. P. SCHWARZ, Ständestaat, 56; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 290.

1043 KRAUS, „Volksvertreter“, 27.

1044 BANDHAUER-SCHÖFFMANN, Männerstaat, 258; GRAFENEDER, Arbeiterfamilie, 71; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 308–314; nur in zwei Fällen wurden Frauen berufen, beide in den BKR: Die 1906 in Wien promovierte Klassische Philologin Henriette Sieß (Dissertation: *De fabularum Sophoclearum aetate*, nicht auffindbar) war Direktorin eines Gymnasiums; Margarete Rada, die 1931 mit der von der Psychologin Charlotte Bühler (zu ihr vgl. BREZINKA, Pädagogik, 389–391) angeregten Studie *Das reife Proletariermädchen* das Doktorat erworben hatte, leitete eine Hauptschule; WOHNOUT, Regierungsdiktatur, 229.

1045 TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 97.

1046 KRAUS, „Volksvertreter“, 194–196 und 275 f.; WOHNOUT, Regierungsdiktatur, 218.

1047 KRAUS, „Volksvertreter“, 239 und 275 f.

1048 KRAUS, „Volksvertreter“, 247.

1049 KRAUS, „Volksvertreter“, 277; STEINER, Wahre Demokratie?, 192 f.; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 294.

ten gerade dessen aus den Bereichen Wissenschaft und Kunst kommende „unpolitische“ Mitglieder die Tagesarbeit wenig.¹⁰⁵⁰

3.9 Die Maiverfassung in der Analyse kritischer Zeitgenossen

Im Folgenden gilt die Aufmerksamkeit den kritischen Überlegungen der Zeitgenossen über die Maiverfassung, solchen, die ins politische System eingebunden waren bzw. ihm nahe standen, gleichermaßen wie Gelehrten, die sich der Thematik aus der olympischen Perspektive ihrer jeweiligen Intellektualität näherten.

Alois Hobelsperger bot eher eine Wiederholung offizieller Standpunkte und eine Darstellung operativer Probleme als eine tiefer gehende Analyse und bemühte sich um Rechtfertigung der demokratiepolitisch anfechtbaren Aspekte.¹⁰⁵¹ Ein weiterer dem System nahestehender Kommentator der Maiverfassung war der Spann-Schüler¹⁰⁵² und katholische Priester Philipp Bugelnig. Er fühlte sich als „Apostel“ des ständischen Gedankens, den er in einen umfassenden geistigen (*philosophia perennis*), aber auch lebenspraktischen Kontext einzuordnen bestrebt war.¹⁰⁵³ Bereits 1933 mit einem Wegweiser zur Realisierung seines ständestaatlichen Konzepts an die Öffentlichkeit getreten¹⁰⁵⁴, legte er am 1. Mai 1935, dem Jahrestag der Verfassung, die zweite Auflage dieses Buches vor. Es leuchtet das katholisch-kirchliche Umfeld aus, dem sich der „christliche“ Ständestaat verpflichtet fühlte; QA sei die *magna charta* der ständischen Ordnung.¹⁰⁵⁵ Die aktuelle Verfassungskrise deutete Bugelnig als Erscheinung, wie sie in Zeiten gesellschaftlicher Umschichtung nicht anders zu erwarten sei.¹⁰⁵⁶ Er gestand freilich ein, dass Österreich vom Ideal weit entfernt sei, und betonte den Übergangscharakter der Maiverfassung.¹⁰⁵⁷

Eine profundere, in ihrem kritischen Ansatz die eben vorgestellten übertreffende Analyse der Verfassung von 1934 bot Adolf Julius Merkl. 1930 hatte er vor dem zunehmend autoritären Kurs der österreichischen Innenpolitik gewarnt; gegen die Ausschaltung des Parlaments 1933 hatte er

1050 WOHNOUT, Regierungsdiktatur, 138 f. und 204.

1051 HOBELSPERGER, Die neue Verfassung, bes. 10 f.

1052 BEYER, Ständeideologien, 153 f.; BUGELNIG, Der Ständestaat, 5.

1053 BUGELNIG, Der Ständestaat, 15 f.; BURZ, Philipp Bugelnig, 146 und 155–157.

1054 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 104.

1055 BUGELNIG, Der Ständestaat, 7 f.

1056 BUGELNIG, Der Ständestaat, 34–36.

1057 BUGELNIG, Der Ständestaat, 64–66.

schwere Einwände.¹⁰⁵⁸ Dem Ständegedanken stand er jedoch positiv gegenüber; ausgehend von den päpstlichen Sozialenzykliken¹⁰⁵⁹, setzte er sich mit dessen verfassungsrechtlichen Aspekten auseinander. Eine 1934 in den *Juristischen Blättern* veröffentlichte Stellungnahme zur Maiverfassung (*Die ständisch-autoritäre Verfassung Österreichs. Ein kritisch-systematischer Grundriß*) erschien 1935 als Buch: das Werk eines wissenschaftlichen Kommentators, nicht eines politischen Beraters.¹⁰⁶⁰ Er begann mit der Verfassung von 1920, die er lobte; sie sei aber auf einen demokratisch noch unfruchtbaren Boden gefallen. Merkl teilte die zeittypischen Vorbehalte gegen den Parlamentarismus (eine bloße „Repräsentationstechnik“¹⁰⁶¹); er sprach von Parlamentsabsolutismus und Diktatur der Parteien und nannte die Erste Republik eine Demokratie ohne Demokraten.¹⁰⁶²

Aber auch gegen die Maiverfassung hatte Merkl Einwände. Schon der Wortlaut der Präambel störte ihn: Die Formulierung, dass das Volk die Verfassung „erhält“, stehe in Gegensatz zur Beachtung demokratischer Formen.¹⁰⁶³ Die ständischen Bestimmungen seien allzu verstreut und stünden in unerwartetem systematischen Zusammenhang.¹⁰⁶⁴ Er beanstandete auch, dass sich die Verfassung zur Kompetenz der Berufsstände nicht äußere und dass ihr Wirkungskreis nicht deutlich sei. Die Berufseigenheit hafte keiner sozialen Aufgabe von vornherein an, sondern werde erst nachträglich begründet, indem eine Berufsgruppe eine bestimmte Angelegenheit für sich in Anspruch nehme oder von einer außen stehenden Autorität zugewiesen bekomme.¹⁰⁶⁵ Noch schwerer wog der Einwand, die ständische Ordnung sei Teil der staatlichen Ordnung.¹⁰⁶⁶ Weitere Kritik betraf den Zentralismus und das Führerprinzip in der Regierung¹⁰⁶⁷ und einen problematischen Umgang mit den Grundrechten.¹⁰⁶⁸ 1936 hob Merkl in einem Presseartikel allerdings die Wiederbelebung des föderalistischen Prinzips anerkennend hervor.¹⁰⁶⁹

Der Abhandlung von 1935 ließ Merkl 1937/38 eine Artikelserie im *Österreichischen Volkswirt* folgen, die später unter dem Titel *Probleme der*

1058 GRUSSMANN, Adolf Julius Merkl, 37; LESER, Merkl's Analyse, 215–217; OLECHOWSKI/STAUDIGL-CIECHOWICZ, Staatsrechtslehre, 232 f.

1059 OLECHOWSKI/STAUDIGL-CIECHOWICZ, Staatsrechtslehre, 239.

1060 GRUSSMANN, Adolf Julius Merkl, 38; LESER, Merkl's Analyse, 218–221.

1061 MERKL, Verfassung, 1–8; MSchKP 1, 403–409 (A. MERKL).

1062 BUKOSCHEGG, Das ständisch-autoritäre Österreich, 37–40.

1063 MERKL, Verfassung, 15.

1064 MERKL, Verfassung, 28.

1065 MERKL, Verfassung, 32.

1066 MERKL, Verfassung, 29 f.; vgl. KLUGE, Ständestaat, 78; LESER, Merkl's Analyse, 223.

1067 MERKL, Verfassung, 13; vgl. LESER, Merkl's Analyse, 224.

1068 OLECHOWSKI/STAUDIGL-CIECHOWICZ, Staatsrechtslehre, 239 f.

1069 MSchKP 1, 398–401 (A. MERKL).

ständischen Neuordnung Österreichs als Monographie erschien. Auch hier akzentuierte er das nicht bewältigte Problem ständischer Gesellschafts- bzw. Staatsordnung¹⁰⁷⁰ und ergänzte seine Kritik um weitere Details. Den vorberatenden Organen, insbesondere dem BWR, bescheinigte er keinerlei „Parlamentseigenschaft“. Auch als „Ständeversammlung“ blieben sie unzureichend, weil sie nicht das gesamte politisch berechnigte Volk repräsentierten.¹⁰⁷¹ Am BKR störte ihn die heterogene Zusammensetzung, deren Kriterien nicht immer nachvollziehbar seien.¹⁰⁷²

Mit der gängigen Ständeliteratur vertraut, glaubte Merkl feststellen zu dürfen, dass das ständische Element aus seinem ursprünglichen, wesensnotwendigen Bereich in den bloßer politischer Willensbildung transzendiert worden sei. Dass in der Ständevertretung die Gruppenangehörigen nicht gezählt („Kopfzählendemokratie“), sondern nach der Bedeutung des Teils für das Ganze gewogen würden („natürliche Wahlkörper“¹⁰⁷³), sei zwar gut, desgleichen das Subsidiaritätsprinzip¹⁰⁷⁴, aber es sei schwierig, einen gerechten Maßstab zu finden.¹⁰⁷⁵ Auch gab er zu bedenken, dass der Einzelmensch einer ständischen oder sonstigen Teilgemeinschaft immer nur mit einem Teil seiner Persönlichkeit angehöre. Zudem mache es die mangelnde berufliche Charakterisierung nicht weniger Menschen schlechterdings unmöglich, sie ständisch zu erfassen.¹⁰⁷⁶

Eine Grenze des berufsständischen Konzepts sah Merkl auch im Problem der Bestimmung der Relationen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern: Diese müssten vom Bund geregelt werden, wobei keineswegs ein für alle Berufe einheitlicher Schlüssel erforderlich sei. Ausdrücklich sprach er von der Notwendigkeit, in Fragen der Rechtsgleichheit nicht arithmetisch, sondern geometrisch zu denken.¹⁰⁷⁷ Dies bedeute „eine gewisse aristokratische Milderung des Stimmgewichtes der Arbeitnehmer“.¹⁰⁷⁸ Merkl's Fazit reicht in seiner Tragweite weit über das gegenständliche Problem hinaus: Es lasse sich nicht alles rationalisieren; „innerhalb eines weiten normativen Rahmens muss die Entscheidung der Macht der Tatsachen überlassen werden“.¹⁰⁷⁹

1070 MERKL, Probleme, 28–31.

1071 MERKL, Probleme, 6–8.

1072 MERKL, Probleme, 26 f.

1073 MERKL, Probleme, 9–12.

1074 MERKL, Probleme, 39.

1075 MERKL, Probleme, 13–20.

1076 MERKL, Probleme, 32–34; vgl. BUKOSCHEGG, Das ständisch-autoritäre Österreich, 88.

1077 MERKL, Probleme, 20 f.; vgl. PIEPER, Über die Gerechtigkeit, 84.

1078 MERKL, Probleme, 23.

1079 MERKL, Probleme, 25.

Merkls Kritik an der Vermengung von ständischer und staatlicher Ordnung beruhte auf der gründlichen Kenntnis der einschlägigen päpstlichen Rundschreiben, von der er 1934 mit der Abhandlung *Der staatsrechtliche Gehalt der Enzyklika Quadragesimo Anno* Zeugnis gab. Im Gegensatz zu den Gestaltern der österreichischen Politik hatte er erkannt, dass Pius XI. ein jenseits der Tagesarbeit stehendes Programm vorgegeben hatte, das der totalen Vereinnahmung des Menschen durch den Staat gegensteuern sollte.¹⁰⁸⁰ Merkl las die Enzyklika indes nicht als Aufruf zu einem völligen Rückzug des Staates als Leitungsinstanz.¹⁰⁸¹ An weitere Grenzen des berufsständischen Gedankens stieß er bei der Einordnung und Abgrenzung der Berufe, insbesondere der geistigen¹⁰⁸², bei den Mehrfachzugehörigkeiten und bei der Situation der Familienangehörigen.¹⁰⁸³ Im Verhältnis der Stände zueinander schwebte dem Papst eine Hierarchie vor; er warnte vor einer einseitigen Überbewertung des Wirtschaftlichen auf Kosten des Geisteslebens.¹⁰⁸⁴ Hinsichtlich der Willensbildung innerhalb der Stände sei der plebiszitäre Weg gleichermaßen möglich wie der repräsentative.¹⁰⁸⁵

1934 hatte Merkl im Aufsatz *Individualismus und Universalismus als staatliche Baugesetze* eine der Prämissen des ständischen Gedankens vertieft. Gegen ein undifferenziertes Verständnis von Universalismus plädierte er für eine über- oder außerstaatliche Form, die einem grundsätzlichen Individualismus nahe komme, für jenen „metaphysischen Universalismus“, der sich mit politischem nicht vertrage: ein weiteres Argument also für seine Vorbehalte gegen einen omnipotenten Staat. Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis der begrifflichen Trennung von „ständisch“ und „totalitär“ in der 1936 erschienenen Abhandlung *Die individuelle Freiheit im autoritären und ständischen Staat*, in der das ständestaatliche Österreich insgesamt besser abschnitt als noch ein Jahr zuvor.¹⁰⁸⁶ Während der berufsständische Staat Menschengruppen nach der sozialen Leistung organisierte und an der Staatswillensbildung beteiligte, behandle der autoritäre Staat seine Bürger gleichsam als Objekte, nicht unähnlich den Untertanen des aufgeklärten Absolutismus. Dies habe zwar eine grundsätzliche Distanzierung der Führung von den Geführten zur Folge, sei aber nicht totalitär in dem Sinn, dass Staat und Gesellschaft zur Deckung gebracht würden. Das moderne Österreich verteidige das Sonderleben des Individuums und der Gesellschaft gegen ei-

1080 MERKL, *Der staatsrechtliche Gehalt*, 208–212.

1081 MERKL, *Der staatsrechtliche Gehalt*, 213–215.

1082 MERKL, *Der staatsrechtliche Gehalt*, 216 f.

1083 MERKL, *Der staatsrechtliche Gehalt*, 217–222.

1084 MERKL, *Der staatsrechtliche Gehalt*, 223–225.

1085 MERKL, *Der staatsrechtliche Gehalt*, 229.

1086 Vgl. BUKOSCHEGG, *Das ständisch-autoritäre Österreich*, 7–9.

nen den ganzen Menschen usurpierenden Staat; die Maiverfassung lehne sich eng an das Staatsgrundgesetz von 1867 an.¹⁰⁸⁷

Ein sehr positives Resultat erbrachte auch die 1935/36 vorgenommene Analyse der Maiverfassung durch Eric Voegelin.¹⁰⁸⁸ Sein Denken bewegte sich im Spannungsfeld der grundlegend verschiedenen Charaktere jener beiden Lehrer, die ihn am meisten geprägt hatten: Othmar Spann stand für die Verbindung von Staats- und Verfassungstheorie mit umfassender kulturwissenschaftlicher Bildung, Hans Kelsen war der Gewährsmann für die saubere Methode. In der Substanz hielt Voegelin dessen Auffassung von seinem Fach aber für verengt. Die Gründe hierfür waren die eigene Prägung durch konservative Denker wie Oswald Spengler oder Arnold J. Toynbee¹⁰⁸⁹ und wohl auch die philosophische Nähe zum christlichen Personalismus¹⁰⁹⁰ sowie Kelsens Nähe zur Sozialdemokratie und die ihm angelastete Blindheit für den realen Zusammenhang zwischen Staat und Recht.¹⁰⁹¹ Voegelins Vorbehalte gegen die „reine Rechtslehre“, die nur das Sollen, nicht das Sein anerkenne, wandten sich gegen deren positivistischen und neukantianischen Charakter: Ihm schien, bei Kelsen bestimme die Methode den Gegenstand und nicht, wie es sein solle, der Gegenstand die Methode.¹⁰⁹² Den positivistischen Menschen setzte er mit dem sozialistischen und dem nationalsozialistischen gleich. Alle drei waren für ihn Vertreter totalitärer Weltanschauungen. Sich selbst verstand er als Vertreter eines konservativ-katholischen Liberalismus, der sich, um es mit Friedrich Heer auszudrücken, „an der Front des Menschen“ engagierte.¹⁰⁹³

Der autoritäre Staat, eine reife, kulturhistorisch fundierte empirische Verfassungslehre, in der er die Maiverfassung und ihre geistesgeschichtlichen Hintergründe analysierte¹⁰⁹⁴, bot Voegelin Gelegenheit, seine Kritik an Kelsen zu veranschaulichen.¹⁰⁹⁵ Jahre später, in den *Autobiographischen Reflexionen*, bemerkte er dazu, er habe nachzuweisen versucht, dass ein autoritärer Staat, der radikale Ideologien in Schach halte, die beste Möglich-

1087 MERKL, Individuelle Freiheit, 266–271.

1088 WINKLER, Geleitwort, XXIV; HOOR, Wandlungen, 449 f.

1089 WINKLER, Geleitwort, IX.

1090 CONNELLY, From Enemy, 155.

1091 WINKLER, Geleitwort, XXVII; kritisch OLECHOWSKI/STAUDIGL-CIECHOWICZ, Staatsrechtslehre, 231.

1092 BUKOSCHEGG, Das ständisch-autoritäre Österreich, 17–21; HENKEL, Eric Voegelin, 59; NEISER, Eric Voegelin, 21–24; WINKLER, Geleitwort, VI, X–XIII und XVI–XIX.

1093 Zit. nach ADUNKA, Friedrich Heer, 530 f.

1094 1936 wurde das Werk als wichtiger Beitrag zum Verständnis der Situation Österreichs gewürdigt; MSchKP 1, 1043 f. (P. BERGER).

1095 HENKEL, Eric Voegelin, 53; WINKLER, Geleitwort, VII und XV.

keit zur Verteidigung der Demokratie darstelle; er sei das kleinere Übel als der Nationalsozialismus.¹⁰⁹⁶ In diesen Worten klingt ein zentrales Problem der Arbeit an, nämlich das der Legitimität der Maiverfassung. Für Voegelin kam Legitimität in Autorität durch Ordnung zum Ausdruck; ein legitimer Herrscher brauche keine verfassungsrechtlichen Schranken.¹⁰⁹⁷

Zum Nachweis der Legitimität der Maiverfassung blickte Voegelin in die Vergangenheit zurück: In der Monarchie sei Österreich keine Nation im westeuropäischen Sinn gewesen, sondern habe sich immer im Schwebestand zwischen Reich und Staat befunden. 1918 habe – eine Parallele zu Merkl – „ein bewusstes politisches Volk“ gefehlt, was der demokratischen Legitimität der Republik abträglich gewesen sei. Die Verfassung von 1920 habe der Mentalität des österreichischen Volkes nicht entsprochen, der Parlamentarismus habe es gespalten.¹⁰⁹⁸ 1933 sei außenpolitisch eine Situation eingetreten, die eine rasche Lösung des Problems erzwungen habe: 1934 sei folglich kein Verfassungsbruch erfolgt, sondern die Setzung neuen Verfassungsrechts¹⁰⁹⁹; die Maiverfassung habe den Schritt „vom Reich zum Staat“ gesetzt.¹¹⁰⁰

Hinsichtlich der theoretischen Grundlagen bezog sich Voegelin auf die katholische Soziallehre und auf Ignaz Seipel.¹¹⁰¹ Schwerpunkte bildeten die Betonung des Unterschieds zwischen dem Ständebegriff der vorkonstitutionellen Zeit und dem modernen Ständestaat (eine „irreführende Namensgleichheit“) sowie der im Mittelalter noch nicht bestehenden Verschiedenheit von Staat und Gesellschaft. Die aktuelle Ständeidee, die in der vertikalen Gliederung der Gesellschaft auch Aufstiegsmöglichkeiten biete, transportiere daher geradezu liberales Gedankengut.¹¹⁰² Er wünschte eine möglichst sichtbare Stufenordnung der Gesellschaft.¹¹⁰³

Das Autoritäre sei an der Maiverfassung keineswegs der primäre Aspekt; ihre Grundsätze lägen vielmehr in den in der Präambel genannten Eigenschaften.¹¹⁰⁴ In einer Spann verpflichteten Einleitung beschrieb Voegelin das Autoritäre als eine die Vielheit geistiger und materieller Interessen zu ei-

1096 VOEGELIN, *Reflexionen*, 59; vgl. HENKEL, *Eric Voegelin*, 22; NEISSER, *Eric Voegelin*, 23; zu Voegelins Ablehnung totalitärer Systeme vgl. MIMICA, *Rechtsphilosophische Probleme*, 116–128.

1097 BUKOSCHEGG, *Das ständisch-autoritäre Österreich*, 4–6.

1098 Vgl. auch BUKOSCHEGG, *Das ständisch-autoritäre Österreich*, 60 f.

1099 BUKOSCHEGG, *Das ständisch-autoritäre Österreich*, 35.

1100 HENKEL, *Eric Voegelin*, 54–56; KLUGE, *Bauern*, 439.

1101 MIMICA, *Rechtsphilosophische Probleme*, 110–115.

1102 VOEGELIN, *Staat*, 204–207.

1103 VOEGELIN, *Staat*, 208–211.

1104 VOEGELIN, *Staat*, 182–185; vgl. BUKOSCHEGG, *Das ständisch-autoritäre Österreich*, 43–48.

nem Ganzen formende Kraft, die an der Basis große Sphären der Freiheit erhalte.¹¹⁰⁵

Insgesamt könne die Maiverfassung, so das für Voegelin gleichwohl etwas ernüchternde Resultat seiner Analyse, aber allenfalls eingeschränkt als eine ständestaatliche bezeichnet werden. Denn die an der Gesetzgebung beteiligten Organe bestünden nur zu einem geringen Teil aus Ständevertretern, auch eine Willensintegration bei der Behandlung von Regierungsvorlagen erfolge nur okkasionell.¹¹⁰⁶

Stärker als diese Bedenken war aber die Überzeugung, die ständische Ordnung sei wichtiger als der Ständestaat.¹¹⁰⁷ Für Österreich, so Voegelins Resümee nach Erörterung zahlreicher Details¹¹⁰⁸, sei es gut gewesen, die Volksvertretung durch eine Ständevertretung zu ersetzen: Unter der Verfassung von 1920 sei das Parlament kein Parlament im westeuropäischen Sinn gewesen; daher sei es 1934 um nichts weniger als um die Umgestaltung zu einer „funktionsfähigen Vertretung“ gegangen.¹¹⁰⁹ Sein Fazit: „Die Gesamtkonstruktion ist in Anbetracht ihres Experimentalcharakters und im Licht der angeführten Erfahrungen und Erwägungen jedenfalls sehr überlegt und staatsklug.“¹¹¹⁰

1935, etwa zur selben Zeit wie Voegelin, legte Georg Froehlich einen ausführlichen Kommentar der Maiverfassung vor. Den sowohl für Fachleute als auch „für den akademisch gebildeten Laien“¹¹¹¹ gedachten Text kennzeichnet die Nüchternheit des Juristen; in einzelnen Formulierungen klingen aber kritisch-wertende Untertöne an. Als solcher kann schon der einleitende Hinweis gelten, es sei ein Missstand gewesen, dass die Willensbildung durch das Staatsvolk seit 1918 auf „mechanischer Gleichheit“ beruht habe: Die Verfassung von 1934 sei zur „Mitwirkung“ an der Staatswillensbildung übergegangen.¹¹¹² Um die Problematik des autoritären Charakters derselben wusste Froehlich¹¹¹³, und er verschwieg auch nicht, dass die Bezeichnung „Republik“ für die Staatsform in expliziter Form nicht in den Text aufgenommen

1105 VÖGELIN, Staat, 50 f.

1106 VÖGELIN, Staat, 225–235; vgl. BUKOSCHEGG, Das ständisch-autoritäre Österreich, 85.

1107 BUKOSCHEGG, Das ständisch-autoritäre Österreich, 79.

1108 VÖGELIN, Staat, 236–240.

1109 VÖGELIN, Staat, 249–252.

1110 VÖGELIN, Staat, 254.

1111 FROELICH, Die Verfassung 1934, VII.

1112 FROELICH, Die Verfassung 1934, 37; vgl. BUKOSCHEGG, Das ständisch-autoritäre Österreich, 66 f.

1113 FROELICH, Die Verfassung 1934, 32.

wurde¹¹¹⁴, aber insgesamt bemühte er sich um positive Umschreibungen.¹¹¹⁵ Deutlich unterstrich er die Rechtsstaatlichkeit im Sinn des Staatsgrundgesetzes von 1867.¹¹¹⁶ Kritisch äußerte er sich hingegen zu den Bestimmungen über die berufsständische Organisation: Diese ließen es offen, ob der Prozess von oben oder von unten beginnen müsse.¹¹¹⁷

Ebenfalls 1935 zog Hans Bayer Zwischenbilanz über die Maiverfassung, und zwar in Gestalt eines trockenen Kommentars, in dem vieles nach eher unkritischer Rezeption offizieller Standpunkte klingt.¹¹¹⁸ Für die Praktiker als primäre Zielgruppe erhellend sind die Erläuterungen zum geplanten ständischen Aufbau.¹¹¹⁹ Bayer war aber auch der „schöngestigen“ Sphäre gegenüber offen, wie eine wohlwollende Rezension von Josef Freiherr von Löwenthal Roman *Die unsterbliche Stadt* (Kap. 3.4) zeigt, die er 1936 verfasste.¹¹²⁰

Kritischer beurteilte Eduard März das System, der, ebenfalls 1935, einen Kommentar der Maiverfassung und zahlreicher bis Dezember 1934 erlassener Gesetze vorlegte.¹¹²¹ Die Arbeit vermittelt ein zwiespältiges Bild: Im Vorwort und im Schlusswort entsteht ein geradezu verklärtes Bild des österreichischen Modells gegenüber den in Italien und Deutschland entwickelten. Die Ausführungen zu einzelnen Punkten sind aber kritisch bis ablehnend, so dass der affirmative Rahmen die eigentliche Aussage zu tarnen scheint. Die Vorbehalte bezogen sich auf den übermäßigen Einfluss der Regierung bei der Besetzung der vorberatenden Organe und den darin sichtbaren Vorrang akademischer Eliten, auf die enge personelle Verflechtung der Staatsorgane¹¹²², den überragenden Einfluss der VF¹¹²³, die eingeschränkte Freiheit der Meinungsäußerung¹¹²⁴, die harten Maßnahmen gegen die Parteien, besonders die Sozialdemokraten¹¹²⁵, und den „doch deutlich [...] antifeministi-

1114 FROELICH, Die Verfassung 1934, 34; vgl. WIEDERIN, Christliche Bundesstaatlichkeit, 32.

1115 FROELICH, Die Verfassung 1934, 34 f.

1116 FROELICH, Die Verfassung 1934, 53–58; kritisch BINDER/WOHNOUT, Das autoritäre Regierungssystem, 151; BUSSHOFF, Dollfuß-Regime, 208; SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 36; SIMONETT, Die berufsständische Ordnung, 97 und 106; STEINER, Wahre Demokratie?, 155 und 158.

1117 FROELICH, Die Verfassung 1934, 41.

1118 BAYER, Der berufsständische Aufbau, bes. 3–6.

1119 BAYER, Der berufsständische Aufbau, 13 und 28.

1120 MSchKP 1, 954 (H. BAYER).

1121 MÄRZ, Ständestaat.

1122 MÄRZ, Ständestaat, 9–11.

1123 MÄRZ, Ständestaat, 13 und 25 f.

1124 MÄRZ, Ständestaat, 14.

1125 MÄRZ, Ständestaat, 23–25.

schen Charakter“ des Systems.¹¹²⁶ Ins Grundsätzliche ging März, wo er das zeittypische „Harmonieverlangen“ als unrealistisch entlarvte. Gerade in diesen Passagen trat der Sozialist in ihm hervor, der den Arbeitgebern zur Last legte, sie würden die berufsständische Ordnung „als Mittel auffassen, der Arbeiterschaft wieder verschiedene soziale Rechte zu nehmen“.¹¹²⁷ Weitere Überlegungen galten dem ständischen Prinzip, das sich nicht, „wie dies bei natürlichem Wachstum der Fall wäre“, von unten nach oben „selbsttätig“ entwickle, sondern „von oben nach unten durch gesetzmäßige Anordnungen und Verwaltungsakte geschaffen“ werde.¹¹²⁸ Das neue System verlange „eine innerliche Umstellung der Bevölkerung“, die sich nicht einfach verordnen lasse.¹¹²⁹ So könne sich der autoritäre Staat nicht ausschließlich „auf das geistige Mittel des Überzeugens“ verlassen, sondern brauche „große äußere Machtmittel“.¹¹³⁰

Kein Gelehrter, sondern ein im Auftrag der politisch Verantwortlichen tätiger und daher die offizielle Lesart übernehmender Autor war Georg Moth, der 1935, einbegleitet von Walter Adam, auf über 150 Seiten der breiten Masse das politische System zu erklären¹¹³¹ und „Außenseiter zu einer besseren Einsicht zu bekehren“ versuchte.¹¹³² Dem italienischen Faschismus gewann er gegenüber dem Nationalsozialismus positive Aspekte ab, insbesondere das Verhältnis zur Religion; in Letzterem lebe „slawisches“ Preußentum weiter.¹¹³³ Zu den möglichen Einflüssen des Faschismus auf Österreich äußerte er sich verhaltener als andere Autoren: Er begnügte sich mit der Feststellung, Mussolinis Staat habe nicht auf Dauer ein totaler Staat bleiben wollen; auch die politischen Systeme in Spanien und Portugal wurden kurz erwähnt.¹¹³⁴

Auf ähnlich bescheidenem Niveau und in naiv-superlativischer Sprache behandelte Leo M. Trapp die Thematik, der 1935 mit einer einschlägigen Broschüre an die Öffentlichkeit trat.¹¹³⁵

Ein Befürworter der berufsständischen Ordnung, allerdings ein Kritiker der kapitalistischen Prägung der österreichischen Wirtschaft war Franz Wachschnig, der 1936 mit Bedauern feststellte, „dass keineswegs in allen Kreisen

1126 MÄRZ, Ständestaat, 16.

1127 MÄRZ, Ständestaat, 7; vgl. auch EBD., 17 f. und 30.

1128 MÄRZ, Ständestaat, 26–28

1129 MÄRZ, Ständestaat, 30.

1130 MÄRZ, Ständestaat, 17.

1131 MOTH, Neu-Österreich, bes. 39–43, 53–58, 63–81, 98–100 und 106–127.

1132 MOTH, Neu-Österreich, 5 f.

1133 MOTH, Neu-Österreich, 32 f.

1134 MOTH, Neu-Österreich, 91.

1135 TRAPP, Die berufsständische Ordnung.

Wesen und Ziel der berufsständischen Ordnung klar erkannt werden“.¹¹³⁶ Entschiedener als viele Zeitgenossen forderte er die Überwindung des Kapitalismus.¹¹³⁷ Die Wirtschaft könne „keine freie Wirtschaft im Sinne der liberalen Doktrin sein“, aber auch sozialistische Planwirtschaft lehnte Waschnig ab.¹¹³⁸ Deutlicher als andere Theoretiker betonte er, dass die berufsständische Ordnung gemäß QA mit verschiedenen politischen Systemen vereinbar sei.¹¹³⁹

Der bereits erwähnte Teildruck der Dissertation von Gertrud Spinnhirn von 1936 verdient in diesem Überblick insofern Beachtung, als er mit Bezug auf die Organisation des Berufsstands *Land- und Forstwirtschaft* ein Modell vorstellte, das an jene von Kinsky, Zell oder Fiala erinnert und das Problem der Überlagerung verschiedener Kriterien beim „Aufbau“ von Ständen sichtbar macht.¹¹⁴⁰

1937 schließlich legte Hermann Stipek¹¹⁴¹ eine Zusammenfassung der bekannten politischen Konstellationen samt ihren geistigen Hintergründen vor; ereignisgeschichtlich maß er dem Bürgerkrieg von 1927 und der Verfassungsreform von 1929 besondere Bedeutung bei.¹¹⁴² Persönliche Schwerpunkte setzte er auf das christliche Naturrecht¹¹⁴³, auf die Überwindung des Klassenkampfs und auf die Akzentuierung der Unterschiede der Entwicklung in Österreich gegenüber Italien und anderen faschistischen Staaten.¹¹⁴⁴

Nach der Vorstellung ständetheoretischer Literatur aus Österreich soll das in diesem Land bestehende Interesse an den einschlägigen Diskussionen und am Fortschritt des berufsständischen Aufbaus in anderen europäischen Staaten nicht unerwähnt bleiben. 1934 und 1935 berichtete Albert Müller SJ im CS über die Leistungen von António de Oliveira Salazar in Portugal¹¹⁴⁵ und über *Eine ständische Studentagung in Belgien*. Österreich kam in der Wahrnehmung des Verfassers dem italienischen Modell nahe: Dies sei nicht wünschenswert, weil durch die Dominanz des Staates dem Ständewesen

1136 WASCHNIG, Wirtschaftsreform, 6.

1137 WASCHNIG, Wirtschaftsreform, 5, 11 und 32.

1138 WASCHNIG, Wirtschaftsreform, 26–28.

1139 WASCHNIG, Wirtschaftsreform, 7–10.

1140 SPINNHIRN, Agrarpolitik, 16–19.

1141 MARSCHNIG, Militarisierung, 85 f.

1142 STIPEK, Das Werden, 10–17.

1143 STIPEK, Das Werden, 3.

1144 STIPEK, Das Werden, 18–20.

1145 Der Estado Novo unterschied sich grundlegend vom Faschismus: Er wünschte eine passive Öffentlichkeit und einen von Kirche, Armee und Großgrundbesitz getragenen Staat mit begrenzten Möglichkeiten. 1934 verbot Salazar den sogenannten Nationalsyndikalismus, eine faschistische Bewegung, die die Gewalt verherrliche und nach Vorherrschaft der politischen Staatsmacht im sozialen Leben strebe; PAXTON, Anatomie, 220 f. und 317 f.

sein naturrechtlicher Charakter genommen werde. Auch sei es wichtig, das Sittengesetz als erste Grundlage nicht aus dem Auge zu verlieren¹¹⁴⁶, und über Organisationsplänen dürfe „das pulsierende Leben“ nicht vergessen werden.¹¹⁴⁷

In der SZ erschien 1935 ein Bericht Johannes Messners über eine u. a. von den Bischöfen Innitzer und Waitz sowie Richard Schmitz und ihm selbst einberufene internationale Konferenz über die berufsständische Ordnung in Wien. Dabei habe sich gezeigt, dass QA eine „ungeheure“ Wirkung entfaltet habe, aber auch dass lediglich organisatorische Maßnahmen zu wenig seien, wenn die geistigen Voraussetzungen fehlen.¹¹⁴⁸ Einige Monate später veröffentlichte dasselbe Blatt eine von ihm verfasste Sammelbesprechung neuerer Literatur über die berufsständische Ordnung.¹¹⁴⁹ In der MSchKP gab es in der Rubrik „Weltschau“ eines jeden Heftes eine eigene Abteilung „Soziale Frage und berufsständische Ordnung“, in der über einschlägige Veranstaltungen und Publikationen berichtet wurde – wie überhaupt alle insgesamt 26 Hefte zum Beweis dienen können, dass der berufsständische Gedanke sehr ernst genommen wurde.¹¹⁵⁰

1936 legte der Rumäne Constantin Tusinschi eine ständetheoretische Arbeit vor, in der er am österreichischen Modell Kritik übte, weil es Kernelementen ständischen Denkens widerspreche: Der Zusammenschluss von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu einer Einheitsorganisation sei zu wenig. Die neu geschaffene Einheitsgewerkschaft vertrete nicht die Interessen der Arbeiter, sondern sei nur auf deren Integration ins System bedacht.¹¹⁵¹

1146 CS 19. 5. 1935 (A. MÜLLER).

1147 CS 2. 9. 1934 (A. MÜLLER).

1148 SZ 16. 6. 1935 (J. MESSNER).

1149 SZ 24. 11. 1935 (J. MESSNER).

1150 NOVOTNY, Der berufsständische Gedanke, 219.

1151 PASTEUR, Kruckenkreuz, 71.

„Freiheit ist ein Ideal.
Demokratie ist ein Prinzip.
Parlamentarismus ist eine Methode.“
Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi¹

4. DIE POLITISCH-GESELLSCHAFTLICHE LAGE IN DER WAHRNEHMUNG BÜRGERLICHER KREISE

In bürgerlichen Kreisen wurde Gemeinwohl in der Zwischenkriegszeit „irenisch“ aufgefasst.² Dieser Begriff ist in dem Sinn zu verstehen, den ihm später Alfred Müller-Armack verlieh, nämlich als um Bewältigung des Konflikts bemühte Art, wie Vertreter unterschiedlicher Weltanschauungen miteinander umgehen sollten. Die Verwischung von Gegensätzen oder das unbedachte Vermengen von nicht Vereinbarem war nicht gemeint, man schätzte die Besinnung auf das je Besondere.³ „Falscher Irenismus“, so Dietrich von Hildebrand, wäre nicht wünschenswert.⁴

In den Äußerungen vieler Konservativer der Zwischenkriegszeit kommt häufig ein prinzipiell skeptisches Menschenbild zum Ausdruck.⁵ In Max Schelers Werken schwingt das Gefühl mit, in einer Zeit des Werteverfalls zu leben.⁶ Viele teilten die Auffassung von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, nach dem Ersten Weltkrieg sei nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein geistig-seelischer Zusammenbruch erfolgt⁷, und empfanden die 1918/19 geschaffene Ordnung als revolutionär.⁸ Eine in den folgenden Jahren einsetzende „totale Verwilderung der politischen Sitten“ (E. Hanisch)⁹ nährte die Furcht vor dem Verlust von Bewährtem; mitunter steigerte sich diese zu existentieller Angst. Aber es bestand auch der Wunsch, auf das Versagen der bestehenden Ordnung zu reagieren. Viele fanden ihr Ideal in der Ordnung vor der Französischen Revolution¹⁰, die nunmehr durch Individualis-

1 COUDENHOVE-KALERGI, *Totaler Mensch*, 49.

2 GAUGER, *Gemeinwohl*, 97.

3 QUAAS, *Idee*, 209 f.

4 NOSER, *Die historische Tragik*, 230.

5 PELINKA, *Die politische Theorie*, 18; SENFT, *Glanz*, 15.

6 KISS, Max Schelers „Umsturz der Werte“, 130 und 136; PÖGGELER, Max Scheler, 146; SCHNEIDER, „Vorbilder“, 180 und 185.

7 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 24.

8 BUSSHOFF, *Dollfuß-Regime*, 24.

9 HANISCH, *Der lange Schatten*, 318.

10 BOHN, *Ständestaatskonzepte*, 113.

mus/Liberalismus und Kollektivismus/Sozialismus außer Kraft gesetzt sei.¹¹ Diese Zeiterscheinungen wurden in engem Zusammenhang gesehen.¹² Ihr Versagen wurde als Versagen der Demokratie gedeutet, kam allerdings auch faschistischen Systemen zugute.¹³

4.1 Das „Erbe“ von 1789: Die Französische Revolution als „Urgrund“ von Individualismus, Liberalismus, Kapitalismus und Marxismus

Mit der Französischen Revolution, so der in den zwanziger und dreißiger Jahren in konservativen Kreisen gängige Tenor, habe der nach 1918 als „Demokratisierungsschub“¹⁴ in Erscheinung getretene gesellschaftliche Wandel eingesetzt.¹⁵ Nicht minder ausgeprägt als die Zweifel an den Ergebnissen von 1789 war die Ablehnung des Nationalsozialismus. Beide Phänomene wurden als in der Tiefenstruktur miteinander verwandt empfunden. Ungeachtet aller Unterschiede im Einzelnen dominierte die Angst vor grundlegenden Umwälzungen, die viele Zeitgenossen in die Defensive drängte und ihrer Verständigungsbereitschaft wenig zuträglich war.¹⁶ Othmar Spann sah im Umfeld von 1789 einen Bruch im sozialen Ordnungsdenken.¹⁷ Franz Brandl sprach von einem „Dammbruch“, der sich in der Russischen Revolution wiederholt habe: Derlei „reine Naturereignisse“ gelte es nach Kräften abzuwehren.¹⁸ Karl M. Stepan zeigte Verständnis dafür, dass sich Menschen, die die Französische Revolution erlebt hätten, mit dem Gedanken nicht anfreunden könnten, dass alle ohne Rücksicht auf Fähigkeit, Gesinnung und Leistung gleichen Anteil an der Gestaltung des öffentlichen Lebens haben sollten; auch seien zu viele Verbrechen im Namen des Volks begangen worden.¹⁹ Otto M. Karpfen glaubte zu wissen, warum: „Die Demokratie von 1789 hatte den Völkern etwas Großes versprochen und es nicht gehalten.“²⁰

11 MOTH, Neu-Österreich, 85; vgl. BUSSHOFF, Dollfuß-Regime, 12.

12 BECHER, Der Blick, 117 f.; BUKOSCHEGG, Das ständisch-autoritäre Österreich, 75 f.; BUSHOFF, Dollfuß-Regime, 166; DIAMANT, Katholiken, 122; GAUGER, Gemeinwohl, 93; PAXTON, Anatomie, 40; RESELE, Ständestaatskonzeption, 30; A. M. WEISS, Individuum, 5–8.

13 PAXTON, Anatomie, 51–53.

14 PELINKA, Die politische Theorie, 15.

15 HANISCH, Der lange Schatten, 310; HEIDENREICH, Politische Theorien, 9 f.; VÖCCELKA, Gegenkräfte, 128.

16 HANISCH, Konservatives und revolutionäres Denken, 25; SENFT, Glanz, 15.

17 SPANN, Der wahre Staat, 81; vgl. PICHLER, Werk, 76.

18 BRANDL, Staatsprozesse, 439.

19 STEPAN, Stückwerk, 15 f.

20 CS 16. 9. 1934 (O. M. FIDELIS).

Für Guido Zernatto bedeutete 1789 zwar die Einräumung erweiterter Rechte für den Einzelnen, aber diese seien gegen die der Gemeinschaft proklamiert worden; der Mensch sei nicht mehr Glied einer gottgewollten Ordnung, sondern eine Einzelexistenz, die im Ernstfall allein gelassen werde.²¹ Das NR zitierte den italienischen Historiker Guglielmo Ferrero, dem zufolge die Französische Revolution die Menschen nicht freier, sondern unfreier gemacht habe, weil sie Strukturen beseitigt habe, die sie zwar einengten, sie aber auch vor der Übermacht des Staates schützten. Im 19. Jahrhundert hätten sich die Staaten zu „Gottheiten“ entwickeln können, aber auch zu „Maschinen“²², in denen Menschen nicht mehr zählten.²³

Richard Schmitz sah ebenfalls nur die negativen Folgen der Französischen Revolution: Sie habe „dem Individualismus und seinem feindlichen Bruder, dem Sozialismus, den Weg zur Macht über das 19. Jahrhundert“ geöffnet. Nach dem Ersten Weltkrieg seien „hemmungsloser Egoismus der einzelnen und rücksichtslose Massenpolitik“ hinzugekommen.²⁴ Für Franz Brandl entsprangen die Friedensverträge einem Geist, „der die Welt nur aus dem Gesichtswinkel des privaten oder eines Klasseninteresses zu betrachten vermochte“.²⁵ Er sprach von einer „Gleichgewichtsstörung“ im Aufbau der Gesellschaft, die im Spannungsfeld zwischen klassenkämpferischem Sozialismus und Individualismus stehe, „beides Lösungen aus der gesellschaftlichen Gebundenheit“.²⁶ Das Anliegen der Aufklärung, durch Individualismus und Demokratie ein Reich der Freiheit zu schaffen, müsse als gescheitert betrachtet werden, weil es nur für eine kleine Minderheit tragfähig sei.²⁷

Mit dem Individualismus gingen in diesen Jahren viele Zeitgenossen ins Gericht, allen voran Othmar Spann, der auf die Verwandtschaft mit Liberalismus, Kapitalismus und Marxismus hinwies.²⁸ Für Rudolf Kinsky²⁹ und Benno Karpeles³⁰ lag ebenfalls hier der Kern ihrer negativen Diagnose der Zeit. Josef Eberle beschrieb als Begleiterscheinung des Individualismus eine allzu optimistische Auffassung von der Menschennatur, die das organische

21 ZERNATTO, *Die Wahrheit*, 109; vgl. A. RAUSCHER, *Die soziale Natur*, 30.

22 Die negative Konnotation, die dieser Begriff gerade in Deutschland hat, entstand im 19. Jahrhundert, als sich in der politischen Theorie der Organismusbegriff durchsetzte; STOLLBERG-RILINGER, *Der Staat*, 202; STOLLBERG-RILINGER, *Staatsmaschine*, 64.

23 NR 17. 5. 1924.

24 CS 16. 12. 1934 (R. SCHMITZ).

25 BRANDL, *Kaiser*, 415.

26 BRANDL, *Kaiser*, 175.

27 BRANDL, *Kaiser*, 172.

28 SPANN, *Der wahre Staat*, 83 und 119–178; StL 1933, 354 (O. SPANN); vgl. TÁLOS, *Herrschaftssystem* (2013), 69.

29 KINSKY, *Entwurf*, 4.

30 KARPELES, *Klassenkampf*, 10.

Wesen der Gesellschaft verkenne und zu jener „absoluten Demokratie“ führe, an der die Gegenwart kranke.³¹ Von den Mandataren distanzieren sich am klarsten Hans Karl Zeßner-Spitzenberg³² und Clemens Holzmeister.³³

Friedrich Funder³⁴, Otto Ender³⁵ oder Johann Stigleitner sahen einen Zusammenhang mit der republikanischen Verfassung: Die Haltung, in der Gesellschaft nur die Summe der Einzelwesen zu sehen, so Letzterer, sei in Republiken eher anzutreffen als in Monarchien. Sein Ideal war der Universalismus mit dem Bild des Ganzen, das mehr sei als die Summe der Teile.³⁶ Für Rudolf Henz stellten die „perfekten Individualisten, die Prometheus als ihren Gott verehren“ und die „Massenmenschen, die ihren Henkern zujubeln“³⁷, nur zwei Seiten ein und derselben Medaille dar; beide hätten auch den Leviathan begünstigt.³⁸ Im omnipotenten Staat, der der gestaltlosen Masse Herr werden müsse, sah er eine Wurzel des Nationalsozialismus.³⁹

Die Zeitschrift StL machte auf negative wirtschaftliche Folgen des Individualismus aufmerksam.⁴⁰ Hermann Struber beschrieb den Nexus zwischen Wirtschaft und Ethik: Die Weltwirtschaftskrise habe „Habsucht und Eigennutz in einer hemmungslosen Weise“ gefördert, die Inflation die Sparer zu Bettlern gemacht, die Schuldner hingegen entlastet und deren „Moral“ zerstört.⁴¹ Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi sprach von einem „sittliche(n) Verfall“ der Wirtschaft.⁴²

Durch den Egoismus der zu echten sozialen Bindungen unfähig gewordenen Individuen, so der Tenor aller genannten Äußerungen, sei der Gesellschaftsvertrag notwendig geworden, in seiner Substanz die Mitte zwischen Despotismus und Anarchie und mit keinerlei höherer Autorität ausgestattet, das, was es brauche, wenn das Soziale nicht mehr in der Natur des Menschen gesehen wird⁴³ und wenn das Ganze seine Priorität gegenüber den

31 SZ 27. 6. 1926 (J. EBERLE).

32 CS 3. 5. 1936 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

33 KNOFLER, Clemens Holzmeister, 30.

34 W. LORENZ, Funder, 9.

35 MOSSER, Legitimismus, 107.

36 STIGLEITNER, Volkswirtschaftslehre, 16 f.

37 Zit. nach SUCHY, Utopie, 227.

38 HENZ, Österreich, 60; vgl. REMBOLD, Das Bild, 111–116.

39 HENZ, Fügung, 94.

40 StL 1931, 145–148 (F. MÜCK).

41 STRUBER, Österreichs Wiederaufbau, 44; ähnlich RINTELEN, Erinnerungen, 173; vgl. NEWMAN, Zerstörung, 294.

42 COUDENHOVE-KALERGI, Held, 116.

43 KLOTZ, Probleme 2, 157; vgl. HANISCH, Konservatives und revolutionäres Denken, 184 und 224; PELINKA, Die politische Theorie, 17; A. RAUSCHER, Die soziale Natur, 29–31; REMBOLD, Das Bild, 355.

Teilen verloren hat⁴⁴, aber auch das, was das Volk zum Souverän gemacht hat.⁴⁵ Für den deutschen Staatsrechtler Carl Schmitt (1888–1985) lag hier der Ursprung des Staates als einer rein „politischen“ Gemeinschaft, wo das menschliche Tun nicht mehr den ihm aufgrund der Weltordnung gebührenden Platz habe⁴⁶; er leitete daraus ein Bekenntnis zum autoritären Führerprinzip ab.⁴⁷ Selbst die den Ständestaat kritisch beurteilende Gertrud Fussenegger verband mit dem Gesellschaftsvertrag negative Gefühle: Für den französischen Kleriker des späten 13. Jahrhunderts, in dessen Werk sie in ihrer 1934 eingereichten Innsbrucker Dissertation Ansätze einer weltlichen Soziologie ortete, habe sie, wie sie aus langjähriger Rückschau betonte, keine Sympathie entwickeln können, weil er, eine Art Vorläufer Rousseaus, anders als der von ihr verehrte Thomas von Aquin, die Hierarchie der Stände „als nackte Gewalt denunziert“ habe.⁴⁸ Für den CS verursachte der Gesellschaftsvertrag lediglich „ein Aggregat, aber kein organisches Ganzes“.⁴⁹ Er ließ daher Autoren zu Wort kommen, die dem Individualismus die soziale Natur des Menschen entgegenstellten und die Erfüllung von Pflichten dem Fordern von Rechten überordneten.⁵⁰ Ihre Kritik galt der mit dem Schwinden des natürlichen Solidaritätsempfindens und der überindividuellen Verankerungen des Einzelnen einhergehenden Desintegration, die sich auf die Gesamtgesellschaft auswirke, und einem Konzept von Pluralismus, das die Legitimität unterschiedlicher Individualinteressen zur Norm machte und in den sogenannten Bürgerrechten festschrieb.⁵¹

Entsprechend groß waren die Vorbehalte gegen das „souveräne Volk“: Im NR wurde es als „die blöde Masse“ bezeichnet.⁵² Friedrich Funder teilte derlei Grundüberzeugungen, drückte sich aber gewählter aus.⁵³ Nicht anders die Sicht Kurt Schuschniggs: „Die Volksherrschaft ist niemals etwas anderes gewesen, als eine blutleere Fiktion, verkleidet durch die innerlich unwahre Fassade, die der Parlamentarismus des allgemeinen Wahlrechts aufgerichtet hatte.“⁵⁴

44 STOLLBERG-RILINGER, Der Staat, 41.

45 G. KLEMPERER, Konzepte, 12–14; konzise Zusammenfassung dieser Gedanken bei MAZOH-WALLNIG, Zeitenwende, 229–231.

46 OTTEN, Die „Rettung“, 88; M. REITER, Philosophisches Unbehagen, 192–194.

47 MEYER, Stand, 200.

48 FUSSENEGGER, Spiegelbild, 252 f.

49 CS 21. 4. 1935 (B. FRANZELIN).

50 CS 24. 2. 1935 (C. NEMEČEK).

51 GÖHLER, Liberalismus, 212; MADERTHANER, Die Krise, 69; SCHREYER, Die „Nation“, 51–57.

52 NR 2. 12. 1922.

53 FUNDER, Aufbruch, 14.

54 K. SCHUSCHNIGG, Dreimal, 106.

Ernst Michel verglich die moderne Demokratie mit dem absolutistischen Staat, der als Instanz des Ausgleichs und Ordnungsmacht die entfesselten Machttriebe der Individuen zu binden versuche. Der Gesellschaftsvertrag reagiere auf die Auflösung des Volks in eine Masse rechtlich gleicher Individuen, in der an die Stelle der Gemeinschaftswerte der Krieg aller gegen alle getreten sei.⁵⁵ Hermann Roeder griff zur Beschreibung der Hintergründe auf das von Thomas Hobbes aufgenommene Plautuswort *homo homini lupus* zurück, um auf die Gefahren einer materialistisch-mechanistischen Anthropologie hinzuweisen⁵⁶: Der rücksichtslose Einzelgänger sei an die Stelle des als Persönlichkeit anerkannten Mitglieds der Gesellschaft getreten; im anderen sehe er grundsätzlich den Konkurrenten, wenn nicht den Gegner.⁵⁷ Die Alternative sei der ständisch-universalistische Staat, das Gegenmodell zum Leviathan.⁵⁸ Das mythische Seeungeheuer sah auch Eric Voegelin sich erheben, wenn der Gesellschaftsvertrag – und nicht die von Aristoteles gesehene Vorliebe des Menschen für konstruktive Zusammenarbeit⁵⁹ – die Grundlage des Zusammenlebens der Menschen sein sollte⁶⁰, desgleichen Johannes Messner; Individualismus und Kollektivismus waren für ihn lediglich Varianten ein und desselben Phänomens⁶¹, desselben, das der in aristotelischer Tradition stehende Thomas von Aquin als Missverhältnis zwischen Teil und Ganzem beschrieben hatte.⁶² August M. Knoll glaubte die Alternative zu kennen: „Berufsständische Ordnung ist Gesellschaftsvertrag!“⁶³

Karl Lugschmayer und Anton Klotz bezeichneten die individualistische Gesellschaft als gestaltlos, nicht geordnet, nur verwaltet⁶⁴; sie sei kein lebendiges Wesen, in dem jedes Glied seine Aufgabe erfüllt, sondern eine Maschine.⁶⁵ Johannes Messner beschrieb als eine der Folgen Bürokratie und „Sekretärsherrschaft“. ⁶⁶ Ignaz Seipel bedauerte, dass Westeuropa „in Überschätzung seiner Fortschritte“ der Welt als Muster bürgerlicher Freiheit hingestellt werde und dass die preußische Bürokratie als Vorbild zentraler Organisation gelte: In einem solchen Staat sei das Volk „lediglich Rohmate-

55 NR 8. 5. 1926 (E. MICHEL).

56 Zu Hobbes vgl. NEWMAN, *Zerstörung*, 227–229 und 247 f.

57 StL 1935, 377 f. (H. ROEDER).

58 StL 1935, 68–74 (H. ROEDER).

59 NEWMAN, *Zerstörung*, 37.

60 VOEGELIN, *Religionen*, 43 f.

61 MSchKP 1, 8 (J. MESSNER).

62 PIEPER, *Über die Gerechtigkeit*, 74 f.

63 KNOLL, *Ziel*, 24.

64 Zum Beamtenapparat als Ausdruck weltfremden Verwaltungstums vgl. SENFT, *Im Vorfeld*, 49.

65 KLOTZ, *Probleme* 2, 158; K. LUGSMAYER, *Grundrisse*, 76–79; K. LUGSMAYER, *Linzer Programm*, 18, 59.

66 KLOSE, *Berufsständische Ordnung*, 202.

rial“.⁶⁷ Ähnlicher Begriffe bediente sich der Politologe Richard Löwenthal, in dessen Augen sich das unmittelbare Gegenüber von freien Individuen und Staatsapparat ebenfalls nicht bewährt hatte.⁶⁸

In enge Verbindung mit dem Individualismus im Geist von 1789 wurde der Liberalismus gebracht⁶⁹, und in diesem Kontext wurde auch die Demokratie zum Thema. Die meisten Kritiker des Liberalismus waren sich einig, dass man diesen nicht mit Demokratie gleichsetzen könne.⁷⁰ Als Ideal galt, etwa im NR, die selbstverständliche Einordnung des Einzelnen in die Gemeinschaft.⁷¹ Andreas Posch kam im selben Blatt mit der Ansicht zu Wort, richtig verstandene Demokratie, nicht die durch die Schlagworte von 1789 in Misskredit geratene, bedeute Anerkennung der personalen Rechte des Menschen.⁷² Das Gegenteil sprach Richard Kerschagl an: Die „falsche Freiheitsidee“ des ausgehenden 18. Jahrhunderts habe die rechte Ordnung zerstört und zur Atomisierung der Gesellschaft geführt, zum Kampf aller gegen alle; der neue Glücksbegriff untergrabe bewährte Werte.⁷³

Für Hermann Roeder widersprach das liberale Freiheitspostulat auch dem Prinzip der Gleichheit, denn es nehme dem Einzelnen das Menschenrecht der persönlichen Freiheit, um zu verhindern, dass er sich über das Niveau der Masse hinausentwickle.⁷⁴ Hugo Graf Lerchenfeld sah den Sinn der Demokratie in der Betonung der wesensmäßigen Gleichheit der Menschen, nicht aber in der Annahme gleicher Fähigkeiten und Eigenschaften.⁷⁵ Wilhelm Röpke bedauerte später aus der Rückschau, dass der Liberalismus mitunter zu Unrecht für Dinge verantwortlich gemacht worden sei, die in Wahrheit der Demokratie zuzuschreiben seien.⁷⁶

Wilhelm Taucher beschrieb die Wesensmerkmale des Liberalismus in Gestalt eines Vergleichs der Wirtschaftssysteme des Westens und des Ostens. Beide schnitten in seiner Darstellung schlecht ab: Ersteres sei beherrscht vom Gesetz des Tages; gehe es um die Zukunft, die die voraussichtliche Lebenszeit des Individuums überschreite, sei keinerlei Op-

67 SEIPEL, Der Kampf, 48.

68 LÖWENTHAL, Faschismus [1935], 71.

69 Zu den Wurzeln und den Komponenten des Begriffs vgl. BUSSHOFF, Dollfuß-Regime, 171–176 und 183–185.

70 Anders SPANN, Der wahre Staat, 104; ablehnend GÖHLER, Liberalismus, 224.

71 NR 16. 10. 1926 (F. KELLER).

72 NR 27. 11. 1926 (A. POSCH); vgl. ZELL, Ständische Staats-Gliederung, 3.

73 KERSCHAGL, Die Quadragesimo anno, 24; vgl. BUSSHOFF, Dollfuß-Regime, 179; SENFT, Im Vorfeld, 62; STREITENBERGER, Leitbild, 123 f.; von „Atomisierung“ sprach auch Franz Rehr; H. DACHS, Franz Rehr, 254 f.; vgl. TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 76.

74 StL 1935, 59 (H. ROEDER).

75 NR 16. 4. 1927, 18. 6. 1927 (H. LERCHENFELD); vgl. LACKNER, Die Ideologie, 95 f.

76 HABERMANN, Das Maß, 103.

ferbereitschaft gegeben. Demgegenüber überschätze der „Kollektivismus des Ostens“ die Zukunft.⁷⁷ Im CS konnte man lesen: „Der vorfaschistische Staat war zu einem Museum der Schattenseiten des Liberalismus geworden.“⁷⁸

Richard Schmitz bedauerte die „Vermachtung der Wirtschaft“.⁷⁹ Er verurteilte den Manchester-Liberalismus⁸⁰, der Bindungen außerwirtschaftlicher Natur, wie sie aus der christlichen Moral flössen, gelöst habe.⁸¹ Johann Staud stellte fest, der Kapitalismus habe den Unternehmer zum Ausbeuter gemacht und den Arbeiter „seelisch zermürbt“.⁸² Wilhelm Taucher fürchtete, die Überbetonung des Ökonomischen werde auf Kosten der menschlichen Freiheit gehen.⁸³ Ähnliche Einschätzungen, die Max Schelers Deutung des Kapitalismus als nicht nur ökonomisches System der Besitzverteilung, sondern umfassendes, einzig auf funktionale Zusammenhänge achtendes Lebens- und Kultursystem geschuldet waren⁸⁴, wurden den Lesern des NR vermittelt, dessen Schriftleiter Josef Eberle „Kapitalismus“ synonym mit „Plutokratie“ verwendete und für einen Rückschritt der Kultur verantwortlich machte.⁸⁵ In der SZ tat dies 1925 Anton Orel in mehreren mit „Kassandra“ gezeichneten Artikeln.⁸⁶

Derlei Äußerungen klassischer Kapitalismuskritik⁸⁷ waren von Reflexionen über die angeblich gemeinsame Grundlage von Liberalismus und Marxismus begleitet: Richard Kerschagl mahnte, schrankenloser Wettbewerb, ein Wirtschaftsleben, das in der Vernichtung des einen und im Wohlleben des anderen bestehe, bedeute Klassenkampf.⁸⁸ Für Anton Klotz hatte sich im Bolschewismus „der Geist der westlichen Aufklärung“ mit der „Barbarei des

77 TAUCHER, Gedanken, 14–18; vgl. auch ZAGLITS, Bewegung, 6–12; FUNDER, Aufbruch, 14; REISS, Dr. Friedrich Funder, 168.

78 CS 16. 6. 1935 (R. BRENDL).

79 R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 40.

80 GLASS/SERLOTH, Selbstverständnis, 39–45; KRIECHBAUMER, Dieses Österreich, 384; bei Josef Dobretsberger begegnen hingegen manchesterliberale Gedanken neben solchen des christlichen Solidarismus; BINDER, Stepan/Dobretsberger, 37 f.

81 R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 42; R. SCHMITZ, Der Weg, 27.

82 STAUD, Berufsauffassung, 4; vgl. auch BAUMGARTNER, Arbeit und Erwerb, 12.

83 TAUCHER, Gedanken, 25.

84 SZ 22. 7. 1928 (A. KOLNAI); vgl. BÖHR, Der Mensch, 212; KISS, Max Schelers „Umsturz der Werte“, 133 f.

85 NR 23. 7. 1922; 14. 3. 1925 (J. EBERLE); SZ 16. 9. 1928 (J. EBERLE).

86 SZ 1, IV; EPEL, Zwischen Kreuz, 19; HOFER, Joseph Eberle, 147.

87 KONDYLLIS, Konservativismus, 366 f.

88 KERSCHAGL, Die Quadragésimo anno, 25 f.; KERSCHAGL, Vom Widersinn, 44 f.; vgl. B. DACHS, Richard Kerschagl, 30 f.

Ostens“ vermählt.⁸⁹ Argumente, die seine These erhärteten⁹⁰, fand er beim liberalismus- und demokratiefeindlichen spanischen Politiker und Staatsphilosophen Juan Donoso Cortés.⁹¹

Adolf Lenz bemerkte, die kommunistisch-kollektivistischen Lehren klängen zwar altruistisch, dienten in Wirklichkeit aber „meist nur zur Beschönigung des krassesten Egoismus“.⁹² Karl Lügmayr hob den totalitären Charakter des Marxismus/Bolschewismus hervor; als Varianten nannte er Faschismus und Nationalsozialismus; die Gemeinsamkeiten zwischen diesen Ideologien waren für ihn⁹³ ebenso augenscheinlich wie für Johannes Messner⁹⁴, Erich Hula⁹⁵ oder Engelbert Dollfuß.⁹⁶ Als Indikatoren dieser geistigen Verwandtschaft, allesamt Folgen von 1789, nannte das NR Religionsfeindlichkeit, Pietätlosigkeit, Anbetung der Macht und Intoleranz gegenüber anderen Meinungen.⁹⁷

Der liberale Staat des 19. Jahrhunderts habe, so Wilhelm Taucher, durch Auswüchse, die er geduldet habe, das Wiederaufleben des kollektiven Ideals gefördert; die damit einhergehende Zerstörung der Familie und die Entpersönlichung der Arbeit seien zu bedauern.⁹⁸ Nach Richard Kerschagls Analyse übernahm Karl Marx vom Liberalismus die Theorie des Egoismus als Triebfeder allen Wirtschaftens – zugleich eine Quelle des Anarchismus.⁹⁹ Hans Karl Zeßner-Spitzenberg sah Zusammenhänge zwischen Liberalismus und Protestantismus:¹⁰⁰ Diese in Preußen konkretisierten Ideen seien seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zur „Grundursache des österreichischen Verhängnisses“ geworden.¹⁰¹

Auch Dietrich von Hildebrand setzte Liberalismus, Individualismus und Kollektivismus in eins:¹⁰² Was sie verbinde, sei eine atomistische und mecha-

89 KLOTZ, Sturm, 37.

90 KLOTZ, Was wird, 26–29.

91 Zu ihm vgl. BENEYTO, Apokalypse; KOCH, Die katholische Soziologie.

92 LENZ, Grundriss, 103.

93 CS 1. 7. 1934 (K. LUGMAYER).

94 SZ 4. 12. 1932 (J. MESSNER).

95 H. SCHUSCHNIGG, Die Österreichischen Akademien, 248.

96 v. HILDEBRAND, Engelbert Dollfuß, 13.

97 NR 21. 3. 1931 (B. BIRK); vgl. SEEFRIED, Reich, 212–214, 229 f., 355 und 481.

98 TAUCHER, Gedanken, 53 f.; vgl. auch BAUMGARTNER, Arbeit und Erwerb, 45.

99 KERSCHAGL, Vom Widersinn, 46; in Kerschagls wissenschaftlichem Werk fällt eine Diskrepanz zwischen den politischen und den wirtschaftlichen Anschauungen auf; er übersah, dass der Ständestaat, für den er politisch eintrat, seinem Ideal einer freien Wirtschaft widersprach; B. DACHS, Richard Kerschagl, 19–28.

100 Vgl. GLASS/SERLOTH, Selbstverständnis, 32.

101 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Die Zukunft, 288.

102 Zum Kontext vgl. BUSSHOF, Dollfuß-Regime, 208–220 und 225–228.

nistische Auffassung, es fehle aber das für Gemeinschaften unverzichtbare Einheitsprinzip.¹⁰³ Die in liberalem Geist getätigte Suche nach Konstruktionen, die die Gewalt vom Volk ausgehen lassen, hielten Wilhelm Taucher und Lorenz Karall für etwas lediglich Äußerliches; in Wirklichkeit sei sie ein Wesensmerkmal des modernen totalen Kollektivstaates.¹⁰⁴

Die eben referierten Standpunkte sind Ausdruck eines einseitigen Verständnisses von Liberalismus, ja vermitteln den Eindruck der Suche nach einem „Feindbild“, dessen Vorhandensein das eigene Tun legitimiert. Sie verkannten nicht nur, dass der Liberalismus nicht grundsätzlich mit Revolution gleichzusetzen ist¹⁰⁵, sondern auch dass er, jedenfalls in der Frühphase, keineswegs ein bedingungsloses Ja zur freien Marktwirtschaft bedeutet hatte. Die konservativen Autoren übersahen jene liberalen Denker, die ausdrücklich antikapitalistisch eingestellt waren und – nicht anders als sie selbst – eine Mittelstandsgesellschaft mit breiter Vermögensstreuung als Ziel vor Augen hatten. Ihr Blick richtete sich ausschließlich auf jene Liberalen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die politischen Liberalismus mit Laissez-faire-Ökonomie gleichsetzten. Daher registrierten sie auch nicht, dass der Liberalismus später wieder eine gewisse Bereitschaft zu sozialinterventionistischer Ordnungspolitik zeigte.¹⁰⁶

Vielen von ihnen muss aus kritischer Rückschau allerdings bescheinigt werden, dass auch ihr Denken liberale Züge trug. In mancherlei Hinsicht kann es geradezu als Vorstufe zum sogenannten Ordoliberalismus gelten, der nach 1945 eine Synthese zwischen Marktwirtschaft und sozialer Verantwortung zu erreichen versuchte und die Wirtschaft mit anderen Bereichen des Lebens in Verbindung brachte. Die Anfänge dieser Schule, die ihrerseits aus der kritischen Verarbeitung von Erfahrungen aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg gereift war, lagen in den späten zwanziger Jahren.¹⁰⁷ Ihre Begründer forderten, negative soziale Folgen einer ungünstigen Marktverteilung sollten durch eine entsprechende Ordnung politisch korrigiert werden: Um die Konkurrenz des Marktes dauerhaft zu erhalten, sei es notwendig, dass der Staat zum Garanten der Rahmenbedingungen, des *ordo*, werde.¹⁰⁸

Die in der Forschungsliteratur auch übliche, mit „Ordoliberalismus“ quasi synonym verwendete Bezeichnung „Neoliberalismus“¹⁰⁹ wird in vorliegender

103 v. HILDEBRAND, Memoiren, 257.

104 TAUCHER, Gedanken, 53; WURM, Dr. Lorenz Karall, 222.

105 LANGEWIESCHE, Liberalismus, 23.

106 LANGEWIESCHE, Liberalismus, 31–35.

107 MOOSER, Liberalismus, 141 f.

108 GOLDSCHMIDT, Walter Eucken, 153; MOOSER, Liberalismus, 143; VOGT, „Liberalität“, 151 f.

109 So – im Gegensatz zu anderen – GERKEN/RENNER, Die ordnungspolitische Konzeption, 37.

Studie mit Rücksicht auf das heutige Verständnis dieses Begriffs vermieden. In der Globalisierungsdebatte steht „Neoliberalismus“ nämlich für eine einseitig auf wirtschaftliche Faktoren ausgerichtete Politik, ähnlich dem Laissez-faire-Liberalismus des 19. Jahrhunderts, der den Anlass zur Entwicklung der ordnungsökonomischen Ansätze gegeben hat.¹¹⁰ Besonders mit Blick auf Wilhelm Röpke wird „Neoliberalismus“ daher durch „konservativer Liberalismus“ bzw. „neoliberal“ durch „konservativ-liberal“ ersetzt.¹¹¹

Zum besseren Verständnis der Sache selbst sei die sogenannte Freiburger Schule erwähnt, die dem Staat die Aufgabe zuwies, die Wirtschaftsordnung als Wettbewerbsordnung zu gestalten.¹¹² Ihr Begründer, Walter Eucken, war der Sohn des Philosophen Rudolf Eucken, der eine gegen Naturalismus und Intellektualismus gewandte Philosophie entwickelt hatte; er rückte die Wechselwirkung von Real- und Idealfaktoren ins Licht und wollte den Anschluss der Subjektivität an die soziale Wirklichkeit finden.¹¹³ Der Mensch sei aufgerufen, in ununterbrochener Selbstvollendung seinen Naturzustand zu veredeln.¹¹⁴ Nach 1918 beobachtete er mit Sorge die „mächtige demokratische Woge“, die zeige, dass „Spitzenbildung und Abstufung unentbehrlich“ seien.¹¹⁵

Der als Wirtschaftswissenschaftler tätige Sohn teilte mit ihm die Forderung nach einer geistigen Neuorientierung und nach festen Wertmaßstäben.¹¹⁶ Seit den späteren zwanziger Jahren verlagerte er den Schwerpunkt seines Denkens von Fragen der Lebensordnung („Wesensordnung“) zu solchen der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.¹¹⁷ In Letzterer nehme immer ein Menschenbild Gestalt an. Dem Menschen obliege es, die ökonomischen Prozesse sinnvoll zu gestalten; sich nach dem Muster des klassischen Kapitalismus auf die Automatik des Marktes zu verlassen, sei zu wenig.¹¹⁸ Eucken hielt privatwirtschaftliche Marktkoordination für eine gültige Alternative zum Determinismus des Sozialismus, zum punktuellen Interventionismus des Kapitalismus und zum natürlichen Harmonisierungsprinzip des

110 RENNER, Euckens Wirtschaftsethik, 176.

111 Die Begriffe „soziologischer Liberalismus“ und „humanistisch begründeter Neoliberalismus“ für Wilhelm Röpke überzeugen nicht, weil sie seinen weltanschaulichen Konservatismus übersehen; FÖSTE, Grundwerte, 147.

112 SCHÄFER, Perspektiven, 139 f.

113 FELLMANN, Daseinswelt, 156–159.

114 Während des Ersten Weltkriegs hielt Eucken allerdings Reden, die beweisen sollten, dass der Krieg einen sittlichen Aufschwung bringen könne; FLASCH, Die geistige Mobilmachung, 16–23.

115 FLASCH, Die geistige Mobilmachung, 33.

116 GERKEN/RENNER, Die ordnungspolitische Konzeption, 3; REMBOLD, Das Bild, 287.

117 GOLDSCHMIDT, Walter Eucken, 151; KLINCKOWSTROEM, Walter Eucken, 71.

118 A. RAUSCHER, Das Menschenbild, 195 f.

klassischen Liberalismus.¹¹⁹ Da aber die naturrechtliche Harmonisierung allein versage, müsse der Staat planend eingreifen.¹²⁰ Euckens Ideal lag in der Mitte zwischen dem Interventionismus des Wohlfahrtsstaates und radikal-libertärem Politikverzicht.¹²¹ Sein pessimistisches Menschenbild ließ ihn die zerstörerische Kraft der Massen und den damit einhergehenden Verfall des Denkens fürchten, wobei er sich auf Gustave Le Bon berief.¹²² Es fehlte ihm aber nicht die Hoffnung, dass die Menschen, anders als im Sozialismus, das Denken in Ordnungen internalisieren und Regeln freiwillig befolgen würden.¹²³ Die Freiburger Schule als „Kombination von unterdrücktem politischen Liberalismus und reformiertem Wirtschaftsliberalismus“ zu bezeichnen, die auch mit dem Faschismus vereinbar sei¹²⁴, wird ihr nicht gerecht.

In manchen Details vom Freiburger Ordoliberalismus abweichend, übertrug der soziologisch geprägte Liberalismus von Alfred Müller-Armack dem Staat auch die Verwirklichung sozialer und gesellschaftspolitischer Ziele.¹²⁵ Stärker als Eucken betonte er die Bedeutung religiöser Faktoren in der Wirtschaftsgeschichte und die Unzulänglichkeit der Marktwirtschaft: Sie dürfe nicht selbst Werte setzen, sondern müsse diese empfangen.¹²⁶ Sie sei ein produktiver Mechanismus, dem durch Sozial- und Gesellschaftspolitik ethischer Gehalt hinzugefügt werde.¹²⁷

Ähnliches gilt für Wilhelm Röpke, 1928/29, wie erinnerlich, in Graz lehrend (Kap. 3.4), der die Nationalökonomie als Geisteswissenschaft betrachtete.¹²⁸ Der Mensch brauche auch ideelle Werte¹²⁹, mahnte er die Zeitgenossen, die in seinen Augen den Sinn für anthropologische Konstanten verloren hatten.¹³⁰ In den dreißiger Jahren verstand er sich als Prophet der drohenden Apokalypse; seine damals gereiften Arbeiten gehören zu den Hauptwerken der totalitarismustheoretischen Reflexion des 19. und 20. Jahrhunderts.¹³¹ Mit Engagement sprach er sich sowohl gegen den Nationalsozialismus als auch

119 REMBOLD, *Das Bild*, 269–272.

120 GERKEN/RENNER, *Die ordnungspolitische Konzeption*, 22; A. RAUSCHER, *Das Menschenbild*, 192 f. und 205; REMBOLD, *Das Bild*, 295–299.

121 GERKEN/RENNER, *Die ordnungspolitische Konzeption*, 36 f.; GOLDSCHMIDT, *Walter Eucken*, 152; WILDMANN, *Einführung*, 94 f.

122 REMBOLD, *Das Bild*, 281 f.

123 REMBOLD, *Das Bild*, 287 f.

124 SOMMA, *Der Faschismus*, 166.

125 SCHÄFER, *Perspektiven*, 140; VANBERG, *Soziale Sicherheit*, 229 f.

126 A. RAUSCHER, *Das Menschenbild*, 189 f.; VANBERG, *Soziale Sicherheit*, 233.

127 SCHÄFER, *Perspektiven*, 142–144; VANBERG, *Soziale Sicherheit*, 242.

128 HABERMANN, *Das Maß*, 63 f.

129 HABERMANN, *Das Maß*, 88.

130 HABERMANN, *Das Maß*, 14.

131 MOOSER, *Liberalismus*, 139.

gegen sozialistische Planwirtschaft und das dazu gehörende Menschenbild aus, nämlich die mit Zirkel und Lineal arbeitende „Ingenieurmentalität“.¹³² Da der Sozialismus den Staat immer zum Leviathan mache, wies er auch den Gesellschaftsvertrag ab. Sein Menschenbild war dem der katholischen Soziallehre sehr nahe:¹³³ Die Wirtschaft sei zwar Voraussetzung der Entfaltung des Menschen, man dürfe die Wirklichkeit aber nicht auf das Ökonomische verkürzen. Marktwirtschaft sei zwar eine notwendige, aber keine ausreichende Bedingung einer freien, glücklichen, geordneten und gerechten Gesellschaft.¹³⁴ Wirtschaft sei wichtig, dürfe den Menschen aber nicht beherrschen; in der Wirtschaftspolitik gehe es um viel mehr als um den Markt.¹³⁵ Röpkes für die Ordnungspolitik maßgebliches Leitbild vom Menschen war das der von Grundsätzen der Sittlichkeit geleiteten, eigenverantwortlich handelnden, nicht durch übertriebene staatliche Vorsorge fremdbestimmten Person.¹³⁶ Eigenverantwortung und Solidarität seien keine Gegensätze; der Staat dürfe keine Umverteilungsinstitution mit aufgeblähter Bürokratie sein.¹³⁷ Den idealen Unternehmer sah Röpke „als erste(n) Diener des Marktes“.¹³⁸ In Hinblick auf sein eigenes System sprach er von „konservativem Liberalismus“ und legte Wert auf Abgrenzung vom historischen Liberalismus. Er berief sich auf einen „unvergänglichen Liberalismus“ und auf die christlich-abendländischen Werte einer „freien Persönlichkeitskultur“. Der Natur des Menschen entspreche eine ausgewogene Mischung von Freiheit und Bindung.¹³⁹

4.2 Kritik an der parlamentarischen Demokratie

Bei vielen Österreichern hatten die Erlebnisse der Zeit nach 1918 lang anhaltende traumatische Wirkungen. Der im Herbst 1933 von Bundeskanzler Dollfuß als Staatssekretär (für Heerwesen) in sein Kabinett berufene 75-jährige Alois Schönburg-Hartenstein übernahm das Amt mit der ausdrücklichen Erklärung, dass er kein Republikaner sei.¹⁴⁰ Dieser Adelige hatte im

132 HABERMANN, *Das Maß*, 114–127; MOOSER, *Liberalismus*, 138.

133 HABERMANN, *Das Maß*, 128; MOOSER, *Liberalismus*, 134; A. RAUSCHER, *Das Menschenbild*, 201–203.

134 HABERMANN, *Das Maß*, 56.

135 HABERMANN, *Das Maß*, 89; MOOSER, *Liberalismus*, 136.

136 A. RAUSCHER, *Das Menschenbild*, 198 f; SCHÄFER, *Perspektiven*, 145.

137 SCHÜLLER, *Wirtschaftshumanismus*, 161–166.

138 HABERMANN, *Das Maß*, 69.

139 MOOSER, *Liberalismus*, 149.

140 HOLUB, *Fürst Alois Schönburg-Hartenstein*, 129; WALTERSKIRCHEN, *Dollfuß*, 185 und 213 f.; KRIECHBAUMER, *Erzählungen*, 583 f.

Krieg einen Teil seines Vermögens verloren. Dann hatte er sich zunächst aus der Politik zurückgezogen.¹⁴¹ Sorge bereitete ihm insbesondere die Entstehung von Räterepubliken in Bayern und in Ungarn im Frühjahr 1919.¹⁴² Im heimatlichen Hartenstein (bei Zwickau, Böhmen) hatte er Kämpfe gegen die Kommunisten erlebt.¹⁴³ Als die österreichische Regierung im Januar 1918 in Reaktion auf die damals auf sozialdemokratisches Betreiben veranstalteten Streiks Vorbereitungen für ein Militärregime getroffen hatte, war Schönburg-Hartenstein als Anführer ausersehen gewesen.¹⁴⁴

Hans Karl Zeßner-Spitzenberg beschrieb 1938 den für ihn traumatischen Zusammenbruch der Monarchie in einem Bericht für die Gestapo.¹⁴⁵ Richard Schmitz verband die Frühzeit der Republik mit „sozialistische(r) Terrorpolitik“ und „proletarische(r) Diktatur“.¹⁴⁶ Friedrich Funder behielt sie als „gesetzlosen Bolschewismus“ in Erinnerung.¹⁴⁷ In Kurt Schuschnigg erweckten die revolutionären Ereignisse von 1918¹⁴⁸ den Gedanken an „die Instinkte der urteilslosen Masse, die bekanntlich jeweils nach der Richtung des lautstärksten, hemmungslosesten und brutalsten Agitators zu entscheiden pflegt“.¹⁴⁹ Ähnlich lautete der Tenor der weit ausholenden, mit harscher Kritik an der Sozialdemokratie verbundenen Ausführungen Franz Brandls über den Spät-herbst 1918.¹⁵⁰

Ulrich Ilg erlebte im November 1928 in Wien eine Demonstration der Sozialdemokratischen Partei und stellte dazu fest: „Die ersten Eindrücke über die Demokratie in Wien waren nicht gerade erbaulich.“¹⁵¹ Josef Reither sprach 1933 vom „revolutionären Schutt der letzten Jahre“.¹⁵² Ludwig Hülgerth erinnerte sich 1934, nach dem Krieg seien „Zweifel an allem Bestehenden“ wach geworden, und „einer überspitzten Demokratie war jede Autorität [...] zum Opfer gefallen. Der Parteienstaat hatte sich selbst gerichtet.“¹⁵³

141 HOLUB, Fürst Alois Schönburg-Hartenstein, 82.

142 BOTZ, Gewalt, 45–72; Räterepubliken galten allerdings als wesentlich für die Neubelebung der ständestaatlichen Idee; BOHN, Ständestaatskonzepte, 32.

143 HOLUB, Fürst Alois Schönburg-Hartenstein, 87.

144 HOLUB, Fürst Alois Schönburg-Hartenstein, 36–71; RAMHARDTER, Geschichtswissenschaft, 126.

145 K. P. ZEßNER-SPITZENBERG, Hans Karl, 41.

146 R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 26.

147 FUNDER, Vom Gestern, 464.

148 BOTZ, Gewalt, 25–41.

149 K. SCHUSCHNIGG, Dreimal, 51; vgl. HOPFGARTNER, Schuschnigg, 37 f.

150 BRANDL, Kaiser, 239–326; vgl. BOTZ, Gewalt, 26.

151 ILG, Lebenserinnerungen, 17.

152 KRIECHBAUMER, Erzählungen, 59; vgl. auch CS 4. 4. 1937 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

153 CS 16. 12. 1934 (L. HÜLGERTH).

Angesichts derartiger Erfahrungen und unter dem Eindruck von Reparationszahlungen und Weltwirtschaftskrise wurde, und zwar auf breiter gesellschaftlicher Basis, heftige Kritik am westlichen Parlamentarismus laut; er wurde mit der Französischen Revolution assoziiert und bekam somit etwas Anrühiges.¹⁵⁴ Sowohl in Kreisen von Politikern und Intellektuellen, einschließlich des katholischen Episkopats, als auch in den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten Österreichs sank die Zustimmung zu der von Parteien getragenen Demokratie stetig¹⁵⁵; viele erwarteten eine Lösung der Probleme „von oben“.¹⁵⁶ Im NR erhielt Houston Stewart Chamberlain Raum für ausführliche Beiträge über die vermeintlich fundamentalen strukturellen Mängel der Demokratie in Frankreich, Großbritannien und den USA.¹⁵⁷ Bei den katholischen Eliten stieß besonders die Führerauslese auf Kritik.¹⁵⁸ Als Ausnahme hat im konservativen Österreich der Zwischenkriegszeit Ernst Karl Winter zu gelten, der auch in der westeuropäischen Demokratie christliche Prinzipien verwirklicht sah.¹⁵⁹ Verteidigt wurde das parlamentarische System auch von den Sozialdemokraten.¹⁶⁰

Ignaz Seipels Haltung zur parlamentarischen Demokratie wandelte sich unter dem Eindruck seiner politischen Alltagserfahrungen. An dieser Stelle kurz darauf einzugehen, ist deshalb sinnvoll, weil sein Fall wohl repräsentativ für viele Zeitgenossen ist. Vor allem anderen gilt es zu beachten, dass seine politische Sozialisation in der Monarchie erfolgt war, in einer Zeit also, in der die Parteien lediglich randständige Bedeutung hatten.¹⁶¹ 1918 sprach er sich zwar für die Demokratie aus, in den zwanziger Jahren wuchsen aber seine Vorbehalte.¹⁶² 1923 erklärte er in einem Vortrag zum Thema *Staat und Gesellschaft*, die Parteien verträten nicht die Interessen der Gesamtheit.¹⁶³ 1924/25 benannte er zwar die Schwachstellen des Parlamentarismus, sprach sich aber nicht grundsätzlich gegen diesen aus.¹⁶⁴ 1926 appellierte er an die in den Parteien realisierte Gemeinschaft der Ideen des ganzen Volks;

154 MOMMSEN, Theorie, 175 f.

155 BRUCKMÜLLER, Sozialgeschichte, 411; BUSSHOFF, Dollfuß-Regime, 187 f.; KLUGE, Ständestaat, 46–50; SCHMIT, „Im Namen“, 153; WILTSCHEGG, Heimwehr, 21 f.; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 62.

156 HANISCH, Der lange Schatten, 302 f.

157 NR 11. 7. 1920, 18. 7. 1920, 25. 7. 1920; 27. 3. 1921 (H. St. CHAMBERLAIN).

158 STIMMER, Eliten, 526–528.

159 HEINZ, E. K. Winter, 262 f.

160 BUSSHOFF, Dollfuß-Regime, 11; MOMMSEN, Theorie, 177 f.

161 KLUGE, Ständestaat, 53 f.

162 REITER-ZATLOUKAL, Parlamentarismus, 36–39.

163 BOYER, Wiener Konservatismus, 353; derselbe Vorwurf stand in der Weimarer Republik im Raum; MERGEL, Parlamentarische Kultur, 400–404.

164 RENNHOFFER, Ignaz Seipel, 423.

sie müssten aber ein klares Programm haben und Volks-, keine Klassenparteien sein.¹⁶⁵ 1930 sprach er erstmals von „wahrer Demokratie“, wobei er dem autoritären Prinzip als Alternative zum Parteiensystem größere Bedeutung beimaß.¹⁶⁶ Am 8. Mai unterstrich er in einem Vortrag die Funktion des Ständestaats als Korrektiv zur Demokratie¹⁶⁷, und zwar im Gleichklang mit Bartholomäus Fiala, dem zufolge die berufsständischen Gegensätze nicht prinzipieller Natur seien wie die der Parteien, sondern „sachliche und komplementäre Gegensätze“. Und: „Die Parteien leben ja vom Gegensatz; die Berufsstände leben durch den Ausgleich.“¹⁶⁸

Dollfuß sprach von den „Sünden des Parlamentarismus“, bezeichnete sich aber dennoch als Demokraten.¹⁶⁹ Ein solcher war er aufgrund seines politischen Werdegangs, und auch seine bäuerliche Herkunft schloss einen demokratischen Zug ein.¹⁷⁰ In seiner Kindheit und Jugend sowie in den ersten Jahren in der Bundesregierung finden sich indes auch Elemente, die eine Öffnung gegenüber dem Autoritären erklären; 1933 tat die Zuspitzung der politischen Lage das Ihre.¹⁷¹ Am 4. März 1933, so sein Kommentar, sei das Parlament „an seiner eigenen Demagogie und Formalistik zugrunde gegangen“. ¹⁷² Für die radikale politische Konsequenz, die er aus der Parlamentskrise zog, spendete ihm Eugen Margarétha Beifall.¹⁷³

Otto Ender hatte ebenfalls kein aufklärerisches Demokratieverständnis.¹⁷⁴ Bei ihm bewirkte der Rücktritt der drei Nationalratspräsidenten die „Stärkung des Glaubens an eine Vorsehung“. ¹⁷⁵ 1934 erklärte er, das österreichische Volk habe in den letzten 15 Jahren bewiesen, dass es für die Demokratie nicht reif sei.¹⁷⁶ Franz Rehrl hingegen erfüllte die Parlamentskrise mit Sorge; einen Monat später äußerte aber auch er sich positiv zum Geschehen des 4. März, denn er dachte, es sei lediglich ein Provisorium geschaffen worden.¹⁷⁷

Kurt Schuschnigg beklagte 1935 mit Blick auf die Jahre seit 1920 einen „Notstand“ im Verfassungsleben; in diesen drei Lustren habe sich Öster-

165 RENNHOFFER, Ignaz Seipel, 456.

166 REITER-ZATLOUKAL, Parlamentarismus, 37 f.; RENNHOFFER, Ignaz Seipel, 660.

167 RENNHOFFER, Ignaz Seipel, 668.

168 FIALA, Die berufständische Organisation, 11.

169 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 25; vgl. Eva DOLLFUSS, Mein Vater, 151.

170 F. SCHAUSBERGER, Letzte Chance, 110.

171 JAGSCHITZ, Dollfuß, 199 f.

172 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 26.

173 CS 16. 12. 1934 (E. MARGARÉTHA).

174 BARNAY, Erfindung, 436.

175 Zit. nach WANNER, Otto Ender, 172.

176 P. MELICHAR, Ein Fall, 198.

177 H. DACHS, Franz Rehrl, 242 f.

reich auf „theoretisch perfektem, aber praktisch schwankendem Boden“¹⁷⁸ entwickelt. Diese Wahrnehmung belastete sein Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie erheblich.¹⁷⁹ Sie deckte sich mit der 1934 ausgesprochenen Einschätzung von Eugen Margarétha, der vom österreichischen Parlamentarismus erklärte, er habe das Land „an den Rand des Verderbens gebracht“.¹⁸⁰

Die *Notizen* von Richard Schmitz aus dem Jahr 1933 lassen seine Überzeugung vom Scheitern der Demokratie aufgrund der Mängel des Parlamentarismus erkennen.¹⁸¹ Hans Karl Zeßner-Spitzenberg sprach von der „Fremdform des Parlaments“.¹⁸² Für Lois Weinberger, dem mehrere Maifeiern der Sozialdemokraten als „rotes Bacchanal des Hasses“ in Erinnerung geblieben waren¹⁸³, trug diese Partei die Hauptverantwortung für den Zusammenbruch der Demokratie¹⁸⁴, eine von Anton Klotz geteilte Einschätzung.¹⁸⁵ Rezentere wissenschaftliche Arbeiten betonen teils die Rolle der Sozialdemokraten als Garanten der Demokratie¹⁸⁶, teils heben sie eine gewisse Überempfindlichkeit in deren Reihen, übereilte Aktionen und die Instrumentalisierung des Parlamentarismus auf dem Weg zum Sozialismus, ja selbst bolschewistische Tendenzen hervor.¹⁸⁷ Karl M. Stepan hatte das Vertrauen ins parlamentarische System hingegen durch schlechte Erfahrungen in der Parteileitung der steirischen Christlichsozialen verloren.¹⁸⁸

Bei den im Frühjahr 1934 im Ministerrat geführten Diskussionen über die Verfassung war vielen Rednern der Grundsatz, alle Autorität gehe – gemäß dem Naturrecht¹⁸⁹ – von Gott aus, ein zentrales Anliegen.¹⁹⁰ Breiten Raum nahm dieser Gedanke bei Leopold Kunschak ein.¹⁹¹ Ende September

178 K. SCHUSCHNIGG, Im Kampf, 101.

179 GOLDINGER, Schuschnigg, 220.

180 CS 16. 12. 1934 (E. MARGARÉTHA).

181 WEINZIERL, Aus den Notizen, passim.

182 CS 18. 3. 1934 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

183 WEINBERGER, Tatsachen, 42.

184 WEINBERGER, Tatsachen, 48; vgl. KARLICK, Lois Weinberger, 19 f.

185 KLOTZ, Sturm, 13 und 31 f.

186 BELLER, A Concise History, 204; NEWMAN, Zerstörung, 295; REITER-ZATLOUKAL, Parlamentarismus, 35.

187 CHARMATZ, Vom Kaiserreich, 169; GOLDINGER/BINDER, Geschichte, 144; KLUGE, Ständestaat, 29 f.; KONRAD, Der 12. Februar 1934, 92 f.; SIMON, Die verirrte Erste Republik, 58; WEINZIERL, Zeitgeschichte, 221.

188 BINDER 1982, Karl Maria Stepan, 178; BINDER, Stepan/Dobretsberger, 25.

189 Zu diesem Gedanken D. BERGER, Aspekte, 428.

190 Alois Schönburg-Hartenstein, Otto Ender, Richard Schmitz; PMR VIII/5, Prot. 919/3 (1. 2. 1934), 511; PMR VIII/7, Prot. 939/5 (24. 4. 1934), 9; vgl. STEINER, Wahre Demokratie?, 135 f.

191 BUSSHOF, Dollfuß-Regime, 190; PELINKA, Stand, 187; vgl. auch NR 31. 1. 1925 (S. WAITZ).

1933 erklärte er in Linz: „Die Demokratie gleicht heute einer verachteten Dirne, und je dümmere der Lausbub ist, desto mehr glaubt er das Recht zu haben, der Demokratie ins Angesicht zu spucken.“¹⁹² Carl Vaugoin nannte den Anspruch des Volks auf die Macht „eine Überheblichkeit sondergleichen“.¹⁹³ Die Macht der CSP, deren Obmann er seit 1930 war, leitete er von Gott ab. An der bestehenden Verfassung bemängelte er vor allem, „dass in keinem der Artikel etwas von unserem Herrgott drinnensteht“.¹⁹⁴ Fast identische Äußerungen liegen von Richard Schmitz¹⁹⁵ und Anton Klotz¹⁹⁶ vor. Andere Zeitgenossen sprachen nachgerade von Gottesgnadentum als Legitimation von Herrschaft, etwa Kurt Schuschnigg's Vertrauter Johannes Hollnsteiner.¹⁹⁷ Einzig Ulrich Ilg befürwortete den demokratischen Staat, weil dieser am ehesten das Prinzip der Gerechtigkeit erfülle und dem Gemeinwohl diene; allerdings handle der vom Volk bestellte Politiker im Auftrag Gottes.¹⁹⁸

August M. Knoll sprach das Problem der Repräsentation an: Es sei das „Elend des Parlamentarismus“, dass er das Politische vom Sozialen trenne, weil der Abgeordnete die komplexe Wirklichkeit derer, die er vertritt, nicht kenne¹⁹⁹; in Wahrheit sei das demokratische Repräsentationsrecht pseudo-demokratisch und lasse die Demokratie zur Oligarchie entarten.²⁰⁰

Seipel legte der parlamentarischen Demokratie den Vorrang politischer Überlegungen vor sachlichen zur Last. Die Parteipolitiker nannte er eine „Elitekaste“, der er die „neue Aristokratie der Mandatare“ gegenüber stellte.²⁰¹ Für Kurt Schuschnigg lag einer der entscheidenden Mängel des Parlamentarismus in der fehlenden Sachkompetenz der Gewählten.²⁰² Es hätte allerdings dem gepflegten Stil des Kanzlers widersprochen, die bestehenden Parlamente „Schwatzbuden“ zu nennen, wovon sich August Zell nicht scheute.²⁰³ Anton Klotz bemängelte an der „missverstandene(n) Demokratie“, sie habe die „Auslese der Tüchtigsten“ verheißen, aber leider sei „Tüchtigkeit

192 Zit. nach WOHNOUT, Verfassungstheorie, 162.

193 KRIECHBAUMER, Dieses Österreich, 441; KRIECHBAUMER, Front, 159 f.

194 STAUDINGER, Bemühungen, 348.

195 R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 15 f.

196 KLOTZ, Sturm, 39.

197 BUCHMAYR, Der Priester, 57 und 153; zu den Wurzeln dieses Denkens im 19. Jahrhundert vgl. HANISCH/URBANITSCH, Prägung, 63 f.

198 ILG, Uns alle, 9 f.

199 KNOLL, Das Ringen, 13.

200 MAYER-TASCH, Korporativismus, 68–72.

201 RENNHOFFER, Ignaz Seipel, 707; vgl. SCHRECKER, Für ein Ständehaus, 9.

202 K. SCHUSCHNIGG, Dreimal, 111.

203 ZELL, Ständische Staats-Gliederung, 18.

mit Wortgewandtheit verwechselt“ worden²⁰⁴ – ein auch in der Weimarer Republik angemahnter Missstand.²⁰⁵

Leopold von Andrian, Vordenker des Ständegedankens auf der philosophischen Ebene (Kap. 5.3), beschrieb in seinen 1920 verfassten *Politische(n) Adventsgedanken über das alte und neue Europa* als großen Nachteil der Demokratie den „Kultus der Inkompetenz“.²⁰⁶ 1926 sprach er in einem Schreiben an Friedrich Funder zudem von der niedrigen „politischen Moral der dem Kleinbürgerthum entstammenden Berufspolitikerkaste“, der die Vorbereitung zum Regieren fehle und die durch „Tactlosigkeiten und Würdelosigkeiten“ bzw. „Geschmackssünden“ auffalle.²⁰⁷ Gleichmacherei wertete er als Zeichen des Kulturverfalls.²⁰⁸

Hans Karl Zeßner-Spitzenberg hatte tief sitzende Zweifel an der „politische(n) Reife der Parteipolitiker“²⁰⁹, Lois Weinberger hielt diese nicht für geeignet, junge, idealistische Menschen zu begeistern.²¹⁰ Ähnliche Argumente brachten Eduard Ludwig²¹¹, Walter Adam²¹² und Eduard von Baar-Baarenfels²¹³ vor. Nach Friedrich Funder hätten nicht immer „vertrauenswürdige Kenner“ in die Parlamente Eingang gefunden.²¹⁴

Johann Blöchl vermisste bei manchen Volksvertretern den Sinn für Rechte und Pflichten²¹⁵, nach konservativer Staatstheorie die höchste Legitimation für Herrschaft.²¹⁶ Carl Vaugoin betonte „das Krankhafte am Parlamentarismus“²¹⁷; die Verfassungsreform, erklärte er 1933, „kann erst dann gemacht werden, wenn der Staat wieder in der Lage ist, ein Parlament zu ertragen. Das kann noch einige Zeit dauern.“²¹⁸ Odo Neustädter-Stürmer war der Meinung: „90 Prozent der Dinge gehören nicht mehr ins Parlament.“²¹⁹

Im NR war schon 1920 die Forderung laut geworden, bei Wahlen darauf zu achten, ob sich ein Kandidat in früheren Legislaturperioden be-

204 KLOTZ, Sturm, 50 f.

205 MERGEL, Parlamentarische Kultur, 374 f.

206 PRUTSCH/ZEYRINGER, Leopold von Andrian, 520.

207 PRUTSCH/ZEYRINGER, Leopold von Andrian, 548 f.; zu den Folgen PAXTON, Anatomie, 72 f.

208 SCHUMACHER, Leopold Andrian, 111.

209 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Kaiser Karl, 175.

210 WEINBERGER, Tatsachen, 88.

211 LUDWIG, Österreichs Sendung, 43.

212 ADAM, Die neue Taktik, 29 f.

213 ANITA KORP, Der Aufstieg, 52.

214 FUNDER, Aufbruch, 91.

215 BLÖCHL, Lebenserinnerungen, 75 und 95.

216 HANISCH, Konservatives und revolutionäres Denken, 247.

217 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 77.

218 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 88.

219 Zit. nach WOHNOUT, Verfassungstheorie, 81.

währt habe bzw. ob er häufig abwesend gewesen sei. Derzeit sei es so, dass einige wenige übermäßig viel arbeiteten, während der Großteil nur selten erscheine und auch nicht die nötige fachliche und moralische Qualifikation besitze.²²⁰ Diese in späteren Jahrgängen wiederholte und in der SZ ebenfalls aufgegriffene Position²²¹ deckte sich mit den Einschätzungen Walter Heinrichs.²²²

Dienst am Gemeinwohl bedeutete auch, wie Josef Biederlack SJ schon 1920 dargelegt hatte, die Fähigkeit, sich über Einzelinteressen des Stimmvolks hinwegzusetzen. In den Augen des Innsbrucker Sozialwissenschaftlers war diese – neben entsprechenden Geistesgaben und der Gebundenheit an das christliche Sittengesetz – eines der entscheidenden Kriterien bei der Auswahl der Parlamentarier.²²³ Sei sie nicht vorhanden, würden, wie es Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi ausdrückte, aus den Parlamentariern „Geführte statt Führer“, abhängig von den unvernünftigen Leidenschaften der Massen.²²⁴ Die Durchsetzung unpopulärer Maßnahmen im Staatsinteresse bezeichnete er als eines der zentralen Probleme des Parlamentarismus.²²⁵ In der Wahrnehmung von Eugen Margarétha beherrschten diese Kunst insbesondere die Bundeskanzler Seipel und Dollfuß, die Österreich, gegen den Widerstand politischer Gegner, zu Völkerbundanleihen verholfen hätten.²²⁶

Im NR wurden Bedenken gegen die bei demokratischen Wahlen stets präsente Sorge um die Wählergunst laut, durch die, so Max Freiherr von Hussarek, die Verantwortlichkeit des Einzelnen leide und das Pflichtgefühl „mediatisiert“ werde.²²⁷ Eugen Margarétha sprach Formen der Demagogie an und nannte Beispiele für die Unterlassung notwendiger Maßnahmen aus Furcht vor den Wählern. Die nach 1918 sichtbar gewordenen Missstände des Parlamentarismus beschrieb er mit Begriffen wie „Obstruktion“, „Verleumdung“, „Verunglimpfung von Personen“.²²⁸ Obstruktion hemmte auch für Josef Reither das Wirken der gesetzgebenden Körperschaften.²²⁹ Franz Rehrle bezeichnete die politischen Auseinandersetzungen der zwanziger und

220 NR 30. 1. 1921.

221 SZ 17. 5. 1931 (A. MISSONG).

222 DASSEL, *Gegen Parteienstaat*, 9–21.

223 NR 29. 2. 1920 (J. BIEDERLACK); ähnliche Appelle NR 29. 11. 1930.

224 COUDENHOVE-KALERGI, *Held*, 129.

225 COUDENHOVE-KALERGI, *Totaler Mensch*, 56.

226 CS 16. 12. 1934 (E. MARGARÉTHA).

227 NR 7. 11. 1920 (M. v. HUSSAREK); 27. 12. 1924 (M. v. HUSSARECK); 6. 10. 1928 (Ae. SCHÖPFER).

228 CS 16. 12. 1934 (E. MARGARÉTHA).

229 KLUGE, *Bauern*, 324.

dreißiger Jahre als „Verwilderung des politischen Kampfes“²³⁰, hierin zentrale Einschätzungen Hans Karl Zeßner-Spitzenbergs teilend.²³¹ Ähnlichen Urteilen war auch der Weimarer Parlamentarismus ausgesetzt, den teilweise undiszipliniertes, geradezu hemmungsloses Verhalten mancher Abgeordneter kennzeichnete.²³²

Richard Schmitz wertete als demagogisch bezeichnete Rücksichten auf die „Tagesstimmungen“ der Massen²³³ als politisches Versagen. Vor einem Regieren gemäß Volksmeinung, das „nicht regieren, sondern regiert werden“ bedeute, warnte auch das NR: Hier wurde Gonzague de Reynold mit der Ansicht zitiert, demokratische Gesetze seien „nahezu Freibriefe für sittliche Hemmungslosigkeit“, die das Geistesleben in Gefahr brächten. Und: „Die Angst vor der öffentlichen Meinung erniedrigt den Charakter.“ Die „große Geistesschwäche der absoluten Demokratie“ sei ihr Wahn, alles zu verstehen. Dies führe dazu, dass sich „Halbgebildete“ Urteile anmaßen, während sich die geistig Tätigen zunehmend von der Politik abwendeten.²³⁴

Kurt Schuschnigg sah eine Analogie zwischen dem Wähler und dem Konsumenten, der dem wirtschaftlichen Liberalismus seine Dynamik verleiht: Beide seien unberechenbar.²³⁵ Florian Födermayr sprach der großen Mehrheit des Volks demokratische Reife weitgehend ab; eine der Ursachen sah er in einem hemmungslosen Bedürfnis nach Sensation, das die Presse mitunter in unverantwortlicher Weise ausnütze.²³⁶ Auch „zersetzende Agitation und verwirrende Propaganda“ gehörten für ihn, hierin eines Sinnes mit Alois Schönburg-Hartenstein²³⁷, zu den Schwachstellen der Demokratie.²³⁸ Aus diesem Grund hielt es Ignaz Seipel für falsch, Leuten, die keine Verantwortung tragen, Entscheidungsbefugnisse einzuräumen.²³⁹

Für Franz Brandl war „Gesinnungslosigkeit“²⁴⁰ ein geradezu prägendes Kennzeichen des parlamentarischen Systems – so wie Paul Schrecker 1919 seine Vorbehalte gegen dasselbe mit der mangelnden Homogenität der Wäh-

230 Zit. nach SCHREINER, Franz Rehl, 84.

231 NR 7. 8. 1921 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

232 Besonders häufig kam es zu Exzessen einzelner Abgeordneter und zur Diskreditierung des Reichstags nach 1930; MERGEL, Parlamentarische Kultur, 368, 386, 428–431 und 450–460.

233 R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 26; R. SCHMITZ, Der Weg, 14; vgl. SCHWEITZER, Volkstumsideologie, 21.

234 NR 3. 2. 1923.

235 PELINKA, Die politische Theorie, 18–20.

236 FÖDERMAYR, Vom Pflug, 36.

237 HOLUB, Fürst Alois Schönburg-Hartenstein, 97.

238 FÖDERMAYR, Vom Pflug, 93; kritisch zur Propaganda in der umfassender werdenden Demokratie NEWMAN, Zerstörung, 30.

239 DIAMANT, Katholiken, 100–102.

240 BRANDL, Kaiser, 416.

lerschaft begründet²⁴¹ oder Karl Mannheim 1925 formuliert hatte: „Sobald das parlamentarische Leben beginnt, verwischen sich auch immer mehr die weltanschaulichen und ideologischen Konturen.“²⁴² Im Wahlkampf, so Bartholomäus Fiala, kämen „die niedrigsten Mittel“ zur Anwendung und das Gemeinwohl gerate in Vergessenheit.²⁴³

Diese Argumentationsweise ließ sich zu einer umfassenden Kritik des Parteiensystems ausbauen: Für einen großen Teil der CSP stand fest: „Die Parteiverhältnisse im Parlament werden von Woche zu Woche unhaltbarer.“²⁴⁴ Othmar Spann erklärte schon die Gründung von Parteien damit, dass die meisten Menschen gar nicht befähigt seien, eine Wahl zu treffen.²⁴⁵ Im Sinne Oswald Spenglers²⁴⁶ und im Gleichklang mit der in der Weimarer Republik verbreiteten Wahrnehmung²⁴⁷ benannte auch Oskar von Hohenbruck den Sachverhalt sehr deutlich: Er glaubte zu wissen, dass „die große Zahl von Leuten [...] jeder Art von Weltanschauung überhaupt vollkommen interesselos gegenüberstehe(n)“; daher seien die bestehenden Parteien keine „Weltanschauungsparteien“. Dass es solche brauche, stand für ihn zwar außer Zweifel, aber er wünschte ein System, das die Schaffung einer einheitlichen „Gesinnungsgemeinschaft innerhalb der Parteien“ ermögliche.²⁴⁸ In Alexander Novotny war noch Jahrzehnte nach dem Ende des Ständestaates das Bild von Parteien tief verankert, die sich eher als Interessenvertretungen denn als weltanschauliche Gruppen verstanden hätten.²⁴⁹ Für Bundeskanzler Dollfuß war eine ähnlich ernüchternde Beobachtung 1934 Anlass zu der Aussage, die österreichische Demokratie erwecke den Anschein, sie hätte sich von einer *res publica* zur *res privata* der Parteien gewandelt: Daher könne Österreich nicht eine „Republik“ genannt werden.²⁵⁰ Ähnliche Ansichten vertrat sein Nachfolger Kurt Schuschnigg.²⁵¹ Ohne Scheu gestand auch Eric Voegelin prinzipielle, durch die Vorgänge in Österreich im Jahr 1936 allerdings bestärkte Vorbehalte gegen die Parteipolitik ein.²⁵²

241 SCHRECKER, Für ein Ständehaus, 7.

242 MANNHEIM, Konservatismus, 63.

243 FIALA, Die berufständische Organisation, 2–4.

244 Zit. nach KRIECHBAUMER, Erzählungen, 278.

245 StL 1933, 354 (O. SPANN).

246 BOTERMAN, Oswald Spengler, 191–194.

247 MERGEL, Parlamentarische Kultur, 376.

248 v. HOHENBRUCK, Zur Frage, 36.

249 NOVOTNY, Der berufsständische Gedanke, 210.

250 PMR VIII/6, Prot. 930 (20.–29. 3. 1934), 140 f.; LK, 503 (Chr. v. THIENEN-ADLERFLYCHT).

251 K. SCHUSCHNIGG, Dreimal, 107; vgl. NEWMAN, Zerstörung, 22.

252 EPPEL, Österreicher 2, 365 f.

Johannes Messner unterstellte den Parteien „Machtinteressen“, die „eine wirkliche Mitbestimmung des Volkes“ nicht wirksam werden ließen; so entarte diese Form der Demokratie zur Scheindemokratie und mache „die Erfüllung der wesentlichen staatlichen Aufgaben unmöglich.“²⁵³ Hier liegt die Wurzel von Leopold Kunschaks Forderung nach einem dem „Parteiinteresse“ übergeordneten „Staatsinteresse“.²⁵⁴ Johannes Hollnsteiner warnte vor der Gefahr, dass das Volk „im Namen der Demokratie entrechtet“ werde, weil die Formaldemokratie in „hemmungslose Parteiendemagogie“ umgeschlagen sei.²⁵⁵

Den Begriff „Formaldemokratie“²⁵⁶ hatte der Theologe von den Ständetheoretikern der Weimarer Republik²⁵⁷ und von Ignaz Seipel²⁵⁸ übernommen; auch Friedrich Funder²⁵⁹, der Demokratie als etwas rein Äußerliches betrachtete, identifizierte sich mit ihm und übte Kritik an einem „mechanischen Parlamentarismus“ und an Parteien, die in den späten zwanziger und frühen dreißiger Jahren die „Zwangslage“ des Staates missbraucht²⁶⁰ und bei Wahlen „Parteiagitation“ betrieben hätten.²⁶¹ Zu seinem eigenen Scheitern bei der Wahl von 1907 stellte er im Nachhinein fest, dies sei gut gewesen, denn immer deutlicher empfand er das Parteienwesen als Beschränkung der Freiheit.²⁶²

Richard Schmitz sprach von „Scheindemokratie“, die einem kleinen Kreis von Gewählten eine unverhältnismäßige Machtansammlung ermöglicht habe²⁶³; nach 1919 habe sich die „formalistische Übertreibung des demokratischen Gedankens zur Konventsherrschaft und Parlamentsdiktatur entfalten“ können.²⁶⁴ Das Parlament besitze „infolge des moralischen Niedergangs der Zeit nicht mehr die idealen Voraussetzungen [...], alleiniger Träger der

253 MESSNER, *Ordnung*, 72.

254 KUNSCHAK, *Österreich*, 65 f. und 193; R. SCHMITZ, *Das christlichsoziale Programm*, 29.

255 MSchKP 1, 485–487 (J. HOLLNSTEINER); vgl. BUCHMAYR, *Der Priester*, 112; MSchKP 1, 1–6 (A. J. WALTER).

256 WANDRUSZKA, *Struktur*, 334; LUDWIG, *Österreichs Sendung*, 101; PELINKA, *Stand*, 188; BINDER 2003, *Karl Maria Stepan*, 323; P. HUEMER, *Entstehung*, 582; H. DACHS, *Franz Rehr*, 240; BUSSHOFF, *Dollfuß-Regime*, 189 f. und 193.

257 BOHN, *Ständestaatskonzepte*, 114; MERGEL, *Parlamentarische Kultur*, 369.

258 ORGLER, *Ständestaat*, 97; SENFT, *Im Vorfeld*, 87.

259 PFARRHOFER, *Friedrich Funder*, 11.

260 PFARRHOFER, *Friedrich Funder*, 158–161.

261 FUNDER, *Aufbruch*, 53.

262 REISS, Dr. *Friedrich Funder*, 145.

263 R. SCHMITZ, *Das christlichsoziale Programm*, 26; vgl. STREITENBERGER, *Leitbild*, 141; BRAUN, *Der politische Lebensweg*, 236.

264 R. SCHMITZ, *Der Weg*, 14.

Staatsgewalt zu sein“.²⁶⁵ Umso bedenklicher sei es, dass sich eine „Tendenz zur parlamentarischen Allmacht“ erkennen lasse.²⁶⁶

Leopold Kunschaks demokratische Gesinnung kann nicht zur Debatte stehen; nur war eben auch für ihn Demokratie nicht an Parlamentarismus gebunden.²⁶⁷ Denn die im Hohen Haus vertretenen Abgeordneten hätten bei der Durchführung wichtiger Aufgaben allzu oft versagt.²⁶⁸ Auch seine Vorbehalte bezogen sich in erster Linie auf die Parteien. 1934 zitierte er aus einer Tübinger Rede Seipels vom 16. Juli 1929, in der dieser dargelegt hatte, dass sich die Parteien nicht als Parlamentsfraktionen verstünden, sondern von außen hineinregierten.²⁶⁹ Es werde versucht, eine Abhängigkeit der Parlamentarier von ihren Instanzen zu schaffen, wodurch Nebenregierungen der Parteiführer entstünden.²⁷⁰ Für Robert Krasser bedeutete der Parteienstaat einen „Kampf aller gegen alle“.²⁷¹ In Richard Kerschagls Augen hatte die Volksherrschaft versagt, weil sie keine wirtschaftliche Gleichheit hergestellt habe.²⁷² Karl Flödl sprach von einer „zusammengebrochenen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die den Materialismus in all seinen Erscheinungsformen zum tragenden Prinzip erhoben hatte“.²⁷³ Alfred Missong wies auf den Zusammenhang der parlamentarischen Demokratie mit der Hochfinanz hin, der dazu führe, dass die Abgeordneten mehr die Wünsche ihrer Geldgeber als die Bedürfnisse der Wähler berücksichtigten.²⁷⁴

Einen neuen Aspekt brachte Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi in die Diskussion um die Mängel der parlamentarischen Demokratie ein: Er bescheinigte ihr einen geradezu antiliberalen Charakter.²⁷⁵ Dietrich von Hildebrand grenzte sie als die „politische“ von der „weltanschaulichen“ ab: Sie rede „im Namen der Freiheit einer Vergewaltigung des einzelnen durch die Mehrheit das Wort“.²⁷⁶

265 R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 28.

266 R. SCHMITZ, Der Weg, 14.

267 PELINKA, Stand, 42 und 186; SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 66.

268 KUNSCHAK, Österreich, 144.

269 SEIPEL, Der Kampf, 184 f.; vgl. BELLER, A Concise History, 206; K. v. KLEMPERER, Ignaz Seipel, 109; MOMMSEN, Theorie, 177; RENNHOFFER, Ignaz Seipel, 629–633; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 277; SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 82; SENFT, Im Vorfeld, 49; WOHNOUT, Die Verfassung, 24; ZÖLLNER, Geschichte Österreichs, 508.

270 KUNSCHAK, Österreich, 109 f.; vgl. FÖDERMAYR, Vom Pflug, 26; RINTELEN, Erinnerungen, 184.

271 KRASSER, Ständestaat, 5.

272 KERSCHAGL, Vom Widersinn, 55.

273 FLÖDL, Drei Jahre, 11.

274 SZ 5. 4. 1931 (A. MISSONG).

275 COUDENHOVE-KALERGI, Totaler Mensch, 53.

276 v. HILDEBRAND, Memoiren, 175; SEEFRIED, Reich, 231 f.

Ein Mandatar, der – bei aller Kritik, die sich auch ihm aufdrängte – ein positives Verhältnis zu den Parteien hatte, ist Carl Vaugoin. Obwohl er sich an der Propaganda für die VF beteiligte, hielt er an der organisatorischen Eigenständigkeit der CSP fest.²⁷⁷

Mit Einschränkungen gilt dies auch für Franz Rehr. 1930 warnte er davor, den Parlamentarismus pauschal zu verwerfen, nur weil in einigen Ländern das Volk noch nicht reif dafür sei; man müsse an das Bestehende anknüpfen und sich vor Augen halten, dass die eigentliche Stätte der Legislative die Parlamentsausschüsse seien; diesen könnte man Vertreter der Berufe (als Fachleute) beistellen, die dasselbe Stimmrecht haben sollten wie die gewählten Volksvertreter.²⁷⁸ Aber er war überzeugt, dass die Stände den sozialen Konflikt nicht gänzlich abschaffen könnten.²⁷⁹ In einem Zeitungsartikel vom Februar 1934 erläuterte er, den politischen Parteien müsse genommen werden, was sie sich zu viel an Staatsgeschäften angemaßt hätten.²⁸⁰

Florian Födermayr deutete zwar den häufigen Wechsel der Regierungen als Versagen des Parlamentarismus²⁸¹, aber grundsätzlich war auch er nicht gegen die Demokratie; mit Bezug auf die frühen zwanziger Jahre stellte er fest: „Wir hatten die demokratische Republik, aber zu wenig wahrhafte Demokraten.“²⁸² Als Verehrer Seipels schätzte er dessen Eintreten für die „wahre Demokratie“²⁸³, und er nahm in Kauf, was Ernst Karl Winter heftig kritisierte²⁸⁴, nämlich dass dadurch dem Autoritarismus Vorschub geleistet wurde.²⁸⁵ Große Wertschätzung empfand Födermayr für den Vorarlberger Politiker Jodok Fink, den ersten Vizekanzler der Republik Österreich und späteren Klubobmann der CSP, dem er einen „wahrhaft demokratische(n) Standpunkt“ bescheinigte; er habe stets die Bedeutung des Wählers unterstrichen und sich gegen die Ernennung von Kandidaten durch Funktionäre ausgesprochen; „parteilich-politisches Vordrängen einzelner Streber“²⁸⁶ habe in ihm Misstrauen aufkommen lassen. Alles in allem könne er als einer der

277 STAUDINGER, Bemühungen, 370; STAUDINGER, Vaugoin, 156.

278 NR 3. 5. 1930 (F. REHR).

279 H. DACHS, Franz Rehr, 252; HANISCH, Franz Rehr, 24.

280 H. DACHS, Franz Rehr, 247 f.

281 FÖDERMAYR, Vom Pflug, 65.

282 FÖDERMAYR, Vom Pflug, 28.

283 FÖDERMAYR, Vom Pflug, 27; vgl. K. v. KLEMPERER, Ignaz Seipel, 109; ORGLER, Ständestaat, 124; WANDRUSZKA, Struktur, 326.

284 HEINZ, E. K. Winter, 118.

285 BUSSHOFF, Dollfuß-Regime, 180 f. P. HUEMER, Entstehung, 580; IBER, Vom Syllabus, 41; RUMPLER, Parlamentarismus, 13; WOHNOUT, Regierungsdiktatur, 45.

286 FÖDERMAYR, Vom Pflug, 127.

wenigen gelten, „die an den Parlamentarismus glaubten, weil er selbst sein Amt als Abgeordneter in der vollkommensten Weise ausübte“.²⁸⁷

Ein Faktor, der für die negative Bewertung des Parlamentarismus in der Ersten Republik stark ins Gewicht fiel, war der Umstand, dass die parlamentarische Tradition bereits in der Monarchie problembehaftet war.²⁸⁸ Der liberale Geist, der dem Konstitutionalismus zugrunde lag, trug zu dessen Scheitern bei, weil er in seiner Fixierung auf kirchenfeindliche Anliegen aktuelle soziale und ökonomische Bedürfnisse übersah.²⁸⁹ Mit dem allgemeinen Wahlrecht erweiterte sich die politische Basis von einer Gruppe von Honoratioren, die, gemessen an der präkonstitutionellen Zeit, jedenfalls theoretisch, tatsächlich zu mehr Rationalität in der Politik beitragen konnten, zu jener Allgemeinheit, die die Demokratie – um es mit Max Scheler zu sagen – zur „Stimmungsdemokratie“ entarten zu lassen schien.²⁹⁰

Diese historische Ausgangslage dürfte Franz Rehr vor Augen gehabt haben, der als das Grundproblem Österreichs einen „extremen“ Parlamentarismus bezeichnete: Der Sprung vom Obrigkeitsstaat zur Demokratie sei zu groß gewesen, um verkraftet werden zu können; daher sei die parlamentarische Entwicklung falsch verlaufen.²⁹¹ Nicht von ungefähr thematisierte er „die radikal parlamentarische Konzeption, die am Anfang der Ersten Republik stand“.²⁹² Er wünschte einen stärkeren Bundespräsidenten und ein plebiszitäres Element.²⁹³ Die Stärkung des Bundespräsidenten durch die Verfassungsnovelle von 1929 hielt auch Ludwig Adamovich für wichtig: Sie diene der Gewaltenteilung²⁹⁴ und sichere „die parlamentarische Regierung gegen die Möglichkeit der Entartung zur schrankenlosen Parteienherrschaft“.²⁹⁵

Hermann Stipek zitierte eine Abhandlung von Franz Graf Thun-Hohenstein über die Notwendigkeit einer Reform des Parlaments, wobei er Analogien zur Situation der 1930er-Jahre erkannte²⁹⁶. In der Tat war die Geschäftsordnung bereits im 19. Jahrhundert vielfach als unzureichend empfunden worden.²⁹⁷ Seit dem Übergang zur direkten Wahl der Volksver-

287 FÖDERMAYR, Vom Pflug, 39.

288 NEWMAN, Zerstörung, 304; WOHNOUT, Die Verfassung, 27.

289 W. LORENZ, Katholisches Geistesleben, 23; SUTTER, Probleme, 564.

290 NEWMAN, Zerstörung, 30.

291 H. DACHS, Franz Rehr, 251; ähnlich CHARMATZ, Vom Kaiserreich, 185.

292 TÁLOS, Handbuch, 60–67 (A. PELINKA).

293 HANISCH, Franz Rehr, 23.

294 ADAMOVICH, Grundriss, 28.

295 ADAMOVICH, Grundriss, 64–66.

296 STIPEK, Das Werden, 9.

297 RUMPLER, Parlamentarismus, 3 f.; SUTTER, Probleme, 549.

treter im Jahr 1873 wurde der Ton rüder, „abgestimmt auf jene, von denen die nunmehrigen Berufspolitiker wiedergewählt werden wollten“ (B. Sutter).²⁹⁸ 1897 kam es in Zusammenhang mit den Badenischen Sprachverordnungen zu tumultuarischen Ausschreitungen, die dem Parlamentarismus in Österreich „einen nicht wieder gutzumachenden Schaden“ (A. Wandruszka) zufügten.²⁹⁹ 1905 wurde das Hohe Haus – zum Befremden ganz Europas – von einem seiner bekanntesten Abgeordneten, dem Sozialdemokraten Victor Adler, auf das Heftigste verunglimpft.³⁰⁰ Nach der Wahlrechtsreform von 1907 änderte sich die Situation nicht wesentlich.³⁰¹

In diesem Zusammenhang bedürfen die seit dem späteren 19. Jahrhundert geführten Diskussionen über das Wahlrecht der Erwähnung. Mit dem damals im Raum stehenden allgemeinen Wahlrecht verband selbst der sozialistische Politikwissenschaftler Richard Löwenthal negative Entwicklungen, nämlich die Entstehung offener Interessenparteien, die den Staat zu einer großen „Interessenbörse, in der die Kompromisse der Klassen ausgehandelt werden“, degradieren lasse: Dies bedeute „eine charakteristische Endform der Demokratie“.³⁰²

Stellvertretend für die im Kreis christlicher Akademiker herrschende Ansicht sei die von Friedrich Funder geforderte „Ablehnung einer bloß mechanischen Wahlrechtserweiterung“ hervorgehoben.³⁰³ Gegen das allgemeine Wahlrecht seien schon deshalb Bedenken angebracht, weil es „weder Tugend noch Tüchtigkeit berücksichtige“, sondern sozialistischer Gleichmacherei diene. Daher entwarf er ein Projekt, dem zufolge qualifizierte und erfahrene Personen über mehr Stimmen verfügen sollten.³⁰⁴

Schwere Vorbehalte bestanden in den Reihen des CS: Otto M. Karpfen nannte das allgemeine Wahlrecht „die Achillesverse der Demokratie“³⁰⁵, Emmerich Prettenhofer sprach von „Brutalität der Zahl“³⁰⁶, Rudolf Herrnritt erklärte die Unabhängigkeit des Volksvertreters als Repräsentanten des gesamten Volkes für eine Fiktion.³⁰⁷ Dietrich von Hildebrand befürchtete „Zufallsmehrheiten“, durch welche die „befähigten Persönlichkeiten“

298 SUTTER, Probleme, 563.

299 WANDRUSZKA, Krise, 65–77; vgl. GEHLER, Politischer Wandel, 28; SUTTER, Probleme, 547.

300 SUTTER, Probleme, 541 und 546.

301 HANISCH, Illusionist, 60.

302 LÖWENTHAL, Faschismus [1935], 74–77.

303 FUNDER, Vom Gestern, 63; REISS, Dr. Friedrich Funder, 160.

304 PFARRHOFER, Friedrich Funder, 174; vgl. auch BUSSHOF, Dollfuß-Regime, 206.

305 CS 16. 9. 1934 (O. M. FIDELIS).

306 CS 14. 1. 1934 (E. PRETTENHOFER).

307 CS 14. 1. 1934 (R. HERRNRITT).

verdrängt wurden.³⁰⁸ Auch Leopold von Andrian konnte dem allgemeinen Wahlrecht keine positiven Aspekte abgewinnen.³⁰⁹

Leopold Kunschak spendete dem Wiener Bürgermeister Karl Lueger Beifall für seinen Vorschlag, die „Durchführung“ des allgemeinen Wahlrechts solle „in Gruppen, Bauer, Gewerbe, Gebildete, gelernte Arbeiter, nicht gelernte Arbeiter“ erfolgen.³¹⁰ Er dachte also weiterhin in der Kategorie „Kuriensystem“, wie es auch Seipel³¹¹ vorschwebte. Alois Schönburg-Hartenstein schlug als Alternative zum allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht ein Alters-Pluralrecht vor.³¹² Auch Philipp Bugelnig hielt den Modus von 1907 für keine gute Lösung.³¹³ Johannes Messner gab zu bedenken, in einer echten, organischen Demokratie sei die Stimme des Einzelnen nach seiner Verantwortung abgestuft, nur in der formalen Demokratie gälten alle Stimmen gleich.³¹⁴

1918/19 erläuterte Seipel, Grundlage der Wahlberechtigung müssten die Familie und der Berufsstand, nicht das Individuum sein.³¹⁵ Zur selben Zeit begründete Paul Schrecker seine Forderung nach einem Ständehaus mit der Notwendigkeit der einst durch das Herrenhaus gegebenen Mitwirkung erprobter Männer an der Gesetzgebung und mit dem Wunsch nach mehr politischer Kontinuität, für ihn gleichbedeutend mit Unabhängigkeit von Wahlzufällen.³¹⁶ Otto Ender kleidete den Gedanken ständischer Wahl – im Sinn Othmar Spanns³¹⁷ – in den Hinweis, Demokratie bedeute nicht, dass jede Stimme gleich viel wiege. Die Maiverfassung gebe dem Volk aber dort Geltung, „wo es mit Recht auf Geltung Anspruch erheben kann“, nämlich in der berufsständischen Ordnung.³¹⁸ Kurt Schuschnigg warnte vor politischer Überbewertung der großen Zahl.³¹⁹ Dieselbe Überzeugung hatte die *Kaisertreue Volkspartei*.³²⁰ Die Heimwehr forderte, nicht die Mehrheit solle herrschen, sondern das Beste.³²¹

308 CS 11. 3. 1934 (D. v. HILDEBRAND).

309 PRUTSCH/ZEYRINGER, Leopold von Andrian, 486.

310 KUNSCHAK, Werden, 19.

311 KUNSCHAK, Werden, 27; vgl. auch STREITENBERGER, Leitbild, 103.

312 HOLUB, Fürst Alois Schönburg-Hartenstein, 27.

313 BUGELNIG, Der Ständestaat, 20.

314 PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 43.

315 KRAUS, „Volksvertreter“, 65; RENNHOFFER, Ignaz Seipel, 161.

316 SCHRECKER, Für ein Ständehaus, 24.

317 SPANN, Der wahre Staat, 58; vgl. auch DIAMANT, Katholiken, 121; RESELE, Ständestaatskonzeption, 31 f.; H. WALTER, Ständewesen, 41.

318 CS 4. 11. 1934 (O. ENDER).

319 K. SCHUSCHNIGG, Dreimal, 57 f.; vgl. auch HOPFGARTNER, Schuschnigg, 75.

320 MOSSER, Legitimus, 45.

321 STEINER, Wahre Demokratie?, 177.

Der von der Maiverfassung vorgesehene Wahlmodus, nämlich die Bestellung der Mandatare durch die Stände, war in den Augen von Josef Dobretsberger Ausdruck von Ehrlichkeit und Geradlinigkeit, politisch korrekter als die Wahlen zum deutschen Reichstag 1933 oder die italienischen Senatswahlen 1934, die keine echten Wahlen gewesen seien, „nicht anders zu werten als Propagandazüge oder Häuserbeflaggungen“. Demokratische Wahlen bildeten lediglich die Stimmung eines einzigen Tages ab, und die Mandatare fühlten sich ohnehin nicht an den Volkswillen gebunden.³²² Außerdem, erklärte der Volkswirt in aristotelischer Tradition, sei „die Zeit, die das arithmetische Mittel aus zwei Anschauungen für eine Lösung hielt“, vorüber³²³, und gab zu bedenken, es gebe „Forderungen, die sich nicht halbieren lassen“. Besser als die Arithmetik sei die politische Geometrie: Die Stärke einer Partei beruhe auf deren Ideen, nicht auf der Zahl der Anhänger; würden, wie es im parlamentarischen System der Fall sei, für wirtschaftliche Vorteile weltanschauliche Konzessionen gemacht, komme es zu einem zermürbenden „Stellungskrieg“ der Parteien, der häufige Neuwahlen erforderlich mache.³²⁴

Auch Konstantin von Hohenlohe sah in der Anpassung an den „arithmetischen Mehrheitswillen“ eine Gefahr: Überzeugt von der Wichtigkeit des Berufenseins der Staatsführer, hielt er allenfalls ein negatives Einspruchsrecht gegen die staatliche Gewalt für gerechtfertigt; sklavischer Ausfühler des Volkswillens sollte diese nicht sein.³²⁵ Hans Karl Zeßner-Spitzenberg sprach von einer „plumpen Herrschaft der Zahl“, die es in der konstitutionellen Monarchie in dieser Form nicht gegeben habe.³²⁶ Hermann Roeder schrieb das „Gesetz der größeren Zahl“ einer „fadenscheinigen Jakobinerlogik“ zu; Rousseau sei einem grundlegenden Irrtum erlegen, wenn er geglaubt habe, der Überstimmte habe sich einfach geirrt. Der Gesamtwille sei nicht der der Mehrheit, sondern der den Sacherfordernissen entsprechende.³²⁷

Die Massen, so das NR, fasziniere eher „ein eigenartiger Magnetismus“ der Autokraten. Es sei daher verständlich, wenn, so unter Berufung auf eine Schweizer Zeitung, in Paris bereits eine „Liga gegen die Politiker“ im Entstehen sei, um die Entartung der Demokratie zur Ochlokratie zu verhindern.³²⁸ Diese Gefahr bestehe auch deshalb, weil, worauf Oswald Spengler hinweise, seit dem Ende des 18. Jahrhunderts ein Prozess der Aushungerung jener Schicht im Gang sei, welche die materiellen Voraussetzungen hätte, erziehe-

322 DOBRETSBERGER, Vom Sinn, 34–38.

323 DOBRETSBERGER, Vom Sinn, 9; vgl. PIEPER, Über die Gerechtigkeit, 82–84.

324 DOBRETSBERGER, Vom Sinn, 29–32.

325 HOHENLOHE, Ständestaat, 8; vgl. KLUGE, Ständestaat, 51; STREITENBERGER, Leitbild, 214 f.

326 NR 29. 8. 1920 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

327 StL 1935, 59 (H. ROEDER).

328 NR 10. 2. 1923.

risch auf die künftigen Generationen zu wirken: Mittlerweile (1924) gebe es in ganz Europa eine Schicht, für welche die Politik Erwerbsquelle ist, d. h. „das äußerste Gegenteil von Freiheit“.³²⁹

So anfechtbar diese Formen der Demokratiekritik aus heutiger Sicht sind: Was sie leitete, war das für den Konservatismus charakteristische eher pessimistische Bild vom Menschen.³³⁰ Dieses führte auch den im NR zu Wort gekommenen Autoren die Feder: Der parlamentarischen Demokratie fehle der Blick auf das Ganze und sie biete keine Garantien für die Wirksamkeit von Faktoren, die unabhängig von Wahlergebnissen und Mehrheitsentscheidungen sind: „Ohne Dogma zersetzt sich Credo und Wissen in chaotisches Meinen.“³³¹ Das Dogma, das die moderne Demokratie am meisten leugne, sei jenes von der Erbsünde; sie übersehe, dass die Menschen nicht von Natur aus gut sind. Parlamentarismus bedeute ewige Kompromisse und Halbheiten. Gegen das bloße Stimmenzählen spreche die natürliche Ungleichheit der Menschen.³³² In einem fingierten Zwiegespräch zwischen einem Demokraten und einem Konservativen ließ Schriftleiter Josef Eberle den Letzteren feststellen, die Demokratie müsse versagen, „weil von Durchschnittsmenschen nicht erwartet werden kann, was von Engeln erhofft werden dürfte“.³³³

329 NR 22. 3. 1924.

330 HANISCH/URBANITSCH, Prägung, 63; REMBOLD, Das Bild, 357.

331 NR 7. 3. 1925 (J. EBERLE).

332 NR 20. 3. 1921; 8. 8. 1925 (J. EBERLE).

333 NR 7. 3. 1925 (J. EBERLE).

„Das Freiheitsideal fordert den totalen Menschen.“

Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi¹

5. DER MENSCH IST PERSON²

Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die dadurch bedingten politischen und gesellschaftlichen Umbrüche lösten bei vielen Zeitgenossen Reaktionen aus, die zu einem umfassenden Überdenken zentraler Fragen des Lebens führten.³ Die Vorbehalte gegen die neue Zeit waren groß, wie die im vorigen Kapitel beschriebene Wahrnehmung durch qualifizierte Beobachter zeigt. Für sie stand außer Zweifel, dass der Umbruch nicht partiell, gleichsam nur äußerlich wirksam werden würde, sondern den Menschen auch in Tiefenschichten erfasste, die sein Wesen ausmachen.⁴

5.1 Für Freiheit und Menschenwürde

Bei vielen Zeitgenossen weckte die Erfahrung der Herauslösung des Individuums aus den Zusammenhängen der traditionellen Gesellschaft und der Einordnung in anonyme Apparate mit neuen, schwer durchschaubaren Formen der Abhängigkeit⁵ den Wunsch nach einer Gesellschaftsordnung, „die in harmonischer Gliederung von dem unbezweifelbaren Rechts- und Freiheitsbereich der Persönlichkeit über Familie und andere kleinere Gemeinwesen, vor allem ständischen Charakters, zur Hoheit der staatlichen Autorität empor führt“.⁶

Eine philosophische Heimat fanden sie seit den zwanziger Jahren im sogenannten Personalismus. Diese Strömung, die das Wesen des Menschen in seiner Person erkannte, gründete auf der Einsicht, dass Freiheit und Menschenwürde wieder auf ein sicheres Fundament gestellt werden müssten.⁷ Dem entspricht Otto von Habsburgs Gleichsetzung der Rechte der Person

1 COUDENHOVE-KALERGI, *Totaler Mensch*, 101.

2 Der Titel lehnt sich an das gleichnamige Werk von Heinrich Schmidinger an, dem die vorliegende Arbeit insgesamt in hohem Maß verpflichtet ist.

3 LK, 319–321 (C. v. SCHRENCK-NOTZING); SEEFRIED, *Reich*, 113 f.

4 Prägnante Formulierungen etwa im CS 24. 12 1933 (K. SCHUSCHNIGG).

5 SENFT, *Im Vorfeld*, 54; vertiefend HEER, *Europäische Geistesgeschichte*, 590 f.; HORKHEIMER/ADORNO, *Dialektik*, 4.

6 R. SCHMITZ, *Der Weg*, 10.

7 BELARDINELLI, *Die politische Philosophie*, 243 f.; A. RAUSCHER, *Personalität*, 7; ROTTER, *Person*, 15–19; SCHMIDINGER, *Der Mensch*, 9 und 29; TARMANN, *Die Personalität*, 82.

mit den Menschenrechten; treffend definierte er sie als „die Rechte des Einzelnen gegenüber Staat und Gesellschaft“, nicht, wie der Sozialismus, als „gesellschaftliche Rechte gegenüber der Person bzw. dem Staat“.⁸

Gesellschaftlich wurden statische Modelle des Ganzen zum Ideal erhoben, die durchgreifender Kontrolle und totaler Aktivierung aller Dimensionen des Daseins verschlossen waren.⁹ Stattdessen sollten das Recht der Person, der Familie, der Korporationen „mit ihren ureigensten Aufgaben und ihrem starken Eigenleben betont und gegen die Aufsaugung und die Zugriffe des Staates gesichert werden“¹⁰; gewünscht waren Räume fernab von der Tagespolitik¹¹, in denen sich der Mensch in Freiheit entfalten könne.¹² Auf alles, was nicht unmittelbar der irdischen Wohlfahrt diene, wie Kunst, Wissenschaft oder Religion, dürfe der Staat keinen Zugriff haben.¹³

Hier ging es um jenen im Grunde unpolitischen Menschen, der Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergis Ideal war. Die Menschen seien nicht nur Staatsbürger: „Sie leben und kämpfen, lieben und hassen, träumen, denken und arbeiten größtenteils außerhalb der Staatssphäre“¹⁴, und „der letzte Staatsbürger“ sei „mehr als die gewaltigste Staatskonstruktion“.¹⁵ Dies war aber keine Rechtfertigung des apolitischen Menschen, wie das Beispiel des geradezu idealisierten mittelalterlichen Ritters zeigt, der „nicht staatsfeindlich – sondern staatsfremd“ gewesen sei.¹⁶

Dem Gedanken der menschlichen Person zu weiter Verbreitung zu verhelfen, hatte sich in Österreich insbesondere der CS zum Ziel gesetzt. Hauptanliegen dieser vornehmlich die Akademiker ansprechenden Zeitschrift war die Abwehr des Bolschewismus und des Nationalsozialismus.¹⁷ Andere Themen gingen weit über die Politik hinaus: Man wollte nichts weniger als eine geistige Klärung mithilfe der klassischen Formulierungen abendländischen Denkens, das man als Gegengewicht gegen Staatsomnipotenz wertete.¹⁸

8 BAIER/DEMMELE, Otto von Habsburg, 431.

9 v. HILDEBRAND, Engelbert Dollfuß, 36; vgl. SIEGFRIED, Universalismus, 214.

10 v. WEICHS, Der Weg, 13.

11 PRIBYL, Karl Lugmayer, 35.

12 R. SCHMITZ, Der Weg, 11.

13 BUGELNIG, Der Ständestaat, 17.

14 COUDENHOVE-KALERGI, Totaler Mensch, 20.

15 COUDENHOVE-KALERGI, Totaler Mensch, 14.

16 COUDENHOVE-KALERGI, Totaler Mensch, 44.

17 CONNELLY, From Enemy, 109; EBNETH, Wochenschrift, 10; KUGLER, Die frühe Diagnose, 107.

18 BÖCK, Öffentlichkeitsarbeit, 63; EBNETH, Wochenschrift, IX und 10–26; SEEFRIED, Reich, 221; STREITENBERGER, Leitbild, 196 f.

5.2 Individualität versus Individualismus

1934 sah Johann Staud in Österreich Ansätze einer Aufwertung der Individualität der Person als Alternative zum Individualismus des liberalen Zeitalters.¹⁹ Während der Gewerkschafter den Begriff „Person“ nicht vertiefte, stand er bei Karl Lugmayer an zentraler Stelle. Gleichwohl hat dieser Denker in der jenseits regionaler Forschung betriebenen Philosophiegeschichte bislang wenig Aufmerksamkeit erhalten. Sein seit den zwanziger Jahren entwickeltes und später in großen Arbeiten, insbesondere in *Sein und Erscheinung*²⁰, niedergelegtes sozialphilosophisches Konzept war geprägt vom Glauben an ontologische Grundprinzipien von Politik und Geschichte.²¹ In *Philosophie der Person* (1956) hob Lugmayer die Person von allen physiologischen und psychologischen Erscheinungen ab.²² Der Mensch sei vorab Geistwesen, das sich in Freiheit und Verantwortung in der „Dreierordnung“ des Seins (Denken/Erkennen, Fühlen, Wollen) bewege; er werde aber auch von der Welt der Erscheinung, der „Viererordnung“ (Zeit, Raum, Kraft, Gesetzmäßigkeit), beherrscht.²³ Das Verhältnis zwischen Sein und Erscheinung beschrieb Lugmayer, entsprechend dem zwischen Einheit und Vielheit, mit dem Begriff der Ebenbildlichkeit, *analogia*.²⁴ Er folgerte: „Eine Gesellschaft hat umso mehr Wert, umso mehr Seinsbezug sie hat, [...] je geeigneter sie ist, ebenbildliches Verhalten ihrer Teile zu sichern.“²⁵ Hier wird, und zwar als apriorische Kategorie, der *ordo* zum Thema, eine zentrale Komponente des Begriffs „Stand“, die sowohl für das große Ganze des Kosmos als auch für die Gesellschaft relevant sei.²⁶

Zwar betrachtete auch der Personalismus die Person als Individuum, doch – um es mit Dietrich von Hildebrands Gesprächspartner Robert Spaemann²⁷ zu sagen – nicht als Ausprägung eines Allgemeinen, etwa das Besondere, sondern als das Allgemeine selbst.²⁸ Verallgemeinerung, Systematisierung und Relativierung stießen bei diesem Verständnis von Individualität

19 STAUD, Berufsauffassung, 6.

20 HARTL, Philosophie der Person, 59; F. LUGMAYER, Karl Lugmayer, 143.

21 BADER, Karl Lugmayer, 11–18; TARMANN, Die Personalität, 14 f., 47 und 115; F. LUGMAYER, Karl Lugmayer, 35–37.

22 F. LUGMAYER, Karl Lugmayer, 150.

23 BADER, Karl Lugmayer, 16 f.; HARTL, Philosophie der Person, 60; F. LUGMAYER, Karl Lugmayer, 48; TARMANN, Die Personalität, 48–52.

24 K. LUGMAYER, Sein I, 35 und 81.

25 K. LUGMAYER, Sein I, 119; vgl. TARMANN, Die Personalität, 11.

26 GG 6 (1990), 156 (Stand/Klasse, O. G. OEXLE).

27 SEIFERT, Dietrich von Hildebrand, 192.

28 HÄRING, Gesetz, 116; RÖTTER, Person, 27–30; SPAEMANN, Personen, 29.

an Grenzen.²⁹ Persönlichkeit galt als ein Status, der von niemandem verliehen wird, sondern der – entsprechend Spaemanns Begriff einer unbedingten Würde³⁰ – jemandem natürlicher Weise zukommt und ihn unantastbar macht³¹, ihm den Anspruch verleiht, „dass man auf eine bestimmte Weise mit ihm umgeht“.³² Nach Guido Zernatto dürfe die Freiheit des Einzelnen auch bei autoritärer Führung nicht zur Disposition stehen.³³

In ähnlichen Mustern dachte die katholische Gesellschaftslehre: Oswald von Nell-Breuning betonte, dass die christliche Tradition zwar vom Einzelmenschen ausgehe, aber nicht dem Individualismus ver falle.³⁴ Der geistige Vater von QA war ein Schüler Heinrich Peschs, der die mit relativer Selbstständigkeit ausgestattete Person hervorhob. Für ihn war die Gesellschaft keine Summe von Individuen, sondern ein moralischer Organismus, dessen Glieder nicht durch einen bloßen Vertrag, sondern durch die göttliche Ordnung miteinander verbunden seien.³⁵ In diesem Punkt bestanden bei aller sonstigen Verschiedenheit selbst zu Othmar Spann Gleichklänge: „An das letzte Geheimnis der Individualität rührt die Gesellschaftslehre nicht.“³⁶

Georg Baumgartner wandte sich „gegen jene Verknächtung des Menschen, die sich sogar bis in die Schule, in Familie und Haus zu erstrecken anfang“, und erhob „Protest gegen die Schablonisierung des Lebens“.³⁷ Für Familie, Wirtschaft, Politik und Kunst forderte er völlige Autonomie, auf dass aus jedem Bereich „das Maximum herausgeholt“ werde und der Mensch darin restlos aufgehe.³⁸ Rudolf Henz appellierte an dessen persönliche Verantwortung in allen Belangen.³⁹ Walter Adam, Verfasser einer Abhandlung über die österreichische Staatsidee, ging so weit zu erklären, dass er eine Definition von „Staatsidee“ gar nicht zu geben beabsichtige, weil es ihm um Dinge gehe, „die auch gefühlsmäßig und mit der Seele betrachtet sein wollen“.⁴⁰

29 SCHMIDINGER, *Der Mensch*, 134.

30 G. LOHMANN, *Neokonservative Antworten*, 200 f.

31 SPAEMANN, *Personen*, 25 f.

32 SPAEMANN, *Personen*, 13; vgl. auch SCHMIDINGER, *Der Mensch*, 15; SEIFERT, *Dietrich von Hildebrand*, 181.

33 ZIMMER, *Guido Zernatto*, 109. Oswald Redlich setzte sich gegen die VF ein; KRIECHBAUMER, *Front*, 246.

34 PYTLIK, *Berufsständische Ordnung*, 24; vgl. auch HÄTTICH, *Wirtschaftsordnung*, 22–27; LINDGENS, *Die politischen Implikationen*, 102.

35 DIAMANT, *Katholiken*, 147–149; SENFT, *Im Vorfeld*, 76.

36 SPANN, *Wahrer Staat*, 45.

37 BAUMGARTNER, *Arbeit und Erwerb*, 9.

38 BAUMGARTNER, *Arbeit und Erwerb*, 32 f.

39 HENZ, *Fügung*, 171.

40 Er sprach dann allerdings doch von einer „Summe geschichtlicher, politischer, kultureller

Stark vom Gedanken der Individualität geprägt war das Denken Franz Hörburgers: Der Pädagoge lobte Johann Gottfried Herder dafür, dass er ihn für die Erziehungswissenschaft fruchtbar gemacht habe.⁴¹ Guido Zernatto betonte die Einmaligkeit geistiger Leistungen, die niemals als Ausdruck von Gesetzen „naturwissenschaftlicher Art“ gedeutet werden dürften⁴², ein genuin konservativer Gedanke.⁴³ Eine Gefahr für die Individualität sah er im Nationalsozialismus, weil dieser nicht die Reife der Einzelkräfte, sondern die Durchführung eines Zentralprogramms wünsche: „Er sieht nicht die Vielfalt der Blumen auf seiner großen Flur, sondern nur das gleiche Gras.“⁴⁴ Ähnlicher Metaphern bediente sich Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi⁴⁵, der folgerte: „jedes Schematisieren von Natürlichem sucht Lebendiges durch Totes, Organisches durch Mechanisches, Wandelbares durch Starres adäquat auszudrücken.“⁴⁶

Die politischen Konsequenzen benannte Julius Raab mit besonderem Bezug zu Österreich: Die „totale Beherrschung des Menschen durch eine Partei“ sei der „Wesenart“ der Bewohner dieses Landes entgegengesetzt; er könne sich „mit dem Gedanken, in einem totalen Staat zu leben, einfach nicht vertraut machen“.⁴⁷ Eduard Tomaschek nannte die Österreicher „zum Unterschied von den Deutschen im Reiche draußen ein Volk von Individualisten, kein Herdenvolk. Und wir verlangen auch in der Beurteilung der einzelnen Rechtsfälle eine gewisse Individualisierung“. Diesen Satz sprach er in Zusammenhang mit seinen Überlegungen zur Verwaltungsreform, wobei er den Wunsch äußerte, die Gesetzestechnik möge sich vom „preußischen Formalismus“ befreien.⁴⁸

5.3 Freiheit und Ordnung

Äußere Bindung und innere Freiheit

Prägend für den Personalismus ist das Bekenntnis zur Freiheit. Hiermit ist nicht die 1789 intendierte Herauslösung des Einzelnen aus Bindungen,

und wirtschaftlicher Tatsachen und Ideen, aus denen ein souveräner Staat seine Existenzberechtigung ableitet“; ADAM, Staatsidee, 43.

41 HÖRBURGER, Geschichte, 94.

42 ZERNATTO, Vom Wesen, 117.

43 HANISCH, Konservatives und revolutionäres Denken, 25.

44 ZERNATTO, Die Wahrheit, 35; ZIMMER, Guido Zernatto, 106; ähnlich TAUCHER, Gedanken, 24.

45 COUDENHOVE-KALERGI, Totaler Mensch, 101.

46 COUDENHOVE-KALERGI, Adel, 7; vgl. ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Botschafter Europas, 373.

47 RAAB, Selbstporträt, 113.

48 TOMASCHEK, Die nächsten Aufgaben, 8.

die auch sittlich definiert sind, gemeint⁴⁹, sondern das Ideal der Freiheit der Persönlichkeit in ihrem kulturellen und wirtschaftlichen Wirken, wie es im Ancien Régime von Adel, Großbürgertum, Industrie und hohen Beamten vertreten wurde⁵⁰, jene Freiheit und Würde des Menschen gegenüber dem Staat, die Eduard Spranger als „ewigen Liberalismus“ bezeichnete.⁵¹ Diese Freiheit, so Paul Thun-Hohenstein, anerkenne höhere Bindungen⁵² und lasse auch den Nächsten gelten, „und so entsteht Österreich gerade aus einer gewissen inneren Einzelgängerei, aus dem Wunsche des Individuums, die letzte Kammer seiner Seele gegen jegliches Eindringen abzuschließen, um sich selbst jederzeit allein darin aufhalten zu können, zugleich aber auch aus dem Wissen um das gleichgeartete Wünschen der anderen“.⁵³

Johannes Messner erläuterte die Lesart der katholischen Kirche: „Gliederhafte Einordnung heißt nicht aufgehen im Ganzen, sondern in Freiheit und eigener Kraft Aufgaben für das gesellschaftliche Ganze erfüllen.“ Es sei „völlig verfehlt, den Blick nur nach oben hin auf die Gemeinwohlordnung zu richten. Denn die Freiheitsordnung der Gesellschaft ist ebenso wesenhafter Teil der gesellschaftlichen Ordnung wie jene“. Aufgabe der berufsständischen Ordnung sei es, „das rechte Verhältnis von Freiheit und Bindung [...] zu gewährleisten“.⁵⁴

Hier benannte einer der wichtigsten Theoretiker des Ständestaates das Wesen des konservativen Freiheitsbegriffs, nämlich dass ein jeder das ihm eigentümliche Wachstumsgesetz zu entfalten das Recht habe, ohne einem Gleichheitsprinzip verpflichtet zu sein⁵⁵, nahm aber auch zentrale Botschaften des Ordoliberalismus vorweg:⁵⁶ Liberalismus, so Wilhelm Röpke, sei personalistisch im Sinn der christlichen Lehre, dass jede Menschenseele unmittelbar zu Gott ist; daher könne er nicht mit egozentrischer Engherzigkeit und sozialer Härte gleichgesetzt werden. So sehr der Mensch im Dienst an der Gemeinschaft aufgehe: das letztlich Wirkliche sei die Person.⁵⁷ Andererseits sei Freiheit „unmöglich ohne moralische Bindungen allerhöchster Ordnung. Freiheit ohne Normen und Regeln, ohne moralische Selbstdisziplin der Einzelnen ist die furchtbarste Unfreiheit für alle diejenigen, die dabei

49 BUSSHOFF, Dollfuß-Regime, 183; GLASS/SERLOTH, Selbstverständnis, 37.

50 EDER, Der Liberalismus, 141; WANDRUSZKA, Struktur, 294 und 309.

51 EDER, Der Liberalismus, 12.

52 THUN-HOHENSTEIN, Österreichische Lebensform, 18.

53 THUN-HOHENSTEIN, Österreichische Lebensform, 13.

54 MESSNER, Ordnung, 19.

55 MANNHEIM, Konservatismus, 115.

56 A. RAUSCHER, Das Menschenbild, 193.

57 HABERMANN, Das Maß, 29–31.

zertrampelt oder versklavt werden“.⁵⁸ Und, so ebenfalls Röpke: Freiheit sei wichtiger als Gleichheit, weswegen die „jakobinische Demokratie“ abzulehnen sei.⁵⁹ Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi hatte denselben Gedanken bereits Jahrzehnte früher ausgesprochen: „Der Mensch will sich entfalten: aber nicht herrschen. Der natürliche Instinkt will Freiheit, nicht Macht.“⁶⁰

Heinrich Mataja nannte es die „Polarität menschlichen gesellschaftlichen Strebens, dass der Mensch Ordnung und Freiheit haben will“.⁶¹ Coudenhove-Kalergi, für den Persönlichkeit „eine Funktion der Freiheit“ war⁶², bediente sich Schiller'scher Begriffe: Freiheit bedeute nicht Anarchie, sondern „Freiheit zur Form“, nicht Willkür, sondern „das innere Gesetz“.⁶³ Als Ideal nannte er den Menschen, der sich bei äußerer Freiheit innere Schranken setzt, beispielsweise den Heiligen, den Ritter oder den Gentleman.⁶⁴

Im Denken der Mandatare des Ständestaates waren derlei Überzeugungen tief verankert. Franz Rehr! wünschte einen „ethischen“ Staat, der „doktrinären Liberalismus ablehnt, aber die natürliche Freiheit der Persönlichkeit bewahrt“.⁶⁵ Franz Karl Ginzkey siedelte echte Freiheit im Inneren des Menschen an⁶⁶, ebenso Rudolf Henz, der hier ein Gegengewicht zur gleichwohl notwendigen Autorität und einen sicheren Garanten „gegenüber allen kollektivierenden Mächten“⁶⁷ sah.

Der Komponist Josef Marx fand den Raum, in dem sich Freiheit entfalten müsse, in der Kunst; er warnte vor allzu großer Naturnähe, weil diese die Persönlichkeit des Künstlers ausschalte: In der Kunst siege der Geist über die angeblich unbesiegbare Wirklichkeit.⁶⁸ Freilich könne Freiheit auch missbraucht werden, bemerkte er mit Blick auf kulturferne Gruppen: „Nur der geistig freie, also hoch stehende Mensch kann sich ohne eigenen und fremden Schaden im Freien bewegen; der andere rennt bestimmt in sein Verderben, wie das losgelassene Kind in den Tümpel.“⁶⁹

Oswald Redlich, der Historiker, forderte Freiheit für die wissenschaftliche Forschung und Lehre.⁷⁰ 1925 warnte er vor der Rückkehr in vormärzliche

58 HABERMANN, *Das Maß*, 16.

59 HABERMANN, *Das Maß*, 102.

60 COUDENHOVE-KALERGI, *Totaler Mensch*, 124.

61 CS 6. 9. 1936 (H. MATAJA).

62 COUDENHOVE-KALERGI, *Ethik*, 116.

63 COUDENHOVE-KALERGI, *Totaler Mensch*, 38.

64 COUDENHOVE-KALERGI, *Ethik*, 118.

65 CS 4. 2. 1934 (F. REHRL).

66 GINZKEY, *Jakobus*, 66.

67 HENZ, *Fügung*, 361 und 368.

68 MARX, *Weltsprache*, 207; vgl. auch WERBA, *Joseph Marx*, 250.

69 MARX, *Betrachtungen*, 104.

70 H. DACHS, *Österreichische Geschichtswissenschaft*, 99.

Zustände, zu der es unweigerlich kommen werde, wenn Universitäten nicht mehr sein dürften als staatliche Lehranstalten.⁷¹ 1933 sprach er mit Blick auf Deutschland seine Sorge deutlicher aus: Wissenschaft könne nicht einem politischen System dienen.⁷²

Vorbehalte gegen Normierungen jeder Art

1945, wenige Tage nach der Freilassung aus vierjähriger nationalsozialistischer Haft, erklärte Kurt Schuschnigg in einer Radioansprache, viele Katastrophen der Menschheit seien aus einer Übermacht des Verstandes über das Gewissen zu erklären, was Herzlosigkeit zur Folge habe.⁷³ Der ehemalige Bundeskanzler sprach hiermit jene für die Neuzeit so charakteristische, von Karl Mannheim als „funktionelle“ Rationalität von der „substantiellen“ unterschiedene Rationalität⁷⁴ an, die das Einzelne ausschließlich aus allgemeinen Ursachen und Gesetzmäßigkeiten erklärt und in einer weit reichenden Normierung aller Lebensbereiche zum Ausdruck kommt.⁷⁵ Auch Richard Meister lehnte eine solche ab: Selbst in der Grammatik, so der Philologe, gebe es den Inbegriff aller möglichen Beziehungen zwischen gedachten Gegenständen nicht.⁷⁶ Demselben Denken entsprang die Kritik, die er an der Universitätspolitik der Aufklärung übte: Diese habe übersehen, dass Kulturleistungen eigenen Gesetzmäßigkeiten unterlägen.⁷⁷ Die Thun'sche Universitätsreform von 1849 fand hingegen seinen Beifall⁷⁸, und als 1950 das Habilitationsgesuch Friedrich Heers von den positivistischen Wiener Historikern abgelehnt wurde, weil seine Arbeiten keine „exakte Methode“ (L. Santifaller) aufwiesen, ergriff Meister Partei für einen, dem eine „synthetische Geistesgeschichte des Abendlandes“ gelungen sei.⁷⁹ Nicht von ungefähr hielten die Nationalsozialisten Meister nicht für geeignet, die seit 1923 von ihm innegehabte pädagogische Lehrkanzel weiterzuführen.⁸⁰

71 REDLICH, Gefährdung.

72 REDLICH, Krise; vgl. WUTTE, Oswald Redlich, 61.

73 BINDER/H. SCHUSCHNIGG, „Sofort vernichten“, 366.

74 MANNHEIM, Mensch und Gesellschaft, 68 f.

75 MANNHEIM, Konservatismus, 79 und 119.

76 MEISTER, Bildungswerte, 27.

77 LECHNER, Sinn und Aufgaben, 155 f.

78 BREZINKA, Pädagogik, 69; LECHNER, Sinn und Aufgaben, 158.

79 ADUNKA, Friedrich Heer, 462 f.; zu diesem „Außenseiter der österreichischen Geschichtswissenschaft“ vgl. EBNER, Politische Katholizismen, 193; FELLNER, Reichsgeschichte, 363.

80 BREZINKA, Pädagogik, 128 und 197; RÖMER/SCHREINER, Dis-kontinuitäten, 320 f.; WALLRAF, Kultur, 213.

Dass die Thun'sche Reform die Erhaltung der Universitäten durch den Staat bei gleichzeitiger Autonomie derselben sowie Lehr- und Lernfreiheit vorsah, begrüßte auch Ludwig Adamovich. Auf den Studien- und Forschungsbetrieb solle der Staat keinen Einfluss nehmen. Bei Entscheidungen, in die akademische Behörden involviert waren, sei das Ministerium „stets mit besonders feinfühligem Takt vorgegangen“ und habe deren fachliche Kompetenz nie in Frage gestellt.⁸¹

Karl Lugmayer, der Volksbildner (Kap. 8.6), lehnte starre Normen sogar bei alltäglichen Entscheidungen von mittlerer Reichweite ab, auf dass differenzierte Gesellschaftsformen nicht vernichtet würden.⁸² Er war folglich 1936, als er Referent für die Volksbildung in Wien wurde, dagegen, die in diesem Bereich tätigen Personen einer Prüfung nach einheitlichem Maßstab zu unterziehen, weil dadurch jede organische Entwicklung unterbunden werde.⁸³ In ähnlichem Geist warnte Robert Krasser davor, den Lehrer „zum bloßen mechanischen Werkzeug einer einzigen Methode“ zu machen.⁸⁴ Wilhelm Röpke sprach sich gegen „allgemeine Professionalisierung“ aus, die „Kommerzialisierung“ zur Folge habe und die „Hingabe des Einzelnen“ unterbinde.⁸⁵

Rudolf Henz empfand Unbehagen gegen jene „Allesseher“, deren Dasein „durchgeplant“ sei; diese in Wirklichkeit „Blinden“ fürchte er mehr noch als Nationalsozialisten oder Kommunisten.⁸⁶ Ähnliche Gedanken wurden im CS immer wieder thematisiert⁸⁷, etwa durch Kritik am sogenannten „Instrumentalismus“, der für preußische Weltsicht charakteristischen Haltung, die dem Ordnen und Organisieren Vorrang vor dem Geordneten einräume: Auf diese Weise werde der Mensch zum Mittel erniedrigt.⁸⁸ Dietrich von Hildebrand rügte die – auch in intellektuellen Kreisen – weit verbreitete Tendenz, „in bequemer Weise die Welt in einige bekannte primitive Kategorien einzuteilen“.⁸⁹ Er warnte vor übereilten Generalisierungen und forderte die Berücksichtigung einander überlagernder Kategoriensysteme.⁹⁰ In allen Fällen handelte es sich um Bekenntnisse zur Ganzheitlichkeit der Person, die mit dem Anspruch, für alles und jedes ein Kriterium finden und alles in ein System pressen zu müssen, nicht vereinbar sind.

81 ADAMOVICH, Hochschulverwaltung, 44–46.

82 HANISCH, Konservatives und revolutionäres Denken, 25.

83 PRIBYL, Der christlichsoziale Politiker, 141.

84 KRASSER, Ständestaat, 21.

85 HABERMANN, Das Maß, 18.

86 SUCHY, Utopie, 226.

87 EBNETH, Wochenschrift, 73.

88 CS 8. 3. 1936 (E. REISNER).

89 v. HILDEBRAND, Memoiren, 230.

90 v. HILDEBRAND, Memoiren, 233.

Vorbehalte gegen die „Hypertrophie der Organisation“ und die Ablehnung alles Gewaltsamen, Künstlichen, von außen Aufgedrängten, stattdessen die Sehnsucht nach dem Gewachsenen⁹¹ sind in der Tat zentrale Aspekte des personalistischen Freiheitsbegriffs. Auch in diesem Fall hatten durch die Französische Revolution initiierte Phänomene den Anstoß gegeben, insbesondere der Übergang zur Sicht des Staates als etwas willentlich Geschaffenes, menschlicher Disposition Unterstehendes.⁹² Bloße Organisation, so Anton Klotz, mache noch keinen Organismus aus.⁹³ Der CS lobte die portugiesische Verfassung, die sich durch auffallend knappe Bestimmungen auszeichne.⁹⁴ Die MSchKP warnte vor der Nachahmung italienischer und deutscher Vorbilder im Bereich der Jugendarbeit und der Freizeitgestaltung, weil andernfalls Gleichschaltung drohe: Der Österreicher liebe zwar „zuchtvolle Strammheit“, verabscheue aber „geistlose(n) Drill“. ⁹⁵ Philipp Bugelnig bezeichnete „Organisation“ als etwas vom Menschen, „Organismus“ als etwas von der Natur Geregelter.⁹⁶ Wilhelm Röpke warnte vor Organisation „nach irgendwelchen Vernunftpostulaten“⁹⁷ und gab zu bedenken, dass übermäßige Normierung das natürliche Normempfinden „verbildet“, normale Reaktionen beeinträchtigt.⁹⁸

Johannes Messner unterstrich die Gültigkeit von derlei Prinzipien in der Wirtschaft: Als Grundsatz habe zu gelten, „dass berufsständische Ordnung ebenso ein System der Freiheit ist, wie sie ein System von Bindungen ist“. Den Wünschen nach Organisation sei entgegenzuhalten: „Es gibt auch eine Verpflichtung zur Freiheit.“ Ein gewisses Ausmaß an Freiheit im Wirtschaftsleben müsse man „um des Gemeinwohls willen gegenüber einem ständisch verbrämten Gruppenindividualismus fordern“. Der Wirtschaft drohten große Gefahren, wenn Organisation an die Stelle der Ordnung gesetzt werde.⁹⁹

Kosmos versus Chaos

Ordnung galt als etwas mit Freiheit untrennbar Verbundenes. Den philosophischen Rahmen der einschlägigen Äußerungen bildete das 1930 er-

91 v. HILDEBRAND, Memoiren, 191.

92 GG 4 (1978), 561–579 (Organ, E.-W. BÖCKENFÖRDE).

93 KLOTZ, Sturm, 49.

94 CS 2. 9. 1934 (A. MÜLLER).

95 MSchKP 2, 934 f.

96 BUGELNIG, Der Ständestaat, 10.

97 HABERMANN, Das Maß, 108.

98 HABERMANN, Das Maß, 44.

99 MSchKP 1, 15 f. (J. MESSNER).

schienene Buch *Die Ständeordnung des Alls* von Leopold von Andrian. In einem kleinen Kreis katholischer Intellektueller sehr begrüßt, erreichten seine Gedanken allerdings keine Breitenwirkung.¹⁰⁰ Für die vorliegende Arbeit ist dieses Werk insofern von Belang, als es die Gesellschaftslehre in eine kosmische Gesamtschau eingliedert.¹⁰¹ In Anlehnung an Thomas von Aquin wurde die Welt als eine auf Gott hingebundene Hierarchie des Seins definiert: Ordnung ist somit per se ständisch. In seiner „metaphysischen Wesensschau“¹⁰² unterschied der Dichter nach dem Grad des Bewusstseins sechs Seinsstufen: anorganisches Individuum, Protist, Pflanze, Tier, Mensch, Engel.¹⁰³ Auf der untersten Stufe sei das Bewusstsein bloß deskriptiv; dann gelange es über Bewertung und Gliederung zum Einblick ins Wesen der Welt.¹⁰⁴ Diese „primären Mächte des Alls“ würden ergänzt durch die sogenannten „Quasisubstanzen“, allen voran Gesetz und Natur, außerdem die katholische Kirche, für ihn die wichtigste Ordnungsmacht, schließlich Stand und Hierarchie.¹⁰⁵

Der Nexus der hier vorgestellten Gedanken mit dem politischen System der dreißiger Jahre ist evident, aber er wurde auch explizit begründet: „Wie die ständischen Abgeordneten einer gesitteten Nation diese vor dem Throne ihres Königs vertreten, so fassen die sechs [...] Seinsstufen [...] die zahllosen primären Mächte des Alls zusammen und gewähren dem [...] Menschengestalt ein [...] gegliedertes und ausgeführtes Weltbild.“ Dieses Bild der Welt sei noch flächig; plastisch werde es, „wenn die essentiell sozialen Individuen und Stände in ihrem Verkehr untereinander und in ihrer Totalität [...] als großer Komplex von Ursachen und Wirkungen im weitesten Wortsinne betrachtet werden“.¹⁰⁶ Mit Blick auf die politische Realität sind auch Details dieses Gedankengangs von Interesse: Der Rang aller Wesen werde durch den Grad der Gottähnlichkeit bestimmt; da die Geschöpfe nur Teile von den Vorzügen des Schöpfers besäßen, entstünden in der geschöpflichen Welt konkurrierende Ränge; es lasse sich aber keine gerade absteigende Hierarchie der Wesen erkennen, weil es sich um ein sehr komplexes Phänomen handle, in dem Potentialität und Aktualität miteinander konkurrierten.¹⁰⁷ Dem Menschen seien „die Einzelheiten der göttlichen Hofordnung“ bis auf einige wenige, die er instinktiv erfasse, verschlossen. Jeder Stand besitze

100 PRUTSCH/ZEYRINGER, Leopold von Andrian, 490.

101 DOROWIN, Retter, 101 f.

102 v. ANDRIAN, *Ständeordnung*, 46.

103 SCHUMACHER, Leopold Andrian, 104.

104 v. ANDRIAN, *Ständeordnung*, 48–50.

105 DOROWIN, Retter, 102; SCHUMACHER, Leopold Andrian, 105–111.

106 v. ANDRIAN, *Ständeordnung*, 186.

107 v. ANDRIAN, *Ständeordnung*, 198.

unveräußerliche und einzigartige Privilegien.¹⁰⁸ In neuthomistischer Tradition wollte Leopold von Andrian Gott an seinen Wirkungen in der sichtbaren Welt erkennen.¹⁰⁹ Die Ausführungen über den kosmischen *ordo* sind der natürlichen Theologie geschuldet: „Der Makrokosmos und die unendlich vielen Mikrokosmen, aus denen er besteht, sind Ordnungen, planvolle Zusammenordnungen von Mannigfaltigem zu einer Sinneinheit, die Zweck der Ordnung ist.“¹¹⁰ Der Mensch sei als zwischen körperlichem und geistigem Reich angesiedeltes Geschöpf der Mitte zu verstehen.¹¹¹ Paul Thun-Hohenstein leitete aus dieser Position die Pflicht zur „demütige(n) Einordnung des Ichs in das beherrschte All“ ab: Dies sei eine dem Wesen des Österreicherers entsprechende Selbstverständlichkeit, die ihm Freiheit verleihe.¹¹²

1937 ließ Leopold von Andrian mit dem Buch *Österreich im Prisma der Idee* ein weiteres Zeugnis seines *ordo*-Gedankens folgen.¹¹³ In diesem apologetisch wirkenden Dialog versuchte er eine Erklärung des hierarchischen Aufbaus der Welt und wiederholte den Hinweis auf die Analogien zwischen Kosmos und idealem politischem System. Den Untertitel *Katechismus der Führenden* begründete er mit dem Anspruch, „die Wahrheit schlechthin“ zu vermitteln.¹¹⁴ Die Mängel des Buches liegen in einem klischeehaften Stil und in der selektiven Auswahl der Personen, die zwar verschiedene Stände, Berufe und Generationen, aber keineswegs die gesamte Bevölkerung vertreten: ein Adliger, ein Jesuit, ein Dichter und ein Offizier der Heimwehr; die drei Erstgenannten sind Schüler des Jesuitengymnasiums Kalksburg bei Wien.¹¹⁵ Da die von den einzelnen Gesprächspartnern artikulierten Standpunkte kaum voneinander abweichen, kann von einem echten Dialog nicht die Rede sein. Dies verleiht dem Werk Züge einer Propagandaschrift.¹¹⁶

Ein weiteres Hauptwerk eines gleichsam kosmischen Ordnungsbegriffs ist Karl Lugmayers 1945–1947 erschienenenes Buch *Sein und Erscheinung*.¹¹⁷ Er hatte das Thema bereits 1924 aufgegriffen, als er erklärte: „Gott ist der Schöpfer aller Gesetzmäßigkeit.“¹¹⁸ Später verwendete er mit „Ordnung“

108 v. ANDRIAN, Ständeordnung, 204.

109 SCHUMACHER, Leopold Andrian, 102 f.

110 v. ANDRIAN, Ständeordnung, 51.

111 DOROWIN, Retter, 126 f.; SCHUMACHER, Leopold Andrian, 106 f.

112 THUN-HOHENSTEIN, Österreichische Lebensform, 18.

113 PRUTSCH/ZEYRINGER, Leopold von Andrian, 496; Inhaltsangabe bei DOROWIN, Retter, 94–97.

114 CS 28. 2. 1937, 190 f. (W. BREITENFELD); DOROWIN, Retter, 92; SCHUMACHER, Leopold Andrian, 100.

115 Es galt als Ort der Heranbildung einer Art Anstaltselite; G. HARTMANN, Eliten, 224; STIMMER, Eliten, 104–106.

116 JOHNSTON, Der österreichische Mensch, 258 f.

117 K. LUGMAYER, Sein II, 347–360 (*Zur Bedeutung der Geisteswissenschaften*).

118 K. LUGMAYER, Linzer Programm, 7.

verwandte Begriffe: „Form“, „Gestalt“, „Gefüge“¹¹⁹, auch sah er eine enge Verbindung zum Begriff „Beziehung“.¹²⁰ Hier lag für ihn der Schlüssel des Erkennens; dieses wiederum setzte er mit Zusammenfügen von Teilordnungen zu immer größeren, vollkommeneren Ordnungen durch das Ich gleich: „Vollkommene Erkenntnis besteht in der Erfassung von Ordnung. Ordnung aber ist Einheit in der Vielheit.“¹²¹ Diesen Gedanken fand er bei Konfuzius entwickelt, der den Glauben an ein Ursein bewahrt und das Glück der Menschen von der Übereinstimmung mit dem Naturgesetz erwartet habe.¹²² Am Denken der Babylonier faszinierte ihn der Gedanke, dass alles irdische Sein und Geschehen einem himmlischen entspreche und dass alle Teilerscheinungen Spiegelbilder des Ganzen seien.¹²³ Die christliche Lehre erkenne verschiedene Seinsstufen, allesamt unterhalb von Gottes Sein, das von jedem anderen ausgesondert sei.¹²⁴ Ebenbildlichkeit wird somit gleichbedeutend mit Annäherung an das Urbild Gott: „Und wenn die Seinsstufen ihre Stufenfolgen einhalten, dann ist die ganze Schöpfung in Ordnung, das heißt: in Seinsbezug.“¹²⁵

Parallelen zu Lugmayers Ordnungsbegriff finden sich bei Eric Voegelin, dem wissenschaftlichen Verteidiger der Maiverfassung (Kap. 3.9): „Mit Ordnung ist die erfahrene Struktur der Realität sowie die Einstimmung des Menschen auf eine Ordnung gemeint, die nicht von ihm selbst geschaffen ist – d. h. der Kosmos“.¹²⁶ Philipp Bugelnig fand im Kosmos die Baugesetze der Gesellschaft, nämlich Einheit, Gleichartigkeit, Vollständigkeit und sinnvolle Ergänzung.¹²⁷ Eine völlig andere Ordnung, so der dem Ständegedanken ebenfalls gewogene Historiker Alexander Novotny, sei die der Aufklärung, derzufolge erst die menschliche Vernunft und das ihr entspringende Handeln das Chaos zum Kosmos machten.¹²⁸ Johannes Messner leitete aus der Natur die Grundprinzipien der Gesellschaftsordnung ab: „Denn jenes Kultugesetz ist nichts anderes als das Naturgesetz, das Gesetz, das aus der Natur des Menschen und der Gesellschaft selbst erfließt.“¹²⁹ Der Mensch sei

119 K. LUGMAYER, Sein I, 12.

120 K. LUGMAYER, Sein I, 6.

121 K. LUGMAYER, Sein II, 75 f.

122 K. LUGMAYER, Sein II, 7–9 und 68.

123 K. LUGMAYER, Sein II, 38.

124 K. LUGMAYER, Sein I, 28; Sein II, 18 f.

125 K. LUGMAYER, Sein II, 77.

126 VOEGELIN, Reflexionen, 95.

127 BUGELNIG, Der Ständestaat, 11.

128 NOVOTNY, Die Donaumonarchie, 61; zur Person des Autors vgl. FELLNER/CORRADINI, Österreichische Geschichtswissenschaft, 299.

129 MESSNER, Ordnung, 6.

in die Kultur also „wesensmäßig mit seinem geistigen Sein und Werden eingebettet“.¹³⁰ Für Anton Orel war geistiges Ordnen das Erkennen von Ordnung, deren Abstraktion gleichbedeutend mit Denken.¹³¹ Wolfgang Höfler unterschied ebenfalls mehrere Seinsstufen: Auf der untersten herrschten die reinen Akzidentien vor, als die höchste definierte er die „personale Seins-schicht“. Dem aristotelischen Kategoriensystem verpflichtet, lehnte er eine einzig auf Akzidentien sich beziehende Philosophie ab.¹³² Georg Moth sprach von einer „Rangordnung“ der „irdischen Kulturgüter [...], an deren unterster Stufe der leblose Stoff, an deren Spitze das rein geistige Wesen“ stehe.¹³³

Ansätze eines kosmischen Ordnungsbegriffs sind auch bei Franz Brandl zu erkennen. Er sprach von einer im Plan Gottes liegenden Harmonie zwischen Volk, Staat und Religion: Als Reaktion auf deren Störung beschrieb er eine Reihe historischer Staatsprozesse, wie beispielsweise jene gegen Sokrates, Catilina, Girolamo Savonarola oder Joseph von Hormayr.¹³⁴ Der Polizeijurist forderte freilich nicht letzte Perfektion: Einen Romanprotagonisten ließ er im Gespräch über Leibniz erklären, mit der besten aller Welten habe der Philosoph die relativ beste gemeint, denn „zur absolut besten fehlt es der unsrigen an allen Ecken und Enden“.¹³⁵

Ähnliche Gedanken begegnen bei vielen Autoren der Inneren Emigration¹³⁶, denen die Suche nach einem zeitenthobenen tieferen Sein, etwa in der Ordnung der Natur, die Selbstbehauptung im totalitären Staat erleichterte.¹³⁷ In den Augen von Rudolf Henz wurden durch den Nationalsozialismus „herrliche Begriffe aus dem Organismus der Weltordnung gerissen, zum Absoluten erhoben und damit in Gegensatz zu dieser Ordnung gestellt“.¹³⁸ Als Darsteller des Geschehens um die Jünger Jesu hatte er seine eigene Zeit vor Augen, die er als chaotisch empfand – und an die er daher die Mahnung richtete, sich willig einzuordnen in die Ordnung der ewigen Dinge und Zusammenhänge.¹³⁹ Und wenn er, in einem anderen Roman, Peter Anichs Vater, einen Drechsler, im Gespräch über moderne Altarbauten feststellen ließ, die moderne Kunst sei „nährisch verdreht“, so führte er dies darauf zurück, dass die Menschen „das einfache, das gottgegebene Leben

130 MESSNER, Ordnung, 8.

131 REICHHOLD, Anton Orel, 17.

132 HÖFLER, Bleibende Stände, 227–231.

133 MOTH, Neu-Österreich, 47.

134 BRANDL, Staatsprozesse, 437.

135 BRANDL, Ein Reich, 125.

136 Zur Problematik des Begriffs vgl. STROBEL, Aristokratischer Rückzug, 354.

137 WÖGERER, Innere Emigration, 57 f.

138 HENZ, Mysterium, 224.

139 O. M. FONTANA, Einleitung, 14.

nicht mehr achteten“.¹⁴⁰ Der Begriff der Klarheit rückte für ihn in die Nähe zu dem der Wahrheit¹⁴¹, und sein ganzes Leben lang beschäftigte ihn der Gedanke des *ordo*, der sich einem Schöpfergott verdanke.¹⁴²

Äußerer Ausdruck des *ordo* waren bei Henz eine gewisse stilistische Verschachtelung („die allerdings ‚primitiven Landsknechten‘ zu kompliziert“ sei¹⁴³) und formale Strenge.¹⁴⁴ Demselben Geist entsprang Dietrich von Hildebrands Kritik an einer 1932 gehaltenen Rede des Industriellen Fritz Thyssen gegen den Faschismus, die eine Apologie des Nationalsozialismus gewesen sei: Er „brachte alles in ganz primitiver Form vor, sowohl in der Formulierung der Sätze, wie in der Verwendung von Fremdwörtern – er wirkte völlig naiv.“¹⁴⁵ Diese Bemerkung war dem klassischen Bildungsideal geschuldet, demselben, das auch dem (anonymen) Berichterstatter über eine Rede Kurt Schuschniggs über Österreich als Bollwerk des Abendlands im Jahr 1935 die Feder führte: Er lobte die subtile Sprachbeherrschung des Bundeskanzlers, die sich allerdings „über das leichte Verständnis der großen Masse“ erhebe. Gerade in einer Zeit „der von tausend Parteirednern und überschrien Lautsprechern misshandelten deutschen Sprache“ sei es erfreulich, dass die Rede im Ausland gut aufgenommen worden sei, „in einer Geisteswelt [...], wo Begriffe verstanden und gewürdigt werden, die nicht die der Gosse oder des Urwaldes sind“.¹⁴⁶

Im Bereich der Pädagogik fand das Bekenntnis zum Geordneten im Unterricht der Alten Sprachen ein reiches Betätigungsfeld. Für Richard Meister war deren Erlernung gleichbedeutend mit geistiger Schulung, der Zugang zur „Stufenordnung und Harmonie“ des Kosmos.¹⁴⁷ Die tägliche Arbeit grammatischer Analyse bestehe im steten Zergliedern gegebener und im Bilden neuer Komplexe, verbunden mit der Erfassung der Beziehungen zwischen den Gliedern und der Glieder zum Ganzen. Ziel sei das Erfassen von Gegenständen höherer Ordnung, über die wir zu urteilen haben¹⁴⁸, also ein Anliegen, das auch Wertbewusstsein erfordere.¹⁴⁹

Dass derlei Einschätzungen keineswegs nur zeitgebunden waren, zeigt die hohe Bedeutung, die Wolfgang Höfler noch in den späten siebziger Jahren der auch von ihm als Abbild des Kosmos verstandenen Sprache als We-

140 HENZ, Peter Anich, 39 f.

141 O. M. FONTANA, Einleitung, 7.

142 WÖGERER, Innere Emigration, 122; SUCHY, Utopie, 249.

143 HENZ, Fügung, 183.

144 WÖGERER, Innere Emigration, 77.

145 v. HILDEBRAND, Memoiren, 12.

146 CS 9. 6. 1935; vgl. CARSTEN, Faschismus, 249 f.; NOSER, Die historische Tragik, 218.

147 MEISTER, Humanismus, 142.

148 MEISTER, Bildungswerte, 12.

149 MEISTER, Bildungswerte, 17.

sensmerkmal des Menschen, als Mittel des Denkens und als Ausdruck des kulturellen Niveaus beimaß: „Je reicher die Gedanken, je bunter die Sätze, desto strenger das Gesetz, durch das unser Sprechen aus einem sinnlosen [...] Wust von etlichen Dutzend Lauten herausgehoben wird“¹⁵⁰, war er überzeugt. Sprachen mit großer Formenvielfalt ermöglichten ein differenziertes Denken.¹⁵¹ Das „Wunder der Syntaxen“ und die „Feingliedrigkeit des Satzes (und der Rede) oder der ‚hypotaktische‘ Aufbau“, der „wohl [...] auffallendste Zug unserer Hochsprachen“, versetzte den Chemiker in geradezu philosophisches Staunen.¹⁵²

Für Franz Karl Ginzkey wurde die Seinsordnung in der Natur greifbar: Es gedeihe nichts, was ihren Gesetzen nicht entspreche; auch die Kunst habe sich „den harmonischen Geboten des Ausgleichs und der Anpassung“ zu unterwerfen.¹⁵³ Dann ver helfe sie zu einem besseren Umgang mit der eigenen Zeit „der verworrenen Stimmen, der peinigen den Widersprüche, der qualvollen Ratlosigkeit“. ¹⁵⁴ An der Kadettenschule in Triest (1889–1891) hatte er sich in Adalbert Stifters *Nachsommer* vertieft¹⁵⁵; er schätzte an dem Dichter aus dem Böhmerwald, dass er die freiwillige Einfügung in die Weltordnung verlange, das Natur- und Sittengesetz für unentrinnbar halte und die „Wahrheit im organischen Aufbau alles Lebendigen“ thematisiere.¹⁵⁶ Er selbst habe nie Erhabenheit gesucht, sondern immer nur „Fühlung mit der Natur in allen ihren Reichen“. ¹⁵⁷ Nicht zuletzt verband ihn mit Stifter die Liebe zum Kleinen, Unscheinbaren: Sie erklärt seine Vorbehalte gegen die „blutlose Internationale“ und „die überfeinerte und überspitzte Geistigkeit“. ¹⁵⁸ Hier lag ein Berührungspunkt mit universalistischen Denkern, die Stifter bescheinigten, „den Kampf des höheren Menschen und des höheren sittlichen, geistigen und künstlerischen Gedankens gegen die verfallende Zeit“ erfolgreich geführt zu haben, und seinem Bestreben, Naturgesetze auf die Gesellschaft anzuwenden, Beifall spendeten, weil die Dichtung auf diese Weise in den Dienst der „Versittlichung des Volkes“ trete. Zugleich werde dadurch ständisches Denken verwirklicht – in allen seinen Facetten, insbesondere mit Blick auf die Verbindung aller Stände als Lebensformen, in denen die je spezifischen Besonderheiten zählten.¹⁵⁹

150 HÖFLER, Bleibende Stände, 199.

151 HÖFLER, Bleibende Stände, 210.

152 HÖFLER, Bleibende Stände, 211.

153 GINZKEY, Heimatsucher, 86.

154 Zit. nach K. WAGNER, Heimat- und Provinzliteratur, 237.

155 HEYDEMANN, Literatur und Markt, 16.

156 GINZKEY, Heimatsucher, 96 f.

157 GINZKEY, Heimatsucher, 40.

158 Zit. nach K. WAGNER, Heimat- und Provinzliteratur, 225.

159 StL 1932, 211–220 (I. ROLOFF).

Für Clemens Holzmeister, der in seinen Bauten ebenfalls stets „die Harmonie mit ihrer Umgebung“ anstrebte¹⁶⁰, sie „organisch“ aus den natürlichen Gegebenheiten wachsen ließ¹⁶¹, war Stifter einer „unserer größten Dichter“: Im Rosenhaus im *Nachsommer* sah er „überall [...] das Ganze: jeder Gegenstand ein Teil des Hauses, das Haus nur ein Glied des Ganzen“.¹⁶² Kurt Schuschnigg betrachtete Stifter als geeignete Lektüre für seinen heranwachsenden Sohn.¹⁶³

Bei Josef Marx konkretisierte sich Harmonie als Tonalität.¹⁶⁴ 1909 verfasste er zu diesem Thema eine später preisgekrönte Schrift: *Welche Gesetzmäßigkeit begreift die Musiktheorie unter Tonalität?* 1910 erschien seine Dissertation: *Über die Funktion von Intervall, Harmonie und Melodie beim Erfassen von Tonkomplexen*.¹⁶⁵ Die atonale Musik hingegen, so Franz Brandl, bedeute „Lösung aller Bindungen“; daraus folgerte er: „Die Musik gliedert sich ins Politische ein.“¹⁶⁶

Guido Zernattos mitunter als oberflächliche Bauern- oder Heimatliteratur anmutende Dichtung¹⁶⁷ beschreibt eine überindividuelle Ordnung, die gestört ist, ein Leben, dem die rhythmische Sicherheit abhanden gekommen ist: „Die Natur ist in uns, und wir sind in ihr Teil eines großen Ganzen, auch wenn wir es nicht wissen, auch wenn wir uns hochmütig über sie erheben.“¹⁶⁸ Der Dichter beschränkte sich indes nicht auf die Klage, sondern entwarf eine positive Alternative. Eine Welt, die im Diesseits die Ordnung des Jenseits abbilde, in der Sicherheit Statik bedeutete, hielt er für den geeigneten Raum, das von ihm geforderte Mitleid mit den Benachteiligten und Niedrigen sich entwickeln zu lassen.¹⁶⁹

5.4 Leben und Geist

Das klassische Naturrecht

Nicht nur die katholische Soziallehre beruhte auf dem Neuthomismus (Kap. 3.3), auch universalistische Denker fanden beim Aquinaten, der

160 HOLZMEISTER, Architekt, 271; vgl. HOHENAUER, Clemens Holzmeister, 215.

161 HOLZMEISTER, Bauwerk, 11; vgl. GINZKEY, Heimatsucher, 225.

162 KNOFLER, Clemens Holzmeister, 1272 f.

163 BINDER/H. SCHUSCHNIGG, „Sofort vernichten“, 250.

164 FLOTZINGER/GRUBER, Musikgeschichte, 215.

165 WERBA, Joseph Marx, 249.

166 BRANDL, Kaiser, 166.

167 HANISCH, Der lange Schatten, 334.

168 Zit. nach ZIMMER, Guido Zernatto, 89.

169 ROSSBACHER, Literatur, 100; ROSSBACHER, Dichtung, 541.

seinerseits in aristotelischer Tradition stand, wichtige Anhaltspunkte: Der Satz *anima forma corporis*¹⁷⁰ gab etwa Philipp Bugelnig den philosophischen Rückhalt für seine politischen Überzeugungen.¹⁷¹ Der Kärntner Geistliche wird somit zu einem Kronzeugen des von Friedrich Heer beschriebenen Bemühens, die aus den Veränderungen des 19. Jahrhunderts erwachsenen Aufgaben in der von Thomas selbst vorgegebenen Weise zu meistern, nämlich durch einen gegenüber der Zeit offenen Rationalismus, eine Renaissance der *lex divina*¹⁷², jener von den Gesetzen bloßer Mathematik verschiedenen, gleichsam qualitativ gerichteten Schöpfungsordnung¹⁷³, die auch das Sollen des Menschen sichtbar mache.¹⁷⁴ Dieses christliche, „klassische“¹⁷⁵ Naturrecht ist nicht das aus der in der Antike grundgelegten theistischen Fundierung¹⁷⁶ herausgetretene Naturrecht von Thomas Hobbes oder das von Rousseau, das den Menschen mit seinen Trieben und Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellte und als Garanten des positiven Rechts bedurfte¹⁷⁷ – und im 19. Jahrhundert zu einer einseitigen Überbewertung der Naturwissenschaften auf Kosten der Geisteswissenschaften neigte.¹⁷⁸ Da dieses „moderne“, rationalistische, die Rechte des Staates aus den Rechten des Individuums ableitende, auf den Gesellschaftsvertrag angewiesene und somit in naive Gleichmacherei mündende Naturrecht¹⁷⁹ – Karl Mannheim nannte es „jakobinisch“¹⁸⁰ – erst dort eine Grenze der Freiheit des Einzelnen zog, wo die Freiheit des Nächsten beginnt, trug es nach Auffassung seiner Gegner zur Atomisierung der Gesellschaft bei.¹⁸¹ Für Aristoteles war die Freiheit des Menschen, die natürliche

170 Zur politischen Relevanz des aristotelischen Menschenbildes vgl. REMBOLD, Das Bild, 50 f.; zur Entelechie GUZ, Gott als der Urheber, 156.

171 BURZ, Philipp Bugelnig, 157.

172 HEER, Europäische Geistesgeschichte, 609 f.

173 MANNHEIM, Konservatismus, 79.

174 D. BERGER, Aspekte, 439; GUZ, Gott als der Urheber, 157; HÄRING, Gesetz, 259 f.; SEIDL, Zur Diskussion, passim.

175 Zu diesem Attribut vgl. GUZ, Gott als der Urheber, 159.

176 NEWMAN, Zerstörung, 222 f.

177 MANNHEIM, Konservatismus, 130 f.; zu den unterschiedlichen, historisch begründeten Erscheinungsformen des Naturrechts, etwa zur Annahme eines „konservativen“ und eines „revolutionären“ Naturrechts KLENNER, Der Januskopf, 26 und passim; zum Rechtspositivismus GUZ, Gott als der Urheber, 150.

178 KLOTZ, Probleme 2, 159.

179 HÄRING, Gesetz, 261.

180 MANNHEIM, Konservatismus, 54 und 133.

181 GG 4 (1978), 278–286 (Naturrecht, K.-H. ILTING); G. KLEMPERER, Konzepte, 10–12; MANNHEIM, Konservatismus, 114; vgl. zum Ganzen auch ZIECH, Die ständische Verfassung Österreichs.

Sozialordnung abzuändern, Ausdruck von Unvollkommenheit.¹⁸² Oswald Spengler sah in dieser Art des Rückgriffs auf die Natur ein Wunschbild, das einen doktrinären Zug angenommen habe; demgegenüber sei der Konservatismus praktisch und tatsachenbezogen.¹⁸³ Der Verlust des Kirchenstaates (1870) war für die katholische Kirche, die positivem Recht grundsätzlich skeptisch gegenüberstand, Anlass, das (göttliche) Naturrecht als überzeitliches, von der unveränderlichen Natur des Menschen ausgehenden Wesensrecht zur lehramtlichen Doktrin zu erheben.¹⁸⁴

Thomas von Aquin ist im gegebenen Kontext auch aufgrund seines Beitrags zur Definition der Gerechtigkeit von Belang; seit dem 16. Jahrhundert gehörte das Wesen dieser Kardinaltugend, das platonisch-aristotelische *suum cuique*¹⁸⁵, zum Gemeingut der katholischen Moralthologie.¹⁸⁶ Kurt Schuschnigg hatte dieses gerade von den Jesuiten kultivierte, mit dem aufklärerischen Gleichheitspostulat schwer vereinbare Denken¹⁸⁷ an der *Stella Matutina* in Feldkirch vermittelt bekommen: Walter Adam zitierte den Kanzler mit der Ansicht, soziale Gerechtigkeit sei dadurch gegeben, „dass jedem das Seine wird“.¹⁸⁸ Auch Karl Lügmayr nahm auf diesen Gerechtigkeitsbegriff Bezug.¹⁸⁹ Nur Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi räumte ein, dass allseitige Gerechtigkeit in der Praxis unmöglich sei, dass jeder Gerechtigkeit ein willkürliches Element anhafte, weil es viele verschiedene Proportionen gebe, in denen sie sich darstellen könne; was *suum cuique* im Einzelfall bedeute, bleibe der persönlichen Meinung überlassen.¹⁹⁰

Angelpunkt war die Gegenüberstellung von *iustitia commutativa* (Tauschgerechtigkeit der Bürger gegeneinander) und *iustitia distributiva* (zuteilende, ausgleichende Gerechtigkeit des Staates gegenüber den Bürgern).¹⁹¹ Letztere, im Denken des heiligen Thomas das eigentliche Zentrum¹⁹², ist die Basis des klassischen Naturrechts, dem zufolge Recht etwas ontologisch

182 GG 4 (1978), 254 (Naturrecht, K.-H. ILTING).

183 BOTERMAN, Oswald Spengler, 194; HANISCH/URBANITSCH, Prägung, 63; MANNHEIM, Konservatismus, 53 und 111.

184 SCHÖNBERGER, Positivität des Rechts, 801–803.

185 GG 4 (1978), 266 (Naturrecht, K.-H. ILTING); KONDYLIS, Konservatismus, 68; MAYER-TASCH, Korporativismus, 5; PIEPER, Über die Gerechtigkeit, 45 f.; SEIDL, Zur Diskussion, 193.

186 KUSTATSCHER, Virtus, 378–381.

187 STÖLTING, „Macht und Eliten“, 226.

188 ADAM, Staatsprogramm, 76.

189 K. LUGMAYER, Grundrisse, 109.

190 COUDENHOVE-KALERGI, Ethik, 23 f.

191 HÄRING, Gesetz, 512–514; PIEPER, Über die Gerechtigkeit, 72 f.; 96; REMBOLD, Das Bild, 78–80; vgl. HOHENLOHE, Ständestaat, 10 f.

192 PIEPER, Über die Gerechtigkeit, 81.

Begründetes ist.¹⁹³ Zum aristotelischen Naturrecht gehört selbst die Vorstellung der Überwindung der Natur durch die Kultur. Die wahre Natur, so etwa Edmund Burke, sei die, in der ursprünglich angelegte Potenzialitäten aktualisiert worden seien; aus dieser natürlichen Bestimmung des Menschen seien Hierarchie und Ungleichheit entstanden.¹⁹⁴

Johann Peter Steffes erläuterte 1931 auf der Frühjahrstagung des *Deutschen katholischen Akademikerverbands*, das Naturrecht verwirkliche die gottgewollte Ordnung.¹⁹⁵ Im Umfeld der Französischen Revolution sei eine durch den Nominalismus des ausgehenden Mittelalters vorbereitete Umdeutung erfolgt, die aus dem Naturrecht das auf die Forderung des Augenblicks zugeschnittene Naturgesetz gemacht habe. Das Naturrecht der Aufklärung sei eine rein formale Größe gewesen, einzig der Begründung des politischen Liberalismus dienend. Der Grundsatz „Wer die Macht hat, hat das Recht“ habe zu Rechtspositivismus, Relativismus und Pragmatismus geführt und das Gefühl der Verantwortung vor der letzten Instanz zerstört.¹⁹⁶ Nunmehr sei aber das Versagen des positiven Rechts vielen Menschen bewusst geworden, und es gebe ein neues Bedürfnis nach Metaphysik. Das christliche Naturrecht sei ein Recht der Konstanz; dem Wandel der Dinge trage das positive Recht Rechnung, das folglich im Dienst des Naturrechts stehen müsse.¹⁹⁷

Mit diesem nicht nach den Rechten, sondern nach dem Wesen des Menschen fragenden Naturrecht operierten Neuthomismus und Personalismus; der Solidarismus hielt es für geeignet, sein ständisches Konzept zu untermauern.¹⁹⁸ Franz Martin Schindler¹⁹⁹ und Johannes Messner²⁰⁰ setzten es dem rechtspositivistischen Denken des Liberalismus entgegen. Der Glaube an einen dem Menschen eingeschriebenen Willen Gottes als alleinige Grundlage von Recht und Gewalt²⁰¹ lieferte ihnen Argumente gegen Sozialismus und Liberalismus.²⁰² Vom „modernen“, in der Tradition der Menschenrechte

193 KONDYLIS, Konservativismus, 63–69, 208 und 331–334.

194 KONDYLIS, Konservativismus, 263.

195 SZ 6. 9. 1931 (J. P. STEFFES).

196 SZ 13. 9. 1931 (J. P. STEFFES).

197 SZ 20. 9. 1931, 27. 9. 1931 (J. P. STEFFES); zur Unveränderlichkeit als Wesensmerkmal des Naturrechts vgl. D. BERGER, Aspekte, 433–435.

198 A. RAUSCHER, Die soziale Natur, 35–37.

199 SCHINDLER, Lehrbuch III, 406 f. und 818; KLOSE, Berufsständische Ordnung, 201.

200 Johannes Messners 1949 erschienenes Hauptwerk, in dem er an Thomas von Aquin anknüpft, trägt den Titel *Das Naturrecht*. In der *Kulturethik* (1954) erklärte er, die Grundlagen eines sittlich verantworteten Zusammenlebens ließen sich durch vernünftige Interpretation alltäglicher Erfahrungen finden; ROOS, Entstehung, 112; zum Gegensatz zwischen Messner und Hans Kelsen KLENNER, Der Januskopf, 24–27.

201 LACKNER, Die Ideologie, 65.

202 ANZENBACHER, Christliche Sozialethik, 134 f.

stehenden Naturrecht²⁰³ distanzierten sie sich, in diesem Punkt im Gleichklang mit Othmar Spann, der es als „gleiches Recht“ beschrieb, für ihn „ein unnatürliches, künstliches, verderbliches, atomistisches, wahrheitswidriges, ungerechtes Recht“, nicht als das „Recht der natürlichen Gerechtigkeit“.²⁰⁴ Auch Bundespräsident Miklas war ein Verfechter dieser Auffassung.²⁰⁵ Kurt Schuschnigg beschäftigte sich damit eingehend während seiner Zeit in nationalsozialistischer Haft anhand der Lektüre von Werken von Heinrich Rommen und Ferdinand Frodl.²⁰⁶

Während die Neuscholastik kaum unmittelbaren Zugang zur berufsständischen Idee hatte²⁰⁷, übertrug Friedrich von Weichs ihre Gedanken auf den geplanten Gesellschaftsaufbau, der „auf dem Boden des Naturrechts“ erfolgen müsse.²⁰⁸ Für Georg Moth war dieses die Grundlage des christlichen Kulturgedankens, weswegen er eine entsprechende Umgestaltung der Rechtsordnung forderte.²⁰⁹ Konstantin von Hohenlohe bemühte das Naturrecht als Aspekt jener *philosophia perennis*, in deren Bereich der ihm vorschwebende Ständestaat gehöre²¹⁰, im Sinn des Moraltheologen Peter Tischleder, dem zufolge sich der Staatszweck nicht mit plattem Utilitarismus bestimmen lasse.²¹¹

Oswald von Nell-Breuning forderte die Liebe als leitenden Gesichtspunkt auch in der Wirtschaft, wo nicht nur Vernunft und Ordnung herrschen dürften. Dieser ebenfalls naturrechtliche Ansatz sei schon deshalb unverzichtbar, weil die ausschließliche Geltung von Rechtspflichten einen Nachweis von Ansprüchen erfordern würde, wie er in der Praxis nicht leistbar sei. Wo es nicht um öffentliches Interesse, sondern um individuelle Not gehe, könne der Staat nicht eingreifen; auch sei eine lückenlose gesetzliche Abdeckung aller Bereiche nicht möglich. Daher bleibe nur der Appell an das natürliche Rechtsempfinden, das vom positiven Recht zu scheiden sei.²¹² Oskar Meister sprach vom „sozialen Recht“; das Arbeitsrecht im Wortsinn sei für viele lediglich Ansporn zu sozialem Schmarotzertum: Gerechtigkeit könne nicht allein durch Gesetze geschaffen werden, es brauche sozialen Sinn.²¹³

203 BEYER, Ständeideologien, 137 f.

204 SPANN, Wahrer Staat, 64.

205 LANG, Bundespräsident Miklas, 81.

206 BINDER/H. SCHUSCHNIGG, „Sofort vernichten“, 359.

207 ANZENBACHER, Christliche Sozialethik, 135.

208 v. WEICHs, Der Weg, 13.

209 MOTH, Neu-Österreich, 46.

210 HOHENLOHE, Ständestaat, 9 f.

211 OTTEN, Die „Rettung“, 98.

212 SZ 12. 6. 1927 (O. v. NELL-BREUNING).

213 SZ 6. 5. 1928 (O. MEISTER).

Der körperliche und der geistige Mensch

Oswald Spengler bezeichnete es als einen der Vorzüge der Standes, dass sich der Mensch in ihm über die Mächte der Natur erheben könne: „Noch als Rasse [...] *wird* [Kursivsatz im Or.] er gezüchtet; als Stand aber züchtet er sich selbst, [...] und eben das ist im höchsten und letzten Sinne Kultur.“²¹⁴ Otto Brunner sah eine Analogie zwischen der Herrschaft der Vernunft über die Triebe und jener des Vaters über das Haus bzw. des Staatsmannes über die Polis; aus dieser Trias resultierten die drei Säulen des (altständischen) Gesellschaftsbildes, Ethik, Ökonomik und Politik.²¹⁵

Dietrich von Hildebrand unterstrich in Anlehnung an Aristoteles und an Thomas von Aquin, die Materie habe gegenüber dem Leben dienende Funktion – und dieses, einschließlich des Psychischen, gegenüber der geistigen Person. Das Leben stehe zwischen Materie und Geist, die nicht direkt aufeinander Bezug nehmen könnten.²¹⁶ Der Organismus sei nicht ein Nebeneinander, sondern ein Ineinander verschiedener Kräfte. „Nur der blinde, ehrfurchtslose Blick vermag nicht zu sehen, dass hier eine an Sinn und Wert der Materie überlegene Stufe vorliegt. Den tiefsten Adel des Lebens aber erfassen wir erst, wenn wir das Leben im Menschen betrachten, seine dienende Rolle gegenüber der erkennenden und liebenden geistigen Person. Was ist alles pflanzliche und tierische Leben im Vergleich zur holden Lebensfülle, die uns in einem bewussten, zu sinnvollen Akten befähigten Wesen entgegentritt?“²¹⁷ Man könne das Seelenleben nicht physiologisch erklären – weswegen auch Sigmund Freuds Lehre nicht stichhaltig sei.²¹⁸ „Die heutige Vergottung [...] der vitalen Sphäre im Menschen“ und „mechanische(n) Materialismus und aufklärerische(r) Ehrfurchtslosigkeit“ lehnte er ab.²¹⁹

Im Liberalismus sah von Hildebrand einen „Aufstand gegen den Geist“²²⁰, eine „Diskreditierung der geistigen Person“. Der dadurch verschuldete „perniziöse Antipersonalismus“ drohe „die gesamte abendländische Kultur zu untergraben“. ²²¹ Als Inbegriff einer geradezu „radikalen Ungeistigkeit“ bezeichnete er Bolschewismus und Nationalsozialismus.²²² Ernst Karl Winter

214 SPENGLER, *Untergang*, 967.

215 BRUNNER, *Die Freiheitsrechte*, 188.

216 v. HILDEBRAND, *Memoiren*, 187–189.

217 v. HILDEBRAND, *Memoiren*, 186.

218 v. HILDEBRAND, *Memoiren*, 336.

219 v. HILDEBRAND, *Memoiren*, 185; vgl. v. HILDEBRAND, Engelbert Dollfuß, 70; SEEFRIED, Reich, 212.

220 v. HILDEBRAND, *Memoiren*, 198; vgl. SEEFRIED, Reich, 213.

221 v. HILDEBRAND, *Memoiren*, 192; vgl. Seefried, Reich, 230.

222 v. HILDEBRAND, *Memoiren*, 35; v. HILDEBRAND, Engelbert Dollfuß, 69; vgl. KUGLER, *Die frühe Diagnose*, 158.

stellte an den braunen Eiferern ein Denken in irrationalen Kategorien und einen Mangel an Intellektualität fest; bei Hitler vermisste er den Sinn für Kausalzusammenhänge, fand nur die Übersteigerung von Leidenschaften.²²³

1908–1921 hatte Dietrich von Hildebrand in engem Kontakt zu Max Scheler gestanden²²⁴, einem Schüler Rudolf Euckens (Kap. 4.1).²²⁵ Scheler entwickelte eine Ethik, die über den Formalismus Kants hinausging, indem sie sich als materiale, d. h. konkrete Wertethik auch inhaltlich definierte.²²⁶ Durch die Annahme eines Bestands an Werten, die, anders als Normen, das Handeln als gleichsam apriorische Kategorien aus dem Hintergrund leiten, stellte er dem zeittypischen Relativismus und Nihilismus eine überzeugende Alternative entgegen.²²⁷ Die Werte, so Scheler, würden intuitiv erfasst und seien Gegenstandsbereich der Gefühle; diese wiederum beschrieb er als intentionale Akte, denen, so im Rekurs auf Blaise Pascal („Das Herz hat seine Gründe, die die Vernunft nicht kennt“), Erkenntnisbedeutung zukomme.²²⁸

Ausgehend von der metaphysischen Grundauffassung des Menschen als *animal rationale*, aber skeptisch gegen übersteigerten Rationalismus²²⁹, maß er dem Geist zentrale Bedeutung bei, die er mit dessen Selbst-Bewusstsein begründete. Das Sein des Menschen bestehe einerseits im Werden und Vergehen, andererseits im Vollzug geistiger Akte, und innerhalb des zwischen der Blindheit der bloßen Materie und dem hellen Raum des von dieser unabhängigen Geistes unterschied er diverse Grade der Intentionalität.²³⁰ Das Verhältnis des „Drangs“ (in der Anthropologie: „Leben“) zum Geist beschrieb er als Vermittlungsprozesses („Konkretion“) zweier aufeinander angewiesener Faktoren: Der Geist, der seine Energie vom Drang erhält, ist nicht ein Feind des Lebens, sondern gibt diesem die richtige Richtung, indem er ihn hemmt bzw. enthemmt, bis hin zur Verdrängung (Sublimierung).²³¹ Mit

223 HEINZ, E. K. Winter, 112 f.

224 v. HILDEBRAND, *Memoiren*, 15*; vgl. CONNELLY, *From Enemy*, 110 f.; SEEFRIED, Reich, 195 f.; SEIFERT, Dietrich von Hildebrand, 172 f.; SCHMIDINGER, Max Scheler, 96; eher abschätzig die Bezeichnung „der katholische Vorzeigephilosoph“; O. WEISS, *Rechtskatholizismus*, 42.

225 GOOD, Max Scheler, 15 f.; FELLMANN, *Daseinswelt*, 156; SANDER, Max Scheler, 14.

226 GOOD, Max Scheler, 19 und 31; PÖGGELER, Max Scheler, 159; SANDER, Max Scheler, 56; SCHMIDINGER, Max Scheler, 90; SCHNEIDER, „Vorbilder“, 184.

227 FELLMANN, *Daseinswelt*, 162; FLASCH, *Die geistige Mobilmachung*, 114; SCHMIDINGER, Max Scheler, 97 und 105–107.

228 CORIANDO, *Affektenlehre*, 19–36 und 88 f.; FRINGS, M. Scheler, 15–19; GOOD, Max Scheler, 20 und 26–28; SANDER, Max Scheler, 44, 56 und 89.

229 CORIANDO, *Affektenlehre*, 18 und 25.

230 CORIANDO, *Affektenlehre*, 83–85; GOOD, Max Scheler, 51 f.; SCHMIDINGER, Max Scheler, 100; WITTERIEDE, *Einführung*, 22–26 und 36; ähnlich der Personbegriff von Josef Pieper; PIEPER, *Über die Gerechtigkeit*, 51–54.

231 FELLMANN, *Daseinswelt*, 161 f.; FRINGS, M. Scheler, 20–27; GOOD, Max Scheler, 43, 54 f. und

Descartes teilte er die Auffassung, dass die *affectus* keine blinden Regungen der *animalitas* seien, sondern Vollzugsweisen der *ratio*, die die wahre Welt der Werte ursprünglich und mit einer eigenen Klarheit präsentierten²³², mit Husserl die Annahme „höherer“ Gefühle, die ihn die überlieferte dualistische Spaltung zwischen Rationalität und Emotionalität überwinden ließen.²³³

Dem Menschen maß Scheler eine metaphysische Sonderstellung bei, die er in der Abhandlung *Die Stellung des Menschen im Kosmos* mithilfe des Begriffs der Person begründete: Diese sei das Geistzentrum, lebend im Vollzug von Akten und gekennzeichnet durch eine bestimmte Struktur der Welterfassung.²³⁴ Der Geist sei nicht der Ersatz für den verloren gegangenen Instinkt, also keine Vitalfunktion²³⁵, sondern das Intentionale und Sinnerfüllte, das es erlaube, zwischen Dasein und Wesen zu unterscheiden. Als seinen ersten Grund nahm Scheler die Liebe an (im Sinn von Hingabe an ein anderes Seiendes, Teil-Nahme)²³⁶, als seine besonderen Fähigkeiten nannte er die Anschauung von Wesensgehalten, wie Güte, Reue, Ehrfurcht, Seligkeit oder Verzweiflung. Für diese Tätigkeit des Geistes verwendete er das Wort „Ideierung“ – was viel mehr ist als ein bloßer, allen Lebewesen eignender Akt praktischer Intelligenz. Die Person sei daher vom Ich, dem gleichsam physiologischen Gegenstand der Psychologie, zu unterscheiden.²³⁷

In diesem Sinn wies Scheler jeden biologischen Monismus, so auch den des Nationalsozialismus, zurück.²³⁸ 1927 forderte er die *Deutsche Hochschule für Politik* in Berlin auf, sie möge dazu beitragen, den „uralten tragischen deutschen Gegensatz von Macht und Geist“ zu überwinden und in der Krise der parlamentarischen Demokratie „Diktaturtendenzen von rechts und links“ zu bekämpfen.²³⁹

Nach seinem Tod (1928) wurde Scheler im NR und in der SZ gewürdigt, grundsätzlich zustimmend, etwa wegen der Hochschätzung von Tugenden wie Demut, Gehorsam, Läuterung und Buße, doch nicht ohne den Blick dafür, dass sein Personbegriff mit der katholischen Lehre nur teilweise über-

91; KOLLER, Die soziale Entwürdigung, 57; PÖGGELER, Max Scheler, 151–156; SANDER, Askese, 34 und 42–48; SCHMIDINGER, Max Scheler, 108; WITTERIEDE, Einführung, 30–35.

232 CORIANDO, Affektenlehre, 59; GOOD, Max Scheler, 11.

233 CORIANDO, Affektenlehre, 82 f.; SCHMIDINGER, Max Scheler, 100–102.

234 KOLLER, Die soziale Entwürdigung, 54–56; PÖGGELER, Max Scheler, 159; SANDER, Max Scheler, 94 f.; NR 10. 11. 1928; 17. 11. 1928; 24. 11. 1928; 1. 12. 1928; 8. 12. 1928; 15. 12. 1928 (P. WUST).

235 SCHELER, Die Stellung, 37–40 und 78–89; PÖGGELER, Max Scheler, 147–150.

236 FRINGS, M. Scheler, 36–40.

237 NR 15. 12. 1928 (P. WUST); vgl. FRINGS, M. Scheler, 27–36; GOOD, Max Scheler, 84–86; SANDER, Max Scheler, 89 und 132; SCHMIDINGER, Max Scheler, 104, WITTERIEDE, Einführung, 28 f.

238 So auch Karl Lugmayer, *Sein und Erscheinung*; F. LUGMAYER, Karl Lugmayer, 147.

239 Zit. nach PÖGGELER, Max Scheler, 146.

einstimme, weil er das Sein als Vollzug intentionaler Akte betrachte.²⁴⁰ Was die konservativen Zeitgenossen an ihm schätzten, waren der hohe Stellenwert, den er der in einem Gliedschaftszusammenhang stehenden Einzelperson beimaß, deren Leben zwischen Selbst- und Mitverantwortung verlaufe, das Bild der nicht im Kollektiv untergehenden, sondern als Glied einer Totalität verstandenen Einzelperson²⁴¹, die auch in der politisch-gesellschaftlichen Praxis wichtige Unterscheidung zwischen Ideal- und Realfaktoren²⁴² und die Ablehnung kapitalistischer Werte.²⁴³ 1935 würdigte die SZ den Beitrag von Schelers Personalismus zur Überwindung der utilitaristischen Staatstheorie.²⁴⁴

In Österreich ging von Scheler ein starker Einfluss aus. Genannt seien etwa Josef Dobretsberger, der in den späten zwanziger Jahren in Köln sein Hörer war²⁴⁵, und der Schuschnigg-Vertraute Johannes Hollnsteiner.²⁴⁶ Affinitäten bestanden auch zu Eric Voegelin und zu französischen Theologen des Neuthomismus²⁴⁷ – die ihrerseits in Österreich rezipiert wurden. An vorderster Stelle ist Jacques Maritain zu nennen, ein Vertreter der konservativen kirchlichen Bewegung des *Renouveau catholique*, für den christliche Philosophie und christliche Politik zusammengehörten.²⁴⁸ 1938 lobte die SZ sein Buch *Zukunft der Christenheit*, weil darin mit den Zeitirrtümern abgerechnet und ein Christentum entworfen werde, das an ständischen Föderalismus erinnere.²⁴⁹ Maritain lehnte den individualistischen Liberalismus ab, der mit dem Rationalismus zum Durchbruch gekommen sei und dem er die Verantwortung für die Entstehung von Faschismus und Kommunismus zuschrieb.²⁵⁰ Er zeigte Interesse an Leopold von Andrians *Ständeordnung* und stand mit dem Verfasser in Kontakt.²⁵¹ Im Rahmen der Salzburger Hochschulwochen verkehrte er im Kreis um Dietrich von Hildebrand.²⁵² Kurt Schuschnigg entsann sich des genannten Werks von Maritain 1942 in nati-

240 NR 25. 2. 1928 (M. LEHNER); NR 8. 12. 1928 (P. WUST); vgl. SCHMIDINGER, Max Scheler, 95.

241 NR 30. 6. 1928 (G. BRIEFS); FELLMANN, Daseinswelt, 160.

242 GOOD, Max Scheler, 42 und 81; HENCKMANN, Aspekte, 23; SANDER, Askese, 35; WELSEN, Formen, 183–189.

243 SZ 1. 7. 1928 (G. BRIEFS).

244 SZ 10. 2. 1935; 17. 2. 1935 (Th. BRAUER); vgl. PÖGGELER, Max Scheler, 157.

245 BINDER, Stepan/Dobretsberger, 36.

246 BUCHMAYR, Der Priester, 31 f.

247 ANZENBACHER, Christliche Sozialethik, 128 f.; SCHMIDINGER, Max Scheler, 103.

248 D. BERGER, Aspekte, 427.

249 SZ 20. 2. 1938 (F. TRAUTENAU); zu Maritains gesellschaftspolitischen Überlegungen FLASCH, Die geistige Mobilmachung, 124.

250 DE FELICE, Deutungen, 74–77.

251 DOROWIN, Retter, 92; SCHUMACHER, Leopold Andrian, 47.

252 KUGLER, Die frühe Diagnose, 122.

onalsozialistischer Haft und empfahl es seinem Onkel Hermann Wopfner.²⁵³ Aus demselben Geist heraus beschäftigte er sich in dieser schweren Zeit auch mit dem ebenfalls dem *Renouveau catholique* nahestehenden deutschen Schriftsteller Reinhold Schneider (*Macht und Gnade, Philipp der Zweite oder Religion und Macht*).²⁵⁴

„Wer ohne Gott die Welt erklären und dem Menschen Ziele setzen will, dessen Denken verflacht sich fast unvermeidlich, und um seine Ethik wittert der fade und für feinere Sinne widerliche Geruch der Vulgarität“, erklärte Leopold von Andrian. Er nahm eine stetige Höherentwicklung der „animalischen Seele [...] durch die immer höheren Gattungen des Tierreichs“ an, die den Einklang suche „zwischen ihrem Trieb nach Zentrierung und ihrem Gesetz der seelisch-leiblichen Entfaltung ins Große und Differenzierte, das ihrem Naturtrieb eignet“; im Menschen vollende sich diese Entwicklung. Der Wille erhöhe sich vom „blinden“ über den „schlicht-bewussten“ zum „freien“.²⁵⁵

Im StL erläuterte Edgar Dacqué, es gebe zwar stammesgeschichtliche Zusammenhänge zwischen Mensch und untermenschlicher Natur und eine Vielzahl analoger Entwicklungsgesetze, aber größer sei die Zahl der grundlegenden Unterschiede: Das Tier sei auf biologische Aspekte reduziert, der Mensch sei ein Geistwesen, gekennzeichnet von der Bereitschaft, um einer Idee willen auch Opfer zu bringen; die organische Natur sei zwar vorhanden, aber nicht allein bestimmend.²⁵⁶ Georg Moth aktualisierte diesen Gedanken, indem er Hitlers Glaubenssatz „Der Körper ist die Grundlage des Geistes“ das Schillerwort „Es ist der Geist, der sich den Körper schafft“ entgegensetzte.²⁵⁷ Konstantin von Hohenlohe bezeichnete die Unterscheidung zwischen Mensch und Tier als ein Wesensmerkmal des Christentums.²⁵⁸ Die katholische Soziallehre leitete aus diesem Gegensatz die Notwendigkeit von Überlieferung und Erziehung ab: Der Mensch brauche eine Atmosphäre des Vertrauens und der Geborgenheit schon deshalb, weil ihm die den niedrigeren Wesen eignende Instinktsicherheit fehle.²⁵⁹ Im StL propagierte Julius Evola den klassischen Gedanken der Form als Regulativ des Stoffes. Im indischen Kastenwesen fand er jene „opferhafte“ Seinsweise verwirklicht, die er der auf *cupiditas* beruhenden des Westens gegenüberstellte. Sie bedeute die Hochschätzung von Grenzen jeder Art und die Unterordnung des Niedrigen unter das Höhere.²⁶⁰

253 BINDER/H. SCHUSCHNIGG, „Sofort vernichten“, 243.

254 BINDER/H. SCHUSCHNIGG, „Sofort vernichten“, 203 f., 211, 215, 231, 257 und 260.

255 v. ANDRIAN, Ständeordnung, 146 f.

256 StL 1931, 413 f. (E. DACQUÉ).

257 MOTH, Neu-Österreich, 34 f.

258 HOHENLOHE, Ständestaat, 4.

259 A. RAUSCHER, Die soziale Natur, 25.

260 StL 1935, 90 und 95–98 (J. EVOLA).

Karl Lugmayer definierte die Person als Geistwesen, das erkennt, entscheidet und will; sie gehe nicht in der physisch-biologischen Erscheinung auf, sondern stelle den Körper lediglich in ihren Dienst. Im Körperlichen sei der Mensch den Tieren, im Geistigen Gott ähnlich.²⁶¹ Auch er widmete dem Unterschied zwischen Mensch und Tier breiten Raum. Ausführlich nahm er zu dem 1932 erschienenen Werk *Theoretische Biologie* von Karl Ludwig von Bertalanffy Stellung²⁶², eines nach dem „Anschluss“ in Wien habilitierten Zoologen.²⁶³ Schwere Vorbehalte gegen dessen „Verkennung der organischen Ganzheit“ ließen ihn resümieren: „Von der Biologie aus gibt es keinen Weg zum Individuum, das heißt zum Ich.“²⁶⁴

Lugmayer unterschied zwischen der unterscheidenden und entscheidenden Person und dem vom Unterbewusstsein dominierten Lebewesen. An dieses werde etwa im Wahlkampf appelliert, weswegen es sich bei einem solchen um eine Verletzung des Persönlichkeitsprinzips handle: Es sei nicht rechtens, gewisse Vorstellungskomplexe im Bewusstsein des Wählers zur Herrschaft zu bringen. Daher müsse sich die Gesellschaftslehre um andere Formen des Staatsaufbaus als die des allgemeinen Wahlrechts bemühen.²⁶⁵ Für Lugmayer lag im Verhältnis der beiden Pole Geist und Leben zueinander das Kriterium für die Zuweisung des Platzes an jeden Einzelnen im Kosmos, einem als Stufenfolge definierten, durch unterschiedliche Grade der Würde gekennzeichneten System, das Teil des Wortnetzes *ordo* ist.²⁶⁶ Daraus resultieren, proportional zum erreichten Grad an Harmonie und somit an qualifizierenden Charaktereigenschaften, unterschiedliche Grade an Freiheit der Person – und somit abgestufte politische Rechte.²⁶⁷

Hier schwingt Gedankengut von Othmar Spann mit: Dieser sah die Unterschiede zwischen den Ständen im Geistigen und definierte sie je nach ihrer Hinordnung zum Ganzen: Die geistig höheren Stände sollten die niederen führen.²⁶⁸ An der Spitze von Spanns Ständeordnung standen, wie bei Platon, die Weisen, denen er auch entsprechende Führeigenschaften bescheinigte.²⁶⁹ Obwohl er der Gesundheit, überhaupt dem Biologischen einen

261 BADER, Karl Lugmayer, 13; TARMANN, Die Persönlichkeit, 55.

262 K. LUGMAYER, Sein II, 303–314.

263 F. HARTMANN, Geistiger Anschluss?, 174.

264 K. LUGMAYER, Sein II, 307 f.

265 K. LUGMAYER, Philosophie, 114.

266 GG 6 (1990), 156 (Stand/Klasse, O. G. OEXLE).

267 BUSSHOFF, Dollfuß-Regime, 177.

268 SPANN, Wahrer Staat, 208–220; BECHER, Der Blick, 119; BOHN, Ständestaatskonzepte, 35; DIAMANT, Katholiken, 215; HEINRICH, Schlüsselbegriffe, 348–350; RESELE, Ständestaatskonzeption, 24–29; STREITENBERGER, Leitbild, 232; H. WALTER, Ständewesen, 11–16.

269 GAUGER, Gemeinwohl, 95; RESELE, Ständestaatskonzeption, 28 f.; SCHNELLER, Zwischen Romantik und Faschismus, 42; SIEGFRIED, Universalismus, 74.

hohen Stellenwert einräumte, betonte er in seinem philosophischen Gesamtentwurf ausdrücklich den Vorrang des Geistes.²⁷⁰

Guido Zernatto war der Gedanke wichtig, dass die Seele des Menschen viel mehr sei als eine bloße „Funktion des Körpers“²⁷¹ oder „ein rein naturwissenschaftliches Phänomen“.²⁷² Für Friedrich von Weichs war es das Kennzeichnen einer „vergangenen edleren Zeit“, dass der Geist auch im Bereich gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ordnungen „über die ohnmächtige Stofflichkeit“ gesiegt habe.²⁷³ Mit dieser Überzeugung nahm er eine Erkenntnis moderner Soziologie vorweg, der zufolge für die zunehmende Geschlossenheit der Oberschichten in der Neuzeit Disziplinierung und Selbstkontrolle maßgeblich gewesen seien, Eigenschaften, die auch das Distinktionsmerkmal gegenüber den unteren Ständen bildeten.²⁷⁴

Auf ähnlichem weltanschaulichen Substrat entwickelte Franz Brandl seine politischen Überzeugungen: „Wehe den Regierenden, die sich von den Leidenschaften der Regierten beherrschen lassen, wehe den Regierten, die sich von der Leidenschaft ihrer Führer verblenden lassen.“²⁷⁵ Im österreichischen Ständestaat, so Paul Thun-Hohenstein, habe diese Gefahr aber nicht bestanden, denn nach den unheilvollen Auswirkungen des Nationalitätenkampfes im 19. Jahrhundert, die der Humanität abträglich gewesen seien, rage Österreich nunmehr (sc. 1937, E. K.) „als eine Insel der europäischen Kultur aus dem Meer der entfesselten politischen Leidenschaften“.²⁷⁶

Für eine in noch höherem Grad ein Gegenbild zum Geist darstellende Form der Übermacht des Biologischen steht Franz Georg Strafellas²⁷⁷ Abhandlung *Der sozial Primitive*, die auf Theorien des italienischen Arztes Cesare Lombroso Bezug nahm.²⁷⁸ Diesem zufolge gebe es den Typus des angeborenen Verbrechers, der zwischen dem Geisteskranken und dem Primitiven stehe. Nicht die Tat an sich sei somit Gegenstand des Strafrechts, sondern der Täter. Mit derlei extremen Ansichten weit jenseits des weltanschaulich-ethischen Horizonts der Mehrzahl der Mandatäre des Ständestaates

270 BECHER, *Der Blick*, 124; JÜTTE, *Zwischen Ständestaat und Austrofaschismus*, 261; SIEGFRIED, *Universalismus*, 210.

271 ZERNATTO, *Vom Wesen*, 152.

272 ZERNATTO, *Vom Wesen*, 118.

273 v. WEICHs, *Der Weg*, 5.

274 SCHWINN, *Ständische Verhältnisse*, 80 f.

275 BRANDL, *Ein Reich*, 156.

276 THUN-HOHENSTEIN, *Österreichische Lebensform*, 22 f.

277 Bekannt ist der Autor durch die Verwicklung in die sogenannte Phönix-Affäre, einen spektakulären Korruptionsfall im Versicherungsbereich; vgl. ACKERL, *Phönix-Skandal, passim*; Anita KÖRP, *Der Aufstieg*, 104.

278 Zum Kontext vgl. PAYNE, *Geschichte*, 42.

stehend, betonte Strafella, dass auch Verbrecher sich zusammenschließen und „mit eigenen Klassenbegriffen, eigenen Klassenvorurteilen und eigenen Ehr- und Rechtsbegriffen“ operierten.²⁷⁹

Adolf Lenz distanzierte sich von dieser Auffassung: Lombrosos Namen ausdrücklich nennend, forderte der Grazer Strafrechtler, die Kriminalbiologie müsse die Tat und nicht den Täter zum Ausgangspunkt machen.²⁸⁰ Andere Stellen seines Lehrbuchs rücken gleichwohl den Täter in den Mittelpunkt, wobei Umwelteinflüsse betont werden. Das Verbrechen bezeichnete Lenz als „Aktualisierung einer körperlich-seelischen Potentialität der Persönlichkeit unter dem Einfluss der Umwelt“. Die Persönlichkeit verstand er als „Ganzheit von ererbten und erworbenen Dispositionen und Strukturen“.²⁸¹ Er stellte sie als ein besonderes Ganzes mit eigenen Gesetzen dem Weltganzen gegenüber. Obwohl jedes Lebewesen „als Mikrokosmos im Makrokosmos der Welt“ stehe, habe es seine Besonderheit bewahrt, die Einheit von Subjekt und Objekt trete in verschiedenen Graden in Erscheinung. Er wollte im Individuum nicht einfach das Naturgesetz wiederfinden, sondern suchte das Schöpferische in ihm, den in der Natur des Menschen liegenden Hang zur Absonderung von der Umwelt. Hierbei nahm er eine Stufenfolge an, die bei den elementaren Leistungen des Innenlebens beginne; je höher ein Mensch aufsteige, desto mehr Gewicht erlange die Individualgesetzlichkeit gegenüber der allgemeinen. Lenz sprach von „Individuation des Lebens“, die bei der „gestalteten“ Persönlichkeit in subtilerer Weise erfolge als bei der „ungestalteten“.²⁸² Der „Unterbau“ des physiologischen Geschehens erhalte durch die fortschreitende Entwicklung der Kultur einen seelischen, immer individuelleren „Überbau“. Durch die wechselseitige Durchdringung von Natur und Kultur würden die Individuen in unendlichen Varianten geschaffen.²⁸³

Bei der Beschreibung der menschlichen Anlagen bediente sich Lenz des Begriffs der Neigung, für ihn „eine Anlage zu körperlich-seelischem Wirken bestimmter Art“. So werde das Leben aus dem bloßen Zufall des einmaligen Reizes herausgehoben, der Lebenslauf zum Schicksal gestaltet.²⁸⁴ Er richtete sein Augenmerk auf die Korrelationen verschiedener Neigungen innerhalb der Ganzheit der Persönlichkeit: Optimale wechselseitige Abstimmung bedeute Harmonie. Er wusste aber, dass dieses Ideal nur im Individuum mit

279 STRAFELLA, *Der sozial Primitive*, 18.

280 LENZ, *Grundriss*, 7 f.

281 LENZ, *Grundriss*, Vorwort.

282 LENZ, *Grundriss*, 1–5.

283 LENZ, *Grundriss*, 9.

284 LENZ, *Grundriss*, 32.

dem höchsten Grad der Persönlichkeit erreichbar sei. Am unteren Ende der Skala siedelte er den Verbrecher an.²⁸⁵

Die Persönlichkeit stelle sich nur in ihren Gliedern dar. Jedes Glied sei durch das Ganze bestimmt und zerlege sich in weiterer Ausgliederung; so werde auch das Wesen der Persönlichkeit erkannt. Unter deren Teilstrukturen gebe es eine Rangordnung; manche könnten gegenüber anderen vorherrschend sein. Beim einen stehe das vegetative Leben, beim anderen das geistige Leben obenan. In ihrem Verhältnis zum Ganzen hätten jedes körperliche Organ und jede seelische Struktur einen verschiedenen Rang. Daher sei die Ausbildung einer Mitte der Persönlichkeit wesentlich; dieser wiederum unterlägen mehrere Neigungen. Jedes Glied des körperlichen Organismus und jede Funktion der seelischen Ganzheit sei durch Mittelglieder mit dem Ganzen verbunden. Jedes Mittelglied stehe im Verhältnis der Führung gegenüber dem untergeordneten und in dem der Nachfolge gegenüber dem übergeordneten.²⁸⁶

Die Vorbehalte des Strafrechtlers gegen einseitige Überbewertung des Biologischen sind nicht zu übersehen. Er teilte sie mit anderen Denkern, die die Bekämpfung von Trieben im weitesten Sinn forderten.²⁸⁷ Leopold Engelhart, der erste Generalsekretär der KA²⁸⁸, erklärte die Fähigkeit, die „unheimlichen Mächte der Seele“ zu bannen²⁸⁹, zum entscheidenden Kriterium, das einen „Führer“ ausmache.²⁹⁰ Eine Parallele dazu ist Othmar Spann's Einschätzung, der Großteil der Menschen führe ein weitgehend triebhaftes Leben: Soldaten, Fabrikarbeiter, Handwerker, auch Bauern – und nicht zuletzt die Parvenüs des liberal-individualistischen Zeitalters, der „Pöbel im Seidenhut“. Der Wiener Philosoph leitete daraus die Forderung nach Unterordnung des geistig Niederen unter das geistig Höhere ab²⁹¹; er bedauerte es, in einer hedonistischen Erlebnisgesellschaft leben zu müssen, die geistiger Autorität im Wege steht.²⁹² Hermann Peichl sah die Heiligung des Sonntags gefährdet, weil das Vergnügen an die Stelle der Ruhe dringe.²⁹³

Der Hang seiner Zeit zu oberflächlichem Vergnügen störte auch Richard Kerschagl: Als Finanzwissenschaftler forderte er daher Reformen bei Aufwandssteuern, beispielsweise bei der Lustbarkeitsabgabe und der Zech-

285 LENZ, Grundriss, 36.

286 LENZ, Grundriss, 54–59.

287 HANISCH, Konservatives und revolutionäres Denken, 25.

288 LIEBMANN, Katholische Aktion, 608 und 613.

289 ENGELHART, Führertum, 46.

290 ENGELHART, Führertum, 95.

291 MEYER, Stand, 196; ROSSBACHER, Literatur, 97 f.

292 LK, 43 (F. ROMIG).

293 PEICHL, Der Altar, 136.

steuer, die sozialistischen, wenn nicht marxistischen Charakter trügen.²⁹⁴ Trete in Europas Wirtschaftspolitik nicht ein die Weltwirtschaft mitberücksichtigender Gesinnungswandel ein, drohe dem Kontinent eine gefährliche Marginalisierung.²⁹⁵

Die Kritik an der einseitigen Ausrichtung auf rein Körperliches auf Kosten des Geistes mit ihren politischen Implikationen kehrte 1931 im NR in einem Beitrag über nationalsozialistische Schulpolitik wieder, für die ein gesunder Körper das wichtigere Erziehungsziel war als geistige Bildung.²⁹⁶ Guido Zernatto führte den Diskurs über die Überbewertung des Körperlichen auf der philosophischen Ebene: Sie stehe für die Überzeugung, dass mit dem Tod alles ende; unmäßiger Lebenshunger sei Ausdruck von Todesangst.²⁹⁷

An dieser Stelle wird der Kulturbegriff Leopold von Andrians aktuell, nämlich die „Veredelung kollektiver Naturhaftigkeiten“ einschließlich der von den Vorfahren ererbten Lebensbedingungen. Kultur und Natur flößen ständig ineinander über.²⁹⁸ Rudolf Henz sprach von Pflege und Veredelung all dessen, „was irgendwie der menschlichen Beeinflussung unterliegt, also die Natur, [...] der menschliche Geist und schließlich der Charakter“.²⁹⁹ Für Georg Baumgartner sollte Kultur „volle rückhaltlose Anerkennung der Natur“ sein, „ein freudiges Jasagen zu den gegebenen Seinsrealitäten“.³⁰⁰ Guido Zernatto nannte die Kultur „ein Zwischenreich. [...] eine Welt über der Welt und doch kein Jenseits, sondern aus der Welt genommen und auf sie bezogen“, einen Versuch „der Menschheit, sich mit irdischen Mitteln zu erlösen“³⁰¹, eine Weltidee, die der menschlichen Existenz einen höheren Sinn verleihe, indem sie sie über die animalische Bestimmung der bloßen Erhaltung des nackten Lebens hinaushebe.³⁰² Josef Bick, der mit Kunst und Literatur in täglicher Berührung stehende Direktor der Österreichischen Natio-

294 SZ 29. 4. 1934 (R. KERSCHAGL).

295 SZ 29. 3. 1936 (R. KERSCHAGL).

296 NR 12. 9. 1931 (Z. FISCHER OFM).

297 ZERNATTO, Vom Wesen, 153; es dürfte kaum statthaft sein, die Bedeutung des Turnunterrichts in den österreichischen Schulen in den dreißiger Jahren in der Weise zu betonen, wie es kürzlich unter Berufung auf selektiv ausgewählte Quellen geschehen ist; GOBER, Schule, 115–129; die Sportpolitik des Ständestaates betraf vor allem den außerschulischen Bereich, wobei man sich teilweise unter Zugzwang aus Deutschland wählte; MARSHIK, Turnen, passim.

298 v. ANDRIAN, Oesterreich, 145–147; vgl. CS 28. 2. 1937, 190 f. (W. BREITENFELD); DOROWIN, Retter, 98.

299 VENUS, Rudolf Henz, 11.

300 BAUMGARTNER, Arbeit und Erwerb, 35.

301 ZERNATTO, Vom Wesen, 139 f.

302 ZERNATTO, Vom Wesen, 143.

nalbibliothek, suchte in der Freizeit das Naturerlebnis in Gartenpflege und Jagd.³⁰³ Erich Braumüller-Tannbruck sprach von der „Schönheit und Größe der Natur“, die sich die Menschen zum Vorbild genommen hätten, um Großes zu schaffen.³⁰⁴ Einen „scharfen Blick für alle Erscheinungen der Natur“ bezeichnete er als Voraussetzung für kulturelle Leistungen des Menschen.³⁰⁵ Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi nannte den Geist die spezifische Waffe des Menschen, jene, die ihn von anderen Lebewesen unterscheide und die Naturgesetze in Moralesetze umwandle: Der Satz „Zurück zur Natur“ sei daher nicht gleichbedeutend mit „Zurück zur Primitivität“.³⁰⁶ Und: „Je weiser und beherrschter ein Mensch, umso mehr emanzipiert er sein Handeln von blinden Trieben und richtet es auf bewusste Zwecke; je primitiver ein Mensch, desto abhängiger ist sein Handeln von den Affekten des Augenblickes.“³⁰⁷

In Hans Karl Zeßner-Spitzenbergs Denken nahm Kulturpolitik einen zentralen Stellenwert ein; er bezeichnete sie als Gegensatz zur Machtpolitik.³⁰⁸ Noch expliziter als andere Mandatare richtete er in diesem Zusammenhang an den Staat die Forderung, den sittlichen Eigenwert des Menschen zu respektieren und diesen nicht, wie der Nationalsozialismus, lediglich als Mittel für den Staat und die im Vitalen stehen gebliebene Volksgemeinschaft zu betrachten.³⁰⁹

Kunst, Wissenschaft und Intellektualität

Eine der Formen der Überwindung des rein Vitalen ist die Kunst. Clemens Holzmeister definierte sie als „Ausdruck der Persönlichkeit“; sie weise „über das allein Nützliche, Erdgebundene hinaus, dadurch erst bekommt sie als Bildnerin der Menschen ihren letzten Sinn und ihre Berechtigung. [...] als ein von Gott den Menschen übertragenes Amt erst erhält sie ihre überragende Bedeutung“.³¹⁰

Eine dem Künstler eignende Fähigkeit ist die Intuition: Paul Thun-Hohenstein bezeichnete „intuitive Sicherheit“ als ein „Charakteristikum

303 GREGOR, Josef Bick, 43.

304 BRAUMÜLLER-TANNBRUCK, Salzburg, 2.

305 BRAUMÜLLER-TANNBRUCK, Salzburg, 6.

306 COUDENHOVE-KALERGI, Ethik, 122.

307 COUDENHOVE-KALERGI, Ethik, 2 f.

308 K. P. ZEßNER-SPITZENBERG, Hans Karl, 62.

309 EBNETH, Wochenschrift, 76.

310 KNOFLER, Clemens Holzmeister, 1274.

des Österreichers“, der seinem Wesen nach ein Denker sei.³¹¹ Mit diesem Gedanken verwandt ist Skepsis gegen die Mathematisierbarkeit aller Verhältnisse des Daseins und gegen strenge Erfahrungswissenschaft.³¹² Für Friedrich Funder liege einer solchen „kahle Intelligenz“ – so zitierte er aus 1933 geäußerten Gedanken Oswald Spenglers – zugrunde, ein „Geist ohne Blut, der alles kritisch zernagt“ (allerdings der „Geist des Tages“³¹³), für Herbert Stourzh das, was „Halbgebildete“³¹⁴ kennzeichne. Dem Historiker Franz Kolb bescheinigte ein an strengen Regeln der Kunst orientierter Biograph, dass er trotz professioneller Methodik nicht nur „mit kaltem Verstand“ gearbeitet habe.³¹⁵

Friedrich Schiller hätte einen solchen Menschen als „Brotgelehrten“ bezeichnet. Der Dichter, der auch als Historiker hervorgetreten war, wurde 1905, hundert Jahre nach seinem Tod, zum Gegenstand eines Vortrags von Oswald Redlich in der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Thema war die Jenaer Antrittsvorlesung als Auseinandersetzung mit der rein verstandesmäßigen Aufklärung einerseits und der erwachenden genetischen Denkweise andererseits. Nicht nur an äußeren Fakten, sondern an deren geistigen Hintergründen interessiert, lobte Redlich Schillers klassische Dramen als Vollendung von dessen historischer Arbeit: Sie seien nicht dramatisierte Geschichte, sondern historische Wahrheit, die sich als eine „innere“ konkretisiere.³¹⁶ In ähnlicher Weise äußerte sich dieser professionelle Vertreter der Zunft Jahre später über Franz Grillparzer, der manches Ergebnis „harter“ Wissenschaft intuitiv vorweg genommen habe: „Er hat geschaut, was die Historiker erst nach ihm erforscht haben.“³¹⁷ Im *König Ottokar* und im *Bruderzwist* habe er bewiesen, dass Historiographie und Dichtung keineswegs unversöhnliche Gegensätze seien. Auch der Historiker brauche – über das kritische Instrumentarium hinaus – Kenntnis der Menschen, ihrer Seele, ihrer Leidenschaften, der Bedingtheit des menschlichen Wesens durch die Natur. 1901 zitierte er Grillparzer mit dem Satz: „Der Geschichtsschreiber weiß wenig, der Dichter aber muss alles wissen.“³¹⁸

Andere Denker hoben den Wert der geistigen Arbeit im Allgemeinen her-

311 THUN-HOHENSTEIN, Österreichische Lebensform, 42.

312 BECHER, Der Blick, 115; KALTENBRUNNER, Europa, 386; RESELE, Ständestaatskonzeption, 12 f.

313 FUNDER, Vom Gestern, 169.

314 Diesen Begriff verwendete Herbert Stourzh in seiner faschismuskritischen Haltung; H. STOURZH, Gegen den Strom, passim.

315 KRAMER, Franz Kolb, 575.

316 SANTIFALLER, Oswald Redlich, 164–167.

317 REDLICH, Grillparzer, 39.

318 Zit. nach SANTIFALLER, Oswald Redlich, 166.

vor, den der Liberalismus übersehen habe.³¹⁹ Franz Martin Schindler bezeichnete diese als gleich wertvoll wie die körperliche; es dürfe nicht nur die direkte Produktivität zählen, denn alle Tätigkeiten seien sittlich gleichwertig. Sein Arbeitsbegriff umfasste auch das in Kultur und Wohlfahrt Geleistete, sogar das Gebet der Ordensleute.³²⁰ Johann Kleinhappl SJ erklärte, Arbeit schaffe nicht nur wirtschaftliche, sondern auch geistige und sittliche Werte; nur wenn es um „wirklich wertschaffende Arbeit“ gehe, könne dieser Begriff überhaupt zur Anwendung kommen, denn „für die bloß raffende Tätigkeit [...] ist in der echten ständischen Gesellschaft kein Raum“. ³²¹ Auch in Othmar Spanns universalistischem System war die Wirtschaftstätigkeit gegenüber religiöser, künstlerischer und sittlicher Tätigkeit nachrangig; die geistigen Berufe schafften ein „Kapital höherer Ordnung“. ³²² Johann Stigleitner begründete mit diesem Argument seine Kritik am physiokratischen System. ³²³ Besonders pointierte Worte für den Vorrang des Geistigen fand Guido Zernatto: „Die Vervollkommnung des Menschen geschieht in der Hauptsache auf geistigem Gebiet. Die Vervollkommnung und Umschaffung der außermenschlichen Natur geschieht in der Hauptsache auf materiellem Gebiet.“ ³²⁴

1924 gab Karl Lugsch eine Definition von Arbeit: „Arbeit ist jede Tätigkeit, die geeignet ist, ein Bedürfnis der menschlichen Wesenheit/Natur zu befriedigen.“ ³²⁵ Leistung betrachtete er als Äußerung personalen Wirkens, die über den seelisch-biologischen Bereich hinausgehe; sie zu quantifizieren wäre mit dem Personbegriff nicht vereinbar. ³²⁶ Er räumte aber ein, dass auch die geistige Arbeit materielle Güter brauche, und warnte davor, geistige und körperliche Arbeit gegeneinander auszuspielen. ³²⁷

Richard Meister stellte das Leben der Kultur, eines Raumes maximaler Freiheit, der Eigenart des Staates, des am straffsten organisierten aller Systeme, gegenüber: ³²⁸ Die Lebensaufgabe des Einzelnen sei mit der Ausfüllung der beruflichen Stellung nicht erschöpft. Ebenso wichtig wie das Verhältnis des Individuums zur Arbeitsgemeinschaft sei dessen Beziehung zur Kulturgemeinschaft des je eigenen Volkes, umso mehr, als der Stufenbau vom In-

319 SENFT, Im Vorfeld, 68 f.

320 SCHINDLER, Lehrbuch II, 351–354.

321 CS 23. 12. 1934 (J. KLEINHAPPL SJ).

322 DIAMANT, Katholiken, 212; H. WALTER, Ständewesen, 112.

323 STIGLEITNER, Volkswirtschaftslehre, 22.

324 ZERNATTO, Vom Wesen, 139.

325 K. LUGSCH, Linzer Programm, 35.

326 K. LUGSCH, Philosophie, 107–109.

327 K. LUGSCH, Sein II, 363 f.

328 LECHNER, Sinn und Aufgaben, 157.

dividuum zur Menschheit nunmehr komplexer sei als in früheren Zeiten.³²⁹ Meister nahm eine „Zonengliederung der Kultur“ an, einen Stufengang, zu dem ein Bekenntnis zur Höherordnung der geistigen Werte gehörte. In Anlehnung an Aristoteles unterschied er zwischen notwendigen, dienlichen und schönen Dingen. Das Schöne bildete in seinen Augen eine Wirkungsganzheit mit dem sittlich Guten, die „Kalokagathia“ der Griechen.³³⁰ „Kulturpädagogie“³³¹, der er war, wurde er nicht müde, die humanistische Bildung gegen den Vorwurf zu verteidigen, sie sei unpraktisch. Schon 1920 sah er „autoritative Mächte“ sich emporschwingen, deren Zugriff es die jungen Menschen zu entziehen gelte. An der griechischen Ethik schätzte er, dass sie ihre Forderungen „ohne Vermittlung egoistischer und utilitaristischer Reflexion“ begründet habe.³³² Kurt Schuschnigg spannte den Bogen weiter zur *Arete* des Aristoteles.³³³

Die katholisch-konservative Presse schenkte den Akademikern in der Gesellschaft große Aufmerksamkeit.³³⁴ Josef Eberle sah in ihnen jene ausgleichende Gruppe, die in einer Zeit der „Überpraktiker“ als Anwältin der Prinzipien und Ideale besonders wichtig sei. Sie sähen weiter als die Mehrheit der Menschen und ließen sich nicht von der Tagespolitik den Blick für große Zusammenhänge trüben.³³⁵ Gern machte er die SZ daher zum Forum für Intellektuelle, die im Akademiker, insbesondere im christlichen, den eigentlich berufenen Führer des Volkes erkannten. Sein Wissen und die Fähigkeit, sich in neue Gebiete rasch einzuarbeiten, verleihe ihm eine natürliche Autorität, die auf einer „Seelenhaltung“, nicht auf „Kadavergehorsam“ beruhe. Mit Blick auf seine großen Aufgaben möge er sich aber vor ungesundem Dünkel in Acht nehmen.³³⁶ Karl M. Stepan setzte sich für die Bildung katholischer Eliten ein.³³⁷

Franz Kolb kultivierte akademisches Selbstbewusstsein als Mitglied der Studentenverbindung *Tirolia*.³³⁸ 1919 zitierte er anlässlich des 25-jährigen Bestehens derselben³³⁹ den Brixner Weihbischof Sigismund Waitz, seinen

329 MEISTER, Bildungswerte, 21–23.

330 KAINZ, Hauptprobleme, 103 f.

331 Vgl. HÖRBURGER, Geschichte, 190. BREZINKA, Pädagogik, 113; auch „Kulturpropädeutik“ ist ein brauchbarer Terminus; WALLRAF, Kultur, 222.

332 MEISTER, Bildungswerte, 24.

333 CS 17. 6. 1934 (K. SCHUSCHNIGG).

334 Vgl. hierzu G. HARTMANN, Eliten, 227 und 230.

335 SZ 9. 1. 1927 (J. EBERLE).

336 SZ 19. 3. 1933 (E. KLAUSENER).

337 BINDER, Stepan/Dobretsberger, 14 f.

338 KOLB, Tirolia, 54, 67.

339 Vgl. BINDER, Politischer Katholizismus, 28 f.

einstigen Lehrer³⁴⁰, der als das höchste Ziel eines katholischen Akademikers „die Aristokratie des Geistes und Herzens in einer Zeit der Umwertung aller Werte“ bezeichnet habe.³⁴¹ August Zell mahnte, aller wahre Fortschritt beruhe darauf, „dass die reinen Denker [...] von den führenden Praktikern rechtzeitig verstanden werden, dass diese die rettenden Zukunftsgedanken jener rechtzeitig in die Tat umsetzen“.³⁴² Max Scheler erwartete von den Eliten, dass sie die Macht mit der Bildung vereinigten; die Demokratie hielt er für grundsätzlich nicht geeignet, echte Bildung zu fördern.³⁴³

Auch die Kirche setzte in die Intellektuellen hohe Erwartungen.³⁴⁴ Ignaz Seipel forderte von den Akademikern, sie sollten sich nicht abschließen, sondern sich über alle Berufsgruppen und Stände verteilen, und hob ihren Auftrag als politische Führer hervor.³⁴⁵ Johannes Hollnsteiner widmete sich mit großem Einsatz dem Aufbau einer Katholischen Akademikergemeinschaft als Diskussionsforum für Zeitfragen.³⁴⁶ Johannes Messner sah 1933, als sich die Wirtschaftskrise auch auf das katholische Buch- und Pressewesen auszuwirken begann, eine „Bedrohung der geistigen Schlagkraft der Katholiken“ im Raum stehen, denn Kulturpolitik beruhe auf geistigen Kräften und lebe von fachwissenschaftlichen Publikationen, die gegenüber dem für breite Schichten konzipierten Medium Film nicht zurückstehen dürften.³⁴⁷

Der in Österreich in der Zwischenkriegszeit bestehende Wunsch, die Regierung möge in die Hände von „Geistesaristokraten“ gelegt werden³⁴⁸, entsprang dem Bedürfnis nach „Entpolitisierung der Politik“. Kurt Schuschnigg, ein feinfühligler Intellektueller, der sich unter Menschen mit höherer Bildung besonders wohl fühlte³⁴⁹ – dies schätzte er auch an Ignaz Seipel³⁵⁰ –, war ein Anwalt humanistisch-christlicher Tradition. Mit Blick auf die Entwicklung des eigenen Sohnes erwähnte er die akademische Tradition seiner Familie, fürchtete allerdings auch, angesichts der aktuellen – 1942 – Dominanz des Praktischen werde es Doktoren nicht mehr lange geben: An ihre

340 REITMAIR, Msgr. Prof. Dr. Franz Kolb, 17.

341 KOLB, Tirolia, 70; Alois Dienstleder, Mitglied der KV-Korporation *Winfridia*, setzte ebenfalls höchste Erwartungen in die Bildungseliten; BINDER, Politischer Katholizismus, 74 f.; zum KV und seiner Identifikation mit dem Ständestaat vgl. GEHLER, Hochschule, 29; STIMMER, Eliten, 514.

342 ZELL, Ständische Staats-Gliederung, 30.

343 FRÖHLICH, Der Bürger, 122–125.

344 BÖCK, Öffentlichkeitsarbeit, 30; G. HARTMANN, Eliten, 226 f.

345 RENNHOFFER, Ignaz Seipel, 374.

346 BUCHMAYR, Der Priester, 41–44 und 105.

347 SZ 5. 3. 1933 (J. MESSNER).

348 STREITENBERGER, Leitbild, 215.

349 HOPFGARTNER, Schuschnigg, 12; KINDERMANN, Österreich, 254.

350 HOPFGARTNER, Schuschnigg, 49; vgl. GOLDINGER, Schuschnigg, 219.

Stelle werde „so eine Art von geistigem Hauptfeldwebel“ treten.³⁵¹ Von Menschen mit diktatorischem Tonfall ließ sich der Kanzler leicht verunsichern; ihrer charakterlichen Niedrigkeit stand er wehrlos gegenüber.³⁵² Den Umgang mit den Massen beherrschte er folglich nicht gut³⁵³, viel weniger jedenfalls als sein intellektuell ihm keineswegs ebenbürtiger Vorgänger Engelbert Dollfuß.³⁵⁴ Ähnliches gilt für jene Konservativen, die sich 1933, als Hitler Reichskanzler wurde, der Illusion hingaben, ihre akademische Bildung und die Erfahrung würden ihnen Überlegenheit über die ungehobelten Nazis verleihen.³⁵⁵ Bei Schuschnigg dürfte dieser Wesenszug den Ausgang des Gesprächs mit Hitler am 12. Februar 1938 entscheidend beeinflusst haben.³⁵⁶ Der Kanzler hatte bis zuletzt an das Juliabkommen geglaubt und war in der Meinung nach Berchtesgaden gefahren, ein Gespräch unter Gentlemen führen zu können³⁵⁷ – so wie er 1936 den Standpunkt vertreten hatte, die Nationalsozialisten würden „geistigen Argumenten gegenüber [...] ihre terroristischen Drohungen aufgeben“.³⁵⁸ Einige Tage nach dem Gespräch schrieb der österreichische Diplomat Karl Emil von Fürstenberg an Leopold von Andrian, der Kanzler wäre in eine Gangsterhöhle gelockt und von Gangstern nach ihrer Art behandelt worden.³⁵⁹ Ernst Karl Winter war überzeugt, an diesem Tag habe Schuschnigg das Gefühl gehabt, in Hitler „ein wildes Tier“ vor sich zu haben, das nicht gereizt werden dürfe. Der Soziologe konnte dies nachvollziehen, aber er warf Schuschnigg vor, kapituliert anstatt dem Gegner in die Augen geschaut zu haben.³⁶⁰

Ihm dies als „Schwäche“ anzulasten³⁶¹, griffe gleichwohl zu kurz. Auch im Fall des Heimwehrführers Ernst Rüdiger Starhemberg war Schuschniggs hohes intellektuelles und menschliches Niveau der Kommunikation eher

351 BINDER/H. SCHUSCHNIGG, „Sofort vernichten“, 225.

352 HOPFGARTNER, Schuschnigg, 171.

353 WANDRUSZKA, Struktur, 344 f.

354 GOLDINGER, Schuschnigg, 221.

355 PAXTON, Anatomie, 189.

356 Das Gespräch sei „zeitweise im Brüllton“ geführt worden; WEINZIERL, Zeitgeschichte, 234; vgl. auch CHARMATZ, Vom Kaiserreich, 218; GOLDINGER, Schuschnigg, 228; GOLDINGER/BINDER, Geschichte, 275; HOPFGARTNER, Schuschnigg, 84 und 201; SIMON, Die verirrte Erste Republik, 122.

357 POTOČNIK, Bewusstsein, 225.

358 STARHEMBERG, Memoiren, 25.

359 PRUTSCH/ZEYRINGER, Leopold von Andrian, 686.

360 HEINZ, E. K. Winter, 359 f.; die internationale Forschung beschreibt die Situation so: „Hitler terrorized Schuschnigg [...]“. Und: „Schuschnigg left Berchtesgaden broken and cowed.“ BELLER, A Concise History, 229.

361 WIPPERMANN, Faschismus, 77.

hinderlich.³⁶² Ungeachtet aller Vorbehalte gegen die Demokratie mit ihren unzulänglichen Kompromissen waren ihm autoritäre Stilformen im Grunde fremd.³⁶³ „Organisation von Geist und Recht in letzten und entscheidenden Dingen“ sei wichtiger als die – allerdings gleichwohl notwendige – „Organisation von Macht und Gewalt“.³⁶⁴ Nur die freie geistige und moralische Persönlichkeit könne mit anderen verkehren. Dies gelte auch für die Politik: „Unter geistigen Menschen gibt es kein Problem, über das sich nicht ruhig und sachlich debattieren ließe, falls der Wille zu einer Form geistigen Nachbarrechts [...] besteht.“³⁶⁵

Richard Schmitz hielt es für wichtig, kulturelle Interessen vom Fachbildungswesen zu unterscheiden.³⁶⁶ Mit Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi bedauerte er, dass die Universitäten „aus Quellen wahrer Bildung zu Fachkursen für Spezialisten geworden sind“ und meist nur „Halbgebildete“ hervorbrächten.³⁶⁷ Hier sah der auch in Deutschland und Österreich bekannte spanische Kulturkritiker José Ortega y Gasset eine große Gefahr: Nehme die Spezialisierung überhand, sinke der Diener der Wissenschaft auf die Ebene des Massenmenschen ab, halte sich aber gleichwohl für kompetent.³⁶⁸

Demselben Gedanken widmete Richard Meister breiten Raum: „Der geistig Arbeitende [...] kann sich nur dann in seinem Tun gesichert und berechtigt fühlen, wenn er sich seiner Stellung und Bedeutung in dem Ganzen, dem er eingegliedert ist, bewusst bleibt. Das Prinzip strenger Arbeitsteilung ist auf das Gebiet des geistig-kulturellen Schaffens nicht übertragbar.“³⁶⁹

All die eben zitierten Einschätzungen sind nicht zuletzt als Vorwegnahme konservativ-liberaler Standpunkte von Interesse: Wilhelm Röpke machte auf die ethischen Gefahren der zu weit gehenden Spezialisierung aufmerksam; gerade von den Akademikern erwartete er einen sehr weiten Horizont.³⁷⁰

In der politischen Wirklichkeit der dreißiger Jahre erfuhr die geistige Arbeit indes keine angemessene Wertschätzung.³⁷¹ Rudolf Henz merkte kritisch an, die geistig bzw. schöpferisch Tätigen spielten in der Politik eine

362 HOPFGARTNER, Schuschnigg, 121.

363 GOLDINGER, Schuschnigg, 225.

364 CS 17. 6. 1934 (K. SCHUSCHNIGG).

365 CS 16. 12. 1934 (K. SCHUSCHNIGG).

366 PMR VIII/6, Prot. 926/10 (2. 3. 1934), 62.

367 COUDENHOVE-KALERGI, *Totaler Mensch*, 132.

368 SZ 24. 4. 1932 (O. KNAPP).

369 MEISTER, *Bildungswerte*, 23.

370 HABERMANN, *Das Maß*, 93 und 193.

371 S. AMANN, *Kulturpolitische Aspekte*, 151.

zu geringe Rolle.³⁷² Auch Karl Lugmayer thematisierte die Verantwortung der Intellektuellen für die Volksgemeinschaft: Er bedauerte, dass den unteren Schichten nicht genügend Bildungsmöglichkeiten offenstünden.³⁷³ Dieses Faktum wurde auch von Ludwig Adamovich mit leiser Kritik angesprochen.³⁷⁴

Freiheit durch höhere Bildung

Richard Meister, „der bedeutendste Repräsentant wissenschaftlicher Pädagogik in der Zwischenkriegszeit“³⁷⁵, kämpfte seit den zwanziger Jahren für eine philosophisch fundierte, zweckfreie Bildung.³⁷⁶ Die einzig mögliche Stätte, dieses Ziel in reiner Form umzusetzen, war für ihn das altbewährte humanistische Gymnasium, die Schule, die jenes Bewusstsein einer europäischen Schicksals- und Kulturgemeinschaft fördere, in das auch Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi große Hoffnungen setzte.³⁷⁷ Ludwig Adamovich lobte die Vorzüge des humanistischen Gymnasiums, „das heute (um 1950, E. K.), vielfach aus bloßem Unverstand, so heftig angefeindet wird, ja geradezu in seiner Existenz bedroht erscheint“.³⁷⁸ Richard Kerschagl, selbst am Wiener Schottengymnasium³⁷⁹ mit klassischer Bildung vertraut geworden, blieb stets ein Befürworter eines intensiven Lateinunterrichts, „dieser unvergleichlichen Schulung des Geistes und des Denkens“.³⁸⁰ Salomon Friedrich Frankfurter war Mitbegründer und Schriftführer des *Vereins der Freunde des humanistischen Gymnasiums*.³⁸¹

In den zwanziger und dreißiger Jahren wurde dieser Bildungsweg in der katholisch-konservativen Presse regelmäßig als ideale Vorbereitung auf das Hochschulstudium gewürdigt:³⁸² Die Alten Sprachen vermittelten eine sichere Begrifflichkeit, schärften analytische und synthetische Fähigkeiten³⁸³, schulten Gründlichkeit und Genauigkeit des Denkens, bewirkten

372 HENZ, Österreich, 69 f.

373 TARMANN, Die Persönlichkeit, 30–33.

374 ADAMOVICH, Hochschulverwaltung, 49.

375 GRIMM, Schulpolitik, 299.

376 MEISTER, Bildungswerte, 19; vgl. WALLRAF, Kultur, 223–226.

377 ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Botschafter Europas, 333.

378 ADAMOVICH, (Selbstdarstellung), 11.

379 Zu dieser Bildungsanstalt vgl. G. HARTMANN, Eliten, 224; STIMMER, Eliten, 104 f.

380 B. DACHS, Richard Kerschagl, 4 f.

381 ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 77.

382 NR 22. 1. 1927, 29. 1. 1927 (W. POHL); 10. 3. 1928 (J. KNÜNZ).

383 NR 22. 9. 1923.

eine tiefere Vertrautheit mit der Muttersprache und vermittelten Ideale jenseits des Utilitarismus.³⁸⁴ Forderungen nach Psychologisierung der Schule im Zeichen des Individualismus wurde eine Absage erteilt: Sie führten zur „Überwindung der Schule überhaupt“. Was man brauche, sei die „Bindung an überpersönliche Werte [...], aufblickend zu großen Urgedanken und Urgestalten“.³⁸⁵ Dieses Bild von Schule teilten spätere konservativ-liberale Intellektuelle, die sich, wie Wilhelm Röpke, auch gegen „pädagogische Geschäftigkeit“ aussprachen und zu bedenken gaben, dass Lernen mit einfachen Mitteln erfolge.³⁸⁶

Die Sozialdemokratie war diesem Ideal allerdings wenig geneigt, denn sie hielt es für elitär. Dem von dieser Seite (Wiener „Schulbolschewismus“ des 1919/20 amtierenden Unterrichtsministers Otto Glöckel³⁸⁷) als vermeintlich „sozialere“ Alternative in den Raum gestellten Begriff „Einheitsschule“ verlieh Richard Meister, der darin eine „mechanische Gleichheitsschule“ sah³⁸⁸, eine andere Bedeutung, nämlich die der organischen Einheit aller im Einzelnen hochdifferenzierten Zweige des Bildungswesens.³⁸⁹ Sehr wichtig waren Meister die Beibehaltung des obligatorischen Lateinunterrichts und die Sicherung der Studierfähigkeit der Maturanten.³⁹⁰

Diese Gedanken legte er in seinem 1920 erschienenen Buch *Die Bildungswerte der Antike und der Einheitsschulgedanke* dar. 1921, damals außerordentlicher Professor für Klassische Philologie an der Universität Wien, ersuchte er das Unterrichtsministerium um Erweiterung seiner Lehrbefugnis um die Pädagogik unter besonderer Berücksichtigung der Bildungsaufgaben der Antike, die zu allen Zeiten ein Thema der als Bildungslehre verstandenen Pädagogik sei. Was er wolle, sei keineswegs nur Methodik des altsprachlichen Unterrichts; er hob vielmehr seine enge Beziehung zur Philosophie und zur Psychologie hervor.³⁹¹ Seine Sorge galt nicht nur den Lehrplänen für Latein und Griechisch, sondern er entwarf solche auch für Deutsch, Geschichte und Philosophie.³⁹² Philosophie habe die Aufgabe, den Blick des

384 SZ 3. 10. 1938 (H. RÖMER).

385 NR 25. 6. 1927 (J. SPIELER).

386 HABERMANN, *Das Maß*, 192.

387 H. DACHS, *Schule*, 208 f.; GRIMM, *Schulpolitik*, 296–299; SORGO, *Schulpolitik*, 14–17; TÁLOS, *Handbuch*, 507 (E. LECHNER); TÁLOS, *Zum Herrschaftssystem*, 157.

388 MEISTER, *Bildungswerte*, 45.

389 MEISTER, *Bildungswerte*, 5, 25, 29 und 51; vgl. BREZINKA, *Pädagogik*, 320; KAINZ, *Hauptprobleme*, 111; WALLRAF, *Kultur*, 153 f.

390 BREZINKA, *Pädagogik*, 381.

391 BREZINKA, *Pädagogik*, 374 f.

392 H. DACHS, *Schule*, 365 f.; ERBEN, *Schule*, 79; SCHRETTNER, *Das ideologische Nahverhältnis*, 48–52.

Schülers auf das Ganze der Natur und des Geisteslebens und auf die vielfachen Zusammenhänge der einzelnen Teile zu lenken.³⁹³ Besondere Bedeutung bescheinigte er der „Vaterlandskunde“.³⁹⁴

Das Ministerium gab Meisters Gesuch zunächst nicht statt. Persönlich gestärkt durch Rufe ausländischer Universitäten, zog er es zurück. Als er den Lehrstuhl für Pädagogik 1923 dann doch erhielt, vertrat er das Fach in seiner ganzen Breite.³⁹⁵ Auch als er, 1938 von den nationalsozialistischen Machthabern wieder auf die Philologie verwiesen, 1945 mit 64 Jahren auf die Lehrkanzel für Pädagogik zurückkehrte, hielt er daran fest, diese Wissenschaft in engster Verbindung mit Ethik, Kulturphilosophie und Psychologie zu vertreten und nicht die raschen Lösungen des Schulalltags gutzuheißen; es gelang ihm, seine Venia auf die Kulturphilosophie auszuweiten.³⁹⁶

Um soziale Gerechtigkeit bemüht, trat Meister in dieser Zeit verstärkten Zustroms auf die verschiedenen Bildungseinrichtungen³⁹⁷ unermüdlich für das Leistungsprinzip in den Mittelschulen ein, wobei er glaubte, Begabungsdiagnosen wären schon früh möglich. Den begabtesten Schülern müsse ein angemessener Einsatz ihrer Kräfte auferlegt werden. Einen hohen Stellenwert maß er den Fremdsprachen bei; später müsse das Potential der Schüler für höhere Allgemeinbildung beansprucht werden.³⁹⁸ Da er die Entstehung eines „gebildeten Proletariats“ verhindern wollte³⁹⁹, forderte er ein hochdifferenziertes Schulsystem mit strenger Auslese⁴⁰⁰, weil andernfalls ein Leistungsabfall eintreten würde. In seiner grundlegenden Arbeit von 1920 warnte er davor, unzureichend Gebildeten den Zugang zur Hochschule zu öffnen: Die Schule könne nicht die Aufgabe gesellschaftlicher Neustrukturierung haben.⁴⁰¹ Im Sinn der von der CSP schon lange betriebenen Schulpolitik⁴⁰² führte er zur Begründung an: „Die Angleichung der Bildung an sich ist aber durchaus noch kein Wert; sie wäre sogar etwas höchst Bedenkliches, wenn sie dazu führte, dass begabte junge Menschen länger als es ihrer

393 WALLRAF, Kultur, 208 f., zu weiteren Fächern vgl. LAABER, Schulsystem, 33 f.

394 ERBEN, Schule, 54 und 89; GRAFENEDER, Arbeiterfamilie, 88 f.; LAABER, Schulsystem, 31 f.; SUPPANZ, Österreichische Geschichtsbilder, 133 f.; ähnliche Gedanken äußerte Johannes Messner; MSchKP 2, 833 f.

395 Er wurde auch Sachverständiger der Universitätsghremien für Schul- und Hochschulfragen und Berater des Unterrichtsministeriums; BREZINKA, Pädagogik, 376–380.

396 BREZINKA, Pädagogik, 425–427.

397 ERBEN, Schule, 111.

398 BREZINKA, Pädagogik, 374.

399 ERBEN, Schule, 80 f.

400 GRIMM, Schulpolitik, 300.

401 WALLRAF, Kultur, 156–159; vgl. RETTENBACHER, Bekenntnisfreiheit, 149; zum Anforderungsprofil der Mittelschulen vgl. LAABER, Schulsystem, 23 f.

402 SCHRETTTER, Das ideologische Nahverhältnis, 62 f.; SORGO, Schulpolitik, 18–22.

Veranlagung entspricht, auf einer dem Durchschnitt angepassten Stufe des Unterrichts festgehalten und in der ihnen zukommenden intensiveren und reichhaltigeren Ausbildung zurückgehalten würden.“ Die Angleichung der Extreme in einer mittleren Zone sei wohl im Wirtschaftsleben wünschenswert, nicht aber in der Bildung.⁴⁰³

In diesem Punkt hatte der Professor den Wiener Stadtschulrat auf seiner Seite: Robert Krasser⁴⁰⁴ nannte die Mittelschule die „Pflanzstätte der künftigen Führerschicht in Gesellschaft und Staat“. ⁴⁰⁵ 1936 begründete er die Forderung nach Leistung und Zucht mit der Notwendigkeit, der lange praktizierten „Verweichlichungspädagogik“ ein Gegengewicht entgegenzusetzen.⁴⁰⁶ Im NR hatte sich Valentin Holzer bereits 1921 gegen die „soziale Koedukation“ ausgesprochen, weil die Einwirkung der Schlechten auf die Guten stärker sei als umgekehrt; klassische Bildung sei auch nicht jedem zugänglich, und es sei gefährlich, unerfüllbare Bedürfnisse zu wecken.⁴⁰⁷ Eine ähnliche Linie vertrat die MSchKP, die darauf hinwies, dass ein Akademikerüberschuss viele Unzufriedene schaffen würde.⁴⁰⁸ Ferdinand Degenfeld-Schonburg plädierte für eine strengere Auslese in den Mittelschulen und während des Studiums, denn „proletarische Intelligenz hat schon oft die soziale Ordnung vernichtet“. ⁴⁰⁹ Ignaz Seipel, der selbst eine profunde Bildung besaß⁴¹⁰, sprach von einer „Gefahr der Intellektualisierung“. ⁴¹¹ Auch Othmar Spann teilte die aufklärerische Zuversicht in die „unbegrenzte vervollkommnungsmöglichkeit der Einzelnen“ nicht; die Ansicht, es sei möglich, allen Menschen die gleiche Erziehung angedeihen zu lassen, erklärte er für utopisch, von der modernen Bildungsbewegung versprach er sich keine positive Wirkung.⁴¹² Richtig verstandene Bildung bedeute weder Aus- noch Eingliederung, sondern Umgliederung bzw. ständische Eingliederung.⁴¹³

Das NR ließ Heinrich Getzeny mit der Ansicht zu Wort kommen, das Proletariat sei zwar geistig der bürgerlichen Wissensbildung verfallen, zeige aber keine echt wissenschaftliche Haltung, weil es Wissen als praktische

403 MEISTER, Bildungswerte, 39.

404 Zu seiner Funktion innerhalb der Systemelite vgl. G. HARTMANN, Eliten, 232.

405 KRASSER, Ständestaat, 3.

406 KRASSER, Ständestaat, 19.

407 NR 5. 6. 1921 (V. HOLZER).

408 MSchKP 2, 194.

409 MSchKP 1, 308–316 (F. DEGENFELD-SCHONBURG); vgl. MSchKP 3, 126–131 (L. HÄNSEL); OREL, Ständeordnung, 73; zu Degenfeld-Schonburg vgl. auch G. HARTMANN, Eliten, 235.

410 IN DER MAUR, Einleitung, 39.

411 ERBEN, Schule, 92.

412 SPANN, Wahrer Staat, 60; vgl. auch H. WALTER, Ständewesen, 67.

413 StL 1933, 432–446 (O. SPANN).

Lebensmacht betrachte, als Beherrscher der Naturkräfte und als Hilfskraft der Politik: „Der Arbeiter will kein freies Wissen wie das Bürgertum, sondern ein befreiendes Wissen.“⁴¹⁴ Es handle sich um ein „Wissen ohne Gewissen“, das wertlos sei.⁴¹⁵ All die genannten Standpunkte, die in den realen Studierendenzahlen in den dreißiger Jahren einen deutlichen Niederschlag fanden⁴¹⁶, entsprachen ebenfalls der konservativ-liberalen Doktrin Wilhelm Röpkes, der die Einheitsschule nicht zuletzt deshalb ablehnte, weil sie Neid und Ressentiments verschärfe und die Ungleichheit vergrößere.⁴¹⁷

In der Absicht, auch durch die Bildung „natürliche Gemeinschaften“ sichtbar werden zu lassen, legte die Schulgesetzgebung der zwanziger und dreißiger Jahre abgestufte, an die Berufsverhältnisse gebundene Bildungsziele fest.⁴¹⁸ Hinsichtlich der strukturellen Rahmenbedingungen des Unterrichts (zu hohe Klassenschülerzahlen) musste man sich freilich der wirtschaftlichen Not beugen.⁴¹⁹ Ein Erlass von 1933 erhöhte die Leistungsanforderungen für die Mittelschulen, was verschärfte Selektion bedeutete.⁴²⁰ Der damalige Unterrichtsminister Kurt Schuschnigg, selbst an der elitären Jesuitenschule *Stella Matutina* ausgebildet⁴²¹, später im KZ Sachsenhausen nach Homer und Vergil⁴²², aber auch nach Schiller und Grillparzer⁴²³ lechzend, verstand sich als Anwalt der akademisch Gebildeten, deren Kennzeichen aus klassischer Bildung resultierendes kritisches Denken sei.⁴²⁴ Hierfür dankte ihm Alois Schönburg-Hartenstein: Er habe bewiesen, dass er der als richtig erkannten Sache zuliebe auf jede Popularität zu verzichten bereit sei.⁴²⁵ Die am 23. März 1934 erlassenen Schulgesetze führten zu einer klaren Trennung der Schultypen.⁴²⁶ Es entstanden Ausleseschulen, die sich auf natürliche Begabungsschichtungen beriefen; jeder sollte in „seinem“ Bildungs-

414 NR 7. 6. 1930 (H. GETZENY).

415 NR 21. 6. 1930 (H. GETZENY); Josef Eberle hatte in seinem 1912 erschienenen Buch *Großmacht Presse* das Anliegen der Aufklärung, breite Massen mit Forschungsprozessen bekannt zu machen, für unrealistisch erklärt; HOFER, Joseph Eberle, 67.

416 GOBER, Schule, 177–181.

417 SCHÜLLER, Wirtschaftshumanismus, 178.

418 SORGO, Schulpolitik, 53.

419 GOBER, Schule, 144–148; SENFT, Neues, 247.

420 SORGO, Schulpolitik, 56–58.

421 Vgl. zum Begriff der Anstaltselite G. HARTMANN, Eliten, 224; STIMMER, Eliten, 104–106.

422 BINDER/H. SCHUSCHNIGG, „Sofort vernichten“, 331 und 336 f.

423 BINDER/H. SCHUSCHNIGG, „Sofort vernichten“, 352.

424 TÁLOS, Handbuch, 508 (E. LECHNER).

425 HOLUB, Fürst Alois Schönburg-Hartenstein, 131.

426 SCHRETTTER, Das ideologische Nahverhältnis, 59–61; SORGO, Schulpolitik, 64 f.

kreis seine Aufgabe für das Ganze erfüllen.⁴²⁷ Hans Pernter⁴²⁸ stellte analoge Überlegungen für die Hochschulen an: Er bedauerte deren Überfüllung und das daraus resultierende Überangebot an Akademikern und forderte – wohl auch mit Blick auf den Staatshaushalt – eine strengere Auslese.⁴²⁹

Die eben referierten Standpunkte zeigen, dass das im 19. Jahrhundert gültige Ideal der Kultivierung vorindustrieller Verhaltensweisen in den Gymnasien weiterhin aufrecht war. Nach wie vor besaß Bildung „eine Art ständische Imprägnierung durch feudale Wertmuster“. Diese Haltung färbte auf das Bewusstsein der als Stände sich verstehenden Berufsgruppen ab.⁴³⁰ Im NR wurde 1928 allerdings eine Öffnung gegenüber den Anforderungen der Moderne thematisiert: Josef Rompel SJ zitierte eine Studie Ferdinand Degenfeld-Schonburgs, der zufolge Absolventen des humanistischen Gymnasiums auch im Wirtschaftsleben erfolgreicher seien als andere.⁴³¹

Bei Max Scheler war das Eintreten für das humanistische Gymnasium⁴³² ein Aspekt der von ihm angenommenen Hierarchie der Werte und des Zusammenhangs zwischen Wissenskultur und politischem System: Die Präferenz für empirisch-induktives Wissen, jene praktische Intelligenz, die eher den unteren sozialen Schichten eigne, stehe für das demokratische Majoritätsprinzip; die Metaphysik hingegen und überhaupt alles, was einen höheren Grad der Vergeistigung erreicht habe, schwerer zu erreichen sei und mehr Freiheit bedeute, sei personal und individuell, kennzeichne daher eher die Oberschicht.⁴³³

Man konnte freilich nicht mehr leugnen, dass auch Kontakte zwischen Kindern aus unterschiedlichen Gesellschaftsschichten vonnöten seien. Diese aber, so wiederum Richard Meister, sollten außerhalb der Schule erfolgen.⁴³⁴ Zwar müssten fähigen Kindern aus den Unterschichten auch die Gymnasien offenstehen, aber es sei richtig, dass es schon in den Grundschulen nach Begabungen differenzierte Klassenzüge gebe, in denen Kinder vereint seien, die vermutlich ähnliche Lebensstellungen einnehmen würden.⁴³⁵ Margarete Rada hingegen hielt das System der leistungsbezogenen Trennung der Klassenzüge für verfehlt. Mit Genugtuung zitierte sie ein Mädchen aus einer

427 All dies wurde 1935 durch neue Lehrpläne umgesetzt; SORGO, *Schulpolitik*, 69–75 und 82–87; TALOS, *Herrschaftssystem* (2013), 400 f.

428 Zu seiner Funktion innerhalb der Systemelite vgl. G. HARTMANN, *Eliten*, 232.

429 PERNTER, *Gedanken*, 96 f.

430 SCHWINN, *Ständische Verhältnisse*, 84 f.

431 NR 28. 7. 1928 (J. ROMPEL).

432 NR 15.12.1928 (P. WUST); vgl. HENCKMANN, *Aspekte*, 18–22.

433 FRÖHLICH, *Der Bürger*, 119–121; GOOD, Max Scheler, 31 f., 89 und 95.

434 Vgl. dazu auch WALLRAFF, *Kultur*, 214 f.

435 MEISTER, *Bildungswerte*, 39.

Klasse, in der es aus diesem Grund zu Spannungen gekommen war: Das Kind habe davor gewarnt, Weltanschauliches in den Unterricht einfließen zu lassen.⁴³⁶

In der bildungsoptimistischen Hauptschuldirektorin hatte Richard Meister in seinem Widerstand gegen die sozialdemokratische Schulpolitik⁴³⁷ also keine Weggefährtin. Umso überzeugter unterstützte ihn hierin Richard Schmitz, einer der konsequentesten Gegner von Otto Glöckels Reformschule.⁴³⁸ Schmitz hatte bereits 1926 Richtlinien verfasst, denen zufolge die Menschen für den Dienst der Gemeinschaften, denen sie angehören, erzogen werden sollten.⁴³⁹ 1928 hatte er die „organische Weiterbildung unseres Schulwesens ohne revolutionären Bruch“ gefordert, mit Abstufungen je nach dem Bildungsbedürfnis der verschiedenen Berufsstände und der Eigenart der verschiedenen Gebiete; über Meister hinausgehend, wünschte er außerdem eine konfessionelle Schule.⁴⁴⁰ Auch Salomon Friedrich Frankfurter erfüllten die im österreichischen Bildungswesen nach 1919 unternommenen sozialdemokratischen Reformbemühungen mit Sorge; er fürchtete, dass im Übereifer das „organisch Gewordene“ zu wenig beachtet werde und „grundstürzende Änderungen“ eintreten würden.⁴⁴¹

Wie wichtig die bürgerliche Bildungsdoktrin in Hinblick auf die Abwehr des Nationalsozialismus war, ja dass sie als nachhaltig angelegte Vorbeugung gegen diesen zu verstehen ist, zeigt eine 1931 im NR erschienene Kritik an der nationalsozialistischen Bildungspolitik, deren Bestreben es sei, eine mögliche „Überfütterung mit Allgemeinbildung“ zu vermeiden und „überflüssiges“ Wissen abzubauen; auch dass das Sitzenbleiben möglichst selten vorkommen solle, wurde kritisch angesprochen.⁴⁴² Bitterkeit spricht aus den Worten, die Kurt Schuschnigg für diese Politik fand: „1-er in Schreiben und Rechnen“ würden, schrieb er 1942, „heutzutage eher kompromittieren. [...] Wer im schulmäßigen Denken nicht ganz ungenügend bekommt, der wird nie nach Walhall kommen.“⁴⁴³ Hier drängt sich der Vergleich mit dem italienischen Faschismus auf, den ebenfalls Misstrauen gegenüber intellektuellen Eliten kennzeichnete.⁴⁴⁴

436 RADA, Proletariermädchen, 49.

437 Vgl. allgemein SCHRETTTER, Das ideologische Nahverhältnis, 56–59.

438 Zu seinen Maßnahmen als Unterrichtsminister vgl. ERBEN, Schule, 19 f.; GOBER, Schule, 165.

439 ERBEN, Schule, 92.

440 R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 7 f., 59; KRIECHBAUMER, Dieses Österreich, 346 f.

441 FRANKFURTER, Österreichs Bildungswesen, 12 f.

442 NR 25. 4. 1931, 12. 9. 1931 (Z. FISCHER OFM).

443 BINDER/H. SCHUSCHNIGG, „Sofort vernichten“, 198 f.

444 SCHOLZ, Italienischer Faschismus, 26 f.

Nicht minder deutlich wurden die Folgen einer Politik, die ein leistungsorientiertes, einem zweckfreien Bildungsideal verpflichtetes Schulsystem ablehnte, nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem Erlebnis von Hitlers System heraus beschrieben: Wilhelm Röpke bezeichnete Nivellierung der Bildung nach unten als „Bildungsjakobinismus“, während eine Nivellierung nach oben nicht möglich sei.⁴⁴⁵ Angesichts des bestehenden „Aristokratismus der Natur“ sei Bildungsegalitarismus eine „selbstmörderische Tendenz“⁴⁴⁶; dies gelte auch für die durch eine verfehlte Bildungspolitik drohende Akademikerschwemme.⁴⁴⁷

Neben den Verfechtern geistiger Bildung gab es unter den Mandataren des Ständestaates auch solche, die Vorbehalte äußerten. Bei Georg Baumgartner, dem mit Arbeitsrecht befassten Theologen, ist dies schon an seiner Diktion zu ersehen. Im Rekurs auf Ciceros bekannte Einteilung der *artes* in *liberales* und *sordidae* stellte er mit Bedauern eine vermeintlich „auffällige Geringschätzung“ körperlicher Arbeit in der Antike der „einseitige(n) Pflege der höheren Geistigkeit“ gegenüber.⁴⁴⁸ Ulrich Ilg plädierte für die manuelle Arbeit, die in höherem Maß als die sogenannten gehobenen Berufe gütererzeugend wirke.⁴⁴⁹ Leopold Teufelsbauer klagte, die Gebildeten würden sich unter dem Einfluss eines volksfernen Bildungsideals immer mehr aus der Volksgemeinschaft lösen; sie hätten daran nur mehr wissenschaftliches Interesse, fühlten sich selbst aber geistig überlegen.⁴⁵⁰

Dies traf auf Karl M. Stepan zu, von dem bekannt ist, dass er, wiewohl in der Volksbildung sehr engagiert, selbst einen elitären Abstand zum Volk hielt.⁴⁵¹ Ihn leitete wohl auch eine – freilich etwas wirklichkeitsferne – konservative Zivilisationskritik.⁴⁵²

5.5 Persönlichkeit und Gemeinschaft

Gemeinschaft versus Masse

Die christliche Gesellschaftslehre, die „Individualismus“ und „Individualität“ begrifflich trennte, betonte die Doppelnatur des Menschen als individu-

445 HABERMANN, Das Maß, 144.

446 HABERMANN, Das Maß, 187.

447 HABERMANN, Das Maß, 191.

448 BAUMGARTNER, Arbeit und Erwerb, 14–16.

449 ILG, Uns alle, 30 f.

450 TEUFELSBAUER, Die geistigen Grundlagen, 4.

451 PFERSCHY, Steiermark, 958.

452 BINDER 1982, Karl Maria Stepan, 179; BINDER, Stepan/Dobretsberger, 26.

elles und soziales Wesen.⁴⁵³ Die Berufung des Einzelnen, in der seinen Anlagen entsprechenden Weise zur Wohlfahrt der Menschheit beizutragen, sei seiner Freiheit nicht hinderlich.⁴⁵⁴ Demgegenüber gehe „Ent-Persönlichung“ mit einem mechanisierten, von Vermassung, Entwurzelung und Sinnentleerung gekennzeichneten Gesellschafts- und Wirtschaftsleben einher.⁴⁵⁵

Die personalistische Philosophie sah das Wesen der Person in der Fähigkeit, den anderen nicht nur unter dem Aspekt der Bedeutung für den eigenen Lebenszusammenhang zu sehen⁴⁵⁶: „Personsein“, so Robert Spaemann, „ist das Einnehmen eines Platzes, den es gar nicht gibt ohne einen Raum, in dem andere Personen ihre Plätze haben.“⁴⁵⁷ Dietrich von Hildebrand sprach von „Bindungen, die nicht der Willkür des Menschen entspringen“⁴⁵⁸, und unterschied echte Gemeinschaft vom künstlichen Zweckverband⁴⁵⁹, der, für Karl Mannheim ein Kind des neuzeitlichen Rationalismus, nicht die besondere Persönlichkeit, sondern nur das Allgemeingültige gelten lasse.⁴⁶⁰

Nach Othmar Spann's universalistischem Konzept baut sich das Individuum in seinem geistigen Sein und Wesen im Dasein mit anderen auf, mit denen es vielfältig und innig verwoben ist. Dieses Denken verdichtete sich in Aussagen wie „Meine Freiheit ist nur dadurch möglich, dass ein anderer ist“; als Gegenbegriff nannte der Wiener Philosoph „geistige Isolierung“.⁴⁶¹ Franz Hörburger war überzeugt: „Nur an einem gegenüberstehenden Partner kommt das Ich zum Bewusstsein seiner selbst.“⁴⁶²

Karl Lügmayr verwendete – gegen die seit Ferdinand Tönnies übliche Praxis der Soziologen – den Begriff „Gemeinschaft“ synonym mit „Gesellschaft“⁴⁶³, weil die Unterscheidung, so in Analogie zu Max Scheler⁴⁶⁴, bei personaler Betrachtung irrelevant sei.⁴⁶⁵ Lediglich äußere Beziehungen zwischen den Menschen für unzulänglich erklärend⁴⁶⁶, war er dem von Tön-

453 HÄTTICH, Wirtschaftsordnung, 22–36.

454 SCHINDLER, Lehrbuch II, 348; A. M. WEISS, Wesen, 15–17.

455 HUBER, Die Verfassung, 24.

456 ROTTER, Person, 32–36; SPAEMANN, Personen, 197; SCHMIDINGER, Der Mensch, 25.

457 SPAEMANN, Personen, 193; SCHMIDINGER, Der Mensch, 125.

458 v. HILDEBRAND, Engelbert Dollfuß, 68.

459 v. HILDEBRAND, Engelbert Dollfuß, 74.

460 MANNHEIM, Konservatismus, 80.

461 SPANN, Wahrer Staat, 53 f.; vgl. BECHER, Der Blick, 111; KALTENBRUNNER, Europa, 387; SIEGFRIED, Universalismus, 34; zur Kritik KREMER, Staatsphilosophie, 19.

462 HÖRBURGER, Geschichte, 7.

463 TÖNNIES, Gemeinschaft und Gesellschaft, passim; vgl. HANISCH, Konservatives und revolutionäres Denken, 210.

464 FELLMANN, Daseinswelt, 163.

465 K. LUGMAYER, Philosophie, 110.

466 K. LUGMAYER, Linzer Programm, 56.

nies definierten Verständnis von Gemeinschaft verpflichtet; auch an Emile Durkheims Unterscheidung zwischen organischer und mechanischer Solidarität fühlt man sich erinnert.⁴⁶⁷ Wie Spann verstand er Soziologie als Geisteswissenschaft, und wie Helmut Schelsky und Friedrich Tenbruck degradierte er sie nicht zu empirischer Feldforschung oder zur Fragebogenwissenschaft.⁴⁶⁸ Ausgehend von seiner Sicht der Gesellschaft als einer Vielheit von Seinseinheiten, setzte er den Willen des Menschen voraus, die eigene erkenntnismäßige Vielheit (Dreierordnung) mit der Vielheit der menschlichen Personen zu einer Einheit zu bringen. Die hierbei möglichen Muster seien die von Einordnung, Unterordnung/Gehorsam und Überordnung/Befehlsrecht. Jede Person trete jeweils nur mit einer bestimmten Anzahl oder Auswahl von Personen in wahrnehmbare Beziehung: Diese seien Gesellschaften im engeren Sinn wie Ehe, Familie, Freundschaft, Nachbarschaft, wirtschaftliche und politische Gesellschaft. Beziehung zu anderen bedeute, diesen das eigene Lebewesen zur Verfügung zu stellen zur Verwirklichung ihrer eigenen Person.⁴⁶⁹ Personal werde eine Bindung dann, wenn sie im Rahmen der Seinsordnung erkannt und gewollt sei, also benutzt werde, um personales Wirken zu erleichtern.⁴⁷⁰ Das schöne Wort „Bindung“ als Gegenbegriff zu individualistischer Freiheit – und nicht das künstlich anmutende „Bündnis“ – verwendete auch Ulrich Ilg.⁴⁷¹ Walter Adam gab ihm die Bedeutung „gegenseitige Verpflichtungen“ und grenzte es von „mechanische(r) Zusammenarbeit“ ab.⁴⁷²

Der CS setzte die Person gemäß dem Bibelwort „Wo zwei in meinem Namen versammelt sind, [...]“ zur Gemeinschaft in Beziehung.⁴⁷³ Der größte und bedeutendste Teil der personalen Erlebnisse, wie Liebe, Verehrung, Achtung, Verachtung, Hass, Neid, Mitleid etc., so Dietrich von Hildebrand, gelte anderen Personen⁴⁷⁴, aber er warnte: Jeder Versuch, die Gemeinschaft auf Kosten der individuellen Person zu erheben, sei nicht nur falsch, sondern verkenne das wahre Wesen der Gemeinschaft.⁴⁷⁵ Diese besitze ein inneres Einheitsprinzip, das sie forme und von der ungeordneten, zufällig zusammengesetzten Masse unterscheide. Sie schaffe einen Raum, der die Einsicht

467 Konzise Zusammenfassung von Tönnies' Konzept bei BECKERS, Integrationspotentiale, 22–33; zur längerfristigen Bedeutung vgl. auch PAXTON, Anatomie, 58.

468 BECHER, Der Blick, 113 f.

469 K. LUGMAYER, Philosophie, 95–99.

470 K. LUGMAYER, Philosophie, 104.

471 ILG, Uns alle, 8.

472 ADAM, Staatsprogramm, 68.

473 EBNETH, Wochenschrift, 144 f.

474 v. HILDEBRAND, Memoiren, 256.

475 v. HILDEBRAND, Memoiren, 11.

erleichtere, während in der Masse stets „untergeistige Seiten“ des Menschen wirkten: Die Gemeinschaft „appelliert ja an die geistige Person im Menschen“.⁴⁷⁶

Im Phänomen Masse gründete ein zentraler Aspekt der Demokratiekritik der zwanziger Jahre: Ihre Anonymität sei die Folge des Individualismus.⁴⁷⁷ Für Heinrich Mataja war das Massengefühl „vervielfältigter Egoismus“; er verglich die Masse mit einer Aktiengesellschaft, mit der es der Einzelne nur so lange halte, wie er seine persönlichen Interessen gedeckt sehe. In der Gemeinschaft werde er hingegen, so im Gleichklang mit Rudolf Henz, in bereichernde Zusammenhänge eingegliedert, ohne dass seine Persönlichkeit leiden müsse.⁴⁷⁸

1932 verfasste Otto Knapp eine Rezension von José Ortega y Gasset's 1929 erschienenem Buch *Aufstand der Massen*. Er teilte dessen Ansicht, Masse sei die Gesamtheit der wenig Qualifizierten und seelisch Trägen, die selbstzufrieden die vermeintlichen „Segnungen“ der auf Technik beruhenden Zivilisation genieße; wegen des ihr innewohnenden Gewaltpotentials bedürfe sie der Führung. Demgegenüber zeichne sich die Elite dadurch aus, dass sie zu höherer, objektiver Norm aufblicke, das Leben als Zucht auffasse, der Ascese huldige und Pflichten erfülle, ohne Rechte zu fordern.⁴⁷⁹

Richard Kerschagl, der mechanistische Systeme in der Wirtschaftswissenschaft ablehnte⁴⁸⁰, referierte – allerdings in Auseinandersetzung mit dem italienischen Faschismus – eine Definition von Freiheit „im Sinne wohlverstandener Eingliederung in den Dienst der Gesamtheit“.⁴⁸¹ Leopold Engelhart erhob das Verantwortungsbewusstsein zur zentralen Kategorie gemeinschaftlichen Lebens; zumal bei Führungskräften trete es als das Bewusstsein der eigenen Verpflichtung gegenüber den ihnen anvertrauten Personen in Erscheinung.⁴⁸²

Auch hier nahmen die Theoretiker der Zwischenkriegszeit konservativ-liberale Standpunkte vorweg: Wilhelm Röpke sprach von „chaotischer Beziehungslosigkeit“ und „sozialer Entwurzelung“ des in der Masse verlorenen Individuums; in diesem Zustand liege die Ursache für den Hunger nach neuer Integration und die Anfälligkeit für totalitäre Systeme.⁴⁸³ Die in seinen Augen idealen Gemeinschaften, die Quellen menschlicher Tugenden, waren

476 HÄRING, Gesetz, 118–120; v. HILDEBRAND, Memoiren, 315–317.

477 DIAMANT, Katholiken, 183.

478 SZ 15. 7. 1934 (H. MATAJA); VENUS, Rudolf Henz, 7; WÖGERER, Innere Emigration, 30.

479 SZ 24. 4. 1932 (O. KNAPP).

480 B. DACHS, Richard Kerschagl, 62–64.

481 KERSCHAGL, Die Quadregesimo anno, 10.

482 ENGELHART, Führertum, 31–33.

483 HABERMANN, Das Maß, 17–19 und 107–110.

Familie, Schule, Kirche und Beruf, weil nur hier die von ihm geforderten moralischen Selbstbindungen wirksam werden könnten.⁴⁸⁴

Die Persönlichkeit und ihre Grenzen

Karl Lugmayer schrieb den Leistungen im und am Organismus der Gesellschaft die Fähigkeit zu, die Person zur Persönlichkeit werden zu lassen.⁴⁸⁵ Diese Formulierung ist dem Verständnis der katholischen Moraltheologie verpflichtet, für die Person die geistige Substanz und Wesensmöglichkeit, Persönlichkeit die Erfüllung dieser Wesensmöglichkeit darstellt.⁴⁸⁶ In diesem Sinne verstand Franz Hörburger unter Persönlichkeit „die Gesamtprägung eines Menschen, die er sich im Laufe des Lebens durch Fremd- und Selbstbildung, durch Auseinandersetzung mit der Kultur seiner Zeit und durch Teilnahme an den Kulturgütern erwirbt“.⁴⁸⁷ Am platonischen Staatsmodell störte ihn die restlose Einfügung des Individuums in den Staat. Bei Aristoteles trete das Eigenrecht des Menschen im Sinn einer Bildung zur Persönlichkeit stärker hervor.⁴⁸⁸ Richard Schmitz sprach von der Persönlichkeit, die mit ihrer gesellschaftlichen Funktion und mit ihrer Leistung für die Gemeinschaft hervortrete; die Leistung werde nicht nach ihrem materiellen Erfolg, sondern nach ihrer Bedeutung für das Gemeinwohl bemessen.⁴⁸⁹ In derselben Weise definierte das LThK/I den Begriff „Sozialordnung“ (als äußere Form von Gemeinschaft).⁴⁹⁰ Am 10. November 1928, anlässlich des zehnjährigen Bestands der Republik, erläuterte Bundeskanzler Seipel diesen Gedanken in Gestalt der Unterscheidung zwischen *res publica* und *res privata*.⁴⁹¹ Franz Rehl verkündete rhetorisch wirksam: „Wir wollen Persönlichkeiten, aber nicht Summen.“⁴⁹² Diese Aussage ist im Rahmen der personalistischen Gesellschaftslehre auch insofern von Belang, als sie quantifizierende Ansätze ablehnt.⁴⁹³

484 SCHÜLLER, Wirtschaftshumanismus, 167.

485 TARMANN, Die Personalität, 79.

486 HÄRING, Gesetz, 117.

487 HÖRBURGER/SIMONIC, Lehrbuch I, 213.

488 HÖRBURGER, Geschichte, 15 f.

489 R. SCHMITZ, Der Weg, 20.

490 LThK/I 9 (1937), 692–696 (G. GUNDLACH).

491 RENNHOFFER, Ignaz Seipel, 592 f.

492 KRIECHBAUMER, Dieses Österreich, 463.

493 SPAEMANN, Personen, 196.

Für Richard Schmitz war die „Autorität der Persönlichkeiten“ ein gültiger Ersatz für ein „uneiniges Parlament“.⁴⁹⁴ Daher unterstützte er in der Ministerratssitzung vom 12. März 1934 Otto Ender, der sich im Rahmen der Verfassungsdiskussion dagegen aussprach, für den Bundestag Ersatzmänner vorzusehen: Im Kreis der Personen, die Verantwortung trügen, dürfe es möglichst wenig Wechsel geben; der Bundestag sei ein auf Persönlichkeiten eingestelltes Gremium.⁴⁹⁵ 1935 berichtete Ender, bei den im Sommer 1933 angestellten Überlegungen zu einer neuen Verfassung habe man auch die Einführung einer ersten Kammer in Erwägung gezogen, die die kulturellen und politischen Interessen der Bevölkerung wahrnehmen sollte. Dass man hierbei an Einmannwahlkreise dachte, begründete er so: „Dieses System liefert qualifizierte Menschen. Es schiebt die Verantwortung der Menschen mehr in den Vordergrund.“⁴⁹⁶ Im weiteren Sinn ist hier auch Otto von Habsburgs Kritik am Listenwahlrecht der Kelsen'schen Verfassung angesiedelt: Hätte man das Persönlichkeitswahlrecht eingeführt, so seine Überzeugung, wäre die Geschichte anders verlaufen.⁴⁹⁷

Die in katholisch-konservativen Kreisen verankerte hohe Veranschlagung der Gemeinschaft legte es nahe, den Standort des Einzelnen innerhalb derselben genau zu verorten. Robert Krasser ging davon aus, dass „in der unverrückbaren Rangordnung der Werte“ die „Seinsvollendung“ höher stehe als die „Seinsanlage“: Daher glaubte er seiner Disziplin, der Pädagogik, das Recht zugestehen zu dürfen, individuelle Ansprüche zwar zu achten, aber auch in ihre Grenzen zu verweisen.⁴⁹⁸

Richard Meister setzte den Akzent stärker auf die Freiwilligkeit: Die Glieder der Gemeinschaft beteiligten sich mit innerer Anteilnahme, gleichsam total, indem sie die Tätigkeit als Dienst an der eigenen Sache auffasseten.⁴⁹⁹ Zwischen der Gesellschaft und ihren Gliedern bestehe eine so enge Wechselwirkung, dass keiner die ihn umgebende Kultur ignorieren dürfe. Im Gleichklang mit Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi⁵⁰⁰ Erziehung und Unterricht nicht trennend, zitierte er den Philosophen Friedrich Daniel Schleiermacher mit der Formulierung, Erziehung sei sowohl ein „Herausbilden der Eigentümlichkeit“ als auch ein „Hineinbilden in die Komplexe der menschlichen Verhältnisse“.⁵⁰¹ Es treffe keineswegs zu, wie die Gegner

494 CS 16. 12. 1934 (R. SCHMITZ).

495 PMR VIII/6, Nr. 929/2, 127.

496 Zit. nach WOHNOUT, Verfassungstheorie, 132.

497 WALTERSKIRCHEN, Dollfuß, 46.

498 KRASSER, Ständestaat, 13.

499 MEISTER, Das Verhältnis, 49; MEISTER, Humanismus, 41.

500 COUDENHOVE-KALERGI, Ethik, 143.

501 MEISTER, Humanismus, 168.

humanistischer Bildung glaubten, dass Persönlichkeitsbildung den Einzelnen isoliere und außerhalb der Gemeinschaft stelle.⁵⁰² Für besonders wichtig hielt er die Vermittlung der Pflichten, die jedem Glied der staatlichen Gemeinschaft obliegen – freilich ohne die Gefahr der Überordnung der Gemeinschaft über die Person aus dem Auge zu verlieren. Das Verhältnis Staat – Staatsbürger könne nicht nach einer für alle gleich lautenden Formel bestimmt werden.⁵⁰³

Entsprechend sorgsam bemühte sich Meister um die Austarierung des Verhältnisses der erziehenden Instanz zum zu Erziehenden und – auf höherer Ebene, der für ihn wichtigeren⁵⁰⁴ – das der heranwachsenden Generation zur überkommenen Kultur. Er befürwortete einen Mittelweg zwischen strafender Formung und bloßer „Pädagogik vom Kinde aus“, zwischen „Autorität und Freiheit“.⁵⁰⁵ Erziehung definierte er als „die planmäßige Führung der heranwachsenden Generation durch die erwachsene bei der Auseinandersetzung mit der überkommenen Kultur“.⁵⁰⁶ „Führung“ sei die Mitte zwischen „Formung“, die sehr weit reiche, und bloßer „Entwicklungshilfe“, die zu wenig biete, zwischen „Befreien und Binden“: „Autoritätslose Erziehung ist eine Unmöglichkeit, autoritäre Erziehung bis über die ganze Reifezeit hinweg wäre eine Vergewaltigung des Entwicklungsganges des jugendlichen Menschen.“⁵⁰⁷

Auch für Richard Schmitz war „erziehen“ gleichbedeutend mit „führen“, „gewiss auch wachsen lassen, aber das Wachsen zugleich führen“.⁵⁰⁸ Verwirklichung fand dieses Konzept u. a. an der *Stella Matutina* in Feldkirch, deren Zögling Kurt Schuschnigg gewesen war. Der nachmalige Bundeskanzler hielt es der Jesuitenschule sehr zugute, dass „die egozentrische Einstellung, die die Natur uns mitgab, abgetönt und umgewandelt“ worden sei: „Wir haben an der *Stella* gelernt uns einzufügen, zu dienen um einer größeren Gemeinschaft willen.“⁵⁰⁹

Margarete Rada unternahm in ihrer Studie über Proletariermädchen den Versuch, 11- bis 13-jährigen Mädchen aus einem Wiener Arbeiterbezirk

502 MEISTER, Humanismus, 27; vgl. KAINZ, Hauptprobleme, 88 f.

503 MEISTER, Das Verhältnis, 39–41.

504 Wolfgang Brezinka beanspruchte Meisters Sichtweise, das Subjekt der Erziehung liege nicht in der Person, sondern in der Generation, also in einem durch Abstraktion gebildeten Kollektiv. Seine Verwendung der Begriffe „Weltanschauung“ und „Kultur“ sei naiv, weil er die Situation der wertpluralistischen und individualisierten Großgesellschaften nicht berücksichtigt habe; BREZINKA, Pädagogik, 448–451.

505 MEISTER, Beiträge, 47.

506 MEISTER, Beiträge, 49.

507 MEISTER, Beiträge, 181–183.

508 Zit. nach KAROSHI, Die Erinnerung, 26; vgl. SORGO, Schulpolitik, 192.

509 Zit. nach HOPFGARTNER, Schuschnigg, 27 f.; zu Schule und Heim EBD., 19–28; vgl. HÖRBURGER/Simonic, Lehrbuch I, 217.

„zum Bewusstsein ihrer Individualität“ zu verhelfen und sie „zum Nachdenken über sich selbst zu erziehen“: Dies sei die vornehmste Aufgabe eines Lehrers, der überdies darauf hinarbeiten müsse, die „Abkehr von der kindlich naiven Einstellung, die alles Gegebene als selbstverständlich und unabänderlich hinnimmt und Meinungen und Grundsätze der Umgebung blind anerkennt“⁵¹⁰, herbeizuführen. Radas Arbeit, in der quantifizierende Methoden zur Anwendung kommen und die über weite Strecken hin geradezu deterministisch anmutet, ist nicht zuletzt als Beleg dafür von Interesse, dass der Begriff „Individualität“ nicht nur im christlichsozial-konservativen Lager, sondern auch in Kreisen, die, wie Rada in ihrem Bildungsoptimismus, dem sozialen Wandel sehr offen gegenüberstanden, eine zentrale, allerdings teilweise dem Individualismus nahe kommende Denkkategorie darstellte.⁵¹¹

In einer Gemeinschaft arbeiten auch Wissenschaftler⁵¹², in einer lebenden gleichermaßen wie in einer die Generationen überdauernden. Karl Lugs-mayer richtete an sie einen ernsthaften Appell: „Die Größe und Fülle der Aufgaben sollte jeden Forscher und Lehrer eindringlich mahnen, sich vor dem schlimmsten Hemmnis im Fortschritt der Erkenntnis zu hüten, vor der Eitelkeit. Jeder Lehrer und Forscher ist doch so sehr von den Geschlechtern seiner Vorgänger, von der Zusammenarbeit der gesamten lebenden wissenschaftlichen Mitwelt abhängig, dass ihm Bescheidenheit förmlich aufgedrängt wird. Selbst die größte Entdeckung, die einem Forscher gelingen kann, ist immer nur ein ganz winziges Glied einer langen, langen Kette erkenntnismäßiger Arbeit unzähliger Vorfahren. [...] Zum Betrieb jeder Wissenschaft gehört deshalb auch eine bestimmte sittliche Haltung, Ernst und Ehrfurcht.“⁵¹³ In ähnlicher Weise hatte sich seit 1919 auch Oswald Redlich wiederholt geäußert, indem er sich gegen schrankenlosen Subjektivismus in Kunst und Wissenschaft verwahrte⁵¹⁴ und den Forschern eine „Ethik der eigenen persönlichen Lebensführung“, gepaart mit Ehrfurcht vor der Arbeit anderer, nahelegte.⁵¹⁵

Eine Gefühlsbindung besonderer Art, als deren Voraussetzung Philipp Bugelnig Selbstlosigkeit nannte⁵¹⁶, so wieder Karl Lugs-mayer, sei die Freundschaft, die ihrerseits als Bindemittel für Gemeinschaften anderer Art dienen könne. Wichtig sei vor allem die Gesinnungsfreundschaft oder Gesinnungsgemeinschaft: Ihre Angehörigen trügen gewisse Bewusstseinskonstanten in

510 RADA, Proletariermädchen, 75.

511 RADA, Proletariermädchen, 75.

512 K. LUGMAYER, Sein II, 349 f.

513 K. LUGMAYER, Sein II, 360.

514 SANTIFALLER, Oswald Redlich, 122.

515 Zit. nach SANTIFALLER, Oswald Redlich, 184.

516 BUGELNIG, Der Ständestaat, 43.

sich, Bündel von Vorstellungen und Gefühlen, an die sich alle neuen Wahrnehmungen anlagerten und die dadurch für das Handeln bestimmend würden.⁵¹⁷

Als Aspekt der *Philosophie der Person* eigens erwähnt wird die Nachbarschaft: Auch sie könne auf einer bewussten Entscheidung, personales Verhalten zu üben, beruhen. Als Hilfsgemeinschaft nehme sie geregelte Formen an, indem bestimmte Leistungen durch Sitte, Brauch oder Satzung als Bewusstseinskonstanten festgehalten würden; Belege für den Übergang in die politische Gemeinschaft lägen in den österreichischen Weistümern vor.⁵¹⁸

Wo immer Lugmayer Teilgesellschaften zu seinem Thema machte, behandelte er Phänomene wie Unterordnung und Überordnung, Befehl und Gehorsam, überhaupt Macht auf allen Ebenen als Aspekte des Ordnungswillens des Urbildes und des Seinsbezugs.⁵¹⁹ Die Machtmittel müssten so benutzt werden, dass die Ausübung der allgemeinen Seinsordnung entspricht: Unterordnung unter Gott, Gleichordnung zu den Personen, Überordnung über die Natur.⁵²⁰

Diese auf Goethes *Wilhelm Meister* rekurrierende Formulierung war auch im Denken Robert Krassers und Franz Hörburgers tief verankert. Ersterer paraphrasierte die einschlägige Stelle⁵²¹, Letzterer würdigte das gesamte Kapitel der *Wanderjahre* als Einführung der Zöglinge in die Ordnungen des Lebens und der Gesellschaft und in die sittliche Weltordnung: Das individualistische Erziehungsziel weiche dem sozialen, die zerstreuende Vielseitigkeit der konzentrierten Einseitigkeit. Von Goethe übernahm Hörburger auch den Begriff der Entsagung, die für ihn Einordnung bedeutete, und er zitierte den Dichterfürsten mit der Überzeugung, die letzte und tiefste Grundlage der Erziehung sei die Ehrfurcht. Bildung beruhe auf den Faktoren Individualität und Welt, die einander bedingten: Die Welt sei nicht bloßes Material zur persönlichen Bereicherung, sondern die Stätte mitschaffenden Handelns.⁵²²

Richard Schmitz forderte von den Lehrern die Verbindung der „Pflege des eigenpersönlichen Bewusstseins mit der planmäßigen Erziehung zur Ein- und Unterordnung“.⁵²³ Rudolf Henz würdigte an einem seiner Romanprotagonisten ein „starkes Mitgefühl mit allem Seienden, mit allen

517 K. LUGMAYER, Philosophie, 103.

518 K. LUGMAYER, Philosophie, 104 f.

519 K. LUGMAYER, Philosophie, 118–120.

520 K. LUGMAYER, Philosophie, 121.

521 KRASSER, Ständestaat, 14; zur dreifachen Ehrfurcht vgl. auch BENDA, Die österreichische Kulturidee, 80 f.

522 HÖRBURGER, Geschichte, 97; vgl. auch HÖRBURGER/SIMONIC, Lehrbuch I, 224.

523 R. SCHMITZ, Die Bedeutung, 8.

Geschöpfen um ihn herum“⁵²⁴ und zeichnete immer wieder Helden, die auf eigenes Glück verzichten.⁵²⁵ Friedrich Funder beurteilte aus einer ähnlichen Perspektive die Forderung des amerikanischen Präsidenten Wilson nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker in eher unorthodoxer Weise: „Es gibt in Wirklichkeit kein absolutes Selbstbestimmungsrecht in der Welt, nicht für den einzelnen Staat, nicht für die einzelne Nation; ebenso wie der Mensch als Einzelwesen in seiner Freiheit beschränkt ist durch das Wohl seiner Mitmenschen, der Gesellschaft, in der er lebt und mit der ihn tausend Bande seiner eigenen Bedürfnisse, der allgemeinen Zivilisation und gemeinsamen Aufgaben verknüpfen, ebenso ist die einzelne Nation kein in sich abgeschlossen existierendes Lebewesen, sondern durch unzählige Beziehungen des Naturrechts und der gebietenden Notwendigkeiten des Lebens der Umwelt verbunden.“⁵²⁶ Auch hier traf sich das Denken des ehemaligen Mandatars mit dem konservativ-liberaler Wirtschaftswissenschaftler.⁵²⁷

5.6 Kultivierung personaler Werte

Hingabe, Demut und der Gedanke des Dienens

1945 verwendete Karl Lugmayer zur Umschreibung des österreichischen Humanitätsideals einen Begriff, der mit Gemeinschaftssinn besonders viele Berührungspunkte hat, nämlich „Hingabe“.⁵²⁸ Er brachte ihn nicht, wie Philipp Bugelnig, vorrangig mit der Ehe in Zusammenhang⁵²⁹, sondern meinte, wie Dietrich von Hildebrand⁵³⁰, die Verbindung von persönlicher Freiheit mit der Anerkennung der Rechte des anderen, auch die Pflicht, alle Kräfte in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen; nahezu synonym verwendete er die Begriffe „Demut“ und „Ehrfurcht“.⁵³¹ Auch Guido Zernatto hielt die Hingabe für eine typisch österreichische Tugend, die sich in einem Verständnis von Dienst als Pflicht an der Sache äußere.⁵³² Othmar Spann akzentuierte den Zusammenhang mit der zuteilenden Gerechtigkeit: Die „Gerechtigkeit vom

524 HENZ, Dennoch Mensch, 71.

525 WÖGERER, Innere Emigration, 130.

526 FUNDER, Vom Gestern, 450.

527 HABERMANN, Das Maß, 15.

528 Zur Bedeutung dieses Wertes in der Zwischenkriegszeit vgl. P. NOLTE, Die Ordnung, 166.

529 BUGELNIG, Der Ständestaat, 42.

530 SEIFERT, Dietrich von Hildebrand, 182.

531 F. LUGMAYER, Karl Lugmayer, 33.

532 ZERNATTO, Die Wahrheit, 40 f.

Standpunkt des Ganzen aus“ sei die Voraussetzung für eine „angemessene Stellung im Ganzen“. ⁵³³

Ignaz Seipel hielt „persönliche Hingabe“ bei der Arbeit für unabdingbar, auf dass die Werke nicht „bürokratisch und unfruchtbar“ würden. ⁵³⁴ Jede Arbeit sei wertvoll und schön, wenn Gott zu ihr dränge; auf den Erfolg bei den Menschen komme es nicht an. ⁵³⁵ Über die uns gestellten Aufgaben sollten wir nicht nachdenken, sondern sie einfach erfüllen. ⁵³⁶

Friedrich Funder ortete „Hingebung“ bei „tüchtige(n) Menschen“ in Hinblick auf ein gesetztes Ziel und verband sie mit „Überzeugung und innere(r) Erfüllung und Durchdringung und der nicht aufgehenden Liebestat für die Gemeinschaft“. ⁵³⁷ In geradezu vollendeter Form fand er sie bei den Mitarbeitern des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand ⁵³⁸, die „in einem schönen menschlichen Verhältnis, das man im Autoritätsstaat wie in der Republik nur selten findet“, an ihm gehangen hätten. ⁵³⁹ Hans Karl Zeßner-Spitzenberg bescheinigte Bundeskanzler Engelbert Dollfuß und Kaiser Karl ein hohes Maß an „Hingabe, [...] Pflichttreue und Opfergröße“ ⁵⁴⁰. Letzterer habe es abgelehnt, Memoiren zu schreiben: „Die Selbstbespiegelung und Selbstrechtfertigung, wie sie damals immer mehr zur Modekrankheit wurde, entsprach nicht seiner Art.“ ⁵⁴¹

Franz Martin Schindler zog den Begriff „Demut“ vor: der Willenszustand, „kraft dessen der Mensch Hohes nur nach Gebühr anstrebt“. ⁵⁴² Für Ignaz Seipel äußerte sie sich im freiwilligen Verzicht, erkennen zu wollen, wie die Glieder aneinandergefügt sind: Von der Ewigkeit aus werde dies einst möglich sein. ⁵⁴³ Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi verstand unter Demut „die religiöse Erkenntnis eigener Nichtigkeit, die sich aus dem Vergleich zwischen unserer Individualität und dem Weltganzen ergibt“. ⁵⁴⁴ Kurt Schu-

533 SPANN, Wahrer Staat, 51; vgl. GAUGER, Gemeinwohl, 94–96; PICHLER, 212 f.; SCHNELLER, Zwischen Romantik und Faschismus, 82 und 91; LK, 519 (F. ROMIG).

534 SEIPEL, Von der sozialen Liebe, 211.

535 SEIPEL, Von der sozialen Liebe, 189.

536 SEIPEL, Von der sozialen Liebe, 64.

537 FUNDER, Sturm, 12; zum Zusammenhang der Begriffe „Liebe“ und „Gemeinschaft“ vgl. HANISCH, Konservatives und revolutionäres Denken, 185.

538 In zwei Artikeln zu Franz Ferdinands Persönlichkeit verlieh Funder 1929 seiner Überzeugung Ausdruck, der Thronfolger sei häufig missverstanden worden; NR 29. 6. 1929, 6. 7. 1929 (F. FUNDER).

539 FUNDER, Vom Gestern, 384; vgl. NOVOTNY, Der Monarch, 96.

540 CS 9. 8. 1936 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

541 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Kaiser Karl (1953), 214.

542 SCHINDLER, Lehrbuch II, 359 f.

543 SEIPEL, Von der sozialen Liebe, 29 f.

544 COUDENHOVE-KALERGI, Ethik, 49.

schnigg formulierte einen ähnlichen Gedanken als Fazit seiner – in der Haft der Nationalsozialisten angestellten – Reflexionen über den Gang der Geschichte: „Der Herrgott wird schon wissen, warum und wohin.“⁵⁴⁵

Für Dietrich von Hildebrand bedeutete Demut „die richtige Stellung des Geschöpfes zum Schöpfer“.⁵⁴⁶ Aus diesem Grund sei sie ein qualifizierendes Merkmal aller Führer⁵⁴⁷: Die Überordnung gegenüber anderen Personen sei durch „Wertqualitäten“ gerechtfertigt⁵⁴⁸, die selbstverständliche Überlegenheit und organische Gefolgschaft zur Folge hätten.⁵⁴⁹ Verantwortungsträger, so Othmar Spann, sollten ihre Stellung nicht als Privileg, sondern als Dienst auffassen; ihr Ethos gebiete es, trotz aller Machtfülle die Freiheit des Einzelnen zu wahren.⁵⁵⁰ Für die österreichischen Bischöfe bedeutete „das Amt der Oberen nicht Herrschaft, sondern pflichtmäßige Hingebung an das Wohl derjenigen, um deren willen es Gott verliehen hat“.⁵⁵¹ Die SZ unterstrich: „Auch auf politischem Gebiet ist Glaube und Demut eine Voraussetzung des Heils.“⁵⁵²

Für Karl Lugsen war ein idealer Staatslenker jener, dem „Dienen gleich Herrschen ist“; ihm gebühre Ehrfurcht, aber niemand werde Furcht vor ihm empfinden.⁵⁵³ Diese Eigenschaft (*Patriae inserviendo consumor*) – und überdies Ritterlichkeit – bescheinigte Oswald Redlich Kaiser Franz Josef.⁵⁵⁴ Er verglich den Monarchen mit Leopold I., den ebenfalls unermüdliches Pflichtgefühl ausgezeichnet habe.⁵⁵⁵ Max Freiherr von Hussarek hielt es gerade in der Demokratie für wichtig, allen zu Bewusstsein zu bringen, dass das Sittengebot kein Produkt autonomer Selbstbestimmung der Menschen sei, sondern „in Demut“ auf Gott zurückgeführt werden müsse⁵⁵⁶ – ein konservativer Liberaler *ante litteram*, wie mit Bezug auf Wilhelm Röpkes spätere Warnung vor Willkür und Beliebigkeit⁵⁵⁷, insbesondere in der Wirtschaft, wichtig ist.⁵⁵⁸

Leopold von Andrian forderte Demut als „unerlässliche geistige Haltung“ von den Wissenschaftlern, bezeichnete sie aber auch in allen anderen Le-

545 BINDER/H. SCHUSCHNIGG, „Sofort vernichten“, 297.

546 v. HILDEBRAND, Engelbert Dollfuß, 46.

547 v. HILDEBRAND, Memoiren, 177.

548 v. HILDEBRAND, Memoiren, 175.

549 v. HILDEBRAND, Memoiren, 171; vgl. SCHINDLER, Lehrbuch III, 797.

550 PICHLER, 43; HEINRICH, Schlüsselbegriffe, 357 f.

551 KNOLL, Piffl, 32; auch Dollfuß sprach von Hingabe; DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 174.

552 SZ 4. 9. 1932 (O. KNAPP).

553 CS 1. 7. 1934 (K. LUGSEN).

554 REDLICH, Der alte Kaiser.

555 REDLICH, Ausgewählte Schriften, 53.

556 SZ 2. 10. 1927 (M. von HUSSAREK).

557 HABERMANN, Das Maß, 43 und 46.

558 HABERMANN, Das Maß, 89 und 129.

benssituationen als wünschenswert.⁵⁵⁹ Nicht zuletzt konkretisierte sie sich als Diskretion; hierbei umschrieb er indirekt den Begriff „Kritik“ in seinem ursprünglichsten Sinn. Die Grundlage fand er in dem aus der antiken und christlichen Philosophie „mit ihrer feinen Denkmethode“ geläufigen Prinzip *Qui bene distinguit, bene docet*: „Die Welt der Wahrheit ist die Welt der Nuancen. Wer schauen will, dem muss seine mit dem Diamanten der Distinktion die Probleme zerteilende Hand vorgearbeitet haben.“ Aus dieser Überzeugung ergab sich für ihn: „Wie im Moralischen Hochmut, liegt im Intellektuellen Unnuanciertheit, Mangel an Unterscheidungskunst, jeder Häresie zugrunde.“⁵⁶⁰

Bei mehreren Mandataren kommen die Begriffe „Hingabe“ und „Demut“ nicht explizit vor, wohl aber das Bekenntnis zu wichtigen damit verbundenen Aspekten. Erich Braumüller-Tannbruck nannte als eines der markantesten Kennzeichen des Österreichers „Selbstaufopferung“⁵⁶¹; für Johannes Messner und Ulrich Ilg kam diese Haltung im Prinzip der Ehrenamtlichkeit zum Ausdruck.⁵⁶² Clemens Holzmeister, der Architekt, bemühte sich bei seinen Bauten um „Einordnung und Einklang mit Stadtbild und Landschaft“⁵⁶³; allen seinen Werken, erklärte er, sei „der Stempel des Dienens aufgedrückt“.⁵⁶⁴ Walter Adam forderte die Hintanstellung persönlicher Wünsche in Notzeiten zugunsten des Dienstes an der Sache.⁵⁶⁵ Johann Staud setzte den Gedanken des Dienstes mit dem des Berufs gleich; jede Arbeit dürfe „nicht allein vom Erwerbsstandpunkt“, sondern müsse „vom Dienstgedanken an einer Gemeinschaft: Familie, Betrieb, Berufsstand und Volk aufgefasst werden“.⁵⁶⁶ Philipp Bugelnig sah hier den eigentlichen Wesenskern der ständischen Ordnung.⁵⁶⁷

Dialogfähigkeit und Respekt

Gemäß dem Wesen menschlicher Individualität als unverwechselbares, nicht ersetzbares Selbstsein erfordert das Bekenntnis zur Gemeinschaft die

⁵⁵⁹ v. ANDRIAN, Ständeordnung, 41.

⁵⁶⁰ v. ANDRIAN, Ständeordnung, 210.

⁵⁶¹ BRAUMÜLLER-TANNBRUCK, Ostarrichi, 4.

⁵⁶² KLOSE, Berufsständische Ordnung, 202; vgl. auch ILG, Uns alle, 42.

⁵⁶³ HOLZMEISTER, Architekt, 37.

⁵⁶⁴ HOLZMEISTER, Architekt, 271.

⁵⁶⁵ ADAM, Staatsprogramm, 147, 149.

⁵⁶⁶ STAUD, Berufsauffassung, 6.

⁵⁶⁷ BUGELNIG, Der Ständestaat, 53; vgl. auch OREL, Ständeordnung, 14 f.

Entfaltung eines Dialogs.⁵⁶⁸ Rudolf Henz beklagte sich noch 1963 über jene Verweigerer desselben, „denen die Welt nicht schwarzweiß genug sein kann. Der Christ sieht nicht nur die Endzeit vor sich, das wäre billig, sondern eine sehr komplizierte Zeit. Er steht immer dazwischen [...]. Eine undankbare Stellung, für mich aber die einzig mögliche.“⁵⁶⁹ Richard Meister, der Philologe, vertraut mit klassischer Dialektik, bekannte sich in seinem gesamten Wirken zur Suche nach Synthesen; simple Kompromisse lehnte er ab. Wo er scheinbar extreme Positionen bezog, nahm er ihnen die Spitze, indem er sie durch Wesenszüge anreicherte, die von der Gegenseite kamen.⁵⁷⁰

„Wir nennen Menschen Personen, weil sie auf andere Weise als jene Lebewesen, die es sonst gibt, das sind, was sie sind“⁵⁷¹, lautet Robert Spaemanns Umschreibung des Wesens personalistischen Denkens. Im Umgang der Menschen miteinander sollten Normen positiven Rechts nicht erforderlich sein, denn: „Warum sollte man einem Imperativ gehorchen?“ Mit Bezug auf die Geschichte von Kain und Abel mahnte er: „Den Platz des anderen nicht zu kennen, ist [...] schon gleichbedeutend mit dem Eingeständnis des Mordes.“⁵⁷²

Die im Alltag aus dieser Überzeugung resultierende Haltung ist die des Respekts. Rudolf Henz fand sie in katholischen Internaten verwirklicht: Im Grazer Priesterseminar habe er die Einsicht gewonnen, der Mensch sei „nicht nur ein Teilchen, ein Rädchen, ein Splitter, sondern immer auch, noch im völlig misslungenen Exemplar, ein Kind Gottes“.⁵⁷³ Christlichem Geist entsprang auch jene Form des Respekts, die Friedrich Funder an Franz Martin Schindler schätzte: Als junger Priester habe sich dieser an einer öffentlichen Ausschreibung gestoßen, in der eine „Schreibkraft“ gesucht wurde; „Kraft“ war für ihn gleichbedeutend mit ‚Maschine‘, die aufgestellt und wieder beseitigt wird, wenn sie keinen Gewinn mehr abwirft. Wenn die sittlichen Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geleugnet werden – bis zu welchem Grad der Vergiftung muss dann unser modernes Erwerbsleben gelangen?“⁵⁷⁴ So nebensächlich der Gegenstand dieses Zitats wirkt, es betrifft eine zentrale Komponente der berufsständischen Ordnung – und zeigt, dass deren Wurzeln in Österreich vor QA lagen. Grundlegende Idee war die einer Kooperation, bei der es auf die wechselseitige Anerkennung fremder Interessenssphären ankommen sollte.⁵⁷⁵

568 SCHMIDINGER, *Der Mensch*, 14 f.

569 HENZ, *Fügung*, 294.

570 KAINZ, *Hauptprobleme*, 87–89.

571 SPAEMANN, *Personen*, 175.

572 SPAEMANN, *Personen*, 194.

573 HENZ, *Fügung*, 93.

574 FUNDER, *Aufbruch*, 32.

575 BÖCK, *Öffentlichkeitsarbeit*, 123–125.

In anderen Fällen brachte Funder seine Wertvorstellungen an Wahrnehmungen aus dem Alltag zum Ausdruck. So berichtete er von einer Episode aus dem Jahr 1919, als Maßnahmen gegen Seuchengefahr zu treffen waren; hierbei habe sich Erzherzogin Maria Therese von Portugal, die Schwägerin von Kaiser Franz Josef, bewährt, und er rechnete es dem sozialdemokratischen Kanzler Karl Renner hoch an, dass er Sr. Michaela, so ihr Name als Krankenschwester, trotz Habsburgergesetz mit „kaiserliche Hoheit“ tituliert.⁵⁷⁶ Victor Adler hielt er zugute, dass er bis zuletzt gegenüber Kaiser Karl „die gute Form“ bewahrt habe.⁵⁷⁷ Diese Beispiele stehen für Formen des Respekts vor Personen, die sich in der Gemeinschaft aufgrund eines Ethos bewährten, unabhängig vom Buchstaben des Gesetzes.

Oswald Redlich erwies seinen Mitmenschen Respekt durch eine humane Art als akademischer Lehrer und durch den Verzicht auf kämpferische, scharf profilierte Thesen gegen Kollegen, denen er persönlich fern stand.⁵⁷⁸

Victor Franz Hess, Sohn des Waldmeisters eines steirischen Fürstengeschlechts, der Entdecker der kosmischen Strahlung und als solcher 1936 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet⁵⁷⁹, forderte Respekt vor den Tieren: Eine von insgesamt nur zwei Wortmeldungen, die von ihm aus dem BKR bekannt sind, bestand in einem Einspruch gegen die leichtfertige Verwendung von Tieren zu Forschungszwecken.⁵⁸⁰

Ludwig Adamovich thematisierte den Respekt im Diskurs über Demokratie: Mehr noch als eine Form staatlicher Organisation sei diese „eine besondere Denk- und Lebensform“; der Respekt vor dem Mitmenschen sei eine ihrer geistigen Grundlagen.⁵⁸¹

Derartige Äußerungen rufen das konservativ-liberale Bekenntnis zum Tabu⁵⁸² und die ebenfalls von dieser Seite ausgesprochene Mahnung vor einem Missbrauch der Pressefreiheit in Erinnerung: Ein solcher, so Wilhelm Röpke, sei „eine Form moderner Zudringlichkeit und Indiskretion“, die viel mit „absolutem Demokratismus jakobinischer“ Art zu tun habe.⁵⁸³

⁵⁷⁶ FUNDER, Vom Gestern, 417.

⁵⁷⁷ FUNDER, Vom Gestern, 452.

⁵⁷⁸ WINKELBAUER, Oswald Redlich, 401–403.

⁵⁷⁹ G. HUEMER, Viktor Franz Hess, 1.

⁵⁸⁰ G. HUEMER, Viktor Franz Hess, 98.

⁵⁸¹ ADAMOVICH, Grundriss, 67.

⁵⁸² HABERMANN, Das Maß, 47.

⁵⁸³ HABERMANN, Das Maß, 104.

Der Wert der Tradition und der „Modernitätsschock“

Selbstredend galt auch der Tradition großer Respekt – umso mehr, als man diesen Wert in Gefahr wähnte. Gemäß dem Verständnis von Karl Jaspers („Wir sind Mensch nicht durch Vererbung, sondern erst durch den Gehalt einer Tradition.“⁵⁸⁴) wurde sie als eigentliche Voraussetzung für menschliche Sozialisation und als Wesensmerkmal der Kultur gehandelt. Hans-Georg Gadamer deutete Tradition als eine Form von Autorität.⁵⁸⁵

Oswald Spengler verschrieb sich einer breit angelegten, ins 18. Jahrhundert zurückreichenden Zivilisationskritik⁵⁸⁶ und bedauerte den Verlust der „Ehrfurcht vor dem Überlieferten und Gewachsenen“.⁵⁸⁷ In seinem 1924–1936 entstandenen Buch *Der Mensch und die Technik* vertrat er den Standpunkt, dass der Höhepunkt der technischen Entwicklung nunmehr erreicht sei; gehe dieser Prozess noch weiter, steuere die westliche Kultur einer „Tragödie“ zu.⁵⁸⁸ Die pejorative Konnotation des Wortes „Zivilisation“ leitete er aus der Tatsache ab, dass die dadurch bezeichneten Inhalte von breiten, von unten emporstrebenden Schichten kämen, die auf nichts anderes als auf Erfolg, Prestige und Ansehen bedacht seien.⁵⁸⁹ Karl Mannheim begründete seine Vorbehalte gegen das naturwissenschaftlich-exakte Denken damit, dass dieses vom sozialen Körper abgelöst sei und, anders als das historische, nur seiner eigenen Dynamik folge.⁵⁹⁰ Nur wenige Jahre später hatten sich ähnliche Einsichten auch in der völlig anderen Denktradition der Frankfurter Schule durchgesetzt.⁵⁹¹ Kaum überraschend sind sie hingegen aus dem Munde von Rudolf Henz: Er ortete die „Fortschrittsfanatiker“ insbesondere in den Reihen der Sozialdemokraten, die schon vor dem Ersten Weltkrieg „die Hochschulen und noch mehr die Volkshochschulen beherrschten“.⁵⁹²

Den Fortschritt selbst nannte der Dichter einen „Mythos“; die „Zivilisationsfanatiker“, die sich für „mechanisiertes Denken“ begeisterten, bereiteten ihm Unbehagen.⁵⁹³ Gleich Ernst Wiechert, dem Verfasser des von aristokratischem Geist durchdrungenen Romans *Das einfache Leben* (1939)⁵⁹⁴,

584 Zit. nach LK, 567 (K. MOTSCHMANN).

585 GADAMER, Hermeneutik I, 285.

586 BOTERMAN, Oswald Spengler, 140–148.

587 Zit. nach BOTERMAN, Oswald Spengler, 166 f.

588 BOTERMAN, Oswald Spengler, 351–356.

589 BOTERMAN, Oswald Spengler, 149.

590 MANNHEIM, Konservatismus, 66 f.

591 HORKHEIMER/ADORNO, Dialektik, 3.

592 HENZ, Fügung, 28; vgl. VOCELKA, Geschichte, 279–282.

593 HENZ, Mysterium, 215 f.

594 Zu möglichen Bezügen auf deutsche Ansprüche auf den im Zweiten Weltkrieg umkämpften

evozierte er teilweise ein Goldenes Zeitalter.⁵⁹⁵ Franz Karl Ginzkey setzte dem technischen Zeitalter den Menschen der Stille entgegen und bedauerte die „ungeheure Selbstüberschätzung“ des modernen Menschen; die Phrase von dessen Gottähnlichkeit hemme den inneren Fortschritt.⁵⁹⁶ Ebenso wenig teilte Josef Marx den „Fortschrittsoptimismus der Nachkriegszeit“.⁵⁹⁷ Die genannten Autoren vertraten durch ihr „Leiden an der Modernisierung“ den Standpunkt der Agrarromantiker gleichermaßen wie jenen der akademischen Kulturkritiker.⁵⁹⁸

Die österreichischen Bischöfe sprachen 1918 vom „Kulturstolz des derzeitigen Geschlechtes, das [...] sich eingebildet hatte, Gott und seine Gebote entbehren [...] zu können [...]. Eine gottentfremdete Wissenschaft glaubte an unaufhaltsamen Fortschritt [...]; die Technik [...] träumte in ihrem Reiche der unbegrenzten Möglichkeiten von einer Art Allmacht [...]. Dieser ungeahnte irdische Aufstieg hat im modernen Menschen den Wahn der [...] Selbstherrlichkeit gegenüber Gott [...] gefördert.“⁵⁹⁹ Ähnlicher Formulierungen bediente sich Engelbert Dollfuß.⁶⁰⁰

Richard Schmitz, einer der profiliertesten Vertreter der CSP, nannte deren Mitglieder Konservative, die „das wertvolle Erbe der Väter hochschätzen und gegen mutwillige Zerstörung verteidigen, zugleich aber gediegenen Neuerungen verständnisvoll entgegenkommen“.⁶⁰¹ Alois Schönburg-Hartenstein stand bei seinen Zeitgenossen im Ruf, vom Alten und Überlieferten das nehmen zu wollen, was gut und erhaltenswert sei, sich aber auch dem Neuen nicht zu verschließen.⁶⁰² Guido Zernatto erklärte, der Fortschritt dürfe sich von den „Kulturerfolgen der Vergangenheit“ nicht lösen.⁶⁰³

Leopold von Andrian leitete aus Christi Auftrag *Estote perfecti!* zwar eine positive Bewertung des Fortschritts ab, wollte diesen aber in einem subtileren Sinn verstanden wissen „als jener, in dem er vom neuheidnisch zivilisierten Pöbel der Gegenwart erfasst wird. Dieser glaubt die Vorgeschichte der Menschheit in die Formel ‚mechanische Evolution vom unbelebten bis zum denkenden Wesen‘ zusammenpressen zu können, und setzt dem menschli-

Grenzraum im Osten und zur Kriegsmetaphorik in diesem Werk vgl. STROBEL, Aristokratischer Rückzug, 371–381.

595 SUCHY, Utopie, 240.

596 SZ 7. 9. 1930 (F. K. GINZKEY).

597 MARX, Betrachtungen, 364.

598 P. NOLTE, Ständische Ordnung, 236.

599 KNOLL, Piff, 21 f.

600 Eva DOLLFUSS, Mein Vater, 148.

601 R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 13.

602 HOLUB, Fürst Alois Schönburg-Hartenstein, 134.

603 ZERNATTO, Vom Wesen, 140.

chen Individuum als höchsten, als angeblich idealen Zweck, beizutragen zur äußeren Weltherrschaft und zum physischen Wohlergehen der Menschheit, Maurer und natürlich Freimaurer am Gebäude des materiellen Fortschritts zu sein.“⁶⁰⁴

Zumal im technologischen Bereich waren die Bedenken gegen das Neue in der Tat groß.⁶⁰⁵ Seit die Technik nicht mehr als Mimesis der Natur begriffen wurde⁶⁰⁶, erlebten viele Zeitgenossen einen „Modernitätsschock“, der das Bedürfnis nach Ordnung und Stabilität bewirkte.⁶⁰⁷ Dazu gehören auch Max Schelers Vorbehalte gegen rein technische Intelligenz.⁶⁰⁸

Die Fortschrittsskepsis ist selbst bei Denkern nicht zu übersehen, die über jeden Verdacht fehlenden Weitblicks erhaben sind wie Thomas Mann, der 1926 in der *Leo-Gesellschaft* einen Vortrag über seinen 1924 erschienenen Roman *Der Zauberberg* hielt.⁶⁰⁹ Im Salon von Alma Mahler-Werfel traf er führende Persönlichkeiten des Geisteslebens.⁶¹⁰ Der Nobelpreisträger darf als Vertreter jener typisch deutschen Kulturkritik zitiert werden, in der sich das schwierige Verhältnis vieler Konservativer zu Wissenschaft und Technik manifestiert.⁶¹¹ Im *Zauberberg* stellte er dem Fortschrittsfanatiker Ludovico Settembrini, dem Inbegriff westlicher Zivilisation, in der Person des Leo Naphta einen „östlichen“ Menschen gegenüber, der sich dem Gedanken eines hierarchisch gebundenen *ordo* verschrieben hat und in tiefer Skepsis gegen die Aufklärung die Schwächen des Fortschritts nachzuweisen bestrebt ist.⁶¹² In den *Betrachtungen eines Unpolitischen* (1918) hatte er die mit apolitischer Innerlichkeit und Seele gleichgesetzte „Kultur“ gegen die mit banalen politisch-sozialen Erscheinungen und Demokratie assoziierte „Zivilisation“ ausgespielt⁶¹³, und, überzeugt davon, dass Politik auf Egalisierung, Mittelmaß, Kompromiss hinauslaufe, war er auch nach 1922 kein überzeugter Demokrat geworden.⁶¹⁴ So sehr Überzeugungen dieser Art jenen der konservativ-liberalen Elite des Ständestaates entsprachen, so groß waren deren Vorbehalte gegen den urbanen und überdies semitophilen Intellektu-

604 v. ANDRIAN, Ständeordnung, 145 f.; vgl. DOROWIN, Retter, 98.

605 Vgl. HANISCH, Konservatives und revolutionäres Denken, 26.

606 GG 4 (1978), 557–560 (Organ, G. DOHRN-VAN ROSSUM).

607 P. NOLTE, Ständische Ordnung, 237.

608 NR 8. 12. 1928 (P. WUST).

609 SZ 14. 11. 1926 (R. v. SCHAUKAL); dieses Werk wurde in Österreich allerdings vorwiegend negativ aufgenommen; ZEDER, Thomas Mann, 182.

610 BUCHMAYR, Der Priester, 119–125; ROČEK, Die neun Leben, 199 f.; ZEDER, Thomas Mann, 194–210.

611 BREUER, Anatomie, 70; SEELIG, Die „soziale Aristokratie“, 154.

612 KRÖLL, Der Bürger, 276–278.

613 BOTERMAN, Oswald Spengler, 175 f.

614 ANDRES, „Politik“, 357 f.

ellen. Dass die ab 1933 ventilierte Einbürgerung in Österreich⁶¹⁵ letztendlich nicht Wirklichkeit wurde, dürfte indes der Sorge Thomas Manns über die politische Entwicklung nach dem Juliabkommen zuzuschreiben sein.⁶¹⁶

Die „ökologischen“ Bedenken auf die Gesellschaft zu übertragen⁶¹⁷ entsprach der Ablehnung der linearen Geschichtsphilosophie des Fortschritts.⁶¹⁸ Eric Voegelin deutete den Leviathan, wie erinnerlich der Inbegriff dessen, was das konservative Österreich der dreißiger Jahre fürchtete (Kap. 4.1), auch als Symbol für eine innerweltliche Gemeinschaft, die einen Teilinhalt, nämlich das naturwissenschaftliche Wissen, verabsolutiere und die existentielle Dimension des Menschen negiere.⁶¹⁹ Eduard Spranger sah als eine der Folgen den nicht mehr selbständig denkenden, genormten Menschen, der zum Helfer totalitärer Systeme werden würde.⁶²⁰ Dietrich von Hildebrand erkannte ein Wesensmerkmal abendländischer Geisteshaltung in der richtigen Verteilung von Aktivität und Passivität⁶²¹, ein Gedanke, der an den in barocker Tradition stehenden Lobpreis der Muße in der Romantik erinnert und die konservativen Vorbehalte gegen den Fortschrittsrausch erklärt.⁶²² Aurel Kolnai dachte, „Vollkommenheitsillusionen“ würden zu utopischem Denken führen und somit zur ideologischen Basis des Totalitarismus werden.⁶²³ In der Tat war Technologie auch für den Faschismus sehr wichtig.⁶²⁴ Im Gleichklang mit jenen Konservativen, denen zufolge eine Übermacht der Apparate die Spielräume der Menschen einenge⁶²⁵, forderte Anton Orel den Abbau des „Maschinismus“, für ihn nur ein Aspekt von Kapitalismus und „Fehlrationalisierung“; er glaubte an den „Aufbau von Arbeitsgelegenheit durch Wiederaufbau der Stände“.⁶²⁶

Hermann Struber ortete die Anfänge der Technisierung der Arbeitswelt, die in Wirklichkeit im englischen Empirismus lagen⁶²⁷, in der Zeit der Fran-

615 ZEDER, Thomas Mann, 172–180; einen Fürsprecher hatte Thomas Mann in Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi; EBD., 194; 1936 stand die Einbürgerung kurz vor der Verwirklichung, umso mehr, als Thoams Mann durch die Vermittlung von Johannes Hollnsteiner über beste Kontakte zu Bundeskanzler Schuschnigg verfügte; EBD., 216.

616 ZEDER, Thomas Mann, 207–210.

617 STÖLTING, „Macht und Eliten“, 220.

618 KONDYLLIS, Konservativismus, 342.

619 HENKEL, Eric Voegelin, 84 f.

620 EDER, Der Liberalismus, 12.

621 NOSER, Die historische Tragik, 229.

622 HERSCHE, Gelassenheit, 20–23.

623 GRASSL, Kolnai.

624 DE FELICE, Deutungen, 81.

625 BREUER, Anatomie, 71.

626 OREL, Ständeordnung, 59.

627 GLASS/SERLOTH, Selbstverständnis, 29–32.

zösischen Revolution, die den gesamten Wirtschafts- und Arbeitsprozess revolutioniert habe. Die Vorteile der Entlastung menschlicher Arbeitskraft außer Acht lassend, bedauerte er, dass die Maschine diese überflüssig gemacht habe. Durch den technologischen Fortschritt seien auch in den einzelnen Staaten „Habsucht und Eigennutz in der schlimmsten Art und Weise wirksam geworden“. Dass dadurch steile wirtschaftliche Gefälle zwischen den Menschen entstanden seien und vor allem dass der Politik die Herrschaft über die Wirtschaft entglitten sei, bereitete ihm Sorge. Er warnte vor dem Abbau menschlicher Arbeitskraft und forderte Maßnahmen zur Steigerung der Kaufkraft.⁶²⁸

Lapidar bemerkte Felix Klezl, „heute“ [sc. 1934, E. K.] habe der Mensch gegenüber der Maschine dieselbe Funktion wie früher das Werkzeug gegenüber dem Menschen – nicht ohne auf die sozialen Auswirkungen dieses Faktums hinzuweisen.⁶²⁹ Er teilte Spanns Überzeugung vom „Hochmut“ der exakten Wissenschaften und ihrer „Unfruchtbarkeit“ und Nichtanwendbarkeit auf den gesellschaftlichen Bereich.⁶³⁰ Gertrud Spinnhahn bedauerte, dass es zu einer Verdrängung des Menschen durch die Maschine gekommen sei, zum Schaden der ländlichen Sozialstruktur.⁶³¹ Sie sprach sich zwar nicht gegen jede Rationalisierung der Landwirtschaft aus, aber die Maschine solle der landwirtschaftlichen Produktion dienstbar gemacht werden.⁶³²

Johann Staud sah die Kehrseite des technischen Fortschritts darin, dass er „immer mehr rationalisierte Großbetriebe, in denen für den Berufsgedanken kein Platz mehr vorhanden war“, geschaffen habe.⁶³³ Für Franz Waschnig hatte die „überstürzte Anwendung technischer Neuerungen nicht zum Fortschritt, sondern zu einem Rückschritt“ geführt.⁶³⁴ Hermann Stipek störte es berichten zu müssen, dass er von Seiten der Bürokratie wegen seiner Auffassung, der zunehmende Einsatz von Maschinen werde einst Massenarbeitslosigkeit zur Folge haben, belächelt worden sei.⁶³⁵

Arthur Seyss-Inquart brachte den technischen Fortschritt mit „Amerikanismus“ in Zusammenhang, eine Haltung, die er für kaum minder gefährlich hielt als den Bolschewismus. Ihr Kennzeichen sei, so die wenig selbstkritische Formulierung von Hitlers Reichskommissar in den Niederlanden, die „Freiheit der rücksichtslosen Ausbeutung des Nebenmenschen“.⁶³⁶ Demge-

628 STRUBER, Österreichs Wiederaufbau, 17–21.

629 KLEZL, Beruf, 83 f.

630 SPANN, Wahrer Staat, 78 f.; vgl. SCHNELLER, Zwischen Romantik und Faschismus, 75.

631 SPINNHORN, Agrarpolitik, 54 f.

632 SPINNHORN, Agrarpolitik, 37 und 42.

633 STAUD, Berufsauffassung, 5.

634 WASCHNIG, Wirtschaftsreform, 19.

635 STIPEK, Das Werden, 9.

636 SEYSS-INQUART, Vier Jahre, 190 f.

genüber hielt es Alexander Novotny für einen Wesenszug des österreichischen Menschen, es nie zugelassen zu haben, dass die Technik dem „seelentötenden Amerikanismus“ ver falle, sondern ihre Funktion im Dienst der Menschlichkeit im Auge behalten zu haben.⁶³⁷

Für Erich Braumüller-Tannbruck war der 1926 in Betrieb genommene Salzburger Flughafen zwar „Sinnbild des unermüdlich aufstrebenden Menschengenies“, an die Jugend, die Gestalterin der Zukunft, wandte er sich aber mit mahnenden Worten: „Aus der Vergangenheit kommst du, auf der Vergangenheit fußest du, auf ihr musst du weiterbauen.“⁶³⁸ Hans Karl Zeßner-Spitzenberg riet den angehenden Ingenieuren an der Hochschule für Bodenkultur in Wien: „Niemals dürfen wir bloß wurzellose Neuerer sein.“⁶³⁹

Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi teilte derlei Bedenken, er forderte aber zu einem positiven Umgang mit dem Fortschritt auf. Die Eindämmung der Technik sei nicht möglich, weil die europäische Kultur „ihrem Wesen nach aktivistisch und rationalistisch“ sei.⁶⁴⁰ Daher müsse Europa versuchen, den technischen Fortschritt ethisch wettzumachen; der Mensch dürfe nicht zur Maschine werden und seine organische Herkunft verleugnen.⁶⁴¹ Er hoffte, die Technik durch eine entsprechende Ethik gleichsam veredeln zu können.⁶⁴² Diese Gedanken legte er in einer 1922 verfassten Abhandlung mit dem bezeichnenden Titel *Apologie der Technik* nieder. Manche der darin getroffenen Feststellungen bestätigen, dass er die Skepsis vieler Zeitgenossen grundsätzlich teilte: „Wie der Körper Organ der Seele ist, so muss sich die Technik der ethischen Führung unterwerfen.“⁶⁴³ Dass diese Gedanken nicht rein spekulativer Natur waren, zeigt die Aussage „Ethik löst die soziale Frage von innen, Technik von außen“.⁶⁴⁴ Auch Oswald Spenglers Kritik galt nicht der Technik an sich, sondern dem falschen Umgang der Führungsschichten mit ihr, und der Dichter Ernst Jünger war zuversichtlich, dass die Technik einst das sein werde, was sie zu sein habe, nämlich Organ, Instrument des Menschen.⁶⁴⁵ Im Spann-Kreis sprach man von einer „soziale(n) Zensur der Technik“.⁶⁴⁶

Auch Oswald von Nell-Breuning verdammt die Technik nicht pauschal,

637 MSchKP 1, 973 (A. NOVOTNY).

638 BRAUMÜLLER-TANNBRUCK, Salzburg, 54.

639 K. P. ZEßNER-SPITZENBERG, Hans Karl, 55.

640 COUDENHOVE-KALERGI, Pan-Europa, 35.

641 COUDENHOVE-KALERGI, Held, 145; vgl. ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Botschafter Europas, 63.

642 COUDENHOVE-KALERGI, Apologie, 73.

643 COUDENHOVE-KALERGI, Apologie, 148.

644 COUDENHOVE-KALERGI, Apologie, 68.

645 BOTERMAN, Oswald Spengler, 170 und 201; BREUER, Anatomie, 74–76.

646 StL 1937, 140–142 (E. HRUSCHKA).

sondern hielt die Schulung von Technikern, wie es sie nunmehr brauche, für eine Möglichkeit, an der Weiterformung des menschlichen Charakters zu arbeiten.⁶⁴⁷ In der MSchKP konnte man lesen, in der Technik setze der Mensch die Schöpfung fort, doch gemäß der naturgegebenen Ordnung; die Technik müsse nicht in Widerspruch zum Geist stehen: Homer könne man auch nach der Arbeit lesen.⁶⁴⁸

Eine ähnliche Offenheit zeigte – bei allen Bedenken – Felix Klezl: Er war zuversichtlich, „dass eine soziale und moralische Wiedergeburt der Menschheit diesen technischen Fortschritt nicht zum Fluch, sondern zum Segen werden lässt“.⁶⁴⁹ Auch Kurt Schuschnigg vertrat keinen radikalen Antimodernismus, sondern verband Prinzipientreue mit Realitätsnähe: „Es wäre unsinnig, sich gegen den Fortschritt der Technik zu stellen, weil aus ihm unendlich viel Segen für die Menschheit entsprossen ist, aber es wäre falsch zu glauben, dass jetzt überhaupt nur mehr der Industrialisierung, der Vermessung, der Nivellierung die Zukunft gehöre.“⁶⁵⁰

Man versteht also, warum der Ständestaat – auch unabhängig vom Faktum des Fehlens einer industriellen Basis in Österreich – auf Rationalisierung und Steigerung der Produktivität verzichtete. Die Übermacht modernisierungsskeptischer Strömungen erklärt auch die nur zögerliche Werbung für wachstumsfördernden Massenkonsum. Arbeitsbeschaffungsprogramme konzentrierten sich vornehmlich auf die Bauwirtschaft.⁶⁵¹

Die Macht der ungeschriebenen Gesetze

Die Forderung nach Respekt ist kein Gebot positiven Rechts: Sie ist vielmehr eines jener ungeschriebenen Gesetze⁶⁵², von denen klassisches Naturrecht und personalistische Philosophie leben. Man kann sich das Gefühl der Gebundenheit an diese in der Reihe der Elemente vorstellen, die Max Scheler zur Umschreibung des Geistes anführte (Kap. 5.4), auch unter den von Franz Martin Schindler dem Bürger auferlegten Pflichten, wie Ehrfurcht, Treue und Gehorsam.⁶⁵³ Als wichtigstes Regulativ menschlicher Beziehungen nannte der Wiener Moraltheologe die Liebe, in die Billigkeit eingeschlos-

647 SIMONETT, Die berufsständische Ordnung, 85 f.

648 MSchKP 1, 1124 f.; 2, 279.

649 KLEZL, Beruf, Vorwort.

650 K. SCHUSCHNIGG, Österreichs Erneuerung, 109.

651 SANDGRUBER, Ökonomie, 397–399; UNTERRAINER, Wirtschaftspolitik, 67.

652 Vgl. hierzu umfassend LK, 568 (K. MOTSCHMANN).

653 SCHINDLER, Lehrbuch III, 822–824.

sen sei.⁶⁵⁴ Philipp Bugelnig nahm die Liebe als Bindeglied für die ihm wichtige Gleichsetzung der Begriffe „ständisch“ und „christlich“.⁶⁵⁵ Ignaz Seipel hatte 1923 in seinem Weihnachtswunsch an die „ungeschriebenen Gesetze des Gemeinnsinns“ appelliert.⁶⁵⁶

Hier kommen jene bleibenden Werte und anthropologischen Konstanten zur Sprache, die Richard Meisters Wirken begleiteten, jene *Seinsformen der Kultur*, so der Titel eines Aufsatzes von 1943, die, wie er aus späterer Rückschau erklärte, für sein Überdauern in der Depression des Zweiten Weltkriegs entscheidend gewesen seien.⁶⁵⁷ Auch Rudolf Henz machte sie immer wieder zu seinem Thema, weil er sie als Rettungsanker in der Krise empfand.⁶⁵⁸ Für Menschen, die nur „nach Soll und Haben leben“, erklärte er mit Blick auf das vom Nationalsozialismus bedrohte Österreich, sei es auch schwer, an das Gute zu glauben.⁶⁵⁹ Mit dem Wissen um „das Menschliche“ begründete Henz zeit seines Lebens seine Liebe zum alten Österreich, aber auch seine Wertschätzung der nach 1945 geleisteten Kulturarbeit und geistigen Auseinandersetzung.⁶⁶⁰ Große Genugtuung bereitete es ihm, dass der Chefarzt einer Tiroler Lungenheilstätte, der die „heilsame“ Wirkung seiner Literatur erkannt habe, kurz nach dem Erscheinen seines Anich-Romans 150 Exemplare desselben als Weihnachtsgeschenk für die Patienten anforderte.⁶⁶¹

Franz Karl Ginzkey trat für flexible, an den Bedürfnissen des Einzelnen orientierte Lösungen ein: In Anspielung auf Preußen schätzte er am österreichischen Staat, dass er keine „strenge Unerbittlichkeit“ kenne und ihm daher für ein dichterisches Projekt einen langen Sonderurlaub gewährt habe.⁶⁶² Ähnlichem Denken entsprechen Franz Kolbs Vorbehalte gegen gemütsfeindlichen Formalismus⁶⁶³ und Karl Lugs Mayers Forderung nach Billigkeit aufgrund des Sittengesetzes.⁶⁶⁴ Richard Kerschagl rückte die Liebe als Aspekt der Gerechtigkeit ins Licht, auch in wirtschaftlichen Fragen: Er verstand darunter das rechtmäßig Geschuldete.⁶⁶⁵ Hermann Struber mahnte „eine

654 SCHINDLER, Lehrbuch III, 756.

655 BUGELNIG, Der Ständestaat, 40 f. und 68–70.

656 RENNHOFFER, Ignaz Seipel, 390.

657 BREZINKA, Pädagogik, 400.

658 VENUS, Rudolf Henz, 22.

659 HENZ, Fügung, 231 f.

660 HENZ, Österreich, 10.

661 HENZ, Fügung, 290.

662 GINZKEY, Heimatsucher, 131.

663 KOLB, Wiedertäufer, 16.

664 K. LUGMAYER, Grundrisse, 126 f.

665 KERSCHAGL, Die Quadregesimo anno, 13–18.

gewaltige Umstellung der Menschen in den sittlichen Anschauungen“ ein; das christliche Sittengesetz müsse zu einem der wichtigsten Verfassungsgesetze der neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung werden, „ohne dessen Wirksamkeit jede wie immer geartete Zuständereform wirkungslos ist“. ⁶⁶⁶ Seipel hatte in einer am 14. Februar 1924 gehaltenen, von Paul Thun-Hohenstein ausdrücklich gelobten ⁶⁶⁷ Rede zum Thema *Die geistige Arbeit am Wiederaufbau* gefordert, mit der wirtschaftlichen Sanierung müsse ein geistig-moralischer Wiederaufbau einhergehen. ⁶⁶⁸ Aus seinem Munde stammt auch die einprägsame, von mehreren Mandataren übernommene ⁶⁶⁹ Metapher „Sanierung der Seelen“. ⁶⁷⁰

Hans Karl Zeßner-Spitzenberg hielt den Problemen bäuerlichen Familienlebens im späten 19. Jahrhundert, mit denen er als Wirtschaftswissenschaftler vertraut war, die auf ungeschriebenen Gesetzen beruhende Ordnung des Ganzen Hauses entgegen. ⁶⁷¹ Den Historiker Franz Kolb faszinierten die in der bäuerlichen Welt in früheren Zeiten verbreitete germanischrechtliche Auffassung, dass man Recht nicht machen, sondern nur weisen könne, und die Forderung, Recht müsse billig und sittlich sein und mit der natürlichen Weltordnung übereinstimmen; dass die Bauern im 16. Jahrhundert gegen das „konstruierte Recht“ ⁶⁷² Widerstand leisteten, stieß auf sein volles Verständnis: Das römische Recht sei als „etwas Wesensfremdes, nicht organisch Angepasstes, sondern als etwas Aufgepfropftes empfunden und daher schon gefühlsmäßig abgelehnt“ worden. ⁶⁷³ Von Missachtung „organischer Rechtsentwicklung“ sprach Kolb in einem die Zeit des Nikolaus von Kues betreffenden historischen Rückblick, der dessen Schwierigkeiten als Brixner Bischof erklären sollte. Der Philosoph war für ihn Inbegriff einer geistlichen Gewalt, „welche die Überlieferung des Landes missachtete“. ⁶⁷⁴ Ähnlich dachten Karl Lugmayer, der als negative Folge des gelehrten Rechts ein stärkeres Vordringen unbeschränkter, nicht mehr an das Land gebundener Herrscher sah ⁶⁷⁵, und Jakob Stoiber, dem zufolge im gelehrten Recht der Sinn für personale Bindungen fehlte; dessen Rezeption am Ende des Mittelalters

⁶⁶⁶ STRUBER, Österreichs Wiederaufbau, 22.

⁶⁶⁷ THUN-HOHENSTEIN, Österreichische Lebensform, 23.

⁶⁶⁸ RENNHOFFER, Ignaz Seipel, 396.

⁶⁶⁹ FÖDERMAYR, Vom Pflug, 31; WEINBERGER, Tatsachen, 98.

⁶⁷⁰ KINDERMANN, Konservatives Denken, 215; K. v. KLEMPERER, Ignaz Seipel, 106; KLOTZ, Sturm, 15.

⁶⁷¹ H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Einführung, 44–46.

⁶⁷² KOLB, Bahrrecht, 8.

⁶⁷³ KOLB, Bahrrecht, 14.

⁶⁷⁴ KOLB, Wiedertäufer, 9.

⁶⁷⁵ K. LUGMAYER, Leos Lösung, 39.

sei für die Bauern nicht gut gewesen, weil die Verwaltung im Dorfgericht in die Hand fremder Berufsjuristen gekommen sei, die alte Rechtsverhältnisse nicht verstanden hätten.⁶⁷⁶ Johannes Messner bevorzugte das deutsche Recht, weil nur dieses den Prinzipien des Naturrechts entspreche.⁶⁷⁷

Diese genuin konservativen⁶⁷⁸ Standpunkte trafen sich mit der für die romantisch-universalistische Ständelehre kennzeichnenden Auffassung, es gäbe keine allgemeine Rechtsgleichheit, sondern Recht sei an einen Stand gebunden: Auch Othmar Spann lehnte das individualistische römische Recht ab und wollte das deutsche Recht wieder zur Geltung bringen.⁶⁷⁹ Hierin folgte ihm Anton Orel, der die Kritik am römischen Recht noch um die Aspekte „materialistisch“ und „kapitalistisch“ erweiterte.⁶⁸⁰ Kurt Schuschnigg sah Recht und Kultur in engstem Zusammenhang mit dem Glauben. Deutsches Recht habe seinen Anfang genommen „aus der Ehrfurcht vor dem Weistum der Väter, das die klassische römische Form beseelte durch jene Synthese von Freiheit und zweckbestimmter unerlässlicher Beschränkung“.⁶⁸¹

Mit Blick auf allgemeine Werthaltungen ist im Reigen dieser Denker schließlich Ernst Karl Winter zu nennen, der die berufsständische Ordnung als „sozialethisches Problem“ bezeichnete. Er leitete daraus aber nicht die Forderung nach weitgehendem Verzicht auf die Setzung positiven Rechts ab: „Natürlich können und sollen die sozialethischen Postulate der Kooperation auch ihre institutionelle Verfestigung in Rechtsnormen finden: die Gesinnungen müssen sich in gesellschaftlichen Einrichtungen offenbaren.“⁶⁸²

Vornehmheit und andere zeitlose Werte

Als Werte, die menschliches Handeln bestimmen können, seien auch Ritterlichkeit und Fairness genannt: Rudolf Henz bescheinigte sie Walter Adam.⁶⁸³ Selbst verwendete der Generalsekretär der VF 1934 das Wort „vornehm“, beispielsweise für die Werbung des Staates für die eigenen Anliegen. Die staatliche Werbung dürfe nicht „auf rein psychologische Massenwirkung abgestimmt sein“ und müsse sich daher von Propaganda unterscheiden.⁶⁸⁴

676 STOIBER, Agrarrecht, 41 f.

677 MSchKP 1, 11 (J. MESSNER).

678 KONDYLLIS, Konservativismus, 157 und 284.

679 SCHNELLER, Zwischen Romantik und Faschismus, 58.

680 OREL, Ständeordnung, 74–82.

681 K. SCHUSCHNIGG, Dreimal, 227.

682 WINTER, Arbeiterschaft, 28.

683 HENZ, Fügung, 190.

684 CS 23. 12. 1934 (W. ADAM).

Seine Vorbehalte gegen letzteres Wort führte er auf dessen Verwandtschaft mit „Reklame“ zurück: Es gehöre dem Bereich der Wirtschaft an und sei daher „für eine große politische Idee“ nicht das richtige.⁶⁸⁵

Ludwig Adamovich empfand nach eigener Aussage bereits als Student Abneigung gegen das Spektakuläre, das viele seiner Kollegen anzog: Den Gegenbegriff dazu, nämlich „zurückhaltend“ – diese Art schätzte er an seinem Lehrer Adolf Menzel (Kap. 3.5) –, setzte er mit „vornehm“ gleich.⁶⁸⁶ Karl Lugmayer würdigte „jene stillen und vornehmen Männer“, größtenteils aus dem Adel, die sich Ende des 19. Jahrhunderts um die Lösung der sozialen Frage bemüht hätten.⁶⁸⁷ Oswald Redlich wurde von seinem Biographen Leo Santifaller als „in seinem Wesen eine vornehme, zurückhaltende Natur“ bezeichnet, die auch „große Milde“ besessen habe.⁶⁸⁸ Dietrich von Hildebrand nannte den Schottenabt Hermann Peichl „ein[en] edle[n], geistig vornehme[n] Mann“. ⁶⁸⁹ Aus dieser Haltung heraus stieß sich Alois Schönburg-Hartenstein bei seiner Ernennung zum Staatssekretär für Heerwesen 1933 an der unter seinem Vorgänger üblichen Praxis gegenseitiger politischer Denunziationen und schaffte diese folglich ab.⁶⁹⁰ Friedrich Funder bezeichnete die *Leo-Gesellschaft* als „Ritterschaft des Geistes“: Dieser Kreis, dem auch Josef Bick angehörte⁶⁹¹, war in seinen Augen eine „edle Erscheinung, die aus dem geistigen Bilde Altösterreichs hinüberraagte in die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen“. ⁶⁹² Über Carl Graf Chorinsky⁶⁹³, in dessen Haus er 1894–1896 als Privatlehrer gewirkt hatte und dessen Persönlichkeit ihn geprägt hatte⁶⁹⁴, bemerkte er: „Hier war der adlige Name nur die Zutat zu einem vornehmen Herzensadel.“⁶⁹⁵

„Vornehm“ war eines von Funders Lieblingswörtern; das andere war

685 Für eine solche schlug er „Heimatsdienst“ vor; VALLAZZA, „Wir bauen auf“, 1; ADAM, Staatsprogramm, 128.

686 ADAMOVICH, (Selbstdarstellung), 11.

687 K. LUGMAYER, Grundrisse, 7.

688 SANTIFALLER, Oswald Redlich, 190.

689 v. HILDEBRAND, Memoiren, 128.

690 P. HUEMER, Sektionschef, 121; vgl. demgegenüber die in der VF gewünschte Praxis des Denunzierens; TALOS, Herrschaftssystem (2013), 184.

691 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 328.

692 FUNDER, Aufbruch, 88.

693 Carl Graf Chorinsky, seit 1880 Landeshauptmann von Salzburg, wurde 1887 zum Mitglied des Herrenhauses ernannt. Seit 1890 war er Präsident des Oberlandesgerichts Wien. Er war beteiligt an der Reform des Zivilprozessrechts, verfasste juristische Bücher und war Schöpfer der *Sammlung Chorinsky*, eines Quellenwerks zur österreichischen Rechtsgeschichte; ÖBL 1, 146; G. HARTMANN, Im Gestern, 206.

694 REISS, Dr. Friedrich Funder, 173 f.; G. HARTMANN, Im Gestern, 208.

695 FUNDER, Vom Gestern, 59.

„schmerzlich“.⁶⁹⁶ Schmerz bereitete ihm, dass die „politische Denkart und Lebensform des alten Konservativismus“ verdrängt worden sei: „Die Konservativen aller Nationen des alten Reiches haben den Staat besser bewahrt als so manche ihrer beweglichen, wetterwendischen und jäh entbrennten Nachfahren. Was sie an sozialem Fortschritt, Werken sozialer Gerechtigkeit schufen an einer Zeitschwelle, an welcher der mächtige Liberalismus noch nicht abgetreten war, ist denkwürdig.“⁶⁹⁷ Auch bedauerte er, dass seiner Zeit der Sinn für Einrichtungen wie ein adliges Damenstift abhanden gekommen sei⁶⁹⁸: Die Zeit sei ganz „über sie hinweg geschritten, so wie vieles unter ihrem Tritt verschwindet, das für veraltet und überwunden gehalten wird und doch in sich, solange es bestanden hatte, etwas Trauliches, aus Zartsinn Geborenes war und nur deshalb von uns als überholt betrachtet wird, weil wir gröber und egoistischer geworden sind“.⁶⁹⁹

Hans Karl Zeßner-Spitzenberg äußerte sich in ähnlicher Weise über Kaiser Karl: „Sein Verhängnis bestand darin, dass er in seiner vornehmen Natur zu rücksichtsvoll war und es versäumte, in seiner Nähe sich aufblühende Überhebung rechtzeitig niederzuschlagen.“⁷⁰⁰ Friedrich Funder hob an Kurt Schuschnigg nicht nur „seine hohe Intelligenz und seine persönliche Ehrenhaftigkeit“ hervor, sondern betonte auch, dass er „kein gefühlsarmer Realist“ gewesen sei, wie man es aufgrund seiner juristischen Strenge und seiner persönlichen Verschlossenheit annehmen könne.⁷⁰¹ Lois Weinberger urteilte über den Bundeskanzler, dieser sei „für die damalige Zeit viel zu feinnervig, viel zu vornehm und viel zu gut“ gewesen.⁷⁰²

Weinberger, während des Zweiten Weltkriegs von Karl Lugschmayer als kongenialer Gesprächspartner zu Fragen des Personalismus ausersehen⁷⁰³, gab mit seiner Einschätzung einen Sinn für das Maß zu erkennen, dem auch Dichter in ihren Werken eine Stimme verliehen, etwa Franz Karl Ginzkey.⁷⁰⁴ Rudolf Henz setzte dem nihilistischen „Dogma der Allerweltsintellektuellen“, der „von Schwachköpfen und Narren diktierten Automatik“⁷⁰⁵ und nicht zuletzt dem Utilitarismus Positives entgegen. Wohl aus diesem Grund ließ

696 W. LORENZ, Funder, 11.

697 FUNDER, Vom Gestern, 253 f.

698 Er hatte ein solches in Wien ab 1899 als Verwalter gründlich kennen gelernt; FUNDER, Vom Gestern, 187 f.

699 FUNDER, Vom Gestern, 189.

700 SZ 27. 1. 1929 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

701 FUNDER, Sturm, 237.

702 WEINBERGER, Tatsachen, 58.

703 F. LUGSCHMAYER, Karl Lugschmayer, 144 ; PRIBYL, Der christlichsoziale Politiker, 145.

704 CASTLE, Dichter, 245.

705 HENZ, Fügung, 274, 282.

er seine Romanfigur Peter Anich seinem Schwager heftigen Widerspruch entgegensetzen, als ihn dieser aufforderte, sein Wissen zu „verwerten“.⁷⁰⁶

Der christliche Glaube

Jenseits von Alexander Lernet-Holenias auf die zeittypischen Säkularisierungsphänomene sich beziehendem ernüchterndem Befund, der Glaube an Gott wäre nicht mehr Bestandteil eines ständeübergreifenden Wertesystems, sondern nur mehr das elitäre Merkmal einiger weniger, vornehmlich aus dem Adel⁷⁰⁷, liegen aus Kreisen katholischer Intellektueller sprechende Belege für dessen gleichwohl gegebene Wirkmächtigkeit vor.

Die mit dem christlichen Glauben verbundenen Werte in jenem breiten Kontext zu sehen, in den sie von den Protagonisten des Ständestaates gestellt wurden⁷⁰⁸, ist in Hinblick auf den politischen Katholizismus wissenschaftlich unabdingbar⁷⁰⁹, umso mehr, als sich dieser seit der Mitte des 19. Jahrhunderts von den Dichotomien nährte, die auch die dreißiger Jahre prägten.⁷¹⁰ Dass der Glaube freilich nicht mehr seine einstige Bedeutung hatte, zeigt die Verwerfung des im Frühjahr 1934 eingebrachten Antrags von Alois Schönburg-Hartenstein, in die in Ausarbeitung befindliche Verfassung möge aufgenommen werden, dass Österreich ein katholischer Staat sei: Man begnüge sich mit „christlich“.⁷¹¹

Bundeskanzler Dollfuß und Verfassungsminister Ender waren gleichwohl Politiker, die die Verknüpfung von Glaube und Politik als Selbstverständlichkeit betrachteten und innerlich gegen die Trennung von Staat und katholischer Kirche waren.⁷¹² Hermann Stipek erläuterte, warum gerade der Katholizismus mit der berufsständischen Ordnung so eng verbunden sei: weil die katholische Soziallehre nicht spezifisch katholisch, sondern christlich sei; kein einziger Punkt könne die evangelischen Christen verletzen; bei diesen fehle aber die kirchliche Autorität.⁷¹³

Von mehreren Mandataren liegen explizite Bekenntnisse zum Glauben und der als dessen Hüterin auftretenden katholischen Kirche vor. Der „insti-

706 HENZ, Peter Anich, 202.

707 MAYER, Wunscherfüllungen, 228.

708 SUPPANZ, Österreichische Geschichtsbilder, 67–72; SCHMIT, Im Namen, 153.

709 Sehr weitläufig die Darstellung von KRIECHBAUMER, Erzählungen, 43–45, 52–55, 62 f. und 314–316.

710 HANISCH/URBANITSCH, Prägung, 73.

711 RETTENBACHER, Bekenntnisfreiheit, 92.

712 MILLER, Engelbert Dollfuß, 28; WANNER, Otto Ender, 161.

713 STIPEK, Das Werden, 21.

tutionellen“ Sicht kam die organizistische Theorie der Gesellschaft entgegen, denn auch die Kirche versteht sich als Körper (*Corpus Christi mysticum*).⁷¹⁴ Philipp Bugelnig sah im Credo ein Beispiel für die Verwirklichung der von ihm angenommenen vier Baugesetze der Gesellschaft: Einheit (*in unam*), Gleichartigkeit (*sanctam*, von *sancire*, verbinden), Vollständigkeit (*catholicam*, allgemein) und sinnvolle Ergänzung (*apostolicam*, Papst und Bischöfe als Nachfolger der Apostel).⁷¹⁵

Ernst Karl Winter schätzte am Christentum den „Freiheits- und Persönlichkeitsgedanken“, der auch im autoritären Staat ein zentraler Wert sein müsse.⁷¹⁶ Johann Staud erklärte, es gäbe „für die christliche Persönlichkeit Bezirke, in die niemand, auch nicht der autoritäre Staat, eingreifen darf“.⁷¹⁷ Karl Lugmayer hob die Selbstverantwortung des einzelnen Menschen gegenüber dem Schöpfer als Kennzeichen der katholischen Lehre hervor und bezeichnete die Vollendung der gottgewollten personalen Ordnung als den Sinn der Geschichte⁷¹⁸, allerdings nicht im Sinn des Homo-mensura-Satzes⁷¹⁹, sondern im Bewusstsein, die Gemeinschaft sei „der menschlichen Natur wesentlich“.⁷²⁰ Sein Denken prägte auch Lois Weinbergers Christentum nachhaltig.⁷²¹

Leopold Engelhart publizierte 1936 ein Werk mit dem Titel *Österreichs Heilige*, in dem er die zur Ehre der Altäre Gelangten auf dieselbe Stufe stellte wie die „Geisteshelden“.⁷²² Ulrich Ilg unterstrich auch als Träger höchster politischer Ämter seine feste religiöse Verankerung.⁷²³ Franz Rehr machte häufig Spenden für wohltätige Zwecke und leistete Zahlungen an die KA, die *Leo-Gesellschaft*, die *Akademiker-Vereinigung* und den *Malteser Ritterorden*.⁷²⁴ Karl M. Stepan beschäftigte sich bereits als Student in der Grazer Verbindung *Carolina* mit religiösen Fragen; später engagierte er sich in der KA; in den 1950er-Jahren wurde er zum Wegbereiter des *Ritterordens vom Heiligen Grab zu Jerusalem* in Österreich.⁷²⁵ Für Richard Schmitz,

714 GG 4 (1978), 540 (Organ, G. DOHRN-VAN ROSSUM); HANISCH, *Konservatives und revolutionäres Denken*, 209; LK, 302 (F. ROMIG).

715 BUGELNIG, *Der Ständestaat*, 11 und 21 f.

716 WINTER, *Arbeiterschaft*, 36.

717 KLUWICK-MUCKENHUBER, *Johann Staud*, 111.

718 BADER, *Karl Lugmayer*, 19.

719 LK, 303 (F. ROMIG).

720 CS 1. 7. 1934 (K. LUGMAYER).

721 KARLICK, *Lois Weinberger*, 21.

722 ENGELHART, *Österreichs Heilige*, 7–9.

723 ILG, *Lebenserinnerungen*, 57.

724 SPATZENEGGER, *Franz Rehr*, 45.

725 BINDER 1982, *Karl Maria Stepan*, 165–168; BINDER 2003, *Karl Maria Stepan*, 324.

der als Gymnasiast Mitglied der marianischen Kongregation war⁷²⁶, später dann Leiter des *Volksbundes der Katholiken Österreichs*⁷²⁷, stand fest, „dass es keine sittliche Ordnung von dauerndem Wert gibt, die nicht aus der Religion herauswächst“. ⁷²⁸ Kirche und Staat als die beiden vollkommensten Stufen der menschlichen Gesellschaft sollten einander achten und sich wechselseitig unterstützen. ⁷²⁹ Rudolf Henz, ebenfalls Mitglied des *Volksbundes der Katholiken Österreichs*⁷³⁰, dazu des *Verbandes katholischer Schriftsteller und Schriftstellerinnen Österreichs*⁷³¹, setzte sich schon als Gymnasiast mit den Möglichkeiten einer katholischen Literatur auseinander⁷³²; zeit seines Lebens trat er für eine tiefe Verankerung des Glaubens in allen Lebensbereichen ein; eine Trennung von Staat und Kirche hielt er nicht für nötig. ⁷³³

Friedrich Funder sah in der Kirche eine der wichtigsten Stützen des österreichischen Staatsgedankens; die Begriffe „katholisch“ und „österreichisch“ gehörten für ihn zusammen. ⁷³⁴ Seinen Dienstgeber aus Studententagen, Carl Graf Chorinsky, der sich als Jurist u. a. mit wirtschaftlichen Fragen im Sinn katholischer Soziallehre befasste⁷³⁵ und von August M. Knoll in der Riege der geistigen Wegbereiter der berufsständischen Ordnung genannt wurde⁷³⁶, schätzte er auch deshalb, weil er ihm die *Vinzenzbruderschaft* nahe gebracht habe, wo christliche Nächstenliebe praktiziert wurde. ⁷³⁷ In der *Reichspost* trat er kulturkämpferischen Angriffen auf die katholische Schule und die Ehe energisch entgegen. ⁷³⁸

Julius Raab nannte die Katholiken „eine Elitetruppe in diesem Streit der Weltanschauungen“⁷³⁹; im Glauben sah er die ethische Grundlage der Charakterbildung. ⁷⁴⁰ Clemens Holzmeister, aus einem streng katholischen Elternhaus stammend, ab 1906 in Wien im geistigen Umfeld des Prinzen Aloys

726 BRAUN, Der politische Lebensweg, 3.

727 WEINZIERL, Kirche, 472.

728 R. SCHMITZ, Die Bedeutung, 12.

729 R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 55.

730 HENZ, Fügung, 70.

731 FISCHER, Zur Geschichte, 149; S. AMANN, Kulturpolitische Aspekte, 90.

732 HENZ, Fügung, 62.

733 HENZ, Fügung, 252 f.

734 REISS, Dr. Friedrich Funder, 130.

735 Vgl. etwa seine Arbeit *Der Wucher in Oesterreich*, Wien 1877; zur Person vgl. DOHLE, 150 Jahre, 16 f.

736 KNOLL, Das Ringen, 8.

737 REISS, Dr. Friedrich Funder, 24.

738 PFARRHOFER, Friedrich Funder, 23.

739 RAAB, Ansichten, 117.

740 RAAB, Ansichten, 144.

Liechtenstein⁷⁴¹, später auch von Bischof Sigismund Waitz⁷⁴² verkehrend, 1933 Präsident des Allgemeinen deutschen Katholikentags in Wien⁷⁴³, betonte die Zeitbezogenheit der Kirche als „lebendig wirkende geistige Macht“, die durch die Angriffe gegen sie nur wachse; sie biete Hilfe gegen „die geistige Verwirrung dieser Tage“, die von der „Stückhaftigkeit und Einseitigkeit der neuen Weltanschauungen“ gekennzeichnet seien.⁷⁴⁴ Seine tiefe Religiosität bestimmte sein Schaffen⁷⁴⁵, in welchem er häufig das Gesamtkunstwerk des Barock vor Augen hatte.⁷⁴⁶ Für Guido Zernatto – dem Holzmeister übrigens sehr nahestand⁷⁴⁷ – war diese Epoche geradezu bestimmend für das österreichische Wesen; er setzte sie mit Ablehnung des Rationalen gleich und grenzte sie von der Aufklärung ab, die den „Glockenton des Glaubens und der Natürlichkeit“ nicht kenne.⁷⁴⁸ Religion und Glaube waren für ihn auch gesellschaftlich wichtige Faktoren, weil er darin die Gewähr für den Respekt vor den Rechten des Einzelnen sah, während eine religionslose Gesellschaft auf Dauer nicht anders als totalitär geführt werden könne.⁷⁴⁹

Zu den Mitgestaltern des Katholikentages gehörte allerdings auch Edmund Glaise von Horstenau, ein Mandatar, der an die prinzipielle Möglichkeit des Ausgleichs zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus glaubte.⁷⁵⁰

Einen Schwerpunkt setzte der Ständestaat auf die religiös-sittliche Erziehung⁷⁵¹, für die ebenfalls Richard Meister die theoretischen Grundlagen lieferte⁷⁵² und die schon in den zwanziger Jahren Gegenstand der parlamentarischen Diskussion gewesen war.⁷⁵³ Karl Lugmayer hielt konfessionelle Bildungsarbeit für gleichermaßen wichtig wie weltanschaulich neutrale.⁷⁵⁴ Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi bemerkte hierzu geistreich: „Europas Erzieher war das Christentum, Europas Lehrer die Antike.“⁷⁵⁵ In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, dass Unterrichtsminister Anton Rintelen

741 HOLZMEISTER, Architekt, 15.

742 POSCH, Clemens Holzmeister, 71.

743 POSCH, *An der Wende*, 61–63; POSCH, Clemens Holzmeister, 196 und 202–204.

744 HOLZMEISTER, *Kirche*, 5 f.

745 KNOFLER, Clemens Holzmeister, 28 f.

746 BECKER, Clemens Holzmeister, 81–83; HOHENAUER, Clemens Holzmeister, 214

747 POSCH, Clemens Holzmeister, 269 f.

748 Zit. nach JARKA, *Zur Literatur- und Theaterpolitik*, 506.

749 ZERNATTO, *Vom Wesen*, 162.

750 POSCH, Clemens Holzmeister, 205.

751 HOPFGARTNER, *Schuschnigg*, 61; SCHRETTNER, *Das ideologische Nahverhältnis*, 41–45.

752 SORGO, *Schulpolitik*, 159–162.

753 KUCHER, *Staatsbürgerliche Erziehung*, 247.

754 CS 3. 6. 1934 (K. LUGMAYER).

755 COUDENHOVE-KALERGI, *Held*, 53.

1933 den sogenannten Glöckel-Erlass von 1919 aufhob, dem zufolge es keinen Zwang zur Teilnahme an religiösen Übungen geben dürfe.⁷⁵⁶ Es erübrigt sich zu erwähnen, dass katholische Privatschulen im Ständestaat sehr gefördert wurden.⁷⁵⁷

Auch dessen zentrale Symbole, allen voran das an die Kreuzzüge erinnernde Kruckenkreuz (Jerusalemkreuz) der Staatsflagge⁷⁵⁸, haben in seiner religiösen Basis ihren Ursprung. Die theoretische Begründung lieferte Konrad Josef Heilig.⁷⁵⁹

5.7 Legitimität versus Legalität

Personalismus und Legitimismus

Eine Kategorie, in der das Personalitätsprinzip in besonderem Maß zum Tragen kommt, ist die Legitimität: Durch sie werde „die Loyalität von Personen in Anspruch genommen“⁷⁶⁰, die Rechtmäßigkeit bloßer Gesetzmäßigkeit, Moral dem Recht übergeordnet und das Prinzip der Billigkeit gewahrt.⁷⁶¹ Überträgt man diesen Gedanken auf die Wirtschaft, so überrascht es nicht zu erfahren, dass Otto von Habsburg nach 1945 in der Gesellschaft des *Mont Pelerin* (Schweiz) in Kontakt mit Wilhelm Röpke stand.⁷⁶² Entsprechend groß war das Gewicht des Legitimismus in Österreich in den Jahren 1933–1938.⁷⁶³

Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte Franz Martin Schindler in seinem Lehrbuch der Moraltheologie den Begriff des Legitimen thematisiert. Zugrunde lag das Bild der bürgerlichen Gemeinschaft als Vereinigung der Familienoberhäupter, von denen eines oder mehrere aufgrund besonderer Eigenschaften oder Fähigkeiten stillschweigend als Regenten anerkannt worden seien. Daher sei es möglich, dass diesen „die Leitung und Führung des Gemeinwesens faktisch so zufällt, dass durch sie allein dieselbe unter den gegebenen Umständen wirksam möglich ist“. Der legitime und verfassungsmäßige Besitz der Gewalt bedinge einen Rechtsanspruch des Trägers

756 GOBER, Schule, 74; KUCHER, Staatsbürgerliche Erziehung, 248; SORGO, Schulpolitik, 146.

757 SCHRETTTER, Das ideologische Nahverhältnis, 63–70.

758 KRIECHBAUMER, Erzählungen, 145; STEINER, Wahre Demokratie?, 212 f.

759 JUFFINGER, Politischer Katholizismus, 39.

760 SPAEMANN, Personen, 207.

761 Diese Aspekte unterstrich der Kirchenrechtler Willibald Plöchl, der selbst Legitimist war; NEUHÄUSER, Legitimismus, 4; vgl. LK, 349 (H. Chr. KRAUS).

762 BAIER/DEMMELE, Otto von Habsburg, 251.

763 STIMMER, Eliten, 752–755; THALER, Legitimismus, 69.

auf dieselbe, daher gebe es kein Recht auf Revolution. Im Fall von Machtmissbrauch müsse mit Blick auf das Gemeinwohl selbst einem Usurpator Gehorsam geleistet werden, Ziel bleibe aber die Verteidigung des legitimen Herrschers.⁷⁶⁴

Explizit wurden die Berührungspunkte zwischen ständischer Ordnung und Legitimus 1936 von Viktor Frankl angesprochen: Tragende Säulen beider seien „willige Einfügung in eine höhere übergreifende Ordnung, die zugleich den eigenen *ordo* hält und trägt, [...] eine Standfestigkeit, die Ruhe und Beharrung verbürgt, eine Lebenslage und Lebensstellung, die ihrem Wesen nach als stabil und stetig gedacht werden kann“. ⁷⁶⁵ In der Republik glaubten die Legitimisten diesen *ordo* nicht zu finden.⁷⁶⁶

Das eigentliche Wesensmerkmal der Legitimität benannte Hans Karl Zeßner-Spitzenberg in einer Monographie, in der er diesen Begriff von dem der „Legalität“ abgrenzte: Es gehe nicht um Rechtsstaatlichkeit, sondern um das Standhalten vor höheren Gesichtspunkten, jenen des natürlichen, göttlichen Rechts.⁷⁶⁷ Die 1927 erschienene, mit Blick auf das bevorstehende Gedenken an die revolutionären Unruhen von 1918 konzipierte Studie betrachtete die in Saint-Germain gefundene Lösung als „Legalordnung“, durch welche die „legitime Ordnung“ verletzt worden sei.⁷⁶⁸ An anderer Stelle fand der Verfasser für dieses Begriffspaar die Worte „Tatsächlichkeit“ und „Rechtmäßigkeit“. Die Erstere sei nicht in jeder Hinsicht zu verurteilen⁷⁶⁹, auch wenn sie das lediglich Zweckdienliche heilige. Die legitime Ordnung hingegen sei selbst heilig; wo es um den Besitz höchster Gewalt gehe, müsse sie daher Vorrang haben.⁷⁷⁰ „Legitim sind Staaten und Rechtsformen, die ohne noch nachwirkenden Bruch fremder Rechte entstanden sind“, so der von weltanschaulicher Sicherheit zeugende Definitionsversuch. Zeßner-Spitzenberg wusste aber um die damit verbundenen Probleme und räumte ein: Lückenlose Legitimität sei ein kaum erreichbares Ziel, und es sei in der Tat schwer, deren Grenzen zu bestimmen; daher bestehe auch einer nicht legitimen Herrschaft gegenüber Gehorsamspflicht, solange sie nicht Unmögliches verlange. Dies sei nicht gleichbedeutend mit bloßem Sich-Abfinden.⁷⁷¹ Auf Ös-

764 SCHINDLER, Lehrbuch III, 793 f.

765 CS 1. 3. 1936 (V. FRANKL).

766 F. WAGNER, Legitimus, 334.

767 NR 10. 7. 1921 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG); ähnlich die klassische Definition in GG 3 (1982), 677 (Legitimität/Legalität, Th. WÜRTENBERGER).

768 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Die Zukunft, 292.

769 Auch in der juristischen Terminologie des 19. Jahrhunderts lagen die Begriffe nahe beieinander; GG 3 (1982), 717 Legitimität/Legalität, Th. WÜRTENBERGER).

770 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Legitimität, 169–171.

771 NR 10. 7. 1921 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

terreich bezogen, gelangte er zu dem Fazit, „dass die bestehenden Gewalten zwar legal und daher zu beachten sind, dass aber mangels der Legitimität ihrer Trägerschaft eine Restitutionspflicht an den legitimen Gewaltenträger erkannt und die Restitution als sittliches Postulat angestrebt werden muss“.⁷⁷²

Zeßner-Spitzenberg hatte sich zunächst in der *Leo-Gesellschaft* betätigt. Er war auch im Establishment der CSP verankert, genoss die hohe Wertschätzung von Bundeskanzler Schuschnigg und zählte zu den wichtigsten Kontaktpersonen der Habsburger.⁷⁷³ Am Gesetz vom 3. April 1919 störten ihn der Hass, „die planmäßig geübte Verfolgungssucht“, [...] das blindwütende Ausrottungsstreben gegen alle unauslöschlichen Wahrheiten“.⁷⁷⁴ Anton Rintelen bereitete es Unbehagen, dass es in der Republik Kreise gab, in denen „jedweder Traditionsgedanke [...] als Legitimusismus verschrien, als Hochverrat angeprangert“ wurde.⁷⁷⁵

Der Legitimusismus hatte eine naturrechtliche Komponente. Auch diesbezüglich hatte Franz Martin Schindler gedankliche Vorarbeit geleistet:⁷⁷⁶ Die Natur ordne die Menschen auf das Gemeinwesen hin; legitime politische Autorität sei „von Gottes Gnaden“ und habe Anspruch auf Unterwerfung; die Theorie der absoluten Volkssouveränität sei abzuweisen.⁷⁷⁷ Diese seit dem späten 18. Jahrhundert zunehmend in Frage gestellte Ansicht⁷⁷⁸ ist in der Enzyklika *Diuturnum illud* (1881) grundgelegt, wo Leo XIII. ausdrücklich festgehalten hatte, dem Volk obliege es zwar zu bestimmen, wer die Befehlsgewalt ausübe, nicht aber diese zu übertragen. Auch das den alten Reichsgedanken tragende Bibelwort *per me reges regnant* hatte er in Erinnerung gerufen.⁷⁷⁹ Karl Lugmayer verwies in seinem Kommentar dieses Rundschreibens auf Dollfuß' Trabrennplatzrede: Der Staatslenker sei nicht seinen Wählern, sondern einzig Gott und dem eigenen Gewissen verpflichtet.⁷⁸⁰ Im StL kam 1935 Julius Evola mit der Ansicht zu Wort, durch die Treue zum Fürsten drückten die Untertanen Treue zu Gott aus.⁷⁸¹ Einen damit verwandten Gedanken erläuterte mit großem Aufwand Dietrich von Hildebrand: Echte Autorität hafte nur am Amt, nie an der Person; es gehe um

772 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Legitimität, 185; vgl. NEUHÄUSER, Legitimusismus, 6–8.

773 WOHNOUT, Traditionsreferat, 70–72.

774 NR 4. 4. 1920 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

775 RINTELEN, Erinnerungen, 157.

776 ALLMAYER-BECK, Konservatismus, 38; vgl. auch MANNHEIM, Konservatismus, 75.

777 SCHINDLER, Lehrbuch III, 791; vgl. LK, 349 (H. Chr. KRAUS).

778 STOLLBERG-RILINGER, Reich, 12; GG 3 (1982), 718 (Legitimität/Legalität, Th. WÜRTEMBERGER).

779 UTZ/V. GALEN, Sozialdoktrin, 2094–2103.

780 CS 1. 7. 1934 (K. LUGMAYER).

781 StL 1935, 99 (J. EVOLA).

Dinge, die eine Stellvertretung Gottes erfordern.⁷⁸² Das NR empfahl seinen Lesern das Werk des italienischen Historikers Guglielmo Ferrero über den Untergang der Zivilisation des Altertums: Es weise Analogien zur Situation Europas nach dem Ersten Weltkrieg auf, wo der Sturz des Kaisertums in Österreich, Deutschland und Russland das Gottesgnadentum zerstört habe; die Ausführungen Ferreros seien „eine vernichtende Widerlegung der revolutionären Schlagworte, die im Namen der Freiheit die rechtmäßigen Autoritäten zerstören.“⁷⁸³ Kurt Schuschnigg schöpfte aus diesem Werk Kraft, als er in Sachsenhausen von den Nationalsozialisten interniert war.⁷⁸⁴

Äußere Strukturen und vorrangige Anliegen

Unmittelbar nach dem Tod Kaiser Karls, 1922, waren die Legitimisten eine noch eher kleine Gruppe.⁷⁸⁵ Als damals wichtigste Verbände sind die *Kaisertreue Volkspartei* und der 1921 gegründete *Reichsbund der Österreicher* zu nennen⁷⁸⁶, Letzterer hervorgegangen aus einem Kreis um Johannes Prinz Liechtenstein.⁷⁸⁷ In seinen Reihen war auch der CV stark vertreten.⁷⁸⁸ Einer seiner Väter, Alfred Johannes Graf Rességuier de Miremont, bezeichnete die Gründung als Versuch, „auf ganz legale Weise die Kleinstaaterei und die Republik zum Sterben [zu] bringen“.⁷⁸⁹ Die Bemühungen des dahinter stehenden Personenkreises, u. a. Josef Eberle, Friedrich Funder, Konstantin von Hohenlohe, Ernst Karl Winter, Hans Karl Zeßner-Spitzenberg, waren von der Überzeugung getragen, in Saint-Germain sei Österreich – trotz kultureller und moralischer Überlegenheit – schweres Unrecht widerfahren. Zwar wisse man um die Schwächen, die das Land in den letzten Dezennien der Monarchie gezeigt habe, aber die Reichsidee lebe weiter. Ziel sei die „Wiedervereinigung dessen, was gegen Natur und Recht voneinander getrennt worden ist“.⁷⁹⁰

782 v. HILDEBRAND, *Memoiren*, 173 f. und 177 f; EBNETH, *Wochenschrift*, 149; später, in den USA, gehörte Hildebrand einer monarchistisch gesinnten Emigrantenorganisation an, „because of conviction“, wie ihm von amerikanischer Seite bescheinigt wurde; EPEL, *Österreicher* 2, 254; vgl. EBD. 283 und 444.

783 NR 14. 10. 1922.

784 BINDER/H. SCHUSCHNIGG, „Sofort vernichten“, 359.

785 BRANDL, *Kaiser*, 361.

786 LOVREK, *Die legitimistische Bewegung*, 232–235; MOSSER, *Legitimismus*, 32 f. und 50; NEUHÄUSER, *Legitimismus*, 28, 94 f., 129 und 133; STIMMER, *Eliten*, 753; THALER, *Legitimismus*, 70.

787 F. WAGNER, *Legitimismus*, 32.

788 G. HARTMANN, *Der CV*, 82; G. WAGNER, *Hochschülerschaft*, 55.

789 Zit. nach G. STOURZH, *Erschütterung*, 293.

790 NR 6. 2. 1921 (A. J. RESSÉGUIER DE MIREMONT); 1. 5. 1921.

Zeßner-Spitzenberg war Schriftführer und Referent für Kulturpolitik. 1928 bildete sich die sogenannte *Liechtensteinrunde*, die monatliche Diskussionsabende veranstaltete und zunächst mit den Heimwehren, ab 1934 mit der VF zusammenarbeitete.⁷⁹¹ Im Oktober 1936 gab sich der *Reichsbund* neue Statuten; Zeßner-Spitzenberg wurde Vizepräsident, bei einer Umbesetzung im März 1938 wiederum Kulturreferent.⁷⁹² Spätestens damals ging vom *Reichsbund* eine gewisse Opposition gegen die Regierung aus, weil deren Deutschlandpolitik auf Widerspruch stieß.⁷⁹³

Eine im engeren Sinn politische Gruppe des Legitimusismus war die von Oberst Gustav Wolff gegründete *Partei aller Schwarzgelben Legitimisten* (SGL).⁷⁹⁴ Sie ging in Zeßner-Spitzenbergs Augen in ihren Forderungen allerdings zu weit.⁷⁹⁵ Im Dezember 1922 fand eine Pressepolemik zwischen ihm und Wolff statt. Der Freiherr lehnte den „Kampftön“ radikal-legitimistischer Kreise ab.⁷⁹⁶ 1926 erklärte er aber, es bestünden keine Reibungen; es kam denn auch zur Versöhnung.⁷⁹⁷

1927 gründete Zeßner-Spitzenberg zur Wiederbelebung des österreichischen Selbstbewusstseins zusammen mit Alfred Missong⁷⁹⁸ und Ernst Karl Winter (Kap. 3.4) die *Österreichische Aktion*. Am Vorbild der *Action Française* orientiert, aus deren Reihen bekannte Vertreter der personalistischen Philosophie hervorgingen, standen im Wertekanon dieser „Idee- und Tatgemeinschaft“⁷⁹⁹ Persönlichkeit und Familie an oberster Stelle. Die Herrschaft des Fürsten über den Staat entsprach der Ausdehnung der Autorität des Vaters über die Familie, und wie diese sah man das Gemeinwesen als organisches Gebilde. Daher war die Monarchie die einzige in Frage kommende Staatsform.⁸⁰⁰ 1928 schuf Zeßner-Spitzenberg mit der *Arbeitsgemeinschaft österreichischer Vereine* für rund zwei Dutzend legitimistischer Gruppen eine straffere Organisationsstruktur.⁸⁰¹ Ab 1929 erschien jährlich das *Kaiser Karl Gedächtnis-Jahrbuch*, dessen verantwortlicher Redakteur ebenfalls Zeßner-Spitzenberg war.⁸⁰²

791 F. WAGNER, Legitimusismus, 35–40.

792 F. WAGNER, Legitimusismus, 43–45.

793 THALER, Legitimusismus, 71.

794 F. WAGNER, Legitimusismus, 26.

795 NEUHÄUSER, Legitimusismus, 32 f.; K. P. ZEßNER-SPITZENBERG, Hans Karl, 62.

796 F. WAGNER, Legitimusismus, 106.

797 F. WAGNER, Legitimusismus, 181–185.

798 Zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus vgl. KUGLER, Die frühe Diagnose, 66–68 und 170–178.

799 KAROSHI, Die Erinnerung, 101; KINDERMANN, Konservatives Denken, 218 f.; KINDERMANN, Österreich, 61; O. WEISS, Rechtskatholizismus, 26.

800 DIAMANT, Katholiken, 114–116 und 182; FALLE, Wurzeln, 29.

801 F. WAGNER, Legitimusismus, 47 und 197; NEUHÄUSER, Legitimusismus, 40 und 137.

802 F. WAGNER, Legitimusismus, 70 f.

1932 wurde als Dachorganisation der *Eiserne Ring* gegründet. Einer seiner Programmpunkte war eine auf dem Ständeprinzip beruhende autoritäre Verfassung.⁸⁰³ Im März 1933 trat er korporativ der VF bei.⁸⁰⁴ Ende 1935 entstand der Gedanke, die VF zur Trägerin der legitimistischen Idee zu machen. Otto von Habsburg begrüßte dies, bestand aber auf der eigenständigen Weiterarbeit der Legitimisten. 1936 kam es zu einem Abkommen zwischen *Eisernem Ring* und VF.⁸⁰⁵

Da der Legitimus die Entstehung der Republik als illegalen Akt betrachtete⁸⁰⁶, war sein Ziel die Wiedererrichtung der Monarchie, und zwar unter den Habsburgern.⁸⁰⁷ Die CSP war hinsichtlich der Staatsform gespalten; erst allmählich erfolgte ein Schwenk zur Republik; zeit ihres Lebens Befürworter der Monarchie blieben Leopold Kunschak (wie überhaupt die christliche Arbeiterbewegung⁸⁰⁸), Friedrich Funder, Richard Schmitz und Viktor Kienböck.⁸⁰⁹ Eine starke monarchistische Gruppe gab es in Tirol⁸¹⁰; auch der Vorarlberger Otto Ender empfand Sympathien für die Monarchie.⁸¹¹

Für Ernst Karl Winter war das Juliabkommen von 1936 Anlass, mit seinen monarchistischen Forderungen energisch hervortreten⁸¹²; es verleihe der Idee einer von rechts nach links reichenden österreichischen Front gegen den Nationalsozialismus neue Aktualität.⁸¹³ Otto von Habsburg verkörpere den monarchischen Gedanken in moderner Form, mehr als aufgrund legitimistischer Argumente durch seine menschliche Qualität und das hohe moralische und intellektuelle Niveau. Für die Zukunft erhoffte sich Winter eine Synthese von Monarchie und Sozialismus.⁸¹⁴

Auch die Paneuropa-Bewegung stand der Monarchie positiv gegenüber; Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi agierte in den vierziger Jahren von den USA aus in diesem Sinne.⁸¹⁵ Ähnliches gilt für die österreichischen Juden, die den übernationalen Gedanken und den Vielvölkerstaat schätzten und in den Monarchisten mutige Vorkämpfer gegen den Nationalsozialis-

803 KINDERMANN, Österreich, 99; MOSSER, Legitimus, 40–42 und 111; NEUHÄUSER, Legitimus, 68 f.

804 WOHNOUT, Traditionsreferat, 66.

805 NEUHÄUSER, Legitimus, 98 und 102 f.

806 MOSSER, Legitimus, 34.

807 LOVREK, Die legitimistische Bewegung, 231.

808 SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 11.

809 WANDRUSZKA, Struktur, 320; G. HARTMANN, Im Gestern, 222.

810 SCHOBER, Tirol, 471–477; WANDRUSZKA, Struktur, 350.

811 WANNER, Otto Ender, 165.

812 HEINZ, E. K. Winter, 268.

813 HEINZ, E. K. Winter, 278.

814 HEINZ, E. K. Winter, 322–324.

815 EPEL, Österreicher 2, 448.

mus sahen.⁸¹⁶ In Deutschland war man sich dessen bewusst und richtete entsprechende Drohgebärden an Österreich.⁸¹⁷

An Grenzverschiebungen dachten die Legitimisten trotz aller Ernsthaftigkeit ihres Engagements nicht.⁸¹⁸ Im Juni 1930 wurde das sogenannte Kleinösterreichische Programm beschlossen, d. h. die Restauration der Habsburger in den Grenzen von 1920.⁸¹⁹ 1937 bestätigte Zeßner-Spitzenberg ausdrücklich, die Bewegung beschränke sich auf „das Österreich von heute, wie es völkerrechtlich besteht, unter Ablehnung jedes Imperialismus“, und schloss Absichten auf Restauration der österreichisch-ungarischen Monarchie explizit aus.⁸²⁰

Die Hauptträger der legitimistischen Bewegung kamen nicht aus dem unmittelbaren Umfeld des Kaisers⁸²¹, sondern waren Persönlichkeiten aus Österreichs gesellschaftlicher Elite, wie Angehörige der ehemaligen Aristokratie, der Offiziere und Beamten und des konservativen Bürgertums, aber auch Diener, Handwerker und Fiakerkutscher; groß war der Anteil der älteren Menschen und der Frauen.⁸²² Ähnliches gilt für die Mitglieder der Heimwehr:⁸²³ Nicht von ungefähr legte Leopold von Andrian – der Dichter stand in einem Nahverhältnis zu Zeßner-Spitzenberg⁸²⁴ – in seinem als Dialog konzipierten *Katechismus der Führenden* das Bekenntnis zur Dynastie einem jungen Offizier des Wehrverbandes in den Mund.⁸²⁵

1930 spaltete sich die *Österreichische Volksbewegung* ab, deren Anhänger vor allem aus den unteren Schichten kamen und die für den Ständestaat eintrat.⁸²⁶ Dies galt auch für die SGL, die wiederholt die Schaffung einer demokratischen Monarchie verlangten. Ihr Ideal war eine „volkstümliche Einstellung der Monarchie [...], weiters die gerechte Mitwirkung aller Stände (nicht Klassen!) am Staatsleben, die allein das Wohl der Allgemeinheit gewährleistet“. Im selben Zusammenhang war auch von organischer Gliederung in

816 KINDERMANN, Österreich, 98; MADEREGGER, Die Juden, 67 f. und 96 f.

817 KINDERMANN, Der Feindcharakter, 86–89.

818 MOSSER, Legitimusmus, 13–16.

819 F. WAGNER, Legitimusmus, 40 f.

820 CS 21. 2. 1937 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

821 BRANDL, Kaiser, 354.

822 CARSTEN, Faschismus, 260–262; MOSSER, Legitimusmus, 354; STEKL, Österreichs Adel, 114; F. WAGNER, Legitimusmus, 333 f.

823 LOVREK, Die legitimistische Bewegung, 232; THALER, Legitimusmus, 80.

824 Dass es ihm 1938 nicht mehr möglich war, diesem eine Mitteilung bezüglich seines *Katechismus* zukommen zu lassen, den die Nationalsozialisten teilweise einstampften, bedauerte er sehr; PRUTSCH/ZEYRINGER, Leopold von Andrian, 641; SCHUMACHER, Leopold Andrian, 116.

825 v. ANDRIAN, Oesterreich, 418 f.

826 F. WAGNER, Legitimusmus, 47.

Berufsstände die Rede.⁸²⁷ Die tragenden Kräfte innerhalb des Legitimusmus bekannten sich zum Ständestaat aber nur mit Vorbehalten.⁸²⁸ Daher ist es nur ein Detail am Rande, dass Erzherzog Karl, der nachmalige Kaiser, um 1905 in Kontakt mit Ottokar Graf Czernin gestanden hatte, der in der Broschüre *Österreichs Wahlrecht und Parlament* für eine berufsständische Gliederung der Wählerschaft zum Abgeordnetenhaus des Reichsrats eingetreten war.⁸²⁹ Hans Karl Zeßner-Spitzenberg – und mit ihm viele andere Adlige und Funktionäre⁸³⁰ – betrachtete den Ständestaat nicht als Dauerlösung.⁸³¹ Ihn in der bestehenden Form anzuerkennen, wäre er nicht bereit gewesen, weil er überzeugter Föderalist war – so wie er der Dynastie eine für den Länderföderalismus zentrale Rolle bescheinigte: Schon deshalb seien legitimistische Bestrebungen nötig.⁸³²

Nah- und Fernziele, Protagonisten

1921 bescheinigte der Freiherr vielen Gestaltern der aktuellen Politik beste Absichten und äußerte Verständnis für ihr Bestreben, auf legaler Grundlage zu arbeiten.⁸³³ Manchen Weggefährten aus der CSP warf er allerdings mangelnde Einsicht in die „Illegitimität der Republik“ vor.⁸³⁴ Er scheint sich auch im Kreis Gleichgesinnter mitunter unverstanden gefühlt zu haben: Sonst hätte er nicht jede sich bietende Gelegenheit genutzt, mit enormem Begründungsaufwand seine Thesen darzulegen⁸³⁵, nicht zuletzt jene, dass die Bevölkerung über die Ereignisse vom November 1918 keine Klarheit besessen habe, und vor allem hätte er nicht ausdrücklich erklären müssen, er sei keineswegs „ein pedantischer Jurist und weltfremder Idealist“.⁸³⁶ 1925 äußerte er sich sehr beunruhigt über das Faktum, dass sich sogar einige Monarchisten für den Anschluss an Deutschland aussprächen: Dies bedeute einen Bruch mit der gesamten übernationalen Geschichte Österreichs und verletze das Legitimitätsprinzip.⁸³⁷

827 F. WAGNER, *Legitimusmus*, 149.

828 LOVREK, *Die legitimistische Bewegung*, 235.

829 BROUCEK, Karl I., 14.

830 Als besonders qualifizierte Stimme sei Willibald Plöchl genannt; NEUHÄUSER, *Legitimusmus*, 17 f.

831 WALTERSKIRCHEN, *Blaues Blut*, 29 und 65.

832 CS 5. 1. 1936 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

833 NR 17. 7. 1921 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

834 NR 11. 9. 1921 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

835 NR 31. 7. 1921 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

836 NR 14. 11. 1925 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

837 NR 4. 7. 1925 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

In späteren Jahren zeigte Zeßner-Spitzenberg hinsichtlich der Verwirklichung der legitimistischen Ziele immer weniger Geduld. 1937 forderte er, der (soziale) Monarch solle die berufsständische Ordnung aktiv vollenden; diese solle nicht, wie die jetzige Führung der VF meine, „passiv ins fertige Haus eingeführt“ werden. Der Konflikt zwischen Legitimität und Legalität, um den es hier gehe, lasse sich durch „vornehme gegenseitige Achtung der Verantwortungsbewusstheit“ lösen, auch durch „das Suchen eines vornehmen Ausgleiches von persönlichem Gewissen zu politischem Gewissen“.⁸³⁸ Bereits 1921 hatte er seiner Überzeugung Ausdruck verliehen, dass „gerade die Kaiseridee, mehr noch als die Königsidee, mit wahrer edler Demokratie bestens vereinbar ist“.⁸³⁹

Mehrere Bundeskanzler der Ersten Republik standen dem Legitimus nahe, allen voran Ignaz Seipel und Johann Schober.⁸⁴⁰ Engelbert Dollfuß entwickelte eine ähnliche Haltung gegen Ende seiner Kanzlerschaft.⁸⁴¹ Otto von Habsburg bescheinigte ihm erkannt zu haben, dass die Monarchisten am entschlossensten gegen den Nationalsozialismus vorgehen.⁸⁴² Ungleich markanter war Kurt Schuschniggs Profil als Legitimist: Als Mitglied des *Reichsbundes der Österreicher* betrachtete er die Wiedererrichtung der Monarchie als das Ziel seiner Politik, zum Tagesthema machte er sie jedoch nicht, weil er erst nach der Sicherung der Unabhängigkeit Österreichs eine realistische Chance sah.⁸⁴³ Vorderhand ging es ihm um die Stärkung der Gegner des Nationalsozialismus.⁸⁴⁴ Nach 1936 glaubte er immer weniger an Restaurationsmöglichkeiten und distanzierte sich daher von der legitimistischen Bewegung.⁸⁴⁵ Gleichwohl äußerte Hans Karl Zeßner-Spitzenberg 1937 den Eindruck, das legitimistische Gedankengut und die vaterländisch-autoritative Idee stünden einander mittlerweile sehr nahe.⁸⁴⁶

Als Zeßner-Spitzenberg seine Gedanken zur Legitimität aussprach, hatte er Kaiser Karl vor Augen, der für ihn das Ideal des katholisch-österreichi-

838 CS 21. 2. 1937 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

839 NR 11. 9. 1921 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

840 MOSSER, Legitimus, 56.

841 MOSSER, Legitimus, 258.

842 WALTERSKIRCHEN, Dollfuß, 42 f.

843 CARSTEN, Faschismus, 259; GOLDINGER, Schuschnigg, 227; HOPFGARTNER, Schuschnigg, 34 und 71; JAGSCHITZ, Ständestaat, 509; MOSSER, Legitimus, 262 und 344; WOHNOUT, Traditionsreferat, 67.

844 JAGSCHITZ, Ständestaat, 509; JEDLICKA, Vom alten, 219; PELINKA, Stand, 194; STAUDINGER, Österreich-Ideologie, 36 und 41; SUPPANZ, Geschichtsbilder, 63.

845 GOLDINGER/BINDER, Geschichte, 266; K. SCHUSCHNIGG, Dreimal, 282; K. SCHUSCHNIGG, Österreich, 24; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 267.

846 CS 21. 2. 1937 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

schen Menschen schlechthin war⁸⁴⁷, bis zu seinem Ende in tiefem Glauben verharrend und diesen auch öffentlich bekundend:⁸⁴⁸ „Die persönliche Liebe zu Kaiser Karl und dessen Familie und die Erinnerung an die große österreichische Idee konnte mir auf rein menschlichem Gebiet niemand verwehren.“⁸⁴⁹ Die Art, wie dieser auf die Aufforderung zur Abdankung⁸⁵⁰ reagierte, brachte ihm Zeßner-Spitzenbergs vorbehaltlosen Respekt.⁸⁵¹ Er nannte ihn den „Träger alter Rechte und Traditionen“, den man gedrängt habe, auf die Regierungsgeschäfte zu verzichten; die Verbannung aus Österreich habe er ebenso wenig verdient wie die Verleumdungen, denen er und seine Gemahlin ausgesetzt gewesen seien.⁸⁵² An Kaiserin Zita bewunderte der Freiherr die Weigerung, „von ihrem Rechtsstandpunkte und den Traditionen abzugehen, die auf ihrem Haus vor Gott und der Geschichte als schwere und erhabene Pflichtenlast ruhen“.⁸⁵³ Auch den 1912 geborenen ältesten Sohn dieses Paares, Otto, lobte er in höchsten Tönen.⁸⁵⁴ Was Zeßner-Spitzenberg an der kaiserlichen Familie faszinierte, war die „Standesgnade“⁸⁵⁵, das, was jeden Beruf zu einem „von Gottes Gnaden“ mache.⁸⁵⁶ Diesen im tiefsten Grunde theologisch verankerten Gedanken⁸⁵⁷ vermittelte auch der CS, dessen Leitung seit Anfang 1938 in Zeßner-Spitzenbergs Händen lag.⁸⁵⁸ Das Kaiserpaar übe die Autorität nicht aus, sondern repräsentiere sie.⁸⁵⁹

Ähnliche Denkmuster prägten Alois Schönbürg-Hartenstein⁸⁶⁰, der im Frühjahr 1928 Kaiserin Zita in Lequeito (Baskenland) die Loyalität des österreichischen Adels bekundete. Mit dem Ausdruck des Bedauerns berichtete er in diesem Zusammenhang von einem Empfang beim spanischen

847 Kritisch dagegen NOVOTNY, *Der Monarch*, 96–99.

848 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, *Die kaiserliche Familie*, 7; vgl. auch O. WEISS, *Rechtskatholizismus*, 26 f.; WOHNOUT, *Hans Karl Zeßner-Spitzenberg*, 7; zur insgesamt positiven Beurteilung des Herrschers vgl. SUPPANZ, *Österreichische Geschichtsbilder*, 233 f.

849 K. P. ZEßNER-SPITZENBERG, *Hans Karl*, 41.

850 Die schillernden Formulierungen, mit denen er am 11. November 1918 auf seinen Anteil an den Regierungsgeschäften verzichtete, stammten teilweise von Ignaz Seipel; BOYER, *Wiener Konservatismus*, 345; Seipel „war [...] schwarzgelb bis in die Knochen“; K. v. KLEMPERER, *Ignaz Seipel*, 93; vgl. auch EBD. 99.

851 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, *Kaiser Karl* (1953), 208.

852 CS 4. 4. 1937 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

853 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, *Die kaiserliche Familie*, 17.

854 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, *Die kaiserliche Familie*, 12.

855 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, *Kaiser Karl* (1927), 136; H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, *Kaiser Karl* (1953), 122.

856 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, *Kaiser Karl* (1953), 115.

857 LThK/III 9 (2000), 927 f. (J. WEISMAYER).

858 WALTERSKIRCHEN, *Blaues Blut*, 68–87; K. P. ZEßNER-SPITZENBERG, *Hans Karl*, 59.

859 EBNETH, *Wochenschrift*, 170–172.

860 MOSSER, *Legitimus*, 31; NEUHÄUSER, *Legitimus*, 146; WALTERSKIRCHEN, *Blaues Blut*, 91 f.

Diktator General Miguel Primo de Rivera in Madrid, dem er die politische Situation Österreichs erklärt habe – doch ohne seinerseits über die Vorgänge in Spanien informiert worden zu sein, wie er kritisch festhielt.⁸⁶¹ 1930 übernahm er den Vorsitz eines Komitees, das die Feier des 100. Geburtstags von Kaiser Franz Josef vorbereitete. Im selben Jahr wurde die Großjährigkeit Otto von Habsburgs gefeiert⁸⁶²; innerlich dem Kaiserhaus aus jahrhundertalter Tradition seiner Vorfahren tief verbunden, hielt er eine Ansprache im Namen der alten Armee.⁸⁶³ 1933 versuchte er zusammen mit anderen die Gründung einer legitimistischen Studentenorganisation (*Österreichische Front*), die dann aber eine andere Richtung nahm.⁸⁶⁴ Am 24. Mai 1934 gehörte er einem kleinen offiziellen Empfangskomitee für Erzherzog Eugen⁸⁶⁵ an, dem in diesem Jahr die Einreise nach Österreich wieder gestattet worden war.⁸⁶⁶

Selbstredend setzte sich Schönburg-Hartenstein 1935 für die Revision des Habsburgergesetzes ein (Kap. 3.1).⁸⁶⁷ Bei diesem Akt, welcher der legitimistischen Bewegung neuen Auftrieb verlieh⁸⁶⁸, war Eduard von Baar-Baarenfels, Mitglied mehrerer legitimistischer Organisationen⁸⁶⁹, der zuständige Berichterstatter im BT, eine Aufgabe, die ihm große Genugtuung bereitere.⁸⁷⁰

Walter Adam, nach einer Aufzeichnung Otto von Habsburgs von 1935 ebenfalls ein zuverlässiger Legitimist⁸⁷¹, zitierte Ernst Rüdiger Starhemberg mit habsburgerfreundlichen Äußerungen.⁸⁷² 1935/36 exponierte sich der Vizekanzler verstärkt im Sinn des Legitimus⁸⁷³ und pflegte Kontakte zu Otto von Habsburg.⁸⁷⁴ Auch Ludwig Draxler⁸⁷⁵, ein Freund Starhembergs⁸⁷⁶,

861 HOLUB, Fürst Alois Schönburg-Hartenstein, 122–125

862 Zu diesem für den Legitimus wichtigen Ereignis vgl. MOSSER, Legitimus, 50 f.

863 HOLUB, Fürst Alois Schönburg-Hartenstein, 126 f.

864 NEUHÄUSER, Legitimus, 50 f.

865 In diesen setzten manche Legitimisten hinsichtlich Österreichs Zukunft größere Hoffnungen als in Kaiser Karl; BRANDL, Kaiser, 306.

866 MOSSER, Legitimus, 140.

867 HOLUB, Fürst Alois Schönburg-Hartenstein, 102.

868 KINDERMANN, Der Feindcharakter, 85.

869 NEUHÄUSER, Legitimus, 98 und 112.

870 ANITA KÖRPER, Der Aufstieg, 97 f.

871 MOSSER, Legitimus, 276.

872 ADAM, Staatsprogramm, 134.

873 MOSSER, Legitimus, 93.

874 MOSSER, Legitimus, 236.

875 Er war der langjährige Rechtsbeistand der Familie Habsburg-Lothringen in Österreich; BAIER/DEMMELE, Otto von Habsburg, 279, 309 u. a.

876 MOSSER, Legitimus, 147.

war Legitimist, desgleichen Ludwig Adamovich, einer der an der Ausarbeitung der Maiverfassung beteiligten Juristen.⁸⁷⁷ Wie Hans Karl Zeßner-Spitzenberg hielt er u. a. Vorträge in der *Österreichischen Akademie*, einer der „Vertiefung in die österreichische Idee“ dienenden Organisation (Kap. 6.8).⁸⁷⁸

Die 1918/19 geführte Diskussion über die Staatsform Restösterreichs erfolgte teilweise in einem ähnlichen Kontext – auch wenn das Eintreten für die Monarchie nicht gleichbedeutend mit Legitimismus sein musste. Eugen Margarétha war überzeugt, dass die Anhänglichkeit zur Dynastie während der Monarchie ein Gegengewicht gegen die Unzulänglichkeiten des Parlamentarismus gewesen sei.⁸⁷⁹ Gleichwohl rangen sich führende Vertreter der CSP, allen voran Richard Schmitz, trotz monarchistischer Gesinnung schließlich dazu durch, loyal zur Republik zu stehen.

Das Habsburgergesetz blieb für Schmitz indes ein Unrecht.⁸⁸⁰ 1929 forderte er namens der CSP, man möge wenigstens dem vermögensrechtlichen Teil den Charakter eines Verfassungsgesetzes entziehen.⁸⁸¹ Hans Karl Zeßner-Spitzenberg widmete diesem Thema subtile juristische Analysen⁸⁸², wobei er den Blick auch auf die Situation anderer Herrscherhäuser weitete: So hätten beispielsweise die Hohenzollern ungleich besser abgeschnitten als die Habsburger.⁸⁸³ Friedrich Ritter von Wiesner, der Führer des *Reichsbundes*, stand in dieser Angelegenheit in brieflichem Kontakt mit Ludwig Adamovich, was dazu beigetragen haben mag, dass das Habsburgergesetz in die Maiverfassung nicht aufgenommen wurde.⁸⁸⁴

Auch Josef Reither äußerte sich dazu ablehnend, etwa im März 1935 auf einer Versammlung von Bauernführern.⁸⁸⁵ Am 7. Juli hielt er in Langenrohr (Bezirk Tulln) die Festrede anlässlich der Überreichung des Dankschreibens Otto von Habsburgs für die Verleihung der Ehrenbürgerschaft durch Erzherzog Eugen: Er erklärte, die Revision des Habsburgergesetzes eröffne für die Bauern günstige Perspektiven.⁸⁸⁶

Friedrich Funder war seit 1914 Mitglied eines Kreises, der über die Verfassungsreform im Sinn des Erzherzogs Franz Ferdinand beriet, zu dem er

877 N. SCHAUSBERGER, *Der Anschluss*, 528.

878 NEUHÄUSER, *Legitimismus*, 101–103.

879 CS 16. 12. 1934 (E. MARGARÉTHA).

880 R. SCHMITZ, *Das christlichsoziale Programm*, 31 f.; BRAUN, *Der politische Lebensweg*, 34–44.

881 F. WAGNER, *Legitimismus*, 201.

882 NR 12. 9. 1925 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

883 SZ 31. 10. 1926 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

884 F. WAGNER, *Legitimismus*, 249.

885 STEINER, *Wahre Demokratie?*, 216; F. WAGNER, *Legitimismus*, 262 f.

886 MOSSER, *Legitimismus*, 281.

gute persönliche Beziehungen gepflegt hatte.⁸⁸⁷ Während des Kriegs, als der Bestand der Monarchie in Frage gestellt wurde, gehörte er zu deren entschiedenen Verfechtern.⁸⁸⁸ 1921 wurde er Funktionär des *Reichsbundes der Österreicher*.⁸⁸⁹ In seinen Worten der Empörung über das Habsburgergesetz und die Abschaffung des Adels kommt das Politikverständnis eines Anwalts personaler Werte zum Ausdruck: Beides sei „eine grobe Verfehlung gegen Anstand und Pietät“.⁸⁹⁰

Das letzte Wort in diesem Überblick sei einem Mandatar eingeräumt, dessen Hauptarbeitsgebiet von der Politik weit weg war: Der Physiker Victor Franz Hess, der 1938 in die USA emigriert war, gab sich 1945 in einem Interview als Monarchist zu erkennen und empfahl seinem Heimatland die Einführung einer Monarchie nach dem Vorbild Großbritanniens. Für seine eigene Rückkehr nach Österreich sah er die Zeit noch nicht reif, glaubte aber zu wissen, dass dieses Land vorderhand erzieherischer Maßnahmen bedürfe.⁸⁹¹

887 W. LORENZ, Funder, 9; PFARRHOFER, Friedrich Funder, 79; REISS, Dr. Friedrich Funder, 150; WANDRUSZKA, Struktur, 314; dasselbe gilt für den mit Funder befreundeten Hans Schlitter, der stellvertretend für die hohe Beamtenschaft der Monarchie genannt sei; FELLNER, Denkschriften, 228; Kraler, Gott schütze Österreich, 33 f. und 68.

888 FUNDER, Vom Gestern, 459; vgl. G. HARTMANN, Im Gestern, 221 f.; MOSSER, Legitimus, 160 f.; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 170; REISS, Dr. Friedrich Funder, 162.

889 MOSSER, Legitimus, 47; NEUHÄUSER, Legitimus, 129 und 132; G. HARTMANN, Im Gestern, 228.

890 PFARRHOFER, Friedrich Funder, 303.

891 EPEL, Österreicher 1, 497 f.

„Das Gleichheitsideal fordert den totalen Staat.“

Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi¹

6. STANDESBEWUSSTSEIN

Was bisher an Elementen, die das Denken der in die Organe der Bundesgesetzgebung Berufenen ausmachten, erarbeitet wurde, bildet einen Fundus an Werten, in dem auch ihre Vorstellungen vom Ständischen verankert waren. Gezielt thematisiert wurden diese selten; sofern das Wort „Stand“ oder damit verwandte Begriffe Verwendung fanden, geschah dies in der Regel unreflektiert und die Begrifflichkeit blieb vage.²

6.1 Semantische Unschärfen

Besondere Unschärfe fällt in Art. 16/1 der Maiverfassung auf, der „Vorrechte der Geburt, des Stands oder der Klasse“ ausschloss.³ Selbst unter den Regierungsmitgliedern war man sich über die Bedeutung von „Stand“ nicht einig.⁴ Benno Karpeles hatte 1933 mit Blick auf QA festgestellt: Es sei bedauerlich, dass für das Anliegen der Enzyklika kein anderes Wort zur Verfügung stehe als „Stand“.⁵ Odo Neustädter-Stürmer war sich bewusst, dass die Festlegung auf sieben Berufsstände eine Verengung des Begriffs bedeutete⁶; aus praktischen Gründen befürwortete er aber die Gleichsetzung mit „Berufsstand“ und schloss andere Bedeutungen ausdrücklich aus.⁷ Dasselbe taten Josef Dobretsberger⁸ und Johannes Messner, der von „Leistungsgemeinschaft“ sprach; eine vielfältigere Verwendung würde Verwirrung stiften.⁹ Er leugnete aber nicht, dass „Gruppenbildung aufgrund ähnlicher geistiger Bildung, sozialer Stellung, politischen Einflusses auch eine gesellschaftsformende

1 COUDENHOVE-KALERGI, *Totaler Mensch*, 101.

2 So selbst beim ansonsten sensiblen Friedrich Funder; FUNDER, *Sturm*, 13.

3 DIE NEUE ÖSTERREICHISCHE VERFASSUNG, 37; BÖCK, *Öffentlichkeitsarbeit*, 150 f.; zu möglichen Missverständnissen EBD. 167; ähnlich die Formulierung in Art. 109 der Weimarer Reichsverfassung; BOHN, *Ständestaatskonzepte*, 1; zur Begrifflichkeit vgl. PUTSCHEK, *Ständische Verfassung*, 19.

4 P. HUEMER, *Entstehung*, 606.

5 KARPELES, *Klassenkampf*, 16; zum Verständnis von *ordo* in QA LINDGENS, *Die politischen Implikationen*, 90.

6 NEUSTÄDTER-STÜRMER, *Gesetzgebung*, 49.

7 NEUSTÄDTER-STÜRMER, *Gesetzgebung*, 10.

8 DOBRETSBERGER, *Vom Sinn*, 53.

9 MESSNER, *Ordnung*, 13.

Wirkung hat“.¹⁰ Eine spezifisch katholische Ständelehre gab es nicht¹¹, aber im Zuge der Auseinandersetzung mit der christlichen Sozialreform wurde die Forderung laut, das Wortfeld „Stand“ zu untersuchen. Gerade im „mittelständischen“ Milieu der CSP, wo viele Menschen den Willen zu sozialer Höherentwicklung verspürten, stand ja auch die Bedeutung *status*, „Zustand“, im Raum.¹² In diesem Sinn räsionierte man beispielsweise, der „Selbständige“ könne frei und unabhängig Wirtschaft betreiben; das „standesgemäße“ Einkommen, das er erwirtschaftete, sichere den Bestand des Betriebs und der Familie. „Der ‚Stand‘ ist [...] die Art und Weise, wie eine Person den eigenen Bestand in wirtschaftlicher Weise zu sichern ‚im-stande‘ ist.“¹³ Wilhelm Schwer umschrieb den Begriff als „gesichertes Stehen“ in einem von Über- und Unterordnung geprägten größeren Ganzen“, also auch als Rang.¹⁴ Nicht von ungefähr stieß Mitte der dreißiger Jahre das indische Kastenwesen, der Inbegriff natürlicher Ungleichheit und statischen Denkens, auch in Mitteleuropa auf wissenschaftliches Interesse.¹⁵

Im Bewusstsein vieler Zeitgenossen lebte manches von dem weiter, was Aurel Kolnai 1934 von „der ständischen ‚Atmosphäre‘ der vorkapitalistischen Welt“, genauer: von der „unmittelbareren Lebensgemeinschaft zwischen Höheren und Niederen“ sprechen ließ.¹⁶ Das Ideal war die von Johannes Messner beschriebene „innere Beruhigkeit (Statik)“ der ständischen Gesellschaft; die für die individualistische Gesellschaft kennzeichnende Dynamik, „die schließlich den Bestand der Gesellschaft selbst bedrohte“¹⁷, stand als ein Szenario im Raum, das es abzuwenden gelte. In diesem Sinne nahm Friedrich Funder die Entwicklungen des 19. Jahrhunderts mit Wehmut zur Kenntnis: „Eine alte Welt war in Österreich Mitte der neunziger Jahre im Zerbersten. Altgewohnte, wie Gesetze vererbte Vorstellungen kreuzten sich mit neuen Ideen. Die ständische und feudale Begriffswelt sah sich von neuen Erscheinungen der Demokratie bestürmt.“¹⁸

Rudolf Henz trat in seiner Dichtung dafür ein, Bewährtes nicht anzutasten: Als Sohn eines Obristen hätte die Hauptfigur seines Romans *Der Kurier des Kaisers* eigentlich gehobene Ansprüche, doch die ihm angediehene Erziehung als Bäcker Sohn scheint sein Recht zu schmälern, freilich nur auf

10 MESSNER, Ordnung, 16.

11 BEYER, Ständeideologien, 120.

12 ORGLER, Ständestaat, 210.

13 BADER, Die geistige Grundlegung, 160.

14 SZ I. 4. 1935 (W. SCHWER); vgl. LThK/III 9 (2000), 924 f. (N. GLATZEL).

15 1935, 91–94 (J. EVOLA).

16 KOLNAI, Ideologie, 16; zur ständischen Atmosphäre vgl. SELIGER, Scheinparlamentarismus, 37.

17 MESSNER, Ordnung, 20.

18 FUNDER, Vom Gestern, 65.

den ersten Blick, denn ein Schulmeister rät dem Ziehvater: „Ein besonderer Mensch will auch besonders angefasst sein, lieber Meister, das entspricht der Ordnung der Welt.“ Diese Ordnung war für Henz eine aristokratische, von Gott bestimmte: „Es gibt Aufgaben, die vom Geburtsstatus legitimiert sind.“¹⁹

Im Folgenden werden zunächst – nach einem Exkurs über Othmar Spanns Verständnis des Begriffs „Stand“ – die einschlägigen Äußerungen der Mandatare und anderer Gewährsleute erfasst; anschließend wird das von ihnen gezeichnete Bild der beiden sozialen Schichten, in denen sich – wegen des hohen Stellenwerts personaler Beziehungen²⁰ – ständische Eigenschaften am reinsten erhalten haben und denen deshalb in konservativen Kreisen seit dem 19. Jahrhundert gesamtgesellschaftliche Vorbildfunktion bescheinigt wurde²¹, Adel und Bauerntum, analysiert; am Ende steht die Auseinandersetzung mit Lebenskreisen, denen ebenfalls ständischer Charakter bescheinigt wurde, nämlich Familie²² und Heimat/Nation. Alle diese „Stände“ bzw. an ständisches Denken gebundenen Lebenskreise sind in hohem Maß durch ihr Bekenntnis zu den bereits analysierten personalen Werten definiert. Vom „Berufsstand“ soll zunächst nicht die Rede sein. Denn auch auf der theoretischen Ebene war das Bild desselben als des einzigen möglichen Stands in den dreißiger Jahren keineswegs scharf²³, er galt als eine Art Hilfsbegriff.

6.2 Exkurs: „Stand“ bei Othmar Spann

Othmar Spann band den Stand in ein philosophisches System ein (Kap. 3.2). Eine von dessen tragenden Säulen ist das Begriffspaar „Ganzheit – Gezweiung“. Die Ganzheit sei das von einem apriorischen Weltplan beherrschte Bildungsgesetz aller Einzelphänomene. Es gebe keine Summierung von Teilen, die schon vor der Zusammensetzung bestünden, sondern die Teile „werden“ aneinander durch Ausgliederung. Die Gezweiung beschrieb Spann als komplementäre Form der Gegenseitigkeit, auch „Mitgedachtheit“: Als sittliche Beziehung zwischen zwei aufeinander hingebundenen Teilen sei sie die Voraussetzung des Menschen als geistiges Wesen. Das Ganze sei mehr als die Summe der Teile; es stelle sich in den Gliedern dar, denen gegenüber es

19 Zit. nach WÖGERER, *Innere Emigration*, 107.

20 MANNHEIM, *Konservatismus*, 83.

21 MENNING, *Adel*, 179–181.

22 Zur Bedeutung der Familie für den Stand vgl. MENNING, *Adel*, 178 und 192 f.

23 MAYER-TASCH, *Korporativismus*, 75 f.

keine zeitliche, sondern nur logische Priorität habe. Nur in der Gezweigung könne Selbst-Bewusstsein entstehen: So schaffe beispielsweise das Kind die Mütterlichkeit. Als weitere mögliche Pole nannte Spann: Lehrer-Schüler, Priester-Laie, Künstler-Publikum.²⁴

Der Einzelne werde folglich erst als Glied der als Körper verstandenen Gesellschaft zu einer geistig-sittlichen Persönlichkeit. Kein Gefühl, kein Gedanke könne entstehen, ohne von einem anderen mitempfunden (oder abgelehnt) zu werden.²⁵ Die aus den Gezweigkeiten hervorgehenden Lebenskreise, die, weil klein, zu einer starken Zerklüftung der Gesellschaft führten, bezeichnete Spann als Stände.²⁶ Als Organisationen jener Menschen, die „verhältnismässig gemeinsame Lebensaufgaben“ haben²⁷, besäßen sie ihre Wesenheit „in Entsprechung zu anderen Ständen“.²⁸ Ausdrücklich erklärte Spann, dass damit nicht die herkömmlichen *ordines* gemeint seien.²⁹

Jeder Mensch finde sich in vielen Lebenskreisen (Familie, Kirche, Heer, Vereine, Staat, Religion, Philosophie, Wissenschaft, Kunst, Recht, Wirtschaft) wieder, jeweils in unterschiedlicher Innigkeit und Rangstellung und entsprechend unterschiedlich davon geprägt; eine ständelose Gesellschaft wäre ein bloßer Haufen.³⁰

So wie Gezweigung weder zwischen völlig Ungleichen noch zwischen völlig Gleichen möglich sei, sondern nur zwischen Gleichgearteten, die einander ergänzten, kennzeichne den Stand eine gleichartige, allerdings abgestufte Geistigkeit. Der echte Stand habe den Zug zur Festigung seiner Organisation in völliger Autonomie, zur Ausschöpfung seines spezifischen Aufgabenkreises, zur lückenlosen Einbeziehung aller zugehörigen Mitglieder und zur Entwicklung spezifischer Erziehungsformen. Seine Merkmale seien Gleichartigkeit des Lebensinhalts, der Lebenshaltung und der Gesinnung

24 SPANN, Der wahre Staat, 34; vgl. BECHER, Der Blick, 110; BOHN, Ständestaatskonzepte, 33–35; DIAMANT, Katholiken, 211; HEINRICH, Ständewesen, 3; KALTENBRUNNER, Europa, 384 f.; LK, 519 und 570 (F. ROMIG); K. LUGMAYER, Grundrisse, 134 f.; MAYER-TASCH, Korporativismus, 28–35; PICHLER, Welt als Ganzes, 247; PICHLER, Werk, 20; RASSEM, Othmar Spann, 89 und 96; RESELE, Ständestaatskonzeption, 11; SCHNELLER, Zwischen Romantik und Faschismus, 19; SIMONETT, Die berufsständische Ordnung, 48–52; STREITENBERGER, Leitbild, 226.

25 DIAMANT, Katholiken, 118 f.; HEINRICH, Schlüsselbegriffe, 343; HEINRICH, Ständewesen, 3; PICHLER, Werk, 88 und 209–211; RESELE, Ständestaatskonzeption, 14.

26 BOHN, Ständestaatskonzepte, 34; RASSEM, Othmar Spann, 96.

27 P. NOLTE, Die Ordnung, 180.

28 SPANN, Der wahre Staat, 200 f.

29 HEINRICH, Schlüsselbegriffe, 348; PICHLER, Werk, 21.

30 SPANN, Der wahre Staat, 197; BECHER, Der Blick, 129 f.; HEINRICH, Schlüsselbegriffe, 344 f.; PICHLER, Werk, 21, 89 und 248–250; PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 25; LK, 43 (F. ROMIG); SENFT, Im Vorfeld, 81; H. WALTER, Ständewesen, 4–8.

– und vor allem die Standesehre.³¹ Dem entspricht Oswald Spenglers Auffassung, in den Kulturen gebe es ein starkes Gefühl dafür, ob jemand dazugehört oder nicht.³²

Der Stand sei etwas persönlich Definiertes: Seine Leistung führe zur Bildung sozialer Schichten, denen anzugehören nicht Sache des Berufs, sondern der Berufung sei.³³ Aus dieser Prämisse resultierte eine hierarchische Auffassung des Gesamtgefüges der Stände – doch nicht ohne die Forderung nach einer gewissen Durchlässigkeit, für die er Bildung als hinreichenden Grund betrachtete.³⁴ Spanns Ideal war das einer Herrschaft der Besten, in der die abhängigen Stände nur untergeordnete Aufgaben haben sollten. Wie Platon siedelte er an der Spitze die Weisen bzw. den schöpferischen höheren Lehrstand an – und erst nach diesem den Stand der Staatsführer. Die Arbeiter, war er überzeugt, wären durch höhere als ausführende Aufgaben überfordert – was auf Kosten ihrer Lebensqualität ginge.³⁵ Dementsprechend war Demokratie für ihn gleichbedeutend mit Ochlokratie³⁶ und Nivellierung.³⁷

Die Berufsstände stellten in der Fülle der von Spann gesehenen Möglichkeiten nur einen kleinen, allerdings den im Alltag am leichtesten zu handhabenden Teil dar. Er sah in ihnen Teilstände des Gesamtstands Wirtschaft – den er seinerseits nur als kleinen, im Verhältnis zum Staat nachgeordneten Teil des gesellschaftlichen Ganzen gelten ließ.³⁸ Über den einzelnen Ständen nahm Spann als „Höchststand“ den Staat an, der logisch allem anderen vorausgehe und daher umfassende Kompetenzen beanspruchen dürfe (Kap. 8.1).³⁹

Als Lebensgemeinschaft habe der Stand die Aufgabe, den Einzelnen in die Gemeinschaft einzubeziehen: Dies, so Spann, „bedeutet Aufgehobenheit statt Wettbewerb.“⁴⁰ So werde das Lieblose, Seelenlose, Mechanische des

31 SPANN, *Der wahre Staat*, 219; GAUGER, *Gemeinwohl*, 95; HEINRICH, *Schlüsselbegriffe*, 352 f.; G. KLEMPERER, *Konzepte*, 93; MAYER-TASCH, *Korporativismus*, 36; PICHLER, 248; PICHLER, *Werk*, 39; RESELE, *Ständestaatskonzeption*, 21; SCHNELLER, *Zwischen Romantik und Faschismus*, 41–44; H. WALTER, *Ständewesen*, 4 und 25; WOHNOUT, *Verfassungstheorie*, 14.LK, 520 (F. ROMIG); H. WALTER, *Ständewesen*, 17.

32 SPENGLER, *Untergang*, 967.

33 H. WALTER, *Ständewesen*, 41.

34 GAUGER, *Gemeinwohl*, 97; SCHNELLER, *Zwischen Romantik und Faschismus*, 85.

35 MEYER, *Stand*, 196–201.

36 NEWMAN, *Zerstörung*, 233.

37 NEWMAN, *Zerstörung*, 253.

38 SPANN, *Der wahre Staat*, 73; vgl. BOHN, *Ständestaatskonzepte*, 35 f.; HEINRICH, *Schlüsselbegriffe*, 350; PICHLER, *Werk*, 37 f.; SENFT, *Im Vorfeld*, 82 f.; H. WALTER, *Ständewesen*, 87; dieselbe Sichtweise vertrat der von ihm geförderte Felix Klezl; KLEZL, *Beruf*, 95.

39 BOHN, *Ständestaatskonzepte*, 28; G. KLEMPERER, *Konzepte*, 91 f.; LACKNER, *Die Ideologie*, 62; MAYER-TASCH, *Korporativismus*, 37.

40 SPANN, *Der wahre Staat*, 231.

modernen zentralistischen Staates und der abstrakten Demokratie überwunden. Die den Stand ausmachenden Lebenskreise seien mit Sitte, persönlichen Beziehungen etc. „durchwebt“; in ihnen sei jeder behütet.⁴¹ Kurt Schuschnigg sprach vom „Schutz seines Stands“, den ein jeder genieße, der wisse, „dass er sich an gewisse Grenzen zu halten hat“.⁴²

Spanns Schüler, allen voran Walter Heinrich, der das Modell des Meisters den kapitalistischen Rahmenbedingungen anpasste, propagierten dieses Gedankengut intensiv. Den Beruf nannte Heinrich „ein Amt im Dienste der Gesamtheit“ und würdigte die darauf aufbauende Ordnung als Chance, jeden in seinem Lebens- und Wirkungskreis Führer sein zu lassen. Der Staat als Höchststand sei Garant der Ordnung.⁴³ Franz Schweinitzhaupt stellte dieses Modell in öffentlichen Vorträgen als Möglichkeit vor, die Besten und Tüchtigsten zu erkennen.⁴⁴ Oskar Zaglits hielt die berufsständische Ordnung für geeignet, die auf Unterschieden der Geburtsstände aufgebauten Sozialordnungen zu beseitigen.⁴⁵

Die Verwendung von Begriffen wie „Bürgerstand“, „Bauernstand“, „Arbeiterstand“, „Mittelstand“ lehnte Spann als „Abarten“ des Standesbegriffs ab.⁴⁶ Dass im Folgenden gleichwohl eine eingehende Beschäftigung mit diesen Begriffen erfolgt, liegt daran, dass sie von den Zeitgenossen, die sich nicht in der für Philosophen und Kulturkritiker selbstverständlichen Klarheit von in Jahrhunderten gewachsenen Mentalitäten zu trennen vermochten, regelmäßig verwendet wurden, und zwar mit einer Selbstverständlichkeit, aus der zu schließen ist, dass sie in den damit bezeichneten Kategorien dachten.

6.3 Der Stand und das Standesgemäße

Formen des Altständischen

Die Vorstellung von Stand im vormodernen Sinn lebte im Bewusstsein vieler Zeitgenossen auch nach dem Ersten Weltkrieg weiter.⁴⁷ 1933 wurde als Aus-

41 DIAMANT, Katholiken, 216; RESELE, Ständestaatskonzeption, 26; SCHNELLER, Zwischen Romantik und Faschismus, 44 f.

42 K. SCHUSCHNIGG, Österreichs Erneuerung, 117.

43 DASSEL, Gegen Parteienstaat, 24–28; vgl. MEYER, Stand, 209.

44 SCHWEINITZHAUPT, Vom Parteienstaat, 10–13.

45 ZAGLITS, Aufbauversuche, 11.

46 H. WALTER, Ständewesen, 112; Oswald Spengler siedelte Handwerker, Beamte, Künstler und Arbeiter außerhalb der „echten Standesordnung“ an; selbst Bürger seien im Vergleich zu den „Urständen“ Adel und Priestertum nur ein Rest; SPENGLER, Untergang, 969–971 und 989.

47 BREUER, Anatomie, 101–103.

druck wissenschaftlichen Interesses am alten Ständewesen die *Commission Internationale pour l'Histoire des Assemblées d'Etat/International Commission for the Study of Representative and Parliamentary Institutions* gegründet.⁴⁸ Karl Gottfried Hugelmann betonte die Mitwirkung der Stände an der politischen Willensbildung im Heiligen Römischen Reich seit dem Mittelalter; als von unten aufsteigende, rechtlich anerkannte engere Lebenskreise hätten sie es über lange Zeit verhindert, dass der Staat „verabsolutiert“ werde.⁴⁹

Mehrere Mandatare rekurrten in diversesten Zusammenhängen auf die alten Geburts- sowie die Reichs- und Landstände.⁵⁰ Ihre Mentalität beschrieb Leopold von Andrian, der in den Geburtsständen eine als Gegensatz zur animalischen Natur betrachtete „seelisch-geistige Ordnung“ verwirklicht sah, ohne die Kultur nicht möglich sei; er hoffte, es möge viel von der langsam ausklingenden Kulturära des 19. Jahrhunderts ins 20. Jahrhundert weitergetragen werden.⁵¹ Erich Braumüller-Tannbruck hob in seinen populären Ausführungen zum mittelalterlichen Turnier die mit Begriffen wie „Wehrstand“, „Nährstand“⁵² und „Standesgewohnheiten“ verbundene Ehre hervor.⁵³ Auch in Lesebüchern, ja sogar in einer in Klagenfurt bestehenden Soziologenrunde waren diese Begriffe üblich.⁵⁴

Franz Kolb, der akademisch ausgebildete Historiker⁵⁵, rief die Funktion des fränkischen Adels als „Wehrstand“ in Erinnerung, der materielle Vorrechte und einen Ehrenvorrang besessen habe. Das später den Rittern zustehende Fehderecht nannte er eine „bedauerliche Erscheinung“.⁵⁶ Mit dem Absinken des Ritterstands seit dem 13. Jahrhundert sei die Kluft zwischen Bauern und Rittern kleiner geworden, gerade in Tirol, wo im Bauerntum ritterliche Traditionen wirkten; es habe auch eine hohe ständische Durchlässigkeit gegeben.⁵⁷ In der Freiheit hätten die Tiroler „einen hohen Lebenswert der Persönlichkeit und der Gemeinschaft“ gesehen, hierin besonders von Herzog Friedrich (1406–1439) unterstützt, der verhindert habe,

48 STOLLBERG-RILINGER, Vormünder, 3.

49 SZ 15. 1. 1933 (K. G. HUGELMANN).

50 ORGLER, Ständestaat, 209; BOHN, Ständestaatskonzepte, 26.

51 v. ANDRIAN, Oesterreich, 169; vgl. DOROWIN, Retter, 107.

52 Der Begriff „Nährstand“ für die Bauern begegnet bei mehreren Autoren, vor allem SPINNHORN, Agrarpolitik, 13; ZELL, Ständische Staats-Gliederung, 10.

53 BRAUMÜLLER-TANNBRUCK, Ostarrichi, 57.

54 BUGELNIG, Der Ständestaat, 59; vgl. BEYER, Ständeideologien, 155.

55 Er schloss das Studium der Geschichte und Geographie an der Universität Innsbruck 1921 mit einer Dissertation zur Wirtschaftsgeschichte seines Heimattals Navis ab; REITMAIR, Msgr. Prof. Dr. Franz Kolb, 17.

56 KOLB, Ehrgefühl, 49.

57 KOLB, Ehrgefühl, 51–53.

dass der Adel zwischen Landesfürst und Volk trete. Weit entfernt vom heute erreichten Problembewusstsein⁵⁸, betonte er die Landstandschafft der Bauern in Tirol und ihre wichtige Rolle in der Rechtsprechung. Die Eigenschaften, die er – in Kenntnis archivalischer Quellen und der einschlägigen landeskundlichen Literatur, allen voran der Arbeiten von Hermann Wopfner und Otto Stolz – den Tiroler Bauern bescheinigte, sind jene, die im Rahmen der Erörterung des Personbegriffs bereits angesprochen wurden; auch habe der Tiroler Bauer nicht das „knechtische Wesen“ anderer Bauern, sondern zeige Selbstbewusstsein gegenüber anderen Ständen. Zur Zeit des Absolutismus seien die Bauern dieses Landes nicht „zur willens- und teilnahmslosen Masse“ herabgesunken.⁵⁹ Georg Moth brachte die Landstandschafft der Bauern in Tirol mit dem seit dem 14. Jahrhundert feststellbaren, in einer hoch entwickelten Gerichtsbarkeit sich äußernden Kommunalismus am Land in Zusammenhang und ortete Ansätze eines Berufsstands.⁶⁰ August M. Knoll nannte „die landständische Gliederung der Alpen-, Sudeten- und Karpatenländer“ die Basis der „österreichischen Reichsidee“.⁶¹

In Leopold Engelharts Diktion entsprach der „Wehrstand“ dem „Geschlechtsadel“ – doch nur dem Wort nach. Der Wiener Domprediger fand die Kriterien echten Führertums nicht in der Geburt, sondern in persönlichen Eigenschaften und deren bewusster Kultivierung.⁶² Vom „Wehrstand“ war auch in einem 1934 im Ministerrat gestellten Antrag die Rede, die im Verteidigungswesen Tätigen aus dem Berufsstand *Öffentlicher Dienst* herauszunehmen und einen eigenen zu bilden: Bundeskanzler Schuschnigg erklärte dies für verfassungswidrig.⁶³ Richard Schmitz erklärte, die Begriffe „Wehrstand“, „Nährstand“, „Lehrstand“ seien als Anachronismen in der Verfassung mit Bedacht vermieden worden.⁶⁴

Das für das Alte Reich charakteristische System der Reichs- und Landstände war für die Träger des österreichischen Ständestaates deshalb so faszinierend, weil sie darin ein Abbild der ewigen Ordnung sahen, eine Ordnung, die eine direkte Beziehung der Masse zum „Staat“ und institutionelle Regelungen nicht kannte und das Rechtsprinzip *suum cuique* hochhielt.⁶⁵

Karl Planck-Planckburg legte 1929 eine 46 Seiten starke Abhandlung (*Die Landeserbämter*) vor, in der er auf der Grundlage archivalischer Quellen

58 SCHENNACH, *Cum consilio*, 43–49.

59 KOLB, Das Tiroler Volk, 25; KOLB, Die geistigen Grundlagen, 12 f.

60 MOTH, Neu-Österreich, 83 f.

61 KNOLL, Das Ringen, 4.

62 ENGELHART, Führertum, 55.

63 PMR IX/2, Prot. 977/30 (20.–21. 12. 1934), 160.

64 PMR VIII/6, Prot. 938 (14. 4. 1934), 422.

65 KONDYLIS, Konservativismus, 80 und 110–116.

die einzelnen Erbämter in Österreich ob der Enns beschrieb und ihre Inhaber vorstellte. Den zweiten Hauptteil widmete er den Erbhuldigungen. In diesem Zusammenhang behandelte er auch Rechte und Gewohnheiten der Stände sowie ihr Verhältnis zum jeweiligen Fürsten, jede Huldigung gesondert erwähnend, allerdings ausschließlich deskriptiv, ohne jeden Versuch, auf das Wesen der Stände einzugehen.

Wilhelm Mohr erwähnte in seiner an die Schüler landwirtschaftlicher Bildungsstätten gerichteten *Heimatkunde von Vorarlberg*, dass die Landstände „zu wichtigen Bewilligungen herangezogen“ worden seien. Wichtiger als die Tatsache, dass in Vorarlberg nur Bürger und Bauern Landstände waren, war ihm der Hinweis, dass diese nicht nur auf Einberufung des Landesfürsten, sondern auch aus eigener Initiative zusammentraten.⁶⁶ Hier schwingt die zentrale Botschaft Otto Brunners („Die Stände sind das Land“) mit, die – gerade in einem kleinen Land leicht vorstellbar⁶⁷ – nicht partikulare Interessenvertretung, sondern Repräsentation des gesamten Landes bedeutete.⁶⁸

Rudolf Henz nahm den aus der ständischen Verfassung des Alten Reichs geläufigen Terminus „Huldigung“ in die Titel seiner anlässlich der Feiern zur Maiverfassung verfassten Spiele auf (Kap. 8.6). Die Bedeutung dieses Wortes, nämlich „ritualisiertes Treueversprechen“ als Ausdruck einer beanspruchten Legitimität, die auf wechselseitiger Treue beruhte und das ständische Mitspracherecht implizierte⁶⁹, ist als politisches Programm für die Gegenwart zu lesen. Carl Vaugoin bekundete seine Vorliebe für Huldigungen in seiner Zeit als Heeresminister bei feierlichen Militärparaden.⁷⁰

Arthur Seyss-Inquart verwendete 1943 den Begriff „Landstand“ semantisch irreführend für eine Art berufsständische Organisation der Bauern.⁷¹ Leopold Figl setzte 1946 in einer Festansprache – aus wissenschaftlicher Perspektive völlig unkritisch – die Anerkennung der Landstände in Österreich mit der „in ganz Europa erstmalig(en)“ Einführung der Demokratie gleich.⁷² Zu dieser Staatsform bekannte sich auch Oswald Redlich⁷³, doch ohne die naive Gleichsetzung von landständischer Verfassung und repräsentativer Demokratie vorzunehmen.

Das Denken des Wiener Historikers war – entsprechend seinen wissenschaftlichen Schwerpunkten – vom Bild der Stände als politisches Gegen-

66 MOHR, *Heimatkunde*, 16 f.

67 OESTREICH, *Zur Vorgeschichte*, 73–79.

68 STOLLBERG-RILINGER, *Vormünder*, 14, Anm. 41.

69 AMMERER, *Die Stände*, 22; BRUNNER, *Die Freiheitsrechte*, 193–195.

70 STAUDINGER, *Bemühungen*, 348; STAUDINGER, *Vaugoin*, 149.

71 SEYSS-INQUART, *Vier Jahre*, 172.

72 FIGL, *Ansichten*, 95.

73 REDLICH, *Ausgewählte Schriften*, 41.

über des Fürsten geprägt.⁷⁴ Als epochales Ereignis würdigte er die Schlacht am Weißen Berg (1620), in der dem absolutistischen Staat die Ablösung des alten Ständestaates gelungen sei.⁷⁵ Beim Werden der österreichischen Großmacht seien aber Züge desselben erhalten geblieben.⁷⁶ Ludwig Adamovich stellte seinem Lehrbuch des österreichischen Verfassungsrechts historische Informationen voran, in denen die von Redlich gesetzten Schwerpunkte in knapperer Form wiederkehrten.⁷⁷

Während Redlichs Darstellung das auch von der rezenten Forschung geteilte Bild eines Miteinanders von Fürst und Ständen vermittelte, das Veränderungen, auch jene des 18. Jahrhunderts, eher als Integrationsprozesse denn als Sieg einer bestimmten Seite beschrieb⁷⁸ und vom Bewusstsein getragen war, dass die Stände einerseits unter dem Fürsten standen, andererseits selbst Obrigkeit waren, also keineswegs Untertanen⁷⁹, ein insgesamt aristokratisch geprägtes System tragend, das diversen sozialen Gruppen, Interessen und Identitäten eine Bühne bot⁸⁰, sah Ignaz Seipel im altständischen System einen simplen Dualismus zwischen Ständen und Herrscher, einen Machtkampf geradezu. Zutreffend ist aber seine mit Adolf Julius Merkl geteilte⁸¹ Einschätzung, dass die Reichs- und Landstände nicht als Repräsentanten des Volks, sondern als Vertreter eigener Interessen agierten⁸² und dass ständischer Widerstand gegen die Forderungen des Hofes keineswegs als Wegbereiter des modernen Parlamentarismus zu verstehen sei.⁸³ Ein Anwalt der Interessen des Volks und Schützer von dessen Freiheit war in Seipels Augen nur der Kaiser, die Stände hingegen hätten die Kommunikation zwischen beiden behindert.⁸⁴ Folgerichtig erklärte er 1929, das gewünschte Ständeparlament könne nicht die „Wiederbelebung des Ständestaates der Vergangenheit“ bedeuten, denn „zwischen den alten Ständen und der ständischen Vertretung, die heutzutage angestrebt wird, besteht

74 REDLICH, Das Werden, 241.

75 REDLICH, Weltmacht, 1 und 18–22; REDLICH, Ausgewählte Schriften, 41 f.

76 REDLICH, Weltmacht, 24 f.

77 ADAMOVICH, Grundriss, 6 f.

78 Vgl. AMMERER, Die Stände, 15–17; STEKL, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung, 147–150; STOLLBERG-RILINGER, Vormünder, 8 f.

79 GG 6 (1990), 208 (Stand/Klasse, W. CONZE); STOLLBERG-RILINGER, Reich, 15 f.

80 BONAZZA, Tiroler Ständewesen, 189.

81 MSchKP I, 402 (A. MERKL).

82 MAZOHL-WALLNIG, Zeitenwende, 227 f.; STOLLBERG-RILINGER, Vormünder, 15–17 und 298–300; zu Ansätzen eines repräsentativen Charakters landständischer Verfassungen vgl. GG 6 (1990), 242 (Stand/Klasse, R. WALTHER); OESTREICH, Zur Vorgeschichte, 64 und 68–70.

83 AMMERER, Die Stände, 23.

84 SEIPEL, Der Kampf, 47 f.

nur eine irreführende Namensgleichheit“.⁸⁵ 1934 erläuterte Konrad Josef Heilig im CS, der mittelalterliche und der nunmehr zu schaffende Ständestaat deckten sich nur in einigen Grundgedanken.⁸⁶ Anton Klotz benannte den Unterschied so: Die mittelalterlichen „Reichsstände“ hätten den Staat regiert, die Berufsstände gliederten die Gesellschaft.⁸⁷

Hans Schmitz distanzierte sich von der älteren herrschaftsständischen Ordnung, weil in dieser häufig Besitz, Macht und soziale Geltung die entscheidenden Kriterien gewesen seien⁸⁸, desgleichen Josef Dobretsberger.⁸⁹ Viktor Frankl beschrieb das altständische Modell als „ein Übereinander von Herrschaftsständen und dienenden Ständen“, weswegen „Ständestaat“ gleichbedeutend mit „Privilegienstaat“ sei. Zum Wesen des gegenwärtigen Ständestaates gehörten hingegen „die Selbstbegrenzung der staatlichen Macht im Namen des sozialen *ordo*“ sowie die „Achtung vor dem natürlichen Funktionsbereich der Einzelpersonlichkeit und der kleineren innerstaatlichen Gemeinschaften“.⁹⁰ Die Zeitschrift StL warnte vor der Annahme der Möglichkeit eines unmittelbaren Übergangs von der herrschafts- zur berufsständischen Idee⁹¹, und Oskar von Hohenbruck stellte klar, dass eine Neuerrichtung der alten Erbstände nicht geplant sei.⁹² Georg Moth forderte dazu auf, alte Formen mit neuem, zeitgemäßem Inhalt zu füllen.⁹³

Formen des Neuständischen

Trotz der unterschwellig transportierten altständischen Vorstellungen fehlte keineswegs der Sinn für das Anachronistische, das ihnen anhaftete. Richard Schmitz kommentierte die Terminologie der Französischen Revolution: Das Bürgertum habe den dritten Stand gebildet, und aus den Massen

85 SEIPEL, Der Kampf, 183; vgl. SCHWARZENBERG, Erinnerungen 85 f.; RATHKOLB, Johannes Schwarzenberg, 253; SENFT, Im Vorfeld, 88; 1930 wiederholte Seipel diese Gedanken in mehreren Reden: Vor dem Verein katholischer Edelleute sprach er zum Thema *Die Neubelebung des Ständegedankens*, wenige Tage später im Verein *Altösterreich* über Österreichs geistige Konsolidierung als Bedingung für seine Geltung in der Welt und vor dem Landstraßer CV über *Die Ständeversammlung*; RENNHOFFER, Ignaz Seipel, 664; vgl. CS 14. 1. 1934 (E. PRETTENHOFER).

86 CS 23. 12. 1934 (K. J. HEILIG); vgl. GG 6 (1990), 196 (Stand/Klasse, O. G. OEXLE).

87 KLOTZ, Probleme 2, 159.

88 H. SCHMITZ, Die berufsständische Ordnung, 12 f.

89 SZ 16. 12. 1934 (J. DOBRETSBERGER).

90 CS 1. 3. 1936 (V. FRANKL).

91 StL 1935, 106 f.

92 v. HOHENBRUCK, Zur Frage, 8.

93 MOTH, Neu-Österreich, 62.

des Arbeiterproletariats sei trotz der Besitzlosigkeit ein Stand geworden, eben der vierte.⁹⁴ Er sprach auch im Fall der Arbeiterschaft von „Standwerdung“⁹⁵, freilich übersehend, dass gerade 1789 eher Klassenkampf bedeutet hatte.⁹⁶ Deutlich erkannten dies hingegen Ignaz Seipel⁹⁷ und Engelbert Dollfuß. Letzterer bemängelte, dass die Revolution den Bauernstand vernachlässigt habe und dass durch sie die Privilegien einzelner Stände zu sehr in den Vordergrund gerückt seien.⁹⁸

Oskar Meister ortete 1789 den Beginn einer 1848 vollendeten „Ständeumschichtung“. Er berief sich auf Wilhelm Heinrich Riehl⁹⁹, der Bauern und Aristokratie „Mächte des sozialen Beharrens“, den dritten und den vierten Stand „Mächte der sozialen Bewegung“ genannt habe.¹⁰⁰ Die Auffassung des konservativen Kulturhistorikers¹⁰¹, Geistliche, Gelehrte, Beamte und Soldaten seien „unechte“ Stände, teilte Meister indes nicht, vielmehr war es ihm wichtig zu betonen, dass in der Gesellschaftslehre „alles fließt“. Dies könne man schon daraus ersehen, dass Riehl die Definition des vierten Stands schwer gefallen sei: Er habe ihn bloß negativ gekennzeichnet, als den, der keinen festen Platz in der Gesellschaft habe. Gruppen, die man nicht als Stände im Wortsinn bezeichnen könne, seien Hauseigentümer, Mieter, Arbeitslose oder Verbraucher.¹⁰²

Zwischen „echten“ und „unechten“ Ständen unterschied auch Oskar von Hohenbruck: Zu Ersteren zählte er die mittelalterlichen Geburtsstände, zu Letzteren den vierten Stand, dem das positive Standesbewusstsein fehle und der aus dem Geist verneinenden Klassenbewusstseins heraus die Rechte der alten Stände beseitigen wolle. Keineswegs blind für irreversible gesellschaftliche Entwicklungen, bezeichnete der (selbst adlige) Tiroler Bauernbunddirektor mit Blick auf die Gegenwart den Adel als „bloße Titulatur“, während die Geistlichkeit im umfassenden Stand der Gebildeten aufgegangen sei. Dem Bürgerstand sei das einst ausgeprägte gemeinsame Standesgefühl abhanden gekommen. Nur der Bauernstand bestehe noch in alter Form. Es gebe jetzt aber neue Berufsgruppen, die durchaus ein Standesbewusstsein besäßen, etwa die Beamten. Auch die akademischen Berufe seien geeignet,

94 Andere Denker bezeichnen diesen als Klasse; MANNHEIM, Konservatismus, 87.

95 R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 24; vgl. LThK/III 9 (2000), 924 f. (N. GLATZEL); KLOSE, Interessenverbände, 335.

96 ORGLER, Ständestaat, 209.

97 SEIPEL, Der Kampf, 57.

98 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 21–23.

99 Vgl. STRELOW, Wilhelm Heinrich von Riehl, 193.

100 CS 30. 9. 1934 (O. MEISTER); vgl. SEELIG, Die „soziale Aristokratie“, 153.

101 GG 6 (1990), 272 f. (Stand/Klasse, R. WALTHER); STRELOW, Wilhelm Heinrich von Riehl, 198.

102 CS 30. 9. 1934 (O. MEISTER).

eine ständische Gruppe zu bilden. Die Arbeiter könnten kein echter Stand sein, weil das gemeinsame Berufsinteresse fehle.¹⁰³

Am 19. Oktober 1929 erschien in der *Reichspost* ein Artikel von Ignaz Seipel zur Frage *Was sind Stände?*¹⁰⁴ Obwohl auch hier keine klare Definition geboten wurde, ist er aus zwei Gründen von Interesse: Der Begriff „Bauernstand“ wurde mit dem Hinweis problematisiert, es gelte in der Gesellschaft als „Missheirat“, wenn eine Bauerntochter einen Knecht heirate; daher sei „Bauernschaft“ vorzuziehen. Dieser Vorschlag, der angesichts der bereits vor 1918 bestehenden Probleme des Interessenausgleichs zwischen Klein- und Mittelbauern einerseits und Großagrariern andererseits¹⁰⁵ leicht nachvollziehbar ist, hatte in der Praxis freilich keine Chance auf Durchsetzung, zu geläufig war „Stand“ für das Bauerntum¹⁰⁶ und zu tief waren die traditionellen Strukturen und Mentalitäten in der Landwirtschaft verankert.¹⁰⁷

Geistliche, Soldaten und Gelehrte führte Seipel als Beispiele für einen „lebendigen“ Ständebegriff an: Sie seien durch ein Gefühl der Zusammengehörigkeit definiert, ohne Rücksicht auf den Rang oder sonstige Äußerlichkeiten. Bei den Geistlichen war der Begriff „Stand“ auch für Othmar Spann unproblematisch: Die gerade in der katholischen Kirche betonte metaphysische Verwurzelung bezeichnete er als Garanten einer geistigen Einheit, die auch Spannungen aushalte.¹⁰⁸ In Oswald Spenglers Hierarchie waren die „Priester“ einer der beiden „Urstände“ neben dem „Adel“. ¹⁰⁹ Benno Karpeles betrachtete die Geistlichkeit als Berufsstand.¹¹⁰ Für Anton Orel hatten von den älteren Ständen Bauerntum und Geistlichkeit die Zeiten am besten überdauert; einen „Arbeiterstand“ könne es hingegen nicht geben.¹¹¹ Einen Grenzfall stelle der ins Kleinbürgertum aufgestiegene, selbständig tätige Arbeiter dar.¹¹²

103 v. HOHENBRUCK, Zur Frage, 7–11; ähnlich Spann, für den die Arbeiter keinen Stand bilden, weil sie in vielen Bereichen vertreten seien; sie stellten eine Querverbindung zwischen den Ständen dar und seien daher als Schicht zu bezeichnen; H. WALTER, Ständewesen, 115.

104 SEIPEL, Der Kampf, 199–203; vgl. DIAMANT, Katholiken, 171; HASIBA, Der berufsständische Gedanke, 115 f.; NOVOTNY, Der berufsständische Gedanke, 212; RENNHOFFER, Ignaz Seipel, 642.

105 BRUCKMÜLLER, Der Bauernstand, 811; DROBESCH, Vereine, 1063 f.

106 HANISCH, Die Politik, 21–26.

107 AUGUSTIN, Bauernbünde, 24; DROBESCH, Vereine, 1042; HANISCH, Der lange Schatten, 95 f.; SANDGRUBER, Ökonomie, 302.

108 H. WALTER, Ständewesen, 59 f.

109 SPENGLER, Untergang, 969–971 und 989.

110 KARPELES, Klassenkampf, 21.

111 OREL, Ständeordnung, 42; vgl. NEGER, Verfassung, 30 f.

112 OREL, Ständeordnung, 62–68.

Karl Freiherr von Vogelsang bezeichnete das Kleingewerbe als Stand; es kultiviere hohe, für die Gesellschaft wichtige ethische Werte, wie Berufsehre oder das Bewusstsein, eine soziale Funktion zu erfüllen.¹¹³ Mit Verweis auf die mittelalterliche Zunft ordnete auch Eduard Ludwig neben Adel und Bauerntum „Handel, Gewerbe und Industrie“ einem traditionellen Standesbegriff zu.¹¹⁴ Anton Klotz rückte die mittlerweile eine Realität darstellende Erweiterung des Spektrums der Berufe ins Licht, gegen die er jedoch Vorbehalte zu erkennen gab: Händler oder Beamte seien „abstrakte“ Berufe.¹¹⁵ Den Hintergrund dieser Äußerungen bildet die um 1900 erfolgte Neudefinition der Kriterien der Standesbildung: Neben Geburt und Ehre war funktionales Expertentum getreten; den Beruf sah man nicht mehr als Gegensatz zur geburtsständischen Ordnung, Leistung war zu einem unentbehrlichen Kriterium geworden.¹¹⁶

An der Schnittstelle zwischen geburtsständischem und leistungsorientiertem Denken setzte Franz Brandl an, der nach dem Zusammenbruch der Monarchie eine Romanprotagonistin adliger Herkunft ihrem den Verlust der besitz- und bildungsbürgerlichen Wertmaßstäbe des 19. Jahrhunderts bedauernden Sohn erklären lässt, er solle sich vor den jetzt mächtig werdenden Anonymen nicht fürchten: Auch diese hätten das Recht auf Persönlichkeit und würden zur Bürgerlichkeit aufsteigen, „aber es wird nicht die Bürgerlichkeit des Genusses, sondern die der Arbeit sein. Arbeit und nichts anderes wird der Sinn der neuen Zeit sein. Auch du wirst dich in diese Front eingliedern, dank deinem Schicksal und deinen Fähigkeiten auf gehobenem Posten. Freilich, es könnte auch völlig anders kommen, es könnte auch eine Senkung des ganzen Niveaus bis hinab zu den Atomen erfolgen, aus denen ein einzelner Wille eine willenlose Masse formt. Das allerdings wird dann eine Zeit sein, an die ich nicht denken mag“.¹¹⁷

Um einen neuen Aspekt bereicherte Richard Schmitz den Diskurs: Mit „Standesverein“ bezeichnete er „eine gesellschaftliche Gruppe, die durch soziale Eigentümlichkeiten ihrer Umwelt bestimmt ist“. Würden sich die Menschen mit Idealismus, Opferfähigkeit und christlicher Hingebung ihrer Tätigkeit widmen, ergäben sich daraus eine spezifische Berufsehre und ein kraftvolles Standesbewusstsein.¹¹⁸ Schmitz unterschied auch zwischen wirtschaftlichen und kulturellen Ständen und sprach vom Stand der Gebildeten

113 ALLMAYER-BECK, Vogelsang, 138.

114 LUDWIG, Österreichs Sendung, 150 f.

115 KLOTZ, Probleme 2, 159.

116 P. NOLTE, Ständische Ordnung, 238–241.

117 BRANDL, Ein Reich, 776 f.

118 SZ 17. 6. 1934 (R. SCHMITZ).

bzw. Ungebildeten.¹¹⁹ Junge/Alte, Männer/Frauen, Ledige/Verheiratete bezeichnete er als „Lebensstände“, hiermit die Sprache der katholischen Kirche übernehmend¹²⁰, die ein entsprechendes Bewusstsein im 19. Jahrhundert gefestigt hatte: Anton Thir verwendete „Stand“ für die Ehelosen, die Verheirateten, die Witwen etc.¹²¹ Rudolf Henz war mit dieser Begrifflichkeit ebenfalls sehr vertraut.¹²²

Karl Lugmayer, der Philosoph des Personalismus, sah im Gefühl der Zusammengehörigkeit aufgrund spezifischer Anschauungen ein Kernelement des Standesbegriffs. Wie Richard Schmitz, doch im Gegensatz zu anderen Klassikern des Solidarismus¹²³ hielt er auch einen „Arbeiterstand“ für möglich; von diesem erklärte er – in ausdrücklicher Abgrenzung von Bauern und Bürgern –, er sei „ein eigener Sozial- und Kulturstand“; daher müsse sich die Politik „in typisch arbeiterhafter Form“ um die Belebung des kulturellen Lebens der Arbeiter bemühen.¹²⁴ Die schwierige Situation der weitgehend mittellosen städtischen Familien war ihm eine echte Sorge.¹²⁵ Johannes Messner hielt es ebenfalls für wünschenswert, dem Arbeiter die vollberechtigte Stellung eines Glieds der Gesellschaft, also eines Stands, zu geben. Er wünschte Maßnahmen zur Sicherung seiner wirtschaftlichen Existenz, die die Abhängigkeit vom Unternehmer verringern und der Entproletarisierung dienen sollten.¹²⁶

Weitere Mandatare, die den Begriff „Stand“ für die Arbeiter für angemessen hielten, waren die Exponenten der Arbeiterbewegung Leopold Kunschak und Johann Staud; sie verwendeten ihn im Sinn von „Sozialstand“.¹²⁷ Kunschak setzte große Hoffnungen in „Charakter“, „Standesbewusstsein“ und „Standesehre“ der Arbeiter¹²⁸, Stauds vorrangiges Ziel war deren Entproletarisierung, für ihn die Voraussetzung der „Standwerdung“.¹²⁹ Er sprach mit solchem Nachdruck vom „Arbeiterstand“, dass er sich den Vorwurf des Klassenkampfes einhandelte.¹³⁰ Karl Flödl forderte von jedem Arbeiter und Ange-

119 R. SCHMITZ, *Der Weg*, 18.

120 Hier begegnet für „Lebensstände“ auch „Naturstände“; LThK/III 9 (2000), 924 f. (N. GLATZEL); vgl. auch LThK/III 2 (1994), 296 f. (U. NOTHELLE-WILDFEUER).

121 THIR, *Frauengestalten* 1, V.

122 HENZ, *Österreich*, 83.

123 BEYER, *Ständeideologien*, 130.

124 CS 26. 8. 1934 (K. LUGMAYER).

125 K. LUGMAYER, *Linzer Programm*, 47.

126 SZ 1. 9. 1935 (J. MESSNER).

127 KUNSCHAK, *Österreich*, 53; vgl. WILTSCHEGG, *Heimwehr*, 317.

128 REICHOLD, *Opposition*, 61–63.

129 KLUWICK-MUCKENHUBER, *Johann Staud*, 93.

130 KLUWICK-MUCKENHUBER, *Johann Staud*, 102 und 106.

stellten, dass er am Aufbau der Berufsstände mitwirke.¹³¹ In der Mentalität der Angestellten lebte ebenfalls ein bestimmtes Standesdenken weiter.¹³²

Noch vor der Jahrhundertwende war von „Stand“ auch mit Bezug auf die Lehrer gesprochen worden, denen die Wahrung ihrer Interessen zugestanden wurde.¹³³ Salomon Friedrich Frankfurter betrachtete es als Gewinn, dass durch die Schul- und Unterrichtsordnung von 1905 „Standesfragen“ der Lehrer stärkere Berücksichtigung gefunden hätten.¹³⁴ An der *Politischen Verfassung der deutschen Schulen* bemängelte er das Festschreiben einer sozialen Differenzierung bei den Bildungszielen, wobei er den Begriff „Stand“ im Sinn von „Schicht“ verwendete.¹³⁵

Die Schulen waren auch wichtige Stätten der Vermittlung von Standesbewusstsein – nicht zuletzt weil der Begriff „Stand“ in den 1934/35 erlassenen Lehrplan für die Mittelschulen aufgenommen wurde.¹³⁶ Dieser definierte u. a. geschlechtsspezifische Erziehungsziele und sah eigene Curricula für Mädchen vor.¹³⁷ Dass die Geschlechterdifferenz folglich nicht nur „als Paradigma für politische und soziale Hierarchien“¹³⁸, sondern auch als Teil der Ständethematik zu gelten hat, ist am deutlichsten bei Albert Müller SJ zu ersehen, auf den sich August M. Knoll diesbezüglich berief.¹³⁹ Hier lebte die vormals selbstverständliche Kategorisierung der Menschen nach dem Geschlecht¹⁴⁰ weiter. Koedukation galt als Form der „Gleichmacherei“¹⁴¹ – was mit keinem Element des Wortfeldes „Stand“ vereinbar wäre.

Die durch die Schulreformen der dreißiger Jahre herbeigeführte Trennung der Geschlechter im Unterricht begann in den Abschlussklassen der Volksschule.¹⁴² Verstärkte Aufmerksamkeit wurde ihr in den Mittelschulen geschenkt¹⁴³, deren Angebot nun um ein eigenes Oberlyzeum für Mädchen erweitert wurde.¹⁴⁴ Gleichwohl waren die Mädchen auf dieser Stufe faktisch

131 FLÖDL, *Drei Jahre*, 11.

132 HANISCH, *Der lange Schatten*, 111.

133 FRANKFURTER, *Graf Leo Thun*, 119.

134 FRANKFURTER, *Österreichs Bildungswesen*, 47.

135 FRANKFURTER, *Österreichs Bildungswesen*, 20.

136 SORGO, *Schulpolitik*, 181.

137 H. DACHS, *Das Frauenbild*, 90; ENNSMANN, *Frauenpolitik*, 13; ERBEN, *Schule*, 111; GOBER, *Schule*, 184–188; GRAFENEDER, *Arbeiterfamilie*, 87–91; KIRCHMAYR, *Frauenpolitik*, 48 f.

138 HAUCH, *Vom Androzentrismus*, 352.

139 KNOLL, *Das Ringen*, 5.

140 ULBRICH, *Ständische Ungleichheit*, 89.

141 H. DACHS, *Das Frauenbild*, 86–88; GOBER, *Schule*, 169–176; TÁLOS, *Herrschaftssystem* (2013), 383.

142 SORGO, *Schulpolitik*, 105; TÁLOS, *Herrschaftssystem* (2013), 398.

143 ERBEN, *Schule*, 131; KIRCHMAYR, *Frauenpolitik*, 46.

144 SORGO, *Schulpolitik*, 66.

stark unterrepräsentiert; vor allem ab 1934/35.¹⁴⁵ 1930–1937 betrug der Frauenanteil an Mittelschulen ein knappes Drittel.¹⁴⁶ Der Anteil der weiblichen Studierenden an den Universitäten lag 1934–1938 bei knapp 19 Prozent¹⁴⁷; ähnlich war der Anteil der Absolventinnen.¹⁴⁸ Für die „Lebensschulgung“ der Mädchen galten halböffentliche und private Schulen in kirchlicher Trägerschaft als am besten geeignete Bildungsstätten.¹⁴⁹

Fasst man alle eben referierten Positionen zusammen, zeigt sich, dass die „neuen“ Stände nach unterschiedlichen, teilweise einander überlagernden Kriterien definiert wurden. Bezeichnend hierfür sind die von Friedrich von Weichs gebildeten Begriffsreihen, die, wenn schon nicht ein und denselben, so doch eng verwandte Sachverhalte zusammenfassten: „Branchen, Stände, Standesvereinigungen, Unternehmungen und Tätigkeiten“ bzw. „Berufe, Stände, Branchen, Betriebe, Unternehmungen und Tätigkeiten“.¹⁵⁰ Für ähnliche Unschärfe der Kategorienbildung steht ein – nicht realisierter – Plan zu einem Dollfuß-Denkmal am Wiener Ballhausplatz von Clemens Holzmeister mit einem Relief, das um den Bundeskanzler mehrere Gruppen versammelte: die Jugend, die Stände, Bauern, Arbeiter, die Familie.¹⁵¹ Im CV wurde – mit Bezug auf das „Heim“ der Familien, das über deren Wesen sehr viel aussage – der „Stand“ mit „dem Beruf, den Traditionen, [...] der Seele“ auf eine Linie gebracht.¹⁵² Es herrschte die Überzeugung, geistige Haltung und Charakter eines Menschen einerseits und sein Berufsgeist andererseits beeinflussten einander wechselseitig.¹⁵³ Konstantin von Hohenlohe bezeichnete „durch Wirtschaft und kulturelle Bedürfnisse geschaffene freie Assoziationen“ als Stände.¹⁵⁴

Das Standesgemäße und die Standesehre

Es ging in diesem Diskurs nicht zuletzt um die von Franz Martin Schindler angemahnte, mit „standesgemäßer“ Lebensform verbundene „Standeseh-

145 SORGO, Schulpolitik, 106 f.

146 ENNSMANN, Frauenpolitik, 61 f.; HAUCH, Vom Androzentrismus, 358.

147 ENNSMANN, Frauenpolitik, 70.

148 ENNSMANN, Frauenpolitik, 73.

149 ERBEN, Schule, 126; SCHRETTTER, Das ideologische Nahverhältnis, 83–86; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 399; WALLRAF, Kultur, 215 f.

150 v. WEICHs, Der Weg, 15.

151 GRASEGGER, Denkmäler, 515–517; zum Denkmalplan vgl. DREIDEMY, Der Dollfuß-Mythos, 140–143.

152 LEB, Das Familienideal, 42.

153 KRASSER, Sinn und Zweck, 109.

154 HOHENLOHE, Ständestaat, 10.

re“.¹⁵⁵ Sie zu wahren sei die Pflicht eines jeden; sie sporne zu weiterem Tun an und bilde die Grundlage eines gedeihlichen Zusammenlebens.¹⁵⁶ Auch Johannes Messner¹⁵⁷, Anton Klotz¹⁵⁸ und Franz Hörburger¹⁵⁹ bedeutete dieser Gedanke viel. Auf den eigenen Stand stolz zu sein¹⁶⁰, durch ihn Unterschiede zu betonen und Individualität auszudrücken, galt als sinnvolle Alternative zur Egalisierung und Funktionalisierung des modernen Menschen.¹⁶¹

Das NR zitierte 1920 die Zeitschrift *Christliche Demokratie* mit der Definition, ein Stand sei „ein Sittenkörper, keine nur materielle Zusammenfassung der Angehörigen desselben Berufs“; er verlange „sittliches Ein- und Unterordnen unter die Gesamtheit, sittliches Erfassen von Standespflichten, sittliche Hochhaltung der Standesehre, sittliches Verantwortungsgefühl für den Standesnachwuchs“.¹⁶² Ruf und Ehre seien entscheidend für den Anteil, den ein jeder an den Gütern des Gemeinschaftslebens nehmen könne, und für seinen gesellschaftlichen Einfluss; dies wiederum wirke anspornend, so dass ein jeder durch gutes Beispiel der Gesellschaft zurückerstatte, was sie ihm an Wertschätzung und Ehre erweise.¹⁶³ Felix Klezl hielt die „Standesehre und Standesgesinnung“ für mindestens ebenso wichtig wie die „wirtschaftliche Verrichtung“.¹⁶⁴ Oskar von Hohenbruck stellte die „Standesgesinnung“ der bloßen „Organisation“ gegenüber: Beruhend auf „Schicksalsverbundenheit [...], Standesehre und Standesliebe“, sei sie der wichtigere Faktor.¹⁶⁵ August Zell leitete sie aus dem „Standesinteresse“ sowie aus der gemeinsamen Arbeit ab. Zur Aufrechterhaltung der inneren Harmonie sah er Standesschiedsgerichte vor.¹⁶⁶ Hohenbruck präziserte: Die Standesgerichtsbarkeit könne sich nicht nur auf den Beruf erstrecken, sondern müsse alle Lebensäußerungen umfassen.¹⁶⁷

In der 1936 gegründeten Pressekammer gehörten die Pflege von „Standesehre“ und „Standesansehn“ zu den vorrangigen Aufgaben¹⁶⁸; der Aus-

155 SCHINDLER, Lehrbuch III, 816; vgl. LThK/III 9 (2000), 924 f. (N. GLATZEL).

156 SCHINDLER, Lehrbuch II, 256–358.

157 MESSNER, Ordnung, 14; vgl. STREITENBERGER, Leitbild, 181; PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 137.

158 KLOTZ, Probleme 2, 159.

159 HÖRBURGER/SIMONIC, Lehrbuch II, 11.

160 ORGLER, Ständestaat, 234.

161 PELINKA, Stand, 19.

162 NR 20. 6. 1920.

163 SCHINDLER, Lehrbuch III, 555.

164 KLEZL, Beruf, 96.

165 v. HOHENBRUCK, Zur Frage, 6 f.

166 ZELL, Ständische Staats-Gliederung, 15 f.; vgl. auch K. SCHUSCHNIGG, Österreichs Erneuerung, 117.

167 v. HOHENBRUCK, Zur Frage, 14.

168 GOLOWITSCH, Der berufsständische Aufbau, 54 und 72; KROMAR, „Österreich-Mythos“, 72.

schluss „unlauterer oder unverlässlicher Elemente“ wurde angedacht.¹⁶⁹ In der Journalistengewerkschaft war 1935 ein Ehrengericht eingeführt worden. Ab 1937 bestand beim Bundeskanzleramt ein „Standesstrafsenat für das Pressewesen“, der an eine „Standesordnung“ gebunden sein sollte; erster Vorsitzender war Friedrich Funder.¹⁷⁰

Anton Thir setzte den Akzent auf die „Standespflichten“, deren Erfüllung er als Gebot der Kirche betrachtete.¹⁷¹ Eduard Tomaschek sprach die mit der Umsetzung von derlei Idealen verbundenen Probleme am Beispiel der Beamten an: Er appellierte an das Ethos einer Gruppe, die in Österreich seit jeher einen hohen Stellenwert gehabt habe. Im Beamten als „Mittler zwischen Staatsgedanken und Volksleben“¹⁷² beschrieb er einen zentralen Aspekt des Begriffs „Stand“ nach dem Verständnis der dreißiger Jahre.

Franz Brandl verfiel im Gespräch über die altösterreichischen Beamten in geradezu nostalgisches Schwärmen: Die Diener Habsburgs seien „selbst das Bewegende im Organismus des Staates“ gewesen, während die Organe der Republik „das Bewegte“ seien.¹⁷³ Friedrich Funder hingegen sah keinen Gegensatz zwischen Monarchie und Republik und lobte die „unbestechliche Rechtschaffenheit“ der Beamten auch in den Nachfolgestaaten.¹⁷⁴ Seine Äußerungen erinnern an die des Wiener Landesschulinspektors und Schriftstellers Oskar Benda¹⁷⁵, der den Beamten eine „dienstaristokratische Spielart des feudalen Stils“ bescheinigte¹⁷⁶, oder an Franz Werfels Begriff des *sacrficium nationis*.¹⁷⁷ Franz Rehrl sah die Notwendigkeit, diese Tradition zwar weiterzuführen, doch mit Anpassungen an die neue Zeit.¹⁷⁸ Diese Stimmen akzentuierten die vom preußischen Historiker Otto Hintze um 1910 erläuterten idealtypischen Wesenszüge des Beamten, der seine gesamte Persönlichkeit in den Beruf steckt und dem Dienstgeber nicht so sehr durch ein Rechts-, sondern durch ein Vertrauensverhältnis verbunden ist, bei dem Treue, Ergebenheit, Pflichteifer bzw. patriarchalische Fürsorge, also personale Werte, zentral sind.¹⁷⁹ Durch diese blieben bis ins 20. Jahrhundert „ständische Reste

169 Zit. nach GOLOWITSCH, Der berufsständische Aufbau, 76.

170 GOLOWITSCH, Der berufsständische Aufbau, 79–83.

171 THIR, Frauengestalten 1, 54, 59 und 62; 2, 294 und 304.

172 CS 13. 3. 1938 (E. TOMASCHKE).

173 BRANDL, Kaiser, 8 f.

174 FUNDER, Vom Gestern, 59 f.

175 Zu ihm vgl. HANISCH, Traditionelle Männlichkeitsrollen, 222; JOHNSTON, Der österreichische Mensch, 37 und 224–241.

176 Zit. nach SUPPANZ, Der österreichische Mensch, 19.

177 JOHNSTON, Der österreichische Mensch, 244–250.

178 HANISCH, Franz Rehrl, 18.

179 HINTZE, Der Beamtenstand, 21–23; vgl. JOHNSTON, Der österreichische Mensch, 290–294.

[...] in die Gesellschaft eingeschrieben“ (E. Hanisch).¹⁸⁰ Jenseits des Ehrbegriffs bezeichnete das Adjektiv/Adverb „standesgemäß“ eine Haltung¹⁸¹, die im Sinn des Personalismus schon als bloßes Sosein hinreichend beschrieben ist: „Das ist eben alles nicht standesgemäß“, ließ Franz Karl Ginzkey eine Romanfigur apodiktisch-lapidar erklären¹⁸², dieselbe, die im eigenen Stand ganz und gar aufging: „Ich bin kein Beamter, bin kein Stubenhocker, [...] ich bin Soldat durch und durch und kann nichts anderes sein.“¹⁸³

Eduard Ludwig versuchte politische Maximen Kurt Schuschniggs als Aspekte des Standesbewusstseins nachzuempfinden.¹⁸⁴ Im November 1935 wandte sich der Kanzler an die Mitglieder des CV, denen von verschiedenen Seiten „Berufsgeist und Standesehre des Akademikers“ bzw. „akademisches Standesbewusstsein“¹⁸⁵ vor Augen geführt wurden; als „die Träger geistiger Berufe“ seien sie „notwendigerweise Führer im Volke und ihr Beispiel oder ihr Beiseitestehen ist richtunggebend für viele“.¹⁸⁶ Leopold Kunschak zitierte ihn mit dem 1933 laut gewordenen Ruf nach „stärkste(r) Förderung der verschiedenen Standesbewegungen, deren Ausbau auch auf dem Gebiete der akademischen und freien Berufe; dabei die unbedingte Vorsorge, dass zwischen diesen Standesbewegungen engste Fühlungnahme gehalten wird, damit sie nicht isoliert marschieren“.¹⁸⁷ Diese Haltung war in Schuschnigg bereits am Gymnasium wachgerufen worden; später erinnerte er sich an eine schöne Zeit an der *Stella Matutina* zusammen „mit Hunderten von anderen jungen Österreichern aus allen Kreisen und Schichten, vom Bauernbuben bis zum Aristokraten“.¹⁸⁸ Was ihn hingegen störte, war die Tendenz, Stände nach materiellen Kriterien zu definieren. In der Monarchie sei die überwiegende Mehrzahl der Menschen „ihres Auskommens sicher gewesen. [...] Die Zeit war noch nicht da, in der jeder Stand für seine Besserstellung kämpfte“.¹⁸⁹ Mitschüler erzählten, Schuschnigg habe darunter gelitten, nicht im hocharistokratischen „ersten“ Internat, sondern im bürgerlich-kleinadligen „zweiten“ erzogen worden zu sein.¹⁹⁰ Er verlieh diesem Unbehagen aber

180 HANISCH, Aus den Tiefen, 13.

181 FUNDER, Aufbruch, 42.

182 GINZKEY, Jakobus, 180.

183 GINZKEY, Jakobus, 155; zur Mentalität der Berufsoffiziere vgl. JOHNSTON, Der österreichische Mensch, 295.

184 LUDWIG, Österreichs Sendung, 150 f.

185 KRASSER, Sinn und Zweck, 109.

186 K. SCHUSCHNIGG, Geleitwort, 6.

187 KUNSCHAK, Österreich, 192.

188 K. SCHUSCHNIGG, Dreimal, 36.

189 K. SCHUSCHNIGG, Österreich, 18.

190 WANDRUSZKA, Struktur, 341.

nicht so scharfen Ausdruck wie Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi, der von einem Verfall der „Feudalaristokratie“ zugunsten der „Pseudo-Aristokratie des Geldes“ – eine langfristige Folge der Französischen Revolution – sprach.¹⁹¹

Jeglichem Standesdünkel abhold¹⁹² war der in feudaler Umgebung aufgewachsene Hans Karl Zeßner-Spitzenberg, der sein feines Organ für soziale Not nie verlor.¹⁹³ Er darf geradezu als die Verkörperung desjenigen gelten, der den von Coudenhove-Kalergi eingeforderten Wahlspruch wahren Adels, *noblesse oblige*¹⁹⁴, im echten Sinn des Wortes lebte. Schon 1905, als Student in Prag, hatte er sich über gesellschaftliche Konventionen hinweggesetzt, indem er der CV-Verbindung *Ferdinandeia* beitrug, obwohl dies für einen Adligen als nicht standesgemäß galt.¹⁹⁵ Später, als Universitätsprofessor, forderte er eine hohe Wertschätzung für die „gesellschaftlich minder bewerteten Berufsleistungen“.¹⁹⁶ Diese solle gerade „uns als Träger ‚höher‘ gewerteter akademischer Berufsarbeit vor Überheblichkeit schützen“.¹⁹⁷ Damit formulierte er einen im CV leitenden Grundsatz: Zum akademischen Standesbewusstsein gehöre nicht in erster Linie das Bewusstsein der Rechte, sondern vielmehr der Pflichten; das einfache Volk dürfe auf Seiten der Akademiker „keine Überheblichkeit“ wahrnehmen.¹⁹⁸ Der Sinn für akademische Standesehre¹⁹⁹ versperrte also nicht den Blick aufs Ganze. Hans Pernter verglich den CV mit einem Ritterorden; er forderte ein Gemeinschaftsgefühl der *civitas academica*, der *universitas magistrorum et scholarium*.²⁰⁰

Franz Karl Ginzkey thematisierte den Nexus zwischen der materiellen und der ideellen Komponente des Standesbegriffs, indem er sich über den Staat beklagte, der von seinen Offizieren ein „standesgemäßes Auftreten“ verlange, ihnen aber kein Einkommen biete, das eine Familiengründung ermögliche.²⁰¹ Er hatte sich selbst lange in dieser Lage befunden. 1899 hatte er dann aber einen Status erreicht, der ihm eine Eheschließung erlaubte. Als Militärbeamter hatte er geringeren Ansprüchen an die Standesgemäßheit zu genügen als

191 COUDENHOVE-KALERGI, Adel, 31 f.

192 FUX, Für Christus, 22.

193 K. P. ZEßNER-SPITZENBERG, Hans Karl, 10.

194 COUDENHOVE-KALERGI, Adel, 37 f.; vgl. STEKL, Österreichs Adel, 109.

195 FRITZ, Farben tragen, 378 f.; WALTERSKIRCHEN, Blaues Blut, 70; K. P. ZEßNER-SPITZENBERG, Hans Karl, 18.

196 K. P. ZEßNER-SPITZENBERG, Hans Karl, 21; FUX, Für Christus, 23.

197 K. P. ZEßNER-SPITZENBERG, Hans Karl, 52 f.

198 KRASSER, Sinn und Zweck, 111.

199 HOPFGARTNER, Schuschnigg, 42.

200 PERNTER, Gedanken, 91 f.

201 GINZKEY, Heimatsucher, 115.

ein Offizier. Um gleichwohl gewisse Bedingungen für eine standesgemäße Lebensführung zu erfüllen, bedurfte er einer Heiratsgenehmigung des Kaisers als obersten Dienstherrn, die mit der Hinterlegung einer Kautions verbunden war. Ginzkey kam um eine Reduzierung ein, die ihm auch gewährt wurde. Nach außen hin konnte er sein Standesbewusstsein durch die Beschäftigung eines Dienstmädchens im Haushalt zum Ausdruck bringen.²⁰²

Häufig wurden explizite Überlegungen über das Standesgemäße angestellt. Das Wort fiel in Zusammenhang mit dem Problem der Leistungs-²⁰³ und Verteilungsgerechtigkeit²⁰⁴, dabei auch zur Rechtfertigung von Einkommensunterschieden. Im Anschluss an Vogelsang²⁰⁵ meinte Karl Lugmayer, die Menschen lebten in verschiedenen Verhältnissen und müssten sich nach diesen richten; ein Hochschullehrer brauche mehr Bücher, aber weniger Nahrung als ein Schlosser.²⁰⁶ In Analogie zu Spann, der zwischen ständischer Eigentumsauffassung und ständischer Gliederung unterschied²⁰⁷, hielt Leopold Engelhart fest, Führungspersönlichkeiten hätten ein Anrecht auf eine ihrer Verantwortung entsprechende Entlohnung.²⁰⁸ Nach dieser Auffassung erfolgte die Ausübung des Berufs unter Aufsicht eines Stands; der „standesgemäße Unterhalt“ war an die Stelle der Arbeitswertlehre getreten.²⁰⁹ Im Modellstaat Johannes Messners kam der „standesgemäße Lohn“ vor.²¹⁰

Lugmayer hielt es für richtig, dass der Stand eines Menschen äußerlich sichtbar werde. Dass selbst Arbeiter das Bestreben zeigten, einen vornehm-bürgerlichen Stil zu entwickeln, sei ein „urgesunder Standpunkt“, in dem „Berufsehre“ zum Ausdruck komme. Nach Thomas von Aquin²¹¹ sei niemand verpflichtet, unter seinem Stand zu leben. Dem Volk liege der Begriff „Standesaufwand“ geradezu im Blut: „Wer glaubt, durch ein besonders bescheidenes Auftreten bei Leuten Eindruck zu machen, für die er wirtschaftlich oder gesellschaftlich als Spitze gilt, der erreicht zu seinem Staunen oft gerade das Gegenteil. Er hat es viel schwerer, sich durchzusetzen, als wenn er gleich seine Vornehmheit kundtut.“²¹²

202 HEYDEMANN, *Literatur und Markt*, 77 f.

203 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, *Einführung*, 21.

204 BAUMGARTNER, *Arbeit und Erwerb*, 23 f.; FUNDER, *Aufbruch*, 166; K. LUGMAYER, *Leos Lösung*, 39, 47, 53; K. LUGMAYER, *Grundrisse*, 89; K. LUGMAYER, *Linzer Programm*, 15, 28 und 33.

205 STREITENBERGER, *Leitbild*, 94.

206 K. LUGMAYER, *Linzer Programm*, 29.

207 K. LUGMAYER, *Grundrisse*, 133.

208 ENGELHART, *Führertum*, 37.

209 DIAMANT, *Katholiken*, 224.

210 STREITENBERGER, *Leitbild*, 184.

211 Vgl. hierzu SCHÄFERS, *Prophetische Kraft*, 192–195.

212 K. LUGMAYER, *Leos Lösung*, 51 f.

Kurt Schuschnigg hingegen, der aus niederem Adel stammte²¹³, sah im bescheidenen Lebensstil seiner Eltern ein „Vorbild spartanischer Selbstzucht und Einfachheit“.²¹⁴ Josef von Löwenthal forderte in seinem utopischen Roman Einfachheit in Nahrung und Kleidung, überhaupt ein zurückhalten-des Konsumverhalten.²¹⁵ Rudolf Henz kritisierte in harschen Worten eine „Gesellschaft der Spießer“, die Standesunterschiede an Äußerlichkeiten wie Kleidern, gesellschaftlichen Formen etc. festmache.²¹⁶ Das Standesbewusstsein der Angehörigen des Militärs beurteilte er differenziert.²¹⁷ Vieles daran empfand er als ebenso überlebt wie Friedrich Funder jenen Begriff von Standesehre, zu der auch das Duell gehörte, für ihn eine „Verzerrung des Ehrbegriffs zu einem willkürlichen und sittenwidrigen Sonderrecht“.²¹⁸ Damit vertrat er ein auch im CV zentrales Prinzip, das sich katholischem Geist verdankte.²¹⁹

6.4 Adel in der Bewährung

Ein Beispiel gebender Sinn für personale Werte wurde in der Zwischenkriegszeit von vielen Zeitgenossen dem Adel bescheinigt, insbesondere die Kultivierung des von Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi gesehenen ritterlichen Ideals mit dem Gedanken des Dienens, eine Lebensführung „gegründet auf Ehre und Gewissen, auf Form und Haltung, auf Harmonie von Leib und Seele, von Geist und Charakter“.²²⁰

Umso schwerer musste der Schlag sein, den die Aufhebung dieses Stands in Österreich am 3. April 1919 für viele bedeutete, ein traumatisches Ereignis geradezu, das für viele den sozialen Abstieg einleitete.²²¹ Bereits im späten 19. Jahrhundert teilweise sehr kritisch beurteilt, beispielsweise von Kronprinz

213 STEINER, Wahre Demokratie?, 214 f.; zu seinen Vorfahren vgl. HOPFGARTNER, Schuschnigg, 15–19.

214 K. SCHUSCHNIGG, Dreimal, 33.

215 HOFFMANN, Ständische Ordnung, 173.

216 HENZ, Mysterium, 206–209.

217 HENZ, Dennoch Mensch, 148.

218 FUNDER, Vom Gestern, 201 f.; PFARRHOFER, Friedrich Funder, 22; vgl. auch MSchKP 2, 1033.

219 POPP, Der CV, 139 f.

220 COUDENHOVE-KALERGI, Totaler Mensch, 136; vgl. SEELIG, Die „soziale Aristokratie“, 160; STEKL, Österreichs Adel, 109.

221 STEKL, Österreichs Adel, 103–105; TÁLOS, Handbuch, 47 (O. LEHNER).

Rudolf²²², drohte zumal der hohe Adel in Bedeutungslosigkeit zu versinken.²²³ Um die Existenzberechtigung des Adels durch die Frage nach möglichen künftigen Aufgaben gleichwohl sicherzustellen, war 1914 die *Vereinigung katholischer Edelleute in Österreich* gegründet worden (reaktiviert 1922), eine quasi-ständische Korporation, die der CSP nahestand.²²⁴ Eines der profiliertesten Gründungsmitglieder war Hans Karl Zeßner-Spitzenberg²²⁵; als weitere prominente Mitglieder sind im gegebenen Kontext Alois Schönburg-Hartenstein, Edmund Glaise von Horstenau und Kurt Schuschnigg zu nennen.²²⁶ Leitender Gedanke war, dass echter Adel niemals erlöschen könne, weil es um eine Haltung gehe.²²⁷ Die Vereinigung bekannte sich zu Kaisertreue, Vaterlandsliebe und christlich-katholischer Gesinnung und verwahrte sich gegen unangebrachte Überhebung. Außer den Familien, die im neuen Österreich Grundbesitz hatten, wollte man auch jene, die als Offiziere oder Beamte gedient hatten und in der Republik nunmehr ohne Beruf waren, bei Bedarf unterstützen.²²⁸

Während das Adelsaufhebungsgesetz in die Verfassung von 1920 aufgenommen worden war, wurde es aus der Maiverfassung ausgespart; es bestand als einfaches Bundesgesetz weiter.²²⁹ Im Ständestaat genoss der Adel hohe Wertschätzung.²³⁰ Nicht von ungefähr legte Leopold von Andrian in seinem als Dialog angelegten *Katechismus* gerade dem Vertreter des Adels das zum Ideal der Zeit erhobene Bekenntnis zur „Gesamtheit der Stände“ als Voraussetzung für das Gelingen des großen Werks der Geschichte in den Mund.²³¹ Er nannte den Adel ein „zusammenhaltendes Element in der Geschichte Österreichs“ – so wie sich überhaupt die spezifisch österreichische „Gesittung“ in den obersten Ständen herausgebildet habe. In höherem

222 STEKL, Der erbländische Adel, 954 f.; WALTERSKIRCHEN, Adel, 156 f.; Franz Brandl beschrieb die Kritik des Kronprinzen wie folgt: „Nein, unser Adel ist kein Stand mehr, er ist ein Interessentenklüngel, der verhindern möchte, dass sich eine aufgeklärte Nation Gedanken macht über die Immoralität von Besitz ohne Arbeit. In Österreich arbeiten nur der Bürger und der Bauer, und da soll ich mich nicht auf ihre Seite stellen?“; BRANDL, Ein Reich, 247.

223 WALTERSKIRCHEN, Adel, 84.

224 G. HARTMANN, Eliten, 227 f.; STEKL, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung, 164; STEKL, Österreichs Adel, 106 f.; STIMMER, Eliten, 495 und 755.

225 K. P. ZEßNER-SPITZENBERG, Hans Karl, 56.

226 NEUHÄUSER, Legitimus, 31.

227 WALTERSKIRCHEN, Adel, 25 f., 85 und 173 f.

228 HOLUB, Fürst Alois Schönburg-Hartenstein, 120 f.

229 MOSSER, Legitimus, 26 und 111; FALLE, Wurzeln, 61.

230 HANISCH, Konservatives und revolutionäres Denken, 221; HANISCH, Traditionelle Männlichkeitsrollen, 222.

231 v. ANDRIAN, Oesterreich, 386; zur Bedeutung des Adels im Ständestaat vgl. G. HARTMANN, Eliten, 228.

Maß als sonst in Europa habe in Österreich zwischen Adel und „Volk“ eine Wechselwirkung bestanden²³², während das Bürgertum nicht genügend „Kultursicherheit“ besessen habe, eine solche aufzubauen.²³³ Hier schwingt Coudenhove-Kalergis Ansicht mit, dass der Adel aufgrund der meist langen Familientradition reicher an politischen Talenten sei als das Bürgertum und dass sich politische Begabung nur wecken und ausbilden, aber nicht erlernen lasse²³⁴, aber auch Max Webers Bild des idealen, d. h. ethisch aristokratisierten Politikers hat hier sein Fundament.²³⁵ Für Ernst Karl Winter war der „geburtsadlige Mensch“ wegen seiner „Instinktsicherheit“ ein idealer Gestalter der Politik.²³⁶ Max Freiherr von Hussarek würdigte den Adel als Garanten gesunder konservativer Politik; die von Maria Theresia in die Wege geleitete Politik der Zurückdrängung dieses Stands bedauerte er: Durch die Schaffung einer einflusslosen *Noblesse de Robe* in der Zeit des Absolutismus sei der vormals „demokratische Grundcharakter“ der Monarchie allmählich abhanden gekommen.²³⁷ Ganz von adligem Bewusstsein durchdrungen ist der 1936 erschienene Roman *Die unsterbliche Stadt* von Josef von Löwenthal.²³⁸

Besorgt äußerte sich hingegen Anton Orel: Einst „ideell einer der wichtigsten, unentbehrlichsten Stände“, sei der alte Adel nunmehr „weithin entartet, nicht mehr fähig, seine einstige Aufgabe wieder aufzunehmen“. ²³⁹ Alfred Johannes Graf Rességuier de Miremont stellte mit Bedauern fest, dass sich manche Adlige, bei denen die Gesetze der Ritterlichkeit in Vergessenheit geraten seien, als ihres Titels nicht würdig erwiesen. Dem Geld-, Besitz- und „Sportadel“²⁴⁰ seien Standesgeist und Gemeinsinn und das Bewusstsein, dass wahrer Adel nicht auf Rechten, sondern auf Pflichten beruhe, abhanden gekommen; es gäbe, so im Einklang mit den auch im *Deutschen Adelsblatt*, der führenden Adelszeitschrift der Zeit um 1900²⁴¹, zu Wort gekommenen kritischen Stimmen²⁴², untrügliche Zeichen von Dekadenz. Er rief daher die katholischen Edelleute zu einer zeitgemäßen Adaptierung des Adelsbegriffs auf: „Geistes- und Charakteradel“ könne auch Menschen ohne

232 v. ANDRIAN, Oesterreich, 337.

233 v. ANDRIAN, Oesterreich, 393; vgl. PRUTSCH/ZEYRINGER, Leopold von Andrian, 496.

234 COUDENHOVE-KALERGI, Adel, 46.

235 GUSEJNOVA, Adel, 252 f.

236 HEINZ, E. K. Winter, 306.

237 NR 7. 11. 1920 (M. v. HUSSAREK).

238 HOFFMANN, Ständische Ordnung, 161–165.

239 OREL, Ständeordnung, 42; vgl. auch PRUTSCH/ZEYRINGER, Leopold von Andrian, 486.

240 Vgl. STEKL, Österreichs Adel, 108.

241 SEELIG, Die „soziale Aristokratie“, 149.

242 SEELIG, Die „soziale Aristokratie“, 158.

Titel umfassen, sofern es sich um „überragende Persönlichkeit(en)“ handle. Daraus leitete er die Forderung nach Erweiterung der Heiratskreise und nach gemeinsamer Erziehung adliger und nicht-adliger Kinder in öffentlichen Schulen ab.²⁴³ Gleichwohl verteidigte er die Positionen des Adels und reklamierte für ihn Schlüsselstellen in Staat und Gesellschaft.²⁴⁴ Mit seinem Standpunkt demonstrierte der Mitgründer des *Reichsbundes der Österreicher* (Kap. 5.7) die ab ca. 1900 feststellbare Umstellung von geschlossenen auf offene Elitenkreisläufe, die aber keineswegs den vollständigen Bruch mit den alten Eliten bedeutete, sondern Elemente des vorhandenen Adels reinterpretierte.²⁴⁵ Nach 1945 galt dies auch in konservativ-liberalen Kreisen als wünschenswert: Wilhelm Röpke forderte einen „natürlichen“ Adel, in den durch Leistung ein jeder aufsteigen könne, der ein „exemplarisches, entsagungsvolles, am Gemeinwohl orientiertes Leben führe“. Ausdrücklich hob er ein „fleckloses Privatleben“ hervor, dazu den für liberale Wirtschaftstheorie selbstverständlichen Grundsatz *richesse oblige*.²⁴⁶

Eher enttäuschend verläuft die Lektüre der 1929 erschienenen Geschichte der Familie Planck-Planckburg aus der Feder eines ihrer Deszendenten, des im BWR vertretenen Karl²⁴⁷, der sich auf die Aufbereitung von Material und dessen (äußerliche) Einordnung in den (lokal)historischen Kontext beschränkte, auf Überlegungen grundsätzlicher Art jedoch verzichtete. Gleichwohl steht das Werk für den hohen Stellenwert, den Geschichte in der Ausbildung des Adels hatte, Ausdruck des Wunsches, dem eigenen Geschlecht überzeitliche und überindividuelle Geltung bescheinigen zu können.²⁴⁸

Die Mandatare hatten vom Adel ein uneingeschränkt positives Bild. Als Beispiel sei Friedrich Funders Einschätzung des Prinzen Aloys Liechtenstein angeführt²⁴⁹, des Führers der CSP nach dem Tod Karl Luegers und Vorkämpfers der katholischen Soziallehre²⁵⁰, der von manchen Standesgegnossen aus diesem Grund kritisiert wurde.²⁵¹ Den Präsidenten des 1905 gegründeten Piusvereins, Franz Graf Walterskirchen, charakterisierte Funder als einen „Pair aus altösterreichischer Familie [...]. Er war einer der Aktivisten des österreichischen Adels, ein hochgebildeter, schlichter und frei-

243 NR 14. 8. 1921 (A. J. RESSÉGUIER DE MIREMONT), vgl. SEELIG, Die „soziale Aristokratie“, 169.

244 NR 21. 8. 1921 (A. J. RESSÉGUIER DE MIREMONT)

245 MENNING, Adel, 171 f.; SEELIG, Die „soziale Aristokratie“, 159 und 168.

246 HABERMANN, Das Maß, 188.

247 Zu seiner familiären Sozialisation vgl. SLAPNICKA, Oberösterreich, 207 f.

248 MENNING, Adel, 189; STEKL, Der erbländische Adel, 960.

249 FUNDER, Vom Gestern, 466; vgl. auch REISS, Dr. Friedrich Funder, 173 f.

250 BANAUCH, Prinz Aloys von und zu Liechtenstein, passim; LEISCHING, Die römisch-katholische Kirche, 217; SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 8; kritisch STIMMER, Eliten, 747.

251 WALTERSKIRCHEN, Adel, 160.

mütiger Mann, der daheim auf den Feldern selber den Pflug führte, [...] der Familientradition nach ein Konservativer, der den Christlichsozialen ein Freund wurde, mehr als das, seine soziale und natürliche demokratische Haltung waren mehr christlichsozial als die mancher Christlichsozialer.“²⁵² Aus diesen Worten spricht Vogelsang, für den die Begriffe „christlichsozial“ und „konservativ“ von Natur aus ineinander überfließend waren.²⁵³

Karl M. Stepan bescheinigte dem Adel selbstlose, in bestem Sinn christliche Hingabe an „den Dienst an den Armen und mühselig Beladenen“²⁵⁴ – entsprechend Rudolf Henz’ Einschätzung, der Adel sei „in Österreich, auch im feudalen Zeitalter, stets ein Stand und weniger eine Kaste, denn in anderen Ländern“ gewesen.²⁵⁵ Persönlichkeiten wie Vogelsang oder den in dessen Umfeld wirkenden Sozialpolitiker Franz Graf Kuefstein²⁵⁶ sich vor Augen haltend, unterstrich auch Karl Lugschmayer das soziale Verantwortungsgefühl dieses Stands²⁵⁷, der in der Tat für harmonische Durchdringung der Gesellschaft durch beispielhafte Pflichterfüllung im jeweiligen Tätigkeitsbereich plädierte.²⁵⁸ Für Josef Bick ist eine sozialisationsbedingte Nähe zum Adel anzunehmen, stammte er doch aus einer Familie, die über Generationen hinweg im Dienst eines fürstlichen Geschlechts gestanden hatte. Er selbst pflegte als Direktor der Österreichischen Nationalbibliothek in den Sommermonaten eine Art „adliges Landleben“ (O. Brunner) fern von Wien im nordböhmisches Georgswalde.²⁵⁹

Friedrich Funder glaubte die Quellen der in so hohem Maß gesellschaftlich relevanten Eigenschaften des Adels zu kennen: „Dieser Adel war mit der Geschichte des Landes eng verwachsen. Aus seiner Gliederung in einen böhmischen, steirischen, Tiroler, ungarischen usw. Adel sprach noch sein Wachsen mit dem alten Länderföderalismus und mit der Geschichte der Dynastie. [...] es gab kein Feld menschlicher Tätigkeit, der Ehre und des Ruhms, auf dem nicht Leistungen von nie verblassendem Glanz aus diesem Adel vollbracht worden wären. Und was der Mann nicht vermochte, das ergänzte die adlige Frau in der karitativen Fürsorge und praktischen sozialen Arbeit. Träger einer Lebensform traditionsgesättigter Bindungen, hatte dieser Adel die österreichische Kultur mitgeprägt.“²⁶⁰ Umso größer war Funders

252 FUNDER, Vom Gestern, 243 f.

253 BADER, Die geistige Grundlegung, 153; STREITENBERGER, Leitbild, 88.

254 STEPAN, Stückwerk, 166.

255 HENZ, Österreich, 25.

256 Zu ihm vgl. H. LOHMANN, Kuefstein.

257 K. LUGSMAYER, Leos Lösung, 69; K. LUGSMAYER, Grundrisse, 7 und 12.

258 STEKL, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung, 164.

259 PLANER, Jahrbuch, 56.

260 FUNDER, Vom Gestern, 318.

Bedauern, dass „das adlige Element“ in der Republik „für die damalige Rolle bis zum heutigen Tag nicht genügend bedankt“ wurde.²⁶¹

Was blieb, war ein hoher Ehrbegriff: Als Alois Schönburg-Hartenstein 1936 in den Bestechungsskandal rund um die Versicherungsgesellschaft *Phönix*²⁶² verwickelt wurde und daher aus dem SR ausschied, verzichtete er auf ein weiteres politisches Amt, verlangte aber, als seine Unschuld erwiesen war, eine Rechtfertigung durch den Generals-Ehrenrat der Österreichischen Offiziersvereinigung.²⁶³

Andere Autoren hoben Affinitäten zwischen Adel und Bauerntum hervor. Für Oswald Spengler bildete der Adel einen „Urstand“: Er stehe für die erdgebundene, politisch-historische Seite des Lebens und lebe in einer Welt der Tatsachen. Die Sorge für das Gemeinwesen sei ihm die vornehmste Pflicht. Durch die enge Bindung an den Boden und durch die Sorge um Geschlechterfolge und Familie seien wichtige Gemeinsamkeiten mit dem Bauernstand gegeben.²⁶⁴ Leopold von Andrian nannte Bauerntum und Adel die wichtigsten Kulturträger.²⁶⁵

Hans Karl Zeßner-Spitzenberg wies auf die Verknüpfung von Landgutswirtschaft und Familienleben hin²⁶⁶, die angesichts des Verzichts der österreichischen Regierungen auf Enteignungen des Großgrundbesitzes gerade beim hohen Adel in der Tat auch weiterhin der Realität entsprach.²⁶⁷ Eduard von Baar-Baarenfels beschrieb die gemeinsamen Züge von Adel und Bauerntum anhand eines Vergleichs von Charakteren: „Dollfuß, aus einer kleinen Bergbauernfamilie, und Starhemberg, aus einem der vornehmsten und ältesten Geschlechter, aus Dynastenblut stammend, hatten viele Ähnlichkeiten. Man konnte im Verhalten dieser beiden Männer wieder beobachten, dass Bauern und Aristokraten [...] sehr viele Eigenschaften gemeinsam haben, vor allem die Liebe zu ererbtem Boden, Selbstbewusstsein, das die eigene Scholle verleiht, sowie gewisse Führeigenschaften, die die Gewohnheit, in ihrem Wirkungskreis zu befehlen, hervorbringt.“²⁶⁸ Dass insgesamt zwischen Bauern und Großgrundbesitzern mehr Gegensätze als Gemeinsamkeiten bestanden, übersah der Herrschaftsdirektor der Schwarzen-

261 FUNDER, Aufbruch, 41 f.

262 Vgl. ACKERL, Phönix-Skandal, passim; KRIECHBAUMER, Dieses Österreich, 473.

263 HOLUB, Fürst Alois Schönburg-Hartenstein, 157 f.; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 547–549.

264 SPENGLER, Untergang, 973, 983 und 1013 f.; vgl. BOTERMAN, Oswald Spengler, 272.

265 DOROWIN, Retter, 100.

266 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Einführung, 18 f.

267 SCHÖPFER, Umbrüche, 335 f.

268 Anita KÖRP, Aufstieg, 70; zur Bindung beider Stände an die Scholle vgl. WALTERSKIRCHEN, Adel, 145; zur Freundschaft der ungleichen Charaktere vgl. BRITZ, Die Rolle, 33 f.

berg'schen Waldbesitzungen allerdings.²⁶⁹ Obwohl der Adel am längsten dem ständischen Ideal verhaftet blieb²⁷⁰, trat er in der Ersten Republik politisch eher wenig hervor.²⁷¹ Die Mehrheit der Aristokratie zog es nicht in Erwägung, Trägerin der gesellschaftlichen Umgestaltung zu werden, wie es Vogelsang gewünscht hätte.²⁷² Die Eingliederung des Adels in die Parteien war für seine im Stil von Honoratioren agierenden Mitglieder nicht möglich.²⁷³ Gleichwohl wurden im Ständestaat einige Führungspositionen an Mitglieder der Hocharistokratie vergeben.²⁷⁴ Der Führerrat der VF bestand zu fast einem Drittel aus Adligen.²⁷⁵ Dass diese auch in den Regierungen stärker vertreten waren als die Bauern²⁷⁶, könnte damit zusammenhängen, dass der Adel, was Vogelsang²⁷⁷ und August M. Knoll²⁷⁸ in Erinnerung riefen, in früheren Zeiten der legitime Organisator und politische Vertreter des Bauernstands war. In den Kabinetten von Engelbert Dollfuß waren 14 Prozent Angehörige des alten Adels, in den Kabinetten Kurt Schuschniggs 16 Prozent.²⁷⁹ In den vorberatenden Organen war die neue Aristokratisierung weniger spürbar.²⁸⁰ Ehrenämter wie die von Alois Schönburg-Hartenstein innegehabte Präsidentschaft der *Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz*²⁸¹ entsprachen adligem Ethos in besonderem Maß.

6.5 Bauerntum als Ideal

Wesensmerkmale

In den dreißiger Jahren genoss das Land höhere Wertschätzung als die Stadt.²⁸² Der Ständestaat verherrlichte die bäuerliche Lebenswelt gera-

269 HANISCH, Die Politik, 54 f.

270 KRÜGER, Demokratisches und ständisches Denken, 330.

271 WALTERSKIRCHEN, Adel, 86.

272 IBER, Vom Syllabus, 14; STREITENBERGER, Leitbild, 89 f.; SENFT, Im Vorfeld, 57.

273 STEKL, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung, 161.

274 WALTERSKIRCHEN, Adel, 91.

275 G. WAGNER, Hochschülerschaft, 197.

276 HANISCH, Die Politik, 81.

277 ALLMAYER-BECK, Vogelsang, 138.

278 KNOLL, Das Ringen, 10.

279 v. PRERADOVICH, Führungsschichten, 187; ähnliche Grundaussage bei STIMMER, Eliten, 825.

280 STEKL, Österreichs Adel, 118 f.

281 HOLUB, Fürst Alois Schönburg-Hartenstein, 27–29; KRIECHBAUMER, Dieses Österreich, 473; WILTSCHEGG, Heimwehr, 361.

282 HANISCH, 1934, 18; UNTERRAINER, Wirtschaftspolitik, 64.

dezu²⁸³: Sie sei ein Lebensraum beharrender Kräfte²⁸⁴, in dem sich ständische Merkmale leichter orten ließen als in anderen Bereichen.²⁸⁵ Otto von Habsburg bezeichnete die hohe Wertschätzung des Bauerntums als „Vorbedingung“ für die Entstehung der Idee eines Ständestaates in den dreißiger Jahren.²⁸⁶ 1936 erschien in der MSchKP der Aufsatz *Der österreichische Bauer in der Geschichte* des Wiener Wirtschaftshistorikers Alfons Dopsch.²⁸⁷

Dass Engelbert Dollfuß in der Welt der Bauern sozialisiert und mit der „Bauerndemokratie“ sehr vertraut war, ist ein schon seit langem betontes Faktum.²⁸⁸ Dasselbe galt für einige Mandatäre mit bäuerlichen Wurzeln.²⁸⁹ Bei Florian Födermayr²⁹⁰, einem „typischen Bauernpolitiker“ (E. Hanisch)²⁹¹, zeigte sich das bäuerliche Standesbewusstsein schon im Stolz, mit dem er auf seine Herkunft aus einem „erbeingesessenen“ Geschlecht hinwies.²⁹² Dabei war er in seiner Familie gar nicht der erbende Sohn gewesen, sondern hatte sich selbst einen Hof erwerben müssen.²⁹³ Überzeugt von der Verantwortung des Einzelnen gegenüber Vorfahren und Nachkommen, die einen größeren Zusammenhang herstelle, als er für den traditionslosen Individualisten durch die relativ kurze Dauer des menschlichen Lebens möglich sei²⁹⁴, setzte er mit seinen *Lebenserinnerungen* einen Akt der Selbstidentifikation, der nicht nur der eigenen Person, sondern dem Stand galt: Sonst hätte er nicht sein Bedauern darüber ausgesprochen, dass kein einziger von mehreren bäuerlichen Abgeordneten, die nach dem Ersten Weltkrieg dem Parlament angehörten, Aufzeichnungen über sein Wirken hinterlassen habe. Seine politische Tätigkeit verstand er als „Standesvertretung“.²⁹⁵

283 Zurückzuweisen ist der Ansatz, die Idealisierung von Bauerntum und Kleingewerbe als Indikator für eine als ‚typisch faschistisch‘ einzustufende Politik zu bezeichnen; SONNLEITNER, Widerstand, 31.

284 KLOTZ, Sturm, 9 und 12 f.

285 R. SCHMITZ, Die berufsständische Neuordnung, 13; R. SCHMITZ, Der Weg, 37, vgl. SELIGER, Scheinparlamentarismus, 58.

286 Zit. nach WALTERSKIRCHEN, Dollfuß, 44.

287 MSchKP 1, 31–41 (A. DOPSCH).

288 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 145–149; vgl. HANISCH, Dilemma, 107; v. HILDEBRAND, Engelbert Dollfuß, 23; JAGSCHITZ, Dollfuß, 192–196; KLOTZ, Sturm, 58 f.; KLUGE, Dollfuß, 131–136; MILLER, Engelbert Dollfuß, 18.

289 Genauere Forschungen liegen zu Buchinger, Figl, Födermayr und Reither vor; LEBENSAFT/MENTSCHL, Feudalherren, 27–31, 45–47, 50–52 und 105–108.

290 Zu seiner Laufbahn vgl. KRIECHBAUMER, Dieses Österreich, 152.

291 Zu ihm HANISCH, Die Politik, 72–74.

292 FÖDERMAYR, Vom Pflug, 54.

293 LEBENSAFT/MENTSCHL, Feudalherren, 159; SLAPNICKA, Oberösterreich, 83.

294 ALLMAYER-BECK, Konservatismus, 39.

295 FÖDERMAYR, Vom Pflug, 4 f.

Von Ulrich Ilg, dessen politische Karriere im Vorarlberger Bauernbund begonnen hatte²⁹⁶, liegt eine späte Äußerung vor, aus der gesundes Selbstbewusstsein des Standesvertreters spricht: „Meine Eltern waren mit Leib und Seele Bauersleute.“²⁹⁷ Er war der Meinung, auf dem Land gäbe es mehr glückliche Familien und zufriedene Menschen als in der Stadt.²⁹⁸ Johann Blöchl erklärte noch Jahrzehnte nach dem Ende seiner politischen Aktivität, die Zeit von der Übernahme des väterlichen Hofes (1919) bis zum Eintritt in die Politik (1930) sei die schönste seines Lebens gewesen.²⁹⁹ Von Josef Reither, dem wichtigsten Agrarpolitiker des Ständestaates, einem machtbewussten „Bauernfürsten“ (E. Hanisch)³⁰⁰, erzählte man, er sei in einer Ackerfurche entbunden worden.³⁰¹ Leopold Figls Sozialisation war ebenfalls in katholisch-bäuerlichem Milieu erfolgt.³⁰²

Ignaz Seipel – auch seine familiären Wurzeln lagen am Land³⁰³ – verband mit den Bauern „eine uralt eingewurzelte Demokratie“; daher besäßen sie ein größeres Recht als andere, sich um öffentliche Angelegenheiten zu kümmern.³⁰⁴ Deutlicher als zuvor nahmen die organisierten Bauern in den 1920er-Jahren denn auch das Vertretungsrecht gesamtgesellschaftlicher Interessen in Anspruch.³⁰⁵ Dollfuß erhob zwar den Anspruch, stets die gesamte Wirtschaft im Blick zu haben³⁰⁶, glaubte aber, dass die Landwirtschaft innerhalb der Volkswirtschaft eine Sonderstellung einnehme³⁰⁷ – eine Ansicht, der die rezente Forschung das Scheitern seiner Wirtschaftspolitik zuschreibt.³⁰⁸ Josef Eberle bescheinigte den Bauern „mehr Kultur, mehr sichere Instinkte, mehr reiferes Urteil“ als den Städtern.³⁰⁹ Kurt Schuschnigg sprach ihnen anlässlich der berufsständischen Wahlen im Oktober 1934 seine persönliche Verbundenheit aus.³¹⁰

296 KESSLER, Ulrich Ilg, 73.

297 ILG, Lebenserinnerungen, 8.

298 ILG, Uns alle, 45.

299 BLÖCHL, Lebenserinnerungen, 71.

300 HANISCH, Die Politik, 46, 49 und 56; vgl. auch G. HARTMANN, Eliten, 234; LEBENSAFT/MENTSCHL, Feudalherren, 105–108; KLUGE, Dollfuß, 129; KLUGE, Bauern, 369; MILLER, Engelbert Dollfuß, 65; WALTERSKIRCHEN, Dollfuß, 84.

301 HANISCH, Die Politik, 72; vgl. auch BRUCKMÜLLER, Bauern, 120.

302 KRIECHBAUMER, Leopold Figl, 125 f.

303 K. v. KLEMPERER, Ignaz Seipel, 94.

304 Zit. nach RENNHOFFER, Ignaz Seipel, 547.

305 KLUGE, Dollfuß, 130.

306 KLUGE, Bauern, 411.

307 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 150; vgl. BURKERT-DOTTOLO, Das Land, 101.

308 JAGSCHITZ, Dollfuß, 213 f.

309 HOFER, Joseph Eberle, 27.

310 K. SCHUSCHNIGG, Österreichs Erneuerung, 112.

Für Georg Baumgartner war das Bauerntum nicht nur der produzierende Stand³¹¹, sondern auch jener, dessen Erhaltung „den Fortbestand der Quellgründe eines ganzen Volkstums“ bedeute³¹², für Richard Schmitz zudem „der Hüter gesunder Tradition, ein Hort der Religion und eine zuverlässige Stütze für die staatliche Ordnung“.³¹³ Gleich Eduard von Baar-Baarenfels schätzte er den hohen Wert von Sitte und Brauch sowie des Glaubens³¹⁴, ein Aspekt, den auch Dollfuß unterstrich.³¹⁵ Friedrich Funder lobte am Bauern „Festigkeit, Ruhe und den klaren Blick für die Ordnung in den Dingen“.³¹⁶

August M. Knoll sah im Bauernstand ein Gefühl weiterleben, das früher alle Stände gehabt hätten, nämlich nicht nur um seiner selbst willen, sondern für alle da zu sein.³¹⁷ Leopold Figl hielt ihm zugute, sich nie abgekapselt, sondern stets mit allen Ständen zusammengearbeitet zu haben.³¹⁸ Für Leopold Teufelsbauer ermögliche der Bauernstand „das Bestehen der anderen Stände“; der sichtbare Erfolg ihrer Arbeit lasse die Bauern „Standesfreude“ empfinden.³¹⁹ Erich Stoekl wünschte, „dass in unsern Tagen der Bauer wieder zu Ehren kommt, dass das Verständnis im Volk wächst für die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Kopf und Hand in Stadt und Land, das Bewusstsein der Abhängigkeit voneinander“.³²⁰

Die eben beschriebenen Eigenschaften des Bauernstands verdichten sich in Oskar Bendas Theorie von der Sublimationsfähigkeit bäuerlichen Stils³²¹, nach Othmar Spann „Überhöhungsfähigkeit“.³²² Im StL ließ Letzterer Autoren zu Wort kommen, die diesen Aspekt vertieften.³²³ Er selbst erläuterte sein Bild des Bauerntums in einem mit *Die ständische Ordnung der Landwirtschaft* überschriebenen Kapitel.³²⁴ 1936 unterbreitete Gertrud Spinnhirm Vorschläge für die praktische Umsetzung dieser Gedanken.³²⁵

311 So auch HENZ, Fügung, 127.

312 BAUMGARTNER, Arbeit und Erwerb, 59; ähnlich Leopold Figl (FIGL, Reden, 98; FIGL, Ansichten, 240) und Dollfuß (MILLER, Engelbert Dollfuß, 18).

313 R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 46.

314 ANITA KÖRPER, Aufstieg, 67; R. SCHMITZ, Der Weg, 35, 38.

315 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 153.

316 FUNDER, Aufbruch, 28.

317 KNOLL, Das Ringen, 10.

318 FIGL, Ansichten, 21, 66, 148 und 239; Lois Weinberger hielt dies besonders Jodok Fink zugute; WEINBERGER, Tatsachen, 38.

319 CS 17. 6. 1934 (L. TEUFELSBAUER); TEUFELSBAUER, Landfrauenarbeit, 1.

320 STOECKL, Predigten, 16 f.; Rudolf Buchinger nannte praktische Aspekte; BUCHINGER, Das Wirken, 27; zur Figur des nicht profitorientierten Bauern vgl. SENFT, Im Vorfeld, 71.

321 BENDA, Die österreichische Kulturidee, 58 f.

322 H. WALTER, Ständewesen, 114.

323 StL 1934, 87–92 (H. RIEHL).

324 SPANN, Der wahre Staat, 267–270.

325 SPINNHIRM, Agrarpolitik, 21–24; vor allem dort, wo sie die Beziehungen der Bauern zu ande-

Für Leopold Figl und Julius Raab war die Verwurzelung des Bauern im Boden ein hoher Wert.³²⁶ Franz Kolb lobte das Erbbaurecht des Tiroler Bauern (er sprach von einem „höheren Verhältnis zum Besitz“), aus dem sich „eine Art Berufsethos“ ergebe, während Pachtverhältnisse „dem kurzfristigen egoistischen Interesse“ Raum böten.³²⁷ Karl Lugschmayer betrachtete Grundeigentum als Garanten für Frieden und Ordnung.³²⁸ Gleich Jakob Stoiber³²⁹ befürwortete er den geschlossenen Hof nach Tiroler Muster.³³⁰

Wichtig in Hinblick auf die Abgrenzung vom Nationalsozialismus ist Guido Zernatto's Standpunkt, die Erde vermittele stärkere Kräfte, als es die bloß rassenmäßige Zusammensetzung des Menschen sei; der Mensch müsse nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch im Raum geordnet werden. Der Staat des Nationalsozialismus kenne keinen Raum, sein Patriotismus sei Anhänglichkeit an die Doktrin. Demgegenüber habe der Patriotismus des Österreicher in der Liebe zum Land seinen Ausgangspunkt. Der bäuerliche Mensch richte sich nach der Lage seines Besitzes, die ihn präge.³³¹

Aus demselben Grund bezeichnete Clemens Holzmeister die „Bebauung der Scholle“ als einen die Menschheit von Anbeginn beherrschenden Trieb³³² und das Bauernhaus als den „Inbegriff des Bodenständigen“: Hier sei nie ein Architekt am Werk gewesen, gleichwohl hätten von hier die großen Stile ihren Ausgang genommen.³³³ Richard Schmitz sprach vom Eigenheim „auf eigener Scholle“, das Tröster und Retter in der Not sei und das Erdendasein des Menschen überdauere.³³⁴ Hermann Struber forderte von der Politik eigentumsfördernde Maßnahmen; es sei eine wirkungsvolle Maßnahme gegen die Arbeitslosigkeit, „Erwerbs- und Ergänzungssiedlungen“ zu schaffen.³³⁵

Zur Art, derlei Forderungen politisch umzusetzen, äußerte sich Gertrud Spinnhörn: Es gelte gesetzlich zu verhindern, dass „lebensunfähiger Zwergbesitz“, aber auch „den Interessen des Volkes widersprechender Latifundienbesitz“ entstehe.³³⁶ Spinnhörn machte sich auch zur Anwältin des klassi-

ren Ständen thematisierte, erinnert ihre Diktion allerdings an nationalsozialistische Muster; EBD. 9 f.; ähnlich RINTELEN, *Erinnerungen*, 50–53; SEYSS-INQUART, *Vier Jahre*, 172.

326 FIGL, *Reden*, 98; NINFÜHR, Julius Raab, 65.

327 KOLB, *Bestandsverträge*, 157.

328 K. LUGSCHMAYER, *Grundrisse*, 31; STREITENBERGER, *Leitbild*, 22.

329 STOIBER, *Agrarrecht*, 47.

330 K. LUGSCHMAYER, *Grundrisse*, 89.

331 ZERNATTO, *Die Wahrheit*, 16–19; vgl. ZIMMER, Guido Zernatto, 105.

332 KNOFLER, Clemens Holzmeister, 1265.

333 KNOFLER, Clemens Holzmeister, 1276; LASINGER, „die pause“, 106 f.

334 VALLAZZA, „Wir bauen auf“, 310–312.

335 STRUBER, *Österreichs Wiederaufbau*, 51–56.

336 SPINNHÖRN, *Agrarpolitik*, 25 f.

schen Anerbenrechts³³⁷; nur wenn ein Gut genügend groß sei, könne eine Teilung stattfinden. Für den Fall von „Misswirtschaft“ sah sie das Eingreifen der ständischen Kontrollbehörde vor.³³⁸

Demselben Grundanliegen verpflichtet, doch ohne den totalitär anmutenden Ansatz der Spann-Schülerin griff Leopold Teufelsbauer das Thema auf. Zwar scheute er sich nicht festzustellen, der – im Übrigen namengebende – Hof sei wichtiger als der Bewohner, aber am Reichserbhofgesetz von 1933 bemängelte er, dass es weichende Erben und Töchter benachteilige. Uneingeschränktes Lob spendete er den Höfegesetzen der Länder Tirol und Kärnten von 1900 bzw. 1906, in denen die Unteilbarkeit festgeschrieben war; für Geschwister forderte er ein „Heimgangsrecht“.³³⁹ Der Dechant sah im Bauern das Verbindungsglied zwischen Vergangenheit und Zukunft – so wie die bäuerliche Arbeit nur Ruhepausen, aber kein Aufhören kenne, daher „ewig“ sei.³⁴⁰ Karl Lugschmayer sprach vom Bauernhof, der über den Geschlechtern stehe.³⁴¹ Guido Zernatto wies darauf hin, dass es kaum irgendwo einen Arbeiter der dritten Generation gebe, während in bäuerlichen Geschlechtern lange Generationenfolgen rekonstruierbar seien.³⁴² Ludwig Strobl erklärte 1934, der österreichische Bauer sehe „nicht in seinem Hof ein Unternehmen, dessen Erträge die Bedürfnisse der Besitzerfamilien zu decken haben, sondern der Bauer und seine Familie dienen dem Hof“.³⁴³ Philipp Bugelnig verankerte diesen Gedanken im Kontext des organisierten Weltbildes, wobei allerdings Darwin mitschwang.³⁴⁴

Im Spann-Kreis wurde außer der Landwirtschaft im Allgemeinen der Forstwirtschaft im Besonderen hohe gesellschaftspolitische Relevanz bescheinigt, nicht zuletzt deshalb, weil sie ein Denken in ungewöhnlich langen Zeiträumen erfordere: Die Ernte erfolge meist erst in der dritten oder vierten Generation. Wegen der hohen ökologischen Bedeutung des Waldes verlange sie einen hohen „sittlichen Geist“ und lasse jegliches Vorteilsstreben des Einzelnen nicht zu.³⁴⁵

So romantisch die eben referierten Vorstellungen klingen: Der konservativ-liberale Ökonom Wilhelm Röpke ließ sie vorbehaltlos gelten³⁴⁶, ja neigte

337 SPINNHORN, Agrarpolitik, 70 f.

338 SPINNHORN, Agrarpolitik, 27–29.

339 CS 17. 6. 1934 (L. TEUFELSHAUER).

340 TEUFELSHAUER, Landfrauenarbeit, 1.

341 K. LUGSCHMAYER, Leos Lösung, 48.

342 ZERNATTO, Die Wahrheit, 17.

343 Zit. nach KLUGE, Dollfuß, 129.

344 BUGELNIG, Der Ständestaat, 18.

345 StL 1935, 122–138 (L. VORREITER).

346 HABERMANN, Das Maß, 42.

zu einer Idealisierung der bäuerlichen Welt³⁴⁷, in der er eine jener von ihm gewünschten dem Markt vorgelagerten Kräfte jenseits von Angebot und Nachfrage sah, wo geistig-moralische Werte, religiöse und kirchliche Bindungen sowie eine gute allgemeine Sozialstruktur gegeben seien.³⁴⁸

*Das Ganze Haus und die alteuropäische Ökonomik*³⁴⁹

Eine wichtige Größe in der Gesellschaftsstruktur der adeligen und der bäuerlichen Welt war bis weit ins 19. Jahrhundert das klassische „Ganze Haus“³⁵⁰, jene als *Oikos* bereits von Aristoteles beschriebene³⁵¹ Wohn- und Lebensgemeinschaft von Blutsverwandten und Dienstboten, in der lange Zeit nur der Vater politische Rechte besaß³⁵², nach konservativer Auffassung³⁵³ die grundlegende Einheit der Gesellschaft und die Vorstufe des Staates.³⁵⁴

Das Denken der Mandatare, die sich dazu äußerten, war, in Analogie zu dem Othmar Spann³⁵⁵, von Bildern der Harmonie geprägt. Detailliert beschrieb etwa Johann Blöchl die „Arbeitsverfassung“ auf seinem Heimathof, wo zehn Dienstboten beschäftigt gewesen seien, deren „Rangordnung“ er auch Jahrzehnte später noch genau anzugeben wusste³⁵⁶; dem sozialen Empfinden seiner Mutter sei es zu verdanken, dass in ihrem Haus die Mägde in der Regel jahrelang geblieben seien.³⁵⁷ Ähnliche Erinnerungen hatte Florian Födermayr.³⁵⁸ Jakob Stoiber traf derlei Feststellungen noch für die späten vierziger Jahre.³⁵⁹ Engelbert Dollfuß lobte die „stille(n) und opferbereite(n) Pflichterfüllung“ der Bäuerin.³⁶⁰ Nicht anders beschrieb Friedrich Funder

347 MOOSER, Liberalismus, 138.

348 MOOSER, Liberalismus, 143.

349 Dieser Titel lehnt sich an eine zum Klassiker gewordene Arbeit Otto Brunners an (Anm. 351).

350 MENNING, Adel, 177.

351 BRUNNER, Das „ganze Haus“; REMBOLD, Das Bild, 59.

352 FIGL, Ansichten, 149; R. SCHMITZ, Der Weg, 38; vgl. HANISCH, Konservatives und revolutionäres Denken, 177; KRIECHBAUMER, Front, 19; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 46 f. und 590–592; STEINER, Wahre Demokratie?, 169.

353 Sehr bekannt: Wilhelm Heinrich Riehl; STRELOW, Wilhelm Heinrich von Riehl, 204 f.

354 KONDYLIS, Konservatismus, 264; vgl. auch HABERMANN, Das Maß, 24.

355 RESELE, Ständestaatskonzeption, 57.

356 BLÖCHL, Lebenserinnerungen, 16 f. und 63.

357 BLÖCHL, Lebenserinnerungen, 77.

358 FÖDERMAYR, Vom Pflug, 57 und 60; vgl. RINTELEN, Erinnerungen, 49.

359 STOIBER, Agrarrecht, 264; seine Wahrnehmung wird durch die rezente sozialgeschichtliche Forschung bestätigt; BRUCKMÜLLER, Bauern, 118.

360 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 153.

die Gemahlin des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand.³⁶¹ Das harmonische Zusammenleben aller Hausgenossen, von dem hier die Rede ist, ist die exakte Umsetzung der von Anton Thir in seinen Predigten begründeten, auf biblische Beispiele sich stützenden Mahnungen.³⁶² Da die Dienstboten, so in Anlehnung an Franz Martin Schindler³⁶³ und andere katholische Moraltheologen³⁶⁴, ebenfalls dem vierten Gebot unterlägen³⁶⁵, habe der Vorgesetzte ihnen gegenüber außer Rechten vor allem Pflichten.³⁶⁶

Für Hans Karl Zeßner-Spitzenberg war die Integration der Arbeitskräfte in die Hausgemeinschaft ebenfalls nicht nur wirtschaftlicher, sondern „arbeitsethischer“ Natur: Den Arbeitnehmer verpflichte sie zu größerer Dienstbereitschaft und zur Unterordnung unter eine Art Herrschaftsbefugnis; dem „Arbeitvergeber“ kämen dadurch mehr Pflichten zu.³⁶⁷ Es sei ein Fehler, wenn Landwirte „unter dem Zwang der Vorstellung, alle Maßnahmen einzig und allein unter dem Mikroskop der Kalkulation betrachten zu müssen, auch ihre Arbeiterfragen einseitig rein kontomäßig lösen“. ³⁶⁸ Dies wirke sich mittelfristig auch wirtschaftlich negativ aus.³⁶⁹ Franz Kolb würdigte als Aspekt einer „moralischen Ökonomie“ (E. Hanisch³⁷⁰) die vielen Bauernfeiertage, die in Tirol bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts eingehalten wurden.³⁷¹ Dieses Thema macht strukturelle Parallelen des ständestaatlichen Wirtschaftskonzepts zu dem der Barockzeit sichtbar, die ebenfalls einen Primat wirtschaftlicher Überlegungen vor politischen und kulturellen nicht zuließ und hohe ökologische und wirtschaftsethische Standards besaß.³⁷²

Untrennbar mit dem Modell des Ganzen Hauses verbunden war das Prinzip der Autarkie, die von Otto Brunner von der modernen Ökonomie unterschiedene Ökonomik. In Anlehnung an Vogelsang³⁷³ waren statt „Ökonomik“ auch die Begriffe „Bedarfwirtschaft“ oder „Privatwirtschaft“ üblich; das Gegenstück bildete die sogenannte „Gewinnwirtschaft“. Hermann Stipek³⁷⁴ und August M. Knoll bescheinigten Kaiser Franz II./I., für die Bedarfwirt-

361 FUNDER, Vom Gestern, 381.

362 2 Kor 12, 14; Apg 8, 26–40, Act 12, 13 ff.; THIR, Frauengestalten 1, 50.

363 SCHINDLER, Lehrbuch III, 759 und 780–784.

364 KUSTATSCHER, Haus und Familie, 155–158.

365 THIR, Frauengestalten 1, 60; THIR, Frauengestalten 2, 80 f.

366 THIR, Frauengestalten 2, 147–150.

367 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Einführung, 106.

368 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Einführung, 1 f. und 19 f.

369 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Einführung, 47.

370 HANISCH, Der lange Schatten, 97 f.; HANISCH, Die Politik, 25.

371 KOLB, Das Tiroler Volk, 22.

372 HERSCHE, Gelassenheit, 40–42 und 46 f.

373 STREITENBERGER, Leitbild, 91.

374 STIPEK, Das Werden, 8.

schaft eingetreten zu sein: Letzterer glaubte mit dessen Tod, endgültig 1848, das Ende dieser Form bestimmen zu können.³⁷⁵ Max Scheler würdigte die Bedarfswirtschaft als Ausdrucksform der für ihn richtigen Auffassung von Arbeit, nämlich als Mittel, nicht als Zweck: Andernfalls würde die Rangordnung der personalen Werte pervertiert.³⁷⁶ Philipp Bugelnig schrieb ihre Zerstörung dem Liberalismus zu.³⁷⁷ Im StL ließ Othmar Spann einschlägige Beiträge erscheinen³⁷⁸ und förderte die kritische Auseinandersetzung mit der neuesten Fachliteratur.³⁷⁹

Ausführlich widmete sich Anton Orel der Bedarfswirtschaft. In seinem Denken stand Arbeit als Voraussetzung eines standesgemäßen Lebensunterhalts an zentraler Stelle, während er jedes Streben nach Gewinn ablehnte. Gemäß der katholischen Soziallehre³⁸⁰ forderte er aber nicht die Beschränkung auf das Existenzminimum, sondern ließ auch die Bildung von Rücklagen für Kindererziehung oder Altersvorsorge zu.³⁸¹ Arbeitsloses Einkommen hatte in seinen Augen keine Berechtigung; besonders hart ins Gericht ging er mit den Aktiengesellschaften.³⁸²

Dasselbe tat Friedrich von Weichs in seinen Ausführungen zum Darlehenszins: Bis zu einem bestimmten Grad brauche es diesen, denn in einer geordneten Wirtschaft habe das Geld „dieselbe Funktion wie das Blut im Organismus“. Es solle ständig zirkulieren und in allen Teilen befruchtend wirken; stau es sich an einer bestimmten Stelle, dann sei anderswo Mangel. Dass an der Börse alles zum Handelsobjekt gemacht werde, sei zu verurteilen: Aktien entzögen das Geld seiner natürlichen Bestimmung³⁸³, und „an die Stelle der freien Marktwirtschaft trat die Vermachtung der Wirtschaft“.³⁸⁴ Die Kritik von Anton Klotz galt der Zinspolitik der Banken, die Spekulation fördere, eine besonders schädliche Auswirkung des Kapitalismus. Mitunter gebe es allerdings Gründe, die das Zinsnehmen rechtfertigten.³⁸⁵ Im StL wurde der Kredit befürwortet, sofern er nicht nach privatwirtschaftlicher

375 KNOLL, *Das Ringen*, 7; KNOLL, *Katholizismus*, 8; KNOLL, *Der soziale Gedanke*, 46 f.

376 BÖHR, *Der Mensch*, 209–216.

377 BUGELNIG, *Der Ständestaat*, 73; vgl. BURZ, Philipp Bugelnig, 161; im konservativen Liberalismus nach 1945 erfolgte eine teilweise Renaissance des Ideals der Autarkie; HABERMANN, *Das Maß*, 16 f., 32.

378 StL 1933, 147 f. (E. LAGLER).

379 StL 1933, 172–179 (S. M. RADDA).

380 HÄTICH, *Wirtschaftsordnung*, 18.

381 OREL, *Ständeordnung*, 17–26.

382 OREL, *Ständeordnung*, 37–41; vgl. NEGER, *Verfassung*, 20 f.

383 v. WEICHS, *Der Weg*, 45–49.

384 v. WEICHS, *Der Weg*, 51.

385 KLOTZ, *Probleme* 2, 267–275.

Rentabilität vergeben werde, sondern die Wirtschaft insgesamt befruchte.³⁸⁶ Deutliche Worte für die Härten der Gewinnwirtschaft fanden Johann Staud („das wirtschaftliche Faustrecht“³⁸⁷) und Johann Kleinhappl SJ (die Folge werde Klassenkampf sein³⁸⁸). Die Wirtschaft, so Richard Kerschagl³⁸⁹, dürfe für die Gesellschaft lediglich Mittel sein, das Ziel müsse auf einer höheren Ebene liegen³⁹⁰. Hermann Struber gab unter Berufung auf QA zu bedenken, die Krise könne nur durch christliche Gerechtigkeit überwunden werden. Oberstes Prinzip einer Neuordnung müsse es sein, dass „die Menschen und ihr Gemeinwohl [...] wieder in den Mittelpunkt der Wirtschaft gerückt werden“.³⁹¹ Franz Waschnig trat ebenfalls für die Bedarfswirtschaft ein.³⁹²

Karl Lugmayers Abhandlung *Der Gewinnwirtschaft Werden* und andere Studien, in denen er Bedarfs- und Gewinnwirtschaft einer vergleichenden Analyse unterzog³⁹³, fanden große Beachtung; sie sollen die für die Konzipierung von QA maßgeblichen Stellen beeinflusst haben.³⁹⁴ Angelpunkt war die Forderung nach einer dem „Sittengesetz“ unterworfenen Wirtschaft; die Gewinnwirtschaft beruhe auf der Zerstörung desselben.³⁹⁵ Da kein Gewinn ohne Verlust, den ein anderer erleide, zu erzielen sei, sei jedes Gewinnstreben „gesellschaftswidrig“.³⁹⁶ Ursprünglich von Kaufleuten an den Tag gelegt, habe diese Haltung seit dem 16. Jahrhundert auf alle Schichten übergegriffen.³⁹⁷ Sie sei umso bedenklicher, als sie „Entfaltung des Trieblebens“ sei: „Das stimmt nicht zum menschlichen Wesen. Menschliches Wesen ist Bindung.“³⁹⁸ Die Grundsätze der Gerechtigkeit und der Liebe, die „in Haus und Sakristei“ gälten, sollten auch in der Politik zur Anwendung kommen.³⁹⁹

Einen Mittelweg zeichnete Friedrich von Weichs: Selbst eine Produktion, die nur dem Bedarf diene, sei ohne Kapital nicht mehr möglich, dieses lasse sich also von der Arbeit nicht trennen. Spekulation mit Kapital dürfe aber

386 StL 1934, 65–75 (R. Störck).

387 Staud, Berufsauffassung, 4.

388 CS 23. 12. 1934 (J. Kleinhappl SJ).

389 B. Dachs, Richard Kerschagl, 3.

390 K. Lugmayer, Linzer Programm, 46; K. Lugmayer, Grundrisse, 178.

391 Struber, Österreichs Wiederaufbau, 20.

392 Waschnig, Wirtschaftsreform, 30.

393 K. Lugmayer, Grundrisse, 166.

394 Novotny, Der berufsständische Gedanke, 212.

395 K. Lugmayer, Grundrisse, 227; K. Lugmayer, Linzer Programm, 40.

396 K. Lugmayer, Grundrisse, 216; vgl. Streitemberger, Leitbild, 21.

397 Hermann Stipek, der in den Grundaussagen Lugmayer folgte, führte diese „Entartung der Wirtschaft“ in der Neuzeit darauf zurück, dass die Individualität in den Vordergrund gerückt sei; Stipek, Das Werden, 4 f.

398 K. Lugmayer, Leos Lösung, 39 f.

399 K. Lugmayer, Grundrisse, 5.

nicht stattfinden. Solange sich Kapitalwirtschaft an das Sittengesetz gebunden fühle, könne sie nicht grundsätzlich mit Kapitalismus gleichgesetzt werden. Dieses Wort verwendete er für die „ungeordnete, verderbte Kapitalwirtschaft“. ⁴⁰⁰ Ein geordneter Kapitalismus sei mit der berufsständischen Ordnung vereinbar, weil der Mensch im Mittelpunkt stehe. ⁴⁰¹ Wegen der weitgehenden Einheit von Kapital und Arbeit setzte Hermann Stipek viele Hoffnungen in das Handwerk. ⁴⁰²

In weiterem Sinn in die Autarkiehematik fiel das Konzept der Bedarfsdeckung aus inländischer Produktion. Gertrud Spinnhahn sprach sich gegen „Freihandel“ aus. Sie wusste aber, dass eine völlige Aussetzung des Außenhandels nicht möglich war, und hieß ihn daher gut, sofern er sich auf das unbedingt Nötige beschränke. ⁴⁰³ Friedrich von Weichs akzeptierte Autarkie allenfalls als Übergangslösung; in seinem ständestaatlichen Entwurf sah er auch Außenhandel vor ⁴⁰⁴, sofern von freihändlerischen Methoden Abstand genommen werde. ⁴⁰⁵ Auch Hermann Strubers Ideal wäre der Verzicht auf jegliche Einfuhr und Ausfuhr gewesen, aber er beugte sich den Erfordernissen der Zeit. ⁴⁰⁶ Er hatte erkannt, dass völlige Autarkie nicht mehr möglich war, weil sie den Verzicht auf inzwischen selbstverständlich gewordene Kulturgüter bedeutet hätte. Ausdrücklich berief er sich auf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergis Paneuropa-Konzept. ⁴⁰⁷ Die Pläne des französischen Ministerpräsidenten Aristide Briand zu einer *Europäischen Föderalen Union* ⁴⁰⁸ wurden in Österreich hingegen abgelehnt, weil sie nicht zu einer organischen Gliederung führen, sondern nur organisatorisch eine Friedensorganisation herbeiführen würden. ⁴⁰⁹ Mit Blick auf die Nachfolgestaaten der Monarchie waren sie in den frühen dreißiger Jahren auch kaum realistisch. ⁴¹⁰ Josef Reither erklärte 1935 in einer Propagandaschrift vollmundig, Österreich sei dem Ideal der Autarkie schon sehr nahe. ⁴¹¹

Obwohl Überzeugungen der eben beschriebenen Art durchaus verbreitet gewesen zu sein scheinen – auch Mussolini bezeichnete 1936 im Licht der

400 v. WEICHs, *Der Weg*, 35–41.

401 v. WEICHs, *Der Weg*, 53.

402 STIPEK, *Das Werden*, 12 f.

403 SPINNHIRN, *Agrarpolitik*, 33–35.

404 v. WEICHs, *Der Weg*, 32 f.

405 v. WEICHs, *Der Weg*, 54.

406 STRUBER, *Österreichs Wiederaufbau*, 23.

407 STRUBER, *Österreichs Wiederaufbau*, 47 f.

408 MATIS, *Wirtschaftliche Mitteleuropa-Konzeptionen*, 233 f.

409 BUSSHOFF, *Dollfuß-Regime*, 48.

410 MATIS, *Wirtschaftliche Mitteleuropa-Konzeptionen*, 230.

411 UNTERRAINER, *Wirtschaftspolitik*, 65.

internationalen Sanktionen gegen Italien Autarkie als Ziel der italienischen Wirtschaft⁴¹² –, saßen im österreichischen Parlament viele Abgeordnete mit nüchternem Sinn für die Realität, etwa jene, die im November 1932 die Agrarpolitik der Regierung ablehnten, weil sie den in Deutschland aufgekommenen Autarkiegedanken zu rezipieren sich anschicke. Sie beriefen sich auf Wilhelm Röpke, „bekanntlich ein bürgerlicher Gelehrter“, der die nationalsozialistische Propaganda für die Autarkie als sprachliche und geistige Zuchtlosigkeit bezeichnet habe, weil sie den Wirtschaftsprozess schrumpfen lasse.⁴¹³

Diesen Standpunkt vertiefte Wilhelm Taucher: Obwohl auch er nicht ohne eine gewisse Verklärung auf die Zeit der Bedarfswirtschaft zurückblickte, wusste er, dass diese schon lange vor dem Ersten Weltkrieg aufgehört hatte. Nunmehr gelte es, die Verflechtung der einzelnen Volkswirtschaften untereinander zu beachten.⁴¹⁴ Er bedauerte, dass manche Verantwortliche dies übersähen: „Statt dass die Bildung großer Wirtschaftsräume angestrebt wurde, [...], feierte Autarkie von Zwergen Orgien.“⁴¹⁵

Kleinräumig machte der Autarkiediskurs den Zwischenhandel zum Thema. Selbst Anton Orel, ein konsequenter Verfechter der Bedarfswirtschaft, räumte ein, dass es den Handel in einem gewissen Ausmaß brauche, er solle aber direkt beim Produzenten erfolgen.⁴¹⁶ Gertrud Spinnhörn forderte eine möglichst enge Verbindung von Landwirtschaft und Handel.⁴¹⁷ August Zell lobte, dass in Österreich viele Erzeuger auch Händler waren.⁴¹⁸

Angesichts des gleichwohl unwiderruflichen Durchbruchs kapitalistischer Strukturen ließ sich auch die Auseinandersetzung mit wirtschaftsethischen Themen nicht vermeiden. Eduard Ludwig teilte Viktor Kienböcks Standpunkt, die Finanzwirtschaft habe lediglich Hilfsmittel der Politik zu sein.⁴¹⁹ Josef Resch legte in Zusammenhang mit seinen Überlegungen zur Sozialversicherung ein indirektes Bekenntnis zur Bedarfswirtschaft ab⁴²⁰, und Julius Raab warnte noch 1954 vor einem geeinten Europa auf bloß wirtschaftlicher Basis, mit Wehmut an den Zerfall der Monarchie zurückdenkend.⁴²¹ Friedrich Funder erläuterte Vogelsangs Forderung nach einem „allgemeinen mä-

412 MITTELMEIER, Austrofaschismus, 117 f.; PAYNE, Geschichte, 293.

413 ADÖ 8/1248; vgl. MOOSER, Liberalismus, 138.

414 TAUCHER, Der gegenwärtige Stand, 68–76.

415 TAUCHER, Der gegenwärtige Stand, 74.

416 OREL, Ständeordnung, 69–71.

417 SPINNHIRN, Agrarpolitik, 38–40.

418 ZELL, Ständische Staats-Gliederung, 13.

419 LUDWIG, Österreichs Sendung, 202.

420 HOLIK, Sozialminister, 56.

421 RAAB, Ansichten, 34.

ßigen Wohlstand“, aber dessen Ablehnung jeglicher „Förderung und Befriedigung des Luxus“⁴²² und hob die Gefahren der Geldwirtschaft hervor.⁴²³

Hans Karl Zeßner-Spitzenberg akzentuierte den Unterschied zwischen Industrie und Handel, wo es in höherem Maß um das „reine Geldverdienen“ gehe, und bäuerlicher Wirtschaft, die „ihrem Wesen nach eine Lebensform“ sei, „ausgestattet mit ethischen Beziehungen, deren Beachtung der privatwirtschaftliche Standpunkt nicht vernachlässigen kann. Geist und Wesen der Landgutswirtschaft sind nicht kapitalistischer, auf Geldmacherei als Selbstzweck gerichteter Natur. Wenigstens das Bauerngut [...] ist nicht von diesem Geist beherrscht; ja auch das des feudalen Latifundienbesitzers hat kaum diesen Charakter. Erst wo die moderne Aktiengesellschaft auf das landwirtschaftliche Gebiet übergreift, wird da und dort der rein kaufmännische, reine Gelderwerbsgeist zur Herrschaft gebracht“.⁴²⁴ Ähnliche Thesen vertrat August M. Knoll.⁴²⁵

Peter Lütz erörterte den Zusammenhang der auch von ihm zum Ideal erklärten Bedarfswirtschaft mit der notwendigen Ungleichheit der Menschen: Sie brauche nicht als bloße Tauschgerechtigkeit verstanden zu werden, sondern sei mit dem Prinzip der „Standesgemäßheit“ vereinbar.⁴²⁶ Georg Baumgartner verband das Bekenntnis zur Bedarfswirtschaft mit den in der katholischen Moraltheologie verankerten Aufrufen zu karitativer Leistung⁴²⁷, auch dies ein Bereich, der die soziale Ungleichheit geradezu zur Voraussetzung hatte.⁴²⁸ Er hob außerdem den „unmittelbar ethischen Wert“ der Arbeit hervor: Ursprünglich Folge und Strafe des Sündenfalls, rege sie nun zu positiver Tugendübung an. Auch er verwies auf das im Ganzen Haus herrschende Sittengesetz, warnte aber vor unkritischer Rückkehr zu mittelalterlichen Formen.⁴²⁹ Ähnlich realistisch beurteilte Ulrich Ilg die Möglichkeiten: Obwohl ungehemmter Kapitalismus verwerflich sei, könne es reine Bedarfswirtschaft in der Gegenwart nicht mehr geben. Oberstes Regulativ des Wirtschaftslebens, so seine mit Leopold Figl geteilte Überzeugung⁴³⁰, dürften nicht Gesetze sein, sondern es brauche eine entsprechende Ethik aller Beteiligten.⁴³¹ Allen gemeinsam war die von Engelbert Dollfuß ausgesprochene

422 FUNDER, Aufbruch, 166.

423 FUNDER, Aufbruch, 33.

424 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Einführung, 17.

425 KNOLL, Von Seipel, 16.

426 LÜTZ, Der Ständestaat, 34.

427 BAUMGARTNER, Arbeit und Erwerb, 20.

428 KUSTATSCHER, Haus und Familie, 161 f.

429 BAUMGARTNER, Arbeit und Erwerb, 39–43.

430 FIGL, Ansichten, 179.

431 ILG, Uns alle, 27 f.

Überzeugung: „Das Ziel allen Wirtschaftens ist der Mensch.“⁴³² Hier leben barocke Vorstellungen von Lebensqualität weiter.⁴³³

Bauerntum in Krise

Johann Blöchl zitierte in seinen *Lebenserinnerungen* voll Wohlwollen einen seiner einstigen Lehrer, der erklärt hatte, es sei ein Irrtum zu glauben, wer leicht lerne, solle nicht Bauer werden.⁴³⁴ Was er ansprach, war der zeittypische Trend zur Abwanderung vom Land, den Gertrud Spinnhörn mit Sorge verfolgte; dieses Problem sei nicht anders lösbar als durch „die grundsätzliche Abkehr von jenem Geist des Individualismus und Rationalismus“, die die ständische Ordnung bringen würde.⁴³⁵ Aber auch später von liberaler Seite vorgebrachte Einwände gegen die Landflucht waren im Grunde konservativ: Wilhelm Röpke nannte die Landwirtschaft das „Erdgeschoss“ der Wirtschaft und gab zu bedenken, es dürfe nicht mehr Städter geben als ihre Überschüsse hervorbringen.⁴³⁶

Rudolf Henz setzte sich mit derlei Gedanken literarisch auseinander. Thema seines Dramas *Die Heimkehr des Erstgeborenen* (1933) ist eine tiefe Krise des Bauerntums. Der in die Stadt gezogene Karl kehrt eines Tages überraschend auf den elterlichen Weinhof zurück und tötet im Streit seinen jüngeren Bruder, der sich selbst als den künftigen Bauern sieht. Tatmotiv ist die Kritik an einem Bauerntum, das sich von seinen Ursprüngen und seinem Wesen entfernt habe. Karl: „Ich hab mir halt nur das Haus vorgestellt, aber nicht die Leut darin.“⁴³⁷ Die ausführlichen Regieanweisungen beginnen so: „In der geräumigen Bauernstube wohnen alte und neue Zeit unangenehm nebeneinander. [...] Vor dem Hause stehen schön der Reihe nach die Familienmitglieder und Dienstboten. In der Mitte der Stube hängt sinnlos eine elektrische Glasperlenlampe.“⁴³⁸ Karl erläutert, er habe ursprünglich nicht Bauer werden wollen, um nicht in den Kreislauf der Natur eingebunden zu sein, den er als Freiheitsberaubung empfunden habe; heute wisse er: „Es gibt kein Aufbegehren mehr und wenn es noch so lockt, es gibt kein Herrschen mehr und wenn wir noch so groß tun, es gibt nur Dienen, Dienen, Dienen, dem Boden und dem Wind und dem Hagel, dem Blühen und dem Unkraut, dem Wachsen und

432 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 142.

433 HERSCHE, Gelassenheit, passim.

434 BLÖCHL, Lebenserinnerungen, 16 f.

435 SPINNHORN, Agrarpolitik, 43 f. und 61.

436 HABERMANN, Das Maß, 41 f.

437 HENZ, Die Heimkehr, 42.

438 HENZ, Die Heimkehr, 6.

dem Tod.⁴³⁹ In ähnlicher Weise unternahm Henz 1947 in seinem Anich-Roman eine Deutung der eigenen Zeit.⁴⁴⁰ Hier stehen auf gesellschaftliche Stabilität bedachte Sichtweisen neben solchen, die auch dem sozialen Aufstieg eines Menschen bäuerlicher Herkunft positive Aspekte abgewinnen können. Die für die Beibehaltung der angestammten Lebensform sprechenden Stimmen repräsentiert ein dem Vater Anich sehr verbundener Stamser Mönch: So wichtig der Beruf des Feldmessers für den Bauernstand sei, so wenig sei ein Bauer dazu geeignet, ihn zu ergreifen; Peter möge daher „wie bisher auf seinem wohlbestellten Hofe“ arbeiten, „zum Nutzen des Anichhauses und zur Zierde seines Standes“; es sei die „Weltordnung und immer wieder den Menschen auch als Prüfung auferlegt“, dass ein jeder „den einmal erwählten, von Gott zugewiesenen und auch erlernten Beruf tapfer“ ausübe.⁴⁴¹

Peters Mutter fasst eine mittlere Lösung ins Auge: Sie glaubt, wer aus dem Bauernstand komme, dem falle die Kommunikation mit den Bauern leichter; der Sohn könne den Hof auch als Feldmesser behalten und müsse nicht in die Stadt wie in einem anderen Beruf.⁴⁴² Andere Verwandte betonen, dass Peters Vater aus der Unterschicht aufgestiegen sei, weswegen eine in der Familie ohnehin schon gegebene Dynamik fortgesetzt werde, „wenn seine Nachfahren [...] sich mit den Jahren ein leichteres Leben schafften“.⁴⁴³

Die am Ende des Romans abgebildete Wirklichkeit beruhte indes nicht auf Überlegungen zum Anspruch auf persönliches Glück, sondern war dem aufklärerischen Prinzip der Glückseligkeit für alle geschuldet. Als man in Wien nach einer geeigneten Person für die kartographische Aufnahme Tirols sucht, erhebt sich Peter Anichs langjähriger Mentor Ignaz Weinhart SJ, anfänglich Verfechter einer klaren Einteilung der Stände⁴⁴⁴, zu seinem engagierten Anwalt.⁴⁴⁵ Für den aufgeklärten Jesuiten war es selbstverständlich, das neue Wissen zum Nutzen aller Menschen anzuwenden, ungeachtet der damit verbundenen sozialen Problematik.⁴⁴⁶

Eine Schwester Peter Anichs ließ Henz im Roman aus dem heimatlichen Oberperfuß nach Innsbruck ziehen – und in tiefes soziales Elend versinken, das mit emotionaler Verhärtung einhergehe.⁴⁴⁷ Mit diesem – freilich wenig ausgearbeiteten – Motiv berührte er ein Thema, das bei Guido Zernatto

439 HENZ, *Die Heimkehr*, 76 f.

440 WÖGERER, *Innere Emigration*, 82.

441 HENZ, *Peter Anich*, 67–69; vgl. auch EBD. 78 und 188.

442 HENZ, *Peter Anich*, 34.

443 HENZ, *Peter Anich*, 90.

444 HENZ, *Peter Anich*, 144.

445 HENZ, *Peter Anich*, 328.

446 HENZ, *Peter Anich*, 184.

447 HENZ, *Peter Anich*, 125.

zentral war: Die Städte seien Orte „der Ungerechtigkeit und des verstörten Widersinns“ und „Festungen der Menschen, die sie gegen die Natur gebaut haben“. ⁴⁴⁸ Arthur Seyss-Inquart beschrieb den Unterschied zwischen Land und Stadt als den zwischen einem Leben und Arbeiten nach den Gesetzen der Natur oder gegen diese. ⁴⁴⁹

Adolf Lenz nahm eine weitgehende Gleichsetzung von modernem und städtischem Leben vor. Im mit „Kulturumwelt“ überschriebenen Kapitel seines Lehrbuchs bewertete er die mit dem Stadtleben verbundenen Erscheinungen, wie familiäre Ungebundenheit des Unverheirateten, Konkubinat, Egoismus, Verlust der Ideale und Gefahr der Verelendung, sehr negativ, während die in der Landwirtschaft Tätigen geschützter lebten: durch größere Sesshaftigkeit und durch das Leben unter den Augen von Kirche und Ortsobrigkeit. ⁴⁵⁰ Hermann Peichl rief in Erinnerung, dass die biblische Heilsverkündung mit dem Paradies, einem Garten, beginne und mit einer Stadt ende. Zwar stehe auch das himmlische Jerusalem für Ordnung, aber diese habe nicht denselben Rang. ⁴⁵¹

Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi sah Verständigungsprobleme und mangelndes Vertrauen zwischen Stadt- und Landbewohnern, die er grundlegend verschiedenen Mentalitäten zuschrieb: „Das Großstadtleben ist abstrakt, mechanisch, rational – das Landleben konkret, organisch, irrational.“ ⁴⁵² Die Großstadt führe zur Atomisierung der Gesellschaft, löse Familien- und Heimatgefühl und zwingt das Individuum, stark und rücksichtslos zu sein, um nicht unterzugehen. ⁴⁵³

Hans Karl Zeßner-Spitzenberg riet seinen Hörern an der Hochschule für Bodenkultur in Wien, künftigen Ingenieuren, die viel Kontakt mit Bauern haben würden, etwas, das offensichtlich nicht mehr selbstverständlich war: „Schauen Sie nicht von oben herab, mit städtischer Überlegenheit auf das Landvolk und ihr (!) Brauchtum. Glauben Sie mir: In unserer ‚Stadtkultur‘ ist sehr vieles hohl und eitler Trug. Eine ethische Wertung des ländlichen Lebens wird uns seine herbe Kraft und seine gesunde Grundhaltung erkennen lassen und schützen lernen.“ ⁴⁵⁴

Auch dem um die bäuerliche Bildung sehr bemühten Leopold Teufels-

448 Zit. nach SCHMIDT-DENGLER, Literatur, 641; vgl. JARKA, Zur Literatur- und Theaterpolitik, 529–532.

449 SEYSS-INQUART, Vier Jahre, 170 f.

450 LENZ, Grundriss, 103 f.

451 PEICHL, Der Altar, 132.

452 COUDENHOVE-KALERGI, Adel, 9–11.

453 COUDENHOVE-KALERGI, Held, 113 f.

454 Zit. nach K. P. ZEßNER-SPITZENBERG, Hans Karl, 55.

bauer, der von der „menschenmordenden Großstadt“ sprach⁴⁵⁵, blieb der tief sitzende nicht nur strukturelle, sondern im Geistigen liegende Unterschied zwischen Stadt und Land, der sich im Laufe des 19. Jahrhunderts verschärft hatte, nicht verborgen. Er unterstrich, welch „gewaltige Kulturarbeit“ die bäuerliche Familie leiste und welch hohes Arbeitsethos in ihr herrsche. Seit den zwanziger Jahren im Raum stehende Überlegungen, städtische Arbeitslose in der Landwirtschaft einzusetzen, wo man sie dringend gebraucht hätte, hielt er für unrealistisch, weil der Mentalitätsunterschied zu groß sei. Bäuerliche Zuwanderer in der Stadt fänden sich zurecht, umgekehrt nicht.⁴⁵⁶ Doch er erwog: „Vielleicht, dass das erwachende ständische Bewusstsein auch eine Höherbewertung des Bauernstands bringen wird und damit die Möglichkeit, mehr Bewohner auf dem Lande festzuhalten.“⁴⁵⁷ Diese Worte schrieb er weniger als zwei Jahrzehnte nachdem der Grazer Nationalökonom Josef Alois Schumpeter im Licht des in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfolgten Bedeutungsrückgangs der Landwirtschaft im wirtschaftlichen Gesamtgefüge erklärt hatte, der Bauernstand habe keine Daseinsberechtigung mehr.⁴⁵⁸ Wilhelm Röpke schwebte hingegen die klassische Polis als Ideal vor: Eine Stadt mit mehr als 60.000 Einwohnern war für ihn „von Übel“.⁴⁵⁹

Franz Martin Schindler hatte noch vor der Jahrhundertwende eine Gefährdung der ständischen Eigenschaften des Bauerntums festgestellt.⁴⁶⁰ Nach Anton Rintelens Wahrnehmung „wuchs die Gefahr der Verbildung. Ehrwürdiges Brauchtum, ererbt in Spiel, Lied, Tanz und Trachten, kam allmählich ab, wurde verleidet, statt sorgsam gehütet und gepflegt zu werden. Kitsch und Modewesen, Genuß- und Vergnügungsleben, Wirtshaussitten bürgerten sich allmählich ein“.⁴⁶¹ Für Friedrich Funder begann die Krise des Bauerntums ebenfalls in dieser Zeit.⁴⁶²

Ein als besorgniserregend empfundener Höhepunkt derselben kam 1931 im NR zur Sprache, nämlich ein Minderwertigkeitsgefühl der Bauern gegenüber den Städtern – und damit das allmähliche Schwinden ihres Standesbewusstseins: Mittlerweile komme die Wertschätzung des Bäuerlichen nicht mehr vom Land, sondern von der Stadt, sie sei gleichsam zu einem Bildungs-

455 TEUFELSBAUER, Landfrauenarbeit, 1.

456 CS 17. 6. 1934 (L. TEUFELSBAUER).

457 TEUFELSBAUER, Landfrauenarbeit, 5.

458 BURKERT-DOTTOLO, Das Land, 15–20.

459 HABERMANN, Das Maß, 38.

460 SCHINDLER, Lehrbuch III, 784.

461 RINTELEN, Erinnerungen, 48.

462 FUNDER, Aufbruch, 71.

element geworden.⁴⁶³ Die Bauern selbst ließen sich hingegen vom städtischen Leben allzu sehr beeinflussen.⁴⁶⁴ Dieses Phänomen stimmte auch die konservativ-liberale Wirtschaftswissenschaft besorgt: Wilhelm Röpke forderte von den Menschen im Dorf und in der Kleinstadt klare Bekenntnisse zu diesen Kulturwerten und hieß die Anpassung an städtischen Lebensstil nicht gut.⁴⁶⁵

Nur Ernst Karl Winter sah Stadt und Land nicht als notwendige Gegensätze, sondern wünschte die Kooperation: So sehr auch er den Bauernstand schätzte, glaubte er doch, dass es gut wäre, wenn der organisatorische Fortschritt der Stadt dem Land zugute käme.⁴⁶⁶

Auch unter den Mandataren gab es solche, die die Schattenseiten des bäuerlichen Lebens klar sahen. Hans Karl Zeßner-Spitzenberg stellte 1920 ernüchtert die Lockerung verwandtschaftlicher Beziehungen und die Auflösung der alten Gesindeverfassung fest.⁴⁶⁷ Er selbst hatte als Gutsherr in Umsetzung Vogelsang'scher Ideale bereits vor 1914 ein Exempel statuiert, indem er mit den auf seinem familieneigenen Betrieb tätigen Landarbeitern einen Kollektivvertrag schloss, den ersten dieser Art im gesamten deutschen Sprachraum.⁴⁶⁸ In seiner Habilitationsschrift hatte er sich mit Fragen des Landarbeiterrechts beschäftigt.⁴⁶⁹ All dies geschah aus jener genuin christlichen Überzeugung des Gutsbesitzers und Landwirtschaftsexperten, die sich im Grundsatz „Eigentum verpflichtet, zumal den Besitzlosen gegenüber“⁴⁷⁰, verdichtete. Er betonte außerdem die Wichtigkeit sozialer und alltagsgeselliger Beziehungen zwischen den Lohnarbeitskräften und den landwirtschaftlich Besitzenden, zumindest den unteren Schichten derselben, und erklärte eheliche Verbindungen zwischen ihnen für wünschenswert.⁴⁷¹ Johann Blöchl schrieb es dem Einfluss des Liberalismus zu, dass der gesellschaftliche Unterschied zwischen Bauer und Knecht größer geworden sei und dass manche, für ihn „undenkbar“ (so noch 1975), den gemeinsamen Tisch gemieden hätten.⁴⁷² Für Leopold Teufelsbauer war diese Weltanschauung dem vormals guten Verhältnis zwischen Eltern und Kindern abträglich gewesen.⁴⁷³

463 NR 25. 4. 1931 (J. WEIGERT).

464 NR 9. 5. 1931 (J. WEIGERT).

465 HABERMANN, *Das Maß*, 44 f.

466 HEINZ, E. K. Winter, 153.

467 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, *Einführung*, 116–119.

468 FUX, *Für Christus*, 22; WALTERSKIRCHEN, *Blaues Blut*, 70; WOHNOUT, Hans Karl Zeßner-Spitzenberg, 7; K. P. ZEßNER-SPITZENBERG, Hans Karl, 20.

469 WOHNOUT, Hans Karl Zeßner-Spitzenberg, 7.

470 K. P. ZEßNER-SPITZENBERG, Hans Karl, 54.

471 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, *Einführung*, 107.

472 BLÖCHL, *Lebenserinnerungen*, 76.

473 CS 17. 6. 1934 (L. TEUFELSBAUER).

Diese Mandatare schätzten die Situation der Bauern in den Grundzügen richtig ein, benannten manche Fakten aber nicht in der nötigen Schärfe. So etwa sagten sie nicht, dass die bäuerlichen Abgeordneten, die 1918 die Verwaltung übernommen hatten, zwar sozial und ökonomisch konservativ, politisch aber fortschrittlich waren, auch nicht, dass diese an der individualistischen Struktur ihrer Wirtschaft und an Produktionsweisen, die kaum eine Vergesellschaftung kannten, festhielten, sich von ihrer an alten Standesvorschriften orientierten Haltung zur gesellschaftlichen Abgrenzung gegenüber der städtischen Bevölkerung leiten ließen und eine latente Konfliktbereitschaft gegenüber der Industrie besaßen. Es handelte sich folglich um ein Bauerntum, das kein auf die gesellschaftliche Totalität gerichtetes Bewusstsein und keine eigenen gesellschaftspolitischen Konzepte besaß, sondern einen hohen Grad an Pragmatismus, ja Utilitarismus⁴⁷⁴ zeigte, indem es sein Handeln vornehmlich auf die jeweiligen tagespolitischen Erfordernisse abstimmte.⁴⁷⁵ Dies wusste auch der Wiener Erzbischof Friedrich Gustav Kardinal Piffl, der 1931 den Bauern Mangel an gesamtgesellschaftlicher Verantwortung zur Last legte.⁴⁷⁶ Die Politik, zumal die Regierungen Kurt Schuschniggs, kam gerade den kleineren Bauern nicht entgegen.⁴⁷⁷ Viele befanden sich in einer schlechten Lage; dass unrentable Höfe dennoch erhalten wurden, hatte politische Gründe.⁴⁷⁸

Kultivierung bäuerlicher Werte

Trotz aller klar gesehenen Probleme wurde die Kultivierung bäuerlicher Werte als vorrangige Aufgabe empfunden. Richard Schmitz lobte das 1929 errichtete Volksbildungsheim Hubertendorf in Niederösterreich⁴⁷⁹, mit dem auch Karl Lugschmayer zusammenarbeitete.⁴⁸⁰ Zum Leiter hatte er, damals Unterrichtsminister, Dechant Leopold Teufelsbauer ernannt, einen bewährten Volkspädagogen. Dieser wollte aus Hubertendorf eine „Lebens-, Gemeinschafts- und Charakterschule“ machen, die die Gesamtpersönlichkeit der Kursteilnehmer formen und sie befähigen sollte, die eigene Stellung im Organismus des Volks besser zu erkennen. Vertreter von „Intelligenzberufen“

474 MATTL, Agrarstruktur, 4–8 und 406.

475 HANISCH, Die Politik, 115; KLUGE, Ständestaat, 45; MATTL, Agrarstruktur, 124.

476 KNOLL, Piffl, 191.

477 GRAFENEIDER, Arbeiterfamilie, 18; KLUGE, Ständestaat, 83; KLUGE, Bauern, 442–447; SANDGRUBER, Ökonomie, 397.

478 UNTERRAINER, Wirtschaftspolitik, 66.

479 R. SCHMITZ, Der Weg, 41.

480 F. LUGSMAYER, Karl Lugschmayer, 141.

(Lehrer, Seelsorger, Richter, Offiziere) sollten in die Psychologie des bäuerlichen Menschen eingeführt werden, um richtige Verhaltensmuster vermittelt zu bekommen. Die Heimat müsse dem Bauern wieder zu etwas bewusst Empfundener werden – bis hin zur Pflege von Ortsbild, Häusern und Fluren.⁴⁸¹

Klar akzentuierte der Dechant den Zusammenhang zwischen Bauerntum und Familiensinn: „Bauernarbeit führt von selbst zur Familiengründung“, weil sie von einem allein nicht machbar sei. Sie wirke sich auch auf das Verhältnis der Geschlechter günstig aus; Mann und Frau hätten komplementäre Aufgaben zu erledigen und träfen sich im Bewusstsein der „Gleichwertigkeit und Notwendigkeit ihrer speziellen Arbeit“.⁴⁸² Richard Schmitz sah hier das Vorbild für jene kleineren und mittleren Betriebe mit persönlicher Führung durch den Unternehmer, die er für geeignet hielt, die negativen Auswirkungen der Industrialisierung abzufedern.⁴⁸³

Besonders wichtig war Teufelsbauer die Rettung der bäuerlichen Volkskultur und des Brauchtums. Dass diese im Niedergang begriffen seien, erklärte er aus der Aufhebung der Grundherrschaft: Dadurch sei auch die Autorität verloren gegangen, welche die Dorfkultur schützte. Heute (sc. 1931, E. K.) spüre der Bauer, dass das Alte seinen Sinn verloren hat, und sei daher orientierungslos. Mittlerweile sei es nötig geworden, ihm das Alte zu erklären.⁴⁸⁴ Zu diesem Zweck gab der Dechant Empfehlungen zur Gestaltung des Bauernhauses und zur Pflege der Familienüberlieferung und rief zur Einrichtung von Volksbüchereien, Dorftagen und Dorfheimen sowie zur Pflege des Volksliedes und der Volkskunst auf.⁴⁸⁵

Eine ähnliche Leistung wie Leopold Teufelsbauer in Niederösterreich erbrachte Kaplan Josef Steinberger in der Steiermark. 1919 baute er ein bäuerliches Bildungswerk auf, dessen Ziel die Verbreitung der „Bauernkunde“ war. Es sollte bei Lehrern und Angehörigen der geistigen Berufe das Verständnis für Wesen, Verhältnisse und Bedürfnisse der bäuerlichen Jugend festigen.⁴⁸⁶ Diese Anliegen deckten sich mit jenen des 1899 gegründeten *Katholisch-conservativen Bauernvereins*, zu dessen Zielen die Vertretung der Interessen des „Bauernstands [...] in religiöser, wirtschaftlicher und patriotischer Beziehung“ gehörte und der insbesondere „das Standesbewusstsein zu beleben und zu stärken“ die Absicht hatte.⁴⁸⁷ Fünf Prozent der Mitglieder

481 SZERELMES, Leopold Teufelsbauer, 119.

482 TEUFELSHAUER, Landfrauenarbeit, 1; CS 17. 6. 1934 (L. TEUFELSHAUER).

483 SELIGER, Scheinparlamentarismus, 354.

484 4. 4. 1931 (L. TEUFELSHAUER).

485 11. 4. 1931 (L. TEUFELSHAUER).

486 BURKERT-DOTTOLO, Das Land, 38.

487 BURKERT-DOTTOLO, Das Land, 32.

dieses Vereins waren Intellektuelle und Städter, die mit den Bauern in irgendeinem Verhältnis standen.⁴⁸⁸

Clemens Holzmeister lobte 1932 in einem mit *Innenkolonisation – eine Kulturaufgabe* überschriebenen Zeitungsartikel die Tendenz, Wohnhäuser mit Gärten zu errichten, die der Selbstversorgung der Städte dienten; auf diese Weise sichere der Staat dem „Siedler“ ein Mindestniveau.⁴⁸⁹ Der Architekt bezog sich auf eine auch in Deutschland wirksam gewordene, von Oswald von Nell-Breuning 1929 in der *Leo-Gesellschaft* vorgestellte⁴⁹⁰ Bewegung, die einerseits in anarchistischen Kreisen viel Zuspruch fand, andererseits eine konservative Alternative zu sozialistischer Wohn- und Lebenskultur darstellte. Meist ging es nicht um Vollerwerbsstellen, sondern um die Schaffung von Möglichkeiten eines Nebenerwerbs, beispielsweise an den Stadträndern.⁴⁹¹ Leitend war das Bemühen, die „Bodenverbundenheit“ der Menschen zu fördern, Großgrundbesitz nach Möglichkeit nicht entstehen zu lassen und – besonders wichtig für den Wiener Bürgermeister Richard Schmitz – die Arbeiterschaft politisch zu befrieden.⁴⁹² In dieselbe Richtung gehende Bemühungen prägten zeit seines Lebens das politische Wirken Lorenz Karalls⁴⁹³, aber auch Wilhelm Röpke sah hier eines seiner Ideale verwirklicht.⁴⁹⁴

Karl Lügmayr hatte für seine Forderung nach einer bescheidenen Landwirtschaft zur Selbstversorgung der Arbeiter tiefer liegende Gründe als lediglich politische: „Soll er jedes Salathäuptel, jede Schnittbohne am Markt kaufen? Das ist ein Widerspruch zum menschlichen Wesen selbst. Unser Wesen drängt auf Einheit.“⁴⁹⁵ Aus ähnlichen Gründen unterstützten Anton Orel und die *Österreichische Aktion* den Siedlungsgedanken.⁴⁹⁶ Ernst Karl Winter bezeichnete den Siedler als „Kulturmenschen des 20. Jahrhunderts“, denn Sesshaftwerdung sei die Voraussetzung kultureller Höchstleistung.⁴⁹⁷ Das Unternehmen diene also nicht nur der wirtschaftlichen Entlastung der Familien, sondern hatte auch ein erzieherisches Anliegen.⁴⁹⁸

488 BURKERT-DOTTOLO, Das Land, 42.

489 KNOFLER, Clemens Holzmeister, 1265 f.; BRANDSTETTER, Anarchismus, 34–43; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 151.

490 SZ 13. 10. 1929 (O. v. NELL-BREUNING).

491 HOFFMANN, „Nimm Hack’ und Spaten ...“, 217–250.

492 BRUCKMÜLLER, Bauern, 121; HOFFMANN, „Nimm Hack’ und Spaten ...“, 174–194; VALLAZZA, „Wir bauen auf“, 216–219, 224 f. und 236.

493 WURM, Dr. Lorenz Karall, 158 und 198.

494 MOOSER, Liberalismus, 145.

495 K. LUGMAYER, Leos Lösung, 67.

496 OREL, Ständeordnung, 46–51 und 59; vgl. REICHHOLD, Anton Orel, 28.

497 HEINZ, E. K. Winter, 265 und 331; VALLAZZA, „Wir bauen auf“, 248 f.

498 MSchKP 1, 270 und 382; StL 1935, 326 (K. DOLESCHAL); GRANTL, Arbeitsschlacht, 8.

Johannes Messner nannte die Siedlungspolitik in Verbindung mit der Raumpolitik „einen der wichtigsten Wege der Neubegründung wahrer Volksordnung“. ⁴⁹⁹ Josef von Löwenthal sprach in seinem utopischen Roman von einer Maßnahme gegen die Entwurzelung in den großen Städten. ⁵⁰⁰ Friedrich von Weichs sah im Siedlungswesen einen Schutz vor dem Kapitalismus. ⁵⁰¹ Für viele Konservative waren die Flucht aus der Stadt und die Aufwertung der ländlichen Siedlung auch eine Reaktion auf ihre Vorbehalte gegen die Übermacht der Technik. ⁵⁰²

Den Frauen, deren Tätigkeit in einem außerhäuslichen Beruf nicht erwünscht war, boten das Ziehen von Gemüse und die Haltung von Kleintieren in den Augen der verantwortlichen Politiker eine als sinnvoll empfundene Beschäftigung ⁵⁰³; sie selbst waren mit dieser Lebensform aber nicht immer glücklich. ⁵⁰⁴ In manchen Fällen wurde die Siedlungsbewegung im Rahmen des im August 1932 eingerichteten *Freiwilligen Arbeitsdienstes* konkretisiert. ⁵⁰⁵

Es gab eine Zeitschrift mit dem Namen *Siedler Presse* ⁵⁰⁶, in der 1934 die Frage gestellt wurde: „Ist Siedeln ein Stand?“ Die Antwort lautete, Siedeln sei die einzig mögliche Politik des angeblich so morbiden Großstädtlers. „Und es gibt einen neuen Stand: ohne Vertretung, ohne Recht, und doch stärker, neuer, als alle: den Siedler.“ ⁵⁰⁷

Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi wertete das Siedlungswesen als Beitrag zum Kampf gegen das Elend. Noch wichtiger war es ihm aber zu betonen, dass der Arbeiter seinen Schrebergarten gleich liebe wie der Unternehmer seine Villa: „Denn zwischen dem, der etwas besitzt, und dem, der nichts besitzt, liegt eine Welt, nicht aber zwischen dem, der etwas, und dem der viel besitzt.“ Der Glaube an die proportionale Steigerung der Glücksmöglichkeiten mit dem Einkommen sei irrig, er gelte allenfalls auf den untersten Stufen. Arbeiter sollten Gärten haben, auch Radio und Fernsehen; Brüderlichkeit sei „Sozialismus auf der Basis des Individualismus“. ⁵⁰⁸

499 MESSNER, Ordnung, 242; MSchKP 1, 18 (J. MESSNER).

500 HOFFMANN, Ständische Ordnung, 171.

501 v. WEICHs, Der Weg, 43; vgl. UNTERRAINER, Wirtschaftspolitik, 72.

502 BREUER, Anatomie, 73.

503 PASTEUR, Kruckenkreuz, 190 f.

504 HOFFMANN, „Nimm Hack' und Spaten ...“, 251 und 263.

505 StL 1935, 310–332 (K. DOLESCHAL); zum Arbeitsdienst vgl. ENNSMANN, Frauenpolitik, 153; GEIDER, Sozialabbau, 100; GRAFENEDER, Arbeiterfamilie, 40; MARsCHNIG, Militarisation, 70–72; PASTEUR, Kruckenkreuz, 149 f.

506 VALLAZZA, „Wir bauen auf“, LII; zu anderen vergleichbaren Organen vgl. EBD., XLVI–LIII.

507 VALLAZZA, „Wir bauen auf“, 95.

508 COUDENHOVE-KALERGI, Totaler Mensch, 119–122.

Konservativ-liberale Denker erwiesen sich außerdem als Anwälte des Gedankens, den Menschen ein Refugium erhöhter „Privatheit“ zu schaffen, wo es einen „seelischen Hausfriedensbruch“ nicht geben könne.⁵⁰⁹ Ähnliches war 1934 im CS zu lesen: Durch die Maiverfassung sei „in summa für den einzelnen eine Einbuße an staatsbürgerlichen Freiheiten in keiner Weise entstanden“, vielmehr seien „die Qualitäten des staatlichen Schutzes persönlicher Interessen weitgehend ausgebaut worden“.⁵¹⁰ 1937 nannte Paul Thun-Hohenstein als kennzeichnendes Merkmal des Österreicherers, dass dieser „ein Privatleben“ besitze, das er „bis zum Äußersten zu verteidigen“ bereit sei.⁵¹¹ Gesetze und Verordnungen, die es auch möglich machten, die Privatsphäre der Menschen auszuleuchten, wie sie von der italienischen Regierung bereits 1926 erlassen worden waren⁵¹², gab es in Österreich nicht.

Eine genuin bäuerliche Mentalität spiegelt sich in den herrschenden Ansichten zum Erbrecht, die für einen Vorrang des Besitzes vor dem Besitzen stehen. 1926 sprach sich Georg Baumgartner für die Intestaterbfolge aus, eine „naturrechtliche Forderung“, während das Testament „bereits individualisierte Verhältnisse“ voraussetze. Wenn er sich daher für die Beibehaltung des geltenden Erbrechts einsetzte, ging es ihm nicht „um die Erhaltung von Standesvorrechten und Privilegien, sondern um die Rettung der Heimat“.⁵¹³ Wilhelm Mohr würdigte die „gesetzliche Erbfolge“ als Einrichtung, die das Recht der Familie gegen mögliche testamentarische Verfügungen schützt.⁵¹⁴

Für Hans Karl Zeßner-Spitzenberg war die Erbllichkeit des Besitzes ein Aspekt von Legitimität; dass „heute auf diesem Gebiet gänzliche Desorientierung“ herrsche, „verdanken wir der Befangenheit in die Lehren des Rechtspositivismus“, der sich frei von jeder Abhängigkeit von einer sittlichen Grundordnung und von jeder Verantwortung vor Gott fühle. Auch das öffentliche Recht müsse ewigen Gesetzen unterworfen sein.⁵¹⁵

Hermann Struber gab dem Schlusskapitel seines Buches über Österreichs Wiederaufbau nach dem Ersten Weltkrieg den Titel *Die Interessierung an Heimat und Vaterland durch Besitz*. Den Eigentumsbegriff des 19. Jahrhunderts nannte er „bürgerlich-materialistisch“ bzw. „unchristlich und ungerecht“. Als für ihn ernüchterndes Ergebnis hielt er fest, dass weniger als hundert Jahre nach der Grundentlastung 70 Prozent der Österreicher Lohnempfänger seien; gegenüber den Bauern stünde die Republik vor derselben

509 HABERMANN, Das Maß, 15 und 24 f.

510 CS 3. 6. 1934 (G. CANAVAL).

511 THUN-HOHENSTEIN, Österreichische Lebensform, 12.

512 WOLLER, Rom, 47.

513 BAUMGARTNER, Arbeit und Erwerb, 54–58.

514 MOHR, Das Recht, 76.

515 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Legitimität, 164–166.

Aufgabe wie 1848. Sein Fazit war der katholischen Soziallehre verpflichtet, die konzedierte, dass das individuelle Nutzungsrecht an den Erdengütern eng mit den Persönlichkeitsrechten verbunden ist und ein Bewährungsfeld für eigenverantwortliches, somit menschliches Handeln darstellt.⁵¹⁶

Philipp Bugelnig sah im Eigentum ein Lehen, das zum jeweiligen Amt gehöre und mit dem nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten verbunden seien.⁵¹⁷ Das Erdengut sei, so in Anlehnung an Thomas von Aquin⁵¹⁸, dem Menschen gegeben, auf dass er zur Verwirklichung des Kulturzieles beitrage, wie auch Anton Orel wusste.⁵¹⁹ Ähnliche Gedanken äußerten Othmar Spann⁵²⁰ und seine Schüler, am deutlichsten Gertrud Spinnhirm.⁵²¹

Mehrere Mandatare hatten die bäuerliche Welt vor Augen, wenn sie – im Gleichklang mit den Ständetheoretikern⁵²² – eine „mittelständische Wirtschaftspolitik“⁵²³ und die Bildung privaten Eigentums und Kapitals im Sinn des *Linzer Programms* der christlichen Arbeiterbewegung forderten⁵²⁴, und zwar nicht, wie sich Julius Raab ausdrückte, „durch ein Übermaß an Hilfe an der Spitze der staatlichen Pyramide“, sondern „auf der breiten Basis der großen Massen aller Staatsbürger“.⁵²⁵ Dies bedeutete, so Richard Schmitz, zwar „nicht eine absolute Gleichheit der Teile“, aber die Ablehnung von „ungeordnete(m) Egoismus.“⁵²⁶ Für seinen Bruder Hans gehörte Privateigentum zu den natürlichen Freiheitsrechten des Menschen.⁵²⁷

Wenngleich wissend, dass „Österreich immer etwas Geistiges gewesen“ sei, teilten viele Lois Weinbergers Ansicht, „dass jedes Volk gut daran tut, jedem einzelnen seiner Kinder auch ein handfestes Stück der Heimat in getreue Obhut zu geben. Es hat sich noch immer erwiesen, dass in Wahrheit doch der eher zur Verteidigung des Vaterlandes antritt, der mehr von ihm hat“.⁵²⁸ Die MSchKP zitierte den Dichter Hans von Hammerstein-Equord,

516 STRUBER, Österreichs Wiederaufbau, 76; vgl. A. RAUSCHER, Die christliche Lehre, 513–519.

517 BUGELNIG, Der Ständestaat, 79 f.

518 SCHÄPFERS, Prophetische Kraft, 163 und 194.

519 OREL, Ständeordnung, 26–30; vgl. BEYER, Ständeideologien, 160; DIAMANT, Katholiken, 223–227; NEGER, Verfassung, 31.

520 SPANN, Der wahre Staat, 253.

521 SPINNHIRN, Agrarpolitik, 24.

522 BUGELNIG, Der Ständestaat, 77; KNOLL, Das Ringen, 6; H. SCHMITZ, Die berufsständische Ordnung, 15; v. WEICHS, Der Weg, 31.

523 R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 47; RAAB, Ansichten, 21; vgl. BRUCKMÜLLER, Sozialgeschichte, 226 und 336; SENFT, Im Vorfeld, 57; STEINER, Wahre Demokratie?, 194.

524 DIAMANT, Katholiken, 201.

525 RAAB, Ansichten, 32 f.

526 R. SCHMITZ, Der Weg, 16.

527 H. SCHMITZ, Die berufsständische Ordnung, 9.

528 WEINBERGER, Tatsachen, 33.

dem zufolge Menschen, die ein kleines Stück Eigentum haben, nicht mehr zur Masse gehörten, sondern Ehe und Familie gründeten. Werde der Sozialismus seine Absicht, diese Strukturen aufzulösen, verwirklichen, so werde dies an der Seele des Menschen scheitern, „die nicht Masse, die persönlich ist und sein will“. ⁵²⁹ Aus ähnlichen Gründen waren Guido Zernatto ⁵³⁰ und August M. Knoll ⁵³¹ Verfechter des Privateigentums. Leopold Teufelsbauer wertete dieses als Zeichen nachhaltiger, erfolgreicher Arbeit, das überdies die Verbundenheit der Generationen fördere. ⁵³² Mit Richard Kerschagl plädierte einer der führenden, im Kreis seiner Fachkollegen sehr ernst genommenen ⁵³³ Wirtschaftswissenschaftler Österreichs für einen Vorrang des Privaten auf allen Gebieten der Wirtschaft vor staatlicher Interventionspolitik, allerdings in ausdrücklicher Distanzierung von der manchesterliberalen Doktrin. ⁵³⁴

Die Begründung der hohen Wertschätzung des Privateigentums war in der Moraltheologie des 19. Jahrhunderts erfolgt. ⁵³⁵ Franz Martin Schindler betrachtete auch den damit zusammenhängenden Gedanken der Vorsorge als hohen Wert. Selbst Reichtum, also das, was über die elementaren Bedürfnisse hinausgehe, sei innerhalb bestimmter Grenzen statthaft, weil dadurch Tugenden wie Arbeitsamkeit und Sparsamkeit gefördert und Investitionen zum Wohl vieler ermöglicht würden. ⁵³⁶

Friedrich von Weichs brachte in Zusammenhang mit dem vererbungsfähigen Privateigentum den Familienlohn als gerechten Lohn zur Sprache. ⁵³⁷ Anton Thir ⁵³⁸ und Ulrich Ilg ⁵³⁹ befürworteten einen nach Leistung abgestuften Lohn. Ilgs Ansicht, der Einzelne dürfe nicht alles vom Staat erwarten ⁵⁴⁰, entsprach dem Denken von Richard Schmitz. ⁵⁴¹

Die bäuerlichen Werte deckten sich in vielem mit jenen des „Mittelstandes“, jener Schicht, der die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Ständestaates eine Art Vorrang einräumte. ⁵⁴² Sie verfehlte ihr Ziel allerdings weitgehend, denn

⁵²⁹ MSchKP 2, 577.

⁵³⁰ IN DER MAUR, Einleitung, 32.

⁵³¹ KNOLL, Ziel, 16.

⁵³² CS 17. 6. 1934 (L. TEUFELSBAUER).

⁵³³ StL 1935, 222 f. (W. ANDREAE).

⁵³⁴ SZ 5. 8. 1934, 12. 8. 1934 (R. KERSCHAGL); 2. 2. 1936 (R. KERSCHAGL).

⁵³⁵ KUSTATSCHER, Haus und Familie, 170–172.

⁵³⁶ SCHINDLER, Lehrbuch II, 362–365.

⁵³⁷ v. WEICHs, Der Weg, 39; vgl. auch SZ 19. 6. 1927 (O. v. NELL-BREUNING).

⁵³⁸ THIR, Frauengestalten 2, 151.

⁵³⁹ ILG, Uns alle, 23 f.

⁵⁴⁰ ILG, Uns alle, 38.

⁵⁴¹ R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 8.

⁵⁴² Ein Anliegen war die Erhaltung desselben etwa Leopold Kunschak; KUNSCHAK, Werden, 17.

auch hier fand der Nationalsozialismus viel Zuspruch.⁵⁴³ Leopold von Andrian fand die Gründe im 19. Jahrhundert, als der österreichische Mittelstand „nach Sein und Bewusstsein“ hinter anderen Ständen zurückgeblieben sei.⁵⁴⁴ Die Angestellten waren eine keineswegs homogene Schicht, und Handwerker, Kleinhändler sowie die Betreiber kleiner und mittlerer Gewerbe hatten es schwer, einen ökonomischen Mindeststandard zu erreichen.⁵⁴⁵ Die zur Geltung kommenden politischen Maximen waren nicht nur wirtschaftlicher Natur, sondern entsprangen auch weltanschaulicher Prinzipientreue. Im Mittelstand verdichteten sich die zeittypischen mit wirtschaftlicher und moralischer Wertschätzung verbundenen Erwartungen an Harmonie und Stabilität.⁵⁴⁶ In den zwanziger Jahren war der Begriff zum Ausdruck eines Bekenntnisses geworden, das sich auf Arbeit, Standesbewusstsein und Gesinnung stützte als auf vermögensrechtliche Merkmale.⁵⁴⁷ Daher lag es nahe, der Sozialdemokratie den Willen zur Aushöhlung des Mittelstands zuzuschreiben.⁵⁴⁸ Für den konservativ-liberalen Ökonomen Wilhelm Röpke war eine breite, mit angemessener Selbstbestimmung ausgestattete Mittelschicht, zu der er neben Bauern und Handwerkern auch eine Bildungselite, nicht aber Großunternehmer und städtische Arbeiter zählte⁵⁴⁹, der beste Garant der Demokratie⁵⁵⁰, während er einen modernen Wohlfahrtsstaat, der die Familie zum „Gegenstand der Einkommenspumpmaschine des Leviathans“ mache, ablehnte.⁵⁵¹

6.6 Die Familie

Standesgemäße Ehen

Franz Karl Ginzkey konkretisierte den Begriff „standesgemäß“: Als sich in einem Roman die Notwendigkeit einer raschen Eheschließung ergibt, bürgt sein Protagonist dafür, dass das Mädchen „aus guter Familie“⁵⁵² ist. Leopold

543 K. BAUER, *Elementarereignis*, 158.

544 v. ANDRIAN, *Oesterreich*, 373.

545 URBANITSCH, *Die Deutschen*, 144–147; für die Weimarer Republik vgl. P. NOLTE, *Ständische Ordnung*, 234.

546 GG 4 (1978), 90 (Mittelstand, W. CONZE).

547 FALLE, *Wurzeln*, 62; P. NOLTE, *Die Ordnung*, 177 f.

548 BRANDL, *Kaiser*, 117.

549 MOOSER, *Liberalismus*, 149.

550 HABERMANN, *Das Maß*, 36.

551 SCHÜLLER, *Wirtschaftshumanismus*, 164.

552 GINZKEY, *Jakobus*, 192.

Teufelsbauer erklärte die synonyme Wendung „aus einem guten Haus“⁵⁵³ mit dem Wesen der Familie als Kulturgemeinschaft.⁵⁵⁴ Kurt Schuschnigg betonte die Herkunft seiner Mutter „aus alteingesessenem Innsbrucker Haus“.⁵⁵⁵

Im 19. Jahrhundert hatte sich die katholische Moraltheologie dieses Themas angenommen. Franz Martin Schindler erklärte, bei der Wahl von Beruf und Stand bestehe gegenüber den Eltern „höchste Verpflichtung“.⁵⁵⁶ An anderer Stelle führte er, ohne das Wort „Stand“ explizit zu verwenden, aus: Zwar erlaube es das Gesetz den Kindern, auch gegen den Rat der Eltern eine Ehe einzugehen, aber sie sollten dies mit Rücksicht auf die Familienehre nicht tun.⁵⁵⁷ Derlei Gedanken waren besonders für den Adel kennzeichnend, wo die väterliche Autorität bei der Partnerwahl viel zählte.⁵⁵⁸

Sie stehen für eine Form von Standesbewusstsein, die Franz Kolb bei Wipptaler Bauern des 16. Jahrhunderts in idealer Weise verwirklicht sah. Auf reicher Quellengrundlage identifizierte er die Eheschließung als einen Akt, der die ganze „Sippe“ anging und mit deren Mitsprache erfolgte.⁵⁵⁹ So seien die „Sippen“ von unehrenhaften⁵⁶⁰ Elementen frei geblieben, was „im großen Volk und Land nur zum Heile geworden“ sei. Obwohl er wusste, dass eine Heirat auch eine „Herzensfrage“ ist⁵⁶¹, war der von Anton Thir ausgesprochene Gedanke, dass einer Familie durch bestimmte Mitglieder „Schande“ bereitet werden könne, übermächtig.⁵⁶² Auch Johannes Messner sah Familienehre und Standesehre in wechselseitiger Abhängigkeit.⁵⁶³ Den Mitgliedern des CV wurde 1935/36 nahegelegt, bei der Gattenwahl gelte der Grundsatz, „dass gleiche oder ähnliche Kinderstube meist eine Voraussetzung für eine glückliche Ehe sein wird“.⁵⁶⁴ Karl Lugmayer präziserte: Vor allem Töchter nähmen die „Kinderstube“ in ihre neue Familie mit.⁵⁶⁵

Es geht hier um das Ebenbürtigkeitsprinzip, das sich, wie Ernst Karl Winter, ausgehend vom Kaiserpaar, begründete, in vielen Ehen bewährt habe. Es könne eine Ehe aber auch *ad absurdum* führen: Daher müsse es, wie er mit Blick auf die von ihm gewünschte „moderne Monarchie“ – und

553 Zur elitenbildenden Komponente einer solchen Herkunft vgl. G. HARTMANN, Eliten, 225.

554 CS 17. 6.. 1934 (L. TEUFELSBauer).

555 K. SCHUSCHNIGG, Dreimal, 33; zu seiner Sozialisation vgl. GOLDINGER, Schuschnigg, 218 f.

556 SCHINDLER, Lehrbuch II, 353.

557 SCHINDLER, Lehrbuch III, 777; vgl. KUSTATSCHER, Haus und Familie, 160 f.

558 WALTERSKIRCHEN, Adel, 31, 34 und 54.

559 KOLB, Heirat, 107–109.

560 Zur Familienehre vgl. HANISCH, Konservatives und revolutionäres Denken, 177.

561 KOLB, Heirat, 110.

562 THIR, Frauengestalten 1, 43.

563 MESSNER, Ordnung, 242; vgl. PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 137.

564 LEB, Das Familienideal, 39.

565 MSchKP 2, 781–783 (K. LUGMAYER) ; BRINEK, Arbeiter, 102.

wohl auch allgemein – feststellte, zeitgemäß verjüngt werden.⁵⁶⁶ Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi machte sich Gedanken über die Gesetze der erotischen Anziehung: Je niedriger organisiert ein Mensch sei, umso leichter falle ihm die Gattenwahl; der höher organisierte Mensch hingegen finde schwerer einen adäquaten Partner.⁵⁶⁷

Diese Sicht der Ehe, die den innersten Kern ständischen Denkens trifft, entspricht personalistischer Philosophie.⁵⁶⁸ Dietrich von Hildebrand charakterisierte Ehe und Familie als nicht nur vitale, sondern geistige Gemeinschaften.⁵⁶⁹ Ausdrücklich unterschied er zwischen Familie und Sippe, welche Letztere eine lediglich in der vital-psychischen Sphäre verankerte Gemeinschaft sei.⁵⁷⁰ Noch weiter entwickelte diesen Gedanken Friedrich Heer, der „die Verteidigung des Menschen [...] als eine Verteidigung der Ehe“ begriff.⁵⁷¹ Ignaz Seipel nannte die Ehe die erste Stufe der Organisation der Menschheit⁵⁷², Hans Karl Zeßner-Spitzenberg propagierte diesen Gedanken vor 1934 als Funktionär katholischer Erziehungsvereine, später im BKR als Vertreter des Eltern- und Erziehungswesens.⁵⁷³

Urform der Gesellschaft und Staat im Kleinen

Die Ehe galt deshalb als so wichtig, weil sie die Familie begründete, wie besonders die katholische Kirche seit dem 19. Jahrhundert hervorhob: Für Bischof Wilhelm Emanuel von Ketteler⁵⁷⁴, Karl Freiherr von Vogelsang⁵⁷⁵, Franz Martin Schindler⁵⁷⁶ oder Albert M. Weiss⁵⁷⁷ war diese das Urbild des Staates. Familie und Staat seien die Folge des dem Menschen innewohnenden Sittengesetzes. Sie bildeten ein je eigenes Ganzes, und je mehr ein Mensch in dieses integriert sei, umso mehr Anteil habe er am Menschsein.⁵⁷⁸

⁵⁶⁶ HEINZ, E. K. Winter, 326.

⁵⁶⁷ COUDENHOVE-KALERGI, Ethik, 123.

⁵⁶⁸ SPAEMANN, Personen, 255.

⁵⁶⁹ v. HILDEBRAND, Memoiren, 188; SEIFERT, Dietrich von Hildebrand, 184 f.

⁵⁷⁰ v. HILDEBRAND, Memoiren, 196.

⁵⁷¹ Zit. nach ADUNKA, Friedrich Heer, 177.

⁵⁷² RENNHOFFER, Ignaz Seipel, 62 f.

⁵⁷³ K. P. ZEßNER-SPITZENBERG, Hans Karl, 24 f.; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 292; WOHNOUT, Traditionsreferat, 72.

⁵⁷⁴ GRAFENEDE, Arbeiterfamilie, 69; KRÜGER, Demokratisches und ständisches Denken, 331.

⁵⁷⁵ ALLMAYER-BECK, Vogelsang, 131 und 134.

⁵⁷⁶ SCHINDLER, Lehrbuch III, 758 f.

⁵⁷⁷ A. M. WEISS, Wesen, 24.

⁵⁷⁸ OTTEN, Die „Rettung“, 89; A. RAUSCHER, Die soziale Natur, 27; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 78.

Schindler und sein Schüler Seipel definierten Hausherrschaft als Sinnbild göttlicher Herrschaft.⁵⁷⁹ Das LThK/I nannte die Familie die „seins- und vernunftnotwendige Ursprungszelle der Gesellschaft oder der Menschheit“⁵⁸⁰, von der der Weg sodann über Nachbarschaft und Ortsgemeinschaft zur Stammesverbundenheit und Nation führe.⁵⁸¹ Die christliche Arbeiterbewegung vertrat ebenfalls ein sehr traditionales Familienbild.⁵⁸²

Für Anton Orel war die „institutionelle Verwirklichung“ der Familie Grundvoraussetzung für den Wiederaufbau der Ständeordnung.⁵⁸³ Eine in diesem Sinn organische Gesellschaftslehre vertraten auch Johannes Messner⁵⁸⁴ und August M. Knoll.⁵⁸⁵ Geradezu einen Schwerpunkt des Denkens bildete die Analogie von Familie und Staat/Gesellschaft bei den Ständetheoretikern, allen voran Oskar Zaglits⁵⁸⁶, Georg Moth⁵⁸⁷ und Friedrich von Weichs.⁵⁸⁸

Nicht minder präsent war das Thema in den Äußerungen der Mandatäre. Nach Walter Adam sollte die Familie als „Urform der menschlichen Gesellschaft“ dem Einzelnen die Möglichkeit geben, „zu höheren Formen menschlichen Lebens emporzusteigen“.⁵⁸⁹ Im Staat sah er „im Grunde doch eine große Familie, die durch sittliche Normen, durch bestimmte Ideale und durch eine politische Idee zusammengehalten wird“.⁵⁹⁰ Ähnlicher Formulierungen bedienten sich Richard Schmitz⁵⁹¹, Guido Zernatto⁵⁹², Ulrich Ilg⁵⁹³, Pius Fink⁵⁹⁴, Julius Raab⁵⁹⁵, Franz Hörburger⁵⁹⁶, Leopold Teufelsbauer⁵⁹⁷, Anton Thir⁵⁹⁸ oder Lois Weinberger.⁵⁹⁹

579 SCHINDLER, Lehrbuch III, 785; SEIPEL, Von der sozialen Liebe, 68–70.

580 LThK/I 9 (1937), 692–696 (G. GUNDLACH).

581 BUSSHOFF, Dollfuß-Regime, 179.

582 SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 33 f.

583 OREL, Ständeordnung, 44.

584 MESSNER, Ordnung, 76.

585 KNOLL, Das Ringen, 4 f.

586 ZAGLITS, Bewegung, 6.

587 MOTH, Neu-Österreich, 49.

588 v. WEICHS, Der Weg, 14 f.; vgl. NEGER, Verfassung, 32 f.

589 Zit. nach KRIECHBAUMER, Front, 62.

590 CS 23. 12. 1934 (W. ADAM).

591 R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 16.

592 ROSSBACHER, Dichtung, 555; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 66.

593 ILG, Uns alle, 6; vgl. KESSLER, Ulrich Ilg, 74.

594 FINK, Gemeinschaftsrente, 6 f.

595 RAAB, Ansichten, 113.

596 HÖRBURGER/SIMONIC, Lehrbuch II, 11.

597 CS 17. 6. 1934 (L. TEUFELSBÄUER).

598 THIR, Frauengestalten 1, 43.

599 KARLICK, Lois Weinberger, 22.

Am prägnantesten drückte sich Karl Lugmayer aus:⁶⁰⁰ „Ist die Familie krank, so kann der Staat nicht gesund sein.“⁶⁰¹ Für den personalistischen Philosophen war sie ein Teil jener Weltordnung, die er auch bei Konfuzius beschrieben fand: „Vom Herrn der Welt bis herunter auf den Mann aus dem Volk gilt das gleiche: Für alle ist die Veredelung des eigenen Lebens der Stamm. Dass einer, trotzdem der Stamm bei ihm in Unordnung ist, die Verzweigungen in Ordnung bringen könnte: das gibt es nicht. Wenn einer das, was ihm das Nächste ist, gleichgültig nimmt, so ist es ausgeschlossen, dass er das, was ihm ferner steht, wichtig nehme.“⁶⁰² Aus der deutschen Literatur zitierte er Schillers *Lied von der Glocke*⁶⁰³, jene Ballade, die auch der keineswegs kulturbeflissene Johann Blöchl zeit seines Lebens im Gedächtnis behielt, weil das darin beschriebene gesellschaftliche Muster für ihn Aktualität gewonnen habe.⁶⁰⁴

Als früher Vorläufer der hier referierten Gedanken ist der calvinistische Staatstheoretiker Johannes Althusius anzuführen, der die Familie als Grundeinheit des Soziallebens erachtete, als Erscheinungsform jenes Einfachen und Primären, dem Vorrang vor dem Zusammengesetzten gebühre und das daher spezifische Ordnungsgesetze fordern könne, die eine Herausnahme vom allgemeinen Souveränitätsgebot rechtfertigten, wie etwa das Subsidiaritätsprinzip. Ja noch mehr: Der Definition von Souveränität müsse die Untersuchung der Natur des Soziallebens vorausgehen.⁶⁰⁵

Diese Terminologie kehrt bei Hans Karl Zeßner-Spitzenberg wieder: Wo „die Familie dem Staat Pate steht“, trete auch das Wesen von dessen Souveränität am reinsten zutage. Als Beispiel für die hausrechtliche Struktur des Staates nannte er die Pragmatische Sanktion, die für ihn auch ein Aspekt von Legitimität war.⁶⁰⁶ Viel Raum verwendete er dafür, das „musterhafte Familienleben“ und das „ungetrübte Eheglück“⁶⁰⁷ des letzten Kaiserpaars als Beispiel gebend zu erklären.⁶⁰⁸

Leopold Engelhart akzentuierte die Affinitäten zwischen Familie und Gemeinwesen am Beispiel der jeweiligen Leitung: „Wo keine gegenseitige Be-

600 K. LUGMAYER, Linzer Programm, 49.

601 K. LUGMAYER, Grundrisse, 108.

602 K. LUGMAYER, Sein 2, 74 f.

603 K. LUGMAYER, Leos Lösung, 67.

604 BLÖCHL, Lebenserinnerungen, 15.

605 HÜGLIN, Föderalismus, 329 f.

606 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Legitimität, 163; Die Zukunft, 287 und 300.

607 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Kaiser Karl 1953, 84.

608 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Kaiser Karl 1953, 47; H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Kaiser Karl 1927, 141; H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Die kaiserliche Familie, 17; vgl. auch HEINZ, E. K. Winter, 325.

ziehung vorhanden ist, gibt es auch keine Führung.⁶⁰⁹ Gleich den Befugnissen des Vaters stamme Führertum von Gott, sei daher seinem Wesen nach naturrechtlich.⁶¹⁰ Richard Meister zitierte Cicero, der in *De re publica* den Staatslenker mit dem Hausvater und dessen spezielle Leistungen mit denen des *villicus* (Gutsverwalter) verglichen hatte.⁶¹¹ Johann Blöchl gestand, dass für ihn auch bei der Beurteilung politischer Partner die Frage eine Rolle spiele, ob einer ein gutes Familienleben führe oder nicht.⁶¹²

Das eben beschriebene Bild ist nicht das von Familienbeziehungen als Konstellation optimierbarer Eigeninteressen: Es wurden ausnahmslos Elemente gewürdigt, die über den wechselseitigen Vorteil hinausreichen. Dazu gehört es auch, die eigene Geschichte als die der eigenen Familie zu verstehen.⁶¹³ Wilhelm Röpke sprach von der Wichtigkeit der „Stammfamilien“: „Leute, die niemals auf ihre Ahnen zurückblicken, werden auch keine Gedanken für ihre Nachkommen haben.“⁶¹⁴ Er schätzte die Familie als organisch gewachsene Struktur, die sich durch Tugenden wie Solidarität und Respekt vor Kontinuität und Hierarchie auszeichne. Diese Tugenden bezeichnete er anfänglich als die „menschlichen“, ab den fünfziger Jahren als die „bürgerlichen“.⁶¹⁵

Grund genug, aus dem traditionellen Familienbegriff politische Weichenstellungen für die Zukunft abzuleiten.⁶¹⁶ Die Mandatare, die dies taten, redeten jener „Hausväterdemokratie“ das Wort, die es in der offiziellen ständischen Terminologie zwar nicht gab, die aber gleichwohl eine wichtige Stufe in der Gesellschaftsordnung darstellte.⁶¹⁷ Friedrich Funder trat gemäß einer Anregung Johannes Messners⁶¹⁸ für ein Wahlrecht „auf ethischen Grundlagen“ ein (Kap. 4.2), dem zufolge Familienerhalter, die für eine mehr als fünfköpfige Familie zu sorgen hatten, ein höheres Wahlrecht bekommen sollten.⁶¹⁹ Karl Lugmayers Verfassungsentwurf von 1933 forderte eine Zusatzstimme schon bei mehr als drei Kindern.⁶²⁰ Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi begründete dies damit, dass die Eltern ja nur anstelle ihrer

609 ENGELHART, Führertum, 11.

610 ENGELHART, Führertum, 15.

611 MEISTER, Der Staatslenker, 79.

612 BLÖCHL, Lebenserinnerungen, 83.

613 PRISCHING, Paradoxa, 262.

614 HABERMANN, Das Maß, 21.

615 MOOSER, Liberalismus, 144.

616 FINK, Gemeinschaftsrente, 7–9; RAAB, Ansichten, 114; PFARRHOFER, Friedrich Funder, 247.

617 GALL, Von der ständischen, 24; OESTREICH, Zur Vorgeschichte, 72.

618 PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 44.

619 FUNDER, Vom Gestern, 39; PFARRHOFER, Friedrich Funder, 173; vgl. WOHNOUT, Verfassungstheorie, 158.

620 PELINKA, Stand, 47.

altersbedingt noch nicht wahlberechtigten Kinder die Stimme abgäben; auf diese Weise würden sich die Stimmverhältnisse zugunsten jener verlagern, die mehr Verantwortung für die Zukunft empfinden als der Durchschnitt der Kinderlosen.⁶²¹ Julius Raab, geprägt von seinem katholisch-konservativen Elternhaus⁶²², sah in kinderreichen Familien das „Fundament eines gesunden Volks“. ⁶²³ Leopold Kunschak sprach sich für eine Bevorzugung kinderreicher Familien in der Wohnbaupolitik aus.⁶²⁴

Bundeskanzler Dollfuß hatte aufgrund seiner Herkunft (uneheliche Geburt) selbst zwar nie ein klassisches Familienleben kennen gelernt⁶²⁵, aber auch für ihn war die Familie die „Grundlage jeder Gesellschaft“. ⁶²⁶ Sein Nachfolger Kurt Schuschnigg dankte seinen Eltern dafür, dass sie ihm „das Paradies echten, glücklichen Familienlebens“ gewährt hätten.⁶²⁷ Eine seiner politischen Maximen lautete: „Was für den Einzelnen Elternhaus und engere Heimat ist, das bedeutet für die Gesamtheit das Vaterland.“⁶²⁸

Einzig Dietrich von Hildebrand stimmte in diesen Chor nur teilweise ein und rief zu einer differenzierten Beurteilung des Verhältnisses zwischen Familie und Gemeinwesen auf, weil jeweils andere Seiten des Menschen angesprochen seien.⁶²⁹ Das „Gemeinwohl“ könne sich nur auf den Staatsbürger, nicht auf die geistige Person beziehen.⁶³⁰

Das Erziehungsmonopol der Eltern

Aus dem bürgerlichen Verständnis der Familie wurde ein weit reichender Exklusivitätsanspruch abgeleitet. Anton Thir erläuterte, ausgehend vom Bericht über die Heilung der Tochter des Jäirus, Familienglück beruhe auf Liebe und Verschwiegenheit nach außen.⁶³¹ Als Jesus ins Haus der Kranken gekommen sei, habe er das lärmende Volk abgewiesen, denn in gesunden

621 COUDENHOVE-KALERGI, Held, 228; so auch Otto von Habsburg; BAIER/DEMMELE, Otto von Habsburg, 397.

622 SCHÖNNER, Julius Raab, 380.

623 RAAB, Ansichten, 21.

624 KRIECHBAUMER, Dieses Österreich, 328.

625 WALTERSKIRCHEN, Dollfuß, 66 f.; kritisch zur Idealisierung des Familienlebens DREIDEMY, Der Dollfuß-Mythos, 98–100.

626 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 193.

627 K. SCHUSCHNIGG, Dreimal, 33.

628 ADAM, Staatsprogramm, 104; HANISCH, Konservatives und revolutionäres Denken, 163; HANISCH, Die Politik, 23.

629 v. HILDEBRAND, Memoiren, 315.

630 v. HILDEBRAND, Memoiren, 259.

631 Mk 5,35–53; Lk 8,49–56; THIR, Frauengestalten 2, 75.

Tagen sei dieser kleine Kreis ohne andere Menschen zusammengehalten worden; die Familie solle daher auch in dem für sie besonders wichtigen Augenblick allein sein. Man müsse sein Herz nicht jedermann öffnen; schon das Kind solle lernen, dass das Elternhaus ein „Heiligtum für sich“ ist.⁶³²

Im Adel bezog sich dieser Gedanke auf die Großfamilie, eine klar definierte Gruppe, die dem Einzelnen solidarisch zur Seite steht.⁶³³ Guido Zernatto äußerte in einem Kommentar der Maiverfassung einen ähnlichen Gedanken mit Blick auf die Freiheit der Person, wobei er die Formulierung von der Wohnung des Bundesbürgers als dessen „Freistatt“ lobte.⁶³⁴ In der Wohnbaupolitik der dreißiger Jahre galten Einfamilienhäuser, die der Familie Zurückgezogenheit ermöglichten und sie vor fremden Einflüssen schützten, als Ideal.⁶³⁵

Auch die katholische Soziallehre veranschlagte den von den Eltern auf die Kinder ausgeübten Einfluss hoch.⁶³⁶ Anton Thir berief sich auf das Bibelwort „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen“; es könne aber Ausnahmen geben.⁶³⁷ Pius Fink ließ eine Romanfigur erklären: „Die beste Verbrechensbekämpfung durch die Öffentlichkeit ist die geistige Sorge für die Familie.“⁶³⁸ Leopold Kunschak führte den Verlust von „Heim und Familie“ als Ursache für die Entwurzelung der Arbeiter an.⁶³⁹ Wolfgang Höfler beschrieb die Familie als eine von wenigen personalen Institutionen, in denen sich noch ethische Werte vermitteln ließen.⁶⁴⁰

Otto Ender sprach im Dezember 1933 in seiner Weihnachtsbotschaft an die Vorarlberger vom „Lehr- und Erziehungsstand“: Zu diesem zählte er nicht nur professionelle Pädagogen, sondern auch die Eltern.⁶⁴¹ Franz Rehr⁶⁴² und Hermann Peichl⁶⁴³ legten auf ausdrückliche Abgrenzung der Kompetenzen Wert: Die Familie, hoben sie in Anlehnung an QA⁶⁴⁴ und im Gleichklang mit dem LThK/I⁶⁴⁵ hervor, habe vor dem Staat bestanden; die-

632 THIR, Frauengestalten 2, 79–83.

633 WALTERSKIRCHEN, Adel, 47 f.

634 ZERNATTO, Die Wahrheit, 119; zu den einschränkenden Klauseln dieses Artikels vgl. PUTSCHEK, Ständische Verfassung, 22.

635 VALLAZZA, „Wir bauen auf“, 289.

636 A. RAUSCHER, Die soziale Natur, 26.

637 THIR, Frauengestalten 1, 122.

638 FINK, Berge, 37.

639 REICHHOLD, Opposition, 64; vgl. DIAMANT, Katholiken, 184.

640 HÖFLER, Bleibende Stände, 35.

641 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 175.

642 CS 4. 2. 1934 (F. REHRL).

643 PEICHL, Der Altar, 136; SZ 19. 2. 1933 (H. PEICHL).

644 BEYER, Ständeideologien, 134.

645 LThK/I 9 (1937), 745–748 (A. SCHARNAGL).

ser, so der Schottenabt, ergänze die Arbeit der Eltern, könne sie aber nicht ersetzen und dürfe nicht in sie eingreifen.⁶⁴⁶

Fast identischer Formulierungen bedienten sich Wilhelm Schmidt SVD⁶⁴⁷, Franz Kolb⁶⁴⁸ und Richard Schmitz.⁶⁴⁹ Letzterer forderte 1935, die Schule müsse viel mehr als bisher „planmäßig mithelfen, die Familie zu schützen, zu fördern“.⁶⁵⁰ Unter „Erziehung“ sei „normalerweise“ die Erziehung durch die Familie zu verstehen.⁶⁵¹ Konstantin von Hohenlohe traf die Feststellung, der Staat habe die Familie nicht zu stören, in Zusammenhang mit seinem Plädoyer für das kirchliche Schulmonopol.⁶⁵² Auch Bundespräsident Miklas war ein Befürworter des Erziehungsmonopols der Eltern und der katholischen Kirche.⁶⁵³ Wilhelm Röpke befasste sich zwar nicht mit dem konfessionellen Thema, das Recht der Erziehung durch die Familie war aber auch für ihn unantastbar: Es könne nicht auf die Schule abgewälzt werden.⁶⁵⁴

Dass dieser Gedanke seit den zwanziger Jahren so sorgfältig kultiviert wurde, liegt daran, dass sich auch der Sozialismus im Bereich Erziehung sehr engagierte.⁶⁵⁵ Im NR erschienen zwischen 1926 und 1929 mehrere Beiträge von P. Zyrrill Fischer OFM über die besonders in Wien sehr starke sozialdemokratische Erziehungsbewegung *Kinderfreunde*.⁶⁵⁶ Die Artikelserie, deren Verfasser einer der führenden Kämpfer gegen den Nationalsozialismus – und von dessen Mächtigen entsprechend angefeindet – war⁶⁵⁷, wollte die Leser mit den Maximen sozialistischer Erziehung vertraut machen und zu entsprechenden Gegeninitiativen aufrufen.⁶⁵⁸ Eine solche konnte Fischer 1928 mit der damals zehn Jahre alten *Frohen Kindheit*, einer unpoli-

646 NR 25. 1. 1930 (H. PEICHL).

647 SZ 1. 3. 1931 (W. SCHMIDT SVD).

648 KOLB, Heirat, 131–133.

649 SZ 17.6. 1934 (R. SCHMITZ).

650 R. SCHMITZ, Die Bedeutung, 9.

651 R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 7 und 57; vgl. KLOTZ, Sturm, 41.

652 HOHENLOHE, Ständestaat, 15; vgl. GOBER, Schule, 72 f.; HANISCH, Konservatives und revolutionäres Denken, 169; KUSTATSCHER, Haus und Familie, 152 f.; SORGO, Schulpolitik, 123–125.

653 LANG, Bundespräsident Miklas, 95; er setzte sich auch für die konfessionelle Schule ein; EBD., 88.

654 HABERMANN, Das Maß, 21; SCHÜLLER, Wirtschaftshumanismus, 177 f.

655 R. SCHMITZ, Der Weg, 14.

656 Vgl. DROBESCH, Vereine, 1124; KLIBER, Quadragesimo anno, 353; SONNLEITNER, Widerstand, 89; THOMA, Mahner, 45 f.

657 BUCHMAYR, Der Priester, 154; CONNELLY, From Enemy, 112; EPEL, Österreicher 1, 14; KUGLER, Die frühe Diagnose, 20–105.

658 NR 13. 2. 1926, 20. 2. 1926, 7. 3. 1926, 13. 3. 1926, 3. 4. 1926; 24. 7. 1926; 26. 3. 1927, 2. 4. 1927, 16. 4. 1927, 23. 4. 1927; 6. 4. 1929, 13. 4. 1929 (Z. FISCHER OFM); auch Franz Brandl nahm die sozialdemokratische Konkurrenz zur katholischen Erziehungsarbeit als Bedrohung wahr; BRANDL, Kaiser, 373.

tischen Vereinigung von Eltern und Erziehern, vorstellen, die, ohne sich als gleichwertige Alternative zur Familie zu verstehen, katholische Erziehung außerhalb der Schule anbot.⁶⁵⁹ Zeit seines Lebens war er darauf bedacht, die Parallelen zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus hervorzuheben.⁶⁶⁰ Dasselbe tat – am Beispiel Familienfeindlichkeit – die SZ.⁶⁶¹ Kurt Schuschnigg hielt in einer Rundfunkansprache im Mai 1934, damals noch Unterrichtsminister, den Jugendlichen vor Augen: „Ihr gehört in erster Linie den Eltern.“⁶⁶²

Richard Meister rief historische Formen in Erinnerung, deren Chronologie einen langsamen Übergang von der Privatheit zur Öffentlichkeit dokumentiert.⁶⁶³ Ähnlich beschrieb Franz Martin Schindler das Werden der staatlichen Hoheit: Von der hausväterlichen Gewalt (Familie) über die des Patriarchen (Sippe) zur politischen Gewalt.⁶⁶⁴

Auf mögliche Nachteile wies Franz Hörburger hin, etwa „blinde Liebe und Überschätzung der eigenen Kinder“ oder unzureichende Bildungsmöglichkeiten. So werde die Schule zur „Erziehungs- und Bildungseinrichtung, die die Familienerziehung zu ergänzen berufen ist“.⁶⁶⁵ Im Bildungswesen glaubte auch Otto Ender auf einen „maßgebenden Einfluss“ des Staates nicht verzichten zu können.⁶⁶⁶ Pointierte Worte fand Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi: Die Familie sei ein „überpersönliches Individuum“, Familiensinn „überpersönlicher Egoismus“.⁶⁶⁷

Die größten Bedenken gegen zu viel Familiensinn hatte Margarete Rada: Sie bedauerte es keineswegs, dass der Schulunterricht die Kluft zwischen Eltern und Kindern vertiefte⁶⁶⁸ und dass Vereine dem Familienleben „einen starken Riss“ verursacht hätten.⁶⁶⁹ Bei den Erhebungen zu einer soziologisch-pädagogischen Studie über einen Wiener Arbeiterbezirk im Schuljahr 1926/27 hatte sie nicht jene weitgehend „heilen“ Familien kennengelernt, die dem traditionellen Familienbegriff zugrunde liegen, sondern soziales Elend. Sie wies darauf hin, dass die Kinder in den Vereinen gutes Benehmen

659 NR 31. 3. 1928, 7. 4. 1928 (Z. FISCHER OFM).

660 EPPEL, *Österreicher* 2, 333.

661 SZ 28. 2. 1937 (F. STURM).

662 Zit. nach GOBER, *Schule*, 204.

663 MEISTER, *Politische Bildung*, 98.

664 SCHINDLER, *Lehrbuch III*, 792.

665 HÖRBURGER/SIMONIC, *Lehrbuch II*, 69 f.

666 CS 4. 11. 1934 (O. ENDER).

667 COUDENHOVE-KALERGI, *Ethik*, 20.

668 RADA, *Proletariermädchen*, 78.

669 RADA, *Proletariermädchen*, 19.

lernten, während „auf der Gasse“ eher Verrohung eintrete.⁶⁷⁰ Die Bildungseinrichtungen hatten für sie daher eine weiter reichende Aufgabe als die Familie zu ergänzen: Im Proletariermilieu müssten sie diese ersetzen. Die prekären Verhältnisse, die Rada bei Besuchen in den Familien ihrer Schülerinnen zu sehen bekam, ließen sie „Respekt“ vor der Privatheit nicht als Ideal empfinden, vielmehr suchte eine bildungsoptimistische Philanthropin nach Wegen, Hilfe zu leisten. Sie verstand Pädagogik als Beitrag, die Menschen einer höheren Zivilisationsstufe zuzuführen. Wenn sie die Mädchen auch außerhalb der Schule systematisch beobachtete, so tat sie das nicht, um deren Freiheit einzuschränken, sondern um ihre Hilfe gezielter planen zu können⁶⁷¹, ausgestattet mit jener Nüchternheit, die durch Leopold Teufelsbauers Aussage, es gäbe bereits junge Menschen, die die Berechtigung des Familienlebens in Frage stellen und staatliche Erziehung forderten⁶⁷², als Sinn für die Realität ausgewiesen wird.

Am 14. April 1934 kam das Verhältnis zwischen Familie und Schule im Ministerrat zur Sprache, als eine Vertretung der Elternschaft im BKR zu Diskussion stand. Otto Ender hielt es für wünschenswert, die Familie zur Geltung zu bringen, Bundeskanzler Dollfuß präziserte aber, die Bestimmung dürfe sich nicht auf das Schulwesen beziehen. Kurt Schuschnigg hielt es für geradezu bedenklich, die Eltern in reinen Schulangelegenheiten mitreden zu lassen.⁶⁷³ Am Ende einigte man sich auf eine Vertretung der Elternschaft im BKR, es zählten aber nur die Eltern ehelicher Kinder.⁶⁷⁴

Die Frau als Hüterin personaler Werte

Rudolf Henz zeichnete die Familie als Ort der Geborgenheit und des Zusammenhalts.⁶⁷⁵ Eine theologische Begründung lieferte Anton Thir, der die Frau zum Angelpunkt machte.⁶⁷⁶ Er würdigte deren Rolle als Gehilfin des Mannes, Erzieherin der Kinder und Hort der christlichen Tugend.⁶⁷⁷ Im Besonde-

670 RADA, Proletariermädchen, 67.

671 RADA, Proletariermädchen, 1–4.

672 CS 17. 6. 1934 (L. TEUFELSHAUER).

673 PMR VIII/6, Prot. 938 (14. 4. 1934), 422.

674 DIE NEUE ÖSTERREICHISCHE VERFASSUNG, 10; KRAUS, „Volksvertreter“, 99.

675 WÖGERER, Innere Emigration, 118; diesbezüglich aussagekräftige Zitate bei GOBER, Schule, 167–169.

676 Zum Frauenbild des Ständestaates vgl. BANDHAUER-SCHÖFFMANN, Geschlechterdifferenzen, passim; JUFFINGER, Politischer Katholizismus, 69–72; LIEBHART, Vom Wesen (sehr politisch); TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 380–383.

677 Zur These von den einander ergänzenden, aber nicht gleichartigen Geschlechtern vgl. BANDHAUER-SCHÖFFMANN, Männerstaat, 257; KIRCHMAYR, Frauenpolitik, 28.

ren sah er die Aufgabe der Frau in der Gestaltung eines behaglichen Heims, in dem der Mann Kraft schöpfen könne, eine Form indirekter Unterstützung seiner Arbeit also.⁶⁷⁸ Franz Martin Schindler betonte die Gleichheit der in ehelicher Gemeinschaft Verbundenen und merkte ausdrücklich an, dass die Frau weder Sklavin noch Objekt des Mannes sei.⁶⁷⁹

Friedrich Funder war ein solches Refugium auch für sich selbst zu erhalten bestrebt, u. a. indem er Beruf und Privatleben nach Möglichkeit zu trennen versuchte. 1917, drei Jahre nach dem Tod seiner ersten Frau, heiratete er deren Kusine, die Mutter des 1918 geborenen Sohnes Wolfgang.⁶⁸⁰ Er hielt seiner ersten Frau sehr zugute, dass sie ihn auf allen Schwierigkeiten seines Lebens begleitet habe⁶⁸¹, aber er wollte auch seinen „Hausstand wieder aufrichten. Die drei hausfrauenlosen Jahre waren trübselig gewesen“.⁶⁸² Für Josef Bick stellte das harmonische Familienleben, dessen er sich erfreuen durfte, einen Kraft spendenden Ausgleich zu den Lasten des Berufs dar.⁶⁸³ Richard Schmitz hatte eine Frau, die für seine politische Tätigkeit viel Verständnis zeigte und durch ihr öffentliches Auftreten das offizielle Frauenbild festigte.⁶⁸⁴ Alois Schönburg-Hartenstein lobte seine Gemahlin dafür, dass sie ihm „gesellschaftlich geholfen“ und ihm nach langer Tagesarbeit behagliche Abende verschafft habe.⁶⁸⁵ Für Kurt Schuschnigg war die Möglichkeit, an den Wochenenden in Innsbruck bei seiner Gemahlin Geborgenheit zu finden, ein unvergessliches Glück: „Es ist etwas unbeschreiblich Rührendes um die anhängliche Liebe einer Frau.“⁶⁸⁶ Selbst Clemens Holzmeister beschrieb sein Familienleben als glücklich – trotz Scheidung der ersten Ehe, die er seinem unsteten Leben zuschrieb, und Wiedervermählung.⁶⁸⁷ Er blieb der Mutter seiner beiden älteren Kinder zeit seines Lebens in Respekt verbunden, bezeichnete aber auch die Kinder seiner Tochter aus zweiter Ehe als ein „wunderschöne(s) Glück“.⁶⁸⁸

678 Lk 14, 20; Gen 2,18; Ekk1 4, 9 ff.; THIR, Frauengestalten 2, 33–36.

679 SCHINDLER, Lehrbuch III, 760; diese Auffassung war in der Moraltheologie des 19. Jahrhunderts Gemeingut; KUSTATSCHER, Haus und Familie, 175; vgl. JUFFINGER, Politischer Katholizismus, 73–76.

680 PFARRHOFER, Friedrich Funder, 20.

681 FUNDER, Vom Gestern, 404.

682 FUNDER, Vom Gestern, 420.

683 GREGOR, Josef Bick, 42 f. Ähnlich die Äußerungen von Josef Eberle; HOFER, Joseph Eberle, 90.

684 BRAUN, Der politische Lebensweg, 95; BANDHAUER-SCHÖFFMANN, Mutteropfer, 65–67.

685 HOLUB, Fürst Alois Schönburg-Hartenstein, 136.

686 BINDER/H. SCHUSCHNIGG, „Sofort vernichten“, 253.

687 KNOFLER, Clemens Holzmeister, 17.

688 HOLZMEISTER, Architekt, 110.

Eduard von Baar-Baarenfels⁶⁸⁹ hatte seine Mutter als vorbildliche Gattin in Erinnerung, die in Grundsatzfragen sehr streng gewesen sei; sie habe „die Pflichten, die einer Offiziersfrau in damaliger Zeit oblagen, mit den Aufgaben gegen ihre Familie und mit der oft nicht geringen Arbeitslast, die ein größerer Haushalt erforderte, in vorbildlicher Weise in Einklang zu bringen verstanden“ und sei dem Vater eine hervorragende Stütze gewesen.⁶⁹⁰ Derlei Formen der Idealisierung von Frauen waren gerade im Adel weit verbreitet (nicht von ungefähr wurde Frauenemanzipation demselben Muster zugeordnet wie die Abschaffung der Adelsprivilegien⁶⁹¹); aber auch in anderen Schichten wurde vor allem die weibliche Opferwilligkeit geschätzt.⁶⁹²

Was im Adel recht war, musste im Kaiserhaus billig sein. In einem Nachruf auf Erzherzogin Marie Valerie, Tochter des Kaisers Franz Josef und Gemahlin von Erzherzog Franz Salvator von Österreich-Toskana, lobte das NR ihre Güte, Bescheidenheit und rastlose Tätigkeit als Hausfrau im Stil bürgerlicher Frauen.⁶⁹³ Friedrich Funder zitierte Erzherzog Franz Ferdinand mit der Aussage, seit er seine Frau besitze, „sei er vollkommen glücklich, und in seinem Heim finde er Trost für alle die Mühsale, die das Leben mit sich bringt“.⁶⁹⁴ Engagiert beschrieb Funder, wie Sophie 1908, zur Zeit der Annexion Bosniens, als besorgte „Familienmutter“ mit dem Chef der Militärkanzlei verhandelte.⁶⁹⁵ Einen ähnlichen Eindruck vermittelte ihm im September 1918 Kaiserin Zita.⁶⁹⁶

Dieselbe Einstellung herrschte im bürgerlichen Bereich: Florian Fördermayr beschrieb die Vorzüge der seit 1902 mit ihm verheirateten Frau damit, dass mit ihr „eine ebenso tüchtige, fleißige, umsichtige Hausfrau wie herzensgute Gattin“ auf seinen Hof gekommen sei⁶⁹⁷, eine Erfahrung, die sein politisches Handeln bestimmt habe.⁶⁹⁸

Leopold Teufelsbauer räumte ein, dass die Hochschätzung der Frau nicht dieser „an und für sich, sondern der [...] Mutter und Erzieherin des kommenden Bauerngeschlechts“ gelte.⁶⁹⁹ Anton Thir sprach – wie Engelbert Doll-

689 Der gleichnamige Vater Eduard Baars wurde nach ununterbrochener 40-jähriger Dienstzeit im österreichischen Militär am 14. Oktober 1913 in den Adelsstand (von Baarenfels) erhoben; Anita Korp, *Aufstieg*, 11.

690 Anita Korp, *Aufstieg*, 11.

691 HAUCH, *Vom Androzentrismus*, 353.

692 WALTERSKIRCHEN, *Adel*, 50 f.

693 NR 1. 11. 1924 (F. SCHNÜRER).

694 Zit. nach FUNDER, *Vom Gestern*, 378.

695 FUNDER, *Vom Gestern*, 304.

696 FUNDER, *Vom Gestern*, 431 f.

697 FÖDERMAYR, *Vom Pflug*, 12.

698 FÖDERMAYR, *Vom Pflug*, 236.

699 TEUFELSBAUER, *Landfrauenarbeit*, 1 f.; vgl. BANDHAUER-SCHÖFFMANN, *Männerstaat*, 256; RENNHOFFER, Ignaz Seipel, 241.

fuß⁷⁰⁰ – vom „Mutterberuf“, der gleich allen anderen nicht vom Menschen frei gewählt werden könne, sondern Gottes Wille sei. Mithilfe biblischer Beispiele entwarf er ein Bild, das Mutterschaft zum Stand werden ließ.⁷⁰¹ Im Rahmen feierlicher Begehungen des Muttertags wurde die unbezahlte Arbeit der Mütter ideologisch zum Opfer überhöht.⁷⁰²

Aus der eben beschriebenen Mentalität resultierte eine Politik, die weibliche Berufstätigkeit einzuschränken versuchte.⁷⁰³ Otto Ender hielt es für eine der Errungenschaften der Maiverfassung, die Frau der Familie „zurückgegeben“ zu haben.⁷⁰⁴ Deren Art. 16 („Frauen haben die gleichen Rechte und Pflichten wie die Männer, soweit nicht durch Gesetz anderes bestimmt ist“⁷⁰⁵) wurde faktisch also als gegenstandslos erklärt.⁷⁰⁶ Kurt Schuschnigg nahm die Stimmen gegen die weibliche Berufstätigkeit zum Anlass, „die frauliche Sorge, frauliche Karitas, frauliche Hilfe – und ich möchte fast sagen – ideales Frauentum“ davor zu bewahren, „in die verzerrten Niederungen des Alltagskampfs herab[zu]steigen“.⁷⁰⁷

Leopold Kunschak, der Vertreter der christlichen Arbeiterbewegung, sprach von „Hingebung“ der Frau zwecks Erhaltung der Familie als Keimzelle der Gesellschaft.⁷⁰⁸ Er teilte nicht die liberale Auffassung von der Familie als „Kerker der Frau“, die sich auch der Kapitalismus zu Eigen gemacht habe. Dass nunmehr [sc. 1937, E. K.] fast die Hälfte aller Beschäftigten Frauen seien, könne „nur als in jeder Hinsicht unnatürlich und ungesund bezeichnet werden“⁷⁰⁹, als „sendungswidrig“ und dem staatlichen und gesellschaftlichen Interesse nicht dienend.⁷¹⁰ Kunschak bezog sich hierbei nicht allein auf die Mütter, sondern auch auf die unverheirateten Frauen, die, soweit berufstätig, den Männern Arbeitsplätze wegnähmen.⁷¹¹

700 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 193.

701 THIR, Frauengestalten 2, 293.

702 BANDHAUER-SCHÖFFMANN, Mutteropfer, 61–64; BANDHAUER-SCHÖFFMANN, Männerstaat, 271–273; GRAFENEDER, Arbeiterfamilie, 74 und 77; HAUCH, Vom Androzentrismus, 361.

703 Diesbezüglich stellvertretend für viele: H. SCHMITZ, Die berufsständische Ordnung, 10 f.

704 KRAUS, „Volksvertreter“, 181; SELIGER, Scheinparlamentarismus, 223.

705 DIE NEUE ÖSTERREICHISCHE VERFASSUNG, 37; DIAMANT, Katholiken, 244.

706 Dies gestanden selbst systemnahe Kommentatoren ein; FROEHLICH, Die Verfassung 1934, 60; zu den daraus sich ergebenden gesetzlichen Möglichkeiten vgl. PUTSCHEK, Ständische Verfassung, 20.

707 K. SCHUSCHNIGG, Österreichs Erneuerung, 173.

708 KUNSCHAK, Frauenfrage, 17; vgl. ENNSMANN, Frauenpolitik, 7 und 196; ERNEGGER, Staatliche Sozialpolitik, 149; GRAFENEDER, Arbeiterfamilie, 77.

709 KUNSCHAK, Frauenfrage, 27 f.

710 KUNSCHAK, Frauenfrage, 37.

711 KUNSCHAK, Frauenfrage, 41; vgl. GRANTL, Arbeitsschlacht, 8; SENFT, Im Vorfeld, 67.

Franz Martin Schindler hatte der „Stellung der Frau im gegenwärtigen Gesellschafts- und Erwerbsleben“ gut vier Seiten seines noch vor dem Ersten Weltkrieg erschienenen Handbuchs gewidmet, in vornehmlich deskriptiver Form und um eine vorsichtig-neutrale Ausdrucksweise bemüht. Er erwähnte auch die „Frauenemanzipationsbewegung“: Eine „gemäßigte“ Richtung innerhalb derselben „legt das Schwergewicht auf eine den modernen Verhältnissen der Frauen angepasste Erweiterung des Erwerbsrechts und daher zugleich des Bildungsrechts der Frau“. Als „radikal“ bezeichnete er völlige Gleichstellung der Geschlechter im öffentlichen und privaten Leben, gleiche politische Rechte, Befreiung von der Unterordnung unter den Gatten. Alles in allem bedeutete auch für ihn Gattin und Mutter zu sein „das irdische Durchschnittsziel des Frauenlebens“. Der Schöpfer habe an Ehe und Familie die Erhaltung der Menschheit geknüpft; die Frau erfülle in der Familie eine Aufgabe, die ebenso wichtig sei wie die des Mannes in der Gesellschaft. Auch bezeichnete er die Familie als „eine wesentlich monarchische Institution und ihr geborener Monarch ist der Mann“. Durch Teilnahme am öffentlichen und am Erwerbsleben müsste die Frau ihre häuslichen Pflichten vernachlässigen, die Kinder hätten Nachteile, die größer seien als die Vorteile der Gesellschaft. Gleichwohl könne eine gemäßigte Richtung der Frauenbewegung innerhalb gewisser Grenzen gebilligt werden, u. a. wenn den Männern dadurch nicht Arbeit entzogen werde, die sie zur Familiengründung bräuchten. Nicht übersehen werden sollte Schindlers Sorge um schonende Bestimmungen für Frauen, die dem Respekt vor der Frau und ihrer Psyche geschuldet waren.⁷¹²

Ignaz Seipel entwickelte diese Gedanken evolutionär weiter, bis hin zum Gedanken der Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung der Geschlechter im gesellschaftlichen Leben.⁷¹³ Das NR ließ zu wiederholten Malen Vertreter traditioneller Positionen zu Wort kommen.⁷¹⁴ Solche gab es auch in den Reihen der Frauen selbst, wie beispielsweise Lola Marschall, die in der außerhäuslichen Frauenarbeit einen Aspekt sozialistischer Politik erkannte.⁷¹⁵

Sofern Frauenarbeit gutgeheißen wurde, musste sie sich, wie ebenfalls Schindler ausführte, auf Berufe beschränken, in denen „Mütterlichkeit“ zählte, das Kennzeichen der echten Frau. Als deren natürlichem Wesen

712 SCHINDLER, Lehrbuch III, 769–771.

713 LIEBMANN, Seipels Frauenbild, 254 und 258–260. Restriktiv hingegen die Interpretation des Brixner Weihbischofs Sigismund Waitz, der Frauenbildung und Frauenstudium jedoch ausdrücklich befürwortete: Außerhäusliche Erwerbsarbeit der Frauen akzeptierte er allenfalls als Notlösung; auch dem Frauenwahlrecht stand er skeptisch gegenüber; KOGLER, Sigismund Waitz, 298 f., 301, 307 f. und 313–315.

714 NR 21. 6. 1930 (H. GETZENY).

715 NR 30. 3. 1929 (L. MARSCHALL).

entsprechend galten Tätigkeiten in Erziehung, Unterricht, Pflege oder Fürsorge. Anders als im nationalsozialistischen Deutschland, wo allein die biologische Fortpflanzung zählte, wurde Mutterschaft in Österreich als seelisch-geistige Konstitution der Frau verstanden, die in Opferbereitschaft, Duldung etc. zum Ausdruck komme⁷¹⁶; zu Schlüsselbegriffen wurden „das Pfleghafte“ und „Frauentum“.⁷¹⁷ Hans Karl Zeßner-Spitzenberg verbreitete derlei Gedanken 1918–1938 als ehrenamtlicher Dozent an der *Sozialen Frauenschule*, in der Fürsorgerinnen herangebildet wurden.⁷¹⁸ Leopold Figl hielt zeit seines Lebens an der Idee der geistigen Mutterschaft fest.⁷¹⁹

Eine wichtige Rolle wurde den Lehrerinnen beigemessen.⁷²⁰ Gleichwohl erhielten sie in den dreißiger Jahren kein günstiges Dienstrecht.⁷²¹ Im Sinn der zuteilenden Gerechtigkeit⁷²² (Kap. 5.4) lehnte etwa Franz Martin Schindler die Forderung nach gleichem Lohn wie für den Mann ab, nicht aber die nach „gerechtem“ Lohn.⁷²³ Josef Bick nannte auch den Bibliothekarsberuf einen „dem weiblichen Wesen entsprechenden“. Selbst im Denken dieses Mandatars, den sein beruflicher Alltag häufiger als andere mit Akademikerinnen, wie es sie seit dem frühen 20. Jahrhundert – gerade in den Geisteswissenschaften – in wachsender Anzahl gab⁷²⁴, in Berührung brachte, scheint eine gewisse Nähe von berufstätiger Frau und „Hilfskraft“ lange erhalten geblieben zu sein.⁷²⁵

Sogar der die genannten Zeitgenossen an Weite des Horizonts fraglos übertreffende Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi bedauerte, dass die Wirtschaftslage die Frau zu außerhäuslicher Erwerbstätigkeit zwingt, denn auch er war überzeugt: „Der Urberuf der Frau ist die Mutterschaft.“⁷²⁶ Auch er definierte weibliches Wesen vornehmlich über soziale Tätigkeiten, er sprach sich allerdings dafür aus, dass sich Frauen, die über besondere geistige Gaben verfügen, mit den Männern messen sollten.⁷²⁷ Die Forderung

716 GRAFENEDER, Arbeiterfamilie, 69 und 78–80; BANDHAUER-SCHÖFFMANN, Männerstaat, 275–259; KIRCHMAYR, Frauenpolitik, 26; RATZENBÖCK, Mutterliebe, 28.

717 H. DACHS, Das Frauenbild, 89; ENNSMANN, Frauenpolitik, 59 und 164; JUFFINGER, Politischer Katholizismus, 88–90; SCHRETTTER, Das ideologische Nahverhältnis, 87–90.

718 K. P. ZEßNER-SPITZENBERG, Hans Karl, 57; FUX, Für Christus, 25.

719 FIGL, Ansichten, 180; vgl. ENNSMANN, Frauenpolitik, 8; KIRCHMAYR, Frauenpolitik, 29; TÁLOS, Handbuch, 282 (G. HAUCH).

720 ENNSMANN, Frauenpolitik, 197.

721 H. DACHS, Das Frauenbild, 91–93.

722 SCHINDLER, Lehrbuch III, 797.

723 SCHINDLER, Lehrbuch III, 772.

724 TÁLOS, Handbuch, 92 f. (W. HEINDL).

725 BICK, Bibliotheken, 106.

726 COUDENHOVE-KALERGI, Held, 208.

727 COUDENHOVE-KALERGI, Totaler Mensch, 123; COUDENHOVE-KALERGI, Held, 200.

nach mehr politischem Einfluss begründete er mit der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Hausarbeit und – wichtiger – damit, dass Frauenpolitik auch Friedenspolitik sei.⁷²⁸ Mit der ihm eigenen begrifflichen Schärfe resümierte er: „Während die Frauenassimilation eine Katastrophe ist, bedeutet die Frauenemanzipation die Eroberung der Gleichberechtigung der Frau als Gegengewicht zum einseitig männlichen Geist, ein Glück [...] für die gesamte Menschheit.“⁷²⁹

Die Sozialgesetzgebung der dreißiger Jahre war ausschließlich am Mann als Familienerhalter orientiert.⁷³⁰ Die Lage der Frauen am Arbeitsmarkt verschlechterte sich drastisch⁷³¹, und soweit sie arbeiteten, verdienten sie deutlich weniger als die Männer.⁷³² Auch von restriktiven Maßnahmen im Bereich der Arbeitslosenfürsorge waren sie stärker betroffen als diese.⁷³³

Von hoher Tragweite war die sogenannte Doppelverdienerverordnung vom 15. Dezember 1933, durch die Frauen aus dem Bundesdienst ausscheiden mussten, wenn das Einkommen des Mannes eine gewisse Höhe überschritt.⁷³⁴ Fernziel war ein generelles Verbot verheirateter Frauen im öffentlichen Dienst.⁷³⁵ Die Verordnung war sehr umstritten; für ihre Abschaffung traten nicht nur Frauenorganisationen⁷³⁶ und Gewerkschafter ein, etwa Hermann Struber⁷³⁷, sondern auch konservative Wirtschaftswissenschaftler wie Ferdinand Degenfeld-Schonburg hatten Bedenken, besonders mit Blick auf die Akademikerinnen, die in manchen Bereichen unverzichtbar seien.⁷³⁸ Struber äußerte auch Vorbehalte gegen Nebenbeschäftigungen bei Männern, die in vielen Fällen zu Ungerechtigkeiten führten. Rund ein Jahr vor dem Erlass der Verordnung hatte er zu einem maßvollen Vorgehen zumal in Fällen gemahnt, in denen das geringe Einkommen des Mannes die Berufstätig-

728 GEHLER, *Der lange Weg* 2, 64–66.

729 Zit. nach GEHLER, *Der lange Weg* 2, 63.

730 GEIDER, *Sozialabbau*, 90–93; GRAFENEDER, *Arbeiterfamilie*, 59.

731 ENNSMANN, *Frauenpolitik*, 137.

732 GRAFENEDER, *Arbeiterfamilie*, 58.

733 ENNSMANN, *Frauenpolitik*, 103; ERNEGGER, *Staatliche Sozialpolitik*, 145; GRANTL, *Arbeits-schlacht*, 13; PASTEUR, *Kruckenkreuz*, 163–169.

734 BANDHAUER-SCHÖFFMANN, *Männerstaat*, 254; BEI, *Austrofaschistische Geschlechterpolitik*, passim; ENNSMANN, *Frauenpolitik*, 10 und 33–57; ERNEGGER, *Staatliche Sozialpolitik*, 142–144; GRAFENEDER, *Arbeiterfamilie*, 72 und 78; HAUCH, *Vom Androzentrismus*, 357 f.; KIRCHMAYR, *Frauenpolitik*, 50–53; TÁLOS, *Zum Herrschaftssystem*, 160; TÁLOS, *Herrschaftssystem* (2013), 383 f.

735 GEIDER, *Sozialabbau*, 69.

736 Viele räumten aber ein, dass außerhäusliche Erwerbsarbeit als Missstand zu betrachten sei; BANDHAUER-SCHÖFFMANN, *Männerstaat*, 273–275; KIRCHMAYR, *Frauenpolitik*, 84–86.

737 STRUBER, *Österreichs Wiederaufbau*, 24.

738 MSchKP 1, 311 (F. DEGENFELD-SCHONBURG).

keit der Frau zu einer Notwendigkeit mache. Sein Fazit lautete: „Die ganze Frage wird allerdings auf gesetzlichem Wege schwer zu regeln sein. Es sollten aber die betreffenden Personen aus eigenem sozialem und rechtlichem Empfinden heraus den Platz freimachen, um nicht mitschuldig zu werden an der Not und dem Elend so vieler Familien.“⁷³⁹

Julius Raab brachte die Berufstätigkeit von Müttern in Zusammenhang mit steigender Kriminalität⁷⁴⁰, andere Mandatare mit dem zeittypischen Phänomen des Geburtenrückgangs.⁷⁴¹ Rudolf Henz wies Interpretationen desselben als kulturellen Fortschritt⁷⁴² zurück⁷⁴³, Friedrich Funder deutete ihn als Ausdruck religiösen und sittlichen Verfalls der Gesellschaft⁷⁴⁴, die konservative Presse dachte über Gegenmaßnahmen nach.⁷⁴⁵ Auch Leopold Kunschak bereiteten die sinkenden Geburtenraten Sorge, insbesondere dass sie nicht mehr, wie noch vor dem Krieg, vornehmlich in den Kreisen der Besitzenden und Gebildeten, sondern auch in den Arbeiterfamilien festzustellen seien.⁷⁴⁶ Die zunehmende Ehelosigkeit führte er nicht nur auf Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot zurück, sondern auch auf die auf Vergnügen bedachte „moderne Lebensauffassung und Lebensführung“.⁷⁴⁷

Auch Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi interpretierte die sinkenden Geburtenzahlen in Europa nicht nur als Ausdruck von Rationalismus, sondern auch von Eudämonismus und Egoismus.⁷⁴⁸ Richard Schmitz zufolge fehle bei Kinderlosigkeit ein wesentlicher Bestandteil der Ehe.⁷⁴⁹ Die „Erschütterung des Familienlebens“, eine der Hauptursachen für die gegenwärtige Krise, verdichte sich in Konkubinat und Verhütung.⁷⁵⁰ Dieselbe Ansicht vertrat Friedrich Funders *Reichspost*.⁷⁵¹ Franz Hörburger und Karl Lug-

739 STRUBER, Österreichs Wiederaufbau, 63 f.

740 RAAB, Ansichten, 144.

741 Zur allgemeinen Klage darüber vgl. KIRCHMAYR, Frauenpolitik, 27; TALOS, Herrschaftssystem (2013), 385; für Italien THÖNDL, Oswald Spengler, 109–113; AZZARO, Deutsche Geschichtsdenker, 650.

742 In der Arbeiterschaft glaubte man, dass eine Beschränkung der Kinderzahl eine höhere Lebensqualität bedeute; RATZENBÖCK, Mutterliebe, 35.

743 HENZ, Österreich, 61 und 66; zum Hintergrund vgl. BANDHAUER-SCHÖFFMANN, Mutteropfer, 68.

744 PFARRHOFER, Friedrich Funder, 154 f.

745 SZ 2. 2. 1936 (F. STURM).

746 KUNSCHAK, Frauenfrage, 4–7.

747 KUNSCHAK, Frauenfrage, 10–13.

748 COUDENHOVE-KALERGI, Held, 142.

749 ENNSMANN, Frauenpolitik, 43.

750 R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 56; vgl. ERNEGGER, Staatliche Sozialpolitik, 143; ENNSMANN, Frauenpolitik, 5 f.

751 ENNSMANN, Frauenpolitik, 53.

mayer waren in dieser Frage ebenfalls sehr streng: Der Pädagoge diagnostizierte „seelische Verarmung der Menschen“⁷⁵², der Philosoph und Soziologe legte der außer Haus arbeitenden Frau Gewinnsucht zur Last, die den Lohn dem Sittengesetz überordne.⁷⁵³ Von protestantischer Seite kamen weniger explizite Stellungnahmen zu diesem Thema, implizit lassen aber auch Erich Stoekls Äußerungen einen weltanschaulichen Gleichklang erkennen.⁷⁵⁴ Guido Zernatto führte später, hierbei mit Wohlwollen an den Ständestaat zurückdenkend, die vor allem im begüterten Mittelstand beobachtete „Angst vor dem Kind“ auf simple Bequemlichkeit zurück.⁷⁵⁵ Der konservativ-liberale Ökonom Wilhelm Röpke nannte die fehlende Bereitschaft, Kinder in die Welt zu setzen, ein „Ausweichen vor dem Leben mit seinen Bindungen, Härten, Pflichten und Risiken“.⁷⁵⁶

Die Politik der dreißiger Jahre schloss unverheiratet zusammenlebende Personen von jeglicher Förderung aus⁷⁵⁷, prämierte hingegen Mütter mit mindestens drei Kindern.⁷⁵⁸ Ein Antrag von Frauenvereinen auf Einrichtung einer Hauswirtschaftskammer wurde allerdings abgelehnt.⁷⁵⁹ Bereits 1931 hatte Bartholomäus Fiala in der Reihe der von ihm konzipierten Ständekammern als eine besonders wichtige „die Kammer des Hausstandes“ genannt, „bei der jene Personen inkorporiert sind, die eine selbständige Hauswirtschaft führen. Es wird diese Kammer geradezu zu einer Frauenkammer werden“.⁷⁶⁰ Auch Oskar von Hohenbruck zeigte Verständnis für den Wunsch, einen Berufsstand der Hausfrauen zu gründen, weil „Hausfrauenstolz“ für ihn alle Merkmale eines Berufs hatte und er allenthalben „Hausfrauenstolz“ wahrnehme. Letztendlich hatte für ihn aber der Gedanke der Dominanz des männlichen Familienoberhaupts, von dem alle anderen Familienmitglieder abhängig seien, Vorrang.⁷⁶¹ Geradezu empört vermerkte Hermann Stipek, dass „ein so gewiegter Staatsrechtler wie Merkl“ die Schaffung eines Berufsstands der Hausfrauen für möglich halte.⁷⁶²

752 HÖRBURGER, Geschichte, 147.

753 K. LUGMAYER, Leos Lösung, 67.

754 STOEKL, Die evangelische Kirche, 16.

755 ZERNATTO, Die Wahrheit, 88.

756 HABERMANN, Das Maß, 150.

757 ENNSMANN, Frauenpolitik, 29.

758 BANDHAUER-SCHÖFFMANN, Mutteropfer, 69; ENNSMANN, Frauenpolitik, 27 f.; GRAFENEDER, Arbeiterfamilie, 70.

759 BANDHAUER-SCHÖFFMANN, Männerstaat, 255; ENNSMANN, Frauenpolitik, 11 und 30–32; JUFFINGER, Politischer Katholizismus, 96; KIRCHMAYR, Frauenpolitik, 53–57; SENFT, Im Vorfeld, 67.

760 FIALA, Die berufständische Organisation, 6.

761 v. HOHENBRUCK, Zur Frage, 9 f.

762 STIPEK, Das Werden, 20; vgl. HAUCH, Vom Androzentrismus, 364; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 126 f.

Im BKR war keine Frau zur Wahrung der Interessen der Mütter vertreten.⁷⁶³ Die Frauen sollten mit den innerhalb der VF bestehenden, vornehmlich von Aristokratinnen getragenen⁷⁶⁴ Einrichtungen das Auslangen finden: Im März 1934 wurde zu Zwecken der Beratung, aber auch der Propaganda ein *Mutterschutzwerk*, im Sommer 1934 auch ein *Frauenreferat* gegründet, Letzteres in Anlehnung an faschistische Vorbilder.⁷⁶⁵ Am Muttertag des Jahres 1937 versprach Bundeskanzler Schuschnigg, seine Regierung werde sich um eine Erweiterung der Wirkungsmöglichkeit des *Mutterschutzwerkes* bemühen.⁷⁶⁶ Das *Frauenreferat* sollte die politischen Interessen der Frauen wahrnehmen, faktisch lag der Schwerpunkt jedoch auf Sozialarbeit.⁷⁶⁷ In den 1990er-Jahren durchgeführte Interviews mit Frauen aus der Mittelschicht, geboren zwischen 1899 und 1919, ergaben, dass die Erinnerung an diese Einrichtungen im hohen Alter nicht mehr vorhanden war.⁷⁶⁸

Frauenfreundliche Positionen

Es fehlte auch in konservativen Kreisen nicht an Politikern mit nüchternem Blick für die soziale Realität. Einen solchen besaß etwa Karl Lugmayer – der sich folglich Zugeständnisse abnötigen ließ: Soweit eine Frau an ihren häuslichen Pflichten festhalte, dürfe ihr eine außerhäusliche Erwerbsarbeit nicht verwehrt sein.⁷⁶⁹ Denn wie Leopold Kunschak wusste auch er, dass die niedrigen Einkommen der Männer die Frauenarbeit geradezu zu einer Notwendigkeit machten.⁷⁷⁰ Franz Kolb erwähnte – kommentarlos – eine bald nach dem Ersten Weltkrieg entstandene Organisation katholischer Arbeiterinnen, den *Verband der erwerbstätigen katholischen Frauen und Mädchen*.⁷⁷¹

Einen weiten Horizont in der Frauenfrage gab Franz Karl Ginzkey zu erkennen, der einen seiner Romanprotagonisten tiefe Zuneigung zu einer Klavier- und Sprachlehrerin fassen ließ. In einem in einer Frauenzeitschrift

763 ENNSMANN, Frauenpolitik, 12.

764 KIRCHMAYR, Frauenpolitik, 33–35.

765 BANDHAUER-SCHÖFFMANN, Männerstaat, 261–267; ENNSMANN, Frauenpolitik, 18–26; GRAFENEDER, Arbeiterfamilie, 76; HAUCH, Vom Androzentrismus, 360; KIRCHMAYR, Frauenpolitik, 31 und 40–44; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 386–393.

766 K. SCHUSCHNIGG, Österreichs Erneuerung, 174.

767 ENNSMANN, Frauenpolitik, 19 und 24; GRAFENEDER, Arbeiterfamilie, 75; KIRCHMAYR, Frauenpolitik, 37–39.

768 KIRCHMAYR, Frauenpolitik, 82.

769 K. LUGMAYER, Leos Lösung, 64.

770 KUNSCHAK, Frauenfrage, 35.

771 KOLB, Dr. Hans Gamper, 119.

veröffentlichten Aufsatz äußert diese Frau ihre Gedanken zur Selbständigkeit und zur „wichtigen“ Zukunft der modernen Frau. Der Mann empfindet Bewunderung, aber zugleich Unbehagen, weil sie nicht den Typus der nur anschniegenden Frau verkörpert. Ihre (kranke) Mutter, eine Witwe, lässt der Dichter sagen: „Was etwa an alten Idealen verloren geht, die ohnehin meist nur in den Augen der Männer bestanden, wird reichlich aufgewogen durch das, was wir Großes und Schönes erreichen werden.“⁷⁷²

Diese Stimme verlieh der Dichter einer Frau, die ihrer Zeit voraus war, denn in den dreißiger Jahren waren die meisten Frauen politisch desinteressiert. Im Mittelpunkt des Lebens standen die Familie, die Angst vor dem Nationalsozialismus, die Gräueltaten des Bürgerkriegs.⁷⁷³ Für alle war eine strenge Rollenaufteilung in den Familien selbstverständlich.⁷⁷⁴ So wird nachvollziehbar, warum selbst die Sozialdemokraten, die ja in ihren Parteiprogrammen das Recht der Frau auf Arbeit forderten, dieses in der Praxis kaum geltend machten.⁷⁷⁵ 1930 erklärten in Arbeiterkreisen 95 Prozent der verheirateten Frauen, sie würden zu Hause bleiben, wenn das Einkommen des Mannes dies erlaubte, ja sie wünschten sich, immer bei den Kindern sein zu dürfen.⁷⁷⁶

Ein Ansatz, der das Attribut „feministisch“ beanspruchen könnte, findet sich bei Margarete Rada, die ihre bereits erwähnte sozialpädagogische Studie über Proletariermädchen mit der Bemerkung einleitete, dass bisherige Untersuchungen nur der männlichen Jugend gegolten hätten.⁷⁷⁷

Eine weitere die rigiden Muster der Männergesellschaft sprengende, allerdings konservative Akademikerin war Maria Maresch, die 1919 als erste Frau den Rang eines Sektionsrats im Unterrichtsministerium erlangte. Für die Verfasserin einer Monographie über Katharina von Siena (als Dissertation) stellte das Verhältnis der Geschlechter kein Problem dar. Sie beschrieb es mit den Worten Gottes an die Heilige: „Vor mir gibt es nicht Mann noch Weib, weil ich der Allmächtige bin!“ Katharina erschien ihr durch ihren Einsatz für die Gerechtigkeit und gegen die Gewalt als Vorbild für alle Frauen geeignet. Als deren kennzeichnende Merkmale nannte Maresch „Hingabe“ und „Dienst für die Gesamtheit“. Durch Einsatz für eine „schöpferische Berufspolitik“ könnten die Frauen viel zur Überwindung der Arbeitslosigkeit beitragen – allerdings nicht durch Verzicht auf Berufstätigkeit, zumal in

⁷⁷² GINZKEY, Jakobus, 167 f.

⁷⁷³ KIRCHMAYR, Frauenpolitik, 63–74.

⁷⁷⁴ KIRCHMAYR, Frauenpolitik, 92–99.

⁷⁷⁵ RATZENBÖCK, Mutterliebe, 30.

⁷⁷⁶ RATZENBÖCK, Mutterliebe, 47.

⁷⁷⁷ RADA, Proletariermädchen, 1.

höheren Positionen.⁷⁷⁸ 1930 hatte Maresch einen größtenteils von weiblichen Autoren gestalteten Sammelband zu Thema *Neue Jugend, ein Buch der Lebensgestaltung für junge Mädchen* herausgegeben, der die katholische Familie gegenüber sozialistischen Modellen verteidigte. Außerhäusliche Arbeit der Frauen wurde gutgeheißen, allerdings nicht ohne auch der Schulung zum „Hausfrauen- und Mutterberuf“ einen hohen Stellenwert einzuräumen.⁷⁷⁹ Gertrud Herzog-Hauser, eine Verfechterin der Gleichwertigkeit, nicht Gleichartigkeit der Geschlechter⁷⁸⁰, verfasste für das NR eine sehr zustimmende Rezension.⁷⁸¹

Maria Maresch war trotz aller Bekenntnisse zur Berufstätigkeit in der Tat auch die Anwältin jener, die sich für die Hausfrauenarbeit entschieden; dieser Tätigkeit bescheinigte sie hohen volkswirtschaftlichen Wert.⁷⁸² Sie versuchte ihn sogar sehr großzügig in Geld auszudrücken, hob aber auch ideelle Faktoren hervor, etwa die Rolle der Frau als Erzieherin der Kinder und als Vorstand eines geordneten Haushaltes. Daraus leitete sie die Forderung nach Berücksichtigung der Frauen im ständischen Aufbau ab.⁷⁸³

6.7 Heimatbewusstsein versus Nationalismus

Patriotismus als Personalismus und das Problem der Nation

1925 erklärte Ignaz Seipel auf einer Veranstaltung des *Reichsbundes christlicher Frauen*, es sei deren Aufgabe, den Patriotismus zu pflegen.⁷⁸⁴ Im gegebenen Kontext ist das Thema deshalb von Belang, weil zwischen Heimatbewusstsein und Standesbewusstsein ein Nexus besteht. So etwa war die Bezeichnung „Nation“ für einzelne Stände bereits im 18. Jahrhundert üblich.⁷⁸⁵ Das Gemeinsame liegt in der Konstituierung einer *in-group*.⁷⁸⁶ Für August Zell war es ein Gesetz der Natur, dass sich Stand und Heimat „durch gleiche Ideen und Gefühle, Pflichten und Rechte“ definierten; er nannte „Heimat-, Volks- und Ständegedanken“ in einem Atemzug.⁷⁸⁷ Leopold von

778 CS 23. 12. 1934 (M. MARESCH); vgl. JUFFINGER, Politischer Katholizismus, 92.

779 Vgl. GOBER, Schule, 181.

780 NR 15. 9. 1928 (G. HERZOG-HAUSER).

781 NR 22. 2. 1930 (G. HERZOG-HAUSER).

782 JUFFINGER, Politischer Katholizismus, 94 f. und 101 f.

783 CS 15. 3. 1936 (M. MARESCH).

784 RENNHOFFER, Ignaz Seipel, 439.

785 ZEDLER, Universallexicon 23, 902.

786 SCHREYER, Die „Nation“, 10.

787 ZELL, Ständische Staats-Gliederung, 3.

Andrian bezeichnete Raum, Zeit und Stand als kulturbestimmende Faktoren. Obwohl für ihn selbstverständlich war, dass ein menschliches Individuum an mehreren solcher „Quasisubstanzen“ teilhaben könne und dass die ständische Kulturidee der Nation weder vor- noch nachgeordnet sei, tendierte er zu einer Überordnung des Faktors Stand vor Nation und schrieb den Ständen kulturelle Sozialfunktionen zu.⁷⁸⁸ Dahinter stand die Überzeugung, der moderne Begriff der Nation berge alle im Volk schlummernden Gefahren in sich; die Überhöhung der Begriffe „Volk“ und „Nation“ durch den Nationalsozialismus verstand er als Fortschreibung der Ideen von 1789. Seine Polemik gegen dieses System ging daher stets mit jener gegen die Demokratie einher.⁷⁸⁹ Sie ist Ausdruck des konservativen Axioms, dass Kultur nicht nur ein nationales, sondern auch ein soziales Distinktionsmerkmal sei.⁷⁹⁰ Mit ähnlichen Argumenten entkräftete Alexander Lernet-Holenia den Rassismus der Nationalsozialisten: „Es ist aber wahr, dass die böhmischen Dienstleute ungefähr so aussehen wie die holländischen; es ist ebenso wahr, dass der russische Adel ungefähr so aussieht wie der österreichische.“⁷⁹¹

Wie der Stand galt die Nation als „eine Art Rückversicherung gegen die Risiken der Individualisierung“.⁷⁹² Sie habe, war Dietrich von Hildebrand überzeugt, gleichsam als Ersatz für verloren gegangene personale Bindungen zu gelten.⁷⁹³ Hugo Hantsch unterstrich den Nexus zwischen Nationalismus und Liberalismus.⁷⁹⁴ Der Nationalismus des 19. Jahrhunderts ist somit als eine Spielart des Bedürfnisses nach sozialer Zugehörigkeit zu verstehen, wie sie als Folge der Ereignisse von 1789 immer stärker abhanden gekommen⁷⁹⁵ bzw. vom Liberalismus ignoriert worden war. In der Folge gingen Nationalisierung und Demokratisierung meist Hand in Hand, und der Nationalismus wurde zur Ideologie der Kleinbürger.⁷⁹⁶

788 v. ANDRIAN, Oesterreich, 148–155; CS 28. 2. 1937 (W. BREITENFELD); zur These, Volk und Nation seien stärker vereinnahmende Kategorien als Korporation oder Stand vgl. MEYER, Stand, 11.

789 DOROWIN, Retter, 114 f.

790 DOROWIN, Retter, 99 f.

791 LERNET-HOLENIA, Der Graf, 149 f. Das Zitat ist vor dem Hintergrund des Faktums zu sehen, dass in Lernet-Holenias Œuvre ungesicherte Vaterschaften häufig sind – weswegen sich Genealogien selten sicher rekonstruieren lassen; MAYER, Wunscherfüllungen, 37 f.; zu den Grenzen zwischen den Ständen EBD. 211.

792 SCHREYER, Die „Nation“, 58.

793 v. HILDEBRAND, Engelbert Dollfuß, 6; CONNELLY, From Enemy, 109.

794 HANTSCH, Österreichs Schicksalsweg, 15; vgl. FELLNER, Mission, 89.

795 BRIX, Liberalismus, 253; HANISCH/URBANITSCH, Prägung, 94; LEISSE, Der Untergang, 9 f., 37 und 172; PRISCHING, Paradoxa, 261.

796 LEISSE, Der Untergang, 51–54. Selbst für Otto Bauer war Nationalismus, sofern es nicht nur um die Verkleidung ökonomischer und sozialer Interessen ging, eine Ideologie, die an-

Nationalismus siedelte von Hildebrand daher auf derselben Ebene an wie bei der Einzelperson den Individualismus. Im Gleichklang mit Alois Dempf⁷⁹⁷, philosophischem Kämpfer gegen Faschismus und Nationalsozialismus⁷⁹⁸, und mit Max Freiherr von Hussarek⁷⁹⁹ erklärte er: „Echte Vaterlandsliebe und Nationalismus sind so verschieden wie die echte, gottgewollte Selbstliebe und die egoistische Eigenliebe.“ Während Nationalismus „kollektiver Egoismus“ sei, handle es sich bei echter Liebe zur Nation, der man angehört, um „sittlich positive Haltungen und wie jede gottgewollte geordnete Liebe sogar Pflicht“. Daraus resultiere, dass auch „jede fremde Nation in ihrer Eigenart als etwas Berechtigtes und Wertvolles anerkannt wird“.⁸⁰⁰ Auch für Ernst Karl Winter war der Zusammenhang zwischen Personalitätsprinzip und nationaler Idee evident⁸⁰¹, desgleichen für Kurt Schuschnigg: Beide betonten den Vorrang des einzelnen Menschen, die nationalistische Zielsetzung nehme hingegen nur auf das Kollektiv Bedacht.⁸⁰² Selbstredend konnte der Kanzler daher auch den propagandistischen Missbrauch des Horazwortes *dulce et decorum est pro patria mori* durch die Nationalsozialisten nicht gutheißen.⁸⁰³ Diese Haltung blieb nicht ohne Folgen für das Verständnis von Identität: Im Sinn personalistischer Philosophie lässt sich der Begriff definieren als Brückenkopf, „[um] die als Freiheit gedachte Individualität des Individuums mit der als integrative Ordnung gedachten Struktur der Gesellschaft zu versöhnen“ (A. Nassehi).⁸⁰⁴

Die Vertreter solcher Standpunkte mussten sich daher von jenem modernen Nationalismus distanzieren, der auf dem Modell einer Nation von individuellen Bürgern beruhte. In einer kulturellen und staatlichen Entität dieser Art, eben dem „Nationalstaat“ des 19. Jahrhunderts mit seinem Willen zum egalitären Umbau der überlieferten Gesellschafts- und Staatsordnung, sahen sie ein Produkt der jakobinischen Phase der Französischen Revolution, in dem, wie Andreas Posch überzeugt war⁸⁰⁵, die Gefahr der Entartung in aggressiven Imperialismus lauere.⁸⁰⁶

dere Integrationsfaktoren ersetzte; HANISCH, Illusionist, 93; LEISSE, Der Untergang, 258 und 265.

797 BERNING, Alois Dempf, 85.

798 OTTEN, Die „Rettung“, 91; SCHMUGGE, Alois Dempf's „Sacrum Imperium“, 137 f.; SEEFRIED, Reich, 577 f.

799 NR 17. 10. 1920 (M. v. HUSSAREK).

800 v. HILDEBRAND, Memoiren, 261–264; v. HILDEBRAND, Engelbert Dollfuß, 72.

801 HEINZ, E. K. Winter, 271.

802 K. SCHUSCHNIGG, Österreich, 21.

803 BINDER/H. SCHUSCHNIGG, „Sofort vernichten“, 280.

804 Zit. nach SCHREYER, Die „Nation“, 43.

805 NR 13. 3. 1926 (A. POSCH).

806 LANGEWIESCHE, Nation, 39–41; LANGEWIESCHE, „Nation“, 18–20; PAYNE, Geschichte, 52–54.

Zur Erläuterung sei auf Anton Klotz verwiesen: Unter dem Einfluss des Liberalismus habe sich der Einzelne an die Stelle Gottes gesetzt; als er dies „in der Gruppe“ getan habe, sei der Nationalismus entstanden.⁸⁰⁷ Die MSchKP setzte übersteigerten Individualismus mit überlautem Nationalismus gleich; daher sei der „westlerische Staatsgedanke“, der derzeit (sc. 1936, E. K.) eindringe, keine Bereicherung.⁸⁰⁸ Aus diesen Äußerungen spricht die von Andreas Posch unterstrichene naturrechtliche Komponente der Nation und der daraus abgeleitete hohe ethische Anspruch: „Der Nationsgedanke gewann nur Kraft, wenn er in den Dienst anderer Ideen trat.“⁸⁰⁹

Eine solche Idee erhielt Österreich in der 1914 veröffentlichten Abhandlung *Das österreichische Problem* von Friedrich Wilhelm Foerster eindringlich erläutert. Ehe dieser Gelehrte seinen Abschied von Österreich nahm, um auf eine Münchner Lehrkanzel überzuwechseln⁸¹⁰, wollte er den Eliten dieses Landes den hohen Wert der slawisch-germanischen Kulturgemeinschaft eindringlich ans Herz legen und sie vor einer einseitigen Ausrichtung auf Deutschland warnen.⁸¹¹ Die zum ständischen Gedanken bestehenden Affinitäten zeigt die Prämisse, die er den Kernaussagen voranstellte: „Politiker sollte man immer nur diejenigen nennen, die sich mit der Einordnung eines Teiles in ein Ganzes beschäftigen und in diesem Geiste denken – reden – handeln.“⁸¹² Die Nation war für Foerster ein hoher Wert, aber die „nationalen Individualitäten“ müssten begreifen, dass auch „die Herstellung wahrer kultureller Gemeinschaft zwischen den verschiedenen Rassen (!)“ erforderlich sei.⁸¹³ Das „österreichische Problem“ nannte er den „Boden, auf dem zwei große Probleme in vorbildlicher Weise gelöst werden könnten: „Sicherung der nationalen Selbständigkeiten und zugleich Übung in nationaler Entselbstung, zielbewusste Einordnung der Nationalitäten in ein höheres organisatorisches Prinzip“.⁸¹⁴

Klar tritt der Nexus von Nation und Stand auch in den 1932 veröffentlichten Ansichten Kurt Trampplers zur *Krise des Nationalstaates* hervor. Eine zentrale Forderung war die Befreiung der nationalen Gemeinschaft vom Staat; innerhalb einer „staatsfreien Sphäre“ sollten organisierte nationale Gemeinschaften als „Nationalstände“ die Möglichkeit erhalten, ihre Interessen wahrzunehmen: „An die Stelle der nationalstaatlichen Theorie

807 KLOTZ, Sturm, 18.

808 MSchKP 1, 206–210 (A. PILZ).

809 NR 13. 3. 1926 (A. POSCH).

810 SEEFRIED, Reich, 159 f. und 168.

811 HOSCHEK, Friedrich Wilhelm Foerster, 91–93; KUGLER, Die frühe Diagnose, 129.

812 FOERSTER, Das österreichische Problem, 8.

813 FOERSTER, Das österreichische Problem, 18.

814 FOERSTER, Das österreichische Problem, 22 f.

der Volkssouveränität tritt die nationalständische Theorie der Begrenzung der Souveränität gegenüber den Völkern.“ Der Nationalstaat werde dadurch nicht ausgeschlossen, aber seine Wirksamkeit auf die ihm organisch zukommenden Bereiche beschränkt. Die von der nationalstaatlichen Theorie vermengten Begriffe „Volk“ und „Staat“ müssten wieder getrennt werden. Besonders wichtig sei die Freiheit vom Staat in der geistig-seelischen Sphäre.

Der Begriff „Volk“ lasse sich nicht nur nach objektiven Merkmalen feststellen, den Ausschlag gebe das subjektive Bekenntnis. Das Volk sei vor allem eine Willensgemeinschaft, die sich zu gemeinsamen geistig-seelischen Werten bekenne und für deren Erhaltung und Entfaltung Verantwortung trage. Die nationale Gemeinschaft stehe neben anderen geistig-seelischen Gemeinschaften und wirtschaftlichen Zusammenschlüssen, wie beispielsweise Religionsgemeinschaften oder Berufsständen. Die Errichtung von Nationalständen führe nicht zur Aufsplitterung des Staates, vielmehr sei ein auf solcher Grundlage errichteter Staat gefestigter, weil niemand unter einer Assimilierungspolitik leide. Bei Völkern, die in einer Gemengesiedlung liegen, werde die nationalständische Staatsgliederung als Lösung des Nationalitätenproblems besonders erwünscht sein.⁸¹⁵

Karl Lügmayr warnte vor mythologischer Aufladung des Begriffs „Volk“: Eine solche würde einen Ganzheitsanspruch bedeuten, der dem des totalen Staates gleichkäme. Er wies daher auch die Vorstellung einer „Volksseele“ zurück; für ihn gab es nur die Seelen der einzelnen Menschen, die aufgrund ihrer wesenhaften Gesellschaftlichkeit einer Gruppe angehören und durch bestimmte, von anderen sich unterscheidende Formen antworten. Wozu es auf keinen Fall kommen dürfe, sei – unabhängig von den Kriterien der Definition des Begriffs „Volk“ – dessen Gleichsetzung mit der politischen Macht. Volk und Staat seien verschiedene Dinge: „Der Staat ist stärker, das Volk ist reicher.“ Weder der eine noch das andere dürften das Eigenleben der Person aufsaugen, Ehrfurcht vor allen Äußerungen des Volkstums sei aber wünschenswert, weil sie den Sinn für die dahinter liegenden naturgegebenen Gliederungen schärfe.⁸¹⁶

Auch für Othmar Spann war das Volk nicht die letzte Ganzheit.⁸¹⁷ Die Nation definierte er – gleich Dietrich von Hildebrand⁸¹⁸ – als geistige Vergemeinschaftung und unterschied streng zwischen Volk und Rasse. Auch erklärte er, nicht alle seien in gleichem Maß von der Nation ergriffen, und: „Im

815 TRAMPLER, *Die Krise*, 76–86.

816 MSchKP 2, 777–780 und 786–789 (K. LUGMAYER); vgl. BRINEK, *Arbeiter*, 101; PRIBYL, *Der christlichsoziale Politiker*, 142 f.

817 BEYER, *Ständeideologien*, 153.

818 v. HILDEBRAND, *Engelbert Dollfuß*, 77.

Kreise der Gebildeten ist der eigentliche Sitz des Volkstums.“⁸¹⁹ Noch deutlicher akzentuierten diesen Gedanken Oskar Benda⁸²⁰ und Guido Zernatto, Letzterer freilich nicht ohne einen gewissen bildungsbürgerlichen Dünkel.⁸²¹

Georg Moth erinnerte an Franz Grillparzers berühmtes Diktum, der Weg der neueren Bildung verlaufe „von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität“. ⁸²² Anton Klotz erläuterte: Mit Humanität habe der Dichter den anthropozentrischen Geist der Aufklärung gemeint.⁸²³ Er verwies auf Max Schelers rein geistigen, außerpolitischen Nationsbegriff, dem zufolge die österreichische Idee mehr sei als der „ungezügelter(n) Naturdrang des Blutes“⁸²⁴; sie stehe in Gegensatz zu einer in bloße Triebhaftigkeit zurücksinkenden Welt.⁸²⁵ Die SZ würdigte den Philosophen, der der Nation das Recht auf einen eigenen Staat absprach⁸²⁶, als Befürworter des Nationalitätenstaates.⁸²⁷ In der Wertewelt von Herbert Stourzh, der besagtes Grillparzer-Zitat einem der Kapitel seines Hauptwerks voranstellte, war die „Idee der Menschheit“ vorrangig: Dem Begriff „Volk“ komme keine Wirklichkeit zu, weil die tatsächlich Handelnden nur dessen einzelne Angehörige seien.⁸²⁸

Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi, der Sohn eines k. u. k.-Diplomaten und einer Japanerin, in dessen Denken Europa und Asien wichtige Kategorien darstellten⁸²⁹, bezeichnete die europäischen Nationen als geistige Gemeinschaften⁸³⁰, die nicht auf gemeinsame Ahnen, sondern auf gemeinsame Lehrer zurückgingen.⁸³¹ „Die Nation ist ein Reich des Geistes“, war er überzeugt, „es muss also jeder, der Ehrfurcht empfindet vor dem Geist – auch Ehrfurcht empfinden vor dem nationalen Gedanken“.⁸³² Ausdrücklich verwahrte er sich gegen die Definition der Nation als „Ordnung des Blutes“⁸³³, nicht zuletzt weil alle europäischen Völker Mischvölker seien.⁸³⁴ Er sprach

819 RASSEM, Othmar Spann, 94 f.; vgl. BECHER, Der Blick, 124; SIEGFRIED, Universalismus, 201 f.

820 BENDA, Die österreichische Kulturidee, 9.

821 ZERNATTO, Vom Wesen, 84.

822 MOTH, Neu-Österreich, 48.

823 KLOTZ, Sturm, 38.

824 KLOTZ, Was wird, 46; vgl. FRÖHLICH, Der Bürger, 110 und 114–116.

825 Die Monarchie 1. 10. 1918, 8 f. (M. SCHELER)

826 FLASCH, Die geistige Mobilmachung, 127.

827 SZ 17. 2. 1935 (J. DÖBLING).

828 H. STOURZH, Gegen den Strom, 94–96.

829 GEHLER, Europa, 122.

830 CONZE, Richard COUDENHOVE-KALERGI, 20; ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Botschafter Europas, 474–478.

831 COUDENHOVE-KALERGI, Pan-Europa, 137.

832 COUDENHOVE-KALERGI, Pan-Europa, 140; vgl. G. STOURZH, Erschütterung, 303.

833 Zit. nach GEHLER, Der lange Weg 2, 68.

834 COUDENHOVE-KALERGI, Pan-Europa, 135.

sich gegen die Vereinheitlichung nationaler Unterschiede aus, denn „Europas Größe liegt in seiner Mannigfaltigkeit, in seinen Gegensätzen, in seinen Nationen“. ⁸³⁵ Die Forderung nach Trennung von Nation und Staat war daher selbstverständlich. ⁸³⁶

Ein im Laufe der Zeit sich ändernder Nationsbegriff ist bei Franz Brandl festzustellen. In den dreißiger Jahren sah er noch keine Notwendigkeit, zwischen gesundem Heimatbewusstsein und Nationalismus zu unterscheiden. ⁸³⁷ Im Zentrum seines Denkens stand die Vorstellung „blutmäßiger Zusammengehörigkeit“, der er – wie der Religion – die Kraft bescheinigte, den Menschen „total“ zu erfassen. Nationalismus deutete er als Tendenz, den Zusammenschluss derer, die sich als ein Volk fühlen, in einem Staat zu erreichen. ⁸³⁸ Den Marxismus als drohende Gefahr vor Augen, erklärte er, es sei ein Irrtum zu glauben, der Nationalismus ließe sich durch Internationalismus vertreiben. ⁸³⁹ Nach dem Zweiten Weltkrieg sah er die Problematik differenzierter, wobei auch ständisches Denken einfluss. An den Volksbegriff von 1848 dachte er mit Entsetzen zurück; einen Romanprotagonisten ließ er erklären: „Der Bauer denkt anders als der Städter, ja der Großbauer anders als der Häusler, der Fabrikant anders als seine Arbeiter [...]. Und das ist gut so. [...] Aber wehe, wenn sich alle unter dem finden, was seit 1848 Volk heißt! Die Geburtsstunde der Nation ist die Todesstunde des freien Geistes.“ ⁸⁴⁰ Bei Brandl, einem zeitgenössischen Kritiker des österreichischen Ständestaates, wurden dessen gesellschaftspolitische Ideale also erst nach seinem Ende wirksam.

Die den Nexus des Nationsbegriffs mit anderen Formen personaler Vergemeinschaftung betreffenden Aspekte wurden in den untersuchten Texten ebenfalls angesprochen. Stellvertretend für viele sei Josef Eberle zitiert: „Eine gute Heimat bekräftigt die Wirkungen eines guten Elternhauses.“ ⁸⁴¹ Andreas Posch sah in der Nation „die von der Natur gegebene Erweiterung der Familie“. ⁸⁴²

Seit dem 19. Jahrhundert herrschte in der katholischen Moralthologie Konsens darüber, dass Patriotismus in engem Zusammenhang mit Familiensinn stehe. Da die Theologen das christliche Liebesgebot einem *diligendi ordo* unterworfen sahen, also einer abgestuften Intensität menschlicher

835 COUDENHOVE-KALERGI, Held, 41; vgl. ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Botschafter Europas, 476.

836 COUDENHOVE-KALERGI, Pan-Europa, 147.

837 BRANDL, Kaiser, 178.

838 BRANDL, Kaiser, 173–175.

839 BRANDL, Kaiser, 121.

840 BRANDL, Ein Reich, 75 f.

841 Zit. nach HOFER, Joseph Eberle, 29.

842 NR 13. 3. 1926 (A. POSCH).

Nähe, war es für sie selbstverständlich, dass einem nicht nur die (Bluts) verwandten, sondern auch die Landsleute näher stünden als Fremde – aber auch die Annahme, dass für andere dasselbe gelte.⁸⁴³

Im NR und in der SZ fand seit den 1920er-Jahren eine eingehende Auseinandersetzung mit dem Begriff „Patriotismus“ statt, der als positive Heimatliebe dem „Nationalismus“ als bewusstem, dem Christentum widerstrebendem Sich-Abgrenzen vom anderen entgegenzusetzen sei.⁸⁴⁴ In der SZ kam der Begriff „Nation“ selten vor, und wenn, dann synonym mit „Volk“.⁸⁴⁵ Indirekt war davon aber sehr viel die Rede. Vaterlandsliebe sei eine Tugend, wenn auch innerhalb maßvoll gesetzter Grenzen, während Nationalismus durch nichts zu rechtfertigen sei, wie der Erste Weltkrieg gezeigt habe.⁸⁴⁶ Josef Eberle erinnerte an die christliche Auffassung, der zufolge die Liebe zu Heimat und Volkstum den Pflichten gegenüber den Eltern gleichkomme, ja diese mitunter sogar überrage.⁸⁴⁷ Das NR umschrieb den „wahren“ Nationalismus mit den Elementen, die andere als Patriotismus bezeichneten, während der „falsche“ Nationalismus von Rassenwahn und Hass des anderen lebe.⁸⁴⁸

Dass sich Patriotismus nach dem Ersten Weltkrieg zu Nationalismus als Fremdenhass gesteigert habe, ließ Gonzague de Reynold den Gültigkeitsbereich des vierten Gebots in Erinnerung rufen.⁸⁴⁹ Der Mensch bedürfe eines zwischen Einengung und allzu großer Weite angesiedelten „Normalraumes“: Die für ihn erste Instanz sei die Familie, dann komme das Vaterland; gegen die übrigen Völker habe man die von der allgemeinen Nächstenliebe gebotenen Pflichten.⁸⁵⁰

Es ging also nicht um die Definition der eigenen Identität in Abgrenzung von einer anderen, als „Feindbild“ gesehenen oder um die Kompensation von Unterlegenheitsgefühlen, wie es für den Nationalismus kennzeichnend ist⁸⁵¹, auch nicht um das Finden eines Letztwertes und einer obersten Legitimitätsquelle für Forderungen jedweder Art⁸⁵², sondern um die Benennung

843 KUSTATSCHER, Haus und Familie, 126–128 und 173.

844 WERNER, Die Wiener Wochenschrift, 16–20.

845 EPPEL, Zwischen Kreuz, 129.

846 NR 26. 1. 1924.

847 SZ 20. 3. 1938 (J. EBERLE).

848 NR 17. 1. 1931.

849 NR 26. 10. 1929.

850 SZ 12. 2. 1928 (G. de REYNOLD).

851 HANISCH, Illusionist, 94 f.; LANGEWIESCHE, ‚Nation‘, 22; WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 508. Prägnante Beschreibungen der negativen Konnotation des Begriffs „Nationalismus“ bei GHEZZI, Nostalgia, 297, und SCHREYER, Die „Nation“, 13–15.

852 LANGEWIESCHE, ‚Nation‘, 11 und 17; LANGEWIESCHE, Nation, 16 f. und 21.

positiver Faktoren. Richard Meister erwartete von der Schule, dass sie zwar nationale Gesinnung kultiviere, aber Überheblichkeit gegenüber fremdem Volkstum nicht aufkommen lasse.⁸⁵³ Georg Moth vermittelte dieses Denken breiteren Schichten.⁸⁵⁴ Für konservativ-liberale Denker bildete die Nation die Mitte zwischen Heimat und Welt; es sei aber, so Wilhelm Röpke, zu wünschen, dass sie keines von beiden verdränge. Echter Patriotismus stehe in Gegensatz zu arrogantem Nationalismus.⁸⁵⁵

*Schlüsseltexte: Ignaz Seipel, Guido Zernatto,
Hans Karl Zeßner-Spitzenberg*

Mit besonderem Nachdruck sprach sich Ignaz Seipel gegen jeglichen Nationalismus aus und warnte vor Fremdenhass.⁸⁵⁶ In seinem 1916 erschienenen Buch *Nation und Staat*, dem Werk, das ihm sein teuerstes war⁸⁵⁷, widerlegte er die Ansicht, Nationalbewusstsein müsse zur Staatsbildung führen und ethnisch homogene Staaten wiesen eine höhere Legitimation oder auch nur Funktionalität auf als multinationale. Gemäß der katholischen Doktrin, die Wurzeln der Volksgemeinschaft lägen mehr im geistig-kulturellen als im biologischen Bereich⁸⁵⁸, übertrug er seine Sozialtheorie auf das Problem Mitteleuropas.⁸⁵⁹ Die Grenzen von Staat und Nation bräuchten sich nicht zu decken, vielmehr würden im politischen Einheitsstaat viele Kräfte der Nation versiegen.⁸⁶⁰ Die Nation definierte der Prälat als von der Staatszugehörigkeit unabhängige Kulturgemeinschaft, den Staat als eine über dieser stehende moralische Instanz gleich der augustinischen *Civitas Dei*.⁸⁶¹ Er warnte auch vor dem Versuch, Nation und Wirtschaftseinheit gleichzusetzen.⁸⁶² Vollständige ethnische Lösungen seien nicht wünschenswert, weil Organisation dem Wesen der Nation widerspreche.⁸⁶³ Alles in allem nahm Seipels

853 BREZINKA, Pädagogik, 382.

854 MOTH, Neu-Österreich, 46; vgl. NR 30. 1. 1920 (F. W. FOERSTER).

855 HABERMANN, Das Maß, 23.

856 v. HILDEBRAND, Engelbert Dollfuß, 9 und 32; KANN, Nationalitätenproblem 2, 223; SEEFRIED, Reich, 41 f.; SENFT, Im Vorfeld, 85.

857 K. v. KLEMPERER, Ignaz Seipel, 97.

858 HÄTTICH, Wirtschaftsordnung, 29.

859 BREUER, Anatomie, 79.

860 POTOČNIK, Bewusstsein, 100 f.; vgl. KLOTZ, Was wird, 85.

861 BOYER, Wiener Konservatismus, 351; KINDERMANN, Konservatives Denken, 215; KINDERMANN, Österreich, 61; K. v. KLEMPERER, Ignaz Seipel, 96; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 170–174; POTOČNIK, Bewusstsein, 160; REICHOLD, Kampf, 76 f.

862 KLOTZ, Was wird, 33–36.

863 KANN, Nationalitätenproblem 2, 219.

Standpunkt implizit vorweg, was mittlerweile – auch im Licht einer weit gediehenen regionalgeschichtlichen Forschung – als erwiesen gilt, nämlich dass Konzepte wie Heimat, Vaterland, Nation häufig einander überlagern und dass die Geschichtlichkeit dieser Konstrukte nicht in jeder Situation gleich klar hervortritt.⁸⁶⁴ Kurt Schuschnigg zollte Seipels Thesen größten Respekt.⁸⁶⁵

Einen ähnlichen Gedanken hatte lange vor Seipel der ungarische Reformpolitiker Joseph Eötvös⁸⁶⁶ dargelegt, der einen institutionalisierten Nationalitätenschutz ablehnte, weil er das Prinzip der Gleichberechtigung der Individuen gefährde.⁸⁶⁷ Wilhelm von Humboldt hatte betont, Staat und Nation seien nicht aufeinander angewiesen, denn Nation bilde sich im freien Zusammenwirken der Individuen.⁸⁶⁸ Im Umfeld Othmar Spann's war die Nation etwas sittlich Verankertes: Walter Adolf Jöhr zog begrifflich allerdings „Gemeinwesen“ vor, weil dies auch für ältere Epochen Gültigkeit habe; der „Staat“ diene lediglich als zentrale Machtorganisation.⁸⁶⁹

Von den Mandataren war Guido Zernatto jener, der sich am ausführlichsten mit dem Begriff „Nation“ befasste. Der vor den Nationalsozialisten aus Österreich geflohene Kärntner Dichter hatte unmittelbar erlebt, was maßlos übersteigter Nationalismus bedeutet: In den USA, wo er in den frühen vierziger Jahren einer unabhängigen Gruppe österreichischer Exilanten angehörte⁸⁷⁰, verarbeitete er daher seine eigene Erfahrung, als er dem Thema eine monographische Darstellung widmete, die nach seinem Tod aus dem Nachlass veröffentlicht wurde.⁸⁷¹ Er verfasste sie in der Überzeugung, das Wesen der Nation zu erkennen, sei ein zentraler Beitrag „zur Rettung unserer Welt“. ⁸⁷² Seine Abhandlung ist eine gelungene Synthese aus wissenschaftlicher Schärfe und philosophischer Tiefe, die es verdient, in ihren Grundzügen referiert zu werden.

Breiten Raum widmete Zernatto der Geschichte des Begriffs: Der ursprüngliche Wortsinn habe etwas leicht Abschätziges gehabt, nämlich eine Gruppe von Menschen gemeiner Abkunft, die durch ähnliche Umstände ih-

864 PETRI, *Heimat*, 207–209.

865 K. SCHUSCHNIGG, *Dreimal*, 80; vgl. auch MSchKP 1, 973 f. (A. NOVOTNY).

866 Zu ihm BODY, Joseph Eötvös, *passim*.

867 DÖMÖK, *Nationalitätenfrage*, 126; HOOR, *Wandlungen*, 441; G. STOURZH, *Probleme des Nationalitätenrechts*, 130–133.

868 POTOČNIK, *Bewusstsein*, 19.

869 StL 1937, 142 (W. A. JÖHR).

870 EPPPEL, *Österreicher* 2, 13, 18, 83 f., 192, 247, 252 f., 255, 257, 263, 280, 283, 297 f., 325, 334, 357, 385, 399 f., 407, 413, 424, 439, 446 f., 449, 499 und 574.

871 IN DER MAUR, *Einleitung*, 11; zu weiteren geplanten Arbeiten EPPPEL, *Österreicher* 1, 370 f.

872 ZERNATTO, *Vom Wesen*, 72; vgl. POTOČNIK, *Bewusstsein*, 308.

rer Geburt irgendwie zusammengehörten.⁸⁷³ Als eine Art Vorform der zeitgenössischen Berufsverbände nannte er die *nationes* der mittelalterlichen Universitäten, die auch ständische Interessenvertretung geleistet hätten. Dasselbe gelte für die seit dem 15. Jahrhundert auf den Konzilien agierenden Interessenvertreter weltlicher Machthaber. Alle drei Gruppen verbinde die Existenz in der Fremde, aber das Fehlen des Kriteriums „Volk“.⁸⁷⁴

Was die Konzilsdelegaten von den übrigen Nationsangehörigen unterschieden habe, sei ihr Charakter einer bewusst gebildeten Elite. Um eine solche handle es sich auch bei der Nation als Gemeinschaft der Gebildeten, die sich von der Volksmasse abhoben. Ähnliches gelte für die Versammlung der Land- und Provinzialstände, „die Gesamtheit aller Vornehmen“.⁸⁷⁵ Daraus zog Zernatto einen in Hinblick auf die Nähe der Thematik zu der des Stands relevanten Schluss: „Das erste Handeln einer Nation besteht in der Ausbildung einer eigenen Elite. Ohne Elite gibt es keine Nation.“⁸⁷⁶ Mit derlei Überlegungen war die Basis für ein wichtiges Zwischenergebnis geschaffen: „Der Name Nation bezeichnet nie eine Gesamtheit.“⁸⁷⁷

Diese Einsicht war am Ende des 18. Jahrhunderts, als die Massen die politische Bühne betraten, noch nicht Gemeingut. Vielmehr wurde damals die Suche nach den Kriterien, die eine Nation ausmachten, als dringlich empfunden. Immer lauter wurde der Wunsch, ein Set objektiver und subjektiver Merkmale zu benennen, das gegenüber allen anderen Prinzipien des menschlichen Zusammenlebens einen absoluten politischen Herrschaftsanspruch rechtfertigte.⁸⁷⁸

In diesem Zusammenhang ist Zernattos Unterscheidung zwischen dem Nationsbegriff der westlichen Staaten und dem mittel- und osteuropäischen von Interesse. Der Erstere sei dem 1789 lancierten Paradigma der Volkssouveränität verpflichtet und habe im zentral verwalteten Einheitsstaat, dem sich das Individuum freiwillig einordne, sein politisches Ideal gefunden: Die Staatsnation wolle eine territoriale Heimat darstellen⁸⁷⁹ – und alle weite-

873 Vgl. BRUCKMÜLLER, Nation Österreich, 24; POTOČNIK, Bewusstsein, 10.

874 ZERNATTO, Vom Wesen, 74–79; vgl. POTOČNIK, Bewusstsein, 11–13.

875 ZERNATTO, Vom Wesen, 81–83; vgl. auch BRUCKMÜLLER, Nation Österreich, 25 und 279; POTOČNIK, Bewusstsein, 14. Wenn im 18. Jahrhundert von einer „Tirolischen Nation“ die Rede war, so ist der Begriff „Vornehme“ auch auf die Bauern auszudehnen, die in diesem Land seit dem Spätmittelalter als Stand anerkannt wurden; COLE, Religion, 349.

876 ZERNATTO, Vom Wesen, 135.

877 ZERNATTO, Vom Wesen, 88.

878 DÖMÖK, Nationalitätenfrage, 71.

879 ZERNATTO, Vom Wesen, 170; vgl. BRUCKMÜLLER, Nation Österreich, 29; POTOČNIK, Bewusstsein, 14 und 17.

ren verloren gegangenen Bindungen ersetzen, gerade die ständischen.⁸⁸⁰ Der Staat besitze eine organisierte und monopolisierte Macht, die Nation hingegen übe keine Herrschaft aus, sei institutionell kaum entwickelt, komme weder durch Macht zustande noch werde sie durch Macht zerstört: „Der Staat erfasst den Menschen in seiner Eigenschaft als ‚zoon politikon‘, die Nation erfasst ihn als ‚Wesen‘.“⁸⁸¹ Oder: „Das Ideal des nationalen Einheitsstaates zerstört die Sicherheit der Welt. Nation und Staat sind nicht identische Begriffe. Staat ist organisierte Macht, Recht, Ordnung. Die Nation ist aber viel mehr. Und man kann eine große Sache nicht in einen kleinen Behälter sperren.“⁸⁸² Der mit der Nation identische Staat war für Zernatto ein totaler Staat.⁸⁸³

Aus denselben Gründen wurde der westliche Nationsbegriff von Ernest Renan und Elias Canetti abgelehnt.⁸⁸⁴ Da er einen erheblichen Grad an Demokratisierung voraussetzte und einer Gesellschaft mit egalitärer Wertordnung entsprach⁸⁸⁵, enthielt er Elemente, die ständischem Denken widersprachen. Ein solches ist beispielsweise Zernattos Auffassung, die Nationalkultur sei die Sonderleistung einer Nation im Rahmen eines übernationalen Kulturwerks, die aber keine absolute Eigenart besitze; ihre Besonderheit sei lediglich eine Besonderheit im Rahmen einer größeren Einheit. In diesem Sinn gebe es beispielsweise keine deutsche Kultur, sondern lediglich einen deutschen Anteil an der abendländischen Kultur.⁸⁸⁶ Andreas Posch erinnerte an Leibniz' Auffassung vom verborgenen Sinn der Welt, der zufolge jede Nation eine besondere Seite des Weltplans verwirkliche.⁸⁸⁷

Im Italien des 19. Jahrhunderts, so wieder Zernatto, habe man versucht, Gemeinsamkeiten der Abstammung, der Sprache, der Sitten, der Geschichte, des Siedlungsraums, der Gesetzgebung und der Religion und besonders die „Bewusstheit“ der Zugehörigkeit zur Nation zu entscheidenden Kriterien zu erheben. So groß die Wirkung dieser Thesen in ganz Europa gewesen sei: Für Zernatto griffen sie zu kurz. Für Mittel- und Osteuropa wollte er keine verbindlichen Definitionskriterien nennen: Es brauche immer mehrere Verbindungsglieder, damit aus einer Gruppe von Menschen eine Nation werde⁸⁸⁸, denn es gebe keine geographische Linie, die zugleich

880 DÖMÖK, Nationalitätenfrage, 61.

881 ZERNATTO, Vom Wesen, 185 f.

882 ZERNATTO, Vom Wesen, 99.

883 ZERNATTO, Vom Wesen, 187.

884 LANGEWIESCHE, Was heißt, 29 f.

885 LANGEWIESCHE, Nation, 35 f. und 42 f.; LEMBERG, Kulturautonomie, 96.

886 ZERNATTO, Vom Wesen, 145.

887 NR 13. 3. 1926 (A. POSCH).

888 ZERNATTO, Vom Wesen, 70 f.

Staats-, Wirtschafts- und Kulturgrenze wäre.⁸⁸⁹ Zumal die gemeinsame Abstammung oder gar „Bande des Blutes“ ließ er nicht gelten⁸⁹⁰; körperliche Eigenarten könnten kein Thema sein: „Denn die Nation ist eine Gemeinschaft von Voll-Menschen, nicht von naturwissenschaftlichen Kategorien. Die Rasse hat mit der Nation nichts zu tun.“⁸⁹¹ Die Muttersprache, so in Anspielung auf Herder⁸⁹², sei zwar ein wichtiger Faktor, aber, für sich allein genommen, nicht das, was die Nation ausmache.⁸⁹³ Am ehesten ließ er eine gemeinsame Geschichte gelten, die aber in höherem Maß Gefühl als Wissen sei, auch das umfasse, was der Historiographie häufig entgehe.⁸⁹⁴

Zernattos Unterscheidung zwischen der westlichen und der mitteleuropäischen, eher „ständischen“ Nation war in konservativen Kreisen in Österreich Gemeingut: Anton Klotz warnte vor einer „Verwestlichung“.⁸⁹⁵ Aber auch der Sozialdemokrat Karl Renner definierte die Nation nach dem Personal-, nicht nach dem Territorialprinzip, nämlich als politische Einheit zwischen dem Staat und dem Einzelnen.⁸⁹⁶ Otto Bauer sah in der Nation „die Gesamtheit der durch Schicksalsgemeinschaft zu einer Charaktergemeinschaft verknüpften Menschen“.⁸⁹⁷

Zernattos Nationsbegriff weist auch Gleichklänge mit jenem Friedrich Meineckes auf. In einer klassisch gewordenen Definition hatte dieser 1907 die Vorstellung von der Kulturnation als einer geschichtlich überkommenen, durch gemeinsame Werte verbundenen Gemeinschaft von Personen formuliert, der er die Staatsnation (Willensnation) gegenüberstellte: Die Kulturnation betrachte das Volk als Ethnos, die Staatsnation als Demos.⁸⁹⁸

Unter den Mandataren, die jedem Nationalismus auf das Tiefste abgeneigt waren, ist außer Guido Zernatto auch Hans Karl Zeßner-Spitzenberg zu nennen.⁸⁹⁹ Der Nationalstaat sei individualistisch, dem „friedensfeindli-

889 ZERNATTO, *Vom Wesen*, 95–98.

890 ZERNATTO, *Vom Wesen*, 108.

891 ZERNATTO, *Vom Wesen*, 116; zu dieser für den Ständestaat insgesamt repräsentativen, aber nicht immer klar akzentuierten Aussage vgl. SUPPANZ, *Österreichische Geschichtsbilder*, 60–63.

892 Vgl. BRUCKMÜLLER, *Nation Österreich*, 28 f.; DÖMÖK, *Nationalitätenfrage*, 62; LEISSE, *Der Untergang*, 70–80; POTOČNIK, *Bewusstsein*, 15 f. und 20 f.

893 ZERNATTO, *Vom Wesen*, 173–179; vgl. POTOČNIK, *Bewusstsein*, 307.

894 ZERNATTO, *Vom Wesen*, 131–134 und 182; vgl. BRUCKMÜLLER, *Nation Österreich*, 31.

895 KLOTZ, *Was wird*, 86.

896 DÖMÖK, *Nationalitätenfrage*, 60; HANF, *Karl Renners Beitrag*, 63–65; LANGEWIESCHE, *Liberalismus*, 51; RA'ANAN, *Nation*, 41.

897 Zit. nach POTOČNIK, *Bewusstsein*, 23; vgl. HANISCH, *Illusionist*, 101.

898 G. SCHMIDT, *Friedrich Meineckes Kulturnation*; SCHREYER, *Die „Nation“*, 16–18; G. STOURZH, *Vom Reich*, 19–21.

899 WALTERSKIRCHEN, *Blaues Blut*, 75.

chen Erobererstaat“ ähnlich.⁹⁰⁰ „Nationalegoismus“ war mit seinem Ideal der Vielfalt des Völkerlebens und Gleichberechtigung unvereinbar.⁹⁰¹ Das österreichische Volk betrachtete er geradezu als das Musterbeispiel für eine „Nation“. Auch er bezog sich auf deren Charakter als geistige Größe, weswegen er ausdrücklich erklärte, der Begriff „Stamm“ – ein auch in offiziellen Dokumenten verwendeter Terminus⁹⁰² – sei für Österreich falsch.⁹⁰³ Obwohl sein Nationsbegriff über den auf Sprache und Kultur beruhenden Herders hinausging⁹⁰⁴, bescheinigte er diesem für die Zeit vor 1918 durchaus seine Berechtigung: Nunmehr aber, in der klein gewordenen Republik, müsse an die Stelle objektiver Merkmale „die Selbsterkenntnis der besonderen Funktion“⁹⁰⁵ treten. Durch das Juliabkommen von 1936 hatte sich in seinen Augen eine Situation zugespitzt: Die Ideologie des deutschen Nationalstaates sei der österreichischen Idee „im Wesen entgegengesetzt“.⁹⁰⁶ Im unmittelbaren Vorfeld des „Anschlusses“, nach dem Treffen vom Obersalzberg, erklärte Zeßner-Spitzenberg, es sei bitter, künftig nur gleichberechtigt neben den Deutschen zu stehen, aber der wirkliche Österreicher habe „die richtige Rangordnung der Werte im Kopf“. Und er versicherte dem Kanzler: „Wir stehen bereit für jene Arbeit, die weder Sozialismus noch Nationalismus, sondern nur Patriotismus kennt.“⁹⁰⁷

Die Heimat als Raum der Nähe, Länderpatriotismus

Im Denken konservativer Zeitgenossen bildeten Räume der Nähe, in denen personale Beziehungen möglich waren, eine zentrale Kategorie. Nur hier glaubten sie jene Geborgenheit zu finden, deren Verlust als eine der Folgen von 1789 empfunden wurde.⁹⁰⁸ Leopold Kunschak⁹⁰⁹ und Friedrich Funder⁹¹⁰ sprachen gern von der Heimat.⁹¹¹ Franz Rehrl hielt Heimatliebe gerade in

900 CS 5. 1. 1936 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

901 K. P. ZEßNER-SPITZENBERG, Hans Karl, 58.

902 So in einem Erlass des Unterrichtsministeriums von 1934; SUPPANZ, Österreichische Geschichtsbilder, 22.

903 CS 19. 7. 1936 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG); vgl. SUPPANZ, Österreichische Geschichtsbilder, 30.

904 BREUER, Anatomie, 81.

905 CS 9. 1. 1938 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

906 CS 9. 8. 1936 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

907 CS 27. 2. 1938 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

908 GHEZZI, Nostalgia, 116 und 125.

909 KRAUSE, CV, 107.

910 FUNDER, Vom Gestern, 178.

911 Zum Umfang dieses Begriffs seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vgl. GHEZZI, Nostalgia, 172 f.

schweren Zeiten für einen tragenden Wert; sie mache einen Staat möglich, der „ein ethischer Staat im christlichen Sinne“ sein könne.⁹¹²

Richard Schmitz zog die dort bestehenden Beziehungen jedem mit Individualismus verbundenen „Weltbürgertum“, wo sich alles auf einer institutionellen Ebene abspiele, vor.⁹¹³ Rudolf Henz schrieb es dem „Internationalismus“ der Lehre von Karl Marx zu, dass dem Arbeiter das Heimatgefühl abhanden gekommen sei; für ihn galt: „Verwurzelung ist der Beginn, Entwurzelung das Ende jeglicher Kultur und Bildung.“⁹¹⁴ Im CS wurde „bodenständiges Bewusstsein“ als Möglichkeit gewürdigt, die Gefahr der Entwurzelung des Menschen durch die moderne Großstadtkultur zu überwinden.⁹¹⁵

Clemens Holzmeister bereitete der verderbliche Einfluss des „Internationalismus“ ebenfalls Unbehagen; ihm war, als ob Österreich „die Begriffe von Heimat und Art und die große Tradition begraben müsste, um einer Zivilisation Platz zu machen, die jeder Persönlichkeit bar ist“.⁹¹⁶ Im Architektenverein plädierte er für die Berücksichtigung lokaler Bautraditionen, die auf die „organisch gewachsene Kulturlandschaft“ Rücksicht zu nehmen hätten.⁹¹⁷ Zeit seines Lebens erinnerte er sich an einen Lieblingsplatz seiner Jugend im Heimatdorf Fulpmes, eine Schmiede, wo er den Zugang zu „den erdverbundenen Bauformen“ gefunden habe.⁹¹⁸ Zur intellektuellen Kunst Wiens, beispielsweise Adolf Loos, fand er keine positive Beziehung.⁹¹⁹

Im musikalischen Bereich begegnet die Verbundenheit mit der Heimat bei Josef Marx. Überzeugt von einer „innige(n) Zusammengehörigkeit von echter Kunst und Volkstum“, sah er in den großen Komponisten in erster Linie Vertreter ihres Landes; immer singe „der echte Künstler von seiner Heimat, in ihrer Sprache, in ihrem Geiste“.⁹²⁰

Oswald Redlich machte die Geschichtswissenschaft zur Trägerin seiner Verbundenheit mit der Heimat. Ein Schwerpunkt seines akademischen Wirkens lag im Bereich der Landeskunde.⁹²¹ So etwa gehörte er zu den Promotoren des Projekts *Historischer Atlas der österreichischen Alpenländer*.⁹²²

912 SPATZENEGGER, Franz Rehl, 65 und 69.

913 R. SCHMITZ, Die Bedeutung, 11; vgl. KAROSHI, Die Erinnerung, 26.

914 Zit. nach VENUS, Rudolf Henz, 12; einer ähnlichen Terminologie bediente sich Anton Rintelen; er sprach allerdings auch von Verwachsenheit in „Blut und Boden“ als beseelender Kraft; RINTELEN, Erinnerungen, 124.

915 CS 3. 6. 1934 (W. R. ZALOZIECKY).

916 KNOFLER, Clemens Holzmeister, 1273.

917 MSchKP I, 1125 f.

918 KNOFLER, Clemens Holzmeister, 8 und 22.

919 KNOFLER, Clemens Holzmeister, 10; POSCH, Clemens Holzmeister, 243–245.

920 MARX, Betrachtungen, 14–16.

921 WINKELBAUER, Oswald Redlich, 400.

922 WUTTE, Oswald Redlich, 60.

Überzeugt von der Einheit von Mensch und Natur, forderte er die organische Verknüpfung von historischer Methode und geographischer Betrachtungsweise.⁹²³ Dieses Verfahren begründete er nicht mit rein wissenschaftlichen Zwecken, sondern mit dem „Interesse unseres Volks. Denn was ist Landesgeschichte, Landeskunde anderes als Heimatkunde, als Volkskunde! Heimat und Volk aber sind die trauten Begleiter durch das Leben, sind unsere kostbarsten Güter.“⁹²⁴ Nachdrücklich wies er auf die Bedeutung der „kleinen Lebenskreise“ hin, die sich für jene der großen kulturellen Bewegungen nutzbar machen ließen.⁹²⁵ Die Kunde davon sei „nicht toter Wissenskram, nicht antiquarische Liebhaberei, sondern eine nationale Pflicht, eine Bürgerschaft der Liebe und Treue zur Heimat“.⁹²⁶ Einen der Schwerpunkte seines wissenschaftlichen Œuvres bildete die Tiroler Landesgeschichte.⁹²⁷

Redlich war freilich zu sehr Wissenschaftler und Intellektueller, als dass er nicht auch den größeren Rahmen gesehen hätte. Er verstand den Blick auf „kleine Lebenskreise“ als Methode, die vom Einzelnen ausgeht, um zur Synthese fortzuschreiten. Seine Diktion lässt seine Identifikation mit dem *ordo*-Gedanken und die Nähe zu personalistischem Philosophieren erkennen: Die Kultur eines Volks nannte er „vielgestaltig und vielstufig“, und das Einzelne stellte er in den Dienst des Ganzen. Die Ergebnisse professioneller Landesgeschichte betrachtete er als Bausteine für „den großen, stolzen Bau der Wissenschaft“, aber auch als Möglichkeit, gegen die „moderne Nivellierung“ anzukämpfen.⁹²⁸ In Otto Brunners wissenschaftlichem Schaffen bildeten die Länder geradezu eine Basiskategorie; eine österreichische Staatsidee im modernen Sinn habe es in der Vergangenheit nicht gegeben.⁹²⁹

Im Literaturbetrieb der dreißiger Jahre wurde das Boden- und Schollenverbundene stark betont.⁹³⁰ Hermann Bahr forderte, dass jeder durch die Verwurzelung im Lokalen dem Ganzen diene.⁹³¹ Guido Zernatto, von Rudolf Henz als „der nationale Kärntner und Sänger eines urtümlichen Bauerntums“ bezeichnet⁹³², war überzeugt von der Wirkung des landschaftlichen Gefüges auf den schöpferischen Menschen.⁹³³ Dass er die „Geisteskultur in Kärnten“ der „impo-

923 SANTIFALLER, Oswald Redlich, 171.

924 Zit. nach SANTIFALLER, Oswald Redlich, 173.

925 LECHNER, Sinn und Aufgaben, 87.

926 REDLICH, Ausgewählte Schriften, 83; vgl. WINKELBAUER, Oswald Redlich, 410.

927 SANTIFALLER, Oswald Redlich 41–47.

928 REDLICH, Ausgewählte Schriften, 78.

929 JÜTTE, Zwischen Ständestaat und Austrofaschismus, 254.

930 BRUCKMÜLLER, Nation Österreich, 190.

931 JOHNSTON, Der österreichische Mensch, 127.

932 HENZ, Fügung, 243.

933 ZERNATTO, Vom Wesen, 167.

tenten, balkanmäßigen Zivilisation Wiens⁹³⁴ gegenüberstellte, ist allerdings nicht Ausdruck mangelnder Wertschätzung der in der Hauptstadt versammelten verschiedenen Ethnien⁹³⁵, woran man angesichts des allgemein verbreiteten Bildes von Wien als einer „Parasitenstadt“⁹³⁶ und anderer Vorbehalte gegen die von vielen zum negativen Symbol gemachte Hauptstadt⁹³⁷ denken könnte, denn Zernatto schätzte auch das Nebeneinander der Nationalitäten; „Heimatliebe“ und „Lokalpatriotismus“ (in quasi synonymen Verwendung der Begriffe) seien aber starke Stützen des Staatsbewusstseins.⁹³⁸

Otto Ender sprach 1919 von einer Vorarlberger „Landesindividualität“. Er glaubte die spezifischen Tugenden der Bewohner Vorarlbergs genau zu kennen und bemühte sich, das Bild einer geographischen Sonderstellung des Landes zu vermitteln.⁹³⁹ Im Herbst 1918 hatte das westlichste Bundesland die Selbständigkeit erlangt; die neue Landesregierung hatte den Arlbergpass sperren lassen und die gemeinsame Verwaltung mit Tirol aufgekündigt.⁹⁴⁰ Unter Berufung auf das von den Siegermächten allen Nationen zugesicherte Selbstbestimmungsrecht wollten sich die Vorarlberger zur eigenen Nation erklären. Sogar ein Anschluss an die Schweiz stand als Idee im Raum.⁹⁴¹ Wilhelm Mohr, der Verfasser einer als *Lehr- und Lernbehelf für landwirtschaftliche Fach- und Fortbildungsschulen* gedachten Geschichte Vorarlbergs, akzentuierte die Unterschiede zwischen dem alemannischen Siedlungsraum und den bajuwarisch geprägten Ländern.⁹⁴²

In anderen Bundesländern entwickelten sich ungeachtet ihrer formellen Beitrittserklärungen zur Republik und ihrer wichtigen Rolle beim Aufbau von deren Verwaltung⁹⁴³ starke Bewegungen für den Anschluss an Deutschland, die sich in Volksabstimmungen artikulierten.⁹⁴⁴ Der Partikularismus der Länder⁹⁴⁵ trat nicht nur gegenüber dem Gesamtstaat, sondern auch in

934 ROSSBACHER, Literatur, 103.

935 IN DER MAUR, Einleitung, 20 f.

936 VALENTIN, Länderpartikularismus, 36.

937 BARNAY, Erfindung, 342.

938 ZERNATTO, Die Wahrheit, 120.

939 BARNAY, Erfindung, 363 und 380; WANNER, Otto Ender, 166.

940 BARNAY, Erfindung, 325 f.

941 BARNAY, Erfindung, 339 und 351; POTOČNIK, Bewusstsein, 109 f.; G. STOURZH, Vom Reich, 58; in einem Zeitungsartikel von 1939 wurde die Kaffeetafel von Enders Gemahlin als Zentrum dieser Anschlussbewegung bezeichnet; er selbst habe sich nicht exponiert; P. MELICHAR, Ein Fall, 190.

942 MOHR, Heimatkunde, 24.

943 POTOČNIK, Bewusstsein, 112; G. STOURZH, Länderautonomie, 64–67.

944 MALFÈR, Wien und Rom, 59–64; POTOČNIK, Bewusstsein, 104–108; REICHHOLD, Kampf, 46–49; vgl. BRANDL, Kaiser, 375.

945 VALENTIN, Länderpartikularismus, 35–48.

deren Verhältnis zueinander in Erscheinung. Viktor Kienböck nannte sie „kleine Republiken mit losem Zusammenhang untereinander; sie sperren sich gegeneinander, insbesondere gegen Wien ab“.⁹⁴⁶

Engelbert Dollfuß verstand „unter gesundem Volkstum die Erhaltung der Eigenart der einzelnen Volksstämme. So sehr wir Österreicher sind, so sehr wir alle Deutsche sind, so sehr ist schon der Tiroler ein anderer Mensch als der Vorarlberger, der Kärntner ein anderer als der Salzburger, Gott sei Dank, dass es so ist, so wie die Menschen eben dann wertvoll sind, wenn sie nicht Schablonen sind“.⁹⁴⁷

Franz Rehrl lobte das Anliegen des Kanzlers, das Eigenleben der Länder zu wahren und sie in den Dienst des Vaterlands zu stellen. Auch für ihn war klar, „dass der Vorarlberger anders geartet ist als der Burgenländer, der Kärntner anders als der Oberösterreicher“. Diese alle befruchteten einander wechselseitig, dürften aber nicht mechanisch zusammengeschweißt werden, was „in öder, unfruchtbarer Gleichmacherei ausklingen“ würde. Der Begriff „Österreich“ sei wieder zum Ideal geworden, und „alle Bundesländer, mögen sie in ihrem Eigenleben noch so verschieden sein, bilden in Hinblick auf diesen Begriff eine Einheit im wahrsten Sinne des Wortes“. Die Gestaltung Österreichs als Bundesstaat stelle „die natürlichste und auch für die Durchführung des ständischen Aufbaus Österreichs notwendige Staatsform“ dar.⁹⁴⁸

1919 stellte Hans Karl Zeßner-Spitzenberg in Zusammenhang mit der Föderalismusdiskussion klar, der Zentralismus der Sozialdemokraten, der nichts als „Schwärmerei für das Gleichmachen“ bedeute, bewirke „Lokal-egoismus“. Wichtig sei hingegen eine konstruktive Verwertung des „Landsmannschaftsgeistes“: Nur „aus der freien Hingabe der Länder an das Ganze“ könne „ein lebendiges Staatswesen von dauerhafter Einheit“ entstehen, umso mehr, als die Länder und ihre Organe „den zusammenbrechenden Staat hier aufgefangen und die letzten Reste von Ordnung und Autorität aufrecht erhalten“ hätten. Die österreichischen Länder seien ein Mittelding zwischen Gliedstaaten und Gemeinden, es seien Länder mit staatlichen Funktionen auf bestimmten Gebieten, die sich ihre Verfassung selbst gäben.⁹⁴⁹ Es habe nichts mit Partikularismus zu tun, „wenn der Tiroler zunächst Tiroler, der Kärntner zunächst Kärntner, der Steirer in erster Linie Steirer ist und dann als solcher sich voll und ganz zum Vaterland Österreich bekennt“. Den Länderföderalismus zu beseitigen hieße „die psychologische

946 KIENBÖCK, Sanierungswerk, 12; vgl. POTOČNIK, Bewusstsein, 129.

947 Zit. nach BUSSHOF, Dollfuß-Regime, 45.

948 CS 25. 8. 1935 (F. REHRL); zu Rehrls Glauben an die kulturelle Sendung Österreichs vgl. Stock, „... nach Vorschlägen der Vaterländischen Front“, 31.

949 NR 20. 7. 1919 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

Grundlage des Österreichertums [...] erschüttern“.⁹⁵⁰ Karl M. Stepan profilierte sich als Schützer des steirischen Volkstums⁹⁵¹, und für Georg Prader nahm die Heimat in Oberösterreich Gestalt an. Gelegenheit, dies zu verdeutlichen, fand er in einer Monographie über den Dialektdichter Norbert Hanrieder, den „Sänger des Mühlviertels“.⁹⁵² Prader ordnete den Menschen bestimmter Landschaften, ja selbst einzelner Mikroregionen innerhalb derselben, bestimmte Charakterzüge zu.⁹⁵³ Überzeugt davon, dass der Mensch ein „Produkt des Bodens sei, dem er entsprossen ist, [...] ein Glied der Familien, aus deren Verbindung er entsprungen ist“, forderte er eine Literaturgeschichte, die sich auf „Stammeszugehörigkeit“ aufbaut.⁹⁵⁴ An den Beginn seiner Studie stellte Prader einen Vergleich mit anderen Landschaften, der nach klassischem Agon klingt. Der Geburtsort allein zähle allerdings noch zu wenig, es sei auch wichtig, wie lange eine Familie in der betreffenden Landschaft ansässig sei.⁹⁵⁵

Aus genau diesem Grund gelang es Franz Karl Ginzkey nach eigener Aussage nicht, das österreichische Küstenland innerlich als Heimat anzuerkennen, obwohl er dort einige Jahre seiner Jugend verbracht hatte.⁹⁵⁶ Nach seiner Versetzung nach Pola im Rang eines Leutnants begann für den literarisch Ambitionierten eine diesbezüglich wenig fruchtbare Zeit. Er glaubte den Grund zu kennen: „[...] und man hat mich sogar meiner poetischen Lehrmittel beraubt, indem man mir eine Umgebung gab, deren Sprache ich nicht verstehe.“⁹⁵⁷ An anderer Stelle beschrieb er sein Leben als die Suche seiner Seele nach der ihm „geistverwandten Landschaft“; er habe den Drang empfunden, „Wurzel zu fassen“, freilich wissend, dass ihm letzte Gewissheit versagt bleiben würde.⁹⁵⁸ Er nahm eine Einheit von Landschaft, Menschen- und Brauchtum an, „an deren organischem Aufbau kein Zweifel mehr besteht“.⁹⁵⁹ Es sei etwas völlig anderes, ob man im eigenen oder inmitten eines fremden Volks aufwachse, stellte er mit Bezug auf die verschiedenen Kronländer der Monarchie fest.⁹⁶⁰ Letztendlich war Heimat für ihn der Garant für den „Geist

950 CS 18. 3. 1934 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

951 BINDER 1982, Karl Maria Stepan, 173; BINDER, Stepan/Dobretsberger, 19.

952 PRADER, Norbert Hanrieder, 171.

953 PRADER, Norbert Hanrieder, 5; vgl. NR 5. 7. 1924.

954 Josef Nadler vertrat die These, die gesamtdeutsche Literaturvielfalt erkläre sich aus „Stammeseigentümlichkeiten“; TALOS, Handbuch, 483 (H. HAAS).

955 PRADER, Norbert Hanrieder, 1 f.

956 HEYDEMANN, Literatur und Markt, 27.

957 HEYDEMANN, Literatur und Markt, 30 f.

958 GINZKEY, Heimatsucher, 242 f.

959 GINZKEY, Heimatsucher, 88.

960 GINZKEY, Heimatsucher, 13.

des Gemeinsamen“ und befriedigte die „Sehnsucht nach Gemeinschaftskultur“.⁹⁶¹ Im Begriff „Sehnsucht“ schwingt die Grundbedeutung des griechischen Wortes „Nostalgie“ mit, nämlich das Leiden am Verlust der Möglichkeit einer Rückkehr zu einer besseren Vergangenheit, verursacht durch das Gefühl der Unzufriedenheit mit der Gegenwart, wie es in Zeiten größerer politischer Umbrüche und ungewisser Zukunft häufig zu beobachten ist.⁹⁶²

Franz Kolb thematisierte Länderpatriotismus nicht explizit als Gegensatz zum Staatspatriotismus, faktisch war sein Horizont jedoch auf Tirol beschränkt. Die Früchte seiner gleichwohl professionell betriebenen Geschichtsforschung waren vornehmlich für Mittelschüler⁹⁶³ und Teilnehmer an patriotischen Veranstaltungen gedacht; sofern er sie schriftlich niederlegte, erreichten sie jedoch auch die akademische Welt, denn er publizierte in renommierten Organen.⁹⁶⁴ Als Mitglied der Studentenverbindung *Tirolia*, die dem Ständestaat nahestand, betonte er deren landsmannschaftlichen Charakter⁹⁶⁵, der sich schon im Namen spiegle.⁹⁶⁶ Kolbs Interesse galt der bäuerlichen Welt, die er am Beispiel seiner Wipptaler Heimat akribisch erforschte.⁹⁶⁷ Durch die seelsorgliche Tätigkeit verlor er auch die lebendige Beziehung zum Bauerntum nicht. Häufig trat er bei Heimkehrerfeiern und bei der Einweihung von Gefallenendenkmälern als Redner auf, wobei er – wie als Geschichtslehrer am Brixner bischöflichen Gymnasium *Vinzentinum* – Patriotismus zu vermitteln versuchte.⁹⁶⁸ Zeit seines Lebens betonte er die Wichtigkeit von Tradition, Geschichte und Vätererbe als Gegengewicht gegen Materialismus, Überfremdung und Indifferentismus.⁹⁶⁹

Ähnliche Gedanken leiteten Leopold Teufelsbauer: Sitte und Brauch seien im Leben eines Volks „erhaltende Mächte“, die den Menschen Halt, Schönheit und Würde gäben. Ihre Pflege müsse vom Volk selbst ausgehen, wenn sie nicht „wertlose Verstandeskonstruktion“ bleiben wolle.⁹⁷⁰ Carl Vaugoin setzte sich für diesen Gedanken ein, weil er es möglich mache, „nicht

961 GINZKEY, Heimatsucher, 162.

962 GHEZZI, Nostalgia, 52–58.

963 Zunächst Lehrer für Geschichte am Vinzentinum in Brixen, wirkte er nach der Ausweisung durch die faschistischen Behörden 1923 als Religionslehrer in Innsbruck. 1936 war er Direktor der dortigen Lehrerbildungsanstalt, 1939–1941, nach der Vertreibung der Jesuiten aus Innsbruck, Professor für Kirchengeschichte am Priesterseminar in Volders; KRAMER, Franz Kolb, 565 f.; KRIECHBAUMER, Dieses Österreich, 345; REITMAIR, Msgr. Prof. Dr. Franz Kolb, 17.

964 Genannt seien vor allem die Zeitschrift *Tiroler Heimat* und die Reihe *Schlern-Schriften*.

965 Vgl. BINDER, Politischer Katholizismus, 29 und 73.

966 KOLB, *Tirolia*, 13.

967 KRAMER, Franz Kolb, 573 f.

968 KRAMER, Franz Kolb, 567.

969 KRAMER, Franz Kolb, 572.

970 TEUFELSBAUER, Die geistigen Grundlagen, 21 f.

lebensfremden Doktrinen zum Opfer zu fallen“.⁹⁷¹ Die Verbundenheit der Menschen mit ihren Ländern kam demnach sehr stark auf der emotionalen Ebene zum Tragen.⁹⁷² Im Zusammenhang mit der Verankerung des Länderpatriotismus im Volkskundlichen ist von Interesse, dass die VF offizielle Landestrachten entwickeln ließ.⁹⁷³

Dass die zuletzt genannten Stimmen teilweise von geistlicher Seite kamen, ist kein Zufall. Johannes Messner veranschlagte die Rolle der Kirche für die „völkische Erneuerung“ sehr hoch und hielt „lebendiges Volkstum“, also das, was auf vornehmlich lokaler Ebene vor sich ging, für einen idealen „Hort religiösen Lebens“.⁹⁷⁴ So missverständlich seine Begrifflichkeit wirken könnte, einen Vorrang von „Rasse und Volkstum“ vor Religion und Glauben, den „Grundirrtum des Blutmythos“, lehnte er ab. Die erste Gemeinschaft sei die der Gnade: Daher liege es an der Kirche, zur „Hüterin des Volkstums“ zu werden; dieses könne nicht überleben, wenn es nicht von übergeordneten religiösen Kräften behütet werde.⁹⁷⁵

Selbst Ignaz Seipel – mit seinem über das jeweilige Landesbewusstsein hinausgehenden Bild vom Österreicher als „Großstaatsmenschen“⁹⁷⁶ – gewann dem Länderpatriotismus Positives ab: Er habe in Österreich traumatische geschichtliche Erfahrungen merklich abgefedert.⁹⁷⁷ Im Föderalismus der Länder sah er eine Möglichkeit der Abgrenzung vom roten Wien, vor allem kulturell: gesunde, volksverwurzelte, katholisch-konservative Provinzkultur gegen dekadente, intellektuelle, sozialdemokratische Kultur der Hauptstadt.⁹⁷⁸ Richard Kerschagl ortete selbst im Bereich der Finanzwirtschaft große Unterschiede.⁹⁷⁹

Einen hohen Stellenwert hatte die Verbundenheit mit dem engeren Vaterland im CV. Bei den österreichischen Verbindungen, denen viele Mandatare angehörten, zeigt sich diese schon an den Namen: *Austria*, *Norica*, *Babenberg*, *Traungau*, *Kürnberg*.⁹⁸⁰

Hält man sich vor Augen, wie eingeschränkt die Befugnisse der Länder realiter waren⁹⁸¹, ist der Länderpatriotismus schwer nachvollziehbar. Gleich-

971 VAUGOIN, Hinein, 4; vgl. STAUDINGER, Vaugoin, 152.

972 TÁLOS, Handbuch, 133 (K. WEBER).

973 BRUCKMÜLLER, Nation Österreich, 189 f.

974 SZ 24. 12. 1933 (J. MESSNER).

975 SZ 1. 7. 1934 (J. MESSNER).

976 SCHWARZENBERG, Erinnerungen 86; SUPPANZ, Das Barock-Zeitalter, 113; SUPPANZ, Der österreichische Mensch, 188.

977 KANN, Nationalitätenproblem 2, 222; RENNHOFFER, Ignaz Seipel, 606.

978 HANISCH, Demokratieverständnis, 78 f.

979 SZ 19. 11. 1933 (R. KERSCHAGL).

980 KRAUSE, CV, 107.

981 BRUCKMÜLLER, Nation Österreich, 189; RIEDMANN, Das Bundesland Tirol, 873 und 876–879.

wohl blieben die skeptischen Stimmen auf der theoretischen Ebene in der Minderzahl. Erwähnt sei aber Friedrich Funder, für den es einen Mangel an „vaterländischer Erziehung“ bedeutete, dass es nur Tiroler, Salzburger, Kärntner [...] Patriotismus und nur mittelbar einen österreichischen gäbe.⁹⁸² Auch Viktor Kienböck bedauerte, dass das auf die Länder bezogene Heimatgefühl stärker sei als der allerdings gleichwohl vorhandene Österreichpatriotismus; die Republik sei noch nicht Symbol der Zusammengehörigkeit.⁹⁸³ Richard Schmitz lehnte in seinem Kommentar zum Parteiprogramm der CSP von 1926 eine „Provinzialisierung“ ausdrücklich ab.⁹⁸⁴

Auch der Nexus zwischen Patriotismus und ständischem Gedanken war nicht für alle selbstverständlich. Oskar von Hohenbruck sprach 1930 ganz unverhohlen aus, den Tirolern sei die Landesbürgerschaft wichtiger als die Bundesbürgerschaft, und er verheimlichte nicht, welche der in der Gesamtheit einander überlagernden Kategorien für ihn die wichtigere war: „Wir werden uns deshalb unsere Landesautonomie nicht auf dem Wege des Ständestaates rauben lassen. [...] Unsere Bauern dürfen nie in den Zwiespalt gebracht werden, ob sie mehr Tiroler oder mehr Bauern sind.“⁹⁸⁵ Der Bauernbundfunktionär hatte für Interferenzen von Landes- und Standesbewusstsein einen scharfen Blick: Im Bauernstand sei der Gedanke der örtlichen Selbstverwaltung tief verwurzelt, während bei Beamten und Arbeitern die Berufszugehörigkeit Vorrang habe. „Ortsgebundene Stände“, sollten auf die lokale Verwaltung mehr Einfluss haben als die Vertreter der vom Wohnsitz unabhängigeren Berufe. Andererseits gäbe es wirtschaftliche Überlegungen, aufgrund deren die Stände über die Grenzen der Länder hinauswachsen müssten.⁹⁸⁶

6.8 Österreichbewusstsein versus Nationalsozialismus

Das Trauma von Saint-Germain und die Frage des „Anschlusses“ an das Deutsche Reich

Für viele Zeitgenossen war der Zerfall der Monarchie eine traumatische Erfahrung. Ludwig Adamovich vermochte diese bis ins fortgeschrittene Alter nicht zu verdrängen⁹⁸⁷; nicht minder schwer fiel es Lois Weinberger⁹⁸⁸, Ru-

982 REISS, Dr. Friedrich Funder, 154 f.

983 KIENBÖCK, Sanierungswerk, 9 f.

984 TÁLOS, Handbuch, 480 f. (H. HAAS).

985 v. HOHENBRUCK, Zur Frage, 17 f.

986 v. HOHENBRUCK, Zur Frage, 16–19.

987 ADAMOVICH, (Selbstdarstellung), 12.

988 KARLICK, Lois Weinberger, 20.

dolf Henz⁹⁸⁹ und Karl M. Stepan⁹⁹⁰, sich mit der neuen Situation abzufinden. Oswald Redlich empfand nach 1918 geistige Desorientierung und sprach häufig von der „düsteren Gegenwart“.⁹⁹¹ Das alte Österreich als lebenden Organismus empfindend, bemühte er sich, bei seinen Kollegen und Schülern Verständnis und Wertschätzung von dessen Kultur zu erwecken.⁹⁹² 1924 erklärte er in einem zur Feier des 60-jährigen Bestehens des *Vereins für Landeskunde von Niederösterreich* gehaltenen Festvortrag zum Thema *Landeskunde und Geschichtswissenschaft*, nunmehr gelte es, anstelle des alten Österreichbewusstseins ein neues Heimatgefühl zu kultivieren.⁹⁹³

Die staatsrechtliche Situation Österreichs unmittelbar nach Kriegsende wurde im *Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutsch-Österreich* vom 12. November 1918 festgeschrieben, in dem die Österreicher erklärten, ein Bestandteil der deutschen Republik sein zu wollen.⁹⁹⁴ Die Rechtslage lautete seit dem Friedensvertrag von Saint-Germain vom 10. September 1919 indes anders: Dessen Artikel 88 enthielt ein striktes Anschlussverbot, und die Komponente „deutsch“ musste aus der offiziellen Bezeichnung Österreichs getilgt werden.⁹⁹⁵

Die Österreicher selbst waren in dieser Frage gespalten: Kräfte, die aus politischen und wirtschaftlichen Gründen den Anschluss wünschten, standen neben solchen, die ihn zu verhindern versuchten.⁹⁹⁶ Die im Raum stehende Kernfrage lautete: Sind die Bewohner der 1918 entstandenen Republik deutsche Österreicher oder österreichische Deutsche?⁹⁹⁷

Bis 1921 war der Anschlusswille stärker, dann erhielt der Wunsch nach Eigenstaatlichkeit Vorrang. Neue Anschlussbestrebungen kamen mit der Wirtschaftskrise auf.⁹⁹⁸ Diese wurden auch von Deutschland unterstützt⁹⁹⁹, nach Anton Klotz aus pragmatischen Gründen; dem „Land eines deutschen Stammes“ hätten sie nicht gegolten.¹⁰⁰⁰ Die Schweiz hingegen befürwortete

989 VENUS, Rudolf Henz, 6 f.

990 BINDER 1982, Karl Maria Stepan, 164 und 168.

991 H. DACHS, Österreichische Geschichtswissenschaft, 97 f.; RAMHARDTER, Geschichtswissenschaft, 11–17.

992 SANTIFALLER, Oswald Redlich, 159; WINKELBAUER, Oswald Redlich, 409.

993 REDLICH, Ausgewählte Schriften, 73.

994 ADÖ 1/15 A; vgl. KINDERMANN, Österreich, 33 f.; POTOČNIK, Bewusstsein, 36, 47–49 und 75 f.

995 KINDERMANN, Österreich, 35; POTOČNIK, Bewusstsein, 127.

996 GEHLER, Der lange Weg 1, 16; GOLDINGER/BINDER, Geschichte, 73–83; SKALNIK, Auf der Suche, 99 f.

997 BRUCKMÜLLER, Nation Österreich, 292.

998 POTOČNIK, Bewusstsein, 67–72 und 144; STEININGER, 12. November 1918, 99 f.; SUPPAN, Mitteleuropa-Konzeptionen, 173–175.

999 REICHHOLD, Kampf, 18–36.

1000 KLOTZ, Sturm, 20–23.

die Eigenstaatlichkeit Österreichs und versuchte politisch in diesem Sinn zu agieren.¹⁰⁰¹ Im Februar 1930 konstatierte Bundeskanzler Johann Schober bei seinem Besuch in Rom ein Nachlassen der Anschlussbegeisterung und das Aufkommen eines Österreichbewusstseins, das die Regierung bewusst pflege.¹⁰⁰²

Nach Parteien betrachtet, war die CSP die am meisten gespaltene¹⁰⁰³, während die Sozialdemokraten den Anschluss schon deshalb wünschten, weil er der Idee der Internationale diene.¹⁰⁰⁴ Für die Deutschnationalen war dieser ohnehin die einzig denkbare Lösung.¹⁰⁰⁵ Das 1931 lancierte Projekt einer Zollunion mit Deutschland kam nicht zur Verwirklichung.¹⁰⁰⁶

Kein Einzelfall war, gerade in Kreisen des höheren Beamtentums, Hans Schlitter, der Direktor des Haus-, Hof- und Staatsarchivs, der 1915–1918 für die Unabhängigkeit Österreichs eintrat, dann aber, unter dem Eindruck der Kriegsfolgen, den Anschluss befürwortete. Sein Ziel blieb gleichwohl die Weckung eines eigenständigen Österreichbewusstseins.¹⁰⁰⁷ Auch Oswald Redlich war dem Gedanken des Anschlusses zunächst nicht abgeneigt¹⁰⁰⁸; ab 1934, unter dem Eindruck der Ereignisse in Deutschland, trat er aber für ein unabhängiges Österreich ein.¹⁰⁰⁹ Ähnliches gilt für Richard Meister, der, wie er in seiner Selbstbiographie von 1952 erläuterte, mit dem Erstarken des Nationalsozialismus seine gesamtdeutschen Neigungen aufgab.¹⁰¹⁰

Otto Ender ließ noch 1933, kurz vor seiner Berufung ins Kabinett Dollfuß, eine anschlussfreundliche Haltung erkennen.¹⁰¹¹ Dasselbe ist lange Zeit

1001 ZAUGG-PRATO, *Die Schweiz*, 295 f.

1002 ADÖ 6/1005.

1003 Überblick über die Entwicklung des Anschlussgedankens im christlichen Lager: REICHOLD, *Kampf*, 37–49.

1004 KLOTZ, *Sturm*, 21; BLÄNSDORF, *Österreich*, 190 f.; BRUCKMÜLLER, *Nation Österreich*, 303; HANISCH, *Demokratieverständnis*, 77 f.; POTOČNIK, *Bewusstsein*, 95–99; N. SCHAUSBERGER, *Österreich*, 285; TÁLOS, *Handbuch*, 479 (H. HAAS); WOHNOUT, *Bürgerliche Regierungspartei*, 192 f.

1005 BLÄNSDORF, *Österreich*, 184; KANN, *Nationalitätenproblem* 1, 98; N. SCHAUSBERGER, *Österreich*, 288.

1006 KLOTZ, *Sturm*, 22; vgl. BERTOLASO, *Die erste Runde*, 46; BRACHER, *Nationalsozialismus*, 19; KEREKES, *Abenddämmerung*, 93 f.; KINDERMANN, *Österreich*, 39; POTOČNIK, *Bewusstsein*, 146 und 154 f.; REICHOLD, *Kampf*, 30; SCHMÖLZER, *Beziehungen*, 29–32 und 36–40; STEININGER, ... paneuropäisches Mäntelchen.

1007 KRALER, *Gott schütze Österreich*, 35–39.

1008 REDLICH, *Ausgewählte Schriften*, 51; vgl. H. DACHS, *Österreichische Geschichtswissenschaft*, 104 f.; KRIECHBAUMER, *Erzählungen*, 165–169; RAMHARDTER, *Geschichtswissenschaft*, 179; SANTIFALLER, *Oswald Redlich*, 189 f.; WINKELBAUER, *Oswald Redlich*, 413.

1009 SANTIFALLER, *Oswald Redlich*, 190; WINKELBAUER, *Oswald Redlich*, 410.

1010 BREZINKA, *Pädagogik*, 398.

1011 WANNER, *Otto Ender*, 166.

auch für den Kanzler selbst festzustellen.¹⁰¹² Dieser gehörte der *Deutschen Gemeinschaft* an, einem kurz nach dem Krieg gegründeten Verband katholischer und nationaler Intellektueller, die sich einer romantischen Volks- und Reichsidee verschrieben hatten.¹⁰¹³ Erst gegen Ende seines Lebens forderte er, „dass wir unser eigenes Haus in Ruhe und Frieden bestellen können“¹⁰¹⁴, und förderte den Österreichpatriotismus.¹⁰¹⁵

Ähnliche Ziele wie die *Deutsche Gemeinschaft* verfolgten der *Österreichisch-deutsche Volksbund*, eine überparteiliche Organisation für den Anschluss, die *Österreichisch-deutsche Arbeitsgemeinschaft*, die dem Ausbau der Handelsbeziehungen mit dem Deutschen Reich diente¹⁰¹⁶, und der *Deutsche Klub*. Hier traten u. a. Arthur Seyss-Inquart, Richard Kerschagl und Edmund Glaise von Horstenau auf.¹⁰¹⁷

Letzterer verstand unter einem national gesinnten Österreicher den, der sich grundsätzlich zum Anschlussgedanken bekenne.¹⁰¹⁸ Eine Sonderstellung Österreichs innerhalb Deutschlands aufgrund der kulturellen Eigenständigkeit und landschaftlichen Besonderheit wünschte freilich auch er. Als akademisch ausgebildeter Historiker¹⁰¹⁹ wusste er um die Bedeutung der Habsburger für die Geschichte Südosteuropas¹⁰²⁰, und ihm war auch bewusst, wie wichtig die deutschsprachigen Länder Österreichs, allen voran das 1816 angegliederte Erzstift Salzburg, bereits im Frühmittelalter für die Verbreitung deutscher Kultur im Osten gewesen waren.¹⁰²¹ 1934 erschien in der Zeitschrift *Kunstwart* aus seiner Feder ein Beitrag über 1683, das Jahr eines entscheidenden Siegs über die Osmanen.¹⁰²² Laut Ernst Rüdiger

1012 BOYER, Wiener Konservatismus, 348; v. HILDEBRAND, Engelbert Dollfuß, 16; JAGSCHITZ, Dollfuß, 209–211; MOMMSEN, Theorie, 174; POTOČNIK, Bewusstsein, 157; REICHOLD, Kampf, 74; STAUDINGER, Österreich-Ideologie, 35.

1013 G. HARTMANN, Im Gestern, 340; JAGSCHITZ, Dollfuß, 209 f.; SCHWEITZER, Volkstumsideologie, 58.

1014 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 37–39; vgl. KINDERMANN, Konservatives Denken, 219 f.

1015 POTOČNIK, Bewusstsein, 67 und 178.

1016 BRUCKMÜLLER, Nation Österreich, 304 f.; REICHOLD, Kampf, 23 f.

1017 EPEL, Zwischen Kreuz, 322.

1018 GLAISE-HORSTENAU, Erinnerungen, 69.

1019 Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges studierte er Geschichte, 1925 wurde er Direktor des Kriegsarchivs, 1934 Privatdozent für neuere Heeres- und Kriegsgeschichte an der Universität Wien. BROUCEK, Ein General I, 51; KRIECHBAUMER, Front, 360; SLAPNICKA, Oberösterreich, 95 f. Bibliographie seiner Werke bei BROUCEK/PEBALL, Geschichte, 366–377.

1020 GLAISE-HORSTENAU, Katastrophe, 489.

1021 GLAISE-HORSTENAU, Heimkehr, 146–148, so auch Hans Eibl; NR 25. 5. 1927, 6. 4. 1929 (H. EIBL).

1022 SZ 3. 12. 1933 (H. HANTSCH); vgl. SUPPANZ, Österreichische Geschichtsbilder, 31, 156–162 und 165–169.

von Starhemberg setzte er sich sehr für das Juliabkommen von 1936 ein¹⁰²³, aber explizit sprach er sich nicht für die Unabhängigkeit Österreichs aus.¹⁰²⁴ Er stand jenem nationalen, antidemokratischen Parteiflügel der CSP nahe, innerhalb dessen besonders Karl Gottfried Hugelmann für die Ausgestaltung des Verhältnisses zu Deutschland eintrat, allerdings mit der Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht.¹⁰²⁵ Regelmäßig hielt Glaise von Horstenau Vorträge im Rahmen der Salzburger Hochschulwochen (z. B. über *Altösterreichs Vergangenheit im Spiegel der deutschen Geschichte*)¹⁰²⁶, in denen er eine Gegeneinrichtung zu der u. a. von Hans Karl Zeßner-Spitzenberg und dem „böse[n] Emigrant[en] Hildebrand“ getragenen „patentösterreichischen Akademie der Legitimisten“¹⁰²⁷ sah.¹⁰²⁸ Obwohl Glaise 1933/34 als politischer Berater Alois Schönburg-Hartensteins im Verteidigungsministerium an der Seite eines Legitimisten tätig war¹⁰²⁹, lehnte er diese Bewegung als eine der wichtigsten Stützen der Unabhängigkeitspolitik Österreichs ab.¹⁰³⁰ Das Wesen Hitlers erkannte er nicht in der vollen Tragweite.¹⁰³¹

Klare Worte für den Anschluss kamen vom evangelischen Oberkirchenrat Erich Stoekl. In einer am 27. März 1938 in Wien gehaltenen Predigt verglich er, ausgehend von Joh 12,14, Österreich mit dem Weizenkorn: Wenn es „nicht in die Erde fällt und stirbt, so bleibt es allein“.¹⁰³² Er fühlte sich zwar als Österreicher und war diesem Land verbunden, aber ebenso deutlich betonte er die Zugehörigkeit zum Deutschtum.¹⁰³³ Ab 1933 hatte er zu wiederholten Malen die Verständigung zwischen katholischer und evangelischer Kirche gefordert.¹⁰³⁴ Mit Genugtuung erinnerte er an jene evangelischen Gemeinden, die sich in vielen Gebieten der Monarchie um die Siedlung verdient gemacht hätten. Ausdrücklich lobte er an ihnen Staatstreue, Familien und Kinderstuben, Fleiß, vorbildliche Pflichterfüllung; im Ersten Weltkrieg hät-

1023 STARHEMBERG, Memoiren, 267.

1024 K. AMANN, Brückenbauer, 64; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 566.

1025 BUCHMAYR, Der Priester, 155; SCHWEITZER, Volkstumsideologie, 24 und 37; kritisch zu ihm FELLNER, Reichsgeschichte, 367.

1026 GLAISE-HORSTENAU, Erinnerungen, 109.

1027 Gemeint ist die *Österreichische Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft*; MAURER, Konrad Josef Heilig, 634 f.

1028 GLAISE-HORSTENAU, General im Zwielicht, Bd. 2, S. 108 f.

1029 BROUCEK, Ein General I, 38 und 46; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 565.

1030 GLAISE-HORSTENAU, Erinnerungen, 74; vgl. MOSSER, Legitimus, 126.

1031 Nach dem Juliabkommen wurde er als Minister ohne Portefeuille in die Regierung berufen; 1938 holte ihn Arthur Seyss-Inquart in sein Kabinett; BROUCEK/PEBALL, Geschichte, 364.

1032 REINGRABNER, Eine Wiener Predigt, 260.

1033 REINGRABNER, Eine Wiener Predigt, 257 f.; vgl. auch STOEKL, Predigten, 3.

1034 STOEKL, Die evangelische Kirche, 18–20.

ten katholische und protestantische Deutsche gemeinsam an der Ostfront gekämpft. Auch im Süden der Monarchie, etwa in Meran oder in Triest, sei die evangelische Gemeinde die Stütze der „deutschbewussten Bevölkerung“ gewesen.¹⁰³⁵

Richard Kerschagl hielt enge wirtschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich für richtig, eine „planmäßige Verflechtung“, doch unter Wahrung und Förderung der beiderseitigen Interessen. „Österreich, in seiner Doppelstellung als Glied wirtschaftlicher uralter Verbindungen der Nachfolgestaaten einerseits, der Stammeszugehörigkeit zu Deutschland andererseits, ist der gegebene Mittler Deutschlands nach Osten und Südosten.“¹⁰³⁶ Eine wirtschaftliche Autarkie Deutschlands hielt er für ebenso wenig sinnvoll wie eine Abkapselung Österreichs: Dieses Land, so der Experte für die Wirtschaftslage des Donauraums¹⁰³⁷, habe zwar vielfältige, aber keine spezifischen Ausfuhrprodukte und sei folglich sehr konjunkturrempfindlich; daher müsse es sich außenpolitisch nach vielen Seiten orientieren.¹⁰³⁸ In realistischer Einschätzung der wirtschaftlichen Folgen der Zerschlagung der Monarchie für Restösterreich¹⁰³⁹ wurde die Notwendigkeit der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit der Donauländer 1936 in der MSchKP in differenzierter Weise thematisiert.¹⁰⁴⁰

Franz Rehrl äußerte sich nicht explizit zur Frage des Anschlusses, aber 1930 würdigte er das Tauernkraftwerk als Wirtschaftsfaktor mitteleuropäischen Zuschnitts; zwar diene es in erster Linie der Befriedigung des österreichischen Energiebedarfs, aber es komme auch der deutschen Volkswirtschaft zugute: Das Unternehmen habe verbindende Kraft.¹⁰⁴¹

Alles in allem waren in den Reihen der politischen Protagonisten des Ständestaates die Gegner des Anschlusses zahlreicher als die Befürworter. Im Besonderen gilt dies für jene Österreicher, die 1938 ins amerikanische Exil gingen.¹⁰⁴² An dieser Stelle sei ein in der wissenschaftlichen Literatur wenig beachtetes Detail referiert: Die von Bundeskanzler Schuschnigg für den 13. März 1938 anberaumte Volksbefragung über die politische Zukunft Österreichs, die bekanntlich auf Druck der Nationalsozialisten nicht zustande kam, wurde in drei Landgemeinden des Waldviertels, in denen die

1035 STOEKL, Die evangelische Kirche, 9.

1036 KERSCHAGL, Finanzwesen, 398 f.

1037 MSchKP 2, 904–912 (R. KERSCHAGL).

1038 SZ 28. 10. 1934, 4. 11. 1934 (R. KERSCHAGL).

1039 WIPPERMANN, Faschismus, 73.

1040 MSchKP 1, 778–788 (L. STROBL).

1041 NR 28. 6. 1930 (F. REHRL); zu den Leistungen des Landeshauptmanns im Bereich der Infrastruktur vgl. DOHLE, 150 Jahre, 32.

1042 EPPLE, Österreicher 2, 274 und 453.

Order aus Deutschland nicht rechtzeitig eingetroffen war, trotzdem abgehalten, und das Ergebnis lautete zu 100 Prozent für Österreich.¹⁰⁴³

Eines der zentralen Motive für den Wunsch nach Eigenstaatlichkeit waren Vorbehalte gegen das preußisch-protestantische Land. Soweit es auch hier betont deutsche Richtungen gab¹⁰⁴⁴, dürften sie den Katholiken Deutschlands nahestanden haben, die sich vom Anschluss Österreichs eine Stärkung ihrer eigenen Position erhofften.¹⁰⁴⁵ Johannes Messner verfasste 1927 für das NR einen kurzen Bericht über eine in Wien abgehaltene internationale Beethovenfeier, in deren Rahmen der deutsche Reichskanzler Wilhelm Marx an die geschichtliche Aufgabe des deutschen Volks erinnert habe; dass er dies gerade in der österreichischen Hauptstadt getan habe, ließ Messner folgern, dass die Anschlussbewegung nicht mehr im Raum stehe; allenfalls könne von einem „Zusammenschluss“ die Rede sein.¹⁰⁴⁶

1937 legte die SZ dar: Als selbständiger Staat könne Österreich dem Deutschtum mehr dienen denn als Provinz, und man dürfe nicht vergessen, dass von hier aus Jahrhunderte lang Weltpolitik – und somit „Weltkultur“ – gemacht worden sei.¹⁰⁴⁷ Anton Klotz versuchte das Bewusstsein dafür zu schärfen, „dass die Deutschen Österreichs auf ihrem Boden nicht nur Stammesgeschichte und nationale Geschichte, sondern Weltgeschichte gestaltet hatten“¹⁰⁴⁸; die „liberalen“ Befürworter des Anschlusses verleugneten österreichische Tradition.¹⁰⁴⁹

Diese Worte dürfen als treffende Umschreibung der sogenannten Österreichidee bezeichnet werden: Durch Reflexion über das historische Wesen der 1918 entstandenen Republik glaubten die Anschlussgegner dem Nationalsozialismus geistigen Widerstand entgegenzusetzen zu können.¹⁰⁵⁰ Unter dem Eindruck des Aufstiegs Hitlers gaben auch die Sozialdemokraten ihre anschlussfreundliche Haltung auf.¹⁰⁵¹

Ein Anwalt dieser Österreichidee war, obwohl er teilweise romantischem Pangermanismus erlag, Kurt Schuschnigg.¹⁰⁵² Anton Rintelen, der ihm 1936

1043 GANGLMAIR, Widerstand, 9.

1044 BRUCKMÜLLER, Nation Österreich, 307.

1045 BRANDL, Kaiser, 444; KLOTZ, Sturm, 26 f.

1046 NR 26. 11. 1927 (J. MESSNER).

1047 SZ 31. 1. 1937 (DANUBIANUS).

1048 KLOTZ, Sturm, 8.

1049 KLOTZ, Sturm, 22.

1050 KINDERMANN, Hitlers Niederlage, 46–56; KINDERMANN, Österreich, 64 f. und 242 f.; pointierte Gegenüberstellung der Unterschiede zwischen nationalsozialistischer Ideologie und Österreichidee EBD., 90–92.

1051 KLOTZ, Sturm, 26.

1052 POTOČNIK, Bewusstsein, 202; kritisch zu Schuschniggs Österreichbewusstsein äußerte sich Ernst Karl Winter; EPPEL, Österreicher 2, 504.

anlastete, „die dargebotene Hand des Deutschen Reichskanzlers zurückgewiesen“ zu haben¹⁰⁵³, verkannte, dass die Ablehnung des Anschlusses für Schuschnigg, den konsequenten Gegner des Nationalsozialismus, mehr noch als aus politischen aus weltanschaulichen Gründen selbstverständlich sein musste.¹⁰⁵⁴

Dem auf die Selbständigkeit Österreichs bedachten einheimischen Adel verlieh Alfred Johannes Ressayguier de Miremont eine Stimme, der im „Anschluss“ eine „Preisgabe des eigenen Landes“ erblickt hätte.¹⁰⁵⁵ Ernst Karl Winter argumentierte mit den natürlichen Bindungen Österreichs an die Nachfolgestaaten der Monarchie: Der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich würde die europäische Ordnung in unerträglicher Weise stören.¹⁰⁵⁶ In den Vorarbeiten zu einer Geschichte des österreichischen Volkes schrieb er, dass dieses „kein deutscher Stamm ist“, [...] sondern einzig und allein die österreichische Nation“, [...] dass es jedenfalls bestimmt nicht zur ‚deutschen Kulturgemeinschaft‘ gehört“.¹⁰⁵⁷

So groß das Unbehagen über die Friedensregelung von 1919 war, so behetzt waren die Versuche, mit der neuen Situation zu leben, wie beispielsweise an Leopold von Andrian sichtbar wird. Dieser Dichter gehörte zu den führenden Mitgliedern des ab 1914 im Arbeitszimmer von Hans Schlitter sich versammelnden „Dienstagsvereins“, in dem altösterreichisch gesinnte jüngere Beamte und Diplomaten auf die Entscheidungen des Außenministeriums Einfluss zu nehmen versuchten.¹⁰⁵⁸ In den Bestimmungen von Saint-Germain sah er eine Verletzung „naturartige(r) Gesetze geschichtlichen Geschehens“¹⁰⁵⁹, aber in seinem *Katechismus der Führenden* ließ er einen Heimwehroffizier den Satz aussprechen, der Zerfall der Monarchie könne auch etwas Gutes haben, weil nur das klein gewordene Österreich die Möglichkeit biete, einen alle „Stände“ umfassenden Patriotismus zu schaffen; für seinen geistlichen Gesprächspartner war dies ein Grund, sich insgesamt zuversichtlich zu äußern.¹⁰⁶⁰ Andrians 1937 erschienenenes Werk ist ein Zeugnis seiner Reflexionen über ein übernational verstandenes Österreich-

1053 RINTELEN, *Erinnerungen*, 316; zu Rintelen AGSTNER/ENDERLE-BURCEL/FOLLNER, *Österreichs Spitzendiplomaten*, 388–390, zu seinen machtpolitischen Ambitionen KARNER, *Steiermark*, 20–22.

1054 K. SCHUSCHNIGG, *Requiem*, 186.

1055 NR 21. 8. 1921 (A. J. RESSÉGUIER DE MIREMONT).

1056 HEINZ, E. K. Winter, 65, 111 und 270; vgl. BLÄNSDORF, *Österreich*, 193; BUCHMAYR, *Der Priester*, 108 f.; HEISS, *Im „Reich der Unbegreiflichkeiten“*, 464.

1057 Winter EPEL, *Österreicher* 2, 502.

1058 FELLNER, *Denkschriften*, 227; KRALER, *Gott schütze Österreich*, 34 f. und 66.

1059 PRUTSCH/ZEYRINGER, *Leopold von Andrian*, 487.

1060 v. ANDRIAN, *Oesterreich*, 408–418; vgl. JOHNSTON, *Der österreichische Mensch*, 263.

bewusstsein, gedacht als Beitrag zur Stärkung des Selbstbewusstseins der Österreicher.¹⁰⁶¹ Im Zentrum des Dialogs steht die besondere Stellung der österreichischen Kultur, die zu einem Baustein des Patriotismus und der Abwehr des Nationalsozialismus werden soll. Die durch die Kultur erfolgende Veredelung des Naturhaften im Menschen sei umso notwendiger, als dem Abendland gegenwärtig die Barbarisierung drohe.¹⁰⁶²

Die österreichisch-ungarische Monarchie als das Abendland

Guido Zernatto nannte Saint-Germain einen nicht nur für Österreich, sondern für ganz Europa schweren Schlag¹⁰⁶³, identifizierte sich aber mit der flächenmäßig stark reduzierten Republik.¹⁰⁶⁴ Für Walter Adam war der Friedensvertrag „absurd“. Die alte österreichische Staatsidee hätte in seinen Augen ein entscheidender Faktor für eine friedliche europäische Gemeinschaft sein können, weil sie „starke moralische Kraftreserven“ besitze, die nach wie vor wirkten. Der Satz „Heim ins Reich!“ sei schon deshalb falsch, weil Österreich nie dem zentralisierten Einheitsstaat Deutschland angehört habe; ein Anschluss wäre in seinen Augen einer „mechanischen Zusammenziehung“ gleichgekommen.¹⁰⁶⁵ Adam sprach hier das im 19. Jahrhundert gereifte Bewusstsein der deutschen Österreicher an, die sich, obwohl das deutsche Element in Cisleithanien nach 1867 schwächer geworden war¹⁰⁶⁶, als Hüter der Tradition des Alten Reichs fühlten¹⁰⁶⁷, nicht zuletzt, weil Österreich lange das Stammland der römisch-deutschen Kaiser gewesen sei. So resümierte er, die Nationalstaatsidee lasse sich auf den mitteleuropäischen Raum nicht anwenden; die österreichische Staatsidee habe ihre Wurzeln „in der großen, europäisch konzipierten Reichsidee“.¹⁰⁶⁸

Das 1806 untergegangene Heilige Römische Reich, das der Theoretiker der österreichischen Staatsidee im Blick hatte, wurde auch im NR, in der SZ

1061 PRUTSCH/ZEYRINGER, Leopold von Andrian, 495; SCHUMACHER, Leopold Andrian, 47, 101 und 118.

1062 CS 28. 2. 1937, 190 f. (W. BREITENFELD).

1063 ZIMMER, Guido Zernatto, 108.

1064 IN DER MAUR, Einleitung, 26.

1065 ADAM, Staatsprogramm, 20–29, 51–53; zur Österreichideologie als Widerpart zum Nationalsozialismus vgl. KRIECHBAUMER, Erzählungen, 174–179; zur These, der Ruf „Heim ins Reich“ sei auf das Heilige Römische Reich zu beziehen, BRUCKMÜLLER, Nation Österreich, 276 f.

1066 BRUCKMÜLLER, Nation Österreich, 296–303; DÖMÖK, Nationalitätenfrage, 130.

1067 POTOČNIK, Bewusstsein, 31.

1068 ADAM, Staatsidee, 43–47; Zusammenfassung der rezentesten Forschung bei BLÄNSDORF, Österreich, 180; vgl. auch D. J. WEISS, Transformationen, 96.

und im CS als übernationale Gemeinschaft des Abendlandes mit föderalistischer Ordnung und hierarchischer Struktur vielfach gewürdigt.¹⁰⁶⁹ Seit den frühen zwanziger Jahren kultivierten katholische Intellektuelle wie Ignaz Seipel¹⁰⁷⁰ oder Johannes Hollnsteiner¹⁰⁷¹, aber auch Otto von Habsburg¹⁰⁷² diesen Gedanken.

Nach 1918 stand die Idee einer impliziten neuerlichen *translatio imperii* vom Alten Reich auf die Habsburgermonarchie im Raum¹⁰⁷³ – wobei die Reichsgeschichte freilich hinter die österreichische Geschichte zurücktreten musste.¹⁰⁷⁴ Ziel war nicht die politische Einigung aller deutschen Gebiete, sondern die ideelle Verwirklichung der Reichsidee durch Österreich.¹⁰⁷⁵ Die österreichische Idee galt als „die natürlichste Fassung der übernationalen und zwischenstaatlichen Wohlfahrtsidee der deutschen Nation“. Anton Klotz, von dem diese Formulierung stammt, zitierte seinerseits Hermann Bahr¹⁰⁷⁶ – den wiederum Kurt Schuschnigg sehr schätzte.¹⁰⁷⁷ Robert Krasser sprach von einer „Renaissance des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation in zeitgerechter, seiner Schwächen entkleideter Form“.¹⁰⁷⁸ 1930 forderte Kurt Schuschnigg, damals Abgeordneter, die Rückkehr zum Ersten Reich, eine Idee, die auch auf dem Deutschen Katholikentag in Wien 1933 vertreten wurde.¹⁰⁷⁹

1069 BUSSHOFF, Dollfuß-Regime, 36 f.; EBNETH, Wochenschrift, 137 f.; EPPEL, Zwischen Kreuz, 37 f.; LANGEWIESCHE, Nation, 55 f.; zum Reichspatriotismus vgl. v. HILDEBRAND, Memoiren, 265; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 161; SEEFRIED, Reich, 143–146 und 155–157; WERNER, Die Wiener Wochenschrift, 35 f. und 41–45.

1070 GEHLER, Der lange Weg 1, 17.

1071 BUCHMAYR, Der Priester, 36 und 129; Alois Dempfs Reichsbegriff stand Hollnsteiner skeptisch gegenüber; SCHMUGGE, Alois Dempfs „Sacrum Imperium“, 143 f.

1072 BAIER/DEMMELE, Otto von Habsburg, 131; WALTERSKIRCHEN, Dollfuß, 45; D. J. WEISS, Transformationen, 97.

1073 COLE, Il Sacro Romano Impero, 241; v. HILDEBRAND, Engelbert Dollfuß, 32; HOOR, Wandlungen, 436 f.; KINDERMANN, Österreich, 66–69; KROMAR, „Österreich-Mythos“, 38; MAZOHL, La fine, 155 f.; MAZOHL/SCHNEIDER, Translatio Imperii, 103; SCHWEITZER, Volkstumsideologie, 36; SEEFRIED, Reich, 221–224; SUPPANZ, Geschichtsbilder, 72–74; SUPPANZ, Österreichische Geschichtsbilder, 27 und 82–86.

1074 MAZOHL/SCHNEIDER, Translatio Imperii, 124 f.; MAZOHL, Il Sacro Romano Impero, 81 f.; zum Verhältnis Österreich-Reich seit dem Mittelalter vgl. KLUETING, L'„imperatore romano eletto“, passim.

1075 COLE, Il Sacro Romano Impero, 269; SCHWEITZER, Volkstumsideologie, 52–54; verzerrt die Darstellung bei MITTELMEIER, Austrofaschismus, 138.

1076 KLOTZ, Was wird, 39 f.

1077 BINDER/H. SCHUSCHNIGG, „Sofort vernichten“, 261.

1078 KRASSER, Ständestaat, 9.

1079 Klotz, Was wird, 87; zum Katholikentag als Forum des Gedankens der österreichischen Mission vgl. GROSSEGER, Mythos, 299; SUPPANZ, Österreichische Geschichtsbilder, 118.

Ihre Verfechter hatten allerdings verdrängt, dass der Untergang des Alten Reichs von den Zeitgenossen keineswegs als Zäsur empfunden wurde – geschweige denn als epochales Ereignis wie der Zerfall der Monarchie. Auch dass die zentralistische Politik Österreichs im 19. Jahrhundert in Gegensatz zur Reichsidee stand und dass das Alte Reich bis 1848/49 im öffentlichen Bewusstsein nicht präsent war¹⁰⁸⁰, schienen sie zu ignorieren, desgleichen das Faktum, dass die Komponente „Reich“ in der politischen Nomenklatur für die gemeinsamen Behörden seit den späten sechziger Jahren zunehmend auf Widerstand stieß.¹⁰⁸¹

Was gerade in Österreich am *Sacrum Imperium* so faszinierend erschien und was die Berührungspunkte mit dem ständischen Gedanken ausmachte, war – abgesehen vom christlichen Universalismus¹⁰⁸² – das „System komplementärer Staatlichkeit“ (G. Schmidt), in dem die Herrschaftsrechte nicht beim Kaiser konzentriert waren und sich daher auch als politische Kraft nicht mit dem Staat verbinden konnten. Daher verkörperte das Reich ein Gegenmodell zum absolutistischen Fürstenstaat.¹⁰⁸³ „Das Reich ist dort, wo der Staat scheitert“, umschrieb Erwin Reisner den Gedanken prägnant, und es sei etwas, das „auf jeden Fall außerhalb des Bereiches menschlicher Pläne liegt, weil es die geforderte schöpfungsmäßige Form ist, die sich dem Zugriff des Geschöpfes entzieht“.¹⁰⁸⁴ Karl Anton Prinz Rohan schätzte am Reich, dass es „ohne Macht, nur vom Geist, von der Gerechtigkeit aus“ regiert worden und nie auf Grenzen bezogen gewesen sei.¹⁰⁸⁵

Der von Gott begnadete, also an eine natürliche Ordnung gebundene Kaiser stand für das Personalitätsprinzip.¹⁰⁸⁶ Auch die Vielgestaltigkeit dieses Gebildes mit seinen zahlreichen Sonderregelungen, die Rechtsvielfalt¹⁰⁸⁷, die Flexibilität und die Offenheit für pragmatische Lösungen¹⁰⁸⁸, der insgesamt ständische Charakter¹⁰⁸⁹ und nicht zuletzt der Charakter des alten Reichsrechts, grundsätzlich dafür zu sorgen, „dass alte Strukturen durch neue nie ganz be-

1080 COLE, *Il Sacro Romano Impero*, 273; MAZOHL/SCHNEIDER, *Translatio Imperii*, 109.

1081 Nur im cisleithanischen Teil der Monarchie blieb sie in den Bezeichnungen für viele Verbände und Organisationen erhalten; hier gab es auch weiterhin den „Reichsrat“ und das „Reichsgericht“; G. STOURZH, *Der Dualismus*, 1191–1194.

1082 COLE, *Il Sacro Romano Impero*, 265; MAZOHL, *Il Sacro Romano Impero*, 63 f.; NOSER, *Die historische Tragik*, 219–222; SEEFRIED, *Reich*, 148–151.

1083 BUSCHMANN, *Kaiser*, 59; HANISCH/URBANITSCH, *Prägung*, 98; LANGEWIESCHE, *Was heißt*, 33; MAZOHL-WALLNIG, *Zeitenwende*, 191 und 219; MAZOHL, *Il Sacro Romano Impero*, 71–76.

1084 REISNER, *Das Reich*, 94.

1085 NR 4. 5. 1929 (A. ROHAN).

1086 ROELLECKE, *Das Ende*, 106.

1087 MAZOHL-WALLNIG, *Zeitenwende*, 237.

1088 KAMPMANN, *Das Heilige Römische Reich*, 720 f.

1089 MAZOHL-WALLNIG, *Zeitenwende*, 217 f.

seitigt wurden“¹⁰⁹⁰, passten in dieses Bild. Das Nichtvorhandensein einer systematischen Verfassung, der Vorrang der Tradition vor dem positiven Recht und der hohe Stellenwert des Gedankens der Treue sind Aspekte, die für Vertreter personalistischen Denkens nur positiv zu Buche schlagen konnten.¹⁰⁹¹

Die Schuld am Zusammenbruch dieses Reichs, so die in Österreich vorherrschende Meinung, trage der in Deutschland an den Tag gelegte Nationalismus, der auch mit dem Protestantismus in Zusammenhang stehe.¹⁰⁹² Der Gedanke des *Sacrum Imperium* habe nur in Österreich überlebt; hier sei – gerade nach dem Kulturbruch der Reformation – das für das Reich Typische erhalten geblieben¹⁰⁹³, während das 1871 gegründete „Zweite“ Reich gegen die Tradition des „Ersten“ entstanden sei.¹⁰⁹⁴ Einem „westlerischen“ Staatsideal verfallen, sei es, so Anton Klotz, nicht auf einer tragenden Idee, sondern „auf dem Flugsand des Liberalismus aufgebaut“ gewesen.¹⁰⁹⁵ Er sah einen Zusammenhang zwischen Reichsidee und Katholizismus; den Begriff „Staatsidee“ verband er mit Liberalismus, Sozialismus, Preußentum und Protestantismus. Daher liege in Österreich die Basis für ein starkes Mitteleuropa.¹⁰⁹⁶ Aus ähnlichen Gründen sah Gonzague de Reynold nur in Österreich die Möglichkeit eines Fortlebens der alten Reichsidee.¹⁰⁹⁷ Gertrud Fussenegger hatte die Lektüre des Buches *Sacrum Imperium* von Alois Dempf (1929)¹⁰⁹⁸ einen Begriff vom Reich vermittelt, das deshalb höhere Wertschätzung verdiene als ein Staat, weil es, anders als dieser, für mehr als sich selbst „politische und sittliche Verantwortung“ trage.¹⁰⁹⁹ Ähnliche Worte fand, traumatisiert von den Ereignissen des März 1938¹¹⁰⁰, ihr Dichterkollege Alexander Lernet-Holenia: Hitler wisse nicht, was ein Reich sei, verwechsle es mit einem Staat, „etwa wie sonst die Leute die Wohlfahrt des Daseins mit der Berufung, Menschen zu sein, verwechseln“.¹¹⁰¹ Alexander

1090 STOLLBERG-RILINGER, Das Heilige Römische Reich, 36.

1091 COLE, Il Sacro Romano Impero, 275; MAZOHL-WALLNIG, Zeitenwende, 183–188; STOLLBERG-RILINGER, Reich, 7.

1092 SUPPANZ, Österreichische Geschichtsbilder, 77–80; die enge, machtstaatliche Vorstellung des 19. Jahrhunderts versperrte den Blick für die alte Reichsidee; KAMPMANN, Das Heilige Römische Reich, 721.

1093 EBNETH, Wochenschrift, 138 f.

1094 EPPLE, Zwischen Kreuz, 137; LANGEWIESCHE, Was heißt, 33.

1095 KLOTZ, Was wird, 79–82.

1096 KLOTZ, Was wird, 68; KLOTZ, Sturm, 5 f.; vgl. SEEFRIED, Reich, 420.

1097 SZ 23. 1. 1927 (G. de REYNOLD).

1098 Zu diesem Buch BATTISTI, Alois Dempf, 227 f.; BERNING, Alois Dempf, 100–106; SCHMUGGE, Alois Dempfs „Sacrum Imperium“; zu Dempfs Reichsidee SEEFRIED, Reich, 186.

1099 FUSSENEGGER, Spiegelbild, 289; vgl. MAZOHL, Il Sacro Romano Impero, 59–61.

1100 ROČEK, Die neun Leben, 202 f.

1101 LERNET-HOLENIA, Der Graf, 31; vgl. MAYER, Wunscherfüllungen, 94–96.

Novotny teilte diese Überzeugung, gab aber zu bedenken, dass der Reichsgedanke als „Dienst der staatlichen Gemeinschaft an den höchsten Gütern überhaupt“ ein Ideal bleiben werde; der österreichische Staatsgedanke könne hingegen eine konkrete Aufgabe sein.¹¹⁰²

Mitte der dreißiger Jahre gründete Hans Karl Zeßner-Spitzenberg zusammen mit Leopold von Andrian und dem deutschen Emigranten Hermann Mathias Görgen die *Österreichische Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft*. Hauptaufgabe war die Darstellung der Eigenständigkeit Österreichs; den „betont Nationalen“ sollten die „betonten Patrioten“ gegenübergestellt werden¹¹⁰³, die auch als „Katholisch-Nationale“ apostrophiert werden können.¹¹⁰⁴ Zur Propagierung dieses Gedankens sollte jährlich eine *Österreichische Akademie* statthaben. Die erste Veranstaltung wurde im Juli 1936 in Salzburg abgehalten.¹¹⁰⁵ Einige Vorträge kamen im 1937 erschienenen Sammelband *Österreich und die Reichsidee* zum Druck.¹¹⁰⁶ Hier wurde der Geschichtsauffassung der Anschlussbefürworter¹¹⁰⁷ eine größtösterreichische entgegengestellt¹¹⁰⁸, die sich zur Beschreibung der Monarchie einer Formulierung Thomas von Aquins bediente, nämlich „Einheit in wohlgegliederter Vielheit“¹¹⁰⁹, und sie somit zu einem Aspekt des *ordo*-Gedankens machte.

Der Band beginnt mit einem Beitrag von Julius Wolf über *Die Reichsidee als Fundament des Abendlandes*. „Abendland“ wurde als kultureller Begriff definiert, dessen Wesensmerkmal der christliche Charakter sei.¹¹¹⁰ Was ein „Reich“ von einem „Imperium“ unterscheidet¹¹¹¹, seien der Versuch, ein friedliches Zusammenleben der Völker auf der Grundlage der Gerechtigkeit zu ermöglichen, und die Verankerung in religiösen Bindungen.¹¹¹²

Es folgt ein Aufsatz von Konrad Josef Heilig zum Thema *Reichsidee und österreichische Idee bis 1806*, ein Abriss der Geschichte Österreichs seit dem

1102 MSchKP 1, 970 f. (A. NOVOTNY).

1103 PRUTSCH/ZEYRINGER, Leopold von Andrian, 630; SEEFRIED, Reich, 169–173; zu Görgens Rolle in Österreich und zu seiner Nähe zum Legitimismus EBD., 180–189.

1104 STIMMER, Eliten, 755–758

1105 H. SCHUSCHNIGG, Die Österreichischen Akademien, 241–247; HABSBURG-LOTHRINGEN, Die Geschichte, 135.

1106 FELLNER, Reichsgeschichte, 363; MAURER, Konrad Josef Heilig, 634 f.; PRUTSCH/ZEYRINGER, Leopold von Andrian, 498; SEEFRIED, Reich, 173 f.

1107 HEISS, Im „Reich der Unbegreiflichkeiten“, 458–462.

1108 SEEFRIED, Reich, 193 und 247.

1109 H. SCHUSCHNIGG, Die Österreichischen Akademien, 246.

1110 WOLF/HEILIG/GÖRGEN, Österreich und die Reichsidee, 11–15 (J. WOLF).

1111 Nicht haltbar ist daher der oberflächliche Vergleich der Reichsidee mit der faschistischen Romidee bei MITTELMEIER, Austrofascismus, 141.

1112 WOLF/HEILIG/GÖRGEN, Österreich und die Reichsidee, 17–22 (J. WOLF); vgl. MAZOHL-WALLNIG, Zeitenwende, 13–15.

Frühmittelalter, in dem Österreich als „Führer und Träger des Reichsgedankens“ über Jahrhunderte beschrieben wurde. Die österreichische Geschichte zeichne sich durch regionale Unterschiede und kulturelle Vielfalt aus, während der gesamtdeutschen Geschichtsauffassung ein einheitlicher, daher falscher Begriff vom Deutschtum zugrunde liege, welcher der „bodenverbundenen Vielgestaltigkeit“ zuwiderlaufe.¹¹¹³ In diesem Sinn würdigte Heilig die Bedeutung von Slawentum und Romanentum für das österreichische Wesen.¹¹¹⁴ Die Aufgeschlossenheit und die Empfänglichkeit für Fremdes seien es, was Österreichs *Beruf zum Heiligen Reich*, so eine der besonders einprägsamen Kapitelüberschriften, begründet habe.¹¹¹⁵

Breiten Raum widmete Heilig dem Begriff „Reich“ als solchem, der schon im Landesnamen zum Ausdruck komme. *Nomen est omen* lautet daher die Überschrift eines der zentralen Kapitel.¹¹¹⁶ Mit „Reich“ meinte er nicht nur die politische Realität, das *imperium*, sondern auch das *regnum*, akzentuierte also den die Christenheit bezeichnenden Begriff¹¹¹⁷; zum Wesen der Reichsidee gehörten zumindest „Spuren eines theokratischen Gedankens“ und „echte Religiosität“.¹¹¹⁸ Als deren „Feinde“ nannte Heilig mit Bezug auf die Geschichte des 14. Jahrhunderts Nominalismus, Konziliarismus und den damals allmählich aufkommenden deutschen Nationalismus; der 1512 erstmalig bezeugte und nach dem 16. Jahrhundert nicht mehr übliche Zusatz „deutscher Nation“ in der Nomenklatur sei abzulehnen.¹¹¹⁹ Diese Bezeichnung, so auch die Kernaussage eines Artikels im CS, sei von Anfang an rein geographischer Natur gewesen. Entschieden verwahrte er sich deshalb dagegen, eine Verbindung von universalem Imperium und nationalem Deutschtum herzustellen, wie man es nach dem Untergang des Reichs wieder zu tun begonnen habe. Das Alte Reich habe nur zwei Hauptkennzeichen gehabt: übernational und christlich.¹¹²⁰ Brüche im Reichsgedanken seien erstmals im 16. Jahrhundert aufgetreten. Mit der Reformation sei die „Gottesgnade“ geschwunden; an ihre Stelle seien Subjektivismus, Zentralismus, Despotismus und Absolutismus getreten.¹¹²¹

1113 WOLF/HEILIG/GÖRGEN, Österreich und die Reichsidee, 55–58 (K. J. HEILIG).

1114 WOLF/HEILIG/GÖRGEN, Österreich und die Reichsidee, 60 (K. J. HEILIG).

1115 WOLF/HEILIG/GÖRGEN, Österreich und die Reichsidee, 134 f. (K. J. HEILIG).

1116 WOLF/HEILIG/GÖRGEN, Österreich und die Reichsidee, 66 f. (K. J. HEILIG).

1117 WOLF/HEILIG/GÖRGEN, Österreich und die Reichsidee, 72 (K. J. HEILIG).

1118 WOLF/HEILIG/GÖRGEN, Österreich und die Reichsidee, 100 (K. J. HEILIG).

1119 WOLF/HEILIG/GÖRGEN, Österreich und die Reichsidee, 109–115 (K. J. HEILIG); vgl. HOOR, Wandlungen, 435.

1120 CS 23. 12. 1934 (K. J. HEILIG); ähnlich BENDA, Die österreichische Kulturidee, 6; vgl. SUPPANZ, Österreichische Geschichtsbilder, 97.

1121 WOLF/HEILIG/GÖRGEN, Österreich und die Reichsidee, 155–157 (K. J. HEILIG).

Als für die Österreichidee charakteristisches Merkmal nannte der deutsche Historiker den Föderalismus; bis 1918 habe es eine gemeinsame Spitze, die dem Bund von heute entspräche, nicht gegeben¹¹²²; als einigende Faktoren hätten der Landesfürst und die gemeinsame Politik gegenüber dem Reich genügt.¹¹²³ Im „Länder- und Ständeföderalismus“ sah Heilig denn auch noch in der Gegenwart einen letzten Rest des Alten Reichs weiterleben.¹¹²⁴

Die Geschichte des 19. Jahrhunderts kam in der Abhandlung *Die österreichische Reichsidee von 1804 bis zum Ende des Weltkrieges* von Hermann Mathias Görgen zum Zuge.¹¹²⁵ Die Begründung des Kaisertums Österreich im Jahr 1804 bezeichnete er als richtigen Schritt.¹¹²⁶ In den Kriegen gegen Frankreich ortete er erste Ansätze eines gesamtösterreichischen Bewusstseins aller Völker.¹¹²⁷ 1848 sei die Errichtung eines Völkerstaates auf der Basis nationaler Gleichberechtigung und damit die Weckung eines „österreichischen Reichsgefühles“ eines der primären Ziele gewesen.¹¹²⁸ Die Gewährung nationaler Autonomien sei „das schönste Vorrecht einer Politik der Deutschen [...], die sich doch als die kulturell höchststehende Nation“ betrachteten. Liberalismus und Nationalismus seien „die beiden geschworenen Feinde der österreichisch-katholischen Reichsidee“.¹¹²⁹ Den Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand lobte Görgen für seine föderalistische Auffassung vom Staat, aber auch für die Vorstellung, „dass die Politik des Reichs eine Wissensangelegenheit des Kaisers sei“.¹¹³⁰

Von den einheimischen Historikern ist als Anwalt der Österreichidee Hugo Hantsch zu nennen, ein Förderer Heiligs.¹¹³¹ Aus dem Wissen um die Probleme der jungen Republik stellte er die Geschichtsschreibung in den Dienst der politischen Bewusstseinsbildung:¹¹³² Wichtig war ihm der – objektiv freilich anfechtbare – Gedanke, dass die Hausmachtspolitik der Habsburger niemals nur in eigener Sache, sondern stets im Interesse des Reichs erfolgt sei.¹¹³³ Dies gelte auch für die Zeit nach 1648, als sich der Reichsverband lo-

1122 WOLF/HEILIG/GÖRGEN, Österreich und die Reichsidee, 90–92 (K. J. HEILIG).

1123 WOLF/HEILIG/GÖRGEN, Österreich und die Reichsidee, 121–125 (K. J. HEILIG).

1124 WOLF/HEILIG/GÖRGEN, Österreich und die Reichsidee, 169 (K. J. HEILIG).

1125 SEEFRIED, Reich, 173–178 und 420 f.

1126 WOLF/HEILIG/GÖRGEN, Österreich und die Reichsidee, 177 (H. M. GÖRGEN).

1127 WOLF/HEILIG/GÖRGEN, Österreich und die Reichsidee, 179 (H. M. GÖRGEN); vgl. GHEZZI, Nostalgia, 298.

1128 WOLF/HEILIG/GÖRGEN, Österreich und die Reichsidee, 186 f. (H. M. GÖRGEN).

1129 WOLF/HEILIG/GÖRGEN, Österreich und die Reichsidee, 234 (H. M. GÖRGEN).

1130 WOLF/HEILIG/GÖRGEN, Österreich und die Reichsidee, 260–266 (H. M. GÖRGEN).

1131 MAURER, Konrad Josef Heilig, 633.

1132 EPEL, Zwischen Kreuz, 136; FELLNER, Mission, 88–91; FELLNER, Reichsgeschichte, 364 f.; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 179.

1133 SZ 26. 11. 1933 (H. HANTSCH).

ckerte. Maria Theresia habe viele Ratgeber aus Reichsgebieten außerhalb der Erbländer geholt, daher gelte: „Österreichs Politik kann gar nicht anders als großdeutsch im Sinne alter Reichspolitik sein.“¹¹³⁴ 1804 habe Kaiser Franz II. die Krone niedergelegt, nachdem die alte Reichsidee durch die Säkularisation ihren Sinn verloren habe; im Kaisertum Österreich habe er dem alten Reichsgedanken „eine letzte Zufluchtstätte“ geschaffen.¹¹³⁵ 1866 habe eine verhängnisvolle innere Umgestaltung eingesetzt, und die deutschen Österreicher hätten bei den anderen Nationen ihr bisher unumstrittenes Ansehen verloren.¹¹³⁶ Durch die in diesem zeitlichen Umfeld wachsenden demokratischen Tendenzen, die nach Volkszahlen rechneten, sei die Situation weiter erschwert worden. Aus diesem Grund habe schon Metternich die Zentralisation in einem österreichischen Reichsparlament abgelehnt. Erzherzog Franz Ferdinand habe das Problem der ungarischen Übermacht erkannt und daher versucht, die beiden Staaten in ein wirkliches „Reich“ umzuformen; hierbei sollte deutsches Wesen weiterhin ein einigendes Element darstellen.¹¹³⁷

Mit diesem Bild setzte Hantsch den Akzent etwas anders als sein Wiener Lehrer Heinrich von Srbik, der eine untrennbare Verbindung von österreichischer und deutscher Geschichte annahm¹¹³⁸ und für den die Deutschen auch nach 1866 „das eigentliche Staatsvolk der Monarchie“¹¹³⁹ geblieben waren. Das Gefüge des Alten Reichs sei nicht durch die in Österreich vor sich gehenden Entwicklungen, sondern durch die „Heraufkunft“ Preußens gesprengt worden: Maria Theresia habe eine „Reichsgesinnung“ besessen, ihr Gegenspieler Friedrich der Große nicht.¹¹⁴⁰ Srbiks vom Jahr 1866 ihren Ausgang nehmende nostalgische Reflexionen über das Reich erreichten über die SZ ein breites Publikum.¹¹⁴¹

Auch in den Reihen der *Österreichischen Aktion* lebte in der österreichischen Idee der europäische Gedanke weiter.¹¹⁴² Die deutschen Österreicher seien kein Stamm wie Bayern oder Sachsen, sondern ein eigenständiges

1134 SZ 10. 12. 1933 (H. HANTSCH); vgl. SUPPANZ, Österreichische Geschichtsbilder, 190–193.

1135 SZ 24. 12. 1933 (H. HANTSCH).

1136 SZ 14. 1. 1934 (H. HANTSCH); zu Ansätzen eines Inferioritätsgefühls der Österreicher vgl. BLÄNSDORF, Österreich, 183.

1137 SZ 15. 4. 1934, 22. 4. 1934 (H. HANTSCH); ähnlich Helmut Rumplers von Ernst Hanisch beanspruchte Deutung des Jahres 1866; HANISCH/URBANITSCH, Prägung, 98 f.

1138 SZ 29. 3. 1936 (H. v. SRBIK); HEISS, Im „Reich der Unbegreiflichkeiten“, 464 f.

1139 Zit. nach SUTTER, Die politische und rechtliche Stellung, 203.

1140 SZ 22. 3. 1936, 29. 3. 1936 (H. v. SRBIK); v. HILDEBRAND, Engelbert Dollfuß, 7; vgl. SUPPANZ, Österreichische Geschichtsbilder, 196–199; zu den Wechselbeziehungen zwischen beiden Herrschern vgl. MAZOHL-WALLNIG, Zeitenwende, 210–216.

1141 SZ 29. 3. 1936 (H. v. SRBIK); vgl. FELLNER, Reichsgeschichte, 365–368.

1142 BADER, Ernst Karl Winter, 365.

Volk, eine politische Größe in der Monarchie.¹¹⁴³ Aus diesem Grund verwahrte sich August M. Knoll gegen das im zeitgenössischen Sprachgebrauch häufige Wort „Ostmark“.¹¹⁴⁴ Obwohl er ein Verfechter von Österreichs „Kulturmission“ im Osten war, wünschte er das „Österreichertum“ in seiner „Totalität“ zu erfassen: Er sehe daher „nicht nur die Ostmark-Idee, sondern auch die europäische Idee“; Österreich sei „auch eine West-, eine Nord- und eine Südmark, eine Brückenmark zwischen Ost und West, West und Ost, zwischen Nord und Süd, Süd und Nord, [...] die „Herzmark Europas“.“¹¹⁴⁵ Man fühlt sich an Hugo von Hofmannsthal erinnert, der 1915 erklärte: „Österreich ist gegen Osten und Süden ein gebendes, gegen Westen und Norden ein empfangendes Land.“¹¹⁴⁶ Dieser Dichter prägte auch das Wort von Österreichs „Sendung im mitteleuropäischen Raum“¹¹⁴⁷, in jenem „Abendland“, das auf den Säulen Antike, Christentum und Germanentum ruhe, das freilich auch leicht mythisiert als Bollwerk christlich-deutscher Kultur in der Tradition der Babenberger (rot-weiß-rot) beschrieben wurde.¹¹⁴⁸ Die spezifisch christlichen Aspekte der Österreichidee kamen in der Zeitschrift *Sturm über Österreich* von Kurt Schuschniggs *Ostmärkischen Sturmsharen* und in den Gedanken Heinrich Matajas zum Ausdruck.¹¹⁴⁹

Schuschnigg, ebenfalls an der Idee des Reichs festhaltend¹¹⁵⁰, außerdem als Zögling der *Stella Matutina* im respektvollen Umgang mit Menschen verschiedenster Nationen geübt¹¹⁵¹, bescheinigte dem alten Österreich, es habe „für Jahrhunderte ein organisiertes Mitteleuropa geschaffen, das zwischen den expansionistischen Kräften von West und Ost den verschiedensprachigen mittel- und mittel-osteuropäischen Nationalitäten ein gemeinsames Obdach und einen gemeinsamen Wirtschafts- und Kulturraum bot“. Das stärkste Bindeglied sei die Dynastie¹¹⁵² gewesen, weiters Armee, Verwaltung und Kirche. Den Staat aller Deutschen habe es nie gegeben, aber sie seien einst im Reich vereinigt gewesen. Jetzt gehe es um die „überstaatliche Sphäre“ geistiger Gemeinschaft und „Kulturverbundenheit“. Im Bereich der Kultur habe Öster-

1143 CONNELLY, *From Enemy*, 104; G. STOURZH, *Erschütterung*, 301.

1144 SUPPANZ, *Österreichische Geschichtsbilder*, 38–40.

1145 KNOLL, *Ziel*, 6 f.; zum Bewusstsein von Österreichs Mittellage vgl. SUPPANZ, *Österreichische Geschichtsbilder*, 124–126.

1146 Zit. nach FELLNER, *Historiographie*, 39; vgl. POTOČNIK, *Bewusstsein*, 140 f.

1147 KROMAR, „Österreich-Mythos“, 43–51; HÖCK, *Medienpolitik*, 43 f.; SUPPANZ, *Österreichische Geschichtsbilder*, 114–118.

1148 PELINKA, *Stand*, 206 f.

1149 SUPPANZ, *Österreichische Geschichtsbilder*, 41 und 92.

1150 HOPFGARTNER, *Schuschnigg*, 13, 36 und 68.

1151 HOPFGARTNER, *Schuschnigg*, 22.

1152 Zur Position der Habsburger im Ständestaat vgl. SUPPANZ, *Österreichische Geschichtsbilder*, 103–109.

reich „um die neue Form des alten Reichsgedankens zu ringen“.¹¹⁵³ Eindringlich erläuterte er den Nexus zwischen der Idee von Österreich als Brücke und Vermittler abendländischer Kultur und personalistischer Philosophie (Kap. 5.6): Er sprach von „der großen erschütternden Frage im Buche der Bücher, die nicht nur für den einzelnen Menschen, die auch für die Völker gilt: Kain, wo ist dein Bruder Abel?“¹¹⁵⁴ Daher betonte er, der Geist Österreichs stehe „in fruchtbarer Wechselwirkung mit allen europäischen Geistesmächten“. Wien sei „der Ort, von wo aus die Kulturverbindungen ausgehen und wohin sie zurückkehren. Jeder denkende Österreicher empfand und empfindet diese geistige Verbundenheit mit der Welt als ein innerstes Bedürfnis“.¹¹⁵⁵

Ein ähnliches Schulerlebnis wie der nachmalige Bundeskanzler in Feldkirch hatte Guido Zernatto im ebenfalls von den Jesuiten geführten Gymnasium in Kalksburg (Kap. 5.3), wo Söhne alter Familien aus fast allen Teilen der Monarchie seine Mitschüler gewesen seien.¹¹⁵⁶ Der Kärntner Dichter definierte ein Reich als die machtvolle Repräsentanz einer Idee, deren Wirkungskreis über Staat und Nation hinausgehe.¹¹⁵⁷ Der in der Tradition des Vielvölkerstaates stehende österreichische Mensch verkörperte in seinen Augen Europäertum.¹¹⁵⁸ Die österreichisch-ungarische Monarchie bezeichnete er als „das Vorbild für ein gesundes Ordnungsprinzip“ im mitteleuropäischen Raum.¹¹⁵⁹ Ähnliche Gedanken äußerte Karl M. Stepan.¹¹⁶⁰

Mandatare, die einem politisch aktualisierten Reichsgedanken im Sinn der Österreichidee verpflichtet waren, waren auch Richard Schmitz¹¹⁶¹ und Karl Lugmayer.¹¹⁶² Rudolf Henz nannte Österreich „das alte Herzstück des Reichs“. Als Thema seiner *Döblinger Hymnen* gab er die „Angst um Europa“ an.¹¹⁶³ Es war ihm wichtig, den Gegensatz zwischen Reich und Hausmacht nicht allzu sehr zu betonen.¹¹⁶⁴ Julius Raab sprach vom „Vaterland, das man das Herzstück Europas“ nenne.¹¹⁶⁵

1153 CS 24. 12. 1933 (K. SCHUSCHNIGG); vgl. HOOR, Wandlungen, 434–440; SCHWEITZER, Volkstumsideologie, 30–33.

1154 CS 17. 6. 1934 (K. SCHUSCHNIGG); vgl. zu dieser Bibelstelle SPAEMANN, Personen, 194.

1155 CS 16. 12. 1934 (K. SCHUSCHNIGG).

1156 IN DER MAUR, Einleitung, 20.

1157 ZERNATTO, Vom Wesen, 188.

1158 ZIMMER, Guido Zernatto, 28 f.

1159 ZERNATTO, Die Wahrheit, 43; vgl. BUSSHOFF, Dollfuß-Regime, 28; HANISCH, „Christlicher Ständestaat“, 180; KRIECHBAUMER, Front, 80.

1160 BINDER 1982, Karl Maria Stepan, 162; BINDER, Stepan/Dobretsberger, 9 und 26; G. HARTMANN, Im Gestern, 344.

1161 S. AMANN, Kulturpolitische Aspekte, 6 f.; KAROSHI, Die Erinnerung, 8.

1162 CS 3. 6. 1934 (K. LUGMAYER).

1163 HENZ, Fügung, 188.

1164 HENZ, Österreich, 29; vgl. WÖGERER, Innere Emigration, 130.

1165 RAAB, Ansichten, 120.

Der bessere deutsche Staat

In den Reihen jener, die nach 1918 ihr Selbstverständnis als deutsche Österreicher in der Tradition der Monarchie sichtbar kultivierten¹¹⁶⁶, war die Überzeugung, dass Österreich unabhängig bleiben müsse, um für das Deutschtum wirken zu können, tief verankert¹¹⁶⁷, ja noch mehr: Österreich galt als der bessere deutsche Staat.¹¹⁶⁸ Der Verbreitung dieser Idee diene unter anderem die Schriftenreihe des Österreichischen Heimatdienstes, einer Propagandaorganisation der VF.¹¹⁶⁹

Wer sich diesbezüglich wenig exponierte, war Josef Eberle: Der Herausgeber der SZ glaubte darauf Rücksicht nehmen zu müssen, dass ein Großteil seiner Leser im Deutschen Reich lebte.¹¹⁷⁰ Sein Bekenntnis zur österreichischen Idee als Fortsetzerin der alten Reichsidee¹¹⁷¹ war zwar fraglos echt, das Bild seiner Person wird aber durch den Umstand getrübt, dass er bestimmte Maßnahmen des Nationalsozialismus nicht in der gebührenden Weise verurteilte. Allerdings spricht für seine weltanschauliche Ferne von diesem System, dass er sich in zentralen Fragen auf Max Scheler berief.¹¹⁷² Noch wenige Tage vor dem „Anschluss“ erklärte er, das „Deutschösterreichertum“ habe für das Gesamtdeutschtum sehr wichtige Dienste vollbracht.¹¹⁷³

Anton Klotz sprach von einem „deutsche(n) Beruf“ Österreichs, der darin bestehe, „die Machtpsychose zu überwinden“. Der Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus zeige, „dass das österreichische Wesen jenes bessere deutsche Wesen ist, an dem Europa genesen könnte“.¹¹⁷⁴ Die in manchen Kreisen verbreitete Auffassung, Deutschland bedeute Fortschritt, Österreich Rückschritt, führte er auf die Übermacht der liberalen Presse zurück.¹¹⁷⁵ Daher sei nicht „der Anschluss Österreichs an Deutschland“ für die deutsche

1166 G. STOURZH, Erschütterung, 297.

1167 SUPPANZ, Österreichische Geschichtsbilder, 21–23.

1168 v. HILDEBRAND, Engelbert Dollfuß, 78; vgl. BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 222–225; JAGSCHITZ, Ständestaat, 508; JANKE, „Österreich über alles!“, 338; KINDERMANN, Österreich, 85–89; SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 104; SEEFRIED, Reich, 42 f. und 223; TÁLOS, Handbuch, 485 (H. HAAS); TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 74 f.; WOHNOUT, Bürgerliche Regierungspartei, 195.

1169 KROMAR, „Österreich-Mythos“, 33 f.; STAUDINGER, Österreich-Ideologie, 37 f.

1170 SZ 19. 11. 1933 (J. EBERLE).

1171 Vgl. SUPPANZ, Österreichische Geschichtsbilder, 92–98.

1172 SZ 9. 1. 1927; 27. 3. 1938 (J. EBERLE).

1173 SZ 6. 3. 1938 (J. EBERLE); ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Schöner Zukunft, 407.

1174 KLOTZ, Sturm, 42 und 54–56; zum Kontext vgl. HOOR, Österreich, 77; KONRAD/SUPPANZ, Legitimation, 74; STAUDINGER, Österreich-Ideologie, 28; STEINER, Wahre Demokratie?, 201.

1175 KLOTZ, Sturm, 19.

Nation ein Vorteil, sondern „der Anschluss Deutschlands an die österreichische Idee“.¹¹⁷⁶

Eine gewichtige Stimme zum Verhältnis der beiden Staaten war Josef Dobretsberger, dem zufolge ein selbständiges deutsches Österreich „eine unvergleichlich größere nationale Aufgabe zu erfüllen hat als jemals ein Ostmarkgau innerhalb des Deutschen Reichs“. Österreichs Sendung sei „nicht unmittelbar auf Machtausbreitung, sondern auf kulturelle Pionierarbeit abgestellt“. Selbst Bismarck habe in der Krise der 1860er-Jahre große Sympathien für ein selbständiges Österreich empfunden¹¹⁷⁷, ein auch von Leopold von Andrian bestätigtes Faktum.¹¹⁷⁸

Von den Mandataren ist als Anwalt des „besseren“ Österreich allen voran Rudolf Henz zu nennen.¹¹⁷⁹ Im Roman *Der große Sturm* zeichnete er ein negatives Bild von Deutschland.¹¹⁸⁰ In anderen Werken verarbeitete er Österreichthemen oder auf Österreich bezogene Stoffe. Vom österreichischen Menschen glaubte er, dieser komme „dem Menschen“ zuweilen recht nahe¹¹⁸¹; er sei die „Person“, das in Familie und Gemeinde organisch eingebundene, nicht mit dem Staatsbürger identische Wesen, der in den *Richtlinien zur Führerausbildung* der VF (1935) als „menschlicher Mensch“ charakterisierte, jener, der „Mensch“ zum ethischen Begriff mache.¹¹⁸²

Friedrich Funder leitete aus der Ablehnung des Anschlusses für das Österreichertum große Aufgaben ab.¹¹⁸³ Für diese Haltung lobte ihn Florian Födermayr, der sich über den von Deutschland ausgehenden Einfluss des Nationalsozialismus in den frühen dreißiger Jahren besorgt zeigte.¹¹⁸⁴ Er mahnte, man solle „das österreichische Wesen nicht als Gegensatz zum deutschen brandmarken“, betonte aber die Eigenständigkeit Österreichs.¹¹⁸⁵ Georg Prader bescheinigte dem Innviertler Dialektdichter Norbert Hanrieder „echt deutsche Tugenden“: Gerechtigkeitsliebe, Wahrhaftigkeit, Treue.¹¹⁸⁶ Guido Zernatto bezeichnete das Deutschtum der Österreicher als eines „der besonderen Art“; wichtig war ihm die Abgrenzung von allen „Internationa-

1176 KLOTZ, Was wird, 80.

1177 DOBRETSBERGER, Vom Sinn, 62–64; KLOTZ, Sturm, 19.

1178 SCHUMACHER, Leopold Andrian, 118.

1179 KROMAR, „Österreich-Mythos“, 48.

1180 WÖGERER, Innere Emigration, 119.

1181 HENZ, Fügung, 183.

1182 SUPPANZ, Der österreichische Mensch, 183–187; STAUDINGER, Österreich-Ideologie, 39.

1183 KRAUSE, CV, 109; PFARRHOFER, Friedrich Funder, 167.

1184 FÖDERMAYR, Vom Pflug, 92; vgl. hierzu auch HÖCK, Medienpolitik, 42.

1185 FÖDERMAYR, Vom Pflug, 99–102; vgl. auch BINDER 1982, Karl Maria Stepan, 173.

1186 PRADER, Norbert Hanrieder, 169.

lismen“.¹¹⁸⁷ Johann Staud stellte 1936, vor dem Juliabkommen, fest: „Wir ziehen einen dicken Strich nach rechts, gegen alle, die meinen, Österreich müsse langsam hinüber ins Deutsche Reich. Nein! Wir Österreicher waren diejenigen, die durch Jahrhunderte die deutsche Kultur geschützt haben, und sind der Meinung, dass wir es auch in Zukunft, vielleicht mehr als bisher, so halten müssen.“¹¹⁸⁸

Carl Vaugoin war auf eine klare Trennung seines Österreichpatriotismus von deutschnationalem Denken bedacht; im Heer wollte er ihn in besonderer Weise kultivieren. Er bezeichnete es als die Tradition Österreichs, immer zum Schutz des Gesamtdeutschtums zu wirken. Nach 1918 hätten die Sozialdemokraten das Wort von der „notwendigen ‚Entösterreicherung‘“ geprägt, das jetzt (sc. 1933, E. K.) die Nationalsozialisten übernommen hätten.¹¹⁸⁹ Mit Genugtuung hob er den Anteil Österreichs an den Kriegen gegen Napoleon¹¹⁹⁰ und am Ersten Weltkrieg hervor. Dies und die von ihm in großer Zahl aufgelisteten Leistungen in Literatur, bildender Kunst und Wissenschaft¹¹⁹¹ ließ ihn zu einer superlativischen Formulierung greifen: Der Österreicher sei „der beste Deutsche“¹¹⁹², er habe „das Deutschtum zum Großteil mitgeschaffen“.¹¹⁹³

Auf den kulturellen Aspekt setzte auch Dietrich von Hildebrand einen Schwerpunkt: Er lobte an Österreich, dass es die „Mission“ empfinde, „der Hüter aller Kulturwerte Deutschlands zu sein in der Stunde tiefster Erniedrigung Deutschlands“.¹¹⁹⁴ Josef Bick trug zu diesem Werk bei, indem er in der von ihm geleiteten Nationalbibliothek österreichspezifische Leseabende veranstaltete, u. a. mit Stefan Zweig oder Anton Wildgans, Autoren, die sich bei aller Liebe zu Österreich und bei allem Stolz auf dieses Land¹¹⁹⁵ nicht in Nostalgie ergingen.¹¹⁹⁶

Weniger eindeutig war das Österreichbewusstsein Franz Karl Ginzkeys: Zwar gestand er ein, „Durst nach Offenbarungen deutschösterreichischer

1187 ZERNATTO, *Die Wahrheit*, 81.

1188 KLUWICK-MUCKENHUBER, *Johann Staud*, 139.

1189 VAUGOIN, *Hinein*, 4; vgl. IBER, *Vom Syllabus*, 14 und 111; STAUDINGER, *Bemühungen*, 342–344 und 351.

1190 Vgl. auch BLÄNSDORF, *Österreich*, 181; SUPPANZ, *Österreichische Geschichtsbilder*, 206.

1191 VAUGOIN, *Hinein*, 6–12.

1192 VAUGOIN, *Hinein*, 14.

1193 SZ 4. 2. 1934 (C. VAUGOIN).

1194 v. HILDEBRAND, *Memoiren*, 51.

1195 JOHNSTON, *Der österreichische Mensch*, 214–219; KLOTZ, *Was wird*, 51 f.; KINDERMANN, *Österreich*, 62 f.

1196 GREGOR, *Josef Bick*, 41; POTOČNIK, *Bewusstsein*, 134 f., 138–140; vgl. KINDERMANN, *Konservatives Denken*, 217; SKALNIK, *Auf der Suche*, 100.

Art“ zu haben¹¹⁹⁷, in seinem Roman *Jakobus und die Frauen*, der teilweise in Braunau am Inn, also im Grenzgebiet zwischen Deutschland und Österreich, spielt, legte er sich aber nicht fest.¹¹⁹⁸

Manche Elemente dieses Österreichbewusstseins ermöglichten die Distanzierung von Preußen¹¹⁹⁹: Mit der Geschichte dieses Landes, das als Paradigma für die Staatsmaschine und den Systemgedanken galt¹²⁰⁰, so Guido Zernatto, habe die österreichische Geschichte trotz der deutschen Sprache „fast nichts Gemeinsames“.¹²⁰¹ Auch Oswald Redlich empfand tiefe Abneigung gegen preußisches Wesen: Aus Briefen an Theodor von Sickel geht hervor, dass er aus diesem Grund 1895 einen Ruf an die Universität Marburg ablehnte.¹²⁰² Gemäß Hugo von Hofmannsthals markanter Gegenüberstellung war in Preußen überhaupt alles anders als in Österreich.¹²⁰³ Der Vergleich ließ den Mitbegründer der Salzburger Festspiele¹²⁰⁴ schon 1915 hervorheben, dass das gegenwärtige Deutsche Reich nicht das ganze Gesicht des deutschen Wesens in Europa zeige und dass Österreichs Gesicht „Züge eines älteren und höheren Deutschtums“ enthalte.¹²⁰⁵ Kurt Schuschnigg berief sich auf Hofmannsthals Vergleich des Österreichers und des Preußen, um die eigene aus tiefstem Inneren kommende Ablehnung des Nationalsozialismus zu beschreiben.¹²⁰⁶ *Die Monarchie* empfahl ihren Lesern 1918 mehrere derlei Gedanken weiter ausgestaltende Bücher zur Lektüre.¹²⁰⁷ Mit Genugtuung wurde in Österreich das 1924 erschienene Werk *Der österreichische Mensch* von Oskar A. H. Schmitz zur Kenntnis genommen.¹²⁰⁸ Die Schriftleitung der SZ, für die Hans Karl Zeßner-Spitzenberg eine Rezension verfasste, hielt es zwar für möglich, dass die Gedanken für deutsche Leser

1197 GINZKEY, Heimatsucher, 54.

1198 HEYDEMANN, Literatur und Markt, 343.

1199 BUSSHOFF, Dollfuß-Regime, 21–23; FELLNER, Was heißt, 211; SUPPANZ, Geschichtsbilder, 70; SUPPANZ, Österreichische Geschichtsbilder, 27–30; SUPPANZ, Der österreichische Mensch, 188–190.

1200 STOLLBERG-RILINGER, Der Staat, 62–75; STOLLBERG-RILINGER, Staatsmaschine, 63.

1201 ZERNATTO, Vom Wesen, 134.

1202 SANTIFALLER, Oswald Redlich, 74–76.

1203 HOFMANNSTHAL, Sämtliche Werke 34, 970–978; weitere Vergleichspunkte bei BENDA, Die österreichische Kulturidee, 72 f.; vgl. BLÄNSDORF, Österreich, 186 f. und 193; DOROWIN, Retter, 117 f.; JOHNSTON, Der österreichische Mensch, 64–79, 90–101, 147–153 und 169–175; PAWLOWSKY, Die Idee, passim.

1204 Zu deren Bedeutung für das konservative Österreich vgl. BELLER, A Concise History, 214, 217 und 219; HANISCH, Der lange Schatten, 329.

1205 Zit. nach FELLNER, Historiographie, 39; vgl. PIRKL, „Der Österreicher“, 112–114.

1206 K. SCHUSCHNIGG, Requiem, 26; vgl. SUPPANZ, Österreichische Geschichtsbilder, 29; zu den Affinitäten zwischen Preußentum und Nationalsozialismus vgl. ERDMANN, Die Spur, 92.

1207 *Die Monarchie* 24. 10. 1918 (F. W. FORSTER).

1208 Vgl. JOHNSTON, Der österreichische Mensch, 189–195.

„zu österreichisch“ sein könnten, erachtete aber eine gewisse Überspitzung für notwendig, solange man an der Ideologie des vom Preußentum getragenen „neudeutschen“ Reichsgedankens festhalte. Die Besprechung selbst fiel geradezu enkomiastisch aus: So etwa habe das Buch Österreich eine nachhaltigere kulturelle Wirkung bescheinigt als Weimar. Aber auch an seiner Geschichte sei alles besser als an der preußischen: „Österreich war eines Tages da, Preußen hingegen ist die Verwirklichung eines Planes seiner Herrscher.“¹²⁰⁹ In sehr zustimmender Weise rezensierte Zeßner-Spitzenberg auch das 1925 erschienene Buch *Österreich, das deutsche Problem* von Friedrich Schreyvogel, das ihm weitere Argumente gegen den „Anschluss“ lieferte.¹²¹⁰

Diese Aussagen erinnern an das politische Credo Friedrich Wilhelm Foersters (Kap. 6.7), jenes antinationalsozialistischen Warners vor der „Verpreußung der ganzen Welt“, der sich von einer Orientierung Österreichs nach Norden ungünstige psychologische Folgen erwartete, weil sie dem Österreicher „nicht wesensgemäß“ sei; dass Österreich die Brücke zur slawischen Welt schlage, liege auch im tiefsten deutschen Interesse.¹²¹¹ Dietrich von Hildebrand sah hier die Ursache dafür, dass es in Österreich jenen „Konflikt von Innenleben und äußerer Form“ nicht gebe, der „eine Gefahr des Deutschtums“ sei.¹²¹² Hermann Mathias Görgen nannte als Kennzeichen preußischer Intelligenz eine „ungeschichtliche Denkweise“, für die der habsburgische Reichsgedanke nicht nachvollziehbar gewesen sei¹²¹³; die Kaiserkrönung von 1871, so das ernüchternde Fazit, „trieb die säkularisierte Reichsidee auf die Spitze“.¹²¹⁴

Nach Anton Wildgans, dem ebenfalls eine zugespitzte Gegenüberstellung des Preußen und des Österreichers gelang¹²¹⁵, könnte von Österreich „die Erlösung des deutschen Wesens vom Rationalismus“ ausgehen“.¹²¹⁶ Nicht zufällig gehörte er also zu den auch von Kurt Schuschnigg besonders geschätzten Autoren.¹²¹⁷ Führende Mitgestalter der österreichischen Politik der zwanziger und dreißiger Jahre bedauerten, dass „die österreichische Verwaltung der letzten Jahrzehnte [...] allzu stark vom preußischen Geist und seinen

1209 SZ 31. 12. 1925 (O. H. SCHMITZ).

1210 SZ 29. 11. 1925 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

1211 NR 30. 1. 1920 (F. W. FOERSTER); vgl. SEEFRIED, Reich, 151.

1212 v. HILDEBRAND, Engelbert Dollfuß, 75.

1213 WOLF/HEILIG/GÖRGEN, Österreich und die Reichsidee, 224 (H. M. GÖRGEN); vgl. SEEFRIED, Reich, 161–164; zum Charakter des preußischen Nationalismus als parvenühafte Rekonstruktion vgl. DOROWIN, Retter, 114.

1214 WOLF/HEILIG/GÖRGEN, Österreich und die Reichsidee, 236 f (H. M. GÖRGEN).

1215 Vgl. SUPPANZ, Der österreichische Mensch, 186; WANDRUSZKA, Struktur, 331.

1216 SUPPANZ, Das Barock-Zeitalter, 118.

1217 BINDER/H. SCHUSCHNIGG, „Sofort vernichten“, 201.

Methoden beeinflusst“ war; das „Führenwollen“ sei immer eine preußische Eigenschaft gewesen, während in Österreich „der Wille zur Bescheidenheit“ vorherrsche.¹²¹⁸ Ähnliche Schwerpunkte der Preußenkritik setzte Franz Brandl, der seine Abneigung gegen dieses Land dem Kronprinzen Rudolf in den Mund legte: Er nannte die Preußen „dieses lediglich von Soldaten, Polizei und Beamten gehaltene und gedrillte Volk ohne geistigen Adel, nur mit einem Hurrapatriotismus, mit dem sie der ganzen Welt lästig fallen“.¹²¹⁹ Man fühlt sich durch solche Worte an den von Friedrich Heer verwendeten Begriff der *Humanitas austriaca* erinnert¹²²⁰, aber auch an die Sichtweise des konservativ-liberalen Nationalökonomen Wilhelm Röpke, für den der preußische Staat eine „Maschine“ und „bloßer Selbstzweck“ war.¹²²¹

Anton Klotz sah einen Zusammenhang zwischen Preußentum und Nationalsozialismus¹²²², nach Erwin Reisner „eine Art Hypertrophie des Preußentums“. Selbst mit dem erkenntnistheoretischen Formalismus Kants ging der Theologe ins Gericht: Der kategorische Imperativ wisse mit dem Inbegriff des Sittlichen, der Liebe, nichts anzufangen. Hitler sei ein simpler Emporkömmling, der aristokratische Werte proletarisieren. Allerdings sei auch an der österreichischen Mentalität manches anfechtbar: Die Rede vom Phäaken-tum¹²²³ habe eine gewisse Berechtigung.¹²²⁴ Diese Gedanken wurden im CS veröffentlicht, denn auch Dietrich von Hildebrand konnte preußischem Wesen nichts abgewinnen; es sei Österreichs Aufgabe, „die deutsche Kultur zu filtrieren und auszubalancieren“: Seine Kultur sei durch den Kontakt mit Italien veredelt und vermenschlicht.¹²²⁵ Für Ernst Karl Winter hatte das Preußentum in Hitler den Zenit erreicht; das Gegenmodell bilde das von Goethe und Schiller verwirklichte geistige Deutschtum, das auch für Österreich gelte.¹²²⁶ Hans Karl Zeßner-Spitzenberg sprach von der „Reichsfeindlichkeit des Alt- und Neupreußentums, die sich jetzt im Totalitätsstaat des neudeutsch-nationalistischen Dritten Reiches zur absoluten Antithese der wahren Reichsidee [...] logisch und konsequent fortentwickelt hat“.¹²²⁷

1218 TOMASCHEK, Gewerkschaftliche Programmatik, 14 f.

1219 BRANDL, Ein Reich, 251.

1220 Zu ihm vgl. FELLNER, Reichsgeschichte, 362; JOHNSTON, Der österreichische Mensch, 277–287.

1221 HABERMANN, Das Maß, 134 f.

1222 KLOTZ, Sturm, 26; vgl. NOSER, Die historische Tragik, 220.

1223 Geprägt 1797 von Schiller in den *Xenien*; vgl. JOHNSTON, Der österreichische Mensch, 218.

1224 CS 8. 3. 1936 (E. REISNER).

1225 CS 24. 2. 1935; SEEFRIED, Reich, 225.

1226 HEINZ, E. K. Winter, 271.

1227 CS 5. 1. 1936 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG); vgl. BUSSHOF, Dollfuß-Regime, 11 und 40.

Gewisse preußische Eigenschaften hätte sich Zeßner-Spitzenberg für Österreich allerdings gewünscht. Ein Jahr nach der Ausrufung der Republik suchte er nach möglichen Ursachen für dieses für ihn widrige Schicksal: Der Österreicher habe sein Österreich immer nur als Geschenk der Natur und als Selbstverständlichkeit betrachtet, aber nie willensstark und planmäßig daran gebaut. Daher habe er gegen den Zerfall nichts unternommen, so dass jetzt nur noch die Sehnsucht übrig sei. Und er resümierte: „Es fehlte uns – ein Erziehungsfehler – der Drill, die Einstellung des ganzen Menschen auf Österreichs Kulturarbeitsberuf der Völkerverbindung und Völkerversöhnung im Zeitalter des einseitigen, raubsüchtigen Nationalimperialismus.“¹²²⁸

Zur Akzentuierung des Gegensatzes zwischen Preußen und Österreich trugen nicht zuletzt die Vorbehalte österreichischer Historiker gegen klein-deutsche Kollegen bei.¹²²⁹ Über das NR und die SZ erreichten diese ein breites Publikum. 1927 stellte Raimund Friedrich Kaindl mit Bedauern fest, dass in Deutschland „seit Jahrzehnten eine Minderbewertung und Herabsetzung der Österreicher“ stattfinde, ja dass schon den Schülern ein falsches Bild vermittelt werde, obwohl der Beitrag Österreichs zur gesamtdeutschen Kultur groß sei.¹²³⁰ Kaindls „gesamtdeutsch“ denkender Lehrer Heinrich von Srbik¹²³¹ reagierte auf sein Buch *Österreich, Preußen, Deutschland. Deutsche Geschichte in großdeutscher Beleuchtung* (Wien 1926) allerdings verhalten: Sein Vorwurf parteilicher Darstellung traf Kaindl schwer.¹²³²

Betont preußenkritisch war auch Walther Heydendorffs 1947 vorgelegtes Buch *Österreich und Preußen im Spiegel österreichischer Geschichtsauffassung*: Der Nationalsozialismus habe „die alten großpreußischen Gedankengänge aktualisiert“.¹²³³ Während Österreich, ein altes Land, „zum eigentlichen Stützpunkt des Reichsgedankens und zum Hauptträger der Lasten aller Reichskriege“ geworden sei, handle es sich bei Preußen um einen geschichtsarmen „lose zusammengefügt, zusammengeraubten Länderbesitz“, was eine „parvenühafte Selbstüberschätzung“ bewirkt habe.¹²³⁴

1228 NR 16. 11. 1919 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

1229 BRUCKMÜLLER, Nation Österreich, 291.

1230 NR 10. 9. 1927 (R. F. KAINDL); von einer Fehleinschätzung Österreichs in Deutschland sprach auch J. Eberle: „50 Jahre Preußentum genügten, um Deutschland in der ganzen Welt verhasst zu machen“; SZ 11. 4. 1926 (J. EBERLE); ähnlich die Einschätzung von KLOTZ, Sturm, 22 f.

1231 Zum Inhalt dieses Begriffs vgl. FELLNER, Reichsgeschichte, 371.

1232 SZ 6. 11. 1927 (R. F. KAINDL); vgl. HEISS, Im „Reich der Unbegreiflichkeiten“, 463, Anm. 34.

1233 HEYDENDORFF, Österreich, 9.

1234 HEYDENDORFF, Österreich, 11 f.

Ein Autor, der neue Facetten in die Beurteilung des preußischen Wesens brachte, war Nikolaus Dohrn, der Chefredakteur des CS. Auch er leugnete nicht, dass es Parallelen zwischen dem Nationalsozialismus und dem Preußentum gebe, aber er versuchte dieses differenziert zu betrachten. Anders als für Erwin Reisner war der kategorische Imperativ für ihn ein Grund, das Preußentum als „eine Idee von großartiger Formkraft“ zu bezeichnen; Kants Ethik habe „mit dem Bombast und Phrasenschwall des Nationalsozialismus“ nichts zu tun. Preußentum sei „reine Form“ ohne „genaue materiale Wesensbestimmung“, der Nationalsozialismus hingegen „falscher Inhalt ohne Form“ mit rein utilitaristischer Sittlichkeit. Zwar sei der „Tag von Potsdam“¹²³⁵ ein Irrtum gewesen, der es erforderlich mache, dass Österreich Gerechtigkeit zuteil werde, Preußentum und Nationalsozialismus gleichzusetzen, sei aber nicht statthaft.¹²³⁶

Auch Alexander Novotny verwahrte sich gegen eine übermäßige Akzentuierung des Dualismus Preußen-Österreich: Von ihm dürften kritische Randbemerkungen auf einem Manuskript von Franz Werfels Aufsatz *Ein Versuch über das Kaisertum Österreich* stammen: An den Stellen, an denen der Dichter die Parallelen zwischen dem Staat Bismarcks und dem Dritten Reich übermäßig betonte, glaubte der Grazer Historiker mäßigend einschreiten zu müssen.¹²³⁷

Für Österreicher wie die eben zitierten stand Deutschtum für hohe kulturelle Werte, Sitte, Katholizismus, aristokratische Gesinnung, Ordnung sowie Sehnsucht nach Ganzheitlichkeit und organischer Gemeinschaft. Ihre Positionen können keineswegs als Variante der deutschen Volkstumsideologie bezeichnet werden¹²³⁸, und man wird mit Gerald Stourzh festhalten dürfen, dass die These vom besseren deutschen Staat in einem breiteren historischen Kontext stand als nur dem des Ständestaates allein.¹²³⁹ Dass die aus dem Munde von Künstlern und Wissenschaftern kommenden Äußerungen politisch höchst relevant waren, zeigt ein um 1933 verfasstes, in weiten Teilen eher emotionales Memorandum des Leiters der Politischen Abteilung des Außenamtes, Theodor Hornbostel, zur österreichischen Außenpolitik: Er trat für die Unabhängigkeit von Deutschland ein und hob die slawischen und jüdischen Wurzeln vieler Österreicher hervor:

1235 Am 21. 3. 1933 rekurrierte Hitler in seiner anlässlich der Eröffnung des neugewählten Reichstags gehaltenen Rede auf das Preußentum; vgl. HAFFNER, Preußen, 498; WIENFORT, Geschichte Preußens, 110 f.

1236 CS 27. 5. 1934 (H. NORDEN); vgl. SEEFRIED, Reich, 215 f.

1237 BUCHMAYR, Der Priester, 149.

1238 GEHLER, Der lange Weg 2, 62; HANISCH, „Christlicher Ständestaat“, 178.

1239 G. STOURZH, Außenpolitik, 331–333.

Österreichs Bestimmung sei die katholische Kulturmission im Osten.¹²⁴⁰ 1936 akzentuierte der Diplomat auch den Gegensatz zwischen Österreich und Preußen.¹²⁴¹

Das übernationale Völkerreich

In manchen Kreisen ging man noch weiter als bis zur Idee des besseren Deutschen. Im Folgenden gilt das Interesse jenen Positionen, welche die kulturelle Tradition Österreichs als Grundlage für die zu schaffende eigenständige, gleichsam nur österreichische Nation deuteten und denen die aktuelle Ausformung des österreichischen Nationalbewusstseins zu schwach war. Österreich wurde in diesen Kreisen als übernationaler Gemeinschaftsbegriff gehandelt.¹²⁴² Als wichtige Kommunikatoren dieses Gedankens sind Medien wie der CS, Karl Lugmayers *die pause* und Johannes Messners MSchKP zu nennen; auch die Publikationen der *Ostmärkischen Sturmsharen* standen in diesem Zeichen.¹²⁴³

Der Autor, der sich der Thematik am gründlichsten annahm, ist Hans Karl Zeßner-Spitzenberg. Er setzte den Akzent weder auf die Wiederbelebung des Heiligen Römischen Reichs noch darauf, die Gemeinschaft Österreichs mit dem gesamten deutschen Volk zu betonen¹²⁴⁴, sondern richtete sein Interesse auf die Habsburgermonarchie: Nur in ihr, so seine Überzeugung, sei die österreichische Idee verwirklicht. Von daher rührt auch sein Engagement in der *Österreichischen Aktion*, die eine geradezu antideutsche Richtung einschlug.¹²⁴⁵

Zeßner-Spitzenberg hatte sich schon als Gymnasiast in Prag im Kreis deutschnationaler, weltanschaulich im Umfeld Georg von Schönerers¹²⁴⁶ angesiedelter Mitschüler sehr unwohl gefühlt.¹²⁴⁷ Im Juliabkommen von 1936 sah er die „Anerkennung der inneren Unvereinbarkeit der nationalsozialis-

1240 ADÖ 8/1276; verzerrend ist die Rede von faktischer Diskriminierung der Slawen im Ständestaat; MITTELMEIER, Austrofaschismus, 111.

1241 BINDER, Von 1918, 22 f.

1242 FELLNER, Was heißt, 213; HEISS, Im „Reich der Unbegreiflichkeiten“, 458; POTOČNIK, Bewusstsein, 163; WODAK, Zur diskursiven Konstruktion, 114 f. und 130.

1243 POTOČNIK, Bewusstsein, 164–167.

1244 FELLNER, Historiographie, 54; SUPPANZ, Österreichische Geschichtsbilder, 30; WOHNOUT, Hans Karl Zeßner-Spitzenberg, 7.

1245 KAROSHI, Die Erinnerung, 101; POTOČNIK, Bewusstsein, 38; THALER, Legitimus, 78.

1246 Eine differenzierte Beschreibung der deutschnationalen Partei bietet POTOČNIK, Bewusstsein, 77–80.

1247 WALTERSKIRCHEN, Blaues Blut, 70; WOHNOUT, Hans Karl Zeßner-Spitzenberg, 6.

tischen Partei und ihrer Weltanschauung mit dem Wesen Österreichs“.¹²⁴⁸ Österreich sei „ein anderer deutscher Staat, weil hier auch eine andere Art der Deutschheit zu Hause ist: die alte völkerverbindende, die im Dienste der abendländischen Ordnung, nicht im Dienste des Nationalegoismus oder gar der Rassenideologie steht“. Die Andersartigkeit zeige sich in einer kulturellen Mission, „die sich auch in anderen Formen der ständischen Gesellschaftserneuerung auswirkt“.¹²⁴⁹ 1938, knapp zwei Monate vor dem „Anschluss“, fand er noch markantere Worte: Die „Vertragstreue zum 11. Juli 1936“ erfordere ein ausgeprägtes österreichisches Nationalbewusstsein, sie müsse „gesamtdeutsche Velleitäten als vertragswidrig erscheinen lassen“. Er rief in Erinnerung, dass wechselseitige Einmischung in innere Angelegenheiten nicht vorgesehen sei: „Das sogenannte gesamtdeutsche Denken und Streben ist [...] mit dem Grundgedanken vom 11. Juli 1936 unvereinbar. Was ist uns seit dem Nationalsozialismus an gesamtdeutschen Werten geblieben? Staatsform, Staatsidee, Idee vom Recht, Philosophie, Weltanschauung, Idee von Partei, Wesen der Kultur, Sittlichkeitsbegriffe? Alles, alles ist hüben und drüben gründlich verschieden.“¹²⁵⁰

Eines der Anliegen der Verfechter dieser Österreichidee war die Betonung der kulturellen Überlegenheit der Deutschen in Österreich. Bereits Ignaz Seipel hatte den deutschen Österreicher als den Lehrer der östlichen Völker bezeichnet.¹²⁵¹ In den Oberschichten war das Deutsche auch in den slawischen Ländern die selbstverständliche Umgangssprache, ab 1784 die einzige Staats- und Verwaltungssprache.¹²⁵² Leise schwingt dies selbst in einer autobiographischen Äußerung des in Osijek (Kroatien) geborenen Ludwig Adamovich mit, der noch um 1950 betonte, dass alle seine Vorfahren dem deutschen Kulturkreis angehört hätten; mit drei Jahren sei er nach Wien gekommen, das er als seine eigentliche Heimatstadt betrachte und liebe.¹²⁵³ Der bekannte Staatsrechtler hatte hierbei die Metropole vor Augen, in der Zentralbeamte aus der gesamten Monarchie wirkten.¹²⁵⁴ Seine Aussage ist auch insofern bezeichnend, als deutsches Fühlen und das Bewusstsein der aus dieser Kultur abgeleiteten staatstragenden Rolle gerade bei Aka-

1248 Zit. nach WALTERSKIRCHEN, *Blaues Blut*, 74.

1249 CS 19. 7. 1936 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

1250 CS 9. 1. 1938 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

1251 SZ 21. 7. 1929 (I. SEIPEL); zur Würdigung vgl. MSchKP 2, 495 f. (A. NOVOTNY); CONNELLY, *From Enemy*, 106.

1252 BRUCKMÜLLER, *Nation Österreich*, 288; KANN, *Nationalitätenproblem* 1, 58 f.; SUPPANZ, *Österreichische Geschichtsbilder*, 48–52.

1253 ADAMOVICH, (Selbstdarstellung), 11.

1254 DÖMÖK, *Nationalitätenfrage*, 29.

demikern und Wissenschaftlern intensiv war.¹²⁵⁵ Franz Brandl fand, auf die Habsburgermonarchie zurückblickend, ein „anationales“ und „interkonfessionelles“ Denken, das er – nach 1945, als er die deutschnationalen Neigungen früherer Jahre abgelegt hatte – zu seinem Ideal erhoben hatte, bei den deutschen Österreichern in höherem Grad verwirklicht als bei anderen Nationen: Deren „Humanismus“ habe jeglichen Nationalismus entbehrlich gemacht.¹²⁵⁶

Sinnbild dafür war ihm die Stadt Wien, wo im späten 19. Jahrhundert ein Assimilationsprozess vor sich gegangen sei: Hier hätten „die besten Elemente“ aller Nationen einander getroffen und einen Großstadtmenschen hervorgebracht, von dem „ein Fluidum hinaus in die Länder und hinweg über ihre Kirchturmhaftigkeit“ gegangen sei. „Aus der Verbindung des Deutschen mit dem Andersnationalen seines Kulturgebietes auf dem Wiener Boden entspross auch jene Klasse duldsamer Menschen, die unter Hochhaltung der deutschen Kultur den nationalen Extremismus ablehnten, ohne aber dem orientalischen Phantom der Völkerverbrüderung nachzujagen.“¹²⁵⁷ Franz Karl Ginzkey hielt es für möglich, in Wien verschiedenste Völker „zu einem kleinen europäischen Konzert zusammenzustimmen, in welchem allerdings, und hierin lag das Wesentliche, nach deutsch-österreichischem Taktmaß dirigiert wurde“.¹²⁵⁸ Er lobte an dieser Stadt „das Transportfähige ihrer Zivilisation bis an die äußersten Enden des Reiches“.¹²⁵⁹ Das alte Österreich sei ein Paneuropa gewesen, als dessen Offizier er im gemeinsamen Dienst mit Menschen aus zwölf Nationen zu verstehen, auszugleichen und zu vermitteln gelernt habe: „Man erzog uns dazu, ein Deutscher zu sein und trotzdem so vielen Meinungen, als Leute um uns waren, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.“¹²⁶⁰ Johannes Messner charakterisierte 1927 die Stadt Wien als eine, die nicht Internationalismus kennzeichne, was auf Entwurzelung deuten würde, sondern Europäertum, eine positive Idee.¹²⁶¹

Als besonders wichtigen identitätsstiftenden Faktor betrachtete man die Vergangenheit, die weiter zurückliegende in höherem Maß als die jüngere.¹²⁶² Ernst Karl Winter beschwor ein keltisches *Regnum Noricum* in An-

1255 BRUCKMÜLLER, Nation Österreich, 293–295.

1256 BRANDL, Ein Reich, 531; vgl. NOSER, Die historische Tragik, 219.

1257 BRANDL, Kaiser, 35 f.

1258 GINZKEY, Heimatsucher, 153.

1259 GINZKEY, Heimatsucher, 135.

1260 SZ 7. 9. 1930 (F. K. GINZKEY).

1261 NR 26. 11. 1927 (J. MESSNER).

1262 KAROSHI, Die Erinnerung, 16; MOMMSEN, Theorie, 184; POTOČNIK, Bewusstsein, 31; SIMON, Demokratische Gesinnung, 71; SUPPANZ, Geschichtsbilder, 61 f.; WODAK, Zur diskursiven Konstruktion, 118

lehnung an Tacitus¹²⁶³ und trennte den „österreichischen Menschen“ in zwei – in sich wiederum bunte – Hauptgruppen, den „Homo Vindobonensis“ und den „Homo Alpinus“; im 19. Jahrhundert sei die Palette noch reicher geworden; die „lebendige Verbindung“ derselben hielt er für „unsere eigentliche Gegenwartsaufgabe“. ¹²⁶⁴ Für Ignaz Seipel – auch er forderte, weiter zurückzublicken als nur auf die Jahre 1866–1914¹²⁶⁵ – war es Gottes Wille, dass die Österreicher auch dem kleiner gewordenen Vaterland dienten, indem sie sich bemühten, die christlich-abendländische Kultur im Herzen Europas zu verteidigen und die östlichen Völker zivilisatorisch einzugliedern. Zeitweilig dachte er an eine Donauföderation. ¹²⁶⁶ Die Bundeskanzler Dollfuß¹²⁶⁷ und Schuschnigg¹²⁶⁸ leiteten aus der Geschichte ebenfalls einen Missionsauftrag ab. Das Staatswappen wurde mit dem Bindenschild der Babenberger, Symbol der „Ostmarkmission“, modifiziert, getragen vom kaiserlichen Doppeladler, der auch der des Heiligen Römischen Reichs gewesen war. ¹²⁶⁹

Mehrere Mandatare griffen das aus der hohen Bewertung der deutschen Kultur sich ergebende Thema einer kolonisatorischen Aufgabe im Südosten auf. ¹²⁷⁰ Als qualifizierteste Stimme sei vorab Oswald Redlich gehört, dessen wissenschaftliches Interesse in hohem Grad den Habsburgern zwischen Reich und Hausmacht galt. Als eine ihrer Leistungen hob er nicht nur die „nationale Mission“ gegen Frankreich, sondern vor allem die „religiös-kulturelle“ gegen Osten hervor. ¹²⁷¹ Prinz Eugen, dem er mehrere Arbeiten widmete, war für ihn „das unvergessene Symbol jenes alten Österreich, das sich in schwerem Kampf empor ringt zur europäischen Großmacht, das sich anschickt, seine innere staatliche Ausgestaltung zu beginnen, und das erblüht im Glanze seiner Barockkultur“. ¹²⁷² 1933 stellte Redlich sein Bild des Feld-

1263 BRUCKMÜLLER, *Nation Österreich*, 309; N. SCHAUSBERGER, *Österreich*, 296; vgl. auch SUPPANZ, *Österreichische Geschichtsbilder*, 136 f.

1264 EPEL, *Österreicher* 2, 503.

1265 RENNHOFFER, Ignaz Seipel, 439.

1266 BOYER, *Wiener Konservatismus*, 352; IBER, *Vom Syllabus*, 14, 60–63; KAROSHI, *Die Erinnerung*, 94 f.; TÁLOS, *Handbuch*, 480 (H. HAAS); vgl. MATIS, *Wirtschaftliche Mitteleuropa-Konzeptionen*, 243–252.

1267 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 43 und 67; vgl. BUSSHOF, *Dollfuß-Regime*, 46; HANISCH, *Der Politische Katholizismus*, 76.

1268 K. SCHUSCHNIGG, *Österreich*, 20.

1269 KRIECHBAUMER, *Erzählungen*, 146; MOSSER, *Legitimusmus*, 110.

1270 FELLNER, *Historiographie*, 54 f.; FELLNER, *Was heißt*, 214 f.; IBER, *Vom Syllabus*, 14, 55; N. SCHAUSBERGER, *Österreich*, 295 f.; STAUDINGER, *Österreich-Ideologie*, 33–35 und 293–298.

1271 REDLICH, *Weltmacht*, 5.

1272 Zit. nach SANTIFALLER, *Oswald Redlich*, 162; vgl. SUPPANZ, *Das Barock-Zeitalter*, 118 f.; zum Symbolwert des Barock vgl. SUPPANZ, *Österreichische Geschichtsbilder*, 177–183; zur Problematik der Identifikation Prinz Eugens mit dem Barock vgl. WANDRUSZKA, *Prinz Eu-*

herrn im Katalog einer im Belvedere gezeigten Ausstellung einer breiten Öffentlichkeit vor.¹²⁷³ In der Monarchie sah der Wiener Historiker – nicht anders übrigens als Otto Brunner¹²⁷⁴ – eine kulturbringende Macht, ein Bollwerk gegen den barbarischen Osten.¹²⁷⁵ Er bekannte sich zu einem habsburgischen Österreich unter Führung der deutschen Österreicher; ein Österreich, in dem alle Nationen politisch gleichberechtigt sein sollten, konnte er sich nicht vorstellen. Jeder Gewalt abhold, sah er die Aufgabe der Donaumonarchie darin, verschiedene ihrer Verschiedenheit sich bewusste Menschengruppen zu einer höheren politischen Einheit zu vereinigen.¹²⁷⁶

Historischer Argumente (mit einem von der Römerzeit bis um 1800 reichenden Rückblick auf die Geschichte Österreichs¹²⁷⁷) bediente sich außerdem Georg Moth in seiner populärwissenschaftlichen Arbeit, der es aber nicht an weltanschaulicher Offenheit fehlt.¹²⁷⁸ Nachdrücklich trat er für die Aufrechterhaltung kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen zu den Nachfolgestaaten der Monarchie ein.¹²⁷⁹ Zu 1683 bemerkte er: „Wäre Österreich nicht gewesen, so würde Europa eine türkische Provinz geworden sein.“¹²⁸⁰

Hier kommt ein kulturelles Sendungsbewusstsein Österreichs zum Ausdruck, wie es auch Carl Vaugoin und Guido Zernatto entwickelten. Mit Bezug auf 1683 hob der Führer der VF die historische Rolle der Monarchie als Grenzraum deutscher Kultur hervor, ja sie habe diese weit nach Osten getragen. Das „Türkenjahr“ sei einer der Höhepunkte der Geschichte Österreichs.¹²⁸¹ Die Leistung des polnischen Königs, die in den dreißiger Jahren meist eher abwertend beurteilt wurde¹²⁸², erwähnte freilich keiner der

gen, 127; zur Gesamtstaatsidee bei Prinz Eugen vgl. CSÁKY, Prinz Eugen, 88 f.; zum Problem Barock als auch für Historiker brauchbarer Epochenbegriff (mit Würdigung Redlichs) vgl. HERSCHE, Gelassenheit, 9–14.

1273 GROSSEGGGER, Mythos, 299; zu weiteren Formen der Erinnerung an Prinz Eugen EBD., 300–337; PLASCHKA, Was blieb.

1274 JÜTTE, Zwischen Ständestaat und Austrofaschismus, 253.

1275 H. DACHS, Österreichische Geschichtswissenschaft, 106; RAMHARDTER, Geschichtswissenschaft, 181.

1276 RAMHARDTER, Geschichtswissenschaft, 170–174; in dieser Frage wies selbst Otto Bauers Geschichtsbild erstaunliche Analogien zu dem des Ständestaates auf; HANISCH, Illusionist, 99.

1277 MOTH, Neu-Österreich, 10–17.

1278 MOTH, Neu-Österreich, 9 und 34.

1279 MOTH, Neu-Österreich, 19.

1280 MOTH, Neu-Österreich, 15.

1281 VAUGOIN, Hinein, 5; vgl. KRIECHBAUMER, Dieses Österreich, 440; SCHWEITZER, Volkstumsideologie, 42–50; TÁLOS, Zum Herrschaftssystem, 153 f.; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 554 f.; G. WAGNER, Hochschülerschaft, 194 f.; vgl. GROSSEGGGER, Mythos, 297–299; SUPPANZ, Geschichtsbilder, 67–69 und 76–78.

1282 ACKERL, Von Türken belagert, 184.

genannten Autoren. Auch fehlte ihnen das Bewusstsein, dass 1683 gerade für Christen auch dunkle Seiten hat, im Grunde eine ethisch anfechtbare Grundlage österreichisch-abendländischer „Erfolge“ darstellt.¹²⁸³

Hermann Stipek wies auf das 1684 erschienene Werk *Österreich über alles, wenn es nur will* von Philipp Wilhelm von Hörnigk hin, in dem die habsburgischen Territorien als zusammenhängender Wirtschaftsraum aufgefasst wurden. Aufgrund der wenigstens in merkantilistischem Geist erhobenen Aufforderung zur Nutzung der vorhandenen Rohstoffe und einer zurückhaltenden Beurteilung des Handels war der barocke Nationalökonom für Stipek gleichsam ein Dollfuß *ante litteram*, der eine mittelalterlich anmutende ständische Ordnung sichtbar gemacht habe.¹²⁸⁴

Große Bedeutung wurde auch der Zeit Maria Theresias beigemessen, die durch ihren Einsatz für Südosteuropa, so Zernatto, „eine der bedeutsamsten Kulturleistungen der Menschheitsgeschichte“ vollbracht habe.¹²⁸⁵ Es ging hier darum, die Lage Österreichs an der Stelle, wo das westöstliche Kulturgefälle am größten war, zu betonen – und damit um einen durch vermeintliche Überlegenheit legitimierten Erziehungsauftrag gegenüber den kleinen Nationen.¹²⁸⁶ Als „Landes-Mutter“ sei Maria Theresia hierzu besonders befähigt gewesen – womit nun auch ein tief sitzender Zusammenhang mit dem ständischen Gesellschaftsideal hergestellt ist.¹²⁸⁷

Bei Hans Karl Zeßner-Spitzenberg ist von einem „völkerverbindenden Beruf“ die Rede; ab 1867 habe die deutsche Bevölkerung der ins Schlepptau Preußens geratenen Monarchie diesen allerdings nicht mehr ausüben können.¹²⁸⁸ Gleichwohl gelte: „Der Österreicher [...] ist mitteleuropäisch befähigt und nach Osten orientiert.“¹²⁸⁹ Mit Maria Theresia ging der Freiherr indes eher hart ins Gericht, denn sie habe preußische Methoden nachgeahmt, was der historischen Einheit der Monarchie abträglich gewesen sei.¹²⁹⁰ Dieser Politik stellte er das Völkermanifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918 gegenüber, dem zufolge Cisleithanien zu einem Bundesstaat auf ethnischer Grundlage werden sollte.¹²⁹¹

1283 Vgl. den anregenden Beitrag von LUTZ, Das Türkenjahr.

1284 STIPEK, Das Werden, 5 f.

1285 ZERNATTO, Die Wahrheit, 24 f.

1286 SUPPANZ, Geschichtsbilder, 68; SENFT, Im Vorfeld, 129.

1287 IBER, Vom Syllabus, 14, 56 f.

1288 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Kaiser Karl 1927, 129.

1289 CS 18. 3. 1934 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

1290 SZ 27. 1. 1929 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

1291 SZ 22. 7. 1928 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG); vgl. BROUCEK, Karl I., 207–211; GEHLER, Politischer Wandel, 35; KANN, Die Habsburgermonarchie, 38; POTOČNIK, Bewusstsein, 39.

Erich Braumüller-Tannbruck behandelte dasselbe Thema in populärer, tendenziell superlativischer Form.¹²⁹² Er vermittelte ein Bild der Habsburgermonarchie als „Erfolgsgeschichte“, die in der rezenten Forschung einer geradezu „kolonialen Sichtweise“ zugeschrieben wird. Subsemantisch ist in seinen Worten die Überzeugung von einem Auftrag im Dienst der Zivilisation enthalten.¹²⁹³ Genau dagegen verwahrte sich der CS, der die Deutschen innerhalb der föderativen Ordnung zwar als Kulturträger und Kulturvermittler, aber nicht das herrschende Volk betrachtete.¹²⁹⁴

Raimund Friedrich Kaindl bemühte sich um eine akribische Rekonstruktion der Leistungen der Deutschen bei der Errichtung der Infrastruktur, im Schulwesen, in der Landwirtschaft und im Sozialwesen mehrerer Kronländer, deren Situation er jeweils gesondert analysierte¹²⁹⁵ und deren zivilisatorischen Rückstand gegenüber Deutschösterreich er hervorhob.¹²⁹⁶

Die eben angesprochenen Aspekte des Österreichbewusstseins sind im gegebenen Kontext nicht zuletzt deshalb von Interesse, weil die Monarchie häufig als Familie bezeichnet wurde, die den Charakter eines „organischen“ Ganzen habe. Ein prominenter Vertreter dieses Gedankens war Richard von Kralik, für den Österreich nicht die Summe seiner Völker, sondern deren organische Verbindung war.¹²⁹⁷ Anton Klotz begründete seine Kritik an Saint-Germain damit, dass das alte Österreich zerschlagen worden sei, „ohne einen besseren Organismus oder auch nur eine gleichwertige Organisation an dessen Stelle zu setzen“.¹²⁹⁸

Friedrich Funder verwendete in seiner Stellungnahme zur Zerreißung der Monarchie den gegenüber „Familie“ älteren Begriff „Haus“ als Metapher für das Zerstörte: „Auch Staaten sind menschliche Organismen. Sie können ohne Achtung ihrer Rechtspersönlichkeit und ohne Ehre nicht leben. Dieses Reich war nicht die Familienangelegenheit einer Dynastie oder einer herrschenden Kaste. Es war der Lebensraum einer Völkergemeinschaft, die das nationale Dasein und die Freiheit kleiner Völker zu behüten hatte. Und sie behütete auch das Gleichgewicht Europas. Dieses gemeinsame Haus – mochte der Bau auch Schäden aufweisen – zu verteidigen war eine sittliche

1292 BRAUMÜLLER-TANNBRUCK, Ostarrichi, 3 f. Die Titel anderer Werke, die nicht eingesehen werden konnten, lassen auf ähnliche Inhalte und Akzente schließen: *Tauriskia. Die Entstehungsgeschichte der österreichischen Alpenländer* (1932) und *Austria. Von der Mark zum Weltreich* (1933).

1293 SUPPANZ, Die Bürde, 303–306.

1294 EBNETH, Wochenschrift, 138.

1295 NR 22. 11. 1924 (R. F. KAINDL).

1296 NR 29. 11. 1924, 23. 5. 1925 (R. F. KAINDL).

1297 RAMHARDTER, Geschichtswissenschaft, 59.

1298 KLOTZ, Was wird, 11.

Aufgabe.¹²⁹⁹ Symbol des österreichischen Vielvölkerstaates war für ihn die aus allen Nationen zusammengesetzte Armee.¹³⁰⁰

Bei Funder, der 1929 im Rahmen der Cartellversammlung zum Thema *Der österreichische Mensch* sprach¹³⁰¹, findet sich für die Habsburgermonarchie die Bezeichnung „übernationales Reich“.¹³⁰² Von einem solchen ist auch bei Josef Roth¹³⁰³ und Anton Wildgans die Rede; für Letzteren war der „übernationale Typus des Deutschen“ das entscheidende Definitionskriterium des „österreichischen Menschen“.¹³⁰⁴ Diesen Begriff wiederum verwendeten, unabhängig voneinander, 1924 bzw. 1925 der Dichter Oskar A. H. Schmitz und der Geograph Hugo Hassinger.¹³⁰⁵

Anton Klotz erblickte „die uralte Aufgabe und Tradition des Donaureiches“ in der „Versöhnung und Zusammenführung der verschiedenen Nationen“, eines Staatswesens, in dem sich „die Haltung des Organischen und des Harmonischen ausgeprägt“ habe.¹³⁰⁶ Paul Thun-Hohenstein ortete die Wurzel der übernationalen Idee im Wesen des Österreicher, das „nach innen gekehrt“ sei: In einer Zeit, da „ringsum alles nach außen strebte“, sei er zum Scheitern geradezu verurteilt gewesen.¹³⁰⁷

Im CS wurde die Idee des Übernationalen als Spielart des Universalen gehandelt; über den Föderalismus wurde sie in Zusammenhang mit dem ständischen Gedanken gebracht: „Von dem liberalistischen Prinzip, dass die Nation den Staat formt, kehren wir zum uralten Grundsatz, dass der Staat die Nation formt, endlich wieder zurück.“¹³⁰⁸ „Übernational“ bedeutet somit die Verbindung von Föderalismus und Universalismus.¹³⁰⁹ Dietrich von Hildebrand bescheinigte der föderalistischen Grundstruktur Österreichs die Eigenschaft, das Land vor Selbstüberschätzung zu bewahren.¹³¹⁰

Franz Brandl, der nach 1945 ein zwar kritisches, aber verstehend-positives Bild der Monarchie zeichnete, legte Kaiser Franz Josef im Gespräch mit Kronprinz Rudolf, dem Anwalt der um Autonomie ringenden Völker, eine nachdrückliche Warnung vor „Völkerindividualismus“ in den Mund, denn

1299 FUNDER, Vom Gestern, 402 f.; Zusammenfassung seines Bildes vom österreichischen Menschen: SZ 17. 11. 1929 (F. FUNDER).

1300 REISS, Dr. Friedrich Funder, 165.

1301 KRAUSE, CV, 109; POPP, Der CV, 142–145 und 150.

1302 W. LORENZ, Funder, 9; vgl. EBNETH, Wochenschrift, 139.

1303 KRÖLL, Der Bürger, 279.

1304 CS 30. 5. 1937.

1305 JOHNSTON, Der österreichische Mensch, 17,

1306 MSchKP 1, 109 (A. KLOTZ).

1307 THUN-HOHENSTEIN, Österreichische Lebensform, 22.

1308 CS 3. 6. 1934 (W. R. ZALOZIECKY).

1309 KANN, Die Habsburgermonarchie, 55 f.

1310 v. HILDEBRAND, Engelbert Dollfuß, 76.

„Habsburg ist ein übernationales Element und muss es bleiben, oder es wird nicht sein“. ¹³¹¹ Alexander Lernet-Holenia erklärte den übernationalen Charakter des Reichs ebenfalls aus der Überwindung des Individualismus ¹³¹², der Haltung, die – so schließt sich ein Kreis – nach Thomas Mann/Naphta (Kap. 5.6) den „Kult des Nationalen“ und das „demokratische Imperium“ ausmache. ¹³¹³

Die Rolle des Staates gegenüber der Nation betonte Hans Karl Zeßner-Spitzenberg in der Einleitung zum Sammelband *Österreich und die Reichsidee*. ¹³¹⁴ Er unterzog den Begriff „übernational“ einer subtilen semantischen Analyse. ¹³¹⁵ Er bedeute weder „antinational“ ¹³¹⁶ noch „international“, der so bezeichnete Staat bejahe und fördere jede Nation, fasse sie „viel wärmer und viel tiefer zu einer in sich geschlossenen Einheit“ zusammen als es die bloße Internationale könnte, verstehe sich als Schicksalsgemeinschaft über den Nationen. Während die Internationale von nationalen Belangen absehe, gehe der übernationale Staat von diesen aus und bewahre sie nach dem Vorbild der Familie. Damit würden Egoismus und Individualismus überwunden. Ein übernationales Reich werde nicht wie ein Nationalstaat von den individuellen Kulturkräften einer Nation getragen, sondern von allen seinen Völkern, die als Glieder eines harmonischen Ganzen verstanden werden. Das entgegengesetzte Modell erblickte er im „Nationenbeherrschungsstaat“, den das Vorhandensein eines Herrenvolks kennzeichne. Österreich habe sich diesem Typ unter Josef II. genähert ¹³¹⁷, „aber diese Erscheinungen waren Entgleisungen in der österreichischen Idee“. ¹³¹⁸ Ein aktuelles Beispiel sei das moderne Italien, wo ein fundamentaler Fehler des Nationalstaates sichtbar werde, nämlich der auf die Nation übertragene Individualismus. Die eigentliche Kulturleistung des übernationalen Staates liege in seinem Streben nach Gleichberechtigung aller beteiligten Nationalitäten. Die Rolle des Hauses Habsburg im übernationalen Österreich sei die eines Einigungsfaktors gewesen, ausgestattet mit der dafür nötigen Autorität. Für Zeßner-Spitzenberg war es eine „väterliche“ Autorität – womit nun

1311 BRANDL, *Ein Reich*, 256.

1312 MAYER, *Wunscherfüllungen*, 109.

1313 KRÖLL, *Der Bürger*, 279; zu Thomas Manns (treffendem) Reichsverständnis vgl. HOOR, *Wandlungen*, 434.

1314 WOLF/HEILIG/GÖRGEN, *Österreich und die Reichsidee*, 6 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

1315 WALTERSKIRCHEN, *Blaues Blut*, 72; WOHNOUT, *Hans Karl Zeßner-Spitzenberg*, 7.

1316 Franz Brandl verwendete die Begriffe „übernational“ und „anational“ zwar nicht erklärtermaßen, aber faktisch synonym; BRANDL, *Ein Reich*, 256 und 531.

1317 Zum negativen Image dieses Herrschers im Ständestaat vgl. SUPPANZ, *Österreichische Geschichtsbilder*, 201–203.

1318 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, *Das Völkerreich*, 64.

auch der häufig von ihm verwendete Begriff „Völkerfamilie“ erklärt ist. In der dadurch möglich werdenden, als notwendig erkannten Koexistenz zahlreicher Kleinvölker und Volksteile liege der Kern der sogenannten österreichischen Idee. Im Ineinandergreifen verschiedener Kulturkreise im Vielvölkerstaat sah er allerdings auch eine mögliche Ursache für Ungerechtigkeit, zumal dann, wenn die beteiligten Nationalitäten auf verschiedener Kulturstufe lebten und wenn zwischen ihnen soziale Gefälle bestünden.¹³¹⁹

In Kaiser Karl fand Zeßner-Spitzenberg einen Herrscher, der sich als „Vater der vielsprachigen Völkerfamilie“ empfunden habe.¹³²⁰ Eine „mechanische(n) Zerreißung nach bloßen Siedlungsgebieten“ ablehnend, habe er nach einer Synthese zwischen historischen Rechten der Länder und personeller nationaler Autonomie gesucht¹³²¹; ausgestattet mit „kulturelle(r) Eigenständigkeit [...] auf seinem angestammten Heimatboden im Rahmen der alle umfassenden Völkermonarchie“, sollte jedes Land „harmonisch eingebettet“ sein in „ein großes, starkes Gesamtreich“.¹³²²

Ein „sehr häufig deutlich übernationales Wirken, das so viele von ihnen zu echten Symbolen und Patronen für Österreichs abendländische Funktion macht“, bescheinigte der tief religiöse Zeßner-Spitzenberg den Heiligen: Es sei geradezu ihr kennzeichnendes Merkmal.¹³²³

Die politische Entwicklung nach 1866 war nicht nach den Vorstellungen des Freiherrn verlaufen. Der Dualismus in der 1867 gefundenen Form habe es nicht erlaubt, „das übernationale Kaiserreich in der organisch aus der römisch-deutschen herausgewachsenen Form der österreichischen Völkerfamilie zu vollenden“.¹³²⁴ Im „Versäumnis eines rechtzeitigen organischen, daher voll befriedigenden Ausgleichs zwischen Gesamtreich, historischen Staatsrechten, Kronlandsindividualitäten und übernationaler Ordnung“ erkannte Zeßner-Spitzenberg den inneren Grund für ihren Zerfall:¹³²⁵ Hieraus sei das Bild des „Völkerkerkers“ entstanden.¹³²⁶ Sein Weggefährte in der *Österreichischen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft*, Hermann Mathias Görgen, bedauerte, dass mit 1867 „eine Zeit der Vorherrschaft der Magyaren über die anderen Nationen und der Unterdrückung ihrer sprachlichen und

1319 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Das Völkerreich, 60–69.

1320 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Kaiser Karl 1953, 126.

1321 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Kaiser Karl 1927, 138.

1322 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Kaiser Karl 1953, 121 und 124.

1323 CS 28. 10. 1934 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

1324 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Kaiser Karl 1927, 131.

1325 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Die Zukunft, 289 f.; vgl. SUTTER, Probleme, 560.

1326 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Das Völkerreich, 77–79; CS 18. 3. 1934 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

kulturellen Rechte“ begonnen habe.¹³²⁷ Ähnlich die Einschätzung Walther Heydendorffs: Österreich sei ein „Völkerstaat, der zum Vorbilde friedlichen Zusammenlebens kleinerer Volksstämme in engem Raume hätte werden können, wenn nicht deutschvölkische und magyarische Vorherrschaftsgelüste die anderen Völker aus dem ungastlich gewordenen Hause vertrieben hätten“.¹³²⁸ Auch Oswald Redlich führte die Entwicklung in Österreich nach 1866 auf Fehleinschätzungen nationaler Interessen zurück.¹³²⁹ Ludwig Adamovich ortete zu Beginn des Ersten Weltkriegs tiefe Gegensätze zwischen den einzelnen Teilen der Monarchie und ihren Völkern.¹³³⁰

Dem Ausgleich von 1867, der dem Gedanken eines „Herrenvolks“ verpflichtet gewesen sei, galt auch Max Freiherr von Hussareks Kritik¹³³¹, insgesamt fiel sein Urteil aber positiver aus als das Zeßner-Spitzenbergs, Görgens und Heydendorffs. Der Krone bescheinigte er, sich gegen die Unterdrückung der Nationalitäten eingesetzt zu haben¹³³², und er glaubte feststellen zu dürfen, dass die gänzliche Auslöschung der in einer langen Geschichte gereiften Identität der Kronländer als historisch-politische Individualitäten auch nach 1867 nicht erfolgt sei, jedenfalls nicht in der Tiefenstruktur; der Föderalismus sei, wiewohl von der Verfassung abgelehnt, „sozusagen im rechtspolitischen Unterbewusstsein“ erhalten geblieben. Nach dem Zerfall der Monarchie sei er so stark zum Durchbruch gekommen, dass die Verfassung ihn „trotz der zentralisierenden Tendenzen der modernen Demokratie“ zur Grundlage des Bundes machen musste.¹³³³

Der Wirtschaftswissenschaftler Viktor Kienböck richtete seinen Blick vor allem auf Osteuropa. Es gehöre zum Wesen dieser Region, dass Nationalitäten „vielfach durch- und übereinandergelagert sind“. Die staatliche Zusammenfassung in der Monarchie habe daher eine „unabweisliche Notwendigkeit“ gebildet. Wien habe nie eine völkerfeindliche Politik betrieben; in der Spätphase der Monarchie seien die Ziele allerdings so gesetzt worden, dass sie nicht mehr erreichbar gewesen seien.¹³³⁴

Geradezu idealisierende Beschreibungen des Neben- bzw. Miteinanders der Nationen finden sich in den literarischen und publizistischen Arbeiten

1327 WOLF/HEILIG/GÖRGEN, Österreich und die Reichsidee, 233 (H. M. GÖRGEN); vgl. SEEFRIED, Reich, 174 f.

1328 HEYDENDORFF, Österreich, 12.

1329 REDLICH, Ausgewählte Schriften, 49.

1330 ADAMOVICH, Grundriss, 21.

1331 Dies hängt mit der negativen Bewertung der Niederlage von Königgrätz zusammen; SUPPANZ, Österreichische Geschichtsbilder, 219–222.

1332 NR 17. 10. 1920 (M. v. HUSSAREK).

1333 SZ 22. 11. 1929 (M. v. HUSSAREK).

1334 KIENBÖCK, Sanierungswerk, 7–9.

von Guido Zernatto¹³³⁵ und Franz Karl Ginzkey. Ginzkey lobte das „österreichische System der Vielsprachigkeit“, das auch in der Armee Akzeptanz finde, selbst wenn es mitunter versage.¹³³⁶ Jede Nation habe gebracht, was sie zu bieten hatte, jeder sei ihr Selbstbewusstsein gelassen, ihre Wesensart gewürdigt worden, „und alles dies um eines Ganzen willen, in dessen wundersame Farbigkeit kein Missklang geraten durfte“. ¹³³⁷ Er zeigte aber auch Verständnis, wenn einzelne Völker sich zu behaupten versuchten; dies sei etwas Naturhaftes und könne nicht als verwerflich gelten.¹³³⁸

Die eben dargelegten unterschiedlichen Einschätzungen der Nationalitätenpolitik der Monarchie verdichten sich in den Aussagen der beiden Kanzler des Ständestaates. Für Engelbert Dollfuß war das friedliche Zusammenleben der Deutschen mit anderen Nationen ein Wesensmerkmal der Geschichte Österreichs.¹³³⁹ Kurt Schuschnigg hingegen bemerkte zur politischen Situation am Vorabend des Ersten Weltkriegs: „Nur eine kluge, uneinflussbare autoritäre Führung, die auf organische Entwicklung Bedacht genommen, die im richtigen Augenblick durch nationale Föderalisierung die Monarchie zum wirklichen Reich, bestehend aus autonomen Gebieten, umgebaut hätte, [...] hätte nach menschlichem Ermessen das alte Österreich zu neuem Leben erweckt.“¹³⁴⁰ Dass er sich zu diesem historischen, aber genuin ständischen Thema im Irrealis äußerte, entspricht in vielem seinem Verhalten im politischen Tagesgeschäft ...

1335 ZIMMER, Guido ZERNATTO, 17.

1336 GINZKEY, Heimatsucher, 102 f.

1337 GINZKEY, Heimatsucher, 147.

1338 GINZKEY, Heimatsucher, 165.

1339 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 55 f.

1340 K. SCHUSCHNIGG, Dreimal, 30.

„Brüderlichkeit allein versöhnt Freiheit mit Gleichheit.“

Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi¹

7. DIE BERUFSSTÄNDISCHE ORDNUNG

Dass ständisches Denken weit reicht, den ganzen Menschen erfasst, haben die bisherigen Ausführungen gezeigt. Es sind aber auch die Schwierigkeiten sichtbar geworden, den Begriff „Stand“ zu definieren. Jene, die sich auf „Berufsstand“ festlegten, taten dies nicht, weil sie darin den Stand als solchen gesehen hätten, sondern weil der Berufsstand die einfachste Möglichkeit zu bieten schien, die Politik zu beeinflussen. Anton Klotz erwartete sich die Verwirklichung des Prinzips der Ordnung und Harmonie, das den Menschen erst fähig mache, sich in die größeren Lebenskreise einzuordnen.² Bewusst oder unbewusst folgte man Othmar Spann, der es für wahrscheinlich hielt, dass Stände dazu beitrügen, die Massen zu „entmassen“ – für ihn ein entscheidender Beitrag zur Bewältigung der Krise der Zeit.³ Diese Überlegung erwies sich insoweit als richtig, als die Berufsstände teilweise tatsächlich stilbildend wirkten und ein spezifisches Standesbewusstsein schufen.⁴

7.1 Vorläufige Begriffsbestimmung

Außer der Familie und der Nachbarschaft/Gemeinde, nach dem *Linzer Programm* der christlichen Arbeiterbewegung von 1923 der „Siedlung“, auf höherer Ebene sich wiederholend in Nation, Land oder Reich, nannten die Kritiker des Parteienstaates die Berufsgemeinschaft als Bezugspunkt für den als Person gewürdigten Menschen.⁵ Ignaz Seipel wünschte einen Staat, der „nicht unmittelbar aus zusammenhanglosen Individuen bestehe, die in der Theorie alle gleich, in Wirklichkeit aber doch recht ungleich sind“, sondern seine Bürger „auf dem Umweg über ihre Familien und Berufsstände“

1 COUDENHOVE-KALERGI, *Totaler Mensch*, 7.

2 KLOTZ, *Sturm*, 43.

3 H. WALTER, *Ständewesen*, 107–111 und 277–282.

4 HANISCH, *Konservatives und revolutionäres Denken*, 216; KRÜGER, *Demokratisches und ständisches Denken*, 331.

5 KLOTZ, *Sturm*, 41; R. SCHMITZ, *Das christlichsoziale Programm*, 23 und 25; CS 3. 6. 1934 (K. LUGMAYER); vgl. BRINEK, *Arbeiter*, 102; DIAMANT, *Katholiken*, 198 f. und 202; HASIBA, *Der berufsständische Gedanke*, 111; HUBER, *Die Verfassung*, 16; KRÜGER, *Demokratisches und ständisches Denken*, 341; LThK/I 9 (1937), 692–696 (G. GUNDLACH); PELINKA, *Stand*, 240.

erfasse.⁶ Karl Lugsdayer sprach von „Ganzheiten“ zwischen Individuum und Gesellschaft mit dem Charakter der Mittelbarkeit⁷: Die „stärkste“ sei die Familie⁸, die „wichtigste“ der Beruf.⁹ Johannes Messner versprach sich von der berufsständischen Ordnung „die Wiederherstellung der wahren Ordnung im Verhältnis von Einzelmensch und Gemeinschaft, [...] von Gesellschaft und Staat. Aus der Masse soll wieder Volk werden, wohlgegliederte Gesellschaft, die von gefestigten Lebensordnungen getragene Gemeinschaft“.¹⁰

Den Berufsstand definierte Lugsdayer als eine durch Gleichheit der wirtschaftlichen Tätigkeit verbundene Gemeinschaft.¹¹ Rudolf Kinsky ergänzte, es dürfe darin keinen „Unterschied der Stellung“ der Mitglieder geben.¹² Richard Schmitz verglich die Berufsstände im Staat mit den im Ganzen Haus lebenden Kindern und erklärte daher das vierte Gebot als für sie verbindlich.¹³ Gleich den kulturellen Gemeinschaften seien sie „nach inneren Gesetzen“ gefügt, die sie von der „gestaltlose(n) Masse“ unterschieden¹⁴, und verbunden „durch die [...] gemeinsame soziale Funktion“.¹⁵

Nach der Ausschaltung des Nationalrats am 4. März 1933 forderte Friedrich Funder in der *Reichspost* die rasche Umsetzung der berufsständischen Ordnung.¹⁶ Rund ein Jahr später erklärte Richard Schmitz, das österreichische Experiment werde von der ganzen Welt als bedeutsam für die Bewährung der katholischen Gesellschaftslehre verstanden. Nicht nur führende Kreise in Staat und Gesellschaft, sondern auch die Volksmassen setzten in das Werk große Hoffnungen und seien an seinem Gelingen interessiert.¹⁷

6 SEIPEL, Der Kampf, 60 f.; vgl. DIAMANT, Katholiken, 100; HASIBA, Der berufsständische Gedanke, 108.

7 K. LUGMAYER, Grundrisse, 117 und 156; MSchKP 2, 783–786 (K. LUGMAYER); R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 44; DIAMANT, Katholiken, 224; vgl. HANISCH, System, 452.

8 K. LUGMAYER, Grundrisse, 227; vgl. KARPELES, Klassenkampf, 19; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 312.

9 K. LUGMAYER, Linzer Programm, 60.

10 Zit. nach PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 69; vgl. MSchKP 1, 8 (J. MESSNER); MESSNER, Ordnung, 12 f. und 243; MSchKP 1, 17–20 (J. MESSNER).

11 K. LUGMAYER, Linzer Programm, 8 und 60; K. LUGMAYER, Grundrisse, 115; ähnlich ADAM, Staatsprogramm, 67; ILG, Uns alle, 46; KUNSCHAK, Österreich, 145; vgl. DIAMANT, Katholiken, 201; HÄTTICH, Wirtschaftsordnung, 114–121; P. HUEMER, Entstehung, 608; P. NOLTE, Ständische Ordnung, 244; PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 154; TALOS/MANOSCHEK, Aspekte, 137.

12 KINSKY, Entwurf, 6.

13 R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 20–22; vgl. ALLMAYER-BECK, Konservatismus, 42.

14 CS 16. 12. 1934 (R. SCHMITZ).

15 R. SCHMITZ, Die berufsständische Neuordnung, 11; vgl. BRAUN, Der politische Lebensweg, 288 f.

16 FUNDER, Aufbruch, 165; vgl. KNOLL, Das Ringen, 4.

17 R. SCHMITZ, Die berufsständische Neuordnung, 5 f.

Guido Zernatto bezeichnete die berufsständische Ordnung als „eine(n) der interessantesten Versuche zur Neuordnung der Gesellschaft“.¹⁸

7.2 Die christlich-soziale „Gesellschaftsreform“ aus der Sicht der Mandatare

Bei einigen Mandataren ist eine intensive Auseinandersetzung mit den Theoretikern der christlichen Gesellschaftsreform (Kap. 3.3) festzustellen. Friedrich Funder nahm regelmäßig an den „Entenabenden“ teil.¹⁹ Die darüber verfassten Berichte sind Abbild seines eigenen Denkens über gesellschaftliche Fragen. Eine zentrale Kategorie war dabei der Begriff „organisch“, für ihn – wie für viele andere Verfechter des im Ständestaat verwirklichten alternativen Modells im Geist christlicher Solidarität – synonym mit „von unten“.²⁰

Die Grundlagen hatte Funder bei Franz Martin Schindler erläutert gefunden²¹, von dem er eine bis heute als maßgeblich anerkannte Biographie verfasste.²² Mit der *Union de Fribourg d'études sociales économiques*, die sich dem Abbau von Klassengegensätzen und Klassenhass widmete und einen standesgemäßen Lebensunterhalt für jedermann forderte, pflegte er eine intensive Zusammenarbeit.²³

In den zwanziger Jahren verband Funder eine enge Freundschaft mit Ignaz Seipel.²⁴ Einer im Herbst 1931 beim Landesparteitag der steirischen Christlichsozialen von diesem gehaltenen Rede über *Wesen und Tragweite der berufsständischen Ordnung* bescheinigte er eine „grandiose Sinndeutung“.²⁵ Seither machte er die berufsständische Ordnung in der *Reichspost* häufig zum Thema.²⁶ Es erübrigt sich zu bemerken, dass die Enzykliken RN und QA seinen uneingeschränkten Beifall fanden.²⁷

Karl Lugmayer widmete sich der systematischen Analyse der Schriften der Hauptvertreter der katholischen Soziallehre, auch außerhalb des deut-

18 ZERNATTO, Die Wahrheit, 115–117.

19 FUNDER, Aufbruch, 63; vgl. SENFT, Im Vorfeld, 73; G. HARTMANN, Im Gestern, 198.

20 FUNDER, Sturm, 197; vgl. BOHN, Ständestaatskonzepte, 16; HUEBNER, Dr. Otto Ender, 183; KRÜGER, Demokratisches und ständisches Denken; LACKNER, Die Ideologie, 66; PELINKA, Stand, 184; RETTENBACHER, Bekenntnisfreiheit, 22.

21 FUNDER, Vom Gestern, 91; REISS, Dr. Friedrich Funder, 183 f.

22 PFARRHOFER, Friedrich Funder, 246; vgl. auch FUNDER, Vom Gestern, 104–112.

23 ANZENBACHER, Christliche Sozialethik, 138; FUNDER, Aufbruch, 51 f.; SIMONETT, Die berufsständische Ordnung, 41–44; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 1 f.

24 REISS, Dr. Friedrich Funder, 118.

25 FUNDER, Vom Gestern, 685.

26 PFARRHOFER, Friedrich Funder, 176.

27 FUNDER, Aufbruch, 98; vgl. WANDRUSZKA, Struktur, 339.

schen Sprachraums.²⁸ Die Thesen der Klassiker der freien Marktwirtschaft, wie Adam Smith und David Ricardo, lehnte er ab.²⁹ Wie Funder empfand er große Wertschätzung für Karl Freiherr von Vogelsang und für Franz Martin Schindler.³⁰ Im Solidarismus erkannte er eine zentrale Komponente bzw. Ergänzung des von ihm selbst ausführlich behandelten Begriffs der Person (Kap. 5.2).³¹ In der Arbeiterfrage vertrat er einen Standpunkt, der ihm von Seiten Johannes Messners den Ruf eines Sozialromantikers einbrachte.³²

In einem juristischen Lehrbuch von Gustav Walker aus dem Jahr 1923 ist vom Solidarismus zwar nicht explizit die Rede, es ist aber von diesem Geist getragen. In einem *Der sozialpolitische Gehalt des österreichischen Exekutionsrechtes* betitelten Anhang verwahrte sich der Professor gegen die Anschauung, dass jede Rechtsordnung ein System von Machtverhältnissen sei. Natürlich sei gerade im Exekutionsrecht der Anspruch des Gläubigers wichtig, aber der Staat müsse auch einen gewissen Schutz des Schuldners garantieren; wenn dessen wirtschaftliche Existenz zu stark erschüttert werde, schade dies dem Gemeinwohl.³³ Es gelte, „die Besitzlosen zu schützen und zu stützen, damit sie mit ihren schwachen Kräften im Kampf ums Dasein nicht überrannt und niedergetreten werden“.³⁴ In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, dass die MSchKP 1937 Grund zur Kritik an einigen Fällen von Exekution bei erwerbslosen Kleinbesitzern sah und – auch mit Blick auf die Volkswirtschaft – entsprechende Hilfsmaßnahmen forderte.³⁵

Einer der prominentesten Teilnehmer an den „Entenabenden“ war Leopold Kunschak³⁶, seit 1897 Obmann des *Christlichsozialen Arbeitervereins*, in dessen Denken Solidarität ein umfassend geltender Schlüsselbegriff war.³⁷ In der Schrift *Werden und Reifen der ständischen Idee*, in der er sich auf Karl Freiherrn von Vogelsang und Papst Leo XIII. berief, rechtfertigte er die christlichsoziale Sozialpolitik. Die ständische Idee war für ihn unveräu-

28 In der Abhandlung *Grundrisse zur neuen Gesellschaft* und im Aufsatz *Orel und die katholische soziale Schule in Österreich* verband er das Referat der verschiedenen Standpunkte mit behutsamen Stellungnahmen.

29 K. LUGMAYER, *Grundrisse*, 7 f.; K. LUGMAYER, *Leos Lösung*, 69 f.; vgl. BADER, *Christliche Sozialreform*, 158 f.; neutral STIGLEITNER, *Volkswirtschaftslehre*, 23–33.

30 K. LUGMAYER, *Grundrisse*, 11.

31 K. LUGMAYER, *Grundrisse*, 113; vgl. F. LUGMAYER, *Karl LUGMAYER*, 11; TARMANN, *Die Persönlichkeit*, 119.

32 K. LUGMAYER, *Leos Lösung*, 41; TARMANN, *Die Persönlichkeit*, 90 f.

33 WALKER, *Exekutionsrecht*, 337–339.

34 WALKER, *Exekutionsrecht*, 344.

35 MSchKP 2, 1120 f.

36 HÖRMANN, *Moraltheologie*, 196 f.; KUNSCHAK, *Werden*, 20–22; PRIBYL, *Leopold Kunschak*, 74; REICHOLD, *Opposition*, 43.

37 KRIECHBAUMER, *Dieses Österreich*, 145.

berliches katholisches Gedankengut.³⁸ Auch Karl Lugmayer gehörte zu den Personen, denen er sich sehr verbunden fühlte.³⁹

Rudolf Henz umschrieb den Solidarismus 1934 mit dem Begriff „wahrer Sozialismus“, in seinen Augen eine „große Idee“. ⁴⁰ Seine besondere Wertschätzung galt Richard Schmitz. ⁴¹ Für diesen war der Solidarismus dazu angetan, sozialen Utopismus abzuschwächen. ⁴² Papst Leo XIII. lobte er für sein Engagement in der Arbeiterfrage, QA schätzte er als Gegengewicht gegen den gesellschaftlichen Zersetzungsprozess und als Beitrag zur Entproletarisierung. ⁴³ 1924 stellte er zu seiner eigenen Person fest: „Ich bin eben Sozialpolitiker, nicht Sozialdemokrat.“ ⁴⁴

Leopold Figl sprach von „Solidarismus“ noch in der Zweiten Republik; 1951, bei seiner Abschiedsrede als Bundesparteiobmann der ÖVP, verwendete er das Wort als Gegenbegriff zu „Klassenkampf“. ⁴⁵ Ähnliche Aussagen sind von Lorenz Karall bekannt. ⁴⁶

7.3 Exkurs: Das Genossenschaftswesen

Ein in Österreich schon früh sichtbares Ergebnis des Solidaritätsprinzips, das für die Entwicklung des Standesbegriffs der dreißiger Jahre hoch zu veranschlagen ist, ist das Genossenschaftswesen. Das Genossenschaftsgesetz von 1873 war aus dem Bewusstsein entstanden, dass der Bauer durch die Dekorporierung der ständischen Gesellschaft gefährdet sei. ⁴⁷ In den 1880er-Jahren wurden als offizielle Vertretungskörper der Landwirtschaft Landeskulturräte gegründet, in denen ständisch-korporative Vorstellungen umgesetzt wurden. ⁴⁸ Damals galt organisatorische und politische Mobilisierung als „Standesbildung“. ⁴⁹ Allmählich gediehen die Genossenschaften zu einem wichtigen Faktor der Macht- und Herrschaftsverhältnisse am Land ⁵⁰; sie waren freilich auch dem Aufbau einer Honoratiorenstruktur und dem

38 KUNSCHAK, Werden, 11; vgl. P. HUEMER, Entstehung, 599 f.

39 KUNSCHAK, Werden, 25.

40 HENZ, Fügung, 129.

41 HENZ, Fügung, 120.

42 BRAUN, Der politische Lebensweg, 7–9; vgl. SELIGER, Scheinparlamentarismus, 33.

43 R. SCHMITZ, Der Weg, 12; vgl. HUBER, Die Verfassung, 21.

44 BRAUN, Der politische Lebensweg, 83.

45 FIGL, Ansichten, 180.

46 WURM, Dr. Lorenz Karall, 222.

47 DROBESCH, Vereine, 1065.

48 DROBESCH, Vereine, 1069; TALOS, Handbuch, 354 (E. BRUCKMÜLLER).

49 BRUCKMÜLLER, Der Bauernstand, 803.

50 MATTL, Agrarstruktur, 362.

Klientelwesen förderlich.⁵¹ In der Ersten Republik erlangten vor allem landwirtschaftliche Genossenschaften hohe Bedeutung.⁵² Diese Politik entsprang dem Wunsch nach Erhaltung der bäuerlichen Betriebe.⁵³ Es gab mehrere Organisationen: Landwirtschaftsgesellschaften als freie Vereine, Landeskulturräte als öffentlich-rechtliche Einrichtungen und den Bauernbund als politische Interessenvertretung.⁵⁴

1933 beschrieb Ernst Lagler diese Einrichtungen als Grundlagen des berufsständischen Aufbaus, wobei er den *Landeskulturrat für Tirol* als „echte berufsständische Gesamtkörperschaft“ eigens hervorhob. Auf gesamtösterreichischer Ebene könnten die „gesunde Besitzstruktur“ (wenig Großgrundbesitz) und die patriarchalischen Verhältnisse als gute Voraussetzungen des ständischen Gedankens gelten. Als diesem hinderliche Faktoren nannte er die nach wie vor starke Prägung der meisten Organisationen durch die parlamentarische Demokratie und die Wirkungen des Liberalismus, der das traditionale Gefüge des Bauerntums zwar nicht zerstört, aber doch gelockert habe.⁵⁵

Auf dem Genossenschaftstag des *Österreichischen Genossenschaftsverbandes* im September 1935 referierte Hans Bayer zum Thema *Der ständische Aufbau und die Genossenschaften*. Er trat für kleine und mittlere Betriebe ein und forderte demokratische Vorgangsweisen beim berufsständischen Aufbau.⁵⁶ Mehrere in den dreißiger Jahren in der Zeitschrift *Die Genossenschaft* erschienene Artikel zeigen, dass man große Hoffnungen in den Ständestaat setzte.⁵⁷ Franz Waschnig erblickte in den Genossenschaften ein Modell, an dem sich Berufskörperschaften orientieren könnten. Er bezog sich insbesondere auf die Kreditbeschaffung, die er in kleinem Rahmen verwirklicht wissen wollte; eine mit Bankkapital arbeitende Wirtschaft lehnte er ab.⁵⁸

Josef Resch würdigte das Genossenschaftswesen als die Einrichtung, von der die seit dem späten 19. Jahrhundert bestehende Sozialversicherung „Geist und Sinn“ empfangen habe („Methode und Technik“ kämen von der privatwirtschaftlichen Lebensversicherung). Er sah hier ein Beispiel berufsständischen Denkens *ante litteram*: „Das im Zeitalter des Liberalismus verständigliche Gefühl des ‚Auf-sich-allein-Angewiesenseins‘ schuf die seelische

51 HANISCH, Die Politik, 47.

52 BRAZDA/SCHEDIWY/TODEV, Selbsthilfe, 180; MATTL, Agrarstruktur, 349–352.

53 WALTHER, Die bäuerlichen Produktionsverhältnisse, 215 f.

54 TÁLOS, Handbuch, 354 f. (E. BRUCKMÜLLER).

55 StL 1933, 148–151 (E. LAGLER).

56 BRAZDA/SCHEDIWY/TODEV, Selbsthilfe, 193.

57 BRAZDA/SCHEDIWY/TODEV, Selbsthilfe, 183.

58 WASCHNIG, Wirtschaftsreform, 22–25; ähnlich R. SCHMITZ, Grundlinien, 12.

Bereitschaft für diesen Gedanken.“⁵⁹

In ähnlicher Weise beschrieb Karl Lugschmayer die Vorzüge der Genossenschaft.⁶⁰ An der Raiffeisenkasse lobte er, dass ihr Prinzip nicht nur auf dem Besitz, sondern auf der persönlichen Vertrauenswürdigkeit beruhe: „Das ist ein echt ständisches Element, das Element der Verantwortung.“⁶¹

Engelbert Dollfuß hatte als Student in Berlin eine wissenschaftliche Arbeit über das Genossenschaftswesen verfasst.⁶² Er nannte es „eine Einrichtung christlicher Nächstenliebe“⁶³, die dem Einzelnen die Wirtschaft nicht abnehme, sondern seine Selbständigkeit aufrecht halte.⁶⁴ Primäres Ziel seien nicht Profit, sondern Vorteile für alle in gegenseitiger Fürsorge.⁶⁵ Außer den landwirtschaftlichen Genossenschaften waren Dollfuß auch die gewerblichen wichtig.⁶⁶ Für Kurt Schuschnigg stellte zumal in der Landwirtschaft genossenschaftliche Hilfe die bessere Alternative dar als markt- und erwerbswirtschaftliche Kriterien.⁶⁷

Für einige Mandatäre bildeten Genossenschaften ihre politische Heimat, insbesondere für Johann Blöchl, Leopold Figl, Florian Födermayr oder Josef Reither.⁶⁸ Lorenz Karall wirkte am Aufbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens im Burgenland mit und gründete Raiffeisenkassen und Milchgenossenschaften.⁶⁹

Geradezu als Pionier des Genossenschaftswesens darf Rudolf Buchinger bezeichnet werden⁷⁰, dessen besonderes Interesse den Raiffeisenkassen galt.⁷¹ Die für ihn wesentliche Eigenschaft dieser seit dem späten 19. Jahrhundert bestehenden Institute umschrieb er mit dem Attribut „erhaben“ – wie überhaupt seine Begrifflichkeit dazu angetan ist, Wirtschaftswissenschaft in ihrer Einbindung in ein übergeordnetes System ethischer Werte zu begreifen. Die von Buchinger genannten leitenden Gedanken des Systems entsprechen dem Verständnis des Menschen als Person und des Standes als

59 CS 26. 1. 1936 (J. RESCH).

60 K. LUGSMAYER, Grundrisse, 183–186.

61 CS 26. 8. 1934 (K. LUGSMAYER).

62 MILLER, Engelbert Dollfuß, 34–36 und 90; vgl. KLUGE, Dollfuß, 132.

63 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 181.

64 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 158.

65 MILLER, Engelbert Dollfuß, 36; WALTHER, Die bäuerlichen Produktionsverhältnisse, 215.

66 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 189; vgl. EMINGER, Das Gewerbe, 75.

67 BINDER/H. SCHUSCHNIGG, „Sofort vernichten“, 324.

68 BRAZDA/SCHEDIWY/TODEV, Selbsthilfe, 189 und 207; LEBENSAFT/MENTSCHL, Feudalherren, 28, 45, 51 und 106–108; SLAPNICKA, Oberösterreich, 50 und 83.

69 WURM, Dr. Lorenz Karall, 4.

70 KRIECHBAUMER, Dieses Österreich, 251 und 337; LEBENSAFT/MENTSCHL, Feudalherren, 28–30; TÁLOS, Handbuch, 366 (E. BRUCKMÜLLER).

71 BUCHINGER, Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, 3–5.

Glied eines größeren Ganzen. Dies gilt für das Anliegen, Produzenten und Konsumenten einander näher zu bringen⁷², gleichermaßen wie für die Forderung nach kleinräumiger Organisation. Vom Einzelnen wurde ein Bekenntnis zum Leistungsprinzip, zur Eigenverantwortung und zur Gemeinschaft gefordert.⁷³ Außerdem sei das Genossenschaftswesen „von dem einen Gedanken geleitet [...], bei aller Wahrung der Interessen der Landwirtschaft doch auch der gesamten Volkswirtschaft zu dienen“. Die Raiffeisenkassen genossen nicht nur das Vertrauen der Landwirte, sondern auch der übrigen „Stände“.⁷⁴ Ziel sei es, dahin zu „gelangen, dass es bald keinen standesbewussten Landwirt mehr gibt, der nicht zugleich überzeugter Genossenschafter ist“.⁷⁵

Gertrud Spinnhirn lobte die Raiffeisenkassen als Vorbild für das bäuerliche Kreditwesen, das sie in den Dienst des ständischen Aufbaus stellte.⁷⁶ Ludwig Strobl betonte die Verwandtschaft mit der berufsständischen Verfassung. Außer der Kreditgenossenschaft sah er auch die Konsumgenossenschaft vor. Ihm fehlte aber nicht die Einsicht, dass viele Menschen außer der reinen Bedarfsdeckung auch Gewinninteressen hätten.⁷⁷

7.4 Aspekte der berufsständischen Ordnung

Beruf als Berufung

Die theologische Begründung für den hohen Stellenwert des Berufs im katholisch-konservativen Denken kam von Franz Martin Schindler: Bestimmung und Drang zur Arbeit lägen im menschlichen Wesen begründet; Arbeit bewahre den Menschen vor sittlicher Gefahr und sei ein Mittel zur Übung der Tugend; Arbeitsamkeit verschaffe auch Achtung. Der „Lebensberuf“, mahnte er mit Blick auf die vom Individualismus ausgehenden Gefahren, sei „mit gewissenhafter Treue“ zu erfüllen, denn Berufsdienst sei eine Art Gottesdienst. Gleichwohl hielt er einen Wechsel des Berufs – und somit des Stands – grundsätzlich für möglich, er solle aber mit Vorsicht angestrebt werden.⁷⁸ Ignaz Seipel nannte die Berufsarbeit einen „Dienst für Gott“.⁷⁹ Engelbert

72 BUCHINGER, Das Wirken, 1; vgl. TARMANN, Die Personalität, 116.

73 BUCHINGER, Die Müdelsicherheit, 7–9.

74 BUCHINGER, Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, 8 f.

75 BUCHINGER, Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, 17.

76 SPINNHIRN, Agrarpolitik, 30–32.

77 MSchKP 2, 414–427 (L. STROBL).

78 SCHINDLER, Lehrbuch II, 350–355; vgl. SIMONETT, Die berufsständische Ordnung, 84 f.; laut LThK/I sollte sogar ein „Zwangs-Beruf in freudigem Gehorsam gegen die göttliche Vorsehung“ akzeptiert werden; LThK/I 2 (1931), 235 f. (G. GUNDLACH).

79 SEIPEL, Von der sozialen Liebe, 92 f.; ähnlich FUNDER, Aufbruch, 163.

Dollfuß forderte: „Man muss stets [...] auf dem Posten, auf den man gestellt wird, die Pflicht erfüllen.“⁸⁰ Er hielt dem Beruf auch die Fähigkeit zugute, den Menschen eine „Verankerung“ zu bieten: Gemeinsame Arbeit binde mehr als jedes Parteiprogramm.⁸¹ Für Hans Karl Zeßner-Spitzenberg war wichtig, dass der Beruf nicht nur zum Lebensunterhalt – Anton Orel sprach vom „standesgemäßen Lebensunterhalt“⁸² – diene, sondern den Menschen in soziale Bindungen hineinwachsen und ihn seine Persönlichkeit entfalten lasse.⁸³

Johannes Messner setzte den Akzent auf die Verwandtschaft des Wortes „Beruf“ mit „Berufung“: Damit meinte er die „vom Einzelmenschen als persönliche Lebensaufgabe“ zu erbringende, nicht nur wirtschaftliche, sondern auch gesellschaftliche Leistung.⁸⁴ Friedrich von Weichs hielt die „schaffenden Stände“ für „berufen“, durch ihre Tätigkeit die Bedürfnisse der Familie als der ersten ständischen Grundlage zu befriedigen.⁸⁵

Felix Klezl führte als Beispiele den „Frauenberuf“ und den „Lehrberuf“ an, allerdings wissend, dass Berufung im ethischen Sinn nur eine von mehreren Bedeutungen sei, die der Begriff habe. In Hinblick auf die Gegenwart (sc. 1934, E. K.), die am Ende einer Zeit der von ihm als „Verarmung“ bezeichneten Metamorphose des Begriffs „Beruf“ von Berufung zu bloßer Betätigung stehe, sprach er auch von „Beschäftigung“ und von Aspekten wie Erwerb oder Prestige⁸⁶; die Auffassung, Beruf sei nur Berufung und kenne kein persönliches Gewinnstreben, sei längst überholt.⁸⁷

Im selben Jahr, als der Wiener Professor diese nüchternen Worte sprach, 1934, entwarf der Gewerkschafter Johann Staud ein von Pathos diktiert Bild: Berufung bedeute nicht Arbeit in fremdem Auftrag oder Geldverdienen, sondern folge einer inneren Stimme.⁸⁸ Den deutschen Theologen August Pieper zitierte er mit einem Satz von geradezu kulturphilosophischer Dimension: „Ein Volk, ein Berufsstand, von dem nicht mehr die ernste Arbeit, die Berufsarbeit als eine Quelle aller Lebenskraft und Gesundheit geehrt und geliebt wird, ist entartet, eilt dem unerbittlichen Verfall zu.“ Und er resümierte: „So bauen wir die Berufsfrage in die letzten tiefsten Zusammenhänge unseres Daseins ein.“⁸⁹

80 ADAM, Staatsprogramm, 102.

81 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 193 f.

82 OREL, Ständeordnung, 13 f.

83 K. P. ZEßNER-SPITZENBERG, Hans Karl, 52 f.

84 MESSNER, Ordnung, 9 f.; vgl. JUFFINGER, Politischer Katholizismus, 55; PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 71; SIMONETT, Die berufsständische Ordnung, 88 f.

85 v. WEICHs, Der Weg, 14.

86 KLEZL, Beruf, 22–31.

87 KLEZL, Beruf, 8.

88 STAUD, Berufsauffassung, 3.

89 STAUD, Berufsauffassung, 15.

Arbeit und Gemeinschaft in kleinen Strukturen

Die berufsständische Ordnung müsse, wie in Vogelsang'scher Tradition Karl Lugschmayer betonte, auf Gruppen beruhen, deren jede nur so groß sein dürfe, dass ihre Mitglieder ihre persönlichen Verhältnisse noch kennen.⁹⁰ In diesen fänden die Menschen aus ihrer Vereinzelung heraus, und durch die Erfahrung, dass die Rechtsordnung mit dem Gewissen zusammenhänge, steige ihre Empfänglichkeit für das Recht.⁹¹ Ein Unternehmen beruhe auf denselben Prinzipien wie die Familie, daher sollten die Mitarbeiter in möglichst inniger Gemeinschaft verbunden sein.⁹²

Das Ideal der auf persönlicher Nähe beruhenden Gemeinschaft ist in einem umfassenden sozialpolitischen Kontext zu sehen. Franz X. Eggersdorfer lehnte den zwischen Individuum und Staat sich bewegenden Wohlfahrtsstaat, der das einem jeden Zustehende präzise berechnen zu können glaubt⁹³, als geradezu kommunistisch ab: Zwar gebe es eine „Weltökonomie“ Gottes, der alles trage, aber Gott fordere auch die Mitarbeit der Kreatur an seinem Weltenplan. Wirkliche Wohlfahrt jedes einzelnen Menschen könne nur durch die kleinsten Glieder im Organismus erreicht werden. Als Ideal nannte er die Familie und die sie ergänzende *caritas*; wirtschaftlich sei der Betrieb die kleinste Einheit, dessen gesündeste Urform der Bauernhof, der den Knecht auch in der weitgehend arbeitsfreien Zeit erhalte.⁹⁴

Kleine Strukturen im Arbeitsleben, so wieder Lugschmayer, seien die einzige Möglichkeit zu verhindern, dass die Beschäftigten in den Status bloßer Gehalts- und Lohnempfänger hinabsanken.⁹⁵ Gerade im Fall des Arbeiters war der Wunsch dringlich, dieser müsse eine persönliche, innere Beziehung zu seiner Arbeit haben⁹⁶, um mehr Verantwortung für das eigene Tun zu übernehmen.⁹⁷ Der konservativ-liberale Nationalökonom Wilhelm Röpke riet von der Schaffung von Großbetrieben ab, weil sie die Proletarisierung förderten.⁹⁸

In Lugschmayers Äußerung schwingt Spann'sches Gedankengut mit: Dem Philosophen zufolge müsse sich der Unternehmer zum „Lebensführer“ entwickeln und eine patriarchalische Stellung einnehmen.⁹⁹ Zwar werde gerin-

90 K. LUGSMAYER, Grundrisse, 91; vgl. STREITENBERGER, Leitbild, 92.

91 K. LUGSMAYER, Grundrisse, 179–181; vgl. ORGLER, Ständestaat, 212 f.

92 K. LUGSMAYER, Grundrisse, 155; vgl. PASTEUR, Kruckenkreuz, 155.

93 Vgl. PIEPER, Über die Gerechtigkeit, 111.

94 SZ 18. 5. 1930 (F. X. EGGERSDORFER).

95 K. LUGSMAYER, Grundrisse, 203.

96 K. LUGSMAYER, Grundrisse, 169–173.

97 SIMONETT, Die berufsständische Ordnung, 90.

98 HABERMANN, Das Maß, 40 f.

99 StL 1937, 138 f. (E. HRUSCHKA).

gere wirtschaftliche Produktivität der Preis sein, aber der individualistische Kapitalismus könne gedämpft werden.¹⁰⁰ Der Berufsstand vermittele dem Arbeitenden das Gefühl der Geborgenheit¹⁰¹, so im Gleichklang mit Leopold Kunschak¹⁰², dem zufolge dadurch auch der Wettbewerb ein menschliches Antlitz erhalte.¹⁰³

Franz Waschnig glaubte das gewünschte persönliche Interesse des Arbeiters am Betrieb durch Möglichkeiten der Mitbestimmung und eine angemessene Beteiligung am Mehrertrag zu erreichen.¹⁰⁴ Friedrich von Weichs forderte, der Unternehmer möge als Persönlichkeit besser sichtbar werden.¹⁰⁵

Bundeskanzler Dollfuß war für Argumente dieser Art sehr empfänglich. Er bescheinigte der berufsständischen Idee die Fähigkeit, den Menschen Wertschätzung zu bekunden und sie „seelisch zusammenzufassen“: Dies sei nicht gleichbedeutend mit sozialistischem „Gleichschalten“.¹⁰⁶ Eindrucksvoll verdichtet sich die im Berufsstand gegebene Gliederung der Gesellschaft in dem vom Kanzler gezeichneten Bild des Bauern, der mit seinen Knechten am gemeinsamen Tisch aus einer Schüssel isst.¹⁰⁷ Nüchterner drückte sich sein Nachfolger Kurt Schuschnigg aus: Berufsständische Ordnung bedeute, „dass gewisse Barrieren des Misstrauens, die den Arbeitgeber vom Arbeitnehmer häufig scheiden, überwunden werden. Der Wille zur Zusammenarbeit muss getragen sein vom [...] Wissen um die Tatsache, dass der eine das Beste des anderen will.“¹⁰⁸

Sachverständigkeit und Selbstverwaltung

Ein häufig vorgebrachtes Argument der Kritiker der parlamentarischen Demokratie war die mangelnde Sachkompetenz der Mandatäre (Kap.

100 GAUGER, Gemeinwohl, 96; zur Gegenüberstellung von Kapitalismus und Korporativismus vgl. BELLER, A Concise History, 218.

101 KLOSE, Geistige Grundlagen, 60.

102 KUNSCHAK, Werden, 1.

103 K. LUGMAYER, Grundrisse, 77 und 143.

104 WASCHNIG, Wirtschaftsreform, 12–14; vgl. DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 31 und 191.

105 v. WEICHs, Der Weg, 30.

106 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 88; vgl. auch Eva DOLLFUSS, Mein Vater, 149; vgl. PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 58; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 90.

107 HANISCH, Traditionelle Männlichkeitsrollen, 222; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 636; SANDGRUBER, Ökonomie, 398; STREITENBERGER, Leitbild, 125 f.; WALTERSKIRCHEN, Dollfuß, 182; ein Porträt des Kanzlers, das den Nexus zwischen Herkunft und späterer politischer Haltung akzentuiert, zeichnet BÖCK, Öffentlichkeitsarbeit, 103–121; zur Kritik von sozialdemokratischer Seite vgl. NEGER, Verfassung, 23.

108 K. SCHUSCHNIGG, Österreichs Erneuerung, 114.

4.2). Daher erhob die berufsständische Ordnung in Anlehnung an Othmar Spann¹⁰⁹ Sachverständigkeit zur politisch maßgeblichen Kategorie. Dies wurde einerseits als Aspekt von Entpolitisierung betrachtet¹¹⁰, andererseits schwang die von Kurt Schuschnigg ausgesprochene Überzeugung mit, dass nicht grundsätzlich jeder zur Politik fähig sei: Die Stimme eines verdienten Bürgers müsse mehr Gewicht haben als eine andere.¹¹¹ Otto Ender erklärte: „Demokratie ist immer dort glücklich und am Platze, wo sie sich mit Dingen befasst, die ihrem Wesen und Ideenkreis nahe liegen und die sie überschaut. Demokratie entartet immer dort, wo der gewöhnliche Mann zu Entscheidungen über Dinge berufen wird, die er nicht mehr überschaut.“¹¹²

Konstantin von Hohenlohe trat dafür ein, nach dem Vorbild der Kirche den Zugang zu einem Stand durch hohe Anforderungen an die Professionalität schwierig zu gestalten.¹¹³ Demselben Grundsatz war Philipp Bugelnigs Begriff der „Gleichartigkeit“ geschuldet: Die naturgegebene Zweckmäßigkeit der Organismen bewirke, dass Fremdkörper abgestoßen würden.¹¹⁴

Johann Staud betonte den Zusammenhang zwischen Professionalität und Berufsethos.¹¹⁵ Für Bartholomäus Fiala war die berufsständische Ordnung „die einzig mögliche Organisation des Volkes auf sachlicher Grundlage“. ¹¹⁶ Georg Moth sah darin eine Garantie für das rechte Verhältnis zwischen Mitbestimmung und Überwachung und für die Führung durch die Besten.¹¹⁷

Aus der im Stand herrschenden Sachverständigkeit und Verantwortung und der daraus resultierenden Ehre wurde – in Anlehnung an Othmar Spann¹¹⁸ – dessen Recht auf Selbstverwaltung abgeleitet¹¹⁹: Es gebe Angelegenheiten, die von den Vertretern des jeweiligen Berufs am besten erledigt werden könnten – und daher, so Ulrich Ilg, diesen überlassen werden sollten.¹²⁰ August Zell war überzeugt: „Was einer in seinem Fache leistet, das

109 SPANN, *Der wahre Staat*, 230.

110 ORGLER, *Ständestaat*, 206.

111 K. SCHUSCHNIGG, *Dreimal*, 117; vgl. auch H. DACHS, Franz Rehr, 256; HANISCH, Franz Rehr, 24.

112 ADAM, *Staatsprogramm*, 65 f.; CS 4. 11. 1934 (O. ENDER); vgl. CS 16. 12. 1934 (E. MARGARÉTHA); KLOTZ, *Sturm*, 48.

113 HOHENLOHE, *Der Ständestaat*, 4–6.

114 BUGELNIG, *Der Ständestaat*, 13.

115 STAUD, *Berufsauffassung*, 5 und 9 f.; vgl. HANISCH, *Traditionelle Männlichkeitsrollen*, 223.

116 FIALA, *Die berufsständische Organisation*, 4.

117 MOTH, *Neu-Österreich*, 60 f. und 95.

118 SPANN, *Der wahre Staat*, 229 f.; vgl. BOHN, *Ständestaatskonzepte*, 30.

119 ADAM, *Staatsprogramm*, 64; K. LUGMAYER, *Grundrisse*, 142; K. LUGMAYER, *Linzer Programm*, 64; R. SCHMITZ, *Die berufsständische Neuordnung*, 16; H. SCHMITZ, *Die berufsständische Ordnung*, 13; vgl. BOHN, *Ständestaatskonzepte*, 16; SENFT, *Im Vorfeld*, 64; SIMONETT, *Die berufsständische Ordnung*, 98–103.

120 ILG, *Uns alle*, 47.

können nur die Standesgenossen beurteilen.“¹²¹ Für Otto Ender gehörte die Autonomie der Stände zum Wesen der Demokratie¹²², für Johann Staud war sie ein Korrektiv gegen den totalen Staat¹²³, Johannes Messner sah darin einen Aspekt des Personalismus.¹²⁴

Als Bürgermeister von Wien mahnte Richard Schmitz in der *Bürgerschaft* zur Beachtung des Willens des jeweiligen Einbringers einer Vorlage und warnte davor, den Berufsständen Dinge aufzuzwingen, die sie nicht wollten.¹²⁵ Florian Fördermayr hatte die Vorzüge dieses Prinzips schon früher im Bauernbund kennen gelernt.¹²⁶

Friedrich von Weichs leitete aus der Autonomie der Berufsstände die Forderung nach Übernahme der Kompetenzen im Sozialbereich ab. Auch hier sollten die spezifischen Bedürfnisse der Stände das Regulativ bilden.¹²⁷ Die MSchKP sprach sich dafür aus, auch die Erziehung des Nachwuchses weitgehend den Ständen zu überlassen und zu diesem Zweck spezifische Schulen zu schaffen.¹²⁸

Ausdrücklich betonte Karl Lugmayer, dass selbst die Arbeiter, nicht weniger vernunftbegabt als die Menschen insgesamt, in der Lage seien, Eigenverantwortung zu übernehmen und daher aktiven Anteil an der Selbstverwaltung haben sollten.¹²⁹ Die Verwirklichung eines Mitspracherechts hielt er (sc. 1934, E. K.) freilich erst zu einem späteren Zeitpunkt für möglich.¹³⁰ Die in seinen Augen idealen Strukturen der Zukunft müssten, um die entsprechende „Satzungshoheit“ beanspruchen zu können, „gleichartiger“ zusammengesetzt sein als die gegebenen rein räumlichen Selbstverwaltungskörper.¹³¹ Paul Schrecker entwarf das Modell einer paritätischen, nicht proportionalen Vertretung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern als Garanten der Sachkompetenz.¹³²

Franz Rehrl verglich die Autonomie der Stände mit der alten Gemeindeautonomie. Die von ihm gewünschten freien Menschen „geben Gott, was Gottes ist, und dem Staate, was des Staates ist. Darin besteht das wahre

121 ZELL, Ständische Staats-Gliederung, 19.

122 PMR VIII/5, Prot. 919/3 (1. 2. 1934), 511.

123 SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 85.

124 MESSNER, Ordnung, 21; KLOSE, Berufsständische Ordnung, 199 f.; MAYER-TASCH, Korporatismus, 72; STREITENBERGER, Leitbild, 183.

125 SELIGER, Scheinparlamentarismus, 116.

126 FÖDERMAYR, Vom Pflug, 125; vgl. TÁLOS, Handbuch, 366 (E. BRUCKMÜLLER).

127 v. WEICHs, Der Weg, 29.

128 MSchKP 3, 132–138 (L. HÄNSEL).

129 CS 26. 8. 1934 (K. LUGMAYER); F. LUGMAYER, Karl Lugmayer, 13 f.

130 CS 3. 6. 1934 (K. LUGMAYER).

131 K. LUGMAYER, Grundrisse, 83.

132 SCHRECKER, Für ein Ständehaus, 27.

Wesen des autoritären Kurses im Geiste unserer Verfassung, die nichts gemein hat mit Totalität wie sie der Nationalsozialismus darstellt“.¹³³ Auch die volkswirtschaftlichen Vorteile der Selbstverwaltung wurden nicht übersehen: Der Staat könne viele Beamte einsparen, wenn er zentrale Agenden den Berufsverbänden überlasse.¹³⁴

In der Praxis erwies sich die Selbstverwaltung der Stände aber als reine Worthülse¹³⁵; es blieb bei Otto Enders 1933 abgegebener Erklärung, vorläufig müssten leitende Stellen durch die Regierung besetzt werden.¹³⁶ Otto Bauer, der einer Ordnung im Geist von QA nicht abgeneigt gewesen wäre, sah hier Parallelen zum italienischen Korporativismus, die er nicht gutheißen konnte.¹³⁷

Historische Reminiszenzen

Nach Aurel Kolnais Wahrnehmung war 1934 eine Gesellschaft im Entstehen, „die am Bilde anderer, archaischerer Wirtschaftsverhältnisse orientiert ist“.¹³⁸ In der Tat war die berufsständische Idee sozialen Modellen des Mittelalters verpflichtet.¹³⁹ Der CS verwies auf die Parallelen zwischen Zunft und Bruderschaft: Der Wille, Gott zu dienen, habe Vorrang vor dem wirtschaftlichen Zweck gehabt.¹⁴⁰ Georg Moth erklärte naiv-unbefangen, der Ständegedanke habe sich aus dem deutschen Handwerk entwickelt; Zunftordnungen hätten die Rolle der modernen Sozialgesetzgebung übernommen.¹⁴¹

Karl Lugschmayer hatte mit der Zunft ein durch das einträchtige Zusammenleben und -arbeiten von Meister und Gesellen konstituiertes Ganzes vor Augen, in dem er gleich Othmar Spann eine „seelische Gemeinschaft“ sah¹⁴²; auch in der Grundherrschaft glaubte er diese Harmonie verwirklicht zu wissen.¹⁴³ Es war das Bild der organisch-korporativen Ordnung des Tho-

133 Zit. nach STOCK, „... nach Vorschlägen der Vaterländischen Front“, 62.

134 BRAUN, Der politische Lebensweg, 289; K. LUGSMAYER, Grundrisse, 174; K. LUGSMAYER, Linzer Programm, 58; KUNSCHAK, Österreich, 145.

135 STEINER, Wahre Demokratie?, 196.

136 PMR VIII/5, Prot. 912/2 (21. 12. 1933), 256.

137 O. BAUER, Werkausgabe 7, 505–508.

138 KOLNAI, Ideologie, 16.

139 StL 1931, 148 f. (F. MÜCK); PASTEUR, Kruckenkreuz, 29.

140 CS 4. 11. 1934 (M. A. ADLER).

141 MOTH, Neu-Österreich, 82.

142 SIEGFRIED, Universalismus, 58.

143 K. LUGSMAYER, Leos Lösung, 41 f.; K. LUGSMAYER, Grundrisse, 177; vgl. BOHN, Ständestaatskonzepte, 20; BURGHARDT, Das berufsständische Experiment, 225; SCHACHNER, Wirtschaft, 183–187; SENFT, Im Vorfeld, 61.

mas von Aquin, in der jeder Einzelne Teil des kosmischen Ganzen war.¹⁴⁴ Johann Staud¹⁴⁵ und Richard Schmitz¹⁴⁶ erkannten ebenfalls in der Zunft eine Vorstufe des Berufsstands. Georg Baumgartner schätzte sie als „Bruderschaft und Verein für alle gemeinsamen Lebenszwecke“, in der nicht „Arbeitsvergötterung“¹⁴⁷, sondern Kultivierung der „inneren Lebenswerte des Menschen“ geherrscht habe.¹⁴⁸

Bei allen Anachronismen und Vergrößerungen, die den eben referierten Äußerungen anhaften: Sie erfassen das Wesen der spätmittelalterlichen Gesellschaft insofern treffend, als in ihnen deren relative Offenheit anklingt. Von einer solchen kann man insbesondere im Vergleich zum frühmodernen Staat sprechen, der mit seinen sozialdisziplinierenden Maßnahmen natürlichen Entwicklungen eher hinderlich war.¹⁴⁹ Es fehlte denn auch in den dreißiger Jahren nicht das Bewusstsein für die Veränderungen, denen wirtschaftspolitische Maximen im Laufe der Zeit ausgesetzt waren. Max Anton Adler erläuterte den Übergang vom religiösen Gemeinschaftsgedanken zum kapitalistischen Geist, der in der Renaissance eingesetzt habe und im Zeichen des Absolutismus mächtig vorangetrieben worden sei. Nunmehr stehe man am Ende einer 400-jährigen Versuchsperiode, aus der man lernen müsse, dass die berufsständisch-genossenschaftliche Wirtschaftsverfassung die einzige sei, die sich bewährt habe: „Der neuzeitliche Wirtschaftsindividualismus ist das Grab der Persönlichkeit.“¹⁵⁰

Man wusste freilich, dass dieser Prozess irreversibel war. Friedrich Funder zitierte Engelbert Dollfuß mit der 1933 ausgesprochenen Ansicht, die mittelalterliche Ordnung könne zwar nicht direkt übernommen werden, aber sie enthalte einen „gesunden Kern“ [...], auf den man zurückgreifen müsse.¹⁵¹ August M. Knoll hätte eine einfache Wiederherstellung der Ordnung des Mittelalters auch aufgrund tiefer gehender Bedenken nicht gewünscht: „Der Feudalismus, die ewige Trennung der Menschen in Hoch- und Niedriggeborene ohne gemeinsames [Sperrung im Original] Ehr- und Würdebewusstsein ist und bleibt tot.“¹⁵² Für Benno Karpeles hatte die neue Ordnung mit der mittelalterlichen Wirtschaft „nichts zu tun“; die Zünfte

144 BOHN, Ständestaatskonzepte, 27.

145 STAUD, Berufsauffassung, 4.

146 R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 24.

147 BAUMGARTNER, Arbeit und Erwerb, 26.

148 BAUMGARTNER, Arbeit und Erwerb, 7 f.

149 GALL, Von der ständischen, 57.

150 CS 29. 7. 1934 (M. A. ADLER).

151 FUNDER, Sturm, 71; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 287 und 637; LANDGREBE/WEIGL, Aktualität, 181.

152 KNOLL, Ziel, 15.

seien keine Stände im Sinn von QA gewesen. Die in der Enzyklika vorgesehenen Stände seien weder Geburtsstände noch besäßen sie Privilegien.¹⁵³

Die Körpermetapher

Bei Karl Lugsdayer waren die nostalgischen Neigungen ebenfalls nicht so übermächtig, dass er das Illusorische an einer Rückkehr zur Ordnung des Mittelalters nicht gesehen hätte.¹⁵⁴ Für ihn stand nur fest, dass der ständische Aufbau „von unten“ erfolgen müsse¹⁵⁵, und er bezeichnete die Stände als Organe.¹⁵⁶ Die klarste Definition dieses von vielen Zeitgenossen verwendeten Begriffs bot Philipp Bugelnig: „Jedes Wesen, das im Dienst eines höheren Wesens etwas tut“.¹⁵⁷ Wenn ein Organ versage, sterbe der Körper.¹⁵⁸ Franz Rehl setzte „organisch“ mit „lebendig“ gleich: So sollte der Staat aufgebaut sein.¹⁵⁹ Bei fast allen Ständetheoretikern begegnen die Begriffe „Organismus“ bzw. „organisch“ als Gegenbegriffe zu „mechanisch“; damit verwandte Begriffspaare sind „natürlich“/„künstlich“ und „qualitativ“/„quantitativ“.¹⁶⁰

Otto Ender rühmte die Maiverfassung als Rahmen, der „echte Stände werden lassen“ wolle; wie gut das gelinge, hänge von der Reife der Menschen ab. Den Beginn auf der untersten Ebene rechtfertigte er damit, dass die Menschen hier noch alles überblicken könnten. Er sprach aber auch die machtpolitische Komponente des Problems an: „Je höher hinauf man steigt, umso geringer wird die Zahl jener werden, die noch den nötigen Überblick besitzen.“¹⁶¹ Friedrich von Weichs wies auf die Komplexität größerer Gemeinschaften hin: Jedem Menschen sei ein bestimmter Platz „im Räderwerk des Lebens angewiesen“, den zu finden dem Finden der eigenen Persönlichkeit gleichkomme.¹⁶²

Im eben referierten Diskurs begegnet immer wieder die seit der Antike häufig verwendete, auf der Priorität des Ganzen vor den Teilen beruhende Metapher des Staates als eines Körpers und der Stände als Glieder.¹⁶³ Auch

153 KARPELES, Klassenkampf, 17 f.

154 K. LUGMAYER, Grundrisse, 81; ähnlich BUGELNIG, Der Ständestaat, 54.

155 K. LUGMAYER, Leos Lösung, 44; vgl. K. LUGMAYER, Linzer Programm, 69.

156 K. LUGMAYER, Linzer Programm, 64.

157 BUGELNIG, Der Ständestaat, 9.

158 BUGELNIG, Der Ständestaat, 13.

159 STOCK, „... nach Vorschlägen der Vaterländischen Front“, 62; ähnlich R. SCHMITZ, Der Weg, 15.

160 BOHN, Ständestaatskonzepte, 112 f.; NEWMAN, Zerstörung, 252; STOLLBERG-RILINGER, Der Staat, 36 f.

161 CS 4. 11. 1934 (O. ENDER).

162 v. WEICHES, Der Weg, 22; vgl. CS 18. 2. 1934 (F. v. WEICHES).

163 BADER, Die geistige Grundlegung, 163; GG 4 (1978), 521 f. und 526 (Organ, G. DOHRN-VAN ROSSUM); KLOTZ, Sturm, 40; K. LUGMAYER, Grundrisse, 121; K. LUGMAYER, Linzer Programm,

die aristotelische Unterscheidung zwischen Herrschenden und Dienenden, deren Aufgaben und wechselseitige Funktionen in der Polis dem Verhältnis zwischen Seele und Körper entsprächen, ist dabei von Belang.¹⁶⁴ Hier stand nicht ein der Realität angemessenes Ordnen im Vordergrund, sondern die Ordnung selbst, der nicht empirisch-sozial, sondern normativ-ethisch begriffene *ordo*¹⁶⁵, in dem das Ganze nicht die Summe der Einzelnen ist, sondern der/das Einzelne als Teil der Totalität zu gelten hat.¹⁶⁶ Stände werden somit zu „Monaden einer am Organischen sich orientierenden Gesellschaft“.¹⁶⁷

Eines der dominanten Merkmale der so verstandenen Gesellschaft war die Ungleichheit ihrer Glieder/Organe. 1934 sprach Johann Kleinhappl SJ die Unterschiedlichkeit der Fähigkeiten, Anlagen und Neigungen der Menschen an: Arbeitsteilung und wechselseitige Ergänzung seien Gesetze der Natur.¹⁶⁸ Auch Franz Rehrl betonte diesen Gedanken.¹⁶⁹ Anton Thir illustrierte ihn mithilfe von Bildern aus der Bibel: Nichts habe Gott umsonst geschaffen, fehle ein Glied, sei es außerordentlich schwer, dass die Verrichtung durch ein anderes geschehe.¹⁷⁰

Kurt Schuschnigg war überzeugt, „dass der eine Stand nicht atmen kann, wenn der andere erstickt“, und dass eine „sinngemäße(n) Gestaltung“ dann gegeben sei, wenn „jeder, der etwas taugt und leisten will, aus welchem Berufsstand er immer kommt, ob er selbständig oder unselbständig ist, mitgestalten kann, um das gemeinsame Schicksal zu formen“.¹⁷¹ Sonderrinteressen, so der Kanzler, hätten in einer Gemeinschaft keinen Platz.¹⁷² Am meisten gelte dies für Verantwortungsträger.¹⁷³ Felix Klezl übertrug das Bild des Organismus vom Berufsstand auf den Betrieb, den er mit ei-

60; SZ 27. 4. 1930 (F. X. EGGERSDORFER). Zur Gliedstellung der Stände im Ganzen vgl. ORGLER, Ständestaat, 211; SENFT, Im Vorfeld, 63; SIMONETT, Die berufsständische Ordnung, 12 und 103–105; STOLLBERG-RILINGER, Der Staat, 41.

164 GG 4 (1978), 523–525 (Organ, G. DOHRN-VAN ROSSUM); GG 6 (1990), 160–162 (Stand/Klasse, O. G. OEXLE); SENFT, Glanz, 15.

165 GG 6 (1990), 200 f. (Stand/Klasse, W. CONZE) und 219 (Stand/Klasse, R. WALTHER).

166 MANNHEIM, Konservatismus, 134.

167 KRIECHBAUMER, Front, 20.

168 CS 23. 12. 1934 (J. KLEINHAPPL).

169 CS 4. 2. 1934 (F. REHRL).

170 Rö 12, 4; THIR, Frauengestalten 2, 294 f.

171 ADAM, Staatsprogramm, 18.

172 ADAM, Staatsprogramm, 61.

173 ADAM, Staatsprogramm, 38; ähnlich BAUMGARTNER, Arbeit und Erwerb, 82–84; R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 7 und 14; SZ 17. 6. 1934 (R. SCHMITZ); Karl Flödl aktualisierte diesen Gedanken mit Blick auf die Gewerkschaft der graphischen und papierverarbeitenden Arbeiter und Arbeiterinnen; FLÖDL, Drei Jahre, 6.

nem Symphonieorchester verglich.¹⁷⁴ Richard Schmitz beschrieb die Gesellschaftszustände in den Dichotomien gesund-krank, für ihn synonym mit organisch-atomisch. Der Vergleich der Gesellschaft mit einem Organismus sollte deren grundsätzliche Heilbarkeit ausdrücken.¹⁷⁵

Von vielen Autoren verwendete Begriffe sind „gliedhaft“ und „gliedlich“ und verwandte Elemente aus der teilweise von Othmar Spann geprägten Wortfamilie.¹⁷⁶ Sie stehen für die Arbeit jener, die, so Funder, für das Gemeinwohl tätig sind, und zwar nicht, weil jemand sie dazu zwänge, sondern aus natürlicher Selbstverständlichkeit.¹⁷⁷ In der *Reichspost* machte er häufig die gemeinsame Arbeit aller Stände zum Thema.¹⁷⁸ Hans Karl Zeßner-Spitzenberg setzte den Akzent auf die „Verschlungenheit mehrfacher Gesichtspunkte und berechtigter Bestrebungen“, in seinen Augen das „Lebensprinzip“ der Glieder.¹⁷⁹ Sichtbarkeit erlange die „Gliederheit“ des Einzelnen, so Johannes Messner, durch ständische Organisation.¹⁸⁰ Keiner müsse indes im Ganzen aufgehen, sondern jeder habe die Freiheit, aus eigener Kraft Aufgaben für das gesellschaftliche Ganze zu erfüllen. Freiheitsordnung und Ausrichtung auf das Gemeinwohl seien gleich wesentliche Teile.¹⁸¹

Karl Lugmayer unterstrich die praktischen Vorzüge des organischen Verbundenseins der Menschen: Es verhindere Verstöße gegen die Ordnung weitgehend, weil von der Gemeinschaft verhängte Strafen als Ehrenstrafen empfunden würden, die vom Staat verhängten dagegen nur als Pech. Dem Terminus „berufsständische Ordnung“ zog er „körperschaftliche Ordnung“ vor.¹⁸²

Franz Kolb griff die Körpermetapher in seinen Ausführungen über die Wesensmerkmale der Tiroler in der Vergangenheit auf. Er wies auf die von vielen Beobachtern hervorgehobene physische Gesundheit seiner Landsleute hin und ergänzte, dasselbe gelte für die seelischen Kräfte: „Es waren dies ein gottesfürchtiges Wesen, natürliche, gewissenhafte Haltung, Verantwortungsbewusstsein für das Ganze und ein vorbildlicher Gemeinsinn, an dem

174 KLEZL, Beruf, 93.

175 STREITENBERGER, Leitbild, 135; vgl. auch FUNDER, Aufbruch, 8; STOLLBERG-RILINGER, Der Staat, 38.

176 Stellvertretend für andere Beiträge aus der Zeitschrift: StL 1931, 17 (W. ANDREAE); vgl. MEYER, Stand, 195.

177 FUNDER, Aufbruch, 165.

178 PFARRHOFER, Friedrich Funder, 97.

179 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Einführung, 2 f.

180 PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 32.

181 MESSNER, Ordnung, 8 f. und 14; MSchKP 1, 8 (J. MESSNER); MSchKP 1, 9 f. (J. MESSNER); vgl. P. HUEMER, Entstehung, 607; KLOSE, Berufsständische Ordnung, 198; PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 73; STREITENBERGER, Leitbild, 165.

182 K. LUGMAYER, Grundrisse, 78–80.

egoistische Anwendungen, die sicher auch vorhanden waren, wenn es um Wichtiges ging, scheiterten.“¹⁸³

Hinsichtlich des Stellenwerts der Körpermetapher bestanden zwischen Universalismus und Solidarismus graduelle Unterschiede. Der Universalismus setzte den Akzent auf die „organische Ungleichheit“, ein Gesetz der Natur, das unabhängig von der Tatsache gelte, dass alle Glieder bei der Erreichung des gemeinsamen Zieles gleich wichtig seien.¹⁸⁴ Der Solidarismus drückte sich verhaltener aus: Zwar ergebe sich der Platz eines jeden Glieds aus dessen Leistung innerhalb des Organismus, das Bild des Organismus sei aber nur teilweise tragfähig, weil dort jede Zelle ihren unveränderlichen Platz habe, während dies für die Gesellschaft nicht gelte.¹⁸⁵ Oswald von Nell-Breuning verdeutlichte das Wesen des Menschen durch die Abgrenzung vom Sandhaufen, dessen Körner einer Ordnung unfähig seien. Dadurch sicherte er ihm seinen Vorrang vor der Gesellschaft.¹⁸⁶

Gemeinschaft der Interessen?

Die Gliedstellung des Einzelnen gelte nicht nur innerhalb des Stands, sondern auch im Verhältnis der Stände zueinander: Auf diese einfache Formel brachte Oskar Zaglits die Position vieler Zeitgenossen, für die Stand keine soziologische Kategorie, sondern ein Gesinnungsprinzip war.¹⁸⁷ Richard Schmitz bestimmte dieses Verhältnis in Anlehnung an Thomas von Aquin: „Ordnung ist Einheit in wohlgegliederter Vielheit.“¹⁸⁸

Den sachlichen Erfordernissen des Gemeinwohls vor den „Gruppeninteressen“ (nach anderer Diktion: „Sonderinteressen“ bzw. „Gesamtwohl“¹⁸⁹) Geltung zu verschaffen, war für Johannes Messner geradezu das „Mark“ der berufsständischen Ordnung, das, was sie vom Indifferentismus des Individualismus unterscheide.¹⁹⁰ Durch Abschließung der Stände voneinander würde die Gesellschaft zu einer bloßen Summe, einem Neben-, nicht Ineinander.¹⁹¹

183 KOLB, Das Tiroler Volk, 23.

184 SPANN, Der wahre Staat, 188; StL 1932, 72–76; 1933, 358–360 (O. SPANN).

185 BEYER, Ständeideologien, 130.

186 BOHN, Ständestaatskonzepte, 51–53; vgl. SZ 27. 4. 1930 (F. X. EGGERSDORFER).

187 ZAGLITS, Bewegung, 13; vgl. STREITENBERGER, Leitbild, 136.

188 R. SCHMITZ, Der Weg, 23 f.; ähnlich H. SCHMITZ, Die berufsständische Ordnung, 13; A. M. WEISS, Individuum, 13; vgl. F. LUGMAYER, Karl Lugmayer, 26; PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 23.

189 STRUBER, Österreichs Wiederaufbau, 76.

190 MESSNER, Ordnung, 13 f.; vgl. PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 103–106.

191 K. LUGMAYER, Grundrisse, 137.

Das Wort „Interessen“, erläuterte Otto Ender, widerspreche den Grundsätzen einer berufsständischen Neuordnung.¹⁹² Bundeskanzler Schuschnigg forderte, „die Interessen aller Schichten und Berufsstände aufeinander ab(zu)stimmen“.¹⁹³ Carl Vaugoin umschrieb „Ständestaat“ mit „Interessenversöhnung“.¹⁹⁴ Franz Kolb sah das Wesen der berufsständischen Ordnung „unter dem Gesichtspunkt höherer gemeinsamer Verpflichtungen“.¹⁹⁵ Von besonders subtiler Auseinandersetzung mit der Thematik zeugt Karl Lugmayers begriffliche Unterscheidung zwischen „Gemeinwohl“ und „Allgemeininteresse“.¹⁹⁶

Georg Baumgartner mahnte, jeder sei zugleich Gebender und Nehmender und keiner dürfe den Wert der Arbeit anderer unterschätzen.¹⁹⁷ Einseitige Interessenvertretung, so Hans Karl Zeßner-Spitzenberg, widerspräche dem Bekenntnis zur Pflege von Menschheits- und Persönlichkeitswerten.¹⁹⁸ Die berufsständische Idee bezeichnete er als „sozialen Föderalismus“.¹⁹⁹ Rudolf Kinsky forderte für das von ihm konzipierte Ständeparlament Einstimmigkeit bei Abstimmungen, denn wenn ein Stand den anderen überstimmen dürfe, so bedeute dies eine Missachtung des wechselseitigen Aufeinander-angewiesen-Seins.²⁰⁰

Franz Hörburger und Robert Krasser versuchten den Vorrang des Gemeinwohldenkens vor bloßer Interessenvertretung pädagogisch umzusetzen.²⁰¹ 1919 hatte Paul Schrecker eine von derlei Überlegungen geleitete Definition von Politik versucht.²⁰² 1929 erklärte Ludwig Adamovich, in einer Ständeverfassung sei die Festlegung des Verhältnisses der Stände zueinander das Wichtigste.²⁰³

Später, im historischen Rückblick auf die Maiverfassung, verwendete der Jurist bei der Beschreibung der Aufgaben der vorberatenden Organe aber doch das Wort „Interessen“²⁰⁴ – vielleicht weil er die Realität ähnlich wahrnahm wie Johannes Messner: „Es wird heute der ständische Gedanke noch

192 PMR VIII/5, Prot. 912/8 (21. 12. 1933), 264; vgl. WANNER, Otto Ender, 162.

193 ADAM, Staatsprogramm, 99.

194 CS 16. 12. 1934 (C. VAUGOIN).

195 KOLB, Dr. Hans Gamper, 118.

196 BUSSHOFF, Dollfuß-Regime, 200.

197 BAUMGARTNER, Arbeit und Erwerb, 41 f.

198 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Einführung, 3.

199 CS 18. 3. 1934 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

200 KINSKY, Entwurf, 10.

201 HÖRBURGER/SIMONIC, Lehrbuch II, 11; KRASSER, Ständestaat, 17 f.; vgl. IBER, Vom Syllabus, 14 und 89.

202 SCHRECKER, Für ein Ständehaus, 31.

203 PMR VI/1, Prot. 590/1 (15. 10. 1929), 320 und 342.

204 ADAMOVICH, Grundriss, 32.

viel zu sehr als Mittel zur Vertretung ‚ständischer Interessen‘ aufgefasst.²⁰⁵ Franz Karl Ginzkey glaubte eine „Abschließung der Stände“ festzustellen, die bedauerlich sei.²⁰⁶ Ludwig Hülgerth thematisierte die Gefahr der „reinen Interessenvertretung“ in Hinblick auf die Gemeindetage und Landtage.²⁰⁷ Eine neutrale Verwendung von Begriffen wie „Interessensphären“ oder „Interessenkreis“ im Diskurs über die berufsständische Ordnung ist bei Ernst Karl Winter zu beobachten.²⁰⁸

Sehr realitätsnah auch die Einschätzung Oskar von Hohenbrucks: „Es wäre eine Utopie zu glauben, dass im Ständestaat voller Friede zwischen den Ständen herrschen wird“, aber es sei zu hoffen, „dass die Form des Kampfes eine weniger scharfe sein wird“.²⁰⁹ Auch Hans Schmitz glaubte nicht, dass sich im Berufsstand Interessengegensätze ausgleichen ließen, aber sie würden aufhören, „Unordnungsprinzip für die Gesellschaft“ zu sein.²¹⁰

Stand versus Klasse

Ein zentrales Anliegen der Vordenker des österreichischen Ständestaates war die Abgrenzung des Begriffs „Stand“ von dem der „Klasse“.²¹¹ Nach einem entsprechenden Versuch Max Webers im Jahr 1922²¹² hatte Ignaz Seipel 1929, im Vorfeld der Verfassungsnovelle, den Unterschied in der *Reichspost* beschrieben: Der Stand sei eine vertikale Gliederung der Gesellschaft, die alle in einem Arbeitsgebiet Tätigen verbindet, die Klasse eine horizontale, die unter gleichen oder ähnlichen Lebensbedingungen Stehende umfasst; beide seien nicht miteinander vereinbar.²¹³ Für Othmar Spann war „Stand“ eine universalistische, „Klasse“ eine individualistische Kategorie.²¹⁴

205 MESSNER, *Ordnung*, 19; ähnlich CS 3. 6. 1934 (K. LUGMAYER).

206 GINZKEY, *Heimatsucher*, 107.

207 CS 16. 12. 1934 (L. HÜLGERTH).

208 WINTER, *Arbeiterschaft*, 28.

209 v. HOHENBRUCK, *Zur Frage*, 27.

210 H. SCHMITZ, *Die berufsständische Ordnung*, 14.

211 H. SCHMITZ, *Die berufsständische Ordnung*, 12; HANISCH, *Konservatives und revolutionäres Denken*, 215 f.; HANISCH, *Der lange Schatten*, 315–317; HUBER, *Die Verfassung*, 26 und 29; KLUWICK-MUCKENHUBER, *Johann Staud*, 103; SCHMIT, *Christliche Arbeiterbewegung*, 27 f.; STREITENBERGER, *Leitbild*, 167; TALOS/MANOSCHEK, *Austrofascismus*, 113.

212 WEBER, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 177–180.

213 SEIPEL, *Der Kampf*, 204; BUGELNIG, *Der Ständestaat*, 87; vgl. BURZ, *Philipp Bugelnig*, 161; HANISCH, *Der Politische Katholizismus*, 81–83; KNOLL, *Das Ringen*, 20; KLOTZ, *Probleme* 2, 159–161.

214 MEYER, *Stand*, 201. Ähnliche Gedanken vertrat W. Heinrich; DASSEL, *Gegen Parteienstaat*, 29 f.

Johannes Messner schrieb: „Der festen gliedhaften Verbundenheit und rechten Einordnung des Standes in die Leistungsgemeinschaft steht das Streben der Klasse gegenüber, eine ihren Forderungen gegenüber der Gesellschaft entsprechende neue Gestaltung der Gesellschaft zu verwirklichen.“²¹⁵ Karl Lugmayer erläuterte, die Klasse gruppiere die Menschen nach lediglich äußerlichen, materiellen Merkmalen; auch sei es nur die Gemeinsamkeit des Gegners, was sie ausmache, und daher sei ihr Wesen anorganisch und widernatürlich.²¹⁶ Aus demselben Grund bezeichnete Richard Kerschagl die Klasse als „staatsfeindlich“. Dieses Denken verachte die Arbeit, und es verändere die Rangordnung der Werte in verderblicher Weise, weil es die Wirtschaft vor der Kultur ansiedle.²¹⁷ Richard Schmitz fand die Begründung der „Stände“ (sic!) durch den Besitz „unerträglich“.²¹⁸ Sein Bruder Hans sah den Unterschied in der Gleichheit der Interessenlage (Klasse) bzw. der Aufgaben (Stand).²¹⁹ Dass auch dieses Thema im Grunde Ausfluss personalistischer Philosophie ist, zeigt Anton Pelinkas glänzende Synthese: „Das Klassenbewusstsein ist eine Reflexwirkung des Instinktes, das Standesbewusstsein hingegen das Ergebnis vernunftmäßiger Betrachtung.“²²⁰

Für manche Theoretiker waren „Stand“ und „Klasse“ einander ausschließende Begriffe. Benno Karpeles erklärte unter Berufung auf QA: „Stand und Klasse schließen sich aus.“²²¹ Ignaz Seipel assoziierte „Klasse“ gar mit „Klassenkampf“.²²²

Andere hingegen sahen, dass sich die Klasse nicht beseitigen ließ. Eine 1937 im CS geführte Diskussion endete mit der Forderung, Stände und Klassen in ein festes organisatorisches Verhältnis zueinander zu bringen und sichtbar zu machen, dass sie aufeinander angewiesen sind. Dies schalte Spannungen nicht aus, halte sie aber in Grenzen.²²³ Oskar von Hohenbruck ergänzte: Die Ständeidee wolle nicht den Sieg eines Stands, sondern die Akzentuierung der Unterschiede. Implizit erläuterte er damit auch, dass Überwindung des Klassenkampfs die Anerkennung der naturgegebenen Un-

215 MESSNER, *Ordnung*, 17; vgl. PYTLIK, *Berufsständische Ordnung*, 40 und 73.

216 BRAUN, *Der politische Lebensweg*, 169 und 232–235; F. LUGMAYER, Karl Lugmayer, 15 f.; PRIBYL, Karl Lugmayer, 33 f., PRIBYL, *Der christlichsoziale Politiker*, 139 f.; R. SCHMITZ, *Der Weg*, 15–17 und 22 f.

217 KERSCHAGL, *Vom Widersinn*, 39 f.

218 R. SCHMITZ, *Das christlichsoziale Programm*, 24.

219 CS 5. 8. 1934 (H. SCHMITZ); vgl. BOHN, *Ständestaatskonzepte*, 89; P. NOLTE, *Ständische Ordnung*, 251.

220 PELINKA, *Stand*, 244.

221 KARPELES, *Klassenkampf*, 17; vgl. REITMAYER, *Politisch-soziale Ordnungsentwürfe*, 47.

222 RENNHOFFER, Ignaz Seipel, 263; ähnlich KARPELES, *Klassenkampf*, 11–14.

223 CS 28. 2. 1937 (St. THOMAS).

gleichheit der Menschen bedeutet.²²⁴ Dies musste aber keine völlig statische Gesellschaft zur Folge haben. Eric Voegelin etwa hob hervor, dass die vertikale Gliederung innerhalb der Stände Aufstiegsmöglichkeiten biete.²²⁵ Gertrud Spinnhohn betonte den „Grundsatz der Leistung und Fähigkeit“²²⁶, und Richard Schmitz begrüßte es, dass „Begabten und Fleißigen“ der Aufstieg möglich sei.²²⁷

Argumente für den Vorrang des Stands glaubte man in Gestalt der Frage nach den Ursachen des Bestehens von Klassen zu finden. August M. Knoll gab die Trennung von Besitz und Arbeit²²⁸, Karl M. Stepan von Kapital und Arbeit an. Daher sei „das Hinaufrücken der Arbeiterklasse in die Klasse der Besitzer“ wünschenswert.²²⁹ Friedrich von Weichs machte die „liberal-sozialistische Wirtschaft“, durch die geradezu Kasten entstanden seien, für die Klassenbildung verantwortlich²³⁰, Philipp Bugelnig die Lösung natürlicher Bindungen.²³¹

Mögliche Überschneidungen der Begriffe „Stand“ und „Klasse“ veranschaulichte August Zell, indem er von „Schichten innerhalb der Stände“ sprach: „Dies allein ist organisch gliedern, einfach und klar scheiden, um wieder zu verbinden: vertikale Scheidung in Stände, erst innerhalb derselben horizontale Schichtung. Das Gegenteil davon aber, trennen um zu spalten, zersetzen, vernichten, wäre die sogenannte Querverbindung. Zuerst horizontal spalten und dann diese Schichten untereinander – quer durch mehrere oder alle Stände hindurch – verbinden wollen. So erhält man nur Klassen und nicht Stände.“ Er räumte freilich ein, dass die Schichtung innerhalb der Stände unscharf sei und dass es Überschneidungen gebe, etwa bei besitzenden Bauern, die auch als Tagelöhner für andere arbeiten. Die Klassen nannte er „Kunstgebilde, Teufelswerk. Klassenkampf ist Volksvernichtung“.²³²

Ähnlich beschrieb Aurel Kolnai den Unterschied zwischen Stand und Klasse: Es gehe nicht um „waagrecht ausgedehnte Stände, die in senkrechter Ordnung übereinander geschichtet sind, sondern [um] senkrecht zusammengefasste Stände, die als gleichberechtigt waagrecht nebeneinander stehen“. „Klasse“ klang für ihn „revolutionär-unzufrieden“, „Stand“ hingegen

224 v. HOHENBRUCK, Zur Frage, 5.

225 VOGELIN, Staat, 207.

226 SPINNHOHN, Agrarpolitik, 70.

227 R. SCHMITZ, Der Weg, 29.

228 KNOLL, Ziel, 11.

229 ADAM, Staatsprogramm, 78.

230 v. WEICHES, Der Weg, 13.

231 BUGELNIG, Der Ständestaat, 46 f.

232 ZELL, Ständische Staats-Gliederung, 15–17.

nannte er einen „versöhnlich-behäßigen Ausdruck“. Gesellschaftliche Realität bescheinigte er indes nur der Klasse: „Dieselbe Lebensgemeinschaft, die meinetwegen bestehen mag zwischen dem Großbauer und seinem Knecht, wie weit besteht sie noch zwischen dem aristokratischen oder aus der reichen Geschäftswelt hervorgegangenen Großgrundbesitzer und seinen Feldarbeitern? [...] Um wie viel näher steht aber nicht [...] ein großstädtischer Hilfsarbeiter den Angehörigen seiner sozialen Kategorie, die in den verschiedensten Industrien beschäftigt sind, als den Eigentümern und den hohen Beamten ‚seines‘ Betriebes und ‚seines‘ Industriezweiges?“²³³

Exponenten der christlichen Arbeiterbewegung trugen dieser Realität Rechnung, indem sie neben „Berufsstand“ allmählich auch wieder häufiger von „Sozialstand“ sprachen: In der Diskussion über den Gewerkschaftsbund (Kap. 7.5) wurden die beiden Begriffe geradezu gegeneinander ausgespielt; manche hielten eine „sozialständische Rechtsgemeinschaft“ für eine Notwendigkeit.²³⁴

Eine andere Facette dieser Thematik hob der Präsident des Wiener Stadtschulrats hervor: In der Kultivierung des Standesbegriffs im Sinn der Maiverfassung, so Robert Krasser, lägen Gefahren für denselben, denn es sei zu befürchten, dass es durch „Korporationsegoismus“ zu einer neuerlichen Annäherung der Begriffe „Stand“ und „Klasse“ komme; „soziale Erziehung“ dürfe nicht „eine Neigung zur gefühlsmäßigen Solidaritätsverbundenheit mit seinesgleichen hochzüchte(n)“; wenn sie die „Staatsgesinnung“ nicht gefährden wolle.²³⁵ Es gab aber auch Pädagogen, die für diese Thematik kein Organ hatten: Margarete Rada verwendete in ihrer sozialpädagogischen Studie über Wiener Proletariermädchen ausschließlich den Begriff „Klasse“; über dessen Abgrenzung zu „Stand“ scheint sie gar nicht nachgedacht zu haben.²³⁶

7.5 Probleme der berufsständischen Ordnung

Der Wille zum berufsständischen Aufbau

Nach dem Inkrafttreten der Maiverfassung war der Andrang nach eigenen Berufsständen groß. So etwa meldeten Obst- und Weinbauern, Hausherren, Mieter, Artisten, Komponisten und Musikverleger und Hausfrauen den Wunsch nach eigenen Vertretungen an. Das Ansinnen der Hausherren

²³³ KOLNAI, Ideologie, 15–17.

²³⁴ REICHHOLD, Geschichte, 532 f.

²³⁵ KRASSER, Ständestaat, 18.

²³⁶ RADA, Proletariermädchen, 1 und 41.

bewirkte bei Hermann Stipek eine empörte Reaktion, weil es Ausdruck eines grundlegenden Missverständnisses des Begriffs „Beruf“ sei.²³⁷ Nicht anders erging es den Rentenbezieher²³⁸ oder dem Verband der Köche Österreichs.²³⁹

In vielen Fällen herrschte über die Zuordnung einzelner Berufe keine Klarheit²⁴⁰; dasselbe galt für das Verhältnis der Begriffe „Beruf“ und „Berufsstand“.²⁴¹ Wäre die von Peter Lütz erhobene Forderung, beim Aufbau der Berufsstände dürften nur natürliche Zusammenhänge maßgeblich sein, umsetzbar gewesen, hätte er nicht hinzufügen müssen: „Schwer bestimmbare Grenzfälle dürfen das System nicht gefährden.“²⁴²

Johann Kleinhappl SJ mahnte 1934 zur Tat, denn von einer ständischen Gesellschaft könne man erst sprechen, wenn die Berufsstände im gesamtgesellschaftlichen Gefüge als solche hervorträten.²⁴³ Anton Klotz hatte zwar 1932 dazu aufgefordert, eine lange Zeit zu veranschlagen, weil die Stände natürlich wachsen müssten²⁴⁴, 1934 zeigte er sich hinsichtlich der Voraussetzungen für den Aufbau einer berufsständischen Ordnung in Österreich aber zuversichtlich, weil das Land eine traditionell patriarchalische Gesellschaftsstruktur besitze.²⁴⁵ Richard Schmitz hingegen äußerte im Ministerrat Zweifel, ob sich die Stände wirklich ganz von selbst zu bilden vermöchten.²⁴⁶

In der Tat sah das 1934 entwickelte Programm vor, dass der ständische Aufbau nach italienischem Vorbild von oben erfolgen solle²⁴⁷ – zum Leidwesen von Bundespräsident Miklas.²⁴⁸ Im März stellte Otto Ender den Antrag auf Einsetzung eines Ministerkomitees zur Vorbereitung entsprechender Gesetze.²⁴⁹ Nach seinem Ausscheiden aus der Regierung im September übernahm Sozialminister Odo Neustädter-Stürmer seine Agenden.²⁵⁰ Als im Oktober 1935 auch dieser entlassen wurde²⁵¹, stand für den berufsständischen

237 STIPEK, Das Werden, 20.

238 v. HOHENBRUCK, Zur Frage, 9.

239 TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 126.

240 PMR VIII/6, Prot. 926/10 (2. 3. 1934), 62.

241 NEGER, Verfassung, 93.

242 LÜTZ, Der Ständestaat, 11.

243 CS 23. 12. 1934 (J. KLEINHAPPL).

244 KLOTZ, Probleme 2, 163.

245 KLOTZ, Sturm, 40–43.

246 PMR VIII/6, Prot. 929/2 (12. 3. 1934), 125.

247 KLUWICK-MUCKENHUBER, Johann Staud, 94.

248 LANG, Bundespräsident Miklas, 94 und 170 f.

249 PMR VIII/6, Prot. 928/15 (9. 3. 1934), 105.

250 PMR IX/1, Prot. 965/12 (6. 9. 1934), 256 f. und 261; NEUSTÄDTER-STÜRMER, Gesetzgebung, 48; HUEBNER, Dr. Otto Ender, 186; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 23 und 500.

251 SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 97 f.

Aufbau zunächst niemand zur Verfügung. 1936 war von der Bildung eines Ministerkomitees die Rede.²⁵² 1937 wurden die Agenden an Ender, nun als Regierungsberater, zurückgegeben.²⁵³ Friedrich von Weichs war zuversichtlich, dass nunmehr dem vom Bundeskanzler angekündigten Abschluss des ständischen Aufbaus bis zum 1. Mai 1938 nichts mehr im Wege stehe.²⁵⁴ Für diesen waren drei Stufen vorgesehen: Zuerst sollten die Arbeitnehmer, dann die Unternehmer ständisch organisiert, zuletzt die entsprechenden Organisationen zusammengelegt werden.²⁵⁵

Den Verantwortlichen war klar, dass Zwang beim Aufbau der berufsständischen Ordnung nicht angebracht sein würde. Was von Seiten der Regierung an Organisationsarbeit erfolgte, nämlich die Schaffung von Bündeln als Monopolorganisationen der jeweiligen Branche aufgrund territorialer und fachlicher Gesichtspunkte²⁵⁶, rechtfertigte Hans Karl Zeßner-Spitzenberg 1936 mit der Notwendigkeit, etappenweise vorzugehen, aber „die einleitende Ernennung der Berufsstandsorgane von oben“ sei als „Zwischenform“ zu verstehen.²⁵⁷ 1938 erklärte auch Odo Neustädter-Stürmer, die Organisation dürfe nicht nach starren Prinzipien erfolgen, sondern müsse der Vielfalt wirtschaftlichen Lebens Raum geben.²⁵⁸ Die christlichen Arbeiterführer hatten diesbezüglich schon 1934 festgehalten, wichtiger als eine bis in alle Einzelheiten durchgebildete Organisation sei das Erwecken einer berufsständischen Gesinnung; es dürfe nicht dazu kommen, dass die Menschen den Strukturen geopfert würden. In diesem Sinne vermied Johann Staud, der 1935 eine Delegation des Gewerkschaftsbunds nach Rom anführte, im Gespräch mit Mussolini mit Bedacht jegliches Lob der faschistischen Einrichtungen.²⁵⁹

Der CS legte Wert darauf, Ignaz Seipels Mahnungen zu einem langsamen, behutsamen Vorgehen in Erinnerung zu rufen, weil die zu lösende Aufgabe in höherem Maß eine gesellschaftliche als eine politische sei.²⁶⁰ Anton Klotz gab zu bedenken, die Entwicklung der neuen Ordnung hänge nicht von der staatlichen Organisation, sondern „von der verständnisvollen Mitarbeit aller wohlmeinenden Menschen“ ab.²⁶¹ Auch Bundeskanzler Schuschnigg war ein

252 PMR IX/6, Prot. 1043/6 (4. 11. 1936), 365 f.

253 WANNER, Otto Ender, 167; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 498 f.

254 CS 23. 5. 1937 (F. v. WEICHs).

255 PUTSCHK, Ständische Verfassung, 75; STIMMER, Eliten, 768; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 129–133; UNTERRAINER, Wirtschaftspolitik, 42–44.

256 PUTSCHK, Ständische Verfassung, 77–89.

257 CS 18. 3. 1934 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG); CS 3. 5. 1936 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

258 NEUSTÄDTER-STÜRMER, Gesetzgebung, 12–19.

259 KLUWICK-MUCKENHUBER, Johann Staud, 93–95.

260 CS 14. 1. 1934 (E. PRETTENHOFER).

261 KLOTZ, Sturm, 43.

Gegner schematischen Vorgehens.²⁶² Oskar Zaglits glaubte an die Möglichkeit einer „verständnisvollen“ Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.²⁶³ Otto Bauer lehnte Versuche, die berufsständische Ordnung von oben zu dekretieren, als faschistisch ab.²⁶⁴

Horizontale Aufbauversuche

Als erster Schritt im berufsständischen Aufbau wurde der *Gewerkschaftsbund* gegründet, der am 1. Juli 1934 seine Arbeit aufnahm.²⁶⁵ Es folgte die gesetzliche Organisation der Arbeitgeber:²⁶⁶ 1934 der *Bund der österreichischen Industriellen*²⁶⁷, 1935 der *Gewerbebund*²⁶⁸, der *Handels- und Verkehrsbund*²⁶⁹ und der *Finanzbund*.²⁷⁰

Beim *Gewerkschaftsbund* handelte es sich um eine Einheitsgewerkschaft, die wenig Spielraum für autonomes Handeln besaß.²⁷¹ Obwohl christliche Gewerkschafter weit reichende Konzessionen erhalten hatten, werteten sie die Gründung als Niederlage.²⁷² Noch 1934 wurden die der Sozialdemokratie nahestehenden *Freien Gewerkschaften* und die Arbeiterkammern integriert.²⁷³ Auch für die katholischen Arbeitervereine bedeutete diese Entwicklung das Ende.²⁷⁴

Otto Ender war sich der Problematik dieser Vorgänge bewusst: Er sah

262 PMR IX/5, Prot. 1031/5 (12. 6. 1936), 211.

263 ZAGLITS, Bewegung, 13.

264 O. BAUER, Werkausgabe 7, 511–513; vgl. TÁLOS, Zum Herrschaftssystem, 155 f.

265 Details bei KLUWICK-MUCKENHUBER, Johann Staud, 42–53; vgl. PUTSCEK, Ständische Verfassung, 90 f.; REICHHOLD, Geschichte, 478 f.

266 GÖHRING/PELLAR, Anpassung, 30 f.; HUBER, Die Verfassung, 127–157; TÁLOS, Handbuch, 350 (G. STURMAYR).

267 PUTSCEK, Ständische Verfassung, 109–114.

268 PUTSCEK, Ständische Verfassung, 115–123.

269 PUTSCEK, Ständische Verfassung, 123–130.

270 PUTSCEK, Ständische Verfassung, 130–133; mehrere Mitglieder der vorberatenden Organe bekleideten Führungsaufgaben, Ludwig Draxler als Leiter, Viktor Kienböck als stellvertretender Leiter; SELIGER, Scheinparlamentarismus, 330.

271 NEGER, Verfassung, 96–98; PASTEUR, Kruckenkreuz, 72–75 und 157; REICHHOLD, Geschichte, 479–482; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 334–339.

272 PASTEUR, Kruckenkreuz, 62–64; REICHHOLD, Geschichte, 462–468; SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 86–91 und 126.

273 BUSSHOFF, Berufsständisches Gedankengut, 457; ERNEGGER, Staatliche Sozialpolitik, 71 f.; GÖHRING/PELLAR, Anpassung, 36 und 59–74; GRAFENEDER, Arbeiterfamilie, 20; PASTEUR, Kruckenkreuz, 43–45 und 90 f.; SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 39–41 und 87; SENFT, Im Vorfeld, 153.

274 SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 20 f.

nicht nur das Prinzip „von unten nach oben“ verletzt, sondern glaubte auch, man würde „die alten Klasseengegensätze einstweilen organisatorisch weiter-schleppen“.²⁷⁵ Gleichwohl hörte er bis zum Ende des berufsständischen Experiments nicht auf, die Schritte des Bundeskanzlers als vorläufige Maßnahmen zu rechtfertigen, die aus der Not der Zeit heraus zu verstehen seien.²⁷⁶

Die Leitung des *Gewerkschaftsbunds* wurde Johann Staud übertragen, der sich als engagierter Anwalt desselben präsentierte.²⁷⁷ Die horizontale Gliederung hielt er mit dem berufsständischen Aufbau für vereinbar, sie sei eine „natürliche Querverbindung“.²⁷⁸ Argumentationshilfe leisteten ihm Karl Lugmayer²⁷⁹, Karl Flödl²⁸⁰, Friedrich Funder²⁸¹, Richard Schmitz²⁸², Josef Dobretsberger²⁸³ und Anton Klotz.²⁸⁴

Als selbstbewusster Kämpfer für die Arbeiterschaft²⁸⁵ billigte Staud trotz grundsätzlich guten Einvernehmens mit Dollfuß²⁸⁶ nicht die autoritäre Art der Bestellung der Funktionäre.²⁸⁷ Seine Bemühungen, den Gewerkschaftsgedanken theoretisch zu verankern²⁸⁸, erfolgten im Rahmen des realpolitisch Möglichen: „Sozialpolitik um jeden Preis“ sei „ein Unding“.²⁸⁹

Während Staud zuversichtlich war, dass der *Gewerkschaftsbund* auch nach Abschluss des berufsständischen Aufbaus bestehen bleiben würde²⁹⁰, hielt Odo Neustädter-Stürmer diesen für eine vorübergehende, nach dem Erreichen des Ziels entbehrliche Erscheinung.²⁹¹

Hans Bayer hob die Gliederung des *Gewerkschaftsbunds* in fünf Berufsverbände hervor, welche die organisatorische Zusammenarbeit mit den

275 CS 4. 11. 1934 (O. ENDER).

276 MSchKP 3, 53–56.

277 CS 26. 1. 1936 (J. STAUD); Mitglied des Vorstands war Lois Weinberger, ehemaliger Sekretär der Gewerkschaft der christlichen Angestellten; PASTEUR, Kruckenkreuz, 78 f.

278 Zit. nach KLUWICK-MUCKENHUBER, Johann Staud, 72.

279 K. LUGMAYER, Grundrisse, 78.

280 FLÖDL, Drei Jahre, 11 f.

281 FUNDER, Sturm, 169 f.

282 PMR VIII/5, Prot. 912/8 (21. 12. 1933), 264; BRAUN, Der politische Lebensweg, 255 f.

283 BINDER, Stepan/Dobretsberger, 37.

284 KLOTZ, Probleme 2, 166 f.

285 KLUWICK-MUCKENHUBER, Johann Staud, 75.

286 SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 88 f.

287 UNTERRAINER, Wirtschaftspolitik, 47.

288 STAUD, Berufsauffassung, 8 und 15.

289 CS 26. 1. 1936 (J. STAUD).

290 STAUD, Berufsauffassung, 7; vgl. BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 215; HEINZ, E. K. Winter, 264; PUTSCHK, Ständische Verfassung, 95.

291 BEYER, Ständeideologien, 131; GOLDINGER/BINDER, Geschichte, 227; KLUWICK-MUCKENHUBER, Johann Staud, 72; PUTSCHK, Ständische Verfassung, 95; REICHHOLD, Geschichte, 523; UNTERRAINER, Wirtschaftspolitik, 46.

entsprechenden Interessenvertretungen der Unternehmer vorbereite.²⁹² Er ging allerdings nicht so weit wie Kurt Piesch, der 1936 in der an der Hochschule für Welthandel in Wien von Walter Heinrich betreuten Dissertation *Berufsständische Ansätze in der Geschichte des Gewerkschaftswesens* freilegte, indem er die verschiedenen Fachbereiche akzentuierte.²⁹³ Der historische Ansatz seiner Studie führte Piesch zur Beobachtung, dass sich die Gewerkschaften im Laufe der Zeit von ihrem primären Anliegen, nämlich dem Kampf um gerechte Löhne, entfernt und umfassenden sozialpolitischen Aspekten geöffnet hätten: Aus dem Tarifvertrag sei ein „ständischer Arbeitsvertrag“ geworden.²⁹⁴ Ähnlich den mittelalterlichen Gilden hätten sie die Tendenz entwickelt, so zitierte er den deutschen Wirtschaftswissenschaftler Lujo Brentano, „den ganzen Menschen zu ergreifen“.²⁹⁵ Der Gemeinschaftsgedanke²⁹⁶ habe sich besonders nach dem Ersten Weltkrieg gut entwickelt, so weit, dass viele Gewerkschaften sogar erkannt hätten, dass Lohnforderungen an die Möglichkeiten der Betriebe angepasst werden müssten.²⁹⁷ Fast alle Programme der verschiedenen Gewerkschaften ließen den ständischen Gedanken erkennen.²⁹⁸

Dies hielt Eduard Tomaschek später insbesondere der Beamtenengewerkschaft zugute, in der „alle, vom Sektionschef über den Hofrat zum Amtsdienner, Berufskollegen“ seien.²⁹⁹ Auch Hans Schmitz' 1937 geäußelter Gedanke, dass der Tarifvertrag berufsständischem Geist in hohem Grad entspreche³⁰⁰, unterstreicht diese Position. Tatsächlich waren in den Führungsinstanzen die Arbeiter aber unterrepräsentiert, und die Mitglieder hatten lediglich begrenzte Rechte.³⁰¹ Eine Einheitsgewerkschaft im Geist von QA konnte erst nach 1945 verwirklicht werden.³⁰²

Noch 1935, im Anschluss an die *Aktion Winter*, war neben dem *Gewerkschaftsbund* die *Soziale Arbeitsgemeinschaft* (SAG) gegründet worden, eine Unterorganisation der VF, in der sich Leopold Kunschak und Johann Staud

292 BAYER, Der berufsständische Aufbau, 13 und 28; PUTSCHK, Ständische Verfassung, 93.

293 Die teilweise gedruckte Arbeit, die auch die Situation in Deutschland berücksichtigte, lässt eine gewisse Nähe zum Nationalsozialismus erkennen: So etwa müssten die Maßnahmen der Gewerkschaften auch „dem völkischen Rahmen und einem Volke eines Blutes“ entsprechen; PIESCH, Berufsständische Ansätze, 31.

294 PIESCH, Berufsständische Ansätze, 16 f.

295 PIESCH, Berufsständische Ansätze, 13.

296 PIESCH, Berufsständische Ansätze, 19 f.

297 PIESCH, Berufsständische Ansätze, 27.

298 PIESCH, Berufsständische Ansätze, 29.

299 TOMASCHEK, Die nächsten Aufgaben, 22.

300 MSchKP 2, 628–640 (H. SCHMITZ).

301 PASTEUR, Kruckenkreuz, 73 f.

302 KLOSE, Quadragesimo anno, 29.

sehr engagierten. Sie sollte die Arbeitnehmer politisch vertreten und die sozialdemokratischen Arbeiter auffangen. Ihre tatsächliche Macht war gering.³⁰³ Dasselbe galt für die 1934 anstelle der Betriebsräte eingerichteten Werksgemeinschaften, die unterste Stufe des berufsständischen Aufbaus.³⁰⁴

Die Unternehmerorganisationen, nämlich der *Industriellenbund*, der *Gewerbebund* und der *Handels- und Verkehrsbund*, gingen aus der Umformung der entsprechenden Kammern hervor.³⁰⁵ Der *Gewerbebund* zerfiel in zwei Vertretungen, eine politische (*Österreichischer Gewerbebund*) und eine berufsständische (*Bund der österreichischen Gewerbetreibenden*).³⁰⁶ Kurz vor der Errichtung hatte Ferdinand Degenfeld-Schonburg in der SZ eine gegen die Unternehmer gerichtete allgemeine Stimmung konstatiert. Dabei müssten diese aufgrund ihrer Fähigkeit, über den Bereich der Wirtschaft hinaus zu denken, in der berufsständischen Ordnung „Führer“ sein und bräuchten bei deren Aufbau viel Freiheit.³⁰⁷ Zum ersten Präsidenten wurde Julius Raab ernannt.³⁰⁸

Dieser Mandatar hatte herkunftsbedingt eine enge Beziehung zum Gewerbe.³⁰⁹ Am 20. Oktober 1932 erschien in der *St. Pöltener Zeitung* aus seiner Feder ein einschlägiger Artikel, in dem er u. a. das Standesbewusstsein der Bauern als vorbildlich bezeichnete.³¹⁰ Weltanschaulich in der Nähe Vogelsangs, hielt er die Strukturen der Landwirtschaft denn auch für geeignet, einer Organisation der gewerblichen Wirtschaft Vorbild zu sein.³¹¹ Das Gewerbe sei ein Bereich, der eine Brücke zwischen gesellschaftlich entfern-

303 JAGSCHITZ, Ständestaat, 511 f.; KLUWICK-MUCKENHUBER, Johann Staud, 120 f.; PASTEUR, Kruckenkreuz, 104 f.; SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 42–44 und 100; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 348–354; UNTERRAINER, Wirtschaftspolitik, 50 f.

304 BEYER, Ständeideologien, 101 f.; BOHN, Ständestaatskonzepte, 104–110; ERNEGGER, Staatliche Sozialpolitik, 80–84; GRAFENEDER, Arbeiterfamilie, 29–31; JAGSCHITZ, Ständestaat, 505 f.; KLUWICK-MUCKENHUBER, Johann Staud, 96 f.; NEGER, Verfassung, 98–101; PASTEUR, Kruckenkreuz, 183–190; PUTSCHK, Ständische Verfassung, 101 f.; REICHOLD, Geschichte, 493–497; SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 57; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 342–344; UNTERRAINER, Wirtschaftspolitik, 49 f.

305 PUTSCHK, Ständische Verfassung, 115.

306 EMINGER, Das Gewerbe, 141 f. und 157.

307 SZ 18. 8. 1935 (F. DEGENFELD-SCHONBURG).

308 DIPPELREITER, Julius Raab, 100; NINFÜHR, Julius Raab, 74, 98–101; SELIGER, Scheinparlamentarismus, 326.

309 In den zwanziger Jahren hatte er eine einheitliche, zunächst unpolitische Organisation der Selbständigen gegründet und war 1930 zu deren Vizepräsidenten gewählt worden. Als solcher initiierte er die Umwandlung in eine politische Standesorganisation, die sich zum christlichsozialen Programm bekannte; NINFÜHR, Julius Raab, 54 und 96; SCHÖNNER, Julius Raab, 382.

310 DIPPELREITER, Julius Raab, 98.

311 NINFÜHR, Julius Raab, 67.

teren Gruppen wie Industrie und Arbeiterschaft schlage, und es diene der angestrebten Förderung des Mittelstands.³¹² Die darin Tätigen lebten wie in einer Familie, besorgt um den Nachwuchs. Da auch ein hohes Maß an innerer Verbundenheit des Menschen mit dem Produkt der Arbeit bestehe, sei das Gewerbe „eines der konstruktivsten Elemente unseres Staates“.³¹³

Leopold Engelhart unterzog das Gewerbebündengesetz harscher Kritik, weil es dem Geist von QA widerspreche und den alten Klassengegensatz perpetuiere.³¹⁴ Auch war eine Selbstverwaltung in der Praxis kaum gegeben, was zumal in den Reihen des mittleren Gewerbes bedauert wurde.³¹⁵

Eines der durch die Schaffung des *Gewerbebunds* angestrebten Ziele war die Auflösung der seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bestehenden Handelskammern.³¹⁶ Die Ständetheoretiker standen diesen ablehnend gegenüber³¹⁷, weil sie „nicht organisch“ seien, sondern durch die Gliederung in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände „nur horizontal, somit zerreißend“.³¹⁸ Bartholomäus Fiala wünschte in den Kammern außer „sachlichen“ auch „persönliche“ Sektionen: Letztere erlaubten es, auf den Unterschied zwischen Unternehmern, Arbeitern und Beamten Bezug zu nehmen, ohne Klassenkampf zu erzeugen.³¹⁹ Diese Sorge wurde 1933 auch im Ministerrat laut.³²⁰ Otto Ender teilte sie, fügte sich dann jedoch den Umständen.³²¹ Ähnliches ist bei Richard Schmitz zu beobachten³²², der erkannte, dass die Handelspolitik mit dem modernen Wirtschaftsleben eng verwachsen war – was sie zu einem Aspekt der Sozialpolitik mache.³²³

Auch Julius Raab zeigte den Kammern gegenüber zunächst Skepsis, weil sie, Ergebnis des Bemühens um demokratische Repräsentation³²⁴, liberalem Geist entspringen, im Gegensatz zur bürgerlichen Tradition stünden und die sozialistische Gefahr unterschätzten.³²⁵ Später erkannte er jedoch ihre Sinn-

312 UNTERRAINER, Wirtschaftspolitik, 59 f.

313 RAAB, Ansichten, 185; RAAB, Selbstporträt, 59; vgl. DIPPELREITER, Julius Raab, 97; GERLICH, Julius Raab, 472–475.

314 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 338 f.

315 EMINGER, Das Gewerbe, 184.

316 Zu Geschichte und Funktion vgl. KLOSE, Geistige Grundlagen, 246–248.

317 EMINGER, Das Gewerbe, 157; EMINGER, Politik, 296; UNTERRAINER, Wirtschaftspolitik, 38.

318 ZELL, Ständische Staats-Gliederung, 13.

319 FIALA, Die berufständische Organisation, 5.

320 PMR VIII/5, Prot. 901/22 (12.–13. 10. 1933), 474–476.

321 Prot. 901/22; PMR VIII/5, 474–476; KLOSE, Geistige Grundlagen, 59; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 398.

322 PMR VIII/5, Prot. 911/11 (15. 12. 1933), 243; PMR IX/4, Prot. 1017/12 (7. 12. 1935), 159 f.

323 R. SCHMITZ, Der Weg, 46–48; R. SCHMITZ, Grundlinien, 4.

324 SCHAMBECK, Kammerorganisation, 445–447.

325 DIPPELREITER, Julius Raab, 103; EMINGER, Politik, 298; UNTERRAINER, Wirtschaftspolitik, 56 f.

haftigkeit, von der auch Johannes Messner überzeugt war.³²⁶ Wie tief Raab in das Wesen der ständischen Idee eingedrungen war (oder dies in der späteren Rückschau jedenfalls getan zu haben glaubte), wie viel mehr als eine bloße wirtschaftliche Interessenvertretung die Kammerorganisation für ihn bedeutete, brachte er 1946 in seiner Antrittsrede als Präsident der *Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft* zum Ausdruck.³²⁷

Andere Zeitgenossen äußerten sich zu den Kammern von Anfang an positiv. Oskar von Hohenbruck hielt sie für eine geeignete Basis des berufsständischen Aufbaus.³²⁸ Jakob Stoiber bezeichnete jene für Landwirtschaft als „berufsständische“ Organisationen.³²⁹ Eduard Strauss beschrieb die Kammern – mit Blick auf jene für Handel, Gewerbe und Industrie – zwar als Interessenvertretungen, glaubte aber sagen zu können, dass sie „für das nötige Miteinander“ sorgten.³³⁰ Hans Karl Zeßner-Spitzenberg würdigte das Faktum, dass es in der Tiroler Landwirtschaftskammer auch eine Vertretung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer gab, als ständischen Ansatz.³³¹ Wilhelm Taucher versuchte den Gegensatz der neu geschaffenen Bünde zu den älteren Kammern zu übertünchen, indem er deren bisherige Arbeit lobte, weil sie einen gesunden Ausgleich zwischen Einzel- und Gesamtinteresse gefunden hätten; die in Ausarbeitung befindlichen Berufsständegesetze nähmen klare Unterscheidungen zwischen innerständischen und gemeinsamen Agenden vor.³³² Josef Dobretsberger verband die Warnung vor einer „allzu künstlichen Neuorganisation des Wirtschaftslebens“ mit dem Rat, auf bewährte Einrichtungen wie Kammern zurückzugreifen.³³³ Auch der CS trat für diesen Gedanken ein.³³⁴ Man sieht also: In gewisser Hinsicht waren die Berufsstände als ideelle Gemeinschaften bereits vorhanden, traditionsreiche Verbände, die vom Staat nur noch zu aktualisieren gewesen wären.³³⁵

Mit dem „Kammerumformungsgesetz“ von 1935 wurde der Bestand der Kammern vorläufig gesichert. Allerdings verloren sie durch die Berufung von Regierungskommissären an die Spitzen wichtige Kompetenzen. Eine

326 KLOSE, Geistige Grundlagen, 59; KLOSE, Berufsständische Ordnung, 199.

327 HEINDL, Julius Raab, 24; vgl. auch RAAB, Ansichten, 237.

328 v. HOHENBRUCK, Zur Frage, 12 f.

329 STOIBER, Agrarrecht, 24.

330 STRAUSS, Wirtschaftsförderung, 43.

331 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Agrarrecht, 33, Anm. 1; vgl. EBD., 35 f.

332 CS 14. 7. 1935 (W. TAUCHER).

333 SZ 16. 12. 1934 (J. DOBRETSBERGER).

334 CS 14. 1. 1934 (E. PRETTENHOFER).

335 HOOR, Österreich, 113 f.; HUBER, Die Verfassung, 27 f.; KLOSE, Quadragesimo anno, 27 f.; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 125; UNTERRAINER, Wirtschaftspolitik, 52; kritischer EMINGER, Politik, 304.

zweite Etappe markierte die Schaffung einer Bundeshandelskammer als Dachorganisation im Jahr 1937. Diese von oben verordnete Vereinheitlichung entsprach nicht dem Wesen des berufsständischen Aufbaus³³⁶, und auch ein Versuch von Eugen Margarétha, aus den Kammern ein Amt des BWR zu machen, scheiterte.³³⁷

Im März 1936 einigte sich der *Gewerkschaftsbund* mit dem *Gewerbebund* über die Bildung sogenannter berufsständischer Ausschüsse, die paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu besetzen waren. Am 24. November trat das entsprechende Gesetz in Kraft.³³⁸ Durch die Zuständigkeit für das Schlichtungswesen und die Überwachung der Einhaltung von Kollektivverträgen wurden die Ausschüsse zur zweiten Stufe berufsständischer Zusammenarbeit nach den Werksgemeinschaften; in ihnen fand der ständische Gedanke zu seiner relativ höchsten Vollendung.³³⁹ Franz Waschnig hatte sie nachdrücklich eingefordert³⁴⁰, Kurt Schuschnigg setzte in sie große Hoffnungen.³⁴¹ Für Julius Raab waren sie ein Schritt in Richtung Vollendung des berufsständischen Aufbaus – auch wenn er als christlichsozialer Politiker mit dem sozialen Ethos des Besitzbürgers mit nüchternem Blick für die „natürlichen wirtschaftlichen Interessengegensätze“³⁴² die Anerkennung einer restlosen Gleichberechtigung der Arbeiterschaft nicht für möglich hielt.³⁴³ In Zusammenarbeit mit Johann Staud respektierte er aber die Forderung des *Gewerkschaftsbunds*, dass die Unternehmer gerade im Ständestaat die sozialen Gesetze beachten müssten.³⁴⁴

Vertikale Aufbauversuche

Laut Art. 48 der Maiverfassung waren sieben Berufsstände geplant: *Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Bergbau, Gewerbe, Handel und Verkehr, Geld-, Kredit- und Versicherungswesen, Freie Berufe, Öffentlicher Dienst*.³⁴⁵

336 EMINGER, Das Gewerbe, 76 und 142; SANDGRUBER, Ökonomie, 396.

337 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 401.

338 PMR IX/5, Prot. 1034/11 (9. 7. 1936), 292; ORGLER, Ständestaat, 194; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 141–143.

339 PUTSCHEK, Ständische Verfassung, 159–165; SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 58 f.; UNTERRAINER, Wirtschaftspolitik, 51.

340 WASCHNIG, Wirtschaftsreform, 15.

341 K. SCHUSCHNIGG, Österreichs Erneuerung, 103 f.

342 Zit. nach KLUWICK-MUCKENHUBER, Johann Staud, 92.

343 REICHOLD, Einführung, 15 f.; SCHÖNNER, Julius Raab, 381.

344 KLUWICK-MUCKENHUBER, Johann Staud, 99–102.

345 DIE NEUE ÖSTERREICHISCHE VERFASSUNG, passim; ORGLER, Ständestaat, 175 f.

Noch 1934 wurde der Berufsstand *Öffentlicher Dienst* eingerichtet, eine reine Arbeitnehmerorganisation, die der Aufsicht des Bundeskanzlers unterstand und wenig Selbstbestimmungsrecht besaß.³⁴⁶ Von Anfang an stand allerdings die Frage im Raum, ob in diesem Fall die Bezeichnung „Stand“ zulässig sei, weil „unendlich viele Einzelinteressen“ berührt würden.³⁴⁷ Richard Schmitz vermisste einen eigenen Wirkungsbereich, zählte aber auf das traditionell hohe Berufsethos der Beamten; die innerhalb dieses Berufsstands bestehenden Unterschiede zwischen Akademikern und einfachen Arbeitern seien eine lediglich „graduelle Unterscheidung, wie sie fast in jedem Beruf vorkommt“.³⁴⁸ Für Bundeskanzler Dollfuß war aber gerade dies ein Faktor, der ihn am ständischen Wesen der Beamten zweifeln ließ.³⁴⁹ Kurt Schuschnigg ortete 1935 eine „Überorganisation“³⁵⁰, und Wilhelm Mohr sprach 1937 von „Blutleere“ in diesem Berufsstand.³⁵¹

Relativ leicht war die Umsetzung der berufsständischen Idee auch in der Landwirtschaft: 1935 wurde der Berufsstand *Land- und Forstwirtschaft* eingerichtet³⁵², auf dessen bündische Vorstufen Johann Blöchl verwies.³⁵³ Richard Schmitz erklärte die problemlose Einrichtung dieses Berufsstands mit der seit jeher tiefen Verankerung ständischen Denkens bei der bäuerlichen Bevölkerung³⁵⁴ und wies auf die Bedeutung der Kammern hin.³⁵⁵ Georg Moth erklärte den Vorbildcharakter der Landwirtschaft für den ständischen Aufbau mit der tiefen Verankerung des Genossenschaftsgedankens.³⁵⁶ Josef Reither vermisste aber auch weiterhin ständische Grundsätze.³⁵⁷

346 PUTSCHK, Ständische Verfassung, 76 und 151–157.

347 PMR IX/1, Prot. 968/5 (28. 9. 1934), 317 und 391; vgl. AUGUSTIN, Bauernbünde, 33; REICHOLD, Geschichte, 488 f.

348 R. SCHMITZ, Die berufsständische Neuordnung, 11 f; vgl. zum hier nicht vorhandenen Gegensatz Arbeitgeber-Arbeitnehmer TÁLOS/MANOSCHEK, Aspekte, 138.

349 PMR VIII/6, Prot. 938 (14. 4. 1934), 422 f.

350 PMR IX/3, Prot. 999/4 (7. 6. 1935), 34. Zu den Diskussionen über das Wesen Berufsstandes Öffentlicher Dienst vgl. ENDERLE-BURCEL, Historische Einführung 5, XXXI.

351 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 445.

352 BRAUN, Der politische Lebensweg, 285; NEGER, Verfassung, 95 f.; PUTSCHK, Ständische Verfassung, 76; SENFT, Im Vorfeld, 152 f.

353 BLÖCHL, Lebenserinnerungen, 98.

354 1935 kam dieses Thema im Ministerrat zur Sprache; PMR IX/3, Prot. 999/4 (7. 6. 1935), 29–42; vgl. AUGUSTIN, Bauernbünde, 34.

355 R. SCHMITZ, Die berufsständische Neuordnung, 13; vgl. TÁLOS, Handbuch, 360 und 368 (E. BRUCKMÜLLER); kritischer MATTL, Agrarstruktur, 289–291; in die 1925 vom Vorarlberger Landtag errichtete Bauernkammer wurden auch landwirtschaftliche Dienstboten aufgenommen; nur die Sozialdemokraten waren der Meinung, diese sollten der Arbeiterkammer angehören; HUEBMER, Dr. Otto Ender, 83.

356 MOTH, Neu-Österreich, 94.

357 KLUGE, Bauern, 469.

Die Organe des Berufsstandes *Land- und Forstwirtschaft* wurden nicht, wie in anderen Fällen, ernannt, sondern direkt gewählt. Die Einbindung der Landarbeiter gelang indes nicht durchwegs in befriedigender Weise.³⁵⁸ Sehr bald wurde dieser Berufsstand zu einer Domäne des Adels, was de facto eine Vermischung von Geburts- und Berufsstand bedeutete und dem Adel zu neuer Bedeutung verhalf.³⁵⁹

Als weitere berufsständische Hauptgruppe waren die *Freien Berufe* vorgesehen. Der Aufbau gelang zwar nicht, die darüber geführte Diskussion ist aber von grundsätzlichem Interesse. Sie begann schon bei der Definition.³⁶⁰ August Zell glaubte, diesem Stand müssten alle angehören, „die nicht gut in die übrigen Stände einzuordnen sind“.³⁶¹ Für Verfassungsminister Otto Ender³⁶² und für Richard Schmitz³⁶³ waren dies Geistliche, Rechtsanwälte und Notare, Lehrer und Erzieher aller Stufen, Eltern³⁶⁴, Ärzte, Apotheker, Krankenpfleger, Hebammen, der „Verwaltungsstand“, Schriftsteller und Künstler. Bei manchen der genannten Gruppen war seit jeher ein ausgeprägtes, von einem spezifischen Ehrbegriff genährtes Standesbewusstsein vorhanden, allein es erwies sich als unmöglich, ein für alle gemeinsames Dach zu finden.³⁶⁵

Im Sinn Paul Schreckers, der den Vertretern der *Freien Berufe* eine besondere Fähigkeit bescheinigte, den Geist der Zeit aufzunehmen, und daher ihre Mitwirkung an der Gesetzgebung forderte³⁶⁶, und entsprechend der 1929 zum Ausdruck gebrachten Einschätzung von Bundeskanzler Johann Schober, Klerus, Wissenschaft und Kunst wären „die wertvollsten Stände“³⁶⁷, gab Felix Klezl zu bedenken, der Begriff „Freie Berufe“ bezeichne in erster Linie eine Art der Tätigkeit im Sinn der *artes liberales* als Gegensatz zu den *opera servilia* – und nicht die Berufsstellung, denn mittlerweile befänden sich viele „Freie“ im Status von Arbeitnehmern.³⁶⁸ Heinrich Foglar-Deinhardstein ortete elitär anmutende Züge, die zwar in hohem Maß ständischen Charakter hätten, aber einer Organisation nicht zugäng-

358 PUTSCHK, Ständische Verfassung, 134–145; REICHOLD, Geschichte, 491–493.

359 WALTERSKIRCHEN, Blaues Blut, 28; WALTERSKIRCHEN, Adel, 180.

360 PMR VIII/5, Prot. 912/2 (21. 12. 1933), 281.

361 ZELL, Ständische Staats-Gliederung, 14 f.

362 PMR VIII/5, Prot. 912/2 (21. 12. 1933), 281; vgl. SELIGER, Scheinparlamentarismus, 69.

363 R. SCHMITZ, Der Weg, 42–46; S. AMANN, Kulturpolitische Aspekte, 107 f.

364 „d. s. Väter und Mütter ehelicher Kinder, mit denen sie in Hausgemeinschaft leben“; vgl. Anm. 360.

365 PUTSCHK, Ständische Verfassung, 164–150.

366 SCHRECKER, Für ein Ständehaus, 30.

367 PMR VI/1, Prot. 590/1 (15. 10. 1929), 342–344.

368 KLEZL, Beruf, 75.

lich seien: Diese Menschen erzeugten immaterielle Güter höherer Ordnung, könnten nicht nach einer Schablone arbeiten und hätten, eher von Pflichtbewusstsein und Ehrgeiz als vom Drang des Verdienens geleitet, höchste ethische Anforderungen. Auch die Bezeichnung sei problematisch, denn die Vertreter dieser Berufe seien an Regeln gebunden, sogar an besonders strenge, so dass sie, wiewohl von Weisungen übergeordneter Stellen unabhängig, nicht als „frei“ bezeichnet werden könnten. Der Grundsatz der Selbständigkeit dürfe nicht das entscheidende Kriterium sein, wie sich beispielsweise bei Krankenhausärzten oder Universitätsprofessoren zeige. Da sie zum Gemeinwohl einen überdurchschnittlichen Beitrag leisteten, sollten sie auch bei nicht erfolgter ständischer Organisation in großer Zahl in die vorbereitenden Organe berufen werden.³⁶⁹ Es gab also trotz aller organisatorischen Bekenntnisse faktisch einen ständischen Rangordnungsindex.³⁷⁰

Otto Ender unterschied innerhalb der *Freien Berufe* die „wirtschaftlichen“ von den „kulturellen“ (auch: „geistigen“) Ständen; für Letztere hätte er allerdings den Begriff „Gemeinschaften“ vorgezogen.³⁷¹ Georg Froehlich erklärte in seinem Kommentar der Maiverfassung, das Staatsvolk sei „nach Kulturgemeinschaften und Berufsständen“ organisiert.³⁷² Ziel der begrifflichen Unterscheidung war es, Bereiche, in denen die weltanschaulichen Gegensätze am stärksten hervorträten, von der Wirtschaft fernzuhalten.³⁷³ Nachdrücklich warnte Ender schon 1933 davor, mit dem Aufbau dieses Berufsstands beliebig lange zuzuwarten, denn es sei zu befürchten, dass manche Gruppen, die zu ihm gehören, die Aufnahme in die wirtschaftlichen Stände forderten.³⁷⁴ Odo Neustädter-Stürmer hielt dem entgegen, dass jeder Mensch sowohl wirtschaftliche als auch kulturelle Interessen habe.³⁷⁵

Ein Beispiel ständischer Organisation im Stand der *Freien Berufe* ist die 1936 gegründete Pressekammer.³⁷⁶ Dagegen scheiterten Versuche der Gründung einer Künstlerkammer.³⁷⁷ Für eine Schrifttumskammer setzte sich insbesondere Rudolf Henz ein. Im November 1936 fand auf Initiative Guido Zernattos das erste österreichische Dichtertreffen statt, bei dem davon die

369 MSchKP 2, 793–804 (H. FOGLAR-DEINHARDSTEIN).

370 Vgl. SCHWINN, Ständische Verhältnisse, 92 f.

371 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 246.

372 FROELICH, Die Verfassung 1934, 37.

373 PMR VIII/5, Prot. 919/3 (1. 2. 1934), 511.

374 PMR VIII/5, Prot. 912/2 (21. 12. 1933), 281.

375 NEUSTÄDTER-STÜRMER, Gesetzgebung, 6.

376 GOLOWITSCH, Der berufsständische Aufbau, 49.

377 PMR VIII/5, Prot. 911/11 (15. 12. 1933), 228; S. AMANN, Kulturpolitische Aspekte, 164; PFO-SER/RENNER, Ein Toter, 342.

Rede war. Henz trat für strenge Aufnahmekriterien ein.³⁷⁸ Auch in allen übrigen Bereichen gelang der geplante berufsständische Aufbau nicht. Besonders einsichtig ist dies im Fall der Industrie: Diese, so Georg Moth, stehe „berufs- und ständelos vor uns“; sie habe die „berufsständischen Überreste“ zerstört und die Entwicklung von Klassen gefördert.³⁷⁹ Oskar von Hohenbruck bescheinigte der Industrie „Standescharakter“ nur in Hinblick auf das Unternehmertum, nicht aber auf die Arbeiterschaft; daher sei zu befürchten, dass der Stand der Industrie immer ein unechter bleiben werde.³⁸⁰ Richard Schmitz sah in diesem Bereich kaum Möglichkeiten, auf Bestehendes aufzubauen, weil es keine Traditionen aus der Vergangenheit gebe: „Die Industrie entstand im Kampf gegen die frühere Wirtschaftsordnung.“³⁸¹

Auf Länderebene gelang die Umsetzung des berufsständischen Konzepts in der von Bürgermeister Richard Schmitz geschaffenen *Wiener Bürgerschaft* in vorbildlicher Weise.³⁸²

Das Scheitern des berufsständischen Aufbaus

Im März 1938 stellte Friedrich von Weichs, der Verfasser eines, wie erinnerlich, sehr verbindlichen ständischen Modells (Kap. 3.6), ernüchtert fest, dass in viereinhalb Jahren nicht viel geschehen sei. Er räumte ein, dass es sich um eine schwierige Aufgabe handle, weil in der Bevölkerung viel Beharrungsvermögen herrsche und der Kapitalismus nach wie vor tief verankert sei.³⁸³ In der Tat fanden die zweite und dritte Etappe des berufsständischen Aufbaus bis 1938 keine Verwirklichung.³⁸⁴ Die MSchKP hatte dieses Faktum bereits 1937 kritisch angesprochen.³⁸⁵

Als wichtige Ursache ist neben den bereits angesprochenen Problemen der Umstand zu nennen, dass das öffentliche Interesse geringer war als erwartet. Auch war nicht klar, ob das Unternehmen auf Länder- oder auf Bundesebene beginnen solle. Nach Dollfuß sollte der Schwerpunkt in den Ländern liegen, weil die Berufsstände dadurch den Interessenten näher gerückt

378 S. AMANN, Kulturpolitische Aspekte, 109–111.

379 MOTH, Neu-Österreich, 94.

380 v. HOHENBRUCK, Zur Frage, 9–11.

381 R. SCHMITZ, Der Weg, 48.

382 BRAUN, Der politische Lebensweg, 299; SELIGER, Scheinparlamentarismus, 89 f. und 173–175.

383 CS 6. 3. 1938 (F. v. WEICHs); vgl. EMINGER, Das Gewerbe, 185 f.

384 ERNEGGER, Staatliche Sozialpolitik, 61; PUTSCHEK, Ständische Verfassung, 77; SENFT, Im Vorfeld, 154–156; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 137–141.

385 MSchKP 2, 648–650.

würden; auch Otto Ender lehnte zentralistische Lenkung ab, aber er riet zu einer differenzierten Vorgangsweise, denn in manchen Bereichen, etwa in der Kunst, sei eine zentrale Regelung vorzuziehen.³⁸⁶

Intensiver als andere analysierte Richard Schmitz³⁸⁷ die Probleme des berufsständischen Aufbaus.³⁸⁸ 1935 zog er eine umfassende Zwischenbilanz über das bisher Erreichte, die – jenseits der hier auszusparenden Details – zu dem ernüchternden Ergebnis führte, dass selbst Grundsätzliches noch einer Lösung harre: mögliche Überschneidungen zwischen den Berufsständen, das Nebeneinander von selbständigen und unselbständigen Berufsangehörigen innerhalb der Hauptgruppen, die gebietsweise und fachliche Gliederung der bereits bestehenden Berufsstände, die Zuständigkeit des Bundes für diese, das Verfahren der Bestellung der Vertreter. Für die noch zu errichtenden Berufsstände sei eine weiter reichende Zuständigkeit der Länder vorgesehen; dass deren verfassungsmäßige Rechte faktisch stark eingeschränkt waren, bedauerte er.³⁸⁹

Etwa zeitgleich mit Schmitz äußerte sich auch der Bundeskanzler zum bisher Erreichten: Er fand die nach rund einem Jahr getroffenen Konsolidierungsmaßnahmen lobenswert.³⁹⁰ 1936 schätzte Kurt Schuschnigg die Lage hingegen sehr nüchtern ein³⁹¹; viele, so seine Wahrnehmung, hofften, „aus diesem Gegeneinanderausspielen der verschiedenen Stände irgendeinen Vorteil ziehen zu können“. Daher forderte er „das Miteinandergehen und die Miteinanderarbeit aller“.³⁹²

Auch Eduard Ludwig führte das Scheitern der berufsständischen Ordnung in hohem Maß auf die nicht gegebene gesellschaftliche Harmonie zurück. Er erwähnte Zusammenstöße mit den Agrariern unter Josef Reither im Herbst 1935³⁹³, und mit Bezug auf das Jahr 1936 bemerkte er ernüchtert, dass die Stände in den ihnen zur Verfügung stehenden verfassungsrechtlichen Körperschaften „bereits ihr Eigenleben zu entwickeln“ begonnen hätten.³⁹⁴ Selbst von der VF musste er – zutreffend³⁹⁵ – feststellen, dass sie sich

386 PMR VIII/6, Prot. 938 (14. 4. 1934), 407; HUEBNER, Dr. Otto Ender, 181; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 503.

387 Kritische Würdigung der Abhandlung *Der Weg zur berufsständischen Ordnung in Österreich* von 1934 bei LACKNER, Die Ideologie, 28.

388 PMR VIII/6, Prot. 938 (14. 4. 1934), 423.

389 R. SCHMITZ, Die berufsständische Neuordnung, 6–8.

390 HOPFGARTNER, Schuschnigg, 130.

391 SCHUSCHNIGG, Österreichs Erneuerung, 102 f.

392 SCHUSCHNIGG, Österreichs Erneuerung, 106.

393 LUDWIG, Österreichs Sendung, 183.

394 LUDWIG, Österreichs Sendung, 204 f.

395 JAGSCHITZ, Ständestaat, 504.

zu spalten begann. „Das natürliche Ziel“, sie nach den sieben Berufsständen zu gliedern, „lag ferner denn je“.³⁹⁶

Franz Rehr sah die Wurzel des Problems darin, dass manche Berufe nicht einmal klar zu umschreiben seien. Daher setzte er in die berufsständische Ordnung nur begrenzte Hoffnungen.³⁹⁷ Völlig unverbindlich klingt die Bilanz, die Hermann Stipek 1937 zog: Österreich, befinde sich gerade in der Phase des Aufbaus der berufsständischen Verfassung: Das syndikalistische Stadium sei beendet, das korporative Stadium sei im Gang.³⁹⁸

Mit diesem Thema und mit der ebenfalls bereits behandelten Frage der Kammern verwandt ist die nach der Bedeutung der neu geschaffenen Bünde für den berufsständischen Aufbau. Richard Schmitz hielt sie dazu grundsätzlich für geeignet, räumte aber ein, dass es sich um Interessenvertretungen handle; in der Trennung zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsbund sah er „eine Gefahr für das gesamte Reformwerk“.³⁹⁹ Auch änderte sich in der Praxis am verwirrenden Nebeneinander zwischen alten Verbänden und den Bünden nichts, umso mehr, als die Arbeitgeber mit ihren bisherigen Einrichtungen ja sehr zufrieden waren.⁴⁰⁰

Otto Ender würdigte die Bünde als zwischen Genossenschaften und Parlament liegende Einrichtungen: Dies mache sie zu Basiselementen der Demokratie; nicht zuletzt liege ihre Wichtigkeit in der Funktion als Stationen des *cursus honorum* der Mandatare.⁴⁰¹ Josef von Löwenthal bezeichnete die Bünde in seinem utopischen Roman als lediglich vorbereitende Schritte für den endgültigen ständischen Aufbau und war sich sicher, dass sie einst entbehrlich sein würden. Auf einen Zeitrahmen legte er sich nicht fest.⁴⁰²

Ebenfalls positiv, aber nicht so uneingeschränkt, war die Sichtweise Franz Kolbs, des katholisch-konservativen Mandatars, der in wirtschaftlichen Fragen eher dem linken Lager nahe stand:⁴⁰³ Mit Bezug auf die innerhalb der Tiroler Volkspartei als eigene Strömungen konstituierten Bünde, den *Arbeitsbund* und den *Bauernbund*, gab er zu bedenken, dass die bündische Gruppierung für die öffentlichen Aufgaben „kein Ideal“ darstelle; gleichwohl dürfe man sie nicht einfach verurteilen, denn sie machten „die christliche Sache im öffentlichen Leben beweglicher und manövrierfähiger“.

396 LUDWIG, Österreichs Sendung, 206.

397 H. DACHS, Franz Rehr, 256 f.

398 STIPEK, Das Werden, 19 f.

399 R. SCHMITZ, Die berufsständische Neuordnung, 15 f.

400 ENDERLE-BURCEL, Historische Einführung 4, XXXII; ENDERLE-BURCEL, Historische Einführung 5, XXIX.

401 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 160.

402 HOFFMANN, Ständische Ordnung, 171.

403 KRAMER, Franz Kolb, 568.

ger“.⁴⁰⁴ Den Landtagsabgeordneten Hans Gamper würdigte er als einen Politiker, der ins traditionell schwierige Verhältnis zwischen Arbeitern und Akademikern Entspannung gebracht habe. Dem Bauernbund gebühre Anerkennung für seine Bemühungen um gesellschaftliche Zusammenarbeit.⁴⁰⁵ Für Richard Kerschagl waren Kammern, Genossenschaften u. Ä. hingegen Einrichtungen, die ständische Elemente „in den Hintergrund“ drängten.⁴⁰⁶ Das Faktum, dass gerade der Gewerkschaftsbund einen raschen Fortschritt des ständischen Aufbaus nicht wünschte⁴⁰⁷, bestätigt die Richtigkeit seiner Einschätzung.

Jenseits der Sichtweisen der mitgestaltenden Zeitgenossen darf nicht übersehen werden, dass das unentwegte Propagieren des Berufsständischen eine Vermehrung von Organisationen zur Wahrung von Interessen brachte, vor allem auf den unteren Ebenen. Dies führte zu der paradoxen Erscheinung, dass Partikularinteressen letztlich entschiedener vertreten wurden als in der Zeit der parlamentarischen Demokratie.⁴⁰⁸ Daher ist die 1937 in der MSchKP vorgebrachte Kritik an einer vermeintlichen „ständischen Überbürokratie“ nachvollziehbar: Die berufsständische Ordnung habe nicht, wie erwartet, zu einer Vereinfachung der Abläufe, sondern zum Aufbau komplexer Apparate geführt.⁴⁰⁹ Somit kam eine der berufsständischen Idee in der Theorie fernstehende etatistische Komponente in der Praxis vehement zum Tragen.⁴¹⁰

Dies konnte selbst Ludwig Adamovich, einer der Väter der Maiverfassung, nicht leugnen, obwohl er den ständischen Aufbau grundsätzlich befürwortete. 1938, kurz vor dem Ende des selbständigen Österreich, glaubte er für das Scheitern des berufsständischen Aufbaus außer administrativen Hürden und der noch nicht erfolgten Verankerung der ständischen Idee im Denken und Fühlen aller Beteiligten auch „das Mitreden aller“ angeben zu dürfen: Dadurch werde alles verkompliziert und das Subsidiaritätsprinzip außer Kraft gesetzt.⁴¹¹

Eher persönliche Genugtuung als echte Identifikation mit dem berufsständischen Gedanken spricht aus Johann Blöchl's späterer Rückschau

404 KOLB, Dr. Hans Gamper, 118.

405 FRITZ, Farben tragen, 170; KOLB, Dr. Hans Gamper, 116 f.

406 KERSCHAGL, Die Quadragésimo anno, 8; zu der in den verschiedenen Interessenorganisationen bestehenden Diskrepanz zwischen Norm und Realität vgl. TÁLOS/MANOSCHEK, Aspekte, 139–142.

407 GOLDINGER/BINDER, Geschichte, 279.

408 PASTEUR, Kruckenkreuz, 99.

409 MSchKP 2, 264 und 352–354.

410 MOMMSEN, Theorie, 182.

411 MSchKP 3, 5–14 (L. ADAMOVICH).

vorgenommener Einschätzung: Zwar sei es in den dreißiger Jahren nicht leicht gewesen, politischer Mandatar zu sein, aber als Bauernvertreter habe er gleichwohl erfolgreich arbeiten können: „Unserer Standesorganisation, dem Bauernbund, gelang es, von Erfolg zu Erfolg schreitend, das Bauerntum – gemessen an den Verhältnissen dieser Zeit – ungeschlagen über die Jahre zu bringen.“⁴¹² Diese Worte stehen freilich für das Scheitern des ständischen Ideals, denn sie dokumentieren einen Mechanismus des Interessenausgleichs zwischen den Ständen bzw. zwischen Ständen und Regierung, der aus der legislativen Tätigkeit herausgenommen und in ein informelles Vorfeld verlegt worden war.⁴¹³

Die Umsetzung des ständischen Aufbaus scheiterte vor allem daran, dass es in der Natur des Stands liegt, etwas Gewachsenes zu sein, dass eine Festlegung per Gesetz demnach gar nicht möglich ist.⁴¹⁴ Die Hoffnung, dass sich mit der Zeit zumindest ein geringes Maß an ständischem Eigenleben entwickeln würde, wurde durch die Ereignisse vom März 1938 zunichte:⁴¹⁵ Die für dieses Jahr vorbereiteten berufsständischen Wahlen, in die man noch zu Jahresbeginn große Hoffnungen gesetzt hatte⁴¹⁶, konnten nicht mehr durchgeführt werden.⁴¹⁷ Aus der vorletzten Nummer der MSchKP, die mit dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich eingestellt wurde, spricht Ernüchterung: Der „verderbliche Individualismus der Interessen“, der die Ursache der Neuordnung gewesen sei, wirke in hohem Grade fort und erschwere die wirkliche Gesundung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft; der alte Klassengeist lebe weiter, von einer wirklichen berufsständischen Gemeinschaftsordnung sei man noch weit entfernt.⁴¹⁸ Resümierend darf festgehalten werden: Ein Ständestaat, wie er der Theorie der berufsständischen Ordnung entsprochen hätte, bestand 1934–1938 in Österreich nicht.⁴¹⁹

Berufsständische Ordnung und Demokratie

Obwohl der berufsständische Gedanke von Vorbehalten gegen die parlamentarische Demokratie lebte, bedeutete er keineswegs die Ablehnung demokratischer Grundprinzipien, auch nicht einen unversöhnlichen Gegensatz zum

412 BLÖCHL, Lebenserinnerungen, 103.

413 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 400.

414 KLOSE, Quadragesimo anno, 28.

415 P. HUEMER, Entstehung, 610.

416 MSchKP 3, 139.

417 JAGSCHITZ, Ständestaat, 506.

418 MSchKP 3, 51–53.

419 STEINER, Wahre Demokratie?, 164–166.

Parteiensystem. Im Gleichklang mit Hans Kelsen, der anlässlich der Verfassungsnovelle von 1929 zu bedenken gegeben hatte, dass es auch Fragen gebe, die nicht (berufs)standesgebunden seien⁴²⁰, bemerkte Oskar von Hohenbruck zum Verhältnis zwischen Parteien und Ständen, die Weltanschauung lasse sich nicht ständemäßig gruppieren, und Parteien könne man schon deshalb nie ganz abschaffen, weil sich die Gesinnung eines Menschen nicht im Beruf erschöpfe, sondern neben diesem bestehe. Daher werde es auch in einem Ständestaat Parteien geben.⁴²¹ Dem entspricht die aus der Analyse der Ministerratsprotokolle gewonnene Einsicht, dass die Parteien auch nach ihrer formellen Abschaffung faktisch weiterbestanden.⁴²²

Von den Mitgliedern der vorberatenden Organe war vor allem Ulrich Ilg ein Anwalt der Demokratie: Mit sichtlichem Stolz verwies er darauf, dass in Vorarlberg in der autoritären Periode berufsständische Wahlen durchgeführt wurden, die einzigen in Österreich; die Politiker dieses Landes hätten immer nachdrücklich auf die Verwirklichung demokratischer Formen gedrängt, und er bedauerte, „dass dies sonst nicht der Fall war“.⁴²³ Zur letzten Sitzung des Bundesrats am 1. Mai 1934, deren Aufgabe es war, die Zustimmung zur berufsständischen Verfassung zu geben, und an der er als Mitglied des Vorarlberger Landtags teilnahm, stellte er noch nach Jahren fest: „Die Teilnahme am offiziellen Begräbnis der demokratischen Verfassung hat mich allerdings mit gemischten Gefühlen erfüllt.“⁴²⁴ Hans Karl Zeßner-Spitzenberg lobte die in Vorarlberg gefundene Lösung als Beispiel für eine gelungene Alternative zur „Formaldemokratie“. Detailliert beschrieb er die in seinen Augen vorbildlichen Ortsbauernratswahlen, bei denen ausnahmsweise auch nicht dem Berufsstand angehörende Personen gewählt worden seien, sofern sie nicht ein Mandat in einem anderen Berufsstand hatten. Dies sei wichtig für Lehrer, Tierärzte und andere dem Berufsstand verbundene und nützliche Personen, die ihm nicht unmittelbar angehörten, aber wertvolle Dienste leisteten.⁴²⁵

Andere Mandatare suchten nach Möglichkeiten der Verbindung von parlamentarischer Demokratie und berufsständischer Ordnung. Richard Schmitz glaubte, dass es die Parteien neben den Ständen weiterhin brauche, „weil bei politischen Entscheidungen die Sachkenntnis beraten, die Gesinnung aber führen muss“.⁴²⁶ Rudolf Henz wollte die parlamentarische Demokratie ebenfalls nicht völlig außer Kraft setzen, sondern sie in anderer,

420 OLECHOWSKI/STAUDIGL-CIECHOWICZ, Staatsrechtslehre, 231.

421 v. HOHENBRUCK, Zur Frage, 5 f. und 35.

422 ENDERLE-BURCEL/NEUBAUER-CZETTL, Staat im Umbruch, 418.

423 ILG, Lebenserinnerungen, 25.

424 ILG, Lebenserinnerungen, 22.

425 CS 3. 5. 1936 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

426 R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 30.

besserer Form verwirklichen.⁴²⁷ Für Leopold Kunschak wäre im Fall einer gelungenen Verbindung mit dem Ständesystem eine „absolute Demokratie“ entstanden.⁴²⁸ Der Arbeiterführer war von der Notwendigkeit eines Parlaments als übergeordneter Instanz überzeugt.⁴²⁹ 1936 erklärte er: „Stände müssen mit demokratischer Vollmacht ausgestattet sein. Zuerst die Stände, dann der Ständestaat. [...] Aber es wird nur möglich sein, wenn man dieser Demokratie ihre Rechte wieder gibt. [...] Die ständische Gliederung muss gleichzeitig der demokratische Aufbau von unten sein.“⁴³⁰ Nicht minder eindringlich warnte Franz Rehr! davor, das parlamentarische System einseitig zu Gunsten der berufsständischen Idee herunterzuspielen.⁴³¹ Während die Berufsstände vornehmlich auf die Wirtschaft beschränkt seien, gebe es eine Reihe von Rechten, in denen alle Menschen gleich seien: Fragen wie Persönlichkeit, Freiheit, Ehre, Erziehung u. Ä. könnten nur in einem Parlament gelöst werden.⁴³² Ludwig Hülgerth resümierte: „Die Landes- und Staatspolitik muss stets über der Standespolitik stehen.“⁴³³

Johannes Messner dachte an ein Zweikammernsystem: Wirtschaftlich-soziale Belange sollten dem „Ständehaus“, politisch-kulturelle dem „Volks- haus“ obliegen.⁴³⁴ Dies versuchte Karl Lugs-mayers Verfassungsentwurf von 1933 (Kap. 3.7). Überzeugt davon, dass ständische Selbstverwaltung durch Missbrauch ebenso gefährdet sei wie die parlamentarische Demokratie⁴³⁵, forderte der Philosoph eine allgemeine, aus Wahlen hervorgegangene Volksvertretung. Der Nationalrat sollte direkt vom Volk gewählt, der Bundesrat indirekt bestellt werden: Ihm sollten durch den Bundespräsidenten ernannte und aus der Ständekammer delegierte Mitglieder angehören. Die Ständekammer sollte in Fragen ihrer Kompetenz ein Korrektiv zur parlamentarischen Körperschaft darstellen. Dass die Berufsstände alle Aufgaben übernehmen könnten, war nicht Lugs-mayers Überzeugung.⁴³⁶ Guido Zernatto lieferte kein Konzept, sondern eine Beurteilung der Lage (1938): „Die ständische Verfassung Österreichs war ein Mittelding zwischen parlamentarischer Demokratie und Faschismus.“⁴³⁷

427 HENZ, Fügung, 187.

428 JAGSCHITZ, Ständestaat, 505.

429 PELINKA, Stand, 197; REICHHOLD, Leopold Kunschak, 34–37.

430 WILTSCHEGG, Heimwehr, 317.

431 SCHREINER, Franz Rehr!, 88 f.

432 CS 4. 2. 1934 (F. REHR!); vgl. H. DACHS, Franz Rehr!, 259.

433 CS 16. 12. 1934 (L. HÜLGERTH).

434 PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 44.

435 CS 26. 8. 1934 (K. LUGMAYER).

436 K. LUGMAYER, Linzer Programm, 68; K. LUGMAYER, Grundrisse, 83.

437 ZERNATTO, Die Wahrheit, 82; vgl. ZIMMER, Guido Zernatto, 109.

Im März 1936 erschien in den von Ernst Karl Winter herausgegebenen *Wiener Politischen Blättern* ein mit *Die sechs Theorien des ‚berufsständischen Aufbaus‘* überschriebener Beitrag. Als unzureichend beurteilt wurden das von Sozialminister Odo Neustädter-Stürmer mitgetragene Konzept des Stands als Alternative zur Klasse gleichermaßen wie das seines Nachfolgers Josef Dobretsberger, der in der Ständeordnung eine Möglichkeit gesehen habe, die parlamentarische Demokratie zu ersetzen. An den Konzepten von Johannes Messner und Anton Orel wurde die Stellung gegenüber dem Kapitalismus bzw. Sozialismus bemängelt, an jenem Othmar Spanns die Übermacht des Staates. Die als Alternative in den Raum gestellte sechste Theorie betonte die Verankerung des Ständestaates in der „Sozialpolitik“, die Kooperation von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und das Bestehen von Gewerkschaften, die nicht als vorübergehende Lösung, sondern auf Dauer konzipiert sein sollten. Als eigentlich zentrale Aussage hat die Forderung nach Vereinbarkeit von berufsständischer Ordnung und Parlamentarismus zu gelten.⁴³⁸ Daher muss als gleichsam letztes Wort Winters an anderer Stelle getroffene Aussage zitiert werden, die berufsständische Ordnung sei eine Idee metaphysischer Zielsetzung – und als solche nie wirklich realisierbar: Sie könne aber „für alle möglichen Gesellschaftsverfassungen eine Richtschnur“ sein.⁴³⁹

Das Weiterleben berufsständischen Denkens

Zwei Mandatare trugen nach 1945 durch Reflexionen über das Österreich der Zweiten Republik zu einem vertieften Verständnis der berufsständischen Idee bei, auch nach Jahren noch Anwälte einer „anderen Form von Demokratie“⁴⁴⁰, indem sie zu bedenken gaben, dass das für Österreich typische Korporativsystem mit seinen „Interessenvertretungen“ auf berufsständischer Basis (Kammern, Betriebsräte etc.) den Parteien einen Teil ihrer Verantwortung nehme.⁴⁴¹

Während Friedrich Funder das Thema nur am Rande ansprach⁴⁴², befasste sich Rudolf Henz um 1960 ausführlich mit ständischem Denken. Er wies auf Parallelen zwischen dem Ausleseverfahren der Mitglieder der Vertretungsorgane des Ständestaates und dem aktuellen Listenwahlrecht

438 WINTER, *Die sechs Theorien*, 89–95.

439 WINTER, *Arbeiterschaft*, 27–29; vgl. HEINZ, E. K. Winter, 76 f.

440 PELINKA, *Stand*, 190.

441 RUMPLER, *Parlamentarismus*, 9.

442 FUNDER, *Aufbruch*, 57.

hin, bei dem ebenfalls nicht der Wähler entscheide, und sprach sich für eine (zweite) Kammer aus, „in der nun tatsächlich repräsentative Vertreter der Berufe oder Stände sitzen“. ⁴⁴³ Daher hielt er die Frage für berechtigt, „ob das alles unbedingt so schlimm ist, ob nicht ein gewisser Zug zum Ständischen auch für die Demokratie von Nutzen sein kann“. ⁴⁴⁴ Bundeskanzler Dollfuß sei zwar zu weit gegangen („Man kann nicht einen Ständestaat aufbauen“), aber später habe man von seinem Versuch profitiert. ⁴⁴⁵ Mit der Souveränität des Alters zurückblickend, mahnte er eindringlich zu einem Überdenken der Frage, ob die Demokratie nach 1945 so wesentlich anders sei als der Ständestaat. Wer das Scheitern des ständischen Umbaus in den dreißiger Jahren zu streng beurteile, möge sich vor Augen halten, dass sämtliche von Interessengemeinschaften beschickte Ausschüsse die Demokratie gefährden könnten. Auch die heutige Demokratie entspreche nicht mehr der alten parlamentarischen Demokratie. Daher resümierte er: „Warum sollten sich die demokratischen Grundformen und Spielregeln nicht mit der Zeit ändern und neuen Gegebenheiten unseres Lebens anpassen? Wir leben doch auch geistig nicht mehr im XIX. Jahrhundert. Nicht jede Änderung dieser Regeln ist also ein Schlag gegen die Demokratie, und wenn man diese Änderungen mitmacht, sollte man nicht, sobald es einem anders besser passt, das ideale Maß der parlamentarischen Demokratie anlegen.“ ⁴⁴⁶

Die Feststellung möglicher Parallelen zwischen dem Staat der Jahre 1934–1938 und späterer österreichischer Sozialpartnerschaft beschäftigt die Forschung nach wie vor: Während manche sie für gegeben halten ⁴⁴⁷, geben andere zu bedenken, dass die Kammern in Österreich seit 1945 nicht nach dem ständischen Prinzip der Leistungsgemeinschaft organisiert seien, sondern die Stellung der Sozialpartner am Arbeitsmarkt abbildeten. Von einer gemeinsamen Organisation der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen, wie sie eine Ständeordnung erfordern würde, könne keine Rede sein. Allerdings müsse das Streben nach paritätischer Politik der gesetzlichen Interessenvertretungen als ständisches Element gewertet werden. ⁴⁴⁸ Dasselbe gelte für den Umstand, dass Verbände nicht nur Sonderinteressen verträten, sondern den Anspruch erhöhen, auch gesamtstaatspolitische Interessen wahrzunehmen. ⁴⁴⁹

⁴⁴³ HENZ, Fügung, 221 f.

⁴⁴⁴ HENZ, Österreich, 76.

⁴⁴⁵ VENUS, Rudolf Henz, 38.

⁴⁴⁶ HENZ, Fügung, 212.

⁴⁴⁷ KLOSE, Quadragesimo anno, 32 f.; PASTEUR, Kruckenkreuz, 7.

⁴⁴⁸ SCHAMBECK, Kammerorganisation, 459–466.

⁴⁴⁹ SCHAMBECK, Kammerorganisation, 444.

7.6 Stände jenseits der Berufe

Erklärungen für die ausführlich referierten Probleme der Umsetzung der berufsständischen Ordnung und Belege für die Einsicht, dass sich in der modernen Gesellschaft auf die Berufe keine Einheit gründen ließ⁴⁵⁰, findet man auf der theoretischen Ebene schon früh, sehr schlüssige sogar, ja es verwundert geradezu, dass den im Folgenden referierten Positionen bei der Konzeptentwicklung so wenig Rechnung getragen wurde.

Paul Schrecker hob die in der Regel nicht gegebene Entsprechung wirtschaftlicher und politischer Interessen hervor: Diese Komplexe, beides vorrangige Kriterien der Gliederung der Bevölkerung, seien „eben nicht unmittelbar auseinander abzuleiten, so dass der gleichen wirtschaftlichen die gleiche politische Überzeugung entspräche“.⁴⁵¹ Johannes Messner gab zu bedenken, „dass der Einzelmensch im Berufsstande nicht einfach aufgeht, sondern dass er auch staatsunmittelbar ist“.⁴⁵² Auch machten es die Vielschichtigkeit der modernen Wirtschaft und die Vernetzung aller Glieder schwer, den Anteil einzelner zu bestimmen.⁴⁵³ Sich auf eine bestimmte Zahl an Berufsständen festzulegen, fiel ihm schwer; eine kulturell fortgeschrittene Gesellschaft mit hoher Arbeitsteilung brauche eine differenzierte Gliederung, weil ihr „Lebens- und Kulturbedarf“ groß sei.⁴⁵⁴ Er versuchte seinen Lesern auch den Gedanken zu vermitteln, dass Landwirtschaftsrecht nicht nur die Landwirtschaft betreffe, Gewerberecht nicht nur die Gewerbetreibenden etc.⁴⁵⁵ Überhaupt könne berufsständische Ordnung nicht auf die Wirtschaft beschränkt werden, sondern umfasse die Gesellschaft als Ganzes.⁴⁵⁶

Ein weiterer Aspekt, den er ansprach, ist der statische Charakter der berufsständischen Ordnung: In Wirklichkeit sei die Möglichkeit der Veränderung bei den Berufen größer als in Gemeinschaften wie Familie und Staat; es müsse „vermieden werden, den Übergang in andere Lebenskreise so zu erschweren, dass die Auslese der Begabungen, die für die Gesellschaft und ihre Kultur von größter Bedeutung ist, nicht mehr gewährleistet wäre“.⁴⁵⁷ August Zell gab zu bedenken, dass manche Personen mehrere Berufe ausüben, so dass die Grenzen der Stände niemals „haarscharf“ zu ziehen seien.⁴⁵⁸ 1935 war im Minister-

450 BREUER, Anatomie, 102.

451 SCHRECKER, Für ein Ständehaus, 7.

452 MESSNER, Ordnung, 75 f.

453 DIAMANT, Katholiken, 178.

454 PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 78.

455 KLOSE, Berufsständische Ordnung, 200.

456 HÄTTICH, Wirtschaftsordnung, 96–101; PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 72.

457 MESSNER, Ordnung, 18; vgl. PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 77 und 157.

458 ZELL, Ständische Staats-Gliederung, 13 f.; ähnlich CS 30. 9. 1934 (O. MEISTER).

rat davon die Rede, dass eine Person als Inhaber mehrerer Betriebe mehreren Berufsständen angehören könne.⁴⁵⁹ Friedrich von Weichs war sich im Klaren, dass es bei der Einordnung der einzelnen Berufe in die Berufsstände zu Überschneidungen kommen könne, weil viele Berufe verschiedenen Bedürfnissen dienten bzw. manche Bedürfnisse von verschiedenen Berufen her bedient würden.⁴⁶⁰ Außerdem, gab er zu bedenken, bestehe der größere Teil der Gesellschaft aus Menschen, „die weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sind“.⁴⁶¹ Otto Ender bezog daher auch eine Gruppe in seine Überlegungen ein, an welcher die zeitgenössischen Überlegungen weitgehend vorübergingen, nämlich nicht berufstätige Familienangehörige.⁴⁶² Odo Neustädter-Stürmer wollte Familienmitglieder, Veteranen und Invaliden als „Berufszugehörige“ bezeichnen.⁴⁶³

Einen von anderen Theoretikern nicht gesehenen Aspekt sprach Felix Klezl an, nämlich dass die moderne Wirtschaft in ein- und demselben Betrieb in der Regel mehrere Berufe vereine.⁴⁶⁴ Als weitere Folge der Erweiterung des modernen Wirtschaftssystems gegenüber dem vorkapitalistischen nannte er den Umstand, dass nicht wenige Berufe sowohl in abhängiger als auch in unabhängiger Stellung ausgeübt werden könnten, und in der Industrie sei zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern zu unterscheiden. Zumal bei den freien Berufen zähle nicht die gemeinsame Arbeit an gleichartigen Objekten, sondern die Form des Verdienstes: Ein Honorar zu empfangen sei nicht dasselbe wie ein Gehalt oder einen Lohn zu beziehen. Andererseits könne, beispielsweise bei Ärzten, die Verschiedenartigkeit der sozialen Stellung die Gleichartigkeit des Berufsinhalts nicht aufheben.⁴⁶⁵ Die Stellung des Einzelnen im jeweiligen Beruf war für Klezl ein zentraler Faktor, definiert durch das Kriterium des wirtschaftlichen Wohlstands und das damit verbundene soziale Konnubium.⁴⁶⁶

In den eben referierten Äußerungen klingt das Bewusstsein von der Komplexität des modernen Lebens an, mit der sich die ständische Totalität älterer konservativer Theorien kaum vereinbaren ließ.⁴⁶⁷ Die Bedenken bezogen sich auf eine abstrakte Ständeeinteilung, die Kategorien scharf voneinander abgrenzte und mit wechselseitigen Überlagerungen derselben nicht rechnete, somit der Buntheit des Lebens, dem, was sich einfacher Klassifizierung ent-

459 PMR IX/3, Prot. 999/4 (7. 6. 1935), 35.

460 v. WEICHs, Der Weg, 19.

461 v. WEICHs, Der Weg, 11; vgl. SCHAMBECK, Kammerorganisation, 456.

462 CS 4. 11. 1934 (O. ENDER).

463 NEUSTÄDTER-STÜRMER, Gesetzgebung, 49.

464 KLEZL, Beruf, 54 f.

465 KLEZL, Beruf, 71–74.

466 KLEZL, Beruf, 78.

467 BEYER, Ständeideologien, 61–63.

zieht⁴⁶⁸, nicht gerecht werde. Auch für Wolfgang Höfler waren die besagten Überlagerungen der Grund, warum er bei der Benennung einzelner Stände Zurückhaltung übte.⁴⁶⁹

Dietrich von Hildebrand zeigte die Grenzen des Stands philosophisch auf: Die Einzelperson sei den natürlichen Gemeinschaften ontologisch überlegen, weil es nicht die Gliedfunktion allein sei, die sie kennzeichne. Ginge der Mensch in einer bestimmten Gemeinschaft ganz auf, könnte er gar nicht Glied einer höheren Gemeinschaft sein. Die Einzelperson sei mehr als das Glied eines Stands, auch mehr als der Staatsbürger oder der Angehörige einer Nation. Und wenn, so besäße von allen natürlichen Gemeinschaften die „Menschheit [...] ein tieferes und der Ewigkeit zugewandteres Thema als Nation und Staat oder gar Stand“.⁴⁷⁰ Daher ließ er im CS Autoren zu Wort kommen, die den Beruf nicht zum entscheidenden Indikator des Wesens eines Menschen machten.⁴⁷¹ Aurel Kolnai erinnerte daran, dass es auch Lage- und Schicksals-, Art-, Kultur- und Gesinnungsgemeinschaften gebe; die Definition von „Stand“ als „Leistungsgemeinschaft“ hielt er für verkürzend.⁴⁷²

Guido Zernatto sprach von Gruppen, die nicht nur aus dem Beruf und der „Stellung“, sondern auch „aus der Nachbarschaft des Geistes [...] zusammengewachsen sind“.⁴⁷³ Der ansonsten wenig flexibel denkende Anton Thir⁴⁷⁴ legte am Beispiel der zum Christentum bekehrten Purpurchändlerin Lydia dar, dass die Kultivierung religiöser Neigungen auch jenseits des Berufs, für ihn gleichbedeutend mit Stand, möglich sei.⁴⁷⁵ Das Wesen des Menschen auf seine berufliche Funktion zu reduzieren, so Johann Staud, würde zu einer neuerlichen Akzentuierung der Sozialstände führen.⁴⁷⁶ Umso deutlicher musste Karl Lugmayer, der personalistische Philosoph, dem es um die integrative Vernetzung vieler Bereiche der Gesamtkultur ging⁴⁷⁷, die simple Annahme zurückweisen, ein Mensch wäre einzig durch seinen Beruf bestimmt.⁴⁷⁸ Wie Othmar Spann⁴⁷⁹ sah er den Einzelnen in einer fast unübersehbaren Fülle sozialer Kontexte und als Träger entsprechend vie-

468 HANISCH, Die Politik, 55.

469 HÖFLER, Bleibende Stände, 20.

470 v. HILDEBRAND, Memoiren, 257 f.

471 CS 1. 3. 1936 (V. FRANKL).

472 KOLNAI, Ideologie, 22.

473 ZERNATTO, Die Wahrheit, 36 f.; ZIMMER, Guido Zernatto, 106.

474 THIR, Frauengestalten 2, 312 f.

475 Apg 16, 15 ff.; THIR, Frauengestalten 2, 305.

476 KLUWICK-MUCKENHUBER, Johann Staud, 105.

477 BADER, Karl Lugmayer, 12.

478 K. LUGMAYER, Grundrisse, 138–141.

479 BECHER, Der Blick, 128.

ler Identitäten. Ihm war auch nicht entgangen, wie sehr sich die diversen Institutionen im Laufe der Zeit verselbständigt hatten und wie schwierig die institutionell vermittelten Beziehungen der Individuen zueinander geworden waren, wie wenig homogen die Berufsstände nach innen waren und wie sehr vieles von Glück oder Zufall abhängt.⁴⁸⁰ Wie Messner hätte es Lugmayer auch bei voller Verwirklichung der berufsständischen Ordnung niemals gutgeheißen, dass der Einzelne einem Stand in unerbittlicher Strenge zugeordnet gewesen wäre, sich diesen nicht aussuchen und auch nicht aus ihm austreten hätte können und dass er nicht mehr mit der Totalität seiner Interessen wahrgenommen worden wäre.⁴⁸¹ Der Begriff „Stand“ eigne sich demnach für jede Form der Bindung.⁴⁸²

Für Franz Rehr⁴⁸³ und Carl Vaugoin⁴⁸⁴ hätte die Gleichsetzung von Beruf und Stand ebenfalls eine Reduktion bedeutet. Bezeichnend ist, dass das Berufsständische im CS insgesamt selten zum Thema wurde. Regelmäßig wurde hingegen davor gewarnt, die politische Leistungsfähigkeit des Ständesystems zu überschätzen.⁴⁸⁵ Für den Adel, eine im Ständestaat sehr wichtige Gruppe, war es ohnehin undenkbar, sich ausschließlich über die beruflichen Leistungen zu definieren.⁴⁸⁶ Auch der konservative Liberalismus nach dem Zweiten Weltkrieg wusste, dass Wertvorstellungen und Gefühle die Menschen stärker bestimmen als „Klasseninteressen“.⁴⁸⁷

Völlig ausgeschlossen war die Deutung von Stand als Berufsstand für Othmar Spann. Den Begriff „Ständestaat“ lehnte er, sofern er nur die berufsständische Verfassung der Wirtschaft meine, ab.⁴⁸⁸ Als eine der von Spann genannten Eigenschaften des Stands sei die „Geistigkeit“ hervorgehoben. In seinen Alltagserfahrungen vermisste er freilich das „geistige Gepräge einer ständischen Gesellschaft“.⁴⁸⁹

Bei aller Wichtigkeit, die Spann dem Staat beimaß, warnte er vor einer Einebnung der gesamten Bevölkerung gegenüber diesem als dem einzigen politisch und militärisch Handlungsfähigen.⁴⁹⁰ Das ständische Prinzip dürfe

480 K. LUGMAYER, *Grundrisse*, 140; SPAEMANN, *Personen*, 205; vgl. Böck, *Öffentlichkeitsarbeit*, 135 f.

481 REICHHOLD, *Opposition*, 14; STEINER, *Wahre Demokratie?*, 154.

482 TARMANN, *Die Personalität*, 35.

483 SCHREINER, *Franz Rehr*, 88 f.

484 REICHHOLD, *Carl Vaugoin*, 15; vgl. KRIECHBAUMER, *Dieses Österreich*, 379.

485 EBNETH, *Wochenschrift*, 20 und 168.

486 WALTERSKIRCHEN, *Adel*, 101.

487 HABERMANN, *Das Maß*, 18.

488 SPANN, *Der wahre Staat*, 238; vgl. EBD., 241; PICHLER, *Werk*, 34; H. WALTER, *Ständewesen*, 36 f.

489 SPANN, *Der wahre Staat*, 232.

490 STREITENBERGER, *Leitbild*, 157.

nicht zu einer gleichsam gewaltsamen staatlichen Ordnungssetzung werden, sondern müsse zulassen, dass sich das Leben aus seiner wesenseigenen Ordnung entfalte.⁴⁹¹ Dies meinte Karl Lügmayr, wenn er Spann – bei allen sonstigen Vorbehalten – zugute hielt, dass er davon Abstand genommen habe, „ganze Stände einfach zu mechanisieren“. Er befürwortete Spanns Einteilung in „geistige“ und „handelnde“⁴⁹² bzw. politische, kulturelle und wirtschaftliche Stände und hielt – ebenfalls mit Spann⁴⁹³ – Überschneidungen für möglich, ja häufig.⁴⁹⁴ Die Stände seien nach einander überlagerten Kriterien gebildet.⁴⁹⁵ Die beste Staatsform sei jene, die eine rangmäßige Gliederung der Gemeinschaften sehe.⁴⁹⁶ Daher müsse die Gesellschaft nach Wertschichten geordnet sein, eine Pyramide bilden⁴⁹⁷ – ein weiterer Beleg für die gleichsam als Axiom angenommene Hierarchie der Stände.

Hinweise auf deren genaueres Aussehen finden sich in Ansätzen bei Richard Schmitz. Dieser um die theoretische Verankerung des ständischen Gedankens besonders verdiente Mandatar setzte berufsständisches Wesen nicht mit genereller Parität gleich; Ergebnisse rezenter soziologischer Forschung gleichsam vorwegnehmend⁴⁹⁸, hatte er keine Scheu zu sagen: „Die tatsächlichen Verschiedenheiten zwischen Arbeiter und Bauer, Beamtem und Gewerbsmann, Akademiker und Waschfrau können nicht weggezaubert werden.“ Die Hierarchie der Stände hielt er mit der Forderung, es solle „keine Privilegierten und keine Minderberechtigten geben“, für vereinbar.⁴⁹⁹ Für die Gesellschaft als ganze wünschte er gleichwohl eine „Führerfunktion des Unternehmertums“.⁵⁰⁰ Leopold Engelhart teilte die Berufe „nach ihrer sozialen Bedeutung“ ein: Manche erforderten „wesenhaft“ Führerbetätigung, wie etwa Lehrer, Schriftsteller, Fürsorger, überhaupt geistig Tätige.⁵⁰¹

Spann problematisierte sogar die Körpermetapher: Die „entsprechungsmäßige, korrelative ‚organische‘ Ungleichheit ist dennoch verbunden mit Gleichgewichtigkeit aller Organe“, aber „was dem Organismus nicht zukommt, ist [...] die Geistigkeit und das heißt die innere Werteigenschaft jedes Gliedes, je-

491 PICHLER, Othmar Spann, 77.

492 K. LUGMAYER, Grundrisse, 137.

493 H. WALTER, Ständewesen, 18.

494 ORGLER, Ständestaat, 228.

495 K. LUGMAYER, Grundrisse, 145.

496 K. LUGMAYER, Grundrisse, 138.

497 K. LUGMAYER, Grundrisse, 135.

498 SCHWINN, Ständische Verhältnisse, 88.

499 R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 22; vgl. BRAUN, Der politische Lebensweg, 250; STREITENBERGER, Leitbild, 146.

500 SELIGER, Führerprinzip, 172.

501 ENGELHART, Führertum, 24.

des Bestandteiles. Blut, Nahrung, Knochen mögen je etwas anderes sein (ungleich), an sich sind sie weder wertvoll noch wertlos [...]. Anders die Glieder der Gesellschaft: Arbeiter, Unternehmer, Priester, Laien, Künstler, Zuhörer, König, Bürger, Trinker, Nüchterne, Begeisterte, Stumpfe – alle sind sie in ihrer Geistigkeit etwas mit einem ganz eigenen und nur ihnen zukommenden Werte. [...] Das Geistige hat also als notwendigste, unabweislichste Existenzform die Werteigenschaft in sich. In dieser Werteigenschaft ist jeder Bestandteil der Gesellschaft ungleich-wichtig, denn er ist nicht Bestandteil eines Leistungsbauwerks, sondern Wertteil eines Wertganzen“.⁵⁰² In jedem Stand gebe es verschiedene Grade der Innigkeit und unterschiedliche Ränge der Geistigkeit.⁵⁰³

Im Ergebnis nicht anders war das aus der Tradition Vogelsangs kommende Bild menschlicher Ungleichheit. Das 1789 lancierte Verständnis von Gleichheit hätte für den Aristokraten Auflösung der Gesellschaft bedeutet. Mit Papst Leo XIII. teilte er die Auffassung von der natürlichen, gottgewollten Ungleichheit der Menschen. Während vor Gott jeder gleich viel gelte, brauche es in der Gesellschaft eine Zu- und Unterordnung, und nicht jeder habe gleiche Rechte und Pflichten, weil nicht jeder die gleichen Fähigkeiten besitze. Laut RN war Gleichheit nur als Nivellierung nach unten vorstellbar⁵⁰⁴, wie überhaupt „Ungleichheit“ in der ständisch bestimmten Welt ein positiv besetzter Begriff war.⁵⁰⁵ Der Papst betonte die strukturelle Vielfalt der Gesellschaft; diese sei notwendig, denn zur Befriedigung unterschiedlicher Bedürfnisse brauche es unterschiedliche Kräfte.⁵⁰⁶ Franz Rehrle erkannte selbst im Kreis der Gläubigen Abstufungen: „Der Berghirte wird in anderem Sinn ein vollkommener Katholik sein als der gelehrte Forscher. Aber jede dieser Stufen muss als wertvoll und notwendig gefördert werden.“⁵⁰⁷

Mehrere der Protagonisten des österreichischen Ständestaates waren in dieses Denken über Franz Martin Schindler eingeführt worden: Von ihm hatten sie gehört, dass aufgrund ungleicher leiblich-geistiger Kräfte der einzelnen Menschen nicht jeder für jede Arbeit geeignet sei, allerdings auch dass Unterscheidungen an Würde und Rang nur im sozialen Leben, nicht aber in der Ewigkeit erfolgten.⁵⁰⁸

Johannes Messner übertrug den Gedanken der Ungleichheit auf die Stände,

502 SPANN, *Der wahre Staat*, 189 f.; vgl. KRAUS, „Volksvertreter“, 64; SCHNELLER, *Zwischen Romantik und Faschismus*, 43.

503 HEINRICH, *Schlüsselbegriffe*, 346; PICHLER, *Werk*, 33 f.

504 HANISCH, *Konservatives und revolutionäres Denken*, 102 f.

505 GG 6 (1990), 207 (Stand/Klasse, W. CONZE).

506 HANISCH, *Konservatives und revolutionäres Denken*, 197.

507 SPATZENEGGER, Franz Rehrle, 66.

508 SCHINDLER, *Lehrbuch II*, 351 f

die folglich geschichtet sein müssten.⁵⁰⁹ Dass es unter den Menschen eine natürliche Über- und Unterordnung gebe, stand auch für Karl Lügmayr nicht zur Disposition.⁵¹⁰ Bei allen in der Körpermetapher verankerten Bekenntnissen zur Gleichwertigkeit der Glieder wies er ein mechanisches Gleichheitsverständnis entschieden zurück: „Wir setzen heute unseren staatlichen Aufbau so zusammen, als ob wir nicht rechneten: $1+2+3+4=10$, sondern $=4$. Das heißt: wir bewerten nicht, wir zählen. Wir überzeugen nicht und lassen uns nicht überzeugen, wir stimmen ab.“⁵¹¹ Gleich Spann hielt Lügmayr Gleichheit nur unter Gleichen für möglich⁵¹² – auch wenn er nicht so weit ging zu sagen, Demokratie wäre wegen der politischen Unmündigkeit der Massen illusorisch.⁵¹³ Die berufsständische Ordnung verlange geradezu nach Führerpersönlichkeiten.⁵¹⁴ Albert M. Weiss hatte dem Begriff der Summe den der inneren, logischen Einheit gegenübergestellt, die er mit der Autorität gleichsetzte.⁵¹⁵

Hält man sich die eben referierten Probleme vor Augen, wird verständlich, was den politischen Entscheidungsträgern im Österreich der dreißiger Jahre deutlich auszusprechen nicht leicht fiel: Eine Organisationsstruktur ist für Stände nicht nötig, ja würde dem wesensmäßig hohen Qualitätsanspruch niemals gerecht. Für Ernst Karl Winter war der ständische Gedanke eine „Staatsidee“: Schon deshalb lasse er sich nicht durch eine Verfassungsreform verwirklichen.⁵¹⁶ August M. Knoll fand, Stände seien der Gesellschaft „kategorial“, „wesentlich“: Man könne sie gar nicht zerstören.⁵¹⁷ Denkt man diesen Gedanken weiter, muss man ergänzen: Man kann sie auch nicht bilden. In diesem Sinne erklärte Bundeskanzler Dollfuß schon bei der Proklamation der berufsständischen Verfassung: „Die Berufsstände dürfen aber nicht eine einfache Rechtsnorm werden, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen sollen, sie müssen organisch und lebendig sein.“⁵¹⁸ Kurt Schuschnigg hatte zur Berufsständethematik keine enge Beziehung, ja man darf zweifeln, ob ein Weiterbauen am Ständestaat überhaupt seine Absicht war. Eine „reale Ständeordnung“ lehnte er ab, weil er glaubte, wenn eine solche nötig sei, wäre sie wirkungslos.⁵¹⁹

509 MESSNER, *Ordnung*, 15.

510 K. LUGMAYER, *Grundrisse*, 172.

511 Zit. nach TARMANN, *Die Personalität*, 53.

512 K. LUGMAYER, *Leos Lösung*, 51.

513 SPANN, *Der wahre Staat*, 113.

514 CS I. 7. 1934 (K. LUGMAYER).

515 A. M. WEISS, *Wesen*, 18 f.

516 HEINZ, E. K. Winter, 50.

517 KNOLL, *Der soziale Katholizismus*, 10.

518 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 236.

519 ORGLER, *Ständestaat*, 192; PYTLIK, *Berufsständische Ordnung*, 49; REICHHOLD, *Geschichte*, 529; STREITENBERGER, *Leitbild*, 192; WOHNOUT, *Verfassungstheorie*, 319; WOHNOUT, *Verfassungstheorie*, 76.

„Menschen ohne Staaten sind denkbar –
Staaten ohne Menschen sind undenkbar.“
Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi¹

8. STAAT UND GESELLSCHAFT

Die im 18. Jahrhundert erfolgte Trennung von Staat und Gesellschaft gehört zu den Strukturmerkmalen des modernen Staates.² Theoretiker wie Karl Freiherr von Vogelsang, die die Wiederherstellung einer Gesellschaft, die sich mit dem Staat decke, für möglich hielten und daher mittelalterliche Denkkategorien reaktivierten, wurden bald zur Minderheit.³ In der Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit gewann die Frage aber neuerlich Aktualität; in der CSP setzte sich eine annähernd gleichwertige Veranschlagung von Staat und Gesellschaft durch – mit einer Tendenz zur Höherbewertung der Gesellschaft.⁴

Walter Adam sprach 1934 von einer starken Entfremdung zwischen dem Staat und breiten Schichten der Bevölkerung. Die Ursache fand er im Liberalismus, der den Staat lediglich als ein „notwendiges Übel, eine äußerliche Schutz- und Hilfsanstalt“, eine „Anstalt zur Sicherung des Privatlebens“ betrachtet habe, nicht aber als einen „sittliche(n) Begriff und eine gottgewollte Autorität“.⁵ Er wünschte nicht den Staat der Aufklärung „mit dem Stolz des Prometheus“ (E. Hanisch)⁶, in dessen „Trotz“ (O. Spann) der Individualismus gedieh.⁷ Sein Ideal war die im LThK/I beschriebene „christliche Staatsauffassung“, nämlich „die rechte Mitte zwischen dem Staatsabsolutismus früherer Zeiten, der kein natürliches Recht der Einzelperson anerkannte, und dem Liberalismus, der die Freiheit des Einzelnen auf Kosten des Gemeinwohls übersteigerte“.⁸ Max Schelers Auffassung vom Staat kommt diesem Konzept nahe.⁹

1 COUDENHOVE-KALERGI, *Totaler Mensch*, 13.

2 BRUNNER, *Die Freiheitsrechte*, 187 f.

3 ALLMAYER-BECK, *Konservatismus*, 41; GG 6 (1990), 248 (Stand/Klasse, R. WALTHER); KUN-SCHAK, *Werden*, 5–8; diese Vorstellung war für populärwissenschaftliche Darstellungen geeignet; MOTH, *Neu-Österreich*, 88.

4 LACKNER, *Die Ideologie*, 84.

5 CS 23. 12. 1934 (W. ADAM).

6 HANISCH, *Konservatives und revolutionäres Denken*, 247.

7 SPANN, *Der wahre Staat*, 15.

8 LThK/I 9 (1937), 745–748 (A. SCHARNAGL).

9 FRÖHLICH, *Der Bürger*, 111.

8.1 Die Gesellschaft als Entfaltungsraum der Person

Der in den 1920er-Jahren kultivierte Personbegriff machte es möglich, dass der Naturzustand (im Sinn des christlichen Naturrechts, Kap. 5.4) im Rahmen des Rechtszustands fort dauerte. Hierbei bedurfte es als Korrektiv des positiven Rechts/des Staates nicht mehr im selben Ausmaß wie bei alleiniger Gültigkeit des Gesellschaftsvertrags.¹⁰ Der als Person verstandene Mensch bedeutete mehr als jede überindividuelle Einheit; sein Wert sollte durch nichts relativiert werden.¹¹

Personalistische Philosophie betrachtet – wie die Kirche in QA¹² – das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft in Analogie zu dem zwischen Gesellschaft und Person – weswegen die Gesellschaft als die wichtigere Größe galt als der Staat.¹³ Die Grundlage des staatlichen Lebens, erläuterte Otto Schilling, könne nur das dem Naturrecht unterliegende gesellschaftliche Leben sein.¹⁴ Josef Dobretsberger forderte von der Staatsgewalt, dass sie sich an die Grundsätze des „ewigen Naturrechts“ gebunden fühle, denn sie habe göttliches Recht umzusetzen. Daher habe es die Maiverfassung zum Prinzip erhoben, dass die Autorität des Staates vor der engeren Personensphäre Halt zu machen habe.¹⁵

Überzeugt von der „wesenhaften Gesellschaftlichkeit des Menschen“, wünschte Karl Lügmayr die innige Verbindung des gesamten physischen und geistigen Reichtums zu einem Ganzen, das die Gesamtheit der menschlichen Angelegenheiten umfasst.¹⁶ Für den Personalismus lag die Aufgabe des Staates darin, die Interferenz der Autonomien, die zwischen verschiedenen sozialen Formen bestehen muss, zu garantieren.¹⁷ „Totalitätswahn“, so Hans Karl Zeßner-Spitzenberg, sei „das Kind einer ganz verkehrten Gesellschaftsauffassung, die das Individuum und die kleinen sozialen Lebenskreise entrechtet“, und „ein Verbrechen an der menschlichen Gesellschaft“.¹⁸

In den zwanziger und dreißiger Jahren standen totalitäre Systeme aber drohend im Raum. „Wir erleben die gefährlichste Revolution der Weltge-

10 SPAEMANN, Personen, 202.

11 G. STOURZH, Fallstudien, 53.

12 GAMPER, Subsidiarität, 111.

13 OTTEN, Die „Rettung“, 89.

14 NR 1. 8. 1931 (O. SCHILLING); vgl. ISENSEE, Subsidiarität, 132.

15 DOBRETSBERGER, Vom Sinn, 40.

16 Zit. nach PRIBYL, Der christlichsoziale Politiker, 142.

17 BELARDINELLI, Die politische Philosophie, 255 f.; BEYER, Ständeideologien, 134; DIAMANT, Katholiken, 120.

18 CS 5. 1. 1936 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

schichte: die Revolution des Staates gegen den Menschen!¹⁹, so die Wahrnehmung von Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi. Für ihn war dies ein widernatürlicher Zustand, denn Kollektivpersonen gebe es nicht, und der Staat sei „keine Person, sondern eine Maschine“.²⁰ Als Ideal schwebte ihm eine Menschheit vor, die ethisch so weit gekommen wäre, den Staat nicht mehr zu brauchen.²¹ Er wusste freilich, dass man ihn nicht kurzerhand abschaffen könne, denn „die Menschheit ist keine Gemeinschaft von Heiligen“.²² Beharrlich hielt er an der Forderung fest, der Respekt vor der Person dürfe nicht schwinden, denn „Gesinnungen sind wichtiger als Verfassungen“.²³ Johannes Messner war um die Rettung jener „Gemeinschaftsrechte“ bemüht, „die vor aller staatlichen Anerkennung Geltung haben, weil es naturgegebene Rechte sind“.²⁴

Die Notwendigkeit der Trennung von Staat und Gesellschaft stand auch für Othmar Spann nicht zur Disposition. Während die Gesellschaft weitgehend unpolitisch sei, oblägen die im engen Sinn politischen Aufgaben dem von ihr losgelösten „Staatsstand“ als dem „Höchststand“, der Funktions- und Regulationsdefizite zu kompensieren habe.²⁵ Da jeder Stand unmittelbar aus dem Ganzen komme, könnten die Stände nicht unmittelbar in Beziehung zueinander treten, sondern nur über die Ganzheit des Staates. Als etwas wesensmäßig und sittlich Begründetes habe dieser das Recht, sich in autoritärer Weise über gegensätzliche Elemente hinwegzusetzen. Überwältigen dürfe er die Stände aber nicht, denn das wäre Totalitarismus.²⁶ Diese Auffassung, die bei manchen Kritikern Bedenken auslöste, wurde von Wilhelm Andreae unter Hinweis auf die Komplementarität von „Form“ und „Stoff“ erläutert: Da die Form schicksalhaft sei, sei auch der Staat mehr als ein utilitaristischer Notbehelf. Eine unstaatliche Gesellschaft könne ebenso wenig existieren wie ein Kunstwerk ohne Form. Es handle sich also um ontologi-

19 COUDENHOVE-KALERGI, *Totaler Mensch*, 17.

20 COUDENHOVE-KALERGI, *Totaler Mensch*, 19; vgl. STOLLBERG-RILINGER, *Der Staat*, passim, bes. 188.

21 COUDENHOVE-KALERGI, *Apologie*, 72.

22 COUDENHOVE-KALERGI, *Totaler Mensch*, 22.

23 COUDENHOVE-KALERGI, *Totaler Mensch*, 49.

24 MESSNER, *Ordnung*, 66.

25 BECHER, *Der Blick*, 45; BOHN, *Ständestaatskonzepte*, 37; DIAMANT, *Katholiken*, 211–214; HEINRICH, *Schlüsselbegriffe*, 354; MEYER, *Stand*, 201; PICHLER, *Othmar Spann*, 42; RASSEM, *Othmar Spann*, 97; RESELE, *Ständestaatskonzeption*, 22–25; SENFT, *Im Vorfeld*, 84; SCHNELLER, *Zwischen Romantik und Faschismus*, 46; STREITENBERGER, *Leitbild*, 225–239.

26 DIAMANT, *Katholiken*, 211; HEINRICH, *Schlüsselbegriffe*, 351; KALTENBRUNNER, *Europa*, 386; RESELE, *Ständestaatskonzeption*, 18–20; SCHNELLER, *Zwischen Romantik und Faschismus*, 21 und 39; STREITENBERGER, *Leitbild*, 222–224; H. WALTER, *Ständewesen*, 1 f., 24 und 29–33.

sche Kategorien, die einander bedingen.²⁷ Johannes Messner beschrieb den Nexus so: „Staat ist die auf Verwirklichung der Gemein Zwecke gerichtete Gemeinschaft des Staatsvolkes, Gesellschaft sind die auf die Eigenzwecke der übrigen innerstaatlichen und überstaatlichen Lebenskreise gerichteten Gemeinschaften.“ Nur eine Trennung zwischen beiden biete „die Handhabe, um nicht nur den Individualismus, sondern auch den Kollektivismus vollends [...] zu überwinden“;²⁸ sie seien aufeinander hingeordnet, aber nicht identisch.²⁹ Die berufsständische Ordnung werde verhindern, dass es zu jenem „Aufstand der Gesellschaft gegen den Staat, den der Liberalismus heraufbeschwor“, komme, indem sie die Grenzen klar abstecke.³⁰ Auch der CS³¹ und zahlreiche Mandatare, am deutlichsten Karl Lugmayer³² und Richard Schmitz³³, sprachen sich für die Trennung von Staat und Gesellschaft aus. Andernfalls, so wieder Messner, näherte man sich faschistischem Korporativismus, der eigenberechtigte Zwischenglieder zwischen Einzelnem und Staat nicht vorsah: Wenn nur das Recht der Einheit und nicht der Glieder gesehen werde, degradiere die Ordnung zu bloßer Organisation³⁴ und es bestehe die Gefahr des Totalitarismus.³⁵

8. 2 Wesen, Aufgaben und Grenzen des Staates, Verhältnis zu den Ständen

In Fortschreibung der von Paul Schrecker 1919 erhobenen Forderung nach Entpolitisierung des öffentlichen Lebens³⁶ verstanden die Theoretiker des Ständestaates die Gesellschaft als Bereich der auf Freiwilligkeit beruhenden, den Staat als jenen der erzwingbaren Handlungen.³⁷ Der aus dem gött-

27 StL 1931, 18 f. (W. ANDREAE).

28 MESSNER, Ordnung, 5 und 8; vgl. auch DIAMANT, Katholiken, 177; HANISCH, Die Ideologie, 27; P. HUEMER, Entstehung, 608 und 615; PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 70 und 101; STREITENBERGER, Leitbild, 165 und 179.

29 PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 86; P. HUEMER, Entstehung, 616; REICHOLD, Opposition, 84.

30 MESSNER, Ordnung, 64 f. und 87.

31 EBNETH, Wochenschrift, 168.

32 F. LUGMAYER, Karl Lugmayer, 18; BRINEK, Arbeiter, 109; PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 22.

33 R. SCHMITZ, Der Weg, 26 und 52; R. SCHMITZ, Die berufsständische Neuordnung, 18; DIAMANT, Katholiken, 221 f.

34 Pytlík, Berufsständische Ordnung, 74 f.; vgl. auch LThK/I 9 (1937), 692–696 (G. GUNDLACH).

35 NEGER, Verfassung, 30; PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 88; STREITENBERGER, Leitbild, 169.

36 SCHRECKER, Für ein Ständehaus, 25 f.

37 DIAMANT, Katholiken, 263; PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 89.

lichen Recht abgeleitete Totalitätsanspruch sei auf den „engsten Bereich des Staatlichen“ beschränkt; an der „natürlichen Rechtssphäre des Einzelnen, der Familie, der Bekenntnisse“ lägen seine Grenzen.³⁸ Das LThK/I definierte den Staat als „der Sozialordnung [...] wesensnotwendig“, allerdings nicht „naturgemäß“.³⁹ Josef Dobretsberger forderte den Schutz der gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Organisationen vor seinem Totalitätsanspruch.⁴⁰

Die Stände waren nach diesem Konzept intermediäre Kräfte, Vermittler, die einen Beitrag zur Ergänzung des Staates durch die Gesellschaft leisteten⁴¹, sich aber nicht in einen Gegensatz zum Staat begeben dürften⁴²; Johannes Messner sprach von „Gliedgemeinschaften“, die „zwischen dem Einzelnen und der Gesamtgesellschaft“ stehen.⁴³ Vom Staat hatte der Soziologe – trotz der hohen Wertschätzung des einzelnen Menschen – die erhabene Vorstellung der „im irdischen Bereich vollkommene(n) Gesellschaft“.⁴⁴ Anders als für Spann war er nach seinem Verständnis aber „nicht selbst Stand, sondern [...] die Lebensgemeinschaft aller Stände“.⁴⁵

Nach Hans Karl Zeßner-Spitzenberg fasse der Staat eine „bunte Fülle im Dienst des höheren Ganzen“ zusammen, nicht mechanisch-additiv, „sondern in tätiger Verknüpfung und Wertung“.⁴⁶ Guido Zernatto und Leopold Teufelsbauer sprachen von kleinen, mit eigenen Wirkungskreisen ausgestatteten Körpern, die den Staat als über ihnen stehende Instanz bräuchten; der Einzelne fühle sich mit dieser durch die kleineren Gemeinschaften, durch die wirtschaftlichen Interessen und durch die kulturelle Sendung organisch verbunden.⁴⁷

Aus dem Wesen des Staates ergaben sich seine Aufgaben. Franz Martin Schindler sah diese in der „Herbeiführung der Bedingungen irdischer Wohlfahrt“; es ging ihm freilich auch um das ewige Heil jedes einzelnen Men-

38 KRASSER, Ständestaat, 8.

39 LThK/I 9 (1937), 692–696 (G. GUNDLACH).

40 SZ 16. 12. 1934 (J. DOBRETSBERGER).

41 AMMERER, Die Stände; GG 6 (1990), 247 (Stand/Klasse, R. WALTHER); KONDYLIŠ, Konservatismus, 165; MOTH, Neu-Österreich, 97; PELINKA, Stand, 18; STREITENBERGER, Leitbild, 154.

42 Bundesminister Friedrich Stockinger behauptete, Staat und Berufsstände seien ein und dasselbe – zum Entsetzen von Bundespräsident Miklas, der die Trennung wünschte; LANG, Bundespräsident Miklas, 171.

43 MESSNER, Ordnung, 7 und 18; vgl. hierzu auch GG 4 (1978), 602–606 (Organ, E.-W. BÖCKENFÖRDE).

44 MESSNER, Ordnung, 61.

45 MESSNER, Ordnung, 68.

46 CS 18. 3. 1934 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

47 ZERNATTO, Die Wahrheit, 80 und 123; CS 17. 6. 1934 (L. TEUFELSBAUER).

schen.⁴⁸ Johannes Messner nannte die Wiederherstellung der durch Verfassung und Atomisierung zerstörten Ordnung zwischen Einzelmensch und Gesellschaft „gemäß den gesellschaftlichen und kulturellen Umständen“.⁴⁹

Ein von allen Theoretikern betonter Schlüsselbegriff war der des Gemeinwohls⁵⁰ – das nicht, wie bei Rousseau, mit dem Gemeinwillen gleichgesetzt wurde.⁵¹ Obwohl es dem Einzelwohl übergeordnet sei, dürfe daraus kein Vorrang des Staates vor dem Menschen abgeleitet werden; „Individualismus“ und „Staatstotalität“ seien gleichermaßen abzulehnen.⁵² Diese Auffassung erläuterte später Josef Pieper: Totalitarismus sei Ausdruck des Glaubens, das Gemeinwohl erschöpfend definieren zu können.⁵³ Richard Schmitz griff das Thema in Zusammenhang mit der Wahrung der Freiheit des Individuums auf⁵⁴, dessen „Naturrechte“, so Ulrich Ilg, in jedem Fall Vorrang hätten.⁵⁵ Franz Rehl unterschied das Gemeinwohl vom größtmöglichen Glück aller.⁵⁶ Für Karl Lügmayr bedeutete es ein möglichst reibungsloses Ineinandearbeiten der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen; er forderte den Schutz der gliedhaft strukturierten Gesellschaft, der sicherstellen müsse, dass sich kein Glied gegen das Wohl der übrigen bewege.⁵⁷ Mit Richard Meister teilte er den Wunsch nach einem Staat, der Gesinnungsgemeinschaften fördere.⁵⁸

Auch solle, so Lügmayr, der Staat Garant der Gerechtigkeit zu sein: Er übe diese je nach Situation als ausgleichende oder als zuteilende Gerechtigkeit (Kap. 5.4).⁵⁹ Konstantin von Hohenlohe gab als Geltungsbereich der Letzteren⁶⁰ die Rechte und Pflichten des Staates gegenüber den Bürgern an; die Rechte und Pflichten der einzelnen Bürger gegen den Staat unterlägen hingegen der *iustitia legalis* (gesetzmäßige Gerechtigkeit), die der einzelnen

48 SCHINDLER, Lehrbuch III, 787 f.

49 MESSNER, Ordnung, 23; vgl. auch BEYER, Ständeideologien, 139; STREITENBERGER, Leitbild, 164; Otto von Habsburg formulierte dies 1957 so: „Das Wesen des Staats – also der Staatsinhalt – ist im Naturrecht verankert.“; zit. nach BAIER/DEMMELE, Otto von Habsburg, 283.

50 A. RAUSCHER, Personalität, 32.

51 G. KLEMPERER, Konzepte, 16–18.

52 MESSNER, Ordnung, 61–63; nahezu identisch die Argumentation bei MOTH, Neu-Österreich, 51 f.; vgl. GG 4 (1978), 601 (Organ, E.-W. BÖCKENFÖRDE); LThK/I 9 (1937), 745–748 (A. SCHARNAGL).

53 PIEPER, Über die Gerechtigkeit, 99.

54 R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 17–19 und 30; R. SCHMITZ, Der Weg, 25.

55 ILG, Uns alle, 7.

56 CS 4. 2. 1934 (F. REHL).

57 K. LUGMAYER, Grundrisse, 81; K. LUGMAYER, Linzer Programm, 68.

58 K. LUGMAYER, Philosophie, 112; MEISTER, Das Verhältnis, 47.

59 K. LUGMAYER, Grundrisse, 109.

60 Zum Zusammenhang mit absoluter und relativer Gleichheit vgl. NEWMAN, Zerstörung, 231.

Bürger gegeneinander der Tauschgerechtigkeit.⁶¹ Die zuteilende Gerechtigkeit meinte auch Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi, der die Disziplin des „Ordnungsstaates“ dem rechtsstaatlichen Prinzip entgegensetzte: „Disziplin ist mechanische Ordnung – Gerechtigkeit organische.“⁶² Die Befähigung, zum Garanten der Gerechtigkeit zu werden, so Richard Meister, verleihe dem Staat der Umstand, dass er von allen Gemeinschaften zwar die am straffsten organisierte, aber die am meisten „zweckoffene“ sei, mehr noch als Familie und Gemeinde; als „zweckgeschlossen“ bezeichnete Meister Vereine oder Kammern.⁶³

Spanns Vorstellung, der Staat habe nicht nur Vorhandenes zu ordnen, sondern auch Wege zu bahnen⁶⁴, wurde von den katholisch-konservativen Denkern zurückhaltender artikuliert. Richard Schmitz nannte ihn mit Blick auf die berufsständische Ordnung „Gärtner, Baumeister und Arzt zugleich“: Er müsse „Samenkörner streuen, wo es noch nichts gibt, weiterarbeiten, wo schon Ansätze da sind, und mutig hineinschneiden, wo es Wildwuchs gibt“. Seien die Stände einst verwirklicht, solle sich der Staat so rasch wie möglich auf die Funktion einer Aufsichtsbehörde zurückziehen.⁶⁵ Ähnlich argumentierte der konservative Liberalismus nach 1945. Wilhelm Röpke verglich die Aufgabe des Staates mit der Regelung des Verkehrs: Wohin ein jeder fahren wolle, müsse diesem selbst überlassen werden, und er stellte fest, ein starker Staat kenne keine „Vielgeschäftigkeit“, sondern halte sich von den ihm nicht zukommenden Bereichen fern.⁶⁶

Zu den Details äußerte sich Odo Neustädter-Stürmer: Die Staatshoheit müsse die Domäne des von den Strömungen des Tages unabhängigen Berufsbeamtentums sein; auf die Wirtschaft sollten nur jene Zugriff haben, die in ihr lebten; dasselbe gelte für die kulturelle Verwaltung, die dem Geist Raum zur Entfaltung geben müsse.⁶⁷ Oskar von Hohenbruck bezeichnete den Staat als die höchste Autorität in Dingen, die nicht an einen bestimmten Stand gebunden sind, nämlich Kultur, Kunst, Wissenschaft, Sicherheit, Freiheit. Die Stände hätten an diesen Bereichen ein jeweils unterschiedliches Interesse.⁶⁸ Johann Stigleitner äußerte sich zu Fragen des Steuerwesens: So wie der Staat nicht eine Einrichtung für den Einzelnen, sondern

61 HOHENLOHE, Ständestaat, 10 f.; vgl. auch KUSTATSCHER, *Virtus*, 379.

62 COUDENHOVE-KALERGI, *Totaler Mensch*, 25 f.

63 MEISTER, *Das Verhältnis*, 45; MEISTER, *Das staatsrechtliche Problem*, 32.

64 HEINRICH, *Schlüsselbegriffe*, 355–357; LK, 520 (F. ROMIG); WOHNOUT, *Verfassungstheorie*, 15.

65 SZ 17. 6. 1934 (R. SCHMITZ).

66 HABERMANN, *Das Maß*, 96–99.

67 NEUSTÄDTER-STÜRMER, *Ständestaat*, 5 f.

68 v. HOHENBRUCK, *Zur Frage*, 25.

für die Gesamtheit sei, so sei auch die Steuer keine vertragsmäßige Leistung für die vom Staat gewährten Vorteile, sondern „ein Opfer, welches der Einzelne im Interesse der Allgemeinheit zu erbringen hat“.⁶⁹ Bundeskanzler Schuschnigg bekundete 1937, er sei „überzeugt, auch wenn wir den berufsständischen Aufbau vollendet und die Ständeautonomie auf weitestem Gebiet verwirklicht haben werden, [...] wird man immer noch des regulierenden Faktors ‚Staat‘ und seines Einflusses bedürfen, um in verschiedenen Fragen, die sonst nicht zu lösen sind, die mittlere Linie zu finden“.⁷⁰

Bei aller Wichtigkeit, die dem Staat bescheinigt wurde, fehlte nicht das Gefühl für dessen Grenzen. Unter Berufung auf Papst Leo XIII., der den Staat als etwas naturrechtlich Begründetes betrachtete („Der Mensch ist älter als der Staat“, RN⁷¹), stießen Dietrich von Hildebrands aus personalistischem Denken heraus geäußerte Vorbehalte gegen „Staatsvergötzung“ auf breite Zustimmung.⁷² Kaum anschließen wollte man sich Hegel⁷³, der mit seiner Überschätzung des Staates Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus den Weg bereitet habe.⁷⁴ Diese totalitären Systeme seien dem Irrtum erlegen zu glauben, Autorität könne verordnet und Führer könnten ernannt werden. Als Christ forderte der Herausgeber des CS „demütige Erkenntnis der Grenzen des Staates und seiner Mission, [...] Ehrfurcht und peinliche Respektierung anderer Gemeinschaften und ihrer Sendung“.⁷⁵

8.3 Das Subsidiaritätsprinzip

Nicht die Aufgaben des Staates als solche, sondern die Art, wie er diesen am besten gerecht werde, mussten daher zum Thema werden. Die auf Wahrung des Respekts vor der einmaligen, unantastbaren und durch nichts und niemanden vertretbaren menschlichen Person bedachten Denker, die sich darum bemühten, die verhängnisvollen Folgen des Individualismus zu verhindern, ohne die Individualität zu missachten, und das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft verantwortungsvoll auszuloten, fanden das Kriterium, nach dem der Staat sein Eingriffsrecht geltend machen könne, im Sub-

69 STIGLEITNER, Finanzwissenschaft, 33–35.

70 K. SCHUSCHNIGG, Österreichs Erneuerung, 102.

71 ROOS, Die Sozialenzykliken, 136–138.

72 CONNELLY, From Enemy, 110.

73 Zu ihm vgl. GALL, Von der ständischen, 38.

74 v. HILDEBRAND, Memoiren, 13; zu den Erscheinungsformen des Totalitarismus vgl. auch PAXTON, Anatomie, 308–312; STREITENBERGER, Leitbild, 157.

75 v. HILDEBRAND, Memoiren, 180 f.; ähnlich LThK/I 9 (1937), 745–748 (A. SCHARNAGL).

sidiaritätsprinzip.⁷⁶ Diesem zufolge habe er jene Aufgaben zu erfüllen, die einzelne Personen allein nicht erfüllen können, dürfe sich aber nicht als umfassender Wohlfahrtsstaat verstehen.⁷⁷ Während die linksliberale Forschung von einer vormodernen Form des Kommunitarismus spricht⁷⁸, betrachtet die katholische Soziallehre das Subsidiaritätsprinzip als von Freiheit und zugleich Verantwortung getragene ordnungspolitische Leitkategorie mit prinzipiellem Charakter, die – als Gegenmodell zum etatistischen Leviathan⁷⁹ – den personalen Charakter sowohl des Individuums als auch der Gemeinschaft sichere und, ohne eine universale Handlungsnorm vorzugeben, das wechselseitige Verhältnis permanent neu auslote.⁸⁰ Das Konzept geht auf Bischof Wilhelm Emanuel von Ketteler zurück, das Wort führte Gustav Gundlach ein.⁸¹ Oswald von Nell-Breuning, der Autor von QA, thematisierte aber auch den hierarchischen Aspekt, indem er von der Stufenordnung der menschlichen Gesellschaft sprach.⁸²

Johannes Messner forderte, der Staat sollte so viel eingreifen wie nötig, aber so wenig wie möglich⁸³ – so wie der Solidarismus grundsätzlich kleineren Gemeinschaften den Vorrang vor größeren einräumte und es keiner Gemeinschaft erlaubte, in den Bereich des Einzelnen einzubrechen.⁸⁴ Hier kommt jener zentrale Grundsatz des Subsidiaritätsprinzips zum Ausdruck, dass die politische Gemeinschaft die engeren Gemeinschaften nicht absorbieren, sondern nur umschließen darf.⁸⁵ Er ist der Überzeugung geschuldet,

76 ANZENBACHER, Christliche Sozialethik, 147; BEYER, Ständeideologien, 133; BOHN, Ständestaatskonzepte, 50; BURGHARDT, Das berufsständische Experiment, 226; EBNETH, Wochenschrift, 147; HUBER, Die Verfassung, 31; ISENSEE, Subsidiarität, 141 f.; LACKNER, Die Ideologie, 67; MEISTER, Das Verhältnis, 44; MIKLUŠČAK, Subsidiarität, 25 f.; ORGLER, Ständestaat, 215 f.; LK, 546 f. (F. ROMIG).

77 HENSE, Der staats- und europarechtliche Gehalt, 413; ISENSEE, Subsidiarität, 131; K. LUGMAYER, Grundrisse, 118; K. LUGMAYER, Linzer Programm, 56; MEISTER, Das Verhältnis, 48; R. SCHMITZ, Der Weg, 25 f.; STRUBER, Österreichs Wiederaufbau, 21; vgl. auch H. DACHS, Franz Rehr, 221 und 260; REITMAYER, Politisch-soziale Ordnungsentwürfe, 52.

78 SOMMA, Der Faschismus, 161.

79 GABRIEL, Die Wurzeln, 11 f.

80 HÄRING, Gesetz, 962; HÄTTICH, Wirtschaftsordnung, 36–41; HENSE, Der staats- und europarechtliche Gehalt, 419; MAYER-TASCH, Korporativismus, 57–59; A. RAUSCHER, Personalität, 41.

81 HENSE, Der staats- und europarechtliche Gehalt, 405 f.; NOTHELLE-WILDFEUER, Die Sozialprinzipien, 157–161; A. RAUSCHER, Personalität, 38.

82 GABRIEL, Die Wurzeln, 16; ISENSEE, Subsidiarität, 145.

83 MESSNER, Ordnung, 63; vgl. auch PYTLIK, Berufsständische Ordnung, 42; zum staatlichen Interventionismus im Sinn des Subsidiaritätsprinzips vgl. SENFT, Im Vorfeld, 75; ähnlich ILG, Uns alle, 7; vgl. auch KESSLER, Ulrich Ilg, 74.

84 MESSNER, Ordnung, 22 f.; vgl. auch BEYER, Ständeideologien, 140 f.

85 ISENSEE, Subsidiarität, 138.

dass es Aufgaben gibt, die sich auf der niedrigeren Ebene besser erledigen lassen als auf der übergeordneten.⁸⁶ Heinrich Pesch integrierte auch Aspekte aus Wilhelm von Humboldts Schrift *Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen*. So gelang die Verbindung von katholischem Denken und liberaler Idee des Individuums, die eine sichere Schranke gegen kollektivistische oder totalitäre Gedanken bildet.⁸⁷

Othmar Spann trat für das Subsidiaritätsprinzip ein, weil der Staat nicht die einzige Organisation des Lebens sei⁸⁸, Benno Karpeles sah darin die Gewähr, den Staat nicht wieder zum liberalistischen „Nachtwächterstaat“ verkümmern zu lassen.⁸⁹ Oskar von Hohenbruck forderte, die Berufsstände sollten im Rahmen des Staates alle Verwaltungsaufgaben übernehmen, die möglich seien.⁹⁰ Insbesondere müssten sie in die Regelung der Arbeitsverhältnisse eingreifen, dürften diese nicht, wie der italienische Faschismus, dem Staat überlassen.⁹¹ Georg Moth bemühte sich um Popularisierung dieses Gedankens.⁹²

Leicht fasslich ist die moraltheologische Begründung des Subsidiaritätsprinzips: So wie es auf der privaten Ebene einen *ordo diligendi* gebe⁹³, könne in sozialer Hinsicht der *ordo caritatis* geltend gemacht werden, der das Verhältnis von Eigeninteresse und Solidarität regle. Man berief sich auf Augustinus und Thomas von Aquin, denen zufolge man nicht für jedermann sorgen könne; Vorrang müssten jene haben, die einem durch irgendwelche Umstände näher verbunden seien als andere.⁹⁴

Richard Meister ging ins Detail: Gänzlicher Normierung des Staates könnten Innen- und Außenpolitik, Polizei, Verteidigung und Rechtsordnung unterliegen; das Gegenteil gelte für Wissenschaft, Kunst, Sittlichkeit und Religion, die auf das Wahre, Schöne, Gute, zusammengefasst als das „Heilige“, gründeten. Zwischen diesen beiden Zonen liege eine mittlere, die der Gestaltung des Gemeinschaftslebens sowie von Wirtschaft, Wohlfahrt und Erziehung.⁹⁵ Auf gewissen Gebieten könne der Staat nicht nur als Ord-

86 GAMPER, Subsidiarität, 112.

87 GABRIEL, Die Wurzeln, 13 f.; HENSE, Der staats- und europarechtliche Gehalt, 416 f.; ISENSEE, Subsidiarität, 143–145.

88 HEINRICH, Schlüsselbegriffe, 359; StL 1931, 22–26 (W. ANDREAE); PICHLER, Othmar Spann, 22 und 249.

89 KARPELES, Klassenkampf, 11.

90 v. HOHENBRUCK, Zur Frage, 13.

91 v. HOHENBRUCK, Zur Frage, 22.

92 MOTH, Neu-Österreich, 81 und 91.

93 KUSTATSCHER, Haus und Familie, 126–128.

94 KOSLOWSKI, Liberalismus, 198.

95 MEISTER, Das Verhältnis, 50–55; MEISTER, Das staatsrechtliche Problem, 25–27.

nungsstaat, sondern müsse auch als Leistungsstaat in Erscheinung treten, doch nicht weiter als notwendig. Als Beispiel nannte er Subventionen im Kulturbereich.⁹⁶ Jenseits des Staates als Träger der Kultur stehe aber die „Organisation der Menschheit“; der Wert des Staates hänge davon ab, inwieweit er die Grundthesen des humanitären Völkerrechts in seine Verfassung aufnehme.⁹⁷ Diese Ansicht war die säkulare Variante des Standpunktes von Rudolf Henz: „Wenn ich einem Gebiet totale Ansprüche zubillige, dann doch eher der Religion als der Politik.“⁹⁸

Für Richard Schmitz war der Staat Träger, nicht Quelle der Kultur; er habe sie in der Weise zu fördern, dass sie ihr Eigenleben entfalten könne.⁹⁹ Ähnlicher Formulierungen bediente sich Walter Adam, der eine „gleichschaltende Diktatur“ ablehnte.¹⁰⁰ Oswald Redlich sprach 1935 über das Verhältnis von Herrschern zu Wissenschaft und Kunst; er erwartete von ihnen nicht „Expertentum“, sondern „wohlwollendes Interesse und weise Zurückhaltung“.¹⁰¹

Nicht minder laut als im kulturellen Bereich war die Forderung nach Selbstverwaltung in der Wirtschaft.¹⁰² Ludwig Draxler warnte davor, immer weitere Gebiete des Wirtschaftslebens privatem Einfluss zu entziehen.¹⁰³ Johann Stigleitner nahm die öffentliche Wirtschaft in ihrer „schweren Verantwortung für die Entwicklung der Privatwirtschaft“ in die Pflicht. Im Interesse der Privatwirtschaft, erklärte er einem breiten Publikum, sei der Staat verpflichtet, Ausgaben für Rechtspflege, Volksgesundheit und Volksbildung zu machen.¹⁰⁴

Rudolf Henz benannte die Folgen der Missachtung des Subsidiaritätsprinzips, nämlich „die bürokratische Hypertrophie unserer Verwaltungen in Staat, Ländern und Gemeinden“ und überhaupt „die meisten Übel unseres gesellschaftlichen Lebens“, verantwortet von Personen, die „weniger von der Natur als von Katheder-Doktrinen“ ausgehen.¹⁰⁵ Othmar Spann fürchtete, der Staat, der nicht alles, was sich delegieren lasse, an die Stände delegiere, könne sich nicht mehr auf seine eigentlichen Aufgaben konzentrieren und werde diese nur noch mechanisch ausführen.¹⁰⁶ Nicht zuletzt erkannte man

96 MEISTER, Das staatsrechtliche Problem, 31–35.

97 MEISTER, Einige Probleme, 22.

98 HENZ, Fügung, 357.

99 R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 53.

100 CS 23. 12. 1934 (W. ADAM).

101 SANTIFALLER, Oswald Redlich, 130.

102 CS 4. 11. 1934 (O. ENDER).

103 DRAXLER, Aufgaben, 1 f.; vgl. P. BERGER, Im Schatten, 440.

104 STIGLEITNER, Finanzwissenschaft, 3 f.

105 HENZ, Fügung, 363 f.

106 RASSEM, Othmar Spann, 98; H. WALTER, Ständewesen, 34.

den Vorteil des Subsidiaritätsprinzips darin, dass es dem Staat eine Entlastung bringe, die eine sparsamere Verwaltung möglich mache.¹⁰⁷ Dies entspricht freilich keiner authentischen Auslegung der katholischen Soziallehre, weil sich daraus die Gefahr ergeben könnte, das Subsidiaritätsprinzip als ethische Maxime außer Kraft zu setzen oder auf organisationstechnische Aspekte zu reduzieren.¹⁰⁸

Das Subsidiaritätsprinzip reicht indes weiter, es betrifft nicht nur den Staat, sondern jede Gemeinschaft.¹⁰⁹ Der CS erläuterte, dass es bis auf die untersten Ebenen, auch jenseits des rein Wirtschaftlichen, reichen sollte.¹¹⁰ Eduard Tomaschek sprach diesen Gedanken indirekt an, wenn er bemängelte, dass Beamten des öffentlichen Dienstes, wenn überhaupt, erst in fortgeschrittenem Alter verantwortungsvolle Positionen anvertraut würden – nicht zum Vorteil ihres Arbeitsethos.¹¹¹ Ludwig Adamovich wünschte für die Bundesverwaltung, dass die zentralen Instanzen auf die oberste Leitung und Aufsichtsführung beschränkt und von Entscheidungen in Einzelfällen entlastet würden.¹¹² Adolf Lenz bekannte sich zur Maxime *minima non curat praetor*.¹¹³ Das gesellschaftliche Ideal kleiner Gruppen als Gegenmodell zum zentralistischen Staat gehörte auch zum Gemeingut konservativ-liberaler Theoretiker, die für das Subsidiaritätsprinzip einen möglichst umfassenden Geltungsbereich wünschten.¹¹⁴

8.4 Föderalismus versus Zentralismus

Ähnlichem Denken entsprang das Bekenntnis zum Föderalismus.¹¹⁵ Im Bewusstsein, dass das Subsidiaritätsprinzip mehr bedeutete als Dezentralisierung und Delegation¹¹⁶, verwendete Wilhelm Taucher den Begriff fast synonym mit „Ständeföderalismus“, den er dem Länderföderalismus an die

107 DOBRETSBERGER, Vom Sinn, 41 und 56; vgl. BEYER, Ständeideologien, 134; BUGELNIG, Der Ständestaat, 71; DASSEL, Gegen Parteienstaat, 32 f.; H. SCHMITZ, Die berufsständische Ordnung, 5 f.; HUBER, Die Verfassung, 18; PELINKA, Stand, 192; UNTERRAINER, Wirtschaftspolitik, 40; H. WALTER, Ständewesen, 279.

108 ISENSEE, Subsidiarität, 135; MAYER-TASCH, Korporativismus, 73; NOTHELLE-WILDFEUER, Die Sozialprinzipien, 160.

109 ISENSEE, Subsidiarität, 165 f.

110 EBNETH, Wochenschrift, 146.

111 TOMASCHEK, Gewerkschaftliche Programmatik, 10.

112 ADAMOVICH, Handbuch, 54.

113 LENZ, Fürsorgebewegung, 842.

114 HABERMANN, Das Maß, 17–19 und 35 f.

115 HÄTTICH, Wirtschaftsordnung, 36 und 42; LACKNER, Die Ideologie, 68; SENFT, Im Vorfeld, 141.

116 GABRIEL, Die Wurzeln, 18.

Seite stellte.¹¹⁷ Auch Hans Karl Zeßner-Spitzenberg sah den Länderföderalismus „mit dem Sozialföderalismus der ständischen Gesellschaftsordnung auf einer geistigen Linie“.¹¹⁸ Für ihn bedeutete Föderalismus die Pflege und Wahrung der Eigenart der einzelnen Länder¹¹⁹, aber auch die Achtung vor dem Recht der „speziellen Lebenskreise, der kleineren Verbände, die den Gesellschaftsorganismus [...] aufbauen“.¹²⁰ Er meinte: Gemeinde, Berufsstand, Familie, kulturelle Gemeinschaft.¹²¹ Eduard Ludwig wurde dieser Gedanke in der Krise von 1938 bewusst; den „Anschluss“ kommentierte er so: „Der staatsabsolutistische, kollektivistische, cäsaristische Gedanke hat in Österreich eine Schlacht gegen Universalismus, ständische Demokratie und Föderativgedanken geschlagen.“¹²²

Ludwig Adamovich erläuterte den Nexus 1936 in einem im Rahmen der *Österreichischen Akademie* gehaltenen Vortrag zum Thema *Die österreichische Staatsidee, Länderföderalismus und Ständeföderalismus*.¹²³ Anton Klotz sprach ein philosophisch begründetes politisches Ordnungskonzept an, einen ständischen „Urgedanken“, wie es im Spann-Kreis hieß:¹²⁴ Föderalist zu sein bedeute „den richtigen Instinkt für harmonischen Aufbau der Einheit aus der Vielfalt hegen“.¹²⁵ Eleganter die Formulierung, die Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi fand: „Die politische Forderung der Brüderlichkeit ist der Föderalismus, der natürliche und organische Aufbau des Staates aus seinen Individuen. Das föderalistische System entspricht der natürlichen Weltordnung. Es fordert einen hierarchischen Aufbau der Welt von unten nach oben.“¹²⁶

Sehr praxisnah brachte Ulrich Ilg den Sachverhalt auf den Punkt: „Nicht der Bund hat gnadenhalber den Ländern gewisse Agenden zugeteilt, sondern die Länder haben durch ihre Vertreter sich geeinigt, gewisse Agenden zur einheitlichen Betreuung dem Bunde zu überlassen.“¹²⁷ Ludwig Hülgerths Diktion lässt biblische Anklänge erkennen: „Gemeinde und Land muss dem Staate geben, was des Staates ist. Es darf aber auch der Staat

117 MSchKP 1, 581–589 (W. TAUCHER).

118 CS 5. 1. 1936 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

119 K. P. ZEßNER-SPITZENBERG, Hans Karl, 58.

120 CS 5. 1. 1936 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

121 CS 18. 3. 1934 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG); vgl. auch SIMONETT, Die berufsständische Ordnung, 108 f.

122 LUDWIG, Österreichs Sendung, 214.

123 H. SCHUSCHNIGG, Die Österreichischen Akademien, 242.

124 PICHLER, Othmar Spann, 40; DASSEL, Gegen Parteienstaat, 31.

125 KLOTZ, Was wird, 48; vgl. LK, 170 f. (H. S. STRELOW).

126 COUDENHOVE-KALERGI, Totaler Mensch, 127 f.

127 ILG, Uns alle, 54; vgl. auch KESSLER, Ulrich Ilg, 74.

nicht vergessen, den Ländern und Gemeinden zu geben, was ihnen gebührt, und zu vermeiden, sie wie arme Verwandte zu behandeln, die nirgends sehr beliebt sind.“¹²⁸ Franz Rehr¹²⁹, Lorenz Karall¹³⁰ und Richard Schmitz¹³¹ teilten diese Einschätzung.

Leopold Kunschak forderte eine präzise Unterscheidung zwischen Föderalismus und Partikularismus, welch Letzterer abzulehnen sei.¹³² Zentrifugalen Kräften sollte mit dem Subsidiaritätsprinzip also nicht das Wort geredet werden.¹³³ Auch der kurzzeitig in Graz lehrende Wilhelm Röpke wünschte eine föderative Staatsstruktur.¹³⁴

All den zitierten Stellungnahmen und Definitionsversuchen liegt nicht der moderne Verfassungsföderalismus zugrunde, der Kompetenzen präzise zuordnet, sondern der Vertragsföderalismus in der Tradition des Johannes Althusius, der nicht mit automatischen, unwiderruflichen Regelungen arbeitet, sondern – mit Blick auf die beste Lösung – politisches Aushandeln von Fall zu Fall vorsah.¹³⁵

Die in der Maiverfassung festgeschriebene Entscheidung für den Bundesstaat war nicht von vornherein selbstverständlich gewesen, denn nach 1918/19 hatten die Länder schwere Vorbehalte gegen das rote Wien gehabt¹³⁶, und noch bei den Verfassungsdiskussionen im Frühjahr 1934 hatte zunächst auch die Landesbürgerschaft im Raum gestanden. Schließlich einigte man sich darauf, die Aufnahme in den Heimatverband von der Zustimmung der Landesregierung abhängig zu machen.¹³⁷ Diese verworren anmutende Regelung ruft den im Ständestaat gerade hinsichtlich des Föderalismus bestehenden Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit ins Bewusstsein.¹³⁸ Inwieweit das 1934 im CS beschriebene und grundsätzlich erörterte Modell der Stadt Linz¹³⁹ für ganz Österreich relevant war, wäre noch zu untersuchen.

Otto Ender brachte als Argument für den bundesstaatlichen Charakter Österreichs dessen geschichtliche Entwicklung vor; das Eigenleben der Länder sei so stark, dass eine Nichtbeachtung in der Verfassung keine Stär-

128 CS 16. 12. 1934 (L. HÜLGERTH).

129 H. DACHS, Franz Rehr, 217; HANISCH, Franz Rehr, 11; SCHREINER, Franz Rehr, 80.

130 WURM, Dr. Lorenz Karall, 222.

131 R. SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm, 9 und 32 f.

132 KRIECHBAUMER, Dieses Österreich, 299; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 267.

133 Vgl. hierzu LK, 547 (F. ROMIG).

134 SCHÜLLER, Wirtschaftshumanismus, 164 und 175.

135 HÜGLIN, Föderalismus, 326.

136 HANISCH, Demokratieverständnis, 76.

137 PMR 8/6, Prot. 930 (20.–29. 3. 1934), 143.

138 SUPPANZ, Österreichische Geschichtsbilder, 236; WIEDERIN, Christliche Bundesstaatlichkeit, 34.

139 CS 7. 10. 1934 (J. STAMPFL).

kung, sondern eine Schwächung des Staates bedeutet hätte.¹⁴⁰ Friedrich Funder¹⁴¹, Leopold Figl¹⁴² und Georg Moth¹⁴³ lehnten den Zentralismus ebenfalls aus historischen Gründen ab.

In weit zurückliegenden Epochen fanden auch Franz Kolb und Oswald Redlich Vorbilder, die sie als Argumente gegen „Absolutismus“ und „Zentralismus“ geltend machten. Ersterer ortete in der Geschichte Tirols zumal unter Maximilian I. „eine gewisse patriarchalische Treue des einfachen, naturhaften Bauernvolkes gegenüber seinem Fürsten“¹⁴⁴, Letzterer widmete bei der Darstellung der Geschichte Österreichs im 17. und 18. Jahrhundert dem Verhältnis zwischen der *Monarchia Austriaca* und den Ländern breiten Raum.¹⁴⁵ Sein Interesse an der Epoche des Absolutismus, als deren Signatur er den Zentralismus hervorhob¹⁴⁶, begründete er 1920 mit dem für ihn traumatischen „Zerfall“ der Monarchie.¹⁴⁷ Das „im kleinen Deutschösterreich“ wahrgenommene „Wegstreben von dem bisherigen Mittelpunkt“ war für ihn eine Reaktion gegen den Zentralismus.¹⁴⁸

Einen anderen Akzent musste er daher bei der Beurteilung der Pragmatischen Sanktion setzen, die sehr positiv ausfiel: Er deutete diese als freiwilligen Verzicht, auf Seiten der Länder auf die Trennung vom Gesamtstaat, auf Seiten des Herrschers auf die Teilung von Ländern oder Ländergruppen; so habe der Fürst einem unteilbaren Ganzen gegenüberstehen können. Am „älteren Absolutismus“ stellte er etwas „Familienhafte(s)“ fest, das erst durch die „Staatsomnipotenz“ des aufgeklärten Absolutismus abgestreift worden sei.¹⁴⁹ Sein Bild des Monarchen war das des Hauptes, das allmählich von den Gliedern gelöst worden sei; der Untertan habe hierbei im Laufe der Zeit eine Metamorphose vom „Glieder eines Staatsorganismus“ zum „Rädchen einer Staatsmaschine“ durchgemacht.¹⁵⁰

Hans Karl Zeßner-Spitzenberg nannte die Pragmatische Sanktion ein festes Band „der von Haupt und Gliedern gewollten Ländergemeinschaft“; 1804

140 PMR 8/5, Prot. 919/3 (1. 2. 1934), 510 f.; es sei aber auch die Möglichkeit der Durchsetzung eines einheitlichen Staatswillens wichtig; CS 4. 11. 1934 (O. ENDER).

141 REISS, Dr. Friedrich Funder, 157.

142 FIGL, Ansichten, 26 f.

143 MOTH, Neu-Österreich, 97.

144 KOLB, Die geistigen Grundlagen, 15 und 25.

145 Vgl. HANISCH, Demokratieverständnis, 75.

146 SANTIFALLER, Oswald Redlich, 159.

147 REDLICH, Ausgewählte Schriften, 65 f. und 73.

148 REDLICH, Ausgewählte Schriften, 39; vgl. H. DACHS, Österreichische Geschichtswissenschaft, 101.

149 REDLICH, Ausgewählte Schriften, 45 f.

150 HANISCH, Konservatives und revolutionäres Denken, 209; STOLLBERG-RILINGER, Der Staat, 21.

sei ein „Hauskaisertum“ entstanden, kein „Kaiserstaat“.¹⁵¹ „Österreichertum“ setzte er mit Föderalismus gleich; es sei die „Verbindung des Verschiedenen bei Achtung jeder Eigenart“. Mitte des 19. Jahrhunderts sei es, anders als einst im Heiligen Römischen Reich, aber versäumt worden, „das Ländertum grundlegend zu bewahren und zu bewähren“. Als Negativbeispiele nannte er das historische Preußen und das Italien Mussolinis; der Zentralismus des Ersteren sei zum „Dritten Reich“ verkommen. Der Zentralismus sei also „eine Folgeerscheinung des Zurückdrängens der Kultur durch Zivilisation und ein Zeichen der Überspannung des Staatsbegriffs selbst, der allzu viele Funktionen anderer Gesellschaftsverbände aufgesaugt hat“.¹⁵² 1920 sei Österreich dem Länderföderalismus treu geblieben. Zurzeit [sc. 1936, E. K.] erlebe das Land einen „autoritären Übergangszentralismus“.¹⁵³

Ignaz Seipel machte den Föderalismus in einer Münchner Rede vom 21. Januar 1929 zum Thema, und auch er argumentierte historisch: Obwohl unter der gleichen Herrschaft, seien die österreichischen Länder niemals Provinzen oder Verwaltungsbezirke gewesen. Die Grenze zwischen Föderalismus und Autonomie empfand er als fließend.¹⁵⁴

Kurt Schuschnigg dachte ebenfalls in historischen Längsschnitten: In der österreichischen Geschichte seit 1848 seien „die beiden staatstragenden Prinzipien des deutschen Raumes“ in zunehmender Schärfe einander gegenübergetreten, „das eine von gestern: die föderative und konservative Gestaltung des Reiches, [...], das andere von morgen: der zentralistische Aufbau des Machtstaates, die vordringende imperiale Idee der nationalen Einheit“.¹⁵⁵ Diese Einstellung hinderte ihn indes nicht, als Justizminister eine Erweiterung der Kompetenzen des Bundes gegenüber den Ländern anzustreben; er begründete diese Politik mit den aktuellen Notwendigkeiten.¹⁵⁶

All diese Äußerungen erfolgten in letzter Konsequenz aus altständisch geprägtem Denken heraus. Eine Schlüsselfunktion kam dem Adel zu. Die als Wissenschaftler mit dem 17. und 18. Jahrhundert vertrauten Historiker hatten von diesem Stand dasselbe Bild wie Hans Karl Zeßner-Spitzenberg, der ihm selbst angehörte, nämlich das einer Zwischenschicht zwischen Krone und Untertanen, Kernstück eines organischen Staatsaufbaus, und sie waren tief durchdrungen vom Begriff der *Libertät* des Alten Reichs, welche die Idee der Autorität mit der der Freiheit verknüpfte.¹⁵⁷ Er entspricht der

151 CS 5. 1. 1936 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

152 CS 18. 3. 1934 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

153 CS 5. 1. 1936 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

154 RENNHOFFER, Ignaz Seipel, 192 und 604 f.

155 K. SCHUSCHNIGG, Österreich, 8.

156 HOPFGARTNER, Schuschnigg, 89 f.

157 ALLMAYER-BECK, Konservatismus, 52 f.

konservativ-liberalen Sichtweise, der zufolge „echter Liberalismus“¹⁵⁸ per se Anwalt des Föderalismus sei.¹⁵⁹ Das Bekenntnis zu diesem war daher Ausdruck derselben Grundhaltung wie die Sympathien für die kleinräumige ständisch-korporative Vielfalt in der alten Reichsverfassung, nämlich der Skepsis gegen Modernisierungsphänomene und der Ablehnung des absolutistischen Obrigkeitsstaates.¹⁶⁰ Die Argumentation erinnert an Otto Brunners These, der ursprüngliche Gedanke des Ständetums sei nicht der Wille zur Macht im Staat, sondern zur Freiheit vom Staat gewesen.¹⁶¹

8.5 Das Autoritäre

Der autoritäre Charakter des österreichischen Ständestaates ist der Aspekt, der in der historiographischen Auseinandersetzung mit den Jahren 1933–1938 einen Angelpunkt darstellt. Obwohl der Begriff in der Maiverfassung nicht vorkommt, ist er realgeschichtlich eine erwiesene Tatsache.¹⁶² Otto Ender erklärte im Februar 1934, der Übergang zum Ständestaat werde „autoritär, ja fast diktatorisch sein müssen“.¹⁶³ Damit meinte er die *dictatura* im Sinn des republikanischen Rom, nämlich die Notstandsregierung auf Zeit.¹⁶⁴ Als Legitimation diene ein Konzept von „Autorität“, das zwar in sich kohärent ist, aber zugleich die sie begründenden Werte politisch instrumentalisierte und Andersdenkende politisch ausschloss.¹⁶⁵

Ein zentrales Dokument für diesen Begriff von Autorität ist Dollfuß' Trabrennplatz-Rede von 1933: Der Kanzler setzte den Akzent nicht wie August Zell, der, an Hobbes' dezisionistische Befehlsgewalt erinnernd¹⁶⁶, „eine Staatsgewalt mit restloser Autorität“ forderte¹⁶⁷, sondern hob den ursprünglichen Sinn des Begriffs als „Ansehensmacht“ hervor¹⁶⁸: „Autorität heißt nicht Willkür, Autorität heißt geordnete Macht, heißt Führung durch verantwortungsbewusste, selbstlose, opferbereite Männer.“¹⁶⁹ Wenige Monate

158 Nicht der in Österreich im späten 19. Jahrhundert mächtig gewordene Liberalismus.

159 HABERMANN, Das Maß, 32 und 34.

160 HABERMANN, Das Maß, 95; STOLLBERG-RILINGER, Vormünder, 1–3.

161 BRUNNER, Die Freiheitsrechte, 189–192.

162 DIAMANT, Katholiken, 243; BINDER/WOHNOUT, Das autoritäre Regierungssystem, 151; WIEDERIN, Christliche Bundesstaatlichkeit, 33 und 37 f.; WOHNOUT, Regierungsdiktatur, 6.

163 Zit. nach BARNAY, Erfindung, 402.

164 HANISCH, Der lange Schatten, 303; NOSER, Die historische Tragik, 214 f.

165 STOLLBERG-RILINGER, Die Historiker, 37.

166 GG 1 (1972), 392 f. (Autorität, H. RABE).

167 ZELL, Ständische Staats-Gliederung, 5.

168 GG 1 (1972), 382–384 (Autorität, H. RABE).

169 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 31 und 52 f.; vgl. auch KINDERMANN, Österreich, 93 f.; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 134–136.

später erläuterte er in einem Leitartikel in der *Reichspost*, jedes Gemeinwesen brauche eine Autorität, die das Ganze repräsentiere und stark genug sei, „die Vielheit geistiger und materieller Interessen zum Ganzen zu formen“. ¹⁷⁰

Dollfuß war in seinem Denken und Handeln von den in seinen Augen segensreichen Erfahrungen geleitet, die er in seinem persönlichen Werdegang mit der Autorität gemacht hatte. ¹⁷¹ Bäuerlicher Autokrat, der er war, glaubte er an ein Regierungssystem nach agrarischem Muster mit einer starken technokratisch-politischen Elite, der das Wohl des Volks zwar wichtig war, die sich aber das Recht vorbehielt, dessen Wünsche als unverbindlich zu betrachten. ¹⁷² Dabei kam ihm die noch im frühen 20. Jahrhundert in Österreich bestehende Struktur vieler, vor allem ländlicher Gemeindeverwaltungen zugute, in der es eine Art Klientelsystem und einen betont elitären Aufbau gab ¹⁷³, außerdem die bäuerliche Mentalität, die Pflichten stärker betonte als Rechte. ¹⁷⁴ Als Minister und als Bundeskanzler traf er die meisten Entscheidungen ohne Rücksicht auf andere Meinungen ¹⁷⁵, unterstützt von einer Exekutive mit weitreichenden Handlungsspielräumen. ¹⁷⁶

Kurt Schuschnigg ortete „die Legitimation für die autoritäre Führung [...] in der Sorge für das allgemeine Wohl“. ¹⁷⁷ Die Zentralverwaltung habe zwar „niemals die [Funktion] einer diktatorischen Entscheidung“ ¹⁷⁸, brauche aber die Möglichkeit, durch Ausübung eines Weisungsrechts die Einhaltung des Regierungskurses zu sichern. ¹⁷⁹ Gegen die konstitutionellen Bemühungen des 19. Jahrhunderts hatte Schuschnigg Vorbehalte. ¹⁸⁰

Anton Klotz stellte sich in die aristotelische Tradition, die Autorität auf die natürliche Vernunft zurückführte ¹⁸¹: In „Fortsetzung von Traditionen uralter Staatsweisheit“ rechne Österreich – anders als die totalitären Regimes in anderen Ländern – mit der göttlichen Ordnung; der österreichische Mensch sei seinem Wesen nach konservativ. Schuschniggs Pressedienstleiter war ein Bewunderer der angelsächsischen Tradition, in der nicht Volksvertretung in engem Wortsinn maßgeblich sei, sondern „die Übereinstim-

170 DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 52 f.; vgl. auch BUSSHOFF, Dollfuß-Regime, 192.

171 JAGSCHITZ, Dollfuß, 208; MILLER, Engelbert Dollfuß, 21.

172 HANISCH, Dilemma, 107 f.; MILLER, Engelbert Dollfuß 14 f. und 59.

173 MILLER, Engelbert Dollfuß, 60 f.

174 MILLER, Engelbert Dollfuß, 70.

175 MILLER, Engelbert Dollfuß, 20.

176 MILLER, Engelbert Dollfuß, 58.

177 Zit. nach MÄRZ, Ständestaat, 7; vgl. auch ADAM, Staatsprogramm, 59.

178 K. SCHUSCHNIGG, Im Kampf, 100.

179 PMR VIII/6, Prot. 930 (20.–29. 3. 1934), 194.

180 K. SCHUSCHNIGG, Österreich, 41.

181 NEWMAN, Zerstörung, 254 f.

mung der Regierung mit dem ‚gesunden‘ Teil der öffentlichen Meinung“.¹⁸² Eduard Ludwig sah in der ständischen Verfassung Österreichs alle Möglichkeiten der Demokratie verwirklicht und hielt die autoritäre Entwicklung des Staates für eine Notwendigkeit.¹⁸³

Wenig überraschend sind Bekenntnisse zum Autoritären aus dem Munde eines ehemaligen Polizeibeamten. Franz Brandl wusste manch energische Maßnahme, die er als solcher gesetzt hatte, schlüssig zu begründen: „Man darf nicht vergessen: wir waren damals [sc. in den 1920er-Jahren, E. K.] noch mitten im individualistischen Zeitalter mit seinem Respekte vor den Meinungen der ‚anderen‘, mochten sie sogar ‚staatsfeindlich‘ sein. Es wurden nur ‚Zulässigkeitsgrenzen‘ abgesteckt.“¹⁸⁴ Zentrale Aspekte des Selbstverständnisses der Polizei leitete er aus dem Unbehagen am Parteienstaat ab; mit Blick auf die Anfänge der Republik erklärte er: „Wir waren ja aus dem Autoritätsstaate in den Parteienstaat hinüber gegliitten, in dem die Partei das Höchste bedeutete. Nur wir Polizisten konnten und wollten das nicht wahr haben und lehnten es ab, Amboss zu sein, wo wir Hammer sein sollten.“¹⁸⁵ Daher bereitete es ihm Genugtuung, einen so prominenten Gewährsmann wie Ignaz Seipel mit der Ansicht zitieren zu dürfen, in manchen Zeiten könne ein Staat nur durch Polizeipräfekten regiert werden, wie etwa das Rom der Kaiserzeit. Dieses Rom sei dann aber durch das Werk des Augustinus zur *Civitas Dei* geworden. Damit sei, auf das moderne Österreich bezogen, der Neuaufbau auf der Basis von QA gemeint.¹⁸⁶

Hermann Struber hatte noch vor der Parlamentskrise vom März 1933 Verständnis für autoritäre Tendenzen in der Politik gezeigt.¹⁸⁷ Bei Ludwig Draxler hingegen waren es die ersten Erfahrungen mit der berufsständischen Ordnung, die ihn zur Einsicht führten, dass diese nur dann funktionieren könne, wenn eine starke Regierung unabhängig von den Wünschen der einzelnen Berufsstände so entscheide, wie es dem Gemeinwohl entspreche. Das Autoritäre brauche es immer dann, wenn egoistische Motive überhand nähmen und zum Interesse der Allgemeinheit in Widerspruch stünden.¹⁸⁸ Johann Staud rechtfertigte es mit Blick auf die Probleme einer raschen Umsetzung der berufsständischen Ordnung, aber „die große staatsmännische Kunst besteht nun darin, die richtige Synthese zwischen Selbst-

182 KLOTZ, Sturm, 47 f.; MSchKP 1, 111 f. (A. KLOTZ).

183 STEINER, Wahre Demokratie?, 44 f.

184 BRANDL, Kaiser, 109.

185 BRANDL, Kaiser, 270.

186 BRANDL, Kaiser, 388.

187 STRUBER, Österreichs Wiederaufbau, 3.

188 PMR IX/6, Prot. 1042/13 (30. 10. 1936), 318.

verwaltung und Autorität, zwischen Freiheit und Bindung zu finden“.¹⁸⁹ Johannes Messner glaubte einer Übermacht der Stände vorbauen zu müssen, denen es nicht möglich sein sollte, den Staat „zum bloßen Vollzugsorgan ihrer Interessenausgleiche herab[zu]würdigen“.¹⁹⁰ Dabei könne es „wohl vorkommen, dass der Staat vorübergehend sogar zu Maßnahmen greifen muss, welche als Einschränkung naturgegebener Rechte erscheinen“.¹⁹¹

So anfechtbar viele Äußerungen des Autoritären anmuten, sie waren auf einer jenseits der Tagespolitik liegenden Ebene verankert. Franz Martin Schindler forderte von den eine Gesellschaft Leitenden, sie müssten mit „Sorgfalt und Hingabe“ agieren und den Mitgliedern mit Billigkeit begegnen: Dies verleihe ihnen eine von allen Seiten anerkannte Autorität.¹⁹² Albert M. Weiss beschrieb Autorität als einigende Macht, die das Ganze der Ordnung zuführe, und betonte die naturrechtliche Verankerung.¹⁹³

Derlei Gedanken kamen im CS ausgiebig zur Sprache.¹⁹⁴ Dietrich von Hildebrand unterschied die Überordnung der Autorität über den Menschen von der des Vereinsvorsitzenden; sie beruhe nicht auf einer freiwilligen Bindung, sondern sei „so souverän wie die Forderungen der Wertewelt“.¹⁹⁵ Er forderte jene „wahre Objektivität“, die auf der Unterscheidung zwischen Wesentlichem und Akzidentielltem beruhe.¹⁹⁶ Im NR verfocht Josef Eberle eine starke Autorität gegen Volkssouveränität und Demokratie, durch die eine „Erschütterung der gesunden Ehrfurcht“ verhindert werden solle.¹⁹⁷ Zwischen Führer- und Autoritätsgedanken gelte es zu unterscheiden, denn echte Autorität bedeute die Bindung der Macht an ewige Gesetze.¹⁹⁸ Die SZ publizierte 1933 einen Beitrag von Otto Karrer SJ, der Autorität als Sachwaltung im Namen Gottes in den Dienst der Ordnung und der menschenwürdigen Entfaltung des Einzelnen stellte; ihre Stellung und ihr Recht erhalte sie sich durch Demut.¹⁹⁹ In der MSchKP erläuterte Johannes Hollnsteiner die Bindung der Autorität an das Naturgesetz und ihren Charakter als Abbild der Autorität Gottes; das private Leben dürfe durch sie aber in keiner Weise ein-

189 KLUWICK-MUCKENHUBER, Johann Staud, 111; zur Auffassung der VF vgl. KRIECHBAUMER, Front, 55.

190 MESSNER, Ordnung, 70.

191 MESSNER, Ordnung, 89.

192 SCHINDLER, Lehrbuch III, 757 f.

193 A. M. WEISS, Wesen, 22 f.; denselben Gedanken betonte noch 1957 Otto von Habsburg; BAIER/DEMMELE, Otto von Habsburg, 249.

194 EBNETH, Wochenschrift, 145 f.

195 v. HILDEBRAND, Memoiren, 172; vgl. SEEFRIED, Reich, 251 f.

196 NOSER, Die historische Tragik, 224 f.

197 HOFER, Joseph Eberle, 68.

198 EPPEL, Zwischen Kreuz, 98–100.

199 SZ 29. 1. 1933 (O. KARRER).

geschränkt werden.²⁰⁰ Im LThK/I wurde Autorität als notwendige Folge der organisierenden Funktion der Rechtsordnung und nicht, so ausdrücklich, als deren primäre Quelle bezeichnet.²⁰¹

Johannes Messner unterstrich, dass politische Autorität ohne Zwangsgewalt nicht auskommen könne; die Zustimmung der Geführten sei keineswegs eine notwendige Bedingung für ihre Ausübung, weil es ja nicht ein Sozialkontrakt oder der Volkswille seien, die ihre Grundlage bilden; gleichwohl sei ein autoritärer Staat nicht notwendig ein totalitärer, denn „der autoritäre Staat sieht sich bei aller Machtfülle, die ihm eignet, an das Gemeinwohl gebunden und seinen Herrschaftsbereich durch dieses begrenzt“.²⁰² Im Staatsführer sah Messner den Vollzieher des Sittengesetzes, der sich seinen Vorrang durch persönliche Bewährung sichere.²⁰³ Andere Solidaristen beschrieben die Tätigkeit eines Führers als „richtunggebend“.²⁰⁴ Ernst Karl Winter sprach von der „subsidiären Funktion des Autoritären“.²⁰⁵

In der Orientierung am Gemeinwohl fand selbst Karl Lügmayr, der Philosoph des Personalismus, ein Argument für die Autorität.²⁰⁶ 1921 bezeichnete er sie als eine der Säulen einer als „Gesinnungsschule“ verstandenen Erziehung²⁰⁷; jeder müsse sich der Autorität dessen unterordnen, „der am berufensten ist“.²⁰⁸ Denselben Gedanken erläuterte Leopold Figl 1960 in einer mit *Autorität und Demokratie* überschriebenen Rede.²⁰⁹

Richard Kerschagl warnte davor, lediglich auf „Nützlichkeit im Diesseits“ bedacht zu sein, weil darauf „wahre Autorität nun einmal nicht gründen“ könne; Autorität habe ein „teleologisches Wesen“; ihre „Spitze“ liege in Gott.²¹⁰ Hans Karl Zeßner-Spitzenberg, der Theoretiker der Legitimität, kannte innerhalb des Rechts noch „das bessere Recht“. Mit Bezug auf die Herrschergewalt fand er solches in der väterlichen Gewalt und in der „Autorität“ der „Weisheit“ und der „Tapferkeit“.²¹¹ Die Träger der Staatsgewalt, so unter Berufung auf Thomas von Aquin, sollten aber wissen, dass nur die Gewalt, nicht sie selbst von Gott seien und dass ihre Aufgabe nicht mehr sei

200 MSchKP 1, 488–496 (J. HOLLNSTEINER).

201 LThK/I 9 (1937), 692–696 (G. GUNDLACH).

202 MESSNER, *Ordnung*, 69 f.; vgl. auch LK, 43 (F. ROMIG); SIMON, *Die verirrte Erste Republik*, 80.

203 STREITENBERGER, *Leitbild*, 185; PYTLIK, *Berufsständische Ordnung*, 95.

204 BEYER, *Ständeideologien*, 142.

205 WINTER, *Arbeiterschaft*, 35.

206 K. LUGMAYER, *Grundrisse*, 81.

207 F. LUGMAYER, *Karl Lügmayr*, 11; PRIBYL, *Der christlichsoziale Politiker*, 135.

208 K. LUGMAYER, *Grundrisse*, 136.

209 FIGL, *Reden*, 148.

210 KERSCHAGL, *Die Quadregesimo anno*, 19–21.

211 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, *Legitimität*, 167.

als eine Notwendigkeit.²¹² Ulrich Ilg forderte von ihnen die Beachtung des Sittengesetzes.²¹³

Othmar Spann brachte Autorität mit „Kraft der Überzeugung“, mit „Dignität“ der von ihren Trägern verkörperten Werte und mit „Dienstgesinnung“ in Verbindung und definierte sie als „Führungsmacht kraft geistiger Gültigkeit“, die sich von bloß physischer Gewalt unterscheide.²¹⁴ Machtausübung „ohne die Grundlage geistiger Gültigkeit“ sei ein Missbrauch.²¹⁵ Für Julius Raab beruhte Autorität auf einem wechselseitigen Verhältnis von Vertrauen und Obsorge für die Geführten.²¹⁶ In der pädagogischen Fachliteratur der dreißiger Jahre stand die auf Zwangsmittel nicht angewiesene Autorität der Person im Mittelpunkt, etwa die durch Vorbildlichkeit erworbene „innere“ Autorität des Lehrers.²¹⁷

Josef Dobretsberger argumentierte rechtsphilosophisch: In Abgrenzung von Positivismus und Neukantianismus räumte er dem Prinzip der Gerechtigkeit Priorität vor absoluter Rechtssicherheit ein. Auch gebe es Situationen, die Ausnahmen erforderlich machten: Der autoritäre Staat, so in Anlehnung an den Tübinger Staatsrechtler Fritz Freiherr Marschall von Bieberstein, sei „eine Absage an den Rechtsformalismus und ein Bekenntnis zum lebendigen Recht, [...] weil er sich grundsätzlich auf den Boden der Dynamik stellt“; in ihm trete an die Stelle der gesetzlichen Einzelregelung das freie Ermessen.²¹⁸ Im österreichischen Ständestaat würden „zwei ehemals unvereinbare Gegensätze verbunden: Autorität und Freiheit“.²¹⁹ Für Anton Klotz waren diese „nicht Feinde“, sondern komplementäre Größen, „wenn sie im richtigen Verhältnis gemischt“ seien.²²⁰

Konstantin von Hohenlohe begründete die Autorität damit, dass „der amorphe Körper Volk“ einen „ergänzenden Denk- und Willensapparat“ brauche, gleich dem Vormund eines Minderjährigen. Es sei aber nicht so, dass sich das Volk gegen ungerechtfertigte Lasten keinen Widerstand erlauben dürfe, sofern es ihn über die Stände artikuliere.²²¹

Richard Meister thematisierte die Autorität in einer 1939 erschienenen Abhandlung über Ciceros Staatsschrift. Die verlorene, von Augustinus (civ.

212 H. K. ZEßNER-SPITZENBERG, Legitimität, 172.

213 ILG, Uns alle, 11.

214 Zit. nach LK, 42 (F. ROMIG).

215 SPANN, Der wahre Staat, 205; vgl. auch MAYER-TASCH, Korporativismus, 44.

216 GERLICH, Julius Raab, 470.

217 KRASSER, Ständestaat, 23; vgl. SCHRETTTER, Das ideologische Nahverhältnis, 46 f. und 120.

218 DOBRETSBERGER, Vom Sinn, 25–28.

219 SZ 16. 12. 1934 (J. DOBRETSBERGER).

220 KLOTZ, Sturm, 44.

221 HOHENLOHE, Ständestaat, 10 f.

2, 21) in der Form *ex summis et infimis et mediis interiectis ordinibus* überlieferte Passage (rep. 3, 1–2) las Meister als den Gegensatz zwischen Optimaten und Plebs. Er lehnte es ab, die Trias der *ordines* als *magistratus* – *senatus* – *populus* zu deuten, sondern hielt *prudens* – *optimates* – *plebs* für richtig.²²² Der „Kluge“ war auch für ihn der Staatsmann, jener „Führer“ und „Diener der Gemeinschaft“²²³, der nach Leopold Engelhart von sittlichen Grundsätzen auszugehen und mit hohem Verantwortungsbewusstsein ausgestattet zu sein habe²²⁴, jener, der in der Stunde der Gefahr alle anderen überrage, der die ideale Seelenordnung in sich verwirkliche.²²⁵

Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi räsonierte über Autorität mit Blick auf die verschiedenen Kulturstufen, wobei er der Demokratie bescheinigte, hohen Ansprüchen zu genügen.²²⁶ Es gebe in einem Staatswesen aber Augenblicke, in denen sie nicht mehr funktioniere und „durch robustere Regierungsmethoden ersetzt werden muss“.²²⁷ Als Beispiel für eine solche Zwangslage nannte er Österreich in der Zeit, als die vom Nationalsozialismus ausgehende Gefahr übermächtig geworden sei.²²⁸ Anton Rintelen hatte die Gesamtsituation nach dem Ersten Weltkrieg im Blick, wenn er feststellte: „Eine Regierung wird zur Regiererei, wenn sie nicht die notwendigen Machtmittel besitzt, um in der Innenpolitik ihren Willen unter allen Umständen durchzusetzen.“²²⁹

Dem Unterschied zwischen autoritärem und totalitärem System widmete Josef Dobretsberger breiten Raum. Als Mittel der Staatsverwaltung hielt er „Totalität“ für gerechtfertigt, „Totalität der Zielsetzungen“ lehnte er aber ab.²³⁰ Auch dürfe der Totalitätsanspruch des Staates den Bereich des Politischen nicht überschreiten. Als Beispiel für den Misserfolg solchen Strebens nannte er das bolschewistische Russland.²³¹ Aber er hatte auch den Nationalsozialismus vor Augen, wenn er erklärte, die getrennten Wege Deutschlands und Österreichs seien „durch den Gegensatz von totalem und autoritärem Staat bedingt“. Sein Resümee: „Ständestaat und totaler Staat schließen sich aus.“²³²

222 MEISTER, Der Staatslenker, 102.

223 ENGELHART, Führertum, 36.

224 ENGELHART, Führertum, 17.

225 MEISTER, Der Staatslenker, 84.

226 COUDENHOVE-KALERGI, Totaler Mensch, 67.

227 COUDENHOVE-KALERGI, Totaler Mensch, 56.

228 COUDENHOVE-KALERGI, Totaler Mensch, 58; vgl. auch GEHLER, Der lange Weg 1, 66.

229 RINTELEN, Erinnerungen, 156.

230 DOBRETSBERGER, Vom Sinn, 41 f.; vgl. auch DE FELICE, Deutungen, 80 f.

231 DOBRETSBERGER, Vom Sinn, 19–21.

232 DOBRETSBERGER, Vom Sinn, 57.

Karl M. Stepan erkannte ebenfalls im autoritären Ständestaat das natürliche Gegengewicht zum totalitären Faschismus nationalsozialistischer Prägung²³³, desgleichen Rudolf Henz, der für Österreich das Wort „autoritär“ von „totalitär“ und „diktatorisch“ abgrenzte.²³⁴

Walter Adam, der offizielle Redakteur des neuen Staatsprogramms²³⁵, unterschied Autorität von Willkürherrschaft und Diktatur.²³⁶ Im autoritären Staat sah er den Garanten gegen den Totalitarismus, den er in Gestalt der bolschewistischen Ideenwelt vor Augen hatte. In Österreich glaubte er Elemente kommunistischer „Taktik“ zu orten.²³⁷ Angesichts der politischen Bedrohung von außen, aus einer „Welt schwer gerüsteter, teilweise diktatorisch regierter Staaten“, appellierte er an die innere Einheit der Republik, die ihre Kräfte nicht durch „Partei- und Wahlkämpfe“ verschleifen dürfe.²³⁸

Der Unterschied zwischen autoritärem und totalitärem Staat war auch im Umfeld Dietrich von Hildebrands ein vorrangiges Thema.²³⁹ Dasselbe gilt für den Spann-Kreis, in dem der autoritäre Staat als eigenverantwortlicher „Herrschaftsstaat“ galt; demgegenüber setzten totalitäre Systeme Staat und Gesellschaft gleich, nähmen dem Einzelnen alle Rechte und degradierten die Regierung zu bloßer Verwaltung.²⁴⁰

Anregend sind die diesbezüglichen Überlegungen Richard Löwenthals, der Mussolinis totalen Staat als ein in der Geschichte völlig neues, revolutionäres System bezeichnete. Das eigentliche Merkmal sei nicht Mangel an Demokratie, sondern Mangel an Pluralismus. Nichtdemokratische Ordnungen müssten nicht notwendig totalitär sein. So habe sich beispielsweise der klassische absolute Staat nicht als grundsätzlich über der Rechtsordnung stehend empfunden; selbst der asiatische Despotismus habe Traditionen und religiöse Legitimationen gekannt: Nur der moderne Totalitarismus setze sich über rechtliche Beschränkungen der Staatsgewalt hinweg.²⁴¹

Der deutsch-spanische Politologe Juan Linz sprach im Fall autoritärer Regimes von eingeschränktem Pluralismus: In ihnen werde die Macht von bestimmten sozialen Kräften kontrolliert und durch organisatorische Strukturen kanalisiert. Dies sei häufig der Fall bei Regimes, die, wie der österreichische

233 BINDER 1982, Karl Maria Stepan, 179.

234 GLASER, Kulturleistung, 38.

235 Ein Kapitel überschrieb er mit „Autoritäre Führung – Mitarbeit und Mitbestimmung des Volkes“; ADAM, Staatsprogramm, 59–66.

236 ADAM, Staatsprogramm, 59; vgl. auch P. HUEMER, Entstehung, 583.

237 ADAM, Die neue Taktik, 3.

238 ADAM, Die neue Taktik, 28.

239 KUGLER, Die frühe Diagnose, 143.

240 StL 1933, 55 f. (F. OTTEL).

241 LÖWENTHAL, Faschismus [1966], 546–548.

Ständestaat, als organische Staaten klassifiziert werden müssten, aber von totalitären Vorstellungen weit entfernt seien. In ihnen könne sich in einer freien Gesellschaft spontan ein sozialer Pluralismus entwickeln, der in kontrollierter Form institutionalisiert und in die politischen Prozesse integriert werde. Dies gehe allerdings auf Kosten der Beteiligung der Bürger im Unterschied zu den Eliten. Der organische Staat wende nicht viel Kraft auf, um die Bürger in eine bestimmte Richtung zu politisieren.²⁴² Seine Theoretiker betonten, Menschen seien die natürlichen Mitglieder von Gruppen, die auf primären sozialen Bindungen beruhen (Arbeitsplatz, Universität, kirchliche Gemeinde etc.). Diese Gruppen stünden in Kontrast zu künstlich geschaffenen, wie es politische Parteien sind. Es sei allerdings schwer, ein gemeinsames Interesse der primären Gruppen auszumachen, weil sie sich kaum für übergeordnete Themen gewinnen ließen. Faktisch hätten die Eliten den größten Anteil an der Macht, die korporative Struktur sei höchstens ein Element.²⁴³

Wie immer die Einschätzungen lauteten, es bleibt die Tatsache, dass auch in Österreich in den dreißiger Jahren Repressionsmaßnahmen gesetzt wurden. Diese waren aber ungleich milder als im nationalsozialistischen Deutschland. Primäres Instrument war die Justiz, bis hin zur Wiedereinführung der Todesstrafe.²⁴⁴ Verwaltungsstrafverfahren wurden in der Regel rigoros durchgeführt, und gegen Misshandlungen Angeklagter von Seiten der Polizei wurde nicht eingeschritten.²⁴⁵ Es gab auch Anhaltelager für Verdächtige, mit den Konzentrationslagern in Deutschland kann man diese aber nicht vergleichen.²⁴⁶

7.6 Schul- und Volksbildung

Bei allen Bekenntnissen zur Freiheit der Person wurde „staatsbürgerliche Erziehung“²⁴⁷ im Ständestaat als dringlich empfunden.²⁴⁸ Walter Adam begründete: Man liebe nur, was man kenne; die Verfassung sei „mehr als eine Betriebsordnung“. Und: „Ein staatspolitisch gut erzogenes Volk ist gegen

242 LINZ, *Regime*, 145–151.

243 LINZ, *Regime*, 187–191.

244 BINDER, *Der „Christliche Ständestaat“*, 211; NEUGEBAUER, *Repressionsapparat*, 298–302; SONNLEITNER, *Widerstand*, 298; TÁLOS, *Herrschaftssystem* (2013), 275–278.

245 TÁLOS, *Herrschaftssystem* (2013), 230–237 und 273 f.

246 NEUGEBAUER, *Repressionsapparat*, 312–314; RATHKOLB, *Erste Republik*, 504; TÁLOS, *Herrschaftssystem* (2013), 285–291 und 582 f.

247 Zur Problematik dieses Begriffs vgl. KUCHER, *Staatsbürgerliche Erziehung*, 244. Zur Sache kritisch RATHKOLB, *Erste Republik*, 502 f.

248 HÖRBURGER, *Geschichte*, 172 und 210; vgl. auch ERBEN, *Schule*, 21–25.

Staatskrisen gefeit.²⁴⁹ Hans Karl Zeßner-Spitzenberg forderte als Leiter des Traditionsreferats der VF in den Pflicht- und Mittelschulen eine spezifisch österreichische Geschichtsvermittlung.²⁵⁰

Bereits die in den zwanziger Jahren erlassenen einschlägigen Gesetze, bei deren Erarbeitung Richard Meister federführend war²⁵¹, hatten eine entsprechende Zielsetzung gehabt. Die Schulgesetze der dreißiger Jahre kennzeichneten streng normierte Lehrpläne und ein rigoroses Dienstrecht der Lehrer.²⁵² Neu war das Fach Vaterlandskunde.²⁵³ Lehrer und Schüler sollten als Diener höchster Werte diszipliniert, von direkter politischer Tätigkeit aber ferngehalten werden.²⁵⁴

An den Hochschulen war es seit 1935 Pflicht, neben der Fachausbildung Vorlesungen über weltanschauliche und staatsbürgerliche Grundfragen zu besuchen.²⁵⁵ Geschichtliche Themen im engeren Sinn übernahm häufig Hugo Hantsch²⁵⁶; Hans Karl Zeßner-Spitzenbergs Vorlesungen an der Hochschule für Bodenkultur, an der Hochschule für Welthandel und an der Technischen Hochschule in Wien hatten „vaterländische“ und weltanschauliche Themen im weiteren Sinn zum Gegenstand.²⁵⁷ Ausdrücklich wurde damals den Hochschulen neben Forschung und Lehre auch die „Erziehung“ der Studierenden auferlegt.²⁵⁸

Leopold Figl nannte noch 1949 in seiner Regierungserklärung als wichtiges Erziehungsziel die „Ehrfurcht vor der großen geschichtlichen Tradition unseres Vaterlandes“.²⁵⁹ Dasselbe gilt für Karl M. Stepan, seit 1934 Kulturreferent und Landeshauptmann der Steiermark. 1935 wurde auf sein Betreiben an steirischen Gymnasien das Freifach Landeskunde eingeführt.²⁶⁰ Auch der Volksbildung galt sein Bemühen; in großen „Ständetagen“ versuchte er breite Schichten anzusprechen.²⁶¹

249 CS 23. 12. 1934 (W. ADAM).

250 WOHNOUT, Traditionsreferat, 77 f.

251 GRIMM, Schulpolitik, 300 f.; WALLRAF, Kultur, 219; in einem Schulgesetz von 1927 kamen aber auch sozialdemokratische Forderungen zu ihrem Recht; SORGO, Schulpolitik, 26.

252 H. DACHS, Schule, 210 f. und 228–233; ERBEN, Schule, 85 f. und 157–161; GOBER, Schule, 38 f. und 134 f.; GRAFENEDER, Arbeiterfamilie, 85 f.; LAABER, Schulsystem, 19–30; SCHRETTNER, Das ideologische Nahverhältnis, 92–103; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 402–404.

253 KUCHER, Staatsbürgerliche Erziehung, 254; SCHRETTNER, Das ideologische Nahverhältnis, 29–40; SORGO, Schulpolitik, 183–193.

254 ACHS, Politische Bildung, 323; SORGO, Schulpolitik, 173–177.

255 TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 409–416.

256 G. WAGNER, Hochschülerschaft, 192.

257 WOHNOUT, Traditionsreferat, 72.

258 PERNTNER, Gedanken, 92 f. und 100.

259 FIGL, Ansichten, 150.

260 BINDER 1982, Karl Maria Stepan, 173 f.

261 KARNER, Steiermark, 38; PFERSCHY, Steiermark, 957.

Richard Schmitz war die Individualität des zu Erziehenden wichtig. Allerdings erlebte er die dreißiger Jahre als Zeit eines Umbruchs, „der [...] geistige Lagerungen gründlich umgeschichtet hat oder umzuschichten im Begriffe ist“, und als eine Art zweiten Kulturkampf; daher wollte er verhindern, dass Mittel zur Anwendung kämen, „die nicht mehr das Beiwort ‚geistig‘ in Anspruch nehmen durften“. Vor diesem Hintergrund forderte er 1935, die Schule müsse „die Pflege des eigenpersönlichen Bewusstseins mit der planmäßigen Erziehung zur Ein- und Unterordnung verbinden“.²⁶²

Rudolf Henz, der mit Dollfuß und Walter Adam eng befreundete Publizist und Dichter²⁶³, betonte die Wichtigkeit der kulturellen Erziehungs- und Aufbauarbeit, nicht nur für die Jugend, sondern für die gesamte Bevölkerung. Ab 1934 leitete er das Kulturreferat der VF²⁶⁴; ausdrücklich erklärte er, das neue Österreich strebe keine „kulturelle Diktatur“ an.²⁶⁵ Heftig bewegte ihn allerdings die Sorge über die „noch brustschwache Demokratie“.²⁶⁶ Er wünschte eine Bildungsarbeit, die den ganzen Menschen erfasse: „Durch reine Wissensvermittlung kam man eher zu einer verhängnisvollen Halbbildung.“²⁶⁷

Hier schwingt die tief sitzende Überzeugung mit, es gälte im Bildungswesen zwischen Elite und Masse zu unterscheiden. Was Gertrud Spinnhirn diesbezüglich über den Bauernstand sagte, ist auf alle Stände übertragbar: Zurzeit sei der neue Geist „nur in vereinzelten, wenn auch führenden Schichten des Volkes“ vorhanden, man müsse aber auch die Massen erreichen.²⁶⁸

Ein geeignetes Mittel, den Massen Bildung zu vermitteln, sah Henz im Rundfunk, der, wie er ausdrücklich erklärte, keinen „Neutralismus“ üben dürfe.²⁶⁹ Seit 1931 Programmintendant der Österreichischen *Radio-Verkehrs-Aktiengesellschaft* (RAVAG) für Wissenschaft²⁷⁰, stellte er häufig grundsätzliche Überlegungen an. Dem Vorwurf, der Rundfunk zerstöre die Stille und die Ehrfurcht vor dem Kunstwerk und verhindere die Selbstbetätigung, hielt er

262 R. SCHMITZ, *Die Bedeutung*, 6–8; KAROSHI, *Die Erinnerung*, 25.

263 Genauerer bei HENZ, *Fügung*, 189; vgl. HÖCK, *Medienpolitik*, 138–144; VENUS, Rudolf Henz, 29–32.

264 GOEHRING, *Erwachsenenbildung*, 623; HÖCK, *Medienpolitik*, 142; KROMAR, „Österreich-Mythos“, 75; TÁLOS, *Herrschaftssystem* (2013), 441–443; VENUS, Rudolf Henz, 29;

265 VENUS, Rudolf Henz, 31; vgl. auch GLASER, *Kulturleistung*, 38.

266 GLASER, *Kulturleistung*, 28.

267 HENZ, *Fügung*, 124.

268 SPINNHIRN, *Agrarpolitik*, 61 f.

269 GLASER, *Kulturleistung*, 28; GROSSEGGER, *Mythos*, 300 f.; HÖCK, *Medienpolitik*, 72; TÁLOS, *Handbuch*, 618 f. (S. MATTL); vgl. ERBEN, *Schule*, 94; TÁLOS, *Herrschaftssystem* (2013), 438 f.

270 HÖCK, *Medienpolitik*, 116; VENUS, Rudolf Henz, 19; WOHNOUT, *Verfassungstheorie*, 292.

entgegen, gerade für die unteren Schichten werde dadurch eine gewisse ansonsten unerreichbare Geschmacksbildung möglich.²⁷¹ Er wollte die Menschen vom Tiefsten ihres Wesens aufbauen und legte Wert auf die Verankerung aktueller gesellschaftlicher und politischer Probleme im Programm.²⁷² Zur Unterstützung des Unterrichts der Kinder führte er 1932 den Schulfunk ein, der außer Schülern und Lehrern auch andere Gruppen, zumal Hausfrauen, erreichte.²⁷³ Um die Jugendlichen außerhalb der Schule ansprechen zu können, wurde die Mitgliedschaft in entsprechenden Vereinen gefördert.²⁷⁴ Auch der Erwachsenenbildung wurde ein hoher Stellenwert eingeräumt.²⁷⁵

Weder der Schulunterricht noch die Volksbildung blieben von autoritären Zügen frei; Schülern gegenüber wurden mitunter strenge Disziplinierungsmaßnahmen angewandt.²⁷⁶ Josef Dobretsberger beschwichtigte freilich: Der Staat sehe sich auch im Bereich der Erziehung in einer dienenden Funktion und es sei nicht seine Absicht, die Jugend aus den natürlichen Gemeinschaften der Familie oder der kulturellen Organisationen herauszunehmen. Heftige Kritik übte er an der *Hitlerjugend* und am *Komsomol*, den Jugendorganisationen der NSDAP bzw. der KPdSU; die faschistische *Balilla* verteidigte er hingegen, weil sie nicht auf einem Totalitätsstreben des Staates beruhe, sondern sich in den Dienst kultureller und religiöser Bildungsideale stelle. Das Totalitäre liege nicht in der Form, sondern in den Zielen der Erziehung; formal seien Parallelen zwischen autoritärem und totalitärem Staat nicht immer vermeidbar.²⁷⁷ Alles in allem war das autoritäre System in der Jugendarbeit nicht sehr erfolgreich.²⁷⁸

Karl Lugmayer war seit 1935 Herausgeber der Kulturzeitschrift *die pause*, die eine Sozialidylle kreierte²⁷⁹ und „positiv gläubiger, konservativer Geistesart“ dienlich sein sollte.²⁸⁰ 1936 äußerte er sich erfreut über wachsenden Zustrom zu Einrichtungen der Volksbildung; er sprach von „Befriedungsarbeit“ bzw. „politische(r) Arbeit im unpolitischen Raum“.²⁸¹

271 HENZ, Fügung, 336 f.

272 HÖCK, Medienpolitik, 125–139.

273 ERBEN, Schule, 27 f.; GLASER, Kulturleistung, 36; HÖCK, Medienpolitik, 126; JARKA, Zur Literatur- und Theaterpolitik, 526; VENUS, Rudolf Henz, 20.

274 EBNER, Politische Katholizismen, 186; ERBEN, Schule, 88; TALOS, Herrschaftssystem (2013), 405–407.

275 ERBEN, Schule, 122 f.

276 ERBEN, Schule, 174.

277 DOBRETSBERGER, Vom Sinn, 47–49; zu möglichen faschistischen Zügen vgl. MITTELMEIER, Austrofaschismus, 138 f.; PAMMER, Austrofaschismus, 402–405.

278 PAMMER, Austrofaschismus, 398 f.

279 LASINGER, „die pause“, 27–29; SCHEICHL, Literatur, 184.

280 LASINGER, „die pause“, 46 f.

281 CS 26. 1. 1936 (K. LUGMAYER).

Der Literaturbetrieb wurde kanalisiert und auf einen Kanon ausgerichtet.²⁸² Guido Zernatto, Präsident des österreichischen PEN-Clubs und seit 1936 in der VF für die Literatur verantwortlich²⁸³, initiierte ein Lesebuch für die Mittelschulen mit dem Titel *Österreich – Volk und Staat*, das die zentralen Anliegen des Ständestaates präsentierte.²⁸⁴

Rudolf Henz schrieb der Dichtkunst den Auftrag wertbetonter Vermittlung von Bildungsinhalten an die breite Bevölkerung zu.²⁸⁵ Als „Staatsdichter“, der Kultur als Gestaltung und Lenkung des Volks verstand²⁸⁶, und als „Zeremonienmeister der austrofaschistischen Massenästhetik“²⁸⁷ hat man ihn titulierte. Er war nicht nur der Verfasser eines Dollfuß-Liedes²⁸⁸, sondern gestaltete auch pompöse Inszenierungen bei kirchlichen und politischen Veranstaltungen. In seinen am spätmittelalterlichen Mysterienspiel und am monumentalen barocken Gesamtkunstwerk orientierten *Ständehuldigungen*²⁸⁹, die jährlich wiederholt wurden²⁹⁰, ließ er „die Romantik unterstützend an die Seite treten“, wie es Richard Schmitz ausdrückte, ein Mittel, das durch seinen erhabenen Zweck geheiligt werde.²⁹¹ Diese Festkultur orientierte sich an jener der Arbeiterbewegung; manche Beobachter erkennen darin aber auch Parallelen zu den Praktiken faschistischer Staaten.²⁹² Hermann Stipek begründete: „Nicht nur geistig, sondern auch mit dem Gefühl muss die neue Ordnung erfasst werden.“²⁹³

Für den *Allgemeinen Deutschen Katholikentag* von 1933, dessen Präsident Clemens Holzmeister war²⁹⁴, 250 Jahre nach dem 1683 errungenen Sieg über die Osmanen, verfasste Henz das Weihespiel *St. Michael, führe uns!*, das im Praterstadion aufgeführt wurde.²⁹⁵ Es sollte den Gesamteindruck ei-

282 JARKA, Zur Literatur- und Theaterpolitik, 500 f.

283 ERBEN, Schule, 124; KRIST, Zur literaturpolitischen und literarischen Kontinuität, 14 f.

284 ROSSBACHER, Literatur, 94; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 435.

285 VENUS, Rudolf Henz, 10; WÖGERER, Innere Emigration, 80.

286 DREIDEMY, Der Dollfuß-Mythos, 84–87; JANKE, „Österreich über alles!“, 340.

287 S. AMANN, Kulturpolitische Aspekte, XIV und 126; vgl. zum Hintergrund sehr kritisch TÁLOS, Zum Herrschaftssystem, 158.

288 Zusammen mit Nico Dostal; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 38 und 134.

289 JANKE, „Österreich über alles!“, 336 und 340; JARKA, Zur Literatur- und Theaterpolitik, 518; PFOSE/RENNER, Ein Toter, 348 f.

290 S. AMANN, Kulturpolitische Aspekte, 138.

291 R. SCHMITZ, Die Bedeutung, 15.

292 S. AMANN, Kulturpolitische Aspekte, XIV und 136; GOBER, Schule, 198–207; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 401 und 573.

293 STIPEK, Das Werden, 20.

294 KNOFLER, Clemens Holzmeister, 3 und 43; PFOSE/RENNER, Ein Toter, 349; zur Rolle Holzmeisters als „Hofarchitekt des Regimes“ vgl. DREIDEMY, Der Dollfuß-Mythos, 128–146.

295 DREIDEMY, Der Dollfuß-Mythos, 85; JANKE, „Österreich über alles!“, 341–343; JARKA, Zur Literatur- und Theaterpolitik, 518; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 60; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 436 f.

nes korporativen Staates hinterlassen.²⁹⁶ Michael galt in legitimistischen Kreisen als Patron der legitimen Autorität und Kämpfer gegen den Erzrevolutionär Luzifer.²⁹⁷ Das Konzept sah Einfachheit der Handlung, aber barocke Farbigkeit vor. Stellvertretend für die Regierung nimmt Michael die Wünsche der Jugend entgegen. Verschiedene Gruppen marschieren durch ein Spalier und werden als „Stände“ nacheinander aufgerufen und zu ihrer Sendung im neuen Staat geweiht.²⁹⁸

Zum 1. Mai 1934 verfasste Henz eine *Kinderhuldigung*²⁹⁹ und die *Huldigung der Stände*.³⁰⁰ In beiden schrieb er die Geschichte des deutschen Österreich zu einer heroischen Chronik um und gab missionarisches Bewusstsein zu erkennen.³⁰¹ In der *Huldigung der Stände*, dem Spiel, mit dem die Maiverfassung offiziell gefeiert wurde³⁰², wurden die Symbole der Berufsstände erstmals präsentiert.³⁰³ Sie waren von Clemens Holzmeister entworfen worden. Dieser Künstler, der sich zur barocken Tradition Österreichs bekannte³⁰⁴, identifizierte sich, jedenfalls äußerlich, vorbehaltlos mit dem Ständestaat; er leitete den Arbeitskreis „Bildende Kunst“ im Kulturreferat der VF und legte als Mitglied des SR viel Disziplin bei der Teilnahme an Plenarsitzungen an den Tag.³⁰⁵

Ein an eine Prozession erinnernder Zug von der Votivkirche zum Wiener Rathaus, Symbolen geistlicher und weltlicher Macht, bei dem professionelle Schauspieler und Laien zusammenwirkten³⁰⁶, demonstrierte die neue Gesellschaftsordnung. Vor der Ehrentribüne mit den Regierungsmitgliedern ist ein Stein aufgerichtet, der symbolische „Grundstein“ des neuen Staates. Ein Sprecher vergleicht diesen mit einem Haus, an dessen Bau alle mitzuwirken hätten. Es sei nicht nur Neues zu schaffen, sondern auf dem von den Ahnen Geschaffenen weiterzubauen. Der einleitende Teil endet mit einem Appell an die Mitarbeit aller an diesem Bau.

Es folgen je achtzeilige Ansprachen der Sprecher der sieben Stände, die von Vertretern der einzelnen Berufsgruppen dargestellt werden.³⁰⁷ *Forst- und*

296 PFOSE/RENNER, Ein Toter, 350.

297 F. WAGNER, Legitimismus, 71.

298 S. AMANN, Kulturpolitische Aspekte, 126–129.

299 Dollfuß hielt eine erläuternde Ansprache an die Kinder; DOLLFUSS AN ÖSTERREICH, 245–252; PFOSE/RENNER, Ein Toter, 350 f.

300 S. AMANN, Kulturpolitische Aspekte, 126 und 130; JANKE, „Österreich über alles!“, 343.

301 JANKE, „Österreich über alles!“, 344 f.; JARKA, Zur Literatur- und Theaterpolitik, 518.

302 Vgl. auch SELIGER, Scheinparlamentarismus, 387 f.

303 KRAUS, „Volksvertreter“, 111–113; LASINGER, „die pause“, 107.

304 ACHLEITNER, Architektur, 679.

305 POSCH, Clemens Holzmeister, 232; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 274.

306 S. AMANN, Kulturpolitische Aspekte, 134 f.

307 JANKE, „Österreich über alles!“, 345.

Landwirtschaft erhebt Anspruch auf gesellschaftlichen Vorrang; das *Gewerbe* betont die Begriffe „Form“ und „Plan“; die *Industrie* ist sich der „Unrast eigensüchtiger Zeit“ bewusst, die zu Entzweiung geführt habe, gibt sich aber gleichwohl zuversichtlich.³⁰⁸ *Handel und Verkehr* rühmen ihre die Wirtschaft belebende Funktion; *Geld- und Kreditwesen* bedient sich eines vom menschlichen Körper ausgehenden Vergleichs: Das Geld ist das Blut, sein Fluss der Kreislauf, der Körper und Geist am Leben hält. Die *Freien Berufe* betonen Österreichs Leistungen in den Bereichen Technik, Recht und Medizin; der Vertreter des *Öffentlichen Dienstes* erinnert an die Loyalität der Beamten.

Die Zeremonie endet mit einem Auftritt des Sprechers, der für Ordnung und Harmonie des Zusammenlebens eintritt. Er wendet sich an den Wiener Bürgermeister mit der Bitte, das Gelöbnis der Stände dem Staatsoberhaupt direkt zu überbringen, wobei die Stufenfolge über den Bundeskanzler führt; es werden also sämtliche Instanzen bestätigt. Ausdrücklich hält der Sprecher fest, es sei kein Spiel gewesen, sondern die künftige Wirklichkeit im Land, und erklärt die Handlungen als Vorwegnahme des Zustands, den es in Österreich zu realisieren gelte.³⁰⁹

In diesen Themenkomplex gehört nicht zuletzt der nach dem Attentat auf Bundeskanzler Engelbert Dollfuß entstandene „Kult“ um dessen Person.³¹⁰ Initiator und Ideenlieferant war Rudolf Henz.³¹¹ An der „Schmelz“ in Wien 15, einem seelsorglich unterversorgten Arbeiterbezirk, war 1933 auf Initiative von Hildegard Burjan nach einem Plan von Clemens Holzmeister eine dem früheren Bundeskanzler Ignaz Seipel gewidmete Gedächtniskirche errichtet worden, in der 1934 auch der ermordete Kanzler beigesetzt und fortan als „Märtyrer“ verehrt wurde.³¹² Der Dollfußkult, der durch zeitgenössische Biographien untermauert wurde³¹³, trug Züge des traditionellen Heiligenkults; vom charismatischen Führerkult des säkularisierten Faschismus unterschied er sich aber wesentlich.³¹⁴ Ein Schuschnigg-Mythos kam trotz entsprechender Versuche nie auf.³¹⁵

308 Zur Vermittlung von Standesbewusstsein an die Arbeiter vgl. JARKA, Zur Literatur- und Theaterpolitik, 520.

309 JANKE, „Österreich über alles!“, 346.

310 PFOSE/RENNER, Ein Toter, 353 f.; TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 115–117 und 347; die gesamte ältere Literatur zusammenfassend und sehr kritisch DREIDEMY, Der Dollfuß-Mythos, passim.

311 WOHNOUT, Im Zeichen, 140; VENUS, Rudolf Henz, 32; HÖCK, Medienpolitik, 116.

312 GRASEGGER, Denkmäler, 506; JAGSCHITZ, Dollfuß, 209; Ch. MARESC, Die katholische Kirche, 51; VALLAZZA, „Wir bauen auf“, 21; WOHNOUT, Im Zeichen, 139.

313 DREIDEMY, Dollfuß, 245.

314 EBNER, Politische Katholizismen, 199 f.; HANISCH, „Christlicher Ständestaat“, 178; HANISCH, Der Politische Katholizismus, 78; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 149 f.

315 TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 120 f.

8.7 Ständestaat und autoritäres System auf dem Prüfstand

Was die wissenschaftliche Analyse bei aller Offenheit für die konservative Wertewelt nicht in Abrede stellen kann, blieb auch den loyalen Trägern des Ständestaates nicht verborgen, nämlich dass das Autoritäre an diesem System die Ideale häufig zurücktreten hieß.

Insbesondere die Heimwehr fand keineswegs den Beifall aller führenden Persönlichkeiten; große Vorbehalte hatten etwa Franz Rehr³¹⁶ oder Verfassungsminister Otto Ender.³¹⁷ Richard Kerschagl war zwar Mitglied, verweigerte aber 1930 die Ablegung des Korneuburger Eides.³¹⁸ Für Julius Raab waren christlich motivierte Bedenken³¹⁹ Anlass, 1930 die *Niederösterreichische Heimwehr* zu gründen; diese Sonderorganisation vereinigte sich 1932 aber wieder mit dem niederösterreichischen Heimatschutz.³²⁰ Carl Vaugoin war ebenfalls kein Hardliner: Als er sich 1933 um Zusammenarbeit mit dem *Schutzbund* bemühte, forderte die Heimwehr seine Ablösung als Heeresminister.³²¹ Eduard von Baar-Baarenfels legte 1933 einen Plan vor, wie der Heimatschutz ins Bundesheer integriert werden könnte.³²² Josef Reither ging so weit, im Februar 1934 das Forderungsprogramm der Heimwehr nicht anzunehmen.³²³ Ludwig Hülgerth, eine bedächtige, hoch angesehene Persönlichkeit, war vielen Heimwehrführern zu weich und galt als Bremser.³²⁴ Alois Schönburg-Hartenstein rechtfertigte den Wehrverband lediglich als Bollwerk gegen den Marxismus.³²⁵ Rudolf Henz war der Ansicht, die Heimwehr hätte „jede demokratische Willensbildung untergraben“.³²⁶ Alle paramilitärischen Verbände waren für ihn der Beweis für das Versagen der Demokratie.³²⁷

316 BINDER, Stepan/Dobretsberger, 16; H. DACHS, Franz Rehr, 241; HANISCH, Franz Rehr, 21; STOCK, „... nach Vorschlägen der Vaterländischen Front“, 20; WILTSCHEGG, Heimwehr, 28 und 148.

317 G. HARTMANN, Im Gestern, 328; WANNER, Otto Ender, 164.

318 B. DACHS, Richard Kerschagl, 34 f.

319 KRIECHBAUMER, Erzählungen, 575, 588 und 601.

320 KRIECHBAUMER, Dieses Österreich, 459.

321 WILTSCHEGG, Heimwehr, 149.

322 WILTSCHEGG, Heimwehr, 296; zu seiner Funktion in der Heimwehr vgl. AGSTNER/ENDERLE-BURCEL/FOLLNER, Österreichs Spitzendiplomaten, 118.

323 WILTSCHEGG, Heimwehr, 81 und 130.

324 WILTSCHEGG, Heimwehr, 231 f.; WANDRUSZKA, Struktur, 361. Er war ein Gegner des von Walter Pfrimer initiierten Putschs im Jahr 1931; BRANDTNER, Diskursverweigerung, 247 f.

325 HOLUB, Fürst Alois Schönburg-Hartenstein, 103.

326 HENZ, Fügung, 222.

327 HENZ, Fügung, 212.

Erklärte Gegner der Heimwehr waren auch Johann Blöchl³²⁸, Richard Schmitz³²⁹, Lorenz Karall³³⁰, Johann Staud³³¹ und Leopold Kunschak.³³² Letzterer griff den Wehrverband 1929/30 aus Sorge um die Demokratie heftig an³³³; 1933 verlangte er dessen Auflösung.³³⁴ Auch fürchtete er, die von der Heimwehr gegründete Gewerkschaft würde zur Konkurrenz für die christliche.³³⁵ Seine Zustimmung fand hingegen der *Freiheitsbund*, der sich von anderen Wehrverbänden erheblich unterschied.³³⁶ Im christlichsozialen *Wiener Wehrverband*, der sich ab September 1929 *Christlich-deutscher Wehrverband* nannte, übernahm Kunschak die Führung.³³⁷ Realpolitische Überlegungen ließen ihn die Heimwehr schließlich aber doch anerkennen.³³⁸

Die Maiverfassung wurde unterschiedlich beurteilt. Nahezu nur Positives sah Guido Zernatto; insbesondere die Bestimmungen, die sich auf die liberalen Gesetze der 1860er-Jahre stützten, fanden seinen Beifall. Während manche der von ihm gewürdigten Aspekte fraglos zutrafen (Freiheit der Person, die Wohnung als Freistatt, Förderung von Heimatliebe als Stütze des Staatsbewusstseins, kulturelles Sendungsbewusstsein), war sein Blick bei anderen getrübt, etwa wenn er hervorhob, die Frauen hätten die gleichen Rechte wie die Männer gehabt oder die Gemeinde hätte als Keimzelle des Staates gegolten.³³⁹ Für Hans Karl Zeßner-Spitzenberg stellte die Formulierung von Gott als dem Urheber allen Rechtes und aller Staatsgewalt einen besonders wertvollen Passus dar.³⁴⁰ Otto Ender rechtfertigte die Notrechte der Verwaltung als „starke Stützung der Autorität“. Zufrieden resümierte er: „Ich glaube daher, dass wir es mit einer glücklichen Synthese von Staatsautorität und Selbstverwaltung zu tun haben, wenn wir nur dem Sinne und Geiste treu bleiben, der unsere Verfassung 1934 durchweht.“³⁴¹

Von vielen Mandataren kam aber nicht so vorbehaltlose Zustimmung.

328 WILTSCHEGG, Heimwehr, 85; HANISCH, Die Politik, 127.

329 BRAUN, Der politische Lebensweg, 323.

330 WURM, Dr. Lorenz Karall, 6.

331 WANDRUSZKA, Struktur, 348.

332 KLUGE, Bauern, 325; JEDLICKA, Vom alten, 224; WILTSCHEGG, Heimwehr, 28.

333 G. HARTMANN, Im Gestern, 328; KRIECHBAUMER, Erzählungen, 554; WILTSCHEGG, Heimwehr, 50 und 258.

334 WILTSCHEGG, Heimwehr, 72.

335 SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 16; WILTSCHEGG, Heimwehr, 281.

336 KLUWICK-MUCKENHUBER, Johann Staud, 126 f.; TALOS, Handbuch, 271 f (C. Earl EDMONDSON).

337 WILTSCHEGG, Heimwehr, 117.

338 SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 82 f.

339 ZERNATTO, Die Wahrheit, 115–123.

340 CS 18. 3. 1934 (H. K. ZEßNER-SPITZENBERG).

341 CS 4. 11. 1934 (O. ENDER).

Leopold Kunschak war zwar dem Ständegedanken gegenüber offen³⁴² und rechtfertigte das Handeln von Engelbert Dollfuß im März 1933 damit, dass sich das Parlament „selbst unmöglich gemacht“ habe³⁴³, hob aber ausdrücklich hervor, die autoritäre Führung werde nur transitorischen Charakter haben.³⁴⁴ Dass Kunschak kein unkritischer Kollaborateur des Systems war, zeigt nicht zuletzt seine Kritik an der Auflösung der CSP und ihrem Aufgehen in der VF. Nach den Ereignissen vom Februar 1934 war er nahe daran, alle seine Ämter zurückzulegen.³⁴⁵ Auch das im Herbst 1934 vom Linzer Bischof Johannes M. Gföllner³⁴⁶ abgelegte Bekenntnis zum autoritären Kurs missfiel ihm.³⁴⁷ Allmählich schlossen sich dieser Haltung weitere Politiker, schließlich sogar die übrigen österreichischen Bischöfe an.³⁴⁸ Friedrich Funder sah die Widersprüche zwischen dem ständischen Bauplan und der politischen Praxis.³⁴⁹ Auch von Seiten des Rechnungshofs und der christlichen Arbeiterbewegung wurden Stimmen gegen das autoritäre Prinzip laut.³⁵⁰

Johann Staud, ebenfalls ein christlicher Gewerkschafter, äußerte sich zum berufsständischen Aufbau insgesamt positiv.³⁵¹ Bundeskanzler Dollfuß sprach er zwar seine Solidarität aus, erklärte aber auch, dass er Maßnahmen der Regierung, die Arbeitern und Angestellten Nachteile bringen würden, nicht akzeptieren werde.³⁵² Auch den übermächtigen Einfluss der Regierung auf den Gewerkschaftsbund nahm er nicht widerspruchslos hin.³⁵³ Die Maiverfassung beurteilte er differenziert, allerdings aus der einseitigen Perspektive der Arbeiter.³⁵⁴ Seinerseits war er massiver Kritik von Seiten der Heimwehr ausgesetzt.³⁵⁵

Eduard Ludwigs Äußerungen lassen hohes demokratiepolitisches Bewusstsein erkennen. In seinem Kommentar zum Verfassungsübergangsgesetz, das Otto Ender am 12. Juni 1934 dem Ministerrat vorlegte, beleuchtete er den Vorrang der Regierung bei der Gesetzgebung kritisch. Sein Fazit fiel im Vergleich zu dem, was in der Darstellung mitschwang, freilich positiv

342 KUNSCHAK, Österreich, 145 f.; vgl. WOHNOUT, Verfassungstheorie, 506 f.

343 KUNSCHAK, Österreich, 176.

344 KUNSCHAK, Österreich, 183 f.

345 SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 79–81; SCHMIT, „Im Namen“, 155.

346 Zu ihm vgl. auch SCHMIT, Im Namen, 153; WOHNOUT, Bürgerliche Regierungspartei, 189.

347 LACKNER, Die Ideologie, 55.

348 JAGSCHITZ, Ständestaat, 507; Ch. MARESC, Die katholische Kirche, 41.

349 REISS, Dr. Friedrich Funder, 121.

350 STEINER, Wahre Demokratie?, 47.

351 SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 67.

352 KLUWICK-MUCKENHUBER, Johann Staud, 33–35.

353 KLUWICK-MUCKENHUBER, Johann Staud, 46.

354 KLUWICK-MUCKENHUBER, Johann Staud, 112.

355 KLUWICK-MUCKENHUBER, Johann Staud, 104.

aus. Insgesamt wechseln Loyalitätsbekundungen (die ständische Selbstverwaltung entspreche dem christlichen Naturrecht³⁵⁶) mit besorgten Anmerkungen. Odo Neustädter-Stürmer, dem seit September 1934 in der Nachfolge Otto Enders die organisatorische Durchführung des ständischen Aufbaus oblag (Kap. 7.5), war in Ludwigs Augen für diese Aufgabe wenig geeignet, weil er, vornehmlich technisch-beamtet denkend, zumal die Arbeiterschaft „seelisch“ nicht erreicht habe, jene Schicht, deren Integration überhaupt nicht gelungen sei.³⁵⁷ Auch beim Bericht über die Auflösung der CSP fallen kritische Töne auf.³⁵⁸

Karl Lugmayer, der auch als Volksbildner einen autoritären Kurs ablehnte³⁵⁹, hob den vorläufigen Charakter der Maiverfassung hervor, bezeichnete sie als Fundament, aber „das Haus muss noch gebaut werden“.³⁶⁰ Ähnlich äußerte sich Ludwig Hülgerth, den das in ihr steckende Potential faszinierte. Mit Goethe beschrieb er sie als die „geprägte Form, die lebend sich entwickelt“. Aufgabe der Zukunft sei es, den richtigen Einklang zu finden „zwischen der unbedingt nötigen autoritären Führung und dem Mitbestimmungsrecht der ständisch gegliederten Vertretungskörper“.³⁶¹

Kritische Ansätze lassen Äußerungen Ludwig Adamovichs³⁶² erkennen, der bereits in seiner Zeit als Mitglied des SR in wenngleich verhaltener Form Bedenken gegen manche Praktiken der Regierung anklingen ließ.³⁶³ In den 1940er-Jahren hielt er fest, die Maiverfassung weiche einer Deklaration über die Staatsform „mit Absicht“ aus; zwar sei Österreich eine Republik geblieben, aber die Bezeichnung sei zugunsten von „Bundesstaat Österreich“ vermieden worden. Auch erkannte er, dass nicht die Bestellung der Organe „von unten“ durch Volkswahl, sondern „von oben“ das leitende Organisationsprinzip bildete.³⁶⁴ Das zentrale Prinzip der Unterordnung der Verwaltung unter das Gesetz sei in weitem Umfang verlassen, die Verwaltung „zur führenden Funktion gestaltet“ worden. Die meisten Gesetze seien nicht unter Mitwirkung der Organe der Bundesgesetzgebung, sondern aufgrund besonderer Ermächtigung erlassen worden.³⁶⁵ Nicht von ungefähr legte er daher noch um 1950 Wert auf die Relativierung seines Beitrags am Zusan-

356 LUDWIG, Österreichs Sendung, 135.

357 LUDWIG, Österreichs Sendung, 138 f.

358 LUDWIG, Österreichs Sendung, 127.

359 SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 113 f.

360 CS 3. 6. 1934 (K. LUGMAYER).

361 CS 16. 12. 1934 (L. HÜLGERTH).

362 Vgl. dagegen OLECHOWSKI/STAUDIGL-CIECHOWICZ, Staatsrechtslehre, 227.

363 NEGER, Verfassung, 76–78.

364 ADAMOVICH, Grundriss, 31.

365 ADAMOVICH, Handbuch, 36.

dekommen der Maiverfassung; die Ereignisse von 1933 bezeichnete er als „tiefschmerzlich“. Zu seiner Funktion im SR ab 1934 merkte er an, er habe sich nur als Fachmann auf dem Gebiet des Verfassungsrechts verstanden und betätigt; den eigentlich politischen Fragen sei er aus dem Weg gegangen. Als Justizminister nach dem Berchtesgadener Abkommen habe er sich auf die fachliche Seite seiner Aufgaben beschränkt, an der politischen Entwicklung aber nicht teilgenommen.³⁶⁶

Die Urteile über die vorberatenden Organe fielen unterschiedlich aus. Während Eugen Margarétha sie in höchsten Tönen lobte³⁶⁷, schätzte Viktor Kienböck sie gering.³⁶⁸ In Hans Karl Zeßner-Spitzenbergs Augen waren ihre Kompetenzen allzu begrenzt³⁶⁹; besonders die schwierigen Materien müssten regelmäßig vorgelegt werden.³⁷⁰ Ähnliche Klagen kamen von Wilhelm Taucher.³⁷¹ Funder störte vor allem die Nichtöffentlichkeit der Beratungen³⁷², er versuchte aber auch Positives zu sehen, etwa dass, wenn schon nicht formelle Beschlüsse gefasst wurden, zumindest „Anregungen“ gegeben werden konnten.³⁷³ Johann Staud, Gustav Walker und Richard Kerschagl nahmen am Fehlen eines Initiativrechts Anstoß³⁷⁴; 1938 forderte Eduard Ludwig eine freiere Berichterstattung.³⁷⁵ Adamovich fasste die Situation 1935, von Adolf Julius Merkl sekundierte, in seiner staatsrechtlichen Analyse der Maiverfassung prägnant zusammen: Von Gremien der Gesetzgebung könne nur mit Vorbehalt gesprochen werden.³⁷⁶

Im Gegensatz zu anderen Zeitgenossen fand der Jurist aber zumindest am LR etwas Positives, nämlich die föderativen Züge.³⁷⁷ Mit Blick auf den SR bedauerte er hingegen, dass dieser kein Initiativrecht habe. Denselben Standpunkt vertraten Otto Ender und seine Juristenkollegen Gustav Walker und Adolf Lenz sowie weitere Mandatäre (Clemens Holzmeister, Johann Staud, Leopold Kunschak)³⁷⁸, während Richard Meister den SR für entbehrlich erachtete.³⁷⁹ Leopold Kunschak merkte an, dieser könne sachlich nicht

366 ADAMOVICH, (Selbstdarstellung), 16.

367 CS 16. 12. 1934 (E. MARGARÉTHA).

368 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 428.

369 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 440–442; WOHNOUT, Traditionsreferat, 72.

370 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 425–427.

371 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 489.

372 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 454.

373 POSCH, Clemens Holzmeister, 376 f.

374 KLUWICK-MUCKENHUBER, Johann Staud, 124; POSCH, Clemens Holzmeister, 371.

375 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 468–470.

376 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 437.

377 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 226 f.

378 SENFT, Im Vorfeld, 150; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 444–448.

379 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 441.

entscheiden, für ihn umso bedauerlicher, als er einer der Mandatare war, die besonders häufig das Wort ergriffen.³⁸⁰

1937 schlug Otto Ender vor, den SR und den LR künftig gemeinsam tagen zu lassen sowie BWR und BKR zusammenzulegen. Letzteres lehnte Josef Bick ab: Wenn schon, sollte das Organ der Intellektuellen mit dem SR vereint werden. 1938 distanzierte sich auch Ender von seinem Vorschlag.³⁸¹ Der BWR wurde von ihm als das Gremium gewürdigt, in dem die große Masse des Volks vertreten sei³⁸², während Richard Schmitz von dieser Seite die Gefahr des Partikularismus ausgehen sah und ein größeres Gewicht des SR gewünscht hätte.³⁸³ Er zweifelte offensichtlich an der politischen Reife des weitaus größten Teils der Bevölkerung, deren Sorge vornehmlich Materiellem gelte.³⁸⁴ Johann Staud hingegen hätte mehr Einfluss des BWR gewünscht.³⁸⁵

Rudolf Henz, ein in die Kulturpolitik des Ständestaates besonders eng eingebundener Mandatar, gab noch 1963 ein verklärtes Urteil über die Handlungsmöglichkeiten des BKR ab³⁸⁶, während Adolf Lenz 1937 dessen Möglichkeiten als eingeschränkt beurteilt hatte: Er glaubte, Kultur, Finanzen und allgemeine staatliche Interessen ließen sich nicht trennen; auch fehle dem BKR der berufsständische Unterbau, und seine Mitglieder bekämen nur fertige Gesetzesentwürfe vorgelegt.³⁸⁷

Kritische Töne zum BT ließen Ulrich Ilg, Ludwig Draxler und Viktor Kienböck vernehmen: Ihnen zufolge handelte es sich um kein gesetzgebendes Organ im eigentlichen Sinn.³⁸⁸

Kein Kommentar zu Details, aber ein sehr ernüchterndes Gesamturteil über die Mechanismen der Gesetzgebung kam von außen: 1936 schrieb Viktor Frankl im CS, die vorberatenden Organe würden „eine Atmosphäre von Staatsmüdigkeit und Gleichgültigkeit den Schicksalen des Staates“ gegenüber schaffen.³⁸⁹

Die meisten Mandatare waren im Ernstfall allerdings kompromissbereit.³⁹⁰ Franz Rehrl, ein nach allen Seiten offener Konsenspolitiker mit fester

380 BLENK, Leopold Kunschak, 192.

381 P. HUEMER, Entstehung, 591; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 511 f. und 519–521.

382 CS 4. 11. 1934 (O. ENDER).

383 PMR VIII/6, Prot. 929/2 (12. 3. 1934), 126.

384 BRAUN, Der politische Lebensweg, 293 f.

385 KLUWICK-MUCKENHUBER, Johann Staud, 124.

386 HENZ, Fügung, 222; S. AMANN, Kulturpolitische Aspekte, 154.

387 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 392.

388 WOHNOUT, Verfassungstheorie, 480 f. und WOHNOUT, Verfassungstheorie, 485.

389 CS 1. 3. 1936 (V. FRANKL).

390 HANISCH, Die Ideologie, 26 f.

demokratischer Grundeinstellung³⁹¹, opponierte innerlich gegen das autoritäre Prinzip, machte äußerlich jedoch mit. Seit 1934 übte er keine offene Kritik mehr an der Regierung und erteilte der autoritären Staatsführung seine Zustimmung.³⁹² Obwohl er die Auflösung der CSP bedauerte, kooperierte er mit der VF: Nur so glaubte er den Einfluss der CSP zu erhalten.³⁹³ Im August 1936 erklärte er einer französischen Journalistin, der österreichische Staat sei nicht faschistisch, die Situation sei eine vorübergehende, der autoritäre Staat basiere auf den Ideen der Unabhängigkeit Österreichs. Später wurde die Kritik schärfer.³⁹⁴

Auch Karl Lugmayer sah den Hang der VF zum Autoritären, gab sich aber damit zufrieden, dass die Kultur von dieser nicht aufgesogen worden sei.³⁹⁵ Von Anfang an ausdrücklich auf Distanz gingen Leopold Kunschak und Josef Reither.³⁹⁶ Otto Ender, Josef Resch, Richard Schmitz und Friedrich Funder bildeten eine Art innere Opposition.³⁹⁷ Dasselbe galt für die KA, die sich der Eingliederung ihrer Jugendorganisation in die VF widersetzte. Leopold Engelhart, ihr Generalsekretär in Wien, fürchtete um die kirchliche Eigenständigkeit.³⁹⁸

Richard Schmitz suchte nach Rechtfertigungen für das autoritäre System: Noch 1945 erläuterte er in Rom dem vormaligen Nuntius in Wien, Kardinal Enrico Sibia, im Jahr 1934 habe ein „Existenzkampf des Staates zwischen Sozialdemokratie und Nationalsozialismus“ stattgefunden³⁹⁹, der zu einer Krise des Parlamentarismus geführt habe; Engelbert Dollfuß habe nach Wegen gesucht, das Zusammenleben der christlichen Faktoren des Landes in neuen Formen zu ermöglichen.⁴⁰⁰

Nicht minder apologetisch klingt, was Ulrich Ilg zur Politik der Bundeskanzler Dollfuß und Schuschnigg zu sagen hatte: Oberste Maxime sei die Abwehr des Nationalsozialismus gewesen; für beide Kanzler hätte es keine Alternative gegeben. Der Vorarlberger Politiker, der Dollfuß' Ermordung als Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft hautnah erlebt hatte (er hatte eigenhändig an der Aufbahrung des Toten mitgewirkt), zitierte den Kanzler

391 DOHLE, 150 Jahre, 31.

392 CS 4. 2. 1934 (F. REHRL); H. DACHS, Franz Rehl, 250–253; WOHNOUT, Die Verfassung, 29.

393 KRIECHBAUMER, Front, 154; STOCK, „... nach Vorschlägen der Vaterländischen Front“, 20.

394 HANISCH, Franz Rehl, 26–30.

395 CS 3. 6. 1934 (K. LUGMAYER).

396 SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 98 f.; WILTSCHEGG, Heimwehr, 74.

397 WANDRUSZKA, Struktur, 347; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 84 f.

398 POPP, Der CV, 267.

399 Zu den im Ständestaat gesetzten Prioritäten (Unabhängigkeit Österreichs versus Ausschaltung der Sozialdemokratie) ist die Forschung geteilter Meinung; MOMMSEN, Theorie, 174.

400 R. SCHMITZ, Tagebuch, 27.

mit den Worten „Ich wollte ja nur den Frieden“ und erklärte ausdrücklich dessen Präferenz für Kurt Schuschnigg als Nachfolger.⁴⁰¹ Mit sichtlichem Stolz berichtete er, später sei ihm von Freunden nahegelegt worden, ein Dollfuß-Bild in seiner Stube zu entfernen⁴⁰², weil es provozierend wirken könnte; er habe aber beschlossen, dies nur auf eine offizielle Aufforderung hin zu tun, und diese sei nie gekommen.⁴⁰³ Josef Reither hatte bereits kurz nach der Ermordung des Kanzlers darauf hingewiesen, dass in vielen Bauernhäusern „zu ihm als Fürbitter gebetet“ werde, weil er als Programmatischer der Agrarpolitik Großes zum Wiederaufbau Österreichs nach dem Krieg geleistet habe.⁴⁰⁴

Für Rudolf Henz war die vom Deutschen Reich ausgehende Bedrohung Grund genug, vorbehaltlos hinter den Ereignissen von 1934 zu stehen: „Zum ‚Ständestaat‘ mag einer stehen wie er will, die Ära Dollfuß-Schuschnigg, den Versuch, Österreich noch zu retten, mit der Diktatur im Dritten Reich noch in eine Linie zu setzen, ist grotesk.“⁴⁰⁵ Im Juli 1934 auch selbst im Blickfeld der Putschisten, kommentierte er Kurt Schuschniggs während der Trauerfeier für Dollfuß gefassten Entschluss, das Kanzleramt anzunehmen, wie folgt: „Die diesen Mann heute noch einer Schuld bezichtigen, nach all dem, was uns Hitler und seine totalen Konkurrenten seither vorgespielt haben, haben diese Stunden wahrscheinlich im Ausland miterlebt.“⁴⁰⁶

Eduard Ludwig⁴⁰⁷ und Friedrich Funder empfanden für Engelbert Dollfuß ebenfalls hohe Wertschätzung. Funder sah in ihm den konsequenten Fortführer der Politik Seipels⁴⁰⁸, der im Übrigen mit „jahrelangen politischen Fehlleitungen verschiedenartigen parteipolitischen Ursprungs“ konfrontiert gewesen sei.⁴⁰⁹ Schuschnigg betreffend, verteidigte Funder trotz seiner Gegnerschaft zum Nationalsozialismus selbst das Juliabkommen von 1936.⁴¹⁰ Hans Karl Zeßner-Spitzenberg hingegen brachte seine Sorge darüber offen zum Ausdruck; die darauf bezogene Kritik am Kanzler äußerte er aber diplomatisch, indem er ihn in dieser Frage als Realpolitiker bezeichnete.⁴¹¹ Guido

401 ILG, Lebenserinnerungen, 20 f.

402 Zur Diskussion um das Dollfuß-Bild im Parlamentsklub der ÖVP, ausgelöst von sozialdemokratischen Abgeordneten, vgl. G. HARTMANN, Der CV, 136.

403 ILG, Lebenserinnerungen, 34.

404 CS 16. 12. 1934 (J. REITHER).

405 HENZ, Fügung, 211 f.

406 HENZ, Fügung, 218–220.

407 LUDWIG, Österreichs Sendung, 115.

408 KNOLL, Von Seipel, 13; PFARRHOFER, Friedrich Funder, 181

409 FUNDER, Aufbruch, 55 f.

410 G. HARTMANN, Im Gestern, 375.

411 K. P. ZEßNER-SPITZENBERG, Hans Karl, 66.

Zernatto schließlich stand, jedenfalls in der Wahrnehmung ähnlich gesinnter Zeitgenossen, so sehr hinter dem System, dass nach dessen Ende seine politische Tatkraft schwand: „Für den“, so Willibald Plöchl, „ist eine Welt zusammengebrochen gewesen, und zwar der Christliche Ständestaat“. ⁴¹²

Das gleichsam letzte Wort wird in diesem Überblick einem der als besonders loyal geltenden Exponenten desselben erteilt, Clemens Holzmeister. Es ist nicht der 1936 in der MSchKP erhobene Protest gegen die Praxis, öffentliche Bauten nicht mehr frei schaffenden Architekten anzuvertrauen, sondern die Bauämter sie ausführen zu lassen, der ihm zum Rücktritt vom Präsidium des Architektenvereins veranlasste ⁴¹³, sondern der von Bitterkeit getragene Rückblick auf die dreißiger Jahre, den der politisch stets gemäßigte Künstler ⁴¹⁴ in hohem Alter unternahm: ⁴¹⁵ „In einem politisch zerfressenen Land [...], das erfüllt war von Neid und Hass“, seien alle Bemühungen vergeblich gewesen, „Positives zum Wohl aller zu schaffen“. ⁴¹⁶

412 EPPEL, *Österreicher* 2, 521.

413 MSchKP 1, 1125 f.

414 POSCH, *An der Wende*, 63.

415 Vgl. sein Biogramm bei HOHENAUER, Clemens Holzmeister, 211 f.

416 HOLZMEISTER, *Architekt*, 49; zu möglichen Diskrepanzen zwischen Holzmeisters äußerem Auftreten und seinen inneren Stimmungen vgl. POSCH, Clemens Holzmeister, 255 f.

„Serva ordinem et ordo servabit te!“

Antiker Sinnspruch

9. RESÜMEE: *STATUS IST ORDO*

In den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts unternahm auch in Österreich eine vom Ersten Weltkrieg traumatisierte Generation den Versuch, der parlamentarischen Demokratie, die sich nicht bewährt habe, mit einem berufsständisch-autoritären System ein Korrektiv entgegenzusetzen. Die bereits in der Monarchie zutage getretenen Missstände des Parlamentarismus, vor allem aber die revolutionären Ereignisse von 1918 galten als Beweis für das Versagen des Gesellschaftsvertrags und riefen Vorbehalte gegen alles wach, was mit diesem bzw. mit der Französischen Revolution seinen Anfang genommen hatte, insbesondere gegen vermeintlich schrankenlosen Liberalismus und den Kult des Individuums. In den Gedanken vieler Zeitgenossen schwang sich auch der Kommunismus als drohendes Szenario empor. Die politische Entwicklung im Deutschen Reich lenkte den Blick sodann auf den Nationalsozialismus. Einen gemeinsamen Nenner für beide Ideologien fand man im Totalitarismus. Die Wirtschaftskrise verlieh derlei besorgt-kritischen Einstellungen zusätzliche Stoßkraft.

Am 1. Mai 1934 wurde eine Verfassung verlautbart, die sich auf das 1931 veröffentlichte päpstliche Rundschreiben *QA* berief – seinem Geist, nämlich ein Modell für die Gesellschaft, nicht für den Staat zu entwerfen, allerdings widersprach. Die politische Umsetzung der darin festgeschriebenen Grundsätze gelang denn auch nicht, nicht nur wegen des sogenannten „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsche Reich am 13. März 1938, sondern auch weil das Konzept „Ständestaat“ insgesamt diffus war, weil sich die als Berufsstände konzipierten Stände weder, wie es die Theorie wollte, „natürlich“ entwickelten noch in gezielten Versuchen berufsständischen „Aufbaus“ eingerichtet werden konnten: Der Beruf, so zeigte sich, war nicht geeignet, eine auf Letztwerte bedachte Gemeinschaft zu begründen. Ist heute von der „Maiverfassung“ die Rede, so werden vornehmlich die autoritären Erscheinungsformen der durch sie begründeten Herrschaft akzentuiert – in der geltenden, in weiten Teilen linksliberal geprägten Meistererzählung durchwegs kritisch, wenn nicht nachgerade richtend.

Die Diskrepanz zwischen dem hohen für den ständischen Aufbau betriebenen Aufwand und dem bescheidenen Ergebnis stellte die Frage in den Raum, ob sich die Bedeutung des Begriffes „Stand“ in den dreißiger Jahren denn tatsächlich in „Berufsstand“ erschöpfte. Dieses Thema ist bislang nicht zum Gegenstand wissenschaftlicher Analyse geworden, auch nicht

von Seiten weltanschaulich neutraler Historiker. In etwas einseitiger Konzentration auf Ereignisgeschichtliches kam die Suche nach den tiefer liegenden, allgemeineren Denkmustern und den Mentalitäten derer, die die politischen Weichenstellungen vornahmen, zu kurz. Die Rede ist von einer katholisch-konservativen Elite, für die ständisches Denken Teil eines umfassenden, sehr kohärenten Gedankengebäudes war. Eine neuerliche Analyse und Systematisierung der diversen Ständestaatskonzepte¹ schien hingegen nicht geboten zu sein.

Ausgangspunkt der Überlegungen war das von vielen Zeitgenossen artikulierte Gefühl, durch die Folgen von 1789 habe der Einzelne soziale Bindungen verloren und sei allein gelassen worden. Die Überzeugung, er könne und solle dem Staat nicht unmittelbar gegenüberstehen, rief den Wunsch wach, der Gesellschaft wieder eine klare Struktur zu verleihen. So gewann der Gedanke der Bindung eines jeden Menschen an intermediäre Einheiten, eben Stände, neue Attraktivität – selbst um den Preis einer gewissen Rückwärtsgewandtheit.

Von „Stand“ im Allgemeinen zu sprechen ist in diesem Zusammenhang richtiger als von „Berufsstand“, nicht zuletzt weil das eben beschriebene Problem, und zwar schon seit der Jahrhundertwende, auch als Ausdruck der Zwischenstellung der modernen Gesellschaft zwischen einem aristokratischen und einem demokratischen Prinzip gesehen wurde.² Die nach dem Ersten Weltkrieg in die Wege geleitete Renaissance des Ständischen bedeutete indes keineswegs die Wiederbelebung der alten Geburts-, Reichs- oder Landstände, man findet aber auch kein Auslangen mit dem, was mit Bezug auf das 19. Jahrhundert als das „Neuständische“ bezeichnet wird. Weniger als Rechts- als vielmehr als Wertbegriff wichtig, wurde „Stand“ damals wie selbstverständlich auch zur Bezeichnung von Altersgruppen, Geschlechtern, Familien etc., eben nach diversen Kriterien gebildeter Gruppen, verwendet, so dass Zeitgenossen auch noch in der Zwischenkriegszeit eine „ständische Atmosphäre“ (A. Kolnai) konstatierten.³ Die Wirkmächtigkeit der von Max Weber so bezeichneten traditionellen Herrschaft war also auch in einem vermeintlich „rationalen“ Zeitalter nicht außer Kraft zu setzen.

Im hiermit beschriebenen Grundmuster klingt ein Wesenszug des österreichischen Ständestaates an, der nicht deutlich genug betont werden kann. Österreich sollte ja zu einem Bollwerk gegen den Nationalsozialismus werden, eine Ideologie, die – gleich dem italienischen Faschismus – tradi-

1 Diesbezüglich dürfte alles Wesentliche gesagt – und von der Weimarer Republik auf Österreich übertragbar sein: BOHN, Ständestaatskonzepte.

2 SEELIG, Die „soziale Aristokratie“, 153.

3 KOLNAI, Ideologie, 16.

tionale Kräfte in Politik und Gesellschaft bekämpfte. Nicht auf kohärente philosophische Systeme, sondern auf populäre, wenn nicht vulgäre Gefühle sich stützend⁴, konnten die Nationalsozialisten sodann auch als Garanten des Fortschritts auftreten – was in einem wirtschaftlich darniederliegenden Land leicht in politisches Kapital umgemünzt werden konnte.

Mit dem Ständestaat konzipierten die Gegner des Nationalsozialismus hingegen ein Modell, das dieser Ideologie im Innersten zuwiderlief.⁵ Für Hitler selbst hatten ständische Strömungen auch deshalb keine Bedeutung, weil sie in intellektuellen Milieus beheimatet waren.⁶ Von besonderem Belang ist das mit den zentralen Themen der Studie eng verknüpfte Faktum, dass sich das Österreich der Zwischenkriegszeit keine neuen Eliten schuf wie der italienische Faschismus und der Nationalsozialismus, sondern den alten vertraute.⁷ Politische Verantwortungsträger wurden mit Bedacht mehrheitlich aus den Reihen mittlerer und höherer (häufig intellektueller) Schichten bestellt, die die Systemtransformation nicht als nennenswerten Bruch empfanden.⁸ Eine wichtige Rolle spielte der Adel, dessen auf Harmonisierung von Alt und Neu bedachte Konzepte dazu dienten, Alternativen zur vermeintlich modernen gesellschaftlichen Ordnung zu legitimieren.⁹

Im Zuge der obligaten Absteckung des politisch-geistesgeschichtlichen Rahmens (Kap. 3) mussten die österreichisch-italienischen Beziehungen im Detail rekonstruiert werden. Hierbei zeigte sich, dass eine Übernahme faschistischer Denkmuster keineswegs in großem Stil und schon gar nicht in der weltanschaulichen Tiefenstruktur erfolgte: Häufiger als einige Beispiele von Zustimmung zu diesem System waren Äußerungen der Distanzierung. Soweit es zu einer engeren Zusammenarbeit mit Italien kam, war diese der wirtschaftlichen Zwangslage Österreichs geschuldet; weltanschauliche Gleichklänge gab es zwar in Teilen der Heimwehr, kaum aber in Regierungskreisen.

Die Annäherung an ein breit gefächertes Spektrum an Äußerungen von Zeitgenossen – gruppiert um die Mitglieder der vorberatenden Organe der Bundesgesetzgebung, also der vom Bundespräsidenten, de facto von Bun-

4 BOTZ, Soziale „Basis“, 16; HANISCH, Der lange Schatten, 311; PAXTON, Anatomie, 30, 60–66 und 319 f.

5 StL 1935, 107 f.; G. KLEMPERER, Konzepte, 119; LINZ, Regime, 190; MÜHLFELD, Rezeption, 33.

6 P. NOLTE, Ständische Ordnung, 250.

7 BÖCK, Christlich-konservative Öffentlichkeitsarbeit 177–179; CARSTEN, Faschismus, 220; HANISCH, Der lange Schatten, 312; G. HARTMANN, Eliten, 223 f.; zurückzuweisen ist die Behauptung, auch in Österreich habe ein „neuer Menschentypus“ geschaffen werden sollen; MITTELMEIER, Austrofaschismus, 141.

8 G. HARTMANN, Eliten, 235 f.

9 GERSTNER, Aristokratie, 104.

deskazler Kurt Schuschnigg ausersehenen Personen – verfolgte das Ziel, dem Begriff „Stand“ schärfere Konturen zu verleihen. Das so entstandene Textcorpus, auf dessen Grundlage der einschlägige Diskurs rekonstruiert wurde, entsprach der 1934 ausgesprochenen Überzeugung des Theologen Johann Kleinhappl SJ, der ständische Gedanke lasse sich nur zusammen mit der Wesensart des Menschen richtig erfassen.¹⁰ Gemäß diesem hohen Anspruch konnte das Interesse demnach nicht dem Stichwort „Stand“ allein gelten, sondern es musste weiter reichen. Herangezogen wurden sämtliche im Druck erschienenen Äußerungen des genannten Personenkreises und anderer Zeitgenossen, auch zu vorderhand nicht einschlägigen Themen. Das, was die Ständetheoretiker direkt äußerten, stand nämlich in einem komplexen gesellschaftlichen und geistigen Kontext (Kap. 2), der sich nicht allein an den (teilweise repressiven, tatsächlich anfechtbaren) Maßnahmen der Regierung ablesen lässt. Nach der Analyse der Wahrnehmung der politisch-gesellschaftlichen Situation durch die befragten Personen (Kap. 4) konnte in zwei Hauptteilen dem ideen- und mentalitätsgeschichtlichen Interesse entsprochen werden.

Der Mensch ist Person ist der Titel einer 1994 erschienenen Monographie von Heinrich Schmidinger über die in den 1920er-Jahren kultivierte Philosophie des Personalismus. Entsprechend dem christlich-naturrechtlichen Verständnis wurde dadurch der menschlichen Würde wieder eine feste Verankerung geboten: Der als Person definierte Mensch sollte mehr gelten als jegliche übergeordnete Struktur positiven Rechts. Damit wurde nicht entfesseltem Individualismus das Wort geredet – so wie Freiheit des Eigentums nicht hemmungslose Konkurrenz im Sinn des Manchester-Liberalismus bedeutete, denn der Vorrang des Gemeinwohls vor dem Einzelwohl stand nicht zur Disposition. Die Überzeugung, dass die gerechte Verknüpfung der jeweils verschiedenen Eignung der Menschen mit ihrer natürlichen Gleichheit „eine nahezu unerfüllbare Forderung“ (J. Pieper) sei und dass sich manche Schuldigkeiten ihrer Natur nach nicht völlig ableisten ließen, galt als Problem, das sich einzig im Vertrauen auf Gottes Hilfe in Ansätzen lösen lasse.¹¹ Daher mussten – bei allem Bemühen, ständische Privilegien zu beseitigen – ständische Abstufungen und Distanzierungen und vermeintlich natürliche Hierarchien zentrale Aspekte des Denkens bleiben. Es ließen sich auch viele Parallelen zum sogenannten Ordoliberalismus finden, für den im gegebenen Kontext allerdings die Bezeichnung „konservativer Liberalismus“ vorgezogen wurde.

Ungeachtet aller romantischen Neigungen wurde die für den modernen

10 CS 23. 12. 1934 (J. KLEINHAPPL SJ).

11 PIEPER, Über die Gerechtigkeit, 102 f.

Staat kennzeichnende Trennung von Staat und Gesellschaft von fast allen maßgeblichen Denkern für notwendig befunden. In der Gesellschaft besitze die Person den Freiraum, den sie zur Entfaltung ihres Wesens brauche. Aufgabe des Staates sei es, diesen zu schützen und ausgleichend zu wirken; ein Staat, der in die Privatsphäre seiner Bürger eingreife, sei – so mit Blick auf Faschismus und Nationalsozialismus – ein totalitärer Staat.¹² Ein solcher hätte der österreichische Ständestaat aber schon deshalb nicht sein können, weil seine Träger dem christlichen Personalismus und der katholischen Soziallehre eng verbunden waren. Dieser Umstand machte den Kult eines säkularen Staates gleichermaßen unmöglich wie die für den Faschismus charakteristischen imperialistischen Züge.¹³ Die internationale Forschung hat dies klarer erkannt als die österreichische: „Austria’s leaders never aspired to total rule.“¹⁴

Mehr Aufmerksamkeit als anderen Ständetheoretikern wurde Othmar Spann geschenkt. Dies ist der Komplexität seines Denkens und der Faszination, die es auf die Zeitgenossen übte, zuzuschreiben. Nach sorgfältigem Abgleich seiner Positionen mit den von den Gestaltern der österreichischen Politik vertretenen ist der Akzent freilich eher auf die Heterogenität, ja mangelnde Kohärenz seines Systems zu setzen: Parallelen im Denken vieler politisch maßgeblicher Zeitgenossen wurden hinsichtlich des umfassenden Verständnisses von „Stand“, teilweise auch hinsichtlich des Faktors „Ungleichheit“ in der Gesellschaft sichtbar, worin diese dem Wiener Professor aber nicht folgten, war dessen überragende Bewertung des Staates, die der christlichen Gesellschaftslehre und den gleichsam eisernen Beständen des Personalismus widersprach. In festen Hierarchien dachten beide, der Unterschied lag aber darin, dass die Gesellschaft für Spann von oben nach unten, für die christlichen Sozialtheoretiker nach dem Subsidiaritätsprinzip von unten nach oben strukturiert sein sollte.

Zahlreiche Gleichklänge wurden hingegen im Denken Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergis, des Begründers der Paneuropa-Bewegung, sichtbar, dessen brillante essayistische Sprachkunst viele Gedanken zwar nicht in der Substanz anders, aber doch pointierter vermittelte als der entweder nüchtern-professorale oder literarisch-publizistische Duktus der eigentlichen Bezugspersonen der Studie – und ihnen überdies eine über Österreich weit hinausgehende Relevanz verlieh.

Von den einleitend angesprochenen Kategoriensystemen, die die Soziologie zur Beschreibung der Struktur menschlicher Gesellschaften anwendet,

12 PAXTON, *Anatomie*, 212 und 316.

13 FALLE, *Wurzeln*, 23; HANISCH, *Der lange Schatten*, 312.

14 CONNELLY, *From Enemy*, 105.

erwiesen sich „Verhaltensstandards und moralische Einstellungen“, also jenes, das für eine Gliederung nach Ständen besonders geeignet ist¹⁵, als das in höchstem Maß gültige. Die zentralen Themen des Personalismus – Individualität, Freiheit/Ordnung, Leben/Geist, Persönlichkeit/Gemeinschaft und eine Reihe weiterer hohen Idealen verpflichteter „Werte“ – machten es möglich, die Vielzahl an zunächst heterogen wirkenden Äußerungen in ein System zu bringen (Kap. 5). Da der Personalismus auch dem Gefühl Erkenntniswert bescheinigte, fand bei deren ausführlicher Analyse manches Platz, was ausgespart geblieben wäre, wenn der kategorische Imperativ den alleinigen Maßstab dargestellt hätte. Dies bedeutet freilich weder Willkür noch Beliebigkeit, sondern ist Ausdruck der Suche nach einem wissenschaftlichen Zugriff, der jene im Denken und Fühlen der behandelten Personen tief verankerte (auch christliche) Demut nachempfindet, die sich nicht anmaßt, für alles und jedes ein „Kriterium“ bilden zu können und es auf diese Weise in eine Schablone pressen zu dürfen. Der Respekt vor der Person, so jene Philosophen, zu denen auch der im BKR vertretene Karl Lugmayer gehörte, gebiete ein Höchstmaß an Verantwortung jenseits der Normen und behutsame Vorgehensweisen in allen Lebenssituationen, viel Augenmaß und einen Sinn für Lösungen mittlerer Reichweite. Die Palette der hieraus sich ergebenden Themen entspringt jenem keineswegs nur von konservativer Seite eingeforderten kritischen Denken, das „Parteinahme für die Residuen von Freiheit, für Tendenzen zur realen Humanität“ verlangt.¹⁶

Dieses Denken implizierte freilich das Bewusstsein, dass die Gebundenheit an derlei Prinzipien nicht bei allen Menschen gleich ausgeprägt sei – so wie das Verhältnis zwischen dem Körperlichen und dem Geistigen in jedem Menschen anders gelagert sei. Dietrich von Hildebrand, ein Emigrant aus Deutschland, der in Österreich zu einem der christlich-konservativen Vordenker wurde, bezog auch jene in sein Denken ein, die sich zu den Idealen des Personalismus nicht bekannten: Bei Menschen, die dem Totalitarismus anhängen, glaubte er, könne man durch Fairness nichts mehr ausrichten.¹⁷ Mit diesem Gedanken verwandt ist ein Problem, das die Zeit des Übergangs von der Honoratiorenherrschaft zur Massenwählerschaft kennzeichnet, der Gegensatz nämlich zwischen einem durch Herkunft und Bildung legitimierten Überlegenheitsanspruch einerseits und dem Prinzip allgemeiner Gleichheit andererseits.¹⁸ Hier liegt der tiefste Grund für die Rechtfertigung des Autoritären: Dieser nach wie vor viel geschmähte Begriff wurde in engem

15 REITMAYER, Politisch-soziale Ordnungsentwürfe, 39–41.

16 HORKHEIMER/ADORNO, Dialektik, IX.

17 v. HILDEBRAND, Memoiren, 149.

18 PAXTON, Anatomie, 117 f. und 178.

Nexus zu dem wahren Autorität gesehen und diente, eben weil Werte nicht verhandelbar sind und nicht zum Gegenstand von Kompromissen werden können¹⁹, als gleichsam *ultima ratio* zur Rettung hehrer Ideale (Kap. 8.5).

In dieser Wertewelt, in der auch der Legitimus verankert war, bestanden viele Möglichkeiten der Bündelung von Elementen, die einen Stand ausmachen konnten. Was die Zeitgenossen unter einem solchen verstanden (Kap. 6), deckt ein breites Spektrum an Inhalten ab, und es fällt auf, dass in ihrem Bewusstsein – aber auch: Empfinden – das sogenannte „Altständische“ vom „Neuständischen“ häufig keineswegs scharf getrennt war. Alle hatten das Bild von Gruppen vor Augen, die durch gemeinsame Identifikationspunkte (Rechte oder gar Privilegien sind allenfalls am Rande zu nennen) verbunden waren. Gerade beim Adel und bei den Bauern, beide im Österreich der Ersten Republik in hohen Ehren, war ständisches Denken sehr ausgeprägt. Hier waren nach wie vor Haus und Familie zentrale Denkkategorien, jene Strukturen also, die als Urgrund des Subsidiaritätsprinzips zu betrachten sind und die auch das Wesen der alteuropäischen „Ökonomik“ (O. Brunner) ausmachten. In dieser wiederum ist der Begriff *ordo* verankert, jene feste, naturgegebene, dem Schöpfergott zu verdankende, daher im Letzten ein Geheimnis bleibende Ordnung, die sowohl für das große Ganze des Kosmos als auch für die Gesellschaft als relevant galt.

Dem Haus als der untersten Ebene der Gesellschaft entsprachen auf höheren Ebenen die Gemeinde, das Land, die Nation, das Reich. Und so wie die Verankerung im Haus als eine gefühlsmäßige betrachtet wurde, galt auch die Heimat, die engere und die weitere, als ein für den Menschen wichtiger Bezugspunkt. Zwar ginge es zu weit, Heimat – oder auch Nation – als einen Stand zu bezeichnen, dass aber diese Räume „ständisch“ denkenden/fühlenden Menschen wichtiger waren als anderen, ist ein im analysierten Diskurs vielfach nachzuweisender Gedanke. Es entstand ein ausgeprägter Österreichpatriotismus, der ein Gegengewicht zu dem in manchen Kreisen ventilierten Gedanken eines Anschlusses der territorial geschrumpften Republik an Deutschland sein wollte. Eine seiner Erscheinungsformen war ein starkes Interesse an der Vergangenheit, des Heiligen Römischen Reichs gleichermaßen wie des „übernationalen“ habsburgischen Vielvölkerreichs, das man dem unhistorischen Ansatz des „preußischen“ Nationalsozialismus entgegenhielt. Um einen Nationalismus, wie er für faschistische Systeme kennzeichnend ist, handelte es sich bei der in derlei Werten sich verdichtenden Österreichidee (nicht „Ideologie“) nicht.

Eine allgemein verbindliche Definition für „Stand“ ließ sich nicht finden: So wich man auf den Berufsstand aus (Kap. 7). Othmar Spann machte hier-

19 STOLLBERG-RILINGER, Die Historiker, 36.

für praktische Gründe geltend, die vielen Zeitgenossen, auch solchen, die nicht seine erklärten Anhänger waren, plausibel erschienen. Zum Wesen des Berufsstands gehörten ein hohes Maß an Eigenverantwortung und eine weit reichende Autonomie. Ein Eingreifen des Staates aufgrund des Subsidiaritätsprinzips war erst vorgesehen, sobald die Möglichkeiten des Stands erschöpft waren. Auf der räumlichen Ebene fand das Subsidiaritätsprinzip im Bekenntnis zum Länderföderalismus ein (freilich nur theoretisches) Pendant.

Hatte es sich beim *ordo* um eine metaphysisch verankerte, normativ-ethisch zu begreifende Ordnung gehandelt, besaß man im Berufsstand eine empirisch-sozial zu beschreibende, die – im Sinn von *status* – das Leistungsprinzip aufwertete. In Wirklichkeit verband diese Begriffe jedoch mehr, als sie trennte: Für beide galt, dass sie durch ihre Position im Ganzen definiert waren, und beiden haftete die Eigenschaft des Beharrenden an – auch wenn im Berufsstand mehr Dynamik gegeben war als im alten Geburts- oder Herrschaftsstand. Und, nicht zuletzt, gehörte auch zu dieser Ordnung die Vorstellung, die Gesellschaft funktioniere wie ein Körper, dessen Glieder aufgrund ihrer spezifischen Fähigkeiten weitgehend vorbestimmte Aufgaben hätten. Manches an ihr, etwa die Hoffnung, Interessenvertretung ließe sich dem Gemeinwohl unterordnen, war allerdings schlichtweg romantisch – und entsprechend weit entfernt von der Umsetzbarkeit. Dasselbe gilt für den Gedanken, eine rein vertikale Gliederung der Gesellschaft könne die horizontale Schichtung der „Klasse“ entbehrlich machen und Entscheidungsbefugnisse ließen sich von der Sachverständigkeit abhängig machen.

Obwohl eine umfassende Auseinandersetzung mit dem Terminus „Autofaschismus“ nicht zu den eigentlichen Intentionen der Studie gehörte, ist dennoch zu konstatieren, dass die Analyse des Diskurses zum „Stand“ gute Argumente liefert, die gegen die Berechtigung dieser Bezeichnung sprechen.²⁰ Nicht nur die tiefe Verankerung der staatstragenden Elite im Katholizismus bedingte gleichsam per se die Unvereinbarkeit mit dem totalitären System, auch die einen noch weiteren Rahmen absteckende Philosophie des Personalismus hätte hierfür keinen Raum gelassen. Als Kronzeuge sei nicht zuletzt Richard Meister angeführt, dessen Bildungsbegriff einem „idealistisch“ sich verstehenden Liberalismus²¹ entsprach, weil er ja nichts anderes wünschte als einen Unterricht, der die dazu Fähigen zu geistiger Freiheit führen sollte. Dass der österreichische Ständestaat gerade diesem

20 Vgl. auch die konzise Zusammenfassung bei SEEFRIED, Reich, 43 f.

21 Der Bildungsgedanke spielt in der Liberalismusdebatte eine zentrale Rolle; JANIK, Liberalismus, 69.

Pädagogen so viel Gehör schenkte, gereicht ihm demokratiepolitisch zu großer Ehre: Denn totalitäre Staaten verachten den Intellekt und versuchen geistige Freiheit nach Kräften zu unterbinden; sie halten das Bildungs- und Erziehungsniveau bewusst niedrig oder reduzieren es auf technisches Fachwissen.²²

Dass das eigene System kein „totalitäres“ sei, bemühte man sich im Österreich der dreißiger Jahre in aller Klarheit auszusprechen; „autoritär“ durfte es eher sein, umso mehr, als ja – entgegen dem überwiegenden Tenor der geltenden Meistererzählung – die Vorläufigkeit entsprechender Maßnahmen betont wurde. In diesem Licht sind auch mögliche äußerliche Parallelen zum Nationalsozialismus zu sehen: Einen weltanschaulichen Gleichklang in den essentiellen Fragen gab es nicht.²³ Auch in diesem Fall findet sich die treffendste Formulierung in der außerösterreichischen Forschung, die bei der Beschreibung des Unterschieds zwischen dem System des österreichischen Ständestaats und des Nationalsozialismus von „ultimate loyalties differentiating them“ spricht.²⁴

Die Freiheit der Person respektierte der österreichische Ständestaat auch dadurch, dass er keine tief greifenden Reglementierungen des Privatlebens der Bürger oder einen Überwachungsapparat im Stil des nationalsozialistischen Deutschland entwickelte. Kein Bürger wurde vom Staat gleichsam in seinem Alltagsleben aufgesucht, zum Mitmachen in allen Bereichen zum Zweck einer Umerziehung gezwungen oder in ein dichtes Organisationsnetz eingesponnen.²⁵ Diese Beobachtung rückt – darauf hat mit Richard Löwenthal ein sozialistischer Intellektueller hingewiesen – das viel kritisierte österreichische Signum „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“²⁶ in ein neues Licht: Es ist nicht notwendigerweise das Versinken „in eine bedrohliche Apathie“²⁷, sondern das Gegenmodell zum faschistischen Anliegen, die Massen mitzureißen²⁸, erinnert an den von Otto Brunner so meisterlich beschriebenen Unterschied zwischen (alt)ständischer und moderner Gesellschaft: Jene wünsche (vom Staat) Freiheiten, diese die Freiheit (zur Mitwirkung im Staat).²⁹

Dass es den Staat aber doch auch brauchte (als Garanten des Schutzes der Person), beweist, dass bei ständischen Ordnungen in der Tat stets zwischen dem funktionalen Aspekt und dem des Wesens von Stand unterschieden

22 PAXTON, *Anatomie*, 313; SCHNELLER, *Zwischen Romantik und Faschismus*, 61.

23 Vgl. P. NOLTE, *Die Ordnung*, 162.

24 BELLER, *A Concise History*, 225.

25 Zur Kritik dieses Prinzips als lediglich taktischen Zug vgl. NEWMAN, *Zerstörung*, 401.

26 LÖWENTHAL, *Faschismus* [1966], 549–553.

27 CHARMATZ, *Vom Kaiserreich*, 217.

28 PAXTON, *Anatomie*, 69, 123 und 317.

29 BRUNNER, *Die Freiheitsrechte*, 189–192.

werden muss und dass keine Berufsordnung zugleich Lebensordnung sein kann.³⁰ Die Berufsstände waren, um es mit Leopold von Andrian auszudrücken, lediglich „Surrogate“ der „in ihrer authentisch-aristokratischen Form“ nicht mehr lebensfähigen ständischen Idee.³¹

Diese Einsicht vermisste Ludwig von Mises bei den Verfechtern des berufsständischen Gedankens: Verfassungstechnische Kunstgriffe seien nicht geeignet, die Gegensätze, die das Volk zerreißen, zu überwinden; dies könne nur eine im echten Sinn liberale, d. h. die Freiheit der Person respektierende Haltung.³² Auch konservative Liberale rieten von der formellen Begründung eines Ständestaates ab, weil ein solcher, so eine Formulierung Wilhelm Röpkes von 1945, eine Form von Monopolismus wäre.³³

Hier liegt eine Erklärung dafür, dass dieselben Personen, die im Diskurs über „Stand“ federführend waren und dabei als Bürgen für hehre Werte auftraten, über das 1933–1938 in Österreich tatsächlich existierende politische System geteilter Meinung waren, manches schlichtweg ablehnten. In noch viel höherem Maß gilt dies für den Rest der Bevölkerung, die, zumal in den Städten dem katholischen Milieu längst entwachsen, auf breiter Basis auch nicht das intellektuelle Niveau der katholisch-konservativen Eliten erreichend und durch die prekäre Wirtschaftslage zusätzlich missgestimmt, zum größeren Teil nicht hinter dem „Ständestaat“ stand.³⁴ Eben weil Berufsstände so unnatürlich waren, weil sich in der modernen Gesellschaft auf die Berufe keine Einheit gründen ließ, bedurfte das System der autoritären Methoden, die es unbeliebt und in vielen Bereichen objektiv anfechtbar machten.

Die Antwort auf die Forschungsfrage kann daher nicht im Befund des Scheiterns des ständischen Aufbaus gesucht werden; wenn dieses ein Thema sein soll, dann nur als Beleg dafür, dass es dem Wesen eines Standes widerspricht, aufgebaut zu werden. Die Antwort ist vielmehr in der Geistigkeit der politischen Akteure zu suchen. Vieles von dem, was sämtliche den analysierten Diskurs tragende Personen dachten, ohne es immer explizit zu sagen, sprach – Jahrzehnte später – Wolfgang Höfler so einfach wie deutlich aus: Ein Stand sei „durch das innere Band des Verstehens, des Für-wahr-Haltens, des Unterscheidens, der Erziehung und der Sitte verbunden“.³⁵ Dieser Satz erlaubt es, die von Sascha Bohn mit Bezug auf die Weimarer Repub-

30 GALL, Von der ständischen, 4 f.

31 Zit. nach DOROWIN, Retter, 107.

32 L. von MISES, Liberalismus, 152.

33 HABERMANN, Das Maß, 99 f.

34 TÁLOS, Herrschaftssystem (2013), 450–458.

35 HÖFLER, Bleibende Stände, 36.

lik zusammengestellten Definitionen von „Stand“ aus der Zeit zwischen 1919 und 1933, deren Kernaussagen auch im österreichischen Verständnis mit-schwingen, nach einem qualitativen Kriterium zu ordnen. In hohem Maße zutreffende Merkmale werden in den folgenden angesprochen: „Teilganzes der Gesellschaft“, „Gruppen von Menschen [...], die durch eine gemeinsame Stellung im sozialen Leben den übrigen Menschen des gleichen Gebiets gegenüber dauernd eine Einheit bilden“, „Verband, der eine bestimmte Aufgabe des Gemeinwesens erfüllt“, eine Gruppe, „die als solche vom Staate anerkannt, in den Staat eingegliedert und vom Staate mit bestimmten Aufgaben betraut ist“. Die eigentlich ausschlaggebenden Merkmale kommen in folgenden Definitionen zum Ausdruck: „Gruppen innerhalb eines Volkes, welche sich bilden durch die Gleichheit der Lebensweise und die daraus hervorgehende Gemeinschaft der Anschauungen, Sitten und Ehrbegriffe“ bzw. – die höchste Verdichtung und die Quintessenz der vorliegenden Studie – „Urgestalten des Lebens“.³⁶

In so kompromissloser Weise personalen Werten verpflichtete Menschen finden nach dem Kriterium der Innerlichkeit zueinander und ähneln sich in der Lebensauffassung und Lebensweise.³⁷ Als Gemeinschaftswesen im ursprünglichsten Sinn des Wortes ist ihnen das Gefühl des Angenommenseins, des Schutzes und der Geborgenheit im Kreis Gleichgesinnter wichtiger als momentaner Vorteil oder gar vitaler Genuss.³⁸ Angelpunkt ist das Gefühl, Teil einer Gruppe mit denselben Letztwerten und demselben Auftrag zu sein – und nicht das Bestreben, das eigene Profil in der Konfrontation mit einem Gegner zu schärfen wie in der Klassengesellschaft. Versteht sich eine solche Gruppe als handlungsfähige Einheit mit gemeinsamen Rechten und Pflichten (im 20. Jahrhundert nicht mehr Privilegien), wird sie zur Korporation, zum Stand.³⁹ Standesbewusstsein ist der Garant dafür, dass das Individuum seine „qualitativ“ (K. Mannheim) verstandene Freiheit nicht missbrauche.⁴⁰

Vieles spricht dafür, dass die Theoretiker (und Praktiker) des österreichischen Ständestaates wussten, dass sich das Wesen des Standes nicht im Berufsstand erschöpfen kann. Kein Zweifel dürfte insbesondere für Bundeskanzler Kurt Schuschnigg bestanden haben, der schon früh zu erkennen gab, dass ihm das Weiterbauen am Ständestaat kein vorrangiges Anliegen war. Die Erfahrung der Ergebnis-, ja Aussichtslosigkeit des Nachdenkens

36 BOHN, Ständestaatskonzepte, 17–19.

37 Vgl. K. BAUER, Elementarereignis, 143.

38 Nahe kommen dem die Definitionen von Georg Weippert und Franz Jerusalem; BOHN, Ständestaatskonzepte, 39 f. und 46; für Österreich auch WILTSCHEGG, Heimwehr, 309 f.

39 STOLLBERG-RILINGER, Das Heilige Römische Reich, 23.

40 MANNHEIM, Konservatismus, 116.

über die Berufsstände als Basis einer neuen politischen Ordnung dürfte die geschichtsphilosophischen Reflexionen mitbestimmt haben, die er 1943 seinem Onkel, dem Historiker Hermann Wopfner, mitteilte: Er halte es für ein Gesetz der Geschichte, dass Ideen so lange überspitzt würden, bis sie in ihr Gegenteil umschlugen; später kehrten sie aber in veränderter Form wieder.⁴¹

Mit dieser Formulierung sprach Schuschnigg die Dialektik der Geschichte an; zugleich benannte er ein zentrales Merkmal dessen, was eine Utopie ausmacht. Als Entwurf einer solchen verdient der im Österreich der Zwischenkriegszeit geführte Diskurs über „Stand“ nämlich fraglos auch weiterhin die Aufmerksamkeit der Wissenschaft, größere sogar, als es der Fall wäre, wenn man den Begriff, wie bei Beschränkung auf „Berufsstand“, einfach als Ausdruck von Nostalgie abtun müsste, denn dann käme für das politische System in den Jahren 1933–1938 tatsächlich keine andere Deutung in Frage als „umfassend antimodern“⁴², und der alles andere überlagernde Aspekt müsste das Bild einer „Diktatur“, eines „repressive(n) System(s)“⁴³ bzw. des Menschenrechte und Menschenwürde missachtenden „Unrechtsstaates“⁴⁴ sein, das Teile der geltenden Meistererzählung bestimmt. Versteht man eine Utopie indes als Zeitdiagnose mit anschließender Kritik an bestehenden Verhältnissen, als Reaktion also, verbunden mit dem Versuch auszuloten, wie es besser sein könnte⁴⁵, so ist der analysierte Diskurs ein wichtiger Beitrag zur Schärfung des Blicks der Nachwelt.⁴⁶ Die darin entworfene antiparlamentarisch-ständische Utopie ist ein Beispiel für eine rückwärtsgewandte Utopie.⁴⁷ Als solche ist sie mit Ciceros Staatsschrift vergleichbar (auf die Richard Meister auch rekurrierte [Kap. 8.5]), die, über die historische Wirklichkeit hinausgehend, ihren Ort ebenfalls in der Vergangenheit suchte, nicht um diese zu verherrlichen, sondern um in paradigmatischer Weise die ideale Lebensordnung zu beschreiben.⁴⁸ So gesehen, erweist sich die für Österreich entworfene Utopie als Eu-Topie, nicht als Nicht-Ort, sondern als Ort, wo es besser ist.⁴⁹

41 BINDER/H. SCHUSCHNIGG, „Sofort vernichten“, 296.

42 KONRAD, Die Bruchlinie, 52 f.

43 HAUCH, Vom Androzentrismus, 352.

44 KONRAD, Die Bruchlinie, 55; WIEDERIN, Die Rechtsstaatskonzeption, 90.

45 SAAGE, Politische Utopien, 46–49; SAAGE, Vermessungen, 7 f.; SAAGE, Der zerstörte Traum?, 14 f.; SCHÖLDERLE, Geschichte, 12 und 158.

46 SCHÖLDERLE, Geschichte, 14.

47 GOLDINGER/BINDER, Geschichte 143; BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 211.

48 CYRON, Ciceros de republica, 356–358.

49 KYTZLER, Utopisches Denken, 45; SCHÖLDERLE, Geschichte, 11.

Dass die Verwirklichung noch fern ist, ist hierbei nicht von Belang.⁵⁰ Das muss vielmehr so sein angesichts der Komplexität im inneren Bau, die dem nunmehr analysierten System anhaftet⁵¹ – und vor allem angesichts dessen, dass es ohne präzise, gleichsam mathematische Konstruktionen, nur mit einem in der Geschichte befindlichen Ideal auskommt. In diesen Merkmalen erkannte Ernst Bloch Zeichen einer „guten“ Utopie.⁵² Hinter dem österreichischen Ständestaat verbargen sich ernst zu nehmende, wenn auch schwer vermittelbar gewordene Spielarten von Konservatismus, die zu den totalitären Ideologien der Zeit in diametralem Gegensatz standen.⁵³ Es war der Versuch, ein ganzheitliches Gesellschaftsmodell umzusetzen, in dem der Einzelne in seinem Denken und Handeln ungleich kohärenter war als in der „entzauberten“ modernen Gesellschaft, die die Vielzahl der sie kennzeichnenden Teileliten begrenzte und somit die Komplexität sozialer Schichtung reduzierte.⁵⁴ Und es war, noch wichtiger, der Versuch, Elemente personaler, somit auch traditionaler Herrschaft in einem dem Rationalen verpflichteten Zeitalter zur politischen Option zu erklären.

In diesem Sinne ständisch denkenden Menschen bedeutet das bewährte zeitlos Gültige mehr als das ungewisse Neue, Reflexion mehr als zweifelhafte Aktion, ungeschriebene Gesetze sind ihnen wichtiger als positives Recht. Und sie messen das Zeitliche am Ewigen: Schon deshalb wären sie nicht in der Lage, das gesamte Leben einem starren System zu unterwerfen oder sich an lediglich äußerliche Kriterien zu halten. Hier liegt das eigentliche Wesen ständischen Denkens: Man darf den Akzent nicht, wie man es mit Blick auf frühere Epochen zu tun geneigt ist, auf den mit ständischer Freiheit verbundenen Faktor soziale Ungleichheit⁵⁵ setzen oder gar das Bekenntnis zu einem System von Privilegien vermuten, sondern es ist der Appell an jeden Einzelnen, seinen Beitrag zum Ganzen zu leisten, eigenverantwortlich und im Bewusstsein dieser Verantwortung umso besser, aber jeder auf seine Art – und nicht angewiesen auf die simplen Handlungsanweisungen einer absolut, ja mit totalitärem Anspruch auftretenden Vernunft.⁵⁶

Absolutheitsansprüche sollte, in Analogie dazu, auch die Wissenschaft nicht erheben – und sich folglich nicht die Freiheit nehmen, in richterlichem Habitus „ein scharf umrissenes Richtigkeitsbild der sozialen und politischen

50 CYRON, Ciceros de republica, 351.

51 FREYER, Die politische Insel, 28.

52 BLOCH, Freiheit, 136–140.

53 Diskussion dieser Begriffe bei P. NOLTE, Ständische Ordnung, 233.

54 GERSTNER, Aristokratie, 104.

55 Vgl. HANISCH/URBANITSCH, Prägung, 63.

56 KOSSELLECK, Kritik und Krise, 127 und 139; vgl. DANIEL, Reinhart Koselleck, 170 f.

Ordnung“ (K. Mannheim) ⁵⁷ zu zeichnen. Den Blick auf das äußere Erscheinungsbild der österreichischen Politik 1933–1938 zu verengen, wie es die geltende Meistererzählung vielfach tut, nur weil dieses präzise beschreibbar erscheint, greift zu kurz, umso mehr, wenn direkte oder unterschwellige, dem Wertbewusstsein einer späteren Zeit geschuldete Pauschalverurteilungen damit einhergehen. Wissenschaftlichkeit erlaubt – in den Geisteswissenschaften wird man geradezu sagen müssen: gebietet – die Frage nach tiefer liegenden Handlungsmaximen der Akteure: Diese lassen sich aber nur durch Offenheit auch für all das erkennen, was über das Handeln im engen Sinn hinausgeht. Einen Menschen, eben auch einen politischen Akteur, umfassend zu Wort kommen zu lassen – und ihn beim Wort zu nehmen – widerspricht kritischem Geist nicht, besonders dann nicht, wenn durch einen so intensiven und reichen, gemäß der Forderung Johann Kleinhappls der „Wesensart“ des Menschen nachspürenden Diskurs, wie es der in dieser Studie analysierte ist, ein hoher Grad an Kohärenz des Denkens gegeben ist – was, bezogen auf Einzelaspekte, auch wechselseitige Plausibilitätskontrolle bedeutet. ⁵⁸

Versucht man aus dieser Haltung heraus alle untersuchten Äußerungen auf einen Nenner zu bringen, so zeigt sich: Sein *status* allein, der Beruf, den ein Mensch ausübt, also das weitgehend Mess- und Beschreibbare, kann ihn nicht ausmachen, solange er sich nicht dem *ordo* unterworfen fühlt. Dieser aber gehört zu einem auch die Transzendenz einschließenden Weltbild. Aus einem solchen wiederum resultiert ein Verständnis von Politik, das über das Tages-, wenn nicht sogar das Zeitgeschehen hinausgehende Weltansichten und Werthaltungen beinhaltet, ja überhaupt menschliche Grundbefindlichkeiten stärker in den Blick nimmt – und anerkennt, dass das, was Dieter A. Binder für Bundeskanzler Dollfuß feststellte, in der Politik generell sehr häufig gilt, nämlich dass meist ebensoviel für eine Sache spricht wie gegen diese ⁵⁹, dass es einen „Masterplan“ (H. Wahnout) ⁶⁰ tatsächlich in vielen Fällen nicht geben kann. Obwohl die Zahl derer, die diesen Gedanken nachvollziehen können, schon in der Zwischenkriegszeit nicht groß gewesen sein dürfte, der Diskurs über das Ständische also nicht die politische Realität abbildete, spricht vieles dafür, den österreichischen Ständestaat künftig nicht auf seine autoritären Züge zu reduzieren, sondern sich auch seines Selbstverständnisses als konservativer, im echten Sinn „christlicher“ Staat zu entsinnen – jenseits jeglicher Spielart des politischen Katholizismus.

57 MANNHEIM, Konservatismus, 167 f.

58 SKINNER, Bedeutung, 92.

59 GOLDINGER/BINDER, Geschichte 202.

60 WAHNOUT, Schritte, 51.

10. ANHANG

Die Biogramme der Mandatare (10.1) werden mit Verweis auf G. Enderle-Burcel's grundlegende Arbeit nur stichwortartig formuliert. Jene der Ständetheoretiker (10.3) und der Autoren ergänzend herangezogener Texte (10.4) sind etwas umfassender angelegt, erheben aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die im Einzelnen unterschiedliche Ausführlichkeit hängt nicht mit der Bedeutung der jeweiligen Persönlichkeit zusammen, sondern mit der spezifischen Fragestellung dieser Studie. Weniger bekannte Persönlichkeiten werden ausführlicher vorgestellt als andere. In wenigen Fällen erwies sich die Ermittlung biographischer Daten als nicht leistbar.

10.1 Mandatare, die für die Fragestellung der vorliegenden Studie relevante Schriften hinterließen

Walter Adam (1886–1947), Oberst a. D., Mitglied des SR

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 36 f.

Ludwig Adamovich (1890–1955), Univ.-Prof. (iur.), Mitglied des SR und des BT

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 37 f.

Eduard von Baar-Baarenfels (1885–1967), Major a. D., Gutsbesitzer, stellvertretender Landeshauptmann von Niederösterreich, Mitglied des LR

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 41–43; AGSTNER/ENDERLE-BURCEL/FOLLNER, Österreichs Spitzendiplomaten, 117 f.

Georg Baumgartner (1884–1941), Univ.-Prof. (theol.), Mitglied des BKR

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 44 f.

Josef Bick (1880–1952), Generaldirektor der Österreichischen Nationalbibliothek, Direktor der Albertina, Mitglied des BKR und des BT

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 46 f.

Johann Blöchl (1895–1987), Bauer, Mitglied des BWR

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 48 f.

Erich Braumüller-Tannbrück (1894–1967), Firmenprokurist, Mitglied des SR

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 49.

Rudolf Buchinger (1879–1950), Gutsbesitzer, Präsident des Giro- und Kassenvereins, Bundesminister a. D., Mitglied des BWR und des BT

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 50 f.

Alois Dienstleder (1885–1946), Univ.-Prof. (iur.), Mitglied des SR

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 55.

Ludwig Draxler (1896–1972), Rechtsanwalt, Bundesminister a. D., Mitglied des SR und des BT

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 56 f.

Leopold Engelhart (1892–1950), Domprediger in Wien, Generalsekretär der KA, Mitglied des BKR

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 63 f.

Leopold Figl (1902–1965), Direktor des niederösterreichischen Bauernbundes, Mitglied des BWR

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 66–68.

Pius Fink (1903–1983), Bauer, Mitglied des BWR

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 68 f.

Karl Flödl (1900–1967), Gewerkschaftssekretär, Mitglied des BWR und des BT

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 73 f.

Florian Födermayr (1877–1960), Bauer, Bundesminister a. D., Mitglied des SR und des BT

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 74 f.

Salomon Friedrich Frankfurter (1856–1941), Konsulent im Bundesministerium für Unterricht, Direktor der Universitätsbibliothek Wien, Mitglied des BKR

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 77 f.

Friedrich Funder (1872–1959), Chefredakteur/Herausgeber der *Reichspost*, Mitglied des SR und des BT

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 79 f.

Franz Karl Ginzkey (1871–1963), Technischer Oberrat, Schriftsteller, Mitglied des SR

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 82–84.

Edmund Glaise von Horstenau (1882–1946), Direktor des Kriegsarchivs in Wien, Mitglied des SR und des BT

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 84–86.

Rudolf Henz (1897–1987), Direktor der RAVAG, Schriftsteller, Mitglied des BKR

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 97–99.

Victor Franz Hess (1883–1964), Univ.-Prof. (Physik), Mitglied des BKR

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 100 f.; EPEL, Österreicher 1, 286, 30, 477, 505 und 513; 2, 274 und 453.

Clemens Holzmeister (1886–1983), Architekt, Prof. an der Akademie der Bildenden Künste, Mitglied des SR

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 105 f.

Franz Hörburger (1882–1974), Schuldirektor, Landesschulinspektor, Mitglied des BKR

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 107.

Ludwig Hülgerth (1875–1939), Hauptmann d. D., Landeshauptmann von Kärnten, Mitglied des LR und des BT

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 110–112.

Ulrich Ilg (1905–1986), Bauer, Staatssekretär a. D., Mitglied des BWR und des BT

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 112 f.

- Lorenz Karall** (1894–1965), Versicherungskonsulent, Mitglied des SR
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 119 f.
- Richard Kerschagl** (1896–1976), Prof. an der Hochschule für Welthandel und an der Konsularakademie, Rechtskonsulent der Nationalbank, Mitglied des SR und des BT
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 120–122.
- Viktor Kienböck** (1873–1956), Präsident der Österreichischen Nationalbank, Bundesminister a. D., Mitglied des SR und des BT
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 122 f.
- Franz Kolb** (1886–1959), Weltpriester, Gymnasialprofessor, Mitglied des BKR
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 127 f.
- Leopold Kunschak** (1871–1953), Sattlermeister, Redakteur, Mitglied des SR
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 138 f.
- Adolf Lenz** (1868–1959), Univ.-Prof. (iur.), Mitglied des BKR
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 145.
- Eduard Ludwig** (1883–1967), außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister, Präsident der Pressekammer, Mitglied des SR und des BT
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 149 f.; AGSTNER/ENDERLE-BURCEL/FOLLNER, Österreichs Spitzendiplomaten, 312–315.
- Karl Lugmayer** (1892–1972), Volksbildungsreferent des Wiener Bürgermeisters, Mitglied des BKR
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 150–152.
- Eugen Margarétha** (1885–1963), Vizepräsident des Wiener Industriellenverbandes, Mitglied des BWR
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 153 f.
- Josef Marx** (1882–1964), Professor an der Staatsakademie für Musik, Mitglied des SR
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 154 f.
- Richard Meister** (1881–1964), Univ.-Prof. (Klassische Philologie, Pädagogik), Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Mitglied des BKR
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 160–162.
- Wilhelm Mohr** (1890–1971), Bundesbeamter, Mitglied des SR und des BT
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 162 f.
- Hermann Peichl** (1887–1966), Abt des Schottenstiftes in Wien, Mitglied des SR
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 174 f.
- Karl Planck-Planckburg** (1869–1945), Gutsbesitzer, Hofrat, Mitglied des BWR
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 177 f.
- Georg Prader** (1880–1942), Professor, Hofrat, Landesrat in Oberösterreich, Mitglied des LR
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 183 f.
- Julius Raab** (1891–1964), Baumeister, Mitglied des BWR und des BT
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 186–188.
- Margarete Rada** (1890–1969), Hauptschuldirektorin, Mitglied des BKR
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 189.

Oswald Redlich (1858–1944), Univ.-Prof. (Geschichte) , Mitglied des SR

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 193 f.

Franz Rehrl (1890–1947), Hofrat, Landeshauptmann von Salzburg, Mitglied des LR und des BT

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 194 f.

Josef Reither (1880–1950), Bundesminister a. D., Landeshauptmann von Niederösterreich, Mitglied des LR und des BT

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 197 f.

Josef Resch (1880–1939), Univ.-Doz. (iur.), Versicherungsdirektor, Bundesminister a. D. , Mitglied des SR und des BT

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 198–200.

Richard Schmitz (1885–1954), Direktor der wissenschaftlichen Zentralstelle des Volksbundes der Katholiken Österreichs, Bürgermeister von Wien, Mitglied des LR und des BT

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 208–210.

Alois Schönbürg-Hartenstein (1858–1944), Bundesminister a. D., Generaloberst a. D., Mitglied des SR

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 210–212.

Arthur Seyss-Inquart (1892–1946), Rechtsanwalt, Mitglied des SR

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 217–219.

Johann Staud (1882–1939), Schuhmachermeister, Mitglied des BWR und des BT

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 224–226.

Karl M. Stepan (1894–1972), Generaldirektor der Pressvereinsanstalt der Diözese Seckau, Landeshauptmann der Steiermark, Mitglied des LR und des BT

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 227–229.

Johann Stigleitner (1899–1945), Verbandsanwalt des Reichsverbandes Deutscher Sparkassen in Österreich, Mitglied des BWR

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 229 f.

Erich Karl Hans Stoekl (1871–1950), Evangelischer Pfarrer, Oberkirchenrat, Mitglied des BKR

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 231 f.

Jakob Stoiber (1895–1963), Generalsekretär der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammer, Mitglied des BWR

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 232 f.

Franz Georg Strafella (1891–1968), Präsident des Österreichischen Verkehrsbüros, Mitglied des BWR und des BT

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 233 f.

Eduard Strauss (1894–1977), Regierungsrat, Konsulent der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie, Mitglied des BWR

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 235 f.

Hermann Struber (1905–1945), Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes der Österreichischen Arbeiter und Angestellten, Mitglied des BWR

ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 238.

- Wilhelm Taucher** (1892–1962), Univ.-Prof. (iur.), Bundesminister a. D., Kammeramtsdirektor der Landeshandelskammer für Steiermark, Mitglied des SR und des BT
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 243 f.
- Leopold Teufelsbauer** (1886–1946), Direktor des Volksbildungsheims Hubertendorf, Mitglied des BKR
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 244 f.
- Anton Thir** (1875–1954), Propst, Kreisdechant, Stadtpfarrer in Bruck an der Mur, Mitglied des BKR und des BT
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 245 f.
- Eduard Tomaschek** (1890–1963), Sektionsrat in Wien, Mitglied des BWR
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 247 f.
- Carl Vaugoin** (1873–1949), Bundeskanzler a. D., Bundesminister a. D., General der Infanterie, Mitglied des SR und des BT
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 252–254.
- Gustav Walker** (1868–1944), Univ.-Prof. (iur.), Präsident des Abrechnungsgesichtshofs, Mitglied des SR
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 258 f.
- Lois Weinberger** (1902–1961), Gewerkschaftsobmann, Mitglied des BWR
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 260–262.
- Guido Zernatto** (1903–1943), Schriftsteller, Mitglied des BKR
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 267–269; EPPEL, Österreicher 1, 37, 250, 272, 286, 299, 315, 321 und 407.
- Hans Karl Zeßner-Spitzenberg** (1885–1938), Univ.-Prof. (iur.) , Mitglied des BKR
ENDERLE-BURCEL, Mandatare, 269–271.

10.2 Mandatare, die mit eigenen Beiträgen in den genannten Periodika vertreten waren

- NR:** Friedrich Funder, Hermann Peichl, Franz Rehrl, Leopold Teufelsbauer, Hans Karl Zeßner-Spitzenberg
- SZ:** Friedrich Funder, Franz Karl Ginzkey, Edmund Glaise von Horstenau, Richard Kerschagl, Hermann Peichl, Richard Schmitz, Carl Vaugoin, Hans Karl Zeßner-Spitzenberg
- StL:** Richard Kerschagl
- CS:** Walter Adam, Ludwig Hülgerth, Karl Lugmayer, Eugen Margarétha, Franz Rehrl, Josef Reither, Josef Resch, Richard Schmitz, Johann Staud, Franz Georg Strafella, Wilhelm Taucher, Leopold Teufelsbauer, Eduard Tomaschek, Carl Vaugoin, Hans Karl Zeßner-Spitzenberg
- MSchKP:** Ludwig Adamovich, Richard Kerschagl, Viktor Kienböck, Karl Lugmayer, Wilhelm Taucher

10.3 Ständetheoretiker

Hans Bayer (1903–1965), Nationalökonom, Mitarbeiter der MSchKP. Seit 1929 Dozent an der Universität Wien (zugleich Sekretär der Kammer für Arbeiter und Angestellte), lehrte er ab 1937 als Professor an der Universität Innsbruck, ab 1956 an der *Sozialakademie Dortmund*. Auf das Aufzeigen von Zusammenhängen zwischen Gesellschaft und Wirtschaft bedacht, trat er gegen schrankenlosen Wettbewerb ein. In Abkehr von radikalem Liberalismus hielt er es für richtig, die Wirtschaft aus der Kenntnis ihrer Gesetze heraus behutsam zu steuern.

BAYER, Wirtschaftslehre; DBE/II 1 (2005), 446; FLECHTHEIM, Bayer, Hans, 23; REICHHOLD, Geschichte, 509.

Philipp Bugelnig (1893–1983), Funktionär der CSP, Leiter des Verlagshauses *Carinthia* und aktives Mitglied der *Leo-Gesellschaft*. Er leitete die nach dem Vorbild der Wiener Studienrunde aufgebaute Soziologenrunde *Die Neue Gesellschaft* in Klagenfurt, die den modernen Standbegriff in der als Abbild der übernatürlichen Gemeinschaft verstandenen und vom Staat getrennten Gesellschaft verankerte. Den Repressalien der Nationalsozialisten geschickt ausweichend, wirkte Bugelnig ab 1939 als Stadtpfarrer von Klagenfurt. Ab 1945 war er Schriftleiter der *Kärntner Kirchenzeitung*.

BEYER, Ständeideologien, 157; BURZ, Philipp Bugelnig, 149–153; DIAMANT, Die österreichischen Katholiken, 225; KABELKA, Anton Orel, 79; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 103.

Josef Dobretsberger (1903–1970), Wirtschaftswissenschaftler und Publizist, Mitarbeiter der SZ. Sein Interesse galt auch der Philosophie und der Soziologie. Er begann seine akademische Laufbahn als Assistent Hans Kelsens, ehe er sich für Volkswirtschaftslehre habilitierte. 1930 wurde er Nachfolger Wilhelm Röpkes auf dem Lehrstuhl für Nationalökonomie an der Universität Graz. Vertreter des christlichen Solidarismus, versuchte er 1935/36 als Sozialminister im Kabinett Schuschnigg eine Aussöhnungspolitik nach links, die den Gewerkschaften wieder größere Handlungsspielräume gab. Dem Ständestaat stand er auch in dieser Position distanziert gegenüber. 1938 zur Emigration gezwungen, lehrte er bis 1941 an der Universität Istanbul, anschließend in Kairo, von wo aus er sich für Österreich engagierte. 1946 kehrte er nach Österreich zurück.

AUTENGRUBER, Univ.-Prof. Dr. Josef Dobretsberger, 176; P. BERGER, Im Schatten, 440; BINDER, Der „Christliche Ständestaat“, 215 f.; BINDER, Stepan/Dobretsberger, 35–58; DBE/II 2 (2005), 655; EPEL, Österreicher 2, 460 und 469; SLAPNICKA, Oberösterreich.

Bartholomäus Fiala, Mitglied der 1889 in Wien vornehmlich für die Arbeiterseelsorge gegründeten Kongregation der Kalasantiner, Mitarbeiter des NR. 1926 war er mit einer kurzen Abhandlung hervorgetreten, aus der Skepsis über einen kirchenkritischen, von der Sozialdemokratie inspirierten Priester spricht. Bis 1931 folgten mysterienspielartige dramatische Arbeiten, theologische Versuche und die mit „AEIOU“ betitelte Schrift *Die Großtaten der Habsburger*. Fiala betonte die jüdischen Wurzeln des Christentums und begründete damit seine strikte Ablehnung jeglicher Form von Antisemitismus.

Vgl. die Eintragungen im KVK; CONNELLY, *From Enemy*, 144–146.

Walter Heinrich, Pseudonym Rainald Dassel (1902–1984), Nationalökonom und Soziologe, Schüler und Assistent von Othmar Spann und Angehöriger von dessen Kreis, Mitarbeiter der SZ und des StL. 1928 bei Spann habilitiert, lehrte er an der Hochschule für Welthandel in Wien. 1928–1930 war er bei der Heimwehr aktiv; enge Kontakte hielt er zu Richard Steidle und Walter Pfrimer. Er war der Verfasser des Korneuburger Eides vom 18. Mai 1930. Heinrich war auch die treibende Kraft bei der Gründung des vom deutschen Industriellen Fritz Thyssen finanzierten *Instituts für Ständewesen* in Düsseldorf im Juni 1933. 1938 wurde seine Venia widerrufen, er selbst kam ins Konzentrationslager Dachau. Im August 1945 wurde er wieder als Privatdozent für Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien zugelassen.
http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/h/heinrich_walter_biografie.htm (abgerufen: 11. 6. 2012); DBE/II 4 (2006), 629.

Alois Hobelsperger (geb. 1886), Jurist, Absolvent der Hochschule für Welthandel und Sekretär des *Oberösterreichischen Industrieverbandes*. 1928 bot er in einem Vortrag eine nüchterne Analyse der weltpolitischen Lage und verließ seiner Sorge über die drohende Marginalisierung Europas Ausdruck.
 WER IST WER, 152 f.; NR 13. 10. 1928.

Frank Hofstetter-Leu, in Luzern wirkender Rechtsanwalt. Im Jahr 1904 hatte er an der Universität Wien Rechtswissenschaften und Nationalökonomie studiert. In den zwanziger und frühen dreißiger Jahren publizierte er gelegentlich in der *Reichspost*. In den dreißiger Jahren, als die ständischen Bewegungen in der Schweiz auf politischen Widerstand stießen, fand Hofstetter-Leu dort keinen Verlag, der zur Drucklegung seines *Grundrisses* bereit gewesen wäre; stattdessen kam er im Wiener *Verlag der typographischen Anstalt* unter.

HOFSTETTER-LEU, *Grundriss*, 6; KAESTLI, *Selbstbezogenheit*, 196 f.

Oskar Freiherr von Hohenbruck (1876–1972), Jurist. Er war seit 1899 in verschiedenen Funktionen in der zentralen und peripheren Verwaltung tätig, zuletzt bei der Statthalterei bzw. Landesregierung in Innsbruck. Nach der Pensionierung im Jahr 1923 übernahm er das Sekretariat des *Tiroler Bauernbundes*, das er bis 1938 leitete. Ab 1920 gehörte er dem Vorstand des *Andreas-Hofer-Bundes* an. 1930 wurde er als Schulreferent in die Tiroler Landesregierung berufen. Er stand der Heimatwehr nahe.

BRUGGER, *75 Jahre*, 203 f.; ERHARD, *100 Jahre*, 38 und 200; v. HOHENBRUCK, *50 Jahre*, 157 f.; KLUGE, *Bauern*, 93.

Konstantin von Hohenlohe-Schillingsfürst OSB (1864–1942), Professor für Kirchenrecht an der Universität Wien 1918–1934, Mitarbeiter der SZ. Anfänglich im staatlichen Verwaltungsdienst tätig, trat er 1896 ins Benediktinerstift Seckau ein, wurde später aber exklausuriert. 1907–1915 lehrte er Römisches Recht und Rechtsphilosophie in S. Anselmo in Rom. In seinem Bestreben, den Einfluss des Christentums auf weltliche Rechtsordnungen darzulegen, zeigte er mitunter großen apologetischen Eifer, auch jenseits quellenmäßig gesicherter Aussagen. Er war ein Förderer von Johannes Hollnsteiner.

HOFER, Joseph Eberle, 217 f.; PRIMETSHOFER, Kirchenrecht, 230–237; SUTTNER, Die Kath.-Theologische Fakultät, 389.

Benno Karpeles (1868–1938), Unternehmer, Journalist und Publizist. Er stammte aus reicher großbürgerlicher Familie jüdischer Herkunft, war selbst aber konfessionslos. 1893 promovierte er in Wien zum Dr. iur. In London kam er in Kontakt mit Friedrich Engels. Als Funktionär des der Sozialdemokratischen Partei nahestehenden Konsumvereins *Vorwärts* gründete er 1909 die *Hammerbrotwerke* in Wien, eine Großbäckerei der Wiener Arbeiterschaft. Während des Ersten Weltkriegs bemühte er sich um die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Er war eine der Schlüsselfiguren der *Österreichischen Politischen Gesellschaft*, einer um den Frieden und um die Frage der künftigen Neuordnung Mitteleuropas bemühten Vereinigung. Nach journalistischen Anfängen bei der *Arbeiter-Zeitung* gab er 1918–1919 die pazifistische Wochenzeitschrift *Der Friede* heraus, 1919–1920 die linksintellektuelle Tageszeitung *Der Neue Tag*. Anfänglich der österreichischen Sozialdemokratie nahestehend, näherte er sich nach dem Krieg der katholischen Kirche. Aus pazifistischem Geist heraus bemühte er sich um deren Versöhnung mit der Sozialdemokratie. 1933 bemühte sich Otto Ender um die Förderung seiner Karriere.

AMANN, Essays, 16–18; BROUCEK, Karl I., 177; DBE/II (2008) 11, 43; Andreas KÖRP, Stein; MELICHAR, Ein Fall, 198 f.; ZOITL, Gegen den Brotwucher.

Rudolf Graf Kinsky (1898–1965), Großgrundbesitzer (mit Zentrum in Mährisch-Kromau), Parteisekretär des Landbundes.

PLANER, Jahrbuch, 312 f.

Felix Klezl Freiherr von Norberg (1885–1972), seit den frühen zwanziger Jahren Leiter der Abteilung für Arbeits- und Sozialstatistik im *Bundesamt für Statistik* in Wien (ab 1935 dessen Vizepräsident), ab 1929/30 Privatdozent für Statistik an der Universität Wien. 1938 übernahm er die Leitung des nunmehr so bezeichneten *Österreichischen Statistischen Landesamtes*, außerdem die Lehrverpflichtungen des zwangspensionierten Ordinariums für Statistik Wilhelm Winkler. In seiner neuen Funktion oblag ihm die Durchführung der Volkszählung von 1939 in Österreich. Da er nicht Mitglied der NSDAP war, wurde er bald ersetzt.

EXNER, Volkszählung, 252 f.; KLEZL, Beruf, Vorwort; PINWINKLER, Wilhelm Winkler, 128, 195, 316 f. und 377.

August M. Knoll (1900–1963), Staatswissenschaftler, Soziologe und katholischer Sozialreformer. Als Student Mitglied von CV-Verbindungen und 1927 Mitbegründer der *Österreichischen Aktion*, promovierte er 1931 mit der Arbeit *Karl Vogelsang und der Ständegedanke* an der Universität Wien. 1932 wurde er Privatsekretär Ignaz Seipels. 1933 zog ihn Richard Schmitz zu den Beratungen über die Maiverfassung bei. 1934 habilitierte er sich bei Othmar Spann mit der Schrift *Der Zins in der Scholastik*. Seine spätere berufliche Tätigkeit war dem Journalismus (Chefredakteur der Wochenschrift *Arbeiter-Sonntag* und der Wiener Tageszeitung *Das Kleine Blatt*) und der akademischen Forschung und Lehre im Bereich Soziologie gewidmet. In reiferem Alter entwickelte er sich vom konservativen

Soziologen zum Verfechter eines Linkskatholizismus, der auf die Trennung von Staat und Kirche pochte.

<http://www.austria-lexikon.at/af/Wissenssammlungen/Biographien/Knoll,%20August%20Maria> (abgerufen: 13. 6. 2012); ADUNKA, Friedrich Heer, 51 und 120; BRAUN, Der politische Lebensweg, II; DBE/II 5 (2006), 749; KNOLL, Das Ringen.

Aurel Kolnai (1900–1973), ungarischer Philosoph, der vom Judentum zum Katholizismus konvertierte. 1925–1929 publizierte er gelegentlich in der *SZ*, doch selten mit gezeichneten Artikeln; für den *CS* schrieb er unter dem Pseudonym Axel von Helsing. Als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und der Gruppe der *Religiösen Sozialisten* sowie wegen seines antiautoritären Denkens wurde er in der Redaktion der *SZ* nie voll akzeptiert. Unter dem Druck der politischen Situation verteidigte er allerdings die Regierung Kurt Schuschnigg, für ihn ein Rettungsanker vor dem Nationalsozialismus. 1937 verließ er Österreich wegen der Bedrohung des Landes durch den Nationalsozialismus und ging zunächst in die USA. Nach 1945 lehrte er an der *Université Laval* in Québec (Kanada), die damals zu den führenden Zentren des Neuthomismus zählte. In den USA war er in österreichischen Exilorganisationen tätig, die sich für die Unabhängigkeit des Landes einsetzten, teilweise auch legitimistische Positionen vertraten. Als zentrale philosophische Bezüge sind die (frühe) Phänomenologie Edmund Husserls und der Personalismus Max Schelers zu nennen. 1928 veröffentlichte Kolnai in der *SZ* den Beitrag *Max Scheler und der Kapitalismus*, in dem er dessen Kapitalismuskritik in den Kontext der Kritik an Demokratie, Kult der Zahl und geistiger Verödung stellte. Auch den Vitalismus lehnte er ab. Dies zeigt, dass Kolnai als politischer Denker einem konservativen Weltbild verpflichtet war.

DUNLOP, *The Life*; EBNETH, *Wochenschrift*, 57, 68, 71 und 257; EPEL, *Österreicher* 1, 320; 2, 251, 253, 259, 264, 278, 280, 284, 400 und 514; FLASCH, *Die geistige Mobilmachung*, 113, 121 f. und 141; *SZ* 22. 7. 1928 (A. KOLNAI).

Peter Lütz, ständepolitischer Hauptreferent im Landeswirtschafts- und Ständeamt des Wiener Heimatschutzes.

LÜTZ, *Der Ständestaat*.

Eduard März (1908–1987), Wirtschaftswissenschaftler, ausgebildet an der Hochschule für Welthandel in Wien und – ab 1937 – in Harvard, unter anderem bei Josef Alois Schumpeter. In den dreißiger Jahren lehrte er an der Volkshochschule Wien/Ottakring. In seiner Jugend stand er dem Marxismus, später der Sozialdemokratie nahe. In den USA setzte er sich für ein unabhängiges Österreich ein. Ab 1953 wieder in diesem Land, baute er die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der Wiener Arbeiterkammer auf und lehrte als Gast- bzw. Honorarprofessor an den Universitäten Salzburg und Wien. In seinen Publikationen trat er zugleich als Ökonom, Wirtschaftspolitiker und Historiker auf. Er strebte nie nach einem politischen Amt, sondern sah sich als Theoretiker eines demokratischen Sozialismus. CHALOUPEK, Eduard März, 311–315; DBE/II 6 (2006), 663; EPEL, *Österreicher* 1, 155, 242, 321 und 476; 2, 37 f., 168 ff., 678 und 750; FIRNBERG, Vorwort; FLECK, *Wie Neues nicht entsteht*, 171, Anm. 113.

Adolf Julius Merkl (1890–1970), Jurist und Staatswissenschaftler. Als wissenschaftlicher Weggefährte und (ab 1932) Nachfolger Hans Kelsens trug er dessen „reine Rechtslehre“ weiter. 1938 von den Nationalsozialisten in den Ruhestand versetzt, wurde er 1943 Ordinarius in Tübingen, 1950 wieder in Wien. Wiewohl Positivist, betrachtete Merkl das Naturrecht als regulatives Prinzip des positiven Rechts. Die in seinem Denken zentrale Lehre vom Stufenbau der Rechtsordnung und von der Doppelnatur jedes Rechtsakts (dieser vollziehe höhere Normen und schaffe untergeordnete) bot Anlass für die Annahme mehr oder minder ausgedehnter Spielräume. Merkl selbst bezeichnete sich als einen in kulturellen Fragen konservativen Menschen, und er stand auch der katholischen Kirche nahe. Die 1929 gezeigten antidemokratischen Bestrebungen verfolgte er mit Sorge und lehnte die autoritären Vorstöße ab.

DBE/II 7 (2007), 20; GRUSSMANN, Adolf Julius Merkl, 30–34 und 39 f.; LESER, Merkl's Analyse, 213 f.; R. WALTER, Adolf Julius Merkl, 301 f.

Georg Moth, Verfasser einer populärwissenschaftlichen ständetheoretischen Arbeit. Weitere Schriften sind von ihm nicht bekannt.

Odo Neustädter-Stürmer (1885–1938), Verwaltungsjurist 1919–1930, Nationalratsabgeordneter 1931–1934, Regierungsmitglied 1934–1935 und 1936–1937, Diplomat. Dem nationalen Lager nahe stehend und Exponent der Heimwehr, schied er nach dem „Anschluss“ Österreichs 1938 freiwillig aus dem Leben.

ÖBL 7 (1978), 105 f. (A. STAUDINGER).

Hans Schmitz (1897–1970), Dr. iur., Professor an der Universität Wien (Begründer der ersten österreichischen Lehrkanzel für Arbeitsrecht), Mitarbeiter des CS, der MSchKP und des *Christlichen Gewerkschafters*, Schulungsreferent und Vorstandsmitglied des *Zentralverbandes der christlichen Angestellten*, Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes und der Wiener Arbeiterkammer 1934–1936, leitender Beamter der Angestelltenversicherungsanstalt in Wien 1936–1938 und Gründungsvorstandsmitglied des Vereins *Wiener Bildungswerk* 1934. Innerhalb des österreichischen Sozialkatholizismus vertrat er eine realistische Linie.

REICHHOLD, Geschichte, 860 f.; SCHMIT, Die Rolle, 139; G. SCHMITZ, Guido Schmidt, 208.

Paul Schrecker, Pseudonym Philodikos (1889–1963), Dr. iur. (Wien 1913), später Professor für Mathematik an der Universität Wien, Mitarbeiter an der Leibniz-Edition der Preußischen Akademie der Wissenschaften 1929–1933. 1938 Emigration nach Frankreich, 1940 in die USA, wo er zuletzt an der Universität Pennsylvania in Philadelphia lehrte. Er war ein Freund von Hermann Broch.

LÜTZELER (Hg.), Hermann Broch, 28; MIMICA, Rechtsphilosophische Probleme, 71 f.

Franz Schweinitzhaupt (1887–1952), Beamter an der Innsbrucker Universitätsbibliothek und Redakteur der *Innsbrucker Nachrichten*. Er war Landesführer-Stellvertreter der Tiroler Heimatwehr und vertrat ab 1920 die Großdeutsche Volkspartei im Tiroler Landtag.

BROUCEK, Ein General II, 128; WOHNOUT, Verfassungstheorie, 18 f.; WOHNOUT, Regierungsdiktatur, 25.

Gertrud Spinnhörn, Schülerin von Othmar Spann, die nach der Dissertation (*Liberale und ständische Agrarpolitik. Unter besonderer Berücksichtigung des Problems der Landflucht und seiner Lösung in der ständischen Ordnung*) keine weiteren Schriften mehr vorlegte.

Hermann Stipek, Mittelschullehrer und Oberleutnant der Reserve. Ab 1935 war er Ausschussmitglied der 1870 gegründeten, anfänglich dem Liberalismus, seit den zwanziger Jahren eher dem politischen Katholizismus, teilweise auch dem Deutschnationalismus, wenn nicht Nationalsozialismus verpflichteten *Anthropologischen Gesellschaft* in Wien.

MARSHNIG, Militarisation, 85 f.; PUSMAN, Die Wissenschaften, 33, 124 f. und 130–160.

Leo M. Trapp (1895–1959), Publizist. Nach dem Empfang der Priesterweihe im Jahr 1918 wirkte er bis 1922 als Kooperator in Sitzendorf an der Schmida. 1919 erschien aus seiner Feder eine Geschichte dieser Weinviertler Marktgemeinde. 1922 wurde er zum Konsistorialrat ernannt. 1922–1942 war er Kooperator zu St. Johann Evangelist und zeitweise auch Religionslehrer und Studentenseelsorger in Wien 10, dann bis zu seinem Tod Lokalprovisor bzw. Pfarrer zu Altlerchenfeld. 1936 würdigte er mit Raimund Jungbauer einen engagierten Seelsorger. Er war Mitautor eines 1948 erschienenen Buches über die Pfarrkirche Altlerchenfeld. ÖBL 3 (1962), 149; PERSONALSTAND der Welt- und Ordensgeistlichkeit der Erzdiözese Wien 1958, 183; Mitteilungen aus der Pfarrkanzlei Altlerchenfeld nach Erhebungen von Georg Pawlik.

Eric Voegelin (1901–1985), Politologe und Philosoph. Nach Studien in Wien und Berlin sowie an britischen, französischen und amerikanischen Universitäten habilitierte er sich 1928 in Wien bei Othmar Spann. 1929 war er wissenschaftliche Hilfskraft bei Hans Kelsen, 1930 bei Adolf Merkl. 1935 wurde er außerordentlicher Professor für Staatslehre und Soziologie in Wien. 1938 verlor er die Venia und emigrierte in die USA. 1958–1969 war er Ordinarius in München. Nach der Emeritierung kehrte er 1969 in die USA zurück.

Politische Wissenschaft bedeutete für Voegelin Ordnung des menschlichen Lebens und deren Interpretation durch die in ihr lebenden Menschen. Den Menschen siedelte er auf verschiedenen Stufen des Seins an, vom rein Vegetativ-Sinnlichen bis zur Transzendenz. Diesen Dimensionen mussten die politischen Ordnungen Rechnung tragen.

EPPEL, Österreicher 1, 273, 474 und 506; 2, 354 und 369 f.; FELLNER/CORRADINI, Österreichische Geschichtswissenschaft, 431; HENKEL, Eric Voegelin; NEISSER, Eric Voegelin, 20; WINKLER, Geleitwort, V f.

Franz Waschnig, Mitglied der Verwaltungskommission der Wiener Arbeiterkammer, ab 1927 Redakteur der Zeitschrift *Der Christliche Gewerkschafter*. 1933 schuf er zusammen mit Karl Lugmayer einen Verfassungsentwurf im Sinn der päpstlichen Sozialenzykliken. Enger Vertrauter Johann Stauds, war er 1934–1938 Pressechef des Österreichischen Gewerkschaftsbunds und stellvertretender Obmann des Berufsverbands *Geld- und Kreditwesen*. Er war ein Kritiker der kapitalistischen Ausrichtung der Wirtschaft im österreichischen Ständestaat und trat stets für demokratische Muster ein. Er starb 1938 in Dachau. NEGER, Verfassung, 38 f.; REICHHOLD, Geschichte, 447 f. und 486; SCHMIT, Christliche Arbeiterbewegung, 30 f., 125 und 141.

Friedrich Freiherr von Weichs (1886–1968), Beamter im Rang eines Hofrates, verheira-

tet mit Margarethe von Skoda. Publizistische Tätigkeit für das NR, die SZ und den CS. Sein gleichnamiger Vater, Marineoffizier, später stellvertretender Direktor der österreichischen Staatsbahnen, verheiratet mit Mathilde von Leitgeb, gab 1897/98 die in Wien erschienene konservative Zeitschrift *Das Leben. Vierteljahresschrift für Gesellschaftswissenschaften und sociale Cultur* heraus.

<http://www.informatik.uni-erlangen.de/cgi-bin/stoyan/11/LANG=engl/INDEX=I358406>;

http://www.geneall.net/D/per_page.php?id=1671462 (abgerufen: 28. 10. 2011); SZ 21. 1. 1934 (F. v. WEICHS); EBNETH, Wochenschrift, 257; für wertvolle Hinweise sei Franz Adlgasser, Wien, gedankt.

Oskar Zaglits (1897–1986), Politikwissenschaftler und Wirtschaftsexperte aus dem Burgenland. Ab 1921 im Bankenwesen sowie als Aufsichtsratsmitglied der Wiener Börse und der Bundeswohnbauberatung tätig, war er 1924–1938 Mitglied des Bundesberatungskomitees für Bau- und Kreditgesellschaften in Österreich. Er verfasste wissenschaftliche Arbeiten zum Banken- und Kreditwesen in Mitteleuropa (1929) und Österreich (1933). 1936 setzte er sich in der MSchKP mit dem Problem der Arbeitslosigkeit auseinander. 1939 emigrierte er in die USA, wo er eine hohe Funktion im Landwirtschaftsministerium bekleidete; später arbeitete er für die FAO und als Regierungsberater. 1958 wurde er Mitglied der amerikanischen Mission bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel.

RÖDER/STRAUSS, Biographisches Handbuch, 841; MSchKP 1, 122–130 (O. ZAGLITS).

Wladimir R. Zaloziecky, geb. 1896, österreichischer Honorarkonsul in Czernowitz, Mitarbeiter des CS. Der von Außenminister Egon Berger-Waldenegg geförderte Diplomat, der in Wien und Graz studiert und im Ersten Weltkrieg als k. u. k. Reserveoffizier gedient hatte, war Präsident der ukrainischen Nationalpartei. Durch die Teilnahme an der *Österreichischen Akademie* im August 1937 äußerte er seine Verbundenheit mit großösterreichischem Denken.

AGSTNER, Von Kaisern, 177 f.; H. SCHUSCHNIGG, Die Österreichischen Akademien, 249.

August Zell (gest. 1935), Angehöriger der k. k. Armee, der bis 1918 als mehrmals ausgezeichnete und dekorierte Oberst im Geniestab diente, d. h. im kriegstechnischen Dienst. Er war evangelischer Christ AB. Welcher Tätigkeit Zell nach 1918 nachging, als er die jüngere Geschichte Österreichs publizistisch aufarbeitete, ließ sich nicht ermitteln. Ehe er sich 1931 zur Ständetheorie äußerte, verfasste er folgende Schriften: Warum haben wir den Weltkrieg verloren?, Klagenfurt ³1921; Wie können wir Deutschen wieder hochkommen?, Klagenfurt 1926.

Klagenfurt, Kärntner Landesarchiv, AT-KLA 119 Partensammlung, Sch. 6, Nr. 2728; Militärschematismus der k. k. Armee 1918. Für diese Hinweise ergeht mein Dank an Wilhelm Wadl, Klagenfurt.

10.4 Verfasser ergänzend herangezogener Texte

Max Anton Adler (1873–1937), Mitarbeiter des CS. Nach der Promotion zum Dr. iur. in Wien 1896 wirkte er als Rechtsanwalt. Zusammen mit Otto Bauer gründete er den Verein *Die Zukunft, eine Arbeiterschule*. 1919 habilitierte er sich für Soziologie. 1919–1923 war er sozialdemokratischer Abgeordneter im niederösterreichischen Landtag. Wissenschaftlich beschäftigte er sich mit Kant und mit Karl Marx.

DBE/II 1 (2005), 52.

Wilhelm Andreae (1888–1962), Finanzwissenschaftler, Schüler Othmar Spann's, Angehöriger von dessen Kreis und Mitarbeiter des StL. 1930–1933 war er Professor an der Universität Graz, seither in Gießen. Neben seinem Hauptfach hatte er auch Philosophie und Klassische Philologie studiert. 1939 konvertierte er vom Protestantismus AB zum Katholizismus. Als politisch unzuverlässig geltend, weil er den Beitritt zur NSDAP verweigerte, verlor er 1942 seinen Lehrstuhl und wurde zwangspensioniert. 1945 rehabilitiert, lehrte er bis zur Emeritierung im Jahr 1958 wieder in Gießen.

http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/a/andreae_wilhelm_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012); DBE/II 1 (2005), 168.

Peter Berger, Jurist, Mitarbeiter der MSchKP und Teilnehmer an den Diskussionsabenden bei Dietrich von Hildebrand. Er war Verfasser der Schrift *Faschismus und Nationalsozialismus. Ein Vergleich der geistigen Grundlagen*, Wien 1935.

EBNETH, Wochenschrift, 59.

Josef Biederlack SJ (1845–1930), Soziologe und Kirchenrechtler an der Universität Innsbruck, Mitarbeiter des NR. Als einer der ersten Theologen lenkte er das Interesse der Geistlichkeit auf die soziale Frage.

NDB 2 (1955), 220 f. (W. KRATZ); DBE/I 1 (1995), 516; CORETH, Die Theologische Fakultät 90.

Bernhard Birk (geb. 1900), Mitarbeiter des NR und des CS. Er war Verfasser populärwissenschaftlicher Arbeiten, u. a. über Ignaz Seipel und Kurt Schuschnigg, und Teilnehmer an Diskussionsabenden im Kreis um Dietrich von Hildebrand.

<http://www.worldcat.org/identities/viaf-7822415> (abgerufen: 11. 6. 2012); EBNETH, Wochenschrift, 59 und 257.

Wilhelm Böhm (1906–1980), Publizist, Redakteur des CS, Teilnehmer an Diskussionsabenden im Kreis um Dietrich von Hildebrand. Nach dem Studium der Geschichte und Kunstgeschichte in Wien und der Absolvierung des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung war er seit 1949 Bibliothekar der Österreichischen Staatsdruckerei.

EBNETH, Wochenschrift, 45 und 59; FELLNER/CORRADINI, Österreichische Geschichtswissenschaft, 62.

Guido Bortolotto, Staatstheoretiker, Mitarbeiter des CS. Zwischen 1904 und 1939 verfasste er zahlreiche Bücher, darunter theoretische Abhandlungen über den Faschismus und den Nationalsozialismus. In deutscher Sprache erschien *Massen und Führer in der faschistischen Lehre* (Hamburg 1934).

Vgl. den Katalog der italienischen Nationalbibliothek; EBNETH, Wochenschrift, 58.

Franz Brandl (1875–1953), Polizeijurist und Schriftsteller. Als Mitarbeiter (ab 1918 als Leiter) der österreichischen Staatspolizei begleitete er hochgestellte Persönlichkeiten auf Reisen, darunter den Thronfolger Franz Ferdinand. Im Herbst 1918 beschrieb er den Übergang von der Monarchie zur Republik in einem Tagebuch, das eine gewisse Angst vor der Sozialdemokratie erkennen lässt. Viele Jahre wirkte Brandl als „rechte Hand“ von Polizeipräsident Johann Schober. Nach dessen Tod, vom Oktober 1932 bis zum März 1933, war er selbst Wiener Polizeipräsident. Skepsis gegenüber den Ambitionen von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß führte zur Zwangspensionierung. 1945 wurde er wegen Hochverrats zu zwei Jahren schweren Kerkers verurteilt. Brandls 1936 veröffentlichte Memoiren *Kaiser, Politiker und Menschen* enthalten prägnante und zum Teil eigenwillig gezeichnete Porträts bedeutender Persönlichkeiten. Ab den 1950er-Jahren veröffentlichte er hauptsächlich Romane.

BRANDL, Kaiser, 105; NECK, 1918.

Theodor Brauer (1880–1942), Wirtschaftswissenschaftler, christlicher Gewerkschafter und Vertreter der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, Mitarbeiter der SZ. Nach der Habilitation für Nationalökonomie 1923 lehrte er an der TH Karlsruhe. 1928 wurde er Nachfolger Max Schelers am *Forschungsinstitut für Sozialwissenschaften* in Köln. Ab 1933 lehrte er am katholischen *College of St. Thomas* in Saint Paul (Minnesota).

http://de.wikipedia.org/wiki/Theodor_Brauer_%28Ethiker%29 (abgerufen: 19. 6. 2012); DBE/II 2 (2005), 8.

Walter Breitenfeld (1884–1968), Direktor der Burgenländischen Landwirtschaftskammer, Lektor für Sozialphilosophie an der Theologischen Fakultät in Salzburg, Mitarbeiter des CS. Er war Angehöriger des Kreises um Alfred Missong und Mitglied katholischer Vereinigungen. 1936 war er einer der maßgeblichen Träger der *Österreichischen Akademie* in Salzburg. 1939 emigrierte er nach Großbritannien.

EBNETH, Wochenschrift, 13 und 257; H. SCHUSCHNIGG, Die Österreichischen Akademien, 245 f.; SEEFRIED, Reich, 107 und 235.

Rudolf Brendel (1856–1942), aus Köln, Rechtsanwalt, Publizist, Redakteur des CS. 1936 Rückkehr nach Deutschland.

EBNETH, Wochenschrift, 19 und 47; SEEFRIED, Reich, 202 und 577.

Götz Briefs (1889–1974), Volkswirtschaftler und Soziologe, Mitarbeiter des NR und der SZ. 1913 in Freiburg i. Br. habilitiert, lehrte er an der dortigen Universität sowie an jener von Würzburg, an der TH Berlin und als Gastprofessor an der Universität Wien. 1934 emigrierte er in die USA. 1937 erhielt er eine Lehrkanzel an der *Georgetown University* in Washington. Weltanschaulich dem Geist von QA verpflichtet, war Briefs ein Gegner sowohl des schrankenlosen Kapitalismus als auch des Sozialismus. Er verband konservativen Liberalismus mit christlicher Ethik. Er begründete die Betriebssoziologie und befasste sich mit dem Gewerkschaftswesen.

DBE/II 2 (2005), 78; GROHALL, Briefs, Goetz Anton.

Gustav Canaval (1898–1959), Journalist, Mitarbeiter des CS. Nach Anfängen bei der *Reichspost* und dem Studium der Staatswissenschaften und der Nationalökonomie an der

Universität Graz (CVer, Promotion 1926) war er ab 1934 Herausgeber der Heimwehr-Wochenzeitung *Sturm über Österreich*. 1938 in den Konzentrationslagern Flossenbürg und Dachau interniert und 1945 von den Amerikanern befreit, arbeitete er mit österreichischen Emigranten in den USA zusammen und wirkte an der Gründung der *Salzburger Nachrichten* mit, die er bis 1949 als Chefredakteur leitete. Hierbei ging er in den Augen der US-Diplomatie, aber auch mancher Exponenten der ÖVP in Fragen der Entnazifizierung nicht entschieden genug vor. 1947 gründete er in Salzburg den *Verband zur Wahrung der Staatsbürgerrechte*. 1956 erschien sein Buch *Monarchie nicht gestern, sondern morgen*. DBE/II 2 (2005), 274; EPPLE, *Österreicher* 2, 40 und 186; FRITZ, *Farben tragen*, 136; RATH-KOLB, *Elimination*, 281; SALZBURGER KULTURLEXIKON, 104 f.; ZAISBERGER/HEINISCH, *Leben*, 102.

Houston Stewart Chamberlain (1855–1927), Schriftsteller und Kulturphilosoph, Mitarbeiter des NR. Seit 1889 in Wien, nach der Heirat mit einer Tochter Richard Wagners 1909 in Bayreuth lebend, verfasste er zahlreiche populärwissenschaftliche Werke, in denen er pangermanische und antisemitische Einstellungen zum Ausdruck brachte. Sein bekanntestes Werk, die *Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts* (1899), wurde zu einem Standardwerk des rassistischen und ideologischen Antisemitismus in Deutschland. Joseph Arthur de Gobineaus kulturpessimistische Geschichtsdeutung lehnte er ab.

DBE/II 2 (2005), 316.

Heinrich A. Chappell, in den dreißiger Jahren in Rom lebender Österreicher, Mitarbeiter des CS.

Carlo Costamagna (1881–1965), Jurist, Politologe und faschistischer Politiker, Mitarbeiter des StL. Ab 1927 Inhaber eines Lehrstuhls für Korporativrecht an der Universität Ferrara, später Pisa, war er auch einer der führenden, sehr einflussreichen Theoretiker des Faschismus. Er bemühte sich um die Bekanntmachung des Denkens von Julius Evola in Italien. Ab 1933 lehrte er in Rom. Er gilt als einer der Architekten der *Carta del Lavoro*.

DIZIONARIO BIOGRAFICO DEGLI ITALIANI 30 (1984), 276–279 (M. CUPELLARO).

Edgar Dacqué (1878–1945), Paläontologe und Theosoph, Mitarbeiter des StL. In der Tradition der romantischen Naturphilosophie stehend, erweiterte er die Evolutionstheorie von Charles Darwin um Aspekte der Metaphysik und gab ihr eine teleologische Deutung. Als gläubiger evangelischer Christ wollte er Biowissenschaft und Glauben kompatibel machen, aber nicht in einem apodiktischen System, sondern durch Aufzeigen von Denkmöglichkeiten.

http://de.wikipedia.org/wiki/Edgar_Dacqu%C3%A9 (abgerufen: 11. 6. 2012); DBE/II 2 (2005), 472 f.

Rainald Dassel s. Walter Heinrich

Ferdinand Degenfeld-Schonburg (1882–1952), Nationalökonom, Mitarbeiter der SZ und der MSchKP. Vertreter des christlichen Solidarismus, der sich mit Wirtschaftstheorien und mit Fragen der sozialen Ordnung beschäftigte, erhielt er 1927 einen Ruf an die Universität Wien als Ordinarius für Politische Ökonomie. Er lehnte sowohl die liberalistische Freiwirtschaft als auch die sozialistische Planwirtschaft ab und wünschte die Entproletarisierung der Arbeiter. Wirtschaftliche Entwicklung betrachtete er als etwas Geistiges.

Die Namen der Beiträger zu der zum 80. Geburtstag ihm gewidmeten Festschrift dokumentieren seine weltanschauliche Verankerung im österreichischen Ständestaat. Wegen seiner katholisch-konservativen Gesinnung wurde er 1938 zwangspensioniert, 1945 aber wieder eingestellt.

<http://www.univie.ac.at/universitaet/forum-zeitgeschichte/projekte/elitendiskontinuitaeten/> (abgerufen: 13. 6. 2012); DBE/II 2 (2005), 525; LAGLER/MESSNER, Wirtschaftliche Entwicklung, Vorwort und Inhaltsverzeichnis.

Riccardo del Giudice (1900–1985), Jurist und Philosoph, Mitarbeiter des StL. Er war Professor für Arbeitsrecht in Rom, Vertrauter von Giovanni Gentile und Giuseppe Bottai, Verfasser mehrerer Arbeiten über das Korporationswesen und Mitunterzeichner der Lateranverträge.

PARLATO, Riccardo Del Giudice; PARLATO, La sinistra, 191–196

Josef Döbling, Mitarbeiter der SZ.

Nikolaus Dohrn, Pseudonyme: Heinrich Norden, Nikolaus Heinrich (1909–1979), Chefredakteur des CS. Der 1933 nach Wien gekommene Emigrant aus Deutschland, nach der Konversion Rechtskatholik, hatte beste Beziehungen zu Eugenio Morreale, Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und Exponenten der legitimistischen Bewegung. 1938 emigrierte er über die Tschechoslowakei nach Frankreich. Später ging er nach Spanien, 1942 in die USA, wo er mit monarchistisch gesinnten Exilösterreichern zusammenarbeitete. Nach 1945 war er Europakorrespondent von *Time* und *Life*.

EBNETH, Wochenschrift, 43–45; EPPEL, Österreicher 2, 462; KUGLER, Die frühe Diagnose, 123 f.; SEEFRIED, Reich, 197 f., 201, 226–228 und 578.

Alfons Dopsch (1868–1953), Historiker, Mitarbeiter der MSchKP. 1893 habilitierte er sich an der Universität Wien; ab 1898 lehrte er dort als außerordentlicher, 1900–1937 als ordentlicher Professor. Sein bevorzugtes Arbeitsgebiet war das Frühmittelalter, insbesondere die Wirtschaftsgeschichte, wobei er eine Kontinuität zwischen Antike und Mittelalter nachzuweisen versuchte.

BUCHNER, Alfons Dopsch.

Franz X. Eggersdorfer (1879–1958), katholischer Theologe und Pädagoge, Mitarbeiter der SZ. 1909 habilitiert, erhielt er 1911 nach kurzer Lehrtätigkeit an der Universität München einen Ruf als Dozent der Pädagogik an das Passauer Lyzeum, aus dem 1923 die *Philosophisch-theologische Hochschule Passau* hervorging; 1930 wurde Eggersdorfer deren Rektor. 1921 beteiligte er sich an der Gründung des *Deutschen Instituts für wissenschaftliche Pädagogik* in Münster. 1928–1934 war er Mitherausgeber des *Handbuchs für Erziehungswissenschaften*. Als offener Gegner der Nationalsozialisten verlor er 1933 seine Stellung. Er wurde aber in das Passauer Domkapitel berufen, wo er 1943 zum Domdekan aufstieg. Nach dem Krieg politisch rehabilitiert, beschäftigte er sich auch nach der Emeritierung mit dem Konzept einer allgemeinen Erziehungslehre auf der Grundlage der christlich-katholischen Weltanschauung. 1950 war er maßgeblich an der Gestaltung des 74. Deutschen Katholikentags in Passau und Altötting beteiligt.

DBE/II 2 (2005), 848; WEINSCHENK, Franz Xaver Eggersdorfer.

Hans Eibl (1882–1958), Professor für Philosophie an der Universität Wien, Kulturpublizist (Mitarbeiter des NR). Gegner der *Österreichischen Aktion*, stand er auf der Seite der betont Nationalen; daher war er für den Anschluss Österreichs an Deutschland und wurde – trotz Eintretens für den katholischen Reichsgedanken – Brückenbauer zum Nationalsozialismus, u. a. aufgrund seines Rassenantisemitismus.

BUCHMAYR, Der Priester, 64 f.; DBE/II 2 (2005), 870; EBNETH, Wochenschrift, 5, 71, 100 und 103–105; EPPEL, Zwischen Kreuz, 136; FRITZ, Farben tragen, 385 f.; HOFER, Joseph Eberle, 193; SCHWEITZER, Volkstumsideologie, 69–78 und 94; O. WEISS, Rechtskatholizismus, 27–30.

Julius Evola (1898–1974), Kulturphilosoph und Rassentheoretiker, der ein sehr umfangreiches Werk hinterließ. Er war ein radikaler faschistischer Vordenker, geistig im Umfeld von Gabriele d'Annunzio, der auch von den Nationalsozialisten geschätzt wurde. Gegen die katholische Kirche und das Christentum polemisierte er heftig. Ab 1931 pflegte er Beziehungen zur „Konservativen Revolution“ in Deutschland und publizierte im StL. Er war ein Verehrer Oswald Spenglers und Übersetzer von dessen Hauptwerk ins Italienische.

AZZARO, Deutsche Geschichtsdenker, 636–640; CHIANTERA-STUTTE, Von der Avantgarde, 190–227; DIZIONARIO BIOGRAFICO DEGLI ITALIANI 43 (1993), 575–581 (L. LO BIANCO); THÖNDL, Oswald Spengler, 91 und 161–169.

Otto Maria Fidelis s. Otto M. Karpfen

Zyrrill Fischer OFM (1892–1945), Publizist, Mitarbeiter des NR und des CS. 1918 empfing er die Priesterweihe. 1923–1925 studierte er Soziologie in Innsbruck, anschließend war er in katholischen Schul- und Erziehungsorganisationen in Wien tätig und untersuchte im Auftrag von Erzbischof Friedrich Gustav Kardinal Piffl kirchenfeindliche Strömungen in der Gesellschaft; das Ergebnis waren scharfsinnige Analysen sowohl der Sozialdemokratie und des Marxismus als auch des Nationalsozialismus. Er war ein enger Vertrauter von Karl Lugsch, den er seit der gemeinsamen in Schwarzenberg im Böhmerwald verbrachten Kindheit kannte. 1938 emigrierte er in die USA; er starb in Santa Barbara (Kalifornien). Dort verkehrte er mit legitimistischen und katholisch-konservativen Emigrantengruppen und bemühte sich darum, Österreich den Amerikanern bekannt zu machen.

CONNELLY, From Enemy, 112; DBE/II 3 (2006), 339; EBNETH, Wochenschrift, 57, 68 f. und 257; EPPEL, Österreicher 2, 333 und 441; KUGLER, Die frühe Diagnose, 20–105; THOMA, Mahner, 41–63.

Friedrich Wilhelm Foerster (1869–1966), Pädagoge, Philosoph und Journalist, Mitarbeiter des NR. 1898 für Ethik und Pädagogik habilitiert, lehrte er 1913/14 an der Universität Wien. Er wurde u. a. von Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi, Karl Lugsch oder Adolf Julius Merkl sehr geschätzt; auch zu Dietrich von Hildebrand hatte er enge Beziehungen. Als im Dezember 1915 die *Österreichische Politische Gesellschaft* gegründet wurde, begleitete Foerster deren Tätigkeit als korrespondierendes Mitglied. 1917 wurde er, ein scharfer Kritiker der Kriegspolitik Deutschlands, von Kaiser Karl in dessen Friedensbemühungen eingebunden. 1940 emigrierte er in die USA; 1963 kehrte er in die

Schweiz zurück. Zeit seines Lebens setzte er sich für eine Charakter- und politische Erziehung in christlichem Geist ein.

BROUCEK, Karl I., 176 f.; DBE/II 3 (2006), 407 f.; EBNETH, Wochenschrift, 7, 64 f. und 139; HOSCHEK, Friedrich Wilhelm Foerster, 82 f. und 107–114.

Heinrich Foglar-Deinhardstein (1889–1982), Jurist, Mitarbeiter der MSchKP. 1913 war er als Konzipient in der Kanzlei von Viktor Kienböck tätig. Später, als selbständiger Anwalt, trat er als Verfechter von Standesinteressen hervor: Er war erster Obmann der 1945 gegründeten *Vereinigung österreichischer Rechtsanwälte* und Mitglied der 1947 gegründeten *International Bar Association*, die ihn in Anerkennung seiner Verdienste zum Ehrenmitglied auf Lebenszeit ernannte.

WRABETZ, Österreichs Rechtsanwälte, 156 und 271; <http://www.fdblawyers.com/docs/tradition.htm> (abgerufen: 23. 7. 2012).

Viktor Frankl, Professor am Bundesrealgymnasium Mödling, Dozent beim Arbeitermittelschulkurs Wien, Mitarbeiter des CS. Arbeiterfragen, insbesondere die Bildung, gehörten zu seinen Schwerpunkten.

EBNETH, Wochenschrift, 57, 162 und 257.

Bernhard Franzelin SJ (1868–1943), Theologe, Mitarbeiter des CS. 1908 lehrte er Rhetorik am Clementinum in Prag, später Dogmatik bzw. scholastische Philosophie an der Universität Innsbruck und an der Gregoriana in Rom.

CORETH, Die Theologische Fakultät, 102; DBE/I 3 (1996), 415; EBNETH, Wochenschrift, 218 und 257.

Georg Froehlich (1872–1939), Verfassungsjurist. 1896–1903 Beamter bei der mährischen Statthalterei in Brünn, war er ab 1907 im Verteidigungsministerium in Wien tätig. 1918 zum Leiter des Verfassungsdienstes in der Staatskanzlei bestellt, wurde er zum maßgebenden Verfassungsjuristen der Jahre 1918–1929, u. a. als Mitautor des ersten Kommentars zur Bundesverfassung von 1920. 1930–1934 war er Vizepräsident des Verfassungsgerichtshofs, 1934 außerordentliches Mitglied des Bundesgerichtshofs. Nach 1938 wurde er wegen seiner jüdischen Herkunft verfolgt.

DBE/II 3 (2006), 586; HELLER, Der Verfassungsgerichtshof, 237, 265 und 278; ÖBL 1 (1957), 372 f.; http://www.oesta.gv.at/site/cob_42232/5164/default.aspx (abgerufen: 19. 6. 2012.).

Gertrud Fussenegger (1912–2009), Schriftstellerin. Als Studentin der Geschichte in Innsbruck (Doktorvater: Harold Steinacker) trat sie im Mai 1933 der österreichischen NSDAP bei. Trotz äußerer Zeichen der Loyalität hatten die Zensurbehörden literarische Einwände gegen ihre Werke, in denen sich ihre katholische Herkunft und die Nähe zum *Renouveau catholique* spiegeln.

HACKEL, Gertrud Fussenegger; KLEE, Kulturlexikon, 155.

Agostino Gemelli OFM (1878–1959), Arzt und Psychologe, Gründer der Katholischen Universität in Mailand und Rektor derselben. Er publizierte in konservativen deutschen Zeitschriften (auch im CS), wo er die Verbindung von Wissenschaft und Glauben forderte.

BOCCI, Agostino Gemelli ; EBNETH, Wochenschrift, 58; O. WEISS, Rechtskatholizismus, 64.

Heinrich Getzeny (1894–1970), Kulturphilosoph und Publizist (Mitarbeiter des NR und der SZ), Schulungsleiter des *Volksvereins für das katholische Deutschland*.

R. RICHTER, Nationales Denken, 223; WOLF, Papst, 267.

Hermann Mathias Görgen (1908–1994), katholischer Theologe, Historiker und Politiker. Seit 1935 war er Assistent am *Forschungsinstitut für deutsche Geistesgeschichte* in Salzburg (gegründet von Virgil Redlich OSB, dem Sohn Oswald Redlichs). Er nahm wiederholt an Diskussionsabenden im Kreis um Dietrich von Hildebrand teil und setzte sich 1937 für den Fortbestand des CS ein. Ehe er nach Österreich gekommen war, hatte er am Lehrstuhl Friedrich Wilhelm Foerstern in München gewirkt, dem er eine Monographie widmete (*F. W. Foersterns Leben und wissenschaftliche Entwicklung bis zum Jahre 1904*, Zürich 1933). 1938 wurde er als ordentlicher Professor an die Philosophische Fakultät der Universität Salzburg berufen. 1941 emigrierte er nach Brasilien, 1954 kehrte er nach Deutschland zurück. 1997 erschien seine autobiographische Skizze *Ein Leben gegen Hitler*.

EBNETH, Wochenschrift, 59, 64 f. und 250; DBE/II 3 (2006), 889; MAURER, Konrad Josef Heilig, 636; PRUTSCH, Fluchtjahre; WOLF/HEILIG/GÖRGEN, Österreich und die Reichsidee, 171 (H. M. GÖRGEN); SEEFRIED, Reich, 90, 110–112, 178 f. und 579.

Ernst Josef Görlich (1905–1973), Historiker und Germanist, Angehöriger des Kreises um Othmar Spann, Mitarbeiter des StL und Mitglied der *Gesellschaft für Ganzheitsforschung*. Beruflich wirkte der engagierte Katholik 1932–1938 als Mittelschullehrer, 1945–1970 als Professor am *Technologischen Gewerbemuseum* in Wien. Ab 1947 war er Lektor für Esperanto an der Hochschule für Bodenkultur. Ab 1956 wirkte er am *Forschungsinstitut für Fragen des Donauraumes*. Er war Geschäftsführer der *Grillparzer-Gesellschaft* und wissenschaftlicher Beirat der *Internationalen Lenau-Gesellschaft* in Stockerau.

http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/g/goerlich_ernst_joseph_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012).

Hubert Hager (1911–1943), Angehöriger des Kreises um Othmar Spann, Mitarbeiter des StL. Der Sohn Salzburger Eltern, die um 1905 nach Bozen gekommen waren, verbrachte die ersten 16 Jahre seines Lebens in dieser seiner Geburtsstadt. Aufgrund der Verstaatlichung des Franziskanergymnasiums im Jahr 1926 absolvierte er die beiden letzten Gymnasialjahre in Innsbruck, wo er anschließend Rechtswissenschaften studierte und die Zentralstelle des *Studentischen Arbeitsdienstes* leitete. Nach der Promotion im Dezember 1933 war er zunächst in Innsbruck, ab 1934 in München journalistisch tätig. Zwei damals in den *Innsbrucker Nachrichten* erschienene Beiträge Hagers lassen Vorbehalte gegen den in Deutschland herrschenden Rassenwahn erkennen, freilich ohne ihm ganz abzuschwören: In einer Rezension der 16. Auflage von Hans Günthers *Rassenkunde des deutschen Volkes* merkte er kritisch an, dass nicht nur die sogenannte nordische Rasse eine „Herrenrasse“ sei, sondern dass auch die dinarische ein wertvoller „Volksbestandteil“ sei. Positiver fiel die Besprechung der 1927 in Leipzig erschienenen *Rassenlehre* von Karl Felix Wolff aus: Er setze anthropologische Erkenntnisse in die richtige Beziehung zur Rassenlehre. Ausdrücklich sprach Hager der Anthropologie das Recht ab, Werturteile abzu-

geben, und kritisierte Günthers „Überheblichkeit“. Der Name „Arier“ sei bloßer „Schall“. 1939 ging Hager als Auslandskorrespondent der damals völlig systemkonformen *Münchener Neuesten Nachrichten* nach Rom, 1941 nach Madrid. Die Beziehungen zu Bozen waren aber auch in der Münchner Zeit nicht abgerissen, wie nicht nur die Angabe „Bozen“ in den Beiträgen im StL zeigt, sondern auch die Tatsache, dass er sich in dieser Stadt am 28. Dezember 1935 mit Eleonore von Strobele zu Wangendorf verheiratete. Er fiel 1943 als Panzergrenadier des deutschen Afrika-Korps in Tunesien. 1935 war Hager noch österreichischer Staatsbürger. In seinem 1939 in München erschienenen Buch *Das großdeutsche Jahr. Von einem deutschen Schriftsteller erlebt* legte er ein klares Bekenntnis zu Hitler ab, während er mit dem österreichischen Bundeskanzler Kurt Schuschnigg hart ins Gericht ging; insbesondere dessen Konzept einer spezifisch österreichischen Staatsidee war für Hager nicht nachvollziehbar (obwohl er 1916–1920 in Bozen mit einem österreichischen Schulbuch anhand von Texten über den Kaiser, Andreas Hofer oder die Sagengestalten der Dolomiten das Lesen und Schreiben erlernt hatte). Der „Anschluss“ am 13. März 1938 stellte für ihn daher einen Anlass zur Freude dar; die Ablegung der österreichischen Staatsbürgerschaft am 10. April bzw. die Annahme der deutschen beschrieb er als ein lange ersehntes Ereignis.

Die 1934/35 in mehreren Beiträgen im StL gezeigten Sympathien für den italienischen Faschismus sind umso schwerer nachvollziehbar, als Hager mit ganzem Herzen an Südtirol hing, wovon er im 1937 unter dem Pseudonym Walter Plangger in Berlin erschienenen *Südtiroler Bilderbuch* Zeugnis ablegte. In einer 1942 verfassten, in Privatbesitz befindlichen 74-seitigen Schrift, in der er seine Kindheit und Jugend in Bozen (bis 1927) schilderte, lobte er seine geistlichen Lehrer am Franziskanergymnasium als Vermittler einer „siebenhundertjährigen kulturellen und damit in einem Grenzland auch völkischen [...] Tradition“ und bekannte sich zum „Kampf um unsere Sprache und Eigenart“. Die Weltanschauung, die ihn mit seinen Mitschülern am Franziskanergymnasium, darunter Kurt Heinricher, verband, beschrieb er so: „Wir waren alle das, was man im alten Österreich ‚national‘ nannte. Unsere Ideale waren Heimat, Volk und, soweit wir es verstanden, das Reich.“

http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/h/hager_hubert_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012); STERNBACH, Bozen; WIDMOSER, Südtirol, 162; Innsbrucker Nachrichten Nr. 279 vom 2. 12. 1933, 4 f. und Nr. 119 vom 26. 5. 1934, 5 f.; HAGER, *Das großdeutsche Jahr*; J. FONTANA, Südtirol, 7 f.; mündliche Angaben seines Sohnes Hansjörg Hager, Bozen (12. 12. 2011);

Ludwig Hänsel (1886–1959), Germanist und Philosoph, Mitarbeiter der MSchKP. Der Wiener Gymnasiallehrer kam in beiden Weltkriegen zum Einsatz. Er war Mitglied zahlreicher katholischer Vereine und Organisationen, Vizepräsident der österreichischen UNESCO-Kommission sowie Freund und Briefpartner Ludwig Wittgensteins. SOMAVILLA/UNTERKIRCHER/BERGER, Ludwig Hänsel, 10 f.

Hugo Hantsch OSB (1895–1972), Historiker und Professor an der Universität Wien, Mitarbeiter der SZ. Seit 1913 im Stift Melk, studierte er Theologie und Philosophie in Innsbruck (Promotion zum Dr. phil. 1921). 1930 habilitierte er sich bei Heinrich von Srbik an der

Universität Wien. 1935 erhielt er ein Ordinariat an der Universität Graz. Seine 1937 veröffentlichte *Geschichte Österreichs* wurde von den Nationalsozialisten verboten, Hantsch selbst in verschiedenen Konzentrationslagern interniert. Ab 1946 lehrte er als Nachfolger Srbiks Neuere Geschichte in Wien. Er war ein konsequenter Vertreter der Österreichidee des Ständestaates und machte sich um die Popularisierung historischen Wissens verdient.

HOLESCHOFSKY, Hugo Hantsch.

Friedrich Hauser, Mitarbeiter des CS.

Wilhelm Peter Hebra-Huze, Mitarbeiter des CS. Im Mai 1938 scharte er Mitglieder konservativer patriotischer Organisationen um sich. Es gab eine nach ihm benannte legitimistische Widerstandsgruppe.

EBNETH, Wochenschrift, 257; LUŽA, Der Widerstand, 44.

Konrad Josef Heilig (1907–1945), Mediävist und politischer Publizist, Mitarbeiter des CS.

1929 kam er aus Deutschland nach Österreich, wo er als Verfechter der mittelalterlichen Reichsidee und genuin christlichen Gedankengutes in konservativen, auf die Unabhängigkeit des Landes bedachten Kreisen sehr willkommen war, während er von den Nationalsozialisten heftig angegriffen wurde. Er war außerordentliches Mitglied des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung. 1934 legte er eine Arbeit über das Kruckenkreuz, das Symbol der VF, vor, eine proösterreichische Kampfschrift. 1937 wurde ihm die provisorische Leitung des Traditionsreferats der VF anvertraut. Er befasste sich häufig mit Fragen des Legitimus. 1938 nach Deutschland zurückgekehrt, starb er 1945 im Militärdienst in Italien.

BRUCKMÜLLER, Nation Österreich, 278; EBNETH, Wochenschrift, 50 f. und 175–179; MAURER, Konrad Josef Heilig; NEUHÄUSER, Legitimus, 98, 102 f.; WANDRUSZKA, Struktur, 347; WOHNOUT, Traditionsreferat, 67–70.

Nikolaus Heinrich s. Nikolaus Dohn

Rudolf Herrnritt (1865–1945), Verfassungs- und Verwaltungsjurist, Verfasser grundlegender Lehrbücher, Mitarbeiter des CS. 1904 erhielt er eine Lehrkanzel an der Technischen Hochschule in Wien, 1909 wurde er zum Hofrat des Verwaltungsgerichtshofs ernannt. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit lag beim Nationalitätenrecht. 1930 zum Senatspräsidenten ernannt, trat er noch im selben Jahr in den Ruhestand.

<http://www.vwgh.gv.at/Content.Node/geschichte/biografien/herrnritt/herrnritt.at.php> (abgerufen: 19. 6. 2012); ÖBL 2 (1959), 292.

Gertrud Herzog-Hauser (1894–1953), Klassische Philologin, Mitarbeiterin des NR. Sie arbeitete als Gymnasiallehrerin, später -direktorin in Wien und verfasste mehrere alttumswissenschaftliche Artikel. 1932 habilitierte sie sich für Klassische Philologie. 1938 durch das NS-Regime als Jüdin eingestuft, verlor sie ihre Venia und ihre Direktorenstelle. Während des Zweiten Weltkriegs lebte sie in der Schweiz. Später lehrte sie an der Universität Wien als außerordentliche Professorin. Sie setzte sich für die Gleichberechtigung der Frau im Schul- und Bildungswesen ein und verfasste mehrere einschlägige Artikel.

DBE/II 4 (2006), 780; KOROTIN/ SCHRODT, Gertrud Herzog-Hauser.

Walther Heydendorff (1888–1974), k. u. k. Offizier, Schriftsteller und Genealoge. Ab 1922 war er Mitglied des Wiener Heimatschutzes. Im Januar 1934 unterstand ihm das 2. Regiment der Heimwehr. Nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich betätigte er sich im Widerstand. 1945 engagierte er sich für die Kriegsheimkehrer und hielt Rundfunkvorträge. Ab Januar 1946 war er, wie bereits vor 1934, im Kriegsarchiv tätig, anschließend (1950–1953) im Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Er verfasste mehrere Abhandlungen zu historischen Themen.

BROUCEK/PEBALL, Geschichte, 390–394 (mit Bibliographie seiner Schriften).

Johannes Hollnsteiner CR (1895–1971), Theologe und Historiker, Mitarbeiter der *Reichspost*, des NR, der SZ und der MSchKP. Von Ignaz Seipel gezielt gefördert, erhielt er 1926 den Lehrstuhl für Kirchengeschichte an der Universität Wien; 1934 wurde seine Venia auf das Kirchenrecht ausgedehnt, und er avancierte zum Dekan der Theologischen Fakultät. Er war ein einflussreicher Vordenker des politischen Katholizismus in Österreich, der auch in der *Leo-Gesellschaft* fest verankert war, und eine der führenden Persönlichkeiten im Ständestaat. Zu seinem engeren Kreis gehörten Bundeskanzler Kurt Schuschnigg, der Wiener Bürgermeister Richard Schmitz, Josef Dobretsberger und Friedrich Funder. 1933 trug er maßgeblich zur Gestaltung des Programms des Katholikentages bei.

BUCHMAYR, Der Priester; DBE/II 5 (2006), 103; FELLNER/CORRADINI, Österreichische Geschichtswissenschaft, 194; SUTTNER, Die Kath.-Theologische Fakultät, 390.

Valentin Holzer, Gymnasiallehrer in Niederösterreich, Mitarbeiter des NR. Außer Beiträgen in Gymnasialjahresberichten legte er Übersetzungen aus dem Italienischen vor, insbesondere von Werken des Sozialpolitikers und Bischofs von Cremona Geremia Bonomelli (1831–1914) und des Theologen und Orientalisten Aurelio Palmieri (1870–1926).

Vgl. die Eintragungen im KVK.

Hans von Hortenau (geb. 1904), Verfasser einer populärwissenschaftlichen Arbeit über den Faschismus. Er war der Sohn des um die Jahrhundertwende als Kurarzt in Istrien wirkenden Dr. Julius Cohn und der Tänzerin Marie Therese Schleiner, 1890–1901 Angehörige des Hofopernballetts in Wien. Die Ehe war auf Veranlassung des Erzherzogs Otto, des Bruders von Thronfolger Franz Ferdinand, zustande gekommen, von dem die Frau zwei uneheliche Kinder hatte (geb. 1892 und 1894). 1911 erhielt Cohn, nachdem er vom Judentum zum Katholizismus konvertiert war, einen Adelstitel und nannte sich seither von Hortenau. Der 1904 geborene Hans war bereits als Knabe dem Bann Gabriele d’Annunzios erlegen: Als dieser am 12. September 1919 die Stadt Fiume besetzte, befand sich Hans von Hortenau in seiner unmittelbaren Nähe. Zunächst auch vom Nationalsozialismus begeistert (es soll von ihm Briefe an Hitler geben), emigrierte der zum Ingenieur Ausgebildete 1941 nach Schweden. Zu seinem weiteren Lebenslauf konnte nichts eruiert werden.

D’ALESSIO, From Central Europe, 246; BROUCEK, Ein General I, 158; SCOTTI, L’ultima avventura.

Erich Hruschka (1911–1992), Betriebswirt, Schüler und Assistent von Walter Heinrich, Angehöriger des Kreises um Othmar Spann und Mitarbeiter des StL. Seit 1940 diente Hruschka in der Deutschen Wehrmacht. 1945–1946 in US-amerikanischer Kriegsgefan-

genschaft, war er 1947–1948 als Wirtschaftsjournalist tätig, dann in der Privatwirtschaft. 1956 wurde er an der Hochschule für Welthandel in Wien für Betriebswirtschaftslehre des Handwerks habilitiert, wo er seither lehrte.

http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/h/hruschka_erich_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012).

Karl Gottfried Hugelmann (1879–1959), Staatswissenschaftler und Rechtshistoriker, Angehöriger des Kreises um Othmar Spann, Mitarbeiter der SZ. 1909 wurde er an der Universität Wien habilitiert, wo er eine Professur für Deutsche Rechts- und Verfassungsgeschichte sowie für Staatsrecht und Kirchenrecht erhielt. 1921–1932 gehörte er als Abgeordneter der CSP dem österreichischen Bundesrat an. Nach dem Juliputsch von 1934 wurde er, wiewohl Befürworter eines Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich, festgenommen und seines Lehramtes enthoben. 1934–1944 lehrte er Deutsche Rechtsgeschichte an der Universität Münster, anschließend bis zur Emeritierung 1947 in Göttingen. Nach 1938 hatte er vormals bestehende Sympathien für den Nationalsozialismus aufgegeben.

http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/h/hugelmann_karl_gottfried_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012); DBE/II 5 (2006), 194; EBNETH, Wochenschrift, 5 und 131; FRITZ, Farben tragen, 386; OLECHOWSKI/STAUDIGL-CIECHOWICZ, Staatsrechtslehre, 235; O. WEISS, Rechtskatholizismus, 36.

Erich Hula (1900–1987), Politikwissenschaftler, Mitarbeiter des CS. Der 1928 in Wien zum Dr. iur. promovierte Schüler von Hans Kelsen war nach weiteren Studien in Frankreich, Großbritannien und den USA dessen Assistent in Köln. 1933–1937 war er Sekretär und Pressereferent der Arbeiterkammer in Graz bzw. Wien und wirkte an der Vorbereitung einer Arbeiterschutzgesetzgebung mit. 1937 trat er für den Erhalt eines unabhängigen Österreich ein; er war ein Vertreter der großösterreichischen Geschichtsauffassung. 1938 emigrierte er in die USA, wo er einen Lehrstuhl an der *New New School for Social Research* in New York City erhielt und von wo aus er sich für die Eigenständigkeit Österreichs einsetzte. Am 4. Februar 1939 sprach er dort zum Thema *Das Experiment des Ständestaates*. Er stand monarchistischen Kreisen nahe.

EBNETH, Wochenschrift, 257; EPEL, Österreicher 1, 474 und 506; 2, 84, 252, 264, 284, 298, 302, 342, 346, 369, 405, 445 und 514; FEICHTINGER, Wissenschaft, 298–301; H. SCHUSCHNIGG, Die Österreichischen Akademien, 248.

Max Freiherr von Hussarek-Henlein (1865–1935), Kanonist an der Universität Wien, Unterrichtsminister (CSP) 1911–1917, Mitarbeiter des NR und der SZ. Vom 25. Juli bis zum 27. Oktober 1918 war Hussarek k. k. Ministerpräsident von Cisleithanien. Zusammen mit Heinrich Lammasch war er maßgeblich am Entwurf des kaiserlichen Manifests vom 16. Oktober 1918 beteiligt, das die österreichische Reichshälfte in einen Bundesstaat mit weitgehender Autonomie für die einzelnen Nationen umwandeln sollte.

BBKL 2 (1990), 1204–1207 (T. BAUTZ); DBE/II 5 (2006), 218; HOFER, Joseph Eberle, 232; NDB 10 (1974), 86 f. (W. M. PLÖCHL); ÖBL 3 (1965), 16 f.

Kaspar Inthal (1845–1928), Journalist aus Mähren, Mitarbeiter des NR. Seine konservative Gesinnung brachte er auch als Redakteur des *Vaterland* zum Ausdruck.

<http://mahren.germanistika.cz/index.php?content=author&lon=510&rec=s> (abgerufen: 12. 6. 2012).

Walter Adolf Jöhr (1910–1987), in St. Gallen lehrender Nationalökonom, Mitarbeiter des StL. 1934 dissertierte er in Berlin zum Thema *Die Ständische Ordnung, Geschichte, Idee und Neuaufbau*. Diese 1937 publizierte Arbeit wurde in der Schweizer Presse aufgrund ihrer antisemitischen Aussagen größtenteils abgelehnt. Jöhr gehörte der Frontenbewegung an: Der Faschismus habe die „geschichtliche Mission“, die durch Liberalismus und Sozialismus auseinandergebrochene Gesellschaft wieder zu einer Einheit zu führen. Die Nationalökonomie bedeutete für Jöhr Dienst an der Gemeinschaft in maximaler Verantwortung. Er sah enge Zusammenhänge zwischen Theorie und Praxis, war zu Kompromissen bereit und vertrat das Prinzip wertorientierter Wissenschaft. Er besaß eine umfassende literarische und psychologische Bildung und ließ auch in der Wissenschaft die Intuition und das sogenannte Schätzungsurteil gelten. Politik und Wirtschaft müssten – im Sinn der Eucken’schen Interdependenz der Ordnungen – vom gleichen Geist geleitet sein.

BINSWANGER, Einleitung; DBE/II 5 (2006), 354; G. SCHWARZ, Einführung.

Willi Kadletz (1895–1966), Verwaltungsjurist und Kulturfunktionär in der Steiermark, Angehöriger des Kreises um Othmar Spann und Mitarbeiter des StL. Er war Lehrbeauftragter für Rechtskunde an der Montanuniversität in Leoben, verfasste Kunst- und Theaterkritiken für diverse Zeitungen und hielt Lichtbildvorträge für das *Steirische Volksbildungswerk*.

http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/k/kadletz_willi_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012).

Raimund Friedrich Kaindl (1866–1930), Historiker und Ethnologe, Mitarbeiter des NR und der SZ. Er befasste sich mit der Geschichte der Deutschen in Ostmitteleuropa, insbesondere in den Karpaten, und mit der Geschichte der Polen, Ruthenen, Huzulen und Tschechen. Zunächst an Mittelschulen tätig, lehrte er ab 1901 als außerordentlicher, ab 1905 als ordentlicher Professor für österreichische Geschichte an der Universität Czernowitz. 1915 folgte er einem Ruf an die Universität Graz.

DBE/II 5 (2006), 453; FÖCKEN, Raimund Friedrich Kaindl; NDB 11 (1977), 33 (G. GRIMM); ÖBL 3 (1965), 177.

Otto M. Karpfen, Pseudonyme: Otto Maria Fidelis, Leopold Wiesinger (1900–1969), Chemiker und Literaturkritiker, Mitarbeiter der *Neuen Freien Presse*, der *Reichspost* und des CS. 1932 vom Judentum zum Katholizismus konvertiert, emigrierte er 1938 zunächst nach Antwerpen und 1939 nach Brasilien, wo katholisch-konservative Emigranten sehr willkommen waren. Er betätigte sich als Mittler zwischen den Kulturen, u. a. durch die Abfassung einer Literaturgeschichte Europas und einer Studie über die deutsche Literatur.

EBNETH, Wochenschrift, 186 und 257; KOSCH, Deutsches Literaturlexikon, 129; KUGLER, Die frühe Diagnose, 179–184.

Otto Karrer SJ (1888–1976), einflussreicher Theologe und geistlicher Schriftsteller, Mitarbeiter der SZ. Er lehrte an der *Stella Matutina* in Feldkirch.

CONZEMIUS, Gottes Spurensucher, 265–280.

Franz Keller (1873–1944), katholischer Theologe und Nationalökonom, Mitarbeiter des NR. Nach dem Studium in Freiburg i. Br. wurde er 1896 zum Priester geweiht. Seit 1912 lehrte er dort als Privatdozent Moraltheologie. 1918 wurde er außerordentlicher, 1924 ordentlicher Professor dieses Faches und Leiter des von ihm gegründeten *Instituts für Caritaswissenschaft*. 1934 trat er in den Ruhestand. Er war Kapitalismuskritiker und Pazifist.

DBE 5/I (1997), 491.

Erich Klausener (1885–1934), preußischer Staatsbeamter und führender Vertreter des deutschen politischen Katholizismus, Mitarbeiter der SZ. Als Leiter der Berliner KA wandte er sich gegen die kirchenfeindliche Politik der Nationalsozialisten. Im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches wurde er in seinem Dienstzimmer ermordet.

BBKL 3 (1992), 1570–1573 (M. PERSCH); DBE/I 5 (1997), 568; EBNETH, Wochenschrift, 106; MÖLLERS/VOIGT, Dr. Erich Klausener; SCHWEGEL, Vergessene Juristen.

Franz Klein (1895–1964), eigentlich Robert Ingram, Publizist, Mitarbeiter des CS. Der Wiener Jurist, der auch dem Gewerkschaftsbund nahestand, war ab 1926 als Korrespondent für mehrere österreichische, deutsche und Schweizer Zeitungen in Europa und Nordamerika tätig. Er war Legitimist. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte er sich für eine Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion ein.

DBE/II 5 (2006), 248; EBNETH, Wochenschrift, 210.

Johann Kleinhappl SJ (1893–1979), aus der Steiermark stammender Theologe, Mitarbeiter der SZ und des CS. 1935 habilitierte er sich für das Fach Moraltheologie und wirkte anschließend als Dozent für Sozialethik in Wien. Einer seiner Schwerpunkte war die Kritik des Kapitalismus aus christlich-konservativer Sicht im Sinne Vogelsangs. 1947 wurde er Ordinarius für Moraltheologie an der Universität Innsbruck. 1948 verließ er den Jesuitenorden und wirkte als Weltpriester in der Erzdiözese Wien.

CORETH, Die Theologische Fakultät, 130 f.; GOPPOLD, Licht im Finstern; HEINRICHS, Der Fall Kleinhappl; G. OBERKOFER, Eine Erinnerung; PALAVER, Johannes Kleinhappls Kapitalismuskritik.

Anton Klotz (1889–1961), Journalist und Publizist, Mitarbeiter der MSchKP und Verfasser mehrerer monographischer Arbeiten zur politisch-geistigen Situation Österreichs (1932–1934). Der aus Tannheim (Bez. Reutte) gebürtige Jurist arbeitete nach Abschluss des Studiums in Innsbruck (CV-Mitglied) zunächst im Umfeld Aemilian Schöpfers für den *Allgemeinen Tiroler Anzeiger*. Nach dem Krieg wurde er in die Redaktion des NR in Wien berufen. 1920/21 für die *Brixner Chronik* bzw. den *Tiroler* tätig, kehrte er, aus Italien ausgewiesen, zurück nach Innsbruck und wurde Chefredakteur des *Allgemeinen Tiroler Anzeigers*. 1936 holte ihn Bundeskanzler Schuschnigg als Leiter des Bundespressedienstes nach Wien. 1938 wurde er von den Nationalsozialisten verhaftet und ins KZ Buchenwald gebracht. 1941 entlassen, lebte er mit seiner Familie in Hall i. T. Nach 1945 wurde er Chefredakteur der *Tiroler Tageszeitung*.

ANONYM, Von den Adler-Kessler; FRITZ, Farben tragen, 220; E. OBERKOFER, Dr. Anton Klotz.

Otto Knapp, Oberstudiendirektor in Ulm, Mitarbeiter der SZ. Er verfasste mehrere Bücher zu religiösen, insbesondere hagiographischen Themen.

Vgl. die Eintragungen im Karlsruher Virtuellen Katalog.

Josef Knünz SJ, Schüler, Professor, Studiendirektor, Rektor und zuletzt Spiritual an der *Stella Matutina* in Feldkirch (insgesamt 68 Jahre). Nach der 1896 abgelegten Matura studierte er an der Universität Innsbruck, wo er 1912 *sub auspiciis* promoviert wurde. Er war Mitarbeiter des NR.

BLÖCHLINGER/KOPF/PROFELD, Die bewegte Geschichte, 153.

Jakob Ernst Koch (1865–1947), Mitarbeiter des CS. Zunächst Pfarrer im steirischen Ramsau, wurde er schließlich evangelischer Superintendent von Oberösterreich (1921–1936). Er war maßgeblich an der Konzeption der Kirchenverfassung von 1931 beteiligt, die jedoch aus politischen Gründen nie in Kraft trat. Sein Werk *Luther und das Landl* fand weite Verbreitung. Er wies auf die Bedeutung Österreichs im Kampf gegen den Nationalsozialismus hin und betonte die Unterdrückung der evangelischen Kirche im Dritten Reich.

EBNETH, Wochenschrift, 153; TEMMEL, Evangelisch, 85 f.

Robert Krasser (1882–1958), Pädagoge und Politiker der CSP. Er war Mitglied katholischer Studentenverbindungen und Vizepräsident des Stadtschulrats für Wien. Den Anschluss Österreichs an Deutschland lehnte er ab. 1944 wurde er von der Gestapo wegen vermeintlicher Mitwirkung am Attentat auf Hitler erkennungsdienstlich erfasst.

http://de.wikipedia.org/wiki/Robert_Krasser (abgerufen: 23. 7. 2012).

Ernst Lagler (1903–1974), Volkswirt und Agrarsoziologe, Angehöriger des Kreises um Othmar Spann und Mitarbeiter des StL. 1934 begründete er gemeinsam mit Ferdinand Degenfeld-Schonburg und Josef Nadler die Sommerhochschule in Gmunden, die 1935 und 1938 stattfand. 1935 in Wien habilitiert, wurde er 1939 entlassen und verlor 1940 auch die Venia. 1947–1950 arbeitete er im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und im Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung. 1948 erfolgte die akademische Rehabilitation an der Universität Wien, wo er seither wiederum lehrte.

http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/l/lagler_ernst_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012).

Josef Leb (1874–1946), Verlagsleiter der Tyrolia in Innsbruck und Wien, gesellschaftlicher Einsatz für die gesetzliche Förderung der Familie. Als Student in Wien (Germanistik, Rechtswissenschaften) war er Mitglied der CV-Verbindung Austria. Im Ersten Weltkrieg diente er als Offizier. Nach dem Tod seiner Frau studierte er Theologie und empfing 1944 die Priesterweihe.

STEKL, „Höhere Töchter“, 111 f.

Maria Lehner, Verfasserin der Dissertation *Das Substanzproblem im Personalismus Max Schelers* (Fribourg 1926, Druck: Weida 1926). Eine Zusammenfassung erschien 1928 im NR.

Hugo Graf Lerchenfeld (1871–1944), Verwaltungsjurist und ab 1921 bayerischer Außenminister, Justizminister bzw. Ministerpräsident, Mitarbeiter des NR. Als Mitglied der kon-

servativen Bayerischen Volkspartei war er zur Zeit der Weimarer Republik ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus. 1924 wurde er in den deutschen Reichstag gewählt, dem er bis 1926 angehörte. Anschließend war er bis 1931 Gesandter in Österreich, später in Belgien. 1933, nach der Machtergreifung durch die NSDAP, wurde er in den Ruhestand versetzt.

http://de.wikipedia.org/wiki/Hugo_Graf_von_und_zu_Lerchenfeld_auf_K%C3%B6fering_und_Sch%C3%B6nberg (abgerufen: 12. 6. 2012); DBE/II 6 (2006), 376; EBNETH, Wochenschrift, 132.

Alexander Lernet-Holenia (1897–1976), Schriftsteller. 1916–1918 im Kriegseinsatz, veröffentlichte er 1921 einen Gedichtband. 1923 konvertierte er vom evangelischen zum katholischen Bekenntnis. Später verfasste er auch Dramen, Romane und Novellen. 1939 wurde er wieder zum Militärdienst einberufen, konnte die Jahre bis 1944 aber – wegen einer gleich zu Beginn des Polenfeldzugs erlittenen Verwundung – in Berlin verbringen. Er war ein überzeugter Gegner des Nationalsozialismus. Nach dem Krieg zog er nach St. Wolfgang, 1951 nach Wien. Seit 1969 Präsident des Österreichischen PEN-Clubs, trat er 1972 aus Protest gegen die Verleihung des Literaturnobelpreises an Heinrich Böll von seinem Amt zurück.

MAYER, Wunscherfüllungen; ROČEK, Die neun Leben.

Erika von Littrow (1910–1935), Staatswissenschaftlerin, Angehörige des Kreises um Othmar Spann und Mitarbeiterin des StL.

http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/l/littrow_erika_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012).

Richard Löwenthal (1908–1991), deutscher Politikwissenschaftler, in der Jugend Mitglied der KPD, später der SPD. Er behandelte Probleme der Weltpolitik, der Demokratie, des Kommunismus und der Hochschulpolitik. 1935 veröffentlichte er eine Theorie des Faschismus, die als wesentlicher Beitrag in der einschlägigen Diskussion gilt. Er beschäftigte sich auch eingehend mit dem Nationalsozialismus. 1938 emigrierte er über Prag und Paris nach London. 1946 erhielt er die britische Staatsbürgerschaft. Später lehrte er in den USA und in Deutschland.

DBE/II 6 (2006), 531 f.; O. SCHMIDT, „Meine Heimat“.

Maria Maresch (1886–1970), Historikerin und Publizistin (u. a. war sie Mitarbeiterin des CS und nahm rege an den Diskussionsabenden Dietrich von Hildebrands teil). Nach der Promotion an der Universität Wien durchlief sie eine steile Beamtenkarriere: 1919 avancierte sie als erste Frau zum Sektionsrat im Unterrichtsministerium, 1946 wurde sie zum ersten weiblichen Ministerialrat. Maresch schuf eigene Oberschulen für Frauen und führte den hauswirtschaftlichen Unterricht ein. 1934 gründete sie das *Institut für Lebenswirtschaft*, wo sie auch lehrte. 1945–1949 war sie Chefredakteurin der Zeitschrift *Österreicherin*.

<http://de.mundipedia.com/PersonMareschMaria> (abgerufen: 13. 6. 2012); DBE/II 6 (2006), 731; EBNETH, Wochenschrift, 59 und 257.

Lola Marschall (1860–1945), Mitarbeiterin des NR. In den zwanziger Jahren war sie Vorstandsmitglied der *Zentralorganisation der katholischen Frauen Wiens und Niederösterreichs*.

KOGLER, Sigismund Waitz, 294 und 301.

Heinrich Mataja (1877–1937), christlichsozialer Politiker, Mitarbeiter der SZ und des CS. 1910–1918 Mitglied des Wiener Gemeinderats, 1913–1918 auch des Reichsrats. Ab Oktober 1918 gehörte er der aus diesem hervorgegangenen Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich, ab März 1919 der Konstituierenden Nationalversammlung, 1920–1930 dem Nationalrat an. 1918/19 war er Staatssekretär für Inneres in der Regierung Renner, 1924–1926 österreichischer Außenminister. 1931 wurde er aus allen politischen Funktionen gedrängt. Er begrüßte den 1934 errichteten christlichen Ständestaat; als Gegner des Anschlusses an Deutschland befasste er sich mit dem Thema einer österreichischen Nation.

DBE/II 6 (2006), 780; JELINEK, Der politische Lebensweg.

Oskar Meister (1885–1969), Verwaltungsjurist bei der mährischen Statthalterei 1908–1919. Ab 1919 war er stellvertretender Leiter des steirischen Landesarbeitsamtes in Graz. Ab 1953, nach der Pensionierung, arbeitete er als Volontär an der Grazer Universitätsbibliothek. Er war ein geschätzter Mitarbeiter des ÖBL sowie verschiedener Zeitschriften (u. a. SZ und CS), Zeitungen und Jahrbücher.

http://portal.suedmaehren.at/wiki/index.php/Oskar_Meister (abgerufen: 12. 6. 2012).

Adolf Menzel (1857–1938), Rechts- und Staatswissenschaftler, Mitarbeiter der MSchKP. Ab 1894 war er Professor für öffentliches Recht an der Universität Wien, 1918–1930 Vizepräsident des Verfassungsgerichtshofs. An philosophisch-historischen Fragestellungen sehr interessiert, wurde er 1925 zum wirklichen Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien gewählt. Er entwarf eine „energetische“ Staatstheorie, die er der herrschenden abstrakt-juristischen Lehre gegenüberstellte.

BRAUNEDER, Leseverein, 308; DBE/II 7 (2007), 7; HELLER, Der Verfassungsgerichtshof, 156 f.; MELICHAR, Adolf Menzel, 225 f.; J. REITER, Entstehung, 32.

Ernst Michel (1889–1964), Journalist, Sozial- und Kulturphilosoph sowie Psychotherapeut, Mitarbeiter des NR. 1931 wurde er Honorarprofessor für soziale Betriebslehre und Sozialpolitik an der Universität Frankfurt a. M. Er zählte zu den geistigen Führern des (linken) politischen Katholizismus in Deutschland. Zeitweilig musste er sich dem Vorwurf des Modernismus stellen. Als Gegner des Nationalsozialismus lehnte er insbesondere den Totalitätsanspruch der „rassischen Idee“ ab.

DBE/II 7 (2007), 86; NDB 17 (1994), 444 f. (B. LOWITSCH).

Ludwig von Mises (1881–1973), Wirtschaftswissenschaftler, einer der wichtigsten Vertreter der österreichischen Schule der Nationalökonomie im 20. Jahrhundert. Er lehrte ab 1913 als Privatdozent, ab 1918 als außerordentlicher Professor an der Universität Wien, ab 1934 auch am *Institut universitaire de hautes études internationales* in Genf. Er war ein Kritiker der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. 1949 emigrierte er aus der Schweiz in die USA. Als Theoretiker des Liberalismus vertrat er einen unbedingten pri-

vatwirtschaftlichen Kapitalismus, persönlich hatte er aber konservative Wertvorstellungen.

DBE/II 7 (2007), 121 f.; LEUBE, Über Ludwig von Mises; M. von MISES, Ludwig von Mises.

Alfred Missong (1902–1965), katholischer Publizist, unter anderem für die SZ und den CS. Missong war eng befreundet mit Ernst Karl Winter, August M. Knoll und Hans Karl Zeßner-Spitzenberg. 1932 verfasste er unter dem Pseudonym Thomas Murner den *Nazi-spiegel*, ein auf einer Schrift von Zyrill Fischer OFM aufbauendes Pamphlet gegen den Nationalsozialismus, der für ihn eine Form neuen Heidentums war. 1938 wurde Missong für einige Monate verhaftet. 1945 war er Mitgründer der ÖVP. Bis 1950 wirkte er als Chefredakteur der *Österreichischen Monatshefte*, des theoretischen Organs der Partei.

DBE/II 7 (2007), 123; EBNETH, Wochenschrift, 257; STOURZH, Alfred Missongs historische Bedeutung.

Eugenio Morreale (geb. 1891), Journalist aus Palermo, Mitarbeiter des CS. Er wirkte ab 1927 als Wiener Korrespondent für die Tageszeitung *Il Popolo d' Italia* und andere italienische Blätter und war ein wichtiger Informant Mussolinis über Fragen der österreichischen Innenpolitik. Seine Berichte stellten für den Duce die ausschlaggebenden Entscheidungsgrundlagen dar. Morreale hatte beste Beziehungen zu Dietrich von Hildebrand und setzte sich für die Verbreitung des CS in Südtirol ein. Ende 1936 wurde er zum Konsul in Baltimore ernannt, woraufhin er Österreich im Januar 1937 verließ.

EBNETH, Wochenschrift, 15 f., 59 und 257; SCHOLZ, Italienischer Faschismus, 388 und 392 f.

Albert Müller SJ (geb. 1880), Mitarbeiter des CS. In den zwanziger und dreißiger Jahren verfasste er mehrere Arbeiten in französischer Sprache zu Fragen der katholischen Soziallehre. 1935 erschien in Brüssel sein Werk *La politique corporative. Essais d'organisation corporative*.

SIMONETT, Die berufsständische Ordnung, 15–17.

Erich Müller, Mitarbeiter des CS. In den zwanziger Jahren in der Deutschen Jugendbewegung engagiert, war er zeitweilig Chefredakteur der Zeitschrift *Die Kommenden*. 1933 gab er eine Broschüre über den „Nationalbolschewismus“ heraus. Nach Hitlers Machtergreifung war er im Widerstand tätig.

<http://sozrev.wordpress.com/category/historisches/page/2/> (abgerufen: 23. 7. 2012).

Carl Nemecek, Mitarbeiter des CS.

Heinrich Norden s. Nikolaus Dohrn

Alexander Novotny (1906–1986), Historiker, Mitarbeiter der MSchKP. Novotny promovierte 1928 in Wien bei Heinrich von Srbik und habilitierte sich 1947 in Graz bei Hugo Hantsch und Karl Eder. 1949 erhielt er die Lehrkanzel für Allgemeine Neuere Geschichte in Wien, 1963 in Graz. 1968–1974 war er Vorsitzender des *Instituts für Österreichkunde*. Eines seiner besonderen Interessengebiete waren die katholischen Sozialpolitiker des 19. und 20. Jahrhunderts. Er zeigte starkes Engagement in der Volks- und Erwachsenenbildung. Er verband Grundsatztreue mit Toleranz gegenüber fremden Meinungen.

FELLNER/CORRADINI, Österreichische Geschichtswissenschaft, 299; METZLER-ANDELBURG, Alexander Novotny; ZÖLLNER, Alexander Novotny.

Fritz Ottel (1896–1968), Jurist und Wirtschaftswissenschaftler, Angehöriger des Kreises um Othmar Spann und Mitarbeiter des StL. Ab 1935 war er Privatdozent für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Welthandel in Wien. 1938 trat er der NSDAP bei. Nach Kriegseinsatz und -gefangenschaft war er ab 1950 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen.

http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/o/ottel_fritz_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012).

Hans Pernter (1887–1951), zunächst Ministerialbeamter in Wien, ab 1934 Unterrichtsmi-
nister. 1938–1941 in Dachau und Mauthausen interniert, engagierte er sich anschließend
im Widerstand. 1944 wurde er von der Gestapo verhaftet. 1945 war er einer der Mitbe-
gründer der ÖVP und wurde deren geschäftsführender Parteiohmann.

http://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Pernter (abgerufen: 12. 6. 2012); DBE/II 7 (2007), 736.

Kurt Piesch, Verfasser einer Dissertation über das Gewerkschaftswesen (Wien 1936).

Josef Piller, Schweizer Staatsrat, Mitarbeiter des CS. Er war maßgeblich an der Ausarbeitung
eines am 3. Mai 1933 im Kanton Fribourg erlassenen Gesetzes über die berufsständische
Ordnung beteiligt, das in Österreich mit Wohlgefallen zur Kenntnis genommen wurde.

CS 10. 6. 1934 (J. PILLER).

Adolf Pilz (1877–1947), Mitarbeiter der MSchK. Ersatzmitglied des Verfassungsgerichtshofs
1930–1933, österreichischer Justizminister vom November 1936 bis zum Februar 1938.

http://de.wikipedia.org/wiki/Justizminister_der_Republik_%C3%96sterreich (abgerufen:
19. 6. 2012); HELLER, Der Verfassungsgerichtshof 239 und 261.

Wenzel Pohl (1870–1949), Theologe, Philosoph und Pädagoge, Mitarbeiter des NR. Nach der
Priesterweihe im Jahr 1849 war er ab 1902 Domprediger in Leitmeritz, ab 1804 lehrte er
an der dortigen bischöflichen Lehranstalt. Ab 1920 war er Professor für christliche Philo-
sophie und Pädagogik an der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte bildeten
Platon, Augustinus, Thomas von Aquin und der Pädagoge Otto Willmann.

ÖBL 8 (1980), 156 f. (F. LOIDL); DBE II/8 (2007), 6.

Andreas Posch (1888–1971), Historiker und Theologe, Mitarbeiter des NR. 1911 zum Pries-
ter geweiht, habilitierte er sich 1918 in Graz für Kirchengeschichte. Dieses Fach lehrte er
von 1921 bis zur Emeritierung im Jahr 1960 in Graz und in Wien.

AMON, Nachruf; DBE II/8 (2007), 38.

Stefan Possony (geb. 1913), Pseudonyme: Richard Steffens, Konrad Ippen. Nationalöko-
nom, Mitarbeiter des CS, der sich vornehmlich dem Konservatismus und der Außenpo-
litik widmete. In Österreich geboren, in Dresden aufgewachsen. 1938 emigrierte er in die
Tschechoslowakei, später in die USA, wo er an der *Georgetown University* in Washington
lehrte.

EBNETH, Wochenschrift, 46, 68 und 257; EPEL, Österreicher 1, 512; SEEFRIED, Reich, 202 f.
und 583.

Emmerich Prettenhofer (1866–1946), Beamter, Schriftsteller (Volkskunde), Mitarbeiter
des CS.

http://data.onb.ac.at/nlv_lex/perslex/PQ/Prettenhofer_Emmereich.htm (abgerufen: 12. 6.
2012).

Gabriel Puaux (1883–1970), französischer Gesandter in Wien von April 1933 bis zum „Anschluss“ 1938, Mitarbeiter des CS. Konservativ und antisozialdemokratisch denkend, war er offen für althergebrachte gesellschaftliche Strukturen und ständestaatliche Modelle. Engelbert Dollfuß betrachtete er als sicheren Garanten der österreichischen Unabhängigkeit; auch mit Kurt Schuschnigg stand er in gutem Einvernehmen.

G. STOURZH, Außenpolitik, 336.

Siegmond M. Radda (1907–1945), Gutsbesitzer und Versicherungsexperte in Wien, Angehöriger des Kreises um Othmar Spann und Mitarbeiter des StL. Während der NS-Herrschaft war er Generalsekretär im Rechtsbüro der Versicherungsanstalten der Stadt Wien. http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/r/radda_boskowstein_siegmond_maria_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012).

Edmund Freiherr Raitz von Frenzt (1887–1964), Jurist, Mitarbeiter der SZ. Ab 1924 war er Korrespondent eines neu geschaffenen gemeinsamen Blätterringes der wichtigsten den konservativen Parteien Bayerns nahestehenden Tageszeitungen in Rom. Als solcher hatte er ein Monopol auf die katholisch orientierte Rom- und Vatikanberichterstattung für Deutschland und die angrenzenden deutschsprachigen Länder. Er folgte den politischen Leitlinien des Kardinalstaatssekretärs Eugenio Pacelli (später Papst Pius XII.).

BURTSCHIEDT, Edmund Freiherr Raitz von Frenzt; DBE II/8 (2007), 164 f.

Erwin Reisner (1890–1966), evangelischer Theologe und Philosoph, Mitarbeiter des CS. Zunächst Offizier der k. u. k. Armee, studierte er anschließend Philosophie in Marburg (Promotion 1932). Später war er in der Seelsorge tätig, ehe er 1949 Professor an der *Kirchlichen Hochschule Berlin-Zehlendorf* wurde.

DBE II/8 (2007), 308; HUMBERG/HÖTZEL, Das geistige Deutschland, 194–195; ORBAN, Vorbemerkung.

Giuseppe Renzetti (1891–1953), Veteran aus dem Kolonialkrieg in Libyen, Mussolinis Mitelsmann in Deutschland 1922–1941. Seine politische Operationsbasis war die von ihm aufgebaute italienische Handelskammer in Berlin. Verfasser einer Abhandlung über den korporativen Staat, schrieb er ab 1930 für mehrere deutsche Zeitungen und Zeitschriften (darunter StL) Artikel, die den Korporativismus als wirtschaftspolitisches „Allheilmittel“ auch für Deutschland anpriesen. 1934 erschien in Leipzig in deutscher Sprache sein Buch *Italiens Finanzpolitik*.

BAUERKÄMPER, Der Faschismus, 167; SCHIEDER, Faschismus; SCHOLZ, Italienischer Faschismus, 85; THÖNDL, Oswald Spengler, 122–124.

Alfred Johannes Graf Rességuier de Miremont (1878–1931), Mitarbeiter des NR. Nach Abschluss des Gymnasiums an der *Stella Matutina* in Feldkirch studierte er zunächst Theologie und schlug dann die Offizierslaufbahn ein. Ab 1905 als Landadeliger mit der Verwaltung seiner Güter beschäftigt, engagierte er sich in katholischen Laienorganisationen. Als Präsident des *Katholischen Schulvereins für Österreich* und als Mitbegründer der *Vereinigung katholischer Edelleute* zeigte er ein ambitioniertes gesellschaftspolitisches Engagement. Im Ersten Weltkrieg schwer verwundet, schloss er sich nach dem Untergang

der Monarchie der legitimistischen Bewegung an. Er setzte große Hoffnungen in die Heimwehr.

H. K. ZEBNER-SPITZENBERG, Alfred Johannes Graf Rességuier de Miremont.

Gonzague de Reynold (1880–1970), Schriftsteller aus Fribourg, Mitarbeiter der SZ. Als konservativer Intellektueller lehnte er Liberalismus und Kommunismus strikt ab und hatte Vorbehalte gegen die Demokratie. Er war ein Bewunderer der autoritären Regimes von António de Oliveira Salazar und Benito Mussolini. Auch für die Schweiz hätte er die Umwandlung zu einem autoritären Ständestaat gewünscht. Sein Wirken blieb weitgehend auf katholische Kreise in der Westschweiz beschränkt.

MATTIOLI, Zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur.

Hans Riehl (1891–1965), Soziologe, Kunst- und Musikwissenschaftler, Philosoph und Dichter, Angehöriger des Kreises um Othmar Spann, Mitarbeiter des StL und an der Gesamtausgabe der Werke Spanns. Seit der Habilitation für Gesellschaftslehre im Jahr 1928 lehrte er dieses Fach in Graz. Ab Oktober 1927 Mitglied des steirischen Heimatschutzes, trat er 1930 aus der Heimwehr wieder aus. 1938 wurde er von der Universität Graz suspendiert. Wenig später trat er der NSDAP bei und erlangte die Lehrbefugnis für Gesellschaftslehre wieder; die erhoffte Professur für Kunstwissenschaft bekam er aber nicht. Hauptberuflich war Riehl Leiter der Bildergalerie und Skulpturensammlung am Landesmuseum *Joanneum* in Graz. Seit 1941 war er Honorarprofessor für Kunstgeschichte an der Technischen Hochschule in Graz, seit 1942 auch Leiter des dortigen Kunsthistorischen Instituts.

http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/r/riehl_hans_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012); DBE II/8 (2007), 401 f.; R. MÜLLER, Hans Riehl.

Luisa Riva Sanseverino (1903–1984), Juristin, Mitarbeiterin des StL. 1933–1944 lehrte sie Korporativrecht an den Universitäten Sassari, Modena bzw. Pisa. Als enge Vertraute des Ministers Giuseppe Bottai übte sie großen Einfluss auf die Gestaltung der Studienpläne aus. 1944 verweigerte sie die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten, woraufhin sie alle Ämter verlor. 1956 rehabilitiert, lehrte sie Arbeitsrecht in Pisa und Mailand.

<http://www.unipi.it/athenet/17/art4.htm> (abgerufen: 12. 6. 2012).

Hermann Roeder (1898–1978), Jurist und Soziologe, Angehöriger des Kreises um Othmar Spann und Mitarbeiter des StL. 1923–1945 war er bei der Bundespolizeidirektion Wien tätig. 1933 wurde er bei Spann für Gesellschaftslehre und Rechtsphilosophie habilitiert und lehrte seither als Privatdozent. 1933 trat er der NSDAP und der SS bei. 1945 wurde er als nationalsozialistisch Belasteter bei der Bundespolizeidirektion Wien entlassen und verlor die Venia an der Universität Wien. Als er diese 1953 auf dem Rechtsweg wiedererlangte, nahm er die Lehrtätigkeit in Wien neuerlich auf. 1960 wurde er Ordinarius für Strafrecht und Strafprozessrecht an der Universität Graz.

http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/r/roeder_hermann_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012).

Karl Anton Prinz Rohan (1898–1975), Kulturhistoriker und Publizist, Mitarbeiter des NR. Gutsbesitzer in Niederösterreich, vertrat er ein elitär-konservatives Konzept des „Abend-

landes“, das er der in seinen Augen traditionsfeindlichen und allzu rationalistischen Idee eines Paneuropa entgegenstellte. In den dreißiger Jahren trat er für eine Annäherung zwischen Christentum und Nationalsozialismus ein, doch ohne Letzteren insgesamt gut-zuheißen. Er warnte Hitler davor, die nationalsozialistische Reichsidee an den Traditionen der französischen Aufklärung auszurichten: Es müssten die ständisch-religiösen Ideen des Abendlands erhalten bleiben. Den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich begrüßte er. Seit dem 1. Mai 1938 war er Mitglied der NSDAP.

DBE II/8 (2007), 500; NDB 21 (2003), 760 f. (G. MÜLLER); GUSEJNOVA, Adel, 265 f.

Ilse Roloﬀ, Schülerin von Othmar Spann, Mitarbeiterin des StL. Ihre Arbeit *Meister Eckeharts Schriften zur Gesellschaftsphilosophie*, mit der sie 1932 an der Universität Wien in Staatswissenschaften promovierte, erschien 1934 in Jena in der von Spann herausgegebenen Reihe *Die Herdflamme. Sammlung der gesellschaftswissenschaftlichen Grundwerke Aller Zeiten und Völker*.

Vgl. die Eintragungen im KVK.

Heinrich Römer, Mitarbeiter der SZ.

Josef Rompel SJ (1887–1941), Mitarbeiter des NR. Der Biologe aus Baden-Württemberg war 1901–1938 Lehrer für Naturkunde, Mathematik und Physik an der *Stella Matutina* in Feldkirch.

http://www.bryolich.ch/pdfs/meylania/Meylania_15_27_29_Senn.pdf (abgerufen: 13. 6. 2012).

Richard von Schaukal (1874–1942), Dichter, Kritiker und Übersetzer, Mitarbeiter der SZ. 1898 zum Dr. iur. promoviert, durchlief er eine erfolgreiche Karriere als österreichischer Staatsbeamter; seit 1911 Ministerialrat, wurde er 1918 durch Kaiser Karl nobilitiert. Der Untergang der Donaumonarchie bedeutete für ihn ein schweres Trauma. Als überzeugter Österreicher und Monarchist verfasste er kontemplative Texte katholischer Prägung.

DBE II/8 (2007), 777; GIRARDI, Der Dichter.

Otto Schilling (1874–1956), Priester der Diözese Rottenburg, 1916–1941 Professor für Moral- und Pastoraltheologie in Tübingen, Mitarbeiter des NR. Zum Grund- und Einheitsprinzip seines Systems der Sittlichkeit nahm er die Caritas, nicht die Tugendlehre. Trotz äußerlicher Nähe zu Thomas von Aquin, den er mit der modernen Wissenschaft in Einklang zu bringen wünschte, und der Bindung an die Neuscholastik verstand er Moraltheologie nicht als personal konstruierte Ethik, sondern als Normwissenschaft. Er glaubte an einen Kosmos als wohlabgestuftes System sittlicher Forderungen. Der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus und dem Bolschewismus stellte er sich mit großer Sorge.

DBE II/8 (2007), 863; HADROSSEK, Die Bedeutung, 54 f. und 313–319.

Wilhelm Schmidt SVD (1868–1954), katholischer Priester, Mitarbeiter der SZ. Als Sprachwissenschaftler und Ethnologe (1921 Habilitation in Wien) war er der Begründer der Wiener Schule der Kulturkreislehre, die eine Universalgeschichte der Kultur zu erstellen versuchte. Er war Mitbegründer der *Österreichischen Aktion* und teilte Ernst Karl Winters Vorstellungen vom ständischen Aufbau und dessen Bemühungen um die Arbeiterschaft. In der Frage des Anschlusses an Deutschland stand er den Katholisch-Nationalen

nahe, wie auch die Teilnahme an der *Österreichischen Akademie* im August 1937 zeigt. Als erklärter Gegner von Materialismus und Kommunismus kooperierte er nach 1938 zunächst mit den Nationalsozialisten, später distanzierte er sich aber vom „Neopaganismus“ und forderte ein christliches vereinigtes Europa.

BBKL 17 (2000), 1231–1246 (K. J. RIVINIUS); BROUCEK, Karl I., 199 f., CONNELLY, From Enemy, 112; DBE/II 9 (2008), 57; H. SCHUSCHNIGG, Die Österreichischen Akademien, 250; O. WEISS, Rechtskatholizismus, 31.

Oskar A. H. Schmitz (1873–1931), Schriftsteller, Mitarbeiter der SZ. In populären Schriften beschrieb er den Oberschicht-Zeitgeist des wilhelminischen Deutschland und dessen Krise nach dem Ersten Weltkrieg, den er kritisch analysierte, teils auch parodierte. 1924 erschien sein Buch *Der österreichische Mensch*.

BOHDAL, Oskar A. H. Schmitz; DBE/II 9 (2008), 79.

Franz Schnürer (1859–1942), Journalist und Publizist, Mitarbeiter des NR. Nach der Promotion zum Dr. phil. in Innsbruck (1884) war er bis zur Pensionierung (1918) in der kaiserlichen Privatbibliothek tätig; zu mehreren Mitgliedern des Kaiserhauses hatte er persönliche Kontakte. In seinen Büchern und Aufsätzen machte er häufig die Geschichte der Habsburger zu seinem Thema. Er war Schatzmeister der von ihm mitgegründeten *Leo-Gesellschaft* und Redakteur der von dieser herausgegebenen Zeitschriften *Österreichisches* bzw. *Allgemeines Literaturblatt* und *Die Kultur*.

DBE/II 9 (2008), 121 f.; FELLNER/CORRADINI, Österreichische Geschichtswissenschaft, 369; JENNER, Franz Schnürer.

Aemilian Schöpfer (1858–1936), katholischer Publizist (u. a. Mitarbeiter des NR) und christlichsozialer Politiker. 1880 in Brixen zum Priester geweiht und 1883 in Wien zum Dr. theol. promoviert, lehrte er 1886–1890 Altes Testament am Brixner Priesterseminar. Er trat für die Vereinbarkeit von Heiliger Schrift und moderner Wissenschaft ein. Als Student in Wien in Kontakt mit Karl Freiherr von Vogelsang und Franz Martin Schindler, galt auch später sein vorrangiges Interesse der sozialen Frage. In Tirol gründete er mehrere christlichsoziale Presseorgane. 1896–1927 vertrat er das Land im Reichsrat. Nach dem Ersten Weltkrieg war er ein Gegner des Anschlusses Österreichs an Deutschland.

GELMI, Priesterpersönlichkeiten, 150–154.

Wilhelm Schwer (1876–1949), katholischer Theologe, Mitarbeiter der SZ. Er war Generalsekretär der Katholischen Gesellenvereine in Köln. 1921 wurde er Professor für christliche Gesellschaftslehre und soziale Pastoral an der Universität Bonn. Als Sozialethiker vertrat er das Solidaritätsprinzip.

DBE/II 9 (2008), 346; LThK/III 9 (2000), 348 f. (A. P. ALKOEFER).

Rafael Spann (1909–1983), Sohn von Othmar Spann, Angehöriger von dessen Kreis und Mitarbeiter des StL. 1929–1933 studierte er Rechtswissenschaften an den Universitäten Wien, Grenoble und Palermo. Er war in der österreichischen Heimwehrbewegung aktiv. Gemeinsam mit Roman Hädelmayr leitete er die als wissenschaftliche Einrichtung getarnte Organisation *Die Ständische Gesellschaft* zur Durchsetzung der politischen Ideen

seines Vaters. 1933–1938 war er in der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich und der Tschechoslowakei aktiv und wurde Mitglied der NSDAP. 1934 gab er gemeinsam mit seinem Bruder Adalbert die nationalsozialistische Zeitschrift *Österreichischer Beobachter* (Wien) heraus. Ab 1934 wandte er sich zunehmend dem italienischen Faschismus zu und übersetzte Texte und Reden von Benito Mussolini. Im März 1938 wurde er von den Nationalsozialisten verhaftet und neun Monate gefangen gehalten. Mitte 1939 wurde er zur Deutschen Wehrmacht eingezogen und 1940 mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet. 1942–1945 betätigte er sich im Widerstand. Im Januar 1948 verhafteten ihn die sowjetischen Behörden wegen angeblicher Spionage für Großbritannien. Ohne ein Geständnis abgelegt zu haben, wurde er in ein Arbeitslager in Sibirien gebracht, von wo er erst im Juni 1955 nach Österreich zurückkehren konnte. Er zählte zu den führenden Persönlichkeiten der 1956 gegründeten *Gesellschaft für Ganzheitsforschung*, die zur Wahrung des Gedankengutes von Othmar Spann eingerichtet wurde. 1957 wurde Rafael Spann Mitglied der ÖVP.

http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/s/spann_raphael_biografie.htm (abgerufen: 11. 6. 2012).

Josef Spieler (1900–1987), deutscher Psychologe und Pädagoge, Mitarbeiter des NR. Ab 1935 lehrte er Pädagogik und Heilpädagogik an der Universität Fribourg. Nach 1945 wurde Spieler, der seit 1940 Mitglied der NSDAP war, aus der Schweiz ausgewiesen. Anschließend war er an deutschen Universitäten tätig.

DBE/II 9 (2008), 548; RUFFIN, Josef Spieler.

Heinrich von Srbik (1878–1951), Historiker, Schüler Oswald Redlichs, Mitarbeiter der SZ. Er lehrte ab 1912 an der Universität Graz, ab 1922 war er Ordinarius für Geschichte der Neuzeit in Wien, 1929/30 österreichischer Unterrichtsminister. Seine Geschichtsauffassung verband altösterreichischen Patriotismus und deutschnationale Gesinnung; sie war nicht „großdeutsch“ im Sinn von 1848, sondern „gesamtdeutsch“ auf christlich-universalistischer Grundlage. 1938 trat er der NSDAP bei, allerdings ohne sich weltanschaulich mit dieser zu identifizieren. Als Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in den Jahren 1938–1945 nahm er, um deren Freiraum zu sichern, auch Konflikte mit den NS-Autoritäten in Kauf.

DBE/II 9 (2008), 575; EBNETH, Wochenschrift, 5, 39, 135 und 177; FELLNER/CORRADINI, Österreichische Geschichtswissenschaft, 385 f.; NDB 24 (2010), 773–775 (F. FELLNER); PESDITSCHKE, Heinrich (Ritter von) Srbik; REINALTER, Srbik.

Josef Stampfl (1884–1962), Rechtsanwalt in Linz, Mitarbeiter des CS. Nach dem Ersten Weltkrieg Abgeordneter der CSP im Linzer Gemeinderat und im Bundesrat, wurde er von den Nationalsozialisten inhaftiert. Nach 1945 war er ÖVP-Gemeinderat und zeitweiliger Vizebürgermeister von Linz, 1945–1949 Mitglied des Bundesrates, 1948 dessen Präsident. http://de.wikipedia.org/wiki/Josef_Stampfl_%28Politiker%29 (abgerufen: 13. 6. 2012); SLAPNICKA, Oberösterreich, 246.

Rudolf Stanka (1889–1956), Staatsrechtler, Mitarbeiter des CS. 1934–1938 Sekretär der Beamtenkammer, wirkte er anschließend als Privatgelehrter. 1948 habilitierte er sich an

der juristischen Fakultät der Universität Wien und erhielt einen Ruf an die Hochschule für Welthandel, wo er öffentliches Recht und Rechtsgeschichte lehrte.

FELLNER/CORRADINI, Österreichische Geschichtswissenschaft, 389 f.; GRANDNER, Das Studium, 307.

Richard Steffens s. Stefan Possony

Johann Peter Steffes (1883–1955), deutscher Religionsphilosoph, Mitarbeiter der SZ. In Münster habilitiert, lehrte er dort Religionswissenschaft und leitete das *Deutsche Institut für wissenschaftliche Pädagogik*.

<http://www.worldcat.org/identities/viaf-100216111> (abgerufen: 13. 6. 2012); DBE/II 9 (2008), 627.

Richard Störck (1884–1964), Jurist, Angehöriger des Kreises um Othmar Spann und Mitarbeiter des StL. Störck war Beamter im österreichischen Ackerbauministerium, zuletzt Ministerialrat im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, außerdem Funktioniär des *Allgemeinen Verbands für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Österreich*.

http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/s/stoerck_richrad_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012).

Herbert Stourzh (1889–1958), Schriftsteller, Mitarbeiter des CS. Er war ein Intellektueller, dem auch die Volksbildung ein wichtiges Anliegen war. Aus weltanschaulichen Gründen kam er als österreichischer Staatsbeamter über untergeordnete Positionen nicht hinaus. Er war Mitglied der VF. 1935–1938 arbeitete er an dem Buch *Humanität und Staatsidee. Eine Philosophie der Politik*, das unter dem Pseudonym Karl Sturzenegger in Luzern erschien. Seit Mussolinis Machtergreifung hatte er verschiedentlich auf hohem Niveau gegen die „Mediatisierung des Individuums durch Faschismus und Führerkult“ (Gerald Stourzh) argumentiert.

H. STOURZH, *Gegen den Strom*, 12 f., 15, 21 und 30–39.

Ludwig Strobl (1900–1974), Absolvent der Universität für Bodenkultur in Wien, Mitarbeiter der MSchKP. Strobl war seit 1931 in der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer tätig. Von Oktober 1935 bis Mai 1936 war er Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft.

BOBERSKI, Dr. Ludwig Strobl.

Franz Sturm, Mitarbeiter der SZ.

Stefan Thomas (1910–1987), Politikwissenschaftler, Mitarbeiter des CS. Er studierte in London, Warschau und Berlin Rechts- und Staatswissenschaften. Seit 1930 Mitglied der SPD, leitete er nach 1945 die Ostabteilung beim Parteivorstand. Er war journalistisch tätig und nahm Lehraufträge an der Pädagogischen Hochschule in Berlin und am Ostkolleg in Köln wahr.

DBE/II 10 (2008), 13.

Paul Thun-Hohenstein (1884–1963), Schriftsteller und Übersetzer. Der promovierte Jurist war 1912–1925 im diplomatischen Dienst in Deutschland und in der Schweiz, anschließend Chefredakteur der *Europäischen Revue*. Ab 1934 lebte er, ein Anhänger des Stän-

destaates, als Übersetzer (aus dem Italienischen und Französischen) und freier Schriftsteller in Wien.

DBE/II 10 (2008), 27 f.

Kurt Trampler (1904–1969), Staatswissenschaftler und Journalist. Einem nationalliberal-konservativen Elternhaus entstammend und enttäuscht über die Friedensordnung von 1919, engagierte er sich in den zwanziger Jahren gegen den aufkommenden Nationalsozialismus. 1929 promovierte er in Innsbruck in Staatswissenschaften. 1931 wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter am neu gegründeten *Südost-Institut* in München. So kam er in Kontakt mit dem Geographen Karl Haushofer, der ihn sehr schätzte, obwohl er sich gegen den Nationalsozialismus aussprach. Dies änderte sich 1933 nach der Machtergreifung der NSDAP, freilich eher aus Klugheit denn aus Überzeugung. In diesem Sinne befürwortete Trampler den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich. Nach dem Krieg blieb er weitgehend isoliert; sein Entnazifizierungsverfahren zog sich bis 1948 hin. Ab 1949 wandte er sich psychologischen Themen zu, schloss sich dem Geistheiler Bruno Gröning an und war selbst alternativmedizinisch tätig – mit großem Erfolg, doch in der Fachwelt angefochten.

BUSAM, Die Akte; MILDENBERGER, Heil.

Franz Trautenau, Mitarbeiter der SZ.

Giambattista Valente, führender Vertreter des politischen Katholizismus in Italien, Mitarbeiter des NR. Er war Mitbegründer der *Confederazione Italiana del Lavoro* (CIL), des ersten christlichen Gewerkschaftsbunds in Italien, im Jahr 1918 und Verfasser von Schriften über das Sozialversicherungswesen und über christliche Gewerkschaftsarbeit.

MALGERI, Aspetti e momenti.

Leopold Vorreiter (1904–1984), Absolvent der Hochschule für Bodenkultur in Wien (Forstwirtschaft), Angehöriger des Kreises um Othmar Spann und Mitarbeiter des StL (teilweise distanzierte sich die Redaktion von seinen Äußerungen). 1932–1935 studierte er Philologie und Philosophie an der Universität Wien. 1936 Assistent an der forstwirtschaftlichen Fakultät der Technischen Hochschule in Dresden, wurde er 1938 Geschäftsführer der *Wirtschaftsgruppe Säge-Industrie* in Wien. Später arbeitete er im Landesforstamt in Wien, dann im Reichsforstamt in Berlin. 1945–1953 lebte er als Fachberater und Publizist in Wien. Anschließend war er bis zur Pensionierung (1961) als Forstmeister der Bayerischen Staatsforstverwaltung in München tätig.

http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/v/vorreiter_leopold_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012).

Sigismund Waitz (1864–1941), Theologe, Mitarbeiter des NR. 1886 in Brixen zum Priester geweiht und 1890 in Innsbruck zum Dr. theol. promoviert, betätigte er sich schon früh im sozialen Bereich. 1899–1913 lehrte er Moraltheologie am Brixner Priesterseminar. 1904/05 war er Religionslehrer des Erzherzogs Karl in Wien. 1913 wurde er zum Generalvikar für Vorarlberg, 1925 zum apostolischen Administrator von Innsbruck-Feldkirch ernannt. In einem Hirtenbrief von 1925 nahm er die Enzyklika QA von 1931 vorweg. 1933 war er maßgeblich an der Abfassung des Weihnachtshirtenbriefes der österreichischen

Bischöfe beteiligt, die den Ständestaat befürworteten. 1934 wählte ihn das Salzburger Domkapitel zum Fürsterzbischof.

ALEXANDER, Sigismund Waitz; GELMI, Priesterpersönlichkeiten, 155–159.

Adolf Wanschura, Mitarbeiter des CS. Er war Mitglied des österreichischen Verfassungsgerichtshofs 1926–1933, ab 1934 außerordentliches Mitglied des Verfassungssenats.

HELLER, Verfassungsgerichtshof, 205, 261 und 278.

Josef Weigert (1870–1945), Mitarbeiter des NR. 1895 in Regensburg zum Priester geweiht, war er in der Seelsorge tätig; im pfälzischen Mockersdorf 1900–1930 entwickelte er sich zum „Bauernpfarrer“. Er betrachtete seinen Auftrag in ganzheitlichem Sinne, geleitet von Sorge über den technologischen Fortschritt und agrarromantischer Verklärung des einfachen Lebens, und betätigte sich in lokalen Bauernvereinen und im Raiffeisenverein. Bei seinen volkskundlichen und kulturgeschichtlichen Forschungen zur bäuerlichen Landwirtschaft galt sein besonderes Interesse der Wesensart des bäuerlichen Menschen. Die zahlreichen daraus hervorgegangenen Schriften sind eher pastoraltheologisch als volkskundlich relevant.

KIRCHINGER, Pfarrer Joseph Weigert.

Leopold Weismann (1905–1993), Rechtsanwalt, Mitarbeiter des NR. 1945–1955 war er Vizebürgermeister, 1955–1961 Bürgermeister in Vöcklabruck und ÖVP-Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat.

www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01463/index.shtml (abgerufen: 15. 12. 2011); http://de.wikipedia.org/wiki/Leopold_Weismann (abgerufen: 13. 6. 2012).

Julius Wolf (1862–1937), Wirtschaftswissenschaftler, einer der bedeutendsten Bevölkerungstheoretiker seiner Zeit. Nach der Promotion in Tübingen 1884 habilitierte er sich 1885 in Zürich, wo er ab 1888 Nationalökonomie lehrte; er war Berater mehrerer Regierungen. 1897 nahm er einen Ruf nach Breslau an. 1913 erhielt er einen Lehrstuhl an der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg. Wolf war ein konservativer Denker, aber ein Befürworter des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Überzeugt von der Reformfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft zugunsten der Arbeiterschaft, trat er für eine weit reichende Sozialpolitik ein. Den von vielen Zeitgenossen in den technischen Fortschritt gesetzten Optimismus teilte er nicht. Den zeittypischen Geburtenrückgang erklärte er aus der zunehmenden Missachtung religiöser Gebote und dem Bruch mit älteren Traditionen. In der 1898 von ihm begründeten *Zeitschrift für Socialwissenschaft* publizierte u. a. Othmar Spann. Seit der Zeit in Breslau wirkte Wolf wissenschaftlich und publizistisch auch für die mitteleuropäische Idee. 1933 konvertierte er zum Katholizismus. Die Nationalsozialisten entzogen ihm seinen Lehrstuhl. In seinen letzten Lebensjahren verfasste er ein Werk zur Genealogie der Habsburger.

DBE/II 10 (2008), 724; FERDINAND, Zu Leben und Werk; KIESEWETTER, Julius Wolf.

Peter Wust (1884–1940), Mitarbeiter des NR. Ab 1930 lehrte er Philosophie an der Universität Münster. Anfangs Neukantianer, näherte sich Wust unter dem Einfluss Max Schelers und des *Renouveau catholique* dem christlichen Existentialismus. Er zeigte auch kultur-

kritische Ansätze. Während des Nationalsozialismus betätigte sich Wust im kirchlichen Widerstand; er plante eine kulturelle Offensive des deutschen Katholizismus.

BBKL 14 (1998), 193–200 (W. SCHÜSSLER); DBE/II 10 (2008), 773; LOHNER, Peter Wust; VEAUTHIER, Kulturkritik.

Franz Zehentbauer (1873–1958), Mitarbeiter des NR. 1920 erhielt er als Nachfolger Seipels die Wiener Lehrkanzel für Moralthologie, die er bis zur Versetzung in den Ruhestand 1938 innehatte; bis 1945 wirkte er als Supplent für Kirchenrecht.

SUTTNER, Die Kath.-Theologische Fakultät, 430.

Frank Gerhard Zwillinger (1909–1989), Germanist und Schriftsteller, Mitarbeiter des CS. Nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich emigrierte er nach Rom, von dort nach Indochina. Nach dem Krieg lebte er in Frankreich, wo er in der Wirtschaft tätig war.

DBE/II 10 (2008), 910 f.; D. LORENZ, Frank Zwillinger; ZOHN, In Memoriam.

11. QUELLEN UND LITERATUR

11.1 Quellen zur politischen Geschichte

Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik 1918–1938

- Abt. VI, hg. von Rudolf Neck und Kurt Peball, Band 1: Kabinett Ernst Streeruwitz 4. Mai 1929 bis 26. Dezember 1929, Kabinett Dr. Johannes Schober 26. September 1929 bis 29. November 1929, bearb. von Eszter Dorner-Brader, Wien 1988.
- Abt. VIII, hg. von Rudolf Neck und Adam Wandruszka, Band 4: Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß 16. Juni 1933 bis 27. Oktober 1933, bearb. von Eszter Dorner-Brader, Wien 1984.
- Abt. VIII, hg. von Rudolf Neck und Adam Wandruszka, Band 5: Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß 3. November 1933 bis 16./17. Februar 1934, bearb. von Gertrude Enderle-Burcel, Wien 1984.
- Abt. VIII, hg. von Rudolf Neck und Adam Wandruszka, Band 6: Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß 23. Februar 1934 bis 18. April 1934, bearb. von Gertrude Enderle-Burcel, Wien 1985.
- Abt. VIII, hg. von Isabella Ackerl und Rudolf Neck, Band 7: Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß 24. April 1934 bis 27. Juli 1934, bearb. von Gertrude Enderle-Burcel, Wien 1986.
- Abt. IX, hg. von Rudolf Neck und Kurt Peball, Band 1: Kabinett Dr. Kurt Schuschnigg 30. Juli 1934 bis 26. Oktober 1934, bearb. von Gertrude Enderle-Burcel, Wien 1988.
- Abt. IX, hg. von der Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien, Band 2: Kabinett Dr. Kurt Schuschnigg 30. Oktober 1934 bis 24. Mai 1935, bearb. von Gertrude Enderle-Burcel, Wien 1993.
- Abt. IX, hg. von der Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien, Band 3: Kabinett Dr. Kurt Schuschnigg 31. Mai 1935 bis 30. November 1935, bearb. von Gertrude Enderle-Burcel, Wien 1995.
- Abt. IX, hg. von der Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien, Band 4: Kabinett Dr. Kurt Schuschnigg 2. Dezember 1935 bis 6. März 1936, bearb. von Gertrude Enderle-Burcel/Walter Mentzel, Wien 2000.
- Abt. IX, hg. von der Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien, Band 5: Kabinett Dr. Kurt Schuschnigg 19. März 1936 bis 24. Juli 1936, bearb. von Walter Mentzel, Wien 2000.
- Abt. IX, hg. von Gertrude Enderle-Burcel, Band 6: Kabinett Dr. Kurt Schuschnigg 27. August 1936 bis 4. November 1936, bearb. von Christa Putz, Wien 2007.

Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938

- Band 1: Klaus KOCH/Walter RAUSCHER/Arnold SUPPAN (Hg.), Selbstbestimmung der Republik 21. Oktober 1918 bis 14. März 1919, Wien 1993.
- Band 3: Klaus KOCH/Walter RAUSCHER/Arnold SUPPAN (Hg.), Österreich im System der Nachfolgestaaten 11. September 1919 bis 10. Juni 1921, Wien 1996.

Band 4: Klaus KOCH/Walter RAUSCHER/Arnold SUPPAN (Hg.), Zwischen Staatsbankrott und Genfer Sanierung 11. Juni 1921 bis 6. November 1922, Wien 1998.

Band 5: Klaus KOCH/Walter RAUSCHER/Arnold SUPPAN (Hg.), Unter der Finanzkontrolle des Völkerbundes 7. November 1922 bis 15. Juni 1926, Wien 2002.

Band 6: Klaus KOCH/Walter RAUSCHER/Arnold SUPPAN (Hg.), Jahre der Souveränität 16. Juni 1926 bis 11. Februar 1930, Wien 2004.

Band 7: Klaus KOCH/Walter RAUSCHER/Arnold SUPPAN (Hg.), Das österreichisch-deutsche Zollunionsprojekt 12. Februar 1930 bis 11. September 1931, Wien 2006.

Band 8: Klaus KOCH et al. (Hg.), Österreich im Zentrum der Mitteleuropapläne 12. September 1931 bis 23. Februar 1933 (Fontes Rerum Austriacarum II/94), Wien 2009.

11.2 Zeitgenössische Periodika

Die Monarchie (Wien 1918)

1. 10. 1918: Max SCHELER, in: Krieg und Aufbau (8 f.)

24. 10. 1918: Friedrich W. FOERSTER, Die provinzielle Bedeutung Österreich-Ungarns (51–54)

Das Neue Reich (Wien 1919–1931)

20. 7. 1919: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, Der deutsche Länderstaat Österreich (1, 732 f.)

16. 11. 1919: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, Der Glaube an Österreich (2, 102 f.)

30. 1. 1920: Friedrich Wilhelm FOERSTER, Übernationale Erziehung (3, 349 f.)

29. 2. 1920: Josef BIEDERLACK SJ, Abgeordneter und Gemeinwohl (2, 331–333)

4. 4. 1920: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, Zum Jahrestag der Kaiserverbannung (2, 424–426)

20. 6. 1920: ANONYM, Aufbau der Gesellschaft auf berufsständischer Grundlage (2, 629).

11. 7. 1920, 18. 7. 1920, 25. 7. 1920: Houston Stewart CHAMBERLAIN, Die Wahrheit über den westlichen Demokratismus und Parlamentarismus (2, 672–674, 693–695, 716 f.)

29. 8. 1920: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, Grundsätzliches zu den Neuwahlen in Österreich (2, 813 f.)

17. 10. 1920: Max Freiherr von HUSSAREK, Zur Tragödie der Donaumonarchie durch den Nationalismus. Eine Erwiderung an Prof. F. W. Foerster. (3, 45–47)

7. 11. 1920: Max Freiherr von HUSSAREK, Aufgaben konservativer christlichsozialer Politik in Österreich (3, 108–110)

30. 1. 1921: ANONYM, Wer gehört ins Parlament? (3, 362)

6. 2. 1921: Alfred Johannes Graf RESSÉGUIER DE MIREMONT, Aufruf zu einem Reichsbunde der Österreicher (3, 365–368)

20. 3. 1921: ANONYM, Das parlamentarische Regime – eine verderbliche Revolutions-„errungenschaft“ (3, 500 f.)

27. 3. 1921: Houston Stewart CHAMBERLAIN, Das Unheil des parlamentarischen Regimes (3, 515–518)
1. 5. 1921: ANONYM, Aufruf zur Gründung des Reichsbundes der Österreicher (3, 609–612)
5. 6. 1921: Valentin HOLZER, Zur Entwicklung und Kritik der Einheitsschule (3, 708–711)
10. 7. 1921, 17. 7. 1921: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, Republik Österreich und Legitimität (3, 786–789, 805–808)
31. 7. 1921: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, Legitimität und Gemeinwohl (3, 833–836)
7. 8. 1921: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, Legitimität und Realpolitik (3, 853–855)
14. 8. 1921, 21. 8. 1921: Alfred Johannes Graf RESSÉGUIER DE MIREMONT, Österreich und sein Adel. Eine Gewissenserforschung und ein Programm (3, 879–882, 900–902)
11. 9. 1921: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, Legitimität und Parteiprogramm (3, 943–945)
13. 11. 1921: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, Zum Geburtstag der österreichischen Republik (4, 116–119)
23. 7. 1922: ANONYM, Die unsichtbare Nebenregierung. Demokratie – Plutokratie (4, 846)
14. 10. 1922: ANONYM, Zerstörung der Autorität – Vernichtung der Kultur (5, 37)
2. 12. 1922: ANONYM, Die unzerstörbare österreichische Idee (5, 178)
2. 12. 1922: ANONYM, Vom Unheil des absoluten Parlamentarismus (5, 178)
3. 2. 1923: ANONYM, Die verhängnisvollen Wirkungen der modernen Demokratie für Kultur und Geistesleben (5, 380 f.)
10. 2. 1923: ANONYM, Die Abkehr der Völker vom Parlamentarismus (5, 400–402)
22. 9. 1923: ANONYM, Lateinloses Gymnasium im Namen der „Demokratisierung“ der Bildung (5, 1190 f.)
26. 1. 1924: ANONYM, Nationalismus, die neue Häresie. Eine amerikanische Stimme (6, 360 f.)
22. 3. 1924: ANONYM, Oswald Spengler: Der Untergang der führenden Schichten. Das Ende der Demokratie (6, 536)
17. 5. 1924: ANONYM, Guglielmo Ferrero: Französische Revolution und Demokratie haben nicht Freiheit, sondern Versklavung gebracht (6, 728 f.)
5. 7. 1924: ANONYM, Stamm und Landschaft in der Literatur (6, 889 f.)
23. 8. 1924: Kaspar INTHAL, Der Italianismus auf seinem Gipfel- und Wendepunkt (6, 1029–1033)
1. 11. 1924: Franz SCHNÜRER, Geburts- und Seelenadel. Dem Andenken der Erzherzogin Marie Valerie (7, 113–115)
22. 11. 1924, 29. 11. 1924, 23. 5. 1925: Raimund Friedrich KAINDL, Wie Altösterreich die nicht-deutschen Völker gefördert hat (7, 175–177, 197–199, 791–793)
27. 12. 1924: Max Freiherr von HUSSAREK, Parteisplitterung und Parlamentsbetrieb (7, 291–293)
17. 1. 1925: Franz ZEHENTBAUER, Das Lehrbuch der Nationalökonomie von Heinrich Pesch SJ (7, 377 f.)
31. 1. 1925: Sigismund WAITZ, Korrekturen an göttlichen Geboten durch Staatsregierungen und Parlamente (7, 405–409)
7. 3. 1925, 14. 3. 1925: Josef EBERLE, Zur Frage der Wiedergewinnung von Autorität und Tradition. Grundsätzliches zu den Krisen und Entartungen der parlamentarischen Demokratien (7, 525–529, 552–558)

9. 5. 1925: Kaspar INTHAL, *Res Italicae* (7, 743–746)
4. 7. 1925: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, *Der Anschluss (an Deutschland) und Österreichs Sendung* (7, 940–942)
8. 8. 1925: Josef EBERLE, *Vom Parlamentarismus in Österreich* (7, 1049 f.)
29. 8. 1925: ANONYM, *Mussolini und die Freimaurerei* (7, 1130–1133)
12. 9. 1925: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, *Die geschichtliche Wahrheit über das Habsburgervermögen* (7, 1170–1174)
14. 11. 1925: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, *Beginnende Revision von Revolutionsgesetzen in Österreich?* (7, 648–651)
16. 1. 1926: Friedrich Freiherr von WEICHS, *Österreichs Sanierung* (8, 320–325)
13. 2. 1926, 20. 2. 1926, 7. 3. 1926, 13. 3. 1926, 3. 4. 1926: P. Zyrill FISCHER OFM, *Die sozialistische Erziehungsbewegung der Gegenwart* (8, 403–405, 426–429, 481–487, 527–529, 550 f.)
13. 3. 1926: Andreas POSCH, *Zum Thema Deutschtum, Christentum und übernationale Welt-politik* (8, 473–476)
13. 3. 1926, 7. 3. 1926, 3. 4. 1926: P. Zyrill FISCHER OFM, *Die sozialistischen Erziehungsgrundsätze* (8, 481–483, 527–529, 550 f.)
17. 4. 1926: Johannes MESSNER, Heinrich Pesch † (8, 585 f.)
8. 5. 1926: Ernst MICHEL, *Volk und Staat* (8, 637–640)
10. 7. 1926: Giambattista VALENTE, *Die ständische Gliederung des Staates in Italien* (8, 819–822)
24. 7. 1926: P. Zyrill FISCHER OFM, *Von der Elternorganisation zur Kinderbewegung. Eine „Neuerung“ bei den „Kinderfreunden“* (8, 869–871)
16. 10. 1926: Franz KELLER, *Vom Wesen der Demokratie* (9, 51 f.)
27. 11. 1926: Andreas POSCH, *Christentum und Idee der Demokratie* (9, 169 f.)
22. 1. 1927, 29. 1. 1927: Wenzel POHL, *Humanistisches Gymnasium und Universität* (9, 329 f., 350–352)
26. 3. 1927, 2. 4. 1927, 16. 4. 1927, 23. 4. 1927: P. Zyrill FISCHER OFM, *Zehn Jahre Kinderfreunde* (9, 518 f., 540–542, 585 f., 610 f.)
16. 4. 1927: Hugo Graf LERCHENFELD, *Das Formproblem der Demokratie* (9, 572–574)
23. 4. 1927: Andreas POSCH, *Don Sturzo über: „Italien und der Faschismus“* (9, 598–600)
7. 5. 1927: Giambattista VALENTE, *Das Korporationswesen in Italien und die Haltung der Katholiken* (9, 651–653)
21. 5. 1927: Hans EIBL, *Die geistige Bedeutung Österreichs für das deutsche Volk* (9, 688 f.)
18. 6. 1927: Hugo Graf LERCHENFELD, *Demokratie* (9, 787 f.)
25. 6. 1927: Josef SPIELER, Eduard Spranger, *Bildungsziel und Schulorganisation* (9, 807)
10. 9. 1927: Raimund Friedrich KAINDL, *Der Leumund der Deutschösterreicher* (9, 1020–1022)
26. 11. 1927: Johannes MESSNER, *Wien, die europäische und die deutsche Stadt. Der deutsche Besuch in Wien. Der „Anschluss“* (10, 163 f.)
25. 2. 1928: Maria LEHNER, *Max Schelers Wandlung* (10, 441–443)
10. 3. 1928: Josef KNÜNZ SJ, *Die deutschen Gymnasialreformen – und wir?* (10, 481–483)
31. 3. 1928, 7. 4. 1928: P. Zyrill FISCHER OFM, *Kinderrettung durch „Frohe Kindheit“* (10, 545 f., 574–577)

2. 6. 1928: Aemilian SCHÖPFER, Die Klippe des italienischen Faschismus (10, 741–743)
30. 6. 1928: Götz BRIEFS, Max Schelers Soziologie (10, 834–836)
28. 7. 1928: Josef ROMPEL SJ, Moderne Volkswirtschaft und humanistisches Gymnasium (10, 921 f.)
8. 9. 1928: Friedrich Freiherr von WEICHS-GLON, Der Zusammenschluss Deutschland und Österreichs und der Dawesplan (10, 1043 f.)
15. 9. 1928: Gertrud HERZOG-HAUSER, Ideale der Frauenbildung (10, 1070 f.)
6. 10. 1928: Aemilian SCHÖPFER, Der Kampf um die Demokratie in Österreich (11, 3 f.)
10. 11. 1928, 17. 11. 1928, 24. 11. 1928, 1. 12. 1928, 8. 12. 1928, 15. 12. 1928: Peter WUST, Max Schelers Lehre vom Menschen (11, 102 f., 119–121, 137 f., 160–162, 181–183, 200 f.)
30. 3. 1929: Lola MARSCHALL, Die bedrohte Familie (11, 481 f.)
6. 4. 1929: Hans EIBL, Österreichs Bedeutung (11, 503 f.)
6. 4. 1929, 13. 4. 1929: P. Zyrill FISCHER OFM, Die sozialistische Erziehungsinternationale (11, 504–506, 525–527)
4. 5. 1929: Karl Anton Prinz ROHAN, Österreichs politische Aufgabe in Europa (11, 588 f.)
25. 5. 1929: Aemilian SCHÖPFER, Duce Mussolini – Papst Pius XI. (11, 652 f.)
29. 6. 1929, 6. 7. 1929: Friedrich FUNDER, Erzherzog Franz Ferdinand. Zu dem Streite um seine geschichtliche Persönlichkeit (11, 767–769, 788 f.)
26. 10. 1929: Leopold WEISMANN, Das soziale und wirtschaftliche System des Faschismus (12, 71 f.)
26. 10. 1929: ANONYM, Gonzague Graf de Reynold: Recht und Grenzen des Patriotismus (12, 77)
25. 1. 1930: Hermann PEICHL, Die Erziehungsfrage der Gegenwart. Zur neuesten Enzyklika Pius XI. (12, 337 f.)
22. 2. 1930: Gertrud HERZOG-HAUSER, Neuzeitliche Mädchenbildung (12, 426)
3. 5. 1930: Franz REHRL, Ein Weg zur Versachlichung parlamentarischer Arbeit (12, 639 f.)
7. 6. 1930: Heinrich GETZENY, Die Aufgaben der Volksbildung im Zeitalter der Proletarisierung (12, 753 f.)
21. 6. 1930: Heinrich GETZENY, Neuverwurzelung des Proletariats (12, 796–798)
28. 6. 1930: Franz REHRL, Das Tauernkraftwerk in der mitteleuropäischen Wirtschaft (12, 819–821)
16. 8. 1930: Giambattista VALENTE, Neue soziale Wege in Italien (12, 971 f.)
29. 11. 1930: ANONYM, Christian Schreiber, Gefahren der modernen Demokratie (13, 189)
17. 1. 1931: ANONYM, Adolf Bertram, Wahrer und falscher Nationalismus (13, 327 f.)
21. 3. 1931: Bernhard BIRK, Nationalsozialisten und Kommunisten – geistig Verwandte (13, 517 f.)
4. 4. 1931, 11. 4. 1931: Leopold TEUFELSBAUER, Bauer, finde deine Heimat wieder! Bestand und Schicksal der Dorfkultur (13, 565 f., 585 f.)
25. 4. 1931: P. Zyrill FISCHER OFM, Die Erziehungsfrage im Nationalsozialismus (13, 627–629)

25. 4. 1931: Josef WEIGERT, Die Sorge um das Bauernkind. Zur bäuerlichen Lebenskunde (13, 629 f.)
9. 5. 1931: Josef WEIGERT, „Glücklich der Fuß, der über eigenen Grund schreitet“. Zur bäuerlichen Lebenskunde (13, 676–678)
1. 8. 1931: Otto SCHILLING, Gesellschaft und Staat nach Thomas von Aquin (13, 920 f.)
8. 8. 1931: Oswald von NELL-BREUNING, Der berufsständische Gedanke in der Enzyklika „Quadragesimo anno“ (13, 939–941).
12. 9. 1931: P. Zyrill FISCHER OFM, Erziehungsarbeit im Dritten Reich (13, 1038–1040)

*Schönere Zukunft. Kulturelle Wochenschrift mit ständiger
Weltrundschau, Band 1–13 (Wien 1925–1938)*

29. 11. 1925: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, Österreich, Anschluss und Abendland (1, 222–224)
31. 12. 1925: Oskar A. H. SCHMITZ: „Der österreichische Mensch“ (1, 331–333)
14. 3. 1926, 21. 3. 1926: Konstantin von HOHENLOHE-SCHILLINGSFÜRST, Das Kirchenrecht als Grundlage christlicher Staats- und Gesellschaftsordnung (1, 577–579, 607 f.)
11. 4. 1926: Josef EBERLE, Immer wieder das österreichische Problem (1, 673 f.)
27. 6. 1926: Josef EBERLE, Krisen der Demokratie (1, 940 f.)
31. 10. 1926: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, Schicksale der Fürstenvermögen in Deutschland und in Österreich. Zur gesetzlichen Behandlung des Hohenzollernvermögens (2, 90–92)
14. 11. 1926: Richard von SCHAUKAL, Paneuropäische Betrachtungen (2, 138–140)
9. 1. 1927: Josef EBERLE, Ideenpolitik, Geschichtspflege (2, 279 f.)
9. 1. 1927: ANONYM, Österreichische Idee und alte deutsche Reichsidee (2, 280 f.)
23. 1. 1927: Gonzague de REYNOLD, Das Fortleben des heiligen römischen Reiches (2, 331 f.)
12. 6. 1927, 19. 6. 1927: Oswald von NELL-BREUNING, Iustitia socialis (2, 777–779, 798)
19. 6. 1927: Richard KERSCHAGL, Grundsätze und Taktik. Weitere Gedanken zum Ergebnis der letzten österreichischen Wahlen (2, 793–795)
25. 9. 1927: Konstantin von HOHENLOHE-SCHILLINGSFÜRST, Der juristische Modernismus und seine Überwindung (2, 1114–1116)
2. 10. 1927: Max Freiherr von HUSSAREK, Die Autoritätskrise (3, 5–7)
6. 11. 1927: Raimund Friedrich KAINDL, Professor von Srbik und mein Buch „Österreich, Preußen, Deutschland“. Beiträge zur Revision der kleindeutschen Geschichtsschreibung (3, 126–130)
12. 2. 1928: Gonzague de REYNOLD, Vaterland und Weltstaat. Grundsätzliches gegenüber den Staatsphilosophien des Faschismus und der „Action française“ (3, 418–420)
6. 5. 1928: Oskar MEISTER, Zurück zum sozialen Recht! (3, 696 f.)
1. 7. 1928: Götz BRIEFS, Max Scheler, Zum Problem des Kapitalismus (3, 866)
22. 7. 1928: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, Der österreichische Gedanke und die deutsche Frage (3, 922–924)
22. 7. 1928: Aurel KOLNAI, Max Scheler und der Kapitalismus (3, 924–926)

16. 9. 1928: Josef EBERLE, Eine Gewissenserforschung des Parlamentarismus (3, 1087 f.)
27. 1. 1929: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, Kaiser Karls Politik im Lichte eines neuen Buches (4, 343–346)
16. 6. 1929: Friedrich Freiherr von WEICHS, Bedarfsweckung und Bedarfsdeckung (4, 782–784)
21. 7. 1929: Ignaz SEIPEL, Die österreichische Idee (4, 884–886)
13. 10. 1929: Oswald von NELL-BREUNING, Vom Werden der katholischen Siedlungsbewegung (5, 41)
17. 11. 1929: Friedrich FUNDER, Der österreichische Mensch (5, 155–157)
22. 11. 1929: Max Freiherr von HUSSAREK, Föderalistische Gedanken für das deutsche Mitteleuropa (5, 286 f.)
27. 4. 1930: Franz X. EGGERSDORFER, Der organische Aufbau des Gesellschafts- und Staatskörpers als Voraussetzung seiner Gesundheit (5, 711 f.)
18. 5. 1930: Franz X. EGGERSDORFER, Mechanischer und organischer Aufbau der Gesellschaft. Das Unheil des Zentralismus für die Sozialpolitik (5, 787 f.)
7. 9. 1930: Franz Karl GINZKEY, Der Mensch des Gemütes und das technische Zeitalter (5, 1183 f.)
1. 3. 1931: Wilhelm SCHMIDT SVD, Familie und Staat (6, 505 f.)
5. 4. 1931: Alfred MISSONG, Parlamentarismus und Geldmächte (6, 625 f.)
17. 5. 1931: Alfred MISSONG, Das Führerproblem in der Demokratie (6, 770 f.)
6. 9. 1931: Johann Peter STEFFES, Der Naturrechts-Gedanke in der griechischen und scholastischen Philosophie (6, 1163–1165)
13. 9. 1931: Johann Peter STEFFES, Die Säkularisierung und Entwertung des Naturrechts-Gedankens in der neueren Geschichte (6, 1190–1192)
20. 9. 1931, 27. 9. 1931: Johann Peter STEFFES, Die Wiedererweckung des echten Naturrechts und seines Inhalts (6, 1219 f., 1240 f.)
27. 3. 1932: Richard KERSCHAGL, Die Entwicklung der europäischen Wirtschaft im Zeichen der Devisenverordnungen (7, 601–603)
24. 4. 1932: Otto KNAPP, Rettung der Kultur gegenüber Massenmensch und Überdemokratie (7, 687–689)
22. 5. 1932: Josef EBERLE, Kontroverse um Othmar Spann (7, 785 f.)
26. 6. 1932: Heinrich GETZENY, Wie eine berufsständische Ordnung verwirklichen? (7, 911–913)
21. 8. 1932: Walter HEINRICH, Was heißt „Ständische Wirtschaft“? (7, 1103–1105)
28. 8. 1932: Walter HEINRICH, Wirtschaftliche Selbstverwaltung im Zeichen ständischer Ordnung (7, 1128 f.)
4. 9. 1932: Otto KNAPP, Demokratie und Führertum (7, 1143 f.)
4. 9. 1932: Walter HEINRICH, Wandlungen der Wirtschaft im Zeichen ständiger Ordnung (7, 1152 f.)
11. 9. 1932: Walter HEINRICH, Staat und Wirtschaft im Zeichen der ständischen Ordnung (7, 1174 f.)
4. 12. 1932: Johannes MESSNER, Faschismus und Bolschewismus jubilieren (8, 227 f.)

15. 1. 1933: Karl Gottfried HUGELMANN, Der Aufbau des Staates im Mittelalter (8, 356 f.)
29. 1. 1933: Otto KARRER, Die Rettung des Autoritätsgedankens (8, 397 f.)
19. 2. 1933: Hermann PEICHL, Bildungs- und Erziehungsfragen. Zu Dr. Pfielgers Büchern „Die pädagogische Situation“ und „Heilige Bildung“ (8, 475 f.)
5. 3. 1933: Johannes MESSNER, Die Bedrohung der geistigen Schlagkraft der Katholiken (8, 532 f.)
19. 3. 1933: Erich KLAUSENER, Akademiker und Volksführer. Ist der moderne Akademiker befähigt und berufen, Führer des Volkes zu sein? (8, 579 f.)
19. 11. 1933: Richard KERSCHAGL, Die Finanzwirtschaft der Sozialdemokraten in der Gemeinde Wien. Finanzverfassung, Steuersystem und Finanzreform des Landes und der Gemeinde Wien (9, 183 f.)
19. 11. 1933: Josef EBERLE, „Schönere Zukunft“ im Bruderstreit Deutschland-Österreich (9, 185 f.)
19. 11. 1933, 26. 11. 1933, 3. 12. 1933, 10. 12. 1933, 24. 12. 1933, 14. 1. 1934: Hugo HANTSCH, Geschichtliches zum Thema: Österreich – Reich (9, 193 f., 209 f., 241, 264–266, 322 f., 380–382)
24. 12. 1933: Johannes MESSNER, Eine österreichische katholische Führertagung (9, 316 f.)
21. 1. 1934: Friedrich Freiherr von WEICHS, Wie ist in Österreich der Ständestaat zu bauen? (9, 411 f.)
28. 1. 1934: Richard KERSCHAGL, Wirtschaft, Völkerbund und Friedensverträge (9, 427 f.)
4. 2. 1934: Carl VAUGOIN, Geschichtliche Leistungen Österreichs (9, 494 f.)
4. 3. 1934: Richard KERSCHAGL, Die Wirtschaftspolitik des Austromarxismus von gestern (9, 568 f.)
15. 4. 1934, 22. 4. 1934: Hugo HANTSCH, Die österreichische Frage als eine Frage des deutschen Schicksals (9, 735 f.; 768–770)
29. 4. 1934: Richard KERSCHAGL, Wirtschaftliche Wiederaufbauarbeiten in Wien (9, 796 f.)
17. 6. 1934: Richard SCHMITZ, Staat und berufsständische Gesellschaft in Österreich (9, 982 f.)
1. 7. 1934: Johannes MESSNER, Nationalität und Katholizität (9, 1031 f.)
15. 7. 1934: Heinrich MATAJA, Individualistische Masse und organische Gemeinschaft (9, 1095 f.)
5. 8. 1934, 12. 8. 1934: Richard KERSCHAGL, Finanz- und Steuerprobleme Wiens (9, 1183 f., 1210 f.)
28. 10. 1934, 4. 11. 1934: Richard KERSCHAGL, Weltpolitik und Weltwirtschaft (10, 114–116, 138 f.)
16. 12. 1934: Josef DOBRETSBERGER, Was erwartet sich die Wirtschaft in Österreich vom autoritären Staat auf ständischer Grundlage? (10, 304–306)
20. 1. 1935: Johann KLEINHAPPL SJ, Soziale Gerechtigkeit. Zu einer Veröffentlichung des Professors Schrattenholzer (St. Pölten) (10, 423 f.)
10. 2. 1935, 17. 2. 1935: Theodor BRAUER, Die Stellung der Persönlichkeit in Gesellschaft und Staat. „Individualismus“ – Wahrheit und Irrtum (10, 499 f., 526–528)

17. 2. 1935: Josef DÖBLING, Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation unter den Habsburgern (10, 533–535)
1. 4. 1935: Wilhelm SCHWER, Die Leistung des christlichen Mittelalters für den berufsständischen Gedanken (10, 689–691)
16. 6. 1935: Johannes MESSNER, Die berufsständischen Bestrebungen in einzelnen Ländern. Zur internationalen Konferenz über die berufsständische Ordnung in Wien (10, 999–1001)
4. 8. 1935: Heinrich GETZENY, Ein geistiger Wegbereiter des neuen Staates in Italien. Georges Sorel und der Mythos der Gewalt (10, 1196–1198)
18. 8. 1935: Ferdinand DEGENFELD-SCHONBURG, Der Unternehmer in der berufsständischen Ordnung (10, 1241 f.)
1. 9. 1935: Johannes MESSNER, Der Arbeiter in der berufsständischen Ordnung (10, 1311 f.)
27. 10. 1935: Richard KERSCHAGL, Wirtschaftliche Sanktionen (11, 88 f.)
24. 11. 1935: Johannes MESSNER, Neue Literatur über berufsständische Ordnung (11, 189–191)
2. 2. 1936: Richard KERSCHAGL, Fragen öffentlicher Investitionstätigkeit (11, 443 f.)
2. 2. 1936: Franz STURM, Familienpolitische Probleme in Österreich (11, 446 f.)
22. 3. 1936, 29. 3. 1936: Heinrich von SRBIK, Österreich in der deutschen Geschichte (11, 647–649, 673–675)
29. 3. 1936: Edmund Freiherr RAITZ VON FRENTZ, Staat und Kirche in Italien (11, 667–669)
29. 3. 1936: Richard KERSCHAGL, Pan-Amerika (11, 672 f.)
31. 1. 1937: Prof. Dr. DANUBIANUS, Der Österreicher zur Frage Österreich (12, 445–447)
28. 2. 1937: Franz STURM, Familie und kulturelle Leistung (12, 553)
20. 2. 1938: Franz TRAUTENAU, Maritains Buch über die „Zukunft der Christenheit“ (13, 529 f.)
6. 3. 1938: Josef EBERLE, Deutschland und Österreich – nach Berchtesgaden (13, 581–583)
20. 3. 1938: Josef EBERLE, Österreichs Angliederung an Deutschland (13, 637 f.)
27. 3. 1938: Josef EBERLE, Umbruch im bisherigen Österreich (13, 665 f.)
3. 10. 1938: Heinrich RÖMER, Der Bildungswert der lateinischen Sprache (13, 5 f.)
21. 11. 1938: Franz STURM, Die Verstädterung und ihre Folgen (13, 193 f.)
12. 12. 1938: Franz STURM, Wirtschaftspolitik des faschistischen Italien (13, 277–279)

Ständisches Leben. Blätter für organische Gesellschafts- und Wirtschaftslehre (Berlin 1931–1937)

- 1931, 16–26: Wilhelm ANDREAE, Das Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Eine soziologische Studie
- 1931, 49–57: Raphael SPANN, Einleitung und Übersetzung einer Rede Mussolinis
- 1931, 401–415: Edgar DACQUÉ, Organische Entwicklung und Menschenleben
- 1931, 527–537: Raphael SPANN, Wesen und Wirklichkeit des Faschismus im Spiegel des neueren Schrifttums
- 1931, 538–542: Wilhelm ANDREAE, Der berufsständische Gedanke in der päpstlichen Enzyklika „Quadragesimo anno“

- 1931, 566–575: Carlo COSTAMAGNA, Umriss einer faschistischen Staatslehre
- 1932, 72–76: Othmar SPANN, Vom Interessenverband zum Berufsstand
- 1932, 97–105: Walter HEINRICH, Faschistische und universalistische Staatslehre
- 1932, 117: Othmar SPANN, Rezension zu Richard Kerschagl, Devisenbewirtschaftung. Ein Abriss ihrer ökonomischen Probleme, Berlin 1932
- 1932, 166 f.: Richard KERSCHAGL, Rezension zu Erich Carell, Wirtschaftswissenschaft als Kulturwissenschaft, Tübingen 1931
- 1932, 203–210: Richard KERSCHAGL, Die Möglichkeit einer Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Planwirtschaft
- 1932, 210–221: Ilse ROLOFF, Wesen und Bau der Gesellschaft bei Adalbert Stifter. Ein Versuch
- 1932, 224 f.: Richard KERSCHAGL, Rezension zu Fritz Karl Mann, Finanzwissenschaftliche Forschungen, Heft 1: Die Staatswirtschaft unserer Zeit, Jena 1930
- 1932, 233–244: Giuseppe RENZETTI, Wiederaufbau der Wirtschaft durch den Faschismus
- 1932, 375–382: Hans RIEHL, Staatssozialismus und Ständestaat
- 1932, 471–478: Luisa RIVA SANSEVERINO, Die Entwicklung der ständischen Ordnung in Italien
- 1932, 508–513: Richard KERSCHAGL, Die Mailänder Konferenz des Internationalen Instituts für geistige Zusammenarbeit (Völkerbund) vom 23.–27. Mai 1932
- 1933, 10–13: Othmar SPANN, Instinkt und Bewusstheit in der Geschichte des Faschismus. Bemerkungen zur vorstehenden Abhandlung des Benito Mussolini
- 1933, 55 f.: Fritz OTTEL, Rezension zu Heinz Ziegler, Autoritärer oder totaler Staat (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart 19), Tübingen 1932
- 1933, 121–128: Walter HEINRICH, Die Gegenseitigkeit von Landwirtschaft und Industrie
- 1933, 147–151: Ernst LAGLER, Der berufsständische Aufbau der österreichischen Wirtschaft
- 1933, 172–180: Siegmund M. RADDA, Neuere Schrifttum über Autarkie
- 1933, 285–287: Raphael SPANN, Der Kampf um die geistige Gleichschaltung in Italien. Bericht nebst einer Übersetzung aus Carlo Costamagnas „Lo Stato“
- 1933, 353–361: Othmar SPANN, Die Bedeutung des ständischen Gedankens für die Gegenwart. Vortrag gehalten am 9. Juni 1933 vor der Confederazione Nazionale Fascista del Commercio in Rom
- 1933, 393–397: Willi KADLETZ, Gehört die Kunst dem Volke? Die Tätigkeit des „Dopolavoro“ in Italien
- 1933, 432–448: Othmar SPANN, Lebenskunst und Eingliederung in die Gesellschaft. Ausblicke auf eine ganzheitliche Erziehungslehre
- 1933, 643–651: Walter HEINRICH, Der Faschismus auf dem Wege zum ständischen Staate. Eine prüfende Betrachtung
- 1934, 65–75: Richard STÖRCK, Autarkie und Kredit
- 1934, 87–92: Hans RIEHL, Das Wesen des Bauerntums
- 1934, 93–95: Ilse ROLOFF, Der Begriff des Ständestaates
- 1934, 317–331: Siegmund M. RADDA, Einiges vom neueren Schrifttum zur Frage einer organischen Gesellschafts- und Wirtschaftsverfassung
- 1934, 418–420: Ernst Josef GÖRLICH, Lipinsky, ein ukrainischer Theoretiker des Ständestaats

- tes
- 1934, 421–429: Hubert HAGER, Der faschistische Ständestaat und seine Verwirklichung
- 1934, 572–594: Erika von LITTRÖW, Die Auffassung des Führertums in der individualistischen und in der universalistischen Gesellschaftswissenschaft
- 1935, 57–76: Hermann ROEDER, Liberale, totale und ganzheitliche Staatsauffassung
- 1935, 90–99: Julius EVOLA, Die Lehre von den Kasten
- 1935, 107 f.: Ilse ROLOFF, Rezension zu Wilhelm Rössle, Ständestaat und politischer Staat, Tübingen 1934
- 1935, 122–138: Leopold VORREITER, Die Forstwirtschaft in der ständischen Gesellschaftsordnung
- 1935, 222 f.: Wilhelm ANDREAE, Rezension zu Richard Kerschagl, Finanzwissenschaft. Abriss der Steuerlehre, Wien 1935
- 1935, 272: Hubert HAGER, Rezension zu „Die syndikale Berufsorganisation und das korporative System in Italien“, Rom 1933
- 1935, 272 f.: Hubert HAGER, Rezension zu Bruno Biagi, Scritti di politica corporativa, Bologna 1934
- 1935, 377–386: Hermann ROEDER, Zurück zum deutschen Recht (individualistisches und universalistisches Rechtsdenken)
- 1935, 424: Hubert HAGER, Rezension zu Mario Marcelletti, Ausblicke auf die planwirtschaftlichen Maßnahmen in Italien, Sonderdruck aus „Informazioni sociali“ vom Oktober 1934
- 1935, 524–526: Walter HEINRICH, Rezension zu Felix Klezl, Beruf und Betrieb, ihre begriffliche Abgrenzung und ihre Bedeutung für das Ständeproblem, Berlin-Wien 1934
- 1935, 526: Hubert HAGER, Rezension zu Luigi Fontanelli, Logica della corporazione, Rom 1934
- 1937, 136–142: Erich HRUSCHKA, Der technische Fortschritt in der ständischen Wirtschaft
- 1937, 142–152: Walter Adolf JÖHR, Ständische Sittlichkeit

Der Christliche Ständestaat (Wien 1933–1938)

10. 12. 1933: Friedrich HAUSER, Der Romgedanke des Faschismus (15–18)
17. 12. 1933: Riccardo DEL GIUDICE, Vom Kapitalismus zum Korporativismus. Die Neuordnung des italienischen Korporationswesens (19 f.)
24. 12. 1933: Kurt SCHUSCHNIGG, Vom Sinn des neuen Österreich (3 f.)
14. 1. 1934: Rudolf HERRNRITT, Vom alten Ständestaat zum neuen „berufsständischen“ Staat (6–10)
14. 1. 1934: Emmerich PRETTENHOFER, Der Werdegang der Ständestaatsidee bei Seipel (10–13)
14. 1. 1934: Rudolf STANKA, Faschismus und Ständestaat (13–15)
4. 2. 1934: Franz REHRL, Praktisches und Theoretisches zum staatlichen Neuaufbau (3–6)
18. 2. 1934: Friedrich Freiherr von WEICHS, Beschleunigung des berufsständischen Aufbaues (16 f.)
25. 2. 1934: Heinrich A. CHAPPELL, Weltanschauung und politische Form in der italienischen Verfassung (9–13)

11. 3. 1934: Dietrich von HILDEBRAND, Zum Jahrestag des autoritären Regimes in Österreich (18 f.)
18. 3. 1934: Guido BORTOLOTO, Faschismus und Rassenwahn (3–5)
18. 3. 1934: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, Österreichertum und Föderalismus (6–8)
8. 4. 1934: Wiard von KLOPP, Vogelsang und die berufsständische Ordnung (9 f.)
15. 4. 1934: Wladimir R. ZALOZIECKY, Gedanken zum politisch-gesellschaftlichen Ständeaufbau (12–14)
29. 4. 1934: Agostino GEMELLI, Die Katholiken Italiens und das neue Österreich (5 f.)
29. 4. 1934: Adolf WANSCHURA, Die italienische Wirtschaftsverfassung und Quadragésimo anno (10 f.)
13. 5. 1934: ANONYM, Die Zürcher Studentagung über die berufsständische Neuordnung in der Schweiz (15 f.)
27. 5. 1934: Heinrich NORDEN, Nationalsozialismus und Preußentum (14–17)
3. 6. 1934: Karl LUGMAYER, Die Volksbildung in der ständischen Gesellschaft (6 f.)
3. 6. 1934: Wladimir R. ZALOZIECKY, Das Staatliche und das Nationale im Ständestaat (7–9)
3. 6. 1934: Gustav CANAVAL, Der Schutz der persönlichen Freiheitsrechte in der neuen österreichischen Verfassung (9 f.)
10. 6. 1934: Josef PILLER, Die gesetzliche Verankerung der berufsständischen Ordnung in der Schweiz (3–5)
17. 6. 1934: Kurt SCHUSCHNIGG, Der europäische Geist (3–5)
17. 6. 1934: Leopold TEUFELSBAUER, Die bäuerliche Familie im Rechtsbewusstsein des Volkes (7–11)
1. 7. 1934: Karl LUGMAYER, Staat und Persönlichkeit (8–11)
29. 7. 1934: Max Anton ADLER, Berufsständische Wirtschaftsgesinnung (8–12)
5. 8. 1934: Hans SCHMITZ, Die berufsständische Idee in der neuen Verfassung (6–9)
19. 8. 1934: Eugenio MORREALE, Engelbert Dollfuß (3)
26. 8. 1934: Karl LUGMAYER, Arbeiter, Bauer, Bürger im neuen Staat (4–7)
26. 8. 1934: ANONYM, Die Reise des neuen Bundeskanzlers (18 f.)
2. 9. 1934: Albert MÜLLER SJ, Ständestaat Portugal (10–12)
16. 9. 1934: Otto Maria FIDELIS, Ist Österreich ein totaler Staat? (7–9)
30. 9. 1934: Oskar MEISTER, Echte und unechte Stände (14 f.)
7. 10. 1934: Josef STAMPFL, Die ständische Neuordnung in den Gemeinden (12 f.)
28. 10. 1934: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, Österreichs Kulturmission in seinen Heiligen (4–7)
4. 11. 1934: Otto ENDER, Staatsautorität und ständische Selbstverwaltung (3–7)
4. 11. 1934: Max Anton ADLER, Die religiöse Wurzel der Korporation (14–16)
25. 11. 1934: ANONYM, Der Besuch des Bundeskanzlers in Rom (19)
16. 12. 1934: Kurt SCHUSCHNIGG, Wir und die Welt (3 f.)
16. 12. 1934: Josef REITHER, Dr. Dollfuß und Österreichs Bauernschaft (5 f.)
16. 12. 1934: Richard SCHMITZ, Weg in die Zukunft (8)
16. 12. 1934: Carl VAUGOIN, Eisenbahner und Ständestaat (10 f.)

16. 12. 1934: Ludwig HÜLGERTH, „... geprägte Form, die lebend sich entwickelt“ (11 f.)
16. 12. 1934: Georg STRAFELLA, Aktiva in der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs (12)
16. 12. 1934: Eugen MARGARÉTHA, Das Haus der Gesetzgebung (18 f.)
23. 12. 1934: Walter ADAM, Notwendigkeit und Grenzen staatlicher Werbung (5 f.)
23. 12. 1934: Johann KLEINHAPPL SJ, Vollkommene Ständeordnung (11–13)
23. 12. 1934: Maria MARESCH, Die Aufgaben der Frau im neuen Österreich (14 f.)
23. 12. 1934: Konrad Josef HEILIG, Der Name Heiliges Römisches Reich „Deutscher Nation“ in Geschichte und Geschichtsschreibung (15–17)
13. 1. 1935: Dietrich von HILDEBRAND, Italien und das Abendland (35–37)
27. 1. 1935: Friedrich Freiherr von WEICHS, Leitsätze für den berufsständischen Aufbau (95–98)
24. 2. 1935: ANONYM, Mussolini über Österreichs historische Mission (179 f.)
24. 2. 1935: Heinrich MATAJA, Abessinien – Europa – Österreich (193–195)
24. 2. 1935: Carl NEMECEK, Der ständische Rechtsbegriff (183 f.)
24. 3. 1935: Otto Maria KARPFFEN, Italien und das neue Österreich. Zur Einweihung des italienischen Kulturinstitutes in Wien (288–290)
21. 4. 1935: Bernhard FRANZELIN, Der letzte Quell des ständischen und des staatlichen Rechtes (372–376)
19. 5. 1935: Erich MÜLLER, Presse im neuen Staat (477 f.)
19. 5. 1935: Albert MÜLLER SJ, Eine ständische Studententagung in Belgien (479 f.)
19. 5. 1935: ANONYM, Die Zusammenkunft des Bundeskanzlers mit Mussolini (481 f.)
19. 5. 1935: ANONYM, Faschist Dollfuß, Faschist Mussolini (485)
26. 5. 1935: Viktor FRANKL, Katholischer Gedanke und Paneuropa-Gedanke (500–502)
2. 6. 1935: Herbert STOURZH, Der Untermensch als Übermensch (522 f.)
2. 6. 1935: ANONYM, Die bedeutsamsten der Antworten (529)
2. 6. 1935: ANONYM, Die abessinische Frage (530)
9. 6. 1935: ANONYM, Das Echo der Kanzlerrede (553 f.)
16. 6. 1935: Rudolf BRENDL, Liberale und konservative Faschismusdeutung (570–572)
14. 7. 1935: Wilhelm TAUCHER, Ausschließliche und gemeinsame Angelegenheiten der Erwerbsstände (664 f.)
25. 8. 1935: Franz REHRL, Zum Geleit (803 f.)
22. 9. 1935: Eugenio MORREALE, Der italienisch-abessinische Konflikt in Genf (916–918)
27. 10. 1935: Nikolaus HEINRICH, Nach Mussolini Hitler? (1032–1034)
24. 11. 1935: Eugenio MORREALE, Die Sanktionen, Europa und die Welt (1128–1131)
24. 11. 1935: Erich HULA, Österreichs Gewissenskonflikt (1125 f.)
5. 1. 1936: Hans Karl ZEBNER-SPITZENBERG, Österreich, Habsburg und Föderalismus (5–7)
26. 1. 1936: Johann STAUD, Der Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten. Grundlagen und Aufgaben (81 f.)
26. 1. 1936: Josef RESCH, Arbeiterschaft und Sozialversicherung (85–87)
26. 1. 1936: Karl LUGMAYER, Arbeiterbildung und Volksbildung (88–89)
26. 1. 1936: Franz KLEIN, Italien und Deutschland (108 f.)

23. 2. 1936: Dietrich von HILDEBRAND, Italien und die gegenwärtige öffentliche Meinung der Welt (175–178)
1. 3. 1936: Viktor FRANKL, Christlicher Ständestaat und legitime Monarchie (201–205)
8. 3. 1936: Eugenio MORRAELE, Italien und Genf (224–227)
8. 3. 1936: Erwin REISNER, Preußentum und Nationalsozialismus (228–231)
15. 3. 1936: Maria MARESCH, Die Hausfrau im Ständestaat (256 f.)
12. 4. 1936: Eugenio MORRAELE, Pax britannica und europäischer Friede (344–346)
3. 5. 1936: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, Zu den berufsständischen Urwahlen in der Land- und Forstwirtschaft Vorarlbergs (425–427)
7. 6. 1936: Nikolaus DOHRN, Italien und Europa (540–543)
14. 6. 1936: Wilhelm Peter HEBRA-HUZE, Die militärische Bedeutung der Unabhängigkeit Österreichs als Problem der europäischen Politik (561–565)
28. 6. 1936: Richard STEFFENS, Das Rechtsempfinden Europas, die Kirchen und der Abessinienkonflikt (613–617)
19. 7. 1936: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, Der andere deutsche Staat und das österreichische Volkstum (681)
26. 7. 1936: Franz Gerhard ZWILLINGER, Stimmen aus Italien (709 f.)
2. 8. 1936: Gabriel PUAUX, Die Gemeinsamkeit französischer und österreichischer Geisteshaltung (727)
9. 8. 1936: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, Die Dollfuß-Straße (751 f.)
6. 9. 1936: Heinrich MATAJA, Die christliche Persönlichkeit (849 f.)
13. 9. 1936: Jakob Ernst KOCH, Evangelisches Österreichertum. Eine Stimme eines evangelischen bodenständigen Österreichers (876–879)
17. 1. 1937: ANONYM, Dr. Eugenio Morreale (49)
21. 2. 1937: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, Um die Ideologie des österreichischen Legitimus (154–157)
28. 2. 1937: Stefan THOMAS, Ständische Ordnung und ökonomische Wirklichkeit (183–186)
28. 2. 1937: Walter BREITENFELD, Andrians „Österreich im Spiegel der Idee“ (190 f.)
4. 4. 1937: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, Kaiser Karl und der Ungeist von 1918 (299 f.)
23. 5. 1937: Friedrich Freiherr von WEICHS, Die Vollendung des berufsständischen Aufbauwerks (471 f.)
11. 7. 1937: Wilhelm BÖHM, Faschismus (640–642)
29. 8. 1937: ANONYM, Mussolinis Rede in Palermo (820 f.)
26. 9. 1937: ANONYM, Der Besuch Mussolinis in Deutschland (913)
26. 9. 1937: ANONYM, Mussolini über aktuelle Fragen (916 f.)
24. 10. 1937: ANONYM, Mussolini und die katholische Kirche (997 f.)
9. 1. 1938: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, Österreichische Grunderkenntnisse (4–6)
27. 2. 1938: Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, Wir stehen bereit! (155)
6. 3. 1938: Friedrich Freiherr von WEICHS, Klarheit über die berufsständische Aufbauarbeit (176 f.)
13. 3. 1938: Eduard TOMASCHEK, Die Beamtenschaft und Österreich (197)

Monatsschrift für Kultur und Politik (Wien 1936–1938)

- 1, 7–20: Johannes MESSNER, Volk, Staat und berufsständische Ordnung
- 1, 31–41: Alfons DOPSCH, Der österreichische Bauer in der Geschichte
- 1, 101–108: Adolf MENZEL, Der Wandel des Freiheitsgedankens im Laufe der Geschichte
- 1, 109–114: Anton KLOTZ, Österreichs Lebensgesetz
- 1, 122–130: Oskar ZAGLITS, Irrtum und Wahrheit im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit
- 1, 175–177: Peter BERGER, Leitgedanken der Verfassung 1934
- 1, 197–210: Adolf PILZ, Volk, Staat und Nation
- 1, 270: ANONYM, Volkswirtschaftliche Bedeutung der Nebenerwerbssiedlung
- 1, 284 f.: ANONYM, Der totale Staat
- 1, 308–316: Ferdinand DEGENFELD-SCHONBURG, Gegenwart und Zukunft unserer Akademiker
- 1, 398–409: Adolf MERKL, Der Föderalismus im österreichischen Verfassungsleben
- 1, 485–496: Johannes HOLLNSTEINER, Der Sinn des autoritären Staates
- 1, 581–589: Wilhelm TAUCHER, Raum dem Föderalismus!
- 1, 778–788: Ludwig STROBL, Donaauraum – Mitteleuropa
- 1, 869–880: Johannes MESSNER, Zur österreichischen Staatsideologie
- 1, 954: Hans BAYER, Ständische Gesellschaftskultur der Zukunft
- 1, 969–975: Alexander NOVOTNY, Die Prägung des österreichischen Menschen
- 1, 1041–1046: Peter BERGER, Autorität, Freiheit, Recht
- 1, 1124 f.: ANONYM, Kulturwert der Technik
- 1, 1125 f.: ANONYM, Holzmeisters Protest
- 2, 166 f.: ANONYM, Stellungnahmen zu Messners Buch „Die berufsständische Ordnung“
- 2, 194: ANONYM, Der Überschuss an Akademikern
- 2, 264: ANONYM, Ständische Überbürokratie
- 2, 279: ANONYM, Rechtfertigung der Technik vor dem Geiste
- 2, 325–332: Wilhelm RÖPKE, Die Neuordnung von Gesellschaft und Wirtschaft. Betrachtungen zu Messners „Die berufsständische Ordnung“
- 2, 352–354: ANONYM, Noch einmal: Ständische Überbürokratie
- 2, 414–427: Ludwig STROBL, Die Genossenschaft als Mittel der wirtschaftlichen Selbsthilfe
- 2, 483 f.: ANONYM, Der korporative Gedanke im Faschismus
- 2, 493–498: Alexander NOVOTNY, Das politische Bild des österreichischen Menschen im Werke Ignaz Seipels
- 2, 577: ANONYM, Entmassung
- 2, 578 f.: ANONYM, Die Zukunft der italienischen Korporationen
- 2, 579: ANONYM, Faschistische Gesellschaft
- 2, 628–640: Hans SCHMITZ, Tarifvertrag und ständische Ordnung
- 2, 648–650: ANONYM, Berufsständische Ordnung ohne Berufsstände?
- 2, 777–789: Karl LUGMAYR, Volksordnung, Volkstum, Volksbildung
- 2, 793–804: Heinrich FOGLAR-DEINHARDSTEIN, Die freien Berufe in der berufsständischen Gesellschaft

- 2, 833 f.: ANONYM, Vaterlandskunde als Prüfungsgegenstand
2, 866: ANONYM, Die „Carta del Lavoro“
2, 904–912: Richard KERSCHAGL, Wirtschaftspläne im Donauraum
2, 918: ANONYM, Politisches Schaugepränge
2, 927 f.: ANONYM, Die wirtschaftspolitischen Aufgaben des neuen Staates
2, 934 f.: ANONYM, Mehr österreichisches Stilgefühl!
2, 965–968: Otto ENDER, Gedanken zur Vollendung der Verfassung
2, 1025 f.: ANONYM, Klarheit über die Vaterländische Front
2, 1033: ANONYM, Der Freibrief für das Duell
2, 1120 f.: ANONYM, Schutz dem Kleinbesitz
3, 5–14: Ludwig ADAMOVICH, Ständische Verwaltung und Staatsverwaltung
3, 51 f.: ANONYM, Österreich 1938
3, 52 f.: ANONYM, Von der Interessenorganisation zur berufsständische Ordnung
3, 53–56: ANONYM, Die Wahlen und die Errichtung echter Berufsstände
3, 126–138: Ludwig HÄNSEL, Die mittlere Schule im ständischen Staat. Zur Frage von Überlastung und Auslese
3, 139: ANONYM, Wahlvorbereitung

Innsbrucker Nachrichten (1933 und 1934)

11.3 Monographische Arbeiten und vermischte Beiträge der Mandatare

(Walter ADAM), Unser Staatsprogramm. Führerworte, Wien 1935.

Walter ADAM, Die neue Taktik des Kommunismus: „Volksfront!“ (nach einem Vortrage), Wien – Innsbruck 1936.

Walter ADAM, Die österreichische Staatsidee, in: Österreich. Grundlegung der vaterländischen Erziehung, hg. von der Vereinigung christlich-deutscher Mittelschullehrer Österreichs, Wien 1936, 43–48.

Ludwig ADAMOVICH, Grundriss des österreichischen Verfassungsrechts (Rechts- und Staatswissenschaften 3), Wien ⁴1947 (1. Auflage 1923).

Ludwig ADAMOVICH, Hochschulverwaltung und Universitäten, in: 100 Jahre Unterrichtsministerium 1848–1948. Festschrift des Bundesministeriums für Unterricht in Wien, Wien 1948, 43–52.

Ludwig ADAMOVICH, (Selbstdarstellung), in: Nikolaus Grass (Hg.), Österreichische Rechts- und Staatswissenschaften der Gegenwart in Selbstdarstellungen (Schlern-Schriften 97), Innsbruck 1952.

Ludwig ADAMOVICH, Handbuch des österreichischen Verwaltungsrechts, Band 1: Allgemeiner und formalrechtlicher Teil (Rechts- und Staatswissenschaften 7/1), Wien ⁵1954 (1. Auflage 1924).

- Georg BAUMGARTNER, Arbeit und Erwerb. Eine sozioethische Studie, Salzburg 1926.
- Josef BICK, Die staatlichen Bibliotheken Österreichs 1848–1948, in: 100 Jahre Unterrichtsmi-
nisterium 1848–1948. Festschrift des Bundesministeriums für Unterricht in Wien, Wien
1948, 101–113.
- Johann BLÖCHL, Meine Lebenserinnerungen, Linz o. J. (1975).
- Erich BRAUMÜLLER-TANNBRUCK, Ostarrichi, die deutsche Ostmark, Salzburg 1930.
- Erich BRAUMÜLLER-TANNBRUCK, Salzburg im Wandel der Jahrtausende, Salzburg 1931.
- Peter BROUCEK (Hg.), Ein General im Zwielicht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Hors-
tenau, 3 Bände (Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs
67, 70, 76), Wien – Köln – Graz 1980–1988.
- Rudolf BUCHINGER, Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Österreich (Bauern-
schriften 35), Wien 1931.
- Rudolf BUCHINGER, Die Mündelsicherheit der Raiffeisenkassen und deren Begründung in der
Eigenart dieser Kreditinstitute (Bauernschriften 48), Wien 1933.
- Rudolf BUCHINGER, Das Wirken des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Öster-
reich, Wien 1936.
- Ludwig DRAXLER, Aufgaben und Grenzen der staatlichen Finanz- und Kreditpolitik. Vortrag,
Wien 1936.
- Leopold ENGELHART, Führertum. Gedanken an alle, die Führer sind oder die es werden wollen,
Wien 1932.
- Leopold ENGELHART, Österreichs Heilige (Bücher der Heimat 13), Wien 1936.
- Leopold FIGL, Reden für Österreich, Wien – Frankfurt – Zürich 1965.
- Leopold FIGL, Ansichten eines großen Österreichers, hg. von Johannes Kunz und Robert
Prantner, Wien 1992.
- Pius FINK, Die Gemeinschaftsrente, Dornbirn 1946.
- Pius FINK, Berge, Blumen, Leute, Bregenz 1980.
- Karl FLÖDL, Drei Jahre Gewerkschaftsarbeit. Bericht über d. Tätigkeit der Gewerkschaft der
Arbeiter in den graphischen und papierverarbeitenden Betrieben in der Zeit vom 1. Mai
1934 bis 31. Dezember 1936, Wien 1937.
- Florian FÖDERMAYR, Vom Pflug ins Parlament. Lebenserinnerungen eines oberösterreichi-
schen Bauern, Braunau 1954.
- Salomon FRANKFURTER, Graf Leo Thun, Franz Exner und Hermann Bonitz. Beiträge zur öster-
reichischen Unterrichtsreform, Wien 1893.
- Salomon FRANKFURTER, Österreichs Bildungswesen. Die Volks-, Bürger- und Mittelschulen,
Wien – Leipzig 1920.
- Friedrich FUNDER, Vom Gestern ins Heute, Wien – München 1952.
- Friedrich FUNDER, Aufbruch zur Christlichen Sozialreform, Wien – München 1953.
- Friedrich FUNDER, Als Österreich den Sturm bestand. Aus der Ersten in die Zweite Republik,
Wien – München 1957.
- Franz Karl GINZKEY, Jakobus und die Frauen, Leipzig o. J. (um 1920).
- Franz Karl GINZKEY, Der Heimatsucher. Ein Leben und eine Sehnsucht, Graz – Wien 1948.

- Edmund GLAISE-HORSTENAU, *Die Heimkehr Tirols (1813–1815. Österreich in den Befreiungskriegen 10)*, Wien 1914.
- Edmund GLAISE-HORSTENAU, *Die Katastrophe. Die Zertrümmerung Österreich-Ungarns und das Werden der Nachfolgestaaten*, Zürich – Leipzig – Wien 1929.
- Edmund GLAISE von HORSTENAU, *Erinnerungen s. Peter BROUCEK (Hg.), Ein General im Zwielicht*.
- Rudolf HENZ, *Die Heimkehr des Erstgeborenen*, Berlin 1933.
- Rudolf HENZ, 1. Mai 1934. *Die Huldigung der Stände. Ein Festspiel*, Wien 1934.
- Rudolf HENZ, *Dennoch Mensch ...*, Salzburg – Leipzig 1935.
- Rudolf HENZ, *Mysterium – nicht Mythos*, in: Clemens Holzmeister (Hg.), *Kirche im Kampf*, Innsbruck – Wien 1936, 206–227.
- Rudolf HENZ, *Peter Anich der Sternsucher. Roman*, Wien o. J. (1947).
- Rudolf HENZ, *Österreich (Geistige Länderkunde. Kultur der Nationen 6)*, Nürnberg 1958.
- Rudolf HENZ, *Fügung und Widerstand*, Graz – Wien 1963.
- Franz HÖRBURGER, *Geschichte der Erziehung und des Unterrichts*, Wien – München 1967.
- Franz HÖRBURGER/Anton SIMONIC, *Lehrbuch der Pädagogik*, 2 Bände, Wien – Leipzig 1934–1935.
- Clemens HOLZMEISTER (Hg.), *Kirche im Kampf*, Innsbruck – Wien 1936.
- Clemens HOLZMEISTER, *Bauwerk der Festspiele. Rede zur Eröffnung der Salzburger Festspiele 1966*, Salzburg 1966.
- Clemens HOLZMEISTER, *Architekt in der Zeitenwende. Selbstbiographie. Werkverzeichnis*, Salzburg – Stuttgart – Zürich 1976.
- Ulrich ILG, *Uns alle geht es an. Eine Wegleitung für den jungen Staatsbürger*, Dornbirn 1948.
- Ulrich ILG, *Meine Lebenserinnerungen*, Dornbirn 1985.
- Richard KERSCHAGL, *Finanz-, Bank- und Börsenwesen*, in: Friedrich F. G. Kleinwächter/Heinz von Paller (Hg.), *Die Anschlussfrage in ihrer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung*, Wien – Leipzig 1930, 394–399.
- Richard KERSCHAGL, *Vom Widersinn des Marxismus*, Berlin 1933.
- Richard KERSCHAGL, *Die Quadregesimo anno und der neue Staat*, Wien – Leipzig 1935.
- Victor KIENBÖCK, *Das österreichische Sanierungswerk (Finanz- und volkswirtschaftliche Zeitfragen 85)*, Stuttgart 1925.
- Franz KOLB, *Katholischer akademischer Studentenverein Tirolia Innsbruck. Chronik des Vereines 1894–1924*, Innsbruck 1924.
- Franz KOLB, *Bäuerliche Bestandsverträge aus dem 16. Jahrhundert (Wipptal)*, in: *Beiträge zur Geschichte und Heimatkunde Tirols. Festschrift zu Ehren Hermann Wopfners*, 1. Teil (Schlern-Schriften 52), Innsbruck 1947, 157–171.
- Franz KOLB, *Ehrgefühl, Fehde und Gerichtsfriede unter den Tiroler Bauern (an Beispielen des Wipptales aus dem 16. und 17. Jahrhundert). Eine volkswissenschaftliche Studie*, in: *Tiroler Heimat* 12 (1948), 47–77.
- Franz KOLB, *Das alte Bahrrecht in Tirol (Das gerichtliche Verfahren bei Totschlag im Landgericht Steinach)*, in: *Tiroler Heimat* 13 (1949), 7–64.
- Franz KOLB, *Die Wiedertäufer im Wipptal (Schlern-Schriften 74)*, Innsbruck 1951.

- Franz KOLB, Heirat und Ehe in der Wipptaler Bauernfamilie. Nach den Gerichtsbüchern des 16. Jahrhundert, in: *Tiroler Heimat* 19 (1955), 105–134.
- Franz KOLB, Dr. Hans Gamper in der christlichen Arbeiterbewegung Tirols 1925–1934, in: Franz Grass, *Landesbewußtsein und Kulturpolitik Tirols in den letzten Jahrzehnten*, Innsbruck 1956, 114–125.
- Franz KOLB, *Das Tiroler Volk in seinem Freiheitskampf 1796/97*, Innsbruck – Wien – München 1957.
- Franz KOLB, Die geistigen Grundlagen und Grundkräfte der Erhebung Tirols im Jahre 1809, in: *Tiroler Heimat* 23 (1959), 11–25.
- Leopold KUNSCHAK, *Österreich 1918–1934*, Wien 1934.
- Leopold KUNSCHAK, *Werden und Reifen der ständischen Idee*, Wien 1936.
- Leopold KUNSCHAK, *Zur Frauenfrage. Sonderdruck aus der Neuen Ordnung*, Wien 1937.
- Adolf LENZ, Die Fürsorgebewegung und das Strafverfahren gegen Jugendliche, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatsrechtswissenschaft* 27 (1906/07), 835–871.
- Adolf LENZ, *Grundriss der Kriminalbiologie. Werden und Wesen der Persönlichkeit des Täters nach Untersuchungen an Sträflingen*, Wien 1927.
- Eduard LUDWIG, *Österreichs Sendung im Donauraum. Die letzten Dezentennien österreichischer Innen- und Außenpolitik*, Wien 1954.
- Karl LUGMAYER, *Der Gewinnwirtschaft Werden*, Wien 1922.
- Karl LUGMAYER, *Leos Lösung der Arbeiterfrage. Arbeiterrundschreiben, übersetzt und erörtert von Dr. Karl Lugmayer*, Wien 1923.
- Karl LUGMAYER, *Das Linzer Programm der Christlichen Arbeiter Österreichs. Erörtert von Dr. Karl Lugmayer. Mit Geleitworten von Leopold Kunschak*, Wien 1924.
- Karl LUGMAYER, *Grundrisse zur neuen Gesellschaft. Berufsständische Bedarfswirtschaft nach Vorgängern und Zeitgenossen*, Wien 1927.
- Karl LUGMAYER, *Sein und Erscheinung*, 2 Bände, Wien 1945–1947.
- Karl LUGMAYER, Orel und die katholische soziale Schule in Österreich, in: Ernst Josef Görlich et al. (Hg.), *Anton Orel. Kündler christlicher Sozial- und Kulturreform. Eine Festgabe aus Anlass der Vollendung des 70. Lebensjahres*, Salzburg 1952, 18–23.
- Karl LUGMAYER, *Philosophie der Person*, Salzburg 1956.
- Josef MARX, *Betrachtungen eines romantischen Realisten. Gesammelte Aufsätze, Vorträge und Reden über Musik*, hg. von Oswald Ortner, Wien 1947.
- Josef MARX, *Weltsprache Musik. Bedeutung und Deutung tausendjähriger Tonkunst* (Buchreihe der Österreichischen Unesco-Kommission 7), Wien – München 1964.
- Richard MEISTER, *Die Bildungswerte der Antike und der Einheitsschulgedanke*, Wien 1920.
- Richard MEISTER, *Humanismus und Kanonproblem*, Wien – Leipzig 1931.
- Richard MEISTER, Der Staatslenker in Ciceros „De re publica“, in: *Wiener Studien* 57 (1939), 57–112.
- Richard MEISTER, *Beiträge zur Theorie der Erziehung*, Wien 1946.
- Richard MEISTER, Politische Bildung im Wandel der Zeiten und Kulturen, in: *Anzeiger der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse* 1951, 97–99.

- Richard MEISTER, Einige Probleme der Erziehung zu Gemeinschaft, Staat und Menschheit, in: Anzeiger der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse 1952, 21 f.
- Richard MEISTER, Das Verhältnis des Staates zu den verschiedenen Kulturgebieten, in: Anzeiger der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse 1960, 39–57.
- Richard MEISTER, Das staatsrechtliche Problem der verstaatlichten Wirtschaft, in: Anzeiger der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse 1963, 25–35.
- Wilhelm MOHR, Das Recht des Landwirtes. Ein Leitfaden, Dornbirn 1933.
- Wilhelm MOHR, Heimatkunde von Vorarlberg. Lehr- und Lernbehelf für landwirtschaftliche Fach- und Fortbildungsschulen, Bregenz 1948.
- Hermann PEICHL, Der Altar Gottes. Die Freude am Tag des Herrn, in: Ders. (Hg.), Der Tag des Herrn. Die Heiligung des Sonntags im Wandel der Zeit (Studien der Wiener Katholischen Akademie 3), Wien 1958, 129–142.
- Karl PLANCK-PLANCKBURG, Die Landeserbämter und die Erbhuldigungen in Österreich ob der Enns, Linz 1929.
- Karl PLANCK-PLANCKBURG, Die Planck von Plankenburg und die Scheibenpogen, in: Gestalter und Gestalten, Linz 1943, 35–137.
- Georg PRADER, Norbert Hanrieder in seinen Dichtungen, St. Pölten 1912.
- Julius RAAB, Selbstporträt eines Politikers. Mit einer Einführung von Ludwig Reichhold, Wien 1964.
- Julius RAAB, Ansichten des Staatsvertragskanzlers, hg. von Johannes Kunz und Robert Prantner, Wien 1991.
- Margarete RADA, Das reifende Proletariermädchen. Ein Beitrag zur Umweltforschung (Wiener Arbeiten zur pädagogischen Psychologie 8), Wien – Leipzig 1931.
- Oswald REDLICH, Weltmacht des Barock. Österreich in der Zeit Kaiser Leopolds I., Wien ⁴1961 (1. Auflage 1921).
- Oswald REDLICH, Grillparzer und die Wissenschaft. Drei Vorträge, Wien – Leipzig 1925.
- Oswald REDLICH, Die Gefährdung der österreichischen Universitäten, in: Neue Freie Presse 8. 11. 1925, 1.
- Oswald REDLICH, Krise der Wissenschaft, in: Wiener Zeitung 24. 12. 1933, 3.
- Oswald REDLICH, Der alte Kaiser, in: Neue Freie Presse 20. 12. 1936, 2 f.
- Oswald REDLICH, Das Werden einer Großmacht. Österreich von 1700 bis 1740, Wien ⁴1962 (1. Auflage 1938).
- Oswald REDLICH, Ausgewählte Schriften, Zürich – Leipzig – Wien o. J (1938).
- Richard SCHMITZ, Grundlinien unserer Handelspolitik, Wien 1913.
- Richard SCHMITZ, Das christlichsoziale Programm. Mit Erläuterungen von Richard Schmitz, Wien 1932.
- Richard SCHMITZ, Der Weg zur berufsständischen Ordnung in Österreich (Schriften zur berufsständischen Ordnung 1), Wien 1934.
- Richard SCHMITZ, Die berufsständische Neuordnung in Österreich. Eine Zwischenbilanz (Schriftenreihe der katholischen Akademikergemeinschaft in Österreich 3), Wien – Innsbruck 1935.

- Richard SCHMITZ, Die Bedeutung der Schule für den Neuaufbau Österreichs (Schriften des Pädagogischen Institutes der Stadt Wien 1), Wien – Leipzig 1935.
- Richard SCHMITZ, Tagebuch aus den ersten Nachkriegsjahren 1945, hg. von Franz Loidl (Miscellanea aus dem kirchenhistorischen Institut der katholisch-theologischen Fakultät Wien LX), ungedr. Ms. Wien 1974.
- Arthur SEYSS-INQUART, Vier Jahre in den Niederlanden. Gesammelte Reden, Amsterdam et al. (1944).
- Johann STAUD, Berufsauffassung und Berufsausbildung im Gewerkschaftsbund. Nach einem Vortrag, Wien 1934.
- Karl Maria STEPAN, Stückwerk im Spiegel. Eine Jubiläumsschrift über katholische Arbeit für Zeitung und Buch in der Steiermark, Graz – Wien 1949.
- Hans STIGLEITNER, Grundlagen der Volkswirtschaftslehre (Reichsverband deutscher Sparkassen in Österreich), Manuskript, Wien 1928.
- Hans STIGLEITNER, Grundzüge der Finanzwissenschaft, (Reichsverband deutscher Sparkassen in Österreich), Manuskript, Wien 1928.
- Erich STOECKL, Die evangelische Kirche in Österreich, ihr Dienst am deutschen Volk. Vortrag, gehalten in der Evangelischen Woche am 30. Jänner 1933 in der Wiener Universität, Wien 1933.
- Erich STOECKL, 5 Predigten in großer Zeit, Wien 1938.
- Jakob STOIBER, Das österreichische Agrarrecht, Wien 1952.
- Franz Georg STRAFELLA, Der sozial Primitive. Die Hilfsmittel des Verbrechers und das Primitive an ihm, Leipzig 1917.
- Eduard STRAUSS, Wirtschaftsförderung in Österreich, Geschichtliche Daten und persönliche Erinnerungen, Wien 1966.
- Hermann STRUBER, Österreichs Wiederaufbau, Salzburg 1932.
- Wilhelm TAUCHER, Der gegenwärtige Stand der Wirtschaftskrise, in: Alpenländische Monatshefte 1931, Heft 2, 67–80.
- Wilhelm TAUCHER, Gedanken zur Planwirtschaft, Graz – Wien 1949.
- Leopold TEUFELSBAUER, Landfrauenarbeit und Arbeitslosigkeit, in: Zeitschrift für Kinderschutz, Familien- und Berufsfürsorge 26 (1934), Nr. 9/10, 1–5.
- Leopold TEUFELSBAUER, Die geistigen Grundlagen von Sitte und Brauch (Schriften für den Volksbildner 28), Wien-Leipzig 1934.
- Anton THIR, Die Frauengestalten des Neuen Bundes. Eine Blütensammlung aus dem Blumengarten Gottes, 2 Teile, Graz – Wien 1916–1917.
- Eduard TOMASCHEK, Gewerkschaftliche Programmatik (Österreichischer Gewerkschaftsbund. Gewerkschaft der öffentlich Angestellten, Schulungsheft 13), Wien 1947.
- Eduard TOMASCHEK, Die nächsten Aufgaben der Gewerkschaft (Österreichischer Gewerkschaftsbund. Gewerkschaft der öffentlich Angestellten), Wien 1948.
- Karl VAUGOIN, Hinein in die vaterländische Front! Ist Österreich wert, erhalten zu werden?, Wien 1933.

- Gustav WALKER, Österreichisches Exekutionsrecht, bearb. im Verein mit Otto Jaintner, Wien ³1925.
- Lois WEINBERGER, Tatsachen, Begegnungen und Gespräche. Ein Buch um Österreich, Wien 1948.
- Guido ZERNATTO, Die Wahrheit über Österreich, New York-Toronto 1938.
- Guido ZERNATTO, Vom Wesen der Nation, hg. und eingeleitet von Wolf In der Maur, Wien 1966.
- Hans Carl ZEßNER-SPITZENBERG, Einführung in die Landarbeiterfrage (Landarbeiterfrage und Landarbeitsrecht 1) 2. Aufl. Wien 1920.
- Hans Carl ZEßNER-SPITZENBERG, Die kaiserliche Familie in Lequeitio. Reiseerinnerungen eines Österreichers, Wien 1924.
- Hans Carl ZEßNER-SPITZENBERG, Das Völkerreich des Hauses Österreich. Seine Idee, seine Probleme und seine Tragik, o. O. 1927.
- Hans Carl ZEßNER-SPITZENBERG, Legitimität und Legalität, o. O. 1927.
- Hans Carl ZEßNER-SPITZENBERG, Kaiser Karl, in: August M. Knoll/Alfred Missong/Wilhelm Schmid/Ernst Karl Winter/Hans Carl Zeßner-Spitzenberg, Die Österreichische Aktion. Programmatische Studien, Wien 1927, 127–142.
- Hans Carl ZEßNER-SPITZENBERG, Die Zukunft des Hauses Österreich, in: August M. Knoll/Alfred Missong/ Wilhelm Schmid/Ernst Karl Winter/Hans Carl Zeßner-Spitzenberg, Die Österreichische Aktion. Programmatische Studien, Wien 1927, 285–302.
- Hans Carl ZEßNER-SPITZENBERG, Das österreichische Agrarrecht. Für Studium und Praxis im Grundriss systematisch dargestellt samt Rechtsquellenverzeichnis, Wien 1930.
- Hans Carl ZEßNER-SPITZENBERG, Kaiser Karl, aus dem Nachlass hg. von Erich Thanner, Salzburg 1953.

11.4 Ständetheoretische und ähnliche Arbeiten

- Hans BAYER, Die Wirtschaftslehre der „Quadragesimo anno“ (Schriftenreihe des Österreichischen Heimatdienstes), Wien 1933.
- Hans BAYER, Der berufsständische Aufbau in Österreich, Innsbruck 1935.
- Philipp BUGELNIG, Der Ständestaat. Dessen Voraussetzungen und Verwirklichung, Klagenfurt 1935.
- Rainald DASSEL (Walter HEINRICH), Gegen Parteienstaat, für Ständestaat, Klagenfurt 1929.
- Josef DOBRETSBERGER, Vom Sinn und Werden des neuen Staates, Graz – Wien 1934.
- Bartholomäus FIALA, Die berufsständische Organisation und Vertretung des Volkes, Wien o. J. (1931).
- Alois HOBELSPERGER, Die neue Verfassung und der Aufbau der Berufsstände in Österreich (unter besonderer Berücksichtigung der Industrie), Linz 1935.
- Frank HOFSTETTER-LEU, Praktischer Grundriss der berufsständischen Ordnung. Der heutige Stand der praktischen Verwirklichung in Italien, der Schweiz und Österreich, unter Berücksichtigung der Regelung in Deutschland und in den USA, Wien 1934.

- Oskar Freiherr von HOHENBRUCK, Zur Frage des Ständestaates, Innsbruck 1930.
- Konstantin HOHENLOHE, Der Ständestaat vom Standpunkte der christlichen Rechtsphilosophie, Wien 1933.
- Benno KARPELES, Klassenkampf, Faschismus und Ständeparlament. Ein Beitrag zur Diskussion über die berufsständische Neuordnung, Wien 1933.
- Rudolf KINSKY, Entwurf einer ständischen Verfassung, Wien 1931.
- Felix KLEZL, Beruf und Betrieb. Ihre begriffliche Abgrenzung und ihre Bedeutung für das Ständeproblem (Volkswirtschaft 10), Berlin – Wien 1934.
- August Maria KNOLL (Hg.), Kardinal Fr. G. Piffl und der österreichische Episkopat zu sozialen und kulturellen Fragen 1913–1932. Quellensammlung, Leipzig 1932.
- August Maria KNOLL, Der soziale Gedanke im modernen Katholizismus (Kleine historische Monographien. Beilage der Berichte zur Kultur- und Zeitgeschichte 34), Leipzig 1932.
- August Maria KNOLL, Das Ringen um die berufsständische Ordnung in Österreich (Schriftenreihe des Österreichischen Heimatdienstes), Wien 1933.
- August Maria KNOLL, Von Seipel zu Dollfuß. Eine historisch-soziologische Studie, Wien 1934.
- August Maria KNOLL, Ziel und Glaube. Der Weg einer Generation (Schriften zur Gegenwart 1), Wien 1936.
- Aurel KOLNAI, Die Ideologie des Ständestaates, in: Der Kampf 27 (1934), Heft 1, 13–23.
- Peter LÜTZ, Der Ständestaat und die berufsständische Vertretung, Wien 1933.
- Eduard MÄRZ, Ständestaat Oesterreich. Die Verfassung und der Aufbau des autoritären Staates, Wien o. J. (1935).
- Adolf MERKL, Individualismus und Universalismus als staatliche Baugesetze, in: Revue internationale de la théorie du droit. Internationale Zeitschrift für Theorie des Rechts 8 (1934), 234–265.
- Adolf MERKL, Der staatsrechtliche Gehalt der Enzyklika Quadragesimo Anno, in: Zeitschrift für öffentliches Recht 14 (1934), 208–239.
- Adolf MERKL, Die ständisch-autoritäre Verfassung Österreichs. Ein kritisch-systematischer Grundriß, Wien 1935.
- Adolf MERKL, Die individuelle Freiheit im autoritären und ständischen Staat, in: Juristische Blätter 65 (1936), Nr. 13, 265–273.
- Adolf MERKL, Probleme der ständischen Neuordnung Österreichs. Sonderabdruck aus dem „Österreichischen Volkswirt“ Nr. 6, 7, 9, 10, 16 vom 6., 13., 27. 11., 4. 12. 1937 und 15. 1. 1938.
- Georg MOTH, Neu-Österreich und seine Baumeister. Ziele und Aufbau der berufsständischen Ordnung und der Vaterländischen Front, Wien 1935.
- Odo NEUSTÄDTER-STÜRMER, Der Ständestaat Österreich. Dem jungen Österreich gewidmet, Graz 1930.
- Odo NEUSTÄDTER-STÜRMER, Die berufsständische Gesetzgebung in Österreich (Der neue Staat 3), Wien 1936.
- Hans SCHMITZ, Die berufsständische Ordnung nach der „Quadragesimo anno“ (Schriftenreihe des Österreichischen Heimatdienstes), Wien 1933.

- Paul SCHRECKER, Für ein Ständehaus. Ein Vorschlag zu friedlicher Aufhebung der Klassengegensätze, Wien 1919.
- Franz SCHWEINITZHaupt, Vom Parteienstaat zum Ständestaat. 4 Vorträge, gehalten in Innsbruck am 11., 16., 23. und 28. April 1930, Innsbruck 1930.
- Gertrud SPINNHIRN, Liberale und ständische Agrarpolitik. Unter besonderer Berücksichtigung des Problems der Landflucht und seiner Lösung in der ständischen Ordnung, Salzburg 1936 (Teildruck).
- Hermann STIPEK, Das Werden des berufsständischen Gedankens, Wien – Leipzig o. J. (1937).
- Leo Maria TRAPP, Die berufsständische Ordnung nach Quadragesimo anno, in: 33. Jahresbericht der Bundes-Realschule in Wien, 10. Bezirk, Jagdgasse Nr. 40, Wien 1935, 3–8.
- Eric VOEGELIN, Die politischen Religionen [1938], hg. von Peter J. Opitz, München 1993.
- Eric VOEGELIN, Autobiographische Reflexionen, hg. von Peter J. Opitz, aus dem Englischen von Caroline König, München 1994.
- Erich VOEGELIN, Der autoritäre Staat. Mit einem Geleitwort von Günther Winkler (Forschungen aus Staat und Recht 119) [1935], Wien – New York 1997.
- Franz WASCHNIG, Wirtschaftsreform durch berufsständische Ordnung, Wien 1936.
- Friedrich Freiherr von WEICHS, Der Weg zum Ständestaat, Graz 1933.
- Oskar ZAGLITS, Ständische Aufbauversuche der Gegenwart (Schriftenreihe des Österreichischen Heimatdienstes), Wien 1933.
- Oskar ZAGLITS, Die Ständische Bewegung. Weltanschauliche Grundlagen und neueste Entwicklung (Schriftenreihe des Österreichischen Heimatdienstes), Wien 1933.
- August ZELL, Ständische Staats-Gliederung, Klagenfurt 1931.

11.5 Ergänzende Quellen

- K[urt] AEBI et al. (Hg.), Die Gegenreformation in Neu-Österreich. Ein Beitrag zur Lehre vom katholischen Ständestaat, Zürich 1936.
- Leopold von ANDRIAN-WERBURG, Die Ständeordnung des Alls, München 1930.
- Leopold von ANDRIAN-WERBURG, Oesterreich im Prisma der Idee. Katechismus der Führenden, Graz 1937.
- Otto BAUER, Werkausgabe, Band 3, hg. von der Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Wien 1976.
- Otto BAUER, Werkausgabe, Band 7, hg. von der Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Wien 1979.
- Oskar BENDA, Die österreichische Kulturidee in Staat und Erziehung, Wien 1936.
- Egon und Heinrich BERGER VON WALDENEGG, Biographie im Spiegel. Die Memoiren zweier Generationen, Wien – Köln – Weimar 1998.
- Dieter A. BINDER/Heinrich SCHUSCHNIGG (Hg.), „Sofort vernichten“. Die vertraulichen Briefe Kurt und Vera von Schuschniggs 1938–1945. Mit einem Vorwort von Herbert Rosendorfer, Wien – München 1997.
- Franz BRANDL, Kaiser, Politiker und Menschen. Erinnerungen eines Wiener Polizeipräsidenten.

- ten, Leipzig – Wien 1936.
- Franz BRANDL, Staatsprozesse. Zwei Jahrtausende Gericht im Dienste der Macht, Leipzig – Wien 1936.
- Franz BRANDL, Ein Reich zerbricht. Roman einer Familie aus den letzten Jahrzehnten der Donaumonarchie, Wien 1952.
- R(ichard) N(ikolaus) COUDENHOVE-KALERGI, Apologie der Technik (1922), in: Ders., Praktischer Idealismus, Wien – Leipzig 1925, 59–151.
- Richard Nikolaus von COUDENHOVE-KALERGI, Ethik und Hyperethik, Leipzig 1923.
- Richard Nikolaus COUDENHOVE-KALERGI, Pan-Europa, Wien 1923.
- Richard Nikolaus COUDENHOVE-KALERGI, Adel, Wien 1923.
- Richard Nikolaus COUDENHOVE-KALERGI, Held oder Heiliger, Wien – Paris – Leipzig 1927.
- Richard COUDENHOVE-KALERGI, Totaler Mensch – Totaler Staat, Wien-München ³1965 (1. Auflage 1937).
- DOLLFUSS AN ÖSTERREICH. Eines Mannes Wort und Ziel, hg. von Edmund Weber (Berichte zur Kultur- und Zeitgeschichte, 10. Sonderschrift), Wien 1935.
- Josef EBERLE, Das Los der christlichen Presse im Dritten Reich, beleuchtet am Beispiel der Zeitschrift „Schönere Zukunft“, Bregenz 1945.
- Friedrich Wilhelm FOERSTER, Das österreichische Problem vom ethischen und staatspädagogischen Gesichtspunkte, Wien 1914.
- Georg FROELICH, Die „Verfassung 1934“ des Bundesstaates Österreich. Systematisch als Leitfaden dargestellt, Baden bei Wien et al. [1935].
- Gertrud FUSSENEGGER, Ein Spiegelbild mit Feuersäule. Lebensbericht (Ullstein Buch 26065), Frankfurt a. M. – Berlin – Wien 1982.
- Hans-Georg GADAMER, Hermeneutik I. Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik (Hans-Georg Gadamer, Gesammelte Werke 1), Tübingen 1986.
- Walter GOLDINGER (Hg.), Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei 1933–1934 (Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte 2), Wien 1980.
- Hugo HANTSCH, Österreichs Schicksalsweg (Schriftenreihe der Katholischen Akademikergemeinschaft in Österreich 1), Innsbruck – Wien – München 1934.
- Walter HEINRICH, Das Ständewesen mit besonderer Berücksichtigung der Selbstverwaltung der Wirtschaft, Jena 1932.
- Walther HEYDENDORFF, Österreich und Preußen im Spiegel österreichischer Geschichtsauffassung, Wien 1947.
- Dietrich von HILDEBRAND, Memoiren und Aufsätze gegen den Nationalsozialismus 1933–1938, hg. von Ernst Wenisch (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Band 43), Mainz 1994.
- Dietrich von HILDEBRAND, Engelbert Dollfuß. Ein katholischer Staatsmann, in: Georg Landgrebe/Christoph Noser (Hg.), „Austriam instaurare in Christo“. Engelbert Dollfuß im Lichte seines Biographen und Mitstreiters Dietrich von Hildebrand. Zum 75. Todestag des österreichischen Kanzlers (Civitas. Sonderheft 3), 2009, 5–79.
- Hugo von HOFMANNSTHAL, Sämtliche Werke, Band 34: Reden und Aufsätze 3, hg. von Klaus

- E. Bohnenkamp/Katja Kaluga/Klaus Dieter Krabiel (Hugo von Hofmannsthal, Sämtliche Werke. Kritische Ausgabe, veranstaltet vom Freien Deutschen Hochstift, hg. von Rudolf Hirsche et al.), Frankfurt a. M. 2011.
- Max HORKHEIMER/Theodor W. ADORNO, Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt a. M. ²¹2013 (Erstausgabe Amsterdam 1947).
- Theodor HORNBOSTEL, Fremde Einflüsse auf die Politik der Ersten Republik Österreich, in: Österreich in Geschichte und Literatur 2 (1958), 129–138.
- Hans von HORTENAU, Ein kraftvolles Österreich. Der Faschismus als Vorbild. Mit einem Geleit von Vizekanzler Major Dr. Emil Fey (Österreichische Volksschriften 3), Wien 1934.
- Albert JÄGER, Die alte ständische Verfassung Tirols, Innsbruck 1848.
- Anton KLOTZ, Sturm über Österreich, Wien 1934.
- Anton KLOTZ, Soziale und kulturelle Probleme der Zeit. Dokumente und Materialsammlung, Innsbruck – Wien – München 1932.
- Anton KLOTZ, Was wird aus Österreich? Über die Zukunft Mitteleuropas und des Abendlandes, Innsbruck – Wien 1934.
- Robert KRASSER, Sinn und Zweck des CV, in: Robert KRASSER, Der CV, der Träger des katholischen Farbstudententums, und die neue Zeit, Heft 1–3, o. O. 1936, 77–129.
- Robert KRASSER, Ständestaat und Schule (Schriften des Pädagogischen Instituts der Stadt Wien 7), Wien 1936.
- Josef KREMER, Die Staatsphilosophie Othmar Spanns (Veröffentlichungen der Grazer Philosophischen Gesellschaft 3), Graz 1930.
- Josef LEB, Das Familienideal, in: Robert Krasser, Der CV, der Träger des katholischen Farbstudententums, und die neue Zeit, Heft 1–3, o. O. 1936, 38–42.
- Alexander LERNET-HOLENIA, Der Graf von Saint-Germain, Frankfurt a. M. 1963 (Erstausgabe Zürich 1948).
- Richard LÖWENTHAL, Faschismus, Bolschewismus, Totalitarismus. Schriften zur Weltanschauungsdiktatur im 20. Jahrhundert, hg. und eingeleitet von Mike Schmeitzner (Wege der Totalitarismusforschung), Göttingen 2009 [Arbeiten von 1935, 1966].
- Adolf MENZEL, Der Staatsgedanke des Faschismus. Eine geistesgeschichtliche Untersuchung, Leipzig – Wien 1935.
- Johannes MESSNER, Die berufsständische Ordnung, Innsbruck – Wien – München 1936.
- Ludwig von MISES, Liberalismus, Neuauflage mit einer Einführung von Hans-Hermann Hoppe, St. Augustin ³2000 (Originalausgabe Jena 1927).
- Jürgen NAUTZ (Hg.), Unterhändler des Vertrauens. Aus den nachgelassenen Schriften von Sektionschef Dr. Richard Schüller (Quellen und Studien zur österreichischen Zeitgeschichte 9), Wien – München 1990.
- Anton OREL, Wahre Ständeordnung. Ihr Geist, Wesen, Wirken. Grundsätzlich-praktische Klarstellungen, Graz 1934.
- Hans PERNTER, Gedanken zur Neuformung des akademischen Gesandtschaftslebens und zur Stellung des Akademikers im neuen Staate, in: Robert Krasser, Der CV, der Träger des katholischen Farbstudententums, und die neue Zeit, Heft 4–6, o. O. 1937, 91–101.

- PERSONALSTAND der Welt- und Ordensgeistlichkeit der Erzdiözese Wien nach dem Stand vom 1. April 1958, Wien 1958.
- Josef PIEPER, Über die Gerechtigkeit, in: Ders., Schriften zur Philosophischen Anthropologie und Ethik: Das Menschenbild der Tugendlehre, hg. von Berthold Wald (Josef Pieper, Werke in acht Bänden 4), Hamburg 1996 (Erstausgabe München 1953), 43–112.
- Kurt PIESCH, Berufsständische Ansätze in der Geschichte des Gewerkschaftswesens, Wien 1936 (Teildruck).
- Ursula PRUTSCH/Klaus ZEYRINGER (Hg.), Leopold von Andrian (1875–1951), Korrespondenzen, Notizen, Essays, Berichte (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 97), Wien – Köln – Weimar 2003.
- Erwin REISNER, Das Reich als Verheißung, in: Fritz Büchner (Hg.), Was ist das Reich? Eine Aussprache unter Deutschen, Oldenburg 1932, 90–96.
- Anton RINTELEN, Erinnerungen an Österreichs Weg. Versailles. Berchtesgaden. Großdeutschland, München ²1941 (1. Auflage Graz 1941, Juni).
- Max SCHELER, Die Stellung des Menschen im Kosmos, Bern – München ⁷1966 (Erstausgabe 1928).
- Franz Martin SCHINDLER, Lehrbuch der Moralthologie, Band 2 und 3, Wien ²1913.
- (Kurt SCHUSCHNIGG), Österreichs Erneuerung. Die Reden des Bundeskanzlers Dr. Kurt Schuschnigg, Band 3, Wien 1937.
- Kurt SCHUSCHNIGG, Dreimal Österreich, Wien 1937.
- Kurt SCHUSCHNIGG, Österreich, eine historische Schau, Sarnen 1946.
- Kurt SCHUSCHNIGG, Im Kampf gegen Hitler, Wien – München – Zürich ²1969.
- Kurt SCHUSCHNIGG, Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot. Vorwort von Stefan Verosta, Wien 1978.
- Kurt SCHUSCHNIGG, Geleitwort, in: Robert Krasser, Der CV, der Träger des katholischen Farbstudententums, und die neue Zeit, Heft 1–3, o. O. 1936, 5–7.
- Johannes E. SCHWARZENBERG, Erinnerungen und Gedanken eines Diplomaten im Zeitenwandel 1903–1978, hg. von Colienne Meran/Marysia Miller-Aichholz/Erkinger Schwarzenberg, Wien – Köln – Weimar 2013.
- Ignaz SEIPEL, Der Kampf um die österreichische Verfassung, Wien – Leipzig 1930.
- Ignaz SEIPEL, Von der sozialen Liebe. Priesterworte, gesprochen bei den Monatsversammlungen der „Caritas Socialis“, Wien 1933.
- Othmar SPANN, Der wahre Staat. Vorlesungen über Abbruch und Neubau der Gesellschaft gehalten im Sommersemester 1920 an der Universität Wien, Leipzig 1921.
- Oswald SPENGLER, Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer morphologischen Weltgeschichte, München 1981 (1. Auflage 1918).
- Die Reden des Vizekanzlers E. R. STARHEMBERG, hg. vom Österreichischen Bundespressedienst, Wien 1935.
- Ernst Rüdiger STARHEMBERG, Memoiren. Mit einer Einleitung von Heinrich Drimmel und einem Nachwort von Heinrich R. Starhemberg, Wien – München 1971.
- Herbert STOURZH, Gegen den Strom. Ausgewählte Schriften gegen Rassismus, Faschismus und Nationalsozialismus, hg. von Gerald Stourzh (Studien zu Politik und Verwaltung 66), Wien – Köln – Graz 2008.

- Paul von THUN-HOHENSTEIN, Österreichische Lebensform, Brixlegg o. J. (1937).
- Kurt TRAMPLER, Die Krise des Nationalstaats. Das Nationalitätenproblem im neuen Europa, München 1932.
- Arthur Fridolin UTZ/ Birgitta Gräfin von GALEN (Hg.), Die katholische Sozialdoktrin in ihrer geschichtlichen Entfaltung. Eine Sammlung päpstlicher Dokumente vom 15. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Originaltexte mit Übersetzung, Band 3, Aachen 1976.
- DIE NEUE ÖSTERREICHISCHE VERFASSUNG. Mit dem Text des Konkordates. Eingeleitet und erläutert von Bundesminister Dr. O. ENDER, Wien – Leipzig 1934.
- Max WEBER, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, mit textkritischen Erläuterungen hg. von Johannes Winckelmann, 1. Halbband, Tübingen ⁵1976 (1. Auflage: Berlin 1922).
- Albert M. WEISS, Individuum und Gesellschaft, in: Sociale Vorträge, gehalten bei dem Wiener socialen Vortrags-Curse 1894. Auf Veranlassung der Leo-Gesellschaft gesammelt und hg. von Franz M. Schindler, 5–14.
- Albert M. WEISS, Wesen und Zweck des menschlichen Gesellschaftslebens, in: Sociale Vorträge, gehalten bei dem Wiener socialen Vortrags-Curse 1894. Auf Veranlassung der Leo-Gesellschaft gesammelt und hg. von Franz M. Schindler, 15–26.
- Ernst Karl WINTER, Arbeiterschaft und Staat. Dokumente (Briefe, Pressestimmen), zusammengestellt von der Schriftleitung der Berichte (Berichte zur Kultur- und Zeitgeschichte 7), Wien 1934.
- (Ernst Karl WINTER), Die sechs Theorien des ‚berufsständischen Aufbaus‘, in: Wiener Politische Blätter 4 (1936), Nummer 3.
- Julius WOLF/Konrad Josef HEILIG/Hermann Mathias GÖRGEN, Österreich und die Reichsidee (Ideengeschichtliche Reihe 1), Wien o. J. (1937).
- Johann Heinrich ZEDLER (Hg.), Vollständiges Universallexicon aller Wissenschaften und Künste, Halle – Leipzig 1732–1754.

11.6 Forschungsliteratur

- Friedrich ACHLEITNER, Architektur, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalnik (Hg.), Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, Graz – Wien – Köln 1983, 675–683.
- Oskar ACHS, Politische Bildung an Österreichs Schulen, in: Stefan Karner/Lorenz Mikoletzky (Hg.), Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Innsbruck – Wien – Bozen 2008, 319–329.
- Isabella ACKERL, Der Phönix-Skandal, in: Ludwig Jedlicka (Hg.), Das Juliabkommen von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen. Protokoll des Symposiums in Wien am 10. und 11. Juni 1976, Wien 1977, 241–279.
- Isabella ACKERL, Von Türken belagert – von Christen entsetzt. Das belagerte Wien 1683, Wien 1983.
- Evelyn ADUNKA, Friedrich Heer (1916–1983). Eine intellektuelle Biographie, Innsbruck – Wien 1995.

- Rudolf AGSTNER/Gertrude ENDERLE-BURCEL/Michaela FOLLNER, Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky. Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959, Wien 2009.
- Rudolf AGSTNER, Von Kaisern, Konsuln und Kaufleuten. Österreich und die Ukraine 1785–2010 (Forschungen zur Geschichte des österreichischen Auswärtigen Dienstes 3), Wien – Berlin 2011.
- Vanni d' ALESSIO, From Central Europe to the northern Adriatic: Habsburg citizens between Italians and Croats in Istria, in: *Journal of Modern Italian Studies* 13/2 (2008), 237–258.
- Helmut ALEXANDER (Hg.), Sigismund Waitz. Seelsorger, Theologe und Kirchenfürst, Innsbruck – Wien – Bozen 2010.
- ALLGEMEINE DEUTSCHE BIOGRAPHIE, 55 Bände, hg. von der Historischen Commission bei der Königlichen Akademie der Wissenschaften, Berlin 1875–1910.
- Johann Christoph ALLMAYER-BECK, Vogelsang. Vom Feudalismus zur Volksbewegung, Wien 1952.
- Johann Christoph ALLMAYER-BECK, Der Konservatismus in Österreich (Konservative Schriftenreihe 4), München 1959.
- Klaus AMANN, Die Brückenbauer. Zur „Österreich“-Ideologie der völkisch-nationalen Autoren in den dreißiger Jahren, in: Klaus Amann/Albert Berger (Hg.), Österreichische Literatur der dreißiger Jahre. Ideologische Verhältnisse. Institutionelle Voraussetzungen. Fallstudien, Wien – Köln – Graz 1985, 60–78.
- Klaus AMANN, Die Dichter und die Politik. Essays zur österreichischen Literatur nach 1918, Hemberg 1992.
- Sirikit M. AMANN, Kulturpolitische Aspekte im Austrofaschismus (1934–1938) (Unter besonderer Berücksichtigung des Bundesministeriums für Unterricht), ungedr. phil. Diss., Wien 1987.
- Gerhard AMMERER, Die Stände in der Habsburgermonarchie. Eine Einleitung, in: Gerhard Ammerer et al. (Hg.), Bündnispartner und Konkurrenten der Landesfürsten? Die Stände in der Habsburgermonarchie (Veröffentlichungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 49), Wien 2007, 13–41.
- Karl AMON, Nachruf Andreas Posch, in: *Zeitschrift des Historischen Vereines für Steiermark* 63 (1972), 217–225.
- Jan ANDRES, „Politik“ in der konservativen deutschen Kulturkritik: Paul de Lagarde, August Julius Langbehn, Thomas Mann, in: Willibald Steinmetz (Hg.), Politik. Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit, Frankfurt a. M. 2007, 339–361.
- Johannes ANGERMÜLLER, Einleitung: Diskursanalyse: Strömungen, Tendenzen, Perspektiven, in: Johannes Angermüller et al. (Hg.), Diskursanalyse: Theorien, Methoden, Anwendungen, Hamburg 2001, 7–22.
- ANONYM, Von den Adler-Kessler in St. Gallenkirch, in: *Tramósa-Post* 14 (2007), Nr. 3, 5 und 9.
- Arno ANZENBACHER, Christliche Sozialethik. Einführung und Prinzipien, Paderborn 1997.
- Angelo ARA, Die italienische Österreichpolitik 1936–1938, in: Gerald Stourzh/Brigitta Zaar (Hg.), Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische

- Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938 (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 16), Wien 1990, 111–129.
- Helga AUGUSTIN, Die Bauernbünde, der Berufsstand Land- und Forstwirtschaft und die Bauern im österreichischen Ständestaat, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 1998.
- Peter AUTENGRUBER, Univ.-Prof. Dr. Josef Dobretsberger – vom Bundesminister für soziale Verwaltung zum Obmann der *Demokratischen Union*, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Jahrbuch 1996, red. von Siegwald Ganglmair, Wien 1996, 172–203.
- Pierluca AZZARO, Deutsche Geschichtsdenker um die Jahrhundertwende und ihr Einfluss in Italien. Kurt Breysig, Walther Rathenau, Oswald Spengler, Bern et al. 2005.
- Erwin BADER, Die geistige Grundlegung der christlichen Sozialreform. Karl von Vogelsang (1818–1890), Wien 1990.
- Erwin BADER, Christliche Sozialreform im Sinne von Karl von Vogelsang, in: Robert Rill/Ulrich Zellenberg (Hg.), Konservatismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute, Graz – Stuttgart 1999, 153–162.
- Erwin BADER, Ernst Karl Winter und die Versöhnung der politischen Lager, in: Ulrich Zellenberg (Hg.), Konservative Profile. Ideen & Praxis in der Politik zwischen FM Radetzky, Karl Kraus und Alois Mock, Graz – Stuttgart 2003, 363–378.
- Erwin BADER, Der Friede als Frucht der sozialen Gerechtigkeit, in: Ders. (Hg.), Dialog der Religionen. Ohne Religionsfrieden kein Weltfrieden (Austria: Forschung und Wissenschaft. Philosophie 1), Wien 2006, 207–225.
- Erwin BADER, Karl Lugmayer und sein Bezug zu Karl von Vogelsang, in: Erwin Bader (Hg.), Karl Lugmayer und sein Werk. Seine politisch-soziale Bedeutung und Aktualität (Austria: Forschung und Wissenschaft. Philosophie 4), Berlin – Wien 2007, 11–28.
- Stephan BAIER/Eva DEMMERLE, Otto von Habsburg. Die Biographie, Wien ⁵2007.
- Maria BANAUCH, Prinz Aloys von und zu Liechtenstein. Stationen im Leben eines ungewöhnlichen Politikers, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 1997.
- Irene BANDHAUER-SCHÖFFMANN, Das große Mutteropfer. Muttertagsfeiern im „Christlichen Ständestaat“, in: Alexander Boesch et al. (Hg.), Produkt Muttertag. Zur rituellen Inszenierung eines Festtages. Begleitbuch zur Ausstellung im Österreichischen Museum für Volkskunde in Wien vom 6. April bis 4. Juni 2001, Wien 2001, 61–69.
- Irene BANDHAUER-SCHÖFFMANN, Gottgewollte Geschlechterdifferenzen, in: Brigitte Lehmann (Hg.), Dass die Frau zur Frau erzogen wird. Frauenpolitik und Ständestaat, Wien 2008, 15–61.
- Irene BANDHAUER-SCHÖFFMANN, Der „Christliche Ständestaat“ als Männerstaat? Frauen- und Geschlechterpolitik im Austrofaschismus, in: Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 18), Wien ⁵2005, 254–280.
- Markus BARNAY, Die Erfindung des Vorarlbergers. Ethnizitätsbildung und Landesbewusstsein im 19. und 20. Jahrhundert (Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 3), Bregenz 1988.
- Peter BARTON, Evangelisch in Österreich. Ein Überblick über die Geschichte der Evangeli-

- schen in Österreich (Studien und Texte zur Kirchengeschichte und Geschichte, Zweite Reihe 11), Wien – Köln – Graz 1987.
- Siegfried BATTISTI, Alois Dempf (1891–1982), in: Emmerich Coreth/Walter M. Neidl/Georg Pfligersdorfer (Hg.), *Christliche Philosophie im katholischen Denken des 19. und 20. Jahrhunderts*, Band 3, Graz 1990, 226–232.
- Kurt BAUER, *Elementarereignis. Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934*, Wien 2003.
- Arnd BAUERKÄMPER, *Der Faschismus in Europa 1918–1945*, Stuttgart 2006.
- Walter BECHER, *Der Blick aufs Ganze. Das Weltbild Othmar Spann's*, München 1985.
- Paul BECKER, Clemens Holzmeister und Salzburg, Salzburg 1966.
- Tilo BECKERS, *Integrationspotentiale öffentlicher Meinung. Von Ferdinand Tönnies zur Debatte um Liberalismus und Kommunitarismus*, Saarbrücken 2007.
- Siegfried BEER, *Der „unmoralische“ Anschluss. Britische Österreichpolitik zwischen Containment und Appeasement 1931–1934 (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 75)*, Wien – München – Graz 1988.
- Neda BEI, *Austrofaschistische Geschlechterpolitik durch Recht: Die „Doppelverdienerverordnung“*, in: Ilse Reiter-Zatloukal/Christiane Rothländer/Pia Schölnberger (Hg.), *Österreich 1933–1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime*, Wien-Köln – Weimar 2012, 197–206.
- Sergio BELARDINELLI, *Die politische Philosophie des christlichen Personalismus*, in: Karl Graf Ballestrem/Henning Ottmann (Hg.), *Politische Philosophie des 20. Jahrhunderts*, München 1990, 243–262.
- Steven BELLER, *A Concise History of Austria*, Cambridge 2006.
- José María BENEYTO, *Apokalypse der Moderne. Die Diktaturtheorie von Donoso Cortes*, Stuttgart 1988.
- David BERGER, *Aspekte der Naturrechtslehre im Neuthomismus*, in: Tadeusz Guz (Hg.), *Das Naturrecht und Europa (Ad Fontes 3)*, Frankfurt a. M. et al. 2006, 427–441.
- Peter BERGER, *Im Schatten der Diktatur. Die Finanzdiplomatie des Vertreters des Völkerbundes in Österreich, Meinoud Marinus Rost van Tonningen 1931–1936 (Studien zur Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftspolitik 7)*, Wien – Köln – Weimar 2000.
- Peter BERGER, *Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert*, Wien ²2008.
- Vincent BERNING, Alois Dempf. Philosoph, Gelehrter, Kulturkritiker, Prophet gegen den Nationalsozialismus, in: Ders./Hans Maier (Hg.), *Alois Dempf 1891–1982. Philosoph, Kulturtheoretiker, Prophet gegen den Nationalsozialismus*, Weissenhorn 1992, 25–135.
- Marco BERTOLASO, *Die erste Runde im Kampf gegen Hitler? Frankreich, Großbritannien und die österreichische Frage 1933/34. Eine Untersuchung der Außenpolitik der Westmächte in den ersten 18 Monaten des „Dritten Reiches“ auf der Grundlage diplomatischer Akten*, Hamburg 1995.
- Mark BEVIR, *The role of contexts in understanding and explanation*, in: Hans Erich Bödeker (Hg.), *Begriffsgeschichte, Diskursgeschichte, Metapherngeschichte (Göttinger Gespräche zur Geschichtswissenschaft 14)*, Göttingen 2002, 159–208.

- Mark BEVIR, Geist und Methode in der Ideengeschichte, in: Martin Mulrow/Andreas Mahler (Hg.), Die Cambridge School der politischen Ideengeschichte, Frankfurt a. M. 2010, 203–240.
- Justus BEYER, Ständeideologien der Systemzeit und ihre Überwindung (Forschungen zum Staats- und Verwaltungsrecht 8), Darmstadt 1941.
- Dieter A. BINDER, Karl Maria Stepan, Versuch einer Biographie, in: Zeitschrift des Historischen Vereines für Steiermark 73 [1982], 161–181.
- Dieter A. BINDER, Politischer Katholizismus und Katholisches Verbandswesen. Am Beispiel des Kartellverbandes der Katholischen nichtfarbentragenden Studentenverbindungen Österreichs (ÖKV) (Revocatio historiae. Schriften der Historischen Kommission deutscher Studentenvereine [KV] in Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft für deutsche Studentengeschichte 1), Schernfeld 1989.
- Dieter A. BINDER, Karl Maria Stepan, Josef Dobretsberger. Verlorene Positionen des christlichen Lagers, Wien 1992.
- Dieter A. BINDER, Der „Christliche Ständestaat“ Österreich 1934–1938, in: Rolf Steininger/Michael Gehler (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden, Band 1, Wien – Köln – Weimar 1997, 203–253.
- Dieter A. BINDER, 12. Februar 1934 – Ort des Erinnerns, in: Günther Scheffbeck (Hg.), Österreich 1934. Vorgeschichte – Ereignisse – Wirkungen, Wien – München 2004, 99–108.
- Dieter A. BINDER, Der Skandal zur „rechten“ Zeit. Die Hirtenberger Waffenaffäre 1933 an der Nahtstelle zwischen Innen- und Außenpolitik, in: Michael Gehler/Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Thaur – Wien – München 2007, 278–292.
- Dieter A. BINDER, Alte Träume und neue Methoden. Das deutsch-österreichische Verhältnis als Produkt aggressiven Revisionismus von 1933 bis 1938, in: Michael Gehler et al. (Hg.), Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert, Innsbruck et al. 2009, 497–512.
- Dieter A. BINDER, Karl Maria Stepan, in: Jan Mikrut (Hg.), Faszinierende Gestalten der Kirche Österreichs, Band 8, Wien 2003, 319–324.
- Dieter A. BINDER, „Austrofaschismus“ und Außenpolitik. Die zu kurz geratene Diskussion, in: Florian Wenninger/Lucile Dreidemy (Hg.), Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien – Köln – Weimar 2013, 579–600.
- Dieter A. BINDER, Von 1918 bis zum ständestaatlichen Kokettieren mit dem Legitimus, in: Clemens Aigner/Gerhard Fritz/Constantin Staus-Rausch (Hg.), Das Habsburger-Trauma. Das schwierige Verhältnis der Republik Österreich zu ihrer Geschichte, Wien – Köln – Weimar 2014, 11–23.
- Dieter A. BINDER/Helmut WOHNOUT, Das autoritäre Regierungssystem und der Versuch ständischer Vertretungskörperschaften 1933/34–1938, in: Ernst Bruckmüller (Hg.), Parlamentarismus in Österreich (Schriften des Instituts für Österreichkunde 64), Wien 2001, 145–168.
- Hans Christoph BINSWANGER, Einleitung, in: Ders. (Hg.), Walter Adolf Jöhr, Der Auftrag der Nationalökonomie. Ausgewählte Schriften, Tübingen 1990, VII–X.

- BIOGRAPHISCH-BIBLIOGRAPHISCHES KIRCHENLEXIKON, bisher 32 Bände, hg. von Friedrich-Wilhelm Bautz †, fortgeführt von Traugott Bautz, Hamm, Herzberg bzw. Nordhausen 1990–2012.
- Agnes BLÄNSDORF, Österreich und die Nation der Deutschen, in: Historische Mitteilungen 4 (1991), 180–199.
- Gustav BLENK, Leopold Kunschak und seine Zeit. Porträt eines christlichen Arbeiterführers, Wien-Frankfurt-Zürich 1966.
- Ernst BLOCH, Freiheit und Ordnung. Abriß der Sozialutopien (Suhrkamp-Taschenbuch 1264), Frankfurt a. M. 1986.
- Alex BLÖCHLINGER/Roland KOPF/Dieter PROFELD, 150 Jahre Kolleg Stella Matutina. Die bewegte Geschichte des Kollegs Stella Matutina von 1856–1938 und 1946–1979, Hohenems 2006.
- Erhard BOBERSKI, Dr. Ludwig Strobl. Ein Leben im Dienste der wirtschaftlich Schwachen, Wien 1970.
- Maria BOCCI, Agostino Gemelli rettore e francescano, Brescia 2003.
- Paul BODY, Joseph Eötvös and the modernization of Hungary 1840–1870: a study of ideas of individuality and social pluralism in modern politics, Philadelphia 1972.
- Thomas BÖCK, Christlich-konservative Öffentlichkeitsarbeit als Realisationsversuch des päpstlichen Gesellschaftsmodells im österreichischen Ständestaat, ungedr. phil. Diss., Wien 1992.
- Hans Erich BÖDEKER, Ausprägungen der historischen Semantik in den historischen Kulturwissenschaften, in: Hans Erich Bödeker (Hg.), Begriffsgeschichte, Diskursgeschichte, Metapherngeschichte (Göttinger Gespräche zur Geschichtswissenschaft 14), Göttingen 2002, 7–27.
- Christoph BÖHR, Der Mensch und seine Arbeit. Die Philosophie Max Schelers und ihr Widerhall im Werk Karol Wojtylas, in: Ralf Becker/Christian Bermes/Heinz Leonardy (Hg.), Die Bildung der Gesellschaft. Schelers Sozialphilosophie im Kontext, Würzburg 2007, 207–234.
- Klaus-Michael BOGDAL, Historische Diskursanalyse der Literatur. Theorie, Arbeitsfelder, Analysen, Vermittlung, Wiesbaden 1999.
- Klaus BOHDAL, Oskar A. H. Schmitz. Eine Monographie mit besonderer Berücksichtigung der Schwabinger Zeit des Dichters und seiner phantastischen Erzählungen, ungedr. phil. Diss. Graz 1969.
- Sascha BOHN, Die deutschen Ständestaatskonzepte zwischen 1918 und 1933, ungedr. Magisterarbeit, Jena 2010.
- Marcello BONAZZA, Tiroler Ständewesen und Fürstbistum Trient. Bemerkungen zu einer Variante der Ständeverfassung, in: Gerhard Ammerer et al. (Hg.), Bündnispartner und Konkurrenten der Landesfürsten? Die Stände in der Habsburgermonarchie (Veröffentlichungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 49), Wien 2007, 172–193.
- Frits BOTERMAN, Oswald Spengler und sein „Untergang des Abendlandes“. Aus dem Niederländischen von Christoph Strupp, Köln 2000.
- Gerhard BOTZ, Soziale „Basis“ und Typologie der österreichischen Faschismen im innerösterreichischen und europäischen Vergleich, in: Faschismus in Österreich und international. Jahrbuch für Zeitgeschichte 1980/81, Wien 1982, 15–56.

- Gerhard BOTZ, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1945, München ²1983.
- John W. BOYER, Wiener Konservatismus vom Reich zur Republik – Ignaz Seipel und die österreichische Politik, in: Ulrich Zellenberg (Hg.), Konservative Profile. Ideen & Praxis in der Politik zwischen FM Radetzky, Karl Kraus und Alois Mock, Graz – Stuttgart 2003, 341–361.
- Karl Dietrich BRACHER, Zwischen Machtvakuum und „Austrofascismus“. Zur Krise der österreichischen Parteiendemokratie in den dreißiger Jahren, in: Lothar Albertin/Werner Link (Hg.), Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland, Düsseldorf 1981, 209–221.
- Karl Dietrich BRACHER, Nationalsozialismus, Faschismus und autoritäre Regime, in: Gerald Stourzh/Brigitta Zaar (Hg.), Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938 (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 16), Wien 1990, 1–27.
- Gerfried BRANDSTETTER, Anarchismus als Alternativbewegung. Zur sozialgeschichtlichen Bewertung des Anarchismus in der Ersten Republik am Beispiel der Siedlungsbewegung, in: Norbert Leser (Red.), Das geistige Leben Wiens in der Zwischenkriegszeit. Ringvorlesung, 19. Mai – 20. Juni 1980 im Internationalen Kulturzentrum Wien 1., Annagasse 20 (Quellen und Studien zur österreichischen Geistesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert 1), Wien 1981, 34–45.
- Marina BRANDTNER, Diskursverweigerung und Gewalt. Dimensionen der Radikalisierung des politischen Klimas in der obersteirischen Industrieregion 1927–1934, Innsbruck – Wien – Bozen 2011.
- Fritz BRAUN, Der politische Lebensweg des Bürgermeisters Richard Schmitz, ungedr. phil. Diss., Wien 1968.
- Wilhelm BRAUNEDER, Leseverein und Rechtskultur. Der Juridisch-politische Leseverein zu Wien 1840–1990, Wien 1992.
- Wilhelm BRAUNEDER, Österreichische Verfassungsgeschichte, Wien ¹¹2009.
- Johann BRAZDA/Robert SCHEDIWIY/Tode TODEV, Selbsthilfe oder politisierte Wirtschaft. Zur Geschichte des österreichischen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitzsch) 1872–1997 (Schulze-Delitzsch Schriftenreihe 18), Wien 1997.
- Stefan BREUER, Anatomie der Konservativen Revolution, Darmstadt 1993.
- Wolfgang BREZINKA, Pädagogik in Österreich. Die Geschichte des Faches an den Universitäten vom 18. bis zum Ende des 20. Jahrhunderts, Band 1: Einleitung: Schulwesen, Universitäten und Pädagogik im Habsburger-Reich und in der Republik. Pädagogik an der Universität Wien, Wien 2000.
- Gertrude BRINEK, Den Arbeiter und das Volk bilden, in: Erwin Bader (Hg.), Karl Lugmayer und sein Werk. Seine politisch-soziale Bedeutung und Aktualität (Austria. Forschung und Wissenschaft. Philosophie 4), Berlin – Wien 2007, 91–111.
- Werner BRITZ, Die Rolle des Fürsten Ernst Rüdiger Starhemberg bei der Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit gegen das Dritte Reich 1933–1936 (Europäische Hochschulschriften 223), Frankfurt a. M. et al. 1993.

- Emil BRIX, Liberalismus, Demokratie und Nationalismus, in: Emil Brix/Wolfgang Mantl (Hg.), Liberalismus. Interpretationen und Perspektiven (Studien zu Politik und Verwaltung 65), Wien – Köln – Graz 1996, 245–255.
- Peter BROUCEK, Karl I. (IV.). Der politische Weg des letzten Herrschers der Donaumonarchie, Wien – Köln – Weimar 1997.
- Peter BROUCEK/Kurt PEBALL, Geschichte der österreichischen Militärhistoriographie, Köln – Weimar – Wien 2000.
- Ernst BRUCKMÜLLER, Die Bauern und die Erste Republik, in: Christliche Demokratie 1985, 113–125.
- Ernst BRUCKMÜLLER, Nation Österreich. Kulturelles Bewusstsein und gesellschaftlich-politische Prozesse (Studien zu Politik und Verwaltung 4), Wien – Graz – Köln ²1996.
- Ernst BRUCKMÜLLER, Sozialgeschichte Österreichs, Wien – München ²2001.
- Ernst BRUCKMÜLLER, Der Bauernstand. Organisationsbildung und Standeskonsolidierung, in: Helmut Rumppler/Peter Urbanitsch (Hg.), Soziale Strukturen. Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft (Die Habsburgermonarchie 1848–1918 IX/1.2), Wien 2010, 783–811.
- Anton BRUGGER, 75 Jahre Tiroler Bauernbund. Bauer sein und bleiben. 75 Jahre Tiroler Bauernbundpolitik. Das Programm des Tiroler Bauernbundes, Innsbruck 1979.
- Otto BRUNNER, Das „ganze Haus“ und die alteuropäische „Ökonomik“, in: Ders., Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte, Göttingen ²1968, 103–127.
- Otto BRUNNER, Die Freiheitsrechte in der altständischen Gesellschaft, in: Ders., Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte, Göttingen ²1968, 187–198.
- Friedrich BUCHMAYR, Der Priester in Almas Salon. Johannes Hollnsteiners Weg von der Elite des Ständestaats zum NS-Bibliothekar, Weitra o. J. (2003).
- Thomas BUCHNER, Alfons Dopsch (1868–1953). Die „Mannigfaltigkeit der Verhältnisse“, in: Karel Hruza (Hg.), Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts, Wien 2008, 155–190.
- Michael BUKOSCHEGG, Das ständisch-autoritäre Österreich im Spiegel seiner staatsrechtlichen Literatur (Adamovich, Froehlich, Merkl, Voegelin), ungedr. Dipl.-Arb., Graz 1988.
- Jacob BURCKHARDT, Über das Studium der Geschichte, in: Jacob Burckhardts Werke. Kritische Gesamtausgabe, hg. von der Jacob Burckhardt-Stiftung, Basel, Band 10, München – Basel 2000, 129–347.
- Anton BURGHARDT, Das berufsständische Experiment in Österreich von 1934–1938. Dokumente. Etappen der katholisch-sozialen Bewegung, in: Dokumente. Etappen der katholisch-sozialen Bewegung in Österreich seit 1850. 30 Jahre Katholische Arbeitnehmer-Bewegung in Österreich, Wien 1980, 224–227.
- Günther E. BURKERT-DOTTOLO, Das Land geprägt. Die Geschichte der steirischen Bauern und ihrer politischen Verwaltung, Graz – Stuttgart 1999.
- Andreas BURTSCHIEDT, Edmund Freiherr Raitz von Frentz. Rom-Korrespondent der deutschsprachigen katholischen Presse 1924–1964, Paderborn 2008.

- Ulfried BURZ, Philipp Bugelnig. Seelenhirte mit politischem Engagement zwischen den Zeiten (1893–1983), in: Jan Mikrut (Hg.), *Faszinierende Gestalten der Kirche Österreichs*, Band 5, Wien 2002, 143–162.
- Walter Wilhelm BUSAM (Hg.), *Die Akte des Dr. rer. pol. Kurt Trampler und Bruno Gröning*, Berlin 2001.
- Arno BUSCHMANN, Kaiser und Reichsverfassung, in: Wilhelm Brauneder (Hg.), *Heiliges Römisches Reich und moderne Staatlichkeit* (Rechtshistorische Reihe 112), Frankfurt a. M. et al. 1993, 41–66.
- Heinrich BUSSHOFF, Berufsständisches Gedankengut zu Beginn der 30er-Jahre in Österreich und Deutschland, in: *Zeitschrift für Politik* NF 13 (1966), 451–463.
- Heinrich BUSSHOFF, Das Dollfuß-Regime in Österreich in geistesgeschichtlicher Perspektive unter besonderer Berücksichtigung der „Schöneren Zukunft“ und „Reichspost“ (Beiträge zur Politischen Wissenschaft 6), Berlin 1968.
- Dietrich BUSSE/Wolfgang TEUBERT, Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik, in: Dietrich Busse/Wolfgang Teubert/Fritz Hermanns (Hg.), *Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik*, Opladen 1994, 10–27.
- Francis L. CARSTEN, *Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler*, München 1978.
- Eduard CASTLE, *Dichter und Dichtung aus Österreich. Ausgewählte Aufsätze*, Wien 1951.
- Matthias CATÓN, Quentin Skinner, in: Gisela Riescher (Hg.), *Politische Theorie der Gegenwart in Einzeldarstellungen von Adorno bis Young*, Stuttgart 2004, 453–457.
- Günther CHALOUPEK, Eduard März (1908–1987) als Ökonom und Wirtschaftspolitiker, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 13 (1987), 311–316.
- Richard CHARMATZ, *Vom Kaiserreich zur Republik. Österreichs Kampf um die Demokratie 1747–1947*, Wien 1947.
- Patricia CHIANTERA-STUTTE, *Von der Avantgarde zum Traditionalismus: Die radikalen Futuristen im italienischen Faschismus von 1919 bis 1931* (Campus Forschung 844), Frankfurt a. M. et al. 2002.
- Laurence COLE, Religion und patriotische Aktion in Deutsch-Tirol (1790–1814), in: Otto Dann/Miroslav Hroch/Johannes Koll (Hg.), *Patriotismus und Nationsbildung am Ende des Heiligen Römischen Reiches* (Kölner Beiträge zur Nationsforschung 9), Köln 2003, 345–377.
- Laurence COLE, Il Sacro Romano Impero e la monarchia asburgica dopo il 1806: riflessioni su un' eredità contraddittoria, in: Marco Bellabarba et al. (a cura di), *Gli imperi dopo l' Impero nell' Europa del XIX secolo* (Annali dell' Istituto storico italo-germanico in Trento Quaderni 76), Bologna 2008, 241–276.
- Enzo COLOTTI, Fascismo e Heimwehren, in: *Rivista di storia contemporanea* 12 (1983), 301–337.
- John CONNELLY, *From Enemy to Brother. The Revolution in catholic teaching on the jews, 1933–1965*, Cambridge/Massachusetts – London 2012.
- Vanessa CONZE, Richard Coudenhove-Kalergi. Umstrittener Visionär Europas (Persönlichkeit und Geschichte 165), Zürich 2004.
- Viktor KONZEMIUS, *Gottes Spurensucher. Zwanzig christliche Profile der Neuzeit*, Freiburg 2002.

- Emerich CORETH, Die Theologische Fakultät Innsbruck. Ihre Geschichte und wissenschaftliche Arbeit von den Anfängen bis zur Gegenwart, Innsbruck 1995.
- Paola-Ludovika CORIANDO, Affektenlehre und Phänomenologie der Stimmungen. Wege einer Ontologie und Ethik des Emotionalen (Philosophische Abhandlungen 85), Frankfurt a. M. 2002.
- Moritz CSÁKY, Prinz Eugen als Staatsmann und Diplomat, in: Richard G. Plaschka/Arnold Suppan/Horst Haselsteiner (Hg.), Was blieb von Prinz Eugen? Internationales Symposium vom 10. und 11. Juni 1986 im Schloss Schlosshof, Wien 1986, 88 f.
- Anne CYRON, Ciceros de republica. Eine Utopie?, in: Bernhard Schreyer/Ralf Walkenhaus (Hg.), Ideen – Macht – Utopie. Festschrift für Ulrich Weiß zum 65. Geburtstag, Würzburg 2012, 351–366.
- Bernhard DACHS, Richard Kerschagl. Zur Geschichte der Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Welthandel, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 1996.
- Herbert DACHS, Österreichische Geschichtswissenschaft und Anschluss 1918–1930 (Veröffentlichungen des Historischen Instituts der Universität Salzburg), Wien – Salzburg 1974.
- Herbert DACHS, Franz Rehl und die Bundespolitik, in: Wolfgang Huber (Hg.), Franz Rehl, Landeshauptmann von Salzburg 1922–1938, Salzburg 1975, 215–276.
- Herbert DACHS, Schule und Politik. Die politische Erziehung an den österreichischen Schulen 1918 bis 1938, Wien – München 1982.
- Herbert DACHS, Das Frauenbild in der Schule des „Austrofaschismus“, in: Rudolf G. Ardelt et al. (Hg.), Unterdrückung und Emanzipation. Festschrift für Erika Weinzierl zum 60. Geburtstag, Wien – Salzburg 1985, 83–99.
- Ute DANIEL, Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselworte, Frankfurt a. M. 2001.
- Ute DANIEL, Reinhart Koselleck (1923–2006), in: Lutz Raphael (Hg.), Klassiker der Geschichtswissenschaft, Band 2, München 2006, 166–194.
- Renzo DE FELICE, Die Deutungen des Faschismus, hg. von Josef Schröder unter Mitwirkung von Josef Muhr, Göttingen – Zürich 1980.
- Renzo DE FELICE, Breve storia del fascismo. Con i due saggi “Il problema della identità nazionale” e “Dall’eredità di Adua all’intervento”, Mailand 2000.
- DEUTSCHE BIOGRAPHISCHE ENZYKLOPÄDIE, hg. von Walther Killy und Rudolf Vierhaus, 13 Bände, München 1995–2003.
- DEUTSCHE BIOGRAPHISCHE ENZYKLOPÄDIE, 2., überarbeitete und erweiterte Ausgabe, hg. von Rudolf Vierhaus, 13 Bände, München 2005–2008.
- Ennio DI NOLFO, I rapporti austro-italiani dall’avvento del fascismo all’Anschluss (1922–1938), in: Storia e Politica 13 (1974), 33–81.
- Alfred DIAMANT, Die österreichischen Katholiken und die Erste Republik. Demokratie, Kapitalismus und soziale Ordnung 1918–1934, Princeton 1960.
- Michael DIPPELREITER, Julius Raab und der Gewerbebund, in: Alois Brusatti/Gottfried Heindl (Hg.), Julius Raab. Eine Biographie in Einzeldarstellungen, Linz 1986, 97–105.

- DIZIONARIO BIOGRAFICO DEGLI ITALIANI, hg. vom Istituto della Enciclopedia Italiana, bisher 76 Bände, Rom 1960–2012.
- Csilla DÖMÖK, Nationalitätenfrage und Verfassungsgeschichte in Österreich zwischen 1848–1867. Österreich und der Föderalismus, Berlin 2010.
- Oskar DOHLE, 150 Jahre Salzburger Landeshauptleute 1861–2011 (Schriftenreihe des Salzburger Landesarchivs 17), Salzburg 2011.
- Eva DOLLFUSS, Mein Vater, Hitlers erstes Opfer, Wien – München 1994.
- Hermann DOROWIN, Retter des Abendlands. Kulturkritik im Vorfeld des europäischen Faschismus, Stuttgart 1991.
- Lucile DREIDEMY, Dollfuß – biografisch. Eine Längsschnittanalyse des biografischen Diskurses über Engelbert Dollfuß, in: Ilse Reiter-Zatloukal/Christiane Rothländer/Pia Schölnberger (Hg.), Österreich 1933–1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime, Wien – Köln – Weimar 2012, 242–256.
- Lucile DREIDEMY, Der Dollfuß-Mythos. Eine Biographie des Posthumen, Wien – Köln – Weimar 2014.
- Werner DROBESCH, Vereine und Interessenverbände auf überregionaler (cisleithanischer) Ebene, in: Helmut Rumpler/Peter Urbanitsch (Hg.), Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Vereine, Parteien, Interessenverbände als Träger der politischen Partizipation (Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VIII/1), Wien 2006, 1029–1132.
- Wolfgang DUCHKOWITSCH, Umgang mit „Schädlingen“ und „schädlichen Auswüchsen“. Zur Auslöschung der freien Medienstruktur im „Ständestaat“, in: Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 18), Wien ⁵2005, 358–370.
- Francis DUNLOP, The Life and Thought of Aurel Kolnai, Aldershot 2002.
- Katharina EBNER, Politische Katholizismen in Österreich 1933–1938. Aspekte und Desiderate der Forschungslage, in: Florian Wenninger/Lucile Dreidemy (Hg.), Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien – Köln – Weimar 2013, 159–221.
- Rudolf EBNETH, Die österreichische Wochenschrift „Der Christliche Ständestaat“. Deutsche Emigration in Österreich 1933–1938 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Band 19), Mainz 1976.
- Karl EDER, Der Liberalismus in Altösterreich. Geisteshaltung, Politik und Kultur (Wiener historische Studien 3), Wien – München 1955.
- Stefan EMINGER, Das Gewerbe in Österreich 1930–1938. Organisationsformen, Interessenpolitik und politische Mobilität, Innsbruck – Wien – Bozen 2005.
- Stefan EMINGER, Politik und Wirtschaft. Die österreichischen Handelskammern 1930–1938, in: Florian Wenninger/Lucile Dreidemy (Hg.), Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien – Köln – Weimar 2013, 295–308.
- Gertrude ENDERLE-BURCEL (unter Mitarbeit von Johannes Kraus), Christlich-ständisch-autoritär. Mandatare im Ständestaat 1934–1938. Biographisches Handbuch der Mitglieder des Staatsrates, Bundeskulturrates, Bundeswirtschaftsrates und Länderrates sowie des

- Bundestages, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und der Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien, Wien 1991.
- Gertrude ENDERLE-BURCEL, Historische Einführung, in: Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik 1918–1938, Abt. IX, hg. von der Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien, Band 4: Kabinett Dr. Kurt Schuschnigg 2. Dezember 1935 bis 6. März 1936, bearb. von Gertrude Enderle-Burcel/Walter Mentzel, Wien 2000, XIII–XLIX.
- Gertrude ENDERLE-BURCEL, Historische Einführung zu den Kabinetten Schuschnigg I bis IV (1934–1938), in: Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik 1918–1938, Abt. IX, hg. von der Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien, Band 5: Kabinett Dr. Kurt Schuschnigg 19. März 1936 bis 24. Juli 1936, bearb. von Walter Mentzel, Wien 2000, XIII–XLIII.
- Gertrude ENDERLE-BURCEL/Alexandra NEUBAUER-CZETTL, Staat im Umbruch. Forschungslücken zur Geschichte Österreichs der Jahre 1933 bis 1938, in: Florian Wenninger/Lucile Dreidemy (Hg.), Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien – Köln – Weimar 2013, 413–427.
- Brigitte ENNSMANN, Frauenpolitik und Frauenarbeit im Austrofaschismus, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 1993.
- Peter EPEL, Zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Die Haltung der Zeitschrift „Schönere Zukunft“ zum Nationalsozialismus in Deutschland 1934–1938 (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 68), Wien – Köln – Graz 1986.
- Peter EPEL, Österreicher im Exil. USA 1938–1945. Eine Dokumentation, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 2 Bände, Wien 1995.
- Friedrich ERBEN, Schule und Ständestaat. Die österreichische Schule und ihre Bedeutung für das autoritäre Regime 1934–1938, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 1999.
- Karl Dietrich ERDMANN, Die Spur Österreichs in der deutschen Geschichte (Manesse-Bücherei 27), Zürich 1989.
- Benedikt ERHARD, 100 Jahre Tiroler Bauernbund, in: Ein bewegtes Jahrhundert. Bauernbund 1904–2004, Innsbruck 2004, 9–84.
- Michael ERNEGGER, Staatliche Sozialpolitik in Österreich 1933–1938. Unter Berücksichtigung der Vorgeschichte, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 1985.
- Raingard ESSER, Historische Semantik, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hg.), Kompass der Geschichtswissenschaft, Göttingen 2006, 281–292.
- Gudrun EXNER, Die Volkszählung von 1939 in Deutschland und Österreich – ein Beitrag zum Holocaust?, in: *Austrian Journal of Statistics* 31 (2002), Heft 4, 249–256.
- Oswald H. FALLE, Wurzeln und Auswirkungen antipluralistischer Komponenten im autoritären Ständestaat, ungedr. Dipl.-Arb., Klagenfurt 1984.
- Johannes FEICHTINGER, Wissenschaft zwischen den Kulturen. Österreichische Hochschullehrer in der Emigration 1933–1945 (Campus Forschung 816), Frankfurt a. M. 2001.
- Ferdinand FELLMANN, Daseinswelt, Arbeitswelt, Lebenswelt. Von Eucken über Habermas zu Scheler, in: Ralf Becker/Christian Bermes/Heinz Leonardy (Hg.), Die Bildung der Gesellschaft. Schelers Sozialphilosophie im Kontext, Würzburg 2007, 156–165.
- Fritz FELLNER, Die Historiographie zur österreichisch-deutschen Problematik als Spiegel

- der nationalpolitischen Diskussion, in: Heinrich Lutz/Helmut Rumpler (Hg.), Österreich und die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Probleme der politisch-staatlichen und soziokulturellen Differenzierung im deutschen Mitteleuropa (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 9), München 1982, 33–59.
- Fritz FELLNER, Der Zerfall der Donaumonarchie in weltgeschichtlicher Perspektive, in: Fritz Fellner, Vom Dreibund zum Völkerbund. Studien zur Geschichte der internationalen Beziehungen 1882–1919, hg. von Heidrum Maschl und Brigitte Mazohl-Wallnig, Wien – München 1994, 240–249.
- Fritz FELLNER, Denkschriften aus Österreich. Die österreichische Mitteleuropa-Diskussion in Wissenschaft und Politik 1915/16, in: Fritz Fellner, Vom Dreibund zum Völkerbund. Studien zur Geschichte der internationalen Beziehungen 1882–1919, hg. von Heidrum Maschl und Brigitte Mazohl-Wallnig, Wien – München 1994, 221–239.
- Fritz FELLNER, Reichsgeschichte und Reichsidee als Problem der österreichischen Historiographie, in: Wilhelm Brauneder/Lothar Höbelt (Hg.), Sacrum Imperium. Das Reich und Österreich 996–1806, Wien – München – Berlin 1996, 361–374.
- Fritz FELLNER, Österreichs historische Mission und die Reichsidee. Werk und Wirken des Historikers Hugo Hantsch in der Diskussion um ein österreichisches Geschichtsbewusstsein, in: Ulfried Burz/Michael Derndarsky/Werner Drobesh (Hg.), Brennpunkt Mitteleuropa. Festschrift für Helmut Rumpler zum 65. Geburtstag, Klagenfurt 2000, 83–96.
- Fritz FELLNER, Was heißt „Österreich“? Zu Genesis und Ausprägung des Österreich-Bewußtseins, in: Ders., Geschichtsschreibung und nationale Identität. Probleme und Leistungen der österreichischen Geschichtswissenschaft, Wien – Köln – Weimar 2002, 210–221.
- Fritz FELLNER/Doris A. CORRADINI, Österreichische Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Ein biographisch-bibliographisches Lexikon (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 99), Wien – Köln – Weimar 2006.
- Ursula FERDINAND, Zu Leben und Werk des Ökonomen Julius Wolf (1862–1937). Eine biographische Skizze, in: Rainer Mackensen/Jürgen Reulecke (Hg.), Das Konstrukt Bevölkerung vor, im und nach dem Dritten Reich, Wiesbaden 2005, 150–200.
- Hertha FIRNBERG, Vorwort, in: Sozialismus, Geschichte und Wirtschaft. Festschrift für Eduard März, Wien 1973, 7 f.
- Michael FISCH, Werke und Freuden. Michel Foucault – eine Biographie, Bielefeld 2011.
- Ernst FISCHER, Zur Geschichte der österreichischen Schriftstellerorganisationen in den dreißiger Jahren. Überlegungen und Thesen, in: Klaus Amann/Albert Berger (Hg.), Österreichische Literatur der dreißiger Jahre. Ideologische Verhältnisse. Institutionelle Voraussetzungen. Fallstudien, Wien – Köln – Graz 1985, 147–149.
- Kurt FLASCH, Die geistige Mobilmachung. Die deutschen Intellektuellen und der Erste Weltkrieg. Ein Versuch, Berlin 2000.
- Ossip K. FLECHTHEIM, Bayer, Hans, in: Wilhelm Bernsdorf und Horst Knospe (Hg.), Internationales Soziologenlexikon, Band 1, Stuttgart 1980, 23.
- Christian FLECK, Wie Neues nicht entsteht. Die Gründung des Instituts für Höhere Studien in Wien durch Ex-Österreicher und die *Ford Foundation*, in: ÖZG 11 (2000), 129–178.

- Rudolf FLOTZINGER/Gernot GRUBER (Hg.), *Musikgeschichte Österreichs, Band 3: Von der Revolution 1848 zur Gegenwart*, Wien – Köln – Weimar ²1995.
- Wilga FÖSTE, *Grundwerte in der Ordnungskonzeption der Sozialen Marktwirtschaft*, Marburg 2006.
- Josef FONTANA, *Südtirol und der italienische Nationalismus. Entstehung und Entwicklung einer europäischen Minderheitenfrage. Quellenmäßig dargestellt von Walter Freiberg, Band 1 (Schlern-Schriften 282/1)*, Innsbruck ²1994.
- Oskar Maurus FONTANA, *Einleitung zu Rudolf Henz, Der Büsser*, Graz – Wien 1957, 5–26.
- Hauke Focko FÖCKEN, *Raimund Friedrich Kaindl als Erforscher der Deutschen in den Karpatenländern und Repräsentant großdeutscher Geschichtsschreibung (Hamburger Beiträge zur Geschichte der Deutschen im europäischen Osten 3)*, Lüneburg 1996.
- Michel FOUCAULT, *Die Ordnung des Diskurses [1970/1977]*, in: Barbara Stollberg-Rilinger (Hg.), *Ideengeschichte (Basistexte Geschichte 6)*, Stuttgart 2010, 165–186.
- Michel FOUCAULT, *Archäologie des Wissens*, übersetzt von Ulrich Köppen (Suhrkamp taschenbuch 356), Frankfurt a. M. 1973.
- Hans FREYER, *Die politische Insel. Eine Geschichte der Utopien von Platon bis zur Gegenwart*, Wien – Leipzig ²2000.
- Thomas-Peter FRIEDL, *Die geheimen Zusatzprotokolle in den „Accords de Rome“ vom 7. Januar 1935. Französische und italienische Interessen in Afrika und Europa und das Scheitern der Sicherstellung der österreichischen Unabhängigkeit (Europäische Hochschulschriften XXXI/388)*, Frankfurt a. M. et al. 1999.
- Margret FRIEDRICH, *Vom Umbau der ständischen in die bürgerliche Gesellschaft mithilfe des Rechts. Eine diskursgeschichtliche Untersuchung zu österreichischen Privatrechtstexten 1753–1811*, ungedr. phil. Habilitationsschrift, Innsbruck 2002.
- Manfred S. FRINGS, M. Scheler: *Drang und Geist*, in: Josef Speck (Hg.), *Grundprobleme der großen Philosophen, Philosophie der Gegenwart II. Scheler. Hönigswald. Cassirer. Plessner. Merleau-Ponty. Gehlen (UTB 183)*, Göttingen, ²1981, 9–42.
- Herbert FRITZ, *Farben tragen, Farbe bekennen 1938 1945. Katholische Korporierte in Widerstand und Verfolgung (Acta studentica 71 B)*, Wien 1988.
- Günter FRÖHLICH, *Der Bürger und seine Bildung. Scheler und die politische Kultur*, in: Ralf Becker/Christian Bermes/Heinz Leonardy (Hg.), *Die Bildung der Gesellschaft. Schelers Sozialphilosophie im Kontext*, Würzburg 2007, 110–126.
- Ildefons M. FUX, *Für Christus und Österreich. Menschen, die Jesus Christus und ihr Heimatland liebten. 2 x 9 Lebensbilder*, Wien 2001.
- Karl GABRIEL, *Die Wurzeln des Subsidiaritätsprinzips in der katholischen Soziallehre*, in: Andreas Haratsch (Hg.), *Das Subsidiaritätsprinzip – Ein Element des europäischen Verfassungsrechts. Erträge des Symposions des Instituts für europäische Verfassungswissenschaften an der FernUniversität Hagen am 5. September 2009 (Veröffentlichungen des Dimitris-Tsatsos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften 13)*, Berlin 2014, 11–20.
- Reinhold GÄRTNER/Günther PALLAVER, *Liberale Parteien im 19. und 20. Jahrhundert*, in: Innsbrucker Historische Studien 26 (2010), 161–177.

- Lothar GALL, Von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft (Enzyklopädie deutscher Geschichte 25), München 1993.
- Anna GAMPER, Subsidiarität und Kompetenztheorie, in: Anna Gamper/Peter Bußjäger (Hg.), Subsidiarität anwenden: Regionen, Staaten, Europäische Union. *La sussidiarietà applicata: Regioni, Stati, Unione Europea* (Institut für Föderalismus. Schriftenreihe 98), Wien 2008, 109–134.
- Siegwald GANGLMAIR, Widerstand und Verfolgung in Österreich 1938–1945, hg. vom Bundespressdienst, Wien 1988.
- Jörg-Dieter GAUGER, Gemeinwohl durch Differenzierung? Bemerkungen zum ständestaatlichen Denken am Beispiel Othmar Spanns, in: Jörg-Dieter Gauger/Klaus Weigelt (Hg.), Soziales Denken in Deutschland zwischen Tradition und Innovation, Bonn 1990, 85–111.
- Michael GEHLER, Hochschule und Korporation im Ständestaat, ungedr. Dipl.-Arb., Innsbruck 1987.
- Michael GEHLER, Der lange Weg nach Europa. Österreich von Paneuropa bis zum EU-Beitritt, Band 1: Darstellung, Band 2: Dokumente, Innsbruck et al. 2002.
- Michael GEHLER, Politischer Wandel in der ausgehenden Monarchie und der Ersten Republik: Staat, Gesellschaft, Regierung, Parteien, Kommunikation, in: Michael Gehler/Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Thaur – Wien – München 2007, 19–52.
- Michael GEHLER, Europa. Ideen, Institutionen, Vereinigung, München 2010.
- Michael GEHLER/Anita ZIEGERHOFER, Richard Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung. Von ihren Anfängen bis in die Gegenwart, in: Robert Rill/Ulrich Zellenberg (Hg.), Konservatismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute, Graz – Stuttgart 1999, 291–312.
- Andrea GEIDER, Sozialabbau und autoritäres Regime. Veränderungen in der österreichischen Sozialgesetzgebung zwischen 1933 und 1938, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 1998.
- Josef GELMI, Bedeutende Tiroler Priesterpersönlichkeiten, Bozen 2009.
- Lüder GERKEN/Andreas RENNER, Die ordnungspolitische Konzeption Walter Euckens, in: Lüder Gerken (Hg.), Walter Eucken und sein Werk. Rückblick auf den Vordenker der sozialen Marktwirtschaft (Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik 41), Tübingen 2000, 1–47.
- Peter GERLICH, Julius Raab, in: Herbert Dachs et al. (Hg.), Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, Wien 1995, 469–477.
- Alexandra GERSTNER, Aristokratie und moderne Elite. Geistesaristokratische Neuadelskonzepte zwischen 1910 und 1934 am Beispiel von Kurt Hiller und Edgar J. Jung, in: Eckart Conze et al. (Hg.), Aristokratismus und Moderne. Adel als politisches und kulturelles Konzept, 1890–1945 (Adelswelten 1), Köln – Wien – Weimar 2013, 92–105.
- GESCHICHTLICHE GRUNDBEGRIFFE. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hg. von Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck, 8 Bände, Stuttgart 1972–1997.

- Luigi GHEZZI, Nostalgia e politiche della memoria: Austria, Germania e Italia nella „Questione trentina e sudtirolese“ (1870–1914), ungedr. tesi di dottorato, Trient – Innsbruck 2011.
- Claudia GIRARDI, Der Dichter Richard von Schaukal als „Konservator“ der guten alten Zeit, in: Ulrich E. Zellenberg (Hg.), *Konservative Profile. Ideen und Praxis in der Politik zwischen FM Radetzky, Karl Kraus und Alois Mock*, Graz 2003, 285–302.
- Ernst GLASER, Die Kulturleistung des Hörfunks in der Ersten Republik, in: *Geistiges Leben im Österreich der Ersten Republik (Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich. Veröffentlichungen 10)*, Wien 1986, 25–41.
- Krzysztof GLASS/Barbara SERLOTH, *Das Selbstverständnis des österreichischen Liberalismus*, Wien – Poznan 1997.
- Eva Maria GOBER, *Schule unterm Kruckenkreuz. Erziehungsansprüche im autoritären Ständestaat Österreichs 1933/34 bis 1938 am Beispiel burgenländischer Wirklichkeiten*, Wien 2011.
- Gerhard GÖHLER, Konservatismus im 19. Jahrhundert. Eine Einführung, in: Bernd Heidenreich (Hg.), *Politische Theorien des 19. Jahrhunderts. Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus*, Berlin 2002, 19–32.
- Gerhard GÖHLER, Liberalismus im 19. Jahrhundert. Eine Einführung, in: Bernd Heidenreich (Hg.), *Politische Theorien des 19. Jahrhunderts. Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus*, Berlin 2002, 211–228.
- Walter GOEHRING, *Erwachsenenbildung*, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalník (Hg.), *Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik*, Graz – Wien – Köln 1983, 609–629.
- Walter GÖHRING/Brigitte PELLAR, *Anpassung und Widerstand. Arbeiterkammern und Gewerkschaften im österreichischen Ständestaat (Schriftenreihe des Instituts zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern 13)*, Wien 2001.
- Helmuth GOETZ, *Intellektuelle im faschistischen Italien. Denk- und Verhaltensweisen (1922–1931)*, Hamburg 1997.
- Walter GOLDINGER, Kurt Schuschnigg, in: Friedrich Weissensteiner/Erika Weinzierl (Hg.), *Die österreichischen Bundeskanzler. Leben und Werk*, Wien 1983, 218–236.
- Walter GOLDINGER/Dieter A. BINDER, *Geschichte der Republik Österreich 1918–1938*, Wien 1992.
- Nils GOLDSCHMIDT, Walter Eucken, in: Gisela Riescher (Hg.), *Politische Theorie der Gegenwart in Einzeldarstellungen von Adorno bis Young*, Stuttgart 2004, 150–153.
- Helmuth GOLOWITSCH, *Der berufsständische Aufbau der Presse im Deutschen Reich (1933–45) und in Österreich (1936–45)*, ungedr. phil. Diss., Wien 1974.
- Paul GOOD, Max Scheler. Eine Einführung, Düsseldorf – Bonn 1998.
- Andreas GOPPOLD, Licht im Finstern der „Katholischen Soziallehre“. Zum Lebenswerk eines tragisch Unterdrückten: Johannes Kleinhappl (<http://www.noologie.de/tkreis11.htm>, abgerufen: 15. 11. 2015).
- Andreas GOTTSMANN, Der Reichstag von 1848/49 – Wahlen, Zusammensetzung, Arbeitsweise, in: Ernst Bruckmüller (Hg.), *Parlamentarismus in Österreich (Schriften des Instituts für Österreichkunde 64)*, Wien 2001, 21–39.

- Peter GRAFENEDER, Die wirtschaftliche und soziale Stellung der Arbeiterfamilie im österreichischen Ständestaat, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 2006.
- Margarete GRANDNER, Das Studium an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien 1945–1955, in: Margarete Grandner/Gernot Heiss/Oliver Rathkolb (Hg.), Zukunft mit Altlasten. Die Universität Wien 1945 bis 1955 (Querschnitte, Einführungstexte zur Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte 19), Innsbruck 2005, 290–312.
- Regina GRANTL, Die Arbeitsschlacht von 1935. Eine beschäftigungspolitische Initiative des Ständestaates, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 1993.
- Friedrich GRASEGGER, Denkmäler des autoritären Ständestaates. Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs 1934 bis 1938, in: Stefan Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewusstsein I. Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern, Wien – Köln – Weimar 1998, 495–546.
- Josef GREGOR, Josef Bick. Die Persönlichkeit und das Wirken als Bibliothekar, in: Josef Stummvoll (Hg.), Die Österreichische Nationalbibliothek. Festschrift zum 25 jährigen Dienstjubiläum des Generaldirektors Univ.-Prof. Dr. Josef Bick, Wien 1948, 22–44.
- Gerald GRIMM, Schulpolitik und Schulmodelle: Anspruch, Anforderungen und Realität, in: Stefan Karner/Lorenz Mikoletzky (Hg.), Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Innsbruck – Wien – Bozen 2008, 295–305.
- Karl-Heinz GROHALL, Briefs, Goetz Anton, in: Hugo Maier (Hg.), Who is who der Sozialen Arbeit, Freiburg im Br. 1998, 110 f.
- Elisabeth GROSSEGER, Mythos Prinz Eugen. Inszenierung und Gedächtnis, Wien – Köln – Weimar 2014.
- Wolf-Dietrich GRUSSMANN, Adolf Julius Merkl. Leben und Werk (Schriftenreihe des Hans Kelsen-Instituts 13), Wien 1989.
- Dina GUSEJNOVA, Adel als Berufung. Adlige Schriftsteller im deutschsprachigen Europadiskurs, 1919–1945, in: Eckart Conze et al. (Hg.), Aristokratismus und Moderne. Adel als politisches und kulturelles Konzept, 1890–1945 (Adelswelten 1), Köln – Wien – Weimar 2013, 252–280.
- Karl GUTKAS, Niederösterreich, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalknik (Hg.), Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, Graz – Wien – Köln 1983, 841–872.
- Tadeusz GUZ, Gott als der Urheber des Naturrechts, in: Ders. (Hg.), Das Naturrecht und Europa (Ad Fontes 3), Frankfurt a. M. et al. 2006, 149–179.
- Karl HAAS, Die römische Allianz 1934, in: Erich Fröschl/Helge Zoitl (Hg.), Der 4. März 1933. Vom Verfassungsbruch zur Diktatur, Wien 1983, 69–91.
- Gerd HABERMANN (Hg.), Das Maß des Menschlichen. Ein Wilhelm-Röpke-Brevier, Bern 2005.
- Karl HABSBURG-LOTHRINGEN, Die Geschichte der Österreichischen Akademien, in: Clemens Aigner/Gerhard Fritz/Constantin Staus-Rausch (Hg.), Das Habsburger-Trauma. Das schwierige Verhältnis der Republik Österreich zu ihrer Geschichte, Wien – Köln – Weimar 2014, 135–137.
- Rainer HACKEL, Gertrud Fussenegger. Das erzählerische Werk, Wien et al. 2009.
- Paul HADROSSEK, Die Bedeutung des Systemgedankens für die Moralthologie in Deutschland

- seit der Thomas-Renaissance (Münchner theologische Studien II/2), München 1950.
- Bernhard HÄRING, *Das Gesetz Christi. Moraltheologie. Dargestellt für Priester und Laien*, Freiburg i. Br. ⁵1959.
- Manfred HÄTTICH, *Wirtschaftsordnung und Katholische Soziallehre. Die subsidiäre und berufsständische Gliederung der Gesellschaft in ihrem Verhältnis zu den wirtschaftlichen Lenkungssystemen (Schriften zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme 2)*, Stuttgart 1967.
- Sebastian HAFFNER, *Preußen ohne Legende*, Hamburg ³1982.
- Heide HAMMER, Othmar Spann. Vom klerikalfaschistischen Ständestaat und seinen Kontinuitäten, in: Siegfrieds Köpfe. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus an der Universität (Context XXI 2001/7–8), 112–119.
- Iain HAMPSHER-MONK, Neuere angloamerikanische Ideengeschichte, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hg.), *Kompass der Geschichtswissenschaft*, Göttingen ²2006, 293–306.
- Theodor HANF, Karl Renners Beitrag zur Frage der Konfliktregelung in multi-ethnischen Staaten, in: Erich Fröschl/Maria Mesner/Uri Ra'anani (Hg.), *Staat und Nation in multi-ethnischen Gesellschaften*, Wien 1991, 61–90.
- Ernst HANISCH, Franz Rehr – sein Leben, in: Wolfgang Huber (Hg.), *Franz Rehr, Landeshauptmann von Salzburg 1922–1938*, Salzburg 1975, 5–42.
- Ernst HANISCH, *Konservatives und revolutionäres Denken. Deutsche Sozialkatholiken und Sozialisten im 19. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Instituts für kirchliche Zeitgeschichte am internationalen Forschungszentrum für Grundfragen der Wissenschaften Salzburg II 3)*, Wien – Salzburg 1975.
- Ernst HANISCH, *Die Ideologie des politischen Katholizismus in Österreich 1918–1938 (Veröffentlichungen des Instituts für kirchliche Zeitgeschichte am internationalen Forschungszentrum für Grundfragen der Wissenschaften Salzburg II 5)*, Wien – Salzburg 1977.
- Ernst HANISCH, *Demokratieverständnis, parlamentarische Haltung und nationale Frage bei den österreichischen Christlichsozialen*, in: Anna M. Drabek et al. (Hg.), *Das Parteienwesen Österreichs und Ungarns in der Zwischenkriegszeit (Österreichische Akademie der Wissenschaften. Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs 15)*, Wien 1990, 73–86.
- Ernst HANISCH, *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Österreichische Geschichte 1900–1990, hg. von Herwig Wolfram)*, Wien 1994.
- Ernst HANISCH, *Die linguistische Wende: Geschichtswissenschaft und Literatur*, in: Wolfgang Hardtwig/Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Kulturgeschichte heute (Geschichte und Gesellschaft. Sonderheft 16)*, Göttingen 1996, 212–230.
- Ernst HANISCH, *Aus den Tiefen der Zeit. Hypothesen über die historische Entwicklung der wirtschaftlichen Einstellungen in Österreich*, in: Ernst Hanisch/Theo Faulhaber (Hg.), *Mentalitäten und wirtschaftliches Handeln in Österreich*, Wien 1997, 9–36.
- Ernst HANISCH, *Die Politik und die Landwirtschaft*, in: Franz Ledermüller (Hg.), *Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert, Band 1: Politik – Gesellschaft – Wirtschaft*, Wien 2002, 15–189.

- Ernst HANISCH, Der Politische Katholizismus als ideologischer Träger des „Austrofaschismus“, in: Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.), *Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938* (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 18), Wien ⁵2005, 69–86.
- Ernst HANISCH, 1934. Ein Merkjahr der Geschichte Österreichs, in: Anita Ziegerhofer-Pretenthaler/Martin F. Polaschek (Hg.), *Widerstand als Bürgerpflicht. Was ist uns die Demokratie wert? Ein Symposium in Erinnerung an den 12. Februar 1934*, Graz 2005, 17–24.
- Ernst HANISCH, Das Dilemma der Politik. Die Agrarpolitik von Engelbert Dollfuß, in: Ernst Langthaler/Josef Redl (Hg.), *Reguliertes Land. Agrarpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1930–1960*, Innsbruck – Wien – Bozen 2005, 107–113.
- Ernst HANISCH, „Christlicher Ständestaat“ und autoritäre / faschistische Systeme, in: Werner Drobesch et al. (Hg.), *Mensch, Staat und Kirchen zwischen Alpen und Adria 1848–1938. Einblicke in Religion, Politik, Kultur und Wirtschaft einer Übergangszeit*, Klagenfurt – Laibach – Wien 2007, 177–181.
- Ernst HANISCH, Der große Illusionist. Otto Bauer (1881–1938), Wien – Köln – Weimar 2011.
- Ernst HANISCH, Traditionelle Männlichkeitsrollen im „Austrofaschismus“, in: Ilse Reiter-Zatloukal/Christiane Rothländer/Pia Schölnberger (Hg.), *Österreich 1933–1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime*, Wien – Köln – Weimar 2012, 220–224.
- Ernst HANISCH/Peter URBANITSCH, Die Prägung der politischen Öffentlichkeit durch die politischen Strömungen, in: Helmut Rumpler/Peter Urbanitsch (Hg.), *Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Vereine, Parteien, Interessenverbände als Träger der politischen Partizipation (Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VIII/1)*, Wien 2006, 15–111.
- David HARLAN, Der Stand der Geistesgeschichte und die Wiederkehr der Literatur, in: Martin Mulso/Andreas Mahler (Hg.), *Die Cambridge School der politischen Ideengeschichte*, Frankfurt a. M. 2010, 155–202.
- Norbert HARTL, Karl Lugmayers Philosophie der Person – ein erkenntnistheoretisches System einer Ethik, in: Erwin Bader (Hg.), *Karl Lugmayer und sein Werk. Seine politisch-soziale Bedeutung und Aktualität* (Austria. Forschung und Wissenschaft. Philosophie 4), Berlin – Wien 2007, 59–90.
- Frank HARTMANN, Geistiger Anschluss? Das Wiener Philosophische Institut und der Nationalsozialismus. Ein Bericht, in: Kurt R. Fischer/Franz M. Wimmer (Hg.), *Der geistige Anschluss. Philosophie und Politik an der Universität Wien 1930–1950*, Wien 1993, 170–178.
- Gerhard HARTMANN, Im Gestern bewährt. Im Heute bereit. 100 Jahre Carolina. Zur Geschichte des Verbandskatholizismus. Unter Mitarbeit von Dieter A. Binder, Graz – Wien – Köln 1988.
- Gerhard HARTMANN, Der CV in Österreich. Seine Entstehung, seine Geschichte, seine Bedeutung (Grazer Beiträge zur Theologiegeschichte und Kirchlichen Zeitgeschichte 12), Limburg – Kevelaer 2001.
- Gerhard HARTMANN, Eliten im „Ständestaat“. Versuche einer Einordnung, in: Florian Weninger/Lucile Dreidemy (Hg.), *Das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes*, Wien – Köln – Weimar 2013, 223–240.

- Gernot D. HASIBA, Die zweite Bundes-Verfassungsnovelle von 1929. Ihr Werdegang und wesentliche verfassungspolitische Ereignisse seit 1918 (Forschungen zur europäischen und vergleichenden Rechtsgeschichte 1), Wien – Köln – Graz 1976.
- Gernot D. HASIBA, Der berufsständische Gedanke in der österreichischen Verfassungsentwicklung (1918–1929), in: Maximilian Liebmann/Dieter A. Binder (Hg.), Hanns Sassmann zum 60. Geburtstag. Festgabe des Hauses Styria, Graz – Wien – Köln 1984, 107–121.
- Gabriella HAUCH, Vom Androzentrismus in der Geschichtsschreibung. Geschlecht und Politik im autoritären christlichen Ständestaat/„Austrofascismus“ (1933/34–1938), in: Florian Wenninger/Lucile Dreidemy (Hg.), Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien – Köln – Weimar 2013, 351–379.
- Heinz-Gerhard HAUPT, Historische Politikforschung: Praxis und Probleme, in: Ute Frevert/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt a. M. 2005, 304–313.
- Christian HAWLE, Wer war Franz Karl Ginzkey? Leben, Werk und Wirken, in: Der Fall Karl Ginzkey und Seewalchen. Eine Dokumentation, hg. vom Mauthausen aktiv-Vöcklabruck, Vöcklabruck 1989, 97–115.
- Friedrich HEER, Europäische Geistesgeschichte, hg. von Sigurd Paul Scheichl (Friedrich Heer, Ausgewählte Werke in Einzelbänden, hg. von Konrad Paul Liessmann, Band 3), Wien – Köln – Weimar 2004.
- Bernd HEIDENREICH, Politische Theorien des 19. Jahrhunderts als Grundlage des demokratischen Diskurses, in: Ders. (Hg.), Politische Theorien des 19. Jahrhunderts. Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus, Berlin 2002, 9–14.
- Gottfried HEINDL, Julius Raab. Ein österreichischer Baumeister. Dokumentation, Linz 1983.
- Walter HEINRICH, Schlüsselbegriffe der ganzheitlichen Gesellschafts- und Staatslehre, in: Othmar Spann. Gesamtausgabe, hg. von Walter Heinrich et al. (Hg.), Band 21, Graz 1979, 341–361.
- Johannes HEINRICH, Der Fall Kleinhapfl. Vortrag zu seiner Gedenkveranstaltung in Wien am 23. 10.2009 (http://www.johannesheinrichs.de/media/155/cms_4d94d8140c934.pdf, abgerufen: 15. 11. 2015)
- Karl Hans HEINZ, E. K. Winter. Ein Katholik zwischen Österreichs Fronten 1933–1938 (Dokumente zu Alltag, Politik und Zeitgeschichte 4), Wien – Köln – Graz 1984.
- Gernot HEISS, Im „Reich der Unbegreiflichkeiten“. Historiker als Konstrukteure Österreichs, in: ÖZG 7 (1996), 455–478.
- Kurt HELLER, Der Verfassungsgerichtshof. Die Entwicklung der Verfassungsgerichtsbarkeit in Österreich von den Anfängen bis zur Gegenwart, Wien 2010.
- Eckhart HELLMUTH/Christoph von EHRENSTEIN, Intellectual History Made in Britain: Die Cambridge School und ihre Kritiker, in: Geschichte und Gesellschaft 27 (2001), 149–172.
- Eckhart HELLMUTH/Martin SCHMIDT, John G.A. Pocock (* 1924), Quentin Skinner (* 1940), in: Lutz Raphael (Hg.), Klassiker der Geschichtswissenschaft, Band 2, München 2006, 261–279.
- Wolfhart HENCKMANN, Aspekte der Bildung der Gesellschaft, in: Ralf Becker/Christian Ber-

- mes/Heinz Leonardy (Hg.), *Die Bildung der Gesellschaft. Schellers Sozialphilosophie im Kontext*, Würzburg 2007, 11–30.
- Michael HENKEL, Eric Voegelin zur Einführung, Hamburg 1998.
- Ansgar HENSE, Der staats- und europarechtliche Gehalt des Subsidiaritätsprinzips in den päpstlichen Enzykliken, in: Peter Blickle/Thomas O. Hügin/Dieter Wyduckel (Hg.), *Subsidiarität als rechtliches und politisches Ordnungsprinzip in Kirche, Staat und Gesellschaft. Genese, Geltungsgrundlagen und Perspektiven an der Schwelle des dritten Jahrtausends* (Rechtstheorie, Beiheft 20), Berlin 2002, 401–430.
- Peter HERSCHE, *Gelassenheit und Lebensfreude. Was wir vom Barock lernen können*, Freiburg – Basel – Wien 2011.
- Klaus HEYDEMANN, *Literatur und Markt. Werdegang und Durchsetzung eines kleinmeisterlichen Autors in Österreich (1891–1938)*, ungedr. phil. Habilitationsschrift, Wien 1985.
- Walter HINCK, *Selbstannäherungen. Autobiographien im 20. Jahrhundert von Elias Canetti bis Marcel Reich-Ranicki*, Düsseldorf – Zürich 2004.
- Otto HINTZE, Der Beamtenstand, in: Ders., *Beamtentum und Bürokratie*, hg. und eingeleitet von Kersten Krüger, Göttingen 1981, 16–77.
- Michaela HÖCK, *Medienpolitik im „Ständestaat“ oder die Einflussnahme auf die österreichische Radioverkehrs A. G. (RAVAG)*, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 2003.
- Wolfgang HÖFLER, *Bleibende Stände in der europäischen Krise. Eine Verteidigung des christlichen Personalismus*. Aus dem Nachlass hg. von Christoph Thienen-Adlerflycht. Mit einem Geleitwort von Mohammed Rassem, Innsbruck – Wien 1992.
- Thomas HÖHNE, „Alles konstruiert, oder was?“ Über den Zusammenhang von Konstruktivismus und empirischer Forschung, in: Johannes Angermüller et al. (Hg.), *Diskursanalyse: Theorien, Methoden, Anwendungen*, Hamburg 2001, 23–35.
- Karl HÖRMANN, *Moraltheologie*, in: Ernst Chr. Suttner (Hg.), *Die Kath.-Theologische Fakultät der Universität Wien 1884–1984. Festschrift zum 600-Jahr-Jubiläum*, Berlin 1984, 187–211.
- Barbara Maria HOFER, Josef Eberle. Katholischer Publizist zwischen „Monarchie“ und „Schönerer Zukunft“. Ein Beitrag zur katholischen Publizistik der Ersten Republik, ungedr. phil. Diss., Salzburg 1995.
- Robert HOFFMANN, „Nimm Hack’ und Spaten ...“. Siedlung und Siedlerbewegung in Österreich 1918–1938 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 33), Wien 1987.
- Robert HOFFMANN, Ständische Ordnung als Utopie. Josef von Löwenthal und seine Vision vom „Christlichen Ständestaat“ des Jahres 2000, in: Reinhard Krammer/Christoph Kühberger/Franz Schausberger (Hg.), *Der forschende Blick. Beiträge zur Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert. Festschrift für Ernst Hanisch zum 70. Geburtstag* (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 37), Wien – Köln – Weimar 2010, 161–178.
- Gottfried HOHENAUER, Clemens Holzmeister zum achtzigsten Geburtstag, in: *Der Schlern* 40 (1966), 211–215.
- Oskar HOHENBRUCK, *50 Jahre Tiroler Bauernpolitik. Geschichte des Tiroler Bauernbundes 1905 bis 1954*, Innsbruck 1954.

- Johannes HOLESCHOFKY, Hugo Hantsch (1895–1972). Ein großösterreichischer Verfechter der Reichsidee?, in: Karel Hruza (Hg.), Österreichische Historiker. Lebensläufe und Karrieren 1900–1945, Band 2, Wien 2012, 451–489.
- Johanna HOLIK, Sozialminister Dr. Josef Resch (1880–1939). Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Ersten Republik, Wien 1986.
- Elfriede HOLUB, Fürst Alois Schönburg-Hartenstein (mit besonderer Berücksichtigung der Jahre 1918–1938), ungedr. phil. Diss., Wien 1964.
- Ernst HOOR, Österreich 1918–1938. Staat ohne Nation, Republik ohne Republikaner, Wien 1966.
- Ernst HOOR, Wandlungen der österreichischen Staatsidee. Vom Heiligen Römischen Reich zur österreichischen Nation, in: Georg Wagner (Hg.), Österreich. Von der Staatsidee zum Nationalbewusstsein. Studien und Ansprachen, mit einem Bildteil zur Geschichte Österreichs, Wien 1982, 433–459.
- Anton HOPFGARTNER, Kurt von Schuschnigg. Ein Mann gegen Hitler, Graz – Wien – Köln 1989.
- Maria HOSCHEK, Friedrich Wilhelm Foerster (1869–1966) (Europäische Hochschulschriften III/920), Frankfurt a. M. et al. 32006.
- Edeltrud HUBER, Die Verfassung des Ständestaates in ihrer praktischen Auswirkung, ungedr. phil. Diss., Wien 1961.
- Hans HUEBNER, Dr. Otto Ender, Dornbirn 1957.
- Thomas O. HÜGLIN, Föderalismus und Subsidiarität. Ein Beitrag zu Schnittstellen der politischen Ideengeschichte, in: Peter Blickle/Thomas O. Hüglin/Dieter Wyduckel (Hg.), Subsidiarität als rechtliches und politisches Ordnungsprinzip in Kirche, Staat und Gesellschaft. Genese, Geltungsgrundlagen und Perspektiven an der Schwelle des dritten Jahrtausends (Rechtstheorie, Beiheft 20), Berlin 2002, 325–336.
- Gerhard HUEMER, Viktor Franz Hess, ungedr. phil. Diss., Innsbruck 1985.
- Peter HUEMER, Sektionschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich. Eine historisch-politische Studie, Wien 1975.
- Peter HUEMER, Die Entstehung der ständisch-autoritären Verfassung in Österreich, ungedr. phil. Diss., Wien 1976.
- Oliver HUMBERG/Stephan HÖTZEL (Hg.), Das geistige Deutschland angesichts der jüdischen Frage. Positionen 1932–1938, Fresen 1994.
- Walter IBER, Vom Syllabus zum Ständestaat. Der Antimarxismus/Antisozialismus der christlichsozialen Partei in seinen ideologischen Grundlagen und in ausgewählten Maßnahmen, ungedr. Dipl.-Arb., Graz 2004.
- Georg IGGERS, Zur „Linguistischen Wende“ im Geschichtsdenken und in der Geschichtsschreibung, in: Geschichte und Gesellschaft 21 (1995), 557–570.
- Wolf IN DER MAUR, Einleitung zu Guido Zernatto, Vom Wesen der Nation, Wien 1966.
- Josef ISENSEE, Subsidiarität – Das Prinzip und seine Prämissen, in: Peter Blickle/Thomas O. Hüglin/Dieter Wyduckel (Hg.), Subsidiarität als rechtliches und politisches Ordnungsprinzip in Kirche, Staat und Gesellschaft. Genese, Geltungsgrundlagen und Perspektiven an der Schwelle des dritten Jahrtausends (Rechtstheorie, Beiheft 20), Berlin 2002, 129–177.

- Clemens JABLONER, Wenigstens formale Kontinuität? Gescheiterte Bemühungen nach dem 4. März 1933, in: Staats- und Verfassungskrise 1933, hg. von der Parlamentsdirektion, Wien – Köln – Weimar 2014, 99–112.
- Siegfried JÄGER, Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, in: Reiner Keller et al. (Hg.), Handbuch der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse, Band 1: Forschungspraxis, Opladen 2003, 81–112.
- Siegfried JÄGER, Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Münster ^e2012.
- Gerhard JAGSCHITZ, Der österreichische Ständestaat 1934–1938, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalník (Hg.), Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, Graz – Wien – Köln 1983, 497–515.
- Gerhard JAGSCHITZ, Engelbert Dollfuß, in: Friedrich Weissensteiner/Erika Weinzierl (Hg.), Die österreichischen Bundeskanzler. Leben und Werk, Wien 1983, 190–215.
- Allan JANIK, Liberalismus und Aufklärungswelt: Definition und Entwicklungszusammenhänge, in: Emil Brix/Wolfgang Mantl (Hg.), Liberalismus. Interpretationen und Perspektiven (Studien zu Politik und Verwaltung 65), Wien – Köln – Graz 1996, 65–77.
- Susanne JANISTYN-NOVÁK, Vorwort, in: Staats- und Verfassungskrise 1933, hg. von der Parlamentsdirektion, Wien – Köln – Weimar 2014, 7–15.
- Pia JANKE,,„Österreich über alles!“ Massenspiele im Austrofaschismus. Politische Mythen und nationale Identitäten im (Musik-)Theater, in: Peter Csobádi et al. (Hg.), Politische Mythen und nationale Identitäten im (Musik-)Theater. Vorträge und Gespräche des Salzburger Symposions 2001, Band 1, Anif/Salzburg 2003, 336–347.
- Horst JARKA, Zur Literatur- und Theaterpolitik im „Ständestaat“, in: Franz Kadrnoska (Hg.), Aufbruch und Untergang. Österreichische Kultur zwischen 1918 und 1938, Wien – München – Zürich 1981, 499–538.
- Ludwig JEDLICKA, Österreich und Italien 1922 bis 1938, in: Wissenschaft und Weltbild 26 (1973), Heft 1, 45–61.
- Ludwig JEDLICKA (Hg.), Das Juliabkommen von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen. Protokoll des Symposiums in Wien am 10. und 11. Juni 1976, Wien 1977.
- Ludwig JEDLICKA, Vom alten zum neuen Österreich. Fallstudien zur österreichischen Zeitgeschichte 1900–1975, St. Pölten 1977.
- Elisabeth JELINEK, Der politische Lebensweg Dr. Heinrich Matajas. Ein Beitrag zur Geschichte der christlichsozialen Partei in der Ersten Republik, ungedr. phil. Diss., Wien 1971.
- Brigitte JENNER, Franz Schnürer. Eine Biographie, ungedr. phil. Diss., Wien 1980.
- William M. JOHNSTON, Der österreichische Mensch. Kulturgeschichte der Eigenart Österreichs (Studien zu Politik und Verwaltung 94), Wien – Köln – Graz 2010.
- Robert JÜTTE, Zwischen Ständestaat und Austrofaschismus. Der Beitrag Otto Brunners zur Geschichtsschreibung, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte 13 (1984), 237–262.
- Robert JÜTTE, Diskursanalyse in Frankreich, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hg.), Kompass der Geschichtswissenschaft, Göttingen ²2006, 307–317.
- Sabine JUFFINGER, Politischer Katholizismus im Austrofaschismus 1933/34–1938. Zur Analyse

- der politischen Rhetorik des Austrofaschismus am Beispiel der „österreichischen Mission“ sowie anhand der Konstruktion des Geschlechterverhältnisses, ungedr. Dipl.-Arb., Innsbruck 1993.
- Alois KABELKA, Anton Orel und die „Studienrunde katholischer Soziologen“, in: Ernst Josef Görlich et al. (Hg.), Anton Orel. Kündler christlicher Sozial- und Kulturreform. Eine Festgabe aus Anlass der Vollendung des 70. Lebensjahres, Salzburg 1952, 73–85.
- Tobias KAESTLI, Selbstbezogenheit und Offenheit. Die Schweiz in der Welt des 20. Jahrhunderts. Zur politischen Geschichte eines neutralen Kleinstaats, Zürich 2005.
- Friedrich KAINZ, Hauptprobleme der Kulturphilosophie. Im Anschluss an die kulturphilosophischen Schriften Richard Meisters (Österreichische Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse, Sitzungsberichte 320), Wien 1977.
- Gerd Klaus KALTENBRUNNER, Europa. Seine geistigen Quellen in Porträts aus zwei Jahrtausenden, Band 1, Heroldsberg 1980.
- Christoph KAMPMANN, Das Heilige Römische Reich deutscher Nation – das nominelle Imperium, in: Michael Gehler/Robert Rollinger (Hg.), Imperien und Reiche in der Weltgeschichte. Epochenübergreifende und globalhistorische Vergleiche, Wiesbaden 2014, 711–724.
- Robert A. KANN, Das Nationalitätenproblem in der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918 (Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft Ost 4), Graz ²1964.
- Robert A. KANN, Die Habsburgermonarchie und das Problem des übernationalen Staates, in: Adam Wandruszka/Peter Urbanitsch (Hg.), Verwaltung und Rechtswesen (Die Habsburgermonarchie 1848–1918 II), Wien 1975, 1–56.
- Helmut KARLICK, Lois Weinberger. Ein Leben für Österreich, Wien 1988.
- Stefan KARNER, Steiermark. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Innsbruck – Wien 2012.
- Peter KAROSHI, Die Erinnerung an das Reich der Habsburger in der Ersten Republik und dem ständestaatlichen Österreich: ein Ort des „Gedächtnisses“, ungedr. Dipl.-Arb., Graz 2000.
- Reiner KELLER, Diskursforschung. Eine Einführung für Sozialwissenschaftlerinnen (Qualitative Sozialforschung 14), Wiesbaden ³2007.
- Lajos KEREKES, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, Wien – Frankfurt – Zürich 1966.
- Herbert KESSLER, Ulrich Ilg. Bauer und Staatsmann, in: Montfort 38 (1986), 73–75.
- Bernd KETTERN, Spann, Othmar, in: BBKL 14 (1998), 1493–1497.
- Hubert KIESEWETTER, Julius Wolf 1862–1937. Zwischen Judentum und Nationalsozialismus. Eine wissenschaftliche Biographie, Stuttgart 2008.
- Gottfried-Karl KINDERMANN, Hitlers Niederlage in Österreich. Bewaffneter NS-Putsch, Kanzlermord und Österreichs Abwehrsieg 1934, Hamburg 1984.
- Gottfried-Karl KINDERMANN, Der Feindcharakter Österreichs in der Perzeption des Dritten Reiches. Bemerkungen zu dem Beitrag von Gerhard L. Weinberg, in: Gerald Stourzh/Brigitta Zaar (Hg.), Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichi-

- sche Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938 (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 16), Wien 1990, 75–96.
- Gottfried-Karl KINDERMANN, Konservatives Denken und die Frage der österreichischen Identität in der Ersten Republik, in: Robert Rill/Ulrich Zellenberg (Hg.), Konservatismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute, Graz – Stuttgart 1999, 213–230.
- Gottfried-Karl KINDERMANN, Österreich gegen Hitler. Europas erste Abwehrfront 1933–1938, München 2003.
- Gottfried-Karl KINDERMANN/Helmut RUMPLER/Maximilian LIEBMANN/Ernst HANISCH, Politik und Persönlichkeit von Engelbert Dollfuß als Kontroverse der österreichischen Zeitgeschichtsschreibung. Diskussion. Christliche Demokratie 10 (1993), 85–104.
- Johann KIRCHINGER, Pfarrer Joseph Weigert 1870–1945. Vom Landseelsorger zum „Bauernpfarrer“, in: Florian Trenner (Hg.), Diener im Weinberg des Herrn. Priesterpersönlichkeiten aus 12 Diözesen, München 2008, 243–248.
- Birgit KIRCHMAYR, Und das Ideale ist die Frau und Mutter. Austrofaschistische Frauenpolitik und weibliche Erinnerung, ungedr. Dipl.-Arb., Salzburg 1996.
- Endre KISS, Max Schelers „Umsturz der Werte“ als Kritik der europäischen Moderne, in: Gerhard Pfafferott (Hg.), Vom Umsturz der Werte in der modernen Gesellschaft. II. Internationales Kolloquium der Max-Scheler-Gesellschaft, Universität zu Köln 7.–10. Juni 1995, Bonn 1997, 129–140.
- Ernst KLEE, Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt a. M. 2009.
- Georg KLEMPERER, Konzepte zum Korporativen Staat – Herkunft und Wiederaufleben in der Schweiz um 1930 (Berichte aus der Rechtswissenschaft), Aachen 1996.
- Klemens von KLEMPERER, Ignaz Seipel, in: Friedrich Weissensteiner/Erika Weinzierl (Hg.), Die österreichischen Bundeskanzler. Leben und Werk, Wien 1983, 92–116.
- Hermann KLENNER, Der Januskopf des Naturrechts – damals und heute, in: Heinz Barta/Günther Pallaver (Hg.), Karl Anton von Martini. Ein österreichischer Jurist, Rechtslehrer, Justiz- und Bildungsreformer im Dienste des Naturrechts (Recht und Kultur 4), Wien 2007, 22–39.
- Rupert KLIEBER, Quadragesimo anno e lo „Ständestaat“ d’ Austria nuova (1934–1938), in: Cosimo Semeraro (a cura di), La sollecitudine ecclesiale di Pio XI. Alla luce delle nuove fonti archivistiche. Atti del Convegno Internazionale di Studio Città del Vaticano, 26–28 febbraio 2009 (Pontificio Comitato di Scienze Storiche. Atti e documenti 31), Città del Vaticano 2010, 347–362.
- Grete KLINGENSTEIN, Bemerkungen zum Problem des Faschismus in Österreich, in: Österreich in Geschichte und Literatur 14 (1970), 1–13.
- Wendula Gräfin von KLINCKOWSTROEM, Walter Eucken: Eine biographische Skizze, in: Lüder Gerken (Hg.), Walter Eucken und sein Werk. Rückblick auf den Vordenker der sozialen Marktwirtschaft (Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik 41), Tübingen 2000, 53–115.

- Alfred KLOSE, Die Interessenverbände, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalnik (Hg.), Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, Graz – Wien – Köln 1983, 331–341.
- Alfred KLOSE, Berufsständische Ordnung und Sozialpartnerschaft, in: Alfred Klose et al. (Hg.), Das neue Naturrecht. Die Erneuerung der Naturrechtslehre durch Johannes Messner, Berlin 1985, 197–208.
- Alfred KLOSE, Geistige Grundlagen der Sozialpartnerschaft im katholischen Sozialdenken, in: Gerald Stourzh/Margarete Grandner (Hg.), Historische Wurzeln der Sozialpartnerschaft (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 12/13), München 1986, 53–68.
- Alfred KLOSE, Quadregesimo anno, der österreichische Ständestaat und Österreich heute, in: Wolfgang J. Mückl (Hg.), Die Enzyklika Quadregesimo anno und der Wandel der sozialstaatlichen Ordnung (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft NF 62), Paderborn et al. 1991, 25–35.
- Ruth KLÜGER, Gelesene Wirklichkeit. Fakten und Fiktionen in der Literatur, Göttingen 2006.
- Harm KLUETING, L' „imperatore romano eletto“ e l' „imperatore d' Austria“: due figure di imperatore fra vecchio Impero e nuovi imperi, in: Marco Bellabarba et al. (a cura di), Gli imperi dopo l' Impero nell' Europa del XIX secolo (Annali dell' Istituto storico italo-germanico in Trento Quaderni 76), Bologna 2008, 189–216.
- Ulrich KLUGE, Der österreichische Ständestaat 1934–1938. Entstehung und Scheitern, Wien 1984.
- Ulrich KLUGE, Engelbert Dollfuß. Agrarpolitiker in der Krisenzeit 1922–1934. Versuch einer biographischen Annäherung, in: Christliche Demokratie 1985, 127–143.
- Ulrich KLUGE, Bauern, Agrarkrise und Volksernährung in der europäischen Zwischenkriegszeit. Studien zur Agrargesellschaft und -wirtschaft der Republik Österreich 1918 bis 1938 (Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 86), Stuttgart 1988.
- Christl KLUWICK-MUCKENHUBER, Johann Staud. Ein Leben für die Arbeiterschaft, Wien – München 1969.
- Oswald KNAUER, Das österreichische Parlament von 1848–1966 (Österreich-Reihe 358–361), Wien 1961.
- Monika KNOFLER, Clemens Holzmeister, das architektonische Werk, ungedr. phil. Diss., 4 Bände, Innsbruck 1976.
- August Maria KNOLL, Der soziale Katholizismus in Österreich. Von der Romantik bis zum Quadregesimo-anno-Staat, in: Ernst Josef Görlich et al. (Hg.), Anton Orel. Kündler christlicher Sozial- und Kulturreform. Eine Festgabe aus Anlass der Vollendung des 70. Lebensjahres, Salzburg 1952, 7–17.
- Elena María KOCH, Die katholische Soziologie in Spanien. Jaime Balmes und Juan Donoso Cortés (1809–1853), Aachen 1993.
- Angelika KÖNIGSEDER, Antisemitismus 1918–1938, in: Emmerich Tálos/ Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 18), Wien 2005, 54–65.
- Nina KOGLER, Sigismund Waitz – Bischof der Katholischen Frauenorganisation, in: Helmut

- Alexander (Hg.), Sigismund Waitz. Seelsorger, Theologe und Kirchenfürst, Innsbruck – Wien – Bozen 2010, 293–330.
- Panajotis KONDYLIIS, Konservatismus. Geschichtlicher Gehalt und Untergang, Stuttgart 1986.
- Jürgen KOLLER, Die soziale Entwürdigung von Mensch und Person in Kapitalismus und Sozialismus. Eine Auseinandersetzung mit den politisch-ökonomischen Ansätzen von Adam Smith und Karl Marx anhand eines Vergleiches von „An Inquiry into the Causes of Wealth of Nations“ und „Das Kapital I“, ungedr. phil. Diss., Innsbruck 2007.
- Helmut KONRAD, Die Verankerung von Ständestaat und Nationalsozialismus in den sozial schwächeren Gruppen 1934–1938, in: Felix Kreissler (Hg.), Fünfzig Jahre danach – der „Anschluss“ von innen und außen gesehen. Beiträge zum Internationalen Symposium von Rouen 28. Februar – 4. März 1988, veranstaltet vom Centre d'Etudes et de Recherches Austrichiennes (CERA) der Universität Rouen in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Kulturinstitut in Paris (Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung), Wien 1989, 159–173.
- Helmut KONRAD/Werner SUPPANZ, Die Legitimation der österreichischen Eigenständigkeit durch Rückgriff auf die Geschichte im „Ständestaat“ und in der frühen Zweiten Republik, in: Gesellschaft und Demokratie nach 1945. Symposium. Oktober 1995, hg. vom Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Wien 1996, 73–78.
- Helmut KONRAD, Der 12. Februar 1934 in Österreich, in: Günther Scheffbeck (Hg.), Österreich 1934. Vorgeschichte – Ereignisse – Wirkungen, Wien – München 2004, 91–98.
- Helmut KONRAD, Die Bruchlinie 1934 und die Notwendigkeit einer theoretisch fundierten Geschichtswissenschaft, in: Gerald Schöpfer/Barbara Stelzl-Marx (Hg.), Wirtschaft. Macht. Geschichte. Brüche und Kontinuitäten im 20. Jahrhundert. Festschrift Stefan Karner, Graz 2012, 47–56.
- Ilse KOROTIN/Heidi SCHRODT, Gertrud Herzog-Hauser (1894–1953). Klassische Philologin, Universitätsdozentin und Schuldirektorin, Wien 2009.
- Andreas KORP, Stein auf Stein. 50 Jahre Grosseinkaufsgesellschaft österreichischer Consumvereine. Ein Gedenkbuch, Wien 1955.
- Anita KORP, Der Aufstieg vom Soldaten zum Vizekanzler im Dienste der Heimwehr: Eduard Baar von Baarenfels, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 1998.
- Wilhelm KOSCH (Hg.), Deutsches Literaturlexikon. Das 20. Jahrhundert, Band 5, Zürich – München 2003.
- Reinhart KOSELLECK, Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt, Frankfurt a. M. 1973.
- Reinhart KOSELLECK, Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848, Stuttgart 1987.
- Peter KOSLOWSKI, Liberalismus, soziale Frage und Solidarität, in: Emil Brix/Wolfgang Mantl (Hg.), Liberalismus. Interpretationen und Perspektiven (Studien zu Politik und Verwaltung 65), Wien – Köln – Graz 1996, 197–217.
- Tanja KRALER, „Gott schütze Österreich vor seinen ‚Staatsmännern‘, aber auch vor seinen

- „Freunden“. Das Tagebuch von Hans Schlitter 1912–1927, ungedr. phil. Diss., Innsbruck 2009.
- Hans KRAMER, Franz Kolb. Ein Tiroler Politiker und Historiker, in: Institut für Österreichische Geschichtsforschung (Hg.), Österreich und Europa. Festgabe für Hugo Hantsch zum 70. Geburtstag, Graz 1965, 565–579.
- Johannes KRAUS, „Volksvertreter“ oder „Statisten des Regierungsabsolutismus“? Eine Untersuchung der österreichischen Organe der Bundesgesetzgebung 1934 bis 1938 einschließlich einer kollektivbiographischen Analyse ihrer Mitglieder, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 1991.
- Peter KRAUSE, CV und Politik in Österreich 1918–1938, in: Geistiges Leben im Österreich der Ersten Republik (Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich. Veröffentlichungen 10), Wien 1986, 104–116.
- Félix KREISSLER, Kultur als subversiver Widerstand. Ein Essay zur österreichischen Identität, München – Salzburg – Rom 1996.
- Robert KRIECHBAUMER, Leopold Figl, in: Herbert Dachs et al. (Hg.), Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, Wien 1995, 125–133.
- Robert KRIECHBAUMER, Der Landbund. Historische Entwicklungslinien einer deutschnationalen Milieupartei in der Ersten Republik, in: Ulfried Burz/Michael Derndarsky/Werner Drobesh (Hg.), Brennpunkt Mitteleuropa. Festschrift für Helmut Rumpfer zum 65. Geburtstag, Klagenfurt 2000, 519–534.
- Robert KRIECHBAUMER, Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945 (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek 12), Wien – Köln – Weimar 2001.
- Robert KRIECHBAUMER (Hg.), Österreich! und Front Heil! Aus den Akten des Generalsekretariats der Vaterländischen Front. Innenansichten eines Regimes (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 23), Wien – Köln – Weimar 2005.
- Robert KRIECHBAUMER (Hg.), „Dieses Österreich retten ...“. Die Protokolle der Parteitage der Christlichsozialen Partei in der Ersten Republik (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 27), Wien – Köln – Weimar 2006.
- Martin KRIST, Zur literaturpolitischen und literarischen Kontinuität vom Ständestaat ins Nachkriegsösterreich, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 1988.
- Friedhelm KRÖLL, „Der Bürger braucht Rosa, das ist seine Farbe“ (Léon Bloy). Diskurs als Maske – Naphta-Motive bei Léon Bloy, Siegfried Kracauer und Neil Postman, in: Günter Meuter/Henrique Ricardo Otten (Hg.), Der Aufstand gegen den Bürger. Antibürgerliches Denken im 20. Jahrhundert, Würzburg 1999, 275–285.
- Richard KROMAR, Der „Österreich-Mythos“. Die Funktion der Presse im „Ständestaat“, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 2000.
- Hans Jürgen KRÜGER, Demokratisches und ständisches Denken im deutschen und österreichischen Sozialkatholizismus, in: Hartmut Bookmann et al. (Hg.), Geschichte und Gegen-

- wart. Festschrift für Karl Dietrich Erdmann, Neumünster 1980, 327–349.
- Primus-Heinz KUCHER, Die Staatsbürgerliche Erziehung in der Schulreform der Ersten Republik im Spiegel der parlamentarischen Diskussion, in: Erik Adam (Hg.), Die österreichische Reformpädagogik 1918–1938. Symposiumsdokumentation (Beiträge zur Geschichte der Pädagogik 1), Wien – Köln – Graz 1981, 243–259.
- Martin KUGLER, Die frühe Diagnose des Nationalsozialismus. Christlich motivierter Widerstand in der österreichischen Publizistik (Europäische Hochschulschriften III/670), Frankfurt a. M. et al. 1995.
- Adelheid KUSSTATSCHER-OBERKOFER, Die außenpolitischen Beziehungen Österreichs zu Italien und ihre Rückwirkungen auf die offizielle Position in der Südtirol-Frage 1919–1930, ungedr. phil. Diss., Innsbruck 1991.
- Erika KUSTATSCHER, „Virtus in medio consistit“. Klugheit und Gerechtigkeit in moraltheologischen Arbeiten aus Tirol vom 17. bis ins frühe 20. Jahrhundert, in: Georg Mühlberger/Mercedes Blaas (Hg.), Grafschaft Tirol – Terra Venusta. Studien zur Geschichte Tirols, insbesondere des Vinschgaus. In Würdigung der Kulturarbeit von Marjan Cescutti (Schlern-Schriften 337), Innsbruck 2007, 195–210.
- Erika KUSTATSCHER, Haus und Familie – Basiskategorien von Gesellschaft und Politik im Übergang vom ständischen zum bürgerlichen Zeitalter im Spiegel moraltheologischer Arbeiten aus Tirol, in: Tiroler Heimat 74 (2010), 107–179.
- Bernhard KYTZLER, Utopisches Denken und Handeln in der Klassischen Antike, in: Rudolf Villgratner et al. (Hg.), Der utopische Roman, Darmstadt 1973, 45–68.
- Andrea LAABER, Das österreichische Schulsystem in der Zeit des Ständestaates und des Nationalsozialismus, ungedr. Dipl.-Arb., Linz 1996.
- Johann Georg LACKNER, Die Ideologie und die Bedeutung der Christlichsozialen Partei bei der Errichtung des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 1995.
- Ernst LAGLER/Johannes MESSNER (Hg.), Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Ordnung. Ferdinand Degenfeld-Schonburg zum 70. Geburtstag gewidmet, Wien 1952.
- Georg LANDGREBE/Michael WEIGL, Die Aktualität von Dollfuß, in: Georg Landgrebe/Christoph Noser (Hg.), „Austriam instaurare in Christo“. Engelbert Dollfuß im Lichte seines Biographen und Mitstreiters Dietrich von Hildebrand. Zum 75. Todestag des österreichischen Kanzlers (Civitas. Sonderheft 3), 2009, 139–184.
- Achim LANDWEHR, Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse (Historische Einführungen 8), Tübingen 2001.
- Achim LANDWEHR, Historische Diskursanalyse (Historische Einführungen 4), Frankfurt a. M. – New York 2008.
- Hilde Verena LANG, Bundespräsident Miklas und das autoritäre Regime 1933–1938, ungedr. phil. Diss., Wien 1972.
- Dieter LANGEWIESCHE, Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München 2000.
- Dieter LANGEWIESCHE, ‚Nation‘, ‚Nationalismus‘, ‚Nationalstaat‘ in der europäischen Geschichte seit dem Mittelalter – Versuch einer Bilanz, in: Dieter Langewiesche/Georg

- Schmidt (Hg.), *Föderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg*, München 2000, 9–30.
- Dieter LANGEWIESCHE, *Liberalismus heute*, Wien 2001.
- Dieter LANGEWIESCHE, Was heißt „Erfindung der Nation“?, in: Mathias Beer (Hg.), *Auf dem Weg zum ethnisch reinen Nationalstaat? Europa in Geschichte und Gegenwart*, Tübingen 2004, 19–40.
- Maria Margarethe LASINGER, „die pause“ und andere Kulturzeitschriften zur Zeit des Austrofaschismus. Ein Beitrag zur Erforschung historischer Kulturkommunikation und der Kulturpolitik des Ständestaates, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 1994.
- Elisabeth LEBENSAFT/Christoph MENTSCHL, *Feudalherren – Bauern – Funktionäre. Österreichs Agrarelite im 20. Jahrhundert. Ein biographisches Handbuch (Studien und Forschungen aus dem niederösterreichischen Institut für Landeskunde 30)*, St. Pölten 2003.
- Karl LECHNER, Sinn und Aufgaben Geschichtlicher Landeskunde, in: Pankraz Fried (Hg.), *Probleme und Methoden der Landesgeschichte (Wege der Forschung 492)*, Darmstadt 1978, 83–116.
- Jürgen LEHMANN, *Bekennen – Erzählen – Berichten. Studien zu Theorie und Geschichte der Autobiographie (Studien zur deutschen Literatur 98)*, Tübingen 1988.
- Peter LEISCHING, Die römisch-katholische Kirche in Cisleithanien, in: Adam Wandruszka/Peter Urbanitsch (Hg.), *Die Konfessionen (Die Habsburgermonarchie 1848–1918 IV)*, Wien 1985, 1–247.
- Olaf LEISSE, *Der Untergang des österreichischen Imperiums. Otto Bauer und die Nationalitätenfrage in der Habsburger Monarchie (Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag. Reihe Politikwissenschaften 55)*, Marburg 2012.
- Hans LEMBERG, *Kulturautonomie, Minderheitenrechte, Assimilation. Nationalstaaten und Minderheiten zwischen den beiden Weltkriegen in Mitteleuropa*, in: Mathias Beer (Hg.), *Auf dem Weg zum ethnisch reinen Nationalstaat? Europa in Geschichte und Gegenwart*, Tübingen 2004, 91–117.
- Norbert LESER, Merkl's Analyse der ständisch-autoritären Verfassung 1934, in: Robert Walter (Hg.), *Adolf J. Merkl. Werk und Wirksamkeit. Ergebnisse eines internationalen Symposions in Wien (22.–23. März 1990)*, Wien 1990, 213–229.
- Kurt R. LEUBE, *Über Ludwig von Mises*, Düsseldorf 1996.
- LEXIKON DES KONSERVATISMUS, hg. von Caspar von Schrenck-Notzing, Graz – Stuttgart 1996.
- LEXIKON FÜR THEOLOGIE UND KIRCHE, hg. von Michael Buchberger, 10 Bände, Freiburg i. Br. ¹1930–1938.
- LEXIKON FÜR THEOLOGIE UND KIRCHE, hg. von Walter Kasper, 11 Bände, Freiburg i. Br. ³1993–2001.
- Karin LIEBHART, Vom Wesen der Frau, in: Brigitte Lehmann (Hg.), *Dass die Frau zur Frau erzogen wird. Frauenpolitik und Ständestaat*, Wien 2008, 171–179.
- Maximilian LIEBMANN, Kirche und Politik in der Ersten Republik von 1918 bis 1938, in: *Christliche Demokratie* 1984, 20–37.
- Maximilian LIEBMANN, Bundeskanzler Seipels Frauenbild, in: *Christliche Demokratie* 1984, 253–261.

- Maximilian LIEBMANN, Die Kirche in Österreich, ihr Verhältnis zum Ständestaat, zur NS-Bewegung und ihre Rolle in der Anschlusszeit, in: Josef F. Desput (Hg.), Österreich 1934–1984. Erfahrungen, Erkenntnisse, Besinnung, Graz – Wien – Köln 1984, 104–134.
- Maximilian LIEBMANN, Katholische Aktion und Ständestaat, in: Hans Walter Kaluza et al. (Hg.), Pax et iustitia. Festschrift für Alfred Kostecky zum 70. Geburtstag, Berlin 1990, 601–622.
- Edith LINDER, Die Hirtenberger Waffenaffäre, ungedr. Dipl.-Arb., Innsbruck 1997.
- Godehard LINDGENS, Die politischen Implikationen der katholischen Soziallehre, in: Iring Fetscher/Herfried Münkler (Hg.), Pipers Handbuch der politischen Ideen, Band 5, München – Zürich 1987, 83–104.
- Juan J. LINZ, Totalitäre und autoritäre Regime, hg. von Raimund Krämer (Potsdamer Textbücher 4), Potsdam 2009.
- Georg LOHMANN, Neokonservative Antworten auf moderne Sinnverlusterfahrungen. Über Odo Marquard, Hermann Lübke und Robert Spaemann, in: Richard Faber (Hg.), Konservativismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 1991, 183–201.
- Hartmut LOHMANN, Kuefstein, Franz Graf, in: BBKL 4 (1992), 745–747.
- Alexander LOHNER, Peter Wust. Gewissheit und Wagnis, Paderborn 1995.
- Dagmar C. G. LORENZ, Frank Zwillinger: Wiener Welttheater, in: Modern Austrian Literature 21 (1988), 61–82.
- Willy LORENZ, Dr. Friedrich Funder. Mythos und Wirklichkeit, in: Friedrich Funder, Vom Gestern ins Heute, Wien – München ³1952, 5–12.
- Willy LORENZ, Katholisches Geistesleben in der Zwischenkriegszeit, in: Norbert Leser (Red.), Das geistige Leben Wiens in der Zwischenkriegszeit. Ringvorlesung, 19. Mai – 20. Juni 1980 im Internationalen Kulturzentrum Wien 1., Annagasse 20 (Quellen und Studien zur österreichischen Geistesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert 1), Wien 1981, 18–27.
- Günther LOTTES, Neue Ideengeschichte, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hg.), Kompass der Geschichtswissenschaft, Göttingen ²2006, 261–269.
- August LOVREK, Die legitimistische Bewegung, in: Robert Rill/Ulrich Zellenberg (Hg.), Konservatismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute, Graz – Stuttgart 1999, 231–243.
- Paul Michael LÜTZELER (Hg.), Hermann Broch, Briefe an Erich von Kahler (1940–1951), Berlin – New York 2010.
- Franz LUGMAYER, Karl Lugmayer. Sein Weg zu einer neuen Ordnung, Wien 1990.
- Heinrich LUTZ, Das Türkenjahr 1683 in christlicher Sicht, in: Norbert Leser (Hg.), Religion und Kultur an Zeitenwenden. Auf Gottes Spuren in Österreich, Wien – München 1984, 80–90.
- Radomír LUŽA, Der Widerstand in Österreich 1938–1945, Wien 1985.
- Sylvia MADEREGGER, Die Juden im österreichischen Ständestaat (Veröffentlichungen des Historischen Instituts der Universität Salzburg), Wien – Salzburg 1973.
- Wolfgang MADERTHANER, 12. Februar 1934: Sozialdemokratie und Bürgerkrieg, in: Rolf Steininger/Michael Gehler (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden, Band 1, Wien – Köln – Weimar 1997, 153–200.

- Wolfgang MADERTHANER, Die Krise einer Kultur, in: Günther Scheffbeck (Hg.), Österreich 1934. Vorgeschichte – Ereignisse – Wirkungen, Wien – München 2004, 60–69.
- Wolfgang MADERTHANER/Michaela MAIER (Hg.), „Der Führer bin ich selbst“. Engelbert Dollfuß – Benito Mussolini. Briefwechsel. Überarbeitete und ergänzte Neuauflage der Broschüre „Der geheime Briefwechsel Dollfuß – Mussolini“ (Wien 1949). Mit weiterführenden Beiträgen zum Austrofaschismus von Emmerich Tálos und Wolfgang Maderthanner, Wien 2004.
- Stefan MALFÈR, Wien und Rom nach dem Ersten Weltkrieg. Österreichisch-italienische Beziehungen 1919–1923 (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 66), Wien – Köln – Graz 1978.
- Francesco MALGERI (a cura di), Aspetti e momenti dell'azione sociale dei cattolici in Italia 1892–1926. Saggio autobiografico, Roma 1968.
- Karl MANNHEIM, Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus, Darmstadt 1958.
- Karl MANNHEIM, Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens (Suhrkamp-Taschenbuch 478), Frankfurt a. M. 1984.
- Christian MARESC, Die katholische Kirche im österreichischen Ständestaat, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 1993.
- Josef MARKO, Ernst Karl Winters Kritik an Ignaz Seipel. Ein kritischer Beitrag zum Staats- und Demokratieverständnis der Ersten Republik, in: Geschichte und Gegenwart 2 (1983), 128–149.
- Matthias MARSCHIK, Turnen und Sport im Austrofaschismus (1934–1938), in: Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 18), Wien 2005, 372–389.
- Gerhard Paul MARSCHNIG, Die Militarisierung der Gesellschaft im autoritären „Ständestaat“, ungedr. Dipl.-Arb., Klagenfurt 1984.
- Jürgen MARTSCHUKAT, Diskurse und Gewalt: Wege zu einer Geschichte der Todesstrafe im 18. und 19. Jahrhundert, in: Reiner Keller et al. (Hg.), Handbuch der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse, Band 2: Forschungspraxis, Opladen 2003, 67–95.
- Franz MATHIS, Wirtschaft oder Politik? Zu den „wirtschaftlichen“ Motiven einer politischen Vereinigung zwischen 1918 und 1938, in: Michael Gehler et al. (Hg.), Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert, Innsbruck et al. 2009, 427–439.
- Herbert MATIS, Wirtschaftliche Mitteleuropa-Konzeptionen in der Zwischenkriegszeit. Der Plan einer „Donauföderation“, in: Richard G. Plaschka et al. (Hg.), Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Österreichische Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse = Zentraleuropa-Studien 1), Wien 1995, 229–255.
- Aram MATTIOLI, Zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur. Gonzague de Reynold und die Tradition der autoritären Rechten in der Schweiz, Zürich 1994.
- Siegfried MATTL, Agrarstruktur, Bauernbewegung und Agrarpolitik in Österreich 1919–1929 (Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte 1), Wien – Salzburg 1981.
- Helmut MAURER, Konrad Josef Heilig (1907–1945). Mediävist und politischer Publizist, in:

- Karel Hruza (Hg.): Österreichische Historiker. Lebensläufe und Karrieren 1900–1945, Band 2, Wien 2012, 615–647.
- Franziska MAYER, Wunscherfüllungen. Erzählstrategien im Prosawerk Alexander Lernet-Holenias, Köln – Weimar – Wien 2005.
- Peter Cornelius MAYER-TASCH, Korporativismus und Autoritarismus. Eine Studie zu Theorie und Praxis der berufsständischen Rechts- und Staatsidee, Frankfurt a. M. 1971.
- Brigitte MAZOHL-WALLNIG, Zeitenwende 1806. Das Heilige Römische Reich und die Geburt des modernen Europa, Wien – Köln – Weimar 2005.
- Brigitte MAZOHL, La fine del Sacro Romano Impero nella percezione dei contemporanei, in: Marco Bellabarba et al. (a cura di), Gli imperi dopo l' Impero nell' Europa del XIX secolo (Annali dell' Istituto storico italo-germanico in Trento Quaderni 76), Bologna 2008, 155–188.
- Brigitte MAZOHL, Die politischen und rechtlichen Voraussetzungen der sozialen Entwicklung, in: Helmut Rumppler/Peter Urbanitsch (Hg.), Soziale Strukturen von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft (Die Habsburgermonarchie 1848–1918 IX/1), Wien 2010, 233–250.
- Brigitte MAZOHL, Il Sacro Romano Impero e l' Austria. La trasformazione del concetto d' Impero a cavallo tra XVIII e XIX secolo, in: Dies./Paolo Pombeni (a cura di), Minoranze negli imperi. Popoli fra identità nazionale e ideologia imperiale (Annali dell' Istituto storico italo-germanico in Trento Quaderni 88), Bologna 2012, 59–92.
- Brigitte MAZOHL/Karin SCHNEIDER, Translatio Imperii? Reichsidee und Kaisermythos in der Habsburgermonarchie, in: Was vom Alten Reiche blieb – Deutungen, Institutionen und Bilder des frühneuzeitlichen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation im 19. und 20. Jahrhundert, hg. von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2010, 101–128.
- Erwin MELICHAR, Adolf Menzel, in: ÖBL, Band 6, Wien 1975.
- Peter MELICHAR, Ein Fall für die Mikrogeschichte? Otto Enders Schreibtischarbeit, in: Ewald Hiebl/Ernst Langthaler (Hg.), Im Kleinen das Große suchen. Mikrogeschichte in Theorie und Praxis. Hanns Haas zum 70. Geburtstag (Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes 2012), Innsbruck – Wien – Bozen 2012, 185–205.
- Daniel MENNING, Adel und Familie – Konzepte um 1900, in: Eckart Conze et al. (Hg.), Aristokratismus und Moderne. Adel als politisches und kulturelles Konzept, 1890–1945 (Adelswelten 1), Köln – Wien – Weimar 2013, 171–194.
- Thomas MERGEL, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 135), Düsseldorf 2002.
- Helmut J. METZLER-ANDELBERG, Alexander Novotny – zur Vollendung des 70. Lebensjahres, in: Österreich in Geschichte und Literatur 20 (1976), 11–13.
- Thomas MEYER, Stand und Klasse. Kontinuitätsgeschichte korporativer Staatskonzeptionen im deutschen Konservativismus (Studien zur Sozialwissenschaft 184), Opladen 1997.

- Pavel MIKLUŠČÁK, Subsidiarität in der katholischen Kirche, in: Peter Blickle/Thomas O. Hügelin/Dieter Wyduckel (Hg.), Subsidiarität als rechtliches und politisches Ordnungsprinzip in Kirche, Staat und Gesellschaft. Genese, Geltungsgrundlagen und Perspektiven an der Schwelle des dritten Jahrtausends (Rechtstheorie, Beiheft 20), Berlin 2002, 25–36.
- Florian MILDENBERGER, Heil und Heilstrom – Die Karrieren des Dr. Kurt Trampler (1904–1969), in: Zeitschrift für Parapsychologie und Grenzgebiete der Psychologie 47–49 (2005–2007), 149–162.
- James William MILLER, Engelbert Dollfuß als Agrarfachmann. Eine Analyse bäuerlicher Führungsbegriffe und österreichischer Agrarpolitik 1918–1934, Wien – Köln 1989.
- Zoran MIMICA, Rechtsphilosophische Probleme der politischen Repräsentation unter besonderer Berücksichtigung der Ständevertretung. Funktionalität bei Hobbes, Legalität und Legitimität bei Kant, Solidarität bei Schrecker, Legitimität bei Voegelin (Dissertationen der Universität Wien 63), Wien 1999.
- Margit von MISES, Ludwig von Mises. Der Mensch und sein Werk, München 1981.
- Andreas MITTELMEIER, Austrofaschismus contra Ständestaat. Wie faschistisch war das autoritäre System im Österreich der 1930er Jahre verglichen mit Mussolinis Italien?, Wien 2010.
- Georg MÖLLERS/Richard VOIGT, Dr. Erich Klausener (1885–1934). Überzeugter Christ – engagierter Demokrat, Recklinghausen 2010.
- Hans MOMMSEN, Theorie und Praxis des österreichischen Ständestaates 1934 bis 1938, in: Norbert Leser (Red.), Das geistige Leben Wiens in der Zwischenkriegszeit. Ringvorlesung, 19. Mai – 20. Juni 1980 im Internationalen Kulturzentrum Wien 1., Annagasse 20 (Quellen und Studien zur österreichischen Geistesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert 1), Wien 1981, 174–192.
- Josef MOOSER, Liberalismus und Gesellschaft nach 1945. Soziale Marktwirtschaft und Neoliberalismus am Beispiel von Wilhelm Röpke, in: Manfred Hettling/Bernd Ulrich (Hg.), Bürgertum nach 1945, Hamburg 2005, 134–163.
- Sibylle MOSER, Konstruktivistisch Forschen? Prämissen und Probleme einer konstruktivistischen Methodologie, in: Sibylle Moser (Hg.), Konstruktivistisch Forschen. Methodologie, Methoden, Beispiele. Wiesbaden 2004, 9–42.
- Ingrid MOSSER, Der Legitimusismus und die Frage der Habsburgerrestauration in der innenpolitischen Zielsetzung des autoritären Regimes in Österreich 1933–1938, ungedr. phil. Diss., Wien 1979.
- Claus MÜHLFELD, Rezeption der nationalsozialistischen Familienpolitik. Eine Analyse über die Auseinandersetzung mit der NS-Familienpolitik in ausgewählten Wissenschaften 1933–1939, Stuttgart 1992.
- Franz MÜLLER, Gemeinsam oder getrennt zum „Neubau in Mitteleuropa“? Das Dritte Reich im Kampf gegen den „Ständestaat“ 1933–1938, in: Michael Gehler et al. (Hg.), Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert, Innsbruck et al. 2009, 481–496.

- Reinhard MÜLLER, Hans Riehl (1891–1965). Kunsthistoriker, Philosoph, Soziologe, Dichter, in: Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich. Newsletter (Graz), Nr. 5 (Juli 1991), 12–15.
- Martin MULSOW/Andreas MAHLER, Einleitung, in: Dies. (Hg.), Die Cambridge School der politischen Ideengeschichte, Frankfurt a. M. 2010, 7–17.
- Rudolf NECK (Hg.), 1918. Österreich im Jahre 1918. Berichte und Dokumente, München 1968.
- Johann NEGER, Verfassung 1934. Idee, Text und Verfassungswirklichkeit, ungedr. Dipl.-Arb., Graz 1988.
- Heinrich NEISSER, Eric Voegelin und die Zwischenkriegszeit, in: Michael Ley et al. (Hg.), Politische Religion? Politik, Religion und Anthropologie im Werk von Eric Voegelin, München 2003, 19–25.
- NEUE DEUTSCHE BIOGRAPHIE, bisher 24 Bände, hg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Berlin 1953–2010.
- Wolfgang NEUGEBAUER, Die Anfänge des NS-Terrorismus in Österreich – Wurzeln, Motive, politische Hintergründe, in: Günther Schefbeck (Hg.), Österreich 1934. Vorgeschichte – Ereignisse – Wirkungen, Wien – München 2004, 70–77.
- Wolfgang NEUGEBAUER, Repressionsapparat und -maßnahmen 1933–1938, in: Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 18), Wien ⁵2005, 298–319.
- Stephan NEUHÄUSER, Der österreichische Legitimus in der Ersten Republik (1918–1938) unter besonderer Berücksichtigung seiner Organisationen, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 1991.
- Karl J. NEWMAN, Zerstörung und Selbsterstörung der Demokratie. Europa 1918–1938, Stuttgart ²1984.
- Alois NIEDERSTÄTTER, Geschichte Österreichs, Stuttgart 2007.
- Federico NIGLIA, Mussolini, Dollfuss e i nazionalisti austriaci. La politica estera italiana in Austria nei rapporti di Morreale, in: Nuova Storia Contemporanea 7 (2003), 63–82.
- Thomas NINFÜHR, Julius Raab in der Ersten Republik, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 1998.
- Gérard NOIRIEL, Die Wiederkehr der Narrativität, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hg.), Kompass der Geschichtswissenschaft, Göttingen ²2006, 355–379.
- Ernst NOLTE, Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen, München 1968.
- Paul NOLTE, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000.
- Paul NOLTE, Ständische Ordnung im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit. Zur Ideengeschichte einer sozialen Utopie, in: Wolfgang Hardtwig (Hg.), Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 56), München 2003, 233–255.
- Christoph NOSER, Die historische Tragik in der Dialektik gegen die universalen Synthesen des katholischen Denkens und Handelns, in: Georg Landgrebe/Christoph Noser (Hg.), „Austriam instaurare in Christo“. Engelbert Dollfuß im Lichte seines Biographen und Mit-

- streiters Dietrich von Hildebrand. Zum 75. Todestag des österreichischen Kanzlers (Civitas. Sonderheft 3), 2009, 185–235.
- Ursula NOTHELLE-WILDFEUER, Die Sozialprinzipien der Katholischen Soziallehre, in: Anton Rauscher (Hg.), Handbuch der Katholischen Soziallehre, Berlin 2008, 143–163.
- Alexander NOVOTNY, Der berufsständische Gedanke in der Bundesverfassung des Jahres 1934, in: Österreich in Geschichte und Literatur 5 (1961), 209–220.
- Alexander NOVOTNY, Die Donaumonarchie als Ordnungsfaktor und ihre integrierende Funktion, in: József Varga (Hg.), Donaauraum – gestern, heute, morgen. Vorträge und Diskussionsbeiträge des V. Internationalen Seminars (Schriftenreihe des Europahauses Wien 5), Wien – Frankfurt – Zürich 1967, 61–79.
- Alexander NOVOTNY, Der Monarch und seine Ratgeber, in: Adam Wandruszka/Peter Urbantsch (Hg.), Verwaltung und Rechtswesen (Die Habsburgermonarchie 1848–1918 II), Wien 1975, 57–99.
- Elmar OBERKOFER, Dr. Anton Klotz 1889–1961, in: Südtirol in Wort und Bild 35 (1991), Heft 2, 12 f.
- Gerhard OBERKOFER, Eine Erinnerung an den Moraltheologen Johannes Kleinhapfl, in: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft, Nr. 3/2004 (http://www.klahrgesellschaft.at/Mitteilungen/Oberkofler_3_04.html, abgerufen: 15. 11. 2015).
- Erwin OBERLÄNDER (Hg.), Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südeuropa 1919–1944, Paderborn et al. 2001.
- Christian ÖSTERREICHER, Fulvio Suvich. Unterstaatssekretär im italienischen Außenministerium 1932–1936. Seine Haltung zu Österreich, Deutschland und der Anschlussfrage, ungedr. Dipl.-Arbeit Wien 1991.
- ÖSTERREICHISCHES BIOGRAPHISCHES LEXIKON 1815–1950, hg. von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, bisher 13 Bände, Wien 1957–2010.
- Gerhard OESTREICH, Zur Vorgeschichte des Parlamentarismus: Ständische Verfassung, Landständische Verfassung und Landschaftliche Verfassung, in: Zeitschrift für historische Forschung 6 (1979), 63–80.
- Thomas OLECHOWSKI/Kamilla STAUDIGL-CIECHOWICZ, Die Staatsrechtslehre an der Universität Wien 1933–1938, in: Ilse Reiter-Zatloukal/Christiane Rothländer/Pia Schölnberger (Hg.), Österreich 1933–1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime, Wien – Köln – Weimar 2012, 227–241.
- Peter ORBAN, Vorbemerkung, in: Erwin Reisner, Der Dämon und sein Bild, Frankfurt a. M. 1986, 10–12.
- Siegfried ORGLER, Der autoritäre Ständestaat Österreich 1934/38 und die Typologie des politischen Systems, ungedr. Dipl.-Arb., Innsbruck 1993.
- Silvia ORLANDO, Die „aktive“ und „passive“ Rolle des austrofaschistischen Österreich in der internationalen italo-äthiopischen Krise (Ende 1934–Mitte 1936), ungedr. Dipl.-Arb., Wien 1992.
- Klaus-Dieter OSSWALD, Korporation, Korporativismus, in: Joachim Ritter/Karl Gründer (Hg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Band 4, Darmstadt 1976, Sp. 1136–1138.

- Henrique Ricardo OTTEN, Die „Rettung des Politischen“. Bemerkungen zum Verhältnis von Katholizismus und Antibürgerlichkeit in der Weimarer Republik, in: Günter Meuter/Henrique Ricardo Otten (Hg.), *Der Aufstand gegen den Bürger. Antibürgerliches Denken im 20. Jahrhundert*, Würzburg 1999, 85–112.
- Wolfgang PALAVER, Johannes Kleinhappls Kapitalismuskritik angesichts eines ersatzreligiösen Globalismus, Referat bei der Tagung „Im Gedenken an Prof. Johannes Kleinhappl“, Wien, 23. 10. 2009 (<https://www.uibk.ac.at/Systheol/palaver/aktiv/index.html.de> [abgerufen: 15. 11. 2015]).
- Kari PALONEN, *Die Entzauberung der Begriffe. Das Umschreiben der politischen Begriffe bei Quentin Skinner und Reinhart Koselleck*, Münster 2003.
- Thomas PAMMER, Austrofaschismus und Jugend: gescheiterte Beziehung und lohnendes Forschungsfeld, in: Florian Wenninger/Lucile Dreidemy (Hg.), *Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes*, Wien – Köln – Weimar 2013, 395–410.
- Giuseppe PARLATO, *Riccardo Del Giudice dal sindacato al governo*, Roma 1992.
- Giuseppe PARLATO, *La sinistra fascista. Storia di un progetto mancato*, Bologna 2000.
- Paul PASTEUR, *Unter dem Kruckenkreuz. Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen in Österreich 1934–1938*, Innsbruck 2008.
- Peter PAWLOWSKY, Die Idee Österreichs bei Hugo von Hofmannsthal, in: *Österreich in Geschichte und Literatur* 7 (1963), 175 ff.
- Robert O. PAXTON, *Anatomie des Faschismus*. Aus dem Englischen von Dietmar Zimmer, München 2006.
- Stanley G. PAYNE, *Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung*, Berlin 2001.
- Anton PELINKA, *Stand oder Klasse? Die Christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933 bis 1938*, Wien – München – Zürich 1972.
- Anton PELINKA, Die politische Theorie des Liberalismus, in: *Innsbrucker Historische Studien* 26 (2010), 15–27.
- Martina PESDITSCHKE, Heinrich (Ritter von) Srbik (1878–1951). „Meine Liebe gehört bis zu meinem Tod meiner Familie, dem deutschen Volk, meiner österreichischen Heimat und meinen Schülern“, in: Karel Hruza (Hg.), *Österreichische Historiker. Lebensläufe und Karrieren 1900–1945*, Band 2, Wien 2012, 263–328.
- Rolf PETRI, *Heimat/Piccole patrie. Nation und Region im deutschen und im italienischen Sprachraum*, in: *Geschichte und Region / Storia e regione* 12 (2003), Heft 2, 191–212.
- Hedwig PFARRHOFER, *Friedrich Funder. Ein Mann zwischen Gestern und Morgen*, Graz – Wien – Köln 1978.
- Gerhard PFERSCHY, *Steiermark*, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalnik (Hg.), *Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik*, Graz – Wien – Köln 1983, 939–960.
- Alfred PFOSE/GERHARD RENNER, „Ein Toter führt uns an!“ Anmerkungen zur kulturellen Situation im Austrofaschismus, in: Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.), *Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 18)*, Wien 2005, 338–356.

- J. Hanns PICHLER (Hg.): Othmar Spann oder Die Welt als Ganzes, Wien – Köln – Graz 1988.
- J. Hanns PICHLER, Othmar Spann – Sein Werk und Wirken, in: Robert Rill/Ulrich Zellenberg (Hg.), Konservatismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute, Graz – Stuttgart 1999, 245–253.
- Alexander PINWINKLER, Wilhelm Winkler (1884–1984) – eine Biographie. Zur Geschichte der Statistik und Demographie in Österreich und Deutschland (Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 75), Berlin 2003.
- Wolfgang PIRKL, „Der Österreicher ist der staatenlose Deutsche älteren Stils“. Abgrenzungsversuche in der Zwischenkriegszeit, in: Oliver Rathkolb et al. (Hg.), Österreich und Deutschlands Größe. Ein schlampiges Verhältnis, Salzburg 1990, 110–117.
- Franz PLANER (Hg.), Jahrbuch der Wiener Gesellschaft. Biographische Beiträge zur Wiener Zeitgeschichte, Wien 1929.
- Richard Georg PLASCHKA, Was blieb von Prinz Eugen? Einleitende Überlegungen zum Symposium, in: Richard G. Plaschka/Arnold Suppan/Horst Haselsteiner (Hg.), Was blieb von Prinz Eugen? Internationales Symposium vom 10. und 11. Juni 1986 im Schloss Schlosshof, Wien 1986, 10–17.
- John G. A. POCKOCK, The Concept of a Language and the *métier d'historien*: Some Considerations on Practice [1987], in: Barbara Stollberg-Rilinger (Hg.), Ideengeschichte (Basistexte Geschichte 6), Stuttgart 2010, 95–109.
- Otto PÖGGELER, Max Scheler: Die Stellung des Menschen im Kosmos (1928), in: Interpretationen. Hauptwerke der Philosophie. 20. Jahrhundert (Universalbibliothek 8744), Stuttgart 1992, 144–173.
- Gerhard POPP, Der CV in Österreich 1864–1938. Organisation, Binnenstruktur und politische Funktion (Schriften des Karl von Vogelsang-Institutes 2), Wien – Köln – Graz 1984.
- Wilfried POSCH, An der Wende vieler Zeiten. Clemens Holzmeister zwischen Kunst und Politik, in: Georg Rigele/Georg Loewit (Hg.), Clemens Holzmeister. Katalog zur Ausstellung in der Galerie „RLB Kunstbrücke“, Innsbruck 2000, 48–66.
- Wilfried POSCH, Clemens Holzmeister. Architekt zwischen Kunst und Politik, Salzburg – Wien 2010.
- Christiane POTOČNIK, Das Bewusstsein um die „Österreichische Nation“ im Zusammenhang mit der Gründung der Ersten und Zweiten Republik. Der Weg des österreichischen Selbst- und Nationalbewusstseins seit 1918, ungedr. phil. Diss., Klagenfurt 1988.
- Nikolaus von PRERADOVICH, Die Führungsschichten in Österreich und Preußen (1804–1918). Mit einem Ausblick bis zum Jahre 1945 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz 11), Wiesbaden 1955.
- Herbert PRIBYL, Ein Pionier der christlichen Arbeiterbewegung. Leopold Kunschak, in: Jan Mikrut (Hg.), Faszinierende Gestalten der Kirche Österreichs, Band 10, Wien 2003, 71–84.
- Herbert PRIBYL, Der christlichsoziale Politiker. Karl Lugmayer, in: Jan Mikrut (Hg.): Faszinierende Gestalten der Kirche Österreichs, Band 10, Wien 2003, S. 133–154.
- Herbert PRIBYL, Karl Lugmayer als Politiker und Programmatiker, in: Erwin Bader (Hg.),

- Karl Lugmayer und sein Werk. Seine politisch-soziale Bedeutung und Aktualität (Austria. Forschung und Wissenschaft. Philosophie 4), Berlin – Wien 2007, 29–58.
- Bruno PRIMETSHOFER, Kirchenrecht, in: Ernst Chr. Suttner (Hg.), Die Kath.-Theologische Fakultät der Universität Wien 1884–1984. Festschrift zum 600-Jahr-Jubiläum, Berlin 1984, 213–245.
- Manfred PRISCHING, Paradoxa im Verhältnis von Liberalismus und Nationalismus, in: Emil Brix/Wolfgang Mantl (Hg.), Liberalismus. Interpretationen und Perspektiven (Studien zu Politik und Verwaltung 65), Wien – Köln – Graz 1996, 259–269.
- Ursula PRUTSCH, Hermann Mathias Görgens Fluchtjahre in Österreich 1935 bis 1938, in: Mit der Ziehharmonika, Jahrgang 1999, Heft 2, S. 29–34.
- Karl PUSMAN, Die „Wissenschaften vom Menschen“ auf Wiener Boden (1870–1959). Die Anthropologische Gesellschaft in Wien und die anthropologischen Disziplinen im Fokus von Wissenschaftsgeschichte, Wissenschafts- und Verdrängungspolitik (Austria: Universitätsgeschichte 1), Wien 2008.
- Wolfgang PUTSCHK, Ständische Verfassung und autoritäre Verfassungspraxis in Österreich 1933–1938 mit Dokumentenanhang (Rechtshistorische Reihe 109), Frankfurt a. M. et al. 1993.
- Alexander PYTLIK, Berufsständische Ordnung oder „Ständestaat“? Die Idee der berufsständischen Ordnung bei Johannes Messner (Schriftenreihe des Instituts für Ethik und Sozialwissenschaften), Wien 1993.
- Friedrun QUAAS, Alfred Müller-Armacks Idee der „Sozialen Irenik“ und ihre Anwendungsmöglichkeiten, in: Rolf H. Hasse, Wirtschaftsordnung und Gesellschaftskonzept. Zur Integrationskraft der Sozialen Marktwirtschaft (Beiträge zur Wirtschaftspolitik 77), Bern – Stuttgart – Wien 2002, 207–225.
- Uri RA'ANAN, Nation und Staat: Ordnung aus dem Chaos, in: Erich FRÖSCHL/Maria MESNER/Uri RA'ANAN (Hg.), Staat und Nation in multi-ethnischen Gesellschaften, Wien 1991, 23–59.
- Josef RAMBOUSEK, Biographische und bibliographische Daten Anton Orels, in: Ernst Josef Görlich et al. (Hg.), Anton Orel. Kündler christlicher Sozial- und Kulturreform. Eine Festgabe aus Anlass der Vollendung des 70. Lebensjahres, Salzburg 1952, 24–47.
- Günther RAMHARDTER, Geschichtswissenschaft und Patriotismus. Österreichische Historiker im Weltkrieg 1914–1918, Wien 1973.
- Lutz RAPHAEL, Diskurse, Lebenswelten und Felder. Implizite Vorannahmen über das soziale Handeln von Kulturproduzenten im 19. und 20. Jahrhundert, in: Wolfgang Hardtwig/Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Kulturgeschichte heute (Geschichte und Gesellschaft. Sonderheft 16), Göttingen 1996, 165–181.
- Mohammed RASSEM, Othmar Spann, in: Karl Graf Ballestrem/Henning Ottmann (Hg.), Politische Philosophie des 20. Jahrhunderts, München 1990, 89–103.
- Oliver RATHKOLB, Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien zwischen Antisemitismus, Deutschnationalismus und Nationalsozialismus 1938, davor und danach, in: Gernot Heiß et al. (Hg.), Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938–1945 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 43), Wien 1989, 197–232.

- Oliver RATHKOLB, „Elimination of Austro-Fascists from Post of Influence“. US-Nachkriegsplannungen für eine umfassende Entfaschisierung, in: Ilse Reiter-Zatloukal/Christiane Rothländer/Pia Schölnberger (Hg.), Österreich 1933–1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime, Wien – Köln – Weimar 2012, 273–284.
- Oliver RATHKOLB, Johannes Schwarzenberg – Eine Persönlichkeit der Zeitgeschichte im 20. Jahrhundert, in: Johannes E. SCHWARZENBERG, Erinnerungen und Gedanken eines Diplomaten im Zeitenwandel 1903–1978, hg. von Colienne Meran/Marysia Miller-Aichholz/Erkinger Schwarzenberg, Wien – Köln – Weimar 2013, 251–261.
- Oliver RATHKOLB, Erste Republik, Austrofaschismus, Nationalsozialismus (1918–1945), in: Thomas Winkelbauer (Hg.), Geschichte Österreichs, Stuttgart 2015, 477–524.
- Gertraud RATZENBÖCK, Mutterliebe. Bemerkungen zur gesellschaftlich konstruierten Verknüpfung von Mutterliebe und Familie, in: Monika Bernold et al., Familie: Arbeitsplatz oder Ort des Glücks? Historische Schnitte ins Private, Wien 1990, 19–49.
- Ulrich RAULFF, Mentalitäten-Geschichte, in: Ders. (Hg.), Mentalitäten-Geschichte. Zur historischen Rekonstruktion geistiger Prozesse, Berlin 1987, 7–15.
- Anton RAUSCHER, Personalität, Solidarität, Subsidiarität (Katholische Soziallehre in Text und Kommentar 1), Köln 1975.
- Anton RAUSCHER, Das Menschenbild der Sozialen Marktwirtschaft, in: Rolf H. Hasse (Hg.), Wirtschaftsordnung und Gesellschaftskonzept. Zur Integrationskraft der Sozialen Marktwirtschaft (Beiträge zur Wirtschaftspolitik 77), Bern – Stuttgart – Wien 2002, 187–205.
- Anton RAUSCHER, Die soziale Natur des Menschen, in: Ders. (Hg.), Handbuch der Katholischen Soziallehre, Berlin 2008, 25–40.
- Anton RAUSCHER, Die christliche Lehre über das Eigentum, in: Ders. (Hg.), Handbuch der Katholischen Soziallehre, Berlin 2008, 511–522.
- Walter RAUSCHER, Der Aufstieg des Faschismus in Italien aus der Sicht der österreichischen Diplomatie, in: Marija Wakounig/Wolfgang Mueller/Michael Portmann (Hg.), Nation, Nationalitäten und Nationalismus im östlichen Europa. Festschrift für Arnold Suppan zum 65. Geburtstag, Wien 2010, 353–368.
- Ludwig REICHOLD, Einführung, s. Julius Raab, Selbstporträt.
- Ludwig REICHOLD, Opposition gegen den autoritären Staat. Christlicher Antifaschismus 1934–1938, Wien et al. 1964.
- Ludwig REICHOLD, Kampf um Österreich. Die Vaterländische Front und ihr Widerstand gegen den Anschluß 1933–1938, Wien ²1985.
- Ludwig REICHOLD, Geschichte der christlichen Gewerkschaften Österreichs, Wien 1987.
- Ludwig REICHOLD, Leopold Kunschak. Von den Standesbewegungen zur Volksbewegung, Wien 1988.
- Ludwig REICHOLD, Carl Vaugoin. Die Krise der österreichischen Demokratie, Wien 1990.
- Ludwig REICHOLD, Anton Orel. Der Kampf um die österreichische Jugend, Wien 1990.
- Gustav REINGRABNER, Protestanten in Österreich. Geschichte und Dokumentation, Wien – Köln – Graz 1981.

- Gustav REINGRABNER, Eine Wiener Predigt aus dem Jahre 1938, in: Jahrbuch der Gesellschaft für die Geschichte des Protestantismus in Österreich 98 (1982), 252–263.
- Volker REINHARDT, Kleine Geschichte der Schweiz, München 2010.
- Lilly Helene REISS, Dr. Friedrich Funder. Persönlichkeit und sein Wirken bis zum Ende der Monarchie, ungedr. phil. Diss., Wien 1950.
- Julius F. REITER, Entstehung und staatsrechtliche Theorie der italienischen Carta del Lavoro (Rechtswissenschaftliche Reihe 316), Frankfurt a. M. 2005.
- Michael REITER, Philosophisches Unbehagen in der modernen Kultur. Der Protest gegen das Bürgerliche bei Botho Strauß, Amitai Etzioni, Carl Schmitt und Georg Lukács, in: Günter Meuter/Henrique Ricardo Otten (Hg.), Der Aufstand gegen den Bürger. Antibürgerliches Denken im 20. Jahrhundert, Würzburg 1999, 185–207.
- Ilse REITER-ZATLOUKAL/Christiane ROTHLÄNDER/Pia SCHÖLNBERGER (Hg.), Österreich 1933–1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime, Wien – Köln – Weimar 2012.
- Ilse REITER-ZATLOUKAL/Christiane ROTHLÄNDER/Pia SCHÖLNBERGER, Einleitung, in: Ilse Reiter-Zatloukal/Christiane Rothländer/Pia Schölnberger (Hg.), Österreich 1933–1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime, Wien – Köln – Weimar 2012, 7–14.
- Ilse REITER-ZATLOUKAL, Parlamentarismus im Fadenkreuz. Demokratiekonzepte und (Anti-) Parlamentarismus in Österreich 1918 bis 1933/34, in: Staats- und Verfassungskrise 1933, hg. von der Parlamentsdirektion, Wien-Köln-Weimar 2014, 19–50.
- Walter REITMAIR, Msgr. Prof. Dr. Franz Kolb, in: Tiroler Chronist 2004/4, 16–21.
- Morten REITMAYER, Politisch-soziale Ordnungsentwürfe und Meinungswissen über die Gesellschaft in Europa im 20. Jahrhundert – eine Skizze, in: Lutz Raphael (Hg.), Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert, Köln – Wien – Weimar 2012, 37–63.
- Sandra REMBOLD, Das Bild des Menschen als Grundlage der Ordnung. Die Beiträge von Platon, Aristoteles, Thomas Hobbes, John Locke, David Hume, Adam Smith, John Stuart Mill, Walter Eucken und Friedrich August von Hayek, Berlin 2007.
- Andreas RENNER, Euckens Wirtschaftsethik: Heuristik für die Suche nach einer besseren Welt, in: Ingo Pies/Martin Leschke (Hg.), Walter Euckens Ordnungspolitik, Tübingen, 2002, 172–179.
- Friedrich RENNHOFFER, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann. Eine biographische Dokumentation (Böhlau zeitgeschichtliche Bibliothek 2), Wien – Köln – Graz 1978.
- Gertraud RESELE, Othmar Spann's Ständestaatskonzeption und politisches Wirken, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 2001.
- Josef RETTENBACHER, Bekenntnisfreiheit oder Glaubenszwang im österreichischen Ständestaat. Der Einfluss der katholischen Kirche auf die Verfassung 1934 und die Auswirkungen auf die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit mit besonderer Bedachtnahme auf die Situation der Protestanten in Österreich, ungedr. jur. Diss., Salzburg 1992.
- Melvin RICHTER, Zur Rekonstruktion der Geschichte der Politischen Sprachen: Pocock, Skin-

- ner und die Geschichtlichen Grundbegriffe, in: Hans Erich Bödeker/Ernst Hinrichs (Hg.), *Alteuropa – Ancien Regime – Frühe Neuzeit. Probleme und Methoden der Forschung*, Stuttgart – Bad Cannstatt 1991, 134–174.
- Reinhard RICHTER, *Nationales Denken im Katholizismus der Weimarer Republik*, Münster 2000.
- Josef RIEDMANN, *Das Bundesland Tirol (1918–1970)* (Josef Fontana et al., *Geschichte des Landes Tirol 4/II*), Bozen – Innsbruck – Wien 1988.
- Karl Josef RIVINIUS, Weiss, Albert Maria, in: *BBKL* 13 (1998) 647–652.
- Roman ROČEK, *Die neun Leben des Alexander Lernet-Holenia. Eine Biographie*, Wien – Köln – Weimar 1997.
- Wolfgang RÖD, *Der Weg der Philosophie. Von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert. Zweiter Band 17: bis 20. Jahrhundert* (Beck'sche Reihe 1391), München 2000.
- Werner RÖDER/Herbert A. STRAUSS (Bearb.), *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*, München et al. 1980.
- Gerd ROELLECKE, *Das Ende des römisch-deutschen Kaisertums und der Wandel der europäischen Gesellschaft*, in: Wilhelm Brauner (Hg.), *Heiliges Römisches Reich und moderne Staatlichkeit* (Rechtshistorische Reihe 112), Frankfurt a. M. et al. 1993, 169–186.
- Franz RÖMER/Sonja Martina SCHREINER, *Dis-kontinuitäten. Die Klassische Philologie im Nationalsozialismus*, in: Mitchell G. Ash/Wolfram Nieß/Ramon Pils (Hg.), *Geisteswissenschaften im Nationalsozialismus. Das Beispiel der Universität Wien*, Göttingen 2010, 317–342.
- Lothar ROOS, *Entstehung und Entfaltung der modernen Katholischen Soziallehre*, in: Anton Rauscher (Hg.), *Handbuch der Katholischen Soziallehre*, Berlin 2008, 103–124.
- Lothar ROOS, *Die Sozialzyklen der Päpste*, in: Anton Rauscher (Hg.), *Handbuch der Katholischen Soziallehre*, Berlin 2008, 125–142.
- Dieter ROSS, *Hitler und Dollfuß. Die deutsche Österreich-Politik 1933–1934*, Hamburg 1966.
- Karlheinz ROSSBACHER, *Literatur und Ständestaat*, in: Friedrich Aspöckl (Hg.), *Staat und Gesellschaft in der modernen österreichischen Literatur*, Wien 1977, 93–107.
- Karlheinz ROSSBACHER, *Dichtung und Politik bei Guido Zernatto*, in: Franz Kadrnoska (Hg.), *Aufbruch und Untergang. Österreichische Kultur zwischen 1918 und 1938*, Wien – München – Zürich 1981, 539–559.
- Hans ROTTER, *Person und Ethik. Zur Grundlegung der Moraltheologie*, Innsbruck – Wien 1993.
- B. RUFFIN, *Josef Spieler. Sein Leben, sein Wirken und seine Bedeutung für die Geschichte der Heilpädagogik unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1933–1945 und der Nachkriegsjahre*, ungedr. Dipl.-Arb., München 2004.
- Reiner RUFFING, Michel Foucault (UTB Profile 3000), Paderborn 2010.
- Helmut RUMPLER, *Parlamentarismus und Demokratieverständnis in Österreich 1918–1933*, in: Anna M. Drabek et al. (Hg.), *Das Parteienwesen Österreichs und Ungarns in der Zwischenkriegszeit* (Österreichische Akademie der Wissenschaften. Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs 15), Wien 1990, 1–17.
- Helmut RUMPLER, *Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie (Österreichische Geschichte 1804–1914, hg. von Herwig Wolfram)*, Wien 1997.

- Helmut RUMPLER, Der Ständestaat ohne Stände. Johannes Messner als „Programmatore“ der berufsständischen Idee in der Verfassung des Jahres 1934, in: Reinhard Krammer/Christoph Kühberger/Franz Schausberger (Hg.), *Der forschende Blick. Beiträge zur Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert. Festschrift für Ernst Hanisch zum 70. Geburtstag* (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 37), Wien – Köln – Weimar 2010, 229–245.
- Richard SAAGE, *Vermessungen des Nirgendwo. Begriffe, Wirkungsgeschichte und Lernprozesse der neuzeitlichen Utopien*, Darmstadt 1995.
- Richard SAAGE, *Politische Utopien der Neuzeit. Mit einem Vorwort zur zweiten Auflage: Utopisches Denken und kein Ende? (Herausforderungen 11)*, Bochum ²2000.
- Richard SAAGE, Der zerstörte Traum? Gegenwart und Zukunft der politischen Utopie, in: Kurt Paul Tudyka (Hg.), *Ist eine andere Welt möglich? Utopische Zwischenrufe. Multidisziplinäre Analysen und Reflexionen des utopischen Diskurses* (Schriften zur politischen Theorie 9), Hamburg 2009, 9–24.
- SALZBURGER KULTURLEXIKON, hg. von Adolf Haslinger und Peter Mittermayr, Salzburg – Wien – Frankfurt a. M. 2001.
- Angelika SANDER, Askese und Weltbejahung: Zum Problem des Dualismus in der Anthropologie und Metaphysik May Schelers, in: Gerhard Pfaffert (Hg.), *Vom Umsturz der Werte in der modernen Gesellschaft. II. Internationales Kolloquium der Max-Scheler-Gesellschaft, Universität zu Köln 7.–10. Juni 1995*, Bonn 1997, 34–52.
- Angelika SANDER, *Max Scheler zur Einführung* (Zur Einführung 238), Hamburg 2001.
- Roman SANDGRUBER, *Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart* (Österreichische Geschichte, hg. von Herwig Wolfram, Band 10), Wien 1995.
- Leo SANTIFALLER, Oswald Redlich. Ein Nachruf. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der Geschichtswissenschaft, in: *MIÖG* 56 (1948), 1–238.
- Philipp SARASIN, *Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse* (stw 1639), Frankfurt a. M. 2003.
- Philipp SARASIN, *Michel Foucault zur Einführung*, Hamburg 2005.
- Philipp SARASIN, *Diskursanalyse*, in: Anne Kwaschik/Mario Wimmer (Hg.), *Von der Arbeit des Historikers. Ein Wörterbuch zu Theorie und Praxis der Geschichtswissenschaft*, Bielefeld 2010, 53–57.
- Mirjam SAUEREGGER, „Niemals vergessen?“ – Der „Ständestaat“ im Widerstreit der Erinnerungskulturen der Zweiten Republik. Die Memorialkultur der österreichischen Freiheits- und WiderstandskämpferInnen und die Konjunkturen des „Ständestaates“ in der Historiographie, ungedr. Dipl.-Arb., Innsbruck 2007.
- Hans-Peter SCHACHNER, *Wirtschaft in der Sichtweise des Sozialpolitikers Karl Lügmayr*, in: Erwin Bader (Hg.), *Karl Lügmayr und sein Werk. Seine politisch-soziale Bedeutung und Aktualität* (Austria. Forschung und Wissenschaft. Philosophie 4), Berlin – Wien 2007, 179–200.
- Wolf SCHÄFER, *Perspektiven für die Soziale Marktwirtschaft: Anthropologische Grundlagen*,

- in: Friedrun Quaa/Thomas Straubhaar (Hg.), Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft (Beiträge zur Wirtschaftspolitik 60), Bern – Stuttgart – Wien 1995, 135–149.
- Michael SCHÄFERS, Prophetische Kraft der kirchlichen Soziallehre? Armut, Arbeit, Eigentum und Wirtschaftskritik (Theologie und Praxis 4), Berlin et al. 1998.
- Herbert SCHAMBECK, Kammerorganisation und Ständeordnung, in: Anton Burghardt et al. (Hg.), Im Dienste der Sozialreform. Festschrift für Karl Kummer, Wien 1965, 443–472.
- Franz SCHAUSBERGER, Letzte Chance für die Demokratie. Die Bildung der Regierung Dollfuß I im Mai 1932. Bruch der österreichischen Proporzdemokratie (Studien zur Geschichte der christlich-sozialen Parteien 1), Wien – Köln – Weimar 1993.
- Norbert SCHAUSBERGER, Österreich und die deutsche Frage nach 1918. Anschlussideologie und Wirtschaftsinteressen 1918–1938, in: Heinrich Lutz/Helmut Rumpler (Hg.), Österreich und die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Probleme der politisch-staatlichen und soziokulturellen Differenzierung im deutschen Mitteleuropa (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 9), München 1982, 282–299.
- Norbert SCHAUSBERGER, Der Anschluss, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalník (Hg.), Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, Graz – Wien – Köln 1983, 517–552.
- Sigurd Paul SCHEICHL, Literatur in österreichischen Zeitschriften der dreißiger Jahre. Mit einem bibliographischen Anhang, in: Klaus Amann/Albert Berger (Hg.), Österreichische Literatur der dreißiger Jahre. Ideologische Verhältnisse. Institutionelle Voraussetzungen. Fallstudien, Wien – Köln – Graz 1985, 178–211.
- Martin Paul SCHENNACH, „cum consilio nobilium et ignobilium huius terre“. Zu Willensbildungs- und Partizipationsprozessen im spätmittelalterlichen Tirol: Die Übergabe des Landes an das Haus Habsburg 1363, in: Tiroler Heimat 77 (2013), 33–50.
- Wolfgang SCHIEDER, Faschismus im politischen Transfer. Giuseppe Renzetti als faschistischer Propagandist und Geheimagent in Berlin 1922–1942, in: Ders., Faschistische Diktaturen. Studien zu Italien und Deutschland, Göttingen 2008, 223–249.
- Wolfgang SCHIEDER, Der italienische Faschismus 1919–1945 (Beck'sche Reihe 2429), München 2010.
- Stefan SCHIMA, Überschätzt von Freund und Feind? Das österreichische Konkordat 1933/34, in: Ilse Reiter-Zatloukal/Christiane Rothländer/Pia Schölnberger (Hg.), Österreich 1933–1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime, Wien – Köln – Weimar 2012, 41–57.
- Hermann SCHLÖSSER, Dichtung oder Wahrheit? Literaturtheoretische Probleme mit der Autobiographie, in: Klaus Amann/Karl Wagner (Hg.), Autobiographien in der österreichischen Literatur. Von Franz Grillparzer bis Thomas Bernhard (Schriftenreihe Literatur des Instituts für Österreichkunde 3), Innsbruck – Wien 1998, 11–26.
- Heinrich SCHMIDINGER, Der Mensch ist Person. Ein christliches Prinzip in theologischer und philosophischer Sicht, Innsbruck – Wien 1994.
- Heinrich SCHMIDINGER, Max Scheler (1874–1928) und sein Einfluss auf das katholische Denken, in: Emmerich Coreth/Walter M. Neidl/Georg Pfligersdorfer (Hg.), Christliche Philosophie im katholischen Denken des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 3, Graz 1990, 89–111.

- Georg SCHMIDT, Friedrich Meineckes Kulturnation. Zum historischen Kontext nationaler Ideen in Weimar-Jena um 1800, in: *Historische Zeitschrift* 284 (2007), 597–622.
- Oliver SCHMIDT, „Meine Heimat ist – die deutsche Arbeiterbewegung“. Biographische Studien zu Richard Löwenthal im Übergang vom Exil zur frühen Bundesrepublik, Frankfurt a. M. et al. 2007.
- Wendelin SCHMIDT-DENGLER, Literatur, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalnik (Hg.), *Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik*, Graz – Wien – Köln 1983, 631–649.
- Georg-Hans SCHMIT, Die Rolle der Christlichen Arbeiterbewegung im politischen und sozialen System des austrofaschistischen Ständestaates, ungedr. Magisterarbeit, Wien 2009.
- Georg-Hans SCHMIT, „Im Namen Gottes des Allmächtigen“: christlich – deutsch – berufsständisch. Ausgewählte Aspekte über den Stand und die Perspektiven der Forschung über das christlichsoziale Lager in den Jahren 1929 bis 1938, in: Florian Wenninger/Lucile Dreidemy (Hg.), *Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes*, Wien – Köln – Weimar 2013, 141–158.
- Georg SCHMITZ, Guido Schmidt und die Norica. Ein Beitrag zur Aufarbeitung der jüngeren Zeitgeschichte im Rahmen des Österreichischen Cartellverbandes, in: Helmut Wohnout (Hg.), *Demokratie und Geschichte. Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts zur Erforschung der Geschichte der Christlichen Demokratie in Österreich* 11–12, Wien – Köln – Weimar 2007, 207–229.
- Hans W. SCHMÖLZER, Die Beziehungen zwischen Österreich und Italien in den Jahren 1930–1938, ungedr. phil. Diss., Innsbruck 1996.
- Ludwig SCHMUGGE, Alois Dempfs „Sacrum Imperium“ und seine Wirkung auf die Mediävistik, in: Vincent Berning/Hans Maier (Hg.), *Alois Dempf 1891–1982. Philosoph, Kulturtheoretiker, Prophet gegen den Nationalsozialismus*, Weissenhorn 1992, 136–155.
- Gabriele SCHNEIDER, „Vorbilder“ in Max Schelers wertfundiertem Elitekonzept, in: Gerhard Pfafferott (Hg.), *Vom Umsturz der Werte in der modernen Gesellschaft. II. Internationales Kolloquium der Max-Scheler-Gesellschaft, Universität zu Köln 7.–10. Juni 1995*, Bonn 1997, 180–202.
- Martin SCHNELLER, Zwischen Romantik und Faschismus. Der Beitrag Othmar Spann's zum Konservatismus in der Weimarer Republik (*Kieler Historische Studien* 12), Stuttgart 1970.
- Richard SCHOBER, Tirol zwischen den Weltkriegen: Politik, Parteien und Gesellschaft (*Veröffentlichungen des Tiroler Landesarchivs* 18), Innsbruck 2009.
- Thomas SCHÖLDERLE, *Geschichte der Utopie. Eine Einführung* (UTB 3625), Köln – Weimar – Wien 2012.
- Christoph SCHÖNBERGER, Positivität des Rechts und Naturrecht im katholischen Staatsdenken, in: Anton Rauscher (Hg.), *Handbuch der Katholischen Soziallehre*, Berlin 2008, 801–811.
- Johannes SCHÖNNER, Moraltheologe und christlicher Parteiprogrammatiker. Franz Martin Schindler, in: Jan Mikrut (Hg.), *Faszinierende Gestalten der Kirche Österreichs*, Band 10, Wien 2003, 317–331.
- Hannes SCHÖNNER, Julius Raab – Baumeister des freien Österreich, in: Ulrich Zellenberg

- (Hg.), *Konservative Profile. Ideen & Praxis in der Politik zwischen FM Radetzky, Karl Kraus und Alois Mock*, Graz – Stuttgart 2003, 379–393.
- Gerald SCHÖPPER, *Umbrüche und Kontinuitäten. Politische Wechsellagen und Karriereverläufe in Österreich nach 1918 – eine unvollständige Gedankenskizze*, in: Stefan Karner/Lorenz Mikoletzky (Hg.), *Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament*, Innsbruck – Wien – Bozen 2008, 331–343.
- Beate SCHOLZ, *Italienischer Faschismus als „Export“-Artikel (1927–1935). Ideologische und organisatorische Ansätze zur Verbreitung des Faschismus im Ausland*, Trier 2001.
- Luise SCHORN-SCHÜTTE, *Neue Geistesgeschichte*, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hg.), *Kompass der Geschichtswissenschaft*, Göttingen 2006, 270–280.
- Helmut SCHREINER, *Franz Rehr im Salzburger Landtag*, in: Wolfgang Huber (Hg.), *Franz Rehr, Landeshauptmann von Salzburg 1922–1938*, Salzburg 1975, 77–115.
- Jutta SCHRETTTER, *Das ideologische Nahverhältnis von katholischer Kirche und „autoritärem Regime“ Österreich 1933–1938. Unter bes. Berücksichtigung der zeitgenössischen pädagogischen Literatur*, ungedr. Dipl.-Arb., Klagenfurt 1984.
- Bernhard SCHREYER, *Die „Nation“ als Zauberwort der Moderne. Nationales Denken im Liberalismus, Konservatismus und bei den Völkischen im 19. Jahrhundert* (Spektrum Philosophie 32), Würzburg 2008.
- Alfred SCHÜLLER, *Wilhelm Röpkes „Wirtschaftshumanismus“ und die Krise des modernen Wohlfahrtsstaates*, in: Gerd Habermann/Marcel Studer (Hg.), *Der Liberalismus. Eine zeitlose Idee. Nationale, europäische und globale Perspektiven*, München 2011, 159–189.
- Horst SCHUMACHER, *Leopold Andrian. Werk und Weltbild eines österreichischen Dichters* (Österreich-Reihe 340/342), Wien 1967.
- Heinrich SCHUSCHNIGG, *Die Österreichischen Akademien*, in: Ders./Dieter Gutschmann (Hg.), *Von der Humanität ... zur Bestialität. Eine Bilanz der Französischen Revolution* (Maximiliana 2), Wien – München 1989, 241–253.
- Gerhard SCHWARZ, *Einführung zu Teil 1: Ausgewählte Fragen der allgemeinen und speziellen Wirtschaftspolitik*, in: Hans Christoph Binswanger (Hg.), *Walter Adolf Jöhr, Der Auftrag der Nationalökonomie. Ausgewählte Schriften*, Tübingen 1990, XI–XVII.
- Gerhard Peter SCHWARZ, *Ständestaat und Evangelische Kirche von 1933 bis 1938. Evangelische Geistlichkeit und der Nationalsozialismus aus der Sicht der Behörden von 1933 bis 1938* (Dissertationen der Karl-Franzens-Universität Graz 76), Graz 1987.
- Andreas SCHWEGEL, *Vergessene Juristen: Erich Klausener (1885–1934)*, in: *Recht und Politik. Vierteljahresshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik* 45 (2009), 2, 111–115.
- Christian SCHWEITZER, *Volkstumsideologie und Volkstumspolitik im Austrofaschismus 1933–1938*, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 1987.
- Thomas SCHWINN, *Ständische Verhältnisse und die Ordnungsbildung vom Mittelalter bis in die Neuzeit*, in: Ders. (Hg.), *Differenzierung und soziale Ungleichheit. Die zwei Soziologien und ihre Verknüpfung*, Frankfurt a. Main 2004, 71–102.
- Giacomo SCOTTI, *L'ultima avventura amorosa del principe Ottone d'Asburgo*, in: *La Voce del Popolo* 30. August 2008, 17.

- Elke SEEFRIED, Reich und Stände. Ideen und Wirken des deutschen politischen Exils in Österreich 1933–1938, Düsseldorf 2006.
- Michael SEELIG, Die „soziale Aristokratie“ in der Krise der Moderne. Adelsvorstellungen und Weltbild des *Deutschen Adelsblatts* um 1900, in: Eckart Conze et al. (Hg.), Aristokratismus und Moderne. Adel als politisches und kulturelles Konzept, 1890–1945 (Adelswelten 1), Köln – Wien – Weimar 2013, 148–170.
- Horst SEIDL, Zur Diskussion über das Naturrecht aus philosophisch-anthropologischer Sicht, in: Tadeusz Guz (Hg.), Das Naturrecht und Europa (Ad Fontes 3), Frankfurt a. M. et al. 2006, 181–199.
- Josef SEIFERT, Dietrich von Hildebrand (1899–1927) und seine Schule, in: Emmerich Coreth/Walter M. Neidl/Georg Pfligersdorfer (Hg.), Christliche Philosophie im katholischen Denken des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 3, Graz 1990, 172–200.
- Maren SELIGER, Führerprinzip und berufsständische Vertretung auf kommunaler Ebene? Am Beispiel Wien, in: Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 18), Wien ⁵2005, 162–178.
- Maren SELIGER, Scheinparlamentarismus im Führerstaat. „Gemeindevertretung“ im Austrofaschismus und Nationalsozialismus. Funktionen und politische Profile Wiener Räte und Ratsherren 1934–1945 im Vergleich (Politik und Zeitgeschichte 6), Wien 2010.
- Gerhard SENFT, Im Vorfeld der Katastrophe. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates. Österreich 1934–1938 (Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit 15), Wien 2002.
- Gerhard SENFT, Glanz und Elend des Parlamentarismus, in: Ders. (Hg.), Essenz der Anarchie. Die Parlamentarismuskritik des libertären Sozialismus, Wien 2006, 6–52.
- Gerhard SENFT, Neues vom „Ständestaat“? Anmerkungen zur Wirtschaftspolitik im Austrofaschismus, in: Florian Wenninger/Lucile Dreidemy (Hg.), Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien – Köln – Weimar 2013, 243–256.
- Klaus-Jörg SIEGFRIED, Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsbild Othmar Spann. Zur politischen Funktion seiner Gesellschaftslehre und Ständestaatskonzeption, Wien 1974.
- Walter B. SIMON, Die verirrte Erste Republik. Eine Korrektur österreichischer Geschichtsbilder, Innsbruck – Wien 1988.
- Walter B. SIMON, Demokratische Gesinnung und antidemokratische Ideologien in der Ersten Republik Österreich, in: Freie Argumente. Freiheitliche Zeitschrift für Politik 21 (1994), 70–73.
- Martin SIMONETT, Die berufsständische Ordnung und die Politik, Siegburg 1951.
- Kurt SKALNIK, Auf der Suche nach der Identität – Ansätze österreichischen Nationalbewusstseins in der Ersten Republik, in: Norbert Leser (Red.), Das geistige Leben Wiens in der Zwischenkriegszeit. Ringvorlesung, 19. Mai – 20. Juni 1980 im Internationalen Kulturzentrum Wien 1., Annagasse 20 (Quellen und Studien zur österreichischen Geistesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert 1), Wien 1981, 98–104.

- Quentin SKINNER, Bedeutung und Verstehen in der Ideengeschichte [1969], in: Barbara Stollberg-Rilinger (Hg.), *Ideengeschichte (Basistexte Geschichte 6)*, Stuttgart 2010, 61–94.
- Harry SLAPNICKA, Oberösterreich. Die politische Führungsschicht 1918 bis 1938 (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 3), Linz 1976, 66–68.
- Ilse SOMAVILLA/Anton UNTERKIRCHER/Christian Paul BERGER (Hg.), Ludwig Hänsel – Ludwig Wittgenstein. Eine Freundschaft. Briefe, Aufsätze, Kommentare (Brenner-Studien 14), Innsbruck 1994.
- Alessandro SOMMA, Der Faschismus und die große Transformation. Modernisierung und soziale Befriedung in den europäischen Diktaturen, in: Ilse Reiter-Zatloukal/Christiane Rothländer/Pia Schölnberger (Hg.), *Österreich 1933–1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime*, Wien – Köln – Weimar 2012, 155–166.
- Ute SONNLEITNER, Widerstand gegen den „(Austro-)Faschismus“ in der Steiermark 1933–1938, ungedr. phil. Diss., Graz 2009.
- Wolfgang SORGO, Autoritärer „Ständestaat“ und Schulpolitik 1933–1938, Diss., Wien 1978.
- Robert SPAEMANN, Personen. Versuche über den Unterschied zwischen ‚etwas‘ und ‚jemand‘, Stuttgart 1996.
- Hans SPATZENEGGER, Franz Rehr und die Kirche, in: Wolfgang Huber (Hg.), *Franz Rehr, Landeshauptmann von Salzburg 1922–1938*, Salzburg 1975, 43–76.
- Elisabeth SPIELHOFER, „Der Pressefreiheit würdige Grenzen ziehen ...“. Theorie und Praxis der Pressepolitik im österreichischen Ständestaat (1933–1938) unter Berücksichtigung der deutsch-österreichischen Presseabkommen, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 1992.
- Anton STAUDINGER, Bemühungen Carl Vaugoins um Suprematie der Christlichsozialen Partei in Österreich (1930–33), in: *MÖSTA* 23 (1970), 297–376.
- Anton STAUDINGER, Carl Vaugoin, in: Friedrich Weissensteiner/Erika Weinzierl (Hg.), *Die österreichischen Bundeskanzler. Leben und Werk*, Wien 1983, 148–158.
- Anton STAUDINGER, Christlichsoziale Partei, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalník (Hg.), *Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik*, Graz – Wien – Köln 1983, 249–276.
- Anton STAUDINGER, Zu den Bemühungen katholischer Jungakademiker um eine ständisch-antiparlamentarische und deutsch-völkische Orientierung der Christlichsozialen Partei, in: Erich Fröschl/Helge Zoitl (Hg.), *Februar 1934. Ursachen, Fakten, Folgen. Beiträge zum wissenschaftlichen Symposium des Dr.-Karl-Renner-Instituts, abgehalten vom 13. bis 15. Februar 1984 in Wien*, Wien 1984, 221–231.
- Anton STAUDINGER, Austrofaschistische „Österreich“-Ideologie, in: Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.), *Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 18)*, Wien 2005, 28–52.
- Guenther STEINER, Wahre Demokratie? Transformation und Demokratieverständnis in der Ersten Republik und im Ständestaat Österreich 1918–1938 (Europäische Hochschulschriften, Reihe XXXI, Band 477), Frankfurt a. M. 2004.
- Rolf STEININGER, 12. November 1918 bis 13. März 1938: Stationen auf dem Weg zum „Anschluss“, in: ders./Michael Gehler (Hg.), *Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden*, Band 1, Wien – Köln – Weimar 1997, 99–150.

- Rolf STEININGER, „... Der Angelegenheit ein paneuropäisches Mäntelchen umhängen...“. Das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt von 1931, in: Michael Gehler et al. (Hg.), *Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert*, Innsbruck et al. 2009, 441–478.
- Rolf STEININGER/Michael GEHLER (Hg.), *Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden, Band 1*, Wien – Köln – Weimar 1997.
- Hannes STEKL, *Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung. Österreichs Hocharistokratie vom 18. bis ins 20. Jahrhundert*, in: Hans Ulrich Wehler (Hg.), *Europäischer Adel 1750–1950 (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 13)*, Göttingen 1990, 144–165.
- Hannes STEKL (Hg.), *„Höhere Töchter“ und „Söhne aus gutem Haus“: bürgerliche Jugend in Monarchie (damit es nicht verloren geht 45)*, Wien – Köln – Weimar 1999.
- Hannes STEKL, *Österreichs Adel im 20. Jahrhundert*, in: Ders., *Adel und Bürgertum in der Habsburgermonarchie 18. bis 20. Jahrhundert. Hannes Stekl zum 60. Geburtstag gewidmet von Ernst Bruckmüller, Franz Eder und Andrea Schöller (Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 31)*, Wien – München 2004, 101–139.
- Hannes STEKL, *Der erbländische Adel*, in: Helmut Rumpler/Peter Urbanitsch (Hg.), *Soziale Strukturen. Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft (Die Habsburgermonarchie 1848–1918 IX/1.2)*, Wien 2010, 951–1013.
- Lothar STERNBACH, *Bozen 1910–1927, ein zeitgenössischer Erlebnisbericht*, in: *Der Schlern* 68 (1994), 27–34.
- Gernot STIMMER, *Eliten in Österreich 1848–1970 (Studien zu Politik und Verwaltung 57)*, Wien – Köln – Graz 1997.
- Hubert STOCK, „... nach Vorschlägen der Vaterländischen Front“. Die Umsetzung des christlichen Ständestaates auf Landesebene, am Beispiel Salzburg (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 39), Wien – Köln – Weimar 2010.
- Erhard STÖLTING, „Macht und Eliten“. Vorsicht und Radikalität im konservativen Denken, in: Richard Faber (Hg.): *Konservatismus in Geschichte und Gegenwart*, Würzburg 1991, 219–234.
- Barbara STOLLBERG-RILINGER, *Der Staat als Maschine. Zur politischen Metaphorik des absoluten Fürstenstaats (Historische Forschungen 30)*, Berlin 1986.
- Barbara STOLLBERG-RILINGER, *Vormünder des Volkes? Konzepte landständischer Repräsentation in der Spätphase des Alten Reiches (Historische Forschungen 64)*, Berlin 1999.
- Barbara STOLLBERG-RILINGER, *Staatsmaschine*, in: *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Band 10, Basel 1999, Sp. 63–66.
- Barbara STOLLBERG-RILINGER, *Die Historiker und die Werte*, in: Maria Luisa Allemeyer/Katharina Behrens/Katharina Ulrike Mersch (Hg.), *Eule oder Nachtigall? Tendenzen und Perspektiven kulturwissenschaftlicher Werteforschung*, Göttingen 2007, S. 35–48.
- Barbara STOLLBERG-RILINGER, *Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation. Vom Ende des Mittelalters bis 1806*, München 2009.

- Barbara STOLLBERG-RILINGER, Einleitung, in: Dies. (Hg.), *Ideengeschichte (Basistexte Geschichte 6)*, Stuttgart 2010, 7–42.
- Gerald STOURZH, Probleme des Nationalitätenrechts in der Donaumonarchie, 1867–1918, in: József Varga (Hg.), *Donauraum – gestern, heute, morgen. Vorträge und Diskussionsbeiträge des V. Internationalen Seminars (Schriftenreihe des Europahauses Wien 5)*, Wien – Frankfurt – Zürich 1967, 129–146.
- Gerald STOURZH, *Vom Reich zur Republik. Studien zum Österreichbewusstsein im 20. Jahrhundert*, Wien 1990.
- Gerald STOURZH, Die Außenpolitik der österreichischen Bundesregierung gegenüber der nationalsozialistischen Bedrohung, in: Gerald Stourzh/Brigitta Zaar (Hg.), *Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938 (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 16)*, Wien 1990, 319–346.
- Gerald STOURZH, Probleme der Konfliktlösung in Multi-ethnischen Staaten: Schlüsse aus der historischen Erfahrung, in: Erich Fröschl/Maria Mesner/Uri Ra’anan (Hg.), *Staat und Nation in multi-ethnischen Gesellschaften*, Wien 1991, 105–120.
- Gerald STOURZH, Erschütterung und Konsolidierung des Österreichbewusstseins – vom Zusammenbruch der Monarchie bis zur Zweiten Republik, in: Richard Plaschke/Gerald Stourzh/Jan Paul Niederkorn (Hg.), *Was heißt Österreich? Inhalt und Umfang des Österreichbegriffs vom 10. Jahrhundert bis heute (Archiv für Österreichische Geschichte 136)*, Wien 1995, 289–311.
- Gerald STOURZH, Vier Fallstudien im Dienste der Spurensuche, in: Emil Brix/Wolfgang Mantl (Hg.), *Liberalismus. Interpretationen und Perspektiven (Studien zu Politik und Verwaltung 65)*, Wien – Köln – Graz 1996, 53–59.
- Gerald STOURZH, Der Dualismus 1867–1918: Zur staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Problematik der Doppelmonarchie, in: Helmut Rumpler/Peter Urbanitsch (Hg.), *Verfassung und Parlamentarismus. Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, zentrale Repräsentativkörperschaften (Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VII/1)*, Wien 2000, 1177–1230.
- Gerald STOURZH, Alfred Missongs historische Bedeutung – ein Begleitwort, in: Alfred Missong jun. (Hg.), *Alfred Missong. Christentum und Politik in Österreich Ausgewählte Schriften 1924–1950 (Studien zu Politik und Verwaltung 55)*, Wien – Köln – Graz 2006, 57–68.
- Gerald STOURZH, Länderautonomie und Gesamtstaat in Österreich 1848–1918, in: Gerald Stourzh, *Der Umfang der österreichischen Geschichte. Ausgewählte Studien 1990–2010 (Studien zu Politik und Verwaltung 99)*, Wien – Köln – Weimar 2011, 37–67.
- Gerald STOURZH/Brigitta ZAAR (Hg.), *Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938 (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 16)*, Wien 1990.
- Wolfgang STREITENBERGER, *Das Leitbild „Ständische Ordnung“ im politischen Denken Österreichs von der Jahrhundertwende bis 1938*, ungedr. phil. Diss., Wien 1975.
- Heinz-Siegfried STRELOW, Wilhelm Heinrich von Riehl (1823–1897), in: Bernd Heidenreich

- (Hg.), Politische Theorien des 19. Jahrhunderts. Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus, Berlin 2002, 193–206.
- Jochen STROBEL, Aristokratischer Rückzug ... ins *einfache Leben*. Adelssemantik ab 1933, in: Eckart Conze et al. (Hg.), Aristokratismus und Moderne. Adel als politisches und kulturelles Konzept, 1890–1945 (Adelswelten 1), Köln – Wien – Weimar 2013, 353–381.
- Karl STUHLPFARRER, Austrofaschistische Außenpolitik – ihre Rahmenbedingungen und ihre Auswirkungen, in: Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 18), Wien 2005, 322–336.
- Viktor SUCHY, Die Utopie als zeitdiagnostisches Element im Werke Rudolf Henz', in: Ders. (Hg.), Dichter zwischen den Zeiten. Festschrift für Rudolf Henz zum 80. Geburtstag, Wien 1977, 215–249.
- Arnold SUPPAN, Was bleibt von Prinz Eugen? Der Savoyer im Geschichtsbild der Österreicher und ihrer Nachbarn, in: Richard G. Plaschka/Arnold Suppan/Horst Haselsteiner (Hg.), Was blieb von Prinz Eugen? Internationales Symposium vom 10. und 11. Juni 1986 im Schloss Schlosshof, Wien 1986, 105–114.
- Arnold SUPPAN, Mitteleuropa-Konzeptionen zwischen Restauration und Anschluss, in: Richard G. Plaschka et al. (Hg.), Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Österreichische Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse = Zentraleuropa-Studien 1), Wien 1995, 173–197.
- Werner SUPPANZ, Geschichtsbilder im Ständestaat, in: Ursula Prutsch/Manfred Lechner (Hg.), Das ist Österreich. Innensichten und Außensichten, Wien 1997, 61–91.
- Werner SUPPANZ, Österreichische Geschichtsbilder. Historische Legitimationen in Ständestaat und Zweiter Republik (Böhlau zeitgeschichtliche Bibliothek 34), Wien – Köln – Weimar 1998.
- Werner SUPPANZ, Der „Österreichische Mensch“. Ein Topos des „Ständestaates“ und der frühen Zweiten Republik, in: Abteilung Zeitgeschichte (Hg.), Multiple choice. Studien, Skizzen und Reflexionen zur Zeitgeschichte, Graz 1998, 183–209.
- Werner SUPPANZ, Die Bürde des „österreichischen Menschen“. Der (post-)koloniale Blick des autoritären „Ständestaates“ auf die zentraleuropäische Geschichte, in: Johannes Feichtinger et al. (Hg.), Habsburg postcolonial. Machtstrukturen und kollektives Gedächtnis (Gedächtnis – Erinnerung – Identität 2), Innsbruck – Wien – München – Bozen 2003, 303–314.
- Werner SUPPANZ, Das Barockzeitalter in der Identitätspolitik des autoritären „Ständestaates“, in: Johannes Feichtinger et al. (Hg.), Schauplatz Kultur – Zentraleuropa. Transdisziplinäre Annäherungen, Innsbruck – Wien – Bozen 2006, 113–121.
- Berthold SUTTER, Die politische und rechtliche Stellung der Deutschen in Österreich 1848–1918, in: Adam Wandruszka/Peter Urbanitsch (Hg.), Die Völker des Reiches (Die Habsburgermonarchie 1848–1918 III/1), Wien 1980, 154–339.
- Berthold SUTTER, Probleme einer österreichischen Parlamentsgeschichte 1848 bis 1918, in: Helmut Rumpler/Peter Urbanitsch (Hg.), Verfassung und Parlamentarismus. Verfas-

- sungsrecht, Verfassungswirklichkeit, zentrale Repräsentativkörperschaften (Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VII/1), Wien 2000, 541–568.
- Ernst Christoph SUTTNER (Hg.), Die Kath.-Theologische Fakultät der Universität Wien 1884–1984: Festschrift zum 600-Jahr-Jubiläum, Berlin 1984.
- Richard SZERELMES, Leopold Teufelsbauer und das Bäuerliche Volksbildungsheim Hubertendorf, in: Ernst Wenisch et al. (Hg.), Freundschaft und Bildung. Festschrift für Eduard Seifert zur Vollendung seines 70. Lebensjahres, Salzburg 1982, 115–119.
- Emmerich TÁLOS, Voraussetzungen und Traditionen kooperativer Politik in Österreich, in: Gerald Stourzh/Margarete Grandner (Hg.), Historische Wurzeln der Sozialpartnerschaft (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 12/13), München 1986, 243–264.
- Emmerich TÁLOS et al. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933, Wien 1995.
- Emmerich TÁLOS, Zum Herrschaftssystem des Austrofaschismus: Österreich 1934–1938, in: Erwin Oberländer (Hg.), Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südeuropa 1919–1944, Paderborn et al. 2001, 143–162.
- Emmerich TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, in: Emmerich Táros/Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 18), Wien ⁵2005, 394–420.
- Emmerich TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933–1938 (Politik und Zeitgeschichte 8), Wien 2013.
- Emmerich TÁLOS/Walter MANOSCHEK, Austrofaschismus, Halbfaschismus, Ständestaat. Herrschaftssysteme in Österreich und Italien im Vergleich, in: Kunst und Diktatur. Architektur, Bildhauerei und Malerei in Österreich, Deutschland, Italien und der Sowjetunion 1922 bis 1956, Ausstellung des Österreichischen Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, Künstlerhaus Wien vom 28. März bis 15. August 1994, hg. von Jan Tabor, Baden 1994, Band 1, 112–123.
- Emmerich TÁLOS/Walter MANOSCHEK, Zum Konstituierungsprozess des Austrofaschismus, in: Emmerich Táros/Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 18), Wien ⁵2005, 6–27.
- Emmerich TÁLOS/Walter MANOSCHEK, Aspekte der politischen Struktur des Austrofaschismus: (Verfassungs-) rechtlicher Rahmen – politische Wirklichkeit – Akteure, in: Emmerich Táros/Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 18), Wien ⁵2005, 124–160.
- Claudia TANCITS, Katholischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Österreich, in: Robert Rill/Ulrich Zellenberg (Hg.), Konservatismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute, Graz-Stuttgart 1999, 255–272.
- Paul Roman TARMANN, Die Personalität des Menschen als Begründung von Menschenrechten und Ethik. Einige Konsequenzen der personalistischen Philosophie bei Karl Lugmayer, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 2008.
- Leopold TEMMEL, Evangelisch in Oberösterreich. Werdegang und Bestand der Evangelischen Kirche, Linz 1982.

- Johannes THALER, Legitimismus. Ein unterschätzter Baustein des autoritären Österreich, in: Florian Wenninger/Lucile Dreidemy (Hg.), *Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes*, Wien – Köln – Weimar 2013, 69–85.
- Christoph THIENEN-ADLERFLYCHT, Einleitung, s. Wolfgang HÖFLER.
- Helga THOMA, Mahner – Helfer – Patrioten. Porträts aus dem österreichischen Widerstand. Eine Dokumentation, Wien 2004.
- Michael THÖNDL, Oswald Spengler in Italien. Kulturexport politischer Ideen der „Konservativen Revolution“, Leipzig 2010.
- Ferdinand TÖNNIES, *Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie*, Darmstadt 1979 (8. Auflage 1935).
- Claudia ULBRICH, Ständische Ungleichheit und Geschlechterforschung, in: *Zeitsprünge. Forschungen zur Frühen Neuzeit* 15 (2011), Heft 1, 85–104.
- Michael UNTERRAINER, *Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates*, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 1978.
- Peter URBANITSCH, Die Deutschen in Österreich. Statistisch-deskriptiver Überblick, in: Adam Wandruszka/Peter Urbanitsch (Hg.), *Die Völker des Reiches (Die Habsburgermonarchie 1848–1918 III/1)*, Wien 1980, 33–153.
- Peter URBANITSCH, Die Gemeindevertretungen in Cisleithanien, in: Helmut Rumpler/Peter Urbanitsch (Hg.), *Die regionalen Repräsentativkörperschaften (Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VII/2)*, Wien 2000, 2199–2281.
- Hellwig VALENTIN, Vom Länderpartikularismus zum föderalen Bundesstaat, in: Stefan Karner/Lorenz Mikoletzky (Hg.), *Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament*, Innsbruck – Wien – Bozen 2008, 35–50.
- Brigitte VALLAZZA, „Wir bauen auf“. Propaganda zur Bautätigkeit im österreichischen Ständestaat (1934–1938), ungedr. phil. Diss., Wien 1986.
- Viktor VANBERG, Soziale Sicherheit, Müller-Armacks „Soziale Irenik“ und die ordoliberalen Perspektive, in: Rolf H. Hasse (Hg.), *Wirtschaftsordnung und Gesellschaftskonzept. Zur Integrationskraft der Sozialen Marktwirtschaft (Beiträge zur Wirtschaftspolitik 77)*, Bern – Stuttgart – Wien 2002, 227–260.
- F. Werner VEAUTHIER, *Kulturkritik als Aufgabe der Kulturphilosophie. Peter Wusts Bedeutung als Kultur- und Zivilisationskritiker*, Heidelberg 1997.
- Theodor VENUS, Rudolf Henz. Versuch über einen katholischen Medienpolitiker, in: *Medien. Forum für historische Kommunikationsforschung* 1 (1986), 5–48.
- Heinz-Günter VESTER, *Kollektive Identitäten und Mentalitäten. Von der Völkerpsychologie zur kulturvergleichenden Soziologie und interkulturellen Kommunikation (Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Analyse interkultureller Beziehungen 1)*, Frankfurt a. M. 1996.
- Helmuth VETTER, Die Katholisch-theologische Fakultät 1938–1945, in: Gernot Heiß et al. (Hg.), *Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938–1945 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 43)*, Wien 1989, 179–196.
- Karl VOCELKA, Die Gegenkräfte des Liberalismus in der Donaumonarchie, in: Leopold Kammerhofer et al. (Hg.), *Studien zum Deutschliberalismus in Zisleithanien 1873–1879. Herr-*

- schaftsfundierung und Organisationsformen des politischen Liberalismus, Wien 1992, 122–142.
- Karl VOCELKA, *Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik*, München 2002.
- Judith VOGEL, *Reflektiertes Geschichtsbewusstsein durch das Schulbuch fördern? Eine exemplarische Analyse, dargestellt anhand des Themas Ständestaat in österreichischen Schulbüchern*, ungedr. Dipl.-Arb., Salzburg 2003.
- Bernhard VOGT, Die „Liberalität“ der Sozialen Marktwirtschaft. Über Ludwig Erhard und Franz Oppenheimer, in: Richard Faber (Hg.), *Liberalismus in Geschichte und Gegenwart*, Würzburg 2000, 151–160.
- Friedrich WAGNER, *Der österreichische Legitimus 1918–1938, seine Politik und Publizistik*, ungedr. phil. Diss., Wien 1956.
- Gerhard WAGNER, *Von der Hochschülerschaft Österreichs zur Österreichischen Hochschülerschaft. Kontinuitäten und Brüche*, ungedr. Dipl.-Arb., Wien 2010.
- Karl WAGNER, *Heimat- und Provinzliteratur in den dreißiger Jahren. Am Beispiel der Rezeption Peter Roseggers*, in: Klaus Amann/Albert Berger (Hg.), *Österreichische Literatur der dreißiger Jahre. Ideologische Verhältnisse. Institutionelle Voraussetzungen. Fallstudien*, Wien – Köln – Graz 1985, 215–246.
- Martina WAGNER-EGELHAAF, *Autobiographie (Sammlung Metzler 323)*, Stuttgart – Weimar 2000.
- Udo WALLRAF, *Kultur und Persönlichkeit. Richard Meister als Erziehungstheoretiker und Reformers des österreichischen Bildungswesens*, Krefeld 1986.
- Robert WALTER, Adolf Julius Merkl, in: Wilhelm Brauneder (Hg.), *Juristen in Österreich. 1200–1980*, Wien 1987, 300–304.
- Gudula WALTERSKIRCHEN, *Blaues Blut für Österreich. Adelige im Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Wien – München 2000.
- Gudula WALTERSKIRCHEN, *Engelbert Dollfuß. Arbeitermörder oder Heldenkanzler*, Wien 2004.
- Gudula WALTERSKIRCHEN, *Adel in Österreich heute. Der verborgene Stand*, Wien 2007.
- Ursula WALTHER, *Die bäuerlichen Produktionsverhältnisse in Österreich zwischen 1902 und 1939. Eine Untersuchung über die bäuerliche Produktionsweise in der Monarchie und in der Ersten Republik*, ungedr. phil. Diss., Wien 1980.
- Adam WANDRUSZKA, *Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen*, in: Heinrich Benedikt (Hg.), *Geschichte der Republik Österreich*, München 1954, 289–485.
- Adam WANDRUSZKA, *Die Krise des Parlamentarismus 1897 und 1933. Gedanken zum Demokratieverständnis in Österreich*, in: Rudolf Neck/Adam Wandruszka (Hg.), *Beiträge zur Zeitgeschichte. Festschrift Ludwig Jedlicka*, St. Pölten 1976, 61–80.
- Adam WANDRUSZKA, *Prinz Eugen – eine Gestalt der europäischen Geschichte*, in: Richard G. Plaschka/Arnold Suppan/Horst Haselsteiner (Hg.), *Was blieb von Prinz Eugen? Internationales Symposium vom 10. und 11. Juni 1986 im Schloss Schlosshof*, Wien 1986, 127–130.
- Gerhard WANNER, Otto Ender, in: Friedrich Weissensteiner/Erika Weinzierl (Hg.), *Die österreichischen Bundeskanzler. Leben und Werk*, Wien 1983, 160–172.

- Hans-Ulrich WEHLER, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 1: Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung 1700–1815*, München 1987.
- Rudolf WEILER, *Ethik und Sozialwissenschaften*, in: Ernst Chr. Suttner (Hg.), *Die Kath.-Theologische Fakultät der Universität Wien 1884–1984. Festschrift zum 600-Jahr-Jubiläum*, Berlin 1984, 37–42.
- Reinhold WEINSCHENK, *Franz Xaver Eggersdorfer (1879–1958) und sein System der allgemeinen Erziehungslehre. Biographisch-systematische Untersuchung über Leben, Wirken und Fragen seiner wissenschaftlichen Pädagogik*, Paderborn 1972.
- Erika WEINZIERL-FISCHER, *Aus den Anfängen der „Österreichischen Monatsschrift für Gesellschaftswissenschaft und christliche Sozialreform“*, in: Anton Burghardt et al. (Hg.), *Im Dienste der Sozialreform. Festschrift für Karl Kummer*, Wien 1965, 51–61.
- Erika WEINZIERL, *Aus den Notizen von Richard Schmitz zur österreichischen Innenpolitik im Frühjahr 1933*, in: Gerhard Botz u. a. (Hg.), *Geschichte und Gesellschaft. Festschrift für Karl R. Stadler zum 60. Geburtstag*, Wien 1974.
- Erika WEINZIERL, *Konservativismus in Österreich*, in: Robert Kriechbaumer (Hg.), *Konservativ – Chance und Zukunft. Neue Aspekte für Politik, Kultur und Weltanschauung*, Innsbruck – Wien – München 1979, 13–22.
- Erika WEINZIERL, *Kirche und Politik*, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalik (Hg.), *Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik*, Graz – Wien – Köln 1983, 437–496.
- Erika WEINZIERL, *Zeitgeschichte im Überblick*, in: Peter Dusek/Anton Pelinka/Erika Weinzierl, *Zeitgeschichte im Aufriss. Österreich seit 1918. 50 Jahre Zweite Republik*, Wien 1995, 199–335.
- Dieter J. WEISS, *Transformationen des Reichsgedankens bis ins 20. Jahrhundert*, in: *Was vom Alten Reiche blieb – Deutungen, Institutionen und Bilder des frühneuzeitlichen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation im 19. und 20. Jahrhundert*, hg. von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2010, 89–100.
- Otto WEISS, *Rechtskatholizismus in der Ersten Republik. Zur Ideenwelt der österreichischen Kulturkatholiken 1918–1934 (Beiträge zur Kirchen- und Kulturgeschichte 17)*, Frankfurt a. M. et al. 2007.
- Peter WELSEN, *Die Formen des Wissens bei Scheler und Habermas*, in: Ralf Becker/Christian Bermes/Heinz Leonardy (Hg.), *Die Bildung der Gesellschaft. Schelers Sozialphilosophie im Kontext*, Würzburg 2007, 182–194.
- Florian WENNINGER/Lucile DREIDEMY (Hg.), *Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes*, Wien – Köln – Weimar 2013.
- Florian WENNINGER, *Austrian Missions – Das Problem der politischen Äquidistanz der Forschung am Beispiel Austrofaschismus*, in: Ilse Reiter-Zatloukal/Christiane Rothländer/Pia Schölnberger (Hg.), *Österreich 1933–1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime*, Wien – Köln – Weimar 2012, 257–269.
- WER IST WER. *Lexikon österreichischer Zeitgenossen*, bearb. von Robert Teichl, hg. von Paul Emödi, Wien 1937.

- Erik WERBA, Joseph Marx in Vergangenheit und Gegenwart. Zum 100. Geburtstag am 11. Mai 1982, in: Österreichische Musikzeitschrift 37 (1982), 249–251.
- Ruth WERNER, Die Wiener Wochenschrift „Das Neue Reich“ (1918–1925). Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Katholizismus. Neudruck der Ausgabe Breslau 1938, Aalen 1982.
- Eduard WIDMOSER, Südtirol A–Z, Band 2, Innsbruck – München 1983.
- Ewald WIEDERIN, Christliche Bundesstaatlichkeit auf ständischer Grundlage: Eine Strukturanalyse der Verfassung 1934, in: Ilse Reiter-Zatloukal/Christiane Rothländer/Pia Schölnberger (Hg.), Österreich 1933–1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime, Wien – Köln – Weimar 2012, 31–41.
- Ewald WIEDERIN, Die Rechtsstaatskonzeption der Verfassung 1934. Zugleich Mutmaßungen über die Gründe einer Begriffsrenaissance, in: Staats- und Verfassungskrise 1933, hg. von der Parlamentsdirektion, Wien – Köln – Weimar 2014, 75–97.
- Monika WIENFORT, Geschichte Preußens, München 2008.
- Alois WIESINGER, Anton Orels „Oeconomia perennis“, in: Ernst Josef Görlich et al. (Hg.), Anton Orel. Kündler christlicher Sozial- und Kulturreform. Eine Festgabe aus Anlass der Vollendung des 70. Lebensjahres, Salzburg 1952, 64–72.
- Lothar WILDMANN, Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Mikroökonomie und Wettbewerbspolitik. Module der Volkswirtschaftslehre, Band 1, München – Wien 2007.
- Walter WILTSCHEGG, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? (Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte 7), Wien 1985.
- Thomas WINKELBAUER, Oswald Redlich und die Geschichte der Habsburgermonarchie, in: MIOG 117 (2009), 399–417.
- Günther WINKLER, Geleitwort s. Erich Voegelin, Der autoritäre Staat.
- Wolfgang WIPPERMANN, Europäischer Faschismus im Vergleich (1922–1982) (edition suhrkamp NF 245), Frankfurt a. M. 1983.
- Wolfgang WIPPERMANN, Faschismus. Eine Weltgeschichte vom 19. Jahrhundert bis heute, Darmstadt 2009.
- Heinz WITTERIEDE, Eine Einführung in die philosophische Anthropologie. Max Scheler, Helmuth Plessner, Arnold Gehlen, Frankfurt a. M. et al. 2009.
- Ruth WODAK et al., Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität (suhrkamp taschenbuch wissenschaft 1349), Frankfurt a. M. 1998.
- Erika WÖGERER, Innere Emigration und historische Camouflage in Österreich. Zum Widerstandspotenzial in den Historischen Romanen des Rudolf Henz (Europäische Hochschulschriften, Reihe I, Serie I, Band 1884), Frankfurt a. M. et al. 2004.
- Helmut WOHNOUT, Hans Karl Zeßner-Spitzenberg, in: Academia. Zeitschrift für Politik und Kultur 39 (1988), Heft 4, 6–9.
- Helmut WOHNOUT, Verfassungstheorie und Herrschaftspraxis im autoritären Österreich. Zur Entstehung und Rolle der gesetzgebenden Organe 1933/34–1938, ungedr. phil. Diss., Wien 1990.
- Helmut WOHNOUT, Das Traditionsreferat der Vaterländischen Front. Ein Beitrag über das

- Verhältnis der legitimistischen Bewegung zum autoritären Österreich 1933–1938, in: Österreich in Geschichte und Literatur 6 (1992), 65–82.
- Helmut WOHNOUT, Regierungsdiktatur oder Ständeparlament? Gesetzgebung im autoritären Österreich (Studien zu Politik und Verwaltung 43), Wien – Köln – Graz 1993.
- Helmut WOHNOUT, Im Zeichen des Ständeideals. Bedingungen staatlicher Kulturpolitik im autoritären Österreich 1933–1938, in: Kunst und Diktatur. Architektur, Bildhauerei und Malerei in Österreich, Deutschland, Italien und der Sowjetunion 1922 bis 1956, Ausstellung des Österreichischen Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, Künstlerhaus Wien vom 28. März bis 15. August 1994, hg. von Jan Tabor, Baden 1994, Band 1, 134–141.
- Helmut WOHNOUT, Bürgerliche Regierungspartei und weltlicher Arm der katholischen Kirche. Die Christlichsozialen in Österreich 1918–1934, in: Michael Gehler/Wolfram Kaiser/Helmut Wahnout (Hg.), Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert, Wien – Köln – Weimar 2001, 181–207.
- Helmut WOHNOUT, Anatomie einer Kanzlerdiktatur, in: Hedwig Kopetz et al. (Hg.), Soziokultureller Wandel im Verfassungsstaat. Phänomene politischer Transformation, 2 Bände, Wien – Graz – Köln – Weimar 2004, 961–974.
- Helmut WOHNOUT, Dreieck der Gewalt. Etappen des nationalsozialistischen Terrors in Österreich 1932–1934, in: Günther Scheffbeck (Hg.), Österreich 1934. Vorgeschichte – Ereignisse – Wirkungen, Wien – München 2004, 78–90.
- Helmut WOHNOUT, Die Verfassung von 1934 im Widerstreit der unterschiedlichen Kräfte im Regierungslager, in: Ilse Reiter-Zatloukal/Christiane Rothländer/Pia Schölnberger (Hg.), Österreich 1933–1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime, Wien – Köln – Weimar 2012, 7–30.
- Helmut WOHNOUT, Bundeskanzler Dollfuß und die österreichisch-italienischen Beziehungen 1932–1934, in: Florian Wenninger/Lucile Dreidemy (Hg.), Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien – Köln – Weimar 2013, 601–631.
- Helmut WOHNOUT, Schritte auf dem Weg zur Diktatur. Die Entwicklung nach dem Ende des demokratischen Parlamentarismus im Spannungsfeld der deutschen und italienischen Österreichpolitik, in: Staats- und Verfassungskrise 1933, hg. von der Parlamentsdirektion, Wien – Köln – Weimar 2014, 51–74.
- WOLF, Papst & Teufel. Die Archive des Vatikan und das Dritte Reich, München 2008.
- Hans WOLLER, Rom, 28. Oktober 1922. Die faschistische Herausforderung, München 1999.
- Hans WOLLER, Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert (Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert, hg. von Ulrich Herbert), München 2010.
- Peter WRABETZ, Österreichs Rechtsanwälte in Vergangenheit und Gegenwart, Wien 2002.
- Peter WURM, Dr. Lorenz Karall, ungedr. phil. Diss., Wien 1983.
- Martin WUTTE, Oswald Redlich (Nachruf), in: Carinthia I 139 (1949), 59–62.
- Rolf ZAUGG-PRATO, Die Schweiz im Kampf um den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich, 1918–1938 (Europäische Hochschulschriften III/163), Bern – Frankfurt a. M. 1982.

- Franz ZEDER, Thomas Mann in Österreich, Siegen 2001.
- Hans Karl ZEßNER-SPITZENBERG, Alfred Johannes Graf Rességuier de Miremont †, in: Jahrbuch der Vereinigung katholischer Edelleute in Österreich 1932, 84–96.
- Karl Pius ZEßNER-SPITZENBERG, Hans Karl Freiherr Zeßner-Spitzenberg. Ein Leben aus dem Glauben, Wien 2003.
- Roland ZIECH, Die ständische Verfassung Österreichs 1934–1938 im Spannungsfeld der Naturrechtslehre, ungedr. Dipl.-Arb. Linz 2012.
- Anita ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Europäische Christdemokraten und die Paneuropa-Bewegung von Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi, in: Michael Gehler/Wolfram Kaiser/Helmut Wohnout (Hg.), Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert, Wien – Köln – Weimar 2001, 574–603.
- Anita ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Botschafter Europas. Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren, Wien – Köln – Weimar 2004.
- Anita ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Schönere Zukunft. Die führende Wochenschrift der (österreichischen) Ersten Republik (1925–1938), in: Michael Grunewald/Uwe Puschner/Hans Manfred Bock (Hg.), Le milieu intellectuel catholique en Allemagne, sa presse et ses réseaux (1871–1963), Bern 2006, 395–414.
- Ingeborg Ursula ZIMMER, Guido Zernatto. Leben und dichterisches Werk, Klagenfurt 1970.
- Erich ZÖLLNER, Alexander Novotny †, in: Österreich in Geschichte und Literatur 30 (1986), 91–93.
- Erich ZÖLLNER, Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Wien – München ⁸1990.
- Harry ZOHN, In Memoriam. Frank Zwillinger 1909–1989, in: Modern Austrian Literature 23 (1990), 217–219.
- Helge ZOITL, Gegen den Brotwucher! Die Gründung der Wiener Hammerbrotwerke, in: Zeitgeschichte 16 (1988), 3.

11.7 Internetquellen

- http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/h/hager_hubert_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012)
- http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/h/heinrich_walter_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012)
- http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/a/andreae_wilhelm_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012)
- http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/g/goerlich_ernst_joseph_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012)
- http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/k/kadletz_willi_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012)
- http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/l/lagler_ernst_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012)
- http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/h/hruschka_erich_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012)
- http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/h/hugelmann_karl_gottfried_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012)

http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/l/littrow_erika_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012)

http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/v/vorreiter_leopold_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012)

http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/o/ottel_fritz_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012)

http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/s/stoerck_richrad_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012)

http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/s/spann_raphael_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012)

http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/r/roeder_hermann_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012)

http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/r/riehl_hans_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012)

http://agso.uni-graz.at/sozio/biografien/r/radda_boskowstein_siegmund_maria_biografie.htm (abgerufen: 12. 6. 2012)

<http://www.austria-lexikon.at/af/Wissenssammlungen/Biographien/Knoll,%20August%20Maria> (abgerufen: 13. 6. 2012)

<http://www.informatik.uni-erlangen.de/cgi-bin/stoyan/11/LANG=engl/INDEX=I358406> (abgerufen: 28. 10. 2011)

http://www.geneall.net/D/per_page.php?id=1671462 (abgerufen: 28. 10. 2011)

<http://www.worldcat.org/identities/viaf-7822415> (abgerufen: 11. 6. 2012)

http://de.wikipedia.org/wiki/Edgar_Dacqu%C3%A9 (abgerufen: 11. 6. 2012)

<http://mahren.germanistika.cz/index.php?content=author&lon=510&rec=s> (abgerufen: 12. 6. 2012)

http://de.wikipedia.org/wiki/Hugo_Graf_von_und_zu_Lerchenfeld_auf_K%C3%B6fering_und_Sch%C3%B6nberg (abgerufen: 12. 6. 2012)

http://portal.suedmaehren.at/wiki/index.php/Oskar_Meister (abgerufen: 12. 6. 2012)

http://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Pernter (abgerufen: 12. 6. 2012)

<http://www.unipi.it/athenet/17/art4.htm> (abgerufen: 12. 6. 2012)

http://www.bryolich.ch/pdfs/meylania/Meylania_15_27_29_Senn.pdf (abgerufen: 13. 6. 2012)

<http://de.mundipedia.com/PersonMareschMaria> (abgerufen: 13. 6. 2012)

http://de.wikipedia.org/wiki/Josef_Stampfl_%28Politiker%29 (abgerufen: 13. 6. 2012)

http://de.wikipedia.org/wiki/Leopold_Weismann (abgerufen: 13. 6. 2012)

http://data.onb.ac.at/nlv_lex/perslex/PQ/Prettenhofer_Emmereich.htm (abgerufen: 12. 6. 2012)

http://de.wikipedia.org/wiki/Justizminister_der_Republik_%C3%96sterreich (abgerufen: 19. 6. 2012)

http://de.wikipedia.org/wiki/Theodor_Brauer_%28Ethiker%29 (abgerufen: 19. 6. 2012)

<http://www.vwgh.gv.at/Content.Node/geschichte/biografien/herrnritt/herrnritt.at.php> (abgerufen: 19. 6. 2012)

http://www.oesta.gv.at/site/cob_42232/5164/default.aspx (abgerufen: 19. 6. 2012)

<http://www.worldcat.org/identities/viaf-100216111> (abgerufen: 13. 6. 2012)

<http://www.fdblawyers.com/docs/tradition.htm> (abgerufen: 23. 7. 2012)

<http://sozrev.wordpress.com/category/historisches/page/2/> (abgerufen: 23. 7. 2012)

PERSONENREGISTER

- Adam, Walter 66 (Anm. 71), 68, 76, 77, 178,
199, 214, 229, 258, 268, 280, 297, 357, 404,
487, 497, 510, 511, 513, 541, 545
- Adamovich, Ludwig 55, 57 (Anm. 113), 68,
157, 166, 206, 219, 249, 270, 281, 298, 310,
396, 423, 432, 454, 474, 498, 499, 521, 522,
541, 545
- Adler, Max Anton 449, 553
- Adler, Victor 91 (Anm. 354), 207, 270
- Adlgasser, Franz 14
- Adorno, Theodor 13
- Alexander, Helmut 14
- Alighieri, Dante 154
- Althusius, Johannes 358, 500
- Amendola, Giovanni 108 (Anm. 520)
- Andreae, Wilhelm 149, 489, 553
- Andrian, Leopold von 56, 83, 199, 208, 221,
222, 235, 236, 241, 247, 267, 272, 293, 307,
324, 328, 354, 376, 403, 408, 415, 536
- Anich, Peter 224, 278, 283, 343
- Aristoteles 52, 96, 149, 186, 209, 224, 228,
229, 230, 232, 245, 260, 335, 451, 504
- Augustinus 96, 383, 496, 505, 508, 570
- Austin, John Langshaw 48
- Baar-Baarenfels, Eduard von (d. Ä.) 366
(Anm. 689)
- Baar-Baarenfels, Eduard von (d. J.) 199, 297,
328, 332, 366, 366 (Anm. 689), 518, 541
- Bahr, Hermann 390, 405
- Barthou, Jean Louis 129
- Bauer, Otto 26 (Anm. 68), 66, 99 (Anm. 413),
126, 376 (Anm. 796), 387, 426 (Anm. 1276),
448, 461, 553
- Baumgartner, Georg 55, 214, 241, 256, 332,
341, 351, 449, 454, 541
- Bayer, Hans 177, 440, 462, 546
- Beethoven, Ludwig van 402
- Beller, Steven 28
- Benda, Oskar 319, 332, 380
- Benedikt, Heinrich 25
- Berger, Peter (Historiker) 19, 27
- Berger, Peter (Jurist) 553
- Berger-Waldenegg, Egon 76 (Anm. 189), 106,
114, 131, 137, 552
- Bergson, Henri 153
- Bertalanffy, Karl Ludwig von 237
- Bick, Josef 241, 281, 327, 365, 369, 416, 523,
541
- Biederlack, Josef, SJ 161, 200, 553
- Binder, Dieter A. 25, 26, 31, 540
- Birk, Bernhard 553
- Bismarck, Otto von 35, 415, 421
- Bloch, Ernst 539
- Blöchl, Johann 55, 199, 331, 335, 342, 346,
358, 359, 441, 468, 474, 519, 541
- Bodmershof, Imma von 42 (Anm. 218)
- Böhm, Wilhelm 553
- Böll, Heinrich 567
- Bohn, Sascha 536
- Bonomelli, Geremia 562
- Bortolotto, Guido 128, 151, 553
- Bottai, Giuseppe 109, 119, 122, 154, 556, 572
- Bourdieu, Pierre 41
- Bracher, Karl Dietrich 20, 22, 43
- Brandl, Franz 45, 182, 183, 194, 201, 224,
227, 238, 314, 319, 324 (Anm. 222), 362
(Anm. 658), 381, 419, 424, 429, 430 (Anm.
1316), 505, 554
- Brauer, Theodor 554
- Braumüller-Tannbruck, Erich 241, 268, 276,
307, 428, 541
- Breitenfeld, Walter 554
- Brendel, Rudolf 554
- Brentano, Lujo 463
- Brezinka, Wolfgang 262 (Anm. 504)
- Briand, Aristide 339
- Briefs, Götz 554
- Brocchi, Diano 121
- Broch, Hermann 550
- Brunner, Otto 232, 309, 327, 335 (Anm. 349),
336, 390, 426, 503, 533, 535
- Buchinger, Rudolf 55, 330 (Anm. 289), 332
(Anm. 320), 441, 541
- Bühler, Charlotte 169 (Anm. 1044)
- Bugelnig, Philipp 170, 208, 220, 223, 228,
263, 265, 268, 278, 284, 334, 337, 352, 446,
450, 457, 546
- Burckhardt, Jacob 14, 45
- Burjan, Hildegard 517
- Burke, Edmund 155, 230

- Canaval, Gustav 554
 Canetti, Elias 386
 Capesius, Victor 169 (Anm. 1042)
 Carsten, Francis L. 22 (Anm. 24)
 Catilina 224
 Cescutti, Marjan 14
 Chamberlain, Houston Stewart 144, 195, 555
 Chappell, Heinrich A. 151, 555
 Chorinsky, Carl Graf 281, 281 (Anm. 693), 285
 Chotek von Hohenberg, Sophie 366
 Ciano, Galeazzo 135, 135 (Anm. 787)
 Cicero 256, 359, 508, 538
 Cohn, Julius 562
 Cole, Laurence 14
 Collingwood, Robin George 48
 Connelly, John 28 (Anm. 89)
 Costamagna, Carlo 147, 148, 555
 Coudenhove-Kalergi, Richard Nikolaus 56, 59, 84, 87, 88, 89, 90, 120, 181, 184, 200, 204, 211, 212, 215, 217, 229, 242, 248, 249, 261, 266, 274 (Anm. 615), 276, 286, 292, 301, 321, 323, 325, 339, 344, 350, 356, 359, 363, 369, 371, 380, 435, 487, 489, 493, 499, 509, 531, 556, 557
 Croce, Benedetto 153
 Czernin, Ottokar Graf 294

 d' Annunzio, Gabriele 108, 109, 154, 557, 562
 Dacqué, Edgar 236, 555
 Darwin, Charles 42, 334, 555
 Dassel, Rainald s. Heinrich, Walter
 De Felice, Renzo 149 (Anm. 878)
 de Felip, Eleonore 14
 Degenfeld-Schonburg, Ferdinand Graf 252, 254, 370, 464, 555, 566
 del Giudice, Riccardo 556
 Dempf, Alois 377, 405 (Anm. 1071), 407
 Descartes, René 234
 di Nolfo, Ennio 106
 Dickens, Charles 42 (Anm. 217)
 Dienstleder, Alois 55, 55 (Anm. 96), 246 (Anm. 341), 541
 Dilthey, Wilhelm 42
 Dobretsberger, Josef 38, 98, 160, 188 (Anm. 80), 209, 235, 301, 311, 415, 462, 466, 478, 488, 491, 508, 509, 514, 546, 562
 Döbling, Josef 556
 Dohrn, Nikolaus 421, 556
 Dollfuß, Engelbert 19, 22, 23, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 38, 39, 44, 56, 60, 63, 64, 65, 71, 74, 74 (Anm. 164), 78, 81, 81 (Anm. 236), 85, 86, 88, 89, 90, 98, 100, 101, 105, 106, 114, 121, 122, 123, 123 (Anm. 674), 124, 125, 126, 127, 128, 129, 163, 165 (Anm. 1002), 181, 189, 193, 196, 197, 200, 202, 247, 266, 272, 283, 289, 295, 312, 317, 328, 329, 330, 331, 332, 335, 341, 360, 364, 366, 392, 398, 425, 427, 433, 441, 443, 445, 445 (Anm. 107), 449, 462, 468, 471, 479, 486, 503, 504, 513, 515, 516 (Anm. 299), 517, 520, 524, 525, 540, 554, 571
 Donoso Cortés, Juan 189
 Dopsch, Alfons 330, 556
 Dostal, Nico 515 (Anm. 288)
 Draxler, Ludwig 90, 297, 461 (Anm. 270), 497, 505, 523, 542
 Dreidemy, Lucile 21, 21 (Anm. 19), 23, 31
 Durkheim, Emile 95, 258

 Eberle, Josef 56, 69, 70, 71, 72, 96, 150, 183, 188, 210, 245, 253 (Anm. 415), 290, 331, 365 (Anm. 683), 381, 382, 414, 420 (Anm. 1230), 506
 Eder, Karl 569
 Egger, Lothar 113, 117
 Eggersdorfer, Franz X. 444, 556
 Eibl, Hans 399 (Anm. 1021), 557
 Ender, Otto 56, 74 (Anm. 165), 75, 119, 126, 162, 163, 164 (Anm. 990), 166, 168, 184, 196, 197 (Anm. 190), 208, 261, 283, 292, 361, 363, 364, 367, 391, 391 (Anm. 941), 398, 446, 447, 448, 450, 454, 459, 460, 461, 465, 469, 470, 472, 473, 481, 500, 503, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 548
 Enderle-Burcel, Gertrude 541
 Engelhart, Leopold 240, 259, 284, 308, 322, 358, 465, 484, 509, 524, 542
 Engels, Friedrich 548
 Eötvös, Joseph 384
 Eucken, Rudolf 191, 191 (Anm. 114), 233
 Eucken, Walter 191, 192, 564
 Eugen, Erzherzog von Österreich 297, 298
 Eugen, Prinz von Savoyen 425, 426 (Anm. 1272, 1273)
 Evola, Julius 120, 145, 145 (Anm. 862), 236, 289, 555, 557

- Febvre, Lucien 52
 Ferrero, Guglielmo 183, 290
 Fey, Emil 152
 Fiala, Bartholomäus 158, 179, 196, 202, 372, 446, 465, 546
 Fichte, Johann Gottlieb 153
 Fidelis, Otto M. s. Karpfen, Otto M.
 Figl, Leopold 309, 330 (Anm. 289), 331, 332, 332 (Anm. 312), 333, 341, 369, 439, 441, 501, 507, 512, 542
 Fink, Jodok 205, 332 (Anm. 318)
 Fink, Pius 55, 357, 361, 542
 Fischer, Zyrill, OFM 362, 557, 569
 Flödl, Karl 204, 315, 451 (Anm. 173), 462, 542
 Födermayr, Florian 55, 89, 89 (Anm. 333), 201, 205, 330, 330 (Anm. 289), 335, 366, 415, 441, 447, 542
 Foerster, Friedrich Wilhelm 378, 418, 557, 559
 Foglar-Deinhardstein, Heinrich 469, 558
 Foucault, Michel 47, 48, 49, 51, 51 (Anm. 59)
 Frankfurter, Salomon Friedrich 169 (Anm. 1042), 249, 255, 316, 542
 Frankl, Viktor 288, 311, 523, 558
 Franz Ferdinand, Erzherzog von Österreich 266, 266 (Anm. 538), 298, 336, 366, 410, 411, 554, 562
 Franz II./I., römisch-deutscher Kaiser, Kaiser von Österreich 336, 411
 Franz Josef, Kaiser von Österreich 36, 267, 270, 297, 366, 429
 Franz Salvator, Erzherzog von Österreich-Toskana 366
 Franzelin, Bernhard, SJ 558
 Freud, Sigmund 42, 80, 232
 Friedmann, Desider 169 (Anm. 1042)
 Friedrich, Erzherzog von Österreich 307
 Friedrich, Margret 14
 Friedrich der Große, König von Preußen 411
 Frodl, Ferdinand 231
 Froehlich, Georg 176, 470, 558
 Funder, Friedrich 43 (Anm. 226), 54, 55, 68, 69, 70, 71, 74, 81, 89, 90, 101, 133, 135, 184, 185, 194, 199, 203, 207, 243, 265, 266, 269, 270, 281, 282, 285, 290, 292, 298, 299 (Anm. 887), 301 (Anm. 2), 302, 319, 323, 326, 327, 332, 335, 340, 345, 359, 365, 366, 371, 388, 396, 415, 428, 429, 436, 437, 438, 449, 452, 462, 478, 501, 520, 522, 524, 525, 542, 545, 562
 Funder, Wolfgang 365
 Fürstenberg, Karl Emil von 247
 Fussenegger, Gertrud 64, 185, 407, 558
 Gadamer, Hans-Georg 13, 19, 50, 51, 271
 Gamper, Hans 474
 Gehler, Michael 15, 26
 Geiger, Theodor 41
 Gemelli, Agostino, OFM 128, 558
 Gentile, Giovanni 153, 556
 Getzeny, Heinrich 99, 144, 252, 559
 Gföllner, Johannes M. 79, 520
 Ginzkey, Franz Karl 53, 55, 217, 226, 272, 278, 282, 320, 321, 322, 354, 373, 393, 416, 424, 433, 455, 542, 545
 Gioberti, Vincenzo 153, 154
 Glaise von Horstenau, Edmund 43 (Anm. 226), 83, 84, 86, 286, 324, 399, 400, 542, 545
 Glässer, Gustav 119
 Glöckel, Otto 250, 255, 287
 Gobineau, Joseph Arthur 555
 Gömbös, Gyula 121
 Görgen, Hermann Mathias 408, 410, 418, 431, 432, 559
 Göring, Hermann 125
 Görlich, Ernst Josef 559
 Goethe, Johann Wolfgang 52, 54, 155, 264, 419, 521
 Goldinger, Walter 25
 Grandi, Dino 112, 118, 120
 Gravelli, Asvero 119, 120
 Grillparzer, Franz 243, 253, 380
 Gröning, Bruno 577
 Grünberger, Alfred 112
 Günther, Hans 559, 560
 Gundlach, Gustav, SJ 56, 99, 495
 Habicht, Theo 124
 Habsburg, Otto von 83, 105, 115, 211, 261, 287, 292, 295, 296, 297, 298, 330, 360 (Anm. 621), 405, 492 (Anm. 49), 506 (Anm. 193)
 Hädelmayr, Roman 574
 Hänsel, Ludwig 560
 Hager, Hansjörg 14
 Hager, Hubert 151, 559, 560

- Hammerstein-Equord, Hans von 352
 Hanisch, Ernst 14, 23, 25, 26, 52, 60, 181,
 320, 330, 331, 336, 411 (Anm. 1137), 487
 Hanrieder, Norbert 393, 415
 Hantsch, Hugo, OSB 376, 410, 411, 512, 560,
 569
 Hassinger, Hugo 429
 Hauser, Friedrich 561
 Haushofer, Karl 577
 Hebra-Huze, Wilhelm Peter 561
 Heer, Friedrich 73, 75, 174, 218, 228, 356,
 419
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 153, 155,
 494
 Heilig, Konrad Josef 287, 311, 408, 409, 410,
 561
 Heinrich, Nikolaus s. Dohn, Nikolaus
 Heinrich, Walter 85, 99, 121, 147, 148, 156,
 156 (Anm. 913), 157, 200, 306, 455 (Anm.
 214), 463, 547, 562
 Heinricher, Kurt 560
 Heinzelmann, Johannes 76, 76 (Anm. 189)
 Heiss, Hans 14
 Helsing, Axel von s. Kolnai, Aurel
 Henz, Rudolf 53, 55, 68, 184, 214, 217, 219,
 224, 225, 241, 248, 259, 264, 269, 271, 278,
 280, 282, 285, 302, 303, 309, 315, 323, 327,
 342, 343, 364, 371, 389, 390, 397, 413, 415,
 439, 470, 471, 476, 478, 497, 510, 513, 515,
 516, 517, 518, 523, 525, 542
 Heraklit 153
 Herder, Johann Gottfried 215, 387, 388
 Herrnritt, Rudolf 207, 561
 Herzog-Hauser, Gertrud 375, 561
 Hess, Victor Franz 55, 270, 299, 542
 Heydendorff, Walther 420, 432, 562
 Hildebrand, Dietrich von 56, 71, 78, 79, 81,
 87, 106, 131, 134, 134 (Anm. 779), 181,
 189, 197, 204, 207, 213, 219, 225, 232, 233,
 235, 257, 258, 265, 267, 274, 281, 289, 290
 (Anm. 782), 356, 360, 376, 377, 379, 400,
 416, 418, 419, 429, 482, 494, 506, 510, 532,
 553, 557, 559, 567, 569
 Hintze, Otto 319
 Hitler, Adolf 65, 71, 81, 83, 87, 120, 121, 123,
 124, 128, 130, 132, 134, 136, 137, 139, 141,
 144, 233, 236, 247, 247 (Anm. 360), 256,
 275, 400, 402, 407, 419, 421 (Anm. 1235),
 525, 529, 560, 562, 566, 569, 573
 Hobbes, Thomas 154, 186, 228, 503
 Hobelsperger, Alois 170, 547
 Höfler, Wolfgang 11, 41, 42, 224, 225, 361,
 482, 536
 Hörburger, Franz 215, 257, 260, 264, 318,
 357, 363, 371, 454, 542
 Hofer, Andreas 560
 Hofmannsthal, Hugo von 56, 412, 417
 Hofstetter-Leu, Frank 162, 547
 Hohenbruck, Oskar Freiherr von 158, 202,
 311, 312, 318, 372, 396, 455, 456, 466, 471,
 476, 493, 496, 547
 Hohenlohe-Schillingsfürst, Konstantin von,
 OSB 158, 209, 231, 236, 290, 317, 362,
 446, 492, 508, 547
 Hollnsteiner, Johannes, (CR) 73, 99, 198,
 203, 235, 246, 274 (Anm. 615), 405, 405
 (Anm. 1071), 506, 547, 562
 Holzer, Valentin 252, 562
 Holzmeister, Clemens 55, 73 (Anm. 156),
 184, 227, 242, 268, 285, 286, 317, 333, 349,
 365, 389, 515, 515 (Anm. 294), 516, 517,
 522, 526, 526 (Anm. 416), 542
 Homer 253, 277
 Horaz 377
 Horkheimer, Max 13
 Hormayr, Joseph von 224
 Hornbostel, Theodor 106, 126, 136, 421
 Hörnigk, Philipp Wilhelm von 427
 Hortenau, Hans von 152, 562
 Hruschka, Erich 562
 Hugelmann, Karl Gottfried 307, 400, 563
 Hula, Erich 133, 189, 563
 Hülgerth, Ludwig 55 (Anm. 97), 90, 194, 455,
 477, 499, 518, 521, 542, 545
 Humboldt, Wilhelm von 384, 496
 Hussarek-Henlein, Max Freiherr von 200,
 267, 325, 377, 432, 563
 Husserl, Edmund 234, 549
 Ilg, Ulrich 55, 99 (Anm. 413), 194, 198, 256,
 258, 268, 284, 331, 341, 353, 357, 446, 476,
 492, 499, 508, 523, 524, 542
 Ingram, Robert s. Klein, Franz
 Innitzer, Theodor 76, 101, 180
 Inthal, Kaspar 564
 Ippen, Konrad s. Possony, Stefan
 Jäger, Albert, OSB 35

- Jagschitz, Gerhard 25, 81 (Anm. 236)
 Jaspers, Karl 271
 Jerusalem, Franz 537 (Anm. 38)
 Jöhr, Walter Adolf 162, 384, 564
 Johann von Luxemburg, 41 (Anm. 212)
 Josef II., Regent der österreichischen Erbländer, römisch-deutscher Kaiser 430
 Jungbauer, Raimund 551
 Jünger, Ernst 276
- Kadletz, Willi 150, 564
 Kaindl, Raimund Friedrich 420, 428, 564
 Kant, Immanuel 153, 233, 419, 421, 553
 Karall, Lorenz 55 (Anm. 96), 190, 349, 439, 441, 500, 519, 543
 Karl, Erzherzog/Kaiser von Österreich 266, 270, 282, 290, 294, 295, 296, 297 (Anm. 865), 427, 431, 557, 573, 577
 Karpeles, Benno 159, 183, 301, 313, 449, 456, 496, 548
 Karpfen, Otto M. 182, 207, 564
 Karrer, Otto, SJ 506, 565
 Kassandra s. Anton Orel
 Katharina von Siena 374
 Keller, Franz 565
 Kelsen, Hans 59, 104, 156, 174, 230 (Anm. 200), 261, 476, 546, 550, 551, 563
 Kennan, George F. 12
 Kerschagl, Richard 55, 86, 121, 133, 146, 146 (Anm. 870), 187, 188, 189, 189 (Anm. 99), 204, 240, 249, 259, 278, 338, 353, 395, 399, 401, 456, 474, 507, 518, 522, 543, 545
 Ketteler, Wilhelm Emanuel von 91, 356, 495
 Kienböck, Viktor 65, 292, 340, 392, 396, 432, 461 (Anm. 270), 522, 523, 543, 545, 558
 Kindermann, Gottfried Karl 23
 Kinsky, Rudolf Graf 158, 179, 183, 436, 454, 548
 Kipling, Rudyard 42 (Anm. 217)
 Kjellén, Rudolf 160
 Klausener, Erich 565
 Klein, Franz 565
 Kleinhappl, Johann, SJ 41, 49, 244, 338, 451, 459, 530, 540, 565
 Klezl Freiherr von Norberg, Felix 161, 275, 277, 305 (Anm. 38), 318, 443, 451, 469, 481, 548
 Klingenstein, Grete 39
 Klopp, Wiard von 91
- Klotz, Anton 63, 82, 99, 100, 139, 160 (Anm. 958), 186, 188, 197, 198, 220, 311, 314, 318, 337, 378, 380, 387, 397, 402, 405, 407, 414, 419, 428, 429, 435, 459, 460, 462, 499, 504, 508, 565
 Klüger, Ruth 52, 54
 Kluge, Ulrich 21, 22, 38
 Knapp, Otto 259, 566
 Knoll, August M. 86, 90, 98, 102, 159, 160, 186, 198, 285, 308, 316, 329, 332, 336, 341, 353, 357, 412, 449, 457, 486, 548, 569
 Knünz, Josef, SJ 566
 Koch, Jakob Ernst 78, 566
 Kolb, Franz 115, 243, 245, 278, 279, 307, 333, 336, 355, 362, 373, 394, 452, 454, 473, 501, 543
 Kolnai, Aurel 36, 160, 274, 302, 448, 457, 482, 528, 549
 Konfuzius 223, 358
 Koselleck, Reinhart 13
 Kralik, Richard von 428
 Krasser, Robert 204, 219, 252, 261, 264, 405, 454, 458, 566
 Kreissler, Felix 29
 Krofta, Kamil 122
 Kuefstein, Franz Graf 327
 Kues, Nikolaus von 279
 Kunschak, Leopold 19, 55, 74 (Anm. 165), 75, 79, 113, 166, 197, 203, 204, 208, 292, 315, 320, 353 (Anm. 542), 360, 361, 367, 371, 373, 388, 438, 445, 463, 477, 500, 519, 520, 522, 524, 543
- Lagerlöf, Selma 42 (Anm. 217)
 Lagler, Ernst 440, 566
 Lammasch, Heinrich 563
 Le Bon, Gustave 192
 Le Play, Frederic 124
 Leb, Josef 566
 Lehner, Maria 566
 Leibniz, Gottfried Wilhelm 224, 386
 Leitgeb, Mathilde von 552
 Lenz, Adolf 55, 189, 239, 344, 498, 522, 523, 543
 Leo XIII., Papst 91, 97, 289, 438, 439, 485, 494
 Leopold I., römisch-deutscher Kaiser 267
 Lerchenfeld, Hugo Graf 187, 566
 Lernet-Holenia, Alexander 44, 283, 376, 376 (Anm. 791), 407, 430, 567

- Liechtenstein, Aloys Prinz 286, 326
 Liechtenstein, Johannes Prinz 290
 Linz, Juan 22, 510
 Lipinsky, Wjaczeslaw 161
 Littrow, Erika von 567
 Löwenthal, Josef Freiherr von 102, 177, 323, 325, 350, 473
 Löwenthal, Richard 140, 187, 207, 510, 535, 567
 Lombroso, Cesare 238, 239
 Loos, Adolf 389
 Ludwig, Eduard 68, 89, 89 (Anm. 333), 199, 314, 320, 340, 472, 499, 505, 520, 521, 522, 525, 543
 Ludwig, Emil 155
 Lueger, Karl 208, 326
 Lütz, Peter 158, 341, 459, 549
 Lugmayer, Karl 61, 75, 90, 96, 163, 186, 189, 213, 219, 222, 223, 229, 234 (Anm. 238), 237, 244, 249, 257, 260, 263, 264, 265, 267, 278, 279, 281, 282, 284, 286, 289, 315, 322, 327, 333, 334, 338, 338 (Anm. 397), 347, 349, 355, 358, 359, 371, 373, 379, 413, 422, 436, 437, 439, 441, 444, 447, 448, 450, 452, 454, 456, 462, 477, 482, 483, 484, 486, 488, 490, 492, 507, 514, 521, 524, 532, 543, 545, 551, 557
 Machiavelli, Niccolò 154
 Mahler-Werfel, Alma 155, 273
 Mann, Thomas 56, 273, 274, 274 (Anm. 615), 430, 430 (Anm. 1313)
 Mannheim, Karl 31, 202, 218, 228, 257, 271, 537, 540
 Marek, Ferdinand 122
 Maresch, Maria 374, 375, 567
 Margarétha, Eugen 55 (Anm. 97), 196, 200, 298, 467, 522, 543, 545
 Maria Therese von Portugal, Erzherzogin von Österreich 270
 Maria Theresia, Regentin der österreichischen Erbländer 325, 410, 411, 427
 Marie Valerie, Erzherzogin von Österreich 366
 Maritain, Jacques 79, 235, 235 (Anm. 249)
 Marschall, Lola Gräfin 368, 568
 Marschall von Bieberstein, Fritz Freiherr 508
 Marsilius von Padua 154
 Marx, Josef 217, 227, 272, 389, 543
 Marx, Karl 42, 189, 389, 553
 Marx, Wilhelm 115, 402
 März, Eduard 177, 178, 549
 Mataja, Heinrich 133, 217, 259, 412, 568
 Maximilian I., Tiroler Landesfürst, römisch-deutscher Kaiser 501
 Mayr, Michael 156
 Mazohl, Brigitte 14
 Mazzini, Giuseppe 154
 Meinecke, Friedrich 387
 Meister, Oskar 231, 312, 568
 Meister, Richard 55, 75, 218, 225, 244, 245, 248, 249, 250, 251, 254, 255, 261, 262, 262 (Anm. 504), 269, 278, 286, 359, 363, 383, 398, 492, 493, 496, 508, 509, 512, 522, 534, 538, 543
 Menzel, Adolf 152, 153, 154, 155, 281, 568
 Merkl, Adolf Julius 170, 171, 172, 173, 175, 310, 372, 522, 550, 551, 557
 Messner, Johannes 37, 56, 68, 72, 90, 95, 100, 100 (Anm. 428), 101, 102, 107, 180, 186, 189, 203, 208, 216, 220, 223, 230, 230 (Anm. 200), 246, 251 (Anm. 394), 268, 280, 301, 302, 315, 318, 322, 350, 355, 357, 359, 395, 402, 422, 424, 436, 438, 443, 447, 452, 453, 454, 456, 466, 477, 478, 480, 483, 485, 489, 490, 491, 492, 495, 506, 507
 Metternich, Klemens Wenzel Lothar von 411
 Michel, Ernst 186, 568
 Miklas, Wilhelm 64, 64 (Anm. 53), 67, 98, 104, 128 (Anm. 722), 164, 231, 362, 459, 491 (Anm. 42)
 Mises, Ludwig von 536, 568
 Missong, Alfred 204, 291, 554, 569
 Mohr, Wilhelm 309, 351, 391, 468, 543
 Morreale, Eugenio 114, 120, 121, 124, 126, 129, 133, 134, 136, 137, 556, 569
 Moth, Georg 178, 224, 231, 236, 308, 311, 357, 380, 383, 426, 446, 448, 468, 471, 496, 501, 550
 Müller, Adam 155, 155 (Anm. 898)
 Müller, Albert, SJ 179, 316, 569
 Müller, Erich 569
 Müller-Armack, Alfred 181, 192
 Murner, Thomas s. Missong, Alfred
 Mussolini, Arnaldo 141
 Mussolini, Benito 26, 27, 30, 44, 98, 100, 105, 106, 108, 109, 111 (Anm. 549), 112, 113,

- 114, 115, 116, 117, 118, 118 (Anm. 621),
119, 120, 121, 121 (Anm. 653), 122, 123,
124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132,
133, 134, 135, 136, 138, 139, 140, 141, 142,
144, 145, 146, 147, 149, 150, 151, 152, 153,
154, 155, 155 (Anm. 900), 159, 178, 339,
460, 502, 510, 569, 571, 572, 575, 576
- Nadler, Josef 393 (Anm. 954), 566
Naphta, Leo 273, 430
Nassehi, Armin 377
Nell-Breuning, Oswald von, SJ 56, 99, 214,
231, 276, 349, 453, 495
Nemecek, Carl 569
Neugebauer, Wolfgang 21
Neustädter-Stürmer, Odo 157, 163, 199, 301,
459, 460, 462, 470, 478, 481, 493, 521, 550
Niederstätter, Alois 29
Nietzsche, Friedrich 153
Nitti, Francesco 110, 114
Norden, Heinrich s. Dohrn, Nikolaus
Noser, Christoph 13
Novalis 155
Novotny, Alexander 202, 223, 276, 408, 421,
569
- Oberhammer, Margit 14
Oliveira Salazar, António 179, 179 (Anm.
1145), 572
Orel, Anton 56, 102, 103, 104, 188, 224, 274,
280, 313, 325, 337, 340, 349, 352, 357, 443,
478
Ortega y Gasset, José 41, 248, 259
Ottel, Fritz 570
Otto, Erzherzog von Österreich 562
- Pabst, Waldemar 116
Pacelli, Eugenio 571
Palmieri, Aurelio 562
Papen, Franz von 81, 135, 137
Pareto, Vilfredo 153
Pascal, Blaise 233
Pawlik, Georg 14
Payne, Stanley 105
Peichl, Hermann 240, 281, 344, 361, 543, 545
Pelinka, Anton 456
Pernter, Hans 254, 321, 570
Pesch, Heinrich, SJ 56, 94, 95, 96, 99, 102,
214, 496
- Pflügl, Imre von 115
Pfrimer, Walter 63, 518 (Anm. 324), 547
Philodikos s. Schrecker, Paul
Pieper, August 443
Pieper, Josef 233 (Anm. 230), 492, 530
Piesch, Kurt 463, 570
Piffli, Friedrich Gustav 347, 557
Piller, Josef 162, 570
Pilz, Adolf 570
Pius XI., Papst 96, 97, 103, 142, 173
Pius XII., Papst 71, 571
Planck-Planckburg, Karl 308, 326, 543
Plangger, Walter s. Hager, Hubert
Platon 85, 96, 237, 229, 260, 305, 570
Plautus 186
Plöchl, Willibald 287 (Anm. 761), 294 (Anm.
830), 526
Pocock, John 48, 50
Pohl, Wenzel 570
Posch, Andreas 187, 377, 378, 381, 386, 570
Possony, Stefan 570
Prader, Georg 393, 415, 543
Prettenhofer, Emmerich 207, 570
Primo de Rivera, Miguel 297
Piaux, Gabriel 124, 571
- Raab, Julius 74 (Anm. 165), 215, 285, 333,
340, 352, 357, 360, 371, 413, 464, 465, 466,
467, 508, 518, 543
Rada, Margarete 169 (Anm. 1044), 254, 262,
263, 363, 364, 374, 458, 543
Radda, Siegmund M. 571
Raitz von Frentz, Edmund Freiherr 571
Ramek, Rudolf 112
Rathkolb, Oliver 19, 30
Redlich, Oswald 55, 214 (Anm. 33), 217, 243,
263, 267, 270, 281, 309, 310, 389, 390, 397,
398, 417, 425, 426 (Anm. 1272), 432, 497,
501, 544, 559, 575
Redlich, Virgil, OSB 559
Rehrl, Franz 55 (Anm. 97), 74 (Anm. 165),
89, 107, 187 (Anm. 73), 196, 200, 205,
206, 217, 260, 284, 319, 361, 388, 392, 392
(Anm. 948), 401, 447, 450, 451, 473, 477,
483, 485, 492, 500, 518, 523, 544, 545
Reisner, Erwin 406, 419, 421, 571
Reiter-Zatloukal, Ilse 21, 23
Reither, Josef 55, 55 (Anm. 97), 74 (Anm.
165), 89, 126, 194, 200, 298, 330 (Anm.

- 289), 331, 339, 441, 468, 472, 518, 524, 525, 544, 545
- Renan, Ernest 386
- Renner, Karl 26 (Anm. 68), 110, 114, 270, 387, 568
- Renzetti, Giuseppe 147, 148, 571
- Resch, Josef 55 (Anm. 97), 74 (Anm. 165), 75, 166, 340, 440, 524, 544, 545
- Rességuier de Miremont, Alfred Johannes Graf 290, 325, 403, 571
- Reynold, Gonzague de 201, 382, 407, 572
- Ricardo, David 42, 438
- Ricci, Berto 128
- Riehl, Hans 149, 572
- Riehl, Wilhelm Heinrich 312, 335 (Anm. 353)
- Rilke, Rainer M. 11
- Rintelen, Anton 74, 286, 289, 345, 389 (Anm. 914), 402, 403 (Anm. 1053), 509
- Riva Sanseverino, Luisa 148, 572
- Rocco, Alfredo 108, 154
- Roeder, Hermann 186, 187, 209, 572
- Rohan, Karl Anton Prinz 406, 572
- Roloff, Ilse 573
- Römer, Heinrich 573
- Rommen, Heinrich 231
- Rompel, Josef, SJ 254, 573
- Röpke, Wilhelm 101, 187, 191, 191 (Anm. 111), 192, 193, 216, 217, 219, 220, 248, 250, 253, 256, 259, 267, 270, 287, 326, 334, 340, 342, 345, 346, 349, 354, 359, 362, 372, 383, 419, 444, 493, 500, 536, 546
- Rosmini, Antonio 153, 154
- Roth, Josef 429
- Rousseau, Jean-Jacques 154, 185, 209, 228, 492
- Rudolf, Erzherzog von Österreich, Kronprinz 324, 419, 429
- Rumpler, Helmut 32 (Anm. 126), 411 (Anm. 1137)
- Saint-Exupéry, Antoine de 42 (Anm. 217)
- Salata, Francesco 137
- Santifaller, Leo 218, 281
- Saussure, Ferdinand de 49
- Savonarola, Girolamo 224
- Schaukal, Richard von 90, 573
- Scheler, Max 40, 40 (Anm. 197), 56, 181, 188, 206, 233, 234, 235, 246, 254, 257, 273, 277, 337, 380, 414, 487, 549, 554, 578
- Schelsky, Helmut 258
- Schiller, Friedrich 217, 236, 243, 253, 358, 419, 419 (Anm. 1223)
- Schilling, Otto 488, 573
- Schindler, Franz Martin 56, 93, 94, 100, 230, 244, 266, 269, 277, 287, 289, 317, 336, 345, 353, 355, 356, 357, 363, 365, 368, 369, 437, 438, 442, 485, 491, 506, 574
- Schleiermacher, Friedrich Daniel 261
- Schleinzer, Marie Therese 562
- Schlitter, Hans 156, 299 (Anm. 887), 398, 403
- Schmidinger, Heinrich 211 (Anm. 2), 530
- Schmidt, Georg 406
- Schmidt, Guido 137
- Schmidt, Wilhelm, SVD 362, 573
- Schmitt, Carl 185
- Schmitz, Hans 159, 311, 352, 455, 456, 463, 550
- Schmitz, Oskar A. H. 417, 429, 574
- Schmitz, Richard 74, 74 (Anm. 165), 79, 83, 90, 98, 102, 180, 183, 188, 194, 197, 197 (Anm. 190), 198, 201, 203, 248, 255, 260, 261, 262, 264, 272, 284, 292, 298, 308, 311, 314, 315, 332, 333, 347, 348, 349, 352, 353, 357, 362, 365, 371, 389, 396, 413, 436, 439, 447, 449, 452, 453, 456, 457, 459, 462, 465, 468, 469, 471, 472, 473, 476, 484, 490, 492, 493, 497, 500, 513, 515, 519, 523, 524, 544, 545, 548, 562
- Schneider, Reinhold 236
- Schnürer, Franz 574
- Schober, Johann 89, 110, 116, 117, 118, 119, 120, 157, 295, 398, 469, 554
- Schönburg-Hartenstein, Alois 55 (Anm. 96), 89, 89 (Anm. 333), 90, 167, 193, 194, 197 (Anm. 190), 201, 208, 253, 272, 281, 283, 296, 297, 324, 328, 329, 365, 400, 518, 544
- Schönerer, Georg von 76, 422
- Schöpfer, Aemilian 142, 565, 574
- Schrecker, Paul 156, 201, 208, 447, 454, 469, 480, 490, 550
- Schreyvogel, Friedrich 418
- Schüller, Richard 112, 121 (Anm. 653), 127, 129, 132, 135
- Schumpeter, Josef Alois 345, 549
- Schuschnigg, Artur 84
- Schuschnigg, Kurt 19, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 38, 54, 56, 72, 73, 74 (Anm. 164), 75, 76, 79,

- 79 (Anm. 214), 81, 82, 83, 84, 89, 95, 100, 101, 105, 106, 114, 115, 129, 129 (Anm. 731), 130, 131, 132, 133, 135, 136, 137, 138, 139, 165, 185, 194, 196, 198, 201, 202, 208, 218, 225, 227, 229, 231, 235, 245, 246, 247, 247 (Anm. 360), 253, 255, 262, 266, 274 (Anm. 615), 277, 280, 282, 289, 290, 295, 306, 308, 320, 323, 324, 329, 331, 347, 355, 360, 363, 364, 365, 367, 373, 377, 384, 401, 402, 402 (Anm. 1052), 403, 405, 412, 417, 418, 425, 433, 441, 445, 446, 451, 454, 460, 467, 468, 472, 486, 494, 502, 504, 517, 524, 525, 530, 537, 538, 546, 549, 553, 560, 562, 565, 571
- Schweinitzhaupt, Franz 157, 306, 550
- Schwer, Wilhelm 302, 574
- Seefried, Elke 20
- Seipel, Ignaz 56, 59, 61, 62, 86, 88, 89, 94, 99, 110, 111, 112, 113, 115, 116, 117, 120, 156, 157, 175, 186, 195, 198, 200, 201, 203, 204, 205, 208, 246, 252, 260, 266, 278, 279, 295, 296 (Anm. 850), 310, 311 (Anm. 85), 312, 313, 331, 356, 357, 368, 375, 383, 384, 395, 405, 423, 425, 435, 437, 442, 455, 456, 460, 502, 505, 517, 525, 548, 553, 562, 579
- Settembrini, Ludovico 273
- Seyss-Inquart, Arthur 83, 84, 275, 309, 344, 399, 400 (Anm. 1031), 544
- Sibilia, Enrico 44, 524
- Sickel, Theodor von 417
- Sieß, Henriette 169 (Anm. 1044)
- Skalnik, Kurt 25, 53
- Skinner, Quentin 48, 50, 51
- Skoda, Margarethe von 552
- Smith, Adam 42, 438
- Sokrates 224
- Solschenizyn, Alexander 42 (Anm. 217)
- Sorel, Georges 144, 153
- Spaemann, Robert 213, 214, 257, 269
- Spann, Adalbert 575
- Spann, Othmar 56, 84, 85, 85 (Anm. 282), 86, 87, 87 (Anm. 301), 96, 102, 146, 149, 156 (Anm. 913), 157, 158, 159, 160, 170, 174, 175, 182, 183, 202, 208, 214, 231, 237, 240, 244, 252, 257, 258, 265, 267, 275, 276, 280, 303, 304, 305, 306, 313, 313 (Anm. 103), 322, 332, 334, 335, 337, 352, 379, 384, 435, 444, 446, 448, 452, 455, 478, 482, 483, 484, 486, 487, 489, 491, 493, 496, 497, 499, 508, 510, 531, 533, 547, 548, 551, 553, 559, 563, 564, 566, 567, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578
- Spann, Rafael 146, 150, 574, 575
- Spengler, Oswald 56, 149, 174, 202, 209, 229, 232, 243, 271, 276, 305, 306, 306 (Anm. 46), 313, 328, 557
- Spieler, Josef 575
- Spinnhörn, Gertrud 85, 179, 275, 332, 333, 339, 340, 342, 352, 442, 457, 513, 551
- Spinoza, Baruch 154
- Spranger, Eduard 216, 274
- Srbik, Heinrich von 411, 420, 560, 569, 575
- Stampfl, Josef 575
- Stanka, Rudolf 143, 575
- Starhemberg, Ernst Rüdiger von 62, 82, 118, 118 (Anm. 621), 120, 123, 124, 126, 130, 132, 133, 134, 135, 247, 297, 328, 400
- Staud, Johann 166, 188, 213, 268, 275, 284, 315, 338, 416, 443, 446, 447, 449, 460, 462, 463, 467, 482, 505, 519, 520, 522, 523, 544, 545, 551
- Steffens, Richard s. Possony, Stefan
- Steffes, Johann Peter 230, 576
- Steidle, Richard 116, 547
- Stein, Karl Freiherr vom 34
- Steinacker, Harold 558
- Steinberger, Josef 348
- Steininger, Rolf 26
- Stepan, Karl M. 66, 88, 89, 182, 197, 245, 256, 284, 327, 393, 397, 413, 457, 510, 512, 544
- Stifter, Adalbert 226, 227
- Stigleitner, Johann 184, 244, 493, 497, 544
- Stipek, Hermann 179, 206, 275, 283, 336, 338 (Anm. 397), 339, 372, 427, 459, 473, 515, 551
- Stockinger, Friedrich 491 (Anm. 42)
- Stoekl, Erich Karl Hans 77, 169 (Anm. 1042), 332, 372, 400, 544
- Stoiber, Jakob 279, 333, 335, 466, 544
- Stolz, Otto 308
- Störck, Richard 576
- Stourzh, Gerald 421, 576
- Stourzh, Herbert 144, 145, 243, 243 (Anm. 314), 380, 576
- Strafella, Franz Georg 238, 239, 544, 545
- Strauss, Eduard 466, 544
- Streeruwitz, Ernst 155

- Stresemann, Gustav 115
 Strobele zu Wangendorf, Eleonore von 560
 Strobl, Ludwig 101, 334, 442, 576
 Struber, Hermann 158, 184, 274, 278, 333, 338, 339, 351, 370, 505, 544
 Sturm, Franz 576
 Sturzenegger, Karl s. Stourzh, Herbert
 Sturzo, Luigi 111
 Sutter, Berthold 207
 Suvich, Fulvio 114, 114 (Anm. 589), 127, 132, 163

 Tacitus 425
 Tálos, Emmerich 21, 22, 23, 29, 32 (Anm. 127)
 Taucher, Wilhelm 55, 90, 187, 188, 189, 190, 340, 466, 498, 522, 545
 Tenbruck, Friedrich 258
 Teufelsbauer, Leopold 256, 332, 334, 344, 346, 347, 348, 353, 355, 357, 364, 366, 394, 491, 545
 Thir, Anton 315, 319, 336, 353, 355, 357, 360, 361, 364, 366, 451, 482, 545
 Thomas, Stefan 576
 Thomas von Aquin 90, 94, 96, 102, 154, 185, 186, 221, 227, 228, 229, 230 (Anm. 200), 232, 322, 352, 408, 449, 453, 496, 507, 570, 573
 Thompson, Dorothy 106 (Anm. 501)
 Thun-Hohenstein, Franz 206
 Thun-Hohenstein, Leo Graf 218
 Thun-Hohenstein, Paul 216, 222, 238, 242, 279, 351, 429, 576
 Thyssen, Fritz 225, 547
 Tischleder, Peter 231
 Tomaschek, Eduard 215, 319, 463, 498, 545
 Tönnies, Ferdinand 257, 258 (Anm. 467)
 Toynebee, Arnold J. 174
 Trampler, Kurt 378, 577
 Trapp, Leo M. 178, 551
 Trautenau, Franz 577
 Tusinschi, Konstantin 180

 Valente, Giambattista 142, 577
 Vaugoin, Carl 74 (Anm. 165), 75, 89, 89 (Anm. 333), 116, 119, 127, 198, 199, 205, 309, 394, 416, 426, 454, 483, 518, 545
 Vergil 253
 Vico, Giambattista 153

 Vocolka, Karl 14, 29
 Voegelin, Eric 174, 175, 176, 186, 202, 223, 235, 274, 457, 551
 Vogelsang, Karl Freiherr von 56, 91, 92, 93, 94, 100, 102, 104, 124, 163, 314, 322, 327, 329, 336, 340, 346, 356, 438, 444, 464, 485, 487, 565, 574
 Vorreiter, Leopold 577

 Wadl, Wilhelm 14
 Wagner, Richard 555
 Waitz, Sigismund 100, 101, 103, 180, 245, 286, 368 (Anm. 713), 577
 Walker, Gustav 55, 166, 438, 522, 545
 Walterskirchen, Franz Graf 326
 Walterskirchen, Gudula 23
 Wandruszka, Adam 207
 Wanschura, Adolf 144, 578
 Waschnig, Franz 178, 179, 275, 338, 440, 445, 467, 551
 Weber, Max 11, 12, 33, 85, 325, 455, 528
 Weichs, Friedrich Freiherr von, d. Ä 552
 Weichs, Friedrich Freiherr von, d. J. 159, 231, 238, 317, 337, 338, 339, 350, 353, 357, 443, 445, 447, 450, 457, 460, 471, 481, 552
 Weigert, Josef 578
 Weinberger, Lois 197, 199, 282, 284, 332 (Anm. 318), 352, 357, 396, 462 (Anm. 277), 545
 Weinhart, Ignaz, SJ 343
 Weinzierl, Erika 25, 26
 Weippert, Georg 537 (Anm. 38)
 Weismann, Leopold 143, 578
 Weiss, Albert M., OP 56, 93, 94, 356, 486, 506
 Wenninger, Florian 21, 21 (Anm. 19), 23, 31
 Werfel, Franz 319, 421
 White, Hayden 52
 Wiechert, Ernst 42 (Anm. 218), 271
 Wiesinger, Leopold s. Karpfen, Otto M.
 Wiesner, Friedrich Ritter von 298
 Wildgans, Anton 416, 418, 429
 Willmann, Otto 570
 Wilson, Thomas 265
 Windelband, Wilhelm 42
 Winkler, Franz 126
 Winkler, Wilhelm 548
 Winter, Ernst Karl 33, 56, 98, 104, 105, 123, 145, 195, 205, 232, 247, 280, 284, 290, 291,

- 292, 325, 346, 349, 355, 377, 402 (Anm. 1052), 403, 419, 424, 455, 478, 486, 507, 569, 573
- Wittgenstein, Ludwig 48, 560
- Wohnout, Helmut 22, 22 (Anm. 31), 24, 163, 540
- Wolf, Julius 408, 578
- Wolff, Gustav 291
- Wolff, Karl Felix 559
- Wolfram, Fritz 81 (Anm. 236)
- Woller, Hans 120
- Woodstock, Edward of 41 (Anm. 212)
- Wopfner, Hermann 236, 308, 538
- Wust, Peter 578
- Zaglits, Oskar 159, 306, 357, 453, 461, 552
- Zaloziecky, Wladimir R 162, 552
- Zehentbauer, Franz 95, 579
- Zell, August 158, 179, 198, 246, 318, 340, 375, 446, 457, 469, 480, 503, 552
- Zernatto, Guido 43 (Anm. 226), 54, 55, 66 (Anm. 71), 68, 79, 83, 84, 140, 183, 214, 215, 227, 238, 241, 244, 265, 272, 286, 333, 334, 343, 353, 357, 361, 372, 380, 383, 384, 385, 386, 387, 390, 391, 404, 413, 415, 417, 426, 427, 433, 437, 470, 477, 482, 491, 515, 519, 526, 545
- Zeßner-Spitzenberg, Hans Karl 55, 69, 71, 184, 189, 194, 197, 199, 201, 209, 242, 266, 276, 279, 282, 288, 289, 290, 291, 293, 294, 295, 296, 298, 321, 324, 328, 336, 341, 344, 346, 351, 356, 358, 369, 383, 387, 388, 392, 400, 408, 417, 418, 419, 420, 422, 427, 430, 431, 432, 443, 452, 454, 460, 466, 476, 488, 491, 499, 501, 502, 507, 512, 519, 522, 525, 545, 569
- Zita, Kaiserin von Österreich 296, 366
- Zöllner, Erich 28
- Zweig, Stefan 416
- Zwillinger, Frank Gerhard 130, 579



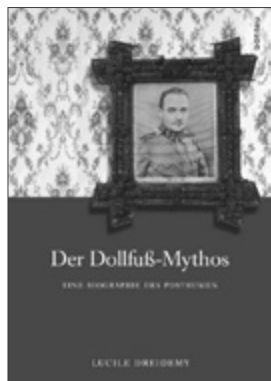
ILSE REITER-ZATLOUKAL, CHRISTIANE
ROTHLÄNDER, PIA SCHÖLNBERGER (HG.)

ÖSTERREICH 1933-1938

INTERDISZIPLINÄRE ANNÄHERUNGEN AN
DAS DOLLFUSS-/SCHUSCHNIGG-REGIME

Die Publikation bietet den aktuellen Forschungsstand sowie neue Perspektiven der wissenschaftlichen Auseinandersetzung über das politische System der Jahre 1933 bis 1938 in Österreich. Für eine breite Diskussion dieser bis heute umstrittenen Epoche innerhalb der österreichischen Zeitgeschichte werden unterschiedliche Themenbereiche interdisziplinär – geschichtswissenschaftlich, rechtshistorisch, politologisch – beleuchtet. Die Themenschwerpunkte umfassen die Etablierung des austrofaschistischen Systems, politische Gewalt und Justiz, unterschiedliche Arten der Verfolgung von RegimegegnerInnen, eine eingehende Diskussion der Maiverfassung 1934, wirtschaftliche/soziale sowie Genderaspekte des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes sowie die Frage der Rückgabe in dieser Zeit entzogenen Vermögens nach 1945.

2012. 400 S. GB. 240 X 170 MM | ISBN 978-3-205-78787-7



LUCILE DREIDEMY

DER DOLLFUSS-MYTHOS

EINE BIOGRAPHIE DES POSTHUMEN

„Möge sein Bildnis bleiben heute und immerdar im Herzen Österreichs!“ erhoffte sich Kurt Schuschnigg nach dem gewaltsamen Tod seines Vorgängers Engelbert Dollfuß im Juli 1934. 80 Jahre später nimmt Dollfuß in der Tat weiterhin einen besonderen, wenngleich stets umstrittenen Platz in Österreichs kulturellem Gedächtnis ein. Lucile Dreidemy begibt sich auf eine Spurensuche nach dem mythischen Nachleben jenes Mannes, der 1933/34 schrittweise die österreichische Demokratie beseitigte und seitdem das österreichische Geschichtsbewusstsein spaltet. Gestützt auf Theorien und Methoden der Mythen- und Biographieforschung sowie der Diskursanalyse untersucht die Autorin die Entstehung und Entwicklung des Dollfuß-Mythos im Laufe der letzten 80 Jahre, analysiert dessen verschiedene mediale Ausdrucksformen und fragt nach den Akteuren der Mythenbildung sowie deren politischen Interessen.

2014. 364 S. 65 S/W-ABB. BR. 170 X 240 MM. | ISBN 978-3-205-79597-1

Die Studie legt am Beispiel Österreichs in den Jahren 1933–1938 bisher nicht beachtete Aspekte des Ständediskurses der Zwischenkriegszeit frei. Während in der geltenden Meistererzählung die autoritären Züge des Systems alles andere überlagern, legt die Analyse des Denkens konservativer Zeitgenossen ein Politikverständnis nahe, das nicht äußerlich Messbares, sondern menschliche Grundbefindlichkeiten in den Blick nimmt.

Erika Kustatscher, geboren 1963 in Brixen, Studium der Geschichte, deutschen und klassischen Philologie (Latein) in Innsbruck, Promotion 1987, Lehrbefähigung für den Unterricht an Gymnasien 1988, Habilitation in Innsbruck 2014.

